

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Diese Publikation wird vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin digital bereitgestellt. Die Publikation unterliegt sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren einzelnen Teilen dem deutschen Urheberrecht. Die Nutzung ist ausschließlich für private, wissenschaftliche und nicht-kommerzielle Zwecke vorgesehen.

<https://doi.org/10.60674/ifz-2012-001-00>

Die im Nachsatz abgedruckte Karte befindet sich am Ende der Datei.

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs,
des Instituts für Zeitgeschichte, des Lehrstuhls für
Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-
Universität Freiburg und des Lehrstuhls für Geschichte
Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin

von

Susanne Heim, Ulrich Herbert,
Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan,
Dieter Pohl, Hartmut Weber und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2012

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 3

Deutsches Reich und
Protektorat Böhmen und
Mähren

September 1939 – September 1941

Bearbeitet von Andrea Löw

Oldenbourg Verlag München 2012

ISBN 978-3-11-076414-7 (Broschur in 16 Bänden, kein Einzelbandverkauf)
© 2022 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Originalausgabe © 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH,
München ISBN: 978-3-486-58524-7

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel.: 089/45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb
der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeiche-
rung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder
Endredaktion: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Karte: Peter Palm, Berlin
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach
Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	65
Dokumente	
Teil 1	
Deutsches Reich	83
Teil 2	
Protektorat Böhmen und Mähren	565
Glossar	747
Abkürzungsverzeichnis	751
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten	757
Archive Systematischer Dokumentenindex	759
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	761
Ortsregister	773
Personenregister	781

Vorwort

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933– 1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, deren Erscheinen in den nächsten Jahren abgeschlossen wird. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der Schwerpunkt liegt auf den Regionen, in denen vor Kriegsbeginn die meisten Juden gelebt haben: insbesondere auf Polen und den besetzten Teilen der Sowjetunion. Der vorliegende dritte Band der Edition dokumentiert die Situation der Juden im Deutschen Reich nach Kriegsbeginn und in dem im März 1939 geschaffenen sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren bis zum September 1941.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst: Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933 bis 1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem, weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältig Gebrauch gemacht.

Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen – Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter. Innerhalb der Bände sind die Dokumente chronologisch angeordnet; von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die Quellen ungekürzt wiedergegeben. Die Dokumentation wechselt von der Anordnung Heydrichs, die im Reich lebenden polnischen Juden zu verhaften, über einen Bericht der Neuen Zürcher Zeitung zur Deportation der Stettiner Juden im Frühjahr 1940 bis zu den Briefen jüdischer Eltern, die ihren ausgewanderten Kindern das Leben im „Judenhaus“, die Zwangsarbeit oder die alltägliche Erniedrigung schildern. Das Gedicht, mit dem ein Schriftsteller im Exil seiner toten Freunde gedenkt, steht neben den Erwägungen deutscher Verwaltungsbeamter über die Kennzeichnung der Juden oder dem Protokoll eines jüdischen Repräsentanten von seiner Vorladung bei der Gestapo. Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt, da er das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse wiedergibt, wie es sich den Zeitgenossen darstellte. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt haben. Die tschechischsprachigen Dokumente haben Ines Koeltzsch und Miloslav Szabó ins Deutsche übertragen, die englischsprachigen Theo Bruns, Britta Grell und Birgit Kolboske, und aus dem Italienischen hat Gregor Holzer übersetzt. Das Übersetzungssektorat besorgte Helga Gläser.

Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Romina Becker, Giles Bennett, Florian Danecke, Johannes Gamm, Bernhard Lück, Miriam Schelp, Remigius Stachowiak und Barbara Wünnenberg, als wissenschaftliche Mitarbeiter Dr. Ingo Loose, Sonja Schilcher, Dr. Gudrun Schroeter, Dr. Magda Veselská und Maria Wilke. Nachrecherchen wurden in Jerusalem von Anat Wollenberger, in Wiener Archiven von Merle Bieber, Jutta Fuchshuber und Andreas Kern durchgeführt.

Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85–87, D-1205 Berlin.

Berlin, München, Freiburg i. Br., Klagenfurt im Mai 2012

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 3/200“ Dokument Nummer 200 im dritten Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Anschließend folgt der Text. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich in den Anmerkungen.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Dies führt dazu, dass in den Überschriften und Fußnoten „Erlass“ stehen kann, im Text der Quelle „Erlaß“. Eigennamen von Institutionen bleiben von veränderten Rechtschreibregeln unberührt. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten sowie besondere Schreibweisen, die auf das Fehlen entsprechender Typen auf der Schreibmaschine zurückzuführen sind (Ae statt Ä, ss statt ß), werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen werden, wenn einmalig verwendet, in eckigen Klammern aufgelöst oder in Fußnoten erläutert.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalieren sie –, wird

das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Nur ausnahmsweise, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, etwa bei ausführlichen, längere Zeiträume betreffenden Lageberichten, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Eine Ausnahme bildet das Tagebuch von Luise Solmitz, das sowohl in einer handschriftlichen Fassung als auch in einer von Luise Solmitz selbst nach 1945 angefertigten maschinenschriftlichen Version überliefert ist. Da die handschriftliche Fassung sehr schwer lesbar ist und längere Einträge enthält, die zeitgeschichtlich von geringem Interesse sind, werden im vorliegenden Band Auszüge entsprechend dem Typoskript dokumentiert. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen, etwa im Fall von Berichten jüdischer Emigranten, die in Palästina rückblickend die Zeit vor ihrer Ausreise und ihre Flucht beschrieben. Diese zwar zeitnah, doch schon retrospektiv abgefassten Beschreibungen werden zum Teil nicht unter dem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht. Auf mögliche Unsicherheiten bei der zeitlichen Einordnung sowie bei der Frage, ob es sich bei einigen dieser Dokumente um Originale oder Abschriften handelt, wird in den Anmerkungen hingewiesen.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten in Forschungseinrichtungen und im Bundesarchiv Berlin werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die erste Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte oder veröffentlichte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt.

Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden. Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in der Datenbank der Opfer der Schoah von Yad Vashem finden. In einigen Fällen wurden Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive, Standesämter und Spezialisten befragt. Für denselben Zweck wurden die auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg), die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet; desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Arisierung“ oder „arisch“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Die Ortsnamen werden im Teil über das Protektorat Böhmen und Mähren in Titel- und Kopfzeilen sowie in übersetzten Dokumenten in deutscher Bezeichnung verwendet. Deutsche und tschechische Varianten wurden in diesen Gebieten teilweise über Jahrhunderte nebeneinander benutzt. Die deutschen Bezeichnungen sind also seit alters gebräuchlich, auch wenn mit dem Aufkommen des tschechischen Nationalismus im 19. Jahrhundert diese Frage bedeutsam wurde. Im Register, das zugleich als Konkordanz der deutschen und tschechischen Ortsnamensformen dient, werden alle Orte in beiden Schreibweisen aufgeführt. Nach dem Münchener Abkommen vom September 1938 lautete die Bezeichnung des Reststaats bis zu dessen Auflösung im März 1939 Tschechoslowakei; in der Einleitung und in den Anmerkungen wird diese Bezeichnung benutzt, wenn es um diese kurze Zeitspanne geht.

In den deutschen Dokumenten werden tschechische Namen und Begriffe häufig ohne Sonderzeichen verwendet. Solche falschen Schreibweisen werden, falls zum Verständnis erforderlich, in der Fußnote verbessert. Hebräische und andere erklärungsbedürftige Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert.

In der Gesamtedition sind weitere zwei Bände für das Deutsche Reich und das Protektorat Böhmen und Mähren vorgesehen. Band 6 dokumentiert die Zeit vom Oktober 1941 bis zum Frühsommer 1943, Band 11 die Zeit bis zum Kriegsende.

Einleitung

Der 1. September 1939 bedeutete für die Juden im Deutschen Reich eine tiefe Zäsur. Schon seit langem gesellschaftlich isoliert, waren sie nun in einem Land eingesperrt, das Krieg führte: Obwohl sie weiterhin gedrängt wurden auszuwandern, sah sich, wer dies versuchte, immer höheren Hürden gegenüber. Systematisch enteignet und gleichzeitig mit rigiden Einwanderungsbestimmungen möglicher Zielländer konfrontiert, scheiterten die meisten deutschen, österreichischen und tschechischen Juden bei ihren Versuchen, außerhalb des deutschen Machtbereichs Aufnahme zu finden.

Der Romanist Victor Klemperer – ein Protestant, der nach den Nürnberger Gesetzen aber als Jude verfolgt wurde – sagte bereits Anfang September 1939 voraus, mit dem Kriegsbeginn „sei für uns eine Morphiumspritze oder Entsprechendes das Beste, unser Leben sei zu Ende“.¹ In der Zeit von September 1939 bis September 1941, die in diesem Band dokumentiert wird, ging die nationalsozialistische Führung von einer Politik der forcierten Auswanderung und Unterdrückung der Juden zum Massenmord über. Am Ende dieses Zeitraums waren die deutschen Juden durch einen gelben Stern für jedermann kenntlich gemacht, und ihre systematische Deportation in die besetzten Gebiete im Osten stand unmittelbar bevor.

Mit dem Überfall auf Polen gerieten ungleich mehr Juden als bisher unter deutsche Herrschaft; sie waren von den ersten Kriegstagen an mit Terror und Gewalt der deutschen Besatzer konfrontiert. Zugleich nahmen die Behörden im Reich den Krieg zum Anlass, um die Maßnahmen gegen vermeintliche Feinde im Innern – in erster Linie die Juden – zu verschärfen. Gleichwohl bestand lange Zeit keine Klarheit darüber, worin die immer wieder beschworene „Lösung der Judenfrage“ konkret bestehen sollte. Der Band zeichnet die Diskussionen innerhalb der nationalsozialistischen Führung und Verwaltung nach, die Umsetzung der antijüdischen Maßnahmen sowie die Folgen für die jüdische Bevölkerung. Tagebücher, Briefe und Berichte bezeugen deren zunehmenden Schwierigkeiten im Alltag, die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die Absonderung und Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft, die Demütigungen, das Schwanken zwischen Hoffen und Verzweiflung, wenn es um das Thema Auswanderung geht. Mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht im September 1941 entfiel auch der letzte Spielraum für Freiheiten, die der eine oder andere sich bis dahin heimlich genommen haben mochte.

Dokumentiert werden in diesem Band der Edition die frühen Versuche der deutschen Behörden, die Juden an die Peripherie ihres Machtbereichs zu deportieren, sowie das Scheitern dieser Vertreibungsprojekte, das zu immer radikaleren Überlegungen Anlass gab. Die Zeugnisse machen die schwierige Lage der jüdischen Organisationen deutlich: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Israelitische Kultusgemeinde Wien und die Jüdische Kultusgemeinde Prag versuchten ihre geringen Handlungsspielräume zu nutzen, um den Verfolgten zu helfen, um jüdisches Leben im Reich zu organisieren, vor allem aber, um möglichst vielen Juden zur Auswanderung zu verhelfen. Doch standen die jüdischen Funktionäre unter permanenter deutscher Kontrolle und damit unter

1 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, Bd. 1: Tagebücher 1933–1941, Berlin 1995, S. 482, Eintrag vom 3.9.1939.

einem ungeheuren Druck, wie die Dokumente, die sie hinterlassen haben, eindrucksvoll belegen.

Das sogenannte Protektorat Böhmen und Mähren galt als Teil des Großdeutschen Reichs, wenn es auch einen Sonderstatus hatte. Da die antijüdische Politik hier einem ähnlichen Muster wie in Deutschland und Österreich folgte, wird die Entwicklung dort in diesem Band sowie in den Bänden 6 und 11 der Edition zusammen mit der im Deutschen Reich behandelt. Die Dokumentation des dortigen Geschehens setzt im vorliegenden Band bereits Mitte März 1939 ein, also mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag. Daher beginnt die Darstellung in dieser Einleitung mit der Geschichte des Protektoratsgebiets.

Böhmen und Mähren

Als Hitler im Münchener Abkommen vom 30. September 1938 die Abtretung des Sudetenlands an das Deutsche Reich durchsetzte, bedeutete dies für ihn nur einen ersten Schritt hin zur Zerschlagung des tschechoslowakischen Gesamtstaats. Bereits im Oktober 1938 gab er Anweisung, die „Erledigung der Rest-Tschechei“ vorzubereiten.² Als Vorwand dienten vor allem der angebliche innere Zerfall der Tschecho-Slowakei – wie sie seit dem Verlust der sudetendeutschen Gebiete offiziell hieß – und die vermeintliche Unterdrückung der dortigen deutschsprachigen Bevölkerung. In der Nacht auf den 10. März 1939 entließ der tschechoslowakische Staatspräsident Emil Hácha die Regierung der nach Selbstständigkeit strebenden, autonomen Slowakei unter Jozef Tiso; dieser reiste daraufhin am 13. März nach Berlin, wo Hitler ihn drängte, die Unabhängigkeit seines Staats auszurufen. Am nächsten Tag fasste der slowakische Landtag einen entsprechenden Beschluss, wohl auch in der Befürchtung, das eigene Staatsgebiet werde ansonsten mit Zustimmung Deutschlands von Ungarn annektiert. Hácha wiederum fuhr am 14. März mit seinem Außenminister František Chvalkovský nach Berlin, wo Hitler ihm mitteilte, der Einmarsch deutscher Truppen stehe unmittelbar bevor. Bereits an diesem Tag hatten deutsche Truppen Mährisch-Ostrau besetzt. So musste Hácha eine Erklärung unterzeichnen, der zufolge er das Schicksal der Tschechen „vertrauensvoll in die Hände des Führers“ legte. Am 15. März 1939 marschierte die Wehrmacht in Prag ein. Damit hatte Hitler seine in München gegebene Zusage, dass die deutschen Territorialansprüche mit der Annexion des Sudetenlands befriedigt seien, gebrochen, und das nationalsozialistische Deutschland vereinnahmte erstmals ein Gebiet mit einer nicht deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit.³ Auch rund 118 000 Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, gerieten dadurch unter deutsche Herrschaft.⁴

2 Detlev Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, Teil 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod, München u. a. 1969, S. 15.

3 Erklärung der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung vom 15.3.1939, Abdruck in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie D: 1937–1945, Bd. 4, Baden-Baden 1951, S. 235.

4 Miroslav Kárný, *Zur Statistik der jüdischen Bevölkerung im sogenannten Protektorat*, in: *Judaica Bohemiae*, 22 (1986), H. 1, S. 9–19; Eva Schmidt-Hartmann, *Übersicht über die nationalsozialistische „Endlösung der jüdischen Frage“ in den böhmischen Ländern*, in: Ferdinand Seibt, *Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche. Analysen und Stellungnahmen zu Geschichte und Gegenwart aus fünf Jahrzehnten*, München 2002, S. 321.

Juden in Böhmen und Mähren

Die böhmischen und mährischen Juden konnten auf eine jahrhundertealte Geschichte zurückblicken.⁵ Das 19. Jahrhundert brachte ihnen, wie auch den deutschen und österreichischen Juden, die Emanzipation. 1849 hob das Habsburgerreich die diskriminierenden Ehegesetze auf, die seit Anfang des 18. Jahrhunderts dafür gesorgt hatten, dass in Böhmen nicht mehr als 8541, in Mähren höchstens 5106 jüdische Familien wohnten und es nur einem Sohn aus jeder Familie erlaubt war, eine Familie zu gründen. Mit Bildung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn 1867 wurde die Gleichberechtigung der Juden im Gesamtstaat gesetzlich festgeschrieben. Von nun an konnten die böhmischen und mährischen Juden sich frei bewegen, Bildungsangebote nutzen und Berufswege einschlagen, die ihnen vorher verschlossen waren.⁶

In Böhmen schritt die industrielle Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch voran, und jüdische Unternehmer hatten daran, vor allem in Prag, beträchtlichen Anteil. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg ging häufig mit der Loslösung von jüdischen Traditionen und der Assimilation an das deutschsprachige Bürgertum einher – und brachte sie bisweilen in Konflikt mit dem aufkommenden tschechischen Nationalismus. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerungsmehrheit zweisprachig gewesen, doch seit den 1850er-Jahren galt der Gebrauch einer Sprache zunehmend als politisch-nationales Bekenntnis.⁷

Seit den 1880er-Jahren änderten sich die Assimilationsbestrebungen; allmählich orientierten sich immer mehr Juden am Tschechentum. Im Jahre 1890 hatten 74 Prozent der Juden in Prag Deutsch als ihre Umgangssprache angegeben, 1900 waren es nur noch etwas über 45 Prozent. Mehr als die Hälfte der Juden erklärte sich zu Tschechen, unterstützte deren nationale Sache und hoffte damit über kurz oder lang die Feindschaft zu überwinden. Vor diesem Hintergrund entstand die Politische Union der Tschechojuden (*Politická jednota českožidovská*). Insbesondere die Prager Juden strebten eine größere Durchlässigkeit der Grenzen zwischen den verschiedenen Milieus an. Im akademischen Bereich setzte sich die Umorientierung von der deutschen zur tschechischen Kultur erst später durch: Bis 1929 studierte die Mehrzahl der jüdischen Studenten noch an der Deutschen Universität, danach entschied sich die Mehrheit für die tschechischsprachige Karls-Universität.⁸

5 Zur Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren siehe etwa Avigdor Dagan/Getrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia: Historical Studies and Survey*, 3 Bde., Philadelphia 1968 – 1984; Ruth Kestenbergl-Gladstein, *Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern*, Tübingen 1969; Wilma Iggers (Hrsg.), *Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch*, München 1986; Natalia Berger (Hrsg.), *Wo sich Kulturen begegnen. Die Geschichte der tschechoslowakischen Juden*, Prag 1992; Tomáš Pěkný, *Historie Židů v Čechách a na Moravě*, 2. Aufl., Praha 2002; Ferdinand Seibt, *Tausend Jahre jüdische Geschichte in Böhmen und Mähren*, in: ders., *Deutsche (wie Anm. 4)*, S. 49 – 62.

6 Rudolf W. Wlaschek, *Juden in Böhmen. Beiträge zur Geschichte des europäischen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert*, 2. Aufl., München 1997, S. 18, 45 – 47; Hillel J. Kieval, *Languages of Community. The Jewish Experience in the Czech Lands*, Berkeley u.a. 2000, S. 37 – 94.

7 Hillel J. Kieval, *Die Länder dazwischen: Die Juden in Böhmen, Mähren und der Slowakei bis 1918*, in: Berger (Hrsg.), *Kulturen (wie Anm. 5)*, S. 23 – 52, hier S. 40 – 46; Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, 4. Aufl., München 1998, S. 89 – 92; Michal Frankl, *Tschechien*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 1: *Länder und Regionen*, München 2008, S. 364 – 370.

8 Hillel J. Kieval, *The Making of Czech Jewry. National Conflict and Jewish Society in Bohemia*,

Theodor Herzl beschrieb 1897 die komplizierte Lage der Juden so: „In Prag warf man ihnen vor, daß sie keine Tschechen, in Saaz und Eger, daß sie keine Deutschen seien. Arme Juden, woran sollten sie sich denn halten? Es gab welche, die sich tschechisch zu sein bemühten; da bekamen sie es von den Deutschen. Es gab welche, die deutsch sein wollten, da fielen die Tschechen über sie her – und Deutsche auch. Es ist, um den Verstand zu verlieren – oder um ihn endlich zu finden ...“⁹

Parteien wie die Jungtschechen machten sich solche nationalistisch-antisemitischen Stimmungen ebenso zunutze wie deutsch-völkische Vereine und Verbände; tschechische und deutsche Katholiken schlossen sich seit den 1890er-Jahren in christlich-sozialen Parteien mit antisemitischer Ausrichtung zusammen. In diesem politischen Klima begann in Polná 1899 ein sogenannter Ritualmord-Prozess, bei dem Leopold Hilsner, ein Jude, zum Tode verurteilt wurde. Der spätere Staatspräsident Tomáš G. Masaryk, damals Professor der Tschechischen Universität in Prag, kritisierte den Vorwurf des Ritualmords ebenso wie das Urteil. Es kam zu einem zweiten Prozess, bei dem Hilsner ein Jahr später erneut verurteilt wurde, diesmal zu lebenslanger Haft. Die Antisemiten fühlten sich dadurch bestärkt, neue Ritualmord-Beschuldigungen zu erheben und Juden und deren meist sozialdemokratischen Verteidiger anzugreifen.¹⁰

In Mähren standen die Juden stärker unter dem Einfluss Wiens. Dadurch blieben sie in höherem Maße in der österreichisch-deutschen Kultur verwurzelt; eine Hinwendung zum Tschechentum wie in Böhmen fand nicht statt. Nur 17 Prozent der Juden in Mähren gaben im Jahr 1900 Tschechisch als ihre Umgangssprache an. Zudem war Religiosität hier von größerer Bedeutung. Anders als in Böhmen wurde die Autonomie der jüdischen Gemeinden durch die rechtliche Gleichstellung 1867 nicht aufgehoben; die Gemeinden blieben vielmehr bis zum Ende des Habsburgerreichs selbstständig.¹¹

Nach dem Ersten Weltkrieg schlossen sich Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien, die Slowakei und die Karpato-Ukraine zur Tschechoslowakei zusammen. Bei allen Unterschieden einte die Mehrheit der Juden aus diesen Gebieten ihre Loyalität zur Republik und zu ihrem Präsidenten Tomáš G. Masaryk. Dieser machte sie zu gleichberechtigten Bürgern eines Staats, in dem sie sich schon bald fest verwurzelt fühlten. Masaryk gelang es, die antijüdische Stimmung unter seinen Landsleuten so zu entschärfen, dass Juden und Tschechen weitgehend friedlich miteinander lebten. Das war umso wichtiger, als die politische Elite der Tschechoslowakei befürchtete, antisemitische Vorfälle könnten die öffentliche Meinung in Westeuropa und den USA gegen den neuen Staat aufbringen.

Tatsächlich wurden die bürgerlichen Rechte der Juden während der Ersten Tschechoslowakischen Republik niemals eingeschränkt. Die Verfassung sah die Möglichkeit vor,

1870 – 1918, Oxford 1988; Wlaschek, Juden (wie Anm. 6), S. 36 f., 53–57; Haumann, Ostjuden (wie Anm. 7), S. 180–185; Peter Demetz, Mein Prag. Erinnerungen 1939 bis 1945, Wien 2007, S. 59.

9 Theodor Herzl, Die Juden Prags zwischen den Nationen (1897), zit. nach: Iggers (Hrsg.), Juden (wie Anm. 5), S. 225.

10 Jiří Kovtun, Tajuplná vražda. Případ Leopolda Hilsnera, Praha 1994; Hillel J. Kieval, Death and the Nation: Ritual Murder as Political Discourse in the Czech Lands, in: Maurice Godé/Jacques Le Rider/Françoise Mayer (Hrsg.), Allemands, Juifs et Tchèques à Prague de 1890 à 1924. Actes du colloque de Montpellier, décembre 1994, Montpellier 1996, S. 83–99; Michal Frankl, The Background of the Hilsner Case, in: Judaica Bohemiae, 36 (2000), S. 34–118.

11 Kieval, Die Länder (wie Anm. 7), S. 48; Livia Rothkirchen, The Jews of Bohemia and Moravia. Facing the Holocaust, Lincoln u.a. 2005, S. 19–21.

sich offiziell zur jüdischen Nationalität zu bekennen, was bei den Volkszählungen von 1921 und 1930 jeweils etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung (knapp 181000 bzw. 187000 Personen) auch tat. Nach dem Religionsbekenntnis hingegen lebten ungefähr doppelt so viele Juden im neuen Staat, etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung. Allerdings gab es beträchtliche regionale Unterschiede. So betrug der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1930 in Böhmen und Mährisch-Schlesien etwas über ein Prozent, in der Slowakei, die zuvor zu Ungarn gehört hatte, waren es 4,11 Prozent und in der Karpaten-Ukraine 14,14 Prozent.

Die jüdische Minderheit im neuen tschechoslowakischen Staat bildete weder in nationaler noch in religiöser noch in sprachlicher Hinsicht eine Einheit. Die Juden in den stark industrialisierten Regionen Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien waren ähnlich wie in Österreich in hohem Maße assimiliert und lebten überwiegend in den größeren Städten.

In der westlichen Slowakei hingegen machte sich ungarischer Einfluss bemerkbar, und im Osten der Slowakei sowie in der Karpaten-Ukraine waren am ehesten diejenigen anzutreffen, die landläufig als „Ostjuden“ bezeichnet wurden und eine von der Mehrheitsgesellschaft abgegrenzte Gruppe bildeten.¹²

In allen regionalen Gruppen gab es Spannungen zwischen assimilierten und konservativen Juden. Franz Kafka beschrieb die damit verbundenen inneren Konflikte und die Verunsicherung in einem Brief an Max Brod im Juni 1921 so: „Weg vom Judentum, meist mit unklarer Zustimmung der Väter (diese Unklarheit war das Empörende), wollten die meisten, die deutsch zu schreiben anfangen, sie wollten es, aber mit den Hinterbeinchen klebten sie noch am Judentum des Vaters, und mit den Vorderbeinchen fanden sie keinen neuen Boden. Die Verzweiflung darüber war ihre Inspiration.“¹³ Insbesondere in Prag, das in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu den am stärksten säkularisierten Städten zählte, war die Tendenz zur Assimilation stark. Der 1932 als Kind deutschsprachiger Juden in Prag geborene Historiker Saul Friedländer erinnert sich daran, mit seiner tschechischen Gouvernante zwar viele Kirchen in Prag besucht zu haben, nicht aber die in der Nähe seines Elternhauses gelegene berühmte Altneuschul-Synagoge, das jüdische Rathaus oder den alten jüdischen Friedhof.¹⁴

Für die Zionisten war die Zugehörigkeit zur deutschen oder tschechischen Nation nicht die entscheidende Frage. In Böhmen war diese Gruppe zunächst so klein, dass der Schriftsteller Max Brod folgenden Witz kolportierte: „Wenn in einem bestimmten Café die Zimmerdecke einstürzt, dann ist der ganze Prager Zionismus untergegangen.“ Doch allmählich wuchs die Bewegung: Junge Prager Intellektuelle wie der Historiker Hans Kohn, der Journalist Robert Weltsch und auch Max Brod selbst fühlten sich zunehmend einer jüdischen Nation verpflichtet und engagierten sich für eine moderne jüdische Kultur.

12 Livia Rothkirchen, Das tschechoslowakische Judentum. Entwicklung und Niedergang (1918–1939), in: Berger (Hrsg.), Kulturen (wie Anm. 5), S. 107–115, hier S. 107; Kieval, Languages (wie Anm. 6), S. 198–216; Kateřina Čapková, Češi, Němci, Židé? Národní identita Židů v Čechách 1918–1938, Praha u.a. 2005, S. 17–26; Martin Schulze Wessel, Entwürfe und Wirklichkeiten: Die Politik gegenüber den Juden in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 bis 1938, in: Dittmar Dahmann/Anke Hilbrenner (Hrsg.), Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen. Juden, Politik und Antisemitismus in Ost- und Südosteuropa 1918–1945, Paderborn 2007, S. 120–135.

13 Franz Kafka, Briefe 1902–1924, Frankfurt a.M. 1958, S. 337

14 Saul Friedländer, Wenn die Erinnerung kommt, München 1998, S. 12.

Schließlich fand innerhalb von nur zwölf Jahren der Zionistenkongress dreimal in der Tschechoslowakei statt: 1921 und 1923 in Karlsbad und 1933 in Prag.¹⁵

Der liberale neue Staat räumte auch den Juden politische Artikulations- und Gestaltungsmöglichkeiten ein. Die Jüdische Nationalpartei (*Židovská národní strana*) entsandte 1925 mit Dr. Ludvík Singer und Dr. Chaim Kugel erstmals zwei Abgeordnete ins Parlament. Die Zionisten waren im Zentralverband der Zionisten (*Ústřední svaz sionistů*) mit Sitz in Mährisch-Ostau vereinigt, ein Teil von ihnen unterstützte die Jüdische Wirtschaftspartei (*Židovská hospodářská strana*).¹⁶

Die günstigen politischen und sozialen Bedingungen ließen jüdisches Leben in der Tschechoslowakei aufblühen; es entstanden zahlreiche kulturelle und soziale Einrichtungen sowie Vereine, vor allem das jüdische Prag entwickelte sich rasch. Jüdische Literaten und Kulturschaffende prägten das intellektuelle Milieu der Stadt, immer mehr jüdische Professoren wurden an die beiden Prager Universitäten berufen. Juden stellten überdies Schätzungen zufolge 18 Prozent aller Studierenden. Viele erfolgreiche Journalisten entstammten jüdischen Familien, und Juden gehörten als Minister verschiedenen Regierungen der Ersten Republik an. Laut einer Statistik aus dem Jahr 1930 zählten die meisten tschechischen Juden zur Mittelschicht: 45,3 Prozent waren in Handel und Geldwesen tätig, 21,6 Prozent in Industrie und Gewerbe, 8,9 Prozent in der Landwirtschaft, 7,7 Prozent im öffentlichen Dienst, 2,9 Prozent im Transport- und Verkehrswesen und 13,6 Prozent in sonstigen Berufen (Ärzte, Anwälte etc.).¹⁷

Die demokratische Tschechoslowakei bot 1933 Flüchtlingen aus Deutschland – politisch exponierten Sozialdemokraten und Kommunisten, im Reich unerwünschten Schriftstellern und Juden – Asyl; die Jüdischen Gemeinden bauten effiziente Strukturen der Flüchtlingshilfe auf. Nach dem Münchener Abkommen wurde das tschechoslowakische Landesinnere von Flüchtlingen aus dem neu geschaffenen Sudetengau förmlich überrannt: Demokratisch gesinnte Sudetendeutsche suchten Zuflucht, vor allem aber Juden – bis zum Dezember 1938 mindestens 15000.

In der kurzen Periode der Zweiten Republik, vom Münchener Abkommen bis zum März 1939, wandelte sich jedoch das politische Klima; rechte Parteien dominierten das Geschehen. Viele tschechische Zeitungen hetzten gegen Juden, antisemitische Aktivitäten nahmen deutlich zu. Nationalistische Gruppierungen bekamen Aufwind, und die Sudeten-deutsche Partei (SdP) wurde zur dominanten deutschen Partei in der Tschecho-Slowakei.¹⁸

15 Max Brod, *Streitbares Leben 1884–1968*, München u.a. 1969, S. 48–52, Zitat S. 50; Hillel J. Kieval, *Bohemia and Moravia*, in: Gershon David Hundert (Hrsg.), *The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, Bd. 1, New Haven u.a. 2008, S. 202–211.

16 Helena Krejčová, *Juden in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Marek Nekula/Walter Koschmal (Hrsg.), *Juden zwischen Deutschen und Tschechen. Sprachliche und kulturelle Identitäten in Böhmen 1800–1945*, München 2006, S. 85–102, hier S. 86–92; Wlaschek, *Juden* (wie Anm. 6), S. 77–87.

17 Wlaschek, *Juden* (wie Anm. 6), S. 43f., 90; Rothkirchen, *Das tschechoslowakische Judentum* (wie Anm. 12), S. 112; Čapková, *Češi* (wie Anm. 12).

18 Helena Krejčová, *Spezifische Voraussetzungen des Antisemitismus und antijüdische Aktivitäten im Protektorat Böhmen und Mähren*, in: Jörg K. Hoensch/Stislav Biman/L'ubomir Lipták (Hrsg.), *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei*, Essen 1999, S. 175–194; Wlaschek, *Juden* (wie Anm. 6), S. 95–99; Frankl, *Tschechien* (wie Anm. 7); Jörg Osterloh, *Reichsgau Sudetenland*, in: Wolf Gruner/Jörg Osterloh, *Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten*, Frankfurt a.M. 2010, S. 107–137, hier S. 137.

Bereits am 14. Oktober 1938 forderten die Berufsverbände der Juristen und Ärzte, Juden die Ausübung medizinischer, juristischer und technischer Berufe zu untersagen. Da die Regierung unter Ministerpräsident Rudolf Beran bemüht war, durch ihre Haltung zur „Judenfrage“ zu demonstrieren, dass sie dem Kurs der deutschen Regierung aufgeschlossen gegenüberstand, beurlaubte das Verteidigungsministerium am 18. Februar 1939 alle Offiziere jüdischer Abstammung und legte ihnen den Abschied nahe. Am 17. März 1939, einen Tag nach Errichtung des Protektorats, erfüllte die Regierung Beran auch die Forderungen der Ärzte und Juristen nach beruflicher Ausgrenzung der Juden.¹⁹

Die Flüchtlinge aus den sudetendeutschen Gebieten waren nur für kurze Zeit in Sicherheit. So schildert Max Mannheimer, der später das Getto Theresienstadt sowie die Lager Auschwitz und Dachau überlebte, in seinen Erinnerungen, wie seine Familie im Herbst 1938 zunächst ins Landesinnere floh, dort aber von den deutschen Truppen im Frühjahr 1939 wieder eingeholt wurde.²⁰ Anderen gelang buchstäblich im letzten Moment die Flucht. Kafkas Freund Max Brod erreichte am 14. März 1939 den letzten Zug zur polnischen Grenze, schaffte es gerade noch aus- und nach Jerusalem weiterzureisen. Später hörte er, dass die Gestapo bereits am Tag der Besetzung Prags in der Redaktion der zionistischen Zeitung Selbstwehr nach ihm und seinen Kollegen Felix Weltsch und Hans Lichtwitz gesucht hatte.²¹

Die Verwaltung des Protektorats

Am Abend des 15. März 1939 informierten Hácha und Außenminister Chvalkovský nach ihrer Rückkehr aus Berlin in der Prager Burg, dem Sitz des Präsidenten, die tschechische Regierung über die deutsche Nötigung. Zeitgleich formulierten in einem anderen Teil der Burg Hitler, Außenminister Joachim von Ribbentrop und Staatssekretär Wilhelm Stuckart ohne tschechische Beteiligung den Führererlass, mit dem Hitler einen Tag später das Protektorat Böhmen und Mähren ausrief, das von nun an zum Deutschen Reich gehörte. Zwar heißt es im Artikel 3: „Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst“, im nächsten Absatz folgt jedoch die entscheidende Einschränkung, dass dies „im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches“ zu geschehen habe. Die ungefähr 250 000 deutschen Einwohner im Protektorat seien „deutsche Staatsbürger“ und „Reichsbürger“, die Tschechen „Staatsangehörige des Protektorats“, die Stellung der jüdischen Bevölkerung war im Erlass nicht eigens definiert. Die Festlegung lief darauf hinaus, dass die meisten Einheimischen nur noch ein Bürgerrecht zweiter Klasse besaßen; auch unterstanden nur die deutschen Einwohner deutscher Gerichtsbarkeit, die übrigen derjenigen im Protektorat.²²

19 Frankl, Tschechien (wie Anm. 7), S. 368; Heinrich Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München, in: VfZ, 9 (1961), S. 249 – 261; Miroslav Kárný, Die „Judenfrage“ in der nazistischen Okkupationspolitik, in: Historica, 21 (1982), S. 137 – 192, hier S. 152.

20 Max Mannheimer, Spätes Tagebuch. Theresienstadt – Auschwitz. Warschau – Dachau, München u. a. 2009, S. 34.

21 Brod, Streitbares Leben (wie Anm. 15), S. 285 – 292; Demetz, Mein Prag (wie Anm. 8), S. 57 – 64.

22 RGBL, 1939 I, S. 485; Brandes, Die Tschechen (wie Anm. 2), S. 20 f.; Wolfgang Benz, Typologie der Herrschaftsformen in den Gebieten unter deutschem Einfluß, in: ders./Johannes Houwinkten Cate/Gerhard Otto (Hrsg.), Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und

Zunächst stand das Protektorat einen Monat lang unter Militärverwaltung. Den Heeresgruppen wurde unter Rückgriff auf bewährte Kräfte jeweils ein Chef der Zivilverwaltung an die Seite gestellt: In Böhmen erfüllte der sudetendeutsche Gauleiter Konrad Henlein diese Aufgabe, in Mähren der Wiener Reichskommissar Joseph Bürckel. Sie bauten eine deutsche Verwaltung auf und überwachten die bestehende tschechische.²³

Am 15. April nahm Konstantin Freiherr von Neurath, bis 1938 deutscher Außenminister, seine Tätigkeit an der Spitze der deutschen Verwaltung auf. Er galt als diplomatisch erfahrener und gemäßigter älterer Politiker. Bereits am 18. März 1939 hatte Hitler ihn zum Reichsprotektor ernannt, der ihm direkt unterstand. Mit Karl Hermann Frank wurde ein ehemaliger Funktionär der Sudetendeutschen Partei von Neuraths Staatssekretär, der vom 28. März 1939 an in Personalunion auch als Höherer SS- und Polizeiführer fungierte. Der 1898 in Karlsbad geborene Frank setzte alles daran, der starke Mann im Protektorat zu werden, was ihm mit Rückendeckung Himmlers auch gelang. Die Reichsprotektoren wechselten – Hitler ersetzte im September 1941 den als schwach geltenden von Neurath de facto durch Reinhard Heydrich, den er zum stellvertretenden Reichsprotektor machte. Nachdem dieser am 4. Juni 1942 an den Folgen eines Attentats gestorben war, rückte Kurt Daluge nach. Frank hingegen, der sich die Germanisierung der Region zum Ziel gesetzt hatte, blieb bis zum Kriegsende im Amt.

Er baute sich ein engmaschiges Netz polizeilicher Überwachung auf. Bei Kriegsbeginn wurde die Stellung der Polizei noch am 1. September 1939 durch die „Verordnung über den Aufbau der Verwaltung und die Deutsche Sicherheitspolizei im Protektorat Böhmen und Mähren“ gesetzlich geregelt und zugleich aufgewertet: Sie war dem Reichsprotektor nicht unter-, sondern beigeordnet, so dass er ihr gegenüber kein Weisungsrecht hatte; der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und der Befehlshaber der Ordnungspolizei unterstanden Karl Hermann Frank. Die den Oberlandräten gegenüber weisungsbefugten Staatspolizeileitstellen Prag und Brünn waren für zwölf bzw. sieben Oberlandratsbezirke zuständig. Im August 1941 zählte die Brünnner Staatspolizeileitstelle 638 und die Prager 812 Mitarbeiter. Zudem agierten etwa 350 SD-Angehörige im Protektorat.²⁴

Zu Franks Vertreter im Amt des Staatssekretärs wurde der Ministerialdirektor und spätere Unterstaatssekretär Kurt von Burgsdorff berufen. Als Vermittlungsinstanz zwischen den Behörden des Reichsprotektors und denen des Reichs fungierte die Zentralstelle für Böhmen und Mähren unter der Leitung des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Wilhelm Stuckart.²⁵

Als regionale Dienststellen wurden – jeweils für zwei bis drei tschechische Bezirkshaupt-

Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 11–25; Jan Gebhart/Jan Kuklík, *Velké dějiny zemí Koruny české*, Bd. XV.a, Praha u. a. 2006, S. 155–192.

23 Wolf Gruner, *Das Protektorat Böhmen und Mähren und die antijüdische Politik 1939–1941. Lokale Initiativen, regionale Maßnahmen, zentrale Entscheidungen im „Großdeutschen Reich“*, in: TSD, 12 (2005), S. 27–62, hier S. 31.

24 Abschrift der VO in: BArch, R 70 B-M; Oldřich Sládek, *Zločinná role gestapa*, Praha 1986; ders., *Standrecht und Standgericht. Die Gestapo in Böhmen und Mähren*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2000, S. 317–339, hier S. 324 f.; Marc Oprach, *Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. Entscheidungsabläufe und Radikalisierung*, Hamburg 2006, S. 47–49; René Küpper, *Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten*, München 2010, S. 146–150.

25 Brandes, *Die Tschechen* (wie Anm. 2), S. 28–34; Küpper, *Karl Hermann Frank* (wie Anm. 24).

mannschaften – Oberlandräte eingesetzt. Sie übten in ihrem Bezirk die Aufsicht über die Protektoratsbehörden aus, erstatteten dem Reichsprotektor Bericht über die Entwicklung in ihrem Machtbereich und waren wie die Abteilungsleiter in der Behörde des Reichsprotektors zumeist Reichsdeutsche.²⁶ Als Bezirkshauptleute und Bürgermeister wurden hingegen wegen ihrer besseren Kenntnis von Land und Leuten bevorzugt Sudetendeutsche herangezogen. In Prag blieb zunächst der Tscheche Otokar Klapka Oberbürgermeister, bis er im Juli 1940 verhaftet und durch Alois Říha ersetzt wurde, weil er Kontakte zur Widerstandsbewegung unterhielt. Im Oktober 1941 wurde er deswegen hingerichtet. Als sein Stellvertreter und zugleich für die Verwaltung Prags zuständiger Regierungskommissar fungierte der sudetendeutsche Historiker und Politiker Josef Pfitzner. Von ähnlichen Germanisierungsgedanken geleitet wie Frank, besetzte er Schlüsselstellungen der Verwaltung in der überwiegend von Tschechen bewohnten Stadt rasch mit Deutschen.²⁷

Neben dem deutschen Reichsprotektoramt gab es eine tschechische Regierung. Auf der Staatssekretärsbesprechung im Reichsministerium des Innern vom 25. März 1939 (Dok. 240) hatte Stuckart „den Willen des Führers“ nochmals zu Protokoll gegeben, dass „das Reich von seinen Befugnissen [...] nur in dem unbedingt im Reichsinteresse gebotenen Umfange Gebrauch“ machen sollte. In der Praxis jedoch war die tschechische Protektoratsregierung gezwungen, ihre Politik an den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reichs so auszurichten, wie der Reichsprotektor und seine deutsche Verwaltung es wünschten. Der Reichsprotektor war befugt, gegen Gesetze und Maßnahmen der tschechischen Regierung Einspruch zu erheben und selbst Gesetze zu erlassen, außerdem mussten sich die Mitglieder der Protektoratsregierung von ihm bestätigen lassen. Den deutschen Machthabern war allerdings daran gelegen, die bisherigen politischen Eliten, wenn auch mit beschränkten Kompetenzen, einzubinden, um den Fortbestand der Verwaltung zu gewährleisten.²⁸

Der 66-jährige Emil Hácha blieb als Präsident im Amt. Da er fürchtete, dass das Parlament der Regierung die Bestätigung verweigern würde, löste er es am 21. März 1939 auf und schuf eine Einheitsorganisation, die alle Tschechen vertreten und so ihren Zusammenhalt stärken sollte: die Nationale Gemeinschaft (Národní souručenství). Damit setzte er sich gegen tschechische faschistische Organisationen um General Radola Gajda und die rechtsextreme Vlájka (Fahne) durch, die sich um eine Regierungsbeteiligung bemühten bzw. in den chaotischen Tagen vor Ausrufung des Protektorats versucht hatten, die Macht an sich zu reißen. Ein von Hácha ins Leben gerufener 50-köpfiger Ausschuss der Nationalen Gemeinschaft, in den er politische Akteure aus der Zeit vor dem Münchener Abkommen integrierte, nahm auf seiner ersten Sitzung am 21. März den Vorschlag des Präsidenten zur Gründung einer Einheitspartei an. Auch zahlreiche Mitglieder des Widerstands schlossen sich der Nationalen Gemeinschaft an; sie geriet jedoch immer stärker

26 Stanislav Šisler, Příspěvek k vývoji a organizaci okupační správy v českých zemích v letech 1939 – 1945, in: Sborník archivních prací, 1963, Bd. 2, S. 46 – 95.

27 Vojtěch Šustek, Die nationalsozialistische Karriere eines sudetendeutschen Historikers, in: Alena Míšková/Vojtěch Šustek, Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939 – 45, Bd. 1, Praha 2000, S. 71 – 109.

28 Brandes, Die Tschechen (wie Anm. 2), S. 32; ders., Politische Kollaboration im „Protektorat Böhmen und Mähren“, in: Joachim Tauber (Hrsg.), „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006, S. 453 – 462, hier S. 458f.

unter deutsche Beobachtung. Viele ihrer Funktionäre wurden von der Gestapo verhaftet. Als Ministerpräsident amtierte seit dem 27. April 1939 General Alois Eliáš, zuvor Delegierter beim Völkerbund und Transportminister in der Regierung Beran. Sein großes Ziel war die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität; zu diesem Zweck arbeitete er insgeheim bis zu seiner Verhaftung im Herbst 1941 mit der tschechoslowakischen Exil-Regierung in London und dem Widerstand im Land selbst zusammen. Im Juni 1942 wurde er wegen „Hochverrats“ hingerichtet. Bereits im Januar 1940 waren Landwirtschaftsminister Ladislav Feierabend und der Leiter der Obersten Preisbehörde Jaromír Nečas geflohen; später gehörten sie der Exil-Regierung an.²⁹

Der Präsident, die Regierung und der Ministerpräsident kooperierten mit den deutschen Machthabern in der Hoffnung, dadurch die tschechische Bevölkerung vor Schlimmerem bewahren zu können. Zwar war das Leben unter deutscher Herrschaft für viele Tschechen zunächst erträglich. Doch stellten die Deutschen Überlegungen über die Germanisierung des „Lebensraums“ an: Langfristig sollte hier ein deutsches Gebiet entstehen. Die als nicht assimilierbar geltenden Tschechen sollten vertrieben bzw. die als „reichsfeindlich“ geltenden ermordet, die anderen zu Deutschen gemacht werden. Letzteres erschien möglich, da Tschechen in der NS-Rassenhierarchie höher standen als etwa ihre polnischen Nachbarn; zudem war es schon aus pragmatischen Gründen notwendig, wäre die tschechische Industrie doch ohne ihre Arbeiter zusammengebrochen. Die tschechischen Industrieanlagen aber hatten eine erhebliche Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft; Schätzungen zufolge stammten neun bis zwölf Prozent der Industrieproduktion des Deutschen Reichs aus dem Protektorat.³⁰

Die tschechische Regierung hoffte auf eine begrenzte Dauer der deutschen Besatzung. Sie war bemüht, auf Zeit zu spielen und durch Kontakte zur Exil-Regierung bereits Vorkehrungen für die Zeit nach der Wiedererlangung der Souveränität zu treffen. Häufig waren dieselben Personen in der Regierung und im Widerstand aktiv. Doch versuchte die Protektoratsregierung auch, sich mit den Deutschen zu arrangieren, und bemühte sich um tschechische Beteiligungen an den „Arisierungen“; schließlich war sie bestrebt, selbst den Kurs der „Judenpolitik“ im Protektorat zu bestimmen.³¹

29 Helmut Heiber, Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Eliáš, in: VfZ, 3 (1955), S. 275–296; Brandes, Die Tschechen (wie Anm. 2), S. 24–52, 97–106; Vojtěch Mastný, The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942, New York u.a. 1971, S. 155–165; Pavel Maršálek, Protektorát Čechy a Morava. Státoprávní a politické aspekty nacistického okupačního režimu v českých zemích 1939–1945, Praha 2002, S. 57–64.

30 Václav Král, Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích v letech 1938–1945, 3 Bde., Praha 1957–1959; Peter Němec, Das tschechische Volk und die nationalsozialistische Germanisierung des Raumes, in: Bohemia, 32 (1991), S. 424–455; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 127–186; Chad Bryant, Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism, Cambridge u.a. 2007, S. 84–89, 104–138; Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 24), S. 158–178.

31 Brandes, Politische Kollaboration (wie Anm. 28), S. 458–462; Bryant, Prague in Black (wie Anm. 30), S. 41–45.

Die Verfolgung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren

Die ersten Verfolgungsmaßnahmen nach dem Einmarsch der Wehrmacht richteten sich überwiegend gegen politisch verdächtige Tschechen und Flüchtlinge aus Deutschland. Zwei Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei nahmen anhand einer bereits vorab erstellten Mobilmachungskartei im Rahmen der „Aktion Gitter“ vermeintliche und tatsächliche politische Gegner fest, allein in Böhmen mindestens 4376 Personen, darunter 747 deutsche Emigranten, auch zahlreiche Juden; in Mähren wurden mindestens 1000 deutsche Emigranten inhaftiert.³²

Doch noch im März 1939 kam es zu ersten gezielt antijüdischen Angriffen; Deutsche, aber auch Tschechen steckten in mehreren Städten Synagogen in Brand, plünderten Geschäfte und raubten Wertgegenstände (Dok. 239).³³

Die Anfangszeit der deutschen Besatzung war vor allem von Raubaktionen geprägt. „Noch hatten sich bei uns die Deutschen nicht häuslich niedergelassen, und schon wurde klar, daß ihre Okkupation eigentlich ein umfangreicher Raubzug war“, so der tschechische Literaturwissenschaftler und Rektor der Prager Karls-Universität Václav Černý, „das war das erste, was man überhaupt erkennen konnte.“³⁴ Und auch der Schriftsteller Jiří Weil, der sich später seiner Deportation durch einen vorgetäuschten Selbstmord entzog und im Versteck überlebte, schrieb, dass die deutschen Besatzer „nur daran dachten, wie sie sich bereichern konnten, [...] und bereit waren, um des Besitzes willen zu stehlen, zu morden und zu rauben.“³⁵

Um jedoch zu verhindern, dass es wie in Wien nach dem Anschluss zu „wildem Arierungen“ durch nicht autorisierte Profiteure kam,³⁶ ordnete Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan in einem Schnellbrief am 16. März 1939 an, dass „Besitzumschichtungen“ im Protektorat durch das Reichswirtschaftsministerium zu kontrollieren seien (Dok. 237). Zudem setzte er mit der Ernennung von Hans Kehrl einen Bevollmächtigten des Reichswirtschaftsministeriums durch, der von Prag aus die wirtschaftliche Eingliederung des Protektorats in das Reich betreiben sollte.

Rasch entbrannte in diesen Fragen ein Kompetenzstreit zwischen verschiedenen deutschen und tschechischen Stellen. Die Chefs der Zivilverwaltung, Henlein und Bürckel, verkündeten, niemand sei befugt, jüdische Betriebe ohne ihre Erlaubnis zu „arisieren“. ³⁷ Auch die tschechische Protektoratsregierung ging nun gegen Juden vor: Bereits am 17. März 1939 entzog sie, wie erwähnt, jüdischen Ärzten und Anwälten die Erlaubnis, eine Praxis zu führen, verfügte den Ausschluss von Juden aus leitenden Positionen in der Industrie und die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte.³⁸ Damit entsprach sie dem

32 Sládek, *Zločinná role gestapa* (wie Anm. 24), S. 66; Küpper, Karl Hermann Frank (wie Anm. 24), S. 146 f.

33 Jens Hampel, *Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung der Stadt Iglau 1938 – 1942*, in: TSD, 5 (1998), S. 70 – 99, hier S. 74 – 78.

34 Václav Černý, *Kultur im Widerstand. Prag 1938 – 1945*, Bd. 1: 1938 – 1942, hrsg. von Frank Boldt, o. O. o. J., S. 193.

35 Jiří Weil, *Klagegesang für 77 297 Opfer*, in: ders., *Leben mit dem Stern. Roman*, München u. a. 2000 [Erstausgabe 1949], S. 337–386, hier S. 340.

36 Siehe VEJ 2, S. 38 f.

37 Brandes, *Die Tschechen* (wie Anm. 2), S. 33; Kárný, „Judenfrage“ (wie Anm. 19), S. 145–151; Gebhart/Kuklík, *Velké dějiny* (wie Anm. 22), S. 192 f.

38 Gruner, *Das Protektorat* (wie Anm. 23), S. 33.

Wunsch der deutschen Machthaber, denen daran gelegen war, die Tschechen zu Komplizen ihrer Judenpolitik zu machen. Am 25. März 1939 wurde auf einer Staatssekretärsbesprechung im Reichsinnenministerium Hitlers Anweisung bekannt gegeben, dass die Juden zwar aus dem öffentlichen Leben des Protektorats „ausgeschaltet“ werden sollten, dies jedoch Aufgabe der Protektoratsregierung „und nicht unmittelbare Aufgabe des Reiches“ sei, da sich die „Judenfrage“ im Protektorat vermutlich „von selbst entwickeln“ werde (Dok. 240). Noch im Mai bekräftigte von Burgsdorff: „Der Führer hat angeordnet, dass die Tschechen die Judenfrage selbst regeln sollen und dass wir ihnen nicht hereinreden sollen“ (Dok. 245).³⁹

Abgesehen von den Querelen um wirtschaftliche Entscheidungskompetenzen, versuchten verschiedene Behörden auch auf anderen umstrittenen Feldern, die Deutungsmacht an sich zu reißen. Ministerpräsident Eliáš übergab dem Reichsprotektor am 11. Mai 1939 den Entwurf einer Regierungsverordnung zum Status der jüdischen Bevölkerung, in dem die Definition des Begriffs „Jude“ auf religiösen Kriterien basierte (Dok. 246). Obwohl der Entwurf weitgehende Einschränkungen für Juden vorsah, wurde er von deutscher Seite als zu gemäßigt empfunden. So erklärte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Walter Stahlecker, gegenüber Frank am 1. Juni: „Da erfahrungsgemäß gerade die reichen und einflußreichen Juden die mosaische Konfession aufgegeben haben, würden diese also nach dem Entwurf nicht als Juden behandelt werden.“⁴⁰ Beide Streitfälle klärte der Reichsprotektor am 21. Juni 1939 mit der Veröffentlichung einer Verordnung über das jüdische Vermögen. Darin legte er fest, dass auch im Protektorat die Nürnberger Gesetze gelten sollten (Dok. 247). Um sicherzustellen, dass die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung dem Deutschen Reich zugutekam, zog der Reichsprotektor die Kompetenzen für die „Arisierung“ an sich. Damit wurde die Anweisung, die „Judenfrage“ den Tschechen selbst zu überlassen, endgültig Makulatur, offene Machtfragen hatte der Reichsprotektor auf einen Schlag zugunsten der deutschen Machthaber entschieden.⁴¹

Dieses Muster wiederholte sich in ähnlichen Fällen. Die tschechische Protektoratsregierung erarbeitete im Sommer 1939 den Entwurf zu einer Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben, die aber aufgrund verzögerter deutscher Genehmigung erst am 24. April 1940 und mit einigen wichtigen Änderungen veröffentlicht wurde. So hatte etwa Paragraph 3 der Verordnung dem tschechischen Präsidenten ursprünglich das Recht eingeräumt, Juden, die aus seiner Sicht eine wichtige Rolle im Land spielten, zu „Ehrenariern“ zu erklären. Nach der Neufassung des Paragraphen bedurfte dies nun der Zustimmung des Reichsprotektors. Von Neurath wies ausnahmslos alle Anträge ab (Dok. 296).⁴²

39 Kárný, „Judenfrage“ (wie Anm. 19), S. 160 f.

40 Schreiben des BdS an K. H. Frank vom 1.6. 1939, NAP, ÚŘP, 3b 5801, Karton 388.

41 Miroslav Kárný, „Konečné řešení“. Genocida českých židů v německé protektorátní politice, Praha 1991, S. 18–75; Jaroslava Mílová, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag. Genesis und Tätigkeit bis zum Anfang des Jahres 1940, in: TSD, 1997, S. 7–30, hier S. 8; dies., Zur Geschichte der Verordnung Konstantin von Neuraths über das jüdische Vermögen, in: TSD, 9 (2002), S. 75–115; Helena Petřiv, Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939–1941), Praha 2000; Jörg Osterloh/Harald Wixforth, Die „Arisierung“ im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Harald Wixforth, Die Expansion der Dresdner Bank in Europa, München 2006, S. 306–350, hier S. 307 f.

42 Miroslav Kárný, Die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats und die Geschichte des „Ehrenariertums“, in: TSD, 5 (1998), S. 7–40.

Gestärkt durch von Neuraths Verordnung vom 21. Juni 1939, wurden Deutsche zu den großen Nutznießern der „Arisierung“ im Protektorat. Die Gruppe Gewerbliche Wirtschaft im Amt des Reichsprotektors richtete ein Referat „Entjudung“ ein, das zunächst Siegfried Ludwig, vom Herbst 1939 an sein Stellvertreter Rudolf Stier leitete, der vorher in der entsprechenden Abteilung beim Reichskommissar im Sudetenland tätig gewesen war. Im April 1941 bilanzierte das Referat die Erfolge seiner Arbeit: „Ziel der Entjudung war, alle dazu geeigneten Betriebe, Handelsfirmen usw. in deutsche Hände zu bringen. Bei der Auswahl der Bewerber für jüdische Unternehmen wurde darauf gesehen, daß Deutsche aus dem Protektoratsgebiet sichere Existenzen erhielten und möglichst viele deutsche Volksgenossen aus dem Altreich oder Auslande ihren Wohnsitz in das Protektoratsgebiet verlegen, um hier einen neuen Wirkungskreis aufzubauen. Dadurch ist eine wesentliche Volkstumsarbeit und Vermehrung des deutschen Volkskörpers im Gebiete des Protektorats Böhmen und Mähren erfolgt.“⁴³

Gefördert wurde die Übereignung der Besitztümer an Deutsche nicht zuletzt durch die Einsetzung deutscher Treuhänder. Ende Juni 1940 waren im Wirkungsbereich des Oberlandrats Prag von 1205 Treuhändern 1109 Deutsche und 96 Tschechen.⁴⁴ Anfang Oktober 1940 meldete die Böhmische Escomptebank, dass im Protektorat „kein wesentliches Entjudungsobjekt mehr für einen neuen Bewerber frei ist“.⁴⁵ Hatte es anfangs noch Beschwerden über ausbleibende Erfolge bei der „Arisierung“ gegeben (Dok. 268), waren die Zeitungen im Protektorat bald voll mit Anzeigen, in denen Besitzstandsänderungen angekündigt wurden (Dok. 294).

Zur deutschen „Volkstumsarbeit“ im Protektorat gehörte auch, den Auswanderungsdruck auf die Juden zu erhöhen. Allerdings sollte dabei gewährleistet bleiben, dass sie den jüdischen Emigranten aus dem Altreich nicht die wenigen Zufluchtsmöglichkeiten streitig machten. Nur unter dieser Voraussetzung erklärte sich Reinhard Heydrich, der Chef der Sipo und des SD, der die Emigration aus dem Protektorat zunächst untersagen wollte, einverstanden, dass auch hier eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung geschaffen wurde. Ende Juni 1939 kam sein „Umsiedlungsreferent“ Adolf Eichmann nach Prag und baute die Stelle gemeinsam mit Stahlecker auf. Die Protektoratsregierung entsandte ebenfalls Mitarbeiter. Eine Delegation tschechischer Regierungsmitglieder fuhr noch im Juli nach Wien und informierte sich dort detailliert über die Arbeit der Wiener Zentralstelle (Dok. 252, 255). Mit der Verordnung des Reichsprotektors über die Betreuung der Juden und jüdischer Organisationen vom 5. März 1940 erhielt die Zentralstelle die Aufsicht über alle jüdischen Gemeinden im Protektorat.⁴⁶ Die Kontrolle übte sie mittels der Prager Kultusgemeinde aus, die dafür Sorge tragen musste, dass die Anordnungen auch in der Provinz umgesetzt wurden. Die Prager jüdischen Repräsentanten bekamen die Befehle

43 Bericht: Die Kapitalverflechtung zwischen dem Protektorat und dem Reich nach dem Stand vom Frühjahr 1941, Abdruck in: Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha, hrsg. von Miroslav Kárný und Jaroslava Milotová, Praha 1987, S. 187 – 199, hier S. 197; Frank Bajohr, Die wirtschaftliche Existenzvernichtung und Enteignung der Juden. Forschungsbilanz und offene Fragen, in: TSD, 13 (2006), S. 348 – 365.

44 Bericht der Treuhänderüberwachung für OLR in Prag vom 26. 6. 1940, NAP, ÚŘP, I–1a 1803, Karton 279, Bl. 303.

45 Europa term Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei, hrsg. von Helma Kaden, Berlin 1988, Dok. 82, S. 156 f.

46 Milotová, Zentralstelle (wie Anm. 41), S. 23.

von der Zentralstelle oft nur mündlich erteilt, so dass zahlreiche antijüdische Verordnungen im Protektorat heute kaum mehr nachzuweisen sind (Dok. 263). Die Kultusgemeinde Prag geriet durch diese Instrumentalisierung in das Dilemma, dass viele Juden sie als die Urheberin restriktiver Verordnungen wahrnahmen.

Eichmann verließ das Protektorat bereits Ende 1939 und wechselte ins Reichssicherheitshauptamt. Als Stahlecker im April 1940 als Befehlshaber der Sicherheitspolizei nach Norwegen ging, wurde der Kaufmann Horst Böhme sein Nachfolger. Tatsächlich leitete aber Hans Günther, der zuvor schon Eichmanns Mitarbeiter in der Wiener Zentralstelle gewesen war, die Zentralstelle in Prag. Während Böhme 1943 schließlich die Einsatzgruppe B in Weißrussland befehligte, blieb Günther bis Kriegsende im Amt und wurde zu einem der Hauptverantwortlichen für die antijüdische Politik im Protektorat.⁴⁷

Das Deutsche Reich und die Eskalation der Judenverfolgung

Seit dem Novemberpogrom 1938 hatte die Regierung die Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft dramatisch verschärft und damit den meisten die materielle Existenzgrundlage entzogen. Die Behörden verfolgten zwei Hauptziele: die Juden auszurauben und sie zur Auswanderung zu drängen. Allerdings standen diese beiden Vorhaben in Widerspruch zueinander, und die jüdische Bevölkerung saß in dieser Hinsicht zwischen allen Stühlen. Denn um emigrieren zu können, benötigten die Flüchtlinge Geld. Mittellose Juden hatten kaum noch eine Chance, im Ausland Aufnahme zu finden.

In der deutschen Bevölkerung war im September 1939 von Kriegsbegeisterung wenig zu spüren; die Schrecken des Ersten Weltkriegs waren noch keineswegs in Vergessenheit geraten. Die nationalsozialistische Führung war daher im Zuge der neuerlichen Kriegsvorbereitungen bemüht, drastische Einschnitte im Lebensstandard zu vermeiden, um die Loyalität der Bevölkerung nicht zu gefährden. Dies war jedoch mit verstärkter Aufrüstung und der Bereitstellung volkswirtschaftlicher Ressourcen für den Krieg nur bedingt vereinbar. Das Deutsche Reich verfügte weder über ausreichende Devisenreserven noch über einen ausgeglichenen Haushalt, zudem fehlte es an Rohstoffen und Arbeitskräften. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die dem Reich den Zugriff auf die tschechischen Industriegebiete sicherte, war deshalb von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Überwindung der Engpässe. Auch die Enteignung der jüdischen Bevölkerung wurde ebenso wie ihre Verpflichtung zur Zwangsarbeit oder die Vertreibung aus ihren Wohnungen, die dann Nichtjuden zugeteilt wurden, mit (kriegs-)wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet. Die Propaganda wies ohnehin die Schuld am Krieg „den Juden“ zu und lieferte somit die Legitimierung für deren Entrechtung.⁴⁸

47 Milotová, Zentralstelle (wie Anm. 41); Gabriele Anderl, Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 23 (1994), S. 275–299.

48 Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976; Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a. M. 1996, S. 251–255; Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007, S. 390–431; Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 380–415.

Mit dem Überfall auf Polen verschärfte die deutsche Staatsführung ihre Politik auf mehreren Ebenen. Terror und ein bis dahin unbekanntes Maß an Gewalt prägten die deutsche Besatzung in Polen. Schon in den ersten Kriegswochen ermordeten Polizei- und Wehrmachtseinheiten zahlreiche Juden und Polen. Die militärische Expansion eröffnete den Planungsstäben des neu gegründeten Reichssicherheitshauptamts, der SS, des Rasse- und Siedlungshauptamts und anderen deutschen Institutionen völlig neue Handlungsoptionen: Die bilateralen Verträge mit der Sowjetunion etwa schufen die Möglichkeit zu groß angelegten Bevölkerungstransfers und Germanisierungsprojekten. Deren Umsetzung erzeugte jedoch schon bald neue Probleme, die Teilrevisionen, sogenannte Zwischenlösungen und immer neue Bevölkerungsverschiebungen zur Folge hatten und damit den Handlungsdruck noch verstärkten. Erleichtert wurde die brutale Vertreibung von Polen und Juden zugunsten deutscher Siedler dadurch, dass sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Kriegsgeschehen richtete. Internationale Reaktionen auf ihre Verbrechen mussten die deutschen Kriegsherren nun ungleich weniger berücksichtigen als in Friedenszeiten.⁴⁹

Im Zeitraum von September 1939 bis zum Frühjahr 1942 konzipierten verschiedene Institutionen und Behörden im Reich – abgestimmt auf den Kriegsverlauf – zahlreiche Pläne zur „Lösung“ der Judenfrage, die oft nur in Ansätzen erprobt und teilweise wieder zurückgenommen wurden. Obwohl sich die einzelnen Aktionen und Konzepte mitunter zeitlich überlagerten, kann man diese etwa zweieinhalb Jahre in fünf Phasen einteilen:

- In der ersten Phase bis zum Frühsommer 1940 wurden in den besetzten Gebieten unter Federführung der SS Umsiedlungsprojekte in großem Maßstab in Angriff genommen, zugleich organisierte das Reichssicherheitshauptamt die ersten Deportationen von Juden aus dem sogenannten Altreich, dem Protektorat und Österreich in die besetzten polnischen Gebiete.

- Die militärischen Siege in Westeuropa ließen die deutsche Staatsführung zwischen dem Frühsommer und etwa November 1940 erstmals über eine gesamteuropäische „Lösung der Judenfrage“ durch Deportation aller Juden auf die französische Kolonialinsel Madagaskar nachdenken.

- Mit dem Scheitern dieses Projekts und dem Beginn der Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion setzte sich von Ende 1940 an die vage Vorstellung einer „territorialen Endlösung“ durch. Die europäischen Juden sollten nun nicht mehr nach Madagaskar, sondern in die neu zu erobernden Gebiete der Sowjetunion deportiert werden. In dieser Phase tauchte der Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ immer häufiger in den Plänen auf, ohne dass damit schon der systematische Massenmord gemeint sein musste. Jedoch war bei beiden „territorialen Lösungen“ der Tod einer großen Zahl von Juden bereits einkalkuliert.

- Die entscheidende Radikalisierung aber erfolgte mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941: Bereits in den ersten Tagen des Vernichtungskriegs begannen Einsatzgruppen und Polizeieinheiten damit, in den besetzten sowjetischen Gebieten Tausende jüdi-

49 Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München u.a. 1998, S. 229 f.; Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1998; Klaus-Michael Mallmann/Bogdan Musial (Hrsg.), Genesis des Genozids. Polen 1939 – 1941, Darmstadt 2004; Jochen Böhrer, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a.M. 2006. Zu der Entwicklung in Polen siehe ausführlich die Einleitung von VEJ 4.

sche Männer zu erschießen. Im August gingen sie dazu über, auch Frauen und Kinder zu ermorden. In dieser Phase stimmte Hitler zu, die Juden im Reich zu kennzeichnen und sie entgegen seinem ursprünglichen Plan doch schon während des Kriegs in den Osten zu deportieren.

Der vorliegende Band dokumentiert diese Entwicklung bis zum September 1941.

– Vom Herbst 1941 bis zum Frühjahr 1942 konkretisierte sich innerhalb der nationalsozialistischen Führung die Entscheidung zur systematischen Deportation und Ermordung von Millionen europäischen Juden. Dies wird in Band 6 der Edition nachgezeichnet.⁵⁰

Zwischen Kriegsbeginn und Sommer 1940

Nach dem Münchener Abkommen konfrontierte Hitler Polen, das er als Juniorpartner und Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion vorgesehen hatte, ultimativ mit seinen Forderungen. Er wünschte unter anderem einen extrritorialen Zugang durch den „Korridor“ zu Ostpreußen, die Eingliederung der Freien Stadt Danzig in das Reich und den Beitritt Polens zum Antikominternpakt. Als die polnische Regierung sich weigerte, ordnete Hitler Anfang April an, mit den Vorbereitungen für den Angriff auf Polen („Fall Weiß“) zu beginnen, und kündigte den Nichtangriffspakt zwischen beiden Ländern auf. Stattdessen wurde nun zur allgemeinen Überraschung im In- und Ausland die zuvor zum großen weltanschaulichen Feind stilisierte Sowjetunion zum Verbündeten Deutschlands, das sich damit den Rücken frei halten wollte. Am 23. August 1939 unterzeichneten die beiden Außenminister, Joachim von Ribbentrop und Wjačeslav M. Molotov, einen Nichtangriffspakt, der ein Geheimes Zusatzprotokoll enthielt, in dem die beiden Länder ihre Einflusssphären in Ostmitteleuropa absteckten und insbesondere Polen untereinander aufteilten.

Als eine Woche später die Wehrmacht Polen überfiel, erklärten Frankreich und Großbritannien dem Reich zwar kurz darauf den Krieg, griffen Deutschland aber nicht an. In den folgenden Wochen besetzten deutsche Truppen rund die Hälfte des polnischen Staatsgebiets.⁵¹

Terror im Reich

Die Möglichkeiten, die der Krieg in Polen bot, entfalteten auch innerhalb des deutschen Reichs eine besondere Dynamik. Bereits im Zuge der Kriegsvorbereitungen hatte das Regime die innenpolitischen Voraussetzungen geschaffen, um im „A-Fall“, dem Angriffs-

50 Zu dieser Entwicklung zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1942 siehe etwa Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1994; Leni Yahil, *Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden*, München 1998; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 49), S. 227–472; Saul Friedländer, *Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 2: 1939–1945, München 2006.

51 Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995; Christopher R. Browning, *Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942*, Berlin 2003, S. 34 f.; Richard Overy, *Die letzten zehn Tage. Europa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. 24. August bis 3. September 1939*, München 2009; siehe auch VEJ 4, S. 24 f.

Fall, jeglichen Widerstand zu unterdrücken. Bereits seit 1937 waren neue Konzentrationslager errichtet worden, in denen „Reichsfeinde“ isoliert wurden. Für den Kriegsbeginn schufen die zuständigen Ministerien ein neues, verschärftes Recht. Die bereits im August 1938 erlassene Kriegssonderstrafrechtsverordnung wurde am 1. September 1939 wirksam,⁵² wenige Tage später, am 4. September, folgte die Kriegswirtschaftsverordnung,⁵³ tags darauf die Verordnung gegen Volksschädlinge.⁵⁴ Damit war gewährleistet, dass die Todesstrafe auch bei ungenau definierten Delikten und somit häufiger als zuvor verhängt werden konnte. Ein erheblicher Teil aller Straftaten wurde nun vor Sondergerichten verhandelt. Nachdem in den ersten Kriegswochen deutsche Militärgerichte in Polen versucht hatten, SS-Männer für die dort begangenen Verbrechen zu verurteilen, sicherte Hitler allen SS- und Polizeiangehörigen durch einen geheimen Gnadenerlass vom 17. Oktober 1939 weitgehende Straffreiheit zu, indem er sie einer Sondergerichtsbarkeit unterstellte.⁵⁵

Am 27. September 1939 wurde mit der Zusammenlegung von Sicherheitsdienst (SD) und Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) das Reichssicherheitshauptamt geschaffen, das nun auch für die besetzten Gebiete zuständig war und seine Kompetenzen dort sehr schnell ausdehnte. Seine Einsatzgruppen gingen gegen die politischen und gesellschaftlichen Eliten Polens vor und terrorisierten die Bevölkerung. Mit dem Reichssicherheitshauptamt schufen Himmler und Heydrich aber auch eine Behörde, die in den Jahren des Kriegs das deutsche Vorgehen gegen die Juden im Reich und in Europa lenkte.⁵⁶

Sofort zu Kriegsbeginn verschärfte das Regime seine antijüdische Politik im Reichsgebiet, oft mit der Begründung, das „provozierende Verhalten“ der Juden erzeuge jetzt, wo sich das Deutsche Reich im Krieg befinde, Anstoß bei der Bevölkerung und könne nicht geduldet werden. Bereits am 6. September 1939 kündigte die Gestapo zentrale Maßnahmen der zuständigen Ministerien gegen Juden an (Dok. 5). Einen Tag später nahm sie jene polnischen Juden ins Visier, die nicht bereits im Oktober 1938 abgeschoben worden waren.⁵⁷ Heydrich befahl die Inhaftierung sämtlicher männlicher polnischer Juden im Reichsgebiet und deren Unterbringung in Konzentrationslagern (Dok. 6). Einer der etwa 2000 bis 3000 Verhafteten war Leon Szalet. Er erinnerte sich später, wie er zusammen mit anderen polnischen Juden vom Stettiner Bahnhof in Berlin ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht wurde. Kaum waren sie im Zug, wurden die Gefangenen von SS-Männern geschlagen. „Als sich der Zug in Bewegung setzte, war es vorbei mit unserer Beherr-

52 RGBL., 1939 I, S. 1455–1457.

53 Ebd., S. 1609 – 1613.

54 Ebd., S. 1679.

55 Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 274 f.; Gerhard Werle, *Justiz-Strafrecht und polizeiliche Verbrechensbekämpfung im Dritten Reich*, Berlin u. a. 1989; siehe auch VEJ 4, S. 28 f.

56 Hilberg, *Vernichtung* (wie Anm. 50), S. 292 – 297; Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 230 – 249; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

57 Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940*, München 2000, S. 195 – 217; Gertrud Pickhan, „Niemandsland“. Die Briefe der Greta Schiffmann und das Schicksal einer jüdischen Familie, ausgewiesen aus Dortmund im Oktober 1938, in: *Beiträge zur Geschichte der Stadt Dortmund und der Grafschaft Mark*, 91 (2001), S. 170 – 201; Jerzy Tomaszewski, *Auftakt zur Vernichtung: die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002; siehe auch VEJ 2, S. 51f.

schung und Widerstandskraft. Männer fingen an zu schluchzen wie Kinder, Verwundete wimmerten vor Schmerzen. Hoffnungslosigkeit, Angst und Verzweiflung ergriffen den ganzen Zug.“⁵⁸

In Wien verhaftete die Gestapo am 10. und 11. September insgesamt 1048 polnische Juden und sperrte sie im Praterstadion ein. Wissenschaftler des Wiener Naturhistorischen Museums führten an 440 Häftlingen rassenanthropologische Untersuchungen durch. Sechs Tage lang vermaßen und fotografierten sie die gefangenen Juden und fertigten Gipsmasken an, um die im Mai 1939 eröffnete Ausstellung „Das seelische und rassische Erscheinungsbild der Juden“ zu ergänzen. Ende September verschleppte die Gestapo diese Juden nach Buchenwald. Im Sommer 1940 waren bereits mehr als zwei Drittel von ihnen nicht mehr am Leben (Dok. 33).⁵⁹

Im Oktober ordnete Himmler an, dass Juden, die einer staatlichen Anweisung nicht nachkämen oder „staatsfeindliches Verhalten“ an den Tag legten, in Konzentrationslagern einzusperren seien (Dok. 20). Am 10. April 1940 verfügte er, dass jüdische KZ-Häftlinge für die Dauer des Kriegs nicht mehr aus den Lagern entlassen werden sollten (Dok. 67). Das System der Konzentrationslager wurde weiter ausgebaut, die Zahl der Häftlinge stieg sprunghaft an. Bereits in der Phase der Kriegsvorbereitung waren mit Mauthausen und Flossenbürg zwei Konzentrationslager an der Peripherie des Deutschen Reichs errichtet worden; im erheblich vergrößerten Machtbereich kamen bis Sommer 1941 Stutthof, Auschwitz, Neuengamme, Natzweiler und Groß-Rosen hinzu.⁶⁰

Vor dem Krieg waren in den Konzentrationslagern nahezu ausschließlich Deutsche und Österreicher inhaftiert gewesen; nun stellten nach der Verhaftung Tausender Polen und Tschechen anhand vorbereiteter Listen schon bald nach Kriegsbeginn Ausländer die Häftlingsmehrheit.⁶¹ Ende 1940 befanden sich etwa 53000 Gefangene in deutschen Konzentrationslagern. Juden standen auf der untersten Stufe der Häftlingshierarchie und wurden meist den härtesten und gefährlichsten Arbeitskommandos zugeteilt. Von der Stellung des Einzelnen in dieser Hierarchie hing es ab, wie groß die Überlebenschancen waren.⁶²

58 Leon Szalet, Baracke 38. 237 Tage in den „Judenblocks“ des KZ Sachsenhausen, bearb. von Winfried Meyer, Berlin 2006, S. 28.

59 Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938 – 1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a.M. 2000, S. 196; Claudia Spring, Vermessen, deklassiert und deportiert. Dokumentation zur anthropologischen Untersuchung an 440 Juden im Wiener Stadion im September 1939 unter der Leitung von Josef Wastl vom Naturhistorischen Museum Wien, in: *zeitgeschichte*, 2, 32. Jg. (2005), S. 91–110; Margit Berner, „Judentypologisierungen“ in der Anthropologie am Beispiel der Bestände des Naturhistorischen Museums, Wien, in: ebd., S. 111–116.

60 Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hrsg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, 2 Bde., Göttingen 1998; Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 67 f., 95–97.

61 Karel Kašák, *Češi v koncentračním táboře Dachau*, in: *Almanach Dachau. Kytice událostí a vzpomínek*, Praha 1946, S. 14–22; Detlef Brandes, *Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren*, in: Václav Kural (Hrsg.), *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechisch-slowakische Beziehungen 1938–1947*, Essen 1994, S. 39–56, hier S. 39–42.

62 Orth, *System* (wie Anm. 60), S. 105; Jürgen Matthäus, *Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung. Jüdische Häftlinge im System der Konzentrationslager*, in: Günter Morsch/Susanne zur Nieden (Hrsg.), *Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945*, Berlin 2004, S. 64–90; Dieter Pohl, *The Holocaust and the Concentration Camps*, in: Jane Caplan/Nikolaus Wachsmann

„Euthanasie“

Kurz nach Kriegsbeginn wurde außerdem der erste systematische Massenmord im Reich in Gang gesetzt. Die Tötung von Menschen, die im NS-Staat als „lebensunwert“ galten, war schon seit einiger Zeit geplant worden. Bereits im Frühjahr 1939 hatte die Kanzlei des Führers den Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden gegründet, eine Tarnorganisation, die die Ermordung von Neugeborenen und Kleinkindern mit schweren körperlichen Fehlbildungen, die sogenannte Kinder-Euthanasie, vorbereitete. Am 18. August 1939 führte der Reichsinnenminister die Meldepflicht für solche „missgebildeten“ Neugeborenen ein. Schon nach kurzer Zeit wurde das Mordprogramm auch auf behinderte Erwachsene ausgeweitet. An seiner Ausformulierung waren neben der Kanzlei des Führers das Innenministerium sowie speziell ausgewählte Anstaltsleiter und medizinische Experten beteiligt.⁶³

Ende September begann die Erfassung aller Heil- und Pflegeanstalten, im Oktober der Versand von Patienten-Meldebogen. Vermutlich im selben Monat unterzeichnete Hitler die Ermächtigung zum Massenmord: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“⁶⁴ Das Ermächtigungsschreiben wurde auf den 1. September 1939 rückdatiert, um den Krankmord in einen Zusammenhang mit dem Krieg zu stellen, hatten doch schon im Ersten Weltkrieg Eugeniker vor dessen „volksbiologischen“ Konsequenzen gewarnt: Da im Krieg gerade viele der Gesündesten und Tüchtigsten fielen, drohe die genetische Substanz des Volks Schaden zu nehmen. Derartige Überlegungen keimten nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wieder auf und dienten den Befürwortern einer „Ausmerze der Minderwertigen“ als Argument.

In den neu geschaffenen Gauen Danzig-Westpreußen und Wartheland wurden bereits unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen und unabhängig von der zentralisierten „Euthanasie“-Aktion Psychatriepatienten ermordet. Diese Morde blieben aber auch in dieser frühen Phase nicht auf vormals polnische Gebiete beschränkt: Pommerns Gauleiter Franz Schwede-Coburg erkannte die Gelegenheit, sich der Kranken in seinem Gau zu entledigen. Er sagte Himmler zu, der neu geschaffenen Waffen-SS mehrere Kliniken zur Verfügung zu stellen, wenn er dafür die Erlaubnis bekomme, die Kranken abtransportieren zu lassen. Die Patienten wurden erschossen, zwei Kliniken zu Kasernen der Waffen-SS umfunktioniert, die drei anderen blieben Nervenheilstätten. Schnell war einigen lokalen Machthabern klar geworden, wie der Krieg ihre Möglichkeiten erweitert hatte.⁶⁵

(Hrsg.), *Concentration Camps in Nazi Germany. The New Histories*, London u. a. 2010, S. 149 – 166, hier S. 151.

63 Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 49), S. 234 f.; Ernst Klee, *„Euthanasie“ im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“*, überarb. Neuaufl., Frankfurt a. M. 2010.

64 BAArch, R 300 1/4209. Das Dokument ist als Faksimile Friedlander, *Weg* (wie Anm. 63), vorangestellt.

65 Volker Rieß, *Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40*, Frankfurt a. M. u. a. 1995; Friedlander, *Weg* (wie Anm. 63).

Im Reich koordinierte die Kanzlei des Führers die Morde. Sie baute dazu eine Organisation auf, die nach ihrem Sitz in einer Villa in der Tiergartenstr. 4 in Berlin später „T 4“ genannt wurde. Mit Brandenburg an der Havel, Grafeneck, Hartheim bei Linz, Sonnenstein in Pirna, Bernburg an der Saale und Hadamar bei Limburg entstanden im Laufe der Zeit sechs Tötungsanstalten, in denen die Opfer mittels Giftgas erstickt wurden. Am 18. Januar 1940 traf in Grafeneck der erste Transport mit 25 Männern aus der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar ein. Der erste Kranke auf der Liste dieses Transports und damit das erste „Euthanasie“-Opfer im Reich war ein Jude: Ludwig Alexander, geboren am 1. September 1895.⁶⁶

Anfangs war der Ablauf für die jüdischen Kranken offiziell der gleiche wie für die nicht-jüdischen Patienten, wenn auch die Verlegungs- und Tötungsdaten der Juden die Vermutung zulassen, dass bereits in dieser frühen Phase die rassistische Einstufung eine größere Bedeutung hatte als das Krankheitsbild.⁶⁷ Schon bald unterschieden auch die selektierenden Ärzte zwischen Juden und Nicht-Juden. Nicht-jüdische Patienten beurteilten sie nach ihren Heilungschancen und ihrer Arbeitsfähigkeit und verschonten diejenigen, die nicht dauerhaft der Pflege bedurften. War ein Patient hingegen Jude, galt dies bereits als hinreichendes Kriterium, um die Tötung anzuordnen. Im Rückblick ist darin ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur unterschiedslosen Ermordung von Juden gleich welchen Alters, Gesundheitszustands und Geschlechts zu erkennen. Nur die seit Dezember 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn zusammengefassten Juden (Dok. 127) wurden noch nicht in dieses Mordprogramm einbezogen. Sie wurden im Jahr 1942 zusammen mit den Koblenzer Juden deportiert und ermordet.⁶⁸

Am 15. April 1940 wies Herbert Linden, der für die „Euthanasie“ zuständige Referatsleiter in der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums, die örtlichen Gesundheitsämter an, sämtliche jüdischen Patienten zu erfassen. Vom Juni 1940 an wurden diese in die „Euthanasie“-Anstalten gebracht und dort ermordet. Zur Tarnung erhielten nachfragende Angehörige die Auskunft, dass die Patienten in die Anstalt in Chelm (Chełm) im Distrikt Lublin im Generalgouvernement gebracht worden seien. Von dort wurden auch die Todesurkunden verschickt. Die Anstalt Chelm existierte aber schon nicht mehr, die polnischen Patienten waren bereits im Januar 1940 getötet worden. Die Täuschung diente unter anderem der Bereicherung: Die Reichsvereinigung der Juden musste fingierte Rechnungen für die angeblich monatelange Verpflegung von 1050 tatsächlich längst ermordeten Patienten begleichen.

Die Vertreter der Reichsvereinigung gerieten in eine geradezu tragische Situation: Obwohl einige von ihnen offenbar von der Ermordung der jüdischen Patienten wussten, waren sie doch gezwungen, für die Rechnungen aufzukommen. Conrad Cohn, der Leiter der Fürsorgeabteilung, unterrichtete noch im August 1941 die Bezirksstellen der Reichs-

66 IfZ/A, NO-3356; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 430; Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ 1890 – 1945, Göttingen 1987; Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hrsg.), Tötungsanstalt Hartheim, 2. erw. Auflage, Linz 2008.

67 Annette Hinz-Wessels, Jüdische Opfer der „Aktion T4“ im Spiegel der überlieferten „Euthanasie“-Krankenakten im Bundesarchiv, in: Maike Rotzoll u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn u. a. 2010, S. 143–146.

68 Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 418–448.

vereinigung über diese Pflicht (Dok. 201). Keine zwei Monate später verfasste er eine Notiz für Paul Eppstein, den Sozialreferenten der Reichsvereinigung: „Die bisher hier vorliegenden Rechnungen beziehen sich auf rund 1100 Patienten, von denen 1050 bei Rechnungsstellung verstorben waren.“⁶⁹

Im Protektorat Böhmen und Mähren war die Mehrheit der jüdischen Patienten von der „Euthanasie“ nicht betroffen. Sie wurden aber auch dort von den Übrigen abgesondert. Vom Herbst 1939 an sollten sie nur noch in neuen sogenannten Juden-Abteilungen betreut werden. Die Anstaltsleitung in Iglau ging gar so weit, dass sie für jüdische Patienten eigene Toiletten und Waschbecken vorsah und deren Geschirr separat abwaschen ließ (Dok. 262). Nach der Auflösung dieser Heil- und Pflegeanstalt kamen ihre jüdischen Patienten 1940 ebenso wie die meisten anderen vor allem in zwei Anstalten unter: die böhmischen Patienten in der Landesanstalt in Prag-Bochnitz, die mährischen 1941 in der Landesanstalt in Kremsier. Daneben waren jüdische Patienten in kirchlichen Kliniken sowie in den von der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag betriebenen Hospitälern untergebracht. Die meisten wurden später deportiert und ermordet.⁷⁰

Die jüdische Selbstverwaltung

Die Hauptaufgabe der jüdischen Institutionen, die Auswanderung möglichst vieler Juden zu organisieren, war nach Kriegsbeginn kaum mehr zu erfüllen. Auch die Versorgung der verarmten Bevölkerung gestaltete sich immer schwieriger. Mit diesen grundsätzlichen Problemen hatten die in Berlin ansässige Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sowie die Israelitische bzw. die Jüdische Kultusgemeinde in Wien und Prag gleichermaßen zu kämpfen. Zudem mussten sie bei der Umsetzung antijüdischer Maßnahmen mitwirken. Die jüdischen Organisationen standen dabei unter strikter Kontrolle der Gestapo und des SD bzw. des neu geschaffenen Reichssicherheitshauptamts.

Eichmann bestellte die Leiter der drei jüdischen Institutionen in Berlin, Wien und Prag mehrfach zu gemeinsamen Treffen in die Reichshauptstadt und sorgte auch dafür, dass sie sich gegenseitig unterwiesen. Seitdem er im Frühjahr 1938 die Israelitische Kultusgemeinde Wien unter Vorsitz von Dr. Josef Löwenherz so reorganisiert hatte, dass sie im Wesentlichen seine Anweisungen umsetzte, galt ihm diese Art der bevormundeten Selbstverwaltung als Modell für den Umgang auch mit anderen jüdischen Organisationen. Die Reichsvereinigung war im Februar 1939 aus der zuvor amtierenden Reichsvertretung gebildet worden, ein Schritt, der im Juli 1939 mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz gesetzlich verankert wurde. Jeder Jude musste diesem Dachverband nun angehören, bei dessen Entscheidungen die Gemeinden und Bezirksstellen der Reichsvereinigung

⁶⁹ Dr. Conrad Israel Cohn, Notiz für Herrn Dr. Eppstein, 2. 10. 1941, BArch, R 8150/7, Bl. 221; Beate Meyer, Der Traum von einer autonomen jüdischen Verwaltung: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Auswanderer und Zurückbleibende in den Jahren 1938/39 – 1941, in: Susanne Heim/Beate Meyer/Francis R. Nicosia, „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938 – 1941, Göttingen 2010, S. 21–38, hier S. 27.

⁷⁰ Tomáš Fedorovič, Jüdische geistesranke Patienten aus dem Protektorat Böhmen und Mähren zwischen nationalsozialistischer „Euthanasie“ und Holocaust (1939 – 1945), in: Michal Šimůnek/Dietmar Schulze (Hrsg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“ im Reichsgau Sudetenland und Protektorat Böhmen und Mähren 1939 – 1945, Prag 2008, S. 199 – 236.

kein Mitspracherecht hatten. Personell brachte die Umstrukturierung kaum Veränderungen mit sich.⁷¹

Auf die Entscheidungen der Behörden hatten die jüdischen Selbstverwaltungsorganisationen keinen nennenswerten Einfluss. Gleichwohl mussten sie sich gegenüber der jüdischen Bevölkerung rechtfertigen, wenn sie die Anordnungen der Gestapo gewissenhaft erfüllten, damit diese keine Notwendigkeit sah, selbst einzugreifen. Ihre Situation ist mit derjenigen vergleichbar, in der sich die Judenräte im besetzten Osteuropa befanden. Um Schlimmeres zu verhindern, sahen sie sich zur Kooperation gezwungen.

Moritz Fleischmann, Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, berichtete, dass für deren Leiter Josef Löwenherz „jeder Weg zu Eichmann [...] ein Canossagang“ gewesen sei.⁷² Über Paul Eppstein, einen der führenden Vertreter der Reichsvereinigung, schrieb einer seiner Mitarbeiter rückblickend: „Eppstein, der der Verbindungsmann zur Gestapo war, kam jedes Mal schweißbedeckt von der Unterredung dort zurück.“⁷³ Ähnlich erinnert sich Berthold Simonsohn, der für die jüdische Wohlfahrt in Stettin und Hamburg arbeitete: „Niemals wußte Eppstein, ob er, wenn er zur Gestapo gerufen wurde, zurückkehren würde, und stets trug er eine Dose Zyankali bei sich, um der Qual ein Ende zu machen, wenn man ihn zu Dingen zwingen wollte, die er mit seinem Gewissen und seinem Verantwortungsgefühl der jüdischen Gesamtheit gegenüber nicht vereinbaren konnte.“ Ständig neue, willkürliche Anordnungen oder plötzliche Verhaftungen bedeuteten auch für die weniger prominenten Mitarbeiter der Reichsvereinigung eine ungeheure Belastung. „Jeder wusste damals, daß auch seine Stunde eines Tages schlagen würde.“⁷⁴

In welchem Dilemma die jüdischen Funktionäre steckten, mag das Beispiel Paul Eppsteins auch in anderer Hinsicht verdeutlichen. Dieser war 1933 gemeinsam mit seiner Frau Hedwig von Mannheim nach Berlin gezogen. Er bemühte sich um eine reibungslos funktionierende jüdische Verwaltung und sah sich, wie viele seiner Mitstreiter, so sehr in der

71 Avraham Barkai/Paul Mendes-Flohr, *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 4: *Aufbruch und Zerstörung 1918–1945*, München 1997, S. 338–342; Anderl, „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ (wie Anm. 47), S. 297; Meyer, *Traum* (wie Anm. 69), S. 26–32; siehe auch VEJ 2, S. 60–62.

72 Zeugenaussage Moritz Fleischmann im Eichmann-Prozess, 26.4.1961, zit. nach: David Cesarani, *Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder. Biografie*, Berlin 2004, S. 89; Rabinovici, *Instanzen* (wie Anm. 59), S. 82–85; zu Prag siehe Margalit Shlain, *Jakob Edelsteins Bemühungen um die Rettung der Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren vom Mai 1939 bis Dezember 1939*, in: TSD, 10 (2003), S. 71–94, hier S. 78 f.; Ruth Bondy, „Elder of the Jews“. *Jakob Edelstein of Theresienstadt*, New York 1981.

73 Kurt Goldmann, *Hechalutz und Jugendaliyah in Deutschland von 1936 bis Ende 1939*, YVA, 01/204, Bl. 6, zit. nach: Meyer, *Traum* (wie Anm. 69), S. 29. Zur Geschichte der Reichsvereinigung siehe Herbert Strauss, *Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy. The Communities and the Reichsvertretung*, in: Arnold Paucker, *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 125–152; Otto Dov Kulka, *The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939–1942*, in: ebd., S. 353–363; Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945*, in: dies./Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 291–338; dies., *Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, Göttingen 2011.

74 Berthold Simonsohn, *Sein Andenken wird weiterleben*, in: *Jüdische Sozialarbeit*, Nr. 3/4 vom 18.9.1959, Jg. 4, S. 23–26, Zitat S. 24. Der Nachruf wurde bereits 1945 verfasst.

Verantwortung, dass er die Gelegenheit zur Emigration verstreichen ließ. Sein Bruder Lothar und dessen Frau Paula gelangten über Frankreich und Lissabon in die USA. Auf dessen Vorwurf, das Aufschieben der Auswanderung sei verantwortungslos, antwortete Hedwig Eppstein: „Ziemlich das Gegenteil ist bei P. der Fall. Du kennst ihn ja auch in dieser Beziehung gut genug, um zu wissen, daß P. nicht um Essen und Schlafen willen arbeiten kann. Das ist bei ihm undenkbar. Für ihn muß Arbeit in einem größeren Zusammenhang stehen, und daß dieser hier in unserer Situation gegeben ist, ist klar. Das Schwere einer Arbeit mindert doch nicht das Erlebnis ihres Wertes.“ Hedwig Eppstein selbst organisierte im Rahmen der Jugendalijah die Ausreise junger Juden nach Palästina. Sie wäre vielleicht gern gegangen, wie sie ihrem Schwager schrieb: „Ich hätte keine Bedenken gegen ein etwas freudigeres Leben.“⁷⁵

Doch das Ehepaar blieb und stellte sich Aufgaben, die im Grunde gar nicht erfüllbar waren. Paul Eppstein musste jedes Vorhaben und sämtliche Ausgaben mit dem Reichssicherheitshauptamt absprechen, das beständig auf Einsparungen drängte. Als er sich weigerte, einen unsicheren Schiffstransport im Rahmen der illegalen – weil von der britischen Mandatsmacht verbotenen – Palästina-Auswanderung zu unterstützen, wurde er dafür selbst in „Schutzhaft“ genommen. Eine Verhandlung über seine Haft im Geheimen Staatspolizeiamt musste er selbst protokollieren (Dok. 128). Nach seiner Entlassung durfte Eppstein keine Auswanderungsangelegenheiten mehr bearbeiten. So machte das Reichssicherheitshauptamt den jüdischen Funktionären klar, wie abhängig sie waren. Gleichzeitig setzte es sie ständig dazu ein, neue Verordnungen bekannt zu geben, die ersten Deportationen oder die Zwangsumzüge in „Judenhäuser“ zu organisieren sowie statistische Daten über die jüdische Bevölkerung zu erheben.

Die Reichsvereinigung sowie die Kultusgemeinden in Wien und Prag mussten die Kinder- und Altenheime sowie öffentliche Küchen für Bedürftige unterhalten und die Versorgung mittelloser Kranker gewährleisten. Infolge der wachsenden Verarmung und der durch die Auswanderung vor allem jüngerer Juden hervorgerufenen prozentualen Zunahme älterer Menschen wurden immer mehr Hilfgelder benötigt. Ende 1939 erhielten 52 000 Personen, mehr als ein Viertel der jüdischen Bevölkerung im Reich, Unterstützung durch die Reichsvereinigung.⁷⁶ Die Leiterin der Abteilung Allgemeine Wohlfahrtspflege, Hannah Karminski, schilderte im November 1939 den Zwiespalt auswanderungswilliger Juden, „die uns vor ihrer Auswanderung noch ihre letzte, größte Sorge anvertrauten: die allein zurückbleibende Mutter oder – seltener – den alten Vater. Immer geschah es mit dem Vorsatz, die Alten sobald wie möglich nachzuholen, aber zunächst mußten sie allein bleiben.“⁷⁷ Hannah Karminski konnte, als sie diese Zeilen schrieb, nicht wissen, dass es den meisten älteren Juden nicht mehr gelingen würde, Deutschland zu verlassen, und ihr selbst auch nicht. Sie wurde im Dezember 1942 nach Auschwitz deportiert und dort im Alter von 45 Jahren ermordet.⁷⁸

75 Brief von Hedwig Eppstein an Lothar und Paula Eppstein vom 21.9.1938, Stadtarchiv Mannheim, Nachlass Eppstein, Zug. 27/2002, Nr. 11.

76 Wolf Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat 1933 bis 1942, München 2002, S. 245; Gudrun Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der jüdischen Selbsthilfe 1933–1943, Frankfurt a.M. u.a. 2002, S. 174 f.

77 Hanna(h) Sara Karminski, Die Jüdische Winterhilfe beginnt, in: Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 88 vom 3.11.1939, S. 1.

78 Meyer, Gratwanderung (wie Anm. 73), S. 299.

Die jüdischen Institutionen versuchten außerdem, Bildungs- und Kultureinrichtungen aufrechtzuerhalten. Bei Kriegsbeginn waren zunächst sämtliche Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbunds verboten worden, doch noch im September 1939 wurden sie wieder aufgenommen, wenn auch in eingeschränktem Umfang (Dok. 14). Der Kulturbund verfügte in einigen Großstädten über Zweigstellen, von denen diejenige in Frankfurt am Main besonders aktiv war. Doch fanden außerhalb Berlins meist nur noch kleinere Veranstaltungen und Filmvorführungen sowie Gastspiele Berliner Künstler statt. Am 11. September 1941 löste die Gestapo die Organisation auf.⁷⁹

Erste Deportationen

Am 6. Oktober 1939 kündigte Hitler im Reichstag „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ im östlichen Europa an. Eine groß angelegte „Umsiedlung der Nationalitäten“ sollte „Ruhe und Ordnung“ im Verhältnis zum neuen Bündnispartner Sowjetunion gewährleisten.⁸⁰ Um die deutsche Herrschaft in den gerade erst eroberten Gebieten langfristig zu sichern, beabsichtigte Hitler, Angehörige der deutschstämmigen Minderheiten aus dem Ausland im großen Stil dort anzusiedeln. Die praktische Durchführung dieses Programms zur „Festigung deutschen Volkstums“ übertrug er am darauf folgenden Tag Reichsführer-SS Heinrich Himmler (Dok. 18).

Noch im Oktober teilte Hitler den eroberten Raum auf. In das Deutsche Reich eingegliedert wurden die neu geschaffenen Gaue Danzig-Westpreußen und Wartheland, das östliche Oberschlesien wurde in den Gau Schlesien integriert und der Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) Ostpreußen angeschlossen. Die Polizeigrenze zwischen dem ehemaligen Polen und dem Reich blieb jedoch – mit verändertem Verlauf – bestehen, wodurch unter anderem eine unkontrollierte Migration polnischer Staatsbürger aus den eingegliederten Gebieten ins Altreich unterbunden werden sollte. Das übrige eroberte polnische Gebiet wurde am 26. Oktober 1939 als Generalgouvernement mit Gouverneur Hans Frank an der Spitze zu einem nicht näher definierten kolonialen Nebenland. Hierhin sollten nun auch die „unerwünschten Elemente“ aus dem Reich einschließlich der neu eingegliederten Gebiete abgeschoben werden, um auf diese Weise Platz für die Ansiedlung der sogenannten Volksdeutschen zu schaffen. Bereits Ende September hatten das Reich und die Sowjetunion einen groß angelegten Bevölkerungsaustausch vereinbart; Millionen Deutsche, die im Zuge der Besetzung Ostpolens oder der baltischen Staaten unter sowjetische Herrschaft gefallen waren, sollten „heim ins Reich“ geholt werden. Weiteren Handlungsdruck schuf Himmlers Plan, die etwa 200 000 Südtiroler ins Deutsche Reich umzusiedeln. Am 21. Oktober 1939 schlossen Hitler und Mussolini ein Abkommen, dem zufolge sich die deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung in Südtirol zwischen der Auswanderung ins Deutsche Reich oder dem Verbleib in Südtirol unter Aufgabe der

79 Herbert Freeden, Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964, S. 150 – 169; Volker Dahm, Kulturelles und geistiges Leben, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 75–267, hier S. 244–257; Sylvia Rogge-Gau, Die doppelte Wurzel des Daseins. Julius Bab und der Jüdische Kulturbund Berlin, Berlin 1999; Stephan Stompor, Jüdisches Musik- und Theaterleben unter dem NS-Staat, Hannover 2001, S. 160 – 172.

80 Siehe VEJ 4/17.

deutschen Kultur und Sprache entscheiden musste. Über 85 Prozent der Befragten optierten für die Umsiedlung ins Reich; es war allerdings gar nicht geklärt, wo sie angesiedelt werden sollten.⁸¹

Noch bevor detaillierte Pläne dafür ausgearbeitet waren, stand fest, dass im Zuge der Umsiedlungen auch große Teile der jüdischen Bevölkerung aus dem Reichsgebiet abgeschoben werden sollten. In einer Besprechung von Amts- und Einsatzgruppenleitern am 21. September 1939 verkündete Reinhard Heydrich die Zustimmung Hitlers zur Deportation.⁸²

Mit deren Organisation wurde Adolf Eichmann, der die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien und Prag leitete, beauftragt. Am 6. Oktober 1939 erhielt Eichmann von Gestapochef Heinrich Müller den Auftrag, die Umsiedlung von Juden aus Kattowitz und Mährisch-Ostrau ins Generalgouvernement einzuleiten. Eichmann entschied darüber hinaus, auch die Wiener Juden mit einzubeziehen, wofür ihm der dortige Gauleiter Josef Bürckel bereitwillig die Vollmacht erteilte. Während im Altreich die Staatspolizeistellen für die Deportationen zuständig waren, übernahm in Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung diese Aufgabe (Dok. 24).⁸³

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien musste assistieren und mitunter sogar die Deportationslisten selbst zusammenstellen sowie die Betroffenen verständigen. Die Vertreter der Kultusgemeinde betonten immer wieder, „dass die Mitwirkung der Kultusgemeinde bei diesen Aktionen nicht ihrer Initiative entsprang und einzig und allein von der Absicht geleitet war, die Nominierung der Teilnehmer an den Transporten und die Durchführung der letzteren selbst unter möglichster Vermeidung von Härten zu bewirken“. Dennoch zog die Kultusgemeinde durch ihre Rolle die Kritik vieler Wiener Juden auf sich.⁸⁴

Vom 18. Oktober 1939 an wurden in fünf Transporten etwa 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in das Gebiet um Nisko am San bei Lublin im deutsch besetzten Teil Polens verschleppt. Die ersten aus Mährisch-Ostrau deportierten Juden erhielten in Zarzecze bei Nisko den Befehl, ein Barackenlager zu bauen. Die nicht Arbeitsfähigen wurden ebenso wie die meisten Wiener Juden in Richtung Osten vertrieben und ihrem Schicksal überlassen. Manche blieben in der Region, andere überquerten die Demarkationslinie in den von der Sowjetunion besetzten Teil Polens, wo die sowjetischen Behörden viele von ihnen aufgriffen und in Arbeitslager brachten.⁸⁵

81 Siehe VEJ 4, S. 30 f.; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 29 – 135.

82 Besprechungsprotokoll vom 27.9.1939, in: Tatiana Berenstein, Adam Rutkowski, Dokument o konferencji w Urzędzie Policji Bezpieczeństwa z 21 IX 1939 r., in: BŻIH, 1964, H. 1 (49), S. 68 – 73. Siehe auch VEJ 4/12.

83 Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt a.M. 1995, S. 72 – 86; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 65 – 69; Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution, Wien u.a. 2004, S. 264.

84 Schreiben IKG Wien an Siegmund Flieger vom 7.1.1940, CAHJP, AW 2747, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF W 1, fr. 126; Andrea Löw, Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941, in: Heim/Meyer/Nicosia (Hrsg.), Deutsche Juden 1938 – 1941 (wie Anm. 69), S. 59 – 76.

85 Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: VfZ, 29 (1981), S. 74 – 96; Jonny Moser, „Nisko“. The First Experiment in Deportation, in: The Simon Wiesenthal Center Annual, 2 (1985), S. 1 – 30. Von den in Zarzecze bei Nisko festgehaltenen jüdischen Männern kehrten im April 1940 nach Auflösung des Lagers 198 nach Wien zurück, von den 1291 Männern aus Mährisch-Ostrau waren es 460; Alfred Gottwald/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941 – 1945, Wiesbaden 2005, S. 31 – 33.

Einer der jüdischen Funktionäre, der die Transporte im Herbst 1939 begleiten musste, war Jakob Edelstein. Im Jahr 1903 im galizischen Hodorenka geboren, war er während des Ersten Weltkriegs mit seiner Familie ins mährische Brünn gekommen, wo er von 1926 an in zionistischen Organisationen aktiv war. Seit 1933 leitete er das Prager Palästina-Amt, das die Ausreise ins britische Mandatsgebiet zu organisieren versuchte. Nachdem er die Bedingungen in Nisko gesehen hatte, setzte er alles daran, den Juden im Protektorat eine Deportation in den Osten zu ersparen, überzeugt davon, dass die meisten von ihnen dies nicht überleben würden. Er verfasste einen Bericht über seine Erfahrungen, der gemeinsam mit Aussagen geflohener Juden die Grundlage für einen Artikel in der britischen Tageszeitung *The Times* bildete. Darin hieß es schon im Dezember 1939 über das Vorhaben, in der Gegend bei Lublin ein Reservat zu errichten, es handele sich um einen „Ort, der eindeutig der schrittweisen Vernichtung dienen soll und nicht etwa als *Lebensraum*, wie es die Deutschen nennen würden“ (Dok. 38).⁸⁶

Die Wiener Behörden waren davon ausgegangen, dass 65000 Juden deportiert würden. Doch schon der für den 31. Oktober 1939 geplante dritte Wiener Transport fuhr nicht mehr ab. Gestapo-Chef Müller hatte angeordnet, dass sämtliche Transporte künftig von seiner Dienststelle genehmigt werden müssten, und am 21. Dezember gab er bekannt, Himmler habe die Fortführung der Deportationen „bis auf weiteres“ untersagt (Dok. 40).⁸⁷ Für den Reichsführer-SS, der seit Oktober 1939 zugleich als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums fungierte, hatte die Umsiedlung der Einwohner aus den annektierten polnischen Gebieten und die Ansiedlung von „Volksdeutschen“ Vorrang. Eichmann wechselte kurz darauf nach Berlin, wo er das Referat IV D 4 (Räumungsangelegenheiten und Reichszentrale für jüdische Auswanderung) im Reichssicherheitshauptamt leitete, das ab sofort die Deportationen koordinieren sollte.⁸⁸

Am 30. Januar 1940 gab Heydrich auf einer Besprechung im Reichssicherheitshauptamt bekannt, dass Mitte Februar „1000 Juden aus Stettin, deren Wohnungen aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt werden, geräumt und gleichfalls ins Generalgouvernement abgeschoben werden“ sollten.⁸⁹ Die erste Deportation von Juden aus dem Altreich betraf am 12. Februar 1940 fast die gesamte Jüdische Gemeinde in Stettin. Genaue Richtlinien regelten die Vertreibung bis ins Detail (Dok. 52). Laut einer Deportationsliste, welche die Verschleppten später im Distrikt Lublin anfertigen mussten, wurden 1120 Menschen aus dem Regierungsbezirk Stettin nach Lublin verschleppt. Den Weg von dort nach Głusk, Bełżyce und Piaski mussten sie zu Fuß oder im Schlitten zurücklegen. Einige erfroren unterwegs. Im Laufe des nächsten Monats fielen weitere Deportierte der Kälte und Unterernährung zum Opfer. Ende Februar wurden etwa 160 Juden aus Schneidemühl deportiert, allerdings offenbar nicht in den Distrikt Lublin, sondern unter ande-

86 Bondy, „Elder of the Jews“ (wie Anm. 72), S. 149 – 165; Livia Rothkirchen, Zur ersten authentischen Nachricht über den Beginn der Vernichtung der europäischen Juden, in: TSD, 9 (2002), S. 338 – 340; Shlain, Jakob Edelsteins Bemühungen (wie Anm. 72), S. 71 – 94, hier S. 81 – 84.

87 Himmler an Bürckel am 9.11.1939, ÖStA/AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 23 B/6, Bl. 25; Runderlass RSHA (S-IV II Rz) vom 21.12.1939, zit. nach: Wolf Gruner, Von der Kollektivweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938 – 1945, Göttingen 2004, S. 21 – 62, hier S. 34, 36.

88 Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 72 – 90; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 60 – 92.

89 VEJ 4/82.

rem in Umschulungslager in Rietz-Neuendorf bei Fürstenwalde und Radinkendorf in Brandenburg.⁹⁰

Die Reichsvereinigung der Juden hatte bei der zweiten Deportation aus Pommern aushandeln können, dass die Zahl der Betroffenen um 150 Personen herabgesetzt wurde. Wenig später erfuhr sie von Plänen, die rund 1000 ostfriesischen Juden in den Distrikt Lublin abzuschicken. Max Plaut, der die Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung leitete, konnte gemeinsam mit den Gemeindevorstehern vor Ort die Gestapo davon überzeugen, die Juden nicht zu deportieren, sondern innerhalb von drei Wochen umzuquartieren, so dass ihre Wohnungen frei würden. Die meisten zogen nach Berlin, Hannover und Hamburg.⁹¹

Die Schweizer Presse berichtete über die Transporte aus Pommern (Dok. 53), was im Auswärtigen Amt Besorgnis auslöste. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker fragte nach, ob es korrekt sei, dass die Deportationen aus Stettin den Auftakt zu umfassenden Abschiebungen darstellten. Er bekam aus dem Reichssicherheitshauptamt die Auskunft, es habe sich um eine Einzelaktion mit dem Ziel gehandelt, Wohnraum für umgesiedelte Balten-deutsche zu schaffen.⁹²

Am 23. März 1940 untersagte Göring weitere Transporte von Juden aus dem Reich. Da sich die Regierung des Generalgouvernements unter Hans Frank immer heftiger gegen die Abschiebungen in ihr Hoheitsgebiet wehrte, musste der Plan eines „Judenreservats“ im Raum Lublin ad acta gelegt werden. Auch die Sowjetunion war nicht bereit, Juden zu übernehmen. Offensichtlich hatten Eichmann und Stahlecker im Rahmen des deutsch-sowjetischen Bevölkerungsaustauschs von 1939/40 der sowjetischen Umsiedlungskommission entsprechende Vorschläge gemacht. Nach der Einstellung der Deportationen in den Distrikt Lublin hatte Eichmann die Idee, die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden in die Sowjetunion auswandern zu lassen oder zu vertreiben (Dok. 48). Diese Überlegungen blieben aber ohne Ergebnis.⁹³

Dieser erste Versuch, Juden aus dem Reich massenhaft in den Osten abzuschicken, scheiterte – vor allem, weil nicht eindeutig geklärt war, wie in Zukunft mit dem Generalgouvernement umgegangen werden sollte. Überall drängten nun die regionalen deutschen Machthaber in den eingegliederten und den besetzten Gebieten darauf, „ihre“ Juden möglichst bald „loszuwerden“. Vorerst blieb jedoch offen, wie und wohin.

90 Die Namensliste der 1940 aus dem Regierungsbezirk Stettin deportierten Juden. Mit einer Einleitung zum Geschehen und zum Dokument von Wolfgang Wilhelmus, Rostock 2009; Gottwaldt/Schulle, „Juden deportationen“ (wie Anm. 85), S. 35.

91 Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 33.

92 Christopher R. Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940 – 1943, Darmstadt 2010, S. 36 f.

93 Pavel Polian, Hätte der Holocaust beinahe nicht stattgefunden? Überlegungen zu einem Schriftwechsel im Wert von zwei Millionen Menschenleben, in: Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Hrsg.), Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008, S. 1–19.

Verbote, Zwangsarbeit und „Judenhäuser“

Die ersten Deportationsexperimente waren gescheitert, die Juden blieben im Reich und im Protektorat. Eine Vielzahl von Vorschriften reglementierte den jüdischen Alltag bis ins kleinste Detail. Lebensmittelrationen wurden für Juden gekürzt, und als es Goebbels Mitte November 1939 einfiel, an sie keine Lebensmittelmarken mehr für den Kauf von Schokoladenprodukten auszugeben, erließ das Reichsernährungsministerium zwei Wochen später, am 2. Dezember 1939, eine entsprechende Verfügung. Hinzu kam, dass sie schon bald nur noch zu festgelegten Zeiten und in bestimmten Geschäften einkaufen durften. Wenn der Einkauf, wie in Breslau, nur mitten am Tag erlaubt war, stellte dies erwerbstätige Frauen vor Probleme. War die Einkaufszeit auf den späten Nachmittag beschränkt, mussten sie nach Feierabend von einem Laden zum anderen hetzen, konnten häufig nicht alles in der erlaubten Stunde erledigen oder standen vor leer gekauften Regalen. In München bekamen Juden Geschäfte zugewiesen, die in weit entfernten Stadtteilen lagen, so dass sie seit Mitte 1941, als sie die Straßenbahnen nicht mehr benutzen durften, kilometerlange Strecken zu Fuß zurücklegen mussten. An manchen Geschäften hingen Schilder mit der Aufschrift „Mangelware wird an Juden nicht abgegeben“. Auch Bezugscheine für Schuhe und Kleidung bekamen Juden nur eingeschränkt oder gar nicht.⁹⁴

Im Protektorat führten sowohl deutsche als auch tschechische Behörden in rascher Folge ähnliche Maßnahmen wie im Altreich und in Österreich ein, und manchen brachte die Häufung der Verbote zur Verzweiflung. Max Mannheimer, der in der Nähe des Kurorts Luhatschowitz Zwangsarbeit im Straßenbau verrichtete, notierte in seinem Tagebuch: „Mein Quartier während der Woche ist eine Bretterbude hinter dem Geräteschuppen. Von da aus gehe ich trotz der 20-Uhr-Sperre und des Verbotes, die Anlagen zu betreten, in den Kurpark. Ich zähle die Verbotsschilder ‚Für Juden verboten‘. Es sind sechs an der Zahl. Später, gegen elf, reiße ich alle Verbotsschilder aus dem Boden und werfe sie teils ins Gebüsch, teils in einen Bach. Mein ganzer Mut war vergebens. Am nächsten Abend waren alle Schilder wieder da. Ein zweites Mal brachte ich den Mut nicht auf. Ich bin eben kein Held.“⁹⁵

Manchmal wussten die Leute gar nicht, was erlaubt war und was nicht. Wenn die Anordnungen und Verbote überhaupt veröffentlicht wurden, dann im Jüdischen Nachrichtenblatt, das in verschiedenen Ausgaben in Berlin, Wien und Prag erschien. Sowohl das Propagandaministerium als auch das Reichssicherheitshauptamt zensierten die Zeitung.⁹⁶ Die Ausbeutung der Juden wurde zweigleisig fortgesetzt, durch Ausraubung sowie durch Nutzung ihrer Arbeitskraft. Aus ihren Berufen waren die Juden bereits weitgehend verdrängt worden, Gewerbebetriebe hatten sie aufgeben müssen.⁹⁷ Nun versuchte der Fis-

94 Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967, S. 274; Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2001, S. 216–220; Abraham Ascher, A Community under Siege. The Jews of Breslau under Nazism, Stanford 2007.

95 Mannheimer, Spätes Tagebuch (wie Anm. 20), S. 37f.

96 Ruth Bondy, Chronik der sich schließenden Tore. Jüdisches Nachrichtenblatt – Židovské listy (1939–1945), in: TSD, 7 (2000), S. 86–106; Clemens Maier, Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938–1943. Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung, in: Eleonore Lappin/Michael Nagel (Hrsg.), Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen, Bd. 2, Bremen 2008, S. 163–179.

kus, sich nahezu ihr sämtliches Vermögen anzueignen. Zum 15. November 1939 erhöhte der Reichsfinanzminister die sogenannte Judenvermögensabgabe (Dok. 25), die den Juden nach dem Novemberpogrom 1938 als „Sühneleistung“ auferlegt worden war.⁹⁷ Von Dezember 1940 an waren Juden außerdem zur Zahlung einer „Sozialausgleichsabgabe“ verpflichtet. Ihr Restvermögen lag auf Sperrkonten, nur über einen festgelegten Betrag durften sie monatlich verfügen.⁹⁹

Im September und Oktober 1939 setzten Vertreter verschiedener Ministerien, des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Reichssicherheitshauptamts die vor dem Krieg begonnene Diskussion über die formale Einführung der – ohnehin bereits praktizierten – Zwangsarbeit für Juden fort.¹⁰⁰ Durch die Rüstungsanstrengungen und die Einberufungen hatte sich der notorische Arbeitskräftemangel im Reich erheblich zugespitzt. Die nationalsozialistische Führung versuchte dieses Problem einerseits durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, andererseits durch Zwangsarbeit von Juden zu lösen.¹⁰¹ Im Frühjahr 1940 wurde der Kreis derer, die dazu herangezogen wurden, ausgeweitet. Alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 sowie die Frauen zwischen 18 und 50 Jahren waren nun meldepflichtig, unabhängig davon, ob sie Wohlfahrtsunterstützung bezogen oder nicht. Nachdem die Deportationen vorläufig gescheitert waren, wurde der Arbeitseinsatz auf längere Sicht geplant. Bisher eher zu Gelegenheitsarbeiten eingesetzt, mussten jüdische Arbeiter von Mai 1940 an auch in der Industrie arbeiten. Die jüdischen Institutionen hatten ihr Personal zu reduzieren, um Mitarbeiter zur Zwangsarbeit abstellen zu können. Jüdische Jugendliche, die sich in Umschulungslagern auf die Auswanderung vorbereiteten, wurden gezwungen, fehlende Landarbeiter und Erntehelfer zu ersetzen oder in nahe gelegenen Fabriken zu arbeiten. Ohnehin bot die Altersbegrenzung keine Garantie dafür, dass nicht auch Jüngere oder Ältere zu Zwangsdiensten herangezogen wurden.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung differierten je nach Einsatzort. Manche Arbeitgeber wiesen den Juden vor allem die härtesten und schmutzigsten Arbeiten zu, angestachelt von der Propaganda, die stets hervorhob, dass nun im Krieg „endlich“ auch die Juden das Arbeiten lernen würden. Häufig achteten die Arbeitgeber peinlich genau darauf, dass Juden in geschlossenen Gruppen in die Betriebe kamen und die Betriebskantinen nicht benutzten, mitunter mussten sie sogar separate Toiletten aufsuchen.¹⁰²

97 Christoph Kreutzmüller/Ingo Loose/Benno Nietzel, *Nazi Persecution and Strategies for Survival. Jewish Businesses in Berlin, Frankfurt am Main, and Breslau, 1933–1942*, in: *Yad Vashem Studies*, 39, Nr. 1 (2011), S. 31–70; siehe auch VEJ 1, S. 38–40, und VEJ 2, S. 17–20.

98 VEJ 2/142.

99 Hilberg, *Vernichtung* (wie Anm. 50), Bd. 1, S. 140–152; Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“*. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 188–191; Benno Nietzel, *Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945*. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 49 (2009), S. 561–613.

100 Zur Vorkriegssituation siehe VEJ 2/119.

101 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999; Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart u. a. 2001.

102 Konrad Kwiet, *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945*. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 545 bis 659, hier S. 574–589; Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 118–142; Trude Maurer, *Vom*

Einige Städte zahlten zwar Tariflöhne, doch erhielten die jüdischen Zwangsarbeiter oft nur einen Bruchteil davon, manchmal auch gar nichts: Sie waren grundsätzlich in die ungünstigste Steuerklasse eingestuft, mussten von Ende 1940 an zusätzlich 15 Prozent als „Sozialausgleichsabgabe“ zahlen – und einigen wurde der Lohn nur auf einem Sperrkonto gutgeschrieben, über das sie lediglich mit Genehmigung verfügen durften.¹⁰³ So erging es auch manchen Zwangsarbeitskolleginnen von Elisabeth Freund in einer Berliner Großwäscherei. Über das allgemeine Entlohnungssystem dort schrieb Freund: „Was wir für diese Arbeit bekommen werden, ist uns bei der Einstellung nicht gesagt worden. Wir machen Zwangsarbeit und müssen froh sein, wenn wir überhaupt etwas bekommen. Am ersten Zahltag wissen wir es dann: Ca. 12 Mark 50 wöchentlich für eine verheiratete Arbeiterin“, etwa halb so viel wie nicht-jüdische Kolleginnen. Unverheiratete, die keinen Abzug als Doppelverdienerinnen hinnehmen mussten, erhielten maximal 14 Mark. Das reichte nicht zum Leben. Durch die Unterbezahlung, so vermutete Freund denn auch, sollten die Juden gezwungen werden, eventuell noch vorhandene Ersparnisse aufzubrauchen. „Und diejenigen, die keine Rücklagen haben, können sich ja an die Wohlfahrtsstelle der jüdischen Gemeinde wenden, die immer für alles eintreten soll.“¹⁰⁴

Große Dimensionen erreichte der Zwangsarbeitseinsatz deutscher Juden nie: Im Gebiet des Altreichs waren im Februar 1941 etwa 60 000 Juden als arbeitsfähig klassifiziert worden, von denen etwa 54 000 Zwangsarbeit leisten mussten.¹⁰⁵

Im Protektorat zogen einzelne Kommunen Juden bereits im Laufe des Jahres 1940 zum Arbeitseinsatz heran, lange bevor dies einheitlich geregelt wurde. Am 10. Januar 1941 verbot der Reichsprotektor den Juden im Protektorat jede selbstständige Wirtschaftstätigkeit, am 23. Januar verordnete die tschechische Regierung den Zwangsarbeitseinsatz aller Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren, im August weitete sie die Maßnahme auf alle 16- bis 60-Jährigen aus. Am 1. April 1941 waren bereits 70 Prozent der jüdischen Männer in letztgenannter Altersgruppe Zwangsarbeiter. Im selben Monat glich der Reichsprotektor das Verfahren demjenigen im Reich an: Nur noch die Arbeitsämter sollten die Einsatzorte auswählen, außerdem war auf strikte Trennung zwischen Juden und Nicht-Juden zu achten (Dok. 305). Dennoch blieb auch im Protektorat die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit relativ gering: Laut einer Statistik der Jüdischen Kultusgemeinde Prag betrug der Höchststand jüdischer Arbeiter am 1. Dezember 1941 im Protektorat 13 623 Personen.¹⁰⁶

Die jüdische Bevölkerung im Reichsgebiet lebte traditionell überwiegend in Städten, die Verfolgung hatte diese Tendenz noch verstärkt. Immer mehr Juden zogen in die Groß-

Alltag zum Ausnahmezustand: Juden in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Marion Kaplan (Hrsg.), *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München 2003, S. 347 – 470, hier S. 455 – 458; Moshe Zimmermann, *Deutsche gegen Deutsche. Das Schicksal der Juden 1938 – 1945*, Berlin 2008, S. 72.

¹⁰³ Barkai, Boykott (wie Anm. 99), S. 173 – 181.

¹⁰⁴ Als Zwangsarbeiterin in Berlin. Die Aufzeichnungen der Volkswirtin Elisabeth Freund, hrsg. von Carola Sachse, Berlin 1996, S. 56 – 58.

¹⁰⁵ Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz* (wie Anm. 102), S. 176.

¹⁰⁶ Jüdische Kultusgemeinde Prag: Arbeit, Abdruck in: *Židé v Protektorátu. Hlášení Židovské náboženské obce v roce 1942. Dokumenty*, hrsg. von Helena Krejčová, Jana Svobodová und Anna Hynčáková, Praha 1997, S. 105 – 116, hier S. 106; Gruner, *Protektorat* (wie Anm. 23), S. 4 – 45; ders., *Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938 – 1944*, Cambridge 2008, S. 141 – 159.

städte, in der Hoffnung, dass ihnen die Anonymität Schutz böte. In Österreich lebten inzwischen fast alle Juden in Wien. Seit April 1939 bot das Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden die Möglichkeit, Juden in speziellen Häusern von der übrigen Bevölkerung zu separieren.¹⁰⁷ Im Sudetengau und in Wien war damit bereits im Sommer 1939 begonnen worden. Nach Kriegsbeginn nahm nun die Zahl der sogenannten Judenhäuser rasch zu. In Wien überboten sich die Ortsgruppenleiter, der Bürgermeister und Reichskommissar Bürckel gegenseitig mit Vorschlägen, wie man die Wohnungsknappheit durch ein weiteres Zusammendrängen der jüdischen Bevölkerung beheben könne (Dok. 16).¹⁰⁸ Die Zwangsumzüge bedeuteten eine insbesondere für ältere Menschen nur schwer erträgliche Entwurzelung. Sie mussten ihre gewohnte Umgebung, oft auch vertraute Gegenstände zurücklassen und ihre Privatsphäre auf ein Minimum reduzieren. Manche sahen in dieser Situation nur noch den Ausweg, sich das Leben zu nehmen. Ruth Klüger schildert in ihren Erinnerungen an Wien, wie sie und ihre Mutter in immer schlechtere, dunkle, enge Wohnungen zogen, die sie mit ein oder zwei anderen Familien teilen mussten – und mit unerwünschten „Haustieren“: „Es gab Wanzen. Man dreht das Licht ab und stellt sich vor, daß die Wanzen jetzt aus den Matratzen herauskriechen. Dann wird man gebissen, dreht das Licht an und jammert laut, weil dieses widerliche Ungeziefer tatsächlich im Bett herumläuft.“¹⁰⁹ In Dresden schrieb Victor Klemperer am 6. Juni 1940 über seine neue Unterkunft: „Gehobenes KZ.“¹¹⁰

Klemperer lebte in einer sogenannten nicht privilegierten Mischehe. Seine Frau war Nicht-Jüdin, und die Klemperers hatten keine Kinder. Solche Paare unterlagen den anti-jüdischen Maßnahmen: Ihr Vermögen wurde gesperrt, sie waren gezwungen, in „Judenhäusern“ zu leben, die jüdischen Partner und die Kinder mussten später auch den gelben Stern tragen. Diejenigen in einer „privilegierten Mischehe“ (zwischen einem „deutschblütigen“ Mann und einer Jüdin oder in einer Mischehe mit Kindern, die getauft waren) mussten dies nicht, außerdem durften diese Familien in ihren Wohnungen bleiben. Die nicht-jüdischen Ehepartner reagierten unterschiedlich; manche zogen mit ins „Judenhäuser“ und trugen sämtliche Schikanen mit, andere trennten sich.¹¹¹

Viele, die nach den Nürnberger Gesetzen als „Mischlinge“ eingestuft worden waren, hegten durch ihre Einberufung bei Kriegsbeginn die Hoffnung, als Soldat der Wehrmacht die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ zu erlangen. Am 8. April 1940 schloss Hitler

107 VEJ 2/277; Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien u.a. 1975; Marlis Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser, Hildesheim 1987; Hubert Schneider, Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum, die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner, Berlin u.a. 2010.

108 Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938 – 1945, Wien u.a. 1978, S. 210–215, 229–231; Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45, Innsbruck u.a. 2000, S. 127–134; Osterloh, Reichsgau Sudetenland (wie Anm. 18), S. 131.

109 Kaplan, Mut (wie Anm. 94), S. 220–225; Konrad Kwiet, The Ultimate Refuge: Suicide in the Jewish Community under the Nazis, in: Leo Baeck Institute Yearbook, 29 (1984), S. 135–167; Ruth Klüger, Weiter leben. Eine Jugend, München 1994, S. 61; Christian Goeschel, Suicide in Nazi Germany, Oxford 2009, S. 96–118.

110 Klemperer, Zeugnis (wie Anm. 1), S. 533, Eintrag vom 6. 6. 1940.

111 Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999.

jedoch die „Mischlinge ersten Grades“ ebenso aus der Wehrmacht aus wie Männer, die mit Jüdinnen verheiratet waren (Dok. 66). Nur in Ausnahmefällen, in denen er „jüdisch Versippten“ eine besondere Tapferkeit bescheinigte, durften die Betroffenen in der Armee bleiben. Ihnen wurde für die Nachkriegszeit eine Prüfung in Aussicht gestellt, ob sie „Deutschblütigen“ gleichgestellt werden könnten oder nicht.¹¹²

Frühsommer bis Jahresende 1940: Perspektive Madagaskar

Im April 1940 besetzte die Wehrmacht Dänemark und Norwegen. Am 10. Mai 1940 begann die Offensive im Westen Europas, noch am selben Tag ersuchte Luxemburg um einen Waffenstillstand. Am 15. des Monats folgten die Niederlande, am 28. Belgien, und am 22. Juni wurde das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zu Hitlers Politik erreichte ihren Höhepunkt. Deutschland sah sich auf dem Weg zur Weltmacht.¹¹³

Wie schon die Eroberung Polens, so löste auch der Sieg über Frankreich in der NS-Führung Gedankenspiele über eine „territoriale Lösung“ der sogenannten Judenfrage aus: Die Idee, die Juden in die französische Kolonie Madagaskar zu deportieren, schien nach dem Sieg über die Kolonialmacht im Sommer 1940 in greifbare Nähe zu rücken. Bereits Mitte Mai 1940 hatte Himmler in seiner Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ kurz ausgeführt: „Den Begriff Juden hoffe ich durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen.“¹¹⁴

Der Vorschlag war nicht neu: Antisemiten hatten ihn bereits im späten 19. Jahrhundert propagiert, und in den 1930er-Jahren hatte es auch in Polen, Frankreich und Großbritannien Überlegungen gegeben, Madagaskar als Ansiedlungsort für bestimmte Gruppen der jüdischen Bevölkerung zu nutzen. Selbst das American Jewish Joint Distribution Committee (kurz: Joint) hatte kurzfristig über ein solches Projekt nachgedacht. Im Sommer 1940 ergriff das Auswärtige Amt nun die Initiative, genauer: dessen Abteilung Deutschland, in der das Referat D III für alle Fragen, die Juden betrafen, zuständig war. Franz Rademacher, der Leiter dieses Referats, schlug am 3. Juli 1940 seinem Vorgesetzten Martin Luther Madagaskar als mögliches Ziel einer Aussiedlung der „Westjuden“ aus Europa vor. Nur wenig später äußerte auch Hitler die Absicht, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln.¹¹⁵

Heydrich schaltete sich ein und machte das Auswärtige Amt darauf aufmerksam, dass er selbst von Göring beauftragt worden sei, die Auswanderung der Juden zu koordinieren.

112 Rudolf Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. 5: 1. September 1939 bis 18. Dezember 1941, Boppard 1988, S. 148 – 151; Meyer, „Jüdische Mischlinge“ (wie Anm. 111) S. 230 – 237; Bryan Mark Rigg, *Hitlers jüdische Soldaten*, Paderborn u. a. 2003.

113 Andreas Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871 – 1945*, Düsseldorf 1980, S. 95 – 99.

114 Helmut Krausnick (Hrsg.), *Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten* (Mai 1940), in: VfZ, 5 (1957), S. 194 – 198, hier S. 197.

115 Leni Yahil, *Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question*, in: George Mosse/Bela Vago (Hrsg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe*, New York 1974, S. 315 – 334; Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 51), S. 130 – 133.

Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Reichssicherheitshauptamt fertigten in der Folge Pläne an, Fachgutachten wurden eingeholt. Der Geologe Friedrich Schumacher kam in seiner Expertise zu dem Schluss, dass Madagaskar wertlos genug sei, um dort Juden anzusiedeln, da es über keine wichtigen Bodenschätze verfüge. Der Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer nahm ebenfalls positiv Stellung. Vier Millionen Juden sollten in den kommenden vier Jahren auf die Insel im Indischen Ozean geschafft werden und dort unter Aufsicht der SS ihr Leben fristen – dass dies unter den anvisierten Bedingungen viele von ihnen nicht überleben würden, war eingeplant (Dok. 92, 94, 99).¹¹⁶

Das Projekt erwies sich jedoch als undurchführbar. Ohne einen Waffenstillstand mit oder gar einen Sieg über Großbritannien war die erforderliche Hoheit über die Seewege nicht zu erreichen. Dennoch ließen die deutschen Umsiedlungsplaner von der Grundidee, alle Juden im deutschen Machtbereich in eine abgelegene Region zu deportieren, fortan nicht mehr ab.¹¹⁷

Zunächst gab es Überlegungen, Juden innerhalb Europas umzusiedeln. Als mit dem Sieg über Frankreich das Elsass und Lothringen vom Reich annektiert und in die Gaue Baden und Saarpfalz eingegliedert werden konnten, schlugen die dortigen Gauleiter Josef Bürckel und Robert Wagner vor, alle Juden aus ihren Gauen nach Frankreich zu deportieren, was Hitler billigte. Am 22. Oktober 1940 wurden über 6000 badische und saarpfälzische Juden nach Südfrankreich verschleppt (Dok. 112, I B).

Die Regierung in Vichy protestierte gegen die unangekündigten Abschiebungen in ihr Hoheitsgebiet und forderte die Rücknahme der Juden ins Reich. Die offenbar bereits geplante Deportation auch der hessischen Juden wurde daraufhin aufgeschoben. Ebenso wenig wie Hans Frank im Generalgouvernement wollte die Vichy-Regierung ihr Territorium für eine Lösung der deutschen „Judenfrage“ zur Verfügung stellen.¹¹⁸ Sie internierte die deutschen Juden im Lager Gurs und später in Rivesaltes am Fuße der Pyrenäen.¹¹⁹ Nicht nur in Frankreich gab es Proteste gegen die Abschiebung deutscher Juden. Otto Hirsch von der Reichsvereinigung der Juden beschwerte sich beim SD: Nach der „Um-

¹¹⁶ Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997; Hans Jansen, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997; Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung“, Bonn 2008; Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt (wie Anm. 92), S. 37f.

¹¹⁷ Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselerscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940/41, München 2008, S. 560 f.

¹¹⁸ Jacob Toury, Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940 – Camp de Gurs), in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte Tel Aviv, 15 (1986), S. 431–464; Erhard R. Wiehn (Hrsg.), Oktoberdeportation 1940. Die sogenannte „Abschiebung“ der badischen und saarpfälzischen Juden in das französische Internierungslager Gurs und andere Vorstationen von Auschwitz, Konstanz 1990; Gerhard J. Teschner, Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der deutschen und französischen Judenpolitik, Frankfurt a.M. u.a. 2002.

¹¹⁹ Im Laufe des Jahres 1941 kamen einige der deutschen Juden in andere südwestfranzösische Lager, ungefähr 1500 Gefangenen gelang die Flucht oder die Auswanderung in andere Länder, insgesamt etwa 1000 starben in den Lagern. Zu den Lagern siehe Claude Laharie, Le camp de Gurs 1939–1945. Un aspect méconnu de l'histoire du Bearn, Pau 1985; Anne Grynberg, Les camps de la honte. Les internés juifs des camps français 1939–1944, Paris 1991; Denis Peschanski, La France des camps. L'internement, 1938–1946, Paris 2002; Jean-Marc Dreyfus, Elsass-Lothringen, in: Gruner/Osterloh, Das „Großdeutsche Reich“ (wie Anm. 18), S. 363–382, hier S. 374 f.

siedlung“ der Stettiner Juden im Frühjahr des Jahres sei dem Vorstand versichert worden, dass keine Juden mehr abgeschoben werden würden (Dok. 111). Auch warnte die Reichsvereinigung jene Juden, die zum Zeitpunkt der „Aktion“ nicht zu Hause gewesen waren, davor zurückzukehren. Alle jüdischen Gemeinden setzten als Ausdruck ihrer Trauer einen Fastentag an, Rabbiner beteten in den Gottesdiensten für die Deportierten, eine Woche lang fanden keine Kulturveranstaltungen statt. Der Rechtsanwalt Julius Seligsohn, ebenfalls Funktionär der Reichsvereinigung, gehörte zu den treibenden Kräften hinter den Mahnaktionen. Die Gestapo inhaftierte ihn daraufhin im KZ Sachsenhausen. Zur selben Zeit befand sich auch Paul Eppstein noch in Haft (Dok. 128). Bei seinen Vorladungen zur Gestapo bemühte sich Otto Hirsch immer wieder, die Freilassung seiner Kollegen zu erwirken. Wenig später wurde er selbst von der Gestapo festgenommen, weil er versucht habe, Nachrichten über die Lage der nach Frankreich Deportierten ins Ausland zu schmuggeln.¹²⁰

Wissenschaft und Politik arbeiteten nicht nur bei der Vorbereitung des Madagaskar-Plans Hand in Hand. Die militärische Expansion erweiterte die Planungshorizonte des Regimes und erhöhte gleichzeitig dessen Bedarf an wissenschaftlicher Politikberatung. Ökonomen, Soziologen und Historiker ebneten mit ihren bevölkerungsökonomischen und rassistischen Neuordnungsplänen intellektuell den Weg zu radikalen Lösungen der „Judenfrage“. Prominente Beispiele liefern die vielen Umsiedlungs- und Germanisierungskonzepte für die besetzten Gebiete, die dann später im „Generalplan Ost“ kulminierten.¹²¹

Im Frankfurter Institut zur Erforschung der Judenfrage wurde seit dem Sommer 1939 unter der Schirmherrschaft von Reichsleiter Alfred Rosenberg an einer „europäischen Gesamtlösung der Judenfrage“ gearbeitet; publiziert wurden die Überlegungen in der institutseigenen Zeitschrift *Weltkampf* (Dok. 170). Auf der Eröffnungskonferenz, die erst im März 1941 stattfand, thematisierten sämtliche Redner eine künftige „Endlösung“, ohne diese konkret zu definieren.¹²²

Wissenschaftler verschiedener Disziplinen verstanden es, die Kriegssituation und das von Machbarkeitsfantasien geprägte Klima militärischer Anfangserfolge für ihre Forschungen nutzbar zu machen. Ökonomen entwickelten Konzepte für eine „Großraumwehrwirtschaft“ unter deutscher Führung; Physiker arbeiteten an neuen Waffensystemen und leis-

120 Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 34f.; Esriel Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994, S. 192 – 202.

121 Max Weinreich, *Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People*, New York 1946; Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999; Alan Steinweis, *Studying the Jew. Scholarly Antisemitism in Nazi Germany*, Cambridge 2006; Isabel Heinemann, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*. Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: dies./Patrick Wagner (Hrsg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 45 – 72; Ulrich Herbert, *Der deutsche Professor im Dritten Reich. Vier biografische Skizzen*, in: Karin Orth/Willi Oberkrome (Hrsg.), *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920 – 1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Stuttgart 2010, S. 483 – 502; Jan Eike Dunkhase, Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 35 – 67; siehe auch VEJ 4, S. 35.

122 Hans-Christian Petersen, *Bevölkerungsökonomie, Ostforschung, Politik. Eine biographische Studie zu Peter-Heinz Seraphim (1902 – 1979)*, Osnabrück 2007; Dirk Rupnow, *Judenforschung im Dritten Reich*, Baden-Baden 2011.

tungsfähigeren Flugzeugen. Agrarwissenschaftler suchten Deutschland „blockadefest“ zu machen, indem sie die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Produktionssteigerung ausloteten und sich bemühten, devisenträchtige Importe durch einheimische Ersatzstoffe zu substituieren. Rassenhygieniker und Humangenetiker lieferten die Expertise für die Erbgesundheitspolitik. Die überwiegend ausländischen Häftlinge in den erheblich erweiterten Konzentrationslagern dagegen dienten Medizinern als Versuchspersonen für Humanexperimente mit schwerwiegenden gesundheitlichen, mitunter tödlichen Folgen. Die chemische Kampfstoff- ebenso wie die Tbc-Forschung erhielten auf diese Weise neue Impulse. Hirnforscher und Anatomen nutzten die Opfer von Hinrichtungen und „Euthanasie“-Morden, um Erkenntnisse zu gewinnen, die zu Friedenszeiten und unter rechtsstaatlichen Bedingungen nur auf dem langwierigen und unsicheren Umweg über Tierversuche möglich gewesen wären.¹²³

Die Juden im Reich: Verzweifelte Auswanderungsbemühungen

Zwischen 1933 und 1939 hatten etwa 247 000 Juden aus Deutschland emigrieren können, aus dem Gebiet des Altreichs allein etwa 80 000 in den acht Monaten zwischen Januar 1939 und Kriegsbeginn. Danach gelang es bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 nur noch etwa 30 000 bis 35 000 Juden, aus dem Altreich, Österreich und dem Protektorat zu entkommen. Nach der neuerlichen Expansion im Frühjahr 1940 waren überdies nahezu alle Nachbarländer von deutschen Truppen besetzt. Das Kriegsgeschehen verspernte oft bewährte Fluchtrouten, reduzierte die verfügbaren Schiffskapazitäten und machte die Seewege immer unsicherer.

In Großbritannien wurde die Situation für die aus dem Reich geflohenen Juden nach Beginn des Kriegs mit Deutschland deutlich schwieriger. Zwar bemühte sich die britische Regierung, bei ihren Restriktionen zwischen jüdischen und regimetreuen Deutschen zu unterscheiden. Doch als sie im Frühsommer 1940 die Internierung sogenannter feindlicher Ausländer anordnete, traf dies auch viele deutsche Juden. Nach Kriegsbeginn gab die britische Regierung zudem keine Zertifikate für die Einwanderung nach Palästina mehr an Juden aus dem Reichsgebiet aus, so dass die Immigration dorthin nur noch über neutrale, über nicht Krieg führende Staaten oder illegal möglich war (Dok. 120, 121). Elisabeth Freund, die später noch nach Havanna fliehen konnte, schilderte rückblickend ihre Versuche, Deutschland zu verlassen: Am 1. September hatte der Kriegsbeginn ihre bereits genehmigte Ausreise nach Großbritannien vereitelt. Sie bemühte sich weiter: „Im Frühling 1940 bekamen wir die Einreiseerlaubnis für Portugal. Wir machten sofort alles fertig, beantragten unsere Pässe – da kam der Einmarsch der deutschen Truppen nach Holland,

123 Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918– 1945, hrsg. von der Ärztekammer Berlin, Berlin 1989; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 331– 364; Doris Kaufmann (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahmen und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2000; Susanne Heim (Hrsg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002; Gerhard Baader, Auf dem Weg zum Menschenversuch im Nationalsozialismus, in: Carola Sachse (Hrsg.), Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten, Göttingen 2003, S. 105– 157; Orth/Oberkrome (Hrsg.), Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920 – 1970 (wie Anm. 121).

Belgien und Frankreich, ein Flüchtlingsstrom ergoß sich nach Portugal, und die portugiesische Regierung widerrief telegrafisch sämtliche erteilte Genehmigungen. Wir hatten dabei noch Glück, daß wir noch nicht unsere Wohnung aufgeben und noch nicht unsere Einrichtung verkauft hatten.“ Viele Nicht-Juden nutzten die Zwangslage der Juden aus und brachten Einrichtungs- und Wertgegenstände, die diese nicht mitnehmen konnten oder durften, weit unter Preis in ihren Besitz (Dok. 179).¹²⁴

Je mehr Länder die deutsche Wehrmacht überfiel, desto vorsichtiger handhabten auch die neutralen Staaten, insbesondere die USA, ihre Einwanderungspraxis. Politiker und Journalisten trieb die Angst vor einer „fünften Kolonne“, vor deutschen Spionen, um. Und so musste Julius Seligsohn von der Reichsvereinigung der Juden 1940 in einer Broschüre feststellen: „Die Regierung in Washington hat Anfang Juli 1940 die konsularischen Vertretungen angewiesen, an den Nachweis der Einwanderungsvoraussetzungen einen strengen Maßstab anzulegen; im Falle irgendwelchen Anlasses zu Zweifeln sei die Visumerteilung abzulehnen, auch wenn die verschärfte Form der Prüfung im Ergebnis eine Unterschreitung der Einwanderungsquoten zeitigen sollte.“ Auch Julius Seligsohn verließ Deutschland nicht mehr: Er starb am 28. Februar 1942 im Konzentrationslager Sachsenhausen.¹²⁵

Den Antragstellern erschlossen sich die Grundsätze der Visaerteilung meist nicht (Dok. 29). In den Briefen jüdischer Eltern an ihre bereits vor Kriegsbeginn emigrierten Kinder sind die Auswanderungsbemühungen und deren Scheitern das beherrschende Thema, so etwa in denen des Düsseldorfer Ehepaars Amalie und Paul Malsch (Dok. 186, 207). Die Kinder, selbst noch bemüht, ihre Stellung in der neuen Gesellschaft zu finden, fühlten sich verantwortlich, die Ausreise der Eltern zu ermöglichen, was in den meisten Fällen jedoch misslang.

Ungeachtet der schwindenden Emigrationsmöglichkeiten war die antijüdische Politik nach wie vor auf Vertreibung gerichtet. Es war ein Widerspruch, den die jüdischen Funktionäre lösen sollten und doch gar nicht lösen konnten. Da die Auswanderung aus dem Altreich und Österreich Vorrang gegenüber derjenigen aus dem Protektorat hatte, blieb Eichmanns Prager Zentralstelle in Fragen der Emigration weitgehend erfolglos: Die monatlichen Auswanderungszahlen erhöhten sich nach ihrer Gründung nicht.¹²⁶

Die jüdischen Repräsentanten reisten auch nach Kriegsbeginn im Auftrag Eichmanns ins Ausland, um die Vertreter internationaler jüdischer Organisationen um Hilfe bei den

124 Zwangsarbeiterin in Berlin (wie Anm. 104), S. 74, 86; Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Politics and Jewish Responses*, Teil I: Leo Baeck Institute Yearbook, 25 (1980), S. 313–361, Teil II: Leo Baeck Institute Yearbook, 26 (1981), S. 343–409; Susanne Heim, *Vertreibung, Raub und Umverteilung. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und die Vermehrung des „Volksvermögens“*, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 15 (1999): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, S. 107–138; Juliane Wetzel, *Auswanderung aus Deutschland*, in: Benz (Hrsg.), *Juden* (wie Anm. 102), S. 413–498.

125 Dr. Julius L. Israel Seligsohn, *Die Einwanderung nach U.S.A.*, Berlin 1940, S. 9 f.; David S. Wyman, *Paper Walls. America and the Refugee Crisis 1938–1941*, Amherst 1968, S. 172–176; Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust 1933–1945*, New York u.a. 1986, S. 128–131; Richard Breitman/Alan M. Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry, 1933–1945*, Bloomington u.a. 1987; Hans-Ulrich Dillmann/Susanne Heim, *Fluchtpunkt Karibik. Jüdische Emigranten in der Dominikanischen Republik*, Berlin 2009, S. 70 f., 127 f.

126 Bondy, „Elder of the Jews“ (wie Anm. 72); Shlain, Jakob Edelsteins Bemühungen (wie Anm. 72), S. 81–87; Anderl, „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ (wie Anm. 47), S. 283.

Emigrationsbemühungen zu bitten. Führende Mitglieder der Reichsvereinigung hätten die Möglichkeit zur Auswanderung gehabt. Doch hinderte sie einerseits das Reichssicherheitshauptamt daran, indem es ihre Pässe einzog und bei Auslandsreisen die Ehepartner nicht mitfahren ließ. Andererseits sahen sie sich wie etwa Vorstandsmitglied Otto Hirsch in der Pflicht: „Es können doch nicht alle fortgehen, jemand muss doch für die Alten sorgen!“ Er selbst kam am 19. Juni 1941 in Mauthausen um.¹²⁷ Jakob Edelstein, der als Leiter des Prager Palästina-Amtes mehrfach ins Ausland reiste (Dok. 250), kam immer wieder zurück und versuchte unermüdlich, Juden aus Böhmen und Mähren die Auswanderung und damit die Rettung zu ermöglichen. Er selbst wurde im Dezember 1941 nach Theresienstadt verschleppt, wo er als erster Judenältester das Leben im Getto zu organisieren hatte. Am 20. Juni 1944 wurde er in Auschwitz zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn erschossen. Paul Eppstein, der Edelstein im Januar 1943 in seiner Funktion als Judenältester in Theresienstadt ablöste, wurde dort im Alter von 42 Jahren erschossen. Seine Frau Hedwig kam in Auschwitz um.¹²⁸

Im März 1940 hatte Eichmann Berthold Storfer von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zum Koordinator für die Flüchtlingsschiffe ernannt, die illegal überwiegend Palästina anliefen.¹²⁹ Storfer organisierte daraufhin Fahrten der „Pacific“, der „Milos“ und der „Atlantic“, die Juden aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat an Bord nahmen. Als die drei Schiffe Ende 1940 den Hafen von Haifa erreichten, verfügten die britischen Behörden die Zusammenfassung aller Passagiere auf der „Patria“, die umgehend Mauritius anlaufen sollte. Dort sollten die Flüchtlinge, deren Einreise nach Palästina die Mandatsmacht verhindern wollte, interniert werden. Die jüdische Untergrundorganisation Haganah versuchte die Ausschiffung durch einen Sabotageakt zu verhindern. Doch der Sprengsatz, der am 25. November 1940 auf der „Patria“ explodierte, war falsch berechnet: Er versenkte das Schiff binnen weniger Minuten. Mehr als 250 der insgesamt 1800 Passagiere kamen ums Leben, viele von ihnen vor den Augen der an Land wartenden Angehörigen. Die Behörden wiesen die Überlebenden in das Flüchtlingslager Atlith ein (Dok. 120, 121). Zionistische Führer wie Chaim Weizmann und David Ben Gurion, die sich zu Kompromissen mit der britischen Mandatsmacht genötigt sahen, kritisierten die illegale Palästinaeinwanderung und lösten damit heftige innerjüdische Diskussionen aus.¹³⁰

Ein weiterer illegaler Flüchtlingstransport mit 822 Juden aus Berlin, Danzig und mehrheitlich aus Wien hatte die Donaumetropole bereits im November 1939 verlassen und nahm bei einem Zwischenstopp in Pressburg weitere 100 Passagiere aus Prag und Pressburg selbst auf. Sie kamen aber nur bis zum jugoslawischen Donauhafen Kladovo, wo sie nach einem mehrwöchigen Aufenthalt auf dem Schiff an Land gehen durften. Die meis-

127 Zur Gedenkfeier für Dr. Otto Hirsch, in: Schawe Zion, Juli 1941 (o. Verf.), YVA, 01/267, Bl. 3, zit. nach: Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 26.

128 Meyer, Traum (wie Anm. 69), S. 31–35.

129 Zu Storfer und der illegalen Einwanderung nach Palästina siehe VEJ 2, S. 46.

130 Jürgen Rohwer, Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2: Verfolgung, Exil, belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 197–248; Dalia Ofer, Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944, New York u. a. 1990; dies., Die illegale Einwanderung nach Palästina. Politische, nationale und persönliche Aspekte (1939–1941), in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 15 (1999): Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, S. 9–38.

ten hausten nun in einem Zelt- und Barackenlager. Im September 1940 wurden die Flüchtlinge in die serbische Stadt Šabac gebracht, ihre Hoffnungen auf baldige Weiterfahrt jedoch immer wieder enttäuscht. Allmählich schlossen sich noch andere Juden der Gruppe an, die so auf etwa 1400 Personen anwuchs. Etwa 200 bis 280 von ihnen, vor allem Mitglieder der Jugendalijah, konnten knapp vor dem deutschen Überfall auf Jugoslawien doch noch mit Hilfe von Palästina-Zertifikaten entkommen. Die Übrigen fielen im April 1941 den deutschen Truppen in die Hände und gehörten zu den ersten Juden aus dem Reich, die Opfer systematischer Massenerschießungen wurden.¹³¹

Während Juden bei ihren Auswanderungsbemühungen auf die finanzielle Hilfe jüdischer Organisationen angewiesen waren, fanden „nichtarische“ evangelische Christen in Emigrations- und anderen Fragen Unterstützung beim Büro Pfarrer Grüber in Berlin, einem Hilfswerk der Bekennenden Kirche (Dok. 47). Am 19. Dezember 1940 verhaftete die Gestapo Heinrich Grüber und ließ die Arbeit des Büros Anfang 1941 offiziell einstellen. Erst im Juni 1943 wurde Grüber aus der KZ-Haft entlassen.

Katholiken, die als Juden verfolgt wurden, leistete der St. Raphaelsverein bis zu seinem Verbot im Juni 1941 gemeinsam mit dem Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin bei ihren Auswanderungsbemühungen Beistand. In potenziellen Zielländern entstanden außerdem Hilfswerke, die auf Weisung des Vatikans mit diesem Verein zusammenarbeiteten und die Flüchtlinge nach der Ankunft unterstützen sollten.¹³²

Reaktionen auf „Euthanasie“ und Judenverfolgung

Vom Sommer 1940 an kursierten zunächst in der Umgebung der Tötungsanstalten, bald danach im ganzen Reich Gerüchte über die „Euthanasie“-Verbrechen. Im hessischen Laubach schrieb der Jurist Friedrich Kellner am 28. Juli 1941 in sein Tagebuch, wie die Verbrechen schon durch Verwechslungen in den Anstalten auffielen: „Die ‚Heil- und Pflegeanstalten‘ sind zu Mordzentren geworden. Wie ich erfahre, hatte eine Familie ihren geistig erkrankten Sohn aus einer derartigen Anstalt in ihr Haus zurückgeholt. Nach einiger Zeit erhielt diese Familie [von der Anstalt] eine Nachricht des Inhalts, daß ihr Sohn verstorben [sei] und die Asche ihnen zugestellt! Das Büro hatte vergessen, den Namen auf der Todesliste zu streichen. Auf diese Weise ist die beabsichtigte vorsätzliche Tötung ans Tageslicht gekommen.“¹³³

Die „Euthanasie“ war zum offenen Geheimnis geworden, und die Gerüchte schürten auch Ängste vor einer Ausweitung der Morde. So formulierte der Bischof Clemens August Graf

131 Gabriele Anderl/Walter Manoschek, Gescheiterte Flucht. Der jüdische „Kladovo-Transport“ auf dem Weg nach Palästina 1939 – 1942, Wien 1993; dies., Die Geschichte des Kladovo-Transports 1939 bis 1942, in: Alisa Douer, Kladovo. Eine Flucht nach Palästina, Wien 2001, S. 10–16; Dalia Ofer/Hannah Weiner, Dead-end Journey. The Tragic Story of the Kladovo-Šabac Group, Lanham u.a. 1996.

132 Eberhard Röhm/Jörg Thierfelder, Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3: 1938 – 1941, Stuttgart 1995; Jana Leichenring, Die Katholische Kirche und „ihre Juden“. Das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938 – 1945, Berlin 2007; Hartmut Ludwig, An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945, Berlin 2009.

133 Friedrich Kellner, „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939 – 1945, hrsg. von Sascha Feuchert u.a., Göttingen 2011, S. 176.

von Galen am 3. August 1941 in einer Predigt in der Lambertikirche in Münster in aller Deutlichkeit: „Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, daß man den ‚unproduktiven‘ Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! [...] dann wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerekriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren.“¹³⁴

Die Unruhe in der Bevölkerung war vermutlich ein Grund dafür, dass Hitler um den 24. August 1941 zumindest die Einstellung der Vergasungen in den „Euthanasie“-Anstalten im Reich anordnete. Mehr als 70 000 Menschen waren zu diesem Zeitpunkt bereits umgebracht worden, nun wurden die Verantwortlichen beauftragt, in Osteuropa Mordstätten zu errichten.¹³⁵

Im Fall der Krankenmorde gab es Proteste, und diese zeigten Wirkung. Vermutlich hat kein anderes NS-Verbrechen so viel Unwillen in der deutschen Bevölkerung ausgelöst wie die „Euthanasie“. Auch wenn es im Falle der Juden bis Mitte 1941 „nur“ um Verfolgung und noch nicht um Mord ging – hier regte sich kein vergleichbarer Unmut. Obwohl das Maß an Zustimmung oder Ablehnung innerhalb der deutschen Gesellschaft schwer zu bestimmen ist: Viele hatten offenbar die Vorstellung akzeptiert, dass Juden nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein konnten. Die fortschreitende Isolation dieser ohnehin sehr kleinen Gruppe machte es zudem leicht, ihr Schicksal auszublenden: Juden wohnten in nur für sie bestimmten Häusern, man sah sie weder im Kino noch im Theater, sie kauften zu anderen Zeiten und teilweise in anderen Geschäften ein, auch bei der Arbeit waren sie zumeist von den übrigen Arbeitern separiert.¹³⁶

Ähnlich war die Situation im Protektorat, wie der Schriftsteller und Historiker H. G. Adler, der Theresienstadt überlebte und später ein großes Werk über das Getto veröffentlichte, 1947 in einem Brief schrieb: „Einschränkungen und Quälereien, langsam ansteigend, immer unerträglicher, immer unmenschlicher. Freundlichkeit, aber Feigheit und bestechlicher Lakaiengeist sehr vieler Tschechen. Sittlicher Verfall und Unmenschlichkeit der Deutschen. Die wenigsten Freunde auf der einen wie auf der anderen Seite hielten die Treue.“¹³⁷

¹³⁴ Predigt am 3.8.1941 in St. Lamberti, in: Peter Löffler (Hrsg.), Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, Bd 2: 1939–1946, Mainz 1988, S. 874–883, hier S. 878.

¹³⁵ Kurt Nowak, Widerstand, Zustimmung, Hinnahme. Das Verhalten der Bevölkerung zur „Euthanasie“, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 235–249; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 191–196; Winfried Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, S. 127–151.

¹³⁶ David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 159–170; Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006; Frank Bajohr, Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933–1945, in: ders./Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 15–79, hier S. 26 f.; Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 71–75; Ian Kershaw, Hitler, the Germans, and the Final Solution, New Haven u.a. 2008.

¹³⁷ Zit. nach: Franz Hocheneder, H.G. Adler (1910–1988). Privatgelehrter und freier Schriftsteller, Wien u.a. 2009, S. 69.

Von der Jahreswende 1940/41 bis zum Juni 1941: Der Vernichtungskrieg wird vorbereitet

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“.¹³⁸ Damit war die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion gefallen. Für die europäischen Juden war dieser Entschluss von schwerwiegender Bedeutung. Bei erfolgreichem Kriegsverlauf würden Millionen von ihnen in den deutschen Einflussbereich geraten. Auch ohne konkrete Planungen rechnete die nationalsozialistische Führung damit, dass der anvisierte schnelle Sieg gegen die Sowjetunion Umsiedlungsprojekte in weit größerem Maßstab als bisher ermöglichen würde.¹³⁹

Seit der Jahreswende 1940/41 wurden denn auch neue Versionen einer „Endlösung der Judenfrage“ diskutiert: Der Begriff wurde in den internen Diskussionen immer häufiger verwendet, allerdings konkretisierte sich seine Bedeutung erst allmählich. Wenn Eichmann im Dezember 1940 notierte, die Juden sollten „in ein noch zu bestimmendes Territorium“ deportiert werden (Dok. 125), legt die Formulierung nahe, dass es nicht mehr um Madagaskar ging. Himmler selbst, der Eichmanns Notizen zur Vorbereitung einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern angefordert hatte, fasste zusammen: „Judenauswanderung u. damit noch mehr Platz für Polen“ (Dok. 126). Er ging zwar auf den Zusammenhang zwischen den Umsiedlungen im deutsch besetzten Europa und der „Endlösung der Judenfrage“ ein, benannte aber kein konkretes Zielgebiet. Auch als Theodor Dannecker in seiner Funktion als Judenreferent des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Paris am 21. Januar 1941 künftige Pläne erörterte, war nur von dem „noch zu bestimmenden Territorium“ die Rede (Dok. 138).

In dieser Phase erinnerte Hitler am 30. Januar 1941 einmal mehr an seine „Prophezeiung“ vom 30. Januar 1939, ein Weltkrieg werde die Vernichtung des europäischen Judentums zur Folge haben (Dok. 142). Goebbels berichtete am 18. März 1941 von einem Treffen mit Hitler und Generalgouverneur Frank: „Wien wird nun bald ganz judenrein sein. Und jetzt soll Berlin an die Reihe kommen. Ich spreche das schon mit dem Führer und Dr. Franck [sic] ab. Der stellt die Juden zur Arbeit an, und sie sind auch fügsam. Später müssen sie mal ganz aus Europa heraus.“¹⁴⁰

Zunächst sollte also Wien „judenfrei“ werden. Dort lebten nach wie vor etwa 60 000 Juden. Nachdem der seit August 1940 amtierende Gauleiter Baldur von Schirach diesen Zustand im Oktober Hitler gegenüber beklagt hatte, gab dieser Anfang Dezember seine Zustimmung zur Abschiebung noch während des Kriegs (Dok. 123). Im Februar und März 1941 wurde die Deportation der Wiener Juden daraufhin in den sogenannten III. Nahplan, ein gigantisches Umsiedlungsprogramm auf polnischem Gebiet, integriert.

138 Abdruck in: Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939 – 1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Walther Hubatsch, Frankfurt a.M. 1962, S. 84 – 88.

139 Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940 – 1941, Frankfurt a.M. 1965, S. 352 – 397; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 195 – 203; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 316 – 332.

140 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923 – 1941, Bd. 9: Dezember 1940 – Juli 1941, München 1998, S. 191 – 194, hier S. 193; Susanne Heim/Götz Aly, Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938 – 1945 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 9), Berlin 1991, S. 22 – 25; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 195 – 203.

Etwa 5000 Menschen waren in Wien davon betroffen. Die Familien, welche die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien mit ihrem Leiter Alois Brunner zur Deportation in das Generalgouvernement auswählte, wurden bis zum Abtransport in improvisierten und überfüllten Sammellagern festgehalten (Dok. 151), die Israelitische Kultusgemeinde musste bei der Organisation mitwirken. Da in der Folgezeit die Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion Vorrang vor weiteren Deportationen hatten, fanden weitere Transporte aus Wien zunächst nicht statt.¹⁴¹

Hans Frank, der zuvor große Hoffnungen in den Madagaskar-Plan gesetzt hatte, sah in den Kriegsplanungen gegen die Sowjetunion eine neue Chance, die in seinem Machtbereich lebenden Juden in Richtung Osten abschieben zu können. Seine Proteste gegen Umsiedlungen von Juden in das Generalgouvernement verstärkten den Druck auf Berlin, andere Lösungen zu finden. Auf einer Regierungssitzung in Krakau berichtete er den Anwesenden am 25. März 1941 im Anschluss an eine Reise nach Berlin, „der Führer habe ihm zugesagt, das GG werde als erstes Gebiet judenfrei gemacht“. Mit dem Wegfall des Generalgouvernements als Deportationsziel war jedoch die „Judenfrage“ kaum mehr territorial zu „lösen“.¹⁴²

Am 20. März 1941 erklärte Eichmann Vertretern des Propagandaministeriums, dass Heydrich „vom Führer mit der endgültigen Judenevakuierung beauftragt“, sein Vorschlag, die Juden nun zu deportieren, jedoch nicht angenommen worden sei, da das Generalgouvernement momentan keine Juden oder Polen aufnehmen könne. In einer Notiz über eine Unterredung mit Göring vom 26. März 1941 schrieb Heydrich selbst, dass sein Entwurf im Hinblick auf die Zuständigkeiten Alfred Rosenbergs überarbeitet werden müsse. Dieser war bereits als künftiger Leiter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vorgesehen. Jetzt war also das „noch zu bestimmende Territorium“, in dem die „Endlösung“ durchgeführt werden sollte, zumindest in Umrissen definiert: Es ging um den zu erobernden Osten, im Gespräch waren die Pripjetsümpfe.¹⁴³ Die Planungen betrafen alle Juden Europas: Am 20. Mai 1941 gab das Reichssicherheitshauptamt die Anweisung, die weitere Auswanderung aus Belgien und Frankreich „im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage“ zu stoppen (Dok. 182). In Frankreich hatte der Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber und ehemalige Stellvertreter Heydrichs, Werner Best, schon am 4. April 1941 notiert: „Das deutsche Interesse besteht in einer progressiven Entlastung aller Länder Europas vom Judentum mit dem Ziele der vollständigen Entjudung Europas.“¹⁴⁴

Parallel zu diesen Planungen ging Heinrich Himmler Anfang 1941 ein weiteres Projekt an: Da die Häftlingszahlen in den Konzentrationslagern stiegen, wandte er sich zu Jahresbeginn mit der Frage an Philipp Bouhler aus der Kanzlei des Führers, wie die Kapazitäten der „Euthanasie“-Zentrale genutzt werden könnten, um die Konzentrationslager zu

141 Rabinovici, Instanzen (wie Anm. 59), S. 224–228; Löw, Deportationen (wie Anm. 84), S. 71–75.

142 Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 337; Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50), S. 220 f.; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 252 f.

143 VEJ 7/1; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 49), S. 268–273; Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“, München u. a. 2001, S. 86–93.

144 Besprechungsplan Bests für den Militärbefehlshaber in Frankreich zur Unterredung mit Vallat vom 4. 4. 1941, zit. nach: Michael Mayer, Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und „Judenpolitik“ in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich, München 2010, S. 206.

entlasten.¹⁴⁵ Das Mordprogramm, das die Organisatoren der „Euthanasie“ unter dem Aktenzeichen 14f13 auf Himmlers Geheiß entwickelten, richtete sich gegen Häftlinge unterschiedlicher Nationalitäten, die als politisch oder rassisch unerwünscht galten, krank oder nicht mehr zur Zwangsarbeit tauglich waren. Juden fielen der Vorauswahl durch die Lagerleiter zumeist unterschiedslos zum Opfer. Vom Frühjahr 1941 an bereisten die „Euthanasie“-Gutachter die Konzentrationslager und selektierten die Gefangenen. Im September 1941 schrieb der Arzt Friedrich Mennecke darüber von Dachau aus an seine Frau: „Es sind nur 2000 Mann, die sehr bald fertig sein werden, da sie am laufenden Band nur angesehen werden“ (Dok. 214). Als die „Aktion 14f13“ nach einem Jahr im Frühjahr 1942 eingestellt wurde, hatten die Ärzte den Tod von mindestens 10 000 Menschen zu verantworten.¹⁴⁶ Im Frühjahr 1941 wurden außerdem – unabhängig von dieser Aktion – erstmals 425 und im Sommer erneut mehr als 200 niederländische Juden in das KZ Mauthausen verschleppt, wo die meisten innerhalb weniger Wochen ermordet wurden. Etwa 1600 Juden kamen dort im Laufe des Jahres 1941 um.¹⁴⁷

Inzwischen hatte der Krieg auch den Südosten Europas erreicht. Zwar war Hitlers Vorhaben, durch einen raschen Sieg über Großbritannien den Rücken für den Angriff auf die Sowjetunion freizubekommen, gescheitert. Doch hatte er am 27. September 1940 den schon 1939 diskutierten Dreimächtepakt mit Italien und Japan abschließen können, dem bis zum 25. März 1941 Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und Jugoslawien beitraten. Einen Putsch in Belgrad am 27. März gegen die Beteiligung am Dreimächtepakt nahm Hitler zum Anlass, am 6. April 1941 deutsche Truppen in Jugoslawien einmarschieren zu lassen. Am 17. April kapitulierte die jugoslawische Regierung. In Griechenland kam die Wehrmacht Mussolini zu Hilfe, und am 27. April besetzten deutsche Soldaten Athen. Kroatien erklärte sich am 10. April zu einem unabhängigen Staat, der den Achsenmächten verbunden sei.¹⁴⁸

Damit lebten nun fast drei Millionen Juden unter direkter deutscher Herrschaft: 675 000 im Großdeutschen Reich einschließlich der annektierten Gebiete sowie 2 250 000 in den besetzten Territorien. Durch den deutschen Einfluss auf die Slowakei, Rumänien und Italien waren dort weitere 430 000 Juden unmittelbar bedroht.¹⁴⁹

Die Vorbereitungen auf den Einmarsch in die Sowjetunion machten von Beginn an deutlich, dass es sich um einen Vernichtungskrieg handeln würde, in dem die herkömmlichen Regeln der Kriegsführung nicht mehr gelten würden. Hatten sich in Polen die Wehrmacht und SS-Einheiten in ihrem Vorgehen noch deutlich unterschieden, begannen die Grenzen nun zu verschwimmen. Schon im April 1941 hatte die Wehrmacht in Serbien als

¹⁴⁵ Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 237f.

¹⁴⁶ Walter Grode, Die „Sonderbehandlung 14f13“ in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dynamik faschistischer Vernichtungspolitik, Frankfurt a.M. u.a. 1987; Friedlander, Weg (wie Anm. 63), S. 237–248; Pohl, Holocaust and the Concentration Camps (wie Anm. 62), S. 151.

¹⁴⁷ Pingel, Häftlinge (wie Anm. 60), S. 96; Hans Maršálek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine Dokumentation, 2. Aufl., Wien 1980; Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986, S. 89–122; Ian Kershaw, Hitler 1936–1945, München 2002, S. 467.

¹⁴⁸ Weinberg, Welt (wie Anm. 51), S. 162–184, 241–252; Detlef Vogel, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1984, S. 417–511, hier S. 458–484.

¹⁴⁹ Yahil, Shoah (wie Anm. 50), S. 211.

„Vergeltung“ für die Erschießung eines deutschen Offiziers eine ganze Ortschaft, das Dorf Donji Dobrić, zerstört. Am 19. Mai 1941 gab der Befehlshaber der 2. Armee, Generalfeldmarschall Maximilian von Weichs, die Erschießung von 100 Serben wegen eines Anschlags auf deutsche Soldaten bekannt und kündigte an, künftig würden für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Serben erschossen.¹⁵⁰

Zu diesem Zeitpunkt entwickelte die Wehrmacht bereits in enger Zusammenarbeit mit Hitler entsprechende Grundsätze für den Krieg gegen die Sowjetunion. Am 3. März 1941 schickte Hitler einen Richtlinienentwurf des OKW mit Ergänzungen für die Neufassung zurück: „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. [...] Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker‘ des Volkes, muß beseitigt werden.“¹⁵¹

Himmler und Heydrich stellten auf Weisung Hitlers Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD auf, die, wie im Polenfeldzug erprobt, im Gefolge der einmarschierenden Armee das Hinterland sichern sollten. Göring beauftragte Heydrich am 26. März 1941 damit, eine knappe Handreichung vorzubereiten, „die die Truppe mitbekommen könne, über die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe“.¹⁵² Vom selben Tag datiert der Entwurf eines Befehls von Generalquartiermeister Eduard Wagner, in dem dieser nach Gesprächen mit Heydrich festhielt, dass die „Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD)“ ihre Aufgaben, „in eigener Verantwortlichkeit“ durchführen sollten und dabei berechtigt seien, gegenüber der Zivilbevölkerung „Exekutivmaßnahmen zu treffen“. Einen Monat später wurde dieser Befehl erlassen.¹⁵³ Kurz darauf, am 13. Mai, unterzeichnete Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den sogenannten Kriegserichtsbarkeitserlass, mit dem er die Bevölkerung nahezu schutzlos den einmarschierenden Truppen auslieferte, denn Angehörige der Wehrmacht mussten sich nach einem Übergriff gegen Zivilisten vor keinem Militärgericht mehr verantworten.¹⁵⁴ Am 19. Mai befahl er seinen Offizieren und Mannschaften ein „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“.¹⁵⁵ Und schließlich hieß es im „Kommissarbefehl“ vom 6. Juni 1941, dass „politische Kommissare“ zu erschießen seien.¹⁵⁶ Zudem stand fest: Die erwarteten Kriegsgefangenen, aber auch

150 Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993, S. 31f.

151 KTB OKW, Bd. 1, S. 341 (3.3.1941), zit. nach: Percy E. Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. I: 1. August 1940 – 31. Dezember 1941, zusammengestellt und erläutert von Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a.M. 1965, S. 340 – 343, Zitat S. 341; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1979.

152 VEJ 7/1.

153 OKH/GenStdH/GenQu/Abt. Kriegsverwaltung, Nr. II o.Nr./41 geh. vom 26.3.1941, BArch, RW 4/v.575, zit. nach: Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, hrsg. von Horst Boog u.a., Stuttgart 1983, S. 422.

154 Abdruck in: Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Eine Dokumentation, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1991, S. 45.

155 VEJ 7/3; Hans Adolph Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, hrsg. von Hans Buchheim u.a., 8. Aufl., München 2005, S. 229 f.

156 Abdruck in: Der Krieg gegen die Sowjetunion (wie Anm. 154), S. 46.

die Bevölkerung würden hungern. Auf ihrer Besprechung am 2. Mai 1941 konstatierten die Staatssekretäre der wichtigsten Ministerien, dass angesichts der Pläne, die deutsche Armee „aus dem Lande“ zu ernähren und darüber hinaus Lebensmittel ins Reich zu schicken, sicherlich „zig Millionen Menschen verhungern“ würden.¹⁵⁷

Noch vor dem deutschen Angriff war damit sichergestellt, dass im besetzten Gebiet ein rechtsfreier Raum geschaffen werden würde. Hitlers Formulierung von der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz“ wurde von Wehrmacht und Einsatzgruppen gleichermaßen akzeptiert und war zudem unbestimmt genug, um den Kreis derer, die als Feinde betrachtet wurden, stetig ausweiten zu können.¹⁵⁸

Für Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bot der bevorstehende Krieg im Osten zudem die Gelegenheit zu demografischen Großprojekten, die alle bisherigen in den Schatten stellen sollten. Der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, Chef der Hauptabteilung Planung und Boden des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums, kalkulierte bereits vom Herbst 1939 an weitreichende Bevölkerungsverchiebungen; im Juni 1941 beauftragte Himmler ihn mit der Ausarbeitung eines den neuen Voraussetzungen angepassten „Generalplans Ost“. Meyer legte am 15. Juli 1941 eine erste Fassung vor. In dieser frühen Fassung sah der Plan auch die Umsiedlung von fünf bis sechs Millionen Juden vor. In einer späteren Version wurden die Juden nicht mehr erwähnt. Die Autoren gingen offenkundig davon aus, dass es in diesen Regionen bereits keine Juden mehr gab.¹⁵⁹

Juni bis September 1941: Der Vernichtungskrieg beginnt

Am 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, verkündete Hitler in seiner „Proklamation an das deutsche Volk“, dass die Stunde gekommen sei, „in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten“.¹⁶⁰

Die antijüdische Propaganda, die in den ersten beiden Kriegsjahren deutlich zurückgegangen war, erhielt nun eine neue Stoßrichtung. Um einen Kriegseintritt der USA zu vermeiden, hatte Goebbels noch im Sommer 1940 angeordnet, verbale Angriffe auf Amerika und das dortige Judentum zu unterlassen. Zudem konnte das Stereotyp vom „jüdischen Bolschewismus“ in der deutschen Propaganda nicht eingesetzt werden, solange der

¹⁵⁷ Aktennotiz über die Besprechung der Staatssekretäre am 2.5.1941 über die wirtschaftlichen Ziele des Kriegs gegen die Sowjetunion, Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. 11. 1945 – 1. 10. 1946, Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 84.

¹⁵⁸ Hillgruber, Strategie (wie Anm. 139), S. 516 – 532; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 316 – 347; Friedländer, Jahre der Vernichtung (wie Anm. 50), S. 155 – 164; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 205 – 265.

¹⁵⁹ Helmut Heiber, Der Generalplan Ost, in: VfZ, 6 (1958), S. 281 – 325; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Czesław Madajczyk u.a. (Hrsg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994; Heinemann, Wissenschaft (wie Anm. 121).

¹⁶⁰ Zit. nach: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932 – 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, Neustadt a.d. Aisch 1963, S. 1731.

Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion existierte. Dennoch hatte das Propagandaministerium nicht gänzlich auf antijüdische Agitation verzichtet und dazu auch Filme genutzt. „Jud Süß“ wurde zum Pflichtprogramm der SS-Männer (Dok. 1 Þ) und ein großer Publikumserfolg, hinter dem der als Dokumentarfilm annoncierte „Der ewige Jude“ weit zurückstand (Dok. 124, 135).¹⁶¹

Bereits Ende Mai und Anfang Juni 1941 gab das Ministerium indes Anweisung an die Presse herauszustellen, dass Großbritannien und die USA – in nationalsozialistischer Diktion die „Plutokratien“ – vom Judentum regiert würden. Am 22. Juni 1941 war es mit jeglicher sprachlichen Zurückhaltung vorbei. An diesem Tag erklärte Goebbels auf einer Pressekonferenz: „Schließlich ist eine absolute Klärung des Wesens von Plutokratie und Bolschewismus nötig. Beide haben einen jüdischen Ausgangspunkt.“¹⁶² Die Medien bekamen den Auftrag, ausführlich über die Massaker zu berichten, die die sowjetische Geheimpolizei NKWD vor ihrem Rückzug aus Ostgalizien verübt hatte, und am 9. Juli 1941 gab Goebbels die Parole „Die Juden sind schuld“ aus, die künftig maßgeblich für die Berichterstattung wurde. Seine Anweisungen, so Goebbels, habe er ausdrücklich von Hitler erhalten. Der Völkische Beobachter reagierte prompt mit Schlagzeilen über den „jüdischen Bolschewismus“ und die „jüdische Weltverschwörung“.¹⁶³

Willkommenen Anlass für eine weitere Tirade bot eine Broschüre, die Theodore N. Kaufman, Inhaber einer Werbeagentur in Newark, New Jersey, in einem eigens dazu gegründeten Verlag publiziert hatte: „Germany Must Perish“ – Deutschland muss untergehen. In diesem in den USA nicht weiter zur Kenntnis genommenen Pamphlet forderte er die Sterilisation aller deutschen Männer. Die deutsche Propaganda machte aus Kaufman einen engen Freund von Roosevelts Redenschreiber, und der Völkische Beobachter titelte am 24. Juli 1941: „Roosevelt fordert die Sterilisierung des deutschen Volkes“, und behauptete: „Das jüdisch-amerikanische Kriegsziel heißt nach diesem Programm: ‚Völlige Ausrottung des deutschen Volkes!‘“¹⁶⁴

Die Wochenschau brachte Bilder „von den *Opfern des bolschewistischen Terrors in Lemberg*“, die angeblich das „*Wesen des Bolschewismus und des Judentums*“ zum Ausdruck brachten. Der Sicherheitsdienst forderte, sie müssten „*immer wieder gezeigt werden* [...]“, damit auch der letzte Volksgenosse durch dieses nüchterne Tatsachenmaterial von der Gefahr des jüdischen Bolschewismus überzeugt werde.“¹⁶⁵

161 Jeffrey Herf, *The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*, Cambridge 2006; Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 147–150; Karl-Heinz Reuband, „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“ als Prototypen antisemitischer Filmpropaganda im Dritten Reich. Entstehungsbedingungen, Zuschauerstrukturen und Wirkungspotential, in: Michal Anděl u.a. (Hrsg.), *Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1871*, Essen 2005, S. 89–148.

162 BArch, ZSg. 102/32, 22.6.41, zit. nach: Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 159.

163 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 2,1: Juli–September 1941, bearb. von Elke Fröhlich, München 1996, S. 35, Eintrag vom 9.7.1941; siehe etwa VB (Norddt. Ausg.), Nr. 191 vom 10.7.1941, S. 1: „Der Bolschewismus enthüllt sein jüdisches Gesicht“; Richard Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 3: Krieg, München 2009, S. 311–313; Longerich, „Davon“ (wie Anm. 136), S. 159 f.

164 VB (Norddt. Ausgabe), Nr. 205 vom 24.7.1941, S. 1; Friedländer, *Jahre der Vernichtung* (wie Anm. 50), S. 233 f.

165 RSHA, Amt II (SD): Meldungen aus dem Reich, zit. nach: Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, Dok. 554, S. 449 f., hier S. 449.

Die Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum war für die weitere Entwicklung von enormer Bedeutung: Wie die Politikommissare der Roten Armee, so sollten bald auch die sowjetischen Juden ermordet werden, stellten sie doch angeblich eben jene „jüdisch-bolschewistische Gefahr“ dar. Am 2. Juli 1941 informierte Heydrich die Einsatzgruppen: „Zu exekutieren sind alle [...] Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.).“¹⁶⁶ Der Kreis der zu erschießenden Personen war nur vage umrissen, durch das „usw.“ am Ende gab Heydrich den Kommandoführern zudem die Möglichkeit, ihn beständig zu erweitern. Diesen Handlungsspielraum nutzten viele Kommandos und Polizeieinheiten bereits im Juli 1941, indem sie die männliche jüdische Bevölkerung der Orte, in die sie vorstießen, unterschiedslos erschossen. Sie initiierten und förderten zudem Pogrome lokaler Milizen. Eigeninitiative von unten und ständiges Drängen von oben verstärkten sich dabei gegenseitig. Himmler ermutigte unterdessen die deutschen Einheiten im ostpolnischen Białystok offenbar zu radikalerem Vorgehen: Zwischen dem 8. und dem 11. Juli erschossen Angehörige der Polizeibataillone 316 und 322 in der Region Białystok mindestens 1000 Juden.¹⁶⁷ Vor diesem Hintergrund wurde am 17. Juli 1941 ein Befehl erlassen, den Heydrich bereits am 28. Juni 1941 entworfen hatte: Sämtliche jüdischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion seien zu erschießen.¹⁶⁸

Hitler äußerte sich in dieser Phase ebenfalls mit unverstellter Offenheit. Nachdem er sich am 10. Juli mit Robert Koch verglichen und gerühmt hatte, er habe den Juden als „Bazillus“ erkannt,¹⁶⁹ kommentierte er am 16. Juli auf einer Sitzung im Führerhauptquartier den Aufruf Stalins zum Partisanenkrieg vom 3. Juli mit den Worten, dieser „gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt“. Die notwendige Befriedung „geschehe am besten dadurch, daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße“.¹⁷⁰

Die Massenerschießungen jüdischer Männer in den ersten Kriegswochen hatten für die deutschen Besatzungsfunktionäre in der Sowjetunion ein neues Problem zur Folge. Den Familien, deren Männer ermordet worden waren, fehlten die Ernährer. Daraufhin setzten Überlegungen ein, ob man nicht auch jüdische Frauen und Kinder erschießen solle, die sich nicht selbst verpflegen könnten. Ohnehin wurden große Teile der einheimischen Bevölkerung und die sowjetischen Kriegsgefangenen von den deutschen Behörden nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt. In der Ernährungshierarchie standen die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Juden auf unterster Stufe. Letztere wurden angesichts von Versorgungsengpässen für „unnütze Esser“ oder, wenn sie versuchten, sich selbst zu helfen, für Plünderer und Schwarzhändler gehalten.¹⁷¹

¹⁶⁶ VEJ 7/15.

¹⁶⁷ Jürgen Matthäus, *Das „Unternehmen Barbarossa“ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni – Dezember 1941*, in: Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 51), S. 360 – 448, hier S. 377.

¹⁶⁸ VEJ 7/9.

¹⁶⁹ Tagebuch von Walter Hewel, in: *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945*, hrsg. von Peter Longerich, München u. a. 1989, S. 76.

¹⁷⁰ VEJ 7/28.

¹⁷¹ Hillgruber, *Hitlers Strategie* (wie Anm. 139), S. 518 – 532; Jürgen Förster, *Geistige Kriegsführung in Deutschland 1919 bis 1945*, in: *Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9/1: Staat und Gesellschaft im Kriege. Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben, hrsg. von Jörg Echternkamp, München 2004, S. 469 – 640, hier S. 519 – 538; Longerich, *Politik der Vernichtung* (wie Anm. 49), S. 321 – 418; Hürter, *Hitlers Heerführer* (wie Anm. 158), S. 262f. Zu den Massenmorden in den einzelnen Regionen siehe ausführlich die Einleitung von VEJ 7.

Am 1. August 1941 machte Himmler deutlich, dass auch jüdische Frauen nicht länger verschont bleiben sollten: „Ausdrücklicher Befehl des RF-SS. Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben.“¹⁷² Von nun an fielen in immer mehr Gemeinden auch jüdische Frauen und Kinder den SS- und Polizeieinheiten zum Opfer. Das Massaker im westukrainischen Kamenez-Podolsk markierte dabei einen traurigen Höhepunkt. Nachdem ungarische Behörden etwa 10 000 Juden aus der Karpato-Ukraine dorthin abgeschoben hatten, war die jüdische Bevölkerung der Stadt auf 23 600 Juden angewachsen. Die deutsche Feldkommandantur vor Ort befürchtete Ernährungsengpässe und Seuchen und drängte auf eine „Lösung“. Den Auftrag dazu erhielt der HSSPF Russland-Süd Friedrich Jeckeln, der alle jüdischen Männer, Frauen und Kinder vom 26. bis zum 28. August 1941 ermorden ließ. Mit diesem Massaker begann die systematische Ausrottung jüdischer Gemeinden in der Ukraine,¹⁷³ der bis Ende September mehr als 100 000 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – zum Opfer fielen. Ende September 1941 ermordeten Angehörige des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C und, wiederum, der Stabskompanie des HSSPF Russland-Süd in Babij Jar an zwei Tagen die noch in Kiew verbliebenen Juden – mehr als 33 000 Menschen.¹⁷⁴

Die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion war der entscheidende Faktor für den Entschluss zur Ermordung der europäischen Juden: Die Vorgänge dort führten europaweit zu einer Radikalisierung und beschleunigten die Entscheidungsfindung in Berlin. Es entstand ein Klima, in dem Vorschläge zum Massenmord immer offener erörtert wurden und in dem sowohl die Regimeführung als auch verschiedene Verantwortliche vor Ort davon ausgehen konnten, dass nun alles möglich war.

Bereits am 16. Juli 1941 ließ der Chef der SD-Leitstelle Posen und Leiter der dortigen Umwandererzentralstelle, Rolf-Heinz Höppner, Eichmann wissen, wie seiner Ansicht nach mit den überfüllten Gettos und Zehntausenden von hungernden und kranken Juden im Reichsgau Wartheland verfahren werden sollte: „Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“¹⁷⁵

Einen Tag später, am 17. Juli 1941, erklärte in Krakau Generalgouverneur Frank ausdrücklich, er wünsche „keine weitere Ghettobildung mehr, da nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers vom 19. Juni d.J. die Juden in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt werden würden und das Generalgouvernement nur noch gewissermaßen Durchgangslager sein solle“.¹⁷⁶

172 Funkspruch Reitende Abteilung, SS-Kav.Rgt. 2 vom 1.8.1941, 10 Uhr, BArch, RS 3-8/36; siehe VEJ 7/51, Anm. 10.

173 VEJ 7/67 und 70; Klaus-Michael Mallmann, Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 10 (2001), S. 239–264.

174 Siehe die Einleitung von VEJ 7, S. 37, sowie VEJ 7/84, 94 und 141; Dieter Pohl, Schauplatz Ukraine. Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 135–173.

175 VEJ 4/314.

176 Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (wie Anm. 142), S. 386.

Am 20. Juli 1941 drohte Goebbels dem europäischen Judentum in einem Artikel: „Wie die Faust des erwachenden Deutschland einmal auf diesen Rassenunrat niedergesaut ist, so wird auch einmal die Faust des erwachenden Europa auf ihn niedersausen“ (Dok. 193). Zwar erklärte Hitler dem kroatischen Marschall Slavko Kvaternik noch am 21. Juli 1941, nach Beendigung des Ostfeldzugs würden die Juden Europas nach Madagaskar oder Sibirien geschickt, doch benutzte er „Madagaskar“ dabei wohl nur noch als Metapher für das Ziel seiner Politik: dass es in Europa jedenfalls keine Juden mehr geben dürfe.¹⁷⁷

In Serbien gingen die deutschen Besatzer nun dazu über, als Vergeltung für Überfälle von Partisanen Juden zu erschießen. So wurden am 25. Juli 1941 in Belgrad 100 Juden erschossen und am 19. Juli „122 Kommunisten und Juden hingerichtet“.¹⁷⁸

Am 31. Juli 1941 legte Heydrich Reichsmarschall Göring ein vorformuliertes Schreiben zur Unterschrift vor. Darin ermächtigte dieser ihn erneut, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage in deutschen Einflußgebieten in Europa“ (Dok. 196). Dieses Schreiben fügte Heydrich später der Einladung zur Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 hinzu. Es sollte ihn als den zuständigen Organisator der „Endlösung der Judenfrage“ ausweisen.¹⁷⁹

Überall in von der Wehrmacht besetzten Europa forderten die deutschen Verantwortlichen nun, dass ihre Einflussgebiete von Juden „gesäubert“ würden. Der Sachbearbeiter „für Juden- und Freimaurerfragen“ in der deutschen Botschaft in Paris, Carltheo Zeitschel, notierte am 21. August 1941 für seinen Chef: „Soweit es sich um die besetzten Gebiete handelt, wie Holland, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Jugoslawien, Griechenland, könnten doch einfach durch militärische Befehle die Juden in Massentransporten in das neue Territorium abtransportiert und den übrigen Staaten nahegelegt werden, dem Beispiel zu folgen und die Juden in dieses Territorium abzustößen.“ Er fügte hinzu: „Wir könnten dann Europa in kürzester Zeit judenfrei haben.“¹⁸⁰

Zu diesem Zeitpunkt hatte in den Gebieten, in die Juden abgeschoben werden sollten, der Massenmord bereits begonnen. Noch immer ungeklärt war indes, was mit den deutschen Juden geschehen sollte.

Die Lage im Reichsgebiet

Im Reich entspann sich derweil eine Debatte über die Kennzeichnung der Juden. Bereits am 16. Juli hatte Karl Hermann Frank dem Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, einen solchen Schritt für das Protektorat vorgeschlagen.¹⁸¹ Zwei Wochen später bat

177 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 – 1945, Serie D 1937 – 1941, Bd. 8/2, Anh. III, S. 835.

178 Tagesmeldungen des Armeekommandos 12 an Wehrmachtführungsstab/Abt. Landesverteidigung: Erschießungen in Serbien, 1941, in: Die Ermordung der europäischen Juden (wie Anm. 169), S. 285f.

179 Eberhard Jäckel, Der Mord an den Juden als historisches Problem, in: ders./Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1987, S. 15f.; Browning, Entfesselung (wie Anm. 51), S. 456f.; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 49), S. 422 – 425.

180 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Klaus Pätzold, Leipzig 1991, S. 305f., Zitat S. 305.

181 Schreiben des Staatssekretärs Karl Hermann Frank, SS-Gruppenführer, an Reichsminister Hans Lammers vom 16. 7. 1941, Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Anm. 180), S. 294.

er dringend um die Erlaubnis dazu. Lammers leitete die Bitte an das Innenministerium weiter. In seiner Antwort fragte Staatssekretär Stuckart, ob man die Kennzeichnung nicht für das gesamte Reichs- und Protektoratsgebiet einführen wolle.¹⁸² Am 15. August 1941 berief Goebbels zu diesem Thema eine Versammlung im Propagandaministerium ein (Dok. 203). Die Angelegenheit sollte Hitler vorgetragen werden, den Goebbels am 18. August 1941 im Führerhauptquartier traf. „Wir reden auch über das Judenproblem. Der Führer ist der Überzeugung, dass seine damalige Prophezeiung im Reichstag, dass, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Weltkrieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde, sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen; in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen.“ Bei diesem Treffen stimmte Hitler der Kennzeichnungspflicht zu (Dok. 206).

Am 1. September 1941 wurde sie für das Reich wie für das Protektorat angeordnet: Alle Juden, die älter als sechs Jahre waren, mussten einen gelben Stern tragen (Dok. 212). Viele Deutsche, die die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung zuvor weitgehend ignoriert hatten, konnten dies nun nicht mehr. Manche schauten weg, wenn ihnen ein „Sternträger“ entgegenkam, andere reagierten schockiert und mit Mitleid. Oder sie versuchten zu helfen, indem sie einem Juden etwa auf der Straße Lebensmittel zusteckten, in der Straßenbahn ihren Sitzplatz anboten oder einfach nur stehen blieben und versicherten, wie sehr sie die Maßnahmen missbilligten. Erich Frey, ein Berliner Jude, schrieb im Frühjahr 1942 rückblickend: „Dagegen verhielt sich die Bevölkerung ruhig und nahm, bis auf wenige Ausnahmen, von dem Stern keine, teils sogar wohlwollende Notiz.“ In Prag begrüßten zahlreiche Tschechen die gekennzeichneten Juden demonstrativ und freundlich (Dok. 318,39).¹⁸³

Aber es gab auch hämische und hasserfüllte Reaktionen. Für die Juden war die Kennzeichnungspflicht ein schwerer Schlag. Diejenigen, die zuvor noch mutig genug gewesen waren, entgegen den Verboten einzukaufen oder etwa ein Theater oder Kino zu besuchen, waren nun sofort zu identifizieren und liefen Gefahr, denunziert zu werden. Else Behrend-Rosenfeld schrieb im September 1941 in München: „Wieder sieht man die jüdischen Menschen mit steinernen Gesichtern durch die Straßen gehen, mit Augen, die durch alles und alle hindurchzusehen scheinen, viele mit gesenktem Kopf, manche aber auch, und dazu gehöre ich, mit stolz erhobenem Haupte.“¹⁸⁴

Auch der US-Botschafter in Berlin meldete nach Washington, die „Judenfrage“ sei nun „sehr prominent zurück ins öffentliche Blickfeld gerückt“, und Ende des Monats sagten sowohl der Botschafter als auch die US-Presse voraus, dass offenbar „noch radikalere Maßnahmen“ bevorstünden. Seit Kriegsbeginn war das Schicksal der jüdischen

¹⁸² Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50), Bd. 1, S. 186 f.

¹⁸³ Erich Frey, Brief an seine Töchter (April/Mai 1942), in: Michael Kreutzer, „Die Gespräche drehten sich auch vielfach um die Reise, die wir alle antreten müssen.“ Leben und Verfolgtsein der Juden in Berlin-Tempelhof. Biographien, Dokumentation, Berlin 1988, S. 91–104, hier S. 100; Detlef Brandes, Deutsche Propaganda und Stimmung der tschechischen Bevölkerung im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945, in: Anděl u. a. (Hrsg.), Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit (wie Anm. 161), S. 149–178, hier S. 172.

¹⁸⁴ Else R. Behrend-Rosenfeld, Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, 3. Aufl., Köln u. a. 1979, S. 114; Kaplan, Mut (wie Anm. 94), S. 225 f.

Bevölkerung im Ausland nur selten dezidiert thematisiert worden. Die Presse berichtete eher über die allgemeine Sorge vor einer Ausweitung des Kriegs und über die unterdrückten Völker, darunter das jüdische, in ihrer Gesamtheit. Und auch jetzt schafften es Nachrichten über das Schicksal der Juden kaum in die Schlagzeilen: Den Artikel über die Einführung der Kennzeichnungspflicht platzierte die New York Times auf Seite 14.¹⁸⁵

Für die tschechische Exilregierung, die im Dezember 1939 von den Alliierten als Nationalausschuss, im Juni 1940 als provisorische und im Juli 1941 als rechtmäßige tschechoslowakische Regierung anerkannt worden war, stellte der Umgang mit den Juden im Protektorat bis zum Herbst 1941 ebenfalls kein zentrales Thema dar. Vorrang hatte vielmehr die Frage, wie der deutschen Herrschaft ein Ende gesetzt werden konnte und wie die Nachkriegsordnung aussehen würde. In London gab es Konflikte darüber, ob und wie viele jüdische Repräsentanten im dortigen Exilparlament (Státní rada) vertreten sein sollten. Die Einführung der Kennzeichnungspflicht bewog jedoch Hubert Ripka, den Außenminister der Exilregierung, zu einer deutlichen Stellungnahme zugunsten der jüdischen Bevölkerung im Protektorat (Dok. 317).¹⁸⁶

Bis zum Herbst 1941 wurde die mit den Judenhäusern begonnene innerstädtische Zwangsumsiedlung zunehmend radikaler praktiziert. In Hannover mussten über 1000 Juden im September 1941 innerhalb von 24 bis 48 Stunden ihre Wohnungen verlassen und in 16 im Stadtgebiet verteilte Gebäude umziehen (Dok. 215). In manchen Städten begannen die Kommunalverwaltungen, Juden zum Umzug in Barackenlager zu zwingen (Dok. 213). Das größte lag in einer alten Befestigungsanlage in Köln-Müngersdorf, in der in 100 Räumen 2000 Juden untergebracht wurden. Klara Caro erinnerten die Baracken an die römischen Katakomben. „Von dem heruntertropfenden Wasser herrschte ein furchtbarer Modergeruch. Alles fehlte, was zu den primitivsten Bedürfnissen gehört.“ Viele dieser Barackenlager wurden vom Herbst 1941 an zu Sammelstellen für die Deportation umfunktioni-
niert.¹⁸⁷

Denn im September 1941 änderte Hitler seine Meinung, was die Deportation der Juden aus dem Reich anging: Hatte er noch einen Monat vorher betont, diese komme erst nach Kriegsende in Frage, ließ er sie nun doch in Gang setzen (Dok. 223). Die von Stalin angeordnete Deportation Hunderttausender Wolgadeutscher nach Sibirien Ende August 1941 mag dafür ein Anlass gewesen sein. Vor allem aber hatten verschiedene Gauleiter schon seit langem darauf gedrängt, dass ihre Städte „judenfrei“ würden, so Goebbels in Berlin, Baldur von Schirach in Wien, Karl Hanke in Breslau und Karl Kaufmann in Hamburg. Letzterer brüstete sich später Göring gegenüber: „Im September 1941 war ich nach einem schweren Luftangriff an den Führer herangetreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden könnte. Der Führer hat unverzüglich

185 Lipstadt, *Beyond Belief* (wie Anm. 125), S. 140 – 154.

186 Avigdor Dagan, *The Czechoslovak Government-in-Exile and the Jews*, in: ders./Gertrude Hirschler/Lewis Weiner (Hrsg.), *The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys*, Bd. 3, Philadelphia u. a. 1984, S. 449 – 495; Jan Němeček, *Das tschechoslowakische politische Exil in London und die „jüdische Frage“*, in: TSD, 9 (2002), S. 347 – 366; Rothkirchen, *Jews* (wie Anm. 11), S. 160 – 186; Bryant, *Prague in Black* (wie Anm. 30), S. 89 – 95.

187 Zit. nach: Kaplan, *Mut* (wie Anm. 94), S. 222f.; Hanke, *Geschichte* (wie Anm. 94), S. 282f.; Buchholz, *Die hannoverschen Judenhäuser* (wie Anm. 107).

meiner Anregung entsprochen und die entsprechenden Befehle zum Abtransport der Juden erteilt.“¹⁸⁸

Der wichtigste Grund für Hitlers Meinungsumschwung war jedoch vermutlich die für Deutschland immer bedrohlichere internationale Lage. Die Anzeichen für den Kriegseintritt der USA verdichteten sich. Am 11. März 1941 hatte Präsident Roosevelt das Leih-Pacht-Gesetz unterzeichnet, in dessen Folge die USA Waffen und Ausrüstung an Großbritannien lieferten. Im Frühsommer 1941 folgten Unterstützungsleistungen für die Sowjetunion. Mitte August trafen sich Roosevelt und Churchill vor der Küste Neufundlands und drohten Deutschland in der gemeinsamen Atlantikcharta mit der sicheren Niederlage. Hitler, der Roosevelt für ein Werkzeug der Juden hielt, glaubte, den amerikanischen Präsidenten durch drastische Schritte gegen die deutschen Juden unter Druck setzen zu können, um ihn so vom Kriegseintritt abzuhalten.

Dazu schien die Deportation der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden das geeignete Signal. Zudem war das Ende des Kriegs, bis zu dem die „Lösung der Judenfrage“ hatte hinausgeschoben werden sollen, ohnehin nicht absehbar.¹⁸⁹ Am 18. September 1941 informierte Himmler den Gauleiter des Warthegaus, Arthur Greiser, die Abschiebung von 60 000 Juden nach Litzmannstadt (Lodz) stünde unmittelbar bevor (Dok. 223). Von all diesen Diskussionen und Entscheidungen konnten die deutschen Juden nichts wissen. Während im August 1941 in den besetzten sowjetischen Gebieten Zehntausende Juden den Massenerschießungen zum Opfer fielen, drehten sich die Briefe, die die deutschen Juden an ihre Verwandten im Ausland schrieben, im Wesentlichen noch immer um die größte Sorge: ob die Auswanderung gelingen konnte (Dok. 186, 192, 207, 211). Doch gelangten die Nachrichten von der Front durchaus ins Reich. Willy Cohn notierte in Breslau Ende Juli 1941: „Professor Hoffmann sagte mir noch das Grausige, kaum Fassbare, dass in Lemberg 12 000 Juden erschossen worden seien. Die SS soll das gemacht haben“ (Dok. 195).

Die meisten der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, deren Briefe und Tagebucheinträge in diesem Band dokumentiert sind, wurden deportiert und ermordet. Es ist in der Historiographie umstritten, ob und wann Hitler einen Befehl zur Ermordung aller europäischen Juden gegeben hat und ob er dies überhaupt tun musste, um den systematischen Massenmord in Gang zu setzen. Ohne seine Zustimmung ist ein solcher Schritt nicht denkbar. Dabei standen die Vorgänge in der Sowjetunion und die Erfahrungen im Reich in Wechselwirkung zueinander: Im August und September 1941 hatten die Massenmorde in der besetzten Sowjetunion bereits enorme Ausmaße erreicht, zugleich drängten im Reich und im übrigen besetzten Europa zahlreiche Verantwortliche auf ein

¹⁸⁸ Kaufmann an Göring am 4.9.1942, zit. nach: Frank Bajohr, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900 – 1969), in: ders./Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 59 – 91, Zitat S. 81; Ascher, Community (wie Anm. 94), S. 214; Kershaw, Wendepunkte (wie Anm. 17), S. 585f.

¹⁸⁹ Saul Friedländer, Auftakt zum Untergang. Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939 – 1941, Stuttgart 1965; Hilberg, Vernichtung (wie Anm. 50); Weinberg, Welt (wie Anm. 51), S. 319 – 323; Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte, 18(1997), S. 7 – 44; Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 49), S. 427 – 434; Tobias Jersak, Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift, 268, H. 2 (1999), S. 311 – 374.

radikaleres Vorgehen gegen die Juden. Sämtliche Pläne, die sie zuvor verfolgt hatten – Auswanderung, Deportation nach Madagaskar oder in ein „Judenreservat“ im Generalgouvernement –, waren gescheitert. Damit wurde der Massenmord, der in der Sowjetunion längst im Gange war, auch in anderen Teilen Europas zu einer praktikablen „Lösung“.

Offensichtlich war im Herbst 1941 ein Wendepunkt erreicht. Gleichzeitig mit der Operation „Taifun“, dem Angriff auf Moskau Anfang Oktober 1941, verübten deutsche Einheiten auch in Ostpolen und vereinzelt im Wartheland Massaker an jüdischen Männern, Frauen und Kindern. In Serbien wurden im Zuge der „Partisanenbekämpfung“ jüdische Männer ermordet. Die Vorbereitungen für die Deportationen aus dem Reich und dem Protektorat liefen auf Hochtouren. Im Oktober wurde der Bau der Vernichtungslager Kulmhof im Warthegau und Belzec im Generalgouvernement vorbereitet. Im KZ Auschwitz wurden Tötungseinrichtungen montiert.

Dies alles konnte der Historiker Willy Cohn nicht wissen, als er am 27. September 1941 in sein Tagebuch schrieb: „Es ist meines Erachtens sicher, daß die Deutschen, wenn eben nicht in absehbarer Zeit umwälzende Änderungen eintreten sollten, ihre Feindschaft gegen die Juden weiter austoben werden! Man muß darauf gefaßt sein.“¹⁹⁰ Zwei Monate später, am 25. November 1941, wurde er mit über 1000 anderen Männern, Frauen und Kindern von Breslau nach Kaunas verschleppt und am 29. November im sogenannten Fort IX erschossen.

¹⁹⁰ Willy Cohn, *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941*, hrsg. von Norbert Conrads, Bd. 2, Köln u. a. 2006, S. 985.

Dokumentenverzeichnis

Teil 1 – Deutsches Reich

- 1 Der Schriftsteller Walter Tausk notiert am 1. September 1939, wie er in Breslau den Kriegsbeginn erlebt
- 2 Emilie Braach aus Frankfurt am Main schildert ihrer nach Großbritannien emigrierten Tochter am 1. September 1939, wie sich der Alltag durch den Kriegsbeginn verändert
- 3 Der nach Jerusalem ausgewanderte Historiker Arnold Berney hält am 2. und 3. September 1939 seine düsteren Prognosen zum Kriegsbeginn fest
- 4 Der Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters in Wien schlägt am 5. September 1939 vor, die Wiener Juden in Zwangsarbeitslager zu sperren
- 5 Das Geheime Staatspolizeiamt weist seine Dienststellen am 6. September 1939 an, Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden, und kündigt antijüdische Maßnahmen an
- 6 Heydrich ordnet am 7. September 1939 an, alle männlichen polnischen Juden über 16 Jahren im Reich zu verhaften
- 7 Walter Grundmann informiert Reichskirchenminister Kerrl am 8. September 1939 über die Arbeit des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben
- 8 Willy Cohn notiert am 10. September 1939 in sein Tagebuch, dass die Stimmung in Breslau immer antisemitischer wird
- 9 Die NSDAP-Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen berichtet am 11. September 1939 über Angriffe auf Juden und fordert, alle Juden in einem Konzentrationslager zu inhaftieren
- 10 Die Gestapo München beschuldigt Felizi Weill am 13. September 1939 aufgrund einer Denunziation der Hetze gegen die deutsche Staatsführung
- 11 Aufbau: Artikel vom 15. September 1939 über die Bedeutung dieses Kriegs für die Zukunft des Judentums
- 12 Beim Beauftragten für den Vierjahresplan in Berlin findet am 16. September 1939 eine Besprechung über die Auswanderung der Juden und deren Zwangsarbeit statt
- 13 Schüler der 8. Klasse üben am 19. September 1939 in einem Diktat, „barfüßige Polenweiber und schmierige Kaftanjuden“ zu schreiben
- 14 Jüdisches Nachrichtenblatt: Ankündigung des Jüdischen Kulturbunds vom 22. September 1939, dass die Filmbühne ihre Vorführungen wieder aufnimmt
- 15 Martin Striem aus Berlin beklagt sich am 28. September 1939 bei seinem emigrierten Sohn Rolf über den bevorstehenden Umzug in ein „Judenhaus“
- 16 Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Rothleitner plädiert am 2. Oktober 1939 dafür, alle Juden aus Wien abzuschieben

- 17 Gerdrut Günsburg aus Apolda bittet die Devisenstelle Thüringen am 4. Oktober 1939 um Aufhebung der Sicherungsanordnung für ihren Mann
- 18 Hitler überträgt Himmler am 7. Oktober 1939 mit dem Erlass „zur Festigung deutschen Volkstums“ die rassenpolitischen Siedlungsvorhaben im deutschen Herrschaftsraum
- 19 Eichmanns Stellvertreter sichert sich am 9. Oktober 1939 die Unterstützung von Wehrmacht und Zivilverwaltung bei der geplanten Deportation der Juden aus Kattowitz
- 20 Die Gestapo Köln teilt am 12. Oktober 1939 mit, Juden seien bei Verstößen gegen Anordnungen umgehend zu inhaftieren
- 21 Rica Neuburger nimmt sich im Oktober 1939 aufgrund der Schikanen gegen Juden das Leben
- 22 Friedrich Kellner entrüstet sich am 13. Oktober 1939 über völkerrechtswidrig begonnene Kriege und die Entrechtung der Juden
- 23 Eichmann lässt Kripochef Nebe am 16. Oktober 1939 mitteilen, dass den Deportationszügen nach Polen Waggons mit „Zigeunern“ angehängt werden können
- 24 In der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien werden am 17. Oktober 1939 Details zur Deportation der Wiener Juden nach Polen besprochen
- 25 Der Reichsfinanzminister erhöht am 19. Oktober 1939 die Vermögensabgabe für Juden
- 26 Die Synagogengemeinde Köln gibt am 21. Oktober 1939 Einschränkungen beim Einkauf von Lebensmitteln bekannt
- 27 Martha Svoboda schreibt am 21. Oktober 1939 in ihrem Tagebuch über die Deportation ihres Bruders aus Wien nach Nisko
- 28 Mansfelder Zeitung: Artikel vom 26. Oktober 1939 über die Verurteilung von David Naruhn, der unerlaubt mit einer „Arierin“ zusammenlebte
- 29 Die Auswanderungsberatung der Jüdischen Wirtschaftshilfe Dresden bittet den Joint am 2. November 1939, die Visaerteilung durch das US-Generalkonsulat in Berlin zu befördern
- 30 Eine Wiener Jüdin bittet Josef Löwenherz am 10. November 1939, Mädchen unter 18 Jahren vor der Deportation nach Polen zu bewahren
- 31 Die Gestapo informiert den Landeshauptmann von Tirol am 17. November 1939 über die Mitglieder und das Vermögen der Jüdischen Gemeinde in Innsbruck
- 32 Der SD-Abschnitt Leipzig schlägt dem Reichssicherheitshauptamt am 18. November 1939 ein Reiseverbot für Juden vor
- 33 Josef Löwenherz berichtet der Gestapo in Wien am 20. November 1939 von Todesfällen in Buchenwald und bittet darum, Juden mit Auswanderungsmöglichkeiten freizulassen
- 34 Ein V-Mann des SD beschwert sich am 24. November 1939 über das Verhalten der Berliner Juden
- 35 Jolan Thorn aus Wien beschreibt ihrer Schwester in New York am 25. November 1939, wie schwierig es ist, ihre Auswanderung vorzubereiten

-
- 36 Jochen Klepper aus Berlin dokumentiert am 8. Dezember 1939 in seinem Tagebuch, wie seiner Familie die grundlegenden Dinge des täglichen Lebens entzogen werden
 - 37 Max Wiener macht Ernst Grumach aus Berlin in einem Brief vom 11. Dezember 1939 wenig Hoffnung auf eine Stelle an einem amerikanischen College
 - 38 The Times: Artikel vom 16. Dezember 1939 über die Situation der in das Gebiet Lublin deportierten Juden
 - 39 Im Reichssicherheitshauptamt wird am 19. Dezember 1939 eine Amtschefbesprechung über ein „Judenreservat“ vorbereitet
 - 40 Das Reichssicherheitshauptamt informiert alle Gestapostellen am 21. Dezember 1939, dass Himmler die Deportation von Juden in das Generalgouvernement ausgesetzt habe
 - 41 In einem Bericht für den Joint wird die dramatische Lage der Juden in Wien zum Jahresende 1939 dargestellt
 - 42 The Washington Post: Artikel vom 14. Januar 1940 über die zunehmende Ausgrenzung der Juden in Deutschland
 - 43 Margarete Korant aus Berlin berichtet ihrer Tochter Ilse am 19. Januar 1940, wie sie beim Einkaufen verhöhnt wurde
 - 44 Alfred Rosenberg hält am 27. Januar 1940 in seinem Tagebuch fest, wie er mit Hitler über den Antisemitismus in Russland gewitzelt habe
 - 45 Die Bezirksstelle Gleiwitz der Reichsvereinigung der Juden informiert im Januar 1940 über die Auswandererabgabe
 - 46 Mitarbeiter eines Umschulungslagers in Wien senden Gauleiter Bürckel Ende Januar 1940 Vorschläge zum weiteren Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte
 - 47 Pfarrer Grüber kritisiert am 2. Februar 1940 den Evangelischen Oberkirchenrat für die Diskriminierung von Pfarrern, die als „Mischlinge“ gelten oder in „Mischehen“ leben
 - 48 Die sowjetische Umsiedlungsverwaltung informiert Regierungschef Molotov am 9. Februar 1940 über deutsche Vorschläge zur Deportation von Juden in die Sowjetunion
 - 49 Die NSDAP-Ortsgruppe Hainburgerstraße in Wien beklagt sich am 10. Februar 1940 beim Kreis-Propagandaamt über die Jüdin Steffi Walther
 - 50 Das Reichssicherheitshauptamt kündigt am 12. Februar 1940 polizeintern an, die jüdische Bevölkerung zwecks besserer Überwachung in bestimmten Orten zusammenzufassen
 - 51 Rechtsanwalt Alfred Panz ersucht den Reichsfinanzminister am 12. Februar 1940, sudetendeutsche Bewerber bei der „Arisierung“ einer Ziegelei zu bevorzugen
 - 52 In einem Merkblatt wird ausgewählten NSDAP-Mitgliedern die Vorgehensweise in der Nacht vor der Deportation der Stettiner Juden am 12. und 13. Februar 1940 erläutert
 - 53 Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 16. Februar 1940 über die Deportation der Juden aus Stettin

-
- 54 Johanna Simon bittet die Israelitische Kultusgemeinde in Darmstadt am 20. Februar 1940, sie weiterhin für ihre Tätigkeit in der Notstandsküche zu entschädigen
 - 55 Hofrat Julius Munk aus Wien ersucht die Reichsstelle für Sippenforschung am 22. Februar 1940, ihn zum „Mischling“ zu erklären
 - 56 Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Berlin unterrichtet seinen Außenminister am 6. März 1940 über die Lage der Juden in Deutschland
 - 57 Max Seelig versucht am 8. März 1940, bei der Gestapo die Rückkehr seiner aus Stettin nach Piaski deportierten Kinder zu erreichen
 - 58 Charlotte Wollermann aus Düsseldorf beschuldigt am 12. März 1940 den evangelischen Pfarrer Gottfried Hötzel, eine judenfreundliche Predigt gehalten zu haben
 - 59 Ferdinand Itzkewitsch bittet seinen Sohn am 15. März 1940 von Buchenwald aus, sich beim Hilfsverein um seine Auswanderung zu bemühen
 - 60 Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgabe der Reichsvereinigung vom 19. März 1940, dass die Zwangsvornamen künftig ins Telefonbuch eingetragen werden müssen
 - 61 Salomon Samuel aus Berlin dankt dem Ehepaar Schubert in Essen am 29. März 1940 für Unterstützung und Trost
 - 62 Das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien löst am 30. März 1940 die Kultusgemeinden in der Ostmark auf
 - 63 Der Vorstand der Reichsvereinigung diskutiert am 5. April 1940, wie sich die Zahl jüdischer Auswanderer steigern lässt
 - 64 Die Exil-SPD berichtet am 7. April 1940 über die verzweifelte Lage der Juden im Deutschen Reich
 - 65 Max Inow aus Wuppertal hält seine Tochter Grete in Palästina am 8. April 1940 über die verstreute Familie und seine eigenen Auswanderungsbemühungen auf dem Laufenden
 - 66 Hitler entscheidet am 8. April 1940 über den Einsatz jüdischer „Mischlinge“ in der Wehrmacht
 - 67 Himmler ordnet am 10. April 1940 für die Dauer des Kriegs eine Entlassungssperre für Juden an, die in Konzentrationslagern einsitzen
 - 68 Marianne Wachstein schildert Hofrat Wilhelm am 12. April 1940, wie sie und andere Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück misshandelt wurden
 - 69 Martha Svoboda aus Wien notiert am 16. April 1940 in ihrem Tagebuch, welche Wirkung die Propaganda entfaltet
 - 70 Leitmeritzer Tagblatt: Artikel vom 19. April 1940 über Marie Pick, die wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz verurteilt wurde
 - 71 Gestapochef Müller stellt am 24. April 1940 klar, welche jüdischen Personengruppen zu Kriegszeiten auswandern dürfen und wohin
 - 72 Aron Menczer übermittelt Josef Löwenherz am 26. April 1940 ein Exposé über die angestrebte Wiedereröffnung der Umschulungsstätten in Wien
 - 73 Moritz Weinberg aus Köln schildert Bruno Kisch in New York am 29. April 1940 seine Auswanderungsbemühungen

-
- 74 Der Beauftragte für die Überwachung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt am Main erstattet dem Oberbürgermeister am 30. April 1940 Bericht
 - 75 Der Gauwirtschaftsberater in Aussig drängt den Reichsfinanzminister am 3. Mai 1940, die „Arisierung“ insbesondere von Immobilien im Sudetenland zu beschleunigen
 - 76 SS-Sturmbannführer Heckmüller wehrt sich am 3. Mai 1940 dagegen, von ihm erlassene Anordnungen gegenüber jüdischen Arbeitern in Eisenerz rückgängig zu machen
 - 77 Görings Bevollmächtigter für die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns legt am 3. Mai 1940 seinen Abschlussbericht vor
 - 78 Der Arzt Max Schönenberg aus Köln schreibt seinem Schwager Julius Kaufmann in Shanghai am 5. Mai 1940 über die Einschränkung seines Praxisbetriebs
 - 79 Der SD-Leitabschnitt Stuttgart erlaubt der Jüdischen Mittelstelle am 15. Mai 1940, Juden in Vorbereitung ihrer Auswanderung an heimische Bauern zu vermitteln
 - 80 Der Reichsführer-SS drängt den Reichsfinanzminister am 17. Mai 1940, das im Inland verbliebene Vermögen jüdischer Emigranten zügig zu beschlagnahmen
 - 81 Günther Tropowitz aus Berlin erkundigt sich am 24. Mai 1940 beim Auswärtigen Amt, ob eine Ansiedlung der Juden in den zukünftigen deutschen Kolonien möglich sei
 - 82 Der Reichsstatthalter informiert am 29. Mai 1940, die reichsweite Judengesetzgebung werde in Danzig nicht übernommen, da es dort ohnehin bald keine Juden mehr geben werde
 - 83 Paul Eppstein protokolliert eine Vorladung zur Gestapo am 30. Mai 1940, bei der die Zwangsarbeit von Juden erörtert wurde
 - 84 Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgaben der Israelitischen Kultusgemeinde Wien vom 31. Mai 1940 über Reiseeinschränkungen und das Auswanderungsgebot für Juden
 - 85 Die Landespfleganstalt Grafeneck informiert Moritz Fleischer am 5. Juni 1940 über den Tod seines Sohnes
 - 86 Valerie Scheftel aus Berlin schreibt ihrem Freund Karl Wildmann in den USA am 7. Juni 1940 einen sehnsüchtigen Brief
 - 87 Heydrich stellt am 13. Juni 1940 klar, dass er allein für die Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet zuständig ist
 - 88 Ein anonymen Verfasser schildert am 16. Juni 1940 die Lebensbedingungen für Juden in München und Berlin
 - 89 Heydrich drängt am 24. Juni 1940 gegenüber Außenminister Ribbentrop auf eine „territoriale Endlösung“
 - 90 The New York Times: Interview mit Nahum Goldman vom Jüdischen Weltkongress, in dem dieser am 25. Juni 1940 vor der Vernichtung von sechs Millionen europäischen Juden warnt
 - 91 Eichmann fordert jüdische Funktionäre aus Berlin, Prag und Wien am 3. Juli 1940 auf, eine Denkschrift zur Auswanderung aller Juden aus Europa auszuarbeiten

-
- 92 Franz Rademacher stellt am 3. Juli 1940 im Auswärtigen Amt Überlegungen an, alle europäischen Juden auf Madagaskar anzusiedeln
 - 93 Eine Jüdin aus Deutschland schildert einer Londoner Emigrantenorganisation die Lage der jüdischen Bevölkerung in Frankfurt am Main bis zum 11. Juli 1940
 - 94 Der Statistiker Friedrich Burgdörfer berechnet am 17. Juli 1940, wie viele Juden nach Madagaskar abgeschoben werden könnten
 - 95 Der Leipziger Oberbürgermeister informiert den sächsischen Wirtschaftsminister am 18. Juli 1940 über die Versorgung und den Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in Leipzig
 - 96 Der Reichspostminister ordnet am 29. Juli 1940 an, Juden die Telefonanschlüsse zu kündigen
 - 97 The New York Times: Artikel vom 2. August 1940 über Ausfuhrverbote, Einkaufsbeschränkungen und Sperrgebiete für Juden in Deutschland
 - 98 Im Auswärtigen Amt werden am 15. August 1940 Hitlers Pläne bekannt, nach dem Krieg alle Juden aus Europa zu deportieren
 - 99 Das Reichssicherheitshauptamt plant Mitte August 1940 die Verschleppung der europäischen Juden nach Madagaskar
 - 100 Ein Flüchtlingskomitee in Shanghai erläutert der Kultusgemeinde in Wien am 21. August 1940 die Einwanderungsbedingungen
 - 101 Legationsrat Rademacher vom Auswärtigen Amt macht Ende August 1940 Vorschläge zur Durchführung des Madagaskar-Plans
 - 102 Herbert Gerigk schreibt im August 1940 über die Rolle des Judentums in der Musik
 - 103 Reichskulturwalter Hinkel informiert auf einer Sitzung des Propagandaministeriums am 6. September 1940 über die geplante Deportation der Berliner Juden
 - 104 Emilie Cassel bittet den Polizeipräsidenten in Stettin am 9. September 1940 um die Erlaubnis zur Anschaffung eines Volksempfängers, obwohl ihr Mann „Nichtarier“ sei
 - 105 Hermann Samter, Redakteur beim Jüdischen Nachrichtenblatt, schildert Hanna Kobylinski am 12. September 1940 die Tätigkeit des Jüdischen Kulturbunds in Berlin
 - 106 Der Bürgermeister von Misdroy erkundigt sich am 30. September 1940 beim Deutschen Gemeindetag, ob eine im Ort lebende Jüdin in eine Anstalt eingewiesen werden könne
 - 107 Der Chef der Schweizer Fremdenpolizei drängt den Schweizer Botschafter in Vichy am 2. Oktober 1940, Transitvisa für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zu erwirken
 - 108 Der Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Steiermark und Kärnten rechtfertigt am 4. Oktober 1940 die geringe Entlohnung jüdischer Arbeitskräfte
 - 109 Der Reichsluftfahrtminister informiert am 7. Oktober 1940 das Luftgaukommando VII, dass Juden der Zutritt zu öffentlichen Luftschutzräumen zu gewähren sei
 - 110 Himmler kündigt am 22. Oktober 1940 vor der NSDAP-Landesgruppe in Madrid die Abschiebung aller Juden aus dem Großdeutschen Reich in das Generalgouvernement an

- 111 Otto Hirsch schildert, wie er bei der Gestapo am 26. Oktober 1940 gegen die Deportationen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland protestierte
- 112 Heydrich teilt dem Auswärtigen Amt am 29. Oktober 1940 mit, die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden und der Pfalz sei auf Anordnung Hitlers erfolgt
- 113 Bericht vom 30. Oktober 1940 über die Deportation deutscher Juden nach Südfrankreich
- 114 Die Staatspolizeistelle Bielefeld kündigt am 2. November 1940 an, dass alle Juden zwischen 18 und 55 Jahren zum geschlossenen Arbeitseinsatz herangezogen werden sollen
- 115 Esther Cohn aus Offenburg beschreibt am 3. November 1940 in ihrem Tagebuch ihre Verzweiflung über die Deportation ihrer Mutter und ihrer Schwestern nach Frankreich
- 116 Hitler spricht am 8. November 1940 in München über den Aufstieg der NS-Bewegung und den „Kampf gegen das Judentum“
- 117 Das Reichssicherheitshauptamt fordert seine Mitarbeiter am 9. November 1940 auf, sich um Wohnungen von Juden zu bewerben
- 118 Die Haupttreuhandstelle Ost wendet sich am 13. November 1940 wegen der Versteigerung des Grundstücks von Chaim Goldfarb an den Polizeipräsidenten in Berlin
- 119 Himmler verpflichtet am 15. November 1940 alle Angehörigen der Polizei zum Besuch des Films „Jud Süß“
- 120 Michael Meyer beschreibt seine Emigration nach Palästina im Herbst 1940 auf verschiedenen Flüchtlingsschiffen
- 121 Hans Baruch dokumentiert in seinem Tagebuch zwischen September und November 1940 seine Flucht per Schiff nach Palästina
- 122 Der Münchener Oberbürgermeister gibt am 2. Dezember 1940 Richtlinien über die öffentliche Fürsorge für Juden bekannt, die nicht der Reichsvereinigung angehören
- 123 Der Chef der Reichskanzlei informiert Gauleiter von Schirach am 3. Dezember 1940, dass Hitler die Abschiebung von 60 000 Juden aus Wien genehmigt habe
- 124 Kreiszeitung für die Ost-Prignitz: Artikel vom 4. Dezember 1940 über die Entstehung des Films „Der ewige Jude“
- 125 Eichmann hält am 4. Dezember 1940 die Umsiedlung von knapp sechs Millionen europäischen Juden für die „Endlösung der Judenfrage“
- 126 Himmler informiert die Reichs- und Gauleiter am 10. Dezember 1940 über seine Siedlungspläne
- 127 Reichsinnenminister Frick ordnet am 12. Dezember 1940 die Verlegung jüdischer Psychatriepatienten in die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn an
- 128 Paul Eppstein notiert am 20. Dezember 1940, wie anlässlich seiner Vorladung bei der Gestapo seine eigene Inhaftierung erörtert wird
- 129 Ein Auswanderer schildert die Versorgungslage, die Stimmung der Bevölkerung und die Situation der Juden im Reich im Herbst und Winter 1940
- 130 Walter Mehring gedenkt in einem Gedicht zur Jahreswende 1940/41 seiner toten Freunde

-
- 131 Kurt Rathenau aus Berlin schildert seinem Bruder Fritz am 3. Januar 1941, was die Briefzensur für ihn bedeutet
 - 132 Die Industrie- und Handelskammer Südwestfalen in Hagen bittet am 6. Januar 1941 den Reichswirtschaftsminister, das Grundstück des Juden Dagobert Gottschalk erwerben zu dürfen
 - 133 Die Papierfabrik und Verlagsgesellschaft Steyrermühl beantragt beim Reichsstatthalter Oberdonau am 7. Januar 1941 Wiedergutmachung der durch die „Arisierung“ entstandenen Schäden
 - 134 Der aus Stettin nach Piaski deportierte Gerhard Michaelis bittet das Auswärtige Amt am 18. Januar 1941, die Ausreise seiner Familie nach Haiti zu genehmigen
 - 135 In den Meldungen aus dem Reich wird am 20. Januar 1941 über Reaktionen auf den Film „Der ewige Jude“ berichtet
 - 136 Der Wiener Kardinal Innitzer teilt dem Papst am 20. Januar 1941 seine Sorge über das Schicksal von 11000 „nichtarischen“ Christen mit
 - 137 Der Reichsstattthalter in der Steiermark berichtet dem Reichsernährungsminister am 21. Januar 1941 über die Enteignung landwirtschaftlichen Grundbesitzes von Juden
 - 138 Der „Judenberater“ des SD in Frankreich vermerkt am 21. Januar 1941, dass Heydrich in Hitlers Auftrag ein Projekt zur „endgültigen Lösung“ der Judenfrage entwickelt habe
 - 139 Max Schönenberg aus Köln bittet einen Bekannten in den USA am 23. Januar 1941 um Hilfe bei der Emigration
 - 140 Der Vorstand der Reichsvereinigung spricht am 27. Januar 1941 über die Betreuung „nichtarischer“ Christen und die Verlegung jüdischer Psychiatriepatienten in Sammelanstalten
 - 141 Jan Springel wird am 27. Januar 1941 in Buchenwald erschossen
 - 142 Hitler erinnert am 30. Januar 1941 an seine Prophezeiung, dass im Fall eines Weltkriegs das europäische Judentum vernichtet werde
 - 143 Elisabeth Butenberg aus Rheydt ärgert sich Ende Januar 1941 über das Verhalten von Juden in der Straßenbahn und unterbreitet dem Ortsgruppenleiter der NSDAP dazu Vorschläge
 - 144 Die Gestapo informiert den Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde am 2. Februar 1941 über die bevorstehende Deportation Wiener Juden in das Generalgouvernement
 - 145 Kurt Mezei hält am 3. Februar 1941 in seinem Tagebuch fest, dass bereits Vorladungen zur Deportation an Wiener Juden verschickt wurden
 - 146 Völkischer Beobachter: Artikel vom 4. Februar 1941 über die Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft
 - 147 Arthur und Johanna Cohen aus Düsseldorf hoffen aufgrund einer Mitteilung des Konsulats vom 5. Februar 1941, in die USA auswandern zu können
 - 148 Anna Samuel schildert ihrer Freundin Else Schubert am 11. Februar 1941 ihre wachsende Bedrängnis
 - 149 Moritz Leitersdorf aus Wien bekommt von der Reichsfluchtsteuerstelle am 12. Februar 1941 einen Sicherheitsbescheid

- 150 Verschiedene Funktionäre besprechen am 12. Februar 1941 beim Obergerietsführer Wien die Deportation der Wiener Juden
- 151 Paula Rosenberg schreibt über die Bedingungen im Sammellager Castellezgasse und ihre Zwangsumsiedlung von Wien nach Opole Lubelskie am 15. Februar 1941
- 152 In einem Bericht für den Joint wird die jüdische Zwangsarbeit in Berlin Mitte Februar 1941 dargestellt
- 153 Die Jüdische Kultusvereinigung Mainz informiert am 19. Februar 1941 über die Möglichkeit, Pakete in das Lager Gurs in Frankreich zu schicken
- 154 Martha Svoboda aus Wien macht sich am 20. Februar 1941 Sorgen wegen der Deportation ihrer Eltern in das Generalgouvernement
- 155 Malvine Fischer aus Wien bittet ihre Tochter in den USA am 20. Februar 1941, ihr dringend ein Affidavit zu beschaffen
- 156 Franz Heurich aus Meiningen beantragt am 20. Februar 1941 bei der Devisenstelle Thüringen eine Auszahlung vom Sperrkonto Hermann Heimanns
- 157 Die Selbsthilfegruppe der jüdischen Blinden bittet Josef Löwenherz am 25. Februar 1941 um Hilfe, um der Deportation in das Generalgouvernement zu entkommen
- 158 Im Reichsverkehrsministerium wird am 25. Februar 1941 über Reisebeschränkungen für Juden diskutiert
- 159 Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts nimmt am 1. März 1941 zu der Frage Stellung, inwiefern gegen ausländische Juden vorgegangen werden kann
- 160 Das Reichssicherheitshauptamt erweitert am 5. März 1941 die Möglichkeiten, das Umzugsgut von jüdischen Auswanderern zu versteigern
- 161 Das Schwarze Korps: Artikel vom 6. März 1941 über die fortschreitende Ausgrenzung der Juden zunächst im Reich und dann in Europa
- 162 Helene und Albin Fischer in Shanghai schildern Mimi Weisz in den USA am 8. März 1941, welche Sorgen ihnen die Aussicht bereitet, die Eltern aus Wien bei sich aufzunehmen
- 163 Martin Neugebauer wird am 12. März 1941 in Bielefeld verurteilt, da er antijüdischen Äußerungen widersprochen hatte
- 164 Die Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien weist am 17. März 1941 auf die enorme Bedeutung der Umschulungskurse hin
- 165 Luise Solmitz schreibt am 18. März 1941 in ihrem Tagebuch über eine Anzeige gegen ihren Mann, der seine Kennkarte nicht unaufgefordert vorgezeigt hatte
- 166 Staatssekretär Stuckart protokolliert am 19. März 1941 eine Besprechung über den Entwurf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz
- 167 Eichmann erwähnt am 20. März 1941 im Propagandaministerium Hitlers Auftrag an Heydrich, die „endgültige Judenevakuierung“ zu planen
- 168 Der stellvertretende Gauleiter von Wien informiert Polizeipräsident Kaltenbrunner am 20. März 1941, jeder Zug in das Generalgouvernement solle zur Deportation genutzt werden
- 169 Die Reichsbahn möchte am 26. März 1941 ein Grundstück in Frankfurt am Main erwerben, das zuvor den jüdischen Gebrüdern Kaufmann gehörte

-
- 170 Völkischer Beobachter: Artikel über die Eröffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 27. März 1941
 - 171 Weltkampf: In einem Artikel vom 27. März 1941 berechnet Peter-Heinz Seraphim die jüdische Bevölkerung Europas und schlägt ihre Vertreibung vor
 - 172 Die SS-Führung weist den Wissenschaftsminister am 27. März 1941 an, Martin Buber den Dokortitel entziehen zu lassen
 - 173 Willy Cohn hält am 1. April 1941 in seinem Tagebuch fest, dass er von der Ermordung jüdischer Geisteskranker in Chelm bei Lublin gehört hat
 - 174 Heydrich lässt am 2. April 1941 mitteilen, wegen der zu erwartenden „Lösung der allgemeinen Judenfrage“ seien keine Renten mehr an Juden im Ausland auszus zahlen
 - 175 Preußische Zeitung: Artikel vom 5. April 1941 über die Ausstellung „Der ewige Jude“ in Königsberg
 - 176 Abteilungsleiter Tießler informiert den Stab des Stellvertreters des Führers am 21. April 1941 über Goebbels' Vorschlag, die Juden zu kennzeichnen
 - 177 Der Vorstand der Rosenthal-Porzellan AG bittet das Reichsjustizministerium am 21. April 1941 darum, den Firmennamen beibehalten zu dürfen
 - 178 Die Reichsvereinigung und die Kultusgemeinden in Wien und Prag einigen sich am 22. April 1941 auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Schiffsplätze in die USA
 - 179 Die VUGESTAP informiert in einem Merkblatt über die Modalitäten der Versteigerung jüdischen Eigentums in Wien am 3. Mai 1941
 - 180 Die Friedrich Krupp AG setzt sich am 6. Mai 1941 für den Verbleib zweier jüdischer Fachkräfte ein
 - 181 Die Jüdische Kultusgemeinde Köln gibt am 12. Mai 1941 bekannt, welche Häuser geräumt werden müssen
 - 182 Das Reichssicherheitshauptamt erlässt am 20. Mai 1941 Richtlinien für die Auswanderung von Juden
 - 183 Ein Rechtsanwalt beschwert sich am 5. Juni 1941 beim Regierungspräsidenten in Breslau über die Zuweisung von Juden in das Haus seiner Klientin
 - 184 Der Chef der Reichskanzlei teilt Reichsleiter Bormann am 7. Juni 1941 mit, Hitler gehe nicht davon aus, dass nach dem Krieg noch Juden in Deutschland leben
 - 185 Im Propagandaministerium werden auf der Pressekonferenz am Abend des 22. Juni 1941 Richtlinien für die Kommentierung des Kriegs gegen die Sowjetunion vorgegeben
 - 186 Das Ehepaar Malsch berichtet seinem Sohn und dessen Frau am 24. Juni 1941 von der Schließung des US-Konsulats in Stuttgart und der damit verhinderten Auswanderung
 - 187 Der Zeitschriften-Dienst vom 27. Juni 1941 regt an, die weltanschauliche Auseinandersetzung mit der Sowjetunion mit der „Judenfrage“ zu verknüpfen
 - 188 Ein Auswanderer schildert im Sommer 1941 die Situation der Juden in Breslau 1940/41

-
- 189 Ein Lkw-Fahrer berichtet über die Lage der jüdischen Bevölkerung in verschiedenen deutschen Städten Mitte 1941
- 190 Edith Hahn-Beer berichtet ihrem Freund in Wien am 6. Juli 1941 von ihrem Arbeits-einsatz in Osterburg
- 191 Felice Schragenheim erkundigt sich am 12. Juli 1941 beim US-Generalkonsulat in Berlin nach Möglichkeiten, ihr Visum zu verlängern
- 192 Frida Neuber aus Berlin erklärt am 19. Juli 1941 Bob Kunzig in Philadelphia, welche Formulare er für ihr Affidavit ausfüllen muss
- 193 Das Reich: Hetzartikel von Joseph Goebbels, in dem er den Juden am 20. Juli 1941 mit einem bald hereinbrechenden Strafgericht droht
- 194 Josef Löwenherz berichtet am 22. Juli 1941 über die Tätigkeit der Israelitischen Kul-tusgemeinde Wien
- 195 Willy Cohn erfährt Ende Juli 1941 von Massenhorden an Juden in den besetzten Gebieten im Osten
- 196 Göring ermächtigt Heydrich am 31. Juli 1941, eine „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ vorzubereiten
- 197 Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt am 5. August 1941 über Razzien und Ver-haftungen in Berlin
- 198 Paul Eppstein informiert Josef Löwenherz in Wien am 5. August 1941, dass jüdische Männer zwischen 18 und 45 Jahren nicht mehr auswandern dürfen
- 199 Der Emigrant Edgar Emanuel aus Berlin schildert Ilse Schwalbe am 11. August 1941, unter welchen Bedingungen Juden in Deutschland leben müssen
- 200 Friedrich Kellner kritisiert in seinem Tagebuch am 12. August 1941 juristische Will-kür gegenüber Juden
- 201 Die Reichsvereinigung unterrichtet ihre Bezirksstellen am 13. August 1941, sie müsse die Pflege und Bestattung der jüdischen Anstaltspatienten in Chelm bezahlen
- 202 Unter Vorsitz Eichmanns diskutieren Vertreter von Ministerien und Sicherheits-polizei am 13. August 1941 in Berlin über eine „Verschärfung des Judenbegriffs“
- 203 Im Propagandaministerium wird am 15. August 1941 über neue Maßnahmen gegen die Berliner Juden beraten
- 204 Das Propagandaministerium erarbeitet für Goebbels am 17. August 1941 eine Vor-lage, um von Hitler die Zustimmung zur Kennzeichnung der Juden im Reich zu erreichen
- 205 Das Reichssicherheitshauptamt informiert Mitte August 1941 über die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit
- 206 Goebbels notiert am 19. August 1941, dass Hitler gerade seine Prophezeiung über die Vernichtung des europäischen Judentums in Erfüllung gehen sehe
- 207 Das Ehepaar Malsch schreibt am 20. August 1941 seinem Sohn und dessen Frau in den USA, dass es weiterhin auf Auswanderung hofft
- 208 Der „Judenreferent“ des Auswärtigen Amts erfährt am 21. August 1941, dass Hitler der Kennzeichnung der Juden zugestimmt habe

- 209 Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg bittet die jüdische Bevölkerung am 21. August 1941 um Geld- und Sachspenden
- 210 Eichmann erwähnt gegenüber dem Auswärtigen Amt am 28. August 1941, „die kommende und in Vorbereitung befindliche Endlösung“
- 211 Arthur Cohen aus Düsseldorf schildert seinem Cousin in New York am 31. August 1941 seine vergeblichen Bemühungen um Auswanderung
- 212 Polizeiverordnung vom 1. September 1941 über die Kennzeichnungspflicht für Juden
- 213 Der „Arisierungsbeauftragte“ des Gauleiters informiert die Israelitische Kultusgemeinde München am 1. September 1941 über das Barackenlager in Milbertshofen
- 214 Friedrich Mennecke schreibt seiner Frau am 3. September 1941 von einer Reise in das KZ Dachau, wo er Gefangene untersucht und zur Ermordung auswählt
- 215 Julius Jacoby berichtet der Reichsvereinigung am 7. September 1941 über die Situation in den „Judenhäusern“ in Hannover
- 216 Franz Bergmann aus Neheim an der Ruhr kritisiert am 8. September 1941 die Ermordung der Psychiatriepatienten
- 217 Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt am 10. September 1941 über das Reiseverbot und die Kennzeichnungspflicht
- 218 Der Wochenspruch der NSDAP vom 7. bis 13. September 1941 erinnert an die Ankündigung Hitlers, im Falle eines Weltkriegs werde das europäische Judentum vernichtet
- 219 Der Apostolische Nuntius erläutert Kardinal Luigi Maglione im Vatikan am 13. September 1941, wie demütigend die Kennzeichnungspflicht insbesondere für „nicht-arische“ Christen sei
- 220 Ein Gedicht ruft die Juden am 14. September 1941 dazu auf, den gelben Stern mit Gottvertrauen zu tragen
- 221 Daniel Lotter aus Fürth kritisiert am 14. September 1941 die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Juden
- 222 Der Reichsinnenminister beschränkt am 15. September 1941 die Freizügigkeit für Juden und knüpft die Nutzung von Verkehrsmitteln an Bedingungen
- 223 Himmler informiert am 18. September 1941 Gauleiter Greiser, dass Hitler die Deportation deutscher Juden in das Getto Litzmannstadt (Lodz) wünsche
- 224 Ein unbekannter jüdischer Verfasser bittet den Münsteraner Bischof Galen Mitte September 1941 um Hilfe für die deutschen Juden
- 225 Kurt Mezei notiert am 19. September 1941 in sein Tagebuch, er trage den gelben Stern mit Stolz
- 226 Erwin Garvens aus Hamburg empört sich am 21. September 1941 in seinem Tagebuch über die Einführung des gelben Sterns
- 227 Rosenbergs Adjutant notiert am 21. September 1941, Hitler habe vorerst keine Repressalien gegen die deutschen Juden als Reaktion auf die Deportation der Wolgadeutschen geplant
- 228 Der Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger regt am 22. September 1941 an, Juden den Bezug von Zeitschriften zu verbieten

- 229 Max Schönenberg aus Köln beschreibt in einem Brief nach Shanghai vom 24. September 1941 die Wirkung der neuen antijüdischen Maßnahmen
- 230 Margarete Korant aus Berlin macht sich Hoffnungen auf eine Auswanderung nach Kuba und bittet ihre Tochter Ilse am 24. September 1941 um Hilfe
- 231 Der Reichswirtschaftsminister teilt der Reichsgruppe Industrie am 25. September 1941 die Bestimmungen zur Beschäftigung von „Mischlingen“ mit
- 232 Kölns Gauleiter Grohé hetzt am 28. September 1941 gegen Juden
- 233 Die Reichsvereinigung erstellt eine Übersicht über die Auswanderung der Juden aus dem Altreich von 1933 bis 1941
- 234 Der emigrierte Schriftsteller Stefan Zweig schreibt im Herbst 1941 über eine Begegnung mit Sigmund Freud, bei der die beiden über die Verfolgung der Juden sprechen

Teil 2 – Protektorat Böhmen und Mähren

- 235 Camill Hoffmann beschreibt am 15. März 1939 den deutschen Einmarsch in Prag und berichtet von Selbstmorden unter der jüdischen Bevölkerung
- 236 Helga Hošková schildert in ihrem Tagebuch den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei am 15. März 1939
- 237 Göring informiert die zuständigen Behörden am 16. März 1939 über seine Kompetenzen in allen Wirtschaftsfragen und verbietet „wilde Arisierungsmaßnahmen“
- 238 Der Oberlandrat in Mährisch-Budwitz ordnet am 19. März 1939 die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte an
- 239 Unterstaatssekretär von Burgsdorff unterrichtet Gauleiter Bürckel am 19. März 1939, im Protektorat seien Synagogen in Brand gesetzt worden
- 240 Im Reichsinnenministerium werden am 25. März 1939 die Rechtsstellung des Protektorats und Richtlinien für die Behandlung der jüdischen Bevölkerung besprochen
- 241 Ein unbekannter Verfasser beschreibt die Situation der jüdischen Bevölkerung im Protektorat bis Ende März 1939
- 242 Ilse Weber aus Witkowitz schildert ihrer Freundin Lilian am 2. April 1939 die tägliche Diskriminierung von Juden und bittet sie um Unterstützung
- 243 Arnold Stein aus Prag dankt Nicholas Winton am 5. April 1939 für die Rettung seiner Tochter und bittet um Hilfe bei seiner eigenen Emigration aus Prag
- 244 Der Diplomat George Kennan berichtet am 26. und 27. April 1939 über die Lage in Mährisch-Ostrau und die besondere Situation der Juden
- 245 Unterstaatssekretär von Burgsdorff vermerkt am 2. Mai 1939, dass Hitler angeordnet habe, die Tschechen sollten die „Judenfrage“ ohne deutsche Einmischung regeln
- 246 Ministerpräsident Alois Eliáš macht Reichsprotektor von Neurath am 11. Mai 1939 Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung
- 247 Der Reichsprotektor zieht am 21. Juni 1939 die Kompetenzen zur Enteignung der jüdischen Bevölkerung an sich

-
- 248 Basler Nachrichten: Artikel vom 23. Juni 1939 über die antijüdische Verordnung des Reichsprotektors
- 249 Camill Hoffmann hält es im Sommer 1939 für unmöglich, die Juden von den Tschechen zu trennen
- 250 Der Leiter des Palästina-Amtes in Prag erstattet Anfang Juli 1939 über seine zwei-monatige Reise nach Palästina Bericht
- 251 Der Wehrmachtsbevollmächtigte macht sich am 12. Juli 1939 Gedanken über das „tschechische Problem“ und plädiert dafür, die Juden aus dem Protektorat zu vertreiben
- 252 Reichsprotektor von Neurath ruft am 15. Juli 1939 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag ins Leben
- 253 Der Reichsprotektor erhält am 25. Juli 1939 einen anonymen antisemitischen Brief
- 254 Der Oberlandrat in Tabor schildert am 28. Juli 1939 einen Überfall auf Juden in Pibrans
- 255 Mitglieder der tschechischen Regierung berichten am 28. Juli 1939 über eine Besichtigung der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung
- 256 Das Innenministerium der tschechischen Protektoratsregierung erteilt am 3. August 1939 Anordnungen zur Separierung der jüdischen Bevölkerung
- 257 Staatssekretär Stuckart mahnt die Protektoratsregierung am 10. August 1939, die antijüdische Politik nicht eigenmächtig zu verschärfen
- 258 Der Polizeipräsident in Brunn gibt am 12. August 1939 antijüdische Maßnahmen bekannt
- 259 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag skizziert in ihrem Wochenbericht vom 19. August 1939 ihre Bemühungen, die Auswanderung aus dem Protektorat zu organisieren
- 260 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag berichtet am 21. August 1939 über die katastrophale Lage der Juden und Eichmanns Herrschaft im Protektorat
- 261 Staatssekretär Frank versucht am 15. September 1939, antijüdische Gewalt seitens Volksdeutscher zu unterbinden
- 262 Die Landesheilanstalt für Geistes- und Nervenranke in Iglau macht am 27. September 1939 Mitteilung über ihre Maßnahmen gegen jüdische Patienten
- 263 Eine in die Niederlande emigrierte Jüdin schildert die Situation im Protektorat bis Anfang Oktober 1939
- 264 Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts diskutieren am 9. Oktober 1939 in Mährisch-Ostrau über die Deportation der jüdischen Bevölkerung
- 265 RČS: Artikel vom 23. Oktober 1939 über die getarnte Deportation der Juden aus Mährisch-Ostrau
- 266 Heimann Stapler berichtet nach seiner Emigration im Oktober 1939, wie sich die Lage der Juden im Protektorat seit Kriegsbeginn verschärft hat
- 267 Der Generaldirektor von Villeroy & Boch bekundet am 26. Januar 1940 sein Interesse an zwei jüdischen Malzfabriken in Olmütz

-
- 268 Der Oberlandrat in Iglau informiert am 1. Februar 1940 über ausbleibende Erfolge bei der „Arisierung“
- 269 Der Reichsprotektor erläutert am 9. Februar 1940 das weitere Vorgehen bei der Enteignung jüdischer Unternehmer
- 270 Washington Post: Artikel vom 11. Februar 1940 über die Verschärfung der antijüdischen Politik im Protektorat
- 271 Die Jewish Agency in Jerusalem erfährt im Frühjahr 1940 von der Verzweiflung der Juden in Mährisch-Ostrau und ihrer Angehörigen im Lager Zarzecze
- 272 Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei lehnt am 5. März 1940 die Kennzeichnung der Juden im Protektorat ab
- 273 Jüdisches Nachrichtenblatt vom 8. März 1940: Interview mit Franz Weidmann über die Aufgaben der Jüdischen Kultusgemeinde Prag
- 274 Robert Weinberger bittet Richard Schindler am 17. März 1940, seine Alija voranzutreiben
- 275 Ilse Weber schildert in einem Brief vom 7. April 1940 an Gertrude von Löwenadler die Einschränkungen ihres Prager Alltags
- 276 Die Staatspolizeileitstelle Brünn informiert den Reichsprotektor am 31. Mai 1940 über die Juden im Internierungslager in Eibenschitz
- 277 Alice Henzler bittet am 4. Juni 1940 um Anerkennung als „Mischling“
- 278 Der Oberlandrat in Jitschin möchte am 10. Juni 1940 Juden aus ihren Wohnungen vertreiben und in gesonderten Wohngebieten konzentrieren
- 279 Die Jüdische Kultusgemeinde in Deutsch Brod bittet ihre Mitglieder am 12. Juni 1940 um Textilspenden für das Jüdische Krankenhaus in Prag und gibt Benutzungsverbote bekannt
- 280 Der Oberlandrat in Olmütz bittet den Reichsprotektor am 13. Juni 1940 um eine Entscheidung über antijüdische Vorstöße der Kreisleitung
- 281 Die Judenfrage: Artikel vom 1. Juli 1940 über die Ausgrenzung der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft im Protektorat
- 282 Josef Lichtenstern informiert den Hechaluz in Genf am 12. Juli 1940, wie Juden im Protektorat auf die Auswanderung vorbereitet werden
- 283 Jüdisches Nachrichtenblatt: Oskar Singer schreibt am 26. Juli 1940 über die Bedeutung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag
- 284 Der SD-Leitabschnitt Prag berichtet am 8. August 1940 über das Betätigungsverbot der Nationalen Gemeinschaft und die Freundlichkeit gegenüber Juden in Pilsen
- 285 Norbert Meissner aus Triesch schildert seinem Sohn Franz am 17. August 1940, wie die Familie zusammenrückt
- 286 Staatssekretär Frank erteilt dem Wunsch einiger Oberlandräte nach Kennzeichnung und Gettoisierung der Juden im Protektorat am 17. August 1940 eine Absage
- 287 In Holleschau fordert der Stadtrat am 30. August 1940 die Einführung der Arbeitspflicht und weitere Maßnahmen gegen Juden

-
- 288 Alžběta Salačová in Prag bekommt am 4. Oktober 1940 einen anonymen antisemitischen Brief
- 289 Der Jugendliche Jiří Münzer beschreibt am 6. Oktober 1940 in seinem Tagebuch, wie seine Hinwendung zum Zionismus verlief
- 290 Der Schriftsteller Jiří Orten zählt am 27. Oktober 1940 auf, welchen Einschränkungen Juden unterliegen
- 291 Der SD-Leitabschnitt Prag warnt Staatssekretär Frank am 25. November 1940, der deutsche Einfluss in Triesch sei durch den Zuzug von Juden gefährdet
- 292 Unterstaatssekretär von Burgsdorff fordert am 12. Dezember 1940 die endgültige Entfernung der Juden aus dem Groß- und Einzelhandel bis zum 31. März 1941
- 293 Bedřich Kolín verfasst im Jahr 1940 ein ironisches Gedicht über die Vorzüge, ein Jude im Protektorat zu sein
- 294 Der Neue Tag: Am 4. Januar 1941 wird die „Arisierung“ des Unternehmens Salomon Trau in Proßnitz angezeigt
- 295 Der Oberlandrat fordert den Leiter des Arbeitsamts in Pardubitz am 13. Januar 1941 auf, Juden zur Zwangsarbeit einzuteilen
- 296 Unterstaatssekretär von Burgsdorff weist am 14. Januar 1941 die Bitte der Protektoratsregierung zurück, 41 ausgewählte Personen von den antijüdischen Bestimmungen auszunehmen
- 297 Charlotte und Norbert Meissner aus Triesch berichten ihrem Sohn Franz am 1. Februar 1941 von der „Arisierung“ des Familienunternehmens
- 298 Gert Körbel aus Prag informiert am 4. Februar 1941 Nathan Schwalb in Genf über die Vorbereitungskurse zur Auswanderung aus dem Protektorat
- 299 Olga Keller schildert Walter Jacob am 12. Februar 1941 ihre Emigration und ihr neues Leben in Bolivien
- 300 Wilhelm Wrbka bekräftigt am 13. Februar 1941 seinen Wunsch, das Modenhaus Rix in Mährisch-Ostau zu kaufen
- 301 Die Jüdische Kultusgemeinde Prag muss Juden am 26. Februar 1941 zum Schneeräumen verpflichten
- 302 Rudolf Stier und Helmut Schmidt unterstreichen im Februar 1941, dass Juden in der Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren keine Rolle mehr spielen dürfen
- 303 Die Arische Gesellschaft in Böhmen und Mähren macht Ministerpräsident Eliáš am 10. April 1941 Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung
- 304 Staatssekretär Frank klärt am 16. April 1941, unter welchen Voraussetzungen Liegenschaften von Juden verkauft werden sollen, um die Auswanderung von Juden zu finanzieren
- 305 Der Reichsprotektor erläutert dem Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung am 17. April 1941 das Verfahren beim Arbeitseinsatz von Juden
- 306 Charlotte und Norbert Meissner berichten ihrem Sohn Franz am 7. Mai 1941 vom bevorstehenden Arbeitsdienst der Juden in Triesch
- 307 Die Bezirksbehörde in Ungarisch Brod ordnet am 31. Mai 1941 an, Juden zu isolieren und ihre Wohnungen zu kennzeichnen

-
- 308 Eva Roubíčková hofft am 22. Juni 1941 auf eine deutsche Niederlage nach dem Einmarsch in die Sowjetunion
- 309 Im Protektorat werden am 5. Juli 1941 die Vorschriften des „Blutschutzgesetzes“ rückwirkend eingeführt
- 310 Večerní České Slovo: In einem Artikel vom 5. Juli 1941 werden mehr Beschränkungen für Juden gefordert
- 311 Der Oberlandrat in Tabor klagt am 28. Juli 1941 über die jüdische Bevölkerung und fordert strenge Maßnahmen
- 312 Der Oberlandrat in Brünn regt am 29. Juli 1941 an, Juden das Fahrradfahren zu verbieten
- 313 Unterstaatssekretär von Burgsdorff untersagt am 31. Juli 1941 Einzelmaßnahmen lokaler Dienststellen gegen Juden im Protektorat
- 314 Reichsinnenminister Frick erklärt dem Chef der Reichskanzlei am 14. August 1941, gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat bestünden keine Einwände mehr
- 315 Staatssekretär Frank bittet Reichsprotector von Neurath am 20. August 1941, ihm telefonisch die Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung zu genehmigen
- 316 Jiří Münzer schreibt am 14. September 1941 über die bevorstehende Kennzeichnung und das Verbot, den Wohnort zu verlassen
- 317 Staatssekretär Hubert Ripka von der tschechischen Exil-Regierung in London stellt sich am 18. September 1941 auf die Seite der Juden im Protektorat
- 318 Eva Roubíčková hält am 19. September 1941 die Reaktionen auf ihre Kennzeichnung mit dem „Judenstern“ in ihrem Tagebuch fest
- 319 Jiří Münzer schildert am 21. September 1941, wie die Tschechen sich zur Kennzeichnung verhalten
- 320 Eva Roubíčková berichtet am 28. September 1941 von der Ankunft Heydrichs im Protektorat

DOKUMENTE

Teil 1

Deutsches Reich

DOK. 1

**Der Schriftsteller Walter Tausk notiert am 1. September 1939,
wie er in Breslau den Kriegsbeginn erlebt¹**

Tagebuch von Walter Tausk,² Eintrag vom 1.9. 1939³

Freitag, den 1.9. 1939

Keinerlei Zweifel, daß es losgeht. Gestern ist u. a. das gesamte jüdische Krankenhaus, bis auf die Gynäkologie, Siechenhaus und Altersheim, Knall und Fall evakuiert worden, um 380 Betten freizumachen; hat man schon in der vergangenen Woche in anderen hiesigen Krankenhäusern rigoros gewirtschaftet, hier machte Gestapo und Militär eine „negative Ausnahme“, d. h.: sie überbot sich in der Unmenschlichkeit; was kein Fieber hatte, wurde nach Hause entlassen, auf die Straße gesetzt oder sonstwie „umgelegt“ (teils privat, teils in leere Zimmer des Gemeindehauses, Wallstraße, schwere und schwerste Fälle kamen auf die Gynäkologie); man evakuierte Frischoperierte (z. B. Blinddärme), die kaum transportfähig waren; man warf alte Leute, über 80, die in ausgebauten Mansarden des Krankenhauses ihre Tage beschließen sollten, mit Sack und Pack raus und brachte sie bei den Siechen mit unter: alles wahllos durcheinandergemengt, hierzu kamen Irre und Halbirre. Und nachmittags ein langer Gewitter-Platzregen, als die Evakuierung mitten im Gange war. Eine Vorstudie, wie es in [den] nächsten Tagen aussehen wird und was dieser „Schittelhuberkrieg“⁴ der ahnungslosen Menschheit bringen wird.

Meine Auswanderung ist auf Null. Ich habe am 17.8. *das wichtigste, das Fahrgeld*, nicht ausgezahlt bekommen (siehe Anlage)⁵ und bin also wirklich das Opfer meiner „lieben Glaubensgenossen“ (vor denen mich der Himmel weiter bewahren möge) und der eigenen Mittellosigkeit.⁶ *Mit England ist kein Postverkehr mehr möglich.*⁷

Heute morgen von zirka $\frac{3}{4}$ 5 bis 7 zog es pausenlos über die Stadt gen Osten; Bombenflieger, Jagd- u. a. Flieger. Um $\frac{1}{2}$ 9 erschien die Hausmeisterin mit einem Runderlaß der Polizei: „Alles fertigmachen für plötzliche Verdunkelung und gegen Flieger-Angriffe. Wasser bereitstellen, vor allem Luftschutzkeller instand halten“ usw.⁸

11 Uhr vorm.: von 10 – jetzt hörte man durch die Lautsprecher in unserer Nähe die

1 Biblioteka Uniwersytecka we Wrocławiu, Ako. 1949 KN 1351–1354. Abdruck in: Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933–1940, hrsg. von Ryszard Kincel, Berlin (Ost) 1975, S. 229 f.

2 Walter Tausk (1890–1941), Handelsvertreter und Schriftsteller; trat 1917 vom Judentum zum Buddhismus über, verfasste Beiträge für buddhistische Zeitschriften, seit 1933 Gelegenheitsarbeiter, am 25.11.1941 von Breslau nach Kaunas deportiert und dort ermordet; Autor von „Olaf Höris Tod. Skizze zu einer Vollmondphantasie“ (1924).

3 Im maschinenschriftl. Original verzichtet der Autor auf Großschreibung.

4 Gemeint ist: Schicklgruber. Diese Anspielung auf den Geburtsnamen von Hitlers Vater war unter Hitlers Gegnern geläufig, um auf die sowohl kleinbäuerliche als auch uneheliche Herkunft seines Vaters hinzuweisen; Letztere gab zudem zu Vermutungen über jüdische Vorfahren Anlass.

5 Liegt nicht in der Akte.

6 Walter Tausk hatte sich seit 1936 um seine Auswanderung bemüht. Am 17.7.1939 erhielt er eine Einreiseerlaubnis für Großbritannien, die Fahrtkosten sollte der Hilfsverein der deutschen Juden, der die Auswanderung in das nicht-palästinensische Ausland organisierte, übernehmen.

7 Der Postverkehr nach Großbritannien wurde zum 1.9.1939 für die gesamte Kriegsdauer ausgesetzt; Mitte bzw. Ende Sept. 1939 folgte die offizielle Einstellung des Telegraphen- und Fernsprechdienstes.

8 Zehnte DVO zum Luftschutzgesetz vom 1.9.1939, RGBl., 1939 I, S. 1570–1572.

Redeübertragung von „ihm“ im Reichstag. Seit Jahren nichts Neues: kein Volk und kein Staatsmann ist so unschuldig, so mißverstanden, verraten und verlästert als „er“ und „sein Volk“, kein Volk und Staatsmann so ausschließlich friedliebend usw. Die Stimme: gurgelnd, röchelnd, sich verschluckend, dröhnend, jammernd, betend, Mitleid erregend, dann wieder lostobend, um bald wieder zu ersticken. Und an allem hat der Pole natürlich schuld.⁹

Dann sang man natürlich auch das Horst-Wessel-Lied: „Kameraden, die Rotfront ... erschossen, marschier'n im Geist in unseren Reihen mit.“¹⁰ Dies trotz des Russenpaktes.¹¹ Schittelhuber legte auch für das „festgezimmerter 1000jährige Reich“ die Dynastiefolge fest, „falls mir etwas zustößt“ (er will nämlich „als einfacher Gefreiter mit hinausziehen“). Nach ihm, dem Gefreiten, käme der Generalfeldmarschall Göring, nach diesem (im Falle einer „Zustoßung“) der ehemalige Heilgehilfe Hess. Das Haus dröhnte, wie üblich, vor Beifall. – Gleichzeitig marschierten die Truppen bereits überall nach Polen ein.

DOK. 2

Emilie Braach aus Frankfurt am Main schildert ihrer nach Großbritannien emigrierten Tochter am 1. September 1939, wie sich der Alltag durch den Kriegsbeginn verändert¹

Brief von Emilie Braach,² Frankfurt a. M., an ihre Tochter Bergit³ in Großbritannien vom 1.9. 1939

Meine liebe Bergit,

heute will ich eine Briefreihe beginnen, von der ich nicht weiß, wann und ob Du sie je lesen wirst.⁴ Ich kann nur die Hoffnung hegen, daß sie einmal in Deine Hände gelangt, damit Du von den großen und kleinen Geschehnissen hörst, die uns bewegen, die uns Sorge und Kummer oder auf der anderen Seite kleine Freuden bereiten. Heute will es mir

9 In seiner Reichstagsrede vom 1.9. 1939 machte Hitler Polen wegen angeblicher Grenzverletzungen für den Kriegsausbruch verantwortlich; Abdruck in: VB (Berliner Ausg.), Nr. 245 vom 2.9. 1939, S. 1f.

10 Die Zeile lautet vollständig: „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen/Marschieren im Geist in unseren Reihen mit.“ Horst Wessel hatte den Text „Die Fahne hoch!“ 1929 in der NSDAP-Zeitung *Der Angriff* veröffentlicht; nach Wessels gewaltsamem Tod im Febr. 1930 avancierte das vertonte Gedicht zu einer Art Parteihymne der NSDAP.

11 Gemeint ist der deutsch-sowjet. Nichtangriffspakt vom 23.8. 1939.

1 IfS Frankfurt a. M., SI/379, Nr. 1. Abdruck in: Emilie Braach, *Wenn meine Briefe Dich erreichen könnten*. Aufzeichnungen aus den Jahren 1939 – 1945, hrsg. von Bergit Forchhammer, Frankfurt a. M. 1987, S. 15– 17.

2 Emilie (Mile) Braach, geb. Hirschfeld (1898 – 1998), Autorin; schrieb von 1927 an für verschiedene Zeitschriften, 1935 als „Mischling ersten Grades“ Publikationsverbot, 1935– 1945 Filialeiterin im Miederwarengeschäft Kalasiris; 1946 – 1988 Mitinhaberin und Betreiberin eines Ledergroßhandels, berichtete u. a. in Schulen als Zeitzeugin, ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz und der Johanna-Kirchner-Medaille.

3 Bergit Forchhammer, geb. Braach (*1921), Lehrerin, Publizistin; 1939 Emigration nach Großbritannien; 1945 mit der US-Einheit Civil Censorship Division Rückkehr nach Deutschland, bis 1948 in amerik. Dienst, 1961– 1967 Lehrerin in Dänemark, bis 1969 Aufenthalt in den USA, 1969 – 1974 in Tansania, danach als Lehrerin an der Dänischen Internationalen Schule in Kopenhagen und als Korrespondentin tätig.

4 Siehe Dok. 1 vom 1.9. 1939, Anm. 7.

allerdings wie ein Wunder erscheinen oder, besser gesagt, wie ein Traum, daß Imme⁵ und ich vorgestern abend noch zusammen musizierten. Und ebenso unfassbar ist es, daß wir gestern abend noch gemütlich auf der Veranda bei den Eltern⁶ saßen und die Abendkühle genossen.

Heute? Der Krieg hat begonnen. Frankfurt und alle Städte & Dörfer des Landes haben verdunkelt. Ich sitze im Eßzimmer, das ich in aller Eile mit den notwendigsten Vorkehrungen versehen habe, und ich habe mir vorgenommen, am Sonntag ein tadellos verdunkeltes Zimmer herzurichten, in dem man *mehr* als einen Lichtschimmer von einem halben Meter Durchmesser hat. Heute bin ich zufrieden damit. Womit wäre man heute nicht zufrieden? Sogar mit meiner Tasse aufgewärmten Tees habe ich mich ausgesöhnt, nachdem ich infolge der Nervosität der letzten Zeit mein Kaffeequantum stark dezimiert habe. Mit der Teeration von zwanzig Gramm im Monat⁷ muß ich allerdings auch sorgsam umgehen. Aber das ist ja alles unwesentlich im Vergleich zu dem Weltgeschehen und zu dem Blutvergießen. Außerdem habe ich heute abend Glück, weil ich daheimsitzen kann. Fast hätte ich schon heute „Luftschutzdienst“ in unserem Geschäftshaus in der Kaiserstraße gehabt. Wie sich das gestalten soll, ist mir noch unklar. Immer vier Leute sollen eine Nacht durch Wache halten. Nun, wir werden sehen, welche Aufgaben harren. Vor allen Dingen bin ich gespannt, wie die meistens sehr jungen und unerfahrenen Mädchen ihrer Aufgabe Herr werden und wie sie überhaupt ihrem Wachdienst nachkommen können. Ich selbst bin eine solche Nachteule, daß ich es nicht so sehr spüren werde. Letzte Nacht habe ich auch bis drei Uhr Rundfunk gehört und war doch morgens sehr zeitig auf den Beinen, um als Hauswart nach dem Rechten zu sehen. Allerdings muß ich mich jetzt unbedingt von diesem Amt entheben lassen. Ich bin ja doch nicht hier tagsüber. Und wenn ich wirklich mal einen Abendbesuch bei Erna⁸ oder den Eltern mache, werde ich gleich dort schlafen, denn eine so ganz und gar abgedunkelte Stadt hat etwas recht Unheimliches an sich. Besonders auch jetzt, wo es draußen nach Herzenslust gewittert und so stürmt, daß meine unvollkommene Verdunkelung sich beinahe selbständig macht. Im Geschäft haben wir dauernd zu tun. Vor allem hat die Bezugscheinfragerei entsetzliche Nervenkraft gekostet. Jetzt ist das hoffentlich vorbei, denn vorhin hörte ich, daß Büstenhalter und Korsetts wieder freigegeben seien. Wäsche dagegen ist nur gegen Bezugscheine zu erhalten. Und dann die Fragerei und vor allem die Rederei der Menschen. Jeder hat eine andere Ansicht, jeder weiß etwas anderes, hat irgend etwas gehört, klammert sich an eine andere Hoffnung, d. h. klammerte sich. Jetzt ist ja eigentlich kein Ästchen mehr da. Du glaubst gar nicht, wieviele Menschen ich trösten mußte in der letzten Zeit, wieviele weinend ihr neues Korsett anprobieren. Solchen Situationen stehe ich, wie Du weißt, etwas hart gegenüber. Wenn man schon in einer solchen Aufregung und Heul-

5 Imogen (Imme) Werkhäuser (1926–1981) war die Tochter von Emilie Braachs Schwester Erna Werkhäuser, geb. Hirschfeld (1902–1995).

6 Otto Hirschfeld (1866–1952), Lederwarenfabrikant, und Marianne Hirschfeld, geb. Könitzer (1872 bis 1952), wurden im Sept. 1941 aus ihrer Wohnung vertrieben; sie zogen zu ihrer Tochter Emilie Braach. Otto Hirschfeld war dort ohne den für Juden vorgeschriebenen Namenszusatz „Israel“ gemeldet. Im März 1945 wurde er dennoch von der Gestapo vorgeladen. Emilie Braach fand daraufhin für ihre Eltern ein Versteck bei einer Bekannten in Bad Homburg und tauchte ebenfalls bis zur Befreiung unter.

7 Am 27.8.1939 war die Bezugscheinpflcht für Grundnahrungsmittel eingeführt worden; RGBl., 1939 I, S. 1498–1505.

8 Erna Werkhäuser.

verfassung ist, hat man eigentlich keine Gedanken für Einkäufe und dergleichen. Mir wenigstens ginge es so, und ich wäre bestimmt nicht auf den Gedanken gekommen, mir in den letzten Tagen einen Hut oder ein Paar Handschuhe zu kaufen. Weder ohne noch mit Bezugschein. Da imponieren mir doch die Leute noch mehr, die mit Schirmmütze und Stulpstiefeln splitternackt probieren. Was haben wir damals doch gelacht. Kürzlich mußte ich an einem Tag drei Sterbefall-Erzählungen über mich ergehen lassen! Alle drei bis ins kleinste mit Wiederholung aller Phasen. Sogar die Beichte wurde nicht vergessen. Ich war ganz erledigt. Da ist es mir fast noch lieber, es probiert eine drei Stunden und meint dann, es sei doch gut, daß sie nicht jeden Tag ein Korsett zu kaufen brauche. –

Heute stand ganz Frankfurt unter dem Eindruck der Verdunkelung. Jeder zweite Mensch trug eine schwarze Papierrolle im Arm, und in den Geschäften stand man Schlange darum. Ich hatte Anneliese⁹ schon vor drei Tagen zum Einkaufen geschickt und hoffte, die Ausgabe würde eine überflüssige sein. Die Anneliese macht sich übrigens und ist ein guter Kamerad und anständiger Kerl. In manchem hat sie sich in den letzten drei Wochen während der Abwesenheit von Frau M. richtig nett entwickelt und ist eine wirkliche Stütze geworden. Hoffentlich verfällt sie jetzt nicht wieder in ihren alten Schlendrian. Unserer guten Heimarbeiterin Frau Jäger habe ich vorläufig mal aufsagen müssen, weil ich ja gar nicht absehen kann, wie sich das Geschäft entwickeln wird.

Zehn Uhr zwanzig: Eben habe ich Nachrichten gehört. Aber sie waren nicht sehr erschöpfend. Wahrscheinlich kommen nachher noch Sondermeldungen, so wie letzte Nacht auch. Das einzige, was interessant war, war das Verboten von Hören ausländischer Sender.¹⁰ Aber das ist ja sicher in jedem anderen Land auch so. Ich bin übrigens so müde, daß ich, wenn ich sprechen müßte, nur noch lallen könnte. Also heute Nacht hätte ich tatsächlich nicht zum Wachen getaugt, und ich werde auch bald in die Klappe gehen. Füchschen und Klettchen dürfen ausnahmsweise wieder mit.¹¹ Gestern abend durften sie es auch. In solch aufregenden Ausnahmezeiten darf man so was schon einmal erlauben.

DOK. 3

Der nach Jerusalem ausgewanderte Historiker Arnold Berney hält am 2. und 3. September 1939 seine düsteren Prognosen zum Kriegsbeginn fest¹

Tagebuch von Arnold Berney,² Jerusalem, Einträge vom 2. und 3.9. 1939

2.9. 1939

Der reichsdeutsche nationalsozialistische Kurzwellensender berichtete von zahlreichen Grenzzwischenfällen und fügte hinzu: aus alledem wurde die innere Auflösung und Demoralisation der polnischen Armee sichtbar.

⁹ Anneliese ging im Miederwarengeschäft in die Lehre.

¹⁰ VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1.9. 1939; RGBl., 1939 I, S. 1683.

¹¹ Die beiden Katzen von Emilie Braach.

¹ CAHJP, P/179, Karton 1, Mappe 3.

² Dr. Dr. habil. Arnold Berney (1897–1943), Jurist, Historiker; von 1927 an Privatdozent in Freiburg i. Br., 1935 Aberkennung der Lehrerlaubnis, 1936–1938 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, emigrierte 1938 über die Schweiz nach Palästina, war dort als Privatlehrer tätig.

Wenn Ihr so tapfer, so soldatisch, so ritterlich seid: warum dann diese schwache, erbärmliche, überdies dumme und verhängnisvolle Verkleinerung des Feindes? Aber so seid Ihr: Ihr habt auch Eure inneren Feinde nicht in männlicher Weise geschlagen und dann ihnen in ritterlicher Weise dieses oder jenes Existenzrecht belassen; sondern Ihr habt sie gequält, geschunden, gefoltet, verleumdet, beraubt und über die Grenze gesetzt. „Die Juden sind schuld“ gellen auch jetzt die (erschreckend hysterisch[en]) Stimmen Eurer Ansager im Mikrophon. Auch darin seid Ihr blind und feige. Ihr würdet besser daran tun zu zeigen, daß nichts anderes als der Rumpf der alten Entente [sich] gegen das sich gewaltsam in die Höhe schraubende – aber auch gegen das mit tiefem Recht des Wachstums bedürftige Deutschland auflehnt. Warum lenkt Ihr Euer Volk ab (und womöglich zu neuen Pogromen hin)? Wo bleibt Eure oft betonte staatspolitische Klugheit, Euer politisch-soldatisches Empfinden, Eure germanische Sauberkeit? Man kämpft mit dem Feind, aber man achtet in ihm das eigene zum Kampf gezwungene Mannestum, wenn man ihn zu beschimpfen oder zu verleumden unterläßt.

Durch die Rede Chamberlains von gestern nachmittag wird es klar, daß England und Frankreich kämpfen werden.³ Ich wage nicht mehr daran zu zweifeln, daß dieser Kampf nicht etwa durch eine Blockade Deutschlands ersetzt werden kann, sondern daß sich England und Frankreich anschicken, in den Krieg einzutreten, das bedeutet im günstigen Fall systematische Luftangriffe und Bindung erheblicher Kräfte am West[...]⁴ bedeutet im ungünstigsten Fall den französisch-englischen Angriff im Westen, den Eintritt Italiens in den Krieg, die Eröffnung der Mittelmeerschauplätze. Dann wird auch die Türkei nicht mehr neutral bleiben können. Man sieht hier der türkischen Entscheidung nur dann ohne Besorgnis entgegen, wenn sie Neutralität bedeutet.⁵

3.9. 1939

England hat dem Deutschen Reich den Krieg erklärt.

Wenn ein geliebter Mensch nach langem Leiden und langer brennender Ungewißheit der Angehörigen verscheidet, so verspürt auch der Nächststehende zunächst ein Gefühl der Befreiung. Schmerz, Leid, Kummer, Alleinsein, hoffnungsloses Heimweh – das alles beginnt erst *nachher*. Der Krieg ist des Friedens Tod – und das maßlose Leid, das nun über das Abendland heraufbeschworen wird, beginnt – von hier aus gesehen – mit einer geradezu furchtbaren Lautlosigkeit seinen wilden, unaufhaltsamen Eroberungszug. Der Riese Unheil, kaum geweckt, räkelt sich grollend aus seinem oft gestörten Schlaf. Unfaßlich, Lärm der Straße zu hören, Rufe spielender Kinder zu hören, das Üben einer Bach'schen Fuge im sechsten Stock wahrzunehmen, am weiß gedeckten Tisch die (wie lange noch reich bestellte) Mahlzeit einzunehmen und zu wissen: schon liegen Tausende, verwundet, verstümmelt oder still in ihrem Blut – schon stürzen wieder die Häuser zusammen, ragen die Mauern schwelend in die Luft – schreien gequälte Weiber und verängstigte Kinder, fliehen Bauern auf überfüllten Wagen über die Landstraßen.

3 Der brit. Premierminister Chamberlain verkündete am 1.9. 1939 vor dem House of Commons, dass Frankreich und Großbritannien Polen militärisch beistehen würden, sofern die deutschen Truppen sich nicht zurückzögen. Da Deutschland Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des deutsch-poln. Konflikts verweigert habe, trage es die alleinige Verantwortung für den nun zu erwartenden Krieg; The Times, Nr. 48398 vom 2. 9. 1939, S. 5: Prime Minister's Indictment of Germany.

4 Ein oder zwei Wörter unleserlich.

5 Die Türkei wahrte ihre Neutralität bis zum 23.2. 1945; erst dann erklärte sie Deutschland und Japan den Krieg.

Ich habe keine Partei in diesem Krieg, so sehr ich den Nationalsozialismus von Blutschuld, Lüge und Betrug überladen weiß. 1914 und auch noch 1916, als ich Soldat wurde, hatte ich ein Vaterland, dem ich gleich den anderen 70 000 deutschen Juden, welche kämpfend dienten, gleich den 10 000 Juden, welche fielen, bedenkenlos und begeistert zur Verfügung stand.⁶ Jetzt bin ich verjagt ans äußerste Ende der abendländischen Welt, lebe inmitten einer kaum begonnenen jüdischen Lebensgemeinschaft. Ich blicke zurück: ich weine keinem vergangenen „Glücke“ nach, ich trage niemand[em] etwas nach, ich bin frei von Ressentiments, ich spüre keinen Menschenhaß. „Selig der sich vor der Welt ohne Haß verschließt.“⁷ Das Sich-Verschließen ist freilich erlaubt – und das Seligsein keinem möglich. Aber das „Ohne-Haß-Sein“ (und aller fanatischen Parteinahme widerstehen) – das will ich mir, obwohl ich mich wie zugedeckt und verschüttet fühle, obwohl ich nichts „habe“, obwohl ich für mich weder Weg noch Anwendung sehe, ausbauen wie eine seelische Wohnung.

DOK. 4

Der Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters in Wien schlägt am 5. September 1939 vor, die Wiener Juden in Zwangsarbeitslager zu sperren¹

Schreiben (vertraulich) des Staatskommissars für die Privatwirtschaft (Rf/K.)² an das Stabsamt des Generalfeldmarschalls, z. Hd. des Herrn Ministerialdirigenten Dr. Gritzbach,³ weitergeleitet an Regierungsvizepräsident Barth⁴ zur Kenntnisnahme, vom 5.9. 1939 (Durchschrift)

Sehr geehrter Parteigenosse Dr. Gritzbach!

Die inzwischen eingetretenen Ereignisse bringen es mit sich, daß bezüglich der Entfernung der Juden aus Wien neue und rasche Schritte notwendig werden. Es werden, wie mir bekannt gegeben wurde, in den nächsten Tagen sowohl durch die Gauleitung der

6 Vermutlich fielen von über 100 000 jüdischen Kriegsteilnehmern im Ersten Weltkrieg etwa 12 000 an der Front, die Angaben schwanken je nach Quelle. Rund 10 200 Gefallene führte der RjF namentlich auf; Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914 – 1918. Ein Gedenkbuch, hrsg. vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Berlin 1932.

7 Johann Wolfgang von Goethe, „An den Mond“ (1789): „Selig, wer sich vor der Welt ohne Haß verschließt, einen Freund am Busen hält und mit dem genießt ...“

1 ÖStA, AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/7.

2 Walter Rafelsberger (1899 – 1986), Ingenieur, Chemiker; 1933 NSDAP-, 1934 SS-Eintritt; 1938 Gauwirtschaftsberater in Wien, Leiter der Vermögensverkehrsstelle Wien, Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters, Präsident der Wiener Handelskammer; 1947 kurzzeitig inhaftiert, dann untergetaucht, 1966 Generalvertreter der Jenbacher Motorenwerke in Südtirol.

3 Dr. Erich Gritzbach (*1896), Beamter; 1933 SS- und NSDAP-Eintritt; 1933–1936 Hauptkommissar für die Olympischen Spiele, 1936 MinDir.; 1938 SS-Gruppenführer; 1938–1945 Chef des Stabsamts des Ministerpräsidenten Göring, Hrsg. von Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik; 1945 in US-Internierung, danach leitender Angestellter bei der Internationalen Montanunion.

4 Dr. Karl Barth (1896 – 1962), Jurist; 1935 NSDAP-Eintritt; von 1938 an Abteilungsleiter beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, zugleich Regierungsvizepräsident und 1939 allg. Vertreter des Reichsstatthalters in Wien, 1939 Regierungsvizepräsident der Pfalz, 1940 der Westmark in Saarbrücken; 1945–1948 interniert, 1956 Landrat in Saarbrücken.

NSDAP wie auch durch den Bürgermeister der Stadt Wien⁵ und jedenfalls auch durch den Reichsstatthalter⁶ die zuständigen Dienststellen des Reiches auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und um sofortige Abhilfe gebeten werden. Ich halte es für notwendig, im Einvernehmen mit diesen Stellen, Sie und damit Herrn Generalfeldmarschall⁷ über diese neue Lage und Erfordernisse zu informieren.

Die Entjudung der privatwirtschaftlichen Unternehmungen ist bekanntlich praktisch beendet.⁸ Dagegen sind zufolge der bisher gehandhabten Methode noch mehr als zwei Drittel des jüdischen Liegenschaftsbesitzes nicht landwirtschaftlicher Art in Wien in der Hand der Juden. Für diesen Sektor werden unter allen Umständen die von uns bereits wiederholt vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig sein, d. h. die Bestellung von nicht-jüdischen Hausverwaltern und die Übernahme dieses Hausbesitzes durch ein Finanzkonsortium (zweckmäßig die Versicherungsanstalten).

Noch dringender erscheint die sofortige Entfernung der etwa 150 000 bis 180 000 Juden, die von den etwa 300 000 ursprünglich vorhandenen nunmehr als Rentner oder Proletarier noch im Lande vorhanden sind. Diese große Zahl von Juden bedeutet im gegenwärtigen Augenblick eine politische Gefahr von beachtlicher Bedeutung. Wir haben zwar bereits dafür gesorgt, daß sie bei den täglichen Einkäufen und der Bezugscheinausgabe von der nichtjüdischen Bevölkerung völlig abgetrennt werden.⁹ Wir bereiten auch ihre Ausschließung vom Besuch der Kaffeehäuser und Gaststätten vor.¹⁰ Wir können aber nicht verhindern, daß diese Unzahl von Juden, die praktisch keine Beschäftigung haben, in den Arbeitervierteln und Massenquartieren ständig Herde des Widerstandes entwickeln. Es kommt dazu die Beobachtung, daß die Juden in den letzten Tagen ein zunehmend freches Auftreten zeigen. Daraus entwickelt sich die Gefahr, daß die Bevölkerung wieder zu Selbsthilfsaktionen schreiten könnte,¹¹ die im gegenwärtigen Augenblick besonders unerwünscht sein müssen.

5 Dr. Hermann Neubacher (1893–1960), Forstingenieur, Wirtschaftsfachmann; 1933 Eintritt in die NSDAP Österreich; 1921–1934 Direktor der Wohnungsbauges. GESIBA in Wien, März 1938 bis Dez. 1940 Wiener Bürgermeister, 1940 Sonderbeauftragter Südost, von 1943 an Bevollmächtigter des AA beim Militärbefehlshaber Serbien; 1951 in Jugoslawien zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen, danach Bauunternehmer in Salzburg, 1954–1956 Berater beim Ausbau des äthiopischen Verwaltungswesens.

6 Josef Bürckel (1895–1944), Lehrer; 1921 NSDAP-Eintritt, 1926–1936 Gauleiter der Rheinpfalz, 1930 bis 1944 MdR, 1935/36 Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlands, 1936–1940 Gauleiter der Saarpfalz und Reichskommissar für das Saarland, 1936 SA-Obergruppenführer, 1937 SS-Eintritt, 1938–1940 Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich, 1939/40 Gauleiter von Wien, 1940/41 Reichskommissar für die Saarpfalz, 1940–1944 CdZ in Lothringen und Gauleiter der Westmark; nahm sich vermutlich das Leben.

7 Hermann Göring.

8 Siehe VEJ 2/20 und 62.

9 Auf Anordnung des Bürgermeisters Neubacher galten vom 6. 9. 1939 an in fast allen Wiener Bezirken für Juden spezielle Öffnungszeiten der Einzelhandelsgeschäfte (14–16 Uhr) und Handwerksbetriebe (17–18 Uhr). Zudem wurden für Juden ab dem 8. 9. 1939 gesonderte Ausgabestellen für Bezugscheine eingerichtet; Jüdisches Nachrichtenblatt (Wiener Ausg.), Nr. 71/72 vom 8. 9. 1939, S. 3.

10 Laut Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit vom 28. 11. 1938, RGBl., 1938 I, S. 1676, durfte der Wiener Bürgermeister derartige Beschränkungen für Juden aussprechen.

11 Gemeint sind die Pogrome im Gefolge des Anschlusses Österreichs im März 1938; siehe VEJ 2/27, 31 und 33.

Als einzige wirkungsvolle Möglichkeit, diesen Gefahren sofort zu begegnen, sehen wir den Abtransport der Mehrheit der Juden in Zwangsarbeitslager an, die sich auf das ganze Reich verteilen müßten. Wir denken in erster Linie an die Arbeiten bei Straßenbauten, in Ziegeleien und solchen größeren Betrieben verschiedenster Art, die Juden in geschlossenen Abteilungen beschäftigen könnten. Nach meiner persönlichen Überzeugung wäre dabei absolut unerlässlich, daß diese Juden in Lagern kaserniert und entsprechend bewacht werden. Eine unkontrollierte Verteilung der Juden über das ganze Land würde zwar das Ausmaß dieser politischen Gefahr in Wien verringern, dafür aber über das ganze Reich ausdehnen. Entsprechende Vorschläge werden derzeit im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt und der Organisation der Wirtschaft ausgearbeitet und in Kürze den zuständigen Stellen vorgelegt werden. Ich bitte Sie, diesen unseren Bestrebungen Ihre Unterstützung zukommen zu lassen und die des Herrn Generalfeldmarschalls zu vermitteln.¹²

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

DOK. 5

Das Geheime Staatspolizeiamt weist seine Dienststellen am 6. September 1939 an, Ausschreitungen gegen Juden zu unterbinden, und kündigt antijüdische Maßnahmen an¹

Fernschreiben (Nr. 191 087 6.9.39 1600) des Gestapa Berlin (II B 4 Nr. 982/39 J.), ungez.,² an alle Stapo(lei)stellen, nachrichtlich an die Inspekture der Sicherheitspolizei, vom 6.9.1939 (Abschrift)

Betr.: Maßnahmen gegen die Juden.

Vorg.: Ohne.

Wie aus Berichten verschiedener Stapostellen hervorgeht, sind die Juden in den letzten Tagen wieder mehr als bisher im öffentlichen Leben hervorgetreten und haben in mehreren Fällen ein provozierendes Verhalten an den Tag gelegt.

Ich weise darauf hin, daß jegliche Ausschreitungen gegen die Juden unter allen Umständen aus naheliegenden Gründen unterbleiben müssen, und ersuche, zu diesem Zweck sofort mit den zuständigen Parteidienststellen in Verbindung zu treten. Wegen allgemeiner gegen die Juden zu ergreifenden Maßnahmen schweben z.Zt. bei den beteiligten Ministerien Verhandlungen. Insbesondere ist in kurzem mit einer allgemeinen Regelung des Arbeitseinsatzes aller arbeitsfähigen Juden zu rechnen.³ Des weiteren schweben Erörte-

¹² Pläne, die jüdische Bevölkerung Wiens in Arbeitslagern zu internieren, hatte Rafelsberger schon im Okt. 1938 vorgelegt; siehe VEJ 2/111 Sie wurden auch von anderen Stellen diskutiert; siehe Dok. 16 vom 2.10.1939, insbesondere Anm. 4. Diese Überlegungen wurden jedoch hinfällig, als Eichmann die Deportation der Wiener Juden noch im Herbst 1939 ankündigte.

¹ BArch, R 58/276, Bl. 231. Abdruck in: H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 42.

² Das für Juden zuständige Referat II B 4 des Gestapa wurde 1939 von Wilhelm Hülf (1907–1954) geleitet.

³ Im Frühjahr 1940 wurden alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 und alle jüdischen Frauen zwischen 18 und 50 Jahren zum Arbeitseinsatz verpflichtet, bei der Umsetzung dieser Bestimmung gab es jedoch lokale Unterschiede.

rungen über die Versorgung der Juden mit Lebensmitteln, über das sonstige Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit und dergleichen mehr.⁴ Sobald diese Fragen grundsätzlich geregelt sind, werde ich weitere Weisungen folgen lassen.

DOK. 6

Heydrich ordnet am 7. September 1939 an, alle männlichen polnischen Juden über 16 Jahren im Reich zu verhaften¹

Telegramm (geheim) des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (NUE 191332, 7.9.29. 2115=KR.), gez. Heydrich,² an alle Stapo(leit)stellen, nachrichtlich an die Inspektoren der Sicherheitspolizei, aufgenommen Gestapo Weimar, 7.9. 1939, 23.01 Uhr (Eing.Nr. 9342), vom 7.9. 1939 (Abschrift)³

Ich ordne hiermit folgendes an:

1.) Festzunehmen sind alle männlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Deren Familienangehörige (Ehefrau, Kinder bis zum 16. Lebensjahr) sind lediglich namentlich zu erfassen. Soweit erforderlich, sind den erwachsenen Familienangehörigen Auflagen zu erteilen (Ortsbann, Meldepflicht usw.).⁴ –

Etwa vorhandenes Vermögen ist vorl. zu beschlagnahmen und nur zu jenem Teile freizugeben, welcher zur Gewährung des Lebensunterhaltes für die Familienangehörigen notwendig erscheint. –

2.) Möglichst unauffällig (unterstrichen) zu erfassen sind alle jene Juden, welche ehemals die polnische Staatsangehörigkeit besaßen bzw. aus Polen stammen. –

Es ist beabsichtigt, soweit möglich, diese Juden und die inzwischen nach Ziffer 1.) festgenommenen Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt in Gebiete des nicht zu besetzenden übrigen Polen abzuschieben.⁵ Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß mir die Stapo(leit)stellen bis spätestens 12. September 1939 melden:

A.) Die Zahl der auf Grund Ziffer 1 festgenommenen Juden (jeweils mit der Zahl der Familienangehörigen). –

B.) Die Zahl der erfaßten Juden, welche ehemals die polnische Staatsangehörigkeit besessen haben bzw. aus Polen stammen. –

4 Siehe Dok. 36 vom 8. 12.1939, Anm. 4 und 7.

1 ThHStA, MdI, P 94, Bl. 33.

2 Reinhard Heydrich (1904 – 1942), Berufsoffizier; 1922 – 1931 Marinelaufbahn; 1931 NSDAP- und SS-Eintritt, von 1932 an Chef des SD und 1933/34 mit der Zentralisierung der politischen Polizeien der Länder beauftragt, seit 1934 Chef des zunächst nur für Preußen zuständigen Gestapa in Berlin, 1936 – 1942 Chef der Sicherheitspolizei und des SD, 1939 – 1942 Chef des RSHA, von Sept. 1941 an zugleich stellv. Reichsprotektor von Böhmen und Mähren; infolge eines Attentats in Prag am 4. 6. 1942 gestorben.

3 Im Original handschriftl. Anstreichungen.

4 Die Gestapo Potsdam erteilte beispielsweise bei der Weitergabe von Heydrichs Anordnung am 8. 9. 1939 die Weisung, dass die Familienangehörigen den Ortspolizeibezirk nicht verlassen dürften, außerdem sei ihnen „eine dreimal tägliche Meldepflicht aufzuerlegen“; BLHA, Pr. Br. Rep. 6 B Kreisverwaltung Beeskow-Storkow 634.

5 Vermutlich meint Heydrich die nicht zur Eingliederung ins Reich vorgesehenen poln. Gebiete, also das im Okt. 1939 geschaffene Generalgouvernement.

3.) Die Schutzhaftmeldungen zu Ziffer 1.) sind auf dem üblichen Wege an das Geh. Staatspolizeiamt Referat Roem[isch]. 2 D⁶ zu leiten. Das Ref. Roem[isch]. 2 D wird hinsichtlich der etwaigen Einweisung in die Konzentrationslager von Fall zu Fall entsprechende Weisungen erteilen.⁷ –

Nicht festgenommen werden dürfen jene Juden polnischer Staatsangehörigkeit bzw. ehemals polnischer Staatsangehörigkeit, welche z. B. zur Förderung der allgemeinen Auswanderung von Juden aus dem Reich benötigt werden. –

Zusatz für Stl.⁸ Wien: Mit SS-Hauptsturmführer Eichmann, SD-Oberabschnitt Donau, ist Verbindung aufzunehmen.⁹

DOK. 7

Walter Grundmann informiert Reichskirchenminister Kerrl am 8. September 1939 über die Arbeit des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben¹

Schreiben, gez. Dr. Grundmann,² Jena, an Reichsminister Kerrl,³ Berlin, vom 8. 9. 1939 (Abschrift)

Hochverehrter Herr Reichsminister!

In einem Augenblick, in dem das Weltjudentum in seinem Haß gegen das deutsche Volk zu einem entscheidenden Schlag ausgeholt hat und das deutsche Volk in den Kampf um sein Recht und sein Leben gestellt ist, wende ich mich als Leiter der wissenschaftlichen Arbeit des Entjudungsinstitutes,⁴ das von einer Reihe von Landeskirchen mit Ihrer Zustimmung geschaffen worden ist, an Sie.

⁶ Gemeint ist das Referat II 1 D: Schutzhaft, Konzentrationslager.

⁷ In der Folge wurden 2000 bis 3000 poln. Juden in Konzentrationslager gesperrt.

⁸ Stapoleitstelle.

⁹ In Wien verhaftete die Gestapo am 10./11. 9. 1939 insgesamt 1048 poln. Juden, hielt sie zunächst im Praterstadion fest und verschleppte sie Ende des Monats ins KZ Buchenwald; siehe Einleitung, S. 30, und Dok. 33 vom 20. 11. 1939.

¹ EZA, 7/4166.

² Dr. Walter Grundmann (1906 – 1976), evang. Theologe; 1930 NSDAP-Eintritt; 1932 Leiter des NS-Pfarrerbunds in Sachsen, 1933 dort Mitgründer der Deutschen Christen, 1936 – 1945 Professor in Jena, 1939 – 1943 wiss. Leiter des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in Eisenach, 1943 – 1945 Kriegsdienst und -gefangenschaft; 1956 – 1969 als IM „Berg“ Informant der Staatssicherheit der DDR, 1957 – 1975 Rektor des Eisenacher Katechetenseminars, 1974 Kirchenrat.

³ Hanns Kerrl (1887 – 1941), Justizbeamter; 1923 NSDAP-Eintritt, 1928 – 1933 MdL in Preußen, 1929 bis 1941 Bezirks- bzw. Kreisleiter der NSDAP in Peine, 1933 – 1941 MdR, März 1933 Reichskommissar für das preuß. Justizministerium, dann bis Juni 1934 preuß. Justizminister, 1935 – 1941 Reichskirchenminister, Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, 1936 SA-Obergruppenführer.

⁴ Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben wurde am 6. 5. 1939 mit einem Festakt auf der Wartburg eröffnet. Mehr als 50 Theologieprofessoren, Dutzende Nachwuchswissenschaftler und rund 100 Pastoren und Bischöfe sowie zahlreiche Laien schlossen sich der in Eisenach beheimateten Einrichtung an. 1940 publizierte das Institut unter dem Titel „Die Botschaft Gottes“ erstmals eine neu bearbeitete Version des Neuen Testaments; siehe VEJ 2/307.

Wir sind an die Arbeit dieses Institutes in der Überzeugung herangegangen, daß der jüdische Einfluß auf allen Gebieten des deutschen Lebens entlarvt und gebrochen werden muß, also auch auf dem religiös-kirchlichen. Eine Zeit, die die Judenfrage übersah, konnte diese Aufgabe nicht erfüllen. Daher sind sowohl der Theologie als auch der kirchlichen Praxis hier entscheidende Aufgaben gestellt, die erst aus dem deutschen Umbruch herausgewachsen sind. Wir sind entschlossen, diese Aufgaben anzufassen. Dabei leitet uns die Überzeugung, daß das Christentum, wie seine Geschichte in den ersten Jahrhunderten erweist, gegen das Judentum gewachsen ist und den germanischen Stämmen auf dem Wege zu ihrer Volkwerdung und Geschichtsmächtigkeit eine entscheidende Wahrheit mitgegeben hat. Unsere Väter sind nicht einem getarnten Judentum zum Opfer gefallen, sondern haben gläubig und fromm eine sie fördernde Wahrheit aufgenommen. Jedoch haben sich im Laufe der Entwicklung, und das auch von Anfang an, Gedanken und Ideen angesetzt und zu Gestaltungen geführt, die nicht aus der christlichen Grundwahrheit kommen, sondern aus fremder, z. T. jüdischer Seele und Art. Auf sie gehen die dauernden Spannungen zwischen Kirchentum und Staatsleben im Gang der deutschen Geschichte zurück. Darüber hinaus hat vor allem im neunzehnten Jahrhundert der Ungeist des Judentums erst in religiöser, dann in philosophischer Form auf das deutsche Leben gewirkt und die verheerende Weltanschauung des Materialismus und seinen religiösen Nihilismus erzeugt. Die Werdegesetze deutschen religiösen Lebens und deutscher christlicher Erfahrung aufzuzeigen und die entartenden und gefährdenden fremden Einflüsse zu enthüllen, das ist die große und umfassende Aufgabe, die vor uns steht und deren Lösung uns im Blick auf die vor uns liegenden Zeiten unabdingbar erscheint.

Mit der Gründung dieses Instituts ist eine Basis geschaffen – das kann ich heute schon nach ½jähriger intensiver Arbeit sagen –, wie sie innerhalb des kirchlichen und religiösen Lebens noch nicht bestanden hat. Diese Basis stellt keine deutsch-christliche Angelegenheit im engen Sinne einer Gruppe dar. Wohl ist der Anstoß zu diesem Institut von den Deutschen Christen⁵ ausgegangen, und sie haben seine Planung und erste Verwirklichung in die Hand genommen. Das konnte auch gar nicht anders sein, weil die Deutschen Christen als Nationalsozialisten zuerst den Feind des deutschen Lebens in seiner religiösen Tarnung erkannten und erspürten und sich dessen bewußt wurden, daß an dieser Stelle die Fortsetzung der Reformation in der Gegenwart einzusetzen hat. Aber die durch sie geschaffene Basis hat sich schon von Anfang [an] so verbreitert, daß könnende und wissende Menschen von überall her auf sie getreten sind und sich zur Mitarbeit zusammengefunden haben. Zuschriften aus allen Kreisen des Volkes beweisen das Echo, das das Angreifen dieser Aufgaben im deutschen Volke gefunden hat.

Ich erlaube mir, für das eben Gesagte einige Beispiele zum Beleg anzuführen. In einem von mir selbst angeregten und geleiteten Arbeitskreis wird die Geschichte der Anfänge des Christentums unter dem Gesichtspunkt des Einflusses und der Auseinandersetzung mit dem Judentum behandelt. Dem Arbeitskreis schwebt eine große, mehrere Bände umfassende Arbeit vor, die dieser Frage mit aller deutschen wissenschaftlichen Gründlich-

⁵ Der Pfarrer Joachim Hossenfelder (1899–1976) gründete 1932 die Glaubensbewegung Deutsche Christen innerhalb der evang. Kirche. Die NSDAP-nahe Bewegung setzte sich die Auflösung der Landeskirchen und die Schaffung einer Reichskirche unter Ausschluss „nichtarischer Christen“ zum Ziel. Sie gewann die Kirchenwahlen im Sommer 1933 und zählte bald eine Million Mitglieder. Ihre radikalen Forderungen veranlassten jedoch viele Mitglieder wieder zum Austritt. Die Deutschen Christen zerfielen in den Folgejahren in mehrere Gruppen.

keit nachgehen soll.⁶ An diesem Werk arbeiten u. a. mit die Professoren Dr. Bertram-Gießen,⁷ der einzige deutsche Fachmann für die Fragen des hellenistischen Judentums, das tief ins abendländische Kulturleben eingewirkt hat, eine Frage, die wissenschaftlich eigentlich nur von angelsächsischer Seite bearbeitet worden ist; Dr. Preisker-Breslau,⁸ Dr. Schneider-Königsberg,⁹ einer der besten Kenner der religiösen Welt des Hellenismus, ferner der junge Rabbinist Lic. habil. Rudolf Meyer¹⁰ in Leipzig und einige andere jüngere Forscher. Ein anderer Arbeitskreis beschäftigt sich mit dem Problem, das in dem Namen Spinoza zusammengefaßt ist und die Einwirkungen dieses Mannes auf das neunzehnte Jahrhundert, vor allem auf die Entstehung des Materialismus verfolgt. Der Kieler Professor Dr. Redeker leitet diesen Arbeitskreis.¹¹ Das religionsgeschichtliche Problem semitischer und arischer Religionsart und -gesetzlichkeit ist in Angriff genommen worden. Mitarbeiter sind hier der Berliner Professor Dr. Hempel,¹² der Gießener Dozent Lic. Dr. Euler¹³ und eine Reihe anderer Männer.

In Heidelberg arbeitet ein aus Philologen und Religionswissenschaftlern zusammengesetzter Arbeitskreis an dem Material, das über den Einfluß des Judentums auf die alte Welt vorliegt, und ist dabei, die erste quellenmäßige Ausgabe dieses Materials zu schaffen.¹⁴ Der Leiter, der schon seit einem Jahrzehnt an dieser Arbeit sitzt, ist Prof. Dr. Kie-

- 6 Der von Grundmann und Herbert Preisker geleitete Arbeitskreis wollte die „jüdischen Einflüsse“ aus dem Neuen Testament entfernen. Bis 1942 erschienen drei von Grundmann herausgegebene Tagungsbände zum Verhältnis von „Christentum und Judentum“ (1940) bzw. „Germanentum, Christentum und Judentum“ (1942, 2 Bde.).
- 7 Dr. Georg Bertram (1896 – 1979), evang. Theologe; 1925–1946 Professor in Gießen, von 1939 an Mitarbeiter des Eisenacher Instituts, 1943 dessen wissenschaftlicher Leiter; 1955–1965 Professor in Frankfurt a. M., Autor u. a. von „Volkstum und Menschheit im Lichte der Heiligen Schrift“ (1937).
- 8 Dr. Herbert Preisker (1888–1952), evang. Theologe; im Pfarrdienst tätig, 1934 Professor in Frankfurt (Oder), 1935 in Göttingen, 1936–1945 in Breslau, von 1939 an Militärgeistlicher und Mitarbeiter des Eisenacher Instituts; 1947–1952 Professor in Jena und 1952 in Halle; Autor u. a. von „Deutsches Christentum“ (1934).
- 9 Dr. Carl Schneider (1900 – 1977), evang. Theologe; 1933 NSDAP-Eintritt; 1935–1945 Professor in Königsberg, von 1939 an Mitarbeit am Eisenacher Institut; nach 1945 Kulturreferent der Stadt Speyer und Leiter der Evang. Akademie Enkenbach; Autor u. a. von „Das Frühchristentum als antisemitische Bewegung“ (1940).
- 10 Dr. Rudolf Meyer (1909 – 1991), evang. Theologe; 1934–1939 wiss. Mitarbeiter der Universität Leipzig, von 1939 an Mitarbeit am Eisenacher Institut, 1939–1945 Militärdienst; Kriegsgefangenschaft, 1947–1975 Professor in Jena.
- 11 Dr. Martin Redeker (1900 – 1970), evang. Theologe; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934–1936 Professor in Münster, von 1936 an in Kiel, seit 1939 Mitarbeit am Eisenacher Institut, von 1942 an Militärgeistlicher; 1945–1969 Dozent bzw. Professor in Kiel; 1954–1967 MdL (CDU) in Schleswig-Holstein; erhielt 1967 das Große Bundesverdienstkreuz. Redeker hatte im Juli 1939 auf einer Tagung des Instituts über Spinoza referiert; siehe VEJ 2/307.
- 12 Dr. Johannes Hempel (1891–1964), evang. Theologe; 1924 Professor in Halle, 1925 in Greifswald, 1928 in Göttingen und 1937–1945 in Berlin, von 1939 an Leiter der Arbeitsgruppe Altes Testament des Eisenacher Instituts, 1939–1945 Militärgeistlicher; 1947–1958 Pfarrverweser in Salzgitter, 1955–1958 Honorarprofessor in Göttingen; Hrsg. der Zeitschrift für die alttestamentliche Wissenschaft (1927–1959).
- 13 Dr. Karl Friedrich Euler (1909 – 1986), evang. Theologe; 1936–1946 Dozent an der Universität Gießen; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1939 an Mitarbeit am Eisenacher Institut, 1940 bei der Auslandsbriefprüfstelle Berlin; 1949–1967 Pfarrer am Universitätsklinikum Gießen.
- 14 Zur Veröffentlichung von „Das Urteil über die *Juden* und das *Judentum* in der griechisch-römischen Spätantike und dem Mittelalter bis zum 16. Jahrhundert“, für das hier Quellen gesammelt wurden, kam es nicht.

fer.¹⁵ An diesem Beispiel wird deutlich, wie in diesem Institut stille Einzelarbeiten deutscher Wissenschaftler zusammenfließen und zur Auswirkung kommen. Unter besonderer Mitarbeit von Dr. Wilhelm Stapel-Hamburg¹⁶ soll das Problem Judentum–Christentum in der deutschen Dichtung und Kunst in Angriff genommen werden. Der neue Wiener Kirchenhistoriker Lic. Opitz,¹⁷ der Herausgeber der Theologischen Literaturzeitung, leitet einen Arbeitskreis, der vor allem die Frage der katholischen Kirche untersucht. Auch das Kirchenrecht ist von juristischer Seite her in Angriff genommen worden.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse sollen zur praktischen Auswirkung kommen. Es wird ein Hausbuch und Lebensgeleitbuch deutscher Frömmigkeit vorbereitet.¹⁸ In Wort und Bild soll das deutsche Volk über seine Frömmigkeit und die ihr drohenden Gefahren Klarheit bekommen. Alles zielt hin auf die einige deutsche christliche Kirche, die im deutschen Volke werden will. Sie wird auf dem Wege der Erfassung der Lebenskräfte christlichen Glaubens aus der deutschen Art heraus und der Überwindung alles Fremden.

Ich glaube nach dieser Darlegung zu der am Anfang aufgestellten Behauptung berechtigt zu sein, daß hier eine Basis geschaffen ist, breit genug, daß sich auf ihr die verschiedenen Kräfte sammeln können, wie sie sich bereits gesammelt haben, klar genug, daß von ihr aus wirkliche innere Kräfte und Klarheiten in das fromme deutsche Leben fließen können, entschlossen genug, daß die Kernfragen unvoreingenommen angefaßt und einer Lösung zugeführt werden. Gern bin ich bereit, Ihnen, hochverehrter Herr Reichsminister, über Einzelheiten der Arbeit und der Planung Vortrag zu halten. Im Namen der Mitarbeiter, die sich hier zusammengefunden haben und ihre Arbeitskraft in diese Sache zu stecken bereit sind, bitte ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit für dieses Institut und um Ihre Förderung dieser wichtigen Arbeit. Ich darf hinzufügen, daß in der deutschen Pfarrerschaft, die auf eine in die Zukunft weisende und die Fragen unserer Zeit mit Ernst anfassende Führung wartet, ein lebhaftes Interesse und Echo für dieses Institut vorhanden ist, und zwar nicht nur, wie abgehaltene Referententagungen erwiesen, in dem deutsch-christlichen Teil der deutschen Pfarrerschaft.

Mit der nochmaligen Bitte um Ihre Aufmerksamkeit und Förderung und mit ergebenster Begrüßung

Heil Hitler!¹⁹

15 Erwin Oskar Kiefer (1895–1973), evang. Theologe; 1919/20 Stadtvikar in Karlsruhe und 1920–1923 in Bruchsal, 1924–1934 Rektor des Melancthonstifts in Wertheim, von 1928 an dort Stadtpfarrer, 1934–1945 Lehrauftrag für Hebräisch an der Theol. Fakultät der Universität Heidelberg, seit 1939 Mitarbeit am Eisenacher Institut; 1940 NSDAP-Eintritt.

16 Dr. Wilhelm Stapel (1882–1954), Publizist; 1911–1916 Redakteur der Kulturzeitschrift Kunstwart, 1919–1938 Hrsg. der Zeitschrift Deutsches Volkstum, von 1939 an Mitarbeit am Eisenacher Institut; nach 1945 als freier Schriftsteller und Übersetzer tätig.

17 Dr. Hans-Georg Opitz (1905–1941), evang. Theologe; von 1931 an wiss. Mitarbeiter der Universität Berlin, 1939 Mitarbeit am Eisenacher Institut und Lehrtätigkeit in Wien, dort 1940 Professor; 1940 NSDAP-Eintritt; 1940 Einberufung zur Wehrmacht, gefallen.

18 Das „Lebensgeleitbuch“ unter dem Titel „Der Ruf des Lebens“ sollte eine Auswahl von Texten religiöser Denker wie Martin Luther, Matthias Claudius und Johann Peter Hebel enthalten. Obwohl die Arbeit weit fortgeschritten war, kam es aufgrund einer VO der Reichspressekammer vom 1.6. 1941, die letztlich das Ende des kirchlichen Pressewesens bedeutete, nicht mehr zur Veröffentlichung.

19 Die Bitte um Förderung war insofern erfolgreich, als Kerrl im Jan. 1940 seinen Widerstand gegen eine finanzielle Unterstützung des Instituts aus Kirchensteuergeldern aufgab. Er soll diese zunächst abgelehnt haben, um den Einfluss der Evang. Kirche auf das Institut zu begrenzen.

DOK. 8

Willy Cohn notiert am 10. September 1939 in sein Tagebuch, dass die Stimmung in Breslau immer antisemitischer wird¹

Handschriftl. Tagebuch von Willy Cohn,² Eintrag vom 10.9.1939

Breslau, Sonntag.

Am gestrigen Nachmittag erst beim Barbier gewesen, dann mit Trudi³ spazieren. Aber es war kein reiner Genuß; die Stimmung ist doch eine sehr antisemitische geworden; ein Weib rief uns nach: Judenpack. Ich rechne sehr mit einem weiteren Ansteigen der antisemitischen Stimmung in dem Maße, wie die Kriegsnot das Volk treffen wird und die Verluste zunehmen.

Für diesen Krieg macht man das Judentum durchaus verantwortlich, weil man glaubt, daß es hinter England und Polen stand; dazu kommt noch, daß die jüdischen Männer nicht eingezogen sind.

Man wird sich auf allerhand gefaßt machen müssen. Gestern sind 6 jüdische Frauen, die auf der Hohenzollernstr. auf einer Bank gesessen haben, verhaftet worden; jemand hatte behauptet, sie hätten angesichts des Krankenhauses, wo die verwundeten Soldaten liegen, gelacht.

Die Frauen müssen sich heute auf der Gestapo melden. Mir erzählte diese Geschichte eine Frau Freund, die mich ansprach, als ich abends von Mutter kam. Notwendig wäre ja nicht, dass unsere Leute sich zu 6 auf die Hohenzollernstr. auf eine Bank setzen, aber dieser kleine und unwesentliche Zwischenfall ist doch ein Beweis für die Stimmung gegen uns – man kann das vergleichen mit der Stimmung in den Koalitionskriegen, als man die Emigranten in Frankreich für die Kriege gegen dieses verantwortlich machte.⁴

Man kann übrigens Juden schwer davon überzeugen, daß der Boykott gegen Deutschland ein taktischer Fehler war.⁵

Ich habe übrigens heute trotz aller Erfolge in Polen nicht mehr die Hoffnung, daß der Krieg sich wird lokalisieren lassen; er scheint ja im Westen nun auch in Gang zu kommen. 2 französische Flieger sind über deutschem Boden abgeschossen worden. England wird den Krieg gewiß mit einer großen Zähigkeit führen. Gut, daß man nicht in die Zukunft

1 CAHJP, P 88/90, Bl. 67–72. Abdruck in: Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941, hrsg. von Norbert Conrads, Bd. 2, Köln 2007, S. 688 f.

2 Dr. Wilhelm (Willy) Cohn (1888–1941), Lehrer, Historiker; Zionist, SPD-Mitglied; von 1919 bis zu seiner Zwangspensionierung 1933 Gymnasiallehrer in Breslau, verdiente von da an seinen Unterhalt mit Vortragsreisen zur jüdischen Geschichte; seine Auswanderungspläne nach Palästina scheiterten; am 25.11.1941 wurde er nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

3 Gertrud Karoline Cohn, geb. Rothmann (1901–1941), Sekretärin; zweite Ehefrau von Willy Cohn, wurde im Nov. 1941 mit ihrem Mann und den zwei jüngsten Töchtern nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

4 Zur Zeit der Koalitionskriege (1792–1815) verurteilte Frankreich die Emigration von Franzosen als Verrat an der Heimat. Da diese sich im europäischen Ausland der Gegenrevolution angeschlossen hätten, warf der franz. Kommandeur Napoleons Maximilien Foy ihnen sogar vor, Frankreich den Krieg gebracht zu haben.

5 Nach dem Boykott gegen jüdische Geschäfte im Reich im April 1933 riefen jüdische Organisationen im Ausland ihre jeweiligen Regierungen auf, im Gegenzug deutsche Waren zu boykottieren, was die deutsche Regierung wiederum für ihre antisemitische Propaganda nutzte.

schauen kann. Von meinen Jungens⁶ ist weiter keinerlei Nachricht; ich habe wieder an Rufs⁷ geschrieben.

Breslau, Sonntag nachmittag.

Auch heute erhielt ich von meinen Söhnen keinerlei Post; nur eine Karte, die ich an Wölfl vor einer Woche geschrieben hatte, kam zurück. Man muß resignieren.

Am Vormittag mit Thomas von Aquino beschäftigt, später mit Susannchen⁸ spazieren gegangen; wir haben zuerst am Depot in Gräbschen⁹ gesessen. Susannchen hatte den Treppenwagen mit, ich las die Zeitung.

Im Westen sind 3 französische Flieger über den deutschen Linien abgeschossen worden; im Osten soll heute Lodz besetzt werden. In der Luft ist bei uns seit dem frühen Morgen ein ununterbrochener Fliegerbetrieb, immer hört man das Surren der schweren Motoren.

Später mit Susannchen an der Leedeborntrift¹⁰ gesessen; mit einer arischen Dame ins Gespräch gekommen, die mit einem Kleinkind da saß; sie brach in ein Lob der jüdischen Kinderärzte aus: Weigert,¹¹ Pogorschelsky,¹² Leichtentritt.¹³ Sie meinte, daß ihr Kind durch den Kunstfehler eines arischen Arztes, des Privatdozenten Dr. Klinke,¹⁴ aufs schwerste geschädigt worden ist; er hat das Trommelfell bei einer Mittelohrentzündung zu spät durchstochen, so daß das Kind eine Gehirnhautentzündung bekam.

Ihr Mann ist noch nicht eingezogen, er ist Dolmetscher der polnischen Sprache. Sie versuchte dann, von mir Urteile über die Lage zu extrahieren, aber ich sagte nichts. Über den arischen Menschen liegt eine große Angst vor dem, was kommen kann, wenn der Westen eingreift.

In der Zeitung stand heute, daß möglicherweise auch Brotkarten eingeführt werden.¹⁵ Kakao, der nicht markenpflichtig ist, ist nicht zu haben: die Hamsterer haben ihn weggehamstert.

6 Gemeint sind die Söhne aus Willy Cohns erster Ehe. Wolfgang (Wölfl) (*1915) studierte seit 1933 in Paris, Ernst Abraham (1919 – 2008) war 1935 mit einem Jugend-Zertifikat nach Palästina emigriert.

7 Rosette Ruf, geb. Lewy, war eine Frankfurter Jugendfreundin von Willy Cohn, die mit ihrem Mann Leon Ruf im schweizerischen St. Gallen lebte. Sie konnte daher Nachrichten von Willy Cohns Sohn Wolfgang empfangen; das Deutsche Reich hatte den Postverkehr mit Frankreich seit Kriegsbeginn unterbunden.

8 Susanna Cohn (1932 – 1941), Tochter Willy und Gertrud Cohns; wurde am 25.11.1941 mit ihren Eltern und ihrer Schwester Tamara (1938 – 1941) nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

9 Stadtteil mit Park und Herrenhaus, der Breslau 191 leingemeindet worden war und in der Nähe von Willy Cohns Wohnung lag.

10 Richtig: Ledeborn-Trift, Straße in einem Breslauer Park.

11 Dr. Richard Weigert (1875 – 1948), Mediziner; Kinderarzt in Breslau, emigrierte nach Uruguay.

12 Richtig: Dr. Herbert Pogorschelsky (*1897), Mediziner; Kinderarzt in Breslau; vermutlich 1938 emigriert, im Okt. 1940 Aberkennung des Dokortitels; weiteres Schicksal unbekannt.

13 Dr. Bruno Leichtentritt (1888 – 1966), Mediziner; Kinderarzt, 1919 – 1928 an der Universitäts-Kinderklinik Breslau, 1926 a. o. Professor, emigrierte 1938 in die USA.

14 Vermutlich Dr. Karl Klinke (1897 – 1972), Mediziner; 1934 wegen „nationaler Unzuverlässigkeit“ von der Universitäts-Kinderklinik Breslau entlassen, 1939 Truppenarzt, 1941 – 1943 Dozent an der Universität Breslau; 1944 – 1947 Professor in Rostock, 1947 – 1951 Direktor der Kinderklinik der Berliner Charité, 1951 – 1965 Direktor der Universitäts-Kinderklinik Düsseldorf.

15 Das Jüdische Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 72 vom 8.9.1939, S. 1, hatte gemeldet, für eine Reihe von Waren, u. a. für Brot und Mehl, sei eine Bezugscheinpflicht eingeführt worden.

DOK. 9

**Die NSDAP-Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen berichtet
am 11. September 1939 über Angriffe auf Juden und fordert, alle Juden
in einem Konzentrationslager zu inhaftieren¹**

Stimmungsbericht der NSDAP-Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen, Gau Mainfranken, ungez.,² an die Gauleitung Mainfranken, Würzburg,³ vom 11.9. 1939⁴

In der heutigen Nacht wurde in Kitzingen Fliegeralarm durchgegeben. Irgendwelche feindlichen Flugzeuge wurden nicht gesichtet. Der Alarm hat sich reibungslos abgespielt. Es konnte festgestellt werden, daß die Anzahl der Luftschutzräume, insbesondere der öffentlichen, viel zu gering sind. Insbesondere fehlt ein Luftschutzraum in der Nähe des Bahnhofes. Vielfach wird darüber geklagt, daß in Kitzingen noch keinerlei Gasmasken ausgegeben wurden und auch käuflich nicht zu erwerben sind.

In Kitzingen und Marktbreit kam es am Wochenende zu Tötlichkeiten gegen die Juden. In Kitzingen wurde der berühmte Jude Moses Meier verprügelt. Der Täter wurde in Schutzhaft genommen, jedoch sofort auf Betreiben der Partei wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anzeige wurde nicht erstattet.

In Marktbreit hat sich vor dem Hause eines Juden eine über 100 Mann zählende empörte Volksmenge versammelt, die des Juden Haushälterin, eine Deutsche aus Veitshöchheim, herausholte.⁵

Es gingen ein paar Fensterscheiben und sonstige kleine Bauteile in Trümmer. Der Jude selbst nahm keinen Schaden. Die pflichtvergessene Haushälterin wurde innerhalb 1 Stunde von ihrem Sohn per Kraftwagen abgeholt.

Nichtsdestoweniger muß nach wie vor eine starke Spionagetätigkeit der Juden festgestellt werden. Die Juden treiben sich nach wie vor sehr viel am Bahnhof herum, ebenso an den Hauptverkehrsstraßen, die von durchziehenden Truppen befahren werden. Auch wandern die Juden viel von Dorf zu Dorf und besuchen zum Teil draußen auf dem Land schon wieder die Gastwirtschaften.

So wurde mir aus Großlangheim gemeldet, daß dort der Jude Ackermann in der Wirtschaft „Zum Adler“ getroffen wurde. Diese Wirtschaft wird sehr viel von den in der Nähe liegenden Fliegern aufgesucht. Ich bin überzeugt, daß Ackermann nur um zu spionieren nach Großlangheim kommt. Ackermann selbst stammt aus Kleinlangheim. Wie vor einiger Zeit bereits berichtet, wurde dieser Jude vom Ortsgruppenleiter Fröhlich-Wiesenbronn aus seinem Dorfe gejagt,⁶ als er sich gerade auf den Weg nach Rödelsee machte. Es

1 StA Wü, NSDAP Gau Mainfranken Nr. 8. Auszugsweiser Abdruck in: Bayern in der NS-Zeit, hrsg. von Martin Broszat, Bd. 1: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München 1977, S. 480.

2 NSDAP-Kreisleiter von Kitzingen war 1932–1945 Wilhelm Heer (1894–1961).

3 NSDAP-Gauleiter von Mainfranken war 1935–1946 Otto Hellmuth (1896–1968).

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen; sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

5 Die Beschäftigung „arischen“ weiblichen Dienstpersonals unter 45 Jahren war Juden seit dem 1. I. 1936 verboten; Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9. 1935, RGBl., 1935 I, S. 1146 f., siehe auch VEJ 1/199.

6 Georg Fröhlich (1899–1966), Kaufmann; Besitzer einer Weinhandlung, 1932 NSDAP-Eintritt, 1933 bis 1945 Ortsgruppenleiter in Wiesenbronn; nach 1945 interniert.

ist auffallend, daß dieser Jude immer die um den Flugplatz in Kitzingen gelegenen Orte aufsucht.

Es ist nach meinem Dafürhalten an der Zeit, endlich sämtliche Juden in einem Konzentrationslager zusammenzufassen, um aber auch wirklich nicht mehr mit deutschen Volksgenossen in Berührung treten zu können. Weiter wurde gemeldet, daß die Juden starke Einkäufe in Lebensmittelgeschäften, besonders bei Kupsch, Backdie usw., tätigen und besonders Waren, die bezugscheinfrei sind, hamstern.

Die Stimmung unter den Rückwanderern ist nach wie vor gedrückt, insbesondere deshalb, da der größte Teil von ihnen ohne jegliches Bargeld ist. Auch fehlt es, wie wir bereits berichteten, an den notwendigsten Kleidungsstücken. Der Mangel an Arbeitskleidung ist äußerst fühlbar. Da die Absicht der Rückwanderung am Westwall doch schon seit vielen Monaten bekannt ist und auch organisiert war, hätte doch unter allen Umständen dafür gesorgt werden müssen, genügend Textil- und Schuhwaren zur Bekleidung für die Rückwanderer bereitzustellen.⁷

Den meisten Rückwanderern fehlt die Winterkleidung vollkommen, und ist es dringend notwendig, daß jetzt schon Vorsorge getroffen wird, daß die armen Teufel im Winter nicht auch noch frieren müssen. Ich meine, wenn für Rüstungszwecke bis zu 90 Milliarden ausgegeben und infolge des Krieges noch viele, viele Milliarden ausgegeben werden müssen, es doch auf eine oder zwei Milliarden für Bekleidung und Ernährung der Rückwanderer auch nicht mehr ankommen darf.

Die Rückwanderer wollen, wie ihnen versprochen, durch die Bank wieder Arbeit nachgewiesen bekommen, und ist es sehr bedauerlich, daß die Arbeitsämter heute noch ohne entsprechende Anweisung sind. Auf dem Gebiet der Betreuung der Rückwanderer war die Zusammenarbeit zwischen Partei, Staat und Wehrmacht nur sehr mangelhaft. Gerade auf diesem Gebiet hätten wir doch am besten Gelegenheit, unserem Hauptfeinde, der politisierenden Kirche, die größten Wunden zu schlagen.

Da und dort treten bis heute noch vereinzelt Leute auf, die da behaupten, es würde der nämliche Zustand einreißen, wie er während des Krieges 1914/18 herrschte, wo es denjenigen, die Geld und ein weites Gewissen hatten, gelang, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern und sich vorm Kriegsdienst zu drücken. Ich verweise diesbezüglich auf den heute an das Reichspropagandaamt Mainfranken abgegangenen Bericht über das Verhalten der Söhne des Ökonomierates Lang, Etwashausen, Untere Neue Gasse.⁸ Es ist schrecklich, wenn Zweifel laut werden, es können Militär-, Partei- oder Wirtschaftsstellen auch in diesem Kriege wieder bestochen werden.

⁷ Bei Kriegsbeginn musste die Zivilbevölkerung die „Rote Zone“, das Gebiet zwischen der deutschen befestigten Verteidigungslinie („Westwall“) und der Westgrenze, räumen. Hunderttausende wurden in Sammeltransporten in das Landesinnere evakuiert und konnten erst mit Beendigung des Kriegs gegen Frankreich im Sommer 1940 zurückkehren.

⁸ Die Söhne des Ökonomierates Georg Lang (1872–1944), Georg Friedrich (1903–1973) und Georg Heinrich (1900–1970), waren zunächst vom Wehrdienst befreit worden. Dies soll in der Kitzinger Gärtnerovorstadt Etwashausen, wo Lang eine Großgärtnerei besaß, „große Empörung und Mißstimmung“ hervorgerufen haben; Schreiben der Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen an das Reichspropagandaamt Mainfranken vom 11.9. 1939, wie Anm. 1.

DOK. 10

Die Gestapo München beschuldigt Felizi Weill am 13. September 1939 aufgrund einer Denunziation der Hetze gegen die deutsche Staatsführung¹

Protokoll der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle München (B. Nr. II. B), gez. Kriminal-Oberassistent Schipferling,² vom 13.9. 1939³

Betreff: 1. Familienname (bei Frauen auch Geburtsname): *Weill*, geb. Hamburger; Vornamen (Rufnamen unterstreichen): *Felizi Sara*;⁴ 2. geboren am: 22. 3. 1903; zu (Gemeinde, Verwaltungsbezirk, Staat, wenn Ausland): Bad-Kissingen; 3. Vor- und Zuname a) des Vaters: Nathan *Hamburger*; b) der Mutter: Pauline, geb. Wimmelsbacher; Beruf, Wohnort und Wohnung der Eltern: Metzgerseheleute in Bad Kissingen; 4. Familienstand: ledig, *verheiratet*, verwitwet, geschieden: 5. a) Beruf; b) Berufsstellung (selbständig, Angestellter, Arbeiter und Dienst oder Arbeitsstelle, bei Ehefrauen auch Name, Beruf und Berufsstellung, Geburtszeit und -ort des Mannes): Ehefrau (Mann: Eugen Israel *Weill*); 6. Wohnort und Wohnung (evt. Ort der letzten Übernachtung): München, Albanistr. 12/3; 7. Staatsangehörigkeit (bei Ausländern auch Heimatgemeinde): Reichsangehörige; 8. Ausweis-papiere (Art, ausstellende Behörde, Datum und Nummer): Kennkarte Nr. München 05352 v. 27. März 1939; 9. Führerschein: –; *wegen*: Verg. geg. d. Gesetz v. 20. 12.34⁵

Nach einer hier in Einlauf gekommenen vertraulichen Mitteilung soll sich die Jüdin *Felizi Sara Weill*, wohnhaft in München, Albanistr. 12/3, am 29. August 1938 geg. 14 Uhr gelegentlich des Wäschemangens⁶ in der Wäscherei *Kegel*, Entenbachstr. 9/0, in hetzerischer und staatsabträglicher Weise geäußert haben. So soll sie sich u. a. ohne jede Veranlassung geäußert haben: „Jetzt kommt wieder Krieg, wenn Flieger kommen, dann ist in 4 Wochen von der Stadt München nichts mehr da. Hoffentlich erleben wir noch, daß alle Großen verrecken; mit jedem Hund hat man mehr Mitleid als mit uns Juden.“ Als Zeugin wurde die Hausgehilfin Luis *Rehl*,⁷ München, Entenbachstr. 9/0 bei *Kegel*, benannt.

Rehl vernommen, bestätigte die in der vertraulichen Mitteilung bekanntgegebenen Äußerungen der Jüdin und fügte noch hinzu, daß sich die Jüdin *Weill* außerdem noch geäußert habe: „Wenn heute ein Hund auf der Straße verreckt, dann haben sie mit dem mehr Mitleid als mit uns Juden. Aber hoffentlich verrecken jetzt die Großkopfigen auch bald – das

1 StA Mü, Staatsanwaltschaften Nr. 5463, Bl. 6 + RS.

2 Georg Schipferling (1900 – 1945), Polizist; 1933 NSDAP-Eintritt, SS-Untersturmführer; 1945 für tot erklärt.

3 Am Ende des Protokolls, das auf einem Vordruck aufgenommen wurde, ist mit Stempel der Gestapo München (B.Nr. 35766 II B), Schi., 13.9. 1939, maschinenschriftl. ergänzt: „Mit Kennkarte Nr. München 05352 und den Vernehmungsniederschriften an das Amtsgericht – Herrn Ermittlungsrichter – *München* unter gleichzeitiger Überstellung der Beschuldigten zur Lösung der Haftfrage weitergeleitet.“

4 Felizi Weill, geb. Hamburger (1903– 1980), Hausfrau; emigrierte im März 1940 gemeinsam mit ihrem Mann Eugen Weill (*1896) in die USA.

5 Das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. 12. 1934 sah für „gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende“ Äußerungen über die Reichsregierung und die NSDAP eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren vor; RGBl., 1934 I, S. 1269 – 1271.

6 Süddeutsche Bezeichnung für Mangeln.

7 Richtig: Luise Rebl, verheiratete Eder (1918– 1980), seit März 1938 in der Wäscherei tätig.

werden wir hoffentlich bald erleben können. Jetzt muß ich aus meiner Wohnung auch noch heraus, dann kann ich gleich in die Isar ziehen. Das ganze Silber haben sie mir und auch jetzt noch das Gold genommen;⁸ jetzt werden sie mir auch noch die Wäsche nehmen – denen ist alles zuzutrauen.“ Die Eingangstüre zum Laden sei offen gestanden, so daß jedermann, der an dem Geschäft vorbeiging, die Unterhaltung ohne weiteres hören habe können, noch dazu die Jüdin sehr laut gesprochen habe.

Von der Wäschereibesitzerin Kegel⁹ wurde die Jüdin Weill als sehr vorlaut und streitsüchtig bezeichnet. Sie habe der Jüdin schon zu verstehen gegeben, daß es ihr lieber sei, wenn sie den Laden nicht mehr betrete, doch komme die Jüdin in echt jüdischer Weise nach wie vor in das Geschäft.

Bei der Vernehmung bestritt die Jüdin Weill, die sich auch vor Amt sehr laut benahm, die ihr zur Last gelegten Äußerungen und äußerte sich dabei ohne jede Veranlassung, daß sie sich mit einem derartig gewöhnlichen Mädels nicht unterhalte. Mit diesem Ausdruck meinte sie die deutschblütige Zeugin Luise Rehl, die ihr zur fraglichen Zeit die Wäsche in die Mangel richten mußte. Aus dem Ergebnis der Erhebungen und dem Benehmen der Jüdin ist zu schließen, daß sie in echt jüdischer Weise bei jeder sich bietenden günstigen Gelegenheit versucht, die deutschgesinnte Bevölkerung gegen die Staatsführung aufzuhetzen, das Wohl des Reiches und das Ansehen der Reichsregierung dadurch schwer zu schädigen, daß das Volk das Vertrauen zur Reichsregierung verlieren soll. *Näheres wolle aus den Beilagen entnommen werden.*¹⁰

DOK. 11

Aufbau: Artikel vom 15. September 1939 über die Bedeutung dieses Kriegs für die Zukunft des Judentums¹

„Auserwählt –“ auch in diesem Kampf!

Des ganzen Judentums Schicksal steht auf dem Spiel

m.g.² Nun hat die Welt ihren Krieg. Den Krieg, den sie verhüten wollte und den zu verhüten sie nichts tat. Egoistisch-soziale Interessen und eine fast unbegreifliche Stupidität im Begreifen der Situation auf der einen Seite, Größenwahn, Blutdurst und ein manischer Imperialismus auf der anderen haben es zuwege gebracht, daß Europa in ein Schlachtfeld

⁸ Nach der von Göring erlassenen 3. Anordnung auf Grund der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 21.2.1939 mussten Juden deutscher Staatsangehörigkeit alle Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen innerhalb von zwei Wochen gegen ein festzusetzendes Entgelt abliefern; RGBL, 1939 I, S. 282, siehe auch VEJ 2/258.

⁹ Rosa Kegel, geb. Dobmeier (1898 – 1975), besaß die Wäscherei seit 1929.

¹⁰ Wie Anm. 1; in der Akte befinden sich neben den Vernehmungsprotokollen Unterlagen zum weiteren Verfahren, das nach dreimonatiger „Schutzhaft“ am 15. I. 1940 gemäß dem sog. Gnadenerlass des Führers vom 9.9.1939 (RGBl., 1939 I, S. 1753) eingestellt wurde. Felizi Weill hatte gemeinsam mit ihrem Mann eine Überfahrt nach New York gebucht und sollte am 22. I. 1940 auf dem US-Generalkonsulat in Stuttgart ihre Ausreisevorbereitungen zum Abschluss bringen.

¹ Aufbau, Nr. 17 vom 15.9.1939, S. 1f. Der Aufbau erschien von Dez. 1934 an in New York und wurde vom German-Jewish Club herausgegeben – bis 1939 14-tägig, danach wöchentlich. Die Auflage stieg von 500 auf 8000 im Jahr 1938.

² Vermutlich Dr. Manfred George, geb. als Manfred Georg Cohn (1893–1965), Jurist, Journalist,

verwandelt wurde. Über den ganzen Erdteil spannt sich ein blutiger Himmel. Und er weint blutige Tränen über sein verlorenes Kind Erde.

Zwischen den Völkern stehen wir Juden. So fern stehen wir diesem Geschehen, daß nicht einmal ein Hitler uns mehr als durch ein paar herausgebrüllte Gewohnheitsphrasen in Berührung zu dem gesetzt hat, was an Grauenhaftem nun geschieht. So fern stehen wir und so nah zugleich, daß der Körper unseres Volkes nicht weniger zerrissen und zerschmettert, gequält und geschändet wird von Feuer und Blei als der anderer Nationen.

Wenn einer vor diesem Krieg hat zittern müssen, weil er um seine Brüder bangte, so war es der Jude. Es mag ein paar unter uns geben, die aus unbeherrschtem Haß und natürlicher Rachsucht freudig erregt die Weltbrandstifter von Berlin in ihre furchtbarste Probe hineintaumeln sahen, aber wer über sich und die Grenzen seiner unreinen und unklaren Gefühle hinaussah, der wußte von vornherein, daß, wenn auch der Jude nichts mit dem Krieg zu tun hat, er von seinem Ausgang abhängt. Diesem Krieg wird und kann niemand entgehen. Die meisten Menschen stehen erst am Anfang des Begreifens. Er ist des Weltkriegs zweiter Teil und wird in seinen Folgen weiterhin die uns gewohnten Lebensformen zerstören. In unreparierbarer Breite und Tiefe. Was an Scheußlichem bereits geschehen ist, ist ein freundliches Kinderspiel gegen das, was noch kommen wird. Die Plätze, auf denen gekämpft wird, sind kleine und enge Bezirke gegen das Ausmaß der Felder, auf denen das Ende entschieden werden wird. Wer mit biblischen Worten sprechen will, kann ruhig sagen, daß hier eine letzte und äußerste Prüfung von höllischen Ausmaßen gekommen ist und daß auf weiten Strecken der Erde kein Stein auf dem anderen bleiben wird.³

Niemand von uns weiß, wie die Welt am Ende dessen aussehen wird, was jetzt begonnen hat. Manche Staatsmänner sprechen vom Kampf bis zum „bitteren Ende“.⁴ Sie stellen sich darunter noch etwas vor. Alles, was jetzt geschieht, ist vorläufig noch faßbar. Aber bald wird alles unfassbar sein! Was jetzt in Polen vorgeht, diese Zerstampfung eines ganzen Landes, in dem das Kind im Mutterleib bereits nicht mehr sicher ist und Hospitäler für tuberkulöse Mädchen bereits zum Bombenobjekt entmenschter Flieger werden, was in diesem Land geschieht, dessen Felder und Bewohner in einen roten Saftbrei aus zersplittertem Menschenfleisch und zerwühlter Erde zusammengekocht werden, das ist erst der Anfang. Noch sind die Gase nicht losgelassen, noch brach das Feuer nicht aus den Flammenwerfern, noch hat die Vergiftung der Ströme und die Entfesselung des Bazillentodes nicht begonnen.

Dieser Krieg wird das scheußlichste und umfassendste Morden werden, das die Welt gesehen hat. Er muß es werden, weil er von den scheußlichsten und gründlichsten Mör-

Schriftsteller; 1917–1923 Mitarbeiter des Ullstein Verlags, 1923–1928 des Mosse-Verlags; 1924 Mitbegründer der Republikanischen Partei Deutschlands (RPD); 1928–1933 Feuilletonchef der Zeitung Tempo, emigrierte 1933 in die Tschechoslowakei, 1938 in die USA, 1939–1965 Chefredakteur des Aufbaus; Autor von „Theodor Herzl: Sein Leben und sein Vermächtnis“ (1932).

³ Die Anspielung zielt auf Jesu Ankündigung der Zerstörung Jerusalems: „Denn es wird die Zeit über dich kommen, daß deine Feinde werden [...] dich belagern und an allen Orten ängsten; und werden dich schleifen und keinen Stein auf dem andern lassen, darum daß du nicht erkannt hast die Zeit, darin du heimgesucht bist“ (Lukas, Kap. 19, Vers 42–44).

⁴ Der brit. Minister für die Dominions Anthony Eden (1897–1977) hatte am 11.9.1939 in einer Radioansprache verkündet, der Commonwealth werde, wenn nötig, bis zum bitteren Ende kämpfen, um die Welt von Hitler zu befreien; The Times, Nr. 48408 vom 12.9.1939, S. 8: Nazi leaders' illusions. Mr. Eden on British determination, sowie NYT, Nr. 29816 vom 12.9.1939, S. 18: Text of Anthony Eden's Address.

dern begonnen wurde, die sich je zu Volksführern aufgeworfen haben. Nicht umsonst hat Hitler den barbarischen Dschingis Khan zum nordischen Arier ernannt. Er brauchte für sein Vorbild den Rassentitel.

Auf solch einen Krieg müssen wir Juden uns einstellen. Wir sind ohnmächtig und schwächer denn je. Drei Millionen allein von uns in Polen sind im Augenblick vor den Gewehren ihrer Todfeinde. Millionen sind behaftet mit dem Aussatz elenden Flüchtlingstums in aller Welt, nicht wissend, über welche Grenzen sie morgen gejagt werden. Nur ein kleiner Bruchteil lebt unter einem günstigeren Himmel. Ja, auch das Land der Zukunft jüdischer Jugend, Palästina, startt in Waffen, und diese Waffen werden von Juden getragen.

Und deshalb ist dieser Krieg, zu dem wir nichts getan haben in seinen Ursachen und Zielen, auch unser Krieg. Weil es um unser Leben geht. In diesem Krieg entscheidet sich noch viel gründlicher als das Schicksal anderer Völker das Schicksal des jüdischen. Von dem Ausgang dieses Krieges hängt die Zukunft jedes einzelnen von uns ab. Man kann sich nicht früh und rechtzeitig genug, nicht tief und ernsthaft genug dieser entscheidenden Wahrheit bewußt werden. Denn durch die Kräfte, die diesen Krieg gewinnen werden – und niemand weiß, welche Kräfte das sein werden –, wird wesentlich die gesamte Zukunft des Judentums mitbestimmt werden.

Dieser Krieg ist ja nicht nur ein Krieg der Leiber, sondern auch grundsätzlicher, moralischer Haltungen, so sehr er auch aus den Gasen einer Jauchegrube voll Unmoral in diesen sonnendurchwärmten Herbst hineinexplodiert ist. Und so müssen wir zur Sympathie und zur Tat, die wir im Kampf gegen das Böse stellen, noch eines hinzufügen: den Glauben an den Wert, den wir als ein in einer göttlichen Moral zusammengehaltenes Volk für diese Welt darstellen, in der alle Begriffe schwanken. Wenn der so oft töricht ausgelegte Begriff „auserwählt“ einen zeitlichen Sinn in diesen Tagen des beginnenden Chaos hat, so den, daß uns neben dem äußersten Einsatz der Kampfbereitschaft mit allem, was wir sind und haben, noch die tausendfach schwerere Aufgabe zufällt, unseren Menschheitsglauben an Recht und Moral aus dem Tumult zu retten. Nicht nur für uns, sondern für die Welt.

Das ist der Sinn der großen Schicksalsstunde, die mit furchtbar donnerndem Schlag sich für uns angekündigt hat.

DOK. 12

Beim Beauftragten für den Vierjahresplan in Berlin findet am 16. September 1939 eine Besprechung über die Auswanderung der Juden und deren Zwangsarbeit statt¹

Vermerk des RFM (Referat V/3), Berlin, Paraphe unleserlich, vom 16.9.1939 (Abschrift)²

Betr.: Auswanderung der Juden.

Vermerk: Die vorstehende Angelegenheit war Gegenstand einer Besprechung innerhalb der beteiligten Ressorts, die bei Staatsrat Wohlthat³ als dem Beauftragten des Generalfeldmarschalls Göring stattfand.

1 BArch, R 2/14195, Bl. 17 f.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen. Laut Verteiler am Ende des Dokuments gingen Abschriften an die „Ref. Uhlich, Prause, Schmidt-Schwarzenberg, Richter“.

3 Helmuth Wohlthat (1893–1982), Volkswirt; 1920–1933 als Kaufmann tätig, leitete 1934–1938 im

1. Zunächst wurde über den Arbeitseinsatz der arbeitsfähigen Juden gesprochen. Hierüber berichtete der Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei. Es ergab sich folgendes Bild:

Nach vorläufigen Ermittlungen ist damit zu rechnen, daß etwa 60 % der Juden für den Arbeitseinsatz nicht in Betracht kommen, da sie entweder bis zu 16 Jahren oder über 55 Jahre alt sind. Tatsächlich beschäftigt sind verhältnismäßig wenig Juden. Man rechnet damit, daß noch herangezogen werden könnten etwa 50 000 Männer und 60 bis 70 000 Frauen. Die Gesamtzahl der im Reich noch vorhandenen Juden ist noch nicht bekannt.

Im übrigen hat sich der Führer die Entscheidung über die Beschäftigung der Juden vorbehalten. Die Entscheidung ist noch nicht getroffen.

2. Von den politischen Ressorts wurde der Standpunkt vertreten, daß die weitere Auswanderung der Juden erwünscht ist, gleichviel, ob ihr Reiseziel das neutrale oder feindliche Ausland ist. Zurzeit erhalten die auswandernden Juden in Devisen nur noch 4 v. H. des von ihnen zur Verfügung gestellten Reichsmarkbetrags anstatt der bisherigen 6 v. H. Das RWM. wird eine Entscheidung der Frage herbeiführen, ob es im Deviseninteresse noch möglich ist, die 4 v. H. zu gewähren.

Es wird angenommen, daß die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Auswanderung vom Ausland her unter den gegenwärtigen Verhältnissen steigt. Falls entschieden werden sollte, daß die auswandernden Juden überhaupt keine Devisenbeträge mehr erhalten sollen, entsteht die Frage, was mit ihrem Restvermögen (nach Abzug aller Abgaben) geschehen soll. Die Belassung des Restvermögens, z. B. unter Bildung von Sperrkonten, würde nicht unbedenklich sein, weil die Juden vom Ausland her vielleicht versuchen würden, an die Sperrguthaben heranzukommen. Vorzuziehen wäre es unter diesem Gesichtspunkt, daß die Juden das Restvermögen der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ zur Verfügung stellen müßten. Denn die Reichsvereinigung hat die mit den Juden zusammenhängenden Aufgaben zu erfüllen, und ihre ausreichende Finanzierung aus jüdischen Mitteln liegt im Interesse des Reichs, da die Unterhaltungspflicht letzten Endes Sache des Reichs sein würde.

Weiter ergab sich in der Besprechung Einigkeit darüber, daß es zurzeit nicht angebracht ist, von deutscher Seite durch Bildung eines besonderen Treuhandfonds im Wege der Umlagen auf die jüdischen Vermögen die Auswanderung in besonderem Maße zu unterstützen.⁴ Dies verbietet sich aus finanz- und devisenpolitischen Erwägungen.

Durch die Hand des Herrn St⁵ Herrn Minister⁶ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorzulegen.

RWM die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, 1938–1945 im Preuß. Staatsministerium bzw. im Amt des BVP; 1940 NSDAP-Eintritt; 1940/41 Beauftragter bei der Niederländischen Zentralbank, 1941–1945 Delegationsleiter für Wirtschaftsverhandlungen in Ostasien; 1948 von einer Spruchkammer entlastet, danach Aufsichtsratsmitglied diverser Unternehmen.

⁴ In den Verhandlungen mit dem Intergovernmental Committee on Refugees, das 1938 auf der Konferenz von Evian gegründet worden war, hatte Wohlthat die Gründung eines solchen Treuhandfonds zugesagt; siehe VEJ 2, S. 48, sowie VEJ 2/207 und 230.

⁵ Staatssekretärs. Die Position bekleidete Fritz Reinhardt (1895–1969).

⁶ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

DOK. 13

**Schüler der 8. Klasse üben am 19. September 1939 in einem Diktat,
„barfüßige Polenweiber und schmierige Kaftanjuden“ zu schreiben¹**

Auszug aus einem Schulheft von Ruth Senger (Abschrift)²

7.³ Ein Kriegsberichterstatter erzählt.

Über das holprige Pflaster einer polnischen Stadt rumpeln schwere Kolonnen mit Munition, Verpflegung und Nachschub aller Art. Kradschützen flitzen, Männer der Nachrichtentruppe legen Leitungen, Ordonnanzen eilen zum Befehlsempfang. Im Schulhaus arbeitet an großen Kartenskizzen der Stab des Armeeführers. Eben fährt vor dem Hause ein Wagen mit gefangenen polnischen Soldaten zur Vernehmung vor. Verdreckte, an den mageren Körpern schlotternde Uniformen, hohle Wangen, stierende Augen. Offiziere des Stabes kommen und gehen. Eine Straße weiter zieht eine Sanitätsstaffel in ein noch halbwegs sauberes Haus ein. In dem Obstgarten parken dampfende Feldküchen. Motorengebrumm in den Lüften. Vom nahen Flugplatz her schraubt sich eine Kette Aufklärer hoch, strebt zur Front. An den Hauswänden entlang schieben sich barfüßige Polenweiber und schmierige Kaftanjuden. In einem Hof ein ganzer Haufen zerlumpter Frauen und Kinder. Essensausgabe der N.S.V. Feldpolizei sorgt für Ordnung.

DOK. 14

**Jüdisches Nachrichtenblatt: Ankündigung des Jüdischen Kulturbunds vom
22. September 1939, dass die Filmbühne ihre Vorführungen wieder aufnimmt¹**

*Jüdischer Kulturbund in Deutschland e. V.*²

Die Filmbühne in Berlin beginnt Sonntag, 24. September 1939, wieder mit ihren Veranstaltungen.³ Wegen der Verdunkelung sind die Anfangszeiten auf 15 und 17 Uhr (wochentags und sonntags) festgesetzt worden. Es ist dafür gesorgt, daß die zweite Vorstellung

1 Diktatheft Nr. 1 (8. Jahrgang), Diktat vom 19. 9. 1939, AdK, Berlin, Kempowski-Biographienarchiv, 4128. Die Diktate wurden vom Ehemann der Verfasserin abgetippt.

2 Ruth Stephan, geb. Senger (1925–1992), in Eichstätten (Kaiserstuhl) eingeschult, 1940 Pflichtjahr, danach Bürolehre in der Stadtverwaltung Wuppertal, 1943 beim Standesamt Freiburg, später Sekretärin an der Privatschule Birklehof, Hinterzarten; 1950 Umzug nach Halle/Westf. und Geburt eines Sohns.

3 Vermutlich nachträglich im Zuge der Abschrift eingefügte Nummerierung.

1 Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 76 vom 22. 9. 1939, S. 1. Die Zeitung erschien von Nov. 1939 bis 1941 zweimal wöchentlich – vom RMfVuP zensiert – als Mitteilungsblatt der Reichsvereinigung der Juden.

2 Der Jüdische Kulturbund e.V. war im Juni 1933 als Kulturbund deutscher Juden in Berlin gegründet worden. Unter der Leitung von Dr. Kurt Singer schuf er Arbeitsmöglichkeiten für jüdische Künstler. Nach seinem Vorbild entstanden auch andernorts Kulturbünde, die Theater- und Opernaufführungen, Konzerte, Filmvorführungen, Vorträge und Ausstellungen organisierten; siehe VEJ 1/71 und 84. Die Gestapo löste den Kulturbund im Sept. 1941 auf.

3 Bei Kriegsbeginn waren zunächst alle Veranstaltungen des Kulturbunds verboten worden.

bereits vor 19 Uhr beendet ist. Die Aufführungen des Films „Das Ekel“ finden wegen der Feiertage nur Sonntag, 24. September, Montag, 25. September, Dienstag, 26. September, 15 und 17 Uhr, statt. Am Sonntag, 1. Oktober, Montag, 2. Oktober, Dienstag, 3. Oktober, gelangt der Film „Renate im Quartett“ zur Aufführung.⁴ Mit dem Wiederbeginn der jüdischen Filmbühne wird dem Publikum wieder die Möglichkeit geboten, hervorragende Filme kennenzulernen, die sowohl Belehrung wie Unterhaltung bieten. Jeder wird es begrüßen, daß der Jüdische Kulturbund in Deutschland e.V. gerade in dieser Zeit dem Publikum in den schweren Sorgen des Alltags Entspannung durch die Mittel der Kunst gewährt. Nichts ist so hervorragend geeignet, von drückenden Sorgen abzulenken, wie künstlerische Darbietungen hohen Niveaus. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland e.V. hat gezeigt, daß er mit sicherem Geschmack seinem Publikum das vorsetzt, was es braucht.

Wir sind überzeugt davon, daß die Filmbühne des Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V. nach der Wiedereröffnung auf ebenso große Scharen von Zuschauern rechnen kann, wie sie es vorher tun konnte. Vorverkauf für beide Filme ab Freitag, 22. September, 10.30 Uhr, durchgehend an der Filmkasse, Kommandantenstr. 58/59 (17 69 43). An den Wochentagen sind folgende weitere Vorverkaufsstellen geöffnet: Mitgliederbüro, Kommandantenstr. 57 (17 31 16), Montag bis Donnerstag 9 bis 18 Uhr, Freitag 9 bis 16 Uhr, Zahlstelle Aschaffener Str. 18, Montag bis Freitag 10 bis 17 Uhr.

DOK. 15

Martin Striem aus Berlin beklagt sich am 28. September 1939 bei seinem emigrierten Sohn Rolf über den bevorstehenden Umzug in ein „Judenhaus“¹

Handschriftl. Brief von Martin Striem, vorm. Max Ehrlich,² Berlin SO 16, Köpenicker Str. 190a, an Rolf Striem³ vom 28. 9. 1939

Mein lieber Junge!

Wieder ist eine Woche vergangen ohne Nachricht von Dir, hoffentlich bist Du gesund und hast eine zufriedenstellende Tätigkeit, die auch materiell lohnender geworden ist und Deinen Unterhalt gewährleistet. Wir, mein lieber Junge, sind soweit gesund, doch herrscht augenblicklich ein furchtbares Durcheinander bei uns. Gestern und heute war der Packer bei uns und hat nun alles in Kisten und Kästen verstaut, und am 3. 10. findet der Umzug statt, wir wünschten, das läge alles hinter uns. Wir konnten nur noch ein paar Kleinigkeiten verkaufen und haben viel zu viel Sachen für die beengte Wohnung, die noch dazu

4 „Das Ekel“ in der Regie von Hans Deppe und „Renate im Quartett“ in der Regie von Paul Verhoeven waren deutsche Spielfilme aus dem Jahr 1939.

1 JMB, Sammlung Familie Korant Schwalbe Striem, 2006/57/873.

2 Martin Striem, geb. als Amandus H. Striem (1871–1942), Kaufmann; verheiratet mit Gertrud Striem, geb. Dombrowsky (1883–1942); beide wurden am 14. 8. 1942 nach Theresienstadt und am 26. 9. 1942 von dort nach Treblinka deportiert und ermordet. Die Hintergründe des Zusatzes „vorm. Ehrlich“ im Briefkopf konnten nicht ermittelt werden.

3 Rolf Striem (1907–1985), Jurist; an Berliner Gerichten tätig, 1933 als Jude entlassen, danach Handelsvertreter, emigrierte 1939 über Paris nach Bolivien, dort Deutsch- und Englischlehrer; 1951 Professor, Engagement gegen nationalsozialistische Strömungen in Bolivien, emigrierte nach Morddrohungen 1961 in die USA, Deutschlehrer in Colorado und an der Michigan Technological University.

unverhältnismäßig teuer ist, dazu kommen nun noch die neuen Hausgenossen, an die man sich erst gewöhnen muß.⁴ Ich hoffe, daß Du alle Feiertage angenehm verlebt hast, wenn Du überhaupt in der Lage warst, sie zu begehen. Bernhard Baer hat auch am Jom Kippur gepredigt, und der Vorsteher hat ihm seine Anerkennung ausgesprochen. Etwas, mein lieber Junge, muß ich Dir mitteilen, was Dich sicher betrüben wird, der Radioapparat ist nicht mehr in unserem Besitz, und es ist keine Aussicht, ihn wiederzuerhalten.⁵ Es war doch immerhin eine Zerstreuung und Abwechslung für uns, aber man muß sich eben mit allem abfinden. Aus San José haben wir natürlich auch keine Nachricht und müssen wir uns in Geduld fassen, bis wir von Dir wieder einen Brief in Händen haben.⁶ Sonst ist nichts von Belang zu vermelden, nur daß James Rothschild⁷ Arbeit gefunden hat. Onkel Bernhard kommt am Sonnabend zu uns, ich sprach ihn vorhin telefonisch, er läßt Dich vielmals grüßen, ebenso alle Bekannten und Verwandten. Bleibe gesund und sei herzlichst begrüßt und geküßt von Deinem Dich liebenden Vater.⁸

DOK. 16

Der NSDAP-Ortsgruppenleiter Rothleitner plädiert am 2. Oktober 1939 dafür, alle Juden aus Wien abzuschieben¹

Bericht des NSDAP-Ortsgruppenleiters Wien-Alserbach (R/R), gez. Rothleitner,² an die Kreisleitung I in Wien, Kreisleiter Berner (Eing. 4. 10. 1939),³ vom 2. 10. 1939⁴

Gegenstand: Juden- u. Wohnungsproblem

Nachstehend gebe ich einen Bericht über den derzeitigen Stand des Judenproblems in der Ortsgruppe Alserbach im besondern und im Gau Wien im allgemeinen und bitte, die unten gemachten Vorschläge einer Prüfung zu unterziehen.

4 Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939 schränkte den Kündigungsschutz für Juden ein und verpflichtete sie, „auf Verlangen der Gemeindebehörde Juden als Mieter oder Untermieter“ bei sich aufzunehmen; RGBl., 1939 I, S. 864 f., siehe auch VEJ 2/277. Viele Juden mussten in sog. Judenhäuser umziehen.

5 Am 16. 9. 1939 gab der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in einem Schnellbrief bekannt, Himmler habe mit Hitlers Genehmigung die Beschlagnahme von Radiogeräten durch die Gestapo angeordnet, ohne dass darüber eine Veröffentlichung erfolgen solle; IfZ/A, PS-2161.

6 Martin Striems Neffe Dr. Herbert Schwalbe (1899 – 1963), Zahnarzt, hatte sich 1939 mit seiner Familie in San José/Kalifornien niedergelassen.

7 James Rothschild (*1909), am 28. 6. 1943 nach Auschwitz deportiert.

8 Auf der Rückseite des Briefs befinden sich ein handschriftl. Brief der Mutter vom selben Tag sowie Grüße von Leo Dombrowsky, einem Verwandten des Verfassers.

1 YVA, O 30/88. Auszugsweiser Abdruck in: Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportationen in Wien 1938 bis 1945, Wien u. a. 1975, S. 80 – 86.

2 Emil Rothleitner (1909 – 1987), Lehrer; 1933 NSDAP-Eintritt, von 1938 an NSDAP-Ortsgruppenleiter Wien-Alserbach; 1939 bei der Vermögensverkehrsstelle Wien, 1940 bei der Preisbildungsstelle Linz tätig; 1942 zur Wehrmacht; 1945 – 1947 in US-Kriegsgefangenschaft.

3 Hans Berner (1901 – 1986), Pharmazeut, evang. Hilfsprediger, Schriftsteller; 1930 NSDAP-Eintritt, in der Zeit des österr. NSDAP-Verbots umfangreiche illegale Propagandatätigkeit, 1938/39 NSDAP-Gauinspektor von Wien, 1939 – 1942 NSDAP-Kreisleiter Wien I, von 1942 an in der Partei-Kanzlei tätig, 1944 Reichsamtsleiter; nach Kriegsende kurzzeitig in US-Internierung, später als Schriftsteller in Deutschland tätig.

4 Das Schreiben wurde auf Briefpapier der Gauleitung Wien verfasst. Es handelt sich um einen von

Die Ortsgruppe umfaßt 5 Zellen mit 23 B Haushalten und 6178 Einwohnern, die sich wie folgt auf die einzelnen Zellen verteilen:

Zelle	Haushalte				Pers/Hh		Einwohner			
	arisch	jüdisch	insges.	% jüd.	ar.	jüd.	arisch	jüd.	insg.	% jüd.
01	306	89	395	23	2,6	2,7	785	240	1025	23
02	447	84	531	16	2,7	3,5	1227	290	1517	19
03	378	72	450	17	2,7	2,7	1040	194	1134 ⁵	17
04	344	88	432	20	2,7	2,9	917	259	1176	22
05	462	43	505	9	2,4	2,8	1104	122	1226	10
Gruppe	1937	376	2313	16	2,6	2,9	5073	1105	6178	18

Gruppe⁶ Vermindrg der jüd. Haush.
seit Umbruch: rund 150

Vermindrg der jüd. Einwohner
seit Umbruch: minimal.

Bei der Auswertung der Tabelle ergeben sich folgende Tatsachen:

1. Die Zahl der jüdischen Haushalte hat sich beträchtlich vermindert (um 30 %), die Zahl der jüdischen Einwohner dagegen wenig.
2. In den jüdischen Wohnungen wohnen im Durchschnitt kaum mehr Personen als in den arischen (2,9 gegen 2,6).

Diese beiden Punkte scheinen auf den ersten Blick widerspruchsvoll, sind es aber in Wirklichkeit nicht; denn ein Judenhaushalt zählte im März 1938 ca. 2,0 Personen, so daß durch Auflösung von 150 Haushalten 300 Personen in die verbliebenen 376 eingeteilt werden mußten, wodurch deren Kopffzahl von 2,0 auf 2,9 stieg, was wiederum rund 300 Personen ergibt. Die stattgefundenen Auswanderungen wurden durch Zuwanderungen aus anderen Ortsgruppen Wiens wieder ausgeglichen.

Es ist zwar erfreulich, daß 150 Wohnungen für Arier frei wurden, aber um so unerfreulicher ist es, daß sich die *Zahl* der Juden nicht vermindert hat. Denn dies ist der Kernpunkt der ganzen Sache. Nichts erschauern die Parteigenossen und der größte Teil der Volksgenossen mehr als die Stunde, in der der letzte Jude aus ihrem Gesichtsfeld verschwunden ist. Sie wissen ganz genau, welche Gefahren die Hausgemeinschaft mit Juden in sich birgt.

Die Juden sind die Urheber und Verbreiter der Gerüchte und der Gegenpropaganda. Die ausländischen Juden hören heute nach wie vor die feindlichen Sender ab und verbreiten das Gehörte mit Windeseile weiter, wobei ihnen das Telefon ihre Tätigkeit sehr erleichtert. Überhaupt kann festgestellt werden, daß Juden sich nur selten entschließen, ihren Fernsprecher abzumelden, weil er ihnen den Kontakt untereinander und zu Ariern sehr erleichtert. Die Juden suchen unter allen Umständen ihre Verbindungen zu Ariern aufrechtzuerhalten, was ihnen durch verschiedene Mätzchen auch gelingt, hauptsächlich durch Erregen von Mitleid (alle sind „krank“ und „leidend“), durch Tarnung in der Klei-

mehreren Berichten aus dem Okt. 1939, in denen NSDAP-Ortsgruppenleiter auf Anfrage ihrer Kreisleitung über die Wohnungsproblematik im Bereich ihrer Ortsgruppe berichten und Lösungsvorschläge auf Kosten der jüdischen Bewohner machen; Auszüge sind abgedruckt in: Botz, Wohnungspolitik (wie Anm. 1), S. 79–88.

⁵ Die in dieser Zeile genannten Einwohnerzahlen ergeben nicht die genannte Summe und entsprechend nicht die genannte Prozentzahl.

⁶ So im Original.

dung (ganz einfach) und Sprache (Dialekt). Der Zweck ist die Beeinflussung der Arier durch falsche Nachrichten und Gerüchte, um auf diese Weise die innere Front des deutschen Volkes zu erschüttern. Diese Gefahr darf keineswegs unterschätzt werden, ist doch die Zahl der Volksgenossen, die jüdischen Umgang nicht geflissentlich meiden, noch immer ziemlich groß. So kommt es, daß plötzlich Gerüchte auftreten und in weite Kreise des Volkes Eingang finden.

Eine andere Gefahr ist die Rassenschande, die immer wieder vorkommt, solange Juden unter Ariern wohnen, wobei auch darauf hinzuweisen ist, daß die Zahl der jüdischen Prostituierten ständig zunimmt. Im übrigen ist ja die Schädlichkeit der Juden im deutschen Volkskörper so bekannt, daß ich mir weitere Ausführungen ersparen kann.

Es hat sich nun gezeigt, daß sich die Zahl der Juden in Wien nicht im wünschenswerten Ausmaß gesenkt hat. Es waren in Wien gegen 250 000 Juden ansässig. Davon dürften seit dem Umbruch allerhöchstens ein Drittel abgewandert sein, so daß der Großteil noch hier ist.⁷ Eine Auswanderung ist jetzt überhaupt unmöglich. Trotzdem hält man in großen Teilen der Bevölkerung den Zeitpunkt für günstig, um wieder einen entscheidenden Vorstoß gegen das Wiener Judentum zu machen, weil man glaubt, daß bestimmte Rücksichten, die bisher genommen werden mußten, in Kürze wegfallen werden.

Vorschlag I:

Und so wurde von vielen Partei- und Volksgenossen der Vorschlag gemacht, die günstige Gelegenheit zu ergreifen und radikal die ganzen Wiener Juden nach dem jetzt deutschen Teil des ehemaligen Polens abzuschieben. Dies wäre eine ebenso radikale wie für *Wien* ideale Lösung. Sie ist im Prinzip nicht unmöglich. Ob zu den roh geschätzt 2 Millionen Juden des jetzt deutschen Teiles Polens noch ca. 170 000 dazu kommen, ist belanglos, nicht belanglos ist aber, ob in Wien 170 000 Juden und somit 170 000 Agenten des Herrn Churchill sind oder gar keine. Daß dies aus technischen Gründen undurchführbar wäre, könnte die nationalsozialistisch gesinnte Bevölkerung Wiens nicht begreifen, mußten doch viel mehr als 170 000 *Deutsche* aus der Tschechei und Polen in der letzten Zeit flüchten.⁸ Um so mehr, so sagt man sich, müßte eine organisierte Umsiedlung einer solchen Zahl Menschen möglich sein. Man macht sich sogar schon Gedanken über die Art, wie man diese Aktion durchführen könnte. Die einen meinen, die Juden wären auf die ehemals polnischen Städte zu verteilen, die andern meinen, man sollte sie in bestimmten Gebieten, etwa zwischen Bug und Weichsel, konzentrieren, wobei aber in beiden Fällen die arbeitsfähigen Elemente in Lagern zusammengefaßt werden müßten. Die Meinung vieler Nationalsozialisten ist jedenfalls die, daß *wenn* der geeignete Augenblick kommt, er nicht ungenützt vorübergehen darf.⁹

7 Bis Ende Juli 1939 waren 104 000 Juden aus Wien emigriert, im Dez. 1939 bezifferte der Leiter der IKG, Josef Löwenherz, die Zahl der noch in Wien lebenden Juden auf 58 000; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz über die Tätigkeit Eichmanns und Brunners in Wien – Prag – Berlin 1938 – 1945, zusammengestellt durch Tuvia Friedman, Haifa 1995, S. 20. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits etwa 1600 Wiener Juden in die Gegend um Nisko am San deportiert worden; siehe Anm. 9.

8 In der Tschechoslowakei und in Polen kam es in den Jahren 1938/39 zu Übergriffen auf die dortigen deutschsprachigen Minderheiten, in deren Folge zahlreiche „Volksdeutsche“ aus diesen Gebieten flohen. Die NS-Propaganda stellte die Übergriffe übertrieben dar und setzte sie zur Legitimation der eigenen Kriegspolitik ein.

9 Im Herbst 1939 wurden über 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in die Nähe von Nisko am San deportiert; siehe Einleitung, S. 37f., Dok. 19 vom 9. 10. 1939, Dok. 24 vom 17. 10. 1939, Dok. 38 vom 16. 12. 1939, Dok. 264 zum 9. 10. 1939.

Vorschlag II:

Sollte diese radikale Lösung nicht durchführbar sein, so schlage ich vor, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Verminderung der Zahl der jüdischen Einwohner *und* Haushalte restlos auszuschöpfen. Dies wären:

- 1.) Erleichterung der Auswanderung.
- 2.) Zusammenfassung der jüngeren arbeitsfähigen Elemente in Lagern.
- 3.) Rückbeförderung der aus ehemals polnischen Gebieten in Wien eingebürgerten Juden in ihre Ursprungsgemeinden.
- 4.) Nach Möglichkeit Ausweisung der Juden fremder Staatszugehörigkeit (Slowakei, Ungarn, Rumänien usw.).
- 5.) Über 70 Jahre alte und gebrechliche Juden sind in jüdischen Versorgungshäusern unterzubringen, u.zw. soviel, als die israelitische Kultusgemeinde nur erhalten kann.
- 6.) Die Zusammenfassung der verbleibenden Juden in jüdische Großwohnungen ist *neu* zu organisieren.

Diesen letzten Punkt will ich näher erläutern:

Es können ohne weiteres zwei Personen in einem normalen Wohnraum leben, d. h. 8 oder 9 Personen in einer 4- oder 4½-Zimmer-Wohnung zusammengefaßt ist nicht übermäßig. Für meine Ortsgruppe würde dies zu folgendem Ergebnis führen: Wenn ich annehme, daß durch die Punkte 1–5 des Vorschlages II von meinen 1100 Juden 30 % zum Verschwinden gebracht werden können, so verblieben in der Ortsgruppe 770 Juden. Dafür würde ich 385 Zimmer benötigen, das wären 128 3-Zimmer-Wohnungen oder 96 4-Zimmer-Wohnungen, also rund 100 Großwohnungen. Unter den 376 derzeitigen Judenwohnungen der Ortsgruppe finde ich bestimmt die gesuchten 100. Ich bekäme nicht nur mit einem Schläge 276 oder 70 % der Wohnungen (zum großen Teil Kleinwohnungen) für Arier frei, was eine nicht zu unterschätzende Propaganda wäre, sondern ich würde auch viele Hunderte Volksgenossen dem verderblichen jüdischen Einfluß entziehen.

Diese Idee ist ja keineswegs neu, und es wurde vom Wohnungsamt der Gemeinde Wien bereits ähnlich verfahren.¹⁰ Leider aber nur mit geringem Erfolg, denn sonst würden in einer Wohnung nicht die geringe Zahl von 2,9 Juden wohnen. Der Grund des Mißerfolges ist der, daß 1. das Wohnungsamt die Fülle der damit verbundenen Arbeit nicht bewältigen kann und manchmal vielleicht auch nicht will. Und 2. die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dazu fehlen oder nur mangelhaft vorhanden sind. Denn was nützt es, wenn das Wohnungsamt dem Hausherrn den Auftrag gibt, die Judenwohnungen zu kündigen, und derselbe es tut (wenn er es tut, ist es schon ein Erfolg), und der Jude mit der Kündigung zu Gericht laufen darf, Einspruch erheben darf und vom Richter ein halbes Jahr und noch mehr Aufschub erhält. Nach Ablauf der Frist bekommt er oft noch einmal Aufschub. Oft genug wird der Hausherr aber auch mit seiner über amtlichen Auftrag eingebrachten Kündigungsklage überhaupt abgewiesen. Dazu ein konkretes Beispiel: Der Hausverwalter des Hauses Wien 9. –, Pasteurgasse 2, Dr. Heinrich Höfflinger,¹¹ Wien 2. –,

¹⁰ Im Frühjahr 1939 hatte das Wiener Wohnungsamt gemeinsam mit der Gestapo mit der Zwangsumsiedlung von Juden in Sammelwohnungen und Wohnbaracken innerhalb Wiens begonnen. Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden aus dem April 1939 bot dafür die rechtliche Grundlage; RGBl., 1939 I, S. 864 f., siehe auch VEJ 2/277.

¹¹ Dr. Heinrich Höfflinger (1882–1963), Offizier, Bankdirektor, Großgrundbesitzer; 1943–1949 komm. Statthalter und 1949–1951 Regent des Ritterordens vom Heiligen Grabe zu Jerusalem.

Praterstraße 19, kündigte über Auftrag des Wohnungsamtes den Juden Taussig,¹² der Wohnung Nr. 13 (3 Zimmer) die der Jude mit einer arischen Haushälterin allein bewohnt.¹³ Das erste Mal wurde die Kündigungsklage von dem Richter des Amtsgerichtes Josefstadt, Dr. Walter Unger,¹⁴ abgewiesen, weil sie der Jude am 4. statt am 3. des Monats zugestellt erhielt. Bei der zweiten, „rechtzeitig“ eingebrachten Kündigung mußte der Hausverwalter während der Verhandlung Ruhe des Verfahrens beantragen, um Kosten zu ersparen, da sich derselbe Richter bei der Verhandlung äußerte, er werde den Juden nicht kündigen, da dieser mit einer Arierin verheiratet war und aus dieser Ehe ein Kind entsprossen ist, das nicht als Jude gilt. Nun kann doch der vom Richter [her]angezogene § 7 des entsprechenden Gesetzes nur den Sinn haben, Mischlinge, die nicht als Juden gelten, zu schützen, *wenn sie in der gekündigten Wohnung wohnen*, was ja nicht der Fall ist. Der § 7 kann aber nicht den Sinn haben, einen Juden zu schützen, der in unseren Augen ein Rassenschänder ist.¹⁵ Ob hier Unverständnis des Richters oder Absicht maßgebend war, entzieht sich meiner Beurteilung. Hat er aber recht gehandelt, dann müßte das Gesetz einer Revision unterzogen oder erläutert werden.

Beschwerden ähnlicher Art kann jeder Hausbesitzer erheben, der solche Kündigungsklagen über Auftrag eingebracht hat. Als Folge ergibt sich die Forderung, daß entweder gesetzlich festgelegt wird, daß Juden gegen Kündigungsklagen über amtlichen Auftrag kein Einspruchsrecht besitzen, oder daß die Durchführung der Kündigung der Kompetenz der Gerichte entzogen und der Polizei übertragen wird. Vorschläge dieser Art sollen meines Wissens bereits erwogen werden.

Damit aber Kündigungen von Juden und deren anderweitige Unterbringung nicht ziel- und planlos durchgeführt werden, sind zur Mitarbeit diejenigen Stellen heranzuziehen, die mit dem Problem am besten vertraut sind, nämlich die Ortsgruppen der NSDAP. *Nicht* so, daß sie *aktiv* mit der Kündigung betraut werden, sondern *so*, daß sie die *Planung* vornehmen, daß sie sagen, diese Wohnungen werden gekündigt und die gekündigten Juden werden dort und dort eingemietet. Die Durchführung würde dann der Polizei bzw. dem Wohnungsamt obliegen. Gleichzeitig müßte jede Ortsgruppe das Recht haben, dem Wohnungsamt jene Volksgenossen der Ortsgruppe als Mieter für freigewordene Wohnungen *verbindlich* vorzuschlagen, die nachweisbar in drückendem Wohnungselend wohnen. Dazu würde man keine Erhebung brauchen, denn jeder Zellenleiter weiß auswendig, bei wem das Wasser von den Wänden läuft und wo Kellerlöcher von rachitischen Kindern bewohnt werden. Ein Mißbrauch dieses Rechtes, für dessen Nutzung der Ortsgruppenleiter persönlich verantwortlich wäre, müßte allerdings strengstens bestraft werden (zugleich eine Auslese). Über den größten Teil der freigewordenen Judenwohnungen könnte das Wohnungsamt nach seinem Ermessen und seinen Erfahrungen verfügen.

12 Richtig: Paul Thausig (1868 – 1942), Börsesensal; musste im Juli 1941 in die Schwarzspanierstraße umziehen, starb im Jan. 1942 eines natürlichen Todes. Er war verheiratet mit der Nichtjüdin Henriette Thausig, geb. L'Herbier (1864 – 1904), aus der Ehe stammte eine Tochter.

13 So im Original.

14 Dr. Walter Unger (1910 – 1968), Jurist; 1937 im Amtsgericht Wien Innere Stadt, 1937/38 Hilfsrichter am Zivilandesgericht und von 1938 an beim Amtsgericht Josefstadt, von 1940 an Amtsgerichtsrat in Mistelbach (Niederösterreich), danach in Wien, im Dez. 1942 zur Wehrmacht.

15 Mit dem Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939 wurde jüdischen Mietern der gesetzliche Mieterschutz entzogen. Nach § 7 sollten die Vorschriften keine Anwendung finden, wenn ein jüdischer Mieter Kinder aus einer „Mischehe“ hatte und diese Kinder nicht als Juden galten; RGBI., 1939 I, S. 864 f., siehe auch VEJ 2/277.

Daß in Wien ein Teil der Judenwohnungen freigeworden ist, in meiner Ortsgruppe z. B. 30 %, ist ja nur der Aktivität der NSDAP zu verdanken, wenn auch die Methoden, die angewendet wurden, nicht die richtigen waren und viel zu wünschen übrig ließen.¹⁶ Es ist aber nicht einzusehen, warum die Frage nicht korrekt und ohne Verletzung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, die entsprechend geschaffen werden müßten, gelöst werden könnte. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß man oft und oft hört, „solange die Partei die Wohnungen gehabt hat, hat man eine bekommen“. Ich bin mir bewußt, daß diese Vorschläge die Wohnungsnot keineswegs beheben und daß sie auch mangelhaft sind, ich glaube aber, daß sie geeignet sind, die Wohnungsnot schnell erheblich zu lindern. In erster Linie kommt es *jetzt* aber auf die Raschheit an, denn wer schnell gibt, gibt doppelt. Ich habe im Vorliegenden über das Juden- und Wohnungsproblem, die unmittelbar miteinander verknüpft sind, eingehender berichtet, weil es mir, wie allen Nationalsozialisten, besonders am Herzen liegt.

Heil Hitler!

DOK. 17

Gerdrut Günsburg aus Apolda bittet die Devisenstelle Thüringen am 4. Oktober 1939 um Aufhebung der Sicherungsanordnung für ihren Mann¹

Schreiben (Geschäftszeichen I.I. 338 Bo/Ho) von Gerdrut Günsburg, geb. Halbauer,² Apolda, an den Oberfinanzpräsidenten Thüringen in Rudolstadt (Eing. S. 10 1939),³ vom 4. 10. 1939⁴

Sie haben meinen Manne⁵ eine Sicherungsanordnung zugestellt.⁶

Ich möchte Ihnen dazu folgendes mitteilen: Mein Mann kann kein „beschränkt verfügbares Sicherungskonto“ errichten, weil er kein Bar- und auch kein Sachvermögen besitzt, nur seine Bekleidung. Die bereits bestehenden Sparkassen-Konto gehen meinem Manne nichts an, sie lauten auch nicht auf seinem Namen, weil die Ersparnisse nicht von ihm herrühren.

16 Lokale NSDAP-Stellen, die Gestapo und das Wohnungsamt arbeiteten bei der Meldung und Räumung von „Judenwohnungen“ zusammen. Dabei kam es in Zehntausenden Fällen zu „wildem Wohnungsarisationen“: Vermieter, Parteimitglieder, SA-Männer oder Privatpersonen zwangen jüdische Mieter mit Gewalt und ohne rechtliche Grundlage zum Auszug, um die Wohnungen häufig selber zu übernehmen.

1 ThHStA, der Oberfinanzpräsident Thüringen Nr. 703, Bl. 98 f.

2 Gerdrut Günsburg, geb. Halbauer, offiziell gemeldet als Beatrice Alice Gertrud Ginsburg (1890 bis 1969), Zuschneiderin.

3 Dr. Theodor Hillmer (1881– 1961), Jurist; 1906 Regierungsassessor, von 1914 an Amtshauptmann in Rüstingen, seit 1919 in Jever, 1922– 1933 Präsident des Landesfinanzamts Oldenburg, von 1933 an des Landesfinanzamts Schleswig-Holstein; 1933 NSDAP-Eintritt; 1936– 1945 Oberfinanzpräsident von Thüringen und Mitteldeutschland.

4 Grammatik wie im Original.

5 Salomon Günsburg, auch Ginsburg (*1891), Schneidermeister; nach dem Novemberpogrom 1938 in Buchenwald inhaftiert, ein Jahr später auf Bitte der Apoldaer Fa. Günther entlassen, um in der dortigen Schneiderwerkstatt zu arbeiten; im Mai 1944 nach Auschwitz deportiert, 1950 für tot erklärt.

6 Sicherungsanordnungen dienten seit 1936 dem Zugriff auf das Vermögen jüdischer Emigranten und konnten bereits beim Verdacht auf Auswanderung erlassen werden. Am 12.12.1938 wurden die Regelungen mit dem Gesetz über die Devisenbewirtschaftung verschärft. Von nun an mussten

Die Sparkassenkonten werden aber beibehalten, und ich und meine Kinder werden von diesen ihren ersparten Geldern Lebensnotwendiges bestreiten, wenn es nötig ist.

Ich habe Ihnen schon mitgeteilt, welche Beträge auf den Sparbüchern meines Sohnes Heinz,⁷ meiner Tochter Liesbeth⁸ und den meinigen ruhen. Die 311,2 RM meiner Tochter Liesbeth stammen aus Konfirmationsgeschenken und dazu gesparter Arbeitslohn. Die 423 RM meines Sohnes Heinz sind erspart aus Arbeitslohn. 120 RM davon hatte er sich bereits bis zu seiner Konfirmation zusammengespart. Meine Ersparnisse von ungefähr 900 RM habe ich mir von meinem Arbeitslohn von Munde abgespart, ich gehe, solange meine Ehe besteht, auf Arbeit in die Fabrik. Daran hat mein Mann kein Recht, das habe ich ganz alleine erworben.

Schulden haben wir augenblicklich keine.

Mein Mann hat 1938 verdient aus selbständiger Tätigkeit als Schneider	RM 298,50
dann als Heimarbeiter für Fa. Günther	RM 778,54
zus. 1938	RM 1077,04
Ich selbst habe 1938 verdient	RM 1011,34

Ich bitte um Mitteilung, ob bei dieser Sachlage die Sicherungsanordnung nicht gegenstandslos ist. Ich bin eine deutsche arische Frau, aus alten deutschem Geschlecht. Aus meiner Ehe kann mir kein Vorwurf gemacht werden; als ich heiratete, bestand noch keine Rassegesetzgebung und kein Rassenkampf.

Heil Hitler!⁹

DOK. 18

Hitler überträgt Himmler am 7. Oktober 1939 mit dem Erlass „zur Festigung deutschen Volkstums“ die rassenpolitischen Siedlungsvorhaben im deutschen Herrschaftsraum¹

Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums.
Vom 7. Oktober 1939.

Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mußten, in seinem Raum aufzunehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner Interessengrenzen die Sied-

abgabepflichtige Juden ihr Vermögen auf Sicherungskonten bei Devisenbanken übertragen, über die nur mit Genehmigung verfügt werden konnte; RGBl., 1938 I, S. 1734 – 1890, bes. S. 1742. Salomon Ginsburg wurde am 28. 9. 1939 per Sicherungsanordnung angewiesen, innerhalb von fünf Tagen ein Sicherungskonto einzurichten, von dem er ohne Genehmigung monatlich 250 RM abheben dürfe; wie Anm. 1, Bl. 95f. + RS.

⁷ Heinz Friedrich Günsburg, auch Ginsburg (1920 – 2000), Polizist; von 1941 an Zwangsarbeit für die Buna-Werke in Schkopau, seit 1944 im Dreiwegelager in Weißenfels, floh während eines Bombenangriffs; 1945 – 1950 bei der Deutschen Volkspolizei, von 1951 an beim Betriebsschutz der Apoldaer Strick- und Wirkwaren, danach Sachbearbeiter beim Stadtrat, 1964 – 1981 Steuereinnahmer beim Kreiskirchenamt Jena.

⁸ Liesbeth Günsburg, auch Ginsburg (1923 – 2002).

⁹ In Reaktion auf dieses Schreiben hob die Devisenstelle Thüringen die Sicherungsanordnung gegen Salomon Günsburg am 13. 10. 1939 auf; wie Anm. 1, Bl. 100 + RS.

¹ BAarch R 186/2, Bl. 447f. Abdruck in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918

lung der Volksgruppen so zu gestalten, daß bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-SS² nach folgenden Bestimmungen:

I

Dem Reichsführer-SS obliegt nach meinen Richtlinien:

1. die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland,
2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten,
3. die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Seßhaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.³

Der Reichsführer-SS ist ermächtigt, alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen. Zur Erfüllung der ihm in Absatz 1 Nr. 2 gestellten Aufgaben kann der Reichsführer-SS den in Frage stehenden Bevölkerungsteilen bestimmte Wohngebiete zuweisen.

II

In den besetzten ehemals polnischen Gebieten führt der Verwaltungschef Ober-Ost⁴ die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben nach dessen allgemeinen Anordnungen aus. Der Verwaltungschef Ober-Ost und die nachgeordneten Verwaltungschefs der Militärbezirke tragen für die Durchführung die Verantwortung. Ihre Maßnahmen sind den Bedürfnissen der militärischen Führung anzupassen. Personen, die zur Durchführung dieser Aufgaben mit Sonderaufträgen versehen sind, unterstehen insoweit nicht der Wehrmachtsgerichtsbarkeit.

III

Die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben werden, soweit es sich um die Neubildung deutschen Bauerntums handelt, von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft⁵ nach den allgemeinen Anordnungen des Reichsführers-SS durchgeführt. Im übrigen bedient sich im Gebiete des Deutschen Reichs der Reichsführer-SS zur Durchführung seines Auftrags der vorhandenen Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Siedlungsgesellschaften. Falls über eine zu treffende Maßnahme zwischen dem Reichsführer-SS einerseits und der zuständigen obersten Reichsbehörde – im Operationsgebiet dem Oberbefehlshaber des Heeres⁶ – eine nach Gesetzgebung und Verwal-

und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 14: Das Dritte Reich. Der Angriff auf Polen. Die Ereignisse im Winter 1939 – 1940, Berlin 1969, S. 85f.

² Heinrich Himmler.

³ Durch die Umsiedlung v. a. von deutschsprachigen Minderheiten aus dem Ausland in das von Deutschland annektierte Westpolen sollte das Gebiet dauerhaft „germanisiert“ werden.

⁴ „Ober-Ost“ war eine im Ersten Weltkrieg geprägte Kurzform für das unter Militärverwaltung stehende Gebiet des Oberbefehlshabers der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten. Als Verwaltungschef fungierte zu diesem Zeitpunkt Hans Frank (1900 – 1946), vom 26. 10. 1939 an Generalgouverneur der besetzten poln. Gebiete. Oberbefehlshaber Ost war Johannes Albrecht Blaskowitz (1883 – 1948).

⁵ Richard Walter Darré.

⁶ Walther von Brauchitsch (1881– 1948).

tungsorganisation erforderliche Einigung nicht erzielt werden sollte, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

IV

Verhandlungen mit ausländischen Regierungsstellen und Behörden sowie mit den Volksdeutschen, solange sich diese noch im Ausland befinden, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen⁷ zu führen.

V

Sofern für die Seßhaftmachung zurückkehrender Reichs- oder Volksdeutscher Grund und Boden im Gebiet des Reichs benötigt wird, so finden für die Beschaffung des benötigten Landes das Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 467) und die zu ihm ergangenen Durchführungsverordnungen entsprechende Anwendung.⁸ Die Aufgaben der Reichsstelle für Landbeschaffung übernimmt die vom Reichsführer-SS bestimmte Stelle.

VI

Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel stellt der Reichsminister der Finanzen⁹ dem Reichsführer-SS zur Verfügung.

Berlin, den 7. Oktober 1939

Der Führer und Reichskanzler

gez. Adolf Hitler

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung

gez. Göring

Generalfeldmarschall

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

gez. Dr. Lammers¹⁰

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel.¹¹

⁷ Joachim von Ribbentrop (1893–1946).

⁸ Das Reichskriegsministerium und das OKW konnten Ländereien auf der Grundlage dieses Gesetzes gegen eine „angemessene Entschädigung“ im Einvernehmen mit dem RMEuL enteignen; siehe auch 1. und 2. VO zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 21.8. 1935, RGBl., 1935 I, S. 1097–1100, und 13.2. 1937, ebd., 1937 I, S. 253–255.

⁹ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

¹⁰ Dr. Hans Heinrich Lammers (1879–1962), Jurist; von 1912 an Landrichter, von 1920 an im RMdI; 1923–1933 Stahlhelm-Mitglied, 1932 NSDAP-, 1933 SS-Eintritt; 1933–1944 Chef der Reichskanzlei, seit 1937 im Rang eines Reichsministers; 1949 vom US-Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt, im Jan. 1951 zu zehn Jahren begnadigt, im Dez. 1951 entlassen.

¹¹ Wilhelm Keitel (1882–1946), Berufsoffizier; von 1901 an im Militärdienst, 1925–1927 und 1929 bis 1933 im Truppenamt, Leiter der Heeresorganisationsabt., 1935–1938 Chef des Wehrmachtsamts im Reichskriegsministerium, 1937 General der Artillerie, 1938–1945 als Chef des OKW Hitlers engster milit. Berater; 1939 NSDAP-Eintritt; 1940 Generalfeldmarschall; 1946 im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

DOK. 19

**Eichmanns Stellvertreter sichert sich am 9. Oktober 1939
die Unterstützung von Wehrmacht und Zivilverwaltung bei der geplanten Deportation
der Juden aus Kattowitz¹**

Vermerk von Rolf Günther,² Mährisch-Ostrau, vom 28. 10. 1939

Betrifft: Besprechung mit Generalmajor v. *Knobelsdorf*³ und mit dem Chef der Zivilverwaltung, Präsident *Fitzner*,⁴ in Kattowitz am Montag, dem 9. X. 1939.

I. Vermerk:

Am Montag, dem 9. X. 1939, sprachen in Kattowitz SS-H'Stuf. *Eichmann*⁵ und SS-H'Stuf. *Günther* bei Generalmajor v. *Knobelsdorf*, Grenzschnittskommando III, vor, um bezüglich des Abtransportes von Juden aus Kattowitz und Umgebung zu verhandeln. SS-H'Stuf. *Eichmann* teilte Generalmajor v. *Knobelsdorf* ausführlich seinen Auftrag mit und bat um Unterstützung der militärischen Stellen, die der Generalmajor für seinen Bereich auch in jeder Weise ausdrücklich zusagte. Als Vertreter nannte Generalmajor v. *Knobelsdorf* Hauptmann Graf *Bückler-Burksdorf*,⁶ der ebenfalls an dieser Besprechung teilnahm.

Im Laufe der Besprechung erschien im Arbeitszimmer des Generalmajors der Chef der Zivilverwaltung, Präsident *Fitzner*, der somit ebenfalls von dem beabsichtigten Trans-

1 NAP, 101-653-1. Abdruck als Faksimile in: Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden. Katalog der ständigen Ausstellung, hrsg. von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 2006, S. 75.

2 Rolf Günther (1913–1945?), kaufm. Angestellter; 1929–1937 SA-Mitglied, 1931 NSDAP-, 1937 SS-Eintritt; von 1935 an Mitarbeiter der Gestapo Erfurt; von 1938 an in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien tätig, Stellvertreter *Eichmanns* im RSHA, 1943/44 beim Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren, 1944 im RSHA, Amt IV B 4 (Juden-, Räumungsangelegenheiten), nahm sich vermutlich das Leben.

3 Richtig: Otto von *Knobelsdorff* (1886–1966), Berufssoldat; von 1906 an im Militär, 1929 Major, 1939 Generalmajor, 1940 Generalleutnant, 1940–1942 Kommandeur der 19. Infanterie-/Panzer-Division in Frankreich und der Sowjetunion, 1942 General der Panzertruppe, 1944 Oberbefehlshaber der 1. Armee; 1945–1947 in US-Kriegsgefangenschaft.

4 Otto *Fitzner* (1888–1945?), Bergwerksdirektor; 1919/20 Freikorpsangehöriger, von 1925 an technischer Direktor des Zinkunternehmens Georg v. Giesches Erben, Breslau; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; 1935 Leiter der Wirtschaftskammer Schlesien und Präsident der IHK Breslau, von Sept. 1939 an CdZ im Grenzschutz-Abschnittskommando 3 in Kattowitz, Wehrwirtschaftsführer, von 1941 an Gauwirtschaftsberater von Niederschlesien.

5 Adolf *Eichmann* (1906–1962), Vertreter; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; 1934–1938 im SD-Hauptamt tätig, führte von Sommer 1938 an die Geschäfte der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, erst in Wien, ab März 1939 auch in Prag; von Dez. 1939 an Sonderreferent des RSHA für die Räumung der annektierten Ostprovinzen, dann Leiter des Referats IV D 4 (Räumungsangelegenheiten und Reichszentrale für jüdische Auswanderung), spätestens von März 1941 an IV B 4 (Juden-, Räumungsangelegenheiten), 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz; 1945 Inhaftierung, 1946 Flucht, 1950–1960 in Argentinien untergetaucht, 1960 nach Israel entführt, dort 1961 zum Tode verurteilt, hingerichtet.

6 Vermutlich: Carl Friedrich Graf von *Pückler-Burghauss* (1886–1945), Offizier, Landwirt; 1919–1931 DNVP-Mitglied, 1931 NSDAP- und SA-Eintritt, 1933 MdR; 1934–1937 Landwirt; 1937–1939 Amtschef in der Obersten SA-Führung; 1939 zur Wehrmacht; 1940 SS-Eintritt, 1941/42 Vertreter des HSSPF Russland-Mitte, 1942/43 Befehlshaber der Waffen-SS in Böhmen und Mähren, 1944 Generalleutnant der Waffen-SS, 1945 Militärbefehlshaber Böhmen-Mähren; nahm sich das Leben.

port von Juden unterrichtet werden konnte. Auch Präsident Fitzner erklärte, die Vorbereitungen und die Durchführung des Transportes in jeder Weise unterstützen zu wollen.

H'Stuf. Eichmann teilte mit, daß vorerst je 2 Transporte ab Mähr.-Ostrau und ab Kattowitz geplant seien. Nach der Durchführung muß über den Chef der Sicherheitspolizei dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden, der wahrscheinlich an den Führer weitergeleitet werden würde. Es muß dann abgewartet werden, bis der generelle Abtransport von Juden angeordnet wird.

Der Führer hat vorerst die Umschichtung von 300 000 unbemittelten Juden aus dem Altreich und aus der Ostmark angeordnet.⁷

Am Schluß der Besprechung baten sowohl Generalmajor v. Knobelsdorf wie auch der Chef der Zivilverwaltung, ihn laufend von dem Fortgang zu informieren.⁸

DOK. 20

Die Gestapo Köln teilt am 12. Oktober 1939 mit, Juden seien bei Verstößen gegen Anordnungen umgehend zu inhaftieren¹

Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Köln (II B 3585/39), gez. Isselhorst,² an die Landräte des Bezirks vom 12.10. 1939 (Abschrift)³

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden.

Vorgang: Ohne.

Aus zahlreichen Berichten ist zu ersehen, daß die Juden in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit sich nicht die erforderliche Zurückhaltung auferlegen und vielfach auch bestehende Anordnungen mißachten oder zu hintergehen versuchen. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Verhalten von Juden keinesfalls geduldet werden kann. Der RFSS hat auf Vortrag angeordnet, Juden und Jüdinnen, die sich gegen irgendeine Anordnung vergehen oder sonst ein staatsabträgliches Verhalten an den Tag legen, sind rücksichtslos festzunehmen.⁴

Gegen die festgenommenen Juden werde ich Schutzhaft verhängen. Festnahmeverhandlungen mit Vernehmungsniederschriften sind mir unverzüglich in doppelter Ausfertigung vorzulegen.

⁷ Nicht ermittelt.

⁸ So im Original. Am Ende des Dokuments: „II. Z.d.A.: II/1-7¹, II/1-8²; zwei Mal gegengezeichnet.

¹ LAV NRW R, 18/3, Bl. 332.

² Dr. Erich Isselhorst (1906 – 1948), Jurist; 1932 NSDAP-, 1934 SS-Eintritt; 1935/36 Leiter der Staatspolizeistelle in Erfurt, 1936 – 1939 in Köln, 1939 – 1942 in München, von Febr. 1942 an im Stab der Einsatzgruppe B, leitete hier von Sept. bis Nov. 1942 das Ek 8, bis Juni 1943 das Ek 1 der Einsatzgruppe A, Juni bis Okt. 1943 KdS Weißruthenien, 1944 BdS in Straßburg; von einem franz. Militärgericht zum Tode verurteilt, hingerichtet.

³ Der Landrat des Oberbergischen Kreises (d. Nr. L.I. 610/39), i.V. gez. Frank, leitete die Abschrift zur Kenntnisnahme am 16. 10. 1939 an die Bürgermeister des Kreises (Eing. Amt Lieberhaus: 17. 10. 1939) weiter.

⁴ So im Original.

DOK. 21

Rica Neuburger nimmt sich im Oktober 1939 aufgrund der Schikanen gegen Juden das Leben¹

Meldung (ungez.) über den Selbstmord von Rica Neuburger² vom 13.10.1939³

Frau Rica *Neuburger*, 72 Jahre alt, war seit längerer Zeit herzleidend.

Sie wohnte zusammen mit ihrer Schwester⁴ in der Zeppelinstr. 161. Große Sorge und Unruhe bereitete ihr die Wohnungsfrage.⁵

Sie fürchtete, kein geeignetes Unterkommen zu finden und soll öfters gesagt haben: „Ich lasse mich nicht so herumstoßen.“

Die Abgabe des Rundfunkgeräts am höchsten jüdischen Feiertag⁶ hat sie sehr mitgenommen.

Die letzten 4 Wochen mußte sie meistens im Bett verbringen.

Da die Kranke sich kaum selbst helfen konnte, ließ sie die Schwester fast nie allein zu Hause.

Am 1. Tag, als es etwas besser ging und sie, auf den Stock gestützt, einige Schritte allein gehen konnte, drängte sie die Schwester, einige Besorgungen in der Stadt zu machen.

Als diese gegen 6 Uhr abends nach Hause kam und die Kranke weder auf dem Sofa noch im Bett fand, öffnete sie die Küchentüre. Dort saß die Kranke auf einem Stuhl, den Kopf über den Gasherd geneigt. Der Gashahn war geöffnet. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Man fand an ihrem Kleid einen Zettel mit einer Stecknadel angeheftet. Der Zettel hatte folgenden Inhalt:

Die Wohnungsfrage und alles, was man uns antut und über uns verhängt, ist zu grausam und schwer und kann ich nicht überleben.

Liebe Rosa, habe vielen Dank für Deine Pflege, leb wohl mit allen Lieben. Dort ist man besser wie hier. Ich halte es nicht mehr aus, wie man uns bedrückt.

Verzeihe mir den Schritt!

Rica

1 LBI JMB, Karl Adler Collection, MF 572, reel 2, box 3, folder 1.

2 Vermutlich Rica Neuburger, geb. Metzger (1867 – 1939).

3 Aus dem Original ist nicht ersichtlich, wer die Meldung verfasst hat.

4 Vermutlich Rosa Adler, geb. Metzger (*1874); am 22.8. 1942 nach Theresienstadt und von dort am 29.9. 1942 nach Treblinka deportiert; für tot erklärt.

5 Infolge des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939 waren viele Juden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen; siehe Dok. 15 vom 28.9. 1939, Anm. 4.

6 Die Radiogeräte mussten an Jom Kippur, der 1939 auf den 23. Sept. fiel, abgegeben werden; siehe auch Dok. 15 vom 28.9. 1939, Anm. 5.

DOK. 22

Friedrich Kellner entrüstet sich am 13. Oktober 1939 über völkerrechtswidrig begonnene Kriege und die Entrechtung der Juden¹

Handschriftl. Tagebuch von Friedrich Kellner,² Laubach, Eintrag vom 13.10.1939

Der Mensch ist doch ein gar eigenartiges Geschöpf. Wenn heute, da der Krieg im Gange ist, über Krieg u. Frieden im engen Kreis gesprochen wird, ist überhaupt kein Befürworter des Krieges zu finden. Ist aber Frieden, so sind immer Kriegsschreier in großer Zahl vorhanden. Die Staatsmänner sagen: Die Völker sehnen sich nach Frieden oder die Völker wollen keinen Krieg. Wer zum Teufel macht dann nun überhaupt den Krieg? Das muß doch festzustellen sein. Wird er von einem einzigen Gewalthaber in die Wege geleitet? Das ist gewiß nicht der Fall. Wenn ich etwas Außergewöhnliches vorhabe, z. B. eine große Reise machen will, werde ich mich stets erst mit Menschen besprechen, die auf diesem Gebiete die nötige Erfahrung besitzen. So wird es auch im Falle „Krieg“ sein. Die Spezialisten sind die Offiziere. Im engeren Sinne der Generalstab. Hier sitzen die maßgebenden Leute. Hier werden die Pläne ausgeheckt. Und von hier aus kann ein verantwortungsloser, kriegslüsterner Tyrann gelenkt und geleitet werden zum Guten wie zum Bösen.

Es ist durchaus nicht notwendig, daß sich jeder Friedensfreund auf den Generalstab stürzt und diesem den Garaus macht, in der Annahme, daß durch dessen Beseitigung für alle Zeiten Frieden herrsche. Zu Zwecken der Verteidigung gegen einen irrsinnig gewordenen Angreifer muß jedenfalls eine Einrichtung vorhanden sein, die sich mit den Dingen einer eventuellen Wehr beschäftigt.

Der Weg aus der Wirrnis weist also zwingend auf 2 Punkte: *Angriff* und *Verteidigung*. Kann ein einziges Land oder Volk darüber entscheiden, ob ein Angriff oder eine Verteidigung vorliegt? Nein! Denn die Verdrehungskünste machen aus einem Angriff eine Verteidigung oder umgekehrt. Bei einem Rechtsstreit glaubt jede Partei, sich im Rechte zu befinden.

Es entscheidet nicht die Partei, sondern der Richter. Was im Leben des einzelnen ausschlaggebend ist, muß auch für ein Volk bestimmend sein. Die sogenannte „Ehre“ oder das „Nationalgefühl“ müssen sich bequemen, der Weltordnung den Vorrang zu lassen. Das ist der springende Punkt.

Will die Welt im ganzen gesehen nicht aus den Fugen geraten, so muß unter allen Umständen der oder die Störer des Friedens vor ein Völkergericht gestellt werden. Dieses Gericht hat die Gründe zu prüfen, die das betr. Land veranlassen, den Versuch zu machen, durch die Gewalt eine Änderung bestehender Verhältnisse herbeizuführen. Wird bei der Prüfung festgestellt, daß alles nur einem Eroberungsversuch oder einer krankhaften Ruhmsucht entspringt, dann werden sich alle Völker gegen diesen neuen Störenfried

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: Archiv der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Universität Gießen. Abdruck in: Friedrich Kellner, „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939 – 1945, hrsg. von Sascha Feuchert, Robert Martin Scott Kellner, Erwin Leibfried u. a., Göttingen 2011, S. 36 – 38.

² Friedrich Kellner (1885 – 1970), Justizinspektor; seit den 1920er-Jahren SPD-Mitglied; 1933 – 1948 geschäftsleitender Justizinspektor am Amtsgericht Laubach; nach 1945 zeitweise SPD-Vorsitzender in Laubach, 1945/46 Beigeordneter der Stadt Laubach; 1948 – 1950 am Bezirksgericht Gießen; 1956 – 1960 stellv. Bürgermeister in Laubach.

wenden. Alle Völker sind verpflichtet, im Verhältnis zu ihrer Größe Beistand zu leisten. Militärisch, wirtschaftlich u. finanziell.

Es kann nicht angehen, daß ein Volk (z. B. Japaner) für sich in Anspruch nimmt, seiner uneingeschränkten Bevölkerungszunahme dadurch abzuhelpfen, daß es einfach über ein anderes Volk (Chinesen) herfällt, und dann dieses Volk beherrschen oder beseitigen will zu eigenem Nutzen.³ Dieser Eigennutz ist eine Unmöglichkeit.

Diese Japaner haben sich in erster Linie Beschränkungen aufzuerlegen. Verstand u. Vernunft dürfen einer zügellosen Vermehrung ihren Beistand nicht leisten. Es ist Sache der Japaner, in dieser Beziehung Mittel u. Wege zu finden. Die Natur hat ihnen jedenfalls die Insel zum Wohnplatz angewiesen. Eine Änderung dieser Sachlage ist nur auf *friedlichem* Wege in Verbindung u. im *Einverständnis* mit anderen Völkern zu erreichen. Die Gewalt hat vollkommen auszuschneiden. Ich kann doch auch nicht mit Gewalt mir eine Wohnung in irgendeinem mir fremden Hause „erobern“. Die vertragliche Zustimmung des Eigentümers oder Besitzers ist doch die erste Voraussetzung für den Gebrauch der Wohnung. Insbesondere dann, wenn ich Wert darauf lege, länger als 1 Tag in den Räumen zu verbleiben. Eine Selbstverständlichkeit für jeden Kulturmenschen. Aber warum wird von der Summe solcher Menschen, die sich dann als „Volk“ bezeichnen, gegen die einfachsten Rechtsbegriffe verstoßen? Jedenfalls deshalb, weil sie sich als Masse stärker fühlen. Daraus entsteht dann die These: Gewalt geht vor Recht.

Die Zivilisation u. der Fortschritt der Menschheit hängt aber von der Achtung des Rechtes ab. Das ist derart wichtig, daß es täglich als Gebet in die Köpfe eingehämmert werden müßte. Jede Volksgemeinschaft, der Staat, hat natürlich mit gutem Beispiel voranzugehen. *Er muß die Grundrechte seiner Bürger unantastbar garantieren.* Das müssen geheiligte Rechte sein und ewig bleiben!!!

Wie steht es in diesem Punkte heute (1939) in Deutschland? Erbärmlich! Ein Volk ohne Verfassung! Ein Sklavenvolk! Knechte ohne Rechte!! Wann wird Deutschland auferstehen?? Aus dem Dunkel in das Licht einer besseren Zukunft?

Ich wage noch nicht, mir den Ablauf der Dinge, die da kommen werden, vorzustellen. Es sind zuviel Probleme in den vergangenen 6 Jahren angegriffen worden. Aber nicht ein einziges wurde gelöst. Die Judenfrage wurde mit brutaler Einseitigkeit u. in rigoroser Form zu regeln versucht. Wo die Juden aber wohnen sollen, darüber haben sich die Nazis keine Gedanken gemacht. Das überlassen sie großzügig den anderen Staaten. Der Jude wird nach allen Regeln einer Räuberbande ausgeplündert u. dann kann er gehen. Noch nicht einmal bei den Zigeunern ist man so verfahren. Diesen sind wenigstens feste Plätze angewiesen worden.⁴ Dagegen ist vom Standpunkte eines geordneten Staatswesens nichts einzuwenden. Wenn aber die Juden, die durch Jahrhunderte in dem Wirtschaftsleben nachweisbar für die Gesamtentwicklung Leistungen vollbracht haben, rechtlos gemacht

3 1931 begannen japan. Truppen chines. Gebiete zu besetzen und lösten schließlich im Juli 1937 den Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg aus. Im darauf folgenden Winter verübten sie in der damaligen chines. Hauptstadt Nanking ein Massaker, dem Zehntausende zum Opfer fielen. In Deutschland wurden die Ereignisse durch den deutschen Kaufmann John Rabe bekannt, der im Frühjahr 1938 aus Nanking zurückkehrte.

4 Von 1936 an wurden in mehreren deutschen Städten Zwangslager für die als „fremdrassig“ klassifizierten Sinti und Roma errichtet. Die Lager dienten ihrer Erfassung und Isolierung. Seit dem 17. 10. 1939 durften Sinti und Roma ihren Aufenthaltsort nicht mehr verlassen; siehe Dok. 23 vom 16. 10. 1939.

werden, so ist das eine Tat, die einer Kulturnation unwürdig ist. Der Fluch dieser bösen Tat wird auf der ganzen deutschen Nation unauslöschlich ruhen. Die Täter (die Nationalsozialisten) werden eines Tages verschwunden sein, ihre Taten werden aber weiterleben.

DOK. 23

Eichmann lässt Kripochef Nebe am 16. Oktober 1939 mitteilen, dass den Deportationszügen nach Polen Waggons mit „Zigeunern“ angehängt werden können¹

Fernschreiben des SD-Abschnitts Donau (Nr. 7743), gez. SS-H'Stuf. Eichmann, an die Stapoaußenstelle Mährisch-Ostrau, zu Händen SS-H'Stuf. Günther,² Mährisch-Ostrau, vom 16. 10. 1939³

Unter Bezugnahme auf das dortige FS⁴ vom Chef der Sicherheitspolizei, SS-Oberführer Nebe,⁵ wird gebeten, ein Antwort-FS nachstehenden Wortlauts an SS-Oberführer Nebe zur Absendung zu bringen.

Bezüglich Abtransport Zigeuner wird mitgeteilt, daß am Freitag, dem 20. 10. 39, der 1. Judentransport von Wien abgeht. Diesem Transport können 3–4 Waggons Zigeuner angehängt werden.

Laufende Transporte gehen jetzt regelmäßig vorläufig von Wien für die Ostmark, Mähr.-Ostrau für das Protektorat und Kattowitz für das ehemalige polnische Gebiet ab.⁶ Bezüglich Weitertransport der Zigeuner rege ich an, von dort aus die Sachbearbeiter der Kripoleitstellen Wien für Wien, sich mit SS-O'Stuf. Günther,⁷ Wien 4, Prinz-Eugenstraße 22, für Mähr.-Ostrau und für Kattowitz mit SS-H'Stuf. Günther⁸ im Dienstgebäude der Stapoaußenstelle, in Verbindung zu setzen, damit von den von mir beauftragten Stellen die Detaildurchführungsmaßnahmen getroffen werden können.

¹ NAP, 101-653-1, Bl. 96 + RS.

² Gemeint ist Rolf Günther.

³ Das Fernschreiben wurde auf dem Briefpapier der Gestapo, Stapostelle Brünn, übermittelt; im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Dienststempel und am Ende der Vermerk: „An den Chef der Sicherheitspolizei, Reichskriminalpolizeiamt, zu Händen SS-Oberf. Nebe. Betr.: Abtransport der Zigeuner“.

⁴ Das SD-Hauptamt hatte eine telefonische Anfrage Nebes vom Vortag, „wann er die Berliner Zigeuner schicken kann“, am 13. 10. 1939 per Fernschreiben an Eichmann weitergeleitet. Nebe befürchtete, die Stadt müsse Lager für sie bauen, wenn sich die Abschiebung hinauszögere; Fernschreiben des SD-Hauptamts, gez. SS-Hauptsturmführer Braune, an die Stapoaußenstelle Mährisch-Ostrau, wie Anm. 1, Bl. 87.

⁵ Arthur Nebe (1894–1945), Polizist; von 1920 an im Polizeidienst; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; 1935 Leiter des preuß. Landeskriminalpolizeiamts und stellv., von 1936 an Leiter des Amts Kriminalpolizei im HA Sicherheitspolizei; 1936 SS-Eintritt; 1937–1944 Leiter des Reichskriminalpolizeiamts, von 1939 an im Amt V des RSHA, 1941 Chef der Einsatzgruppe B, wegen Verbindungen zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 im März 1945 hingerichtet.

⁶ Siehe Dok. 19 vom 9. 10. 1939, Dok. 24 vom 17. 10. 1939 und Einleitung, S. 37.

⁷ Hans Günther (1910–1945?), Buchhalter; 1928–1937 SA-Mitglied, 1929 NSDAP-Eintritt; 1935–1937 Mitarbeiter der Gestapo Erfurt; 1937 SS-Eintritt; 1938/39 in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien tätig, von 1939 an Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag (ab 1942 Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren), gilt als Ideengeber des Propagandafilms über Theresienstadt (1944/45).

⁸ Rolf Günther.

Die einfachste Methode ist, wie anlässlich Rücksprache festgelegt, jedem Transport einige Waggons Zigeuner anzuhängen. Da diese Transporte gewissermaßen fahrplanmäßig vonstatten gehen, ist eine reibungslose Durchführung dieser Angelegenheit zu erwarten. Bezüglich in Angriffnahme Altreich wird mitgeteilt, daß diese erst in 3–4 Wochen kommen wird.⁹

Das Duplikat des vorliegenden FS ist anlässlich meiner Durchfahrt durch Mähr.-Ostrau am 17. 10.39 vorzulegen.

DOK. 24

In der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien werden am 17. Oktober 1939 Details zur Deportation der Wiener Juden nach Polen besprochen¹

Vermerk des Leiters der Zentralstelle für jüdische Auswanderung,² gez. Brunner,³ Wien, an SS-H'Stuf. Eichmann, Mährisch-Ostrau, SS-O'Stubaf. Vollheim,⁴ IV., Theresianumg. 16, SS-Stubaf. Polte,⁵ IV., Theresianumg. 16, vom 17. 10. 1939

Betrifft: Aussprache zwischen SS-H'Stuf. Eichmann, Herrn Dr. Ebner⁶ von der Geheimen Staatspolizeistelle Wien und Herrn Dr. Becker⁷ vom Stabe des Reichskommissars.

Am 16. 10. 1939 fand in der Zentralstelle zwischen den Obengenannten eine Besprechung statt, wo Herr Dr. Becker von der Gauleitung SS-H'Stuf. Eichmann erklärte, daß

⁹ Außer den Deportationen aus Pommern im Febr. 1940 (siehe Dok. 52 vom 12./B.2. 1940 und Dok. 53 vom 16. 2. 1940) gab es bis zum Herbst 1941 keine Transporte aus dem Altreich ins besetzte Polen; siehe Einleitung, S. 38 f.

¹ NAP, 101-653-Ia. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, Bd. 3: 1938–1945, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984, S. 284 f.

² Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung war am 20. 8. 1938 in Wien gegründet worden.

³ Alois Brunner (*1912), Kaufmann; 1931 NSDAP- und SA-, 1938 SS-Eintritt; bis 1938 als Verkäufer und Dekorateur, von 1938 an beim SD und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien tätig, seit 1941 deren Leiter, organisierte 1939 und 1941/42 die Deportation der Juden aus Österreich, 1942/43 aus Berlin, 1943 aus Griechenland, 1943/44 aus Frankreich, 1944 aus der Slowakei; lebte 1947–1954 unter falschem Namen in der Nähe von Essen, 1954 in Paris in Abwesenheit zum Tode verurteilt, floh nach Syrien.

⁴ Friedrich Vollheim (*1907), Marineoffizier; 1925–1933 bei der Reichsmarine; 1933 SA-, 1935 SS-Eintritt; 1935 beim SD-Oberabschnitt Rhein, von 1936 an im SD-HA tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1938 an beim SD-Oberabschnitt Donau, Wien, 1939 SS-Obersturmbannführer, von 1941 an im RSHA, Amt VI.

⁵ Friedrich Polte (1911–1946), Historiker; 1932 SA-, 1933 SS-Eintritt; von 1934 an für den SD tätig; 1936 NSDAP-Eintritt; 1936 im SD-HA Referent in II, 211 (Wissenschaft), von 1938 an beim SD-Leitabschnitt Wien, 1939–1941 dessen Leiter, 1941–1945 Leiter des SD-Leitabschnitts Berlin, 1942 SS-Obersturmbannführer; 1946 in Jugoslawien zum Tode verurteilt und hingerichtet.

⁶ Dr. Karl Ebner (1901–1983), Jurist; von 1929 an bei der österr. Bundespolizei; 1936 NSDAP-, 1937 SS-Eintritt; von 1938 an bei der Gestapo Wien, seit 1939 Leiter des „Judenreferats“; maßgeblich an den Deportationen der Wiener Juden beteiligt, 1942 ORR und stellv. Gestapo-Chef; nach 1945 in brit. Internierung, 1948 vom Wiener Volksgericht zu 20 Jahren Kerker verurteilt, 1953 entlassen, 1955–1968 Hausverwalter in Wien.

⁷ Dr. Eugen Becker (1897–1969), Jurist, Volkswirt; 1933 NSDAP-Eintritt; 1939/40 Leiter des Wirt-

SS-H'Stuf. Eichmann vom Gauleiter Bürckel persönlich sämtliche Vollmachten für die Umsiedlungsaktion nach Polen erhält und sogar gebeten hat, die Umsiedlung von Wien aus beschleunigt durchzuführen. Herr Dr. Becker erklärte, daß er jedwedes bürokratische oder sonstige Hindernis (Zusammenstellung der Züge, Aufstellung einer Begleitmannschaft durch die Schupo, Lebensmittelbeschaffung, Erfassung der Juden und Abstellung von Hilfskräften des Wohnungsamtes) auf kurzem Wege über Gauleiter Bürckel zugunsten der Umsiedlung aus dem Wege räumt.

Weiter teilte Herr Dr. Becker mit, daß er Gauleiter Bürckel bereits einen Vortrag über die Aussprache vom 7.10.1939 hielt⁸ und der Gauleiter mehr als froh ist, daß die geplante Umsiedlung der Juden in Baracken nicht stattzufinden braucht, da die Kosten pro Kopf zum Bau der Baracken allein schon auf RM 500,- gekommen wären. Herr Dr. Becker wird nach Möglichkeit einen Vortrag bei Gauleiter Bürckel für 17.10.1939 Vormittag ermöglichen, wenn nicht, ist SS-O'Stuf. Günther Verbindungsmann zwischen der Gauleitung und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung und kann sich jederzeit bei Auftreten irgendeiner Schwierigkeit an Herrn Dr. Becker wenden.

Herr Dr. Becker bat um Zusendung einer Kartei pro Transport der nach Polen übersiedelnden Juden, um über die Wohnungen entsprechend zu verfügen und die nötigen Maßnahmen gegen ein event. einsetzendes wildes Arisieren zu verhindern. Weiter sprach Herr Dr. Becker noch, daß der gesamte Realbesitz der Wiener Juden einer Treuhandgesellschaft zu übergeben wäre, die die entsprechenden Zahlungen an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung leistet, um ebenfalls ein überstürztes Arisieren des jüdischen Hausbesitzes zu verhindern. Herr Dr. Becker sagte auch zu, daß er den Staatskommissar⁹ für die „Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge in Wien“¹⁰ sofort kaltstellen werde, damit ja keine Verzögerung in der Umsiedlung eintreten kann.¹¹

Herr Dr. Ebner der Geheimen Staatspolizei war während dieser Verhandlungen anwesend und betonte ganz besonders, daß dem wilden Arisieren der Wohnungen sowie der Arisierung des Realbesitzes sofort ein Riegel vorgeschoben werden muß, da ansonsten Novemberverhältnisse¹² eintreten könnten. Weiter versprach Herr Dr. Ebner, seinen gan-

schaftsamts der Stadt Wien, 1940 – 1945 stellv. Leiter des Wiederaufbauamts des Gaus Westmark, 1941/42 Stadtkommissar von Metz, 1943 Regierungsdirektor; 1945 – 1948 in franz. Internierung, danach Wirtschaftsredakteur diverser Zeitungen und Geschäftsführer des Landesverbands des Saarländ. Einzelhandels.

⁸ Eichmann hatte am 7. 10. 1939 mit leitenden Mitarbeitern Bürckels über die geplanten Deportationen von Juden aus Wien gesprochen.

⁹ Karl Beranek (1900 – 1945), Prokurist; 1917 – 1925 Bankangestellter, 1925 – 1938 Taxiunternehmer; 1932 SA-, 1933 NSDAP-Eintritt; 1938 – 1942 Revisor und von 1939 an Revisionsstellenleiter der NSV Wien, 1939 kurzzeitig Staatskommissar für die Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge, 1942 Revisor im Gauschatzamt Wien und 1943 – 1945 bei der Gauleitung Sudetenland; in Internierungshaft verstorben.

¹⁰ Nahezu alle jüdischen Stiftungen und Fonds waren von März 1938 an schrittweise aufgelöst worden. Ihr Vermögen floss in die Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge in Wien und diente hauptsächlich der Versorgung von Kindern, Alten und Kranken, aber auch der Finanzierung von Deportationen. Ende 1941 wurde die Stiftung aufgelöst.

¹¹ Beranek hatte vergeblich eine Aufstellung einzelner Vermögenswerte der aufgelösten Stiftungen eingefordert und Josef Löwenherz deswegen verhaften lassen. Am 7. 12. 1939 übernahm Eichmann Beraneks Aufgaben und übertrug diese im Febr. 1940 an Anton Brunner.

¹² Gemeint ist der Novemberpogrom 1938, bei dem es reichsweit zu massiven Plünderungen und Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Einrichtungen kam; siehe VEJ 2, S. 51 – 58, sowie besonders VEJ 2/123 – 38.

zen Apparat auf die Umsiedlung abzustellen und bei der Erfassung der Juden entsprechende Maßnahmen zu treffen. Er bat auch, beim 2. Transport die verhafteten staatenlosen Juden vorzunehmen,¹³ ebenso auch die im KZ befindlichen sofort anzuschließen. Gleichfalls wird Herr Dr. Ebner auch veranlassen, daß sämtliche bei den Landgerichten und verschiedenen Bezirksbehörden derzeit inhaftierten Juden durch die Umsiedlung auf kurzem Wege freigegeben werden. Herr Dr. Ebner bittet, von sämtlichen nach Polen übersiedelnden Juden transportweise pro Kopf eine Karteikarte an die Geheime Staatspolizei zu übersenden.

Somit kann jetzt angenommen werden, daß 2 Transporten pro Woche mit je 1000 Juden keine unüberwindbaren Schwierigkeiten gegenüberstehen. Der 1. Transport geht am Freitag, dem 20. 10. 1939, um 22.00 Uhr vom Aspangbahnhof ab.¹⁴

DOK. 25

Der Reichsfinanzminister erhöht am 19. Oktober 1939 die Vermögensabgabe für Juden¹

*Zweite Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden.
Vom 19. Oktober 1939*

Auf Grund des § 2 der Verordnung über eine Sühneleistung der Juden vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1579)² wird hierdurch verordnet:

- (1) Die Judenvermögensabgabe wird zur Erreichung des Betrags von einer Milliarde Reichsmark von 20 vom Hundert auf 25 vom Hundert des Vermögens erhöht.
- (2) Der Unterschiedsbetrag von 5 vom Hundert des Vermögens ist am 15. November 1939 fällig.
- (3) Die Zahlung ist ohne besondere Aufforderung zu leisten.

Berlin, 19. Oktober 1939

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk³

¹³ Siehe Dok. 33 vom 20. 11. 1939 und Dok. 41 von Ende 1939.

¹⁴ Nach dem zweiten Wiener Transport wurden die Deportationen wieder gestoppt. Zu den Deportationen nach Nisko im Distrikt Lublin siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

¹ RGBl., 1939 I, S. 2059.

² Per Verordnung über eine Sühneleistung der Juden vom 12. 11. 1938 war den Juden im Reich eine Zwangsabgabe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt worden. In § 2 der VO war festgelegt, dass der Reichsfinanzminister zum Erlass von Durchführungsbestimmungen befugt war; RGBl., 1938 I, S. 1579, siehe auch VEJ 2/142.

³ Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk (1887–1977), Jurist; von 1909 an im preuß. Staatsdienst, seit 1920 im RFM tätig, von 1929 an dort Chef der Haushaltsabt., 1932–1945 RFM; 1945 in US-Internierung und 1949 im Nürnberger Prozess zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, Haft bis 1951, danach schriftstellerische Tätigkeit; Autor u. a. von „Es geschah in Deutschland“ (1951).

DOK. 26

**Die Synagogengemeinde Köln gibt am 21. Oktober 1939 Einschränkungen
beim Einkauf von Lebensmitteln bekannt¹**

Rundschreiben des Vorstands der Synagogengemeinde Köln² vom 21.10.1939

An alle Juden des Stadtgebietes Köln.

In der Lebensmittelversorgung der Juden in Köln wird die Einkaufsregelung ab Montag, dem 23. Oktober 1939, grundlegend geändert.

Behördlicherseits wird für die Zuteilung der Lebensmittel an uns Sorge getragen. Es wird auch deshalb erwartet, daß jeder die folgenden behördlichen Anordnungen in allen Einzelheiten genauestens beachtet, zumal Verstöße strenge Folgen für den Übertreter nach sich ziehen.

1. *Sämtliche* Lebensmittel dürfen *nur noch* in den zugewiesenen Verkaufsstellen gekauft werden, und zwar *nur noch* in der Zeit von 13–15 Uhr.

2. Außer Lebensmittelgeschäften sind nun auch Bäckereien, Metzgereien, Gemüse- und Obsthändler zum Einkauf für uns bestimmt worden. Auf Märkten, an Obst- und Gemüseständen oder bei umherziehenden Händlern darf nicht gekauft werden. Soweit zugewiesene Lebensmittelgeschäfte auch Gemüse oder Obst führen, dürfen diese dort gekauft werden, dann aber nicht in einem weiteren Obst- oder Gemüsegeschäft.

3. Für Fische und Geflügel sind Geschäfte nicht zugewiesen. Der Einkauf von Fisch und Geflügel ist auch in den für andere Artikel zugewiesenen Verkaufsstellen nicht gestattet. Dieses betrifft nicht die in den zugewiesenen Verkaufsstellen erhältlichen Fischkonserven.

4. Der Einkauf muß im nächstgelegenen zugewiesenen Geschäft stattfinden. Es fällt also die bisher zugelassene Auswahl der Verkaufsstellen fort.

5. Der Einkauf aller anderen Artikel, die nicht Lebensmittel sind, darf auch während der übrigen Tagesstunden erfolgen.

Für *Mischehen* gilt die folgende Regelung:

Es ist davon auszugehen, daß der Einkauf von Lebensmitteln Sache der Hausfrau ist. Ist die Hausfrau nach den einschlägigen Gesetzen Jüdin,³ so ist der Einkauf nur in den zugewiesenen Geschäften während der vorgesehenen Zeit zu tätigen. Ist die Hausfrau Arierin, so kann der Einkauf in Lebensmittelgeschäften nach freier Wahl erfolgen, soweit die Einkäufe nur durch Arier allein getätigt werden. Hausangestellte gelten als Beauftragte und bestimmen daher nicht das freie Einkaufsrecht für die Familie. Soweit Mischlinge das Reichsbürgerrecht noch nicht besitzen, richtet sich das Einkaufsrecht nach dem des ausschlaggebenden Familienteils.

Zwecks Angaben für die Behörde muß beifolgender Abschnitt genauestens ausgefüllt

1 NS-Dokumentationszentrum Köln, Nachlass Corbach, E 798.

2 Vorsitzender der Synagogengemeinde Köln war 1939 Georg Fröhlich (* vermutlich 1899). Sein Stellv. war von 1939 an Dr. Albert Kramer (1887–1942), Jurist; 1920–1933 Stadtdirektor in Köln, Devisenberater für jüdische Auswanderer, Vorsitzender des Landesverbands Rheinland-Westfalen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland; er wurde am 30. 10. 1941 ins Ghetto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, wo er verstarb.

3 § 5 der 1. VO zum Reichsbürgergesetz legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe auch VEJ 1/210.

werden und spätestens bis Donnerstag, den 26. Oktober, an das Sekretariat des Jüdischen Wohlfahrtsamtes, Rubensstr. 33, zurückgesandt sein.⁴

Wir sind bemüht, für die nicht berücksichtigten Vororte Einkaufsstellen zur nächsten Verteilung bewilligt zu erhalten.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Eintragung für den Bezug der Lebensmittel, insbesondere bei Metzgereien, sofort Montag bis spätestens Mittag erfolgen muß, damit die Versorgung keine Unterbrechung erleidet.

DOK. 27

Martha Svoboda schreibt am 21. Oktober 1939 in ihrem Tagebuch über die Deportation ihres Bruders aus Wien nach Nisko¹

Handschriftl. Tagebuch von Martha Svoboda,² Wien, Eintrag vom 21.10.1939

Gestern ist Onkel Paul³ abgereist. Mit einem „behördlicherseits angeordneten Auswanderertransport“ nach Polen.⁴

Vor zehn Tagen wurde er mit noch vielen anderen Leidensgenossen zur Kultusgemeinde vorgeladen, wo sie aufgefordert wurden, sich freiwillig für die Auswanderung nach Polen zu melden, in einigen Wochen sollte der erste Transport abgehen. Falls sich nicht genügend Leute melden sollten, würde die Gestapo die Sache „in die Hand nehmen“.

Sonntag kam die Aufforderung, sich für die Abreise in nächster Zeit bereitzuhalten, und vorgestern der Befehl, sich am folgenden Tag am Bahnhof einzufinden!

Unbeschreiblich unser aller Bestürzung. Von einem Tag auf den andern mußte alles Nötige besorgt werden, was bei dem schrecklichen Lebensmittel- und Warenmangel auf große Schwierigkeiten stieß.

Aber, Glück im Unglück, wenn man solche Freunde besitzt! Dank ihrer Hilfe ist es uns gelungen, Onkel Paul für seine traurige Reise auszurüsten.

Kurz war der Abschied, aber schwer war es uns ums Herz. Wer weiß, wann wir uns wiedersehen werden.

Einmal, vielleicht wenn Du erwachsen bist, mein Kind, wird, so hoffe und glaube ich, solches undenkbar sein: Menschen, die nicht das geringste verbrochen haben, von ihren Familien zu reißen, sie wie Gefangene in ein fremdes Land, an ein unbekanntes Ziel zu transportieren und sie dort Zwangsarbeit verrichten zu lassen.

Wenn nicht Anzeichen wären, daß all diese Qual vielleicht doch bald ein Ende hat, es wäre kaum auszuhalten.

⁴ Liegt nicht in der Akte.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601.

² Martha Svoboda (1900 – 1984), Hausfrau, lebte in Wien in einer „privilegierten Mischehe“. Das Tagebuch schrieb sie für ihr Kind.

³ Paul Müller (* 1905), Tapezierer, war Martha Svobodas Bruder. Er wurde am 20. 10. 1939 nach Nisko deportiert, floh in Richtung Lemberg und kam vermutlich 1941 ums Leben.

⁴ Zu den Deportationen siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

DOK. 28

Mansfelder Zeitung:

**Artikel vom 26. Oktober 1939 über die Verurteilung von David Naruhn,
der unerlaubt mit einer „Arierin“ zusammenlebte¹***Aus dem Kreise*

Halle. Jud David glaubte, er sei Arier. Der 44jährige staatenlose Jude David Naruhn² in Plötz ist aus Litauen gebürtig, nahm auf russischer Seite am Weltkrieg teil und kam 1915 als Gefangener nach Deutschland. Nach Kriegsende freigelassen, kehrte er 1919 wieder nach Deutschland zurück, wo er sein gutes Auskommen fand. Der Form halber hatte er sich auch taufen lassen, und er wäre vielleicht niemals mit den Gesetzen in Berührung gekommen, wenn er eben nicht im Grunde seines Herzens doch ein echter Jude geblieben wäre.

Im April 1937 hatte er seine Frau verloren und im Mai durch eine Anzeige eine Wirtschaftlerin gefunden. Naruhn kümmerte sich nicht darum, daß die Frau noch nicht 45 Jahre alt war und er sie deshalb gar nicht in seinem Haushalt beschäftigen durfte.³ Dieser Gesetzesübertretung folgte aber bald die schwerere der Rassenschande, denn in kurzer Zeit lebten die beiden in wilder Ehe zusammen, bis Naruhn verhaftet wurde. Er hatte sich jetzt vor der Ersten großen hallischen Strafkammer zu verantworten.

David spielte den Unwissenden, der fest geglaubt habe, er sei durch seine Taufe Arier geworden, und dies um so mehr, als er stets „gegen die Juden gekämpft“ habe! Daß er selbst von reinblütigen Juden abstammte, konnte er zwar nicht ableugnen, er gab aber an, von den Nürnberger Gesetzen nichts gewußt zu haben, obgleich er seit zwanzig Jahren in Deutschland ansässig ist. Als der Jude dann merkte, daß seine Ausflüchte ihm nicht geglaubt wurden, ließ er die Maske fallen und zeigte seine wahre Rasse. Er beschuldigte die Frau, sich ihm angeboten und auch bei der Führung der Wirtschaft ihn überverteilt zu haben. Die ganze zur Schau getragene Ruhe und Gelassenheit fiel von ihm ab; er war wieder der waschechte Jude, dem jedes Mittel recht war, um seine Haut zu retten.

Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt bei Anrechnung der Untersuchungshaft.

1 Mansfelder Zeitung, Nr. 250 vom 26. 10. 1939, S. 3. Die Mansfelder Zeitung ist eine der Lokalausgaben der im 19. Jahrhundert gegründeten Mitteldeutschen Zeitung.

2 David Naruhn (1895–1942) wurde am 19. 10. 1942 nach Auschwitz deportiert und kam dort ums Leben.

3 Nach § 3 des sog. Blutschutzgesetzes war es Juden verboten, weibliche deutsche Hausangestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen; Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935, siehe Dok. 9 vom 11. 9. 1939, Anm. 5.

DOK. 29

**Die Auswanderungsberatung der Jüdischen Wirtschaftshilfe Dresden
bittet den Joint am 2. November 1939, die Visaerteilung durch das US-Generalkonsulat
in Berlin zu befördern¹**

Schreiben (durch Luftpost) der Auswanderungsberatung der Jüdischen Wirtschaftshilfe Dresden,² ungez., an das American Jewish Joint Distribution Committee, New York, vom 2. 11. 1939 (Abschrift)³

Betr.: Visum-Erteilung bei dem amerikanischen General-Konsulat Berlin.

Die Handhabung der Überprüfung der Affidavits durch das General-Konsulat Berlin gibt uns Veranlassung, Ihnen heute diesen Brief zu schreiben.

Die Schwierigkeiten, die seit längerer Zeit den Visen-Bittenden seitens des Konsulats bereitet werden, nehmen von Tag zu Tag zu. Es ist kaum ein Fall, in dem einem Petenten ohne irgendwelche Beanstandungen in Berlin das Visum erteilt wird; entweder die Höhe des Affidavits ist nicht genügend, oder die Verwandtschaft des Affidavit-Stellers zum Empfänger desselben ist nicht nahe genug (Cousin und Cousine genügt nicht), oder aber der Affidavitsteller ist zu alt. In allen diesen Fällen wird dem Petenten erst einmal das Visum verweigert, entweder sie müssen *Zusatz-Affidavits* bringen, oder aber es wird [ein] Bürgschafts-Depot ab \$ 1000 pro Person verlangt. In einem Fall wurde sogar ein Testament der amerikanischen Verwandten zugunsten der Visensucher verlangt, und nachdem dieses, durch alle möglichen Schwierigkeiten erreicht, dem Konsulat vorgelegt wurde, wurde es verworfen, weil das Testament nicht auf unwiderruflich ausgestellt war. In einem Fall hat ein amerikanischer Freund eines hiesigen Herrn, dessen Affidavit, welches er von Verwandten erhalten hat, nicht hoch genug war, ein Bankbuch in Höhe von \$ 1250 mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, daß er bei seinem Eintreffen in Amerika von dem Guthaben seinen monatlichen Bedarf abheben könne. Diese Tatsache wurde dem General-Konsulat Berlin durch die Bank, bei der das Bankbuch deponiert war, bestätigt. Der General-Konsul⁴ verwarf diese Maßnahme mit der Maßgabe, es sollen auf den Namen des Einwanderers \$ 1250 hinterlegt und ihm die Ermächtigung erteilt werden, von dieser Summe einen monatlichen Betrag abheben zu dürfen.

Bei dieser Handhabung des amerikanischen General-Konsulats Berlin ergeben sich derartige Schwierigkeiten, daß die Auswanderung von hier bei Bestehenbleiben dieser Maßnahmen illusorisch werden wird. Es erfordert einen derartigen Aufwand von Arbeit und für die Hilfesuchenden eine derartige seelische Belastungsprobe, zu der wir nicht ohne weiteres stillschweigen können, um uns nicht mitverantwortlich bei diesen Methoden zu machen.

1 JDC, AR 33/44, 658.

2 Die Jüdische Wirtschaftshilfe entstand 1933 in Reaktion auf die ökonomische Marginalisierung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Sie konzentrierte sich primär darauf, die deutschen Juden durch Beratung, Umschulung und Arbeitsvermittlung zu unterstützen. Neben der Zentrale für Jüdische Wirtschaftshilfe in Berlin wurden Zweigstellen in allen größeren Gemeinden eingerichtet.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

4 Dr. Raymond Herman Geist (*1885), Diplomat; 1924 – 1929 US-Konsul in Alexandria, 1929 – 1939 US-Konsul in Berlin, dort 1937– 1939 kommissarischer Generalkonsul und 1938/39 1. Botschaftssekretär, 1940 – 1945 im US-Außenministerium in Washington tätig; 1945– 1948 1. Botschaftssekretär in Mexiko City, erhielt 1954 das Bundesverdienstkreuz.

Aus diesem Grunde haben wir Ihnen vorstehendes geschildert und bitten höflichst, Ihrerseits alles daranzusetzen, was in Ihrer Macht steht, diesem unsinnigen Treiben ein Ende zu bereiten.⁵

Mit vorzüglicher Hochachtung⁶

DOK. 30

**Eine Wiener Jüdin bittet Josef Löwenherz am 10. November 1939,
Mädchen unter 18 Jahren vor der Deportation nach Polen zu bewahren¹**

Handschriftl. Brief einer Wiener Jüdin, ungez., an Dr. Josef Löwenherz² in Wien vom 10.11.1939

Hochwohlgeboren

Herrn Dr. Josef Löwenherz

Wien

Eine verzweifelte Mutter bittet im Namen vieler anderer Mütter inständigst, das Möglichste zu versuchen, um wenigstens die Mädchen unter 18 Jahren, die allein nach Polen kommen sollen,³ herauszubekommen, sie könnten ja hier zu anderer Arbeitsleistung herangezogen werden.

Diese kleine Konzession wäre sicherlich zu erreichen, wenn Herr Doktor nur wollten, und deshalb bitte ich nochmals himmelhoch darum.

Eine unglückliche Mutter

⁵ Immigrations-Visa für die USA wurden nur durch die Konsulate in Berlin, Hamburg, Stuttgart, von 1938 an auch in Wien vergeben. Die Antragsteller mussten einen gültigen Pass und ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen sowie den Nachweis erbringen, dass sie nach der Einreise in die USA finanziell abgesichert waren (Affidavit). Die Entscheidung, ob ein Affidavit ausreichend war, lag im Ermessen der Konsuln. Diese tendierten nach 1933 zu einer restriktiven Auslegung der Bestimmungen, akzeptierten oft nur Affidavits von Verwandten ersten Grades und gewährten Visa selbst dann nur mit Verzögerung, wenn alle geforderten Dokumente vorlagen. Mit Kriegsbeginn wurden die Einreisebestimmungen unter Verweis auf Sicherheitsbedenken, so die Angst vor deutschen Spionen, weiter verschärft.

⁶ Eine Reaktion ist nicht bekannt.

¹ CAHJP, A/W 2747, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF W 1, fr. 71.

² Dr. Josef Löwenherz (1884 – 1960), Jurist; 1911– 1915 Delegierter auf dem 10.– 15. Zionistenkongress, von 1918 an Rechtsanwalt in Wien, 1924– 1937 Vizepräsident, 1937– 1942 Amtsdirektor der IKG Wien, im Mai 1938 von Eichmann mit der Neuorganisation der Jüdischen Gemeinde Wien beauftragt, nach deren Auflösung am 1.1.1943 offiziell zum Judenältesten in Wien ernannt; 1945 von sowjet. Soldaten wegen Kollaboration verhaftet, nach drei Monaten entlassen, lebte nach 1945 in New York.

³ Zu den Deportationen nach Nisko siehe Dok. 16 vom 2.10.1939, Anm. 9. Der für den 31.10.1939 vorgesehene dritte Wiener Transport fuhr nicht mehr ab, da die Deportationen inzwischen eingestellt worden waren.

DOK. 31

**Die Gestapo informiert den Landeshauptmann von Tirol
am 17. November 1939 über die Mitglieder und das Vermögen der
Jüdischen Gemeinde in Innsbruck¹**

Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Innsbruck (II B 35/39), i.V. Unterschrift unleserlich, an den Landeshauptmann von Tirol,² Innsbruck, Landhaus, vom 17.11.1939³

Betrifft: Jüdische Kultusgemeinden in der Ostmark.

Bezug: Dort. Schreiben vom 8.11.39, B. Nr. III – 4535/1#

Anlage: 1

In der Anlage übersende ich eine Liste der sich in Innsbruck gegenwärtig noch aufhaltenden 30 Juden.⁵

Über den Verbleib des Vermögens der ehemaligen Israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck vermag ich keine genauen Angaben zu machen. Hier ist nur bekannt, daß anlässlich der Protestaktion im November 1938⁶ die H.J.-Gebietsführung einen eisernen Ofen und ein Pianino in Empfang nahm; mehrere Metallgegenstände (schmiedeeiserne Leuchter, ein Metallbecher, eine Metallplatte mit Kette und dgl., sämtlich von nur sehr geringem Metallwert) wurden damals von der Gestapo sichergestellt. Diese Gegenstände befinden sich derzeit noch bei ihr. Die damals gleichfalls weiter vorübergehend sichergestellten Einrichtungsgegenstände des Bethauses wurden am 8.12.1938 dem damaligen Sekretär der seinerzeitigen Israelitischen Kultusgemeinde, Burin,⁷ der inzwischen ausgewandert ist, ausgefolgt.

Das Barvermögen der Israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck wurde von der Gestapo sichergestellt und zum Teil für die Förderung der jüdischen Auswanderung verwendet, zum Teil gemäß Weisung des Geheimen Staatspolizeiamts zur Bestreitung des Lebens-

1 YVA, 030/43. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934 – 1945. Eine Dokumentation, Bd. 1, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien/München 1984, S. 464.

2 Franz Hofer (1902 – 1975), Kaufmann; 1931 NSDAP-Eintritt, 1932 – 1934 NSDAP-Gauleiter von Tirol, 1933 verhaftet, von 1938 an MdR, Gauleiter, Landeshauptmann und seit 1940 Reichsstatthalter von Tirol-Vorarlberg; 1945 – 1948 interniert, geflohen, 1949 in Abwesenheit in München und Innsbruck zu zehn Jahren Arbeitslager bzw. zum Tode, 1953 von der Berufungsspruchkammer München zu dreieinhalb Jahren Arbeitslager verurteilt, übernahm 1957 eine Armaturenfabrik in Mülheim/Ruhr.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

4 Liegt nicht in der Akte.

5 Wie Anm. 1; die Mehrzahl der aufgeführten Personen war laut dieser Liste christlich getauft.

6 Siehe Dok. 24 vom 17.10.1939, Anm. 12.

7 Karl Burin (*1905), Kaufmann; in Deutschland geboren, kam 1936 nach Innsbruck, arbeitete dort als Verkäufer, im Nov. 1938 in „Schutzhaft“, wurde am 31.12.1938 nach Wien zwangsumgesiedelt, emigrierte im April 1939 mit seiner Frau nach Großbritannien.

8 Vermutlich: Dr. Franz Walter Stahlecker (1900 – 1942), Jurist; 1921 erstmalig, 1933 abermals NSDAP-Eintritt; 1934 – 1937 Leiter der Politischen Polizei in Württemberg, 1937 der Staatspolizeistelle Breslau, Mai 1938 bis Juni 1939 SD-Führer des SS-OA Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei in Wien, 1939 BdS Böhmen und Mähren, von 1940 an MinR. im RAM, 1940 BdS Norwegen, von Juni 1941 an Chef der Einsatzgruppe A, von Herbst 1941 an BdS Ostland; von Partisanen erschossen.

unterhalten einzelner alter und mittelloser Juden verbraucht, zum Teil auf Weisung des Inspektors der Sicherheitspolizei in Wien⁸ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien überwiesen. Ein noch bei der Gestapo vorhandener Restbetrag wird gemäß Weisung des Geheimen Staatspolizeiamts für die Aufrechterhaltung der notwendigen jüdischen Wohlfahrtspflege verwaltet.

Ein rechtlicher Vertreter der ehemaligen Kultusgemeinde Innsbruck ist hier unbekannt und dürfte nicht vorhanden sein. Die Gestapo hat den als Rechtskonsultanten zugelassenen Juden Dr. Paul Israel Kühne, 2. 6. 1892 in Klagenfurt geboren, wohnhaft in Innsbruck, Egger-Lienzstraße 10,⁹ damit beauftragt, gegebenenfalls von ihr zu erteilende Weisungen an die restlichen Juden in Tirol und Vorarlberg weiterzugeben.

DOK. 32

Der SD-Abschnitt Leipzig schlägt dem Reichssicherheitshauptamt am 18. November 1939 ein Reiseverbot für Juden vor¹

Schreiben des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (II 112 C 422-1 Hi./Bö.), Führer des SD-Abschnitts Leipzig, SS-Sturmabführer Hayn,² an das RSHA Berlin, Amt II, Ref. II 112,³ vom 18. 11. 1939

Betr.: Reiseverbot für Juden.

Vorg.: Ohne.

Bei den Verhaftungsaktionen der letzten Zeit ergab sich, daß während jeder Aktion die Verhaftung einer Reihe Juden nicht durchgeführt werden konnte, weil sich diese seit längerer oder kürzerer Zeit auf Reisen mit unbekanntem Ziele befanden.

Es erscheint deshalb zweckmäßig, analog dem Ausgehverbot ab 20 Uhr ein Reiseverbot für Juden zu erlassen oder aber zumindest den Juden aufzugeben, sich vor Antritt jeder räumlich und zeitlich noch so kurz bemessenen Reise mit Angabe des genauen Reiseziels bei der zuständigen Behörde ab- und bei Rückkehr sofort wieder anzumelden.

Nach den gemachten Erfahrungen glauben die Juden, durch Antritt einer Reise an für sie kritischen Zeitpunkten der Gefahr einer Verhaftung zu entgehen.⁴

⁹ Dr. Paul Kühne (1892–1945), Jurist; lebte seit etwa 1910 in Innsbruck, arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg als Rechtsanwalt; wurde am 1.1.1941 nach Wien zwangsumgesiedelt und emigrierte im März 1941 nach Shanghai, wo er verstarb.

¹ RGVA, 500k/1/659, Kopie: USHMM, RG-11.001M01, reel 9.

² Gustav Hayn (*1902), kaufm. Angestellter; 1919–1934 bei verschiedenen Breslauer Firmen beschäftigt; 1931 NSDAP-, SA- und 1935 SS-Eintritt, von 1935 an Führer des SD-UA Liegnitz, seit 1938 des SD-UA Leipzig, 1939 SS-Sturmabführer, 1940/41 bei Wehrmacht und Waffen-SS.

³ Das Referat II 112 des RSHA war für „Judenfragen“ zuständig.

⁴ Ein allgemeines Reiseverbot für Juden trat erst mit der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden im Sept. 1941 in Kraft; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941 und Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

DOK. 33

**Josef Löwenherz berichtet der Gestapo in Wien
am 20. November 1939 von Todesfällen in Buchenwald und bittet darum,
Juden mit Auswanderungsmöglichkeiten freizulassen¹**

Schreiben des Leiters der IKG Wien, Dr. Josef Israel Löwenherz, an die Geheime Staatspolizei Wien vom 20. 11.1939

Im Zuge des Monates September 1939 wurde eine Reihe von staatenlosen Personen, die vormals im Besitze der polnischen Staatsbürgerschaft waren, in Schutzhaft genommen und nach einem vorübergehenden Aufenthalt in verschiedenen Wiener Gefängnissen nach dem Konzentrationslager in Buchenwald bei Weimar gebracht.²

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien wird seither von den Angehörigen dieser Personen bestürmt, die zuständige Behörde um deren Enthaftung zu bitten. Inzwischen hat eine Anzahl von Familien von der Leitung des Konzentrationslagers Buchenwald die Verständigung erhalten, daß ihre dort in Schutzhaft befindlichen Verwandten verstorben sind; die Urnen sind nach Wien zur Bestattung übersendet worden. Aus den Aufzeichnungen des Friedhofsamtes der Israelitischen Kultusgemeinde Wien – die selbstverständlich für jeden Außenstehenden unzugänglich sind – ist zu ersehen, daß bisher insgesamt 199 Urnen aus Buchenwald in Wien bestattet wurden. Diese hohe Sterblichkeitsziffer ist darauf zurückzuführen, daß sich unter den in Schutzhaft Genommenen eine größere Anzahl von Personen befindet, für welche wegen hohen Alters oder aus sonstigen Gründen die Haft mit schwerer Schädigung ihrer Gesundheit verbunden ist.

Aus dem Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien vom 16. November l. J.³ ist zu ersehen, daß ein großer Teil dieser Schutzhäftlinge im Besitze von Einreisen⁴ ist, die es ihnen sowie ihren Familienangehörigen ermöglichen würden, das Reichsgebiet innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zu verlassen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch andere im Falle ihrer Enthaftung in der Lage wären, sich Einreisebewilligungen zu verschaffen, um dann mit ihren Familienangehörigen auszuwandern. Diese Tatsache würde eine wesentliche Erhöhung der Auswanderungszahlen ergeben und die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien erleichtern.

Es wird daher gebeten, die Überprüfung der einzelnen Schutzhaftfälle sowie die Enthaftung der Schutzhäftlinge veranlassen zu wollen.⁵

1 Original in Privatbesitz, Kopie: DÖW, 8496. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 266.

2 Am 7.9. 1939 hatte Heydrich die Verhaftung aller männlichen Juden poln. Staatsangehörigkeit sowie die Sicherstellung ihres Vermögens angeordnet; siehe Dok. 6 vom 7.9. 1939. In Wien wurden 1038 Männer verhaftet und ins KZ Buchenwald gebracht. Bis zum Sommer 1940 kamen zwei Drittel von ihnen um.

3 Nicht aufgefunden.

4 Gemeint sind Visa bzw. Einreisebewilligungen.

5 Eine Reaktion auf dieses Schreiben ist nicht bekannt.

DOK. 34

**Ein V-Mann des SD beschwert sich am 24. November 1939
über das Verhalten der Berliner Juden¹**

Bericht eines V-Mannes, Unterschrift unleserlich, vom 24. 11.1939²

In weitesten Kreisen der Bevölkerung wird in steigendem Maße über das immer unerträglicher werdende freche Auftreten der Juden in Berlin geklagt. Sei es auf dem Markt, beim Bäcker, Händler usw., überall treten die Juden wieder ziemlich selbstbewußt auf und fangen häufig in ziemlich arroganter Weise an, ungehörige Bemerkungen über das Markensystem, die Lebensverhältnisse usw. zu machen. Stellenweise, z. B. in der Gegend um den Kurfürstendamm, kann man direkt von einer bewußten Miesmacherei sprechen. In folgenden Fällen ist es mir möglich gewesen, Namen festzustellen:

Wwe. Leonhard Brasch, Bln.-Charlottenburg, Clausewitzstraße 4 (Besitzerin eines Hauses Lehrterstraße 39), bewohnt allein eine 9-Zimmer-Wohnung, 2 Söhne nach England emigriert.³ Nach Berichten soll die Frau noch ziemlich alles an Lebensmitteln bekommen, wobei ihr die Ware direkt ins Haus geschickt wird. Sie soll große Vorräte auch zu Hause besitzen, gibt viele Trinkgelder usw.

Im Hause Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße 43 (Schlüter-Haus), wohnen noch sehr viele Juden, und zwar haben sie die teuersten Wohnungen inne. Der *Hauswart Schröder* wird als typischer Judenknecht bezeichnet, der von den Juden dauernd Trinkgelder bekommt und gegenüber den arischen Mietern immer die Juden in Schutz nimmt. Bei dem letzten Fliegeralarm hat er es sogar fertiggebracht, Arier und Juden in einem Luftschutzraum unterzubringen; hierbei haben sich die Juden, die in der Mehrzahl waren, frech und herausfordernd benommen und unter allgemeinem Gelächter Witze über den Führer gemacht. Die Volksgenossin, die mir das berichtete, ist die Frau eines SA-Sturmführers, der z. Zt. an der Westfront steht. Sie traute sich nicht, etwas zu sagen, da sie die jüdenfreundliche Einstellung des Hauswartes kannte, und hat aus Protest den Luftschutzraum verlassen. Sie kann nötigenfalls als Zeugin benannt werden.

Es ist unbedingt erforderlich, daß etwas gegen die Juden geschieht, da sie heute schon wieder bewußt als Miesmacher auftreten, Gerüchtezentralen bilden und das Volk beeinflussen.

1 RGVA, 500k/1/396, Kopie: USHMM, RG-11.001M01, reel 5.

2 Der Bericht wurde am 5.12.1939 innerhalb des RSHA an die Abt. II 112 weitergeleitet; wie Anm. 1.

3 Bianca Brasch, geb. Lazarus (1877–1943), Ehefrau des 1929 verstorbenen Kaufmanns Leonhard Brasch, Inhaber einer Likörfabrik und Weingroßhandlung in Berlin; wurde am 29.1.1943 nach Auschwitz deportiert und dort im März ermordet. Ihre Söhne Arno (*1904) und Martin (*1907) emigrierten in die USA bzw. nach Großbritannien. In der Lehrter Str. 39 befanden sich die Kellereien der Firma Leonhard Brasch.

DOK. 35

Jolan Thorn aus Wien beschreibt ihrer Schwester in New York am 25. November 1939, wie schwierig es ist, ihre Auswanderung vorzubereiten¹

Schreiben von Jolan Thorn,² Wien, an Sofie Neufeld,³ New York, vom 25.11.1939

Meine liebe Sofie!

Dein Brief erl vom /11.per Clipper ist – devisenamtlich kontrolliert – gestern eingelangt. Es trifft uns immer noch hier, leider. – Ich schrieb Dir in letzter Zeit weniger oft, da wir infolge [des] Verkaufes unserer Maschine alle Korrespondenz, die recht umfangreich geworden ist, mit der Hand besorgen müssen, was viel Zeit in Anspruch nimmt. Du wirst vielleicht meinen, daß ich ja doch sonst nichts zu tun hätte, aber das stimmt doch nicht ganz.

Nun zum Wichtigsten: Das Bol. Projekt erlebt, vom Scheintod oder völligem Entschlafen, eben noch eine Auferstehung.⁴ Die Passage ist nämlich in Devisen zu bezahlen und daher hier nicht aufzubringen. Es sind bei der Kg.⁵ nicht so viel \$ zur Verfügung, daß man die nötige Summe an unsere Gruppe abgeben könnte.⁶ Fr.⁷ ersuchte Dich in dem an Dich gerichteten Telegramm, die bezahlte Rückantwort auf eine Depesche bei einer bestimmten Person zu urgieren, die dem Joint nahesteht. Leider infolge Änderung Deiner Adresse ohne Erfolg. Nun, nachdem der Karren durch die Sabotage an bewußter Stelle nahezu gänzlich verfahren ist, soll zu guter Letzt ein Vertreter des Joint kommen, und die Entscheidung wegen der Passage liegt in seiner Hand. Vielleicht muß er aber erst in NY rückfragen, dann neuerdings Verschiebung.

Von einem Tag auf den anderen hat unser ganzes Projekt immer wieder ein neues Gesicht. Was wunder, wenn man nicht jede Phase genau schildern und darüber berichten kann. Die Zeit drängt aber, und wir haben nicht mehr so viel Zeit zum Zuwarten. Deshalb entschieden wir uns dafür, notfalls auch nach Pal.⁸ zu gehen, und Fr. hat unsere Teilnahme an so einem Transport bereits fixiert.⁹ Diese Sache soll in den nächsten

1 YVA, 075/529. 4.

2 Jolan Thorn, geb. Spielmann (1892–1940), Industriebeamtin; Angestellte der Vereinigten Papier- und Ultramarinfabriken, am 30. 6. 1938 als „Nichtarierin“ entlassen, starb an Lungen- und Hirnhautentzündung. Ihr Mann Siegfried Thorn (1885–1942) wurde am 11.1.1942 nach Riga deportiert und kam dort ums Leben.

3 Vermutlich Josefa Neufeld, geb. Spielmann, später Josie Newfeld, auch Neweld (*1903), die Schwester Jolan Thorns; emigrierte im Sept. oder Okt. 1938 in die USA.

4 Bolivien-Projekt. Mindestens 12000 Juden entkamen aus dem Machtbereich des Deutschen Reichs nach Bolivien.

5 Kultusgemeinde.

6 Jolan und Siegfried Thorn sowie Jolans Mutter Luise Spielmann, geb. Fürst (*1871), bemühten sich, gemeinsam zu emigrieren.

7 Vermutlich Friedrich (Fritz) Spielmann (*1900), der Bruder Jolan Thorns. Er wurde am 15.2.1941 gemeinsam mit seiner Frau Hilda Spielmann (*1901) und seiner Mutter Luise Spielmann nach Opole Lubelskie deportiert. Von dort schrieb Luise Spielmann letztmalig am 30. 8. 1941.

8 Palästina.

9 Gemeint ist ein illegaler Transport nach Palästina; möglicherweise geht es um den Raddampfer „Grein“, der am 17. 12.1939 mit Flüchtlingen aus Wien in Budapest ankam. In der rumän. Hafenstadt Sulina wurden sie auf die „Sakarya“ umgeschifft. Im Febr. 1940 lief das Schiff aus und erreichte im selben Monat Haifa.

ca. 3 Wochen Tatsache werden, d. h. vor Schluß d. diesjährigen Donauschiffahrts-Saison. Frage mich nicht, wieviel Nerven dazu gehören, bis man Effektives in diesen Fragen erlebt. Welche Unsummen von „Wenn“ und „Aber“, von Kopfzerbrechen und sonstigen Sorgen. Trotzdem dürfen wir absolut nicht klagen, sondern uns immer wieder zusammenraffen. Schließlich wird auch eines Tages für uns wieder – und hoffentlich – eine wärmere Sonne scheinen. – Jedenfalls wirst Du auf dem laufenden gehalten werden, wenn auch nur von hier und dem Endziel, denn von unterwegs wird es – aus Dir sicher unbegreiflichen Gründen – kaum tunlich sein, zu schreiben, wenn das 2. Projekt ausgeführt werden sollte. Ich bitte Dich aber, mit Deinen Berichten fortzusetzen, bis Du Definitives von uns in der Hand hast.

Vielen Dank muß ich Dir sagen für all' das, was Deinerseits wegen Eslo¹⁰ geschah. Wir haben jetzt wohl wieder Nachricht, die letzte vor genau 8 Tagen. Es gehe ihm, wie er schreibt, sehr gut, nur erhielten wir noch keinerlei Bericht über seinen tatsächlichen Gesundheitszustand seitens der ärztl. Leitung, um den ich bat. Wenn nur nicht das liebe kleine Herz für dauernd Schaden litt!! Das ist jetzt meine größte Sorge, und ich bin natürlich höchst unruhig, solange ich darüber nichts Positives, Gutes weiß.

Dir und Coca, Euch beiden bin ich von Herzen dankbar! Bitte schreibt dem Kind öfter und wartet nicht immer auf Antwort. Im Spital schrieb E. lange Briefe, die aber nicht abgesandt wurden, da er ja infektiös krank war. Hernach sandte er uns verspätete und verfrühte Geburtstagsgedichte! Allerliebste, sage ich Dir.

Falls Du bald zu Coca gehst, sage ihr bitte, daß ich gestern wieder Mama¹¹ besuchte. Sie kränkt sich, seit 8/VIII nichts von Coca erhalten zu haben. Sie ist gesund, fühlt sich aber sehr einsam.

Wir haben unsere „Binkel“¹² so ziemlich gepackt und harren der kommenden Dinge. Diese „Binkel“ sind schon recht zusammengeschmolzen.

Wir haben momentan elendes, nasses Wetter. Regen-Schnee oder Schnee-Regen, aber das ist uns ja wurscht.

Unsere Abende fangen schon um 4 h an. Wir gehen später ja ohnedies nicht aus, aber Licht braucht man da sehr viel.

Evi muß schon eine fesche kleine Amerikanerin sein! Ist sie nicht allerliebste!! Kann sie „überhaupt“ noch deutsch?

Mein Hirn ist derzeit ausgebrannt, ich schließe deshalb für heute und küsse Dich innigst – Deine Jolan.

Die herzlichsten Grüße von Deinem Schwägerlein Willy

Stupf die [...],¹³ die alle 4 Monate einen Teelöffelvoll schreibt!

10 Erich Paul Thorn (1929 – 2005), Literaturwissenschaftler; der Sohn von Jolan und Siegfried Thorn gelangte am 14.3.1939 mit einem Kindertransport ins franz. Montmorency, Herbst 1939 bis Juli 1941 im Heim Château de Chaumont der jüdischen Hilfsorganisation OSE untergebracht, im Sept. 1941 auf der „SS Serpa Pinto“ Überfahrt in die USA; nach dem Krieg bis 1953 als US-Soldat in Deutschland, 1956 – 1996 Dozent an der Marshall University/West Virginia.

11 Luise Spielmann; siehe Anm. 6.

12 Österr.: Bündel.

13 Name unleserlich.

DOK. 36

**Jochen Klepper aus Berlin dokumentiert am 8. Dezember 1939
in seinem Tagebuch, wie seiner Familie die grundlegenden Dinge
des täglichen Lebens entzogen werden¹**

Tagebuch von Jochen Klepper,² Berlin, Eintrag vom 8. 12.1939

8. Dezember 1939, Freitag

Darum seid ihr auch bereit; denn des Menschen Sohn wird kommen zu einer Stunde, da ihr's nicht meinet. Matthäus 24,44

Der Herr ist nahe bei denen, die zerbrochenen Herzens sind, und hilft denen, die ein zerschlagenes Gemüt haben. Der Gerechte muß viel leiden; aber der Herr hilft ihm aus dem allem. Psalm 34,19.20.³

Mit den antisemitischen Maßnahmen geht es trotz der Vernichtung des Judentums weiter: nicht nur keine Kleider, keine Wäsche, sondern auch keinerlei Nähmittel. Und keine Schuhsohlen.⁴

Und heute war, ehrlich erregt und bekümmert, Frau Dr. Edzards⁵ (NSV) bei mir, die neuen Lebensmittelkarten zu bringen; auch auf diesem einschneidendsten Gebiet nun Sonderregelung für Hanni und Reni.⁶ Es soll sich um den Aufdruck eines roten J auf ihre Karten handeln, besondere Einkaufszeiten, Entzug der Ration an Schokolade und Pfefferkuchen etc.:⁷

1 Deutsches Literaturarchiv Marbach, Bestand A: Klepper, ZN: 77.3346. Abdruck in: Jochen Klepper, Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942, Gießen 1997, S. 481f.

2 Jochen Klepper (1903–1942), Journalist, Schriftsteller; 1923–1932 SPD-Mitglied; 1932/33 Mitarbeiter des Rundfunks in Berlin, 1933–1935 beim Ullstein Verlag, danach als freier Schriftsteller tätig; er sollte 1937 als „jüdisch versippter“ Autor aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen werden, erhielt jedoch eine Sondergenehmigung; 1940/41 Soldat; nahm sich das Leben; Autor u. a. von „Kyrie. Geistliche Lieder“ (1938).

3 Von 1933 an stellte Jochen Klepper jedem Tagebucheintrag die Bibelzitate aus der Herrnhuter Lösung der christlichen Brüdergemeinde voran.

4 Am 7.12.1939 ordnete das RWM an, Juden die bereits ausgegebenen Kleiderkarten zu entziehen, am 23.1.1940 untersagte es die Ausgabe von Bezugscheinen für Kleidung und Schuhe an Juden und bestimmte, dass die Reichsvereinigung die Versorgung der Juden zu gewährleisten habe; Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, Bd. 2, hrsg. von Paul Sauer, Stuttgart 1966, Nr. 407, S. 190 f.

5 Ehefrau von Dr. Hermann Edzards (*1879), Tierarzt.

6 Jochen Kleppers Frau Johanna, geb. Gerstel, verw. Stein (1890–1942), und ihre Töchter Brigitte (*1920) und Renate Stein (1922–1942) galten als jüdisch. Brigitte Stein wanderte im Mai 1939 nach Großbritannien aus, die Emigration ihrer Schwester scheiterte jedoch. Nachdem ihr der SD im Dez. 1942 endgültig die Ausreise untersagt hatte, nahm sich Renate Stein gemeinsam mit Jochen und Johanna Klepper das Leben.

7 Am 11.3.1940 schloss das RMEuL Juden grundsätzlich von Lebensmittelsonderzuteilungen aus und führte eine reichsweit gültige Kennzeichnungspflicht ihrer Lebensmittelkarten mit einem „J“ ein. Die Festlegung besonderer Einkaufszeiten blieb den Ernährungsämtern überlassen; Erlass zur Lebensmittelversorgung der Juden vom 11.3.1940, IfZ/A, MA 1555-118/NID-14581. In Berlin ließ der Polizeipräsident erst am 4.7.1940 die Einkaufszeit auf 16–17 Uhr beschränken; Polizeiverordnung Nr. 543 über die Einkaufszeiten für Juden, Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin 1940, S. 202f.

Am Dienstag wird den Juden das Nähere auf der Kartenstelle bekanntgegeben. Möge keine einschneidendere Beschränkung der Ernährung kommen –!

Wann wird ein Ende sein!

Aber welche Wohltat, wie hier in diesen Angelegenheiten alles nur eines Sinnes ist.

In anderen Stadtteilen könnte das anders sein.

Hoffentlich bereiten uns nun die Geschäfte keine Schwierigkeiten; aber Hanni hat eigentlich einen guten Eindruck von den Leuten. Zimmermanns,⁸ Moltkes,⁹ Anni,¹⁰ Frau Edzards, Karbe;¹¹ es ist wirkliches Erschrecken. Nur die Anonymität ist nun nicht mehr möglich. –

In ganz Nikolassee¹² sollen, nach Frau Edzards' Kenntnis, im ganzen noch drei jüdische Familien sein.

Da die antisemitischen Maßnahmen so unpopulär *geworden* sind, veröffentlicht man sie nicht mehr. Es werden einem kleine rote Handzettel zugeteilt.¹³ Heute kamen meine Freixemplare vom 30. Tausend „Vater“.¹⁴

Mein Leben verläuft in seltsam gegensätzlichen Linien. Es ist sehr schwer, in dieser Lage zu schreiben.

In Reners Sache rührt sich in der Schweiz noch niemand. Doch schickten uns Tappoletts heute ein Büchchen mit Kaffee.¹⁵

Es ist kalt, trübe, dunkel: Nur als die Sonne aufging, war sie wunderbar bronzen; und für Augenblicke leuchtete alles auf.

8 Dr. Carl Zimmermann (gest. 1960), Beamter; ORR, 1939 Vizepräsident der DFG, Verwaltungsleiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, und seine Ehefrau lebten im Obergeschoss des Klepperschen Hauses.

9 Gertrud und Wilhelm von Moltke (*1881), Major a. D., 1933 NSDAP-Eintritt, waren Nachbarn der Kleppers.

10 Anni Tiecke war die Haushälterin der Kleppers.

11 Dr. Hans Karbe (1905–1999), Landwirt, Kaufmann, Kunsthistoriker; 1937 NSDAP-Eintritt; 1939 bis 1942 Redakteur der Essener Nationalzeitung, 1939 der Wochenzeitschrift Stern, beim Reichsfilmintendanten tätig; lebte von 1945 an in der Schweiz, seit 1976 als freischaffender Künstler. Bevor sich Jochen Klepper das Leben nahm, übergab er seinem Nachbarn Hans Karbe das Tagebuch mit der Bitte, es bei sich zu verstecken.

12 Villenviertel im Südwesten Berlins.

13 In Tageszeitungen wurden Gesetze, die Juden betrafen, im Allgemeinen nicht veröffentlicht. Viele Maßnahmen waren, wenn überhaupt, im Jüdischen Nachrichtenblatt abgedruckt, häufig wurden sie jedoch nur durch Mund-Propaganda und Rundschreiben weitergegeben.

14 Jochen Kleppers „Der Vater. Roman eines Königs“ erschien erstmals 1937. Trotz Kleppers Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer avancierte der Roman zur Lektüreempfehlung für die Wehrmacht.

15 Ende Nov. 1939 bemühten sich die Kleppers um eine Unterkunft für Renate Stein in Schweden oder der Schweiz, da dies die Voraussetzung für eine Einwanderungserlaubnis darstellte. Die Familie von Walter Tappolet (1897–1991), Kirchenmusiker, Theologe und Schriftsteller, erklärte sich Ende Dez. 1939 bereit, sie aufzunehmen. Renate Steins Antrag auf Einwanderung lehnte die Schweizer Fremdenpolizei jedoch am 10.5.1940 ab.

DOK. 37

**Max Wiener macht Ernst Grumach aus Berlin in einem Brief vom 11. Dezember 1939
wenig Hoffnung auf eine Stelle an einem amerikanischen College¹**

Schreiben von Max Wiener,² 29 W. Daniels Street, Corryville, Cincinnati, Ohio, USA, an Ernst Grumach³ in Berlin vom 11.12.1939

Lieber Herr Grumach, mit großer Spannung erwartete ich Ihren Brief vom 11. XI. (der erst vor etwa zwölf Tagen in meine Hände kam), und mit wirklich ausgehungerner Wißbegier las ich ihn. Zuerst zu dem Punkt, der Sie speziell betrifft und so auch mich höchlichst interessiert: Ganz nüchtern gesehen und nach Erfahrung von nunmehr zwei Monaten muß ich sagen: daß das College *hier* weitere Einladungen ergehen läßt, ehe das Schicksal der bisherigen entschieden ist, halte ich für ganz unwahrscheinlich. Außer mir, der ich immer noch das Glück habe, wenn auch nicht in meinem Fach, acht Stunden zu unterrichten, ist hier Landsberger,⁴ wie Sie wissen, bis 33 a. o. Kunstprofessor in Breslau und dann Museumsleiter bei der Gemeinde in Berlin, und ein Dr. Werner⁵ aus Breslau, Musikwissenschaftler und – wie er meint – Autorität auf dem Gebiet religiöser, besonders jüdischer Musik. Keiner von uns verdankt erfolgreichen Bemühungen des College das Herüberkommen. Ich, wie Sie wissen, hatte einen regulären Anstellungsvertrag, der der Form des Einwanderungsgesetzes vollkommen genügte. L.⁶ war in London Gast von Murray,⁷ der sich persönlich beim Konsulat bemühte und das Visum erwirkte. Werner war im Herbst vorigen Jahres als visitor⁸ hier, was die Sache natürlich außerordentlich erleichterte, und bekam dann, weil er am Breslauer Seminar in den letzten Jahren Musikunterricht gegeben hatte, hier einen Anstellungsvertrag, auf Grund dessen er von Cuba aus in gesetzlich einwandfreier Weise als Non-quota-Mann⁹ einwandern konnte. Dieser Tage hörte ich, daß Dr. Sonne,¹⁰ der am Seminar in Rhodos tätig war und nach dessen

1 CAHJP, P 205/14.

2 Dr. Max Wiener (1882 – 1950), Rabbiner, Religionsphilosoph; 1909 – 1912 Rabbiner und Religionslehrer in Düsseldorf, 1912– 1926 Gemeinderabbiner in Stettin, 1925– 1939 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums; 1926 – 1939 Gemeinderabbiner in Berlin, 1933 Präsidialmitglied des Jüdischen Kulturbunds; emigrierte 1939 nach New York, lehrte 1939 – 1941 am Hebrew Union College in Cincinnati, 1943– 1950 stellv. Rabbiner in New York.

3 Dr. Ernst Grumach (1902 – 1967), klassischer Philologe; 1930 – 1933 an der Universität Königsberg, 1937– 1942 an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums Berlin; 1941– 1945 zur Mitarbeit in der Zentralbibliothek des RSHA zwangsverpflichtet; 1949 – 1957 Professor an der Humboldt-Universität Berlin, 1949 – 1959 Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften Berlin; Hrsg. der Akademie-Ausgabe der Werke Goethes (1952 ff.).

4 Dr. Franz Landsberger (1888 – 1964), Kunsthistoriker; 1918– 1933 Professor in Breslau, 1935– 1938 Direktor des Jüdischen Museums Berlin; im Nov. 1938 in Sachsenhausen inhaftiert, emigrierte 1939 nach Großbritannien, dann in die USA; 1939 – 1958 Professor am Hebrew Union College in Cincinnati.

5 Dr. Eric Werner (1901– 1988), Musikwissenschaftler; 1926 – 1933 Professor in Saarbrücken, 1934 bis 1938 in Breslau; emigrierte 1938 in die USA; Professor am Hebrew Union College in Cincinnati, 1966 – 1971 Dekan an der Universität Tel Aviv.

6 Gemeint ist Franz Landsberger.

7 Dr. George Gilbert Aimé Murray (1866 – 1957), klassischer Philologe.

8 Engl.: Besucher.

9 Er durfte außerhalb der Einwanderungsquote immigrieren.

10 Dr. Isaiah Sonne (1887 – 1960), Historiker; von 1925 an Professor am Rabbinerkolleg Florenz; 1936

Auflösung nach Palästina ging, auf Grund einer schon seit langem ergangenen Berufung das Visum erhalten hat. Gottschalk¹¹ und Franz Rosenthal¹² scheinen definitiv abgelehnt; hinsichtlich Spanier¹³ und Lewkowitz,¹⁴ die beide in Holland sitzen, sagte mir der principal¹⁵ schon Anfang Oktober, daß von Washington aus, wo er eigens deswegen vorstellig war, entsprechende günstige Bescheide an die Konsuln ergangen seien. Aber noch immer höre ich nichts Positives. Hinsichtlich Alexander G.¹⁶ erklärte mir gestern der principal, es sei alles in bester Ordnung – bis auf die Kleinigkeit, daß wieder einmal die entsprechenden Dokumente von hier beim Konsulat nicht eingegangen seien, obwohl sie abgeschickt waren. Sie mußten also erneuert werden. Was dann geschehen wird, und ob sie dem Konsul genügen werden, steht dahin. Ich habe den Eindruck, daß die Konsuln in dieser Hinsicht völlig selbständig verfahren und von hier aus schwerlich wider ihren Willen bestimmt werden. Das ist also wenig erbaulich und ist von hier wohl nicht mit der nötigen Voraussicht behandelt worden, konnte es vielleicht auch nicht. Daß aber unter diesen Umständen zunächst keine Neuauflage von Berufungen erfolgen wird, ist klar. Kollege Eugen¹⁷ hat übrigens die Herrschaften hier ebenso im Ungewissen gelassen, wie er sich dort in ein Mysterium hüllt. – Für Sie, lieber Herr Grumach, müßten zwei Bedingungen erfüllt sein: ein allgemeines College müßte Sie vielleicht als Philologen engagieren, vorausgesetzt, daß Ihre Königsberger Universitäts-Antezedenzen, verstärkt durch die Lehranstaltstätigkeit, die europäische Basis dafür abgäben. Findet sich ein solches? Wenn für zwei Jahre das Gehalt gesichert wäre, auch von dritter Seite, was zulässig ist, dann müßte das nicht unmöglich sein. Aber wo einen Menschen finden, der einen Min-

bis 1938 Direktor des jüdisch-theologischen Seminars auf Rhodos, von 1939/40 an Dozent und Bibliothekar am Hebrew Union College in Cincinnati.

11 Dr. Walter Gottschalk (1891–1974), Orientalist, Bibliothekswissenschaftler; 1919–1935 in der Staatsbibliothek Berlin; emigrierte 1939 nach Belgien, 1941 in die Türkei; von 1949 an Professor in Istanbul, beteiligt am Aufbau des türkischen Bibliothekssystems; kehrte 1954 nach Deutschland zurück.

12 Dr. Franz Rosenthal (1914–2003), Orientalist; 1937/38 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums Berlin; emigrierte im Dez. 1938 nach Schweden, 1939 nach Großbritannien und 1940 in die USA; 1940–1948 Dozent am Hebrew Union College in Cincinnati, 1943–1945 Tätigkeit für den Geheimdienst OSS; 1948–1956 Professor in Philadelphia und 1956–1985 an der Yale University.

13 Dr. Arthur Spanier (1889–1945), Philologe, Bibliothekar; 1921–1935 in der Staatsbibliothek Berlin, 1935–1938 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums; im Nov. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert; emigrierte 1939 in die Niederlande; im Juni 1943 nach Westerbork, dann nach Bergen-Belsen deportiert, dort umgekommen.

14 Dr. Albert Lewkowitz (1883–1954), Theologe, Rabbiner; 1914–1916 Feldrabbiner, lehrte 1914–1939 in Breslau; emigrierte 1939 in die Niederlande; im Sept. 1943 nach Westerbork, im Jan. 1944 nach Bergen-Belsen deportiert, im Sommer 1944 Austausch nach Palästina; Rabbiner und Dozent in Haifa.

15 Engl.: Rektor.

16 Dr. Alexander Guttman (1904–1994), Theologe, Rabbiner; 1927–1932 Dozent in Berlin, dort seit 1935 Professor an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums; emigrierte 1940 in die USA, bis 1978 Professor am Hebrew Union College, 1981 Gastprofessor an der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg.

17 Dr. Eugen Täubler (1879–1953), Historiker; 1906–1918 Gründer und Leiter des Gesamtarchivs der deutschen Juden, 1910–1916 und 1919–1922 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, von 1922 an a. o. Professor in Zürich, 1925–1933 in Heidelberg, 1933–1941 an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums; emigrierte 1941 über Schweden in die USA, bis 1953 Professor am Hebrew Union College.

destbetrag von 3500 – 4000 \$ à fonds perdu¹⁸ zur Verfügung stellte? Wenn ich an Ihre Frau¹⁹ und deren außerordentliche Tüchtigkeit und Fähigkeit auf kunstgewerblichem Gebiet denke, so brauchte dieser Fonds gar nicht einmal perdu zu sein. Aber wenn *ich* das glaube, wird es auch schon der präsumptive Geldgeber glauben? Oder haben Sie hier einen Goldonkel, auf den Sie mich hetzen können? – Ich kenne einen Fall in Berlin, der genau so verlief. Aber das ist natürlich alles sehr vage. Sie haben ja augenblicklich dort noch an unserm Haus eine Tätigkeit. – Daß Sie mit ihrer Frau in einem der südamerikanischen Länder, nach allem, was ich über die dortigen Dinge höre, bestimmt nicht verloren sein würden, ist ein gar nicht zu verachtender Ausweg. Man weiß ja gar nicht, was in Europa wird. Schicken Sie mir jedenfalls, ohne daß ich irgendwelche Hoffnungen erwecken möchte, alles, was Sie von sich haben. (Sehr dankbar wäre ich Ihnen auch, wenn Sie mir von meinen eigenen Schriften, die Sie in Händen haben, einiges überließe bzw. die Lehranstalt bäte, mir das als Drucksache zu schicken. Ich habe ja nichts von mir selbst. Ferner wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie in meinen ausgewählten Luzzato-Briefen²⁰ blättern und die Nummern der von mir aus dem Hebräischen bzw. Italienischen usw. [übersetzten] genau angäben. Vielleicht mache ich hier eine englische Ausgabe.) Heute erhielt ich Korrekturbögen meines Monatsschriftaufsatzes. Kommt nun der ganze Band? Ich schicke keine Korrekturen zurück, was ja zu lange dauerte. Daß Gross²¹ und Joseph²² „aus persönlichen Gründen“ auf ihr Zertifikat verzichtet haben, bedaure ich sehr, namentlich [bei] Gross. – Was meint Dr. Fabian²³ dazu, der sich doch gerade persönlich um Gross und das Zustandekommen von dessen Alija bemüht hat? Grüßen Sie beide besonders von mir, ebenso natürlich die andern Kollegen und Studenten! Wenn man nur wüßte, was mit den Jungens zu machen wäre! Mit dem principal habe ich öfters darüber gesprochen. Er vertritt den Standpunkt, gegen den sich gar nichts einwenden läßt, daß, wenn Dutzende von ausgewachsenen Kollegen herüberkamen und -kommen, mit denen schlechterdings nichts anderes anzufangen ist, als ihnen höchst bescheidene Stellungen in ihrem Beruf zu beschaffen, was überaus schwer ist, man also unmöglich junge, noch umschichtungsfähige Leute herübernehmen kann, ganz abgesehen von den kaum zu überwindenden Schwierigkeiten ihrer Immigration. – Sagen Sie, bitte, Baeck,²⁴ daß ich aus einem von seinem Schwiegersohn hierher gesandten Brief entnahm, daß es den Seinigen offenbar gut geht. Er kann ja direkt von ihnen nichts

18 Franz.: Ohne Aussicht auf Rückzahlung.

19 Margarete Grumach, geb. Breuer, lebte mit Ernst Grumach in „nicht-privilegierter Mischehe“.

20 Samuel David Luzzato (1800–1865), Philosoph, Bibelkommentator; gilt als einer der Begründer der Wissenschaft des Judentums. Zahlreiche seiner Briefe wurden in verschiedenen Zeitschriften oder Heften publiziert. In einer der letzten Ausgaben des Schocken-Almanachs war eine von Wiener übersetzte und kommentierte Ausgabe seiner Korrespondenz angekündigt, die jedoch nicht erschien; Robert S. Shine, *Jewish Thought Adrift*. Max Wiener (1881–1950), Atlanta 1992, S. 131f.

21 Manfred Gross (*1918), Rabbiner; wurde im März 1943 von Berlin nach Auschwitz deportiert.

22 Vermutlich: Peter Joseph (*1920), Rabbiner; 1941 Rabbiner-Examen an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, danach Tätigkeit als Rabbiner in Berlin; am 29. 11. 1942 nach Auschwitz deportiert.

23 Vermutlich: Dr. Hans-Erich Fabian (1902–1974), Jurist; 1933 aus dem Richteramt entlassen, 1938 Generalsekretär der jüdischen Lehranstalt in Berlin, leitete die Organisationsabt. in der Reichsvereinigung, wurde im Juni 1943 nach Theresienstadt deportiert, aber kurz darauf nach Berlin zurückgebracht, da die Gestapo ihn brauchte, um das Vermögen der Reichsvereinigung abzuwickeln; von 1946 an Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, emigrierte 1949 in die USA.

24 Leo Baeck (1873–1956), Rabbiner; 1897–1912 Reformrabbiner in Oppeln und Düsseldorf, 1912 bis

hören. – Die Lehranstalt kann sich vielleicht noch jetzt sehen lassen. Der hiesige Betrieb ist natürlich ein rein schulmäßiger, d. h. wesentlich auf den Durchschnitt der Menschen abgestellt und auf die angebliche Erfahrung, daß junge Leute nur gezwungenerweise lernen. – Sagen Sie Schaefer, den ich grüßen lasse, er soll mir von sich aus der Schule schreiben! – Sie schreiben, Sie hätten in Vertretung von Strauss Lateinunterricht geführt. Wo ist eigentlich Strauss?²⁵ – Im Nachrichtenblatt, das ich regelmäßig erhalte, habe ich noch keinen Nekrolog auf ihn gelesen. Was dort steht, ist noch weniger als ein Stahlgerippe der Ereignisse in der Gemeinde. Einiges hört man ja auch sonst aus Briefen usw.; aber es ist doch ein großes Schweigen, und so würden Sie mich sehr erfreuen, wenn Sie mir bald wieder einmal einen Brief schrieben, der nicht bloß auf die Fragen und Anregungen dieser Zeilen eingeht. – Meine Frau und ich grüßen Sie mit Weib und Kind recht herzlich.

Ihr

DOK. 38

The Times: Artikel vom 16. Dezember 1939 über die Situation der in das Gebiet Lublin deportierten Juden¹

Lublin den Juden. Der Nazi-Plan. Ein steiniger Weg zur Vernichtung.²

Von einem Korrespondenten³

Das deutsch besetzte Polen umfasst ein Gebiet von etwa 70 000 Quadratmeilen⁴ mit einer etwa 22,5 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung. Die bis 1918 preußischen Provinzen – Posen, Pommern und Oberschlesien – sind in das Reich eingegliedert wor-

1942 in Berlin, 1913–1942 Dozent an der Lehranstalt (Hochschule) für die Wissenschaft des Judentums; von 1922 an Vorsitzender des deutschen Rabbinerverbands, Großpräsident des deutschen Distrikts der Loge B'nai B'rith, 1933–1943 Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden bzw. der Reichsvereinigung; wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert; emigrierte nach 1945 nach London; Autor u. a. von „Wesen des Judentums“ (1923).

²⁵ Herbert A. Strauss (1918–2005), Historiker; 1939–1942 Hilfsrabbiner und Zwangsarbeiter in Berlin; floh 1943 in die Schweiz; emigrierte 1946 in die USA; 1960–1972 Professor in New York, gründete dort 1972 die Research Foundation of Jewish Immigration, 1982–1990 Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin; Mithrsg. des Handbuchs der deutschsprachigen Emigration.

¹ The Times, Nr. 48490 vom 16. 12. 1939, S. 9: Lublin for the Jews. Abdruck als Faksimile und in deutscher Übersetzung in: TSD, 9 (2002), S. 341–346. Der Artikel wurde für die Edition neu aus dem Englischen übersetzt. The Times, gegründet 1785 als The Daily Universal Register, erscheint unter dem heutigen Namen seit 1788 als Tageszeitung in London. In den 1930er-Jahren betrug die Auflage 190 000 Exemplare.

² Der Artikel ist mit einer Landkarte illustriert.

³ Der Verfasser war Sir Lewis B. Namier, geb. als Ludwig Bernstein Namierowski (1888–1960), Historiker; in Galizien aufgewachsen, emigrierte 1907 nach Großbritannien, 1915–1920 im brit. Außenministerium, 1929–1931 als politischer Sekretär der Jewish Agency for Palestine tätig, 1931 bis 1953 Professor in Manchester, 1938–1945 für die Jewish Agency in London in der Flüchtlingshilfe aktiv.

⁴ Entspricht ca. 18 100 km².

den, ebenso das nördliche Randgebiet sowie eine breite Zone im Westen, die bis vor dem letzten Krieg als Kongresspolen bezeichnet wurde: insgesamt eine Fläche von etwa 27000 Quadratmeilen⁵ mit einer Bevölkerung von nahezu acht Millionen Menschen. Der übrige Teil wird von den Nazis treffend als polnischer *Reststaat*⁶ bezeichnet.

In diesem „Reststaat“ ist in der unwirtlichen Region um Lublin ein Gebiet als *Judenreservat*⁷ vorgesehen. Die Schätzungen über die geplante Größe dieses Areals schwanken stark; in manchen werden ein paar hundert Quadratmeilen genannt, in anderen 3000⁸ und mehr. Nicht dass dies eine große Rolle spielen würde, denn ins Auge gefasst wird ein Ort, der eindeutig der schrittweisen Vernichtung dienen soll und nicht etwa als *Lebensraum*,⁹ wie es die Deutschen nennen würden. Im äußersten Fall umfasst das Deportationsprogramm alle Juden, die sich inzwischen unter deutscher Kontrolle befinden: 180 000 aus dem ursprünglichen Reich, 65000 aus Österreich, 75000 aus dem Tschechischen Protektorat, etwa 450 000 aus den annektierten polnischen Provinzen und fast 1,5 Millionen aus dem polnischen *Reststaat*.¹⁰ Diese Zahlen sind nur statistische Näherungswerte. Werden nicht-arische Christen auch einbezogen? Und wie viele Juden sind mittlerweile in Polen unter der deutschen Besatzung umgekommen bzw. wie viele konnten über die russische Grenze fliehen?

Die Zahl der Toten geht in die Zehntausende, die der Flüchtlinge in die Hunderttausende. Doch der Umfang des Programms ist wiederum nahezu irrelevant: Es läuft auf ein Blutbad hinaus, wie es zwar [nur] einem Nazi-Hirn entspringen kann, das jedoch selbst die Nazis in der Praxis kaum vollständig werden durchführen können. Unterdessen dient es dazu, viele Tausende zu foltern und alle Übrigen zu terrorisieren.

Einige, denen die Flucht gelang

Es ist unmöglich festzustellen, wie viele Juden inzwischen in das Lubliner *Reservat*¹¹ deportiert worden sind. Genaue Angaben könnten nur die deutschen Behörden machen oder die jüdischen Gemeinden, die gezwungen werden, sich an dieser grauenvollen Arbeit zu beteiligen; doch die Deutschen wollen nichts sagen, und die Juden wagen es nicht. Verlässliche Informationen über diese Vorgänge stammen in erster Linie von Einzelnen, denen es gelungen ist, über die russische Grenze zu fliehen. Sie kennen die Größe und das Schicksal ihres eigenen Transports und erhielten zudem von Personen, denen sie zufällig begegnet sind, Informationen über andere. Doch keiner von ihnen kann das gesamte Vorhaben überblicken. Vor einigen Wochen wurde die Zahl 45000 in der Weltpresse verbreitet, bei der es sich offenbar um eine Übertreibung handelte. Zu diesem Zeitpunkt kann die Zahl der nach Lublin deportierten Juden 10000 kaum überstiegen haben. Bislang ist bekannt, dass Transporte aus Wien, Mährisch-Ostrau, Teschen und Kattowitz in Schlesien das Reservat erreicht haben, offenbar jedoch keiner aus dem Altreich oder dem polnischen *Reststaat*.¹²

5 Entspricht ca. 70 000 km².

6 Im Original deutsch.

7 Im Original deutsch.

8 Entspricht ca. 7800 km².

9 Im Original deutsch.

10 Im Original deutsch.

11 Im Original deutsch.

12 Vorstehendes Wort im Original deutsch. Bis zum Abbruch der Aktion wurden etwa 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz im Okt. 1939 nach Nisko im Distrikt Lublin deportiert.

Das vorrangige Ziel ist die Gewinnung von Raum und Kriegsbeute für die Deutschen in den Gebieten, die zur systematischen Germanisierung ausgewählt wurden. Deshalb scheint die Gefahr einer systematischen Evakuierung im Protektorat sowie in den westlichen Provinzen Polens am größten zu sein – während beispielsweise in Wien der Sadsimus lokaler Nazis zur Entsendung eines Transports führen kann.

Der folgende Bericht wurde aus Informationen von „Evakuierten“ zusammengestellt, denen es gelang, via Russland ein neutrales Land im Norden zu erreichen. Anfang Oktober wurde die jüdische Gemeinde von Mährisch-Ostrau aufgefordert, eine Namenliste aller Männer im Alter zwischen 17 und 55 [Jahren] aufzustellen sowie Freiwillige für ein „Umerziehungslager“ im Zusammenhang mit dem geplanten jüdischen Reservat bei Lublin einzuziehen. Da nur sehr wenige dem Aufruf gefolgt waren, befahlen die Nazis allen Juden zwischen 17 und 70, sich registrieren zu lassen und sich am 17. Oktober um acht Uhr morgens in der Reitschule in Ostrau einzufinden.

Ein geschlossener Zug

Jeder Mann erhielt die Anweisung, einen Rucksack, einen Koffer und Proviant für drei Tage sowie einen Betrag von höchstens 300 Mark mitzunehmen. Man sagte ihnen [den Männern], sie sollten sich zu Hause von ihren Familien verabschieden, da es niemandem gestattet sei, sie zu begleiten, und in der Schule absolute Ruhe zu herrschen habe. Dort werde eine medizinische Untersuchung durchgeführt, und als Invaliden eingestufte Männer würden wieder zurückgeschickt werden. Doch die sogenannte Untersuchung erwies sich als Farce, und selbst schwere Erkrankungen wurden nicht als ausreichender Grund zur Freistellung anerkannt. Ungefähr 1000 Männer wurden in Bussen zum Bahnhof gebracht. Als dieser makabre Zug durch die Straßen von Mährisch-Ostrau fuhr, sah man nicht-jüdische Tschechen und selbst einige deutsche Frauen bitterlich weinen.

Der Zug stand bis zum nächsten Morgen im Bahnhof. Die Reise nach Nisko, südwestlich von Lublin, dauerte drei Tage. Hinter Krakau wurde es verboten, die Zugfenster zu öffnen oder an Bahnhöfen Wasser zu besorgen. In Nisko wurde der Transport in zwei Gruppen geteilt. Ungefähr 650 jüngere und arbeitsfähige Männer wurden nach Zarzecze geschickt und etwa 450 alte Männer und Invaliden nach Pysznica. In Zarzecze hatten die jüngeren Männer auf einem an einen Bauernhof angrenzenden Feld anzutreten. Die SS-Wachen wurden in einer Scheune untergebracht, die Ärzte in einem anderen Nebengebäude; den Männern wurde befohlen, unter Anleitung der jüdischen Ingenieure aus dem Transport Baracken zu bauen. Völlig erschöpft von der Reise, mussten sie in strömendem Regen mit der ihnen völlig fremden Arbeit beginnen. Drei Tage und Nächte verbrachten sie im Freien, und es dauerte zwei oder drei Wochen, bis die Baracken einigermaßen bewohnbar waren. Es wurde weder Lohn gezahlt noch Essen verteilt. Die Juden mussten von dem leben, was sie mitgebracht hatten. Die Gruppe älterer Männer und Invaliden, die nach Pysznica geschickt worden war, wurde in der ersten Nacht von örtlichen Bauernbanden angegriffen. Ein Jude wurde getötet, ein anderer schwer verletzt, und alle wurden sie ihrer Habe beraubt. Sie stoben in der Dunkelheit auseinander, manche verirrteten sich in den umliegenden Sümpfen und Wäldern.

Ein paar Tage später trafen weitere Transporte aus Wien und Kattowitz ein, einige Kleinkinder waren dabei. Die Juden, die auf verschiedene Gemeinden und Dörfer verteilt worden waren, wurden von den dortigen Bauern angegriffen und etwa 15 von ihnen getötet. Danach nahmen die Juden Kontakt zu den polnischen Bürgermeistern und Geistlichen auf und sicherten sich im Austausch gegen medizinische Leistungen in einer Gegend,

in der Epidemien weit verbreitet und Ärzte rar sind, etwas Hilfe und Schutz. Doch die Bauernwachen erwiesen sich nicht immer als verlässlich. In einem Fall führten sie eine Gruppe von Juden in einen Sumpf, raubten sie aus und überließen sie ihrem Schicksal; sechs Männer kamen um.

Dann organisierten die Juden ihre Selbstverteidigung, und dies ermöglichte ihnen zusammen mit der medizinischen Hilfeleistung, sich heil querfeldein zur russischen Grenze durchzuschlagen. Eine beträchtliche Anzahl Juden, vor allem der jüngeren und kühneren, hat es seitdem geschafft, über die Grenze in das Land zu gelangen, das für sie vergleichsweise Freiheit und Sicherheit bedeutet. Ob solche Massenfluchten auch noch möglich sein werden, wenn die Zahl der Deportierten zunimmt, ist allerdings fraglich. Es gibt ein weiteres Lager in Tomashov¹³ bei Lublin, wo etwa 700 Juden unter strenger SS-Bewachung stehen. Zwar sind sie dort offenbar keinen körperlichen Misshandlungen ausgesetzt, doch lässt man sie langsam verhungern.

Im Niemandsland

Ein anderer Bericht stammt von einem Mann, der in dem Transport aus Teschen war. Die Jüdische Gemeinde von Teschen erhielt den Befehl, binnen 48 Stunden alle Männer zwischen 14 und 60 [Jahren] antreten zu lassen und zum Bahnhof zu schicken; aus Teschen kamen 145 und aus dem umliegenden Bezirk etwa 350 [Männer]. Jeder Einzelne durfte 600 polnische Złoty und 60 Pfund Gepäck mitnehmen, aber nicht weit entfernt, in Bielitz, wurden ihnen ihr Geld und ihre Habseligkeiten geraubt. Danach wurden sie zu je 90 bis 100 Mann trotz schlechten Wetters auf offene Viehlasten gedrängt; sie mussten während der ganzen Fahrt stehen. Dieser Transport ging nach Ulanow am San. Ein paar Tage lang lagerten sie im Freien. Danach wurden die Jüngeren und Kräftigeren herausgesucht und zur Arbeit gebracht, die Älteren und Schwächeren brachte man weg. Als sie nach dreistündigem Marsch den Fluss erreichten, der die Grenzlinie zu Russland bildet, zeigte man ihnen, in welche zwei Richtungen sie das deutsch besetzte Gebiet verlassen sollten, und sagte ihnen, dass sie erschossen würden, wenn sie zurückkehrten. Einige haben Lemberg erreicht, doch von vielen anderen hat man seither nichts mehr gehört; sie sind möglicherweise ertrunken bzw. erschossen worden oder irren irgendwo im Niemandsland umher.

In einigen Lagern in der Gegend um Lublin ist es den Juden erlaubt, hin und wieder nach Hause zu schreiben; in anderen ist jeder Kontakt zur Außenwelt verboten. Nichtsdestoweniger haben sich die Nachrichten über die Bedingungen im Lubliner Konzentrationsgebiet in allen jüdischen Gemeinden unter der Nazi-Herrschaft verbreitet, und häufig verschwinden Männer, die von Transporten bedroht sind oder dies befürchten, oder begehen Selbstmord. Die Nazis setzen die Angst vor Lublin zum Teil ganz bewusst ein. In Wien wurde den Juden von einer der Nazi-Größen mitgeteilt, dass die Stadt bis Februar *judenrein*¹⁴ zu sein habe; sie müssten entweder emigrieren oder würden nach Lublin geschickt oder auf andere Weise ausgemerzt. Aber wo sollen sie hin?

¹³ Gemeint ist Tomaszów Lubelski.

¹⁴ Im Original deutsch.

DOK. 39

**Im Reichssicherheitshauptamt wird am 19. Dezember 1939
eine Amtschefbesprechung über ein „Judenreservat“ vorbereitet¹**

Schreiben des RSHA, II/II 112(Dö.),² Berlin, an den Leiter II des RSHA³ vom 19. 12.1939

Betr.: Stichpunkte für das Sachgebiet Judentum zur Amtschefbesprechung.

Vorg.: dort. Rundschreiben v. 18.12.39⁴

Endlösung des deutschen Judenproblems.

I. Judenreservat in Polen.

Es ergibt sich die Frage, ob ein Judenreservat in Polen geschaffen werden soll oder ob die Juden im zukünftigen Gouvernement Polen untergebracht werden sollen. Falls die Schaffung eines Reservats vorgesehen ist, wäre zu prüfen, ob dies durch Juden oder Reichsdeutsche verwaltet werden soll. Eine jüdische Verwaltung wäre vorteilhafter, da dadurch deutsche Verwaltungsbeamte eingespart würden. Nur die leitenden Stellen wären mit Deutschen zu besetzen. Weiter wäre hierbei zu entscheiden, wem die Verwaltung unterstellt wird.

Es wäre d. E. zweckmäßig, die Verwaltung solange unter sicherheitspolizeilicher Führung zu lassen, bis die Umsiedlung der Juden aus dem Reichsgebiet, Ostmark und Böhmen/Mähren durchgeführt ist.

II.

In diesem Zusammenhang wäre eine endgültige Entscheidung zu fällen, ob die Juden- auswanderung im Hinblick auf die Schaffung des Reservates weiterhin durchgeführt wird.

Außenpolitisch wäre ein Reservat außerdem ein gutes Druckmittel gegen die West- mächte. Vielleicht könnte hierdurch bei Abschluß des Krieges die Frage der Weltlösung aufgeworfen werden.⁵

1 BArch, R 58/544, Bl. 218+ RS. Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Klaus Pätzold, Leipzig 1991, S. 253.

2 Karl Döschner (*1913), Kaufmann; 1932 NSDAP- und SA-, 1934 SS-Eintritt, zunächst beim SD-Oberabschnitt Ost tätig, von Mai 1938 an im SD-Hauptamt, Referat II 112(Judenfragen), von Sept. 1939 an als dessen Leiter im RSHA, 1940 SS-Obersturmführer; nach 1945 in Göttingen als Polizist in leitender Funktion tätig.

3 Dr. Franz Alfred Six (1909 – 1975), Jurist; 1930 NSDAP-, 1932 SA-, 1935 SS-Eintritt, von 1935 an im SD tätig; 1938 Professor in Königsberg, 1939 in Berlin; 1939 Leiter des Amts II (Gegnerforschung) im RSHA, 1941 Chef des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B, 1942 Leiter der kulturpolitischen Abt. im RAM; 1948 in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen, 1956 bis 1963 Werbeberater bei Porsche-Diesel-Motorenbau, von 1963 an Unternehmensberater in Essen.

4 Am 18.12.1939 hatte Six allen Abteilungen des Amts II im RSHA für den 20. 12.1939 eine Amtschefbesprechung angekündigt und sie zur Ausarbeitung einer Besprechungsgrundlage aufgefordert; wie Anm. 1, Bl. 217.

5 Die Besprechung fand noch am 19. 12.1939 statt; im Anschluss daran wurde Eichmann von Heydrich zum Sonderreferenten für die „zentrale Bearbeitung der sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten bei der Durchführung der Räumung im Ostraum“ bestimmt.

DOK. 40

**Das Reichssicherheitshauptamt informiert alle Gestapostellen
am 21. Dezember 1939, dass Himmler die Deportation von Juden in das
Generalgouvernement ausgesetzt habe¹**

Schreiben des RSHA Berlin (S-IV [II Rz.] 565/39), gez. Müller,² an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen, nachrichtlich den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD (Eing. Staatspolizeileitstelle Stettin: 23.12.1939), vom 21.12.1939³

Betrifft: Abschiebung von Juden aus dem Reich in die besetzten polnischen Gebiete.

Vorgang: Ohne.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat bis auf weiteres eine Abschiebung von Juden aus dem Altreich einschließlich der Ostmark und dem Protektorat in die besetzten polnischen Gebiete verboten. Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche um genaueste Beachtung dieses Befehls.

In Vertretung:

gez. Müller

DOK. 41

**In einem Bericht für den Joint wird die dramatische Lage der Juden in Wien
zum Jahresende 1939 dargestellt¹**

Anonymer Bericht für das American Jewish Joint Distribution Committee, o.D.²

Die Juden in Österreich Ende 1939

Es sind immer noch etwa 60 000 Juden in Wien, die unter unvorstellbaren Umständen leben. Die meisten von ihnen wurden gezwungen, ihre Wohnung zu räumen und eine Unterkunft zur Untermiete zu finden. Im 2. und 20. Bezirk werden manchmal zwei oder drei Familien, bestehend aus acht bis zwölf Personen, in einem einzigen Zimmer zusammengepfercht.

Offiziell steht Juden eine Kündigungsfrist von drei Monaten zu,³ was der üblichen Frist entspricht, doch in der Praxis werden Juden aufgefordert, im Wohnungsamt der Gemeinde Wien zu erscheinen, wo sie versprechen müssen, ihr Heim „freiwillig“ in ein, zwei

1 RGVA, 500k/1/324, Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 72.

2 Heinrich Müller (1900 – 1945?), Flugzeugmonteur; von 1919 an in der Polizeidirektion München tätig, seit 1929 bei der Politischen Polizei für die Überwachung kommunistischer Organisationen zuständig; 1934 SS-Eintritt; Versetzung zum Gestapo Berlin, 1936 stellv. Chef des Amts Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei; 1938 NSDAP-Eintritt; 1939 Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung und Chef des Amts IV (Gestapo) im RSHA, 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz; seit 1945 verschollen.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen, Dienststempel *RFSS u.Ch. d.DtPol.* im RmDI sowie Vermerk: „Beglaubigt: Dietrich, Kanzleiangestellte“.

1 JDC, AR 1933/45, 440. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Der Text ist als „Übersetzung“ gekennzeichnet; das wahrscheinlich deutsche Original wurde nicht aufgefunden.

3 Zum erzwungenen Auszug von Juden aus ihren Wohnungen siehe Dok. 15 vom 28.9.1939, Anm. 4.

Wochen zu verlassen. Um dies zu erreichen, kommen alle hinlänglich bekannten Druckmittel der Nazis zur Anwendung.

Die Männer müssen stundenlang an der Wand stehen und bekommen Drohungen zu hören, dass sie noch am selben Tag erschossen werden. Sie werden von den wachhabenden SS- und SA-Männern zusammengeschlagen oder gezwungen, die Treppen zu putzen, herumzulaufen und sich gegenseitig zu beschimpfen und anzuspucken. Neue Unterkünfte werden willkürlich verteilt und sind oft bereits belegt, was zur Folge hat, dass die bisherigen Bewohner ausziehen müssen. Daher kann es vorkommen, dass bedürftige Menschen die Räume, die sie als Untermieter bewohnen, binnen weniger Monate mehrmals wechseln müssen, ein Vorgang, der sie ihre letzten Ersparnisse kostet.

Bei Kriegsausbruch wurden Männer polnischer Staatsangehörigkeit und Staatenlose polnischer Herkunft verhaftet und in primitiven, provisorischen Lagern untergebracht. Ungefähr 2000 Personen im Alter von 16 bis 87 Jahren wurden verhaftet, etwa die Hälfte von ihnen schickte man Anfang Oktober in das Konzentrationslager Buchenwald. Was die Bedingungen dort angeht, reicht der Hinweis, dass dort innerhalb von sechs oder sieben Wochen 300 Personen starben. Täglich schickt der Lagerkommandant Telegramme an Verwandte [von Insassen] in Wien, in denen er ihnen mitteilt, dass ein Vater, Bruder oder Sohn verstorben ist. Unter dem – möglicherweise zutreffenden – Vorwand, dass in Buchenwald eine Ruhrepidemie herrsche, ist jeglicher Kontakt zu den Gefangenen untersagt, und sie dürfen nicht einmal kleinere Geldbeträge oder Päckchen erhalten. Angesichts der Epidemie, des schlechten Wetters und der dortigen Behandlung (sie müssen in unbeheizten Zelten schlafen) besteht große Gefahr, dass auch, wer noch lebt, zum Tode verurteilt ist.⁴ Außerdem befinden sich etwa 200 Personen in Dachau und Buchenwald, die dort [schon] vor dem Krieg einsaßen. Sie sind etwas besser untergebracht, aber es besteht kaum Hoffnung, dass sie in naher Zukunft freigelassen werden.

Ende September wurde die Wiener Jüdische Gemeinde aufgefordert, die Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren aufzulisten und sie unter Aufsicht der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nach Polen zu schicken. Die Anweisungen lauteten dahingehend, dass wöchentlich zwei Transporte mit je 1000 Personen losfahren sollten. Den ersten beiden, nur aus Männern bestehenden Transporten sollten weitere mit Frauen und Kindern folgen. Dazu lässt sich sagen, dass ähnliche Transporte in Böhmen und Mähren angeordnet wurden und auch tatsächlich abgegangen sind. Dank der Bemühungen der Wiener Jüdischen Gemeinde wurden innerhalb von vier Wochen in zwei Transporten nur 1500 der eigentlich vorgesehenen 8000 Männer nach Polen verschickt. Aus Böhmen und Mähren gingen im gleichen Zeitraum 3500 ab. Ein dritter Transport, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern, wurde im letzten Moment gestrichen; die Menschen wurden im Asyl der Jüdischen Gemeinde untergebracht. Nach Aussage der Behörden werden sie nur freigelassen, wenn sie eine Einreiseerlaubnis in ein anderes Land vorweisen können. Die Transporte nach Polen wurden aufgeschoben und sollen im März wieder aufgenommen werden.⁵ Es kursieren unterschiedliche Gerüchte über die Gründe für diesen Aufschub. Es heißt, die Militärbehörden seien gegen die Transporte und die Ansiedlung

Laut § 2 des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden durfte die gesetzliche Kündigungsfrist unterlaufen werden, wenn die Unterbringung der jüdischen Mieter gewährleistet war; RGBL., 1939 I, S. 864 f., siehe auch VEJ 2/277.

⁴ Siehe Einleitung, S. 30, und Dok. 33 vom 20. 11.1939.

⁵ Siehe Dok. 40 vom 21.12.1939.

der Juden im Gebiet zwischen dem San und der Weichsel (Nisko, Lublin). Dieses Gebiet ist in keinerlei Weise für die Ansiedlung größerer Menschenmassen geeignet. Die meisten Dörfer und Städte liegen in Trümmern, es gibt keine Unterkünfte oder Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Lebensmittel sind knapp und schwer erhältlich. Polnische Bauernbanden treiben sich in den Wäldern und auf den Landstraßen herum, rauben die durchreisenden Juden aus und nehmen ihnen den größten Teil der 50 kg Gepäck ab, welche ihnen die deutschen Behörden mitzunehmen erlaubten.

Nur 400 bis 500 Handwerker konnten in dem einzigen Arbeitslager in Nisko selbst untergebracht werden, alle anderen Juden mussten in den Norden und Osten von Nisko ziehen, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wohin es sie verschlägt. Die meisten der nach Polen Verschleppten ließen ihr Gepäck zurück und marschierten 60 bis 80 km bis zur russischen Grenze, die sie heimlich überquerten. Über ihr Schicksal ist wenig bekannt.⁶

Die Organisation dieser schlecht vorbereiteten Transporte wird von den Wiener Juden natürlich als großes Unglück betrachtet, und sie blicken deren möglicher Wiederaufnahme im März 1940 voller Angst entgegen. Die deutschen Behörden wissen selbst nicht, wie der Transfer vonstatten gehen soll, und es scheint sich hierbei um eine planlose Aktion zu handeln, die durchgeführt wird, ohne sich um die Ergebnisse zu kümmern. Eine Reihe von Juden beging Selbstmord, um der Deportation nach Polen zu entgehen.

Sofort nach Kriegsbeginn wurde es den Wiener Juden untersagt, nach acht Uhr abends die Straße zu betreten. Nach dem versuchten Anschlag im Münchner Bürgerbräukeller am 9. November wurde die Sperrstunde für Juden auf vier Uhr nachmittags festgelegt.⁷ Diese Maßnahmen sind äußerst belastend, da den Juden so nur ein paar Stunden Zeit bleiben, um ihre Einkäufe und ihre persönlichen Angelegenheiten zu erledigen.

Auf die an die Juden ausgeteilten Lebensmittelkarten wurde im November ein „J“ gestempelt.⁸ Trotz dieser Karten haben Juden große Schwierigkeiten, Lebensmittel zu kaufen. An vielen Geschäften sind Schilder mit dem Hinweis angebracht, dass Juden nichts verkauft wird, und jüdische Frauen, die in der vorgeschriebenen Zeit ihre Einkäufe zu erledigen versuchen, bekommen zu hören, es gebe nichts mehr, weil die Arier schon alles aufgekauft hätten. Dass Juden Restaurants, Kaffeehäuser oder andere öffentliche Orte nicht betreten dürfen, versteht sich von selbst.⁹ Bereits seit Langem sind ihnen Kinos und Theater verschlossen.¹⁰ Alle Juden wurden gezwungen, ihre Radios bei der Gestapo abzugeben.¹¹

6 Siehe Dok. 38 vom 16. 12. 1939. Viele der deportierten Juden flüchteten über die deutsch-sowjet. Demarkationslinie oder schlugen sich in andere Orte in der Umgebung durch. Als das Lager in Zarzecze bei Nisko im April 1940 aufgelöst wurde, kehrten die etwa 500 verbliebenen Insassen nach Wien oder Mährisch-Ostrau zurück.

7 Am 8. 11. 1939 hatte der Tischler Johann Georg Elser im Münchener Bürgerbräukeller einen Sprengstoffanschlag auf Hitler verübt. Mit Kriegsbeginn trat eine nächtliche Ausgangssperre für Juden in Kraft; siehe Erlass Gestapo Karlsruhe bezüglich Anordnung des RFSSuChdDtPol vom 10. 9. 1939, den jüdischen Gemeinden das Ausgehverbot für Juden nach 20 Uhr mitzuteilen, Abdruck in: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg (wie Dok. 36, Anm. 4), Nr. 397, S. 176. Ein Ausgehverbot ab 16 Uhr konnte nicht ermittelt werden.

8 Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

9 Siehe Dok. 4 vom 5. 9. 1939, Anm. 9 und 10.

10 Am 15. 11. 1938 hatte Goebbels angeordnet, Juden den Zutritt zu Theatern, Konzert- und Vortragsveranstaltungen, Film- und Tanzvorführungen sowie Ausstellungen zu verbieten; Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, Nr. 22 vom 15. 11. 1938, S. 77.

11 Das RSHA beschlagnahmte per Erlass vom 19. 10. 1939 Rundfunkgeräte von Juden und „Mischlingen“; siehe Dok. 15 vom 28. 9. 1939, Anm. 5.

Die Sterblichkeit unter den Juden steigt, ungeachtet der Tatsache, dass zwei Drittel der Bevölkerung bereits ausgewandert sind. Unterernährung macht sich, vor allem bei den Kindern, bemerkbar.

Zusammenfassend muss man sagen, dass die Wiener Juden unter furchtbaren Bedingungen leben und dass die seelische Folter, der sie ausgesetzt sind, unerträglich ist. Ihres Besitzes beraubt, obdachlos und ohne jede Erwerbsmöglichkeit, sind sie kaum in der Lage, dem ständig steigenden Druck etwas entgegenzusetzen, und warten sehnsüchtig auf ihre Auswanderung. Dieser Druck seitens der Behörden setzte mit dem Anschluss¹² im März 1938 ein und hält seither an. Die Behörden sprechen offen aus, dass Österreich seine Juden loswerden muss und sie sich über das Jahr 1940 hinaus nicht mehr im Land aufhalten dürfen.

Auswanderung bleibt also für die Juden die einzige Möglichkeit, sich zu retten. Eine große Anzahl ist bereits gegangen, und wenn wir diejenigen berücksichtigen, die in Österreich werden bleiben und sterben müssen, dann geht es hier nur noch um 30 000 Personen. 10 000 davon hoffen, 1940 in die Vereinigten Staaten, 5- bis 6000 nach Palästina und 4- bis 5000 nach Shanghai und nach Mittel- und Südamerika auswandern zu können. Es ist daher eine absolute und mit überschaubaren Kosten verbundene Notwendigkeit, in einem der neutralen Länder ein Durchgangslager für etwa 10000 Personen zu errichten. Damit wäre es möglich, im Jahr 1940 das ganze Problem der jüdischen Auswanderung aus Österreich zu lösen und die Durchführung der geplanten Deportation der Juden nach Polen zu verhindern.

DOK. 42

The Washington Post: Artikel vom 14. Januar 1940 über die zunehmende Ausgrenzung der Juden in Deutschland¹

Reich verweigert Juden Fleisch- und Kleidermarken. Verfolgung vielfach forciert, um die Rasse zu vertreiben

Von Louis P. Lochner,² Associated-Press-Korrespondent

Berlin, 13. Januar – Die deutschen Juden, die ohnehin bereits weitgehenden Einschränkungen unterworfen sind, erlitten einen weiteren Schock, als sie ihre Lebensmittelkarten für die Zeit vom 15. Januar bis zum 11 Februar abholten. Sie mussten feststellen, dass ihre

¹² Im Original deutsch.

¹ The Washington Post, Nr. 23222 vom 14. 1. 1940, S. 1, 4: Reich Denies Meat, Clothes Cards to Jews. Der Artikel wurde aus dem Englischen übersetzt. The Washington Post wurde 1877 gegründet und ist die größte Tageszeitung in Washington, D. C. 1931 betrug die Auflage der Morgenausgabe 75 000 Exemplare.

² Louis P. Lochner, geb. als Ludwig Paul Lochner (1887 – 1975), amerik. Journalist, Autor; von 1924 an für Associated Press in Berlin tätig und 1928 – 1942 Leiter der dortigen AP-Niederlassung, 1936 bis 1941 Präsident der US-Handelskammer in Deutschland, 1939 Pulitzer-Preis für Reportagen über NS-Deutschland; Dez. 1941 bis Mai 1942 in Deutschland interniert; von 1943 an Korrespondent für NBC und AP, 1944/45 Kriegskorrespondent in Europa; Hrsg. von „The Goebbels Diaries 1942 – 1943“ (1948).

Marken für insgesamt 125 Gramm (knapp 4,5 Unzen) Fleisch und alle ihre Marken für Hülsenfrüchte – wie Erbsen, Bohnen und Linsen – entwertet waren. Darüber hinaus wurden ihnen die allgemeinen Bezugskarten verweigert, die kürzlich an alle anderen Deutschen ausgegeben wurden und es diesen ermöglichen, bestimmte Extras zu erhalten, wenn das Nazi-Regime in der Lage ist, mehr als die normale Tagesration zu bewilligen.

Auf die Lebensmittelkarten der Juden muss der Buchstabe J gestempelt sein.³ Dies gibt dem Händler die Möglichkeit zu erklären, dass das von den Juden Gewünschte nicht vorrätig sei, oder sie auf andere Weise zu diskriminieren. Für bestimmte noch nicht rationierte Lebensmittel muss man seinen Namen bei seinem Lebensmittelhändler oder Metzger auf eine Liste setzen. Geflügel und Fisch beispielsweise erhält man erst nach einer Registrierung.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, nehmen die Händler keine Juden auf ihre Listen auf. Juden ist der Besuch von Geschäften oder Märkten vor 12 Uhr und nach 14 Uhr untersagt.⁴ Auf den Märkten sind die meisten Vorräte mittags schon ausverkauft, oder es sind nur noch zweitklassige Waren erhältlich.

Für den Bezug von Kleidung braucht jeder Deutsche eine Kleiderkarte, doch Juden werden diese Karten verweigert.⁵ Diejenigen, die noch über genügend Kleidung verfügen, sagen, dass sie weder Faden noch Zwirn kaufen könnten und nicht wüssten, wie sie ihre Schuhe reparieren sollten, wenn die Sohlen einmal durchgelaufen seien.

Juden müssen nach 20 Uhr im Haus bleiben – die Härte dieser Anordnung wird allerdings dadurch relativiert, dass sie Theater, Konzerte und Oper ohnehin nicht mehr besuchen dürfen.⁶ Dennoch müssen viele deshalb jetzt in Wohnungen ausharren, die häufig überfüllt sind, da die Juden auf engerem Wohnraum als zuvor zusammengedrängt sind.

Laut Nazi-Gesetzgebung dürfen Vermieter Mietverträge mit Juden auflösen. Wie viele von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, lässt sich nicht ermitteln.⁷

In der Vorstellung der Nazis stellt jedes Mietshaus eine Gemeinschaft im Kleinen dar, in der der Jude als Störfaktor gilt. Ursprünglich war vorgesehen, in allen Städten, in denen sich noch Juden aufhielten, eine Art Getto einzurichten. Diese Idee wurde jedoch offenbar wieder aufgegeben. Die Hauptanstrengung in Deutschland ist darauf gerichtet, die Juden loszuwerden.

Von den 59 000 Berliner Juden wurden etwa 20 000 zur Straßenreinigung, zum Schneeschaukeln und Straßenbau sowie zu anderen körperlichen Arbeiten eingeteilt, darunter auch Forst- und Gartenarbeit. Jüdinnen, die vom Nazi-Regime zuvor aus ihren Berufen verdrängt worden waren, werden zum Arbeitseinsatz, vor allem als Dienstmädchen, Land- und Textilarbeiterinnen, gezwungen.⁸

Offenbar finden frühmorgendliche Massenrazzien bei Juden und deren Inhaftierung in Konzentrationslagern nicht mehr in großem Maßstab statt.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass das Regime die Lage eines jeden Juden kennt,

3 Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

4 Zu den Einschränkungen der Einkaufszeiten siehe ebd.

5 Zum Entzug der Kleiderkarten siehe ebd., Anm. 4.

6 Siehe Dok. 41 von Ende 1939, Anm. 7 und 10.

7 Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939, RGBl., 1939 I, S. 864 f., siehe auch VEJ 2/277.

8 Zum Arbeitseinsatz siehe Einleitung, S. 40 – 42.

praktisch das ganze jüdische Vermögen beschlagnahmt hat und daher nur noch ein Interesse hat: den Juden aus dem Land zu schaffen.

Juden, die in Konzentrationslager gebracht werden, erwartet dort eine harte Behandlung, die umso schlimmer ausfällt, je vehementer der Antisemitismus des Aufsehers ist. Doch kein Jude spricht gern über seine Erfahrungen in solch einem Lager, und generell wissen die nicht-jüdischen Deutschen wenig über die Lage der Juden, da die einschränkenden Maßnahmen nicht mehr in Form von Verordnungen, sondern eher als Befehle erteilt werden, für deren Durchführung die Gestapo Vertreter der jüdischen Gemeinde zur Verantwortung zieht. Jeder Jude erfährt also schriftlich durch die Vorsteher seiner Gemeinde von neuen Maßnahmen.

In seiner Reichstagsrede am 30. Januar letzten Jahres drohte Adolph⁹ Hitler:

„Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es den internationalen Financiers¹⁰ in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Seine Anhänger im besetzten Polen scheinen ihn wörtlich zu nehmen, denn durchsickernde Einzelheiten lassen darauf schließen, dass mit jedem Juden, der sich Nazi-Befehlen widersetzt, kurzer Prozess gemacht wird.

Krankheiten stellen einen starken Verbündeten im Ausmerzungsprozess dar, und das massenhafte Herausschmuggeln von polnischen Juden aus dem von Deutschen besetzten Teil Polens nach Russland enthebt die deutschen Eroberer der Verantwortung für viele Juden.

Polnische Juden werden zügig aus den Gebieten vertrieben, die auf Dauer vom Reich annektiert werden. Lublin wird offensichtlich in ein jüdisches Reservat umgewandelt. Allerdings wurden seit der Abschiebung Tausender Juden aus Wien, Prag und Mährisch-Ostrau offenbar keine weiteren Anstrengungen unternommen, um weitere [Juden] aus dem Großdeutschen Reich in das Reservat zu schicken.¹¹

Im Protektorat Böhmen und Mähren wurde die Jüdische Gemeinde davon in Kenntnis gesetzt, dass alle Juden unter 60 Jahren vor Ende Mai ausreisen müssen. Wer sich nach Ablauf dieser Frist noch dort aufhält, läuft Gefahr, in einem Konzentrationslager inhaftiert zu werden.¹²

⁹ So im Original.

¹⁰ Im Wortlaut der Rede Hitlers vom 30. 1. 1939 heißt es: „dem internationalen Finanzjudentum“; siehe VEJ 2/248.

¹¹ Zu den Deportationen nach Nisko im Gebiet Lublin siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

¹² Diese Maßnahme wurde nicht durchgeführt.

DOK. 43

**Margarete Korant aus Berlin berichtet ihrer Tochter Ilse am 19. Januar 1940,
wie sie beim Einkaufen verhöhnt wurde¹**

Handschriftl. Brief von Margarete Korant,² Berlin, an ihre Tochter Ilse Schwalbe,³ 251 South 15th Street, San José, California, USA, vom 19. 1. 1940⁴

Mein geliebtes Kind,

ich hatte gerade einen Brief an Dich in den Kasten gesteckt, als ich Deinen Luftpostbrief vom 21.12. erhielt. Ich beantworte ihn aber erst in ein paar Tagen, da dieser Brief mit gewöhnlicher Post weggehen soll. Da ich die richtigen Fersenschoner nicht schicken kann, weil Muster ohne Wert nicht angenommen wird, sende ich ein paar andere, die zwar nicht so praktisch sind, aber vielleicht auch den Zweck erfüllen. Nur muß man sie leider in den Schuh einkleben, kann sie also nicht auswechseln. Den Buchstaben J habe ich für Deinen Mantel gedacht, ich trage sie auch. Es gibt hier so vielerlei Sachen, auch leuchtende Blumen, es ist eine ganze Industrie daraus entstanden.⁵ Es ist wieder bitter kalt ([minus] 15–20°), und ich bin sehr glücklich mit meiner Heizsonne. Es wird miserabel geheizt, heute z. B. wieder gar nicht, über h. s. d.⁶ sind Kohlen gekommen, da wird es wohl morgen wieder besser werden. Wir haben dieses Mal eine Lebensmittelkarte weniger bekommen, eine sogen. Zusatzkarte für nicht bewirtschaftete Lebensmittel (d. h. ohne Karte), also die sind Hülsenfrüchte, Reis, Schokolade, Wild, Geflügel, Heringe etc. Da ich mit letzterem in eine Kundenliste eingetragen war, wollte ich [es] mir nun holen, die Frau sagte jedoch ganz höhnisch, Sie wissen doch, daß Nichtarier keine Zusatz-Lebensmittel mehr bekommen. Es gibt mir jedes Mal einen Schlag, wenn ich so was höre, an diese Sachen kann man sich einfach nicht gewöhnen. In unserer Gegend dürfen wir auch erst nach 12 Uhr auf die Märkte und in viele Einzelhandelsgeschäfte gehen,⁷ was man auf dem Markt dann noch bekommt, kannst Du Dir vielleicht vorstellen. Es tut mir furchtbar leid, daß ich die Bildchen von Dir und Steffilein⁸ nicht bekommen habe, es ist scheußlich, wie viel Post verlorengeht. Tante Dussel ist schon einige Tage krank, ich werde ihr nachher eine Visite abstatten. Von C's kam wieder ein langer Brief, wieder nach O., die haben mindestens schon 4 Briefe bekommen und können sich nicht entschließen zu antwor-

1 JMB, Sammlung Familie Korant Schwalbe Striem, 2006/57/209.

2 Margarete Korant, geb. Apt (1882 – 1942); lebte zunächst in Dresden, nach dem Tod der Eltern nahm ein Onkel die damals Zwölfjährige zusammen mit ihren beiden Schwestern in Breslau auf; sie heiratete 1903 Georg Korant, 1910 Umzug nach Berlin, wo Georg Korant 1937 starb; Margarete Korant wurde am 25.1.1942 nach Riga deportiert und dort ermordet.

3 Ilse Schwalbe, geb. Korant (1904 – 1992), Sekretärin; 1923/24 Arbeit in der Lederhandlung ihres Onkels in Oppeln, heiratete 1926 Herbert Schwalbe, der 1933 nach Palästina, 1938 in die USA emigrierte; 1934 – 1939 Sekretärin bei der Kinder- und Jugendalija in Berlin, emigrierte im März 1939 in die USA, dort u. a. Sekretärin der Jüdischen Gemeinde in San José.

4 Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

5 Nicht ermittelt. Die Kennzeichnungspflicht für Juden wurde im Reich erst am 1.9. 1941 eingeführt; siehe Dok. 212 vom 1.9. 1939.

6 Nicht ermittelt.

7 Siehe Dok. 42 vom 14. 1. 1940.

8 Stephanie Wells, geboren als Steffi Brigitte Schwalbe (*1931), Lehrerin; Enkelin Margarete Korants, emigrierte im März 1939 mit ihrer Mutter und ihrem Bruder Reiner in die USA; arbeitete nach dem Studium als Deutsch- und Spanischlehrerin.

ten. Wenn sie an mich schreiben würden, würden sie prompter bedient, aber an meine Existenz haben sie offenbar schon total vergessen. Tante Ellen⁹ hat den Jungen besucht und schreibt, daß er großartig aussieht, dem scheint es recht gut zu gehen. Hoffentlich bekommst Du diesen Brief mit den diversen Einlagen. Viele herzliche Grüße und Küsse an Euch alle, ich sehne mich so nach Euch, in treuer Liebe

Eure Oma-Mutti

Da der Brief sowieso doppelt wiegt, schicke ich lieber 2 statt einen, hoffentlich kommen sie beide an.

DOK. 44

Alfred Rosenberg hält am 27. Januar 1940 in seinem Tagebuch fest, wie er mit Hitler über den Antisemitismus in Russland gewitzelt habe¹

Tagebuch von Alfred Rosenberg,² Berlin, Eintrag vom 27.1.1940

27.1.

Heute zu Mittag war der Führer wieder sehr aufgeräumt. Die unvorsichtigen Eingeständnisse Lord Lloyds, daß Polen nur ein Vorwand für die britische Kriegspolitik gewesen war, haben ihn sehr befriedigt. Auch die sonstigen, sehr verwirrten Stimmen zeigten, wie er sagte, daß es den Engländern schlecht gehe. 60 % ihrer Futtereinfuhr hätten sie verloren, sie wollten diesen Verlust auf 40 % herunterdrücken.³

Während des Essens sprach der Führer über Polen. Die kleine früher herrschende Schicht habe das Land als eine Plantage betrachtet, selbst aber mehr in Paris als auf dem Lande gewohnt. Ich bemerkte, daß die Gegenreformation hier nur eine bewußte Ausrottungsarbeit geleistet habe; es sei als herrschend eine mit Gesellschaftskultur übertünchte Schicht übriggeblieben, fähig zu einigen tapferen Ausbrüchen, aber für konstruktiven Bau unfähig. In Polen wäre ein wirklicher Widerstand nicht zu erwarten, meinte der Führer, klopfte mir auf den Arm und sagte lachend: Widerstand sei nur noch bei den Balten. Ja, wenn man ihnen *ein* Geschäft gebe, wollten sie das nächste usw. Ich sagte: Das ist wohl nicht ganz so. Denn z. B. soll der Besitzer einer Lederfabrik eine Schuhreparaturwerkstatt

⁹ Ellen Cohn, geb. Apt (*1887), Schwester Margarete Korants, im Juli 1939 nach Großbritannien emigriert.

¹ Original verschollen, Kopie: IfZ/A, PS 1749, Bl. 8–10. Abdruck in: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Nach der photographischen Wiedergabe der Handschrift aus den Nürnberger Akten hrsg. und erläutert von Dr. Hans-Günther Seraphim, Göttingen u. a. 1956, S. 98–100.

² Alfred Rosenberg (1893–1946), Architekt und Publizist; in Reval (Tallinn) geboren, in Riga aufgewachsen, studierte er bis 1918 in Moskau; 1921 SA-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 NSDAP-Eintritt; 1923/24 und 1926–1937 Hauptschriftleiter und 1938–1945 Hrsg. des VB, von 1930 an MdR, 1933–1945 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934–1945 Beauftragter für die Überwachung der weltanschaulichen Erziehung der NSDAP (Amt Rosenberg); Juli 1941 bis 1945 RMfBO; 1946 im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt, hingerichtet.

³ Der frühere liberale Premierminister David Lloyd George (1863–1945) hatte im Unterhaus die mangelnden Vorbereitungen zur Nahrungs- und Futtermittelversorgung im Kriegsfall kritisiert. Mit der brit. Garantieerklärung für Polen vom März 1939 sei der Regierung schon seit Monaten klar gewesen, dass es zum Krieg kommen müsse; The Times, Nr. 48523 vom 26. 1.1940, S. 3.

erhalten, einem Hotelbesitzer bietet man eine Stellung als Kellner an usw. Und da meinen die Betroffenen, das sei doch wohl nicht der Zweck der Übung gewesen.⁴

Ich hatte gerade eine Stunde vorher Himmler einen sachlichen Brief nebst Anlagen zugesandt.⁵ Die Balten sind sicher nicht so bequem zu behandeln wie die Wolhynien-Deutschen, die wenig aufgaben u. stets Kleinbauern waren. Das Baltentum weiß natürlich, daß es ein Kulturbegriff gewesen ist, u. starke Individualitäten wollen sich nicht so einfach von Beamten wie eine Herde Flüchtlinge hin- u. herschieben lassen. Himmler hat nun einmal eine Abneigung gegen die Balten, es ist also anzunehmen, daß er einige Deutlichkeiten angesichts der Kälte, des nicht aufzufindenden Wintergepäcks usw. dem Führer in bestimmter Form berichtet hat.

Zum Schluß bat ich den Führer, Dr. Lammers und mich zu empfangen, um den Auftragsentwurf vorzulegen. Da Heß⁶ gerade daneben stand, so fragte der Führer, ob dieser einverstanden sei. H[eiß]: Er habe die letzte Fassung noch nicht gelesen. Ich: Es ist bei der von *Ihnen* verwandten geblieben. Führer: Dann ist es gut, wenn Heß einverstanden ist, können Sie die Sache fertigmachen. Nach allen Hinzögerungsversuchen bin ich aber noch nicht ruhig, als bis wirklich die Unterschrift vorliegt.⁷

Heß gab übrigens noch dem Führer einen Bericht eines deutschen Kapitäns, der nach vielen Jahren wieder in Odessa gewesen war. Dieser erklärte, im Gegensatz zu früher hätte er keinen einzigen Juden mehr in den Behörden getroffen. Dies gab Anlaß zu den jetzt häufigen Betrachtungen, *ob* sich in dieser Hinsicht in Rußland *wirklich* ein Wandel vorbereite. Ich meinte, wenn wirklich diese Tendenz beginne, würde sie mit einem furchtbaren Judenpogrom enden. Der Führer sagte, vielleicht würde das dann verängstigte Europa *ihn* bitten, für die Humanität im Osten zu sorgen ... Alle lachten. F[ührer]: Und Rosenberg müßte der Schriftführer eines von mir präsierten Kongresses zur humanen Behandlung der Juden sein. Im übrigen sei ein neuer russ. Film erschienen, der frühere polnisch-russische Auseinandersetzungen behandle.⁸ Ich: Ja, ich hörte davon, auch die Politik des Vatikans dieser Zeit werde behandelt. F[ührer]: Ob man diesen Film vielleicht einmal zeigen könnte? Ich, kummervoll: Wo vom Vatikan die Rede ist, kann man bei uns doch nichts zeigen. Das gab natürlich wieder Gelächter. Bormann stieß mich lachend an: So was kann man nur in Rußland sehen, – leider.

4 Von Okt. 1939 an wurden aufgrund eines geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt die als Minderheit in Estland und Lettland lebenden Deutschen in die eingegliederten Ostgebiete umgesiedelt, wo sie die Wohnungen, Höfe und Arbeitsplätze vertriebener jüdischer und nicht-jüdischer Polen zugewiesen bekamen.

5 Nicht aufgefunden.

6 Rudolf Heß (1894 – 1987), Kaufmann; Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1920 NSDAP-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, dafür Festungshaft in Landsberg a. L.; Privatsekretär Hitlers, 1933 bis 1941 StdF; am 10.5.1941 flog Heß heimlich nach Schottland zum Duke of Hamilton, mutmaßlich, um Friedensverhandlungen mit Großbritannien in die Wege zu leiten; bis zum Kriegsende in brit. Gefangenschaft, 1946 im Nürnberger Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, in der er sich das Leben nahm.

7 Vermutlich hoffte Rosenberg auf das Einverständnis Hitlers für seine Pläne einer Hohen Schule. Am 29. 1.1940 beauftragte Hitler Rosenberg offiziell – unter Umgehung des REM – mit den Vorbereitungen für den Aufbau einer Hohen Schule der NSDAP, die „die zentrale Stätte der national-sozialistischen Forschung, Lehre und Erziehung werden“ sollte; Verfügung, gez. Hitler, V 6/40, betrifft: Errichtung einer Hohen Schule der NSDAP vom 29. 1.1940, BAarch, R 43 II/604, Bl. 14.

8 Gemeint ist vermutlich der Historienfilm „Minin i Pożarskij“ (1939), der den Volksaufstand gegen die Invasion poln. Truppen in Russland im Jahr 1611 thematisiert.

DOK. 45

**Die Bezirksstelle Gleiwitz der Reichsvereinigung der Juden informiert im Januar 1940
über die Auswandererabgabe¹**

Merkblatt der Bezirksstelle Gleiwitz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, gez. Justizrat Adolph Israel Kochmann,² vom Januar 1940

Merkblatt betreffend Jüd. Auswandererabgabe.

Für die Erlangung der Bescheinigung zur Empfangnahme von Pässen hat jeder Auswandernde eine behördlich festgesetzte Auswandererabgabe an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zu entrichten.³

Für die Errechnung dieser Abgabe sind folgende Unterlagen *unbedingt* erforderlich:

1. Die Einkommensteuerbescheide des zuständigen Finanzamtes für die Jahre 1937, 1938, 1939.
2. Der Vermögenssteuerbescheid auf den 1.1.1940.
3. Eine Bescheinigung der zuständigen Jüd. Kultusvereinigung, daß die Beiträge und sonstigen Verpflichtungen wie zur Jüd. Winterhilfe, Bestattungswesen usw. für die Jahre 1938, 1939 und 1940 (bis 31.12.1940) bezahlt sind. Aus dieser Bescheinigung muß hervorgehen, auf Grund welcher Unterlagen und in welcher Höhe die Errechnung der Beiträge für die einzelnen Jahre erfolgt ist, da eine Nachprüfung vorgenommen werden muß.
4. Falls ein Vermögenssteuerbescheid auf den 1. Januar 1940 nicht beigebracht werden kann, muß die Veranlagung auf Grund des letzten Vermögenssteuerbescheides erfolgen. In diesem Falle können Vermögensminderungen berücksichtigt werden, soweit sie *urkundlich* nachgewiesen werden.
5. Bei der Auswandererabgabe werden *auf Antrag* berücksichtigt:
 - a) ein im Zusammenhang mit der Auswanderung vorzunehmender, berücksichtigter oder durchgeführter Transfer durch die Golddiskontbank,
 - b) die Kosten für die Beförderung des Auswanderergutes und die der Fahrt, soweit die Bezahlung in Reichsmark erfolgt,
 - c) etwaige Abgabe an die Golddiskontbank (Goldzoll),⁴
 - d) etwa noch zu leistende Steuerzahlungen (Staatssteuern),
 - e) Lebensunterhalt vom Tage des Antrages bis zur Auswanderung entsprechend den sozialen und finanziellen Verhältnissen des Antragstellers.

¹ AŽIH, 112/3Bl. 158.

² Dr. Arthur Adolph Kochmann (1864 – 1943), Justizrat; 1919 Mitglied des Preuß. Landtags für die DDP, langjähriger Stadtverordneter, Stadtrat, Ehrenbürger der Stadt Gleiwitz; Vorsitzender der Synagogengemeinde, von 1933 an Vertrauensmann für Oberschlesien bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, bis 1938 Rechtsanwalt und Notar in Gleiwitz; wurde am 24. 12. 1943 nach Auschwitz deportiert und kam dort ums Leben.

³ Juden mussten neben der Reichsfluchtsteuer eine Auswanderungsabgabe bezahlen, die sich nach der Höhe ihres Vermögens richtete und die Auswanderung ärmerer Juden ermöglichen sollte. Die jährlich steigenden Abgaben waren an die Deutsche Golddiskontbank zu entrichten.

⁴ Umzugsgut und Vermögensgegenstände von Juden durften nur nach geleisteter Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank ins Ausland gebracht werden, Überweisungen von Barvermögen ins Auswanderungsland hatten – mit beträchtlichen Abzügen – ebenfalls über diese Bank zu erfolgen. 1945 wurde die 1924 ursprünglich zur Finanzierung von Rohstoffimporten gegründete Reichsbanktochter liquidiert.

Alle unter 5 aufgeführten Ansprüche sind nachzuweisen.

6. Die Entrichtung der Auswandererabgabe hat grundsätzlich in bar und nur, wenn Barzahlung nicht möglich ist, durch Hergabe von Wertpapieren zu erfolgen.

7. Die Anträge auf Ausstellung einer Auswandererabgabe-Bescheinigung müssen rechtzeitig gestellt und *alle erforderlichen Unterlagen beigelegt* werden. In diesem Falle erfolgt die Ausstellung innerhalb etwa 3 Tagen. Fehlende Unterlagen verzögern die Bearbeitung der Anträge.

Die Aushändigung der Bescheinigungen zur Empfangnahme der Pässe erfolgt *nur nach Bezahlung der Auswandererabgabe*, während der Dienststunden am Vormittag. An Nachmittagen sind keine Dienststunden für den Parteienverkehr.

DOK. 46

Mitarbeiter eines Umschulungslagers in Wien senden Gauleiter Bürckel Ende Januar 1940 Vorschläge zum weiteren Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte¹

Schreiben der Gefolgschaft des Auswanderer-Umschulungslagers für Nichtarier, Universitätsstraße 11, Wien I, an den Gauleiter Joseph Bürckel (Eing.: 31.1.1940), o. D.²

Die seit Bestehen der Dienststelle in diese eingestellte Gefolgschaft des Auswanderer-Umschulungslager für Nichtarier erlaubt sich, folgende Ausführungen vorzulegen und um eine Entscheidung zu bitten.

Die Dienststelle wurde am 29. X. 1938 unter Führung des Oberbürgermeisters d. R. Ernst Dürrfeld³ eingerichtet mit dem Zwecke:

arbeitslose Juden Wiens in ein in der weiteren Umgebung Wiens gelegenes provisorisches Lager zu sammeln und mit diesen Arbeitskräften, in welche möglichst viele entsprechende jüdische Professionisten einzuteilen waren, in Kürze ein Aufbaulager für zka. 400 Leute zu errichten, diesem Aufbaulager dann ein Großlager anzuschließen, um in ihm auch ganze jüdische Familien unterbringen zu können.

Hiedurch sollte erreicht werden, daß

1. Wohnungen in Wien frei werden,
2. gesundheitlich geeignete Juden zur Arbeit bzw. Umschulung für Landwirtschaft und Handwerk erzogen werden und
3. hiedurch die leichtere Auswanderung dieser Leute zu ermöglichen.

Dieser beabsichtigte Lagerbau wurde jedoch nur bis zur Errichtung des Aufbaulagers fertiggestellt und war derselbe anfangs Feber 1939 mit rund 130 Juden belegt. Wegen angefohlenem Abbau in der Dienststelle, wurden dann diese Juden bis auf 50 entlassen. Im März und April 1939 erfolgten sodann wieder Neueinstellungen bis zu einem Lagerstand

¹ ÖStA, AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/12.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke. Grammatik und sprachliche Eigenarten wie im Original.

³ Ernst Dürrfeld (1898 – 1945), Hilfsarbeiter; 1922 NSDAP-Eintritt, 1926 – 1935 Ortsgruppenleiter, später Kreisleiter der NSDAP Kaiserslautern; 1935 – 1937 OB von Saarbrücken; von 1935 an MdR; 1938 Leiter der „Umschulungslager für Nichtarier“ in Österreich, 1940 – 1944 Wirtschaftsberater und Dezernent in der Stadtverwaltung Warschau, 1944/45 beim RMfRuK.

von 160 Mann. Da jedoch der vorgesehene Ausbau des Lagers nicht erfolgte, wurde über Anforderung des Arbeitsamtes von diesen eingeschulten Kräften rund 120 Mann dem Arbeitsamte Wien zum produktiven Arbeitseinsatz bei Wels, im Stubachtal, im Harz und an der holländischen Grenze frei gegeben. Der bleibende Rest von zka. 40 Mann wurde für Feldarbeit und zum Straßenbau bei Gänserndorf verwendet, da sich schon in den Erntewochen vor Kriegsausbruch ein Mangel an arischen Arbeitskräften merkbar machte. Diese Leute haben in der Zeit vom Anfang Juli bis 13.X. 1939 3688 RM durch ihren Einsatz verdient, obzwar die Entlohnung, entgegenkommend der Landbevölkerung, nur zka. RM 2.– per Tag und Kopf betrug.

Seit Kriegsausbruch war der Arbeitsmangel natürlich noch gestiegen und äußerte sich in zunehmender Arbeitsanforderung durch die Bauernschaft beim Lagerkommando, zur Einbringung der Hackfrüchte und der notwendigen Feldbestellungen. Zu diesem Zwecke wurden nun 40 neue Juden im Wege des Arbeitsamtes eingestellt und die noch ausstehenden Feldarbeiten so unterstützt, daß die Kreisbauernschaft dem Lagerkommando bei Ende der Arbeiten ihren Dank aussprach. Infolge der schlechten Witterung wie des eintretenden Arbeitsmangels, wurden ab 11. Dezember 1939 erneut 50 Juden abgebaut, so daß der dermalige Stand 30 Juden beträgt, von welchen heute noch 20 in der Spiritusfabrik Angern arbeiten, die restlichen für Lager- und Schneearbeiten in Verwendung stehen. Die durch den vorbeschriebenen Arbeitseinsatz vom Oktober bis zka. 20. Dezember 1939 eingegangenen Arbeitsgelder betragen rund RM 4850. Im heurigen Jahr wöchentlich rund RM 300. Da nun die zur Erhaltung der Dienststelle und des Lagerwachpersonales zur Verfügung gestandenen Mittel aufgebraucht sind, die Verhandlungen zur Übernahme des Lagers für Zwecke der DAF oder der Gemeinde Wien als gescheitert anzusehen sind, wobei beide angestrebten Lösungen dem Grundzwecke des Lagers nicht entsprochen hätten, wird gebeten, den nun folgenden Vorschlag einer geneigten Beurteilung zu unterziehen. Mit beginnendem Frühjahr ist für den Anbau ein gewiß erhöhter Arbeitermangel zu erwarten. Es wäre deshalb ab 20. Feber l. J. vorbereitend der Stand des Lagers mindestens auf zka. 250 Mann zu erhöhen und diese Leute für die kommende Frühjahrsfeldarbeit als Hilfsarbeiter sofort vorzuschulen, damit sicher keine Anbaufläche wegen mangelnder Arbeitskraft unbenutzt bleibt. Mit Vollendung dieser Arbeiten und schrittweiser weiterer Erhöhung und Arbeitseinschulung, könnte Ende April l. J. ein Arbeitsstock von zka. 400 arbeitstauglichen Juden zur Verfügung stehen, welche entweder, wie im Jahre 1939, vom Arbeitsamte auf verschiedene Arbeitsplätze gebracht werden könnten, wodurch diese Juden aus der Arbeitslosenunterstützung fielen, oder es könnten diese voll einsatzfähigen Juden mit ihren Angehörigen endgültig nach Polen übersiedelt werden, wo ihnen dann die ganze Zeit bis zum Winter 1940/41 zur Verfügung stünde, sich unter entsprechender Aufsicht einen neuen Aufenthalt zu gründen.

Selbstverständlich müßte jeder fallweise Abgang aus dem Lager sofort wieder ergänzt werden, so daß immer wieder eingeschulte Transporte marschbereit wären.

Hiedurch könnte, wenn auch infolge der Größe des Lagers nur in beschränktem Maße, erreicht werden, daß

1. nach und nach die arbeitskräftigen Juden Wiens zur Handarbeit verhalten und erzogen werden, um im Bedarfsfalle dem Arbeitsamt bzw. den Übersiedlungsbehörden zur Verfügung zu stehen.

2. auf die jüdische Gesamtheit ein erneuter Druck ausgeübt wird, selbst für die eigene Auswanderung rege zu sein und zu bleiben.

3. ihr weiteres geruhssames Leben in Wien zu stören.

Die Stelligmachung des brauchbaren Materials⁴ könnte durch das Arbeitsamt und die Polizei sichergestellt werden. Diese sollte sich aber, zum Unterschiede wie bisher, auch auf jene Juden ausdehnen, welche nicht beim Arbeitsamte geführt werden, da gewiß diese das gefährlichere Zersetzungsprodukt bilden.

Die Spesen ihrer Erhaltung im Lager würden wie jetzt, falls nicht ganz, so doch zum Großteile, mit den Zahlungen der ihre Arbeitshilfe Anfordernden gedeckt erscheinen.

Jedenfalls wäre durch diese gleichbleibende Art der Verwendung des Lagers in Gänserndorf einesteils der Lagerzweck auch weiterhin gewahrt, andernteils den Juden bewiesen, daß sich in der Wertung und Haltung ihnen gegenüber nichts geändert hat, was bei einer Schließung des Lagers oder Änderung seines Zweckes verloren ging, da die in Wien noch immer zahlreich anwesenden Juden, dann doch das Dasein des Lagers in Gänserndorf überdauert hätten.

Heil Hitler!⁵

DOK. 47

Pfarrer Grüber kritisiert am 2. Februar 1940 den Evangelischen Oberkirchenrat für dessen Diskriminierung von Pfarrern, die als „Mischlinge“ gelten oder in „Mischehen“ leben¹

Schreiben von Pfarrer Heinrich Grüber,² Dorfstraße 12a, Berlin-Kaulsdorf, an den Evangelischen Oberkirchenrat, z. Hd. Vizepräsident Dr. Hymmen,³ Jebensstr. 3, Berlin-Charlottenburg 2, vom 2. 2. 1940⁴

Sehr geehrter Herr Vizepräsident!

Den Pfarrern, die den Ariernachweis für sich und ihre Frau nicht erbracht haben, ist eine erneute Aufforderung zugegangen, verbunden mit einer von Ihnen unterzeichneten

4 Gemeint ist die Rekrutierung von jüdischen Arbeitskräften.

5 Das Schreiben hatte keinen Erfolg. Das hochdefizitäre Lager fand in der Folgezeit weder als Ausgangsstation für Zwangsarbeitertransporte noch als Durchgangslager für Deportationen nach Polen weitere Verwendung. Auf Anweisung Bürckels wurde das Arbeitslager zum 1. 4. 1940 geschlossen; Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938 – 45, Innsbruck u. a. 2000, S. 97 – 102, 146 f.

1 EZA, 7/1960.

2 Heinrich Grüber (1891 – 1975), evang. Pfarrer; von 1934 an Pfarrer in Berlin-Kaulsdorf, 1938 – 1940 Leiter der Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier, die u. a. Auswanderer unterstützte, auch mit gefälschten Pässen; 1940 Auflösung der Hilfsstelle, 1940 – 1943 in den KZ Sachsenhausen und Dachau inhaftiert; nach 1945 Probst zu Berlin, 1949 – 1958 Bevollmächtigter der EKD bei der DDR-Regierung.

3 Dr. Johannes Hymmen (1878 – 1951), evang. Theologe, Pfarrer; 1916 – 1918 Feldprediger, 1923 – 1925 Pfarrer in Blankenstein und Geschäftsführer der Inneren Mission in Westfalen, von 1926 an Konsistorialrat und Dozent an der Universität Münster, 1932 Oberkonsistorialrat, 1934 in den Evang. Oberkirchenrat nach Berlin berufen, dort von 1936 an Geistlicher Vizepräsident; 1945 im Ruhestand.

4 Im Original handschriftl. Unterstreichungen, Anmerkungen und Stempel „Im Präsidialbüro durchgelaufen“.

Ausführung des Ev. Oberkirchenrats.⁵ Da ich wegen der besonderen Arbeit, die ich zur Zeit durchführe,⁶ von manchen Amtsbrüdern um Rat gefragt worden bin, erlaube ich mir, zu Ihren Ausführungen und zu dem Vorgehen der Evangelischen Kirche altpreußischer Union Stellung zu nehmen, die ich auch diesen Amtsbrüdern zugehen lassen werde.

Sie haben, Herr Vizepräsident, wohl nicht den Eindruck, daß die Ausführungen des EOK die Bedenken der BK⁷ auch nur in etwas entkräftet haben.

Ihre letzten Bemerkungen, „... daß die Kirche bei der Auswahl der Persönlichkeiten, denen sie das Amt der Wortverkündigung, d. h. den Auftrag und die Pflicht anvertraut, den Dienst am Wort in einem *bestimmten örtlich oder personell* mehr oder weniger *begrenzten* Personenkreis im öffentlichen Gottesdienst auszurichten, von jeher darauf gesehen hat, daß diese Persönlichkeit ‚geschickt zu dem Amte sein soll‘; das bedeutet: die Persönlichkeit soll, menschlich gesprochen, die Gabe und Aufsicht haben, in dem ihr zugedachten Wirkungskreis das Wort an möglichst weite Kreise und möglichst eindringlich heranzubringen“, verkennen die Bedeutung der Ordination und Amtsübertragung. Die kirchlichen Aufsichtsbehörden können Amtsbefugnisse nicht einschränken oder aberkennen, wenn nicht der Amtsträger aus Lehre und Wandel dazu Veranlassung gibt. Sie können nicht verlangen, daß ein Pfarrer nach einer gewissen Zeit der Amtsführung eine neue Qualifizierungsprüfung durchmachen soll. Die letzten Ausführungen hätten aber auch nur Sinn, wenn es in dem Amt der Verkündigung noch Pfarrer gäbe, die der Volksgemeinschaft nicht angehören. Es ist Ihnen wohl ausreichend bekannt, daß alle Pfarrer, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden anzusprechen sind, in Deutschland nicht mehr im Amt sind, daß sie aber zum Teil von den anderen evangelischen Kirchen der Welt aufgenommen und mit der Amtsführung beauftragt worden sind.

Die geplante Erhebung betrifft darum nur die Menschen, die nach dem klaren Willen des Gesetzgebers unbehelligt bleiben sollen, nämlich die Mischlinge und die in gemischtrassigen Ehen lebenden Deutschstämmigen. Die Nürnberger Gesetze lassen klar und deutlich erkennen, daß die größere Kluft nicht zwischen den Deutschstämmigen und Mischlingen, sondern zwischen den Mischlingen und Juden liegt. Im Staatsdienst und [in] reichsmittelbaren Stellen sind Mischlinge und in gemischtrassigen Ehen lebende Deutschstämmige unbehelligt weiter in Stellung, wie diese ja auch zu Wehr- und Arbeitsdienst herangezogen werden und der Deutschen Arbeitsfront und Hitlerjugend angehören können.

Die neuesten Verfügungen sowohl des Ernährungsministeriums wie auch des Wirtschaftsministeriums zeigen, daß die beiden Gruppen von Menschen völlig als zum Volksganzen zugehörig gerechnet werden.⁸ Auf die Verfügung des Stellvertreters des

5 Obwohl die Evang. Kirche die Angaben aus der Volkszählung vom 17. 5. 1939 über die „Rassenzugehörigkeit“ in die Personalakten der Pfarrer aufgenommen hatte, forderte die Kirchenkanzlei im Mai 1939 einen separaten „Ariernachweis“ für alle Pfarrer und versandte Fragebogen. Hymmen hatte am 22. 12. 1939 dazu ausgeführt, „nichtarische“ Geistliche stießen auf Ablehnung und Mißtrauen, weshalb man ihnen das Amt nicht mehr übertragen solle. Der „arische Nachweis“ liege „auf derselben Linie wie der Nachweis der Reichsangehörigkeit und des theologischen Studiums“; wie Anm. 1.

6 Gemeint ist die leitende Funktion Grübers bei der Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier.

7 EOK: Evangelischer Oberkirchenrat; BK: Bekennende Kirche.

8 Im Erlass des RWM vom 23. 1. 1940 über den Entzug der Kleiderkarten waren die in „privilegierter Mischehe“ lebenden Juden ausgenommen; siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4. Dies galt auch für

Führers vom 2. 9. 38 und die Erlasse des Reichswirtschaftsministeriums vom 28. 10. 36 und 3. 8. 38 brauche ich nicht besonders hinzuweisen, da ich annehme, daß sie Ihnen bekannt sind.⁹

Ich glaube, die evangelische Kirche hätte in diesen Zeiten Wichtigeres zu tun, als Anlaß zu bieten, daß Menschen der Diffamierung preisgegeben werden, die nach dem klaren Willen der Staatsführung in ihrer Arbeit weiter ungestört bleiben sollen.

Ich kann in dem ganzen Vorgehen nichts erkennen als ein Buhlen um die Gunst der Stellen, die letzten Endes die Kirche ablehnen und die ihre Beseitigung lieber heute als morgen sehen, und als einen Versuch, auf dem Wege der Verwaltung den Arierparagrafen in der Kirche einführen zu wollen.

Ich darf noch auf eins aufmerksam machen. Die Behandlung der Pfarrer, die nach dem Nürnberger Gesetze als Juden gelten, durch die offizielle Kirche hat der evangelischen Kirche gerade bei den Deutschland wohlgesinnten neutralen Kirchenführern mehr geschadet, als in Deutschland bekannt ist. Diese neue Lieblosigkeit, die durch die Umfrage sich offenbart und bei deren Einleitung nicht irgendein klarer Wille der Staatsführung als Entschuldigungsgrund angeführt werden kann, wird noch ein größeres Hemmnis werden für ein Zusammenwirken der evangelischen Kirchen der Welt, das ja nicht nur in Kriegszeiten und bei eventuellen Friedensverhandlungen, sondern auch in kommenden Friedenszeiten dringend nötig ist. Die christlichen Kirchen müssen zu allen Zeiten das Gewissen der Welt bleiben, und sie werden es ablehnen, mit einer Kirchenleitung zusammenzustehen, welche ihre Maßnahmen nicht von einem an Gott gebundenen Gewissen, sondern von irgendwelchen Opportunitätsgründen diktieren läßt.

Ich kann aus Liebe gegen die betroffenen Brüder und aus Verantwortung gegen die evangelische Kirche Deutschlands die Fragebogen nicht ausfüllen und bitte alle Brüder, die sich deswegen an mich wenden, es gleichfalls zu unterlassen.

Heil Hitler!¹⁰

die nach Abfassung dieses Schreibens am 11. 3. 1940 angeordneten Maßnahmen des RMEuL; ebd., Anm. 7. Möglicherweise war dies lokal bereits früher so gehandhabt und verfügt worden.

⁹ Am 28. 10. 1936 gebot der RWM für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft die Gleichstellung von „Mischlingen mit vorläufigem Reichsbürgerrecht“ und „deutschblütigen“ Personen; BAArch R7/129. Am 3. 8. 1938 wurde per Erlass angeordnet, „Mischlinge ersten Grades“ auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zu benachteiligen; Die Nürnberger Gesetze mit den Durchführungsverordnungen und den sonstigen einschlägigen Vorschriften, hrsg. von Bernhard Lösener und Friedrich A. Knost, 5. Aufl., Berlin 1942, S. 277.

¹⁰ In der Akte befindet sich der Entwurf eines Antwortschreibens aus dem März 1940. Darin geht der Oberste Kirchenrat davon aus, dass mit der Übersendung diverser Unterlagen die in der Eingabe Grübers „geäußerten Bedenken [...] gegenstandslos geworden sind“. Das Schreiben scheint aber aufgrund von Bedenken des Kirchenratspräsidenten Friedrich Werner (1897–1955) nicht abgeschickt worden zu sein; wie Anm. 1.

DOK. 48

**Die sowjetische Umsiedlungsverwaltung
informiert Regierungschef Molotov am 9. Februar 1940 über deutsche Vorschläge
zur Deportation von Juden in die Sowjetunion¹**

Schreiben der Verwaltung für Umsiedler beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (Nr. 01471s), gez. Leiter Čekmenev,² an den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare (Eingangsnr. 3440), V. M. Molotov,³ vom 9. 2. 1940, 6 Anlagen⁴

Die Umsiedlungsverwaltung beim RVK⁵ der UdSSR hat zwei Briefe des Berliner und Wiener Umsiedlungsbüros⁶ erhalten, betreffend die Frage der Organisation der Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland in die UdSSR, konkret nach Birobidžan und in die Westukraine.

Gemäß der Übereinkunft der Regierung der UdSSR mit Deutschland über die Evakuierung der Bevölkerung⁷ auf das Territorium der UdSSR werden nur Ukrainer, Weißrussen, Ruthenen⁸ und Russen evakuiert. Wir sind der Meinung, dass der Vorschlag der genannten Umsiedlungsbüros nicht angenommen werden kann.

Ich bitte um Weisungen.⁹

1 RGASPI, 82/2/489, Bl. 1. Das Dokument wurde aus dem Russischen übersetzt in enger Anlehnung an: Pavel Polian, Hätte der Holocaust beinahe nicht stattgefunden? Überlegungen zu einem Schriftwechsel im Wert von zwei Millionen Menschenleben, in: Johannes Hürter/Jürgen Zarusky (Hrsg.), Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008, S. 1–19, hier S. 1.

2 Evgenij M. Čekmenev (1905–1963), Agrarökonom; 1927 KPdSU-Eintritt; Juni 1939 bis April 1941 Leiter der Umsiedlungsverwaltung beim Rat der Volkskommissare, danach stellv. Volkskommissar für Landwirtschaft der UdSSR, später stellv. Präsident der Planbehörde Gosplan der UdSSR, seit 1961 stellv. Vorsitzender des Beschaffungskomitees.

3 Vjačeslav M. Molotov, geboren als Skrjabin (1890–1986), Politiker; von 1921 an Mitglied des ZK und ab 1926 des Politbüros der KPdSU, 1930–1941 Regierungschef der UdSSR, 1939–1949 und 1953 bis 1956 sowjet. Außenminister.

4 Liegen nicht in der Akte.

5 RVK: Rat der Volkskommissare.

6 Gemeint sind die Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin und die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien unter Eichmann und Brunner; die Schreiben wurden nicht aufgefunden. Sie stehen in Zusammenhang mit dem deutsch-sowjet. Bevölkerungsaustausch 1939/40.

7 Im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939 waren die Demarkationslinie in Polen sowie ein umfangreicher Bevölkerungsaustausch festgelegt worden: Die deutschsprachigen Minderheiten, die unter sowjet. Herrschaft gerieten, sollten nach Westen umgesiedelt werden.

8 Gemeint sind ukrainische Bewohner der Karpato-Ukraine.

9 Eine Antwort wurde nicht aufgefunden. Der deutsche Vorschlag wurde offenkundig nicht akzeptiert.

DOK. 49

**Die NSDAP-Ortsgruppe Hainburgerstraße in Wien
beklagt sich am 10. Februar 1940 beim Kreis-Propagandaamt
über die Jüdin Steffi Walther¹**

Schreiben der Ortsgruppe Hainburgerstraße, gez. Propagandaleiter Kuchinka,² an das Kreis-Propagandaamt Wien, z. H. Pg. Starrach (Eing. 10.2. 1940),³ vom 10.2. 1940⁴

Nachstehende Meldung wurde mir vom Propagandaverwalter der N.S.V. übermittelt, welche ich hiermit weiterleite:

Betrifft: Verhalten der Jüdin Walther, Steffi.⁵

Die Mitbewohner der Jüdin im Hause Wassergasse 27 halten sich darüber auf, daß die Jüdin ein herausforderndes Benehmen zeigt. Sie kommt alle Tage vollgepackt mit Lebensmitteln heim, während sich die Mitbewohner mit einem geringen Teil davon begnügen müssen. Es wäre doch gut, daß der Sache einmal gründlich nachgegangen würde. Diese Klagen hört man immer wieder, daß hintenherum Lebensmittel verkauft werden. Wenn man einen bestimmten Fall, wie der aufgezeigte, nimmt, wäre eine Hausdurchsuchung wohl am Platze.

Betrifft: Hausbesorger Fischer, Johann,⁶ im gleichen Hause.

Fischer wird als der größte Meckerer bezeichnet. Dabei war er früher in der Systemzeit lange arbeitslos, und erst seit dem Umbruch geht es ihm sehr gut. Er soll wöchentlich sogar RM 100,- verdienen. Trotzdem es ihm durch den Nationalsozialismus so gut geht, findet er es für richtig, daß er nichts spendet, von opfern ja gar keine Rede. Sogar beim Opfersonntag verweigert er eine Spende. All dies unerhörte Benehmen wird erklärlich, wenn man weiß, daß Frau Fischer mit der Jüdin Walther immer beisammen ist. Also Judenknechte, welche bei uns nichts verloren haben.

Da sollte man wohl ganz radikal Ordnung machen.

Heil Hitler

¹ ÖStA, AdR, SD-Leitabschnitt Wien ZB 7050 A.12, Bl. 445.

² Franz Kuchinka (1889 – 1968), Friseur; 1933 NSDAP-Eintritt, 1939 – 1943 Propagandaleiter der NSDAP-Ortsgruppe Hainburgerstraße, Wien.

³ Walter Starrach (1904 – 1980), Grafiker; 1930 NSDAP-Eintritt, von 1932 an Propagandaarbeit, von 1934 an Kreispropagandaleiter, später Kreishauptamtsleiter, dafür 1935 – 1938 insgesamt 17 Monate Haft; 1941 SS-, 1943 SA-Eintritt; 1946/47 in Haft, 1949 vom Volksgericht zu 14 Monaten Kerker verurteilt.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen sowie Dienststempel der NSDAP-Ortsgruppenleitung Hainburgerstraße in Wien; sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

⁵ Stefanie Walther, geb. Sebenka (1898 – 1972), Hausfrau; lebte 1919 – 1961 mit ihrem Mann, dem evang. Zollinspektor Friedrich Walther (*1890), in der Wassergasse 27.

⁶ Johann Fischer (1901 – 1957), Schlosser; seine Frau Marie Fischer, geb. Zwiefelhofer (1891 – 1941), war 1939 – 1941 Hausbesorgerin des Hauses.

DOK. 50

**Das Reichssicherheitshauptamt kündigt am 12. Februar 1940
polizeiintern an, die jüdische Bevölkerung zwecks besserer Überwachung
in bestimmten Orten zusammenzufassen¹**

Schnellbrief des RSHA (IV-D3c-553/39), Berlin, i.V. gez. Müller, an alle Staatspolizeistellen außer Posen und Danzig, nachrichtlich den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD und allen Staatspolizeistellen außer in den ehemals polnischen Gebieten, vom 12.2.1940²

Betrifft: Beschränkung der Freizügigkeit von Juden im Reichsgebiet und Zusammenfassung in größeren Orten.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: 1 Übersicht.

In einer Reihe von Bezirken des Reiches sind von verschiedenen örtlichen Dienststellen Anordnungen ergangen, durch die die Freizügigkeit von Juden beschränkt wird. In letzter Zeit haben sich aus solchen Anordnungen Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Juden dadurch ergeben, daß diese Anordnungen nur die rein örtlichen Interessen berücksichtigen und nicht auf die Belange des übrigen Reichsgebietes abgestimmt waren.

Da die Juden andererseits durch ein freies und unkontrollierbares Umherziehen der notwendigen Überwachung entgehen, beabsichtige ich, diese Frage reichseinheitlich zu regeln und darauf hinzuwirken, daß die Juden im Laufe der Zeit innerhalb einer Provinz an geeigneten Orten konzentriert werden. In diesen Orten können die Juden zur Vorbereitung der Auswanderung und auch aus allgemeinen innerpolitischen Gründen leichter überwacht und erfaßt werden, als dies möglich ist, wenn sie verstreut innerhalb des ganzen Reichsgebietes wohnen. Als Zuzugsort sind die in der anliegenden Übersicht aufgeführten Städte in Aussicht genommen.

Vorerst ersuche ich jedoch um Bericht bis zum 27.2.40, ob und aus welchen besonderen Gründen gegen den Zuzug in den genannten Städten Bedenken bestehen.³ Gegebenenfalls sind andere geeignete Orte namhaft zu machen, wobei zu berücksichtigen ist, daß jüdische Schuleinrichtungen vorhanden sein müssen. Ferner ist zu berichten, ob die in den einzelnen Provinzen bzw. Ländern vorhandenen Juden in den nach der Anlage vorgesehenen Orten Aufnahmemöglichkeiten finden. Erforderlichenfalls sind auch in dieser Hinsicht weitere Vorschläge zu machen.

Diese Angelegenheit ist zunächst streng vertraulich zu behandeln; an andere Dienststellen darf nicht herangetreten werden.

Zusatz für Stapoleitstelle Düsseldorf:

Zum Bericht vom 11.1.40 – II B4 /71.02/4258/39.⁴

¹ RGVA, 503k/1/35, Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 74.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen sowie Dienststempel der Gestapo.

³ Der Runderlass des RSHA wurde vielerorts offenbar so interpretiert, dass die Juden umgehend in den angegebenen Orten zu konzentrieren seien. Deshalb stellte das RSHA in einem Schreiben vom 15.3.1940 richtig, dass dieser Erlass nur die Grundlage zu einer späteren Prüfung der Umsiedlungsfrage darstellen sollte; bis zum Vorliegen einer ausdrücklichen Weisung sei daher von Maßnahmen abzusehen; wie Anm. 1.

⁴ Nicht aufgefunden.

Anlage zum Erlass IV D 3c Nr. 553/9 vom 12. Februar 1940

Übersicht

über die Orte, in die ein Zuzug in Betracht kommt.

Provinz	Ostpreußen	Königsberg
„	Brandenburg	Berlin in beschränktem Maße
	und Stadt Berlin	Frankfurt a.O.
Provinz	Pommern	Schneidemühl
„	Schlesien	Breslau
		Liegnitz
		Oppeln
„	Sachsen	Magdeburg
		Halle
		Erfurt
„	Schleswig-Holstein	Lübeck
„	Hannover	Hildesheim
		Osnabrück
		Stade
„	Westfalen	Arnsberg
		Münster
		Dortmund
		Bielefeld
		Gelsenkirchen
		Witten
		Hagen
„	Hessen-Nassau	Fulda
		Marburg
		Frankfurt/M.
Rheinprovinz		Duisburg
		Krefeld
		Mönchen-Gladbach
		Rheydt
		Wuppertal-Barmen
		Wuppertal-Elberfeld
		Siegburg
		Düren
Land Bayern		München
		Regensburg
		Bamberg
		Fürth
		Aschaffenburg
		Augsburg
Land Sachsen		Chemnitz
		Dresden
		Leipzig
Land Württemberg		Stuttgart
		Ulm

Land Baden	Heidelberg
	Mannheim
	Pforzheim
Land Thüringen	Meiningen
Land Hessen	Bingen
	Darmstadt
Land Mecklenburg	Rostock
Sudetenland	Aussig
Ostmark	Wien
Bremen	Bremen
Hamburg	Hamburg

DOK. 51

**Rechtsanwalt Alfred Panz ersucht den Reichsfinanzminister am 12. Februar 1940,
sudetendeutsche Bewerber bei der „Arisierung“ einer Ziegelei zu bevorzugen¹**

Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Alfred Panz,² Mies, i. A. für Hans Demal, Wenzel Lappat, Josef Süss, Verlassenschaft Franz Stell, an den Finanzminister³ in Berlin (Eing. 16. 2. 1940) vom 12. 2. 1940⁴

Betrifft: Entjudung der Firma Wilhelm Salz und Söhne Ringofenziegelei in Staab.⁵

Franz Stell, Kaufmann in Staab, suchte am 27. Jänner 1939 um Genehmigung eines Kaufvertrages beim Regierungspräsidenten in Karlsbad⁶ an, mit welchem er die Ringofenziegelei der Firma Salz und Söhne gekauft hatte. Da ihm nahegelegt wurde, die Ziegelei nicht allein zu übernehmen, da zu einer solchen Übernahme sein Eigenkapital zu klein war, schlossen sich dem Ansuchen noch die Herren Hans Demal, Wenzel Lappat und Josef Süss, sämtliche aus Staab, an. Von sämtlichen Bewerbern wurde vom Regierungspräsidenten in Karlsbad mit Zuschrift vom 27. Juni 1939 den oben genannten vier Bewerbern die Genehmigung zu Verhandlungen mit der jüdischen Firma gegeben.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, da die Juden einen neuen Kaufvertrag nicht unterfertigen wollten, obwohl man hinsichtlich des Kaufpreises eine Einigung erzielt hatte. Als schließlich die Unterfertigung in Prag stattfinden sollte, war einer der zeichnungsberechtigten Gesellschafter am selben Tage nach London abgeflogen.

Im Einverständnis mit dem Regierungspräsidium in Karlsbad wurde sodann zu dem ersten Vertrag ein zweiter Vertrag vorgelegt, mit welchem von Franz Stell drei Viertel des Besitzes an die drei weiteren Gesellschafter übertragen wurden. Daraufhin wurde vom Regierungspräsidium in Karlsbad eine Schätzung durchgeführt, damit eine eventuell zu

¹ BArch, R 2/25023, Bl. 39 – 41.

² Dr. Alfred Panz (* 1905), Jurist; 1938 NSDAP-Eintritt.

³ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

⁵ Bei der Firma handelte es sich um eine der größten Ziegeleien im Böhmen der Zwischenkriegszeit.

⁶ Wilhelm Sebekovsky (1906 – 1981), Jurist; leitete von 1933 an das Presseamt der Sudetendeutschen Heimatfront bzw. der SdP, die er mitgründete, von 1935 an Abgeordneter im Prager Parlament, 1938 NSDAP-Eintritt; 1938 – 1940 Regierungspräsident in Karlsbad, 1940 Wehrmacht; nach Kriegsende Rechtsanwalt in Essen, 1947 Gründungsmitglied des sudetendeutschen Witikobunds.

zahlende Auflage festgestellt werden könne. Bis Dezember 1939 war die endgültige Genehmigung noch nicht erfolgt.

In diesem Monate wurde dann das Vermögen der Firma Salz und Söhne zugunsten des Deutschen Staates von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt. Die vier Bewerber erwarteten nun, daß die Übernahme dadurch endlich beschleunigt würde, es zeigte sich jedoch, daß neue Schwierigkeiten in der Gestalt neuer Bewerber auftraten. Wie in der Abteilung 161 beim Herrn Oberfinanzpräsidenten in Karlsbad festgestellt wurde, bewirbt sich ein Käufer aus dem Altreiche um diese Ziegelei, der einen bedeutend höheren Preis bietet, als der Schätzwert ausmacht.

Die vier Bewerber, deren Arisierungsansuchen bereits vor dem Abschluß beim Regierungspräsidenten in Karlsbad stand, sind Sudetendeutsche, welche alle vier vor der Befreiung des Sudetengaus im Sprachgrenzgebiete aktiv im Volkstumskampfe tätig waren. So war Hans Demal viele Jahre hindurch bis zum Anschlusse des Sudetengaus Gauobmann des Westböhmisches Turngaues und letzter deutscher Bürgermeister der Stadt Staab als Listenführer der Sudetendeutschen Partei. Er war Frontkämpfer und ist Leutnant im deutschen Heere. Wenzel Lappat ist jetzt Ortsleiter der NSDAP in Staab, derzeit Leutnant im deutschen Heer. Josef Süß ist altes Mitglied der DNSAP,⁷ dann Mitglied der SdP und jetzt Mitglied der NSDAP. Er ist kommissarischer Leiter der Ziegelei und hat die im Oktober 1938 stillstehende Ziegelei so glänzend geleitet, daß dieser Betrieb von der DAF für den Gaupreis des Sudetengaus in Vorschlag gebracht werden wird. Franz Stell war der letzte Bezirksgeschäftsführer der SdP in Staab, ist im vorigen Jahre gestorben, so daß seine Verlassenschaft für ihn eintritt.

Von den vier Bewerbern wurden sehr bedeutende Kosten bereits bestritten, welche mit den Vertragsaufbereitungen verbunden waren, und sie sind der festen Überzeugung, daß der Herr Finanzminister dieselbe Entscheidung treffen wird, wie sie vom Herrn Regierungspräsidenten in Karlsbad bereits vorgesehen war, und daß nicht ein Bewerber, der jetzt erst auftritt und auf seine größere Kapitalkraft pocht, den Vorzug erhält. Es ist klar, daß der Staat nichts verschenken kann und daß die vier Bewerber die ursprüngliche vereinbarte Kaufsumme auf den amtlich bereits festgestellten Kaufpreis erhöhen, der rund 700 000 RM beträgt, da die Bewerber ja auch im ordentlichen Arisierungsverfahren hätten eine Auflage zahlen müssen, der Staat ist aber sicherlich auch Hüter darüber, daß amtlich festgesetzte Preise nicht überzogen werden, zumal wenn ein neu auftretender Bewerber nur eine Umwandlung seines Bargeldüberschusses in Realwerte beabsichtigen sollte.

Die Sudetendeutschen hatten nicht das Glück, den wirtschaftlichen Aufstieg der letzten sieben Jahre im Altreiche auch für sich mit buchen zu können, sie waren während dieser Zeit noch im schwersten Volkstumskampfe, der es verlangte, daß persönliche Interessen eben nicht so wahrgenommen werden konnten, daß sie heute mit reichsdeutschen Bewerbern hinsichtlich der Kaufkraft auch über einem Normalpreise konkurrieren könnten. Es wird deshalb ersucht, die vier sudetendeutschen Bewerber als Käufer der Ziegelei zu berücksichtigen.

1 Beilage in dreifacher Abschrift⁸

7 DNSAP: Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

8 Beigelegt war die Abschrift eines Schreibens, in dem die Gestapo Karlsbad der Firma Salz & Söhne am 1.2. 1940 mitteilte, dass das Firmenvermögen zugunsten des Reichs eingezogen worden sei. Zuständig sei von nun an der Oberfinanzpräsident in Karlsbad. An diesen leitete auch das RFM Panz' Schreiben am 10.4. 1940 „zur weiteren Veranlassung“ weiter; wie Anm. 1, Bl. 47.

DOK. 52

In einem Merkblatt wird ausgewählten NSDAP-Mitgliedern die Vorgehensweise in der Nacht vor der Deportation der Stettiner Juden am 12. und 13. Februar 1940 erläutert¹

Merkblatt, ungez., o. D.

Merkblatt!

Durch Ihren Kreisleiter sind Sie ausgesucht, an einer wichtigen Aktion teilzunehmen.² Es handelt sich darum, den Regierungsbezirk Stettin möglichst judenfrei zu machen. Durch den Kreisleiter wird Ihnen gemeinsam mit einem oder zwei Parteigenossen bzw. SA-Männern eine bestimmte Judenfamilie zugewiesen werden. Diese haben Sie am 12. 2. 1940 um 20 Uhr aufzusuchen, sich dort diesem Merkblatt entsprechend zu verhalten und mit den Juden in der Wohnung zu bleiben, bis Sie abgeholt werden. Das wird zwischen 3 und 6 Uhr sein in der Nacht vom 12. auf den 13. Ich erwarte, daß Sie mit der notwendigen Härte, Sorgfalt und Umsicht diesen Befehl ausführen. Die Juden werden versuchen, Sie durch Bitten oder Drohungen oder sonst etwas weich zu stimmen, oder sich widerspenstig zeigen. Sie dürfen sich dadurch in keiner Weise beeinflussen und in der Ausführung Ihrer Pflichten hindern lassen.

In diesem Merkblatt ist niedergelegt, was von Ihnen alles zu veranlassen ist. Diese Regelung kann natürlich *nur eine allgemeine sein*. Im Einzelfall werden Sie deshalb selbst zu entscheiden haben, was erforderlich ist, um eine ordnungsmäßige Abwicklung zu gewährleisten. Es ist veranlaßt, daß in der Zeit, während Sie sich in der Judenwohnung aufhalten müssen, Streifen in die Wohnung kommen. Diesen Streifen, die sich durch Kriminalmarke oder SD-Ausweis ausweisen, teilen Sie Schwierigkeiten oder Fragen, die sich ergeben haben, mit. Die Streifen sind genauestens unterrichtet, welche Dienststellen in Alarmbereitschaft liegen, und werden diese zu Ihrer Hilfe herbeirufen (z. B. Ärzte, Krankenwagen, NSV, Leute zum Transport des lebenden Inventars usw.). Soweit in der Judenwohnung ein Fernsprechapparat ist, können Sie auch bei der Staatspolizeileitstelle Stettin Rückfrage halten (Ruf-Nr. 3 52 31, Nebenanschluß 770). Ein Zettel, auf dem die wichtigsten Anschlüsse [notiert sind], die für etwaige Rückfragen in Betracht kommen, wird Ihnen gleichzeitig mit dem Merkblatt ausgehändigt.³ Sie verfahren am zweckmäßigsten folgendermaßen:

1.) Um 20 Uhr begeben Sie sich in die Ihnen zugeteilte Judenwohnung. Vor Betreten der Judenwohnung nehmen Sie mit dem Hauswirt Fühlung und sorgen dafür, daß die Haustür die Nacht über nicht verschlossen wird. Einer von Ihnen wird sich auch in der Folgezeit ab und zu davon überzeugen müssen, daß die Haustür noch offen ist. Dies ist notwendig, damit die Streifen jeweils zu Ihnen gelangen können. Falls die Juden Ihnen den Einlaß verweigern und nicht öffnen, bleibt einer von Ihnen an der Wohnung, während der andere sofort das nächste Polizeirevier benachrichtigt. In der Judenwohnung rufen Sie sämtliche Familienangehörige zusammen und *verlesen* ihnen die „Staatspolizeiliche Verfügung“, die Ihnen ebenfalls zugleich mit dem Merkblatt ausgehändigt worden ist.⁴

1 RGVA, 503k/1/337Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 72.

2 Die Gestapo organisierte die Stettiner Deportationen in Zusammenarbeit mit der NSDAP-Kreisleitung.

3 Liegt nicht in der Akte.

4 Laut staatspolizeilicher Verfügung hatten die betroffenen Juden sieben Stunden Zeit, einen Koffer mit dem Notwendigsten zu packen, darunter Bekleidung, Decken und Geschirr, nicht aber Wert-

Die Juden haben nunmehr in *einem* Raum zu bleiben, den Sie ihnen anweisen. Der oder die Ihnen zugeteilten SA-Männer oder Pg. bleiben während der ganzen Zeit bis zum Abtransport mit den Familienmitgliedern des Juden zusammen. Sie selbst wenden sich an den Haushaltungsvorstand der Judenfamilie.

2.) Mit dem Haushaltungsvorstand gehen Sie durch die Wohnung. Soweit in der Wohnung geheizte Öfen sind, ist nicht mehr nachzulegen. Handelt es sich um Dauerbrandöfen (Kachelöfen oder ähnliches), so ist die Ofentür aufzuschrauben, damit das Feuer noch in der Zeit, die Sie in der Judenwohnung sind, ausgeht. Wenn Sie die Wohnung verlassen, muß das Feuer gelöscht sein.

3.) Alsdann machen Sie sich mit dem Haushaltungsvorstand daran, die Koffer zu packen. Sie müssen dabei beachten, daß nur das in der Staatspolizeilichen Verfügung Vorgesehene mitgenommen wird. Sie sind dafür verantwortlich, daß Wertgegenstände usw., die nach der Verfügung nicht mitgenommen werden dürfen, auch nicht in den Koffer gepackt werden. Soweit Rückfragen bei anderen Familienmitgliedern erforderlich werden, gehen Sie mit dem Haushaltungsvorstand wieder in den Raum, in dem sich alle Juden aufhalten, zurück und lassen sich sagen, was sonst gepackt werden soll. Notfalls lassen Sie den Haushaltungsvorstand da und gehen mit der Jüdin einpacken. Falls Sie 2 Parteigenossen oder SA.-Männer zu Ihrer Unterstützung zugeteilt bekommen haben, kann einer von diesen auch mit einem Familienmitglied packen. Es muß jedoch auf jeden Fall dafür gesorgt sein, daß die übrigen Familienmitglieder auch unter Aufsicht stehen und nicht einen Augenblick allein sind.

4.) Die Decken, die mitgenommen werden dürfen, müssen eingerollt oder doch so gelegt werden, daß sie ohne Schwierigkeiten transportiert werden können.

5.) Gehen Sie mit dem Haushaltungsvorstand durch die Wohnung (auch Keller und Bodenräume!) und stellen fest, was an Lebensmitteln und lebendem Inventar in der Wohnung ist. Diese Sachen tragen Sie, wenn sich das möglich machen läßt, mit dem Haushaltungsvorstand in einem Raum zusammen. Die Streifen benachrichtigen Sie und lassen die Sachen abtransportieren.

6.) a) Füllen Sie mit dem Juden die anliegende Vermögenserklärung⁵ aus. Die Erklärung ist von jedem Familienmitglied gesondert zu erstellen. Hier müssen Sie ganz besonders aufmerksam sein, damit der Jude auch auf jeden Fall alles angibt, was er hat. Auch die Außenstände und Schulden müssen genau angegeben werden. Dies ist unbedingt erforderlich. Weiterhin ist zu beachten, daß sehr viele Juden sich Scheinkonten angelegt haben. Weisen Sie diese darauf hin, daß sie verpflichtet sind, auch diese Scheinkonten anzugeben. Vielfach haben die Juden auch ihre Grundstücke mit Hypotheken usw. belastet, die in Wirklichkeit nicht oder doch nicht in der im Grundbuch eingetragenen Höhe bestehen. Auch hier müssen Sie die Juden darauf hinweisen und darauf drängen, daß Ihnen alles angegeben wird. Fragen Sie die Juden auch, ob sie in der Wohnung etwa irgendwelche Geheimfächer haben, sei es nun in der Wand, in Schränken, Tischen oder sonstwo. Auch diese müssen Ihnen angegeben werden. Angegeben werden muß auch, wenn der Jude wertvolle Kunstgegenstände oder besonders wertvolles Mobiliar hat. Soweit Wertgegenstände in der Wohnung angefounden werden, die nicht in der anliegenden Vermögenser-

papiere, Devisen, Schmuck u. Ä. Zudem wurden sie angehalten, ein Schild mit ihrem Namen und Geburtsdatum um den Hals zu tragen; wie Anm. 1.

⁵ Liegt nicht in der Akte.

klärung fragemäßig vorgesehen sind, so ist der Fragebogen von Ihnen entsprechend zu ergänzen. Der Fragebogen ist in 4facher Ausfertigung für jedes Familienmitglied zu erstellen. Achten Sie darauf, daß der Bogen in deutlich leserlicher Schrift geschrieben wird, wenn der Jude nicht richtig schreiben kann, übernehmen Sie es. Der Fragebogen ist von Ihnen und dem Juden zu unterschreiben.

b) *Sämtliche* Wertgegenstände (z. B. Ringe, Schmucksachen, Schalen, Ohrringe, Becher usw. aus Edelmetallen) hat der Jude zusammenzutragen. Dazu gehören auch Sparkassenbücher, Hypothekenbriefe und sonstige Papiere von Wert und Bargeld. Diese Gegenstände sind in ein Säckchen zu tun. Ist kein derartiges Säckchen in der Judenwohnung aufzutreiben, so ist ein Koffer oder ein Kopfkissenbezug oder eine sonst genügende Sache zu nehmen. Falls größere Gegenstände vorhanden sind, ist dafür Sorge zu tragen, daß der betr. Behälter auf dem Transport nicht zerreißen kann. Über das, was mitgenommen wird, ist eine ganz genaue Liste in 3facher Ausfertigung zu erstellen. Es ist darin alles genauestens aufzuzählen, z. B. (genau!) wieviel kleine silberne Löffel und wieviel große silberne Löffel, wieviel Silber- und Goldringe, wieviel und welche Sparkassenbücher usw. Die Liste ist von dem Blockleiter, der mit dem Haushaltungsvorstand verhandelt hat, und dem betreffenden Juden zu unterschreiben. Diese Listen sind mit genauer Anschrift zu versehen und mit zu den Wertgegenständen zu legen.

7.) Lassen Sie sich von dem Juden die Personalpapiere zeigen. Sofern ein über 14 Jahre alter Jude nicht im Besitz einer Kennkarte ist, sind für diesen 2 Lichtbilder (möglichst Paßbilder, wenn keine Paßbilder vorhanden, irgendwelche Aufnahmen, die den Juden allein darstellen. Sind auch solche nicht da, so ist doch irgendeine Gruppenaufnahme da. Aus dieser ist dann das Bild des Juden herauszuschneiden) mitzubringen.

8.) Sämtliche Sachen (Koffer, Decken, lebendes Inventar, der zu 6b) erwähnte Behälter, sowie diejenigen Wohnungsschlüssel, die Sie abzuziehen und der Polizei abzugeben haben – vergl. Ziffer 9! –), sind mit haltbaren Schildern zu versehen, auf der Name und genaue Wohnungsangabe des jüdischen Eigentümers an[zu]geben⁶ ist. Diese Schilder müssen fest angebracht sein, damit sie auf keinen Fall abgehen. Die Beschriftung muß deutlich lesbar sein. Diese Schilder müssen Sie noch in der Wohnung fertigen und an den genannten Gegenständen [befestigen].⁷ Außerdem muß *jeder* Jude ein Schild um den Hals tragen, auf dem sein Name und Geburtstag angegeben sind.

9.) Sind Sie dann mit der Aufstellung der Verzeichnisse, Sichtung der Wohnung, Boden- und Kellerräume, die – wie ich noch einmal betonen muß – nur gemeinsam mit dem jüdischen Haushaltungsvorstand vorgenommen werden darf, fertig, so warten Sie noch in der Wohnung. Frühestens um 3 Uhr nachts werden Sie dann von einem Kraftwagen abgeholt werden. Ich weise darauf hin, daß zu diesem Zeitpunkt aber auch alles in der Wohnung geregelt sein muß! Sie müssen sich also auch überzeugt haben, daß bis auf das Zimmer, in dem Sie sich mit den Juden aufhalten, in den übrigen Zimmern die Feuer ausgegangen sind, das elektrische Licht gelöscht ist, daß Gas und Wasser abgestellt ist, Fenster geschlossen sind. Auch in dem Raum, in dem Sie mit den Juden warten, muß bis 3 Uhr das Feuer ausgegangen sein. Wenn Sie dann abgeholt werden, so nehmen Sie die eingesammelten Wertsachen und verlassen gemeinsam mit den Juden die Wohnung. Die Wohnungstür schließen Sie ab. Den Türschlüssel nehmen Sie an sich, ebenso den Schlüs-

⁶ Wort teilweise unleserlich.

⁷ Ein Wort unleserlich.

sel zur Haustür, nachdem Sie auch an diesem Schlüssel einen entsprechenden Zettel (aus Pappe o. ä.) [mit]⁸ Wohnungsangabe befestigt haben. Alsdann versiegeln Sie die Wohnung so, wie Ihnen das durch den Kreisleiter erklärt werden wird. Außerdem schreiben Sie die Uhrzeit, um die Sie die Wohnung verlassen, auch auf das Siegel und machen weiterhin auf jedes Ende 2 gekreuzte Tintenstiftstriche, die auch noch bis auf den Holzpfeiler reichen. Erst dann dürfen Sie sich auf die Straße begeben.

Es kann nun auch sein, daß der Jude in Untermiete wohnt, in diesem Fall ist selbstverständlich nur die Tür zu der Wohnung, in der der Jude wohnt, zu versiegeln, jedoch nicht nur der zu dieser gehörende Schlüssel von Ihnen mitzunehmen, sondern auch der dem Juden vom Vermieter ausgehändigte Korridor- und Hausschlüssel. Falls in der Wohnung des Juden wiederum Arier als Untermieter wohnen, so sind sämtliche Türen der Wohnung zu versiegeln. Die Schlüssel zu den einzelnen Räumen sind in der vorgesehenen Weise mit einem Schild zu versehen. Kommt es vor, daß eine arische Familie mit den Juden eine Küche benutzt, so sind die dem Juden gehörenden Gegenstände aus der Küche herauszuholen und in den Wohnraum zu bringen. Es ist in solchen Fällen auch festzustellen, wie die Gas- und Lichtzähler stehen, und dieses auf einen Zettel zu schreiben unter Angabe des Namens und der Wohnung des Juden. Falls sich irgendwelche Zweifel bei derartigen Verhältnissen ergeben, ist bei der Streife oder bei der Staatspolizeileitstelle direkt anzufragen.

10.) Die Fahrt von der Judenwohnung bis zum Hafen macht nur der Blockleiter mit, der mit dem Haushaltungsvorstand die Verhandlung geführt hat. Der oder die anderen sind in diesem Augenblick entlassen. Am Hafen angekommen, meldet der Blockleiter seine Juden und übergibt das Päckchen mit den Wertsachen und die Schlüssel. Ebenfalls sind dieses Merkblatt, die den Juden zu verlesende staatspolizeiliche Verfügung und die nicht gebrauchten Siegelmarken oder Klebestreifen zurückzugeben! Das Weitere erfährt er dann dort.

Über die Durchführung und den Verlauf der Aktion ist auch nachher strengstes Still-schweigen zu wahren. Sie werden ausdrücklich auf Ihre Geheimhaltungspflicht hingewiesen.

DOK. 53

Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 16. Februar 1940 über die Deportation der Juden aus Stettin¹

Die Deportation der deutschen Juden

Berlin, 15. Febr. (Tel. unseres O-Korr.) Nachdem vor Neujahr schon einige Transporte von Juden aus Österreich und dem Protektorat Böhmen-Mähren nach dem Gebiet von Lublin in Polen abgefertigt worden sind,² setzen jetzt auch die Deportationen aus dem alten

⁸ Ein Wort unleserlich.

¹ Neue Zürcher Zeitung, Nr. 231 (Morgenausg.) vom 16. 2. 1940, S. 1. Die Tageszeitung wurde 1780 unter dem Namen Zürcher Zeitung gegründet, 1821 in Neue Zürcher Zeitung umbenannt und erscheint bis heute.

² Zu den Deportationen nach Nisko siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

Reichsgebiet ein. Diese neue Aktion läßt darauf schließen, daß das Projekt eines *Juden-reservats* in den östlichen Teilen des Generalgouvernements zwischen Bug und San weiter verfolgt und nach Maßgabe der verfügbaren Transportmittel verwirklicht wird. In den Nachtstunden des 12. und 13. Februar wurden, wie bereits kurz gemeldet wurde,³ in *Stettin* sämtliche Juden von Mitgliedern der SS und der SA sowie von Funktionären der NSDAP festgenommen. Jede Wohnung erhielt eine Besetzung durch zwei Mann, die den betroffenen Familien mitteilten, sie müßten noch in dieser Nacht ihre Wohnung verlassen und würden mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Sie sollten warme Unterkleider anziehen, soweit solche vorhanden seien. An Gepäck durfte jede Person nur einen Handkoffer mitnehmen. Die gesamte übrige Wohnungseinrichtung mußte zurückgelassen werden. Ebenso mußten die Juden das vorhandene Bargeld und die Wertgegenstände mit Ausnahme eines Traurings und einer Uhr abliefern. Soweit *Bankkonten* und *Haus- und Grundbesitz* vorhanden waren, wurden die Juden in Stettin veranlaßt, einen *Verzicht* auf diese Vermögensobjekte zu unterzeichnen.⁴

Die Mitnahme von Lebensmitteln oder von Reiseproviant wurde nicht gestattet. Die noch in den Wohnungen vorhandenen Lebensmittel wurden beschlagnahmt. Zwischen drei und vier Uhr morgens holten je zwei Posten der SS und der SA die Juden mit Frauen und Kindern aus den Wohnungen und brachten sie zum Güterbahnhof Stettin, wo der *Abtransport* nach Ostpolen in den frühen Morgenstunden des Dienstags begann. Auch die Insassen der beiden jüdischen Altersheime in Stettin, rund achtzig Personen, darunter Frauen und Männer über achtzig Jahre, wurden deportiert. Soweit sie nicht mehr zu gehen imstande waren, wurden sie auf Tragbahren zum Güterbahnhof gebracht. In Stettin und Umgebung hat die Deportation über 1800 Personen erfaßt. Darunter befinden sich ehemalige Frontkämpfer aus dem Weltkrieg. Jedem Juden wurde ein Pappschild umgehängt, das Namen und Deportationsnummer trug. Auf die Frage, ob in Polen Unterkunft bereitstehe, erteilten die begleitenden Wachmannschaften ausweichende Antworten. Auf die weitere Frage, wie lange der Transport dauern würde, wurde erwidert: „Drei bis vier Tage.“ Die Deportierten versuchten durch einen Mittelsmann an den Präsidenten Roosevelt ein Hilfesuch zu richten, das die Bitte um eine beschleunigte Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten enthält, um die Juden vor dem Untergang zu bewahren.⁵ In *Danzig*, *Königsberg* und andern Orten Norddeutschlands sollen die Deportationen im Laufe der nächsten Wochen einsetzen. Alle Vorbereitungen sind dort bereits durch die Gauleitungen der Partei und durch die Polizeiorgane getroffen.⁶ Auch in diesen Orten erfolgt die Deportation unter Beschlagnahme aller Vermögensobjekte.⁷

3 Abtransport der Juden aus Stettin?; NZZ, Nr. 222 (Mittagsausg.) vom 14. 2. 1940, S. 3.

4 Siehe Dok. 52 vom 12./B. 2. 1940.

5 Else Meyring gelang offenbar als Einziger der Deportierten noch die Ausreise. Sie verfasste über die Deportation nach Stettin später einen Bericht; Else Meyring, *Deportation aus Stettin*, in: *Erinnerungen deutsch-jüdischer Frauen*, Leipzig 1992, S. 307–332. Weitere Ausreiseversuche aus dem Distrikt Lublin scheiterten; siehe Dok. 134 vom 18.1.1941.

6 Zu diesem Zeitpunkt war nur die Deportation der ostfriesischen Juden geplant, die jedoch, u. a. aufgrund einer Intervention der Reichsvereinigung, nicht durchgeführt wurde; siehe Einleitung, S. 39.

7 Als Reaktion auf diesen Artikel erkundigte sich das AA beim RSHA, ob tatsächlich weitere Deportationen der deutschen Juden geplant seien, erhielt jedoch die Antwort, es habe sich in Stettin um eine Einzelmaßnahme gehandelt, da dort Raum für die Baltendeutschen benötigt worden sei; siehe auch Einleitung, S. 39.

DOK. 54

**Johanna Simon bittet die Israelitische Kultusgemeinde in Darmstadt
am 20. Februar 1940, sie weiterhin für ihre Tätigkeit in der Notstandsküche
zu entschädigen¹**

Handschriftl. Brief von Johanna Simon,² Darmstadt, Kasinostr. 27, an den Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Darmstadt,³ Bleischstr. 15, vom 20. 2. 1940

Wie Ihnen bekannt ist, bin ich seit dem 15. 6. 36 in der hiesigen Notstandsküche tätig. Die Entschädigung für meine Arbeit in Höhe von monatlich Mk 20., i. Worten Mk zwanzig, wurde bis zum 31. 12. 39 von der hiesigen Religionsgesellschaft getragen. In den beiden letzten Monaten Januar + Februar d. Js. blieb ich bis heute noch ohne jede Vergütung. Da Ihnen meine wirtschaftliche Lage wohl bekannt ist, darf ich Sie höfl. bitten, mir auch fernerhin für meine Tätigkeit in der Notstandsküche obigen Betrag pro Monat zu gewähren.

Hochachtungsvoll⁴

DOK. 55

**Hofrat Julius Munk aus Wien ersucht die Reichsstelle für Sippenforschung
am 22. Februar 1940, ihn zum „Mischling“ zu erklären¹**

Schreiben von Hofrat und Polizeioberbezirksarzt i. R., gez. Dr. Julius Munk,² Wien VIII., Alserstraße 47, an die Reichsstelle für Sippenforschung, Wien I., Bräunerstraße 2, vom 22. 2. 1940

Da es mir bisher nicht gelungen ist, alle Nachweise für meine arische Abstammung zu erbringen, war ich genötigt, bei Erscheinen der Verordnung über die Vornamen der Juden den Namen Israel anzunehmen,³ und habe mich bisher allen Bestimmungen, welche für Juden gelten, unterwerfen müssen. Aus meinem beiliegenden Geburts- und Taufschein des römisch-katholischen Pfarramtes in Wischau geht hervor, daß ich am 2. Juni 1857 geboren bin, also im 83. Lebensjahr stehe, und am 6. Juni 1857, vier Tage nach meiner

¹ CAHJP, D/Da1/21.

² Vermutlich Johanna Simon (1881–1943), am 27. 9. 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort am 30. 7. 1943 gestorben.

³ Im Febr. 1940 schlossen sich die liberale Religionsgemeinde und die orthodoxe Religionsgesellschaft zu einer Gemeinde zusammen; den Vorstand bildeten je drei Vertreter der bisherigen Einzelgemeinden. An der Spitze stand Karl Benjamin (1876–1944), Bankdirektor i. R.; wurde am 27. 9. 1942 nach Theresienstadt, von dort am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

⁴ In ihrem Antwortschreiben vom 26. 2. 1940 lehnte die Gemeinde Johanna Simons Bitte ab. Sie dürfe aber weiterhin kostenlos dort zu Mittag essen, wenn sie ihre Tätigkeit fortsetze; wie Anm. 1.

¹ DÖW, 4666. Auszugsweiser Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 320.

² Dr. Julius Munk (1857–1940), Arzt.

³ Laut VO vom 24. 1. 1939 waren Juden in Österreich und den sudetendeutschen Gebieten vom 1. 4. 1939 an verpflichtet, die Zwangsvornamen Israel und Sarah zu führen; RGBl., 1939 I, S. 81f.

Geburt, nach römisch-katholischem Ritus getauft wurde. Mein Vater Dr. med. Johann Wilhelm *Munk*, Stadtphysikus in Wischau, war gleichfalls römisch-katholisch und ebenso meine Mutter Amalia, geborene Granitzer. Es ist mir nun nicht gelungen, die weiter erforderlichen Dokumente meiner Großeltern sowie die Eheurkunden beizuschaffen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Zeit schon sehr weit zurückliegt, weit mehr als ein Jahrhundert, und die in Betracht kommenden Stellen kleine Gemeinden bzw. kleine Pfarreien in Mähren sind. Auch ist zu bedenken, daß in dieser Gegend und in dieser Zeit hier der Schauplatz der napoleonischen Kriege war. Um die Zeit meiner Geburt war mein Vater als Militärarzt bei der Armee des Feldmarschall Grafen Radetzky als Leiter eines Militärspitals in Verona in Dienstverwendung.

Da ich nun nicht in der Lage bin, die Urkunden in vorschriftsmäßiger Weise beizuschaffen und vorzulegen, sehe ich mich veranlaßt, den Weg der Gnade zu betreten, und bitte in meinem Fall die Reichssippenführung, mir die Beibringung der Urkunden und Dokumente nachzusehen und mir, wenn schon nicht die Rechte eines Ariers, so doch die eines Mischlings zuzubilligen.

Ich begründe meine Bitte wie folgt:

Schon mein Vater hat sich als Arzt bestens bewährt. Er wurde nach seiner Rückkehr aus Italien als Choleraarzt nach Galizien beordert und leitete dann als Stadtphysikus in Wischau im Jahre 1866 das Preußische Cholera-Truppenspital. Seiner politischen Gesinnung nach war er im zweisprachigen Wischau stets ein guter Deutscher, der sich als Mitbegründer der Deutschen Partei werktätig beteiligte.

Ich selbst habe im Wiener Piaristen-Collegium das Gymnasium absolviert, hier die Maturitätsprüfung abgelegt, die Wiener medizinische Fakultät besucht, war dann eineinhalb Jahre Aspirant im Allgemeinen Krankenhaus, zwei Jahre Sekundararzt in der Niederösterreichischen Gebär- und Findelanstalt, fünf Jahre Sekundararzt erster Klasse im St. Anna Kinderspital und supplierte durch ungefähr ein halbes Jahr den k.k. Armenarzt in Gumpendorf, von wo ich Sanitäts-Assistent in der niederösterreichischen Statthalterei wurde. Bei der Neu-Systemisierung der Polizeibezirksärzte wurde ich zum Polizei-Bezirksarzt in Wien ernannt und diente bis zum Jahre 1923, in welchem Jahre ich nach Verleihung des Titels eines Hofrates in den Ruhestand versetzt wurde.

Während meiner Dienstzeit als Polizei-Bezirksarzt stand ich in Verwendung als Institutsarzt im Schulverein für Beamtentöchter durch mehr als 30 Jahre, als Schularzt am Robert-Hamerling-Realgymnasium durch 23 Jahre, als Theaterarzt im Theater in der Josefstadt und als Arzt der Lehrlingskrankenkasse der Kleidermachergenossenschaft, zu deren Bildung ich den Anstoß gab.

Von meinen Brüdern waren zwei Ärzte, der jüngste, der sub auspiciis imperatoris promovierte,⁴ war Jurist und verschied vor neun Jahren als Präsident der Direktion der Österreichischen Staatsschulden mit dem Titel eines Sektionschefs im Finanzministerium und in den einfachen Adelsstand erhoben.

Ich war mit einem Mischling II. Grades verheiratet.⁵ Mein Sohn ist gleichfalls Polizeiarzt

4 Diese Form der Promotion (sub auspiciis imperatoris, lat.: unter der Aufsicht des Kaisers) galt an österr. Universitäten bis 1918 als besondere Auszeichnung, die nur ein Mal – in Wien höchstens drei Mal – jährlich pro Universität verliehen werden durfte. Der Kandidat, der alle Prüfungen mit Bestnote bestanden haben musste, erhielt beim Promotionsakt einen Brillantring mit den kaiserlichen Initialen.

5 Hermine Munk, geb. Kugel (1866 – 1939/40?); das Ehepaar Munk hatte 1891 geheiratet.

gewesen. In meiner gegenwärtigen Wohnung wohne ich seit dem Jahre 1891, also durch nahezu 49 Jahre und muß sie verlassen, da ich nicht den Arier-Nachweis erbringen konnte. Ich erlaube mir unter Hinweis auf mein hohes Alter, auf meine Verdienste um Staat und Menschheit, weiters auch unter Hinweis auf meinen gegenwärtigen kränklichen Zustand sowie auf meine ehrenhaften Vorfahren, die umstehend gestellte Bitte ergebenst zu wiederholen.

1 Beilage.⁶

Eingeschrieben.⁷

DOK. 56

Der Geschäftsträger der US-Botschaft in Berlin unterrichtet seinen Außenminister am 6. März 1940 über die Lage der Juden in Deutschland¹

Schreiben Nr. 2024 (vertraulich) von Alexander Kirk,² Geschäftsträger ad interim (840.1 JDB/mhg), Berlin, an den US-Außenminister,³ Washington, DC, vom 6. 3. 1940⁴

Betrifft: Die Lage der Juden in Deutschland zu Kriegszeiten.

Exzellenz,

mit Bezugnahme auf das Botschaftstelegramm Nr. 529 vom 1. März, 14 Uhr,⁵ und vorherige Telegramme, die die Juden in Deutschland betrafen, habe ich die Ehre, zum eventuellen Nutzen des Ministeriums eine zusammenfassende Darstellung zur Situation der Juden in Deutschland zu Kriegszeiten zu unterbreiten. Diese Bestandsaufnahme basiert auf Informationen aus Berlin, und obwohl die Bedingungen in Österreich, im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in Polen angesprochen werden, bezieht sie sich hauptsächlich auf die Lage der Juden im Gebiet des früheren „Altreichs“.

Infolge der Ende 1938 in Kraft getretenen antijüdischen Gesetzgebung sind die deutschen Juden, d. h. die Personen, die per Gesetz aufgrund der Tatsache, dass sie drei oder mehr jüdische Großeltern haben oder dem jüdischen Glauben angehören, zu Juden erklärt

⁶ Liegt nicht in der Akte.

⁷ Die Reichsstelle für Sippenforschung wies Julius Munks Bitte am 4. 3. 1940 mit der Begründung ab, dass sie nicht für Gnadengesuche zuständig sei. Der Taufschein wurde ihm mit der Mitteilung zurückgesandt, dass er nach Urkundenlage als Jude anzusehen sei; wie Anm. 1. Abdruck des Antwortschreibens in: Verfolgung und Widerstand in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 320 f.

¹ NARA, RG 59, Decimal File 862.40 16/2161. Abdruck in: Confidential U.S. State Department Central Files, Germany: Internal Affairs, 1930 – 1941, Frederick MD, reel 58, fr. 00080-00088. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

² Alexander Kirk (1888–1979), Jurist, Diplomat; von 1915 an für das US-Außenministerium tätig, 1939/40 Geschäftsträger an der US-Botschaft in Berlin, danach in Ägypten tätig, von 1944 an Botschafter in Rom; kehrte nach seiner Pensionierung in die USA zurück.

³ Cordell Hull (1871–1955), Jurist, Politiker; 1907–1931 Abgeordneter im US-Kongress, 1931–1933 Senator, 1933–1944 Außenminister; 1945 Friedensnobelpreis.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Stempel: „Streng vertraulich“ sowie verschiedene Dienststempel.

⁵ In seinem Telegramm vom 1. 3. 1940 hatte Kirk über die Deportation der Juden aus Stettin und Schneidemühl berichtet; wie Anm. 1.

wurden, praktisch aus der Geschäftswelt, dem Gewerbe und den akademischen Berufen ausgeschlossen worden. Eine Ausnahme bilden die Heilberufe, die medizinische Behandlung von Juden ist ihnen noch erlaubt. Daher leben viele Juden von Ersparnissen oder den Wohlfahrtsleistungen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, jenem Verband, der von der deutschen Regierung ernannt wurde, um die öffentlichen Angelegenheiten der Juden zu verwalten und von ihnen die Beiträge für die jüdische Fürsorge einzutreiben. Im Spätsommer des vergangenen Jahres und vor allem seit Kriegsausbruch sind etwa 20 000 Juden wieder als Tagelöhner in der Industrie angestellt worden und werden bei Meliorationsarbeiten und auf dem Bau eingesetzt. Juden sind vom Wehrdienst ausgeschlossen.

Kurz nach Kriegsausbruch wies die deutsche Regierung die verschiedenen jüdischen Einrichtungen an, mit allen Mitteln die Auswanderung voranzutreiben. Dies hat sich jedoch als schwieriger als zuvor erwiesen, zum einen, weil die Feindstaaten als direkte Aufnahmeländer versperrt sind, zum anderen wegen neuer Hindernisse, die sich aus Komplikationen hinsichtlich Transport und Devisenbeschaffung ergeben.

Im Hinblick auf die Auswanderung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit aus dem Gebiet des Altreichs hat die Regierung bisher keine Alters-, Berufs- oder sonstigen Beschränkungen festgelegt.

Aus der unten stehenden Tabelle wird die – durch Auswanderung oder Flucht reduzierte – Anzahl der Juden (d. h. Juden im Sinne der vorstehenden Definition) ersichtlich, die noch in den verschiedenen deutschen Gebieten verblieben sind. Diese Statistiken, die wir von der Reichsvereinigung der Juden in Berlin bekommen haben, sind in Bezug auf das Altreich mehr oder weniger exakt, die Zahlen für die anderen Gebiete beruhen auf einer ungefähren Schätzung.

Jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich (Altreich)

Anzahl zu Beginn des Jahres 1933		522 700
Volkszählung vom 16. Juni 1933	499 682	
plus im Saarland	<u>5000</u>	504 700
Anzahl Ende 1939		202 400
Auswanderung von Anfang 1933 bis Ende 1939		281 900
Auswanderung seit Kriegsbeginn		
a. bis Ende 1939		6 000
b. Januar und Februar 1940 zusammen		2 000
Überschuss der Sterbefälle gegenüber den Geburten		
von Anfang 1933 bis Ende 1939		38 400

Jüdische Bevölkerung in der Ostmark

Anzahl im Jahr 1933		191 481
vor der Eingliederung in das Deutsche Reich		170 000
derzeitige Anzahl		56 000
in der Stadt Wien im Besonderen:		
Anzahl im Jahr 1933		176 034
vor der Eingliederung in das Deutsche Reich		160 000
derzeitige Anzahl		55 000

Jüdische Bevölkerung im Protektorat

vor Angliederung an das Deutsche Reich	250 – 270 000
derzeitige Anzahl	160 000

Jüdische Bevölkerung in Danzig

frühere Anzahl

8 – 10 000

derzeitige Anzahl

1 400

Prinzipiell hat sich seit Kriegsbeginn an der Behandlung der Juden im Altreich nicht viel geändert. In der Regel erhalten sie die gleichen Essensrationen wie der Rest der Bevölkerung, gleichwohl sind sie alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt: So sind sie gezwungen, sich wegen ihrer Lebensmittelkarten an das Reichsministerium für Ernährung zu wenden und ihre Einkäufe zu festgelegten Zeiten zu erledigen. Zudem erhalten die Juden weder zusätzliche Lebensmittelrationen an Schokolade, Honig und Kuchen noch an Fleisch, darüber hinaus wurden ihnen bis auf Weiteres Kleiderkarten verweigert.⁶ In bestimmten Teilen Berlins haben jüdische Familien und Mietshäuser, die vor allem von Juden bewohnt werden, keine Kohlenlieferungen erhalten. Während der kürzlich herrschenden strengen Witterung wurden mehrere tausend Juden in Berlin zur Zwangsarbeit eingeteilt, zum Schneeschaukeln und zum Be- und Entladen der Kohlenwagen.

Die Situation der sogenannten „Mischlinge“ und Halbjuden, von denen allein im Altreich etwa eine Million leben, scheint von Ort zu Ort unterschiedlich zu sein. Insgesamt werden sie etwas besser behandelt als die Juden nicht gemischter Abstammung, aber in bestimmten Bezirken sollen sie unter inoffiziell auferlegten Behinderungen leiden.

Was Österreich betrifft, so ist der rechtliche Status der Juden dem der Juden im Altreich inzwischen praktisch angeglichen worden, und der gleiche Prozess ist offenbar auch im Protektorat Böhmen und Mähren im Gange. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland darf sich weder in Österreich noch im Protektorat um die Versorgung der Juden kümmern, und es heißt, dass die Juden aufgrund der noch vergleichsweise ungefestigten Parteidisziplin der Nationalsozialisten in diesen Gegenden, vor allem in Österreich, in erheblich stärkerem Maße als im Altreich illegalen Verfolgungen und Einschränkungen ausgesetzt sind.

Kurz nach der Eroberung Polens kursierten Berichte, es gebe Pläne für eine allgemeine Deportation der Juden aus Deutschland in das neue jüdische „Reservat“, das in Ostpolen im Bezirk um Lublin errichtet worden ist. Eine von der Polizei durchgeführte, detaillierte statistische Erfassung der jüdischen Familien im Altreich hielt man für einen Hinweis auf eine derartige Entwicklung. Doch bislang durfte die jüdische Bevölkerung in den verschiedenen reichsdeutschen Städten, mit Ausnahme Stettins, in Deutschland bleiben.

In Stettin wurde die gesamte, 1200 Personen umfassende jüdische Bevölkerung, darunter auch Juden, die zufällig die Stadt besuchten, und Juden, deren Vorbereitungen zur Emigration ins Ausland abgeschlossen waren, binnen sieben Stunden in der Nacht des 12. Februar zusammengetrieben und per Sonderzug nach Polen verschickt. Sie durften nur eine kleine Menge Gepäck mitnehmen, ihre Wohnungen wurden nach ihrer Abreise versiegelt, und es wurde offiziell erklärt, dass ihr Besitz in Stettin liquidiert und die dadurch gewonnenen Mittel auf einem Sperrkonto deponiert würden. Es war zu erfahren, dass die Stettiner Juden Ostpolen erreichten, wobei mindestens eine Person auf der Strecke starb, und inzwischen in den Städten Piaski, Biała und Terespol im Distrikt Lublin untergebracht sind. Sie werden von den in diesen Städten bestehenden jüdischen Ge-

⁶ Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4 und 7.

meinden versorgt, und es heißt, dass sie unter beträchtlichen Entbehrungen und Nöten leiden.⁷

Die Reichsvereinigung der Juden in Berlin wurde offiziell davon in Kenntnis gesetzt, dass diese Aktion vom *Gauleiter*⁸ des Bezirks Stettin, Herrn Schwede-Coburg,⁹ veranlasst worden sei, und da die Reichsbehörden nicht „verantwortlich“ seien, könnten sie die bereits durchgeführten Maßnahmen nicht rückgängig machen. Des Weiteren wurde erklärt, dass die Stettiner Juden in Polen bleiben müssten und dass derzeit all jenen, die ihre Vorbereitungen zur Emigration ins Ausland abgeschlossen hätten, keine Ausreiseerlaubnis erteilt werden könne. Ungefähr am 15. Februar wurde in Schneidemühl, das sich auch im Bezirk von Herrn Schwede-Coburg befindet, die Anordnung erlassen, die dortigen Juden sollten sich für eine Deportation, vermutlich ebenfalls nach Ostpolen, binnen einer Woche bereithalten. Nachdem sie sich in Berlin sachkundig gemacht hatten, erfuhren die jüdischen Dienststellen, dass Herr Schwede-Coburg plane, alle Juden aus der *Grenzmark*¹⁰ auszusiedeln, jener Region, die im ehemaligen polnischen Grenzgebiet liegt und zu der auch Schneidemühl gehört, und dass ihr Platz dort, ebenso wie in Stettin, von zurückkehrenden Baltendeutschen eingenommen werden solle. Den zentralen jüdischen Institutionen ist es offenbar gelungen, eine Änderung des ursprünglichen Plans, dem zufolge die Schneidemühler Juden nach Polen geschickt werden sollten, zu erwirken. Derzeit werden Maßnahmen geprüft, diese Juden weiter ins Innere des Reichs zu schicken und in kleinen Städten und auf Gütern in jüdischem Besitz anzusiedeln.¹¹

Es liegen keine Informationen darüber vor, wie viele Juden insgesamt in das Lubliner Reservat geschickt wurden. Bekannt ist, dass ungefähr 4500 aus Wien verschickt wurden und 1000 aus Mährisch-Ostrau im Protektorat.¹² Es gab auch große Deportationen aus den ehemals polnischen Gebieten, insbesondere im Korridor und Posen, darunter Lodz, das nun formal in das Reich eingegliedert worden ist. Die Juden werden zusammen mit einer großen Anzahl Polen aus diesen Regionen entfernt, um für die Baltendeutschen Platz zu machen.¹³ Offiziellen Andeutungen zufolge sollen etwa 1400 Juden aus Danzig ebenso wie die Juden aus Ostpreußen am Frühlingsanfang nach Polen abgeschoben werden.

Nach offiziellen deutschen Schätzungen leben etwa zwei Millionen Juden in dem ehemals polnischen Gebiet, das heute das Generalgouvernement ausmacht.¹⁴ Soweit es sich ermitteln lässt, haben bislang keine umfangreichen Transporte von Juden aus dem Generalgouvernement in das Lubliner Reservat stattgefunden, wo sich zusätzlich zu den aus

7 Die Stettiner Juden waren nach Piaski, Bełżyce und Glusk im Distrikt Lublin gebracht worden; siehe Dok. 52 vom 12./B.2. 1940 und Dok. 53 vom 16. 2. 1940.

8 Im Original deutsch.

9 Franz Schwede-Coburg (1888 – 1960), Maschinenschlosser; 1907 – 1921 bei der Marine; 1922 NSDAP-Eintritt; 1922 – 1929 im Elektrizitätswerk tätig, 1924 – 1930 Stadtrat; 1933/34 OB von Coburg; 1930 – 1933 MdL in Bayern, von 1933 an MdR, von 1934 an NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident von Pommern, 1938 SA-Obergruppenführer; 1945 – 1947 in brit. Internierung, 1951 vom Landgericht Coburg zu zehn Jahren Haft verurteilt.

10 Im Original deutsch.

11 Die Juden aus Schneidemühl wurden nach Neuendorf und auf das Gut Radinkendorf in Brandenburg gebracht.

12 Zu den Deportationen nach Nisko siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

13 Siehe VEJ 4, S. 32 – 38.

14 In den Gebieten, aus denen im Herbst 1939 das Generalgouvernement gebildet wurde, lebten etwa 1,5 Millionen Juden.

Stettin, Österreich und dem Protektorat verschleppten Juden viele alteingesessene jüdische Gemeinden befinden. Die Juden im Generalgouvernement sind gezwungen, Armbinden zu tragen, müssen Zwangsarbeit leisten und viele Einschränkungen hinnehmen.¹⁵ Obwohl sie aus den Führungspositionen in Handel und Industrie vertrieben wurden, sind sie anscheinend immer noch im Handel tätig.

Die zu Beginn des Polenfeldzugs in Deutschland aufgegriffenen polnischen Juden wurden umgehend verhaftet, einige von ihnen in Arbeitslager gesperrt, aus denen sie später entlassen und nach Polen zurückgeschickt wurden. Einige wurden in Konzentrationslagern interniert, wo sich immer noch etwa ein- bis zweitausend befinden.¹⁶

Obwohl Regierungsvertreter in Berlin der jüdischen Reichsvereinigung versichert haben, es gebe keine Pläne, Juden aus dem Altreich nach Polen zu deportieren, haben die jüdischen Stellen Bedenken, dass im Laufe des Jahres Schritte in diese Richtung unternommen werden könnten. Diese Sorge gründet sich unter anderem auf 1) die vor Kurzem abgeschlossene, bereits erwähnte statistische Erfassung jüdischer Familien im Reich, die, wenn auch nicht erklärtermaßen, genau dem Zweck dienen könnte, eine solche Massen-deportation durchzuführen; 2) die Möglichkeit, dass andere *Gauleiter*¹⁷ versucht sein könnten, miteinander in Wettbewerb zu treten, um dem Stettiner Beispiel nachzueifern; 3) Berichte über den Bau von Baracken in polnischen Kleinstädten, die angeblich für die Aufnahme von Juden vorgesehen sind, die dann in der Umgebung bei Meliorationsprojekten eingesetzt werden sollen; 4) die Tatsache, dass es mit dem Fall der Baltendeutschen und der Deutschen aus Kongresspolen¹⁸ ein Vorbild für die Umsiedlung und Verschiebung von Bevölkerungsgruppen gibt, bei dem darüber hinaus die Organisation und das Instrumentarium, die für die Deportation der Juden erforderlich wären, sozusagen einer Bewährungsprobe unterzogen werden und nun zum Einsatz bereitstünden. Auch wenn zu erfahren ist, dass der Druck aus radikalen Parteikreisen zugunsten einer Massenabschiebung der deutschen Juden nach Polen steigt, insbesondere angesichts der kriegsbedingt nachlassenden Auswanderung, ist bislang nichts über eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bekannt. Man hält es für wahrscheinlich, dass die weitere Erwägung entsprechender Maßnahmen zumindest bis zum Frühjahr verschoben wird, wenn andere Witterungsbedingungen weitere Bevölkerungsverschiebungen begünstigen würden.

Hochachtungsvoll

15 Den Arbeitszwang für Juden hatte Generalgouverneur Hans Frank am 26.10.1939 angeordnet (VEJ 4/27), die Kennzeichnungspflicht galt seit Dez. 1939; siehe allgemein VEJ 4, S. 39 – 45, sowie zahlreiche Dokumente in VEJ 4.

16 Siehe Einleitung, S. 29, und Dok. 6 vom 7.9.1939.

17 Im Original deutsch.

18 Kongresspolen bezeichnet den Teil Zentralpolens mit der Hauptstadt Warschau, der 1815 auf dem Wiener Kongress als formal selbstständiges Königreich mit dem zaristischen Russland verbunden wurde. Nach poln. Aufständen 1830 und 1863 wurden der Name und die bestehenden Selbstverwaltungsorgane abgeschafft.

DOK. 57

**Max Seelig versucht am 8. März 1940,
bei der Gestapo die Rückkehr seiner aus Stettin nach Piaski
deportierten Kinder zu erreichen¹**

Handschriftl. Brief von Max Seelig,² Kolberg, Marienstraße 7, an die Geheime Staatspolizei, Stettin, vom 8. 3. 1940³

In Erfahrung gebracht, daß meine Kinder Edith Sara Seelig, geb. am 25. Okt. 1926 in Kolberg, Ursula Sara Seelig, geb. am 12. Sept. 1928 in Kolberg,⁴ mit dem Transport nach Piaski b. Lublin aus Versehen mitgenommen wurden,⁵ dieselben waren zum Schulbesuch in Stettin und bei A. Barnitz, Stettin, Breitestr. 18, in Pension, alle anderen Kinder, die zum Schulbesuch, aus Kolberg und Berlin dort waren, wurden zu ihren Eltern zurückgesandt, bloß meine beiden Kinder wurden, wie ich annehme, versehentlich, mitgeschickt.

Ich habe vor zirka 3 Wochen dieserhalb schon an die Polizeiverwaltung Stettin geschrieben und um Rücktransport der beiden Kinder gebeten, jedoch noch keine Antwort erhalten.⁶ Ich bitte daher gefälligst um Rückgabe und Rücktransport der Kinder zu ihren Eltern.

Gleichzeitig betone ich, daß ich die Kosten dafür übernehme, auch bin ich bereit, dieselben abzuholen und [bitte,] mir darüber eine Bescheinigung auszustellen, daß ich die Berechtigung habe, die Kinder zu holen, wenn es notwendig wäre, die Kinder zu holen.

Zudem ich bitte, mir einen zusagenden Bescheid baldigst zu übersenden.⁷

1 RGVA, 503k/1/35, Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 74.

2 Max Seelig (*1886), Grundstücksmakler; wurde am 14. 12. 1938 nach vorübergehender Haft aus dem KZ Sachsenhausen entlassen, am 3. 2. 1943 mit seiner Frau Doris Seelig, geb. Markus (*1890), und seiner ältesten Tochter Margot (*1924) nach Auschwitz deportiert und kam dort ums Leben.

3 Grammatik und Interpunktion wie im Original.

4 Edith und Ursula Seelig wurden am 12. 2. 1940 nach Piaski deportiert; ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

5 Zu den Deportationen nach Stettin siehe Dok. 52 vom 12./B. 2. 1940 und Dok. 53 vom 16. 2. 1940.

6 Seeligs Schreiben an die Polizeiverwaltung liegt in der Akte; wie Anm. 1.

7 Handschriftl. Anmerkung: „Kommt nicht in Frage. Eltern sollen zu ihren Kindern ziehen“, Paraphie unleserlich, 9. 3. [1940]. Die Stapo Stettin vermerkte am 13. 3. 1940: „Eine Rückführung der Kinder kommt nicht in Frage“, und wies die Staatspolizeistelle Köslin am selben Tag an, die Eltern darüber zu informieren „und ihnen anheimzustellen, zu ihren Kindern zu ziehen“; wie Anm. 1.

DOK. 58

**Charlotte Wollermann aus Düsseldorf beschuldigt
am 12. März 1940 den evangelischen Pfarrer Gottfried Hötzel,
eine judenfreundliche Predigt gehalten zu haben¹**

Vermerk von Kriminal-Assistent Eisel,² Düsseldorf, vom 12.3. 1940

Betrifft: Pastor *Hötzel*, Düsseldorf-Oberkassel.³

Die Ehefrau Hans *Wollermann*, Charlotte, geb. Marten, geb. am 5.4. 1902 in Braunsberg, wohnhaft in Düsseldorf-Oberkassel, Achillesstr. 7, teilte folgendes mit:

Etwa im April 1939 habe sie zusammen mit ihrem Ehemann, dem Oberkonsistorialrat Dr. Hans *Wollermann*,⁴ einen Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Düsseldorf-Oberkassel besucht. Dort predigte Pfarrer *Hötzel*.

In seiner ganzen Predigt habe Pfarrer *Hötzel* die Judenfrage behandelt. Er sei von einer Bibelstelle ausgegangen, nach der Christus einmal gesagt habe, daß die Juden Kinder des Teufels seien.

Pfarrer *Hötzel* habe in seinen Ausführungen dargelegt, daß dieser Ausspruch von vielen sehr mißbraucht werde. Sinngemäß habe Pfarrer *Hötzel* in der Predigt den Satz gesagt: „Nicht die Juden sind die Kinder des Satans, sondern diejenigen, welche die Juden verfolgen.“

Pfarrer *Hötzel* habe sich in seiner Predigt derart für die Juden eingesetzt, daß sie über seine Predigt äußerst aufgebracht gewesen sei.

Die Angaben der Ehefrau *Wollermann* erscheinen voll glaubwürdig.

Sie ist Parteigenossin und gehört der NS-Frauenschaft an.⁵

¹ LAV NRW R, RW 58/3911.

² Werner Eisel (1910–1947), Polizist; 1933 SS-Eintritt; von 1933 an bei der Gestapo Düsseldorf tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; 1941 beim KdS in Krakau, dann beim Ek z.b.V. Lemberg, Leiter des Abwehrreferates des KdS Galizien; 1942 SS-Obersturmführer; von Okt. 1943 an Leiter Sipo Czortków, beim BdS Ungarn, von Sept. 1944 an wieder bei der Gestapo Düsseldorf.

³ Hugo Karl Gottfried *Hötzel* (1880–1940), evang. Theologe, Pfarrer; 1906–1914 als Missionar und Lehrer in China, von 1917 an Pfarrer in Düsseldorf-Heerdt-Oberkassel; seit 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, öffentlicher Protest nach der Pogromnacht 1938, 1939 mit dem „Büro Grüber“ Betreuung evang. „Nichtarier“, von Febr. 1940 bis 9.4. 1940 inhaftiert, entlassen unter der Auflage eines Aufenthaltsverbots für Rheinland und Westfalen sowie Reichsredeverbot; starb nach einem Schlaganfall.

⁴ Dr. Hans (Johannes) *Wollermann* (*1895), Jurist; 1927–1933 beim Evang. Konsistorium Königsberg, 1933–1937 Konsistorialrat beim Oberkirchenrat Berlin, 1937–1946 beim Konsistorium in Düsseldorf, 1940–1945 Kriegsteilnahme; 1945 Kriegsgefangenschaft, später im Schuldienst in Düsseldorf.

⁵ Die Anzeige erfolgte erst, nachdem *Hötzel* wegen eines Vortrags beim Deutsch-Evang. Frauenbund im Febr. 1940 verhaftet worden war.

DOK. 59

Ferdinand Itzkewitsch bittet seinen Sohn am 15. März 1940 von Buchenwald aus, sich beim Hilfsverein um seine Auswanderung zu bemühen¹

Handschriftl. Brief von Feibusch Israel Itzkewitsch,² Buchenwald, Nr. 1925, Block 9, an seinen Sohn Horst³ vom 15.3.1940⁴

Mein lieber Horst!

Deine Briefe u. Geld habe [ich] erhalten u. mich sehr gefreut, daß es Dir sowie der I[eben] Mutter gut geht. Zweck meines heutigen Schreibens ist, Dich zu bitten, für mich Dich nochmals an den Hilfsverein nach Hannover dringend zu schreiben, damit mir diese schnellstens besorgt,⁵ da ich nicht in der Lage bin, mir die Devisen hierfür zu verschaffen, was dem Hilfsverein bekannt ist, denn ich habe dorthin geschrieben, aber keine Antwort erhalten. Es wird dort wohl mit zweierlei Maß gemessen. Wende dich auch an Dr. Villsen, Anwalt, vielleicht kann er auch darin helfen. Einverstanden bin ich auch damit, wenn ich nach meinem Heimatort⁶ abgeschoben werde, u. überlasse es Dir bzw. dem Hilfsverein, sofort die nötigen Schritte hierfür zu unternehmen, da ich ja auch ausgewiesen bin. Veranlasse, daß der Hilfsverein mir sofort antwortet u. die Schiffsabfahrt mir mitteilt. Ebenso erwarte von Dir umgehende Erledigung u. Antwort. Grüße die Mutter, Grüße u. Küsse an Dich

Dein treuer unvergeßlicher
Pappa

DOK. 60

Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgabe der Reichsvereinigung vom 19. März 1940, dass die Zwangsvornamen künftig ins Telefonbuch eingetragen werden müssen¹

Mitteilungen der Reichsvereinigung

Berichtigung der Eintragungen im Fernsprechbuch

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland teilt mit:

Es ist erforderlich, daß alle jüdischen Fernsprechteilnehmer ihre Namenseintragung in den Fernsprechbüchern gelegentlich der nächsten Neuauflage des Fernsprechbuches

1 BwA, 52-11-94. Abdruck in: Harry Stein, Juden in Buchenwald 1937–1942, Weimar 1992, S. 106 f.

2 Ferdinand, auch Feibusch Itzkewitsch (1891–1941), Schuhmacher; russ. Staatsbürger, im Ersten Weltkrieg in deutscher Kriegsgefangenschaft, ließ sich nach seiner Freilassung in Deutschland nieder; vom Sommer 1937 bis Okt. 1938 Gefängnisstrafe wegen „Rassenschande“ mit seiner nicht-jüdischen Lebensgefährtin Gertrud K.; vom 10. 11. 1938 an in Buchenwald inhaftiert, am 15. 7. 1941 in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein deportiert und dort ermordet.

3 Horst Itzkewitsch (*1923).

4 Der Brief wurde auf Briefpapier des KZ Buchenwald verfasst, auf dem u. a. ein „Auszug aus der Lagerordnung“ abgedruckt ist.

5 So im Original.

6 Der in Lipsko geborene Ferdinand Itzkewitsch hatte in den 1920er-Jahren einen Antrag auf Einbürgerung gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Darauf bezieht sich möglicherweise auch die Vermutung, es werde „mit zweierlei Maß gemessen“.

1 Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 23 vom 19. 3. 1940, S. 1.

durch Eintragung der zusätzlichen Vornamen „Israel“ bzw. „Sara“ berichtigen lassen.² Wir empfehlen dringend, den dafür erforderlichen Antrag rechtzeitig zu stellen.

Für den Bezirk der Reichspostdirektion *Berlin* ist bekanntlich zurzeit eine Neuauflage des Fernsprechbuches in Arbeit, und die Frist zur Beantragung von Änderungen ist an sich bereits mit dem 9. März 1940 abgelaufen. Von zuständiger Stelle ist uns aber mitgeteilt worden, daß Anträge auf Richtigstellung der Vornamen noch angenommen werden, wenn sie beschleunigt eingehen. Soweit die Berichtigung der Eintragung von jüdischen Fernsprechteilnehmern des Berliner Bezirks noch nicht beantragt worden ist, muß der *Antrag* nunmehr bis *spätestens zum 22. März 1940* an die Fernsprechbuchstelle in Berlin C 2, Spandauer Straße 13/14, gestellt werden.

DOK. 61

Salomon Samuel aus Berlin dankt dem Ehepaar Schubert in Essen am 29. März 1940 für Unterstützung und Trost¹

Handschriftl. Brief von Dr. Salomon Samuel,² Berlin-Grunewald, an Else Schubert³ vom 29. 3. 1940

Verehrter Herr⁴ und werte Frau Schubert!

Indem ich Ihre Grüße bestens erwidere, die Sie mir vom Osterspaziergang in den Botanischen [Garten] sandten, melde ich, daß wir soeben einen neuen Einbruch des Winters mit Schnee u. Eis haben; ich weiß nicht, den wievielten. Dennoch verleugnet die Sonne nicht ihre Kraft, sie scheint strahlend in unsere seit dem 21. März zur Sommerwohnung erhobenen Räume, die für das nächste Halbjahr so freundlich u. hell ausschauen, viel Grünes hineingrüßen lassen, sobald es nur kommt, und uns die geräumigere Umwelt mit ihrer Feindseligkeit ein wenig ersetzt. Ob u. wie lange wir des Friedens der Wohnung werden genießen können, wissen wir durchaus nicht; täglich können neue Aktionen uns aufscheuchen; es ist sogar der nächste Tag unsicher und ungewiß. Machen wir uns darüber keine Illusion. Wenn Sie uns, I[ie]be Frau Schubert, im Mai die Freude Ihres Besuches machen wollen – u. wir werden uns umhören, wo Sie wohnen könnten, dann denken Sie *uns* doch hier anzutreffen; u. wir glauben ja auch, noch beharren zu können;

2 Laut der 2. VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17.8.1938 waren Juden gezwungen, die Vornamen „Sara“ und „Israel“ anzunehmen; RGBl., 1938 I, S. 1044.

1 Alte Synagoge Essen, AR.4733. Auszugsweiser Abdruck in: *Durch unsere Herzen ziehen die Jahrtausende*. Briefe von Anna und Salomon Samuel 1933–1942, hrsg. von Angela Genger, Düsseldorf 1988, S. 1 ff.

2 Dr. Salomon Samuel (1867–1942), Rabbiner; 1894–1932 Rabbiner der Gemeinde in Essen, 1908 Mitbegründer der Vereinigung für das liberale Judentum, Mitarbeiter der Zeitungen *Israelitisches Familienblatt* und *Jüdisch-Liberale Zeitung*; lebte von 1933 an in Berlin, wurde 1942 mit den Insassen des jüdischen Altersheims Köpenick nach Theresienstadt deportiert, wo er umkam; Autor von „Geschichte der Juden im Stadt- und Synagogenbezirk Essen“ (1913).

3 Else Schubert-Christaller (1891–1982), Schriftstellerin; setzte sich in ihren Schriften intensiv mit dem jüdischen Glauben auseinander; Autorin von „In deinen Toren Jerusalem. Jüdische Legenden“ (1929).

4 Martin Schubert, Maschinenbauingenieur.

aber es hängt nicht von unserm Willen ab. Es ist nun einmal so: Wir sind zur Auswanderung oder Verelendung gezeichnet. Ist es nicht genug, daß ein gütiges Geschick etwa $\frac{2}{3}$ aller jüdischen Menschen aus Alt-Deutschland herausgeführt u. gerettet hat? Der Überrest sieht einem traurigen Geschick entgegen, wenn der Himmel sich nicht auch seiner erbarmt. Bedauern Sie uns nicht zu sehr, liebe Freunde. Wenn *wir* den Mut haben, solch Geschick zu tragen, dann dürfen die andern nicht weichmütig sein u. uns nicht weichmütig machen.

Aber etwas anderes können u. mögen sie: sie können uns dies Geschick erleichtern. Und das tun Sie, liebe Freunde, nun schon seit all diesen schweren Jahren der Verfolgung. Das ist ein sehr großer Trost, eine Hilfe u. Hoffnung. Es ist auch dann nicht vergeblich gewesen, wenn das Letzte nicht von uns abgewandt werden kann. Ich muß viel an die wenigen, aber inhaltsreichen Essener Tage denken. Und, recht betrachtet, haben wir sie so gut genutzt, als es irgend möglich war. Und von Ihnen beiden empfing ich so viel Freundlichkeit wie von den andern allen zusammen. Das will schon etwas heißen; denn ich konnte mit der Aufnahme in meiner alten Gemeinde zufrieden sein. Die l[ie]be Frau Kirschstein⁵ übertraf alle.

Heute empfing ich [einen] Brief von Dr. Norden,⁶ der so fleißig seines Amtes in H[am]b[ur]g waltet u. mir den Text zu seiner heutigen Ansprache schickt „Und Aaron schwieg“. Er paßt nur allzu gut für die Gemeinde in ihrer bedrängten Lage; ich fürchte, sie wird viel Seufzer auslösen. Er selbst stillt seine Sehnsucht nach den fernen Lieben tapfer; seine Hanna⁷ ist in Tientsin glücklich verheiratet. Ich will hoffen, daß Ihre 3 Kinder unablässig Günstiges zu melden haben,⁸ insb. möge über Konrad ein günstiges Geschick walten. Dr. Walters Erkrankung ist hoffentlich überwunden; einen größeren Bericht über seine persönlichen Erlebnisse lassen wir gern. Und wie steht's in Jugenheim? Hier hat unsere Frau Anna eine rege Ausleihe der so beliebten Bücherreihe Helene Christaller.⁹ – Ihre Sammlungen, l[ie]be Frau Schubert, ergänzen Sie nur fleißig! Glücklicherweise gehören Sie zu den Bodenständigen; ich denke, in späterer Zeit müssen auch Sie beide einen kleinen Besitz auf glücklicherer deutscher Erde Ihr Eigentum nennen, nicht immer die nur von Fremden gemieteten Räume bewohnen. Und ein kleines Eckchen wird dann „Familie Samuel“ bilden u. was mit dieser zusammenhängt. So ist denn gesorgt dafür, daß uns ein gutes Gedächtnis bleibt, über das niemand Gewalt hat. Gegen Wirklichkeiten ist die mächtigste Lüge *unwirksam*. Hr. Buchthal¹⁰ beweist ja schöne Aufmerksamkeit: Willst Du

5 Johanna Kirschstein (*1890); lebte in Essen, wurde am 10.11.1941 von Düsseldorf nach Minsk deportiert; für tot erklärt.

6 Dr. Joseph Norden (1870 – 1943), Rabbiner; 1897 – 1899 Rabbiner in Neustettin, bis 1907 im ober-schlesischen Myslowitz, danach in Elberfeld, Mitbegründer der Weltvereinigung für das liberale Judentum, kehrte nach seiner Pensionierung 1935 in seine Heimatstadt Hamburg zurück, dort 1939 – 1942 für den Hamburger Tempel tätig; wurde im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er umkam.

7 Joseph Nordens jüngste Tochter Hanna Hochfeld (1919 – 2011) war am 13.6.1939 mit ihrem Mann Josef Hochfeld (1912 – 2004), Pharmazeut, ins chinesische Tientsin emigriert; von 1948 an lebten sie in den USA.

8 Else und Martin Schuberts Kinder Konrad, Armgard und Hedwig.

9 Else Schubert-Christallers Mutter Helene Christaller, geb. Heyer (1872 – 1953), die in Jugenheim a. d. Bergstraße lebte; gilt als eine der bedeutendsten evang. Schriftstellerinnen ihrer Zeit.

10 Albert Buchthal (1876 – 1942), Kaufmann; besaß eine Mineralgroßhandlung in Essen; wurde am 20.7.1942 nach Theresienstadt, von dort zwei Monate später nach Treblinka deportiert und dort ermordet.

erfahren, was sich ziemt u.s.w.¹¹ – Wir lasen grade „Maß für Maß“ von Shakespeare, kein Meisterwerk, aber gedankenreich.

Einen friedl. Sabbat wünscht

Sehr erquickt durch den schönen Frühlingsbrief, sendet heut mit herz. Grüßen das gewünschte Gedicht, bald mehr von der treuen¹²

DOK. 62

Das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien löst am 30. März 1940 die Kultusgemeinden in der Ostmark auf¹

Schreiben des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten (IV-K/c-10224/1940), Wien, i. A. gez. Krüger,² an die Staatliche Verwaltung des Reichsgaus Wien, Referat I/6, Wien I., Ballhausplatz 2, vom 30. 3. 1940 (Abschrift)

Auflösung der Vertretungskörper der israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark und Bestellung eines Vertreters derselben.

Da infolge der Auswanderung der Juden aus der Ostmark die noch nicht aufgelösten jüdischen Kultusgemeinden in der Ostmark nicht mehr in der Lage sind, sich gesetz- oder statutenmäßig zu verwalten und sich nach außen hin auch nicht rechtmäßig vertreten können, löse ich im Sinne des § 30 des Gesetzes vom 21. März 1890, RGBl. Nr. 57³ die bisher bestandenen *Vertretungskörper* der noch nicht aufgelösten israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark, ausgenommen die Israelitische Kultusgemeinde in Wien, auf. Gleichzeitig bestelle ich den Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Dr. Josef Israel Löwenherz, zum Vertreter sämtlicher, in der Ostmark bestehenden, noch nicht aufgelösten israelitischen Kultusgemeinden. Diese Vertretung tritt mit 15. April 1940 in Wirksamkeit.

Hievon sind sämtliche, noch nicht aufgelösten israelitischen Kultusgemeinden Ihres Verwaltungsgebietes *umgehend*, allenfalls unter Anwendung des § 29 des A.V.G. BGBl. Nr. 274/1925,⁴ zu verständigen.

Ich ersuche Sie, dem Dr. Josef Israel Löwenherz ein förmliches Bestellungsdekret *umgehend* auszustellen und einhändigen zu lassen.⁵

11 Carl Schütte, Willst Du erfahren, was sich ziemt? Ein lustiges und lehrreiches Handbuch für die Jugend im Dritten Reich, Caputh 1934.

12 Initiale unleserlich.

1 DÖW, 9887.

2 Kurt Krüger (1906 – 1987), Jurist; 1925 NSDAP-Eintritt, Mitbegründer der NSDAP und der SA in Danzig; 1934 Reg.Rat in Danzig, von 1935 an im RWM, seit 1938 in Wien im Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten für Erziehung und Kultus zuständig, von 1940 an MinR. und Hauptamtsleiter für Kirchen- und Schulangelegenheiten in der Münchner NSDAP-Zentrale; nach 1945 Rechtsanwalt in Nürnberg.

3 Laut § 30 des Gesetzes vom 21.3.1890 betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgemeinschaft durfte der Staat die Kultusgemeinden auflösen; RGBl., 1890, S. 109 – 1 B, hier S. 1 B.

4 Amtliche Zustellungen an Personen oder Personengruppen mit unbekanntem Aufenthaltsort durften laut § 29 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes durch öffentlichen Aushang bekannt gemacht werden; AVG vom 21.7.1925, BGBl. Nr. 274/1925, S. 945 – 958, hier S. 949.

5 Das Schreiben wurde am selben Tag von Krüger zweifach weitergeleitet: an die Landeshauptmänner

DOK. 63

**Der Vorstand der Reichsvereinigung diskutiert am 5. April 1940,
wie sich die Zahl jüdischer Auswanderer steigern lässt¹**

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Freitag, 5. 4. 1940, (I/Dr. Hi/Kl.), Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 158, gez. Dr. Hirsch,² vom 9. 4. 1940³

1.) Dr. Hirsch und Dr. Eppstein⁴ berichten eingehend über die Besprechungen mit den Mitarbeitern der Wanderungsorganisationen wegen der Zahl der weiterhin zu erreichenden Zuweisungen zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Nach eingehender Beratung, an der sich fast sämtliche Anwesenden beteiligen, wird Einmütigkeit über folgendes festgestellt:

a) Die Feststellung des Standes der Auswanderungsvorbereitungen der Juden in Berlin durch die Wanderungsabteilung soll zur Beschleunigung dezentralisiert in den einzelnen Stadtteilen fortgesetzt werden, wobei es vor allem auf die möglichen Wanderungsziele und das Vorhandensein von Beziehungen der einzelnen zu Verwandten und Freunden im neutralen Ausland ankommt. Es sollen dafür sofort ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen und im Benehmen mit der Gemeinde die erforderlichen Räume bereitgestellt werden.

b) Angesichts der Bedeutung einer zusammenfassenden Schulung der Auswanderer vor ihrer Auswanderung, insbesondere in Beziehung auf Sprachkenntnisse, Landeskunde, hygienische und wirtschaftliche Fragen, sollen die auswanderungsreifen Insassen der Hachscharah- und sonstigen Ausbildungsstätten, darüber hinaus aber auch, soweit wie möglich, die einzelnen Auswanderer aus dem Reich in Notunterkünften in Berlin zu etwa 4wöchentlichen Lehrgängen zusammengefaßt und veranlaßt werden, während ihres Wohnsitzes in Berlin den Paßantrag bei der Zentralstelle einzureichen. In bezug auf Auswanderung von Familien soll geprüft werden, ob eine Wohnsitznahme der ganzen Familie oder nur des Familienoberhauptes in Berlin erforderlich ist.

Man erwartet von der Maßnahme schätzungsweise, daß ca. 400 Personen monatlich der Zentralstelle zugewiesen werden können. Das Palästina-Amt und die Abteilung Hilfsver-

„mit dem Ersuchen, sämtliche noch nicht aufgelösten, israelitischen Kultusgemeinden Ihres Verwaltungsgebietes hievon *umgehend* [...] zu verständigen“, sowie an den „Generalbevollmächtigten für das Vermögen der israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark, SS-Hauptsturmführer *Eichmann*“; wie Anm. 1.

¹ BArch, R 8150/1, Bl. 184 + RS.

² Dr. Otto Hirsch (1885–1941), Jurist; von 1919 an in jüdischen Organisationen aktiv; von 1920 an MinR. im württ. Innenministerium; von 1933 an geschäftsführender Vorsitzender der Reichsvertretung der deutschen Juden; er wurde 1941 verhaftet und im KZ Mauthausen ermordet.

³ An der Sitzung nahmen teil: Dr. Baeck als Vorsitzender, Dr. Eppstein, Henschel, Dr. Hirsch, Philipp Kozower (1894–1944), Dr. Arthur Lilienthal (*1899), Dr. Seligsohn, Dr. Berliner, Brasch, Dr. Cohn, Paula Fürst (*1894), Fuchs, Hannah Karminski (1897–1942), Löwenstein, Lyon, Paul Meyerheim (1896–1944).

⁴ Dr. Paul Eppstein (1902–1944), Soziologe; Vorstandsmitglied beim Verband der jüdischen Jugendvereine, Zionist; 1926–1933 Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim, 1933 Entlassung, lehrte in den 1930er-Jahren an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin Soziologie; von 1935 an Sozialreferent in der Reichsvertretung der Juden und deren Verbindungsmann zur Gestapo; wurde am 26. 1. 1943 nach Theresienstadt deportiert, war dort von Jan. 1943 bis zum 27. 9. 1944 Judenältester und wurde einen Tag später ermordet.

ein werden ermächtigt, die Bestätigung zu Sondertransporten nach Palästina⁵ und die Bewilligung von Passagedevisen in den geeigneten Fällen von der Teilnahme an den Lehrgängen abhängig zu machen.

c) Ein Bedürfnis der Auswanderer, schon längere Zeit vor der Paßerteilung die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung, die sonstigen Dokumente und die Packerlaubnis in Händen zu haben, wird bejaht. Es sollen deshalb insbesondere an der Hand⁶ der im Zusammenhang mit a) getroffenen Feststellungen diejenigen Personen, die im Laufe des Jahres auswandern, veranlaßt werden, schon jetzt den Antrag auf Aushändigung der Auswanderungsdokumente mit Ausnahme des Paßantrages bei der Zentralstelle einzureichen. Auch die durch diese Maßnahme ermöglichte Zuweisungsziffer wird auf 4 – 500 monatlich geschätzt. Unter der Voraussetzung, daß die Durchführung der Maßnahmen zu b) und c) genehmigt sind, kann in der zweiten Hälfte April eine tägliche Zuweisungsziffer von 40 – 50 Personen und im Mai eine Durchschnittsziffer von 60 Personen übernommen werden.

2.) Der Vorstand nimmt davon Kenntnis, daß Herr Paul Israel Hirschfeld⁷ sein Amt als Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Stettin durch schriftliche Erklärung von heute niedergelegt, sich aber zur Erledigung von Sonderaufträgen bis zur Regelung der Abwicklung und Nachfolge, die im Benehmen mit dem Leiter der Bezirksstelle Hamburg, Dr. Plaut,⁸ erfolgen soll, unter Enthaltung von der Ausübung aller weiteren Funktionen, bereit erklärt hat.

3.) Brasch⁹ berichtet, daß die Staatspolizeileitstelle Berlin für Berlin die Genehmigung erteilt hat, daß an den beiden Sederabenden (22. und 23.4.40) das Ausgehverbot nicht schon um 20 Uhr, sondern erst um 22 Uhr beginnt. Auf die von anderen Kultusgemeinden bei der Reichsvereinigung eingelaufenen und noch einlaufenden Anfragen soll entsprechend geantwortet werden.

4.) Dr. Cohn¹⁰ berichtet über die Beziehungen zwischen Arbeitseinsatz und Berufsausbildung. Die Erörterung soll in der nächsten Vorstandssitzung fortgesetzt werden.

⁵ Siehe Dok. 120 vom Herbst 1940.

⁶ So im Original.

⁷ Paul Hirschfeld (*1893), Konfektionär; von Nov. 1938 an im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Stettin, Leiter der Abt. Wohlfahrtswesen; wurde am 29. 1.1943 von Berlin nach Auschwitz deportiert.

⁸ Dr. Max Plaut (1901–1974), Bankkaufmann, Jurist, Ökonom; 1933 Sekretär der Jüdischen Gemeinde Hamburg, 1938 – 1943 Vorsitzender des jüdischen Religionsverbands Groß-Hamburg, leitete 1939 bis 1943 die nordwestdeutsche Bezirksstelle der Reichsvereinigung, mehrfach verhaftet, reiste 1944 mit einem Austauschtransport nach Palästina; 1950 – 1965 in Bremen, u. a. als Prokurist tätig, 1965 bis 1974 in Hamburg Engagement für christlich-jüdische Verständigung.

⁹ Dr. Martin Brasch (1906 – 1941), Jurist; von 1933 an Referent für Wirtschaftshilfe bei der Jüdischen Gemeinde Berlin, seit Sept. 1939 geschäftsführender Vorsitzender des Jüdischen Kulturbunds, Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin; wurde am 7. 5. 1941 inhaftiert und wenig später aufgrund einer Blutvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert.

¹⁰ Dr. Conrad Cohn (1901–1942), Jurist; von 1928 an Rechtsanwalt am OLG Breslau, 1933 Berufsverbot, arbeitete danach für die Synagogengemeinde Breslau, von 1937 an Dezernent der Reichsvertretung der Juden, seit 1939 Leiter der Abt. Fürsorge der Reichsvereinigung; am 20. 6. 1942 ins KZ Sachsenhausen und am 8. 8. 1942 von dort ins KZ Mauthausen deportiert; nahm sich wahrscheinlich das Leben.

DOK. 64

Die Exil-SPD berichtet am 7. April 1940 über die verzweifelte Lage der Juden im Deutschen Reich¹

Deutschland-Bericht der Sopade vom 7. April 1940

[...]²

III. Die Judenverfolgungen

Über die Lage der unter nationalsozialistischer Herrschaft lebenden Juden haben wir zuletzt in unserem Heft 7/1939 (Seite A 80 – 1 D), das heißt in unserer letzten Vorkriegsnummer, Bericht erstattet.³ War schon damals die Lage der Juden verzweifelt genug, so ist seither noch weit Schlimmeres geschehen. Die Judenverfolgung ist seit dem Polenfeldzug in ihr letztes, grauenvollstes Stadium getreten.

Da das deutsche Volk in seiner Mehrheit den antisemitischen Exzessen heute weniger Sympathie entgegenbringt denn je, bemühen sich die Nationalsozialisten um die Aufputzung des Judenhasses, indem sie den Juden die Schuld am Kriege zuschieben. Vor allem hat Julius Streicher⁴ nach einer kurzen Periode der Schweigsamkeit seine blutrünstige Hetze wieder aufgenommen. Der massenweise verbreitete „Stürmer“ variiert seit Kriegsbeginn in roten Balkenüberschriften, die sich auf jeder Seite wiederholen, und in den dazugehörigen seitenlangen, abscheulich illustrierten Texten unermüdlich das Thema, daß die Juden am Kriege schuld seien. Angebliche Soldatenbriefe aus Polen, die der „Stürmer“ erhalten haben will, berichteten im September und Oktober von jüdischen Greueln gegen die einmarschierenden deutschen Truppen, von vergifteten Brunnen und jüdischen „Meuchelmorden“ aller Art.⁵ Der Rundfunk unterstützte die Arbeit Julius Streichers durch fortgesetzte Judenhetze, und Hitler selbst hat in seiner Reichstagsrede am 6. Oktober 1939 von den „jüdischen Kapitalisten und Journalisten“ gesprochen, die am Kriege schuld seien und die im Kriege besser verdienen könnten als im Frieden.⁶ Gegenwärtig ist die deutsche Presse vor allem bemüht, den demokratischen Staatsmännern des Westens eine jüdische Blutbeimischung oder zumindest jüdische Versippung nachzuweisen. Soweit wir die Wirkung der Propaganda überblicken können, macht dieses Kriegs-

1 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 7. Jg., 1940, Nr. 4, IfZ/A, Z 1527, S. A43–A47. Abdruck in: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Siebter Jahrgang 1940 und Register, Frankfurt a. M. 1980, S. 256 bis 260.

2 In Teil I wird die allgemeine Situation in Deutschland geschildert, in Teil II die wirtschaftliche Lage.

3 Siehe VEJ 2/287 und 3 K.

4 Julius Streicher (1885–1946), Lehrer; 1919–1921 Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, 1922 NSDAP- und SA-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Suspendierung vom Schuldienst; 1923 bis 1944 Hrsg. der Zeitschrift Der Stürmer, 1925–1928 Gauleiter von Nordbayern; 1928 Entlassung aus dem Schuldienst; 1928/29 Gauleiter von Nürnberg-Fürth, 1929–1940 von Franken, 1930 Gefängnis wegen antisemitischer Agitation, 1940 wegen persönlicher Bereicherung vom Amt des Gauleiters entbunden; 1946 im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

5 In der Rubrik „Das ist der Jude. Frontsoldaten schildern ihre Erlebnisse“ veröffentlichte der Stürmer seit Kriegsbeginn vermeintliche Briefe von Frontsoldaten. Die Briefüberschriften lauteten etwa: „Meuchelmörder!“, „Wohnungsplünderer und Diebe“ oder „Kinder des Teufels“; Der Stürmer, Nr. 40 vom Okt. 1939, S. 10.

6 Siehe VEJ 4/17.

schuldmanöver auf das deutsche Volk wenig Eindruck, und die Judenverfolgungen werden nach wie vor abgelehnt. Anders steht es freilich mit den unter nationalsozialistischer Führung aufgewachsenen Jugendlichen, die der antisemitischen Propaganda größtenteils verfallen sind und auch, wo immer sich Gelegenheit bietet, in hellen Haufen an den Ausschreitungen gegen die Juden teilnehmen.

1. Die Juden im Reich

Der Haupttakt des grauenvollen Dramas spielt sich auf polnischem Boden ab. Im Reich selbst, aus dem die direkten Nachrichten über das jüdische Schicksal nur spärlich fließen, sind die Hauptwaffen gegen die noch nicht verschickten Juden offenbar Hunger und Kälte. Die Juden werden bei der Zuteilung von Lebensmitteln, Kohlen und allen anderen rationierten Artikeln grundsätzlich stark benachteiligt. Darüber liegen die beiden nachstehenden Berichte vor:

Berlin: 1. Bericht: Das Schicksal der jüdischen Familien – es handelt sich in der Hauptsache nur noch um Greise und Kinder – ist sehr hart. Die Juden werden bei der Nahrungsmittelzuteilung nur spärlich bedacht. Fleisch bekommen sie selten und in sehr geringen Mengen, Fisch, Geflügel, Milch und Butter gar nicht. Aber auch die Beschaffung der einfachsten Kost wie Hülsenfrüchte und Kartoffeln macht ihnen Schwierigkeiten, weil sie an besondere Einkaufszeiten gebunden sind. Sie werden erst kurz vor Geschäftsschluß in die Läden eingelassen, wenn alles Nahrhafte und Gute weggekauft und nur noch der Abfall vorhanden ist. Die Lebensmittelkarten der Juden sind mit einem „J“ gezeichnet. Sonderrationen, die gelegentlich verteilt werden, entgehen ihnen ganz.

Wer in der kältesten Zeit überhaupt noch ein paar Kohlen im Hause hatte, war nicht sicher, ob er sie behalten durfte. Bei vielen Juden hat man die Heizvorräte einfach „beschlagnahmt“. Daß Juden keine Kleiderkarten bekommen, wißt Ihr wohl schon. Zum Ausbessern ihrer alten Sachen erhalten sie vierteljährlich ein Röllchen Nähgarn. „Jüdische“ Schuhe dürfen nicht besohlt, Wäschestücke nicht ersetzt werden.⁷ Vor allem die alten Leute haben unter der grimmigen Kälte bitter gelitten. Zum Glück finden sich doch sehr häufig mutige – fast darf man sagen todesmutige – arische Freunde, die diese Unglücklichen nicht im Stich lassen und ihnen heimlich dies oder jenes zustecken.

2. Bericht: Frau X. berichtet Fürchterliches aus der Hölle Berlin. Die Juden wissen wirklich nicht mehr, was sie tun dürfen und was nicht. Lebensmittel gibt es für Juden erst nach 12 Uhr, überall sind Schilder, daß Juden vor 12 Uhr das Betreten der Läden verboten ist. Man verhaftet Juden, die nach 8 Uhr abends auf der Straße sind. Dem ... hat man seine Kohlenvorräte einfach weggenommen.⁸ Dort ist es überhaupt grausig. Wußten Sie, daß die Nazis am 9. November wieder Verhaftungen vorgenommen haben, besonders in Breslau, zur „Erinnerung“ an den vorjährigen Pogrom?⁹

Die Juden, die sich sozusagen auf freiem Fuß befinden, werden kaum besser behandelt als Sträflinge. Auch darüber geben zwei Berichte nähere Einzelheiten:

Süddeutschland: Die schneeschaufelnden „Judenkolonnen“ haben hier nicht dazu beigetragen, die Stimmung zu heben. Diese ausgemergelten Gestalten könnten einen Hund jammern. Jüdische Zwangsarbeiter im Alter zwischen 16 und 60 Jahren werden jetzt

⁷ Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4 und 7.

⁸ Auslassungen hier und im Folgenden wie im Original.

⁹ Am 8. 11. 1939 war Georg Elzers (1903–1945) Attentat auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller gescheitert. Im Anschluss daran wurden auch in Breslau etwa 150 Juden verhaftet.

überhaupt zu den schwersten Arbeiten herangezogen, zum Straßenbau, zur Entladung von Eisenbahnzügen usw.¹⁰ Es sind viele Intellektuelle darunter, Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller usw. Man erzählt, daß manche bei der Arbeit zusammenbrechen. Ich habe das nicht selbst gesehen, aber wie sollte es anders sein? Die Leute sind noch schlechter ernährt als der Durchschnittsdeutsche, sie reißen ihre Kleider herunter und bekommen keine neuen geliefert, auch keine Arbeitssachen. Die Entlohnung ist ganz unterschiedlich geregelt. Bei uns bekommen die Judenkolonnen wohl ein völlig unzureichendes Kantinenessen, aber keinen Barlohn. Anderwärts sollen ein paar Groschen bezahlt, aber gar keine Lebensmittel verabreicht werden. Die deutschen Behörden bemühen sich, die jüdische Auswanderung trotz des Krieges zu unterstützen, gelegentlich zu erzwingen. Aber wohin sollen die Juden auswandern? Erst nimmt man ihnen das Geld ab, und wenn dann kein anderes Land die mittellosen und zermürbten Menschen aufnehmen will, behauptet man noch, die Juden betrieben ihre Abreise nicht energisch genug, es gefalle ihnen viel zu gut in Deutschland. Das hat wirklich unlängst – wenigstens dem Sinne nach – in unserer Zeitung gestanden.

Am meisten fürchten sich die Juden vor der Verschickung ins „Judenreservat“ nach Lublin.¹¹ Mancher hat schon aus Furcht vor diesem Schicksal Selbstmord begangen.

Südwestdeutschland: In ... hat sich folgender Vorfall abgespielt. Hier war ein höherer arischer Beamter seit dreißig Jahren mit einer Jüdin verheiratet. Ihr fehlten die äußeren Merkmale ihrer Rasse so vollkommen, daß auch nach dem Tode ihres Mannes ihre Abkunft völlig verborgen blieb. Die beiden Kinder aus dieser Ehe wagten es unter Hitler, ihre halbjüdische Abstammung zu verbergen. Die Tochter war bis zuletzt städtische Bibliothekarin, während der Sohn einen gut dotierten Posten als Ingenieur bekleidete. Mutter, Tochter und Sohn haben buchstäblich keine ruhige Stunde mehr gehabt und zitterten vor der Entdeckung, da sie sich im Sinne der nationalsozialistischen Gesetzgebung fortlaufend strafbar machten. Zu Beginn des Krieges wurde der Sohn eingezogen und ist in Polen gefallen. Bei der Feststellung der Rentenverpflichtungen für seine Frau kam alles heraus: Mutter und Schwester haben sich Ende Januar durch Gas vergiftet.

Die *wirtschaftliche Ausplünderung* der Juden geht weiter, das heißt sie geht ihrem Ende entgegen, denn schon jetzt sind nur noch winzige Reste des jüdischen Vermögens vorhanden. Den jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen wird das Arbeiten außerordentlich erschwert. Soweit die den jüdischen Gemeinden gehörenden Häuser noch nicht beschlagnahmt sind, gehen sie nach und nach in den Besitz des Staates und der Städte über. So wurde z. B., wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Mitte Januar meldeten, das israelitische Krankenhaus in Leipzig von der Stadt übernommen und in ein städtisches Hospital verwandelt. Die jüdischen Kranken mußten abtransportiert werden.¹² Die jüdischen Schulgebäude in Berlin sind bereits im Oktober beschlagnahmt worden, man hat Evakuierte aus dem Rheinland darin untergebracht.¹³

10 Zur Ausweitung der Zwangsarbeit im Jahr 1940 siehe Einleitung, S. 41f.

11 In der Gegend um Lublin sollte ursprünglich ein „Judenreservat“ entstehen, der Plan wurde jedoch aufgegeben; siehe VEJ 4/65.

12 Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 362 vom 28. 12. 1939, S. 3: „Das Israelitische Krankenhaus von der Reichsmessestadt übernommen“. Das Krankenhaus war bereits am 15. 12. 1939 geräumt worden.

13 Nicht ermittelt. Am 1.10.1939 ging die Verantwortung für die jüdischen Schulen an die Reichsvereinigung über, verboten wurden sie erst 1942.

Auch aus ihren privaten Wohnungen werden die Juden entfernt, ohne daß sie eine Möglichkeit sähen, anderwärts Quartier zu finden.

Hamburg: Eine jüdische, alteingesessene Familie, Mann 66, Frau 64 Jahre alt, vermögend gewesen, besitzt seit 14 Jahren eine große Wohnung. Der Hauswirt kündigte ihnen am 1. März 1940 zum 31. März 1940, entgegen den Kontraktbestimmungen ohne Begründung.¹⁴ Sie können keine neue Wohnung bekommen. In der Familie wohnt seit vielen Jahren ein 77jähriger Verwandter. Ihn trifft also das gleiche Schicksal.

Sachsen: Einer jüdischen Familie ist die Wohnung zum 1. April 1940 durch den Hauswirt ohne Angabe von Gründen gekündigt worden. Eine neue Wohnung ist nicht zu erhalten. Der Mann ist kein Jude, nur die Frau ist Jüdin. Er, ein Ausländer, bekam zur Weimarer Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft. Das Dritte Reich hat ihn vor einigen Monaten ausgebürgert. Die Frau ist 40, der Mann 45 Jahre alt.

Wenn einige wenige Juden bisher dem Ärgsten entgehen konnten, so danken sie das dem Umstand, daß der deutsche Antisemitismus eben nicht echt, sondern von der Partei künstlich aufgezo- gen ist. Ein kleines Beispiel dafür gibt der folgende Bericht:

Mitteldeutschland: In einer großen Maschinenfabrik in X. arbeiteten seit langem einige jüdische Ingenieure, die ihre Stellung behalten konnten, weil sie infolge ihrer Spezialkenntnisse im Einvernehmen mit der deutschen Arbeitsfront als Angestellte anerkannt worden waren. Bei den Pogromen vom November 1938 blieben auch ihre Wohnungen vom „Ausbruch des Volkszornes“ verschont. Aber schließlich legte sich die Partei ins Mittel und verlangte, daß man eine „Lösung“ finden müsse. Der Betriebsführer fand sie auf folgende Weise: er erklärte, daß man den arischen Ingenieuren nicht mehr länger zumuten könne, mit den jüdischen Kollegen zusammenzuarbeiten – und mietete für diese besondere Büroräume, wo sie ungestört weiter für den Betrieb tätig sind.

[...] ¹⁵

DOK. 65

Max Inow aus Wuppertal hält seine Tochter Grete in Palästina am 8. April 1940 über die verstreute Familie und seine eigenen Auswanderungsbemühungen auf dem Laufenden¹

Handschriftl. Brief von Max Inow,² Wuppertal, an seine Tochter Grete,³ Palästina, vom 8. 4. 1940

Liebe Grete!

Wir haben uns sehr mit Deinem letzten Brief gefreut. Da ich fast jeden Abend Cello spiele und hierdurch manche Abwechslung und Anregung habe, interessierte mich Deine Mitteilung über das gehörte Konzert sehr.

¹⁴ Siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 15.

¹⁵ Im Folgenden wird die Lage der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren, in Wien und in Polen geschildert, abschließend geht es um die deutsche Kriegsproduktion. Siehe auch Dok. 263 bis Anfang Okt. 1939.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601. Abdruck in: „... so froh, dass Ihr draußen seid“. Die Briefe der Familie Inow, Wuppertal, hrsg. von Ulrike Schrader, Wuppertal 2005, S. 125f.

² Maximilian Inow (1877–1942), Kaufmann; Miteigentümer der 1919 gegründeten Fa. Gebrüder

Wir sprechen häufig von Dir, I. Grete, wie gut Du musikalisches Hören wiedergeben konntest. Durch mein fleißiges Üben bin ich auch mit dem Instrument wieder vertraut geworden. Ich habe im Hause so viele dankbare Hörer. Entrée⁴ nehme ich nicht. Alles frei. Sollte ich mal einen Abend aussetzen, kommen den anderen Tag Proteste.

Deine Anfrage betreffs des Schreibens an die Adresse hatten wir erledigt. Wir hatten uns extra für diesen Zweck fotografieren⁵ lassen, Mutter⁶ gab ein besonders gutes Bild.

Im April waren Geburtstage en gros, denen wir alle geschrieben haben, ich nehme doch an, daß unsere Geburtstagsgrüße Dich rechtzeitig erreicht haben.

Alfred⁷ hatte noch nicht von seinem Stellungswechsel geschrieben, er schreibt u. a. von Renate,⁸ die er alle 14 Tage besucht, die wäre so kolossal gewachsen.

Nochmals auf Deine Anfrage: Ich war selbst dort im Pamt⁹ und habe die betreffenden Formulare ausgefüllt unter Beifügung der Photos. Es sind aber vor uns 1000de Anfragen da, so daß wohl noch Zeit vergehen wird, ehe Antwort kommt.

Dein Bestreben, Beziehungen aufzusuchen und zu fördern, finde ich sehr angebracht, so was hat nie geschadet, es ist immer ein Weg, eine gewisse Einseitigkeit zu verlieren, was heute sehr gut ist.

Soeben kommt ein Zaungast, ich soll das Präludium von Bach spielen.

Uns geht es gut, bleibe gesund, genieße die Natur, freue Dich weiter an der Musik.

Herzl. Doppelk. Vater.

Gute Nacht.

Inow, die mit Strickwaren und Strümpfen handelte, seit 1931 Eigentümer eines Antiquitäten- und Kunsthandwerksgeschäfts, 1937 kündigten die Wuppertaler Stadtwerke Max Inow das Ladenlokal; am 27.10.1941 aus Düsseldorf ins Getto Litzmannstadt (Lodz), im Mai 1942 von dort nach Kulmhof deportiert und ermordet.

3 Margalit Harlev, geb. als Grete Inow (*1921), Lehrerin; emigrierte 1937 nach Schweden, Besuch eines Hachschara-Internats in Västraby, im Jan. 1940 Auswanderung nach Palästina, wo sie u. a. in einer Küche und in einem Büro der brit. Marine arbeitete; 1958–1980 als Lehrerin tätig, lebt in Haifa.

4 Franz.: Eintritt.

5 So im Original.

6 Beatrice Inow, geb. Michels (1887–1942), Hausfrau; gemeinsam mit ihrem Mann nach Litzmannstadt (Lodz) und von dort nach Kulmhof deportiert und ermordet.

7 Alfred Inow (1922–1998), Gärtner; der Sohn der Inows besuchte 1933 eine Technische Schule in Turin, 1935 Rückkehr nach Deutschland und Arbeit als Gärtner in Haan; im Kontext des Novemberpogroms verhaftet und vier Wochen in Dachau inhaftiert, emigrierte 1939 nach Großbritannien; dort nach Kriegsbeginn als „feindlicher Ausländer“ interniert, danach in der brit. Armee; arbeitete nach dem Krieg in einem Gärtnereibetrieb.

8 Renate (Renie) Inow (*1929), Tochter der Inows; kam am 17.5.1939 mit einem Kindertransport nach Großbritannien; lebte 1952–1955 in Israel, seither in London; 1960–1970 für die Jewish Agency tätig, 1971–1993 für die Stadtverwaltung London.

9 Palästina-Amt.

DOK. 66

Hitler entscheidet am 8. April 1940 über den Einsatz jüdischer „Mischlinge“ in der Wehrmacht¹

Verfügung (Geheim!) des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht (Az. 121 10-20 J [Ic], Nr. 524/40 geh.), gez. Keitel, Berlin, vom 8. 4. 1940²

Geheim!

Betr.: Behandlung jüdischer Mischlinge in der Wehrmacht

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat nachstehende Entscheidung getroffen:

1. 50%ige jüdische Mischlinge oder Männer, die mit 50%igen jüdischen Mischlingen oder Jüdinnen verheiratet sind, sind je nach Lebensalter (§§ 10 und 11 des WG)³ der Ersatzreserve II bzw. der Landwehr II zu überschreiben, jedoch mit dem jeweiligen Zusatz „n.z.v.“ (nicht zu verwenden), um sie von den übrigen Wehrpflichtigen dieser Kategorien grundsätzlich zu unterscheiden. Ausgenommen bleiben hiervon die Offiziere, die auf Grund der Führerentscheidung (OKW-WZ (II)/ J-Nr. 651/39 vom 13.3.39)⁴ in der Friedenswehrmacht verblieben sind. In besonders gelagerten Fällen behält sich der Führer Ausnahmen vor, die über OKW zu beantragen sind.

2. 25%ige Mischlinge und Wehrmachtsangehörige, die mit 25%igen Mischlingen verheiratet sind, verbleiben in der Wehrmacht und *können während des Krieges* ausnahmsweise befördert und als Vorgesetzte verwendet werden, wenn eine besondere Bewährung erwiesen ist. Außerdem können ehemalige Unteroffiziere, Beamte und Offiziere, die 25%ige Mischlinge sind, oder solche, die mit 25%igen Mischlingen verheiratet sind, *bei ausreichender Begründung* während des Krieges in der Wehrmacht verwendet werden. Jeder Beförderung- bzw. Wiedereinstellungsantrag ist dem Führer über OKW zur Entscheidung vorzulegen.

Um beschleunigte Durchführung der angeordneten Maßnahmen sicherzustellen, wird um umgehende Bekanntgabe vorstehender Verfügung gebeten.

Die Verfügungen OKW Nr. 190/40 J (Ic) vom 16. 1. 40 und OKW Nr. 280/40 J (Ic) vom 20. 1. 40, letztere mit Ausnahme der für Freimaurer geltenden Bestimmungen, werden hiermit aufgehoben.⁵

1 BArch, R 187/240b. Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 295.

2 Im Original befinden sich zwei Eingangsstempel vom 8. 9. 1941 und 10. 9. 1941 sowie handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

3 Die §§ 10 und 11 des 1935 erlassenen Wehrgesetzes bestimmten die Verwendung von Wehrpflichtigen in der Ersatzreserve und der Landwehr; Wehrgesetz vom 21. 5. 1935, RGBl., 1935 I, S. 609 – 614, hier S. 610.

4 Nicht aufgefunden.

5 Die beiden OKW-Verfügungen regelten die Kriegsverwendung von Wehrmachtsangehörigen, die mit Jüdinnen oder „Mischlingen“ verheiratet waren oder unter die Freimaurerbestimmungen fielen. Während die Verwendung von Wehrmachtsbeamten und Offizieren, die mit „25%igen Mischlingen“ verheiratet waren, keiner Einschränkung unterlag, konnten wieder einberufene ehemalige Unteroffiziere und einfache Soldaten, die mit Jüdinnen oder „Mischlingen“ verheiratet waren oder unter die Freimaurerbestimmungen fielen, nur bis zum Feldwebel befördert werden; Allgemeine Heeresmitteilungen vom 7. 3. 1940, S. 1 D.

DOK. 67

Himmler ordnet am 10. April 1940 für die Dauer des Krieges eine Entlassungssperre für Juden an, die in Konzentrationslagern einsitzen¹

Funkspruch des RSHA, IV C 2² (Allg. Nr. 28/731/40 KL. G), ungez., an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen vom 10.4. 1940³

Dringend – Sofort vorlegen – *Geheim* –

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat für alle in den KL. einsitzenden jüdischen (Unterstr.) Häftlinge für die Dauer des Krieges allgemeine Entlassungssperre angeordnet. Er hat jedoch gleichzeitig mitteilen lassen, daß er der Entlassung von Juden, deren Auswanderung bereits vorbereitet ist und die in Kürze – Apr[il] – auswandern können, zustimmt, sofern politische und andere Bedenken nicht bestehen – Alle hier bereits vorliegenden Anträge auf Entlassung von jüdischen Häftlingen haben dadurch ihre Erledigung gefunden –

DOK. 68

Marianne Wachstein schildert Hofrat Wilhelm am 12. April 1940, wie sie und andere Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück misshandelt wurden¹

Handschriftl. Brief (Betrifft 104c Vr. 2782/39, Hr. 11/40)² von Marianne Wachstein,³ Wien, Spital, II. Stock, Z 24, an den Hofrat Dr. Wilhelm, hier im Hause, Abt. 104 c, Wien, vom 12.4. 1940⁴

Sr. Hochwohlgeboren Herrn Hofrat Dr. Wilhelm,

In obiger Angelegenheit erlaubt sich ergebenst Gefertigte folgendes vorzubringen:

Einleitend muß ich, zum besseren Verständnis, folgendes sagen. Das Konzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg in Mecklenburg ist ein Zwangsarbeitslager.⁵ Die Arbeiten,

¹ BArch, R 58/276, Bl. 252.

² Das Referat IV C 2 war zuständig für sog. Schutzhaftangelegenheiten und wurde von Dr. Emil Berndorff (*1892) geleitet.

³ Der Funkspruch wurde am 10.4. 1940 um 9.35 Uhr in Berlin aufgegeben, von der Gestapo Düsseldorf aufgenommen und enthält handschriftl. Vermerke.

⁴ YVA, O33/362. Abdruck in: Irith Dublon-Knebel, Der Bericht der Marianne Wachstein, in: dies. (Hrsg.), Schnittpunkt des Holocaust. Jüdische Frauen und Kinder im Konzentrationslager Ravensbrück. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2009, S. 87–106, hier S. 92–102.

⁵ Aktensignatur eines österr. Gerichts in der ersten Phase eines Verfahrens.

⁶ Marianne Wachstein, geb. Kobler (1895–1942), kam am 27.7.1939 in Ravensbrück an, wurde im Febr. 1940 zur Vernehmung nach Wien und nach einigen Monaten von dort zurück nach Ravensbrück gebracht; im Rahmen der Aktion „14f13“ in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg an der Saale ermordet.

⁷ Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten, die Interpunktion, wo zum Verständnis nötig, behutsam korrigiert. Der Eingangsstempel auf dem Original ist nicht zu entziffern.

⁸ Das KZ Ravensbrück war das größte Frauenkonzentrationslager auf dem Gebiet des Altreichs. Es wurde 1939 in der Nähe der damals mecklenburgischen Stadt Fürstenberg errichtet, lag selbst jedoch in Brandenburg.

die ich Frauen dort verrichten sah – ich selbst bin nervenkrank und arbeitsunfähig –, sind z. B.: Es sind 2 steinerne Straßenwalzen, eine sogenannte kleine und eine große; um diese Straßenwalzen sind Seile, jedes Seil hat einen Quergriff, diesen Quergriff mußten die Frauen packen und die Straßenwalzen ziehen, auch Sand schippen, wieder andere den Sand in Holzkisten, die auf 2 Holzunterlagen sind, wegtragen etc. Im Sommer war die Arbeitszeit 9 Stunden täglich, Samstag bis Mittag.

Es ist 3 x täglich u. nur Samstag und Sonntag 2 x – sogenannter „Zählappell“, d. h. das ganze Lager muß sich, jeder Block (ein Block umfaßt ca. 140 – 150 Personen u. sind diese in einer Holzbaracke untergebracht) vor seiner Baracke, in je 4 hintereinander, nebeneinander soldatisch strammen, die Hände am Leib aufstellen u. ruhigstehen bleiben, bis das gesamte Lager von der Frau Oberin⁶ u. einer Frau Aufseherin gezählt ist, d. h. jeder Blockwart (die Aufsicht über den gesamten Block) meldet der Vorgenannten die Belegstärke. Jeder Zählappell dauert 20 Minuten immer.

Das Lager umfaßt 17 Baracken, mit ca. 150 Personen Platz, wovon eine Baracke Judenbaracke ist. Außerdem ist ein im Sommer 1940 ausgeführter Kerkerbau, der noch sehr feucht ist. Ich war z. B. unter anderem in Einzelhaft in diesem Bau in Zelle 15, die so feucht war, daß die Wand, wo das Fenster war, mit schwarzen Schimmelstücken bedeckt war. In Einzelhaft darf man mit Ausnahme des einen oder anderen Häftlings keinerlei Beschäftigung nachgehen, auch nicht lesen noch schreiben, gar nichts, nur den ganzen Tag am Schemel sitzen, es gibt auch keinen Spaziergang.

Ich habe, kurz bevor ich (am 23. Februar 1940) meinen Transport von Ravensbrück hierher nach Wien ins L.G. antrat,⁷ wieder Arrest diktiert bekommen, u. zw. 28 Tage, wieder vollständig unberechtigt (Arrest besteht in Ravensbrück aus folgendem: 1.) Aus täglich hartem Lager. 2.) Nur jeden 4ten Tag Essen (u. da nur die gleiche Ration wie die, die täglich Essen bekommen, was ungefähr in Quantität u. Qualität dem hiesigen täglichen Essen gleichkommt), die 3 Zwischentage nur die Brotration allein (ungefähr soviel als wir hier neben Essen bekommen), u. 2x täglich schwarzen Kaffee (das Wasser dort ist verboten zu trinken, weil Durchfall erzeugend).

3.) In einer feuchten, stockfinsternen Kerkerzelle, ein Stock unter Niveau, des vorerwähnten im Sommer 1940 erbauten Kerkers. Bei vorgeschrittener Tageszeit erkennt man Clo u. Waschbecken. 4.) Unbeheizt (wobei dort noch sehr rauhes Klima ist u. der heurige Winter besonders streng). Ich habe von den 28 Tagen nur 4 abgebußt, am 5ten hat mich Gott durch den Transport hierher herausgeführt; die ersten 2 Tage war überhaupt nicht geheizt, den dritten u. vierten Tag, einschließlich Abflauen der Heizung meiner Schätzung nach insgesamt 1 Stunde, also vollständig ungenügend. 5.) Ohne jegliche, auch nur die geringste Beschäftigungsmöglichkeit. 6.) Ohne Spaziergang. Dies alles zusammen wird mit dem einfachen Wörtchen „Arrest“ bezeichnet.

Ich erhielt diesen Arrest wie folgt. Zur Zeit, als ich ins Lager eingeliefert wurde, war ein Arzt, der mich, wie jeden Neu-Ankömmling, untersuchte und mir auf Grund der Unter-

⁶ Gemeint ist die Oberaufseherin Johanna Langefeld, geb. May (1900 – 1974), Hausmutter; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 Aufseherin, 1939 Oberaufseherin im KZ Lichtenburg, von Mai 1939 an in Ravensbrück, März bis Okt. 1942 in Auschwitz-Birkenau, danach zurück nach Ravensbrück; im Frühjahr 1943 verhaftet, kam nach Prozess vor SS- und Polizeigericht in Breslau frei und arbeitete bei BMW in München; 1945 verhaftet, 1946 an Polen ausgeliefert, floh, tauchte unter und kehrte 1957 nach München zurück.

⁷ L.G.: möglicherweise Lagergefängnis, Landgerichtsgefängnis oder Lazarettgefängnis.

suchung einen Dispens vom Zählappell-Stehen gab. Ich durfte diesen sitzend mitmachen und mußte auch nicht arbeiten. Dieser Arzt war sogar so menschlich, mir 3x täglich kalte Abwaschungen zu verordnen, da ich damals, infolge der Aufregungen, fast überhaupt nicht gehen u. stehen konnte. Eines Tages wurde ich einem neuen Arzt vorgeführt, der unter anderem die Dispenskarten⁸ wegnahm.⁹ Damals blieben diejenigen mit Dispens im Block u. nahmen an dem Zählappell, der im Freien stattfand, überhaupt nicht teil. Es war tiefster Winter. Dieser Arzt fuhr mich, ohne mich auch nur im geringsten zu untersuchen, sofort bei meinem Eintritt ins Ärztezimmer barsch an: „Sie müssen ihren Zählappell machen.“ Dies war Samstag, den 10. Febr. 1940. Da ich nervenkrank bin, kann ich unmöglich so lange stehen, denn 3x, dies ist ja ca. 1 Stunde am Tag, ich kann nicht einmal 20 Minuten. Ich bat daher den Arzt, mich zu untersuchen, da ich dies unmöglich machen könne. Seine Antwort war, daß er mich wieder anfuhr: „Sie werden Ihren Zählappell machen.“ Ich erwiderte, daß Leistungsunmöglichkeit vorliege, und bat nochmals um Untersuchung. Trotz meines Bittens um Untersuchung beharrte er, ohne auch nur im geringsten zu prüfen, darauf, daß ich stehen müsse, und sagte grob etwas Abfälliges von „Juden“, und die am Schreibtisch im Arzttzimmer anwesende Schwester sekundierte durch höhnisches Lächeln. Hierauf erwiderte ich in meiner Not: „Noch im Ausland werde ich erzählen, wie man hier im KZ behandelt wird.“ Da packte der schwarze Militärarzt mich beim Rücken und warf mich handgreiflich aus dem Ärztezimmer heraus, ohne auch nur die geringste Untersuchung vorgenommen zu haben. Mir taten die Rippen weh, aber ich sagte ruhig: „Auch das werde ich melden.“ Draußen, im Vorraum, habe ich allerdings dann in meinem Schmerz über die Behandlung und meinem Schmerz in den Rippen laut geschrien, daß ich dies überall erzählen werde. Der Hinauswurf geschah vor einer Unmenge Gefangener, da es in Ravensbrück üblich ist, daß sich jeden Samstag diejenigen, die sich zum Arzt melden, anstellen müssen, bis sie an die Reihe kommen. Ich machte z. B. so einen Samstag mit – ich saß wohl – über eine Menge Gefangener war angestellt von ca. 8 Uhr früh bis Mittag, wonach noch ein großer Teil unerledigt blieb, die Schwester ganz einfach herauskam u. sagte: „Geht nach Hause u. kommt nächsten Samstag wieder.“

Eine Gefangene, die im B-Saal des Judenblocks war und „Rike“ gerufen wird, sagte mir, daß sie das Vorgefallene gehört habe. Wer die vielen angestellten Gefangenen waren, weiß ich nicht.

Ich wurde dann in den Block zurückgeführt u. erzählte vor einer Anzahl Gefangener im B-Saal des Judenblocks u. auch der Stubenältesten Frl. Hertl (oder so ähnlich) sowie der Blockältesten Frl. Paula Kemmelmayr, beide Arierinnen, den Vorfall, mit dem Beifügen: „Der Arzt hat ein Spondeum¹⁰ geschworen u. muß mich, die Jüdin, genauso untersuchen wie eine Arierin, ob Leistungsunmöglichkeit vorliegt oder nicht.“ Ich war deswegen in begreiflicher Aufregung, weil es mir einmal passiert war, daß, als ich in Einzelhaft zusam-

⁸ Gemeint sind Freistellungen.

⁹ In der Anfangsphase gab es zwei Lagerärzte: Dr. Erika Jantzen, geb. Köhler (* 1911), von Jan. 1938 an erst im KZ Lichtenburg, dann in Ravensbrück Lagerärztin, schied nach ihrer Heirat im Nov. 1940 aus dem KZ-Dienst aus; sowie Dr. Walter Pfitzner (1910–1946), 1933 NSDAP- und SS-Eintritt, Mai 1938 bis Febr. 1939 im KZ Lichtenburg, dann in Ravensbrück Lagerarzt, mit Kriegsbeginn als Divisionsarzt zur Waffen-SS, nahm sich das Leben.

¹⁰ Spondeum (abgeleitet von Spondeo, lat.: feierlich geloben) dürfte für den hippokratischen Eid und die damit einhergehenden universalen ethischen Verpflichtungen jedes Arztes stehen.

menfiel, die Aufseherin Frau Zimmer¹¹ bei der Öffnung, wo man das Essen hineinschiebt, Wasser auf mich schütten ließ, und als dies nicht nützte, der Gefangenen Frau Kaiser (jeder kennt diese, sie zählte jeden Tag bei Arbeitsantritt alle Gefangenen), welche jetzt nicht mehr im Lager ist, den Auftrag gab, mit einem besenstielähnlichen Stock durch erwähnte Öffnung mich aufzuschlagen. Ich war dann, als ich durch den Stockhieb zu mir kam – wieviele ich bekam, weiß ich nicht –, ganz naß u. mußte damals im tiefsten Winter in nassem Kleid u. nassen Patschen (Schuhe gibt es in Einzelzellen nicht mehr) einige Tage verbleiben, da der Ofen kaputt war, daher vollständig unbeheizt u. nichts trocknete. Übrigens hat Frau Zimmer auch übersehen, bei mir die Heizung tagelang aufzudrehen, ich wußte gar nicht, daß [sie] funktioniert u. erst bei Wechsel der Frau Aufseherinnen, als Frl. Mandl kam,¹² frug sie mich, ob ich [es] warm hätte, u. drehte die Heizung auf. Auch mußte ich oft sehen, wie ein junges Mädchen vom Nebenblock (Zigeunerin) trotz fortlaufender, meiner Ansicht Art epileptischer, Anfälle immer wieder stehen mußte, und auch bei uns im Judenblock fiel Frau Schenk öfters in schwere Zuckungsanfälle mit nachherigem Steifwerden der Glieder u. mußte doch immer wieder stehen.¹³ Da ich, seit ich lebe, bei längerem Stehen in Ohnmacht falle, hatte ich natürlich große Angst vor dem Zählappellstehen, um so mehr, als ich jetzt, durch alles Mitgemachte seit dem Umsturz noch viel schlechter stehe, weil die Knie nicht halten.

Als Zeugen, daß es sich damals am 10. II. 1940 nach meiner Vorführung beim Arzt in meinen Äußerungen nur darum handelte, daß ich, wie vorerwähnt, Vorfall erzählte u. Spondeum erwähnte, führe ich: Frl. Paula Kemmelmayer, Frl. Hertl, beide Arierinnen, ferner die Gefangenen Ida Steinhardt, Else Boschwitz, Edith Weiss, Blumenthal Modesta Finkelstein, Kaufmann, Leont u. Kastenbaum, Rike und sonstige Gefangene, welche im B-Saal des Judenblocks waren. Es ist möglich, daß eine oder die andere der aufgezählten Gefangenen gerade nicht im Saal war, jedoch sind dies die, die mir am nächsten saßen. Die vorerwähnten Äußerungen bzw. Erzählen des Vorfalles wurden mir als Beschimpfung des Staates ausgelegt u., ich glaube, auch der Führung, eine „Kollegin“ ging zur Aufseherin, diese verhörte mich, dann verhörte mich die Frau Oberin, und ich wurde noch am gleichen Tag in Einzelhaft gebracht. Um zu beweisen, daß ich nicht vielleicht mich vor dem Frost drücken will, erklärte ich mich der Blockältesten, Frl. Kemmelmayer, gegenüber bereit, die Zählappelle draußen sitzend mitzumachen.

Circa eine Woche nachher wurde ich aus der Einzelhaft Herrn Direktor vorgeführt.¹⁴ Da

11 Emma Zimmer (1888–1948); leitete in Ravensbrück 1939–1942 den Strafblock, von Mitte 1940 an stellv. Oberaufseherin; 1941 NSDAP-Eintritt; März/April 1942 Oberaufseherin in Ravensbrück, Okt. 1942 bis Ende 1943 stellv. Oberaufseherin in Auschwitz; wurde im Juli 1948 von einem brit. Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

12 Maria Mandl (1912–1948), Putzfrau, Postbeamtin; von Okt. 1938 an Aufseherin im KZ Lichtenburg, seit Mai 1939 in Ravensbrück; 1941 NSDAP-Eintritt; April 1942 Oberaufseherin in Ravensbrück, von Okt. 1942 an in Auschwitz-Birkenau, leitete seit Nov. 1944 im Dachauer Außenlagerkomplex Mühldorf die Frauenabt.; US-Kriegsgefangenschaft, 1946 an Polen ausgeliefert, 1947 in Krakau zum Tode verurteilt, hingerichtet.

13 Cäcilie Schenk, geb. Lewin (1896–1942), wohnte in Berlin, am 14. 2. 1942 in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg an der Saale ermordet.

14 Max Koegel (1895–1946), Almhirte, Träger; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1933 an im KZ Dachau tätig, von 1938 an Schutzhaftlagerführer im KZ Lichtenburg, Mai 1939 in Ravensbrück, Jan. 1940 offizielle Ernennung zum Kommandanten, von Sommer 1942 an Kommandant des KZ Lublin-Majdanek, seit Mai 1943 des KZ Flossenbürg; geriet im Juni 1946 in US-Gefangenschaft und nahm sich das Leben.

ich, nervenkrank in nach Aufregung noch schlechterem Zustand, mit Pantoffel nicht schnell gehen konnte, packte mich die Aufseherin (Name unbekannt, die welche mich am 10.II.40 in Einzelhaft übernahm u. die folgende Zeit Aufseherin in Einzelhaft u. Arrest war)¹⁵ rückwärts u. stieß mich fortlaufend vor, schnell zu gehen, ich stolperte, verlor die Pantoffel, hielt mich gerade noch vom Fallen aufrecht u. bat: „Ich kann nicht so schnell, langsamer bitte.“ Der Herr Direktor schrie mich gleich an: „Was haben Sie so geschrien?“, obwohl ich nur in sehr ruhigem Tone gebeten hatte, denn dort hatte ich immer Angst. Der Weg führte nur über den Gang. Ich antwortete ruhig, daß ich nicht geschrien hätte. Der Herr Direktor las mir nun einen Zettel vor, daß ich am 10.II.40 im Block den Staat beschimpft hätte u., ich glaube, auch die Führung. Ich erwiderte höflich, daß ich nur den Vorfall wie vorerwähnt u. das eine Spondeum gesagt hätte. Da nahm der Herr Direktor den vor sich habenden Akt u. haute mir einige Male auf die Hände damit. Ich sah, daß ich mich nicht verteidigen dürfe. 2 Tage darauf ließ mich Frau Oberin zu sich vorführen, las mir so vor wie der Herr Direktor und daß ich dafür 28 Tage Arrest bekomme. Ich sagte: „Richtig ist es nicht, daß ich den Staat bzw. Führung beschimpft hätte, aber ich kann mich ja nicht wehren.“ Darauf erwiderte mir Frau Oberin: „Das haben Sie vom Herrn Direktor“, und ich wurde sofort in den Arrest abgeführt, *ohne Rücksicht darauf, daß ich blutende gefrorene Füße hatte, daß ich schon so abgemagert war, daß jede Rippe an mir zu zählen ist, die Haut mir stellenweise wie ein entleerter Sack hängt, meine Beine morgens beim Aufstehen schlank, kurz darauf ganz dick sind – (ich weiß nicht, ist das Fleisch schon flüssig oder ist es Gewebsflüssigkeit), mein Fleisch löst sich direkt von den Knochen, u. auch im Gesicht und Halspartie sieht man mir sofort das Heruntergekommensein an.*

Ich saß 4 Tage von diesen 28 Tagen Arrest ab, am 5ten mußte ich, Gott dem Allmächtigen sei es gedankt, nach Wien transportiert werden. Die ersten 2 Tage war überhaupt nicht geheizt, den 3ten und 4ten Tag meiner Schätzung nach einschließlic Abflauen der Heizung circa eine Stunde, was natürlich vollständig ungenügend war; trotzdem ich ein sehr abgehärteter Mensch bin, fror ich jämmerlich, mit aneinander klappernden Zähnen, ausgehungert saß ich im Stockfinsternen mit blutenden Füßen den ganzen Tag. Von draußen kann man jeden Moment elektr. Licht aufdrehen.

Als ich am Transport 3½ Tage in Berlin im Polengefangenenhaus am Alexanderplatz¹⁶ war und 14 Tage in Plauen im Vogtland warten mußte, weil kein Gefängnis-Wagen war bzw. kein Platz, hatte ich das Glück, auf edle Ärzte u. Aufseherinnen zu treffen, durch den Arzt in Berlin erhielt ich Frostsalbenverbände von der Frau Aufseherin für beide Füße, in Plauen ebenfalls durch den Arzt Salbenverbände von Fr. Aufseherin und außerdem sogar täglich Wechsel-Fußbäder, alle 14 Tage hindurch. Die Zehen u. der Fuß schlossen sich dadurch wieder, u. heute ist nur mehr die Haut empfindlich u. an einzelnen Stellen kleine Krusten.

Ich bekam auch in Berlin u. besonders in Plauen (dort war ich im gerichtlichen Gefängnis scheinbar) reichlich sehr gutes Essen, sogar täglich zum Frühstück zum echten Roggen-Doppelbrot entweder Butter oder feine Zuckermarmelade, soviel, daß es noch für Pausenbrot zum Kaffee reichte. Trotzdem kann ich mich nicht mehr erholen.

Ich hatte bereits – ich glaube am 28. August 1939 (das Datum merkte ich mir, weil ich

¹⁵ Zu dieser Zeit wurden die Berichte über die Arreststärken meist von Johanna Langefeld gezeichnet.

¹⁶ Gemeint ist das 1889 fertiggestellte Polizeipräsidium am Alexanderplatz, in dem auch das Stadtgefängnis untergebracht war. Von 1935 an nutzte die Gestapo das Gebäude.

2 Tage vorher noch im Block vom Nicht-Angriffspakt mit Rußland in der Zeitung las) – 42 Tage Einzel-Arrest mit 2 ½ Tagen Unterbrechung abzubüßen, nachdem ich gleich anschließend vorher 4 Tage Arrest im Block hatte; letztere eine Strafe, die der ganze Block hatte, wie mir eine Kollegin sagte, weil 2 nicht weiterarbeiten wollten. Es ist in Ravensbrück auch Usus, für die Tat von einzelnen öfters den ganzen Block zu strafen. Die 42 Tage Arrest (der damals noch ohne hartes Lager u. in einer Holzbaracke, die an beiden Seiten durch Holzwände in Zellen geteilt war, mit einem Mittelgang, war) bekam ich wie folgt. Ich wurde ins Büro vorgeführt, wo man mir eine Anzahl Druckseitenblätter vorlegte u. deren Empfang durch meine Unterschrift bestätigt verlangte. Ich ersuchte mir, diese vor Unterschrift lesen zu können, es wurde mir erwidert, daß es sich nur um Ausweise handle, trotzdem wollte ich nicht unterschreiben, ohne zu lesen, und da ich zur Unterschrift gedrängt wurde, sagte ich klipp u. klar, daß ich nicht unterschreibe, ohne zu lesen, daß ich [...] ¹⁷ durch sie keine Hilfe wolle. Gott werde mir helfen, daß die Kommunisten schon rächen werden, was an uns geschehe. Darauf wurde ich in den Dunkel-Arrest geführt, der damals noch halbfenster (kurz darauf wurde er durch Verschalung des Fensters mit Brettern von außen ganz finster gemacht) war, u. in der Holzbaracke wie vorerwähnt. Es war das erste Mal, daß ich in Arrest kam, u. ich wußte noch nicht, was das zu bedeuten hatte. Kurze Weile, nachdem ich drinnen saß, öffnete die Frau Aufseherin Zimmer wieder die Türe, ein Mann in Uniform war neben ihr u. schrie [zu] mir herein: „Da werden Sie jetzt krepieren, verhungern, da kommen Sie nicht mehr lebend heraus.“ (Wie ich später hörte, dürfte dies der Chauffeur der im Lager befindlichen Männer (Soldaten) gewesen sein.) ¹⁸ Da ich gläubig bin, antwortete ich ruhig: „Wenn Gott will, daß ich sterbe, so werde ich eben hier sterben.“ Da ging der Mann, u. die Aufseherin sperrte zu. Ungefähr eine Stunde später öffnete Frau Aufseherin Zimmer wieder die Türe, forderte mich auf, herauszukommen, am Gang hieß sie mich, mich bis auf das Taghemd vollständig zu entkleiden, ich tat so, worauf ich in eine Zwangsjacke hineinschlüpfen mußte (mir damals noch unbekannt; Zwangsjacke ist in Ravensbrück eine beliebte Strafverschärfung). Es wurden mir die Hände so fest geschnürt, daß meine rechte Hand ca. 14 Tage geschwollen war u. der Körper auch sehr fest geschnürt auch beim Hals, dann wurde ich wieder in die Zelle zurückgeführt und lag als festgeschnürtes Paket am Boden. Ich hatte nicht im geringsten getobt, sondern war gottergeben still die Stunde in meiner Zelle gesessen, was in der Folge angeführte Zeugen bestätigen werden. Durch die feste Schnürung wurde mir sehr übel, ich verlor das Bewußtsein, nun soll ich einen Schreikrampf gehabt haben. Durch Aufrütteln kam ich zu mir, vor mir stand Herr Sill in Uniform (soll Hauptsturmführer sein, ich kenne mich in Uniform nicht aus), ¹⁹ ich in einem kurzen Taghemdchen u. darüber nur Zwangsjacke am Boden liegend, da hörte ich, wie die in der Nachbarzelle befindliche Arrestantin (später erfuhr [ich], daß sie Annemarie Vancotic (oder Vankotic) heißt) herüberrief: „Die lebt ja nur für Religion und Kommunismus“, dazu Herr Sill: „Das

¹⁷ Ein Wort unleserlich.

¹⁸ Fahrer der SS war Ludwig Sauerbrey (* 1912), Metzgergeselle; 1933 NSDAP-, SA- und 1935 SS-Eintritt, von 1935 an hauptamtlich im SS-Dienst, 1938 Kraftfahrer im KZ Lichtenburg, von 1939 an in Ravensbrück, 1943 SS-Hauptscharführer.

¹⁹ Richtig: Egon Zill (1906 – 1974), Bäcker; 1923 NSDAP- und SA-Eintritt, 1926 SS-Eintritt; von 1934 an Tätigkeiten in verschiedenen Lagern, u. a. von Sept. 1942 bis Mai 1943 Lagerkommandant in Flossenbürg, danach in der Waffen-SS; 1953 verhaftet, 1955 in München zu lebenslanger Haft verurteilt, reduziert auf 15 Jahre, 1963 Entlassung.

wissen wir ja“, und seine Faust sauste hart herunter auf meine Nase, die ich lange Wochen nachher noch spürte, sein Fuß trat mich 2 oder 3 Mal fest in den nackten Unterschenkel, dabei riß mich von rückwärts die Aufseherin Frau Zimmer grob bei den Haaren, der Leib, die Hände schmerzten von der festen Einschnürung – all das mir wehrlos geschnürtem Paket. Ich fiel wieder in Bewußtlosigkeit, spät abends erwachte ich, von Schmerzen gepeinigt, mit meinem eigenen Kot beschmutzt. Dann kam man mich auspacken. Insgesamt dürfte ich ca. 6 Stunden in der Zwangsjacke gelegen sein. Die darauf folgende Nacht mußte ich, nur mit einem Nachthemd bekleidet (Kleider, Schuhe, Strümpfe hatte ich ja ausziehen u. draußen lassen müssen), ohne Decken, ohne Strohsack, ohne Polster, nur am nackten Boden liegend, zähneklappernd vor Kälte, verbringen. Die Sommernächte sind dort auch sehr kalt, das Lager liegt teils im Tannenwald, von einer Seite ein See, u. soll sehr tief liegen. Die nächste Nacht bekam ich bereits Decken, ab der dritten Strohsack, Polster, Überzug. Die ersten 2 Tage war angeordnet, daß ich überhaupt nichts zu essen bekomme, nur 2x täglich schwarzen Kaffee, auch kein Brot. (Das Wasser ist dort nicht trinkbar, weil Durchfall erzeugend.) Man hatte mir aber kein Wort gesagt, daß nur 3 Tage. Nun kann man sich vorstellen, wie das auf einen unerfahrenen Menschen wirkt, wenn er das erste Mal in so eine dunkle Zelle kommt, man ihn anschreit: „Da werden Sie jetzt krepieren, verhungern, da kommen Sie nicht mehr lebend heraus“, und man bringt ihm dann 3 Tage nichts zu essen, auch kein Brot, ohne ihm zu sagen, daß er ab dem 4. Tag jeden Tag Brot u. jeden 4ten Tag Wasser bekommt.

Einige Tage darauf wurde mir verlesen, daß ich für meine Äußerungen im Büro 3 Wochen Arrest bekomme und weitere 3 Wochen Arrest wegen meines Schreiens u. mich mit meinem Kot Beschmutzens. Daß dies beides in Bewußtlosigkeit geschah, wurde nicht berücksichtigt.

Die 2 ½ Tage, mit der die 2x3 Wochen, also 42 Tage Einzel-Arrest unterbrochen wurden, und nach Verbüßung der 42 Tage wurde ich zu einer Irren namens Apfel in eine Zelle gesperrt. Vor Überleitung von Einzel-Arrest-Zelle in die Zelle der Irren, die gleich darüber war, wurde mir von Frau Aufseherin Zimmer vorgelesen, daß ich für mein Leben lang Einzelhaft bekomme. Ich hatte sofort das Gefühl, daß Gott dies nicht zulassen wird, und antwortete: „Bitte schön“, worauf sie sich korrigierte: „Das heißt, solange Sie leben u. gesund sind und hier sind!“ Auch eine schöne Aussicht, wenn man nicht gläubig wäre, wenn man weiß, daß die Leute auch Jahre dort sitzen, denn man sitzt dort auf unbestimmte Zeit ohne Gerichtsverfahren, ohne Urteil, ohne zu wissen, wann man herauskommt. Nicht lange, bevor ich nach Wien kam, wurde z. B. eine gewisse Silberberg (oder so ähnlich) entlassen, die 5 Jahre gesessen sein soll. Sie war Jüdin.

Ich wurde, wie bereits erwähnt, nach Abbüßung der 42 Tage Arrest zu der Irrsinnigen Apfel in die Zelle gesperrt. Meine Reklamation u. Bitten, mich herauszunehmen, da sie dort irrsinnig sei, half nichts. Nach der ersten Nacht (das war noch bei den 2 ½ Tagen Arrest-Unterbrechung) frug Frau Aufseherin Zimmer, als sie zum Kaffee-Hereinreichen die Türe aufsperrte (Öffnungen für Esseneinschub gab es dort nicht, dieser Arrest war nur ein Provisorium bis zur Fertigstellung des Kerkerbaues): „Na, habt Ihr Euch fest geprüft?“ Die Irre begrüßte mich vor allem damit, daß sie mich hinterrücks mit einem großen Lavoir²⁰ Wasser anschüttete, sie spuckte alle paar Minuten irgendwohin, aufs Fenster, auf meinen Strohsack, Türe, Boden, wo sie hintraf, sie – ich bitte um Verzeihung – verun-

20 Österr.: Waschschüssel.

reinigte sich mit Diarrhö, die sie nicht wusch, sondern einfach die Füße hinunterrinnen ließ, sie wusch sich nicht, sondern spuckte in die Hände u. verrieb die Spucke im Gesicht u. in die Hände – das war ihr Sich-Waschen. Sie setzte sich nachts auf das Bett zu mir, wetzte fortlaufend herum, was ich mir eine Stunde gefallen ließ, u. als ich sie dann bat, doch aufzustehen, ich könne nicht schlafen, da riß sie mir die Decken, den Polster, das Leintuch unter mir heraus. Sie zerstückelte ihr Brot u. warf es zum Fenster heraus, sie schüttete ihren Kaffee am Boden u. wartete, daß ich ausrutschen solle, sie hielt in den Nächten stundenlang Vorträge, wüste Reden, sie lästerte Tag und Nacht Gott, sie hatte schon Hände bzw. Arme und Beine so dünn wie eine Spinne. Durch den stundenlang von ihr in den Nächten verursachten Lärm konnte der ganze Arrest bzw. Einzelhaft – was in gleicher Baracke untergebracht war – nicht schlafen. Es war alles fürchterlich. Die Frau Aufseherin hat sich nicht in die Zelle hereinzukommen getraut. Am 3ten Tag der Unterbrechung meines Arrestes vollführte die Irre ein solches Gebrüll, daß die Aufseherin hiedurch hereinkam in die Baracke – nicht in die Zelle. – Die Irrsinnige saß auf ihrem Oberbett (so wie im Schlafwagen, sie hatte das obere, ich das untere Bett), hatte mir ihren Kaffee über den Kopf gegossen und war gerade dabei, mit Wurfgeschossen, die sie sich hinaufgenommen hatte – Essenschüssel, Blechteller, Kaffeehäfer²¹ –, auf mich zu zielen, ich hatte mir ein Wasserlavoir als Schild vorgehalten u. war in die äußerste Ecke der Zelle geflüchtet – die Irre stieß Drohungen aus, verlangte, daß ich den Lavoir-Schild weggebe. Frau Aufseherin Zimmer, die die Türe aufgesperrt hatte, blieb selbst vor der Türe u. befahl mir, das Lavoir wegzugeben. Frau Kaiser kam auch hinzu. Ich mußte mein Schild weggeben, dann sperrte Frau Zimmer wieder zu, u. ich blieb in der Zelle. Einige Minuten nachher kam sie zurück u. führte mich aus der Zelle – ich vermute auf Betreiben Frau Kaisers. Trotz all dem, und trotzdem Apfel damals, nach Mitteilungen der Kolleginnen, bereits ein Jahr in Einzelhaft war, allen als verrückt bekannt war, wurde ich nach Verbüßung der zweiten 3 Wochen Arrest von Frau Zimmer wieder mit Apfel eingesperrt und war, ich glaube, noch 10-14 Tage mit ihr in [einer] Zelle. Noch wie ich von Ravensbrück wegkam, war Apfel in Einzelhaft. Ich war, wie bereits erwähnt, vor meiner Herreise wieder in Arrest, vorher wieder in Einzelhaft in dem neuen Kerkerbau und hörte nachts Apfel schon nicht mehr wie einen Menschen, sondern wie ein Tier schreien. Ich vermute aber, daß noch eine 2te Irre dort ist, denn man hörte noch eine andere Stimme, die nichts Menschenähnliches mehr an sich hatte – ich glaube nicht, daß dies auch die Stimme der Apfel war.

Für alles, was sich im alten Arrest bzw. Einzelhaft abspielte, u. alles, was ich vom neuen Arrest bzw. Einzelhaft schrieb, führe ich als Zeugen: Die Bibelforscherinnen u. Arierinnen: Toni Hahn, Anny Schmauser, Luise Olschewsky, Käthe Riskal, ferner die Kommunistin u. Arierin Suse Benesch, die Arierinnen Annemarie Vancotic, Pepi Koppelhuber, Anny Kraushaar (die letzten 3 nur über teilweise, sie alle werden noch viel Interessantes wissen). Zur Wahrheitsfindung wäre es jedoch notwendig, daß man die Zeugen von Ravensbrück wegführt, um sie einzuvernehmen, da sich dort keine trauen dürfte, die Wahrheit zu sagen, denn es sind dort mittelalterliche Strafen, z. B. wie geschildert die Zwangsjacke, ferner Prügelstrafe 25 Hiebe, Strafstehen. Letzteres besteht aus 4 Stunden täglich (nach Arbeitszeit und Zählappell) abends ohne Nachtmahl stramm im Freien stehen. Ich glaube nicht, daß ein Tag ohne Strafsteherrinnen vergeht. Ich sah im strömenden Regen Strafstehen. Im allergrößten Frost war eine Zeitlang das Strafstehen nicht im Freien, sondern im

21 Österr.: Kaffeebecher.

Raum. Eine Jüdin namens Rosenberg, die szt. im B-Flügel des Judenblocks untergebracht war, sagte, daß sie trotz ihrer eitrigen Brust in diesem Raum, in dem Fenster u. Türen im Frost geöffnet waren, im Zug Strafstehen muß.

Dies bekommt man für 14 Tage oder 3 Wochen hintereinander u. zum Beispiel für folgendes. Die Betten müssen genau nach Maß, faltenlos, alle gleich, die Leintücher unten ins Eisen eingeschoben, äußerst pedant gemacht werden, die Polster kantig gedrückt, die Decke darüber, eine schöne Linie, alle gleich. Wem das 3x in der hiezu zur Verfügung stehenden Zeit nicht gelingt, der kann unter Umständen schon Strafstehen. Aber auch für anderes. Sehr bitter auf meine Nerven wirkte sich auch aus, daß man in dem alten Arrest u. Einzelhaft in der Holzbaracke oft das Schreien von Arresthäftlingen hörte, die von den Gefangenen, die die Nahrung brachten oder auskübelten, im Dunkeln wegen eines Wortes oder sonstwas überfallen u. verprügelt wurden. (Frau Aufseherin Zimmer wußte dies, denn nur sie konnte die Zellentüren öffnen.) Z. B. wurde Alma Schulze, Arierin, einmal so verprügelt, daß sie fortlaufend, auch sogar in der Nacht, auch schrie: „Meine Augen, meine Augen“, und sie fürchte sich, ihr Augenlicht zu verlieren.²²

Hedwig Peter, die sich dort nach einem Fluchtversuch gelegentlich eines Aufenthalts im öffentlichen Krankenhaus wieder im Lager befindet, bediente eine Zeitlang den alten Arrest u. Einzelhaft. Sie zu hören dürfte sehr interessant sein.²³

Den neuen Arrest u. Einzelhaft bedient die Gefangene Neumann, u. auch die erwähnte Gefangene Frau Kaiser, die nicht mehr jetzt im Lager ist, hat eine Zeitlang im neuen bedient.

Gelegentlich meiner Vorführung zur Ärztin vor meinem Transport hieher nach Wien hat eine Schwester, ich glaube, es war Schwester Erika im Vorraum, die mich aus dem Arrest vorführte, die Aufseherin Frau Mandl (welche nebenbei bemerkt sich mir gegenüber stets korrekt bis in die Fingerspitzen und gerecht benommen hat) gefragt: „Wie fühlt man sich bei Ihnen?“ Illustrativ führe ich noch an: Frau Aufseherin Kolb²⁴ hatte am Frei-Nachmittag-Sonntag der Frau Aufseherin Zimmer Dienst. Sie öffnete die Tür meiner Zelle u. sagte: „Da stinks“ u. schloß schnell die Tür. Ich darauf: „Entschuldigen Frau Aufseherin, es kann nicht stinken, ich wasche mir 3x täglich den Körper.“ Sie darauf: „Alle Juden stinken“, und ich hatte das Gefühl, noch ein Wort von mir, und sie schlägt mich. Ich schwieg wieder. Das nächste Mal, als sie zwecks Nahrung wieder öffnete, sagte sie wieder: „Da stinks“ u. schloß schnell die Tür.

Ein Mann in Uniform kam, mir die Mitteilung einer Geldsendung für mich zu machen, zur Einzelzelle. Er warf mir den Abschnitt bei der Öffnung für Essen-Einschub hinein mit dem Wort „Saujüdin“. Ein anderes Mal wieder ein Mann in Uniform, weiß nicht, ob derselbe, verlangt von mir Unterschrift für Geldsendung mit den Worten: „Gerade schreiben, sonst schlagt's ein.“ Kollegen sagten, dies dürfte Herr Schneider²⁵ sein.

Interessant ist auch, daß ich meine Reise von Wien nach Ravensbrück nur mit einem Nachthemd und darüber einen Unterrock (Combination) und Sandalen bekleidet machte – nichts sonst, kein Kleid, keine Hose, keine Strümpfe, kein Mantel, nichts. Meine

22 Alma Schulze, geb. Waldmann (1907 – 1942), am 19. 2. 1942 in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg an der Saale ermordet.

23 Hedwig Peter (1911– 1942), im Juni 1942 in Ravensbrück umgekommen.

24 Katharina Kolb.

25 Karl Alfred Schneider (*1910), SS-Hauptscharführer, war verantwortlich für die Häftlings-Geldverwaltung.

letzte Erinnerung vor meiner Reise von Wien nach Ravensbrück ist am Lauf in der Polizei Wien IX. Ich erinnere mich dort an die Frau Aufseherinnen Langer, Hahn, Borowitz, Petersam, Gaisa, Lock, an Frau Oberaufseherin Mayer. Dann erinnere ich mich nur daran, plötzlich im Gefängniswagen aufgewacht zu sein, wie oben bekleidet, allein in einer 2er Zelle. Ich griff und zwickte mich in den Arm, ich glaubte zu träumen, es war aber kein Traum, sondern Wahrheit, ich reiste so bekleidet, passierte so die Bahnhöfe u. wurde in Ravensbrück so bekleidet eingeliefert, was auch aus dem dortigen Buch hervorgeht, wo eingetragen wird, was die Gefangenen abgeben, bevor sie Anstaltskleidung anziehen.

Ich war damals in sehr schlechtem Nervenzustand. Im Gefängniswagen frug ich, was mit mir geschehe, u. erhielt die Antwort, daß ich in eine Nervenheilanstalt komme, was mich freute. Doch als ich von Salzburg weiter auf Transport gebracht wurde, erkannte ich, daß ich ins Altreich verschleppt wurde, dies regte mich fürchterlich auf, so daß ich überhaupt allein nicht mehr stehen, noch gehen konnte. Im Gefängniswagen auf der Strecke Salzburg – München – daß es in dieser Zone war, erfuhr ich von Kolleginnen – kam plötzlich einer der beiden Transporteure (der mit dem runden Gesicht u. blauen Augen) zu uns u. herrschte mich an: „Aufstehen!“ Ich sagte, daß [ich], weil nervenkrank, allein nicht könne. Nach 2maliger Aufforderung sagte er, er wolle mich halten, untergriff tatsächlich meine Hand, [ich] stand auf, er zog sofort seine Hände zurück, ich fiel auf den Boden u. konnte mich nicht mehr erheben. Er herrschte: „Aufstehen!“ Ich: „Ich kann ja nicht.“ Er: „Aufstehen!“ u. schlug mich dabei fest fortlaufend auf den Hinterkopf, um mich so zu zwingen, aufzustehn. Ich konnte aber nicht. Da fing ich an zu brechen und brach und brach, war schon ganz naß, u. es hörte nicht auf. Da packte er mich, hob mich auf, haute mich auf die Bank hin und schlug die Türe zu (Zeugen, daß ich geschlagen wurde, die mit dem gleichen Transport nach Ravensbrück beförderten Bibelforscherinnen u. Arierinnen Stadtegger (oder Stadtecker) und Mollenhofer). Es war mir dann sehr übel, als man mich überall frug, wie ich heiße etc., konnte ich mich an nichts erinnern, nicht einmal an meinen Namen, u. als man mir diesen vorhielt, kam er mir so fremd vor u. ich bestritt, ich zu sein. So wurde ich in Ravensbrück eingeliefert. Ich konnte niemandem meiner Angehörigen schreiben, denn ich erinnerte mich keines Namens, keiner Adresse, auch nicht, wer mein Mann ist. Da kam von Wien Leontine Kestenbaum ins Lager. Sie erkannte mich vom L.G. und auch von der Polizei Wien, wo sie Fazi²⁶ war: sie wußte viel von mir, sie erzählte mir allerhand und langsam, langsam kam mir die Erinnerung wieder. Sie erzählte mir auch, daß ich in bewußtlosem Zustande vom Bett weg, auf dem ich 2 Tage bewußtlos gelegen sei, auf Transport gekommen sei, daß sie mir wenigstens Strümpfe anziehen wollte, was ihr aber nicht erlaubt wurde, u. daß ich sogar geschlagen worden wäre. Ich kann mich aber daran nicht erinnern. Die Aufseherinnen waren immer sehr gut mit mir, alle.

Wie z. B. in Ravensbrück gehandelt wird, führe ich folgendes noch an, illustrativ. Das Fenster meiner Arrestzelle im alten Arrest war ein normales, unten blind, oben von außen mit einer Asbest- oder ähnlichen Materialplatte verfinstert, in der Löcher waren, durch die das bißchen Licht hineinkam u. durch die man, auf dem Schemel stehend, auf den Arbeitsplatz sehen konnte. Das war verboten. Doch eines Tages rief mich eine Bibelforscherin an, ich solle schnell zum Fenster heraussehen. Durch die vom ersten Arzt verordnete[n] u. vor dem Arrest 2 Monate hindurch genommenen kalten Abwaschun-

26 Österr.: Kalfaktor; Häftlinge, die bei der Essensausgabe mithelfen, die Toilettenkübel entleeren und andere Hilfsdienste erledigen.

gen waren meine Füße viel besser. Ich sah hinaus u. sah folgendes: Ein junges, schwaches Weib – wie ich später hörte, soll sie Langer heißen, lupuskrank sein u. bereits ein Stück der Nase durch aufgenähtes Fleisch ersetzt haben – wollte nicht Sand schippen. Sie wurde fest geschlagen, sie nahm doch die Schaufel nicht. Man packte sie – dies soll die Kolonnenführerin Gefangene Lohmann getan haben –, schleppte sie zu einem Brunnen, hielt sie fest u. ließ den dicken Wasserstrahl überall, wo er hintraf, auf sie niedersausen. Dann wurde sie ganz naß, wie sie war, in einem Sandhaufen eingegraben, nur Kopf draußen, dann wurde sie am Kopf u. Gesicht fortlaufend mit Sand bedeckt, sie machte sich immer wieder frei, und nachdem dieses Spiel längere Zeit dauerte, wurde sie ausgegraben u. mußte mit dem Gesicht zur Wand stehen. (Dies Ganze dauerte so lang, daß ich x Male inzwischen vom Schemel stieg u. mich setzte.) Die Aufseherin hat dem zugeschaut, u. ich sah auch teilweise einen Militärsmann. Zeugen: Anny Schmauser, Annemarie Vainatic, vielleicht auch Toni Hahn, Benesch. Auch das Schicksal von Resi ist interessant, die schon früher angeführten Zeugen können Auskunft geben.

Nachdem einmal eine – Else Marta (oder so ähnlich) – geflüchtet war, mußte das ganze Lager 13 Stunden hintereinander ohne Essen, ohne Unterbrechung stehen (mit Ausnahme derjenigen, die damals Dispens vom Zählappellstehen hatten), der Block, aus dem der Flüchtling war, noch ca 3. Stunden länger. Dann, [am] nächsten Tag, nur der Block, aus dem er war, nur mehr kurze Zeit, da brachte man den gefangenen Flüchtling u. die, die so lange stehen mußten ihretwegen, fielen über sie her.

Gertrud Etzel fehlen auf einem Fuß 5, am andern 1 Zehe, Zucker, mußte Zählappelle mitmachen. J'accuse.²⁷

Bezüglich Angelegenheit 104 c Vr 2782/39 fühle ich mich schuldig, ebenso auch in Maschinenangelegenheit.²⁸

DOK. 69

Martha Svoboda aus Wien notiert am 16. April 1940 in ihrem Tagebuch, welche Wirkung die Propaganda entfaltet¹

Handschriftl. Tagebuch von Martha Svoboda, Wien, Eintrag vom 16. 4. 1940

Wie lange wird der Krieg noch dauern? Als ich vorige Woche die Nachricht von dem unerhörten Gewaltstreich gegen Norwegen und Dänemark erhielt,² meinte ich, nun müsse es bald aus sein, die Welt müsse sich endlich auflehnen und endlich mit diesen niederträchtigen Methoden aufräumen. Aber bisher ist nichts dergleichen geschehen. Dänemark läßt sich den „Schutz“ ruhig gefallen, nur Norwegen kämpft um seine Freiheit.

²⁷ Franz.: Ich klage an; unter dieser Überschrift hatte der Schriftsteller Émile Zola 1898 öffentlich für den zu Unrecht wegen Spionage verurteilten franz. Hauptmann jüdischen Glaubens Alfred Dreyfus Partei ergriffen. Die Redewendung steht seitdem für mutiges Eintreten gegen staatlichen Machtmissbrauch.

²⁸ Aktensignatur des Gerichtsverfahrens. Was mit „Maschinenangelegenheit“ gemeint ist, ist unklar.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601.

² Am 9. 4. 1940 überfielen deutsche Truppen Dänemark und Norwegen. Dänemark kapitulierte noch am selben Tag, Norwegen am 10. 6. 1940.

Wie ist es nur möglich, frage ich mich immer wieder, daß sich Millionen Menschen schweigend die fürchterlichsten Leiden auferlegen, sich ruhig vergewaltigen lassen. Es können nur die Lügen sein, die diesen ungeheuren Einfluß ausüben, die Lügen, die den Menschen täglich und stündlich durch Zeitung und Radio einhämmern, daß alles, was geschieht, das Beste und Schönste, ja das einzig Mögliche überhaupt ist. Und Dumme, die alles glauben, gibt es leider mehr als genug, sie merken gar nicht, was rings um sie tatsächlich vorgeht. Die wenigen Juden, die noch hier sind, werden in der unerhörtesten Weise gequält, die übrige Bevölkerung durch Steuern und Sammlungen ausgepreßt bis aufs äußerste. Wie lange noch?

DOK. 70

Leitmeritzer Tagblatt: Artikel vom 19. April 1940 über Marie Pick, die wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz verurteilt wurde¹

Die schimpfende Jüdin²

Vom Sondergericht Leitmeritz wurde die jüdische Protektoratsangehörige Marie Sara Pick³ wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.⁴

Sie besitzt in Komotau ein Wohnhaus, das sie nach der Scheidung von ihrem Manne im Jahre 1930 um 143000 Kronen erwarb und das jetzt, unter kommissarischer Verwaltung stehend, zum Verkauf kommen soll. Der Steuerinspektor Karl Zebisch interessierte sich für den Ankauf des Hauses, das mit 13580 RM geschätzt war, und hatte bereits eine Bewilligung des Landrates erhalten. Am 24. September verhandelte Zebisch mit der Hausbesitzerin, die jedoch einen größeren Betrag verlangte, weil ihr angeblich von anderer Seite bereits rund 20 000 RM angeboten worden wären. Als Zebisch sie auf das Unmögliche und Unesetzmäßige ihres Verlangens aufmerksam machte, erklärte sie erregt, daß man die Juden und auch sie betrüge, und erging sich in Beschimpfungen des Führers. Sie habe Verwandte in England und Amerika und werde dafür sorgen, daß der an ihr verübte Betrug überall in der Welt bekannt werde. Dabei prophezeite sie, daß sowohl Zebisch wie auch alle, die die Juden betrügen, die Strafe Gottes treffen werde. Bei der Hauptverhandlung versuchte die Jüdin zwar, die besonders gehässigen Äußerungen gegen den Führer und über die amtlichen Verfügungen in Abrede zu stellen; der Senat erkannte jedoch auf Grund der vollkommen glaubwürdigen Zeugenaussagen und der Tatsache, daß zwei verheiratete Töchter der Angeklagten aus Prag unbekannt verzogen und wahrscheinlich in Übersee sind, auf einen Schuldspruch nach dem Antrage des Staatsanwaltes.

F.R.

1 SOAL pobočka Most, OLG, inv. č 517, Kt. 382, Bl. 43. Das Leitmeritzer Tagblatt wurde 1871 gegründet; 1935 erzielte es eine Auflage von 6500 Exemplaren. Es ist die Vorgängerzeitung der Elbetalzeitung, der amtlichen Tageszeitung der NSDAP im Gau Sudetenland.

2 Der Artikel gehört zu einer Serie, die jeweils unter dem Titel „Der schimpfende Jude“ oder „Die schimpfende Jüdin“ veröffentlicht wurde.

3 Möglicherweise Marie Picková (1892 – 1942), am 9. 1. 1942 von Theresienstadt nach Riga deportiert und dort umgekommen.

4 OStA beim SG Leitmeritz, Anklageschrift gegen Marie Pick, 2. 4. 1940, SOAL pobočka Most, OLG, inv. č 517, Kt. 370, Bl. 26 f.

DOK. 71

Gestapochef Müller stellt am 24. April 1940 klar, welche jüdischen Personengruppen zu Kriegszeiten auswandern dürfen und wohin¹

Schreiben des RSHA (IV D 4 – 2 [Rz] 1275/40), i.V. gez. Müller,² an alle Staatspolizeileitstellen im Reichsgebiet, nachrichtlich an die SD-(Leit)Abschnitte im Reichsgebiet, Berlin, vom 24. 4. 1940³

Betrifft: Richtlinien für die Judenauswanderung.

Vorgang: Ohne.

Um eine einheitliche Ausrichtung zu gewährleisten, nehme ich nachstehend zum Gesamtproblem der jüdischen Auswanderung aus dem Reichsgebiet Stellung:

1) *Die jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet ist nach wie vor auch während des Krieges verstärkt zu betreiben.* Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat den Herrn Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, mit dessen ausdrücklicher Zustimmung die Fortsetzung der jüdischen Auswanderung erfolgt, davon unterrichtet, *daß wehr- und arbeitseinsatzfähige Juden nach Möglichkeit nicht in das europäische Ausland, keinesfalls aber in die europäischen Feindstaaten auswandern dürfen.* Dazu bemerke ich, daß jeder Auswanderungsfall, sofern es sich nicht um Übersee handelt, nach obigen Grundsätzen zu prüfen und in eigener Zuständigkeit zu entscheiden ist. In Mischehe lebende Juden dürfen keinesfalls zur Auswanderung gedrängt werden.

2) Eine betonte Ausweitung der *Palästina-Wanderung* ist aus außenpolitischen Gründen unerwünscht.⁴ Um allen sich daraus ergebenden Schwierigkeiten zu begegnen, habe ich äußerst strenge Bedingungen festgelegt, nach deren Erfüllung ich mir die Entscheidung über die Genehmigung von Transporten vorbehalten habe. Ich ersuche, in keinem Falle Juden aus den einzelnen Dienstbereichen die Teilnahme an solchen Palästina-Sondergruppentransporten⁵ zu gestatten, bevor nicht mein ausdrückliches Einverständnis zur Durchführung eines solchen Transportes gegeben ist. Dabei ist darauf zu achten, möglichst männliche Juden mittleren Alters auszunehmen.

Die Reichsverkehrsgruppe Hilfsgewerbe des Verkehrs nimmt mit meinem Einverständnis zunächst die Anträge von Reisebüros zur Durchführung von Sondergruppentransporten entgegen und übergibt diese nach Vorliegen aller verlangten Unterlagen dem Referat IV D 4 des Reichssicherheitshauptamtes⁶ zur Entscheidung. Die Tätigkeit konzessionierter Reisebüros, die sich mit jüdischer Einzelauswanderung befassen, ist nicht zu behindern.

1 RGVA, 500k/1/324, Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 72. Abdruck einer zum Erlass der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf umgearbeiteten Fassung in: Herrschaftsaltag im Dritten Reich. Studien und Texte, hrsg. von Hans Mommsen und Susanne Willems, Düsseldorf 1988, S. 460 – 462.

2 Heinrich Müller.

3 Im Original Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen, Dienststempel der Gestapo, daneben „Beglaubigt: Unterschrift unleserlich“ sowie am Ende maschinenschriftl.: „Stapo II B 4-2788/40. 1. Kenntnis genommen; 2. II B 4: Zur Entnahme der Zweitschrift zu den Handakten bei II B 4; 3. Zu den Akten, i. A.“, Unterschrift unleserlich.

4 Das RSHA wollte die arab. Bevölkerung des brit. Mandatsgebiets Palästina nicht gegen Deutschland aufbringen.

5 Siehe Dok. 120 vom Herbst 1940.

6 Das Referat IV D 4 (Auswanderung und Räumung) unter Adolf Eichmann war für alle Fragen zuständig, die mit der Auswanderung und Deportation der jüdischen Bevölkerung zusammenhingen.

3) Für die in den Konzentrationslagern einsitzenden *Juden polnischer bzw. ehemals polnischer Staatsangehörigkeit* kommt eine Auswanderung vorerst nicht in Frage. Jüdischen Frauen und Kindern, über 60 Jahre alten männlichen Juden, Krüppeln usw., die die polnische Staatsangehörigkeit besessen haben, kann die Auswanderung gestattet werden.

4) Ich habe festgestellt, daß immer wieder Gerüchte auftauchen, die von einem staatlich genehmigten *Abschub von Juden aus dem Reichsgebiet in das Generalgouvernement sprechen*. Dazu bemerke ich, daß bis auf weiteres ein *Abschub von Juden, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit*, aus dem Reichsgebiet in das Generalgouvernement nicht stattfindet. Auch jede freiwillige Auswanderung von Juden in das Generalgouvernement ist verboten. Über jeden bekanntwerdenden Versuch, Juden, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit oder staatenlose, in eigener Zuständigkeit in das Generalgouvernement abzuschieben, ist mir unverzüglich durch Blitz-FS zu berichten.

5) Um einen Überblick über den Stand der Auswanderungsbemühungen und der Auswanderungsfähigkeit der Juden in den einzelnen Bezirken zu erhalten, ersuche ich, die jeweils zuständigen Bezirksstellen bzw. Ortsstellen der „Reichsvereinigung“ zu einer intensiven Überprüfung des Standes der Auswanderungsbemühungen jedes einzelnen dort vorhandenen Juden zu veranlassen. Besonderer Wert ist auf die Ausweitung der sich durch Familien- bzw. Verwandtennachforderung, ferner durch Passagen- und Vorzeigegelderbeschaffung auf diesem Wege ergebenden Möglichkeiten zu legen. Über das Ergebnis ersuche ich, mir bis 15.5.1940 zu berichten.

6) Zum selben Termin ersuche ich um Bericht, was bisher in eigener Zuständigkeit innerhalb des dortigen Dienstbereiches für die Erleichterung und Verstärkung der jüdischen Auswanderung unternommen wurde.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle München: Zu dem FS Nr. 101 B vom 9.4.1940.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Frankfurt/Main: Zu dem dortigen Schreiben II B 2 1936/40 vom 22.4.1940

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Hamburg: Zu dem dortigen Schreiben II B 2 641/40 vom 18.3.1940 und FS Nr. 6616 vom 28.3.1940

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Aachen: Zu den dortigen FS Nr. 1665 vom 27.3.1940⁷

DOK. 72

Aron Menczer übermittelt Josef Löwenherz am 26. April 1940 ein Exposé über die angestrebte Wiedereröffnung der Umschulungsstätten in Wien¹

Schreiben der Beratungsstelle der Jugendalija, Wien I., Marc-Aurel-Str. 5, gez. Aron Menczer (AM/Qu.),² an den Amtsdirektor Dr. Josef Löwenherz, Wien, Nussdorferstr. 42, vom 26.4.1940

Wir gestatten uns, Ihnen anbei das Exposé die Wieder-Eröffnung der Hachscharoth³ betreffend zu überreichen.

Mit Zionsgruß⁴

⁷ Liegen nicht in der Akte.

¹ CAHJP, A/W 2508, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF U 52, fr. 466 – 470.

² Aron Menczer (1917 – 1943), Erzieher; Leiter der Wiener zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung

Wien, 25. April 1940

Exposé über die Wieder-Eröffnung der Hachscharah (landwirtschaftliche Umschichtung) durch die Beratungsstelle der Jugendalijah Wien

Nachstehend soll in Kürze der Plan der Wieder-Eröffnung der Hachscharah für die Jugendlichen der Jual (Beratungsstelle der Jugendalijah Wien) klargelegt werden. –

Das Exposé zerfällt in folgende Teile:

- 1.) Notwendigkeitsgründe der Hachscharah
- 2.) Erfahrungen der Hachscharah
- 3.) Technische Durchführung
- 4.) Finanzielle Struktur

ad 1.) Die Notwendigkeit der Hachscharah, besonders für die in Frage kommenden Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren, sind wohl allen an der Jugendauswanderung interessierten Stellen so bekannt, daß die Gründe nur schlagwortartig angeführt werden sollen:

- a) Für die durch die JUAL zur Auswanderung kommenden Jugendlichen ist die Absolvierung einer Hachscharah zum Zwecke landwirtschaftlicher Schulung laut Vorschrift der Jewish Agency unbedingt notwendig. Besonders ist im Hinblick auf die soeben eingelaufene Nachricht von der Erteilung eines Schedules darauf hinzuweisen, daß bei den verschiedenen Schlüsselungen der zur Verteilung kommenden JUAL-Zertifikate die Zahl der auf Hachscharah befindlichen Jugendlichen innerhalb der Irgun-Städte⁵ eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.
- b) Es ist unsere Aufgabe, den jungen jüdischen Menschen zu einem arbeitenden, freien, selbständigen und gesunden Mitarbeiter zu erziehen, und ist hiefür die Hachscharah in erster Linie geeignet. Dabei wäre zu erwähnen, daß wir diese Jugendlichen in der Regel – zumindest für einige Wochen – aus einem Elternmilieu nehmen, das für die Entwicklung des Jugendlichen unter den heutigen Verhältnissen als wenig förderlich bezeichnet werden kann. Davon abgesehen fällt auch die soziale Entlastung der betreffenden Familie stark ins Gewicht.
- c) Auch in Fällen der Gefährdung der Jugendlichen durch Staatenlosigkeit, durch Einberufung zum Arbeitsdienst u.dgl. bietet die Hachscharah die einzige Möglichkeit, sie davon fernzuhalten. Andererseits wird die Tatsache des vollen Arbeitseinsatzes durch Mithilfe unserer Jugendlichen an Land- und Erntearbeiten unter Beweis gestellt.
- d) Auf das Ausland, insbesondere das zionistische Ausland, wirkt die Haltung von landwirtschaftlichen Umschichtungslagern sehr günstig.
- e) Durch die Hachscharah erfährt auch die Arbeit der Beratungsstelle der JUAL, also die zentrale Trägerin der Wiener jüdischen Jugend, eine organische Fortsetzung ihres Erzie-

„Gordonia“, von Sept. 1939 an Leiter der Jugendalija in Wien; am 25.9. 1942 nach Theresienstadt deportiert, dort in der Jugendfürsorge tätig und Vorstandsmitglied des Hechaluz; am 5.10.1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

³ Plur. von Hachschara. Diese landwirtschaftlichen Umschichtungslager waren kurz nach Kriegsbeginn, als die brit. Mandatsmacht die direkte Einwanderung aus dem Deutschen Reich nach Palästina verboten hatte, aufgelöst worden; siehe Einleitung, S. 47.

⁴ Handschriftl. Zusatz: „Die besten Wünsche für Ihre Genesung und Grüße an Ihre Frau! Aron.“

⁵ Die militärische Untergrundorganisation Irgun Zva'i Le'umi in Palästina hatte sich 1931 von der Haganah abgespalten. Die Vorläuferorganisation der Cherut-Partei beging Terrorakte gegen Briten und Araber und beteiligte sich seit Kriegsbeginn 1939 an der Organisation illegaler Einwanderung nach Palästina. Mit Irgun-Städten sind Städte gemeint, in denen die Irgun starken Rückhalt hatte.

hungswerkes, das die theoretische Arbeit unserer Schule in praktischer und pädagogischer Hinsicht ergänzt.

ad 2.) Das vergangene Jahr hat im Zusammenhang mit der Hachscharah des Hechaluz wohl nicht jenen großen Erfolg gebracht, den man sich mit Recht versprechen konnte. Dazu ist grundsätzlich folgendes zu sagen:

- a) Wir identifizieren uns nicht mit Art und Gebarung aller anderen, früher Hachscharah führenden Organisationen.
- b) Wir sind gerne dafür, daß die Israel. Kultusgemeinde unsere Hachscharahplätze in finanzieller und ökonomischer Hinsicht in gleicher Weise kontrolliert, wie es in unserem Büro, in Schule und Werkstatt seit einigen Monaten zur beiderseitigen Zufriedenheit geschieht.⁶
- c) Durch die zentralisierte Erfassung unserer Jugendlichen in 2, höchstens 3 Lagern ist auch eine rationelle Führung in jeder Hinsicht gewährleistet.
- d) Trotz der nicht immer zufriedenstellenden Erfahrungen mit den Hachscharah des vergangenen Jahres kann doch eindeutig festgestellt werden, daß in vielen hunderten Fällen die landwirtschaftliche Umschulung auf unsere Jugendlichen produktiv gewirkt hat.

ad 3.) Wir schlagen im Moment vor, versuchshalber mit einem Platz zu beginnen, der ca. 100 Jugendlichen Aufnahme bringen soll. Die technische Durchführung möchten wir wie folgt skizzieren:

- a) Die Jugendlichen sollen ein temporäres Vorbereitungs-lager in der Dauer von 4 Wochen absolvieren. Sie werden halbtägig in der Landwirtschaft, in der Gärtnerei und Hauswirtschaft tätig sein und überall, gemäß ihren Kräften, zum Einsatz gebracht werden. – Die Arbeitszeit soll ungefähr 4 bis 5 Stunden täglich dauern (dies richtet sich nach den Bedingungen des Platzes und der Saison).
- b) Der zweite Halbttag soll ausgefüllt werden mit dem Studium der hebräischen Sprache, jüdischer Geschichte und anderer für das künftige Leben in Erez notwendiger Fächer, weitere mit theoretischer Ausbildung in landwirtschaftlichen und technischen Fächern.
- c) Das Lagerleben soll zur Gemeinschaft und zur Pflege des jüdischen Volkstums erziehen.
- d) An arbeitsfreien Tagen, wie in einem gewissen Ausmaße auch in den Morgenstunden der Arbeitstage, soll auf Leibeserziehung größter Wert gelegt werden, dies um so mehr, als die Wiener Jugendlichen schon längere Zeit hindurch wenig für ihre körperliche Er-tüchtigung tun konnten.
- e) Das Lager (im folgenden ist immer nur vom ersten Lager die Rede) soll von einem Fachmann, welcher jahrelang ein landwirtschaftliches Gut geleitet hat, in administrativer als auch in ökonomischer Hinsicht geführt werden, der in dieser Eigenschaft der Behörde genannt werden wird. Außerdem besteht die Lagerleitung aus den Lehrern und Jugend-erziehern, welche sich ständig im Lager aufhalten und mit den Jugendlichen beschäftigen.
- f) Für die Führung der Küche wird eine geschulte Köchin herangezogen, welche auch noch die Aufgabe hat, die jungen Mädchen mit der Führung des Haushaltes vertraut zu machen, sie zu Küchenarbeiten heranzuziehen und sie besonders über das Wesentliche einer Gemeinschaftsküche zu instruieren.

⁶ Die IKG hatte am 1.1.1940 die Jugendaliya und deren Schulbetrieb offiziell übernommen.

g) Weiters wird unseren Jugendlichen eine geschulte Krankenschwester des Spitals der I.K.G. zur Verfügung stehen, die in Fällen von Erkrankungen und Verletzungen eingreift, bis ärztliche Hilfe zur Stelle ist.

h) Das Lager ist von der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP als erste Instanz bewilligt.

i) Das Objekt gehört einem sich nicht mehr in Wien befindlichen Manne und wird von einem arischen Kommissar verwaltet, dessen Befugnisse vertraglich festgelegt sind.

j) peinlich vermieden wird der Verkehr mit der anderen Bevölkerung; das Lager bietet für seine Bewohner ein abgeschlossenes Territorium, welches nur mit Passierschein der Lagerleitung verlassen werden kann.

k) Das genannte Umschulungslager befindet sich in Moosbrunn Nr. 9 (ehemalige Schumann-Fabrik) und gehört zum Bezirk Gramat-Neusiedel. Der Hechaluz hatte im vergangenen Jahr dort einen Lagerplatz. Die Tatsache, daß die Zahl der Lagerinsassen von 260 i. J. 1939 auf ca. 100 im heurigen Jahre herabgemindert wird, mindert einen Teil der sich im Vorjahre ergebenden Schwierigkeiten herab.

l) Die Bewilligung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zur Errichtung von Hachscharoth-Plätzen ist im allgemeinen erteilt worden; im Falle Moosbrunn allerdings muß noch die endgültige Bestätigung eingeholt werden, doch wird damit auf Grund von Äußerungen des Herrn Komm. Brunner⁷ gerechnet.

m) Investitionen sind nicht notwendig. Das Mobiliar ist aus den Beständen der aufgelösten Hachscharoth nach Aussage des Materialverwalters der I.K.G. noch verfügbar (Betten, Tische, Bänke und Schränke sind ebenfalls vorhanden). Die Frage der Beschaffung von Arbeitskleidung, Schuhwerk etc. ist ein besonderes Kapitel, das auch ohne Eröffnung von Hachscharah aktuell geworden wäre. Diese Angelegenheit muß besonders behandelt werden.

ad 4) Die finanzielle Gebarung des ersten Hachscharahplatzes wird wohl etliche Schwierigkeiten bringen, doch werden sich diese durch äußerste Sparsamkeit und rationelle Führung auf ein Minimum beschränken lassen.

a) Wir veranschlagen für den ersten Monat für Verpflegung und sonstige Ausgaben (wie kleine Investitionen, Reparaturen, Fahrten u. dgl.) pro Jugendlichen ungefähr RM 45,-; es ist klar, daß sich ein genauer Betrag erst nach Ablauf des ersten Monats erstellen lassen wird.

Für 100 Lagerinsassen	ca. RM 4500,-

b) der Zins für die Gebäude, inkl. Licht, Wasser etc. beträgt	RM 300,-
und ist monatlich zu entrichten.	

c) Personal:

1 Betriebsleiter

1 Instruktor

1 Köchin	ca RM 600,-

1 Krankenschwester

3 Lehrer

insgesamt	RM 5400,-

doch dürften wir bei einem Stand von 100 Mann

voraussichtlich mit einem Betrag von	ca. RM 5000,-

unser Auslangen finden.

⁷ Alois Brunner.

Für Moosbrunn ist allerdings noch zu erwähnen, daß eine einmalige Ausgabe von RM 380,- als Jahrespacht für die Benutzung der Gärten und Wiesen zu entrichten wäre. Die Aufbringung der RM 5000,- stellen wir uns wie folgt vor:

- 1.) Durch Zahlung der einzelnen Chawerim, wobei wir als
Durchschnitt pro Kind und Monat RM 3,- annehmen, d. i. RM 300,-
- 2.) Durch eine monatliche Subvention des Keren Kajemet⁸ in Höhe von " 500,-
- 3.) Durch eine monatliche Subvention des Keren Hajessod⁹ in Höhe von " 500,-
- 4.) Durch die Reduktion der JUAL-Klassen, Auflösung der Werkstätten
und den dadurch bedingten Ausfall von Straßenbahnspeisen, Löhnen etc. ca." 1500,-
insgesamt ca. RM 2800,-

Im Falle der Aufbringung dieser Beträge würde sich der noch erforderliche Betrag auf ca. RM 2200,- reduzieren, wobei zu beachten bleibt, daß die Gemeinde bis zu einem gewissen Ausmaße Spesen zu tragen hätte, wenn die Kinder in Wien blieben, wie z. B. Jugendfürsorge, Ausspeisung u. dgl. Die Kultusgemeinde würde also bei einer Mehrleistung von bloß RM 2000 bis 3000,- ein Werk schaffen helfen, das für die weitere Erziehung und Vorbereitung unserer Jugendlichen von ausschlaggebender Bedeutung, ja sogar lebensnotwendig ist.¹⁰

DOK. 73

Moritz Weinberg aus Köln schildert Bruno Kisch in New York am 29. April 1940 seine Auswanderungsbemühungen¹

Brief von Moritz Weinberg (Dr. W/Da.),² Konsulent, Hardefuststr. 8, Köln, an Prof. Bruno Kisch,³ 514 West 114 Str., Ap. 21, New York City, vom 29. 4. 1940

Sehr geehrter Herr Prof. Kisch!

Der heutige Besuch Ihrer Frau Schwiegermutter,⁴ von der ich Ihre jetzige neue Adresse erfahre, gibt mir Veranlassung, Ihnen wieder einmal ein paar Zeilen zu senden. Anlaß des vorerwähnten Besuchs war die übliche Sicherungsanordnung⁵ der hiesigen Devisenstelle

⁸ Keren Kajemet LeIsrael (hebr.: Jüdischer Nationalfonds); die 1901 auf dem 5. Zionistenkongress in Basel gegründete Organisation kümmerte sich um Landerwerb in Palästina.

⁹ Keren Hajessod (hebr.: Gründungsfonds); die Einrichtung wurde im Juli 1920 in London ins Leben gerufen, um die nach der Balfour-Deklaration des Jahres 1917 projektierten Immigrations- und Siedlungsvorhaben in Palästina zu finanzieren.

¹⁰ Ein solches Lager wurde nicht mehr errichtet. Die Kinder der Jugendalija wurden stattdessen in Umschulungskurse der Kultusgemeinde integriert.

¹ CAHJP, P 80/71.

² Dr. Moritz Weinberg (1888–1944), Jurist; von 1924 an als Rechtsanwalt in Köln tätig, war für die Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens deportierter Juden zuständig, was seine eigene Deportation verzögerte; er wurde am 18. 6. 1943 mit Ehefrau Hilde (1902–1944) und Tochter Marie Luise nach Theresienstadt deportiert, von dort im Okt. 1944 nach Auschwitz, wo er ums Leben kam.

³ Dr. Bruno Zacharias Kisch (1890–1966), Mediziner; von 1924 an Professor für Physiologie an der Kölner Akademie, 1936 entlassen; emigrierte 1938 in die USA, 1938–1961 Professor für Kardiologie an der Yeshiva Universität New York, Mitbegründer und Präsident des American College of Cardiology; war von 1952 an regelmäßig als Gastwissenschaftler in der Bundesrepublik.

⁴ Vermutlich: Karoline Cohn, geb. Neumann (1858–1942); wurde am 15. 6. 1942 von Köln nach Theresienstadt deportiert, drei Monate später nach Treblinka und dort ermordet.

bezüglich des leider nicht mehr allzugroßen Vermögens Ihrer Frau Schwiegermutter. Da sie sich darin nicht auskannte, habe ich ihr bei der Erledigung der geltenden Vorschriften geholfen. Ich höre gerne, daß es Ihnen und Ihrer Gattin nach Wunsch geht. Der Kreis um uns ist verhältnismäßig klein geworden. Auch wir würden sicherlich längst einen Zwischenaufenthalt bis zur endgültigen Weiterwanderung nach USA bewilligt bekommen haben, wenn nicht durch den Krieg hierfür die Möglichkeit fast gänzlich ausgeschaltet worden wäre. Infolgedessen sind wir gezwungen, unsere Vormerknummer, die etwas über 26 000 liegt, beim Stuttgarter amerikanischen Konsulat abzuwarten. Von unseren Kindern sind wir nunmehr schon seit mehr als 1¼ Jahr getrennt; während wir von unserem Mädchen aus Holland regelmäßig gute Nachricht erhalten,⁶ ist die Nachrichtenübermittlung von unserem nunmehr bald 14 Jahre alten Jungen sehr spärlich.

Eine Erschwerung der Auswanderung liegt bekanntlich in der Unmöglichkeit, die Passage und die Transportsperre in Reichsmark zu zahlen. Trotzdem hoffen wir sehr, daß zu gegebener Zeit durch unsere Freunde uns diese Aufwendungen ermöglicht werden. Ein weit schwierigeres Problem ist für den Fall der Erlangung des Einreisevisums nach USA die Berufswahl, denn man möchte naturgemäß mit der vierköpfigen Familie nicht restlos auf Unterstützungen und Wohlfahrt angewiesen sein. Vielleicht sind Sie in der Lage, mir hierfür einige Fingerzeige zu geben, wofür ich Ihnen sehr dankbar wäre.

Mit bestem Gruß, auch für Ihre Gattin, gleichzeitig im Namen meiner Frau, verbleibe ich, Ihr

DOK. 74

Der Beauftragte für die Überwachung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt am Main erstattet dem Oberbürgermeister am 30. April 1940 Bericht¹

Bericht des Beauftragten für die Überwachung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen zu Frankfurt a. M., gez. Holland,² Röderbergweg 29, Frankfurt a. M., vom 3.5.1940³

Betr.: Mündlicher Bericht vor dem Herrn Oberbürgermeister⁴ am 30. April 1940.

1. Wanderung:

In der Zeit vom 1.4.39 bis 31.3.1940 sind von Frankfurt a. Main ausgewandert rund 8500 Juden.

⁵ Siehe Dok. 17 vom 4. 10. 1939, Anm. 6.

⁶ Marie Luise Weinberg (*1929), am 18.6. 1943 mit den Eltern nach Theresienstadt deportiert, am 19. 10. 1944 weiter nach Auschwitz, wo sie ums Leben kam. Zur Rückführung von Kindern aus den besetzten Gebieten siehe Dok. 11 vom 26. 10. 1939.

¹ IfS Frankfurt a. M., Magistratsakten 8.718. Abdruck in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933– 1945, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963, S. 456 – 459.

² Ernst Holland (*1898), Kaufmann; 1930 NSDAP-, 1931SS-Eintritt; von 1933 an Aushilfsangestellter in der Frankfurter Stadtverwaltung; 1936 SS-Untersturmführer; 1939 Verwaltungsinspektor, von 1940 an Gestapobeauftragter für die Kontrolle der jüdischen Wohlfahrtspflege, Okt. 1943 zu einer SS-Sanitätseinheit eingezogen, verschollen; in Abwesenheit von einer Spruchkammer als Hauptschuldiger eingestuft.

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

⁴ Dr. Friedrich Krebs (1894 – 1961), Jurist; von 1923 an richterliche Tätigkeit u. a. in Frankfurt a. M.,

Hiervon im 1. Vierteljahr 1940 rund 500 Juden. Gegenwärtig in Frankfurt a. M. noch wohnhaft rund 11500 Juden.

Gegenüber anderen Großstädten des Altreichs ist die Anzahl der Juden in Frankfurt a. Main im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung nach wie vor recht hoch, obwohl die Auswanderung seitens der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt mit großem Erfolg vorangetrieben wurde.

Zur Zeit ist die Auswanderungsmöglichkeit sehr beschränkt, da sich außer den USA beinahe alle Länder sträuben, weiterhin Juden aufzunehmen. Nach den USA ist die Einwanderung sehr erschwert durch das Verlangen der USA-Regierung an die Bürgen, für die Einwanderer größere Bareträge zu hinterlegen.

2. Arbeitseinsatz:

a) *Männer*. Da Wanderungsmöglichkeit nur für Gesunde und Arbeitsfähige bestand, hat sich die Anzahl der arbeitseinsatzfähigen Juden sehr verringert. Überwiegend sind Alte oder Gebrechliche (z. B. Weltkriegsbeschädigte) zurückgeblieben. Von der Jüdischen Wohlfahrtspflege, Ffm., Röderbergweg 29, Abt. Arbeitseinsatz, sind nach dem Stande vom 29. 4. 1940 erfaßt:

17 – 50jährige Männer	1121	
Hiervon in Arbeit:	724	
z. Zt. arbeitsunfähig		397

51 – 60jährige Männer	840	
Hiervon in Arbeit:	222	
z. Zt. arbeitsunfähig		618
[insgesamt] z. Zt. arbeitsunfähig		1015

Der Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit obiger z. Zt. Arbeitsunfähiger wird laufend überwacht bezw. die Möglichkeit, Arbeitsstellen für beschränkt Arbeitsfähige zu finden, im Auge behalten.

Von vorstehend genannten in Arbeit Stehenden sind beschäftigt:

a) bei der Jüdischen Gemeinde und ihren Wohlfahrtseinrichtungen	rund 400
b) in werteschaffende Arbeit vermittelt	
im März/April 1940 (Ziegelei, Erdarbeiten usw.)	331
c) andere Arbeiten (Kohlenträger usw.)	215
zusammen:	946

Arbeitseinsatzfähige stehen zur Zeit keine mehr in Unterstützung der Jüdischen Wohlfahrtspflege.

Zwecks Vermittlung arbeitseinsatzfähiger Nichtunterstützter schweben z. Zt. Verhandlungen mit dem Arbeitsamt Frankfurt a. Main.⁵

b) *Frauen*. Der Einsatz von Frauen in werteschaffende Arbeit gestaltete sich sehr schwierig, da nachweislich ein großer Teil von ihnen mit der Betreuung von pflegebedürftigen älteren Familienangehörigen beschäftigt ist. Von 142 gemeldeten Frauen konnten nur

1928 – 1933 Landgerichtsrat in Frankfurt; 1929 NSDAP-Eintritt, 1932 MdL in Preußen, von 1933 an NSDAP-Kreisleiter; 1933– 1945 OB von Frankfurt; 1937 SA-Eintritt; 1945– 1948 in US-Internierung, 1947 von einer Spruchkammer als „minderbelastet“ eingestuft, 1952 für die Deutsche Partei im Frankfurter Stadtrat, trat nach Protesten zurück, nach 1953 als Rechtsanwalt tätig.

⁵ Da vom Frühjahr 1940 an reichsweit auch die nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützten Juden zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, erübrigten sich hier weitere Verhandlungen.

39 dem Bauamt – Forstverwaltung – zu Pflanzungsarbeiten im Stadtwald zur Verfügung gestellt werden.

3) *Ersparnisse durch Arbeitseinsatz:*

Laufende Unterstützung der Jüdischen Wohlfahrtspflege
für März 1940

RM 65242,45

Laufende Unterstützung der Jüdischen Wohlfahrtspflege
für April 1940

” 50 322,40

RM 14 920,05

4) *Notstandsküche:*

Die Notstandsküche bringt täglich 500 Essen an Unterstützungsempfänger zur Ausgabe. Bisher wurde neben einem monatlichen Mitgliedsbeitrag zur Notstandsküche in Höhe von RM –,30 für jede Familie, für jedes Essen der Betrag von RM –,10 erhoben. Für Januar 1940 wurde ein Zuschuß der Jüdischen Wohlfahrtspflege an die Notstandsküche in Höhe von RM 2600,- erforderlich. Dies war eine Besserstellung der jüdischen Wohlfahrtspfleglinge gegenüber den deutschen Unterstützungsempfängern um monatlich RM 5,20. Ab 11. 3. 1940 wurde der Preis auf RM –,30 für eine Mahlzeit festgesetzt, so daß für März 1940 nur noch ein Zuschuß von RM 1053,69 erforderlich wurde. Seit 1. 4. 1940 ist ein Zuschuß aus Mitteln der Jüdischen Wohlfahrtspflege nicht mehr nötig.

5) *Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde, Ffm., Gagerstr. 36:*

Bei einer Prüfung der in den Räumen des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde lagernden Bestände an Reis und Hülsenfrüchten der Jüdischen Winterhilfe durch das Ernährungsamt wurden zugunsten der Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittel-Wirtschaft beschlagnahmt:

34 Sack	3124,25 kg	Reis,
8 Sack	566,00 kg	Linsen,
9 Sack	249,05 kg	Bohnen.

Die Verfügung der Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittel-Wirtschaft steht noch aus.⁶

Die Prüfung des Lebensmittellagers des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde und der Lebensmittelverwaltung führte zu Beanstandungen des Ernährungsamtes. Beanstandet wurde:

a) daß die Angestellten und Arbeiter des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde teils die Lebensmittel einzeln durch Lebensmittelkarten bezogen, während ein anderer Teil in die Zuteilung von Nahrungsmitteln auf Grund der Beschaffung durch Bezugscheine einbezogen wurde;

b) daß im Krankenhaus etwa 20 sogenannte „Pensionäre“ wohnten, die nicht krankenhauspflegebedürftig waren;

c) daß zwei Küchen geführt wurden, die eine ordentliche Überwachung des Lebensmittelbedarfs nicht gewährleisteten.

Die Mißstände wurden abgestellt, so daß jetzt bei der Lebensmittelversorgung keine Verschleierung zwecks Besserstellung mehr zu befürchten sein dürfte.

Zu a) Die Verpflegung der Gefolgschaftsmitglieder und der Patienten erfolgt einheitlich auf Grund der beantragten Bezugscheine.

⁶ Nicht aufgefunden.

Zu b) Die sogenannten Pensionäre sind am 1.4. 40 ausgezogen.

Zu c) Die rituelle Küche des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde hat am 7.4. 40 ihren Betrieb eingestellt. Die Patienten, die rituelle Verpflegung wünschen, werden in das Rothschildsche Hospital, hier, Röderbergweg, eingewiesen. In diesem Hospital wird nur rituell gekocht.

Die Schließung dieser Küche wirkt sich auch geldlich vorteilhaft aus, da in ihr 13 Personen beschäftigt wurden, um durchschnittlich etwa 10 Patienten zu verpflegen.

Da der Gesamtbestand der Gefolgschaft im Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde im Verhältnis zu der Anzahl der Patienten zu hoch war, wurden insgesamt 42 Leute in andere Arbeitsstellen vermittelt.

6) *Meine Stellung zur Staatspolizei:*

In einer Besprechung mit Herrn Regierungsrat Weiß-Bolland⁷ vor meiner Einführung in die Stelle eines Beauftragten für die Überwachung der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen in Frankfurt a. Main wurde mir im Einvernehmen mit der Fürsorgeleitung mündlich Weisung dahingehend gegeben, daß ich als Beamter des Fürsorgeamtes Frankfurt a. Main die sparsame Verwendung der den Jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen Frankfurt a. Main seitens der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, zur Verfügung gestellten Mittel zu überwachen habe, insbesondere, daß der Haushaltsplan der Jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen Frankfurt a. Main nicht überschritten würde. Im Oktober 1939 fertigte die Kasse der jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen einen Haushaltsvoranschlag für das erste Halbjahr 1940, von dem ich eine Abschrift beifüge, und reichte ihn zur Genehmigung an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, ein.⁸ Die Genehmigung steht bis heute noch aus, so daß mir eine Prüfung entsprechend der an mich ergangenen Weisung noch nicht möglich war. Ich arbeitete und traf meine Maßnahmen unter dem Gesichtspunkte, ob sie mittelbar oder unmittelbar im Interesse der Stadt Frankfurt a. Main lägen und werde auch weiterhin in diesem Sinne arbeiten.

Eine Dienstanweisung, die Fürsorge-Leitung und Gestapo gemeinsam fertigen wollten, ist mir noch nicht zugegangen, da die Gestapo einen entsprechenden Entwurf noch nicht fertiggestellt hat.⁹

7 Richtig: Anton Weiß-Bollandt (1909 – 1973?), Jurist; 1930 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1936 an im Gestapo, März bis Aug. 1938 bei der Gestapo Wien, von Sept. 1938 an stellv. Leiter der Gestapo Frankfurt a. M., Aug. bis Dez. 1939 als Leiter der Gestapo nach Schneidemühl abgeordnet; 1939 SS-Sturmabführer; leitete von April 1940 an die Gestapo Frankfurt a. M., 1941 die Gestapo Osnabrück, 1942 beim KdS Simferopol; 1945–1948 interniert, als Mitläufer eingestuft.

8 Wie Anm. 1.

9 Die erwähnte Dienstanweisung, die darauf hinauslief, Holland der Gestapo anstatt dem Fürsorgeamt zu unterstellen, erging am 31.5.1940.

DOK. 75

**Der Gauwirtschaftsberater in Aussig drängt den Reichsfinanzminister
am 3. Mai 1940, die „Arisierung“ insbesondere von Immobilien im Sudetenland
zu beschleunigen¹**

Schreiben des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP, Gauleitung Sudetenland, gez. Ing. Wolfgang Richter,² Große Wallstr. 59, Aussig, an den Reichsminister der Finanzen (Eing. 7.5.1940)³ vom 3.5.1940⁴

Gegenstand: Verwertung des beschlagnahmten jüdischen Besitzes im Sudetenland.

Nach den bestehenden Bestimmungen obliegt die Entjudung von Betrieben und Grundstücken dem Herrn Reichsstatthalter und den drei Regierungspräsidenten im Sudetengau. Ausgenommen von dieser Regelung sind jene Objekte, die von der Gestapo beschlagnahmt und den Herren Oberfinanzpräsidenten in Karlsbad und Troppau eingewiesen wurden.

Obzwar auf diese Weise den Herren Oberfinanzpräsidenten in großem Umfange jüdischer Besitz überantwortet wurde, geht die Verwertung und Überführung dieses Besitzes in deutsche Hände sehr langsam vorwärts. Dies scheint einestails darauf zurückzuführen zu sein, daß gewisse Verfahrensvorschriften fehlen, andernteils kann festgestellt werden, daß die Herren Oberfinanzpräsidenten bezüglich der Verwertung und der Entjudung des eingewiesenen Besitzes eine außerordentliche Zurückhaltung üben. Insbesondere geht die Entjudung des Hausbesitzes außerordentlich langsam vor sich, was auf den Wunsch zurückzuführen zu sein scheint, in den beschlagnahmten jüdischen Häusern Wohnungen für Reichsbeamte zu schaffen. So sehr dieses Bestreben in Ansehung der außerordentlichen Wohnungsnot verständlich ist, so wenig kann aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gutgeheißen werden, daß dadurch besonders die zu Geschäftszwecken dienenden Häuser ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Bestimmung entzogen werden. Es ist auch sicherlich nicht Zweck der Beschlagnahme des jüdischen Besitzes, dem Reiche auf diese Weise Grund- und Hausbesitz zu übereignen, sondern der Sinn liegt wohl darin, durch Verwertung des beschlagnahmten Vermögens der Finanzkasse den Erlös hierfür zuzuführen.

Da mir besonders aus Karlsbad Beschwerden zugeleitet werden, die auf die vorerwähnten Umstände hinweisen, bitte ich Sie, die Herren Oberfinanzpräsidenten in Karlsbad und Troppau zu ersuchen, die Verwertung der beschlagnahmten jüdischen Realbesitze den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Gaues Sudetenland raschestens durchzuführen. Dabei kann sicherlich den berechtigten Wünschen nach Beschaffung bezw. Erhaltung von Wohnungen für Reichsbeamte durch entsprechende Auflagen Rechnung getragen werden.

Heil Hitler!

¹ BArch, R 2/25023, Bl. 62 + RS.

² Wolfgang Richter (1901 – 1958), Dipl. Ing.; 1935 – 1938 SdP-Abgeordneter in Prag, 1938 SA- und NSDAP-Eintritt, 1938 – 1943 MdR; 1942 – 1945 Wehrwirtschaftsführer, 1944/45 Beauftragter für die Durchführung des totalen Kriegseinsatzes im Sudetenland; bis 1947 untergetaucht, danach Geschäftsführer der Opal Strumpfwerke GmbH in Hamburg.

³ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen sowie Dienststempel der NSDAP-Gauleitung Sudetenland.

DOK. 76

SS-Sturmbannführer Heckmüller wehrt sich am 3. Mai 1940 dagegen, von ihm erlassene Anordnungen gegenüber jüdischen Arbeitern in Eisenerz rückgängig zu machen¹

Schreiben (Einschreiben!) des SS-Sturmbannführers Heckmüller (He/G),² Eisenerz, an die Geheime Staatspolizei, z. Hd. Herrn ORR Dr. Noske,³ Graz, Parkring 4, vom 3.5.1940⁴

Betr.: Beschäftigung von jüdischen Arbeitern.

Mehrere Tage vor Eintreffen der jüdischen Arbeiter in Eisenerz wurde dieses allen möglichen Dienststellen mitgeteilt. Es wurde verschiedentlich gebeten, so schnell wie möglich Anordnungen, die für die Sicherheit von Eisenerz notwendig sind, zu treffen.⁵ Auch wurde gebeten, die Anordnungen so zu treffen, daß eine Beleidigung seitens der jüdischen Arbeiter gegenüber deutschen Volksgenossen vermieden wird. Denn jeder anständige Deutsche muß es als eine Ehrverletzung betrachten, wenn Juden in demselben Wartezimmer beim Arzt, in derselben Krankenstube im Krankenhaus oder in derselben Gastwirtschaft sind wie er. Ebenfalls kann man den deutschen Volksgenossen nicht zumuten, sich hier in Eisenerz dasselbe Standkonzert anzuhören und dieselbe Promenade zu benutzen wie die Juden, zumal diese nicht einzeln, sondern in Massen auftreten. Wir haben in Eisenerz nur eine Straße, und es ist unvermeidlich, daß hier die deutschen Volksgenossen mit den Juden zusammenstoßen und es zu Raufereien kommt.

Da wir bis jetzt 340 Juden beschäftigen und jeden Tag neue Transporte bekommen (im ganzen 750 Juden) und bisher trotz unserer mehrmaligen Bitten an verschiedene Dienststellen keine Anordnungen erlassen wurden, sah ich mich gezwungen, mich direkt mit Ihrer Dienststelle in Verbindung zu setzen. Ich habe auf Grund dessen eine fernmündliche Genehmigung erhalten, für die Juden Übergangsbestimmungen herauszugeben. Ich habe dieses, siehe Durchschrift, auch sofort veranlaßt und den einzelnen zuständigen Dienststellen eine Durchschrift der Bestimmungen zugeschickt.⁶

Am 3.5.1940 wurde mir telefonisch mitgeteilt, daß diese Bestimmungen rückgängig zu machen sind. Ich sehe mich daher dringend veranlaßt, Ihnen mitzuteilen, daß ich jegliche

1 Steiermärkisches LA Graz, L., Reg.IA.Pol. 386 Ju 1/1940, Bl. 4 – 6.

2 Heinrich Heckmüller (1906 – 1959?), Schlosser; 1929 SA- und NSDAP-, 1930 SS-Eintritt; von 1932 an hauptamtl. SS-Führer, 1939 SS-Sturmbannführer, von 1939 an Abwehrbeauftragter und Leiter des Werkschutzes bei den Alpinen Erzbergwerken in Eisenerz; 1941– 1944 bei der Waffen-SS.

3 Richtig: Gustav Adolf Noßke (*1902), Jurist; 1933 SA- und NSDAP-Eintritt; von 1935 an bei der Gestapo Aachen; 1936 SS-Eintritt; von Sept. 1936 an Leiter der Gestapo, erst in Frankfurt (Oder), seit 1939 in Graz, später in Aachen und Düsseldorf, 1941/42 Chef des Ek 12 der Einsatzgruppe D; 1942 SS-Obersturmbannführer; 1942 Referatsleiter IV D 5 (Besetzte Ostgebiete) und 1943 Gruppenleiter IV D (Besetzte Gebiete) im RSHA; 1948 im Nürnberger Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, die später auf zehn Jahre reduziert wurde, 1951 entlassen.

4 Durchschriften gingen an den Reichsführer-SS, SS-Gruppenführer Rodenbücher, den Herrn Landrat, Leoben, den SD – Sicherheitshauptamt Berlin, den SD, Graz, und Hauptmann Kissling.

5 So im Original.

6 Heckmüller hatte am 29.4.1940 verfügt, die jüdischen Arbeiter seien separat unterzubringen und zu verpflegen, mit einem „fünfsackigen Stern auf dem Rücken“ bzw. einer „gelben Armbinde mit einem schwarzen Stern“ zu kennzeichnen und dürften ihren Lagerbereich nicht verlassen. Der Eisenerzer Bürgermeister Rudolf Walcher verbot Juden einen Tag später in einer fast identischen polizeilichen Anordnung außerdem den Besuch aller Lokale und Geschäfte und „jedweden Verkehr mit Nichtjuden“; wie Anm. 1, Bl. 7, 11.

Verantwortung für die Betriebssicherheit und Arbeitsordnung in Eisenerz grundsätzlich ablehne. Die Verantwortung muß ich denen zuweisen, die es stets verstehen, querzutreiben. Hätte der Herr Landrat⁷ auf Grund der Durchschrift, die er gleich nach dem Erlaß erhielt, sich mit mir in Verbindung gesetzt, so wäre bestimmt ein besserer Ausgang zu erzielen gewesen. Auf jeden Fall muß ich den jetzt beschriebenen Weg als gänzlich falsch bezeichnen, da hierdurch nur eine große Unordnung geschaffen wird, die sich für uns katastrophal auswirken kann. Denn wenn die Juden von Anfang an merken, daß wir in ihrer Behandlung nicht einig gehen und nicht direkt streng durchgreifen, werden sie uns bestimmt bald auf dem Kopf herumtanzen. Sie nachträglich wieder in strenge Hand zu bekommen, wird auf jeden Fall schwierig sein.

Bei der Zurückziehung der von mir erlassenen Anordnung wurde mir noch mitgeteilt, ich solle die Lager durch den Werkschutz bewachen lassen. Ich muß Ihnen aber mitteilen, daß dieses unmöglich ist, denn der Werkschutz ist nicht dazu da, andere Firmen zu bewachen, da er 1. nicht stark genug zu einer solchen Aufgabe ist, 2. finanziell nicht zuständig, und 3. wäre eine Bewachung ohne irgendwelche Anordnungen auch unmöglich, wenn nicht in jede Lagerecke ein Maschinengewehr gestellt wird. Man kann, rein militärisch gesehen, nie ein Lager bewachen, ohne die nötige Lagerordnung herauszugeben. Meine Anordnungen waren nicht für Eisenerz, sondern rein als Lageranordnungen gedacht. Mit dieser Lageranordnung könnte ich eine lose Überwachung der Lager durch die Prebichl-Streife Werkschutz und durch die Prebichl-Streife Polizei⁸ gut durchführen. Eine Lagerbewachung ohne Lagerordnung ist jedoch unmöglich. Ebenso ist es unmöglich, die Bewachung eines Lagers durchzuführen, in dem auch Deutsche sind, ohne daß die zu Bewachenden nach außen gekennzeichnet sind.

Ich habe bis heute immer dafür gesorgt, auch in den einzelnen Betrieben, daß Ruhe und Ordnung in Eisenerz herrscht, ganz gleich, ob es direkte Alpine Betriebe oder Firmen waren, die für die Alpine arbeiten.⁹ Da aber ein Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen behördlichen Stellen fast unmöglich erscheint, weil alles, was von der Alpine in Vorschlag gebracht wird, grundsätzlich abgelehnt wird, bin ich in Zukunft gezwungen, mich nur noch rein um den Bergbetrieb zu kümmern. Ich muß aber auch für die Zukunft die Verantwortung dem Herrn Landrat in Leoben zuweisen. Hiermit fällt ihm aber auch ein Großteil der Verantwortung für die Betriebssicherheit zu, da sich der größte Teil unserer Lager und Arbeiter in Eisenerz befinden und mit Polen und Juden Tuchföhlung haben. Es wäre angebracht, endlich einmal für Eisenerz eine grundsätzliche Regelung durchzuführen und dieser Frage nicht immer auszuweichen. Denn entweder ist man mit der gesamten Betriebssicherheit beauftragt und dafür verantwortlich, dann benötigt man allerdings auch entsprechende Befugnisse, oder aber es wird ein Staatsbeamter hier eingesetzt, der dann die Verantwortung übernimmt. Aber seit 1 Jahr arbeite ich hier in Eisenerz

7 Dr. Wilhelm (Willi) Kadletz (1895–1966), Maler, Jurist; zunächst bei der Leobener Agrarbezirksbehörde und Bezirkshauptmannschaft tätig; 1938 NSDAP-Eintritt; 1938–1945 Landrat und von 1941 an Polizeidirektor von Leoben; 1942 SS-Eintritt; nach Kriegsende als Heimatforscher tätig.

8 Prebichl (Präbichl): Gebirgsspass bei Eisenerz, an dem die jüdischen Arbeiter eingesetzt und untergebracht wurden.

9 Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft kontrollierte von 1923 an praktisch die gesamte Roheisenproduktion Österreichs. Die deutsche Vereinigte Stahlwerke AG übernahm 1926 die Aktienmehrheit, 1938 wurde die Alpine in die Hermann-Göring-Werke eingegliedert. Der 1946 verstaatlichte Konzern fusionierte 1973 zur VOEST-Alpine AG.

(und kann wohl mit ruhigem Gewissen behaupten, daß in diesem Jahr etwas geleistet worden ist), ohne daß ich auch nur die geringsten Befugnisse erhalten habe. Bis heute hat man alle meine Arbeiten gutgeheißen, und es ist das erstemal, daß ich eine Verordnung zurückziehen muß. Ich muß für die Zukunft gezwungenermaßen die Verantwortung für derartige Arbeiten ohne die nötigen Vollmachten ablehnen, denn ich habe keine Lust, mich lächerlich zu machen. Die Verantwortung fällt dann, wie schon einmal erwähnt, auf die zurück, die dafür verantwortlich sind.

Heil Hitler!¹⁰

DOK. 77

Görings Bevollmächtigter für die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns legt am 3. Mai 1940 seinen Abschlussbericht vor¹

Bericht (vertraulich) des Ministerialdirektors z.b.V. (W. XII/1128), gez. Wohlthat, an Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Berlin, vom 3.5.1940²

Herrn Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

Schlußbericht über die Entjudung der Ignaz-Petschek-Gruppe³:

I. Auftrag	Seite	2
II. Getrenntes Vorgehen gegen die Gruppen Julius und Ignaz Petschek	”	2
III. Lage bei der Ignaz-Petschek-Gruppe	”	2
IV. Durchführung des Auftrages in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzministerium und anderen Ministerien	”	4
V. Unmöglichkeit einer Regelung durch Verhandlungen mit den Brüdern Petschek	”	6
VI. Feststellung des jüdischen Besitzes bei den Firmen der Petschek-Gruppe	”	7
VII. Plan des Vorgehens gegen die Petschek-Gruppe	”	8
VIII. Nachweis der jüdischen Eigenschaft der Firmen der Petschek-Gruppe	”	9
IX. Jüdischerklärung der Deutsche Kohlenhandels-G.m.b.H	”	9
X. Jüdischerklärung und Treuhandverwaltung der sämtlichen Unternehmen der Petschek-Gruppe	”	11
XI. Verkauf und Verwertung der Petschek-Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Reichswerke A.G. „Hermann Göring“ ⁴	”	12
XII. Zusammenfassende Vollzugsmeldung	”	15

Anlage: Schaubild der Ignaz-Petschek-Gruppe⁵

10 Noßke verwies in seiner Antwort am 4.5.1940 auf die Zuständigkeit des Reichsstatthalters und warf Heckmüller Amtsanmaßung vor. Die Reichsstatthalterei vertrat den Standpunkt, dass die jüdischen Arbeitskräfte zwar zu separieren, ansonsten aber nicht schlechter als die regulären Arbeiter zu behandeln seien. Nach einer Intervention des RSHA galten die Beschränkungen jedoch vom Juni 1940 an als legitim; wie Anm. 1, Bl. 2f., 41–51.

1 PAAA, R 99365.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

3 Die Firma Petschek war das größte Einzelobjekt in der Geschichte der „Arisierung“; siehe auch VEJ 2/91.

4 Im Juli 1937 als Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring gegründet,

I. Auftrag.

Herr Generalfeldmarschall Göring hatte mich im Frühjahr 1938 beauftragt, den in Deutschland liegenden Besitz der jüdischen Familien Julius und Ignaz Petschek zu entjuden.⁶ Wenn es wegen Transferschwierigkeiten unmöglich sein sollte, den in Deutschland gelegenen Besitz durch Kauf zu erwerben, so sollte der in deutschem Interesse notwendige maßgebliche Einfluß auf die beiden Gruppen auf andere Weise gewonnen werden.

II. Getrenntes Vorgehen gegen die Gruppen Julius und Ignaz Petschek.

Die Familien Julius und Ignaz Petschek waren seit einer Generation verfeindet. Trotzdem schien es ratsam, zuerst den kleineren Besitz von *Julius Petschek* zu entjuden, um die Bildung einer gemeinsamen Front der jüdischen Interessen im Ausland zu vermeiden. Diese Aufgabe wurde in engster Zusammenarbeit mit Herrn Flick⁷ bis zum Juli 1938 gelöst. Hierbei war es unvermeidlich gewesen, eine amerikanische Gläubigergruppe mit einem bestimmten Devisenbetrag auszuzahlen. Dagegen ging der wertvolle Braunkohlenbesitz der Gruppe Julius Petschek in deutschen Besitz über. Als sich der Erfolg der Entjudung bei Julius Petschek übersehen ließ, wurde unverzüglich die Aufgabe der Entjudung der Ignaz-Petschek-Gruppe in Angriff genommen.

III. Lage bei der Ignaz-Petschek-Gruppe.

Die unter der Bezeichnung *Ignaz-Petschek-Gruppe* zu verstehenden Unternehmen waren auf dem Gebiet der Braunkohlenbrikett-Herstellung:

im <i>Ostelbischen Braunkohlensyndikat</i> ⁸	mit	57	v. H.
im <i>Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat</i> ⁹	„	20	v. H.
im <i>Rheinischen-Braunkohlensyndikat</i> ¹⁰	„	1,39	v. H.

wuchs der Staatskonzern mit der deutschen Expansion um Dutzende Tochtergesellschaften; im Juli 1939 folgten die Umstrukturierung zur Holding Reichswerke AG „Hermann Göring“, mit der Verlegung nach Salzgitter 1941 die Neustrukturierung der Reichswerke in je einen Montan-, Waffen- und Schifffahrtsblock. Im Aug. 1944 umfasste der größte und kapitalstärkste Konzern des Reichs 260 Unternehmen; 1953 wurde er in die Salzgitter AG überführt.

5 Wie Anm. 1.

6 Ignaz Petschek (1857–1934), Bankier, Industrieller; Begründer der Unternehmensgruppe Petschek, von 1926 an zusammen mit seinem Bruder Julius Petschek Hauptaktionär der Phönix AG, von 1927 an der Ilse Bergbau AG, der Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken AG, seit 1931 der Vereinsglück AG, der Leonhard AG, der Herzog Ernst Bergwerks AG und der Grube Kraft, von 1932 an der Anhaltischen Kohlenwerke AG und der Niederlausitzer Kohlenwerke AG. Dr. Julius Petschek (1856–1932), Jurist, Bankier, Industrieller; begründete die böhmische Linie der Familie, 1906 Austritt aus dem Staatsdienst als Oberfinanzrat, erwarb diverse Firmenbeteiligungen, auch in Konkurrenz zu Ignaz Petschek, 1920 Gründung des Bankhauses Petschek in Prag. 1938 konnten seine Nachkommen einen Teil des Vermögens vor der „Arisierung“ retten.

7 Friedrich Flick (1883–1972), Unternehmer; von 1913 an kaufmännischer Direktor der Eisenindustrie zu Menden und Schwerte AG, 1915 Vorstandsmitglied und Mehrheitsaktionär der AG Charlottenhütte, 1926 Gründer der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, später Eigentümer eines der bedeutendsten Montankonzerne im Deutschen Reich; 1937 NSDAP-Eintritt; 1947 in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt und enteignet, 1950 vorzeitig entlassen, danach Wiederaufbau des Flick-Konzerns.

8 Das Ostelbische Braunkohlensyndikat wurde 1928 gegründet und umfasste zumindest zeitweise alle Niederlausitzer Kohlenwerke. Das aus bis zu 17 Gesellschaftern bestehende Syndikat mit Hauptsitz in Berlin hatte die Vermarktung der Niederlausitzer Kohle zum Ziel; 1946 wurde es auf Befehl der sowjet. Militäradministration liquidiert.

9 Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat ging 1909 aus dem Verkaufsverein Thüringische Braunkohlenwerke und dem Verkaufsverein der Sächsischen Braunkohlenwerke hervor. Es umfasste neun Reviere und sollte u. a. die Förderung von Rohkohle, Briketts und Koks regeln; 1946 wurde es auf Befehl der sowjet. Militäradministration liquidiert.

10 Das Rheinische Braunkohlensyndikat bestand 1915–1945 und umfasste 29 Mitglieder in drei Grup-

vertreten. Dazu traten die oberschlesischen Steinkohlengruben *Oehringen* und *Preußengrube*,¹¹ und eine bedeutende Handelsgesellschaft, die *Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft mbH*,¹² mit zahlreichen Beteiligungen im Handel. Die überragende Stellung des Konzerns im ostdeutschen Braunkohlenggebiet kam einem förmlichen Verteilungsmonopol gleich. Die Zwischenhandelsgewinne des Konzerns waren außerordentlich hoch. Der mittelständische Kohlenhandel im ostelbischen Braunkohlenbezirk war in hohem Maße von den Petschek-Firmen abhängig.

Die Angehörigen der *Familie Ignaz Petschek* (bestehend aus den vier Söhnen des 1934 verstorbenen Ignaz Petschek: Karl, Franz, Wilhelm und Dr. Ernst Petschek)¹³ besaßen die *tschechoslowakische Staatsangehörigkeit*. Ihr Vermögen im Deutschen Reich wurde zwar in Wirtschaftskreisen auf über 200 Millionen RM geschätzt, doch war in den Grenzen des Deutschen Reiches nur ein kleiner Bruchteil feststellbar, der ohne weiteres als jüdisches Petschek-Vermögen anzusprechen war. In der Hauptsache traten bei dem unter Petschek-Einfluß stehenden Kohlenfirmen ausländische Banken und sonstige ausländische Unternehmen mit unbekannten Gesellschaftern als Berechtigte auf. Die internationalen Konzernbeziehungen verteilten sich auf *Deutschland*, die *Tschechoslowakei*, *Holland*, die *Schweiz*, *Luxemburg*, *England* und *Polen*. Auch der nachweisbare Petscheksche Aktienbesitz an deutschen Unternehmen war überwiegend ins Ausland verbracht worden.

Bei dieser Sachlage stellten sich der Entjudung beinahe unlösbare Schwierigkeiten entgegen. Alle Versuche seit 1937, durch die Ernennung von Kommissaren den Kampf gegen die Petscheks aufzunehmen, richteten sich gegen einzelne Mißstände in der Firmengruppe und scheiterten an dem weitverzweigten Aufbau der händlerischen und industriellen Interessen in Deutschland und an der Verankerung der zentralen Machtstellungen bei Holdinggesellschaften im Ausland.

IV. Durchführung des Auftrags in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium und anderen Ministerien.

Die steuerliche Betriebsprüfung arbeitete seit Jahren an der steuerlichen Erfassung der Familie Petschek. Die Prüfungen ergaben immer wieder Verdachtsgründe, die sich auf die Frage konzentrierten, ob sich der Sitz einer einheitlichen Leitung der vielgestaltigen Geschäftsinteressen in Berlin befand oder ob die Behauptung der Petscheks zutreffend war, daß die Verwaltung der einzelnen Unternehmen wesentlich vom Ausland erfolgte. Erst in der Betriebsprüfung 1937/38, welche bei Erteilung des Entjudungsauftrags lief, war es gelungen, hinreichende Unterlagen für Steuerverfehlungen der Petscheks zu gewinnen. Die *Steuernachforderungen* betragen nunmehr rund 80 Mill. RM. Für die Aufklärung

pen (Rheinland, Westerwald, Hessen). 1950 erfolgte die Neugründung als Rheinische Braunkohlenbrikett-Verkauf GmbH.

11 Die Oehringen Bergbau AG wurde im Nov. 1921 gegründet und kaufte im Dez. von der Hohenlohe-Werke AG die Schachtanlage und Dampfziegelei Sosnitz, die Schachtanlage Oehringen und die Tongrube Järischau. Bis 1938 gehörte die Gesellschaft zum Petschek-Konzern, Ende 1939 wurde sie aufgelöst. Die Preußengrube AG entstand 1922 aus den Vermögensgegenständen der Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb.

12 Die Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft m.b.H. verwaltete die Besitzungen der Petschek-Gruppe in Oberschlesien.

13 Karl, auch Charles Petschek (*1890) und Wilhelm, auch William Petschek (1896 – 1980) emigrierten 1938/39 in die USA; Dr. Ernst Friedrich Petschek (1887 – 1956), Chemiker; Vorstandsmitglied der Deutschen Industrie-AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Leonhard AG, nach der „Arisierung“ der Unternehmensgruppe Petschek 1938 in die USA emigriert.

aller tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für die Entjudung wichtig waren, ergab sich hiernach für mich von Anfang an die engste Zusammenarbeit mit dem *Reichsfinanzministerium* und den Steuerbehörden.

Wertvolle Beweisunterlagen fielen der Steuerbehörde nacheinander infolge der *Besetzung des Sudetengebietes im Oktober 1938, der Tschechoslowakei im März 1939 und Polens im September 1939* in die Hand. Entgegen der Wahrheit hatten die Petscheks immer behauptet, der Mittelpunkt ihrer Betätigung liege in *Aussig*. Der Gegenbeweis wurde nach der Besetzung Aussigs an Ort und Stelle geführt. Im Protektorat konnten *viele Kisten Bücher und Belege*, die von den Petscheks aus dem Sudetengebiet nach der Tschechei geschafft waren, kurz *vor der Abfertigung nach der Schweiz beschlagnahmt* werden. In Polen wurden Beweisstücke dafür gefunden, daß die Petscheks unerlaubte Devisengeschäfte unter Mißbrauch polnischer Firmenbezeichnungen vorgenommen hatten. Die schon im Anfangsstadium der Ermittlungen festgestellten sonstigen Devisenverfehlungen der Petscheks (Erschleichung von Devisengenehmigungen für Verbringen von Aktien ins Ausland) machten die Zuziehung des Reichswirtschaftsministeriums und der Devisenstelle Berlin notwendig. Außerdem beteiligte ich laufend an den wichtigsten Verhandlungen: das *Reichswirtschaftsministerium* (wegen der Fragen der Entjudung und der Kohlenwirtschaft), das *Reichsjustizministerium* (wegen der verwickelten Rechtsfragen), das *Auswärtige Amt* (wegen der in das Ausland übergreifenden politischen Fragen), das *Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (wegen der Frage, ob die Geschäfte der Petscheks während der Entjudung in der deutschen Presse behandelt werden sollten), die *Geheime Staatspolizei* (wegen der großen Zahl persönlicher Fragen, die sich durch die Verwendung zahlreicher arischer Persönlichkeiten in Diensten der geschäftlichen Interessen der Petscheks ergaben).

V. Unmöglichkeit einer Regelung durch Verhandlungen mit den Brüdern Petschek.

Die Petscheks hatten durch Tarnung ihrer Beteiligungen, durch Verschachtelung in ausländischen Gesellschaften und durch angebliche Veräußerung ausschlaggebender Interessen im Ausland, Vorsorge getroffen, daß sie selbst bei einem Entjudungsverfahren nicht als Verhandlungspartner aufzutreten brauchten. Sie haben im *September 1938*, kurz vor der Tschechenkrise, *Deutschland verlassen*. An ihrer Stelle traten als angebliche Eigentümer und Erwerber Petschekschen Besitzes *Engländer* (Sir Oliver Duncan, Sir Jonah Walker Smith),¹⁴ *Schweizer* (Dr. Baur-Steffen – dieser als Leiter der Schweizer Gesellschaft „Helimont“ –, Dr. Hänggi),¹⁵ *verschiedene ausländische Banken und sonstige ausländische Firmen* auf. Der Versuch des Reichsfinanzministeriums, die Petscheks persönlich anstelle ihrer Rechtsanwälte an den Verhandlungstisch zu bringen, scheiterte, obwohl ihnen sicheres Geleit in Aussicht gestellt worden war. Die Petscheks fühlten sich bis zum Frühjahr 1939 vor dem Zusammenbruch der Tschechei noch so sicher, daß sie durch die weitverzweigten Beziehungen ihrer Mittelsmänner zu höchsten Stellen in der deutschen Verwaltung glaubten, die Kontrolle über ihren Besitz mit Hilfe der deutschen Vertrauensleute ihrer ausländischen Holdinggesellschaften ausüben zu können, und rechneten mit einem Mißerfolg auch der neuen Entjudungsaktion. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig, als eine Regelung ohne die Petscheks durchzusetzen.

¹⁴ Sir Jonah Walker Smith (1874 – 1964), konservativer Politiker im brit. Parlament.

¹⁵ Dr. Paul Hänggi, Basel, hielt Aktien im Nominalwert von 2,4 Mio. RM am rheinischen Braunkohlebesitz Hubertus, der zur Petschek-Gruppe gehörte.

VI. Feststellung des jüdischen Besitzes bei den Firmen der Petschek-Gruppe.

Die Feststellungen der steuerlichen Betriebsprüfung ergaben, daß die Petscheks deutsche Firmen des Braunkohlen- und Steinkohlenbergbaus und des Kohlenhandels mit einem Aktienkapital von 136 Mill. RM beherrschten. Davon waren 36,7 Mill. RM Aktien im Inland verschachtelt bei Braunkohlengruben und Handelsgesellschaften, während sich 47,3 Mill. RM Aktien im Ausland befanden und der Rest von 52 Mill. RM Aktien inländischen, wahrscheinlich meist arischen, Aktionären gehörte. Wesentliche Teile der im Ausland liegenden Aktien befanden sich bei zwei Holdinggesellschaften, der *Helimont AG in Glarus* (Schweiz) und bei der Firma *Park Trust Comp. in Monte Carlo*. Bei der Helimont AG lagen auch die Aktien der Deutschen Industrie AG, Berlin,¹⁶ bei der die inländischen Handelsinteressen, vor allem durch völlige Beherrschung der Deutschen Kohlenhandels-gesellschaft mbH, zusammengefaßt waren. Der innere Wert der Unternehmen, die von den Petscheks beherrscht wurden, läßt sich annähernd auf etwa 300 Mill. RM schätzen. Die Bergwerke waren technisch einwandfrei geleitet. Die Handelsgesellschaften arbeiteten mit großen Zwischenverdiensten und waren in ihrem Umsatz gesichert durch die Beherrschung des Ostelbischen Braunkohlensyndikats und den bedeutenden Einfluß in anderen Syndikaten. Ausgangspunkt der von Ignaz Petschek aufgebauten Machtposition war der Kohlenhandel gewesen. Um den gewinnreichen Handel zu sichern, waren die Bergwerk-gesellschaften und damit die Syndikatbeteiligungen erworben worden. Die vier Söhne von Ignaz Petschek verwalteten im wesentlichen das überkommene Erbe und traten nicht mit industriellen Neuerwerbungen hervor.

VII. Plan des Vorgehens gegen die Petschek-Gruppe.

Im Sommer 1938 wurde der Entschluß gefaßt, die Spitze der Handelsorganisation der Petscheks, die *Deutsche Kohlenhandels-gesellschaft mbH*, durch das Reichswirtschaftsministerium als einen jüdischen Gewerbebetrieb erklären zu lassen. Es wurde damals bewußt davon abgesehen, alle Petschek-Firmen als jüdische Gewerbebetriebe zu erklären, um die industriellen Betriebe ungestört arbeiten zu lassen und die Wirtschaft nicht zu beunruhigen. Die Deutsche Kohlenhandels-gesellschaft mbH wurde als Angriffspunkt gewählt, da die Petscheks von dieser Stelle aus ihre ganze Gruppe wie von einer Konzernbank aus geleitet hatten. Es wurden dann systematisch und planmäßig alle Firmen der Petschek-Gruppe durch die Mittel, welche die Steuer- und die Devisengesetzgebung boten, durchgeprüft und in diesen Verfahren die wesentlichen Geschäftsvorgänge innerhalb der Gruppe, die Methoden der Petscheks zur Leitung der Unternehmen und die Beziehungen zum Ausland festgestellt.

VIII. Nachweis der jüdischen Eigenschaft der Firmen der Petschek-Gruppe.

Im Laufe der planmäßigen Untersuchungen während anderthalb Jahren stellte die steuerliche Betriebsprüfung an Hand der beschlagnahmten Unterlagen und der bei Banken ermittelten Nummernverzeichnisse den Aktienbesitz der Petscheks nahezu lückenlos fest und bewies mit Hilfe dieser Feststellungen die jüdische Eigenschaft der unter Petschek-schem Einfluß stehenden Unternehmen. Es ergaben sich ferner tatsächliche Beweise dafür, daß die Brüder Petschek bis zu ihrer Auswanderung die zentrale Leitung in Händen behalten hatten, trotzdem sie seit dem Jahre 1936 nach außen hin nicht mehr so stark wie früher hervorgetreten waren. Der Tatbestand des Artikels I § 3 der Dritten Verordnung

¹⁶ Die Deutsche Industrie AG bildete einen Teil der Unternehmensgruppe Petschek in Böhmen; siehe auch VEJ 2/91.

zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 („Ein Gewerbebetrieb gilt auch dann als jüdisch, wenn er tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden steht“)¹⁷ war also gegeben.

IX. *Jüdischerklärung der Deutschen Kohlenhandelsgesellschaft mbH und der übrigen Handelsgesellschaften der Ignaz-Petschek-Gruppe.*

Der Jüdischerklärung der ersten Petschek-Unternehmen stellten sich sofort große Schwierigkeiten entgegen. Die Jüdischerklärung der Deutschen Kohlenhandelsgesellschaft mbH war schon einmal im Frühjahr 1938 erfolgt; damals war es jedoch dem Einfluß der Petscheks gelungen, durch ihre deutschen und schweizer arischen Mittelsmänner die Rücknahme der Erklärung zu erreichen. *Durch die Jüdischerklärung der „Deutsch-Kohle“ wurden über 30 von ihr beherrschte Handelsunternehmen ebenfalls als jüdisch erklärt.* Da die Anteile der „Deutsch-Kohle“ sich vollständig im Besitz der Deutschen Industrie AG (DIAG) befanden, wurde auch dieses Unternehmen, das den Charakter einer Holdinggesellschaft hatte, als jüdisch erklärt. Nunmehr wandte die Helimont AG, Glarus, als Besitzerin fast sämtlicher Aktien der DIAG und damit als Konzernspitze ein, daß sich *seit Mai 1938 75 v. H. ihrer eigenen Anteile* (d. h. 450 000 sfrs von 600 000 sfrs) in englischen Händen (*Sir Oliver Duncan*) befänden, daß also der durch die DIAG und „Deutsch-Kohle“ kontrollierte Konzern vor Erlass der Entjudungsverordnung vom 14. Juni 1938¹⁸ in den Besitz englischer Arier übergegangen sei. Ich habe auf diesen Einwand den Nachweis der näheren Umstände des Eigentumübergangs unter Vorlage der Originalbelege verlangt. Anfangs wurde ein *unglaublich niedriger Kaufpreis* für die Anteile an der Helimont von 350 000 sfrs, d. h. von nicht einmal einer halben Million sfrs behauptet. Auf den Hinweis, daß bei diesem niedrigen Kaufpreis für die Petschek-Konzernspitze die Ernstlichkeit des ganzen Kaufgeschäfts bestritten werden müsse, versuchten die Vertreter der Helimont, stufenweise höhere Kaufpreise glaubhaft zu machen. Das Verlangen der deutschen Behörden, die schriftlichen Unterlagen und Aufzeichnungen in den Büchern an Ort und Stelle in London durch einen den deutschen Behörden genehmen Buchsachverständigen nachprüfen zu lassen, wiesen die Vertreter der Helimont zurück. Der von der Helimont und dem angeblichen englischen Käufer mit ihrer Vertretung beauftragte Rechtsanwalt versuchte, mir durch *Vorlage von Fotokopien eines Schriftwechsels* über das Kaufgeschäft den Nachweis der Ernsthaftigkeit des Kaufgeschäftes zu führen. Diese Unterlagen waren nicht anzuerkennen, weil in den Fotokopien die entscheidenden Firmenbezeichnungen ausgeschnitten waren und nicht angegeben wurden. Auch sonst waren die Unterlagen nicht schlüssig. Der Rechtsanwalt erklärte im Verlauf der Verhandlungen, er müsse es ablehnen, weitere Auskünfte zu geben, weil diese Auskünfte von den Steuerbehörden zuungunsten seiner Auftraggeber ausgewertet werden könnten. Auch *persönliche Verhandlungen mit Sir Oliver Duncan* über die Abtretung seiner Rechte an eine von den deutschen Behörden zu bezeichnende Stelle endeten erfolglos. Unter diesen Umständen wies der Reichswirtschaftsminister die Einwendungen der Helimont gegen ihre Jüdischerklärung zurück.

X. *Jüdischerklärung und Treuhandverwaltung der sämtlichen Unternehmen der Petschek-Gruppe.*

Sämtliche Gesellschaften des Petschek-Konzerns wurden nunmehr im Dezember 1938 und Januar 1939 für jüdisch erklärt und je einem Treuhänder für die Handelsgesellschaften und

17 RGBL., 1938 I, 15. 6. 1938, S. 627f.

18 Siehe Anm. 17 und VEJ 2/42.

für die industriellen Unternehmen unterstellt. In den Hauptversammlungen der Petschek-Gesellschaften im Laufe des Jahres 1939 versuchten die bisherigen Petschek-Mehrheiten aufzutreten, die von angeblichen Rechtsnachfolgern der Petscheks geführt wurden. Durch Devisenanordnungen wurde diese Einflußnahme und die Auszahlung von Dividenden auf die im Ausland befindlichen Aktien der Petscheks verhindert. Die Betroffenen haben ihre Ausschaltung aus den Hauptversammlungen, abgesehen von *einigen Protestschritten*, z. B. durch die *Schweizer Gesandtschaft*, ohne den Klageweg zu beschreiten, hingenommen. In keinem Fall konnte bisher ein gutgläubiger Erwerb von Petschek-Werten nachgewiesen werden.

Der Reichswirtschaftsminister vertrat den Standpunkt, daß die Rechtsgültigkeit des Erwerbes einer Mehrheit oder eines größeren Aktienpaketes einer deutschen Gesellschaft mit Rücksicht auf die Erschleichung der Devisengenehmigungen nicht anzuerkennen ist. Trotz aller Gegenbemühungen der Petscheks konnten so die von ihnen beherrschten Gesellschaften als jüdisch behandelt werden. Die *Verwaltungstreuhänder* erhielten nach einigen Wochen *die Aufgabe und die Vollmacht, die Betriebe zu veräußern*, da die als jüdisch erklärten Unternehmen der Anordnung, ihre Betriebe an Arier zu veräußern, selbst nicht nachkamen.

XI. Verkauf und Verwertung der Petschek-Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Hermann-Göring-Werke.

Die Entjudung der Petschek-Unternehmen bot der *deutschen Kohlenwirtschaft* große Möglichkeiten einer *Neuordnung* in der Verteilung des Braunkohlenbesitzes, in der Gliederung des Kohlenhandels und in der Politik der Syndikate. Die *Bergabteilung des Reichswirtschaftsministeriums* sammelte alle Vorschläge der Interessenten und lenkte die einzelnen Aktionen in der Richtung einer *Gesundung der Kohlenwirtschaft nach übergeordneten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten*. Es entstand in diesem Zusammenhang auch der Plan, dem Petschekschen Braunkohlenbesitz, der zur Begleichung der Steuerforderungen und der in Devisenverfahren zu erwartenden Strafen unter die Kontrolle des Fiskus kommen mußte, dazu zu benutzen, den *Reichswerken Hermann Göring* die ihnen bis dahin fehlende *Steinkohlenbasis im Tausch gegen Braunkohle* zu verschaffen. Auf Anordnung des Herrn Generalfeldmarschalls Göring erfolgte deshalb die Veräußerung des größten Teiles des Braunkohlenbesitzes an die Reichswerke Hermann Göring, um ihnen eine Tauschmöglichkeit zur Beschaffung einer Steinkohlengrundlage an die Hand zu geben.

Die *Treuhänder* der Petschek-Konzerngesellschaften *verkauften im September 1939 die lebenden Betriebe* mit sämtlichen Besitz- und Schuldschulden (Substanz) an die als *Auffanggesellschaft* vom Reich gegründete *Deutsche Kohlenbergbau GmbH*. Von diesem Verfahren blieben ausgenommen die *Ilse Bergbau AG*¹⁹ und die *Preußengrube AG*, die durch Veräußerung der konzerngebundenen Aktien entjudet werden konnten, und der *rheinische Braunkohlenbesitz Hubertus*, der an die arischen Gründerfamilien zurückfiel. Die *Auffanggesellschaft veräußerte die Betriebe im Dezember 1939 an die Reichswerke Hermann*

¹⁹ Die 1871 nördlich von Senftenberg gegründete Ilse Bergbau AG expandierte von 1888 an zur wichtigsten Braunkohlengesellschaft der Niederlausitz; 1927 übernahm Ignaz Petschek die Mehrheit des Stammkapitals. Durch den erzwungenen Verkauf der konzerngebundenen Aktien aus Petschek-Besitz entging das Unternehmen der Zerschlagung. Während 1947 die Ilse-Werke in der sowjet. Besatzungszone enteignet und in volkseigene Betriebe umgewandelt wurden, begann im Westen die Reaktivierung der Betriebe.

Göring AG zu dem gleichen Preis, der ihr selbst berechnet worden war. Die Kaufpreise sind bis zum 31. Dezember 1940 an die Auffanggesellschaft zu zahlen.

Bei der *Preisfestsetzung* durch das Reichswirtschaftsministerium wurde einerseits berücksichtigt, daß die abzufindenden *arischen Aktionäre* einen gerechten Preis erhalten sollten, und andererseits, daß bei einer *Entjudung* ein mäßiger Verkehrswert zugrunde zu legen war. Die festgesetzten Preise liegen durchweg über den letzten Börsenkursen, so daß die arischen Aktionäre nicht geschädigt werden.

Die *sozialen Belange der Gefolgschaften* wurden bei allen Eigentumsübergängen durch Auflagen gewahrt.

Die *Petschek-(Mantel)-Gesellschaften* sind bis auf die Ilse Bergbau A.G. und die Preußengrube AG in *Abwicklung* (Liquidation) getreten. Sie werden ihr Vermögen, das in den Verkaufspreisen für ihre Substanz in Höhe von *rund 160 Mill. RM* besteht, mit dem Ende 1940 beginnend ausschütten.

Die *Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Reichsgesellschaft)*²⁰ hat bei der Entjudung die *Aktienmehrheit an der Ilse Bergbau AG* erworben. Damit ist *der jahrelange Kampf zwischen der Petschek-Gruppe und der „Viag“ zugunsten des Reichs entschieden*.

Die *Aktienmehrheit der Preußengrube AG* ist an die *Reichswerke Hermann Göring* übergegangen; desgleichen erwarben die Reichswerke Hermann Göring den lebenden Betrieb (Substanz) der *Oehringen Bergbau AG* (Steinkohle, Oberschlesien).

Die *Reichswerke AG Hermann Göring* haben den größten Teil der erworbenen Braunkohlengruben zum Eintausch von *westfälischen Steinkohlengruben* aus den Händen von *Flick und Salzdettfurth*²¹ verwendet.

Aus der Liquidationsmasse der bisherigen Petschek-Unternehmen bei der Auffanggesellschaft, der Deutschen Kohlenbergbau GmbH, die in der Kaufpreisforderung für die veräußerten Betriebe besteht, sind zunächst *die inländischen arischen Aktionäre* abzufinden. Ihre Ansprüche werden auf *höchstens 60 Mill. RM* geschätzt.

Die den *Petscheks* und ihren Stroh Männern zustehenden *Liquidationserlöse von rund 100 Mill. RM* sollen wegen der hohen *Steuer- und Strafenforderungen des Reiches* nicht ausgezahlt werden. Eine Pfändung auf dem Wege über die Wegnahme der Aktien ist nicht möglich, da sich die Aktienurkunden im Ausland befinden. Die Beschlagnahme des den *Petscheks* zustehenden Liquidationserlöses wird bei der Durchführung des Devisenstrafverfahrens etwa zur Hälfte im Wege der Einziehung von Tatwerten oder der an die Stelle der Tatwerte tretenden Ersatztatwerte (Ansprüche auf den Liquidationserlös) erfolgen.²² Der Rest des Liquidationserlöses wird nicht ausreichen, um die zu erwartenden Devisen- und Steuerstrafen zu decken. Darüber hinaus hat das Reichsfinanzministerium bereits *andere Vermögenswerte der Petscheks* in Höhe von etwa *15 Mill. RM* gepfändet.

20 Die VIAG wurde 1923 in Berlin als Holding für Beteiligungen des Deutschen Reichs an Gesellschaften aus der Rüstungsindustrie des Ersten Weltkriegs gegründet. In den 1930er-Jahren expandierte sie auf dem Energie- und Aluminiumsektor und gehörte zu den führenden Stromerzeugern Europas. Durch Kriegsschäden und Verluste in Ostdeutschland hatte die VIAG nach 1945 mehr als die Hälfte ihres Vermögens eingebüßt; zu Beginn der 1990er-Jahre zählte sie wieder zu den 20 größten Industrieunternehmen Deutschlands.

21 An der 1889 gegründeten Salzdettfurth AG für Bergbau und Tiefbohrung in Goslar, 1899 umbenannt in Kaliwerke Salzdettfurth, hielt die Familie Petschek Anteile.

22 Ein Tatwert entspricht dem Wert, der bei einer Straftat als Schaden entsteht und ersetzt werden muss.

XII. Zusammenfassende Vollzugsmeldung.

In zielbewußter Zusammenarbeit aller beteiligten Dienststellen gelang es, den im Sommer 1938 aufgestellten Plan für die Entjudung der Ignaz-Petschek-Gruppe gegen den Widerstand der Petscheks, die sich zum Teil ausländischer und deutscher Vertrauensleute bedienten, restlos durchzuführen. Das Ergebnis dieser über anderthalbjährigen Arbeit ist folgendes:

Die übermächtige Braunkohlenposition der Petscheks ist beseitigt. Keinem der Nachfolger ist ein so ausschlaggebender Anteil zugefallen, daß ihm die etwaige Fortsetzung der Monopolbestrebungen auf dem Gebiet der Braunkohlenwirtschaft möglich wäre. Die *ostdeutsche Braunkohlen- und Brikettproduktion* der Petscheks samt den zugehörigen Handelsinteressen ist nunmehr zwischen „Viag“ und Flick aufgeteilt. Für das Reich (Viag) ist damit eine ausreichende *Braunkohlenbasis für seine Elektro- und Aluminiumwerke* gesichert. Der Flicksche Besitz wird mit Hilfe des Neuzugangs abgerundet und kann rationalisiert werden. Im mitteldeutschen Gebiet ist ein geschlossener *Besitz an Salzdetfurth* gekommen, wodurch gleichfalls eine volkswirtschaftlich erwünschte Rationalisierung zusammen mit dem bisher schon vorhandenen Braunkohlenbesitz von Salzdetfurth ermöglicht wurde. Die Reichswerke Hermann Göring haben durch den Umtausch der Petschekschen Braunkohlengruben in für die Salzgitter Erze günstig gelegene westfälische Steinkohlengruben, zusammen mit den ihnen unmittelbar übertragenen Petschekschen Steinkohlengruben in Oberschlesien (Oehringen und Preußengrube), *die staatspolitisch erwünschte Steinkohlenbasis* gewonnen.²³ Die Übernahme von *Hohenlohe (Kattowitz)* aus Petschek-Besitz steht noch bevor. Die Reichswerke Hermann Göring haben in Mitteldeutschland noch einige Petschek-Betriebe in der Hand, die sie im Falle, daß sie dieselben nicht für eigene Zwecke benötigen, an die Auffangesellschaft zurückübertragen oder im Einverständnis mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister weiter veräußern sollen.

Dieses Ergebnis bei der Entjudung der Petschek-Gruppe wurde mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln erzielt, ohne daß bisher irgendwelche Geldbewegungen notwendig waren und unter Vermeidung jeglichen Transfers, ohne Störung der Produktion und der Verteilung der Kohlenerzeugung, bei Wahrung der sozialen Belange der Gefolgschaften, unter Schonung der arischen deutschen Aktionäre und ohne Mitwirkung und im weiteren Verlauf gegen den Widerstand der Petscheks. Rückblickend ist festzustellen, daß *für den Erfolg die von dem Herrn Generalfeldmarschall erteilte Vollmacht ausschlaggebend* gewesen ist. Diese Vollmacht ermöglichte es mir, in den entscheidenden Monaten des Herbstes und Winters 1938/39 eine Haltung einzunehmen, die ein Beamter eines einzelnen Ministeriums angesichts der verwickelten Materie, die immer nur zum Teil in seine Zuständigkeit fiel, nicht hätte aufrechterhalten können. Mit Hilfe der Vollmacht konnte die zentrale Position der Petscheks Deutschkohle – DIAG – Helimont angegriffen und die Jüdischerklärung gegen die englischen Einsprüche aufrechterhalten werden. Im Laufe des Verfahrens fielen die Beweise für die vermutete Politik und Geschäftsführung der Petscheks in unsere Hände, so daß nunmehr ein fast lückenloser Tatsachenbeweis geführt werden kann.

Dieser Bericht behandelt den *größten Einzelfall in Steuer- oder Devisenverfahren*, der bisher in Deutschland bearbeitet worden ist und der mit einem *Ergebnis von über 100 Mill. RM zugunsten des Reichsfiskus* abschließen wird. *Die volkswirtschaftlichen Werte*, die im Zu-

²³ In der Rüstungsproduktion konnten hohe Temperaturen zum Einschmelzen von Stahl mit Steinkohle schneller erreicht werden.

sammenhang mit der Entjudung der Ignaz-Petschek-Gruppe in die Hand des Reiches übergehen, sind *erheblich höher zu bewerten*.

Ich kann an dieser Stelle nicht alle meine Mitarbeiter in den Ministerien aufführen; aber ich möchte nicht unterlassen, die Herren der Reichsfinanzverwaltung namentlich zu erwähnen, die unter Leitung des Herrn Ministerialrat Gebhardt²⁴ sich durch sachverständige Arbeit besonders verdient gemacht haben: die Herren Obersteuerinspektor Krause,²⁵ der seit 1936 die steuerliche Betriebsprüfung im Fall Petschek durchgeführt hat, Obersteuerinspektor Lübke, der bei der Ausschaltung des jüdischen und ausländischen Einflusses vielseitige Aufgaben zu erfüllen hatte, und Oberzollinspektor Gaede, dem die schwierige Ermittlung der Devisenverfehlungen übertragen war.

DOK. 78

Der Arzt Max Schönenberg aus Köln schreibt seinem Schwager Julius Kaufmann in Shanghai am 5. Mai 1940 über die Einschränkung seines Praxisbetriebs¹

Handschriftl. Brief von Max Schönenberg,² Köln, an Julius Kaufmann,³ Shanghai, vom 5.5.1940

Lieber Julius!

Vor wenigen Tagen fragte ich bei Dir für Dr. Cobliner an, ob der Landweg nach dort möglich sei, vor allem, ob Mandschukuo⁴ Juden das Transitvisum gibt. Falls jene Anfrage noch nicht an Dich gekommen ist, beantworte sie ihm bitte auf diesen Brief hin. Das Vorzeigungsgeld kann er telegraphisch dorthin überweisen lassen.

Ich bitte Dich, in Zukunft keine Marken, die Du zurückhaben möchtest, auf die Couverts zu kleben. Ich las gestern, daß Markentausch mit Adressaten in anderen Ländern nicht erwünscht ist u. daß Briefe mit Markeneinlagen demnächst nicht mehr befördert (oder zurückgegeben?) werden. Hoffentlich trifft das noch nicht meinen letzt[en] oder vorletz[en] Brief, der 3 Couverts von Dir enthielt u. den ich mit Sondermarken beklebt hatte (u. der mehrere Gruppenbilder von uns enthielt). Meine Praxis wird demnächst erheblich ruhiger werden. Durch eine neue Bestimmung sind alle meine Patienten seit dem 1.V. aus

²⁴ Joseph Gebhardt (1887 – 1976), Jurist; von 1918 an im bayer. Finanzdienst, 1930 – 1942/3 im RFM, zuständig für Bilanz-, Buch- und Betriebsprüfungen, zuletzt MinDir.; 1933 NSDAP-Eintritt; 1942/3 bis 1945 Senatspräsident am Reichsfinanzhof; 1949 Richter am obersten Finanzgerichtshof München, von 1951 an Präsident der Bayer. Landesanstalt für Aufbaufinanzierung.

²⁵ Friedrich Krause, Steuerinspektor beim Oberfinanzpräsidium Berlin.

¹ NS-Dokumentationszentrum Köln, Briefe Max Schönenberg, Best. 46. Auszugsweiser Abdruck in: Martin Rüther, Köln im Zweiten Weltkrieg. Alltag und Erfahrungen zwischen 1939 und 1945, Köln 2005, S. 533.

² Dr. Max Schönenberg (1885 – 1943), Arzt; nahm als Oberarzt am Ersten Weltkrieg teil, hatte danach eine eigene Praxis in Köln; besuchte im Juni 1939 gemeinsam mit seiner Frau Erna seinen Sohn in Palästina, sie kehrten jedoch nach Köln zurück; am 15.6.1942 nach Theresienstadt deportiert und dort am 8.1.1943 gestorben.

³ Dr. Julius Kaufmann (gest. 1965), Jurist; Zionist, als Anwalt tätig; Hrsg. des Israelitischen Gemeindeblatts Köln, von 1933 an in der Auswanderer-Fürsorge tätig, im Nov. 1938 kurzzeitig im KZ Dachau inhaftiert; kurz vor Kriegsbeginn 1939 Auswanderung nach Shanghai und später Palästina.

⁴ Das Kaiserreich Mandschukuo war zwischen 1932 und 1945 ein Marionettenstaat Japans im Nordosten Chinas, der 1938 auch vom Deutschen Reich anerkannt wurde.

den privaten Krankenversicherungen ausgeschlossen.⁵ Nun wird mancher sich sehr überlegen, ob er einen Krankenbehandler zu Rate zieht, und wenn er sich doch dazu entschlossen hat, wird bei manchem die Bezahlung hapern. Eine weitere Einbuße erwarte ich dadurch, daß die arbeitsfähigen männlichen Juden (ob Frauen in Frage kommen werden, weiß ich noch nicht, es würde Erna⁶ aber nicht treffen, da sie als Hausfrau beschäftigt ist, u. Grete nicht, da sie im Bureau des Asyls angestellt ist) vom 16. bis 55. Jahre zum Arbeiten eingezogen werden u. damit krankenkassenpflichtig werden, also meiner Behandlung entzogen werden.

Wir sind im allgemeinen mit dieser Maßnahme nicht unzufrieden. Wenn es auch für viele Leute aus kaufmännischen oder akademischen Berufen nicht leicht ist, sich auf körperliche Arbeit umzustellen, so sind doch die meisten, die ich sprach, zufrieden, daß das zwangsweise Nichtstun aufgehört hat. Und nach Überwindung der Anlaufzeit fühlen sich die meisten auch ganz wohl bei der neuen Tätigkeit; u. für viele ist es geradezu ein Glück, daß sie wieder verdienen dürfen. Früher hätten wir uns das Glück anders vorgestellt. Jetzt sind's nur noch 3 Wochen, bis wir Mortimers Antwort zu erhalten hoffen.

Bleibe gesund und zufrieden.

Herzliche Grüße!

[...] ⁷

DOK. 79

Der SD-Leitabschnitt Stuttgart erlaubt der Jüdischen Mittelstelle am 15. Mai 1940, Juden in Vorbereitung ihrer Auswanderung an heimische Bauern zu vermitteln¹

Schreiben des Führers des SD-Leitabschnitts Stuttgart (II/112- Ri./Sta.)² an die Jüdische Mittelstelle, Stuttgart,³ vom 15.5.1940 (Kopie)

Betr.: Auswanderung von Juden – Vermittlung von Juden zu landwirtschaftlichen Arbeiten.

Vorg.: Verschiedene Besprechungen.

Anlg.: Ohne.

⁵ Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hatte am 13.4.1940 den Ausschluss von Juden aus privaten Krankenversicherungen zum 1.5.1940 angeordnet; Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 42 vom 24.5.1940, S. 1.

⁶ Erna Schönenberg, geb. Kaufmann (1882–1944), Hausfrau; Ehefrau von Max Schönenberg und Schwester von Julius Kaufmann; am 15.6.1942 nach Theresienstadt und am 9.10.1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde.

⁷ Die frei gebliebenen Seitenränder des zweiseitigen Briefs und das Blattende der zweiten Seite nutzten Erna und Max Schönenberg sowie Erna Schönenbergs Mutter für kurze Schreiben rein privaten Inhalts. Max Schönenberg datierte seine Notiz auf den 6.5.1940.

¹ LBI JMB, MM92.

² Eugen Steimle (1909–1987), Studienassessor; 1932 NSDAP- und SA-, 1936 SS-Eintritt; 1936–1939 Leiter des SD-Unterabschnitts Württemberg, 1939–1943 Führer des SD-Leitabschnitts Stuttgart, leitete 1941 das Sonderkommando 7a der Einsatzgruppe B und 1942/43 das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C, 1943–1945 Gruppenleiter VI B im RSHA; 1944 SS-Standartenführer; 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt, die Strafe wurde später in 20 Jahre Haft umgewandelt, 1954 vorzeitige Entlassung, 1955–1975 Lehrer in Wilhelmsdorf/Württemberg.

³ Die von Karl Adler (1890–1973) geleitete Jüdische Mittelstelle, eine Dependence der Reichsvereinigung der Juden, sollte die Auswanderung der Stuttgarter Juden organisieren. Sie stand unter strenger Aufsicht von Gestapo und SD.

Das Landesarbeitsamt, die Landesbauernschaft und die NSDAP haben im Benehmen mit der hiesigen Dienststelle dem Einsatz und der Ausbildung der Juden in landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien zugestimmt. Die Landesbauernschaft wird an die Kreis- und Ortsbauernführer entsprechende Anweisungen geben, wonach Juden als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter gegen Entlohnung nach dem Tarif für landwirtschaftliche Hilfsarbeiter in Arbeit genommen werden dürfen. Die in Betracht kommenden Juden sind zum großen Teil am Wohnort in der Landwirtschaft zum Einsatz zu bringen. In den anderen Fällen dürfen die Juden grundsätzlich nicht bei den Bauern wohnen, sondern müssen bei einem Juden im Ort oder in Ortsnähe untergebracht werden. Die Verpflegung des Juden wird vom Bauern übernommen. Jedoch ist es selbstverständlich, daß der Jude nicht am gleichen Tisch mit seinem Arbeitgeber das Essen einnimmt, sondern sich vollständig von der Familiengemeinschaft fernhält. Nach Beendigung seiner landwirtschaftlichen Ausbildung wird dem Juden vom zuständigen Bauernführer die für seine Auswanderung notwendige Bescheinigung ausgestellt. Nach Möglichkeit sind Juden nur in solche landwirtschaftlichen Betriebe zu vermitteln, in denen keine Polen eingesetzt sind. Es wird ersucht, den Einsatz von Juden in der Landwirtschaft umgehend in Angriff zu nehmen und über das Veranlaßte zu berichten. Soweit in der Durchführung Schwierigkeiten auftreten, ist umgehend Meldung zu erstatten.

DOK. 80

Der Reichsführer-SS drängt den Reichsfinanzminister am 17. Mai 1940, das im Inland verbliebene Vermögen jüdischer Emigranten zügig zu beschlagnahmen¹

Schreiben des RFSS/Chef der Deutschen Polizei (S.I A 11 Allgem. 1427), i. A. gez. Dr. Bilfinger,² an den Reichsminister der Finanzen³ (Eing. 18.5.1940) vom 17.5.1940⁴

Betrifft: Vermögensbeschlagnahme von jüdischen Emigranten.

Vorgang: Ohne.

Als kriegswichtige und deshalb mit größter Tatkraft und Beschleunigung durchzuführende Fälle der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1933 (RGBl. I S. 480 ff.)⁵ sind unter anderem diejenigen Fälle anzusehen, in

¹ BArch, R 2/5979, Bl. 289 f.

² Dr. Rudolf Bilfinger (1903–1998), Jurist; 1923 NSDAP-, 1933 SA- und 1939 SS-Eintritt; 1934–1937 bei der Gestapo Stuttgart, von 1937 an im HA Sicherheitspolizei, dann im RSHA Leiter des Referats I B 1 (Organisation der Sipo), 1940 Verwaltungsleiter beim BdS Krakau; 1941 SS-Obersturmbannführer; 1941–1943 im RSHA, 1943 KdS in Toulouse, 1944 in Krakau; 1945 in Frankreich interniert und 1953 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt (durch Internierung verbüßt), später Oberverwaltungsgerichtsrat in Mannheim.

³ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Unterstreichungen und Dienststempel des RFSSuChDtPol.

⁵ Nach § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933 konnte Reichsangehörigen, die sich im Ausland aufhielten, die Staatsbürgerschaft entzogen und ihr Vermögen zugunsten des Reichs beschlagnahmt werden; RGBl., 1933I, S. 480.

denen ein Emigrant noch größere Vermögenswerte im Inland besitzt, die dem Reich verlorengehen würden, falls der Emigrant durch Naturalisierung im Ausland sich dem Aberkennungsverfahren und der mit ihm verbundenen Vermögensverfallerklärung entzieht. In letzteren Fällen ist beschleunigter Zugriff vor allem deswegen geboten, weil die Gefahr einer solchen Naturalisierung immer größer wird, je länger sich ein Emigrant schon im Ausland aufhält und etwaige Auslandsaufenthaltsbedingungen des Gastlandes erfüllt hat. Ich habe daher sämtliche Staatspolizeileitstellen angewiesen, in allen Fällen, in denen im Ausland befindliche Juden Vermögensverzeichnisse auf Grund der Verordnung vom 26. 4. 1938 (RGBl. I S. 414) einreichen,⁶ beschleunigt nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit und für die damit verbundene Beschlagnahme und Verfallerklärung der Vermögenswerte vorliegen.

Auf Anregung des Finanzamtes Moabit-West bitte ich im Zusammenhang hiermit, sämtliche Finanzämter anzuweisen, bis auf weiteres alle Anträge auf Erstattung überzahlter Judenvermögensabgaben sowie Anträge auf Erteilung von steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen für im Ausland befindliche Juden aus staatspolizeilichen Gründen insoweit abzulehnen, als es sich um Verfügungen über Kapitalvermögenswerte handelt, um hierdurch Vermögensverschiebungen zu Ungunsten des Reiches zu verhindern. Unbedenklichkeitsbescheinigungen würden demnach von den Finanzämtern nur für Zahlungen, die für die Erhaltung und Verwaltung des Vermögens notwendig sind, zu erteilen sein.

Einen Abdruck Ihrer Anweisung an die nachgestellten Behörden bitte ich, mir zu gegebener Zeit zu übersenden.

DOK. 81

Günther Tropolowitz aus Berlin erkundigt sich am 24. Mai 1940 beim Auswärtigen Amt, ob eine Ansiedlung der Juden in zukünftigen deutschen Kolonien möglich sei¹

Schreiben von Günther (Israel) Tropolowitz,² Berlin-Tempelhof, Manfred v. Richthofenstr. 1 B, an das Auswärtige Amt vom 24. 5. 1940³

Mit den nachfolgenden Ausführungen bitte ich, mir zu gestatten, einen Vorschlag unterbreiten zu dürfen, von dem ich glaube, annehmen zu können, daß das Auswärtige Amt die hierfür maßgebliche Stelle ist.

⁶ Die VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden verpflichtete Juden unter Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen; RGBl., 1938 I, S. 414 f., siehe auch VEJ 2/29.

¹ PAAA, R 99353.

² Günther Tropolowitz (*1900), Handelsvertreter; galt als „Mischling ersten Grades“, lebte mit seiner nicht-jüdischen Frau Emmy, geb. Wenzel (*1904), und seinem Vater Wilhelm (1862–1940) in Berlin-Tempelhof; später als Tiefbauarbeiter tätig, wurde im Okt. 1941 zum Arbeitsdienst herangezogen; überlebte den Krieg in Berlin, wo er wieder als Handelsvertreter arbeitete.

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

Zur Lösung der Frage der Nichtarier, soweit sie dem Gesetze nach Juden sind oder als solche gelten, spreche ich ergebenst die Bitte aus, ob eine Ansiedlung in den zukünftigen Deutschen Kolonien möglich wäre, und zwar für diejenigen, welche

- 1.) einem christlichen Bekenntnisse angehören,
- 2.) möglichst über ein oder zwei arische Großelternteile verfügen,
- 3.) mit arischen Frauen verheiratet sind,
- 4.) bis 1812 die deutsche Staatsangehörigkeit bzw. die der früheren Bundesstaaten für die Vorfahren nachweisen können,
- 5.) unvorbestraft und politisch in jeder Beziehung unbelastet sind,
- 6.) die eine gewisse Anzahl arischer Bürgen nachweisen können,
- 7.) im Kriege 1914 – 1918 oder im gegenwärtigen Feldzug nahe Angehörige (Väter oder Brüder) verloren haben,
- 8.) die keiner linksgerichteten Partei während der Systemzeit oder früher sowie keiner Loge angehört haben.

Diese Gedankengänge entspringen nicht einer neuen Erkenntnis meinerseits, die auf dem unzweifelhaften Ausgang des gegenwärtigen europäischen Konflikts beruht, sondern einer Überzeugung, die ich seit je habe. Ich bitte in Auszügen ein Schreiben anführen zu dürfen, das ich am 11. Mai 1939 an Herrn Pfarrer Grüber, Kaulsdorf, dessen Berliner Büro sich mit der Betreuung der nichtarischen (evangelischen) Christen befaßt, gerichtet habe:

„... so muß ich jedenfalls von mir aus sagen, daß eine Lösung innerhalb des Deutschen Reichsverbandes rein gefühlsmäßig das Wünschenswerteste wäre ... Vielleicht bin ich ein armer Optimist, aber ich kann und kann nicht glauben, daß für den Staat nicht doch ein gewisses Interesse für unseren Kreis vorhanden sein sollte. Daß diese Hoffnung bei mir nicht erlischt, hängt auch damit zusammen, als ich glaube, daß wir alle, die wir gezwungenerweise versuchen wollen, uns draußen irgendwo recht und schlecht ein neues bescheidenes Leben aufzubauen, mehr oder weniger ein Objekt der politischen Agitation sind und sein werden und aller Voraussicht nach einmal dem Gewissenskonflikt entgegengehen, gegen unsere Heimat Stellung nehmen zu sollen ... Ich bin überzeugt, daß Deutschland in absehbarer Zeit auch seine afrikanischen Besitzungen zurückerhalten wird, so oder so! Man sollte uns da einsetzen. Die leidige Kapitalfrage wäre mit einem Schlage gelöst. Die Kreise, die glauben, uns durchaus los sein zu müssen, wären von uns wahrscheinlich schneller befreit als sonst, und wir hätten andererseits eine Chance, die uns nicht restlos löst von der Heimat und unseren Nachkommen diese einmal später wieder zurückgibt ... Vielleicht werden Sie sagen, daß mir das Gefühl für Würde fehlt. Ich kann Ihnen hierauf nur erwidern, daß es sich für mich nicht um meine Würde, meinen Stolz, meine Selbstachtung handelt, sondern um Deutschland! ... Ich kann nur dem Ausdruck geben, was ich glaube, vor Gott und meinem Gewissen verantworten zu können. Dabei kann auch nie und nimmer der Erfolg oder Mißerfolg das Ausschlaggebende sein, sondern immer nur die moralische Grundlage ...“

Eine Antwort habe ich leider auf das Schreiben nicht bekommen. Am 25. August 1939 habe ich mich als ehemaliger Kriegsteilnehmer freiwillig gemeldet, erhielt aber am 25. Oktober 1939 einen ablehnenden Bescheid. Am 19. April 1940 habe ich nochmals den gleichen Wunsch ausgesprochen. Bei persönlicher Rücksprache auf dem Wehrbezirkskommando VII erklärte mir Herr Oberst Hoffmann, daß sich an den bestehenden Bestimmungen nichts geändert habe. Ich erwähne dies lediglich, um damit zu bekunden,

daß ich an meiner Einstellung unverrückbar festgehalten habe und bereit war, mit der Waffe in der Hand dafür auch einzutreten. Und ich glaube sagen zu dürfen, daß ich nicht vereinzelt dastehe und es für die Menschen des eingangs erwähnten Kreises – und nur für die glaube ich sprechen zu können – eine meist unverdiente Strafe und Härte darstellt, einer Gemeinschaft zwangsläufig eingegliedert zu werden, von der sie aber auch alles trennt und trennen muß.

Ich kann nur ein Bittender sein, den lediglich das Bewußtsein stärkt, niemals etwas getan zu haben, was gegen die Belange meines Landes verstößt. Ich weiß, daß wichtigere Probleme die Hülle und Fülle vorhanden sind. Und dennoch bitte ich, meinen Vorschlag zu prüfen, und sollte die Möglichkeit der Durchführung gegeben sein, so bitte ich, während des Feldzuges den Einsatz der wehrfähigen Männer an der Front zu ermöglichen und nach Kriegsende Kurse auf Kolonialschulen durchzuführen.

Zum Schluß erlaube ich mir noch, die Bitte auszusprechen, dieses Schreiben, falls das Auswärtige Amt hierfür nicht zuständig ist, an die richtige Stelle freundlichst weitergeben zu wollen.

Ergebenst,⁴

DOK. 82

Der Reichsstatthalter informiert am 29. Mai 1940, die reichsweite Judengesetzgebung werde in Danzig nicht übernommen, da es dort ohnehin bald keine Juden mehr geben werde¹

Schreiben des Reichsstatthalters für Danzig-Westpreußen (I A 1 – 4800), i.V. gez. Huth,² an sämtliche Abteilungen des Reichsstatthalters mit Druckstücken für die nachgeordneten Stellen vom 29. 5. 1940³

Betr.: Geltung der reichsdeutschen Judengesetzgebung in Danzig.

Nach § 4 des Gesetzes über die Wiedervereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich vom 1. September 1939 (Reichsgesetz-Blatt I S. 1547) ist in der bisherigen Freien Stadt Danzig am 1. Januar 1940 das gesamte Reichsrecht und Preußische Landes-

⁴ In der Akte ist keine Reaktion auf diesen Brief überliefert.

¹ APG, 263/2, Bl. 145f. Abdruck in: Erwin Lichtenstein, Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973, S. 23 ff.

² Wilhelm Huth (1896 – 1982), Diplomingenieur; 1927 – 1932 beim Maschinenbauamt Danzig-Krakau; 1930 NSDAP- und 1932 SS-Eintritt; 1933 – 1939 Mitglied des Danziger Senats, von 1934 an als dessen Vizepräsident, 1939 – 1945 Regierungspräsident und stellv. Reichsstatthalter von Danzig-Westpreußen; nach 1945 im Versicherungswesen in Hamburg tätig.

³ Das Schreiben ging außerdem an den Höheren SS- und Polizeiführer Danzig-Westpreußen, SS-Gruppenführer Richard Hildebrandt (1897 – 1952), mit Druckstücken für die nachgeordneten Stellen, an den Oberfinanzpräsidenten Julius Hoppenrath (1880 – 1961), an den Oberlandesgerichtspräsidenten Walter Wohler (1893 – 1968), an den Generalstaatsanwalt Curt Graßmann (1882 – 1941), an den Reichsstatthalter (Reichspropagandaamt), an den Reichsarbeitsdienst, den Führer des Arbeitsgaus II Danzig-Westpreußen Dr. Ing. Hermann Wagner (1896 – 1970?), Zoppot, Ernststraße 7, und an die Herren Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte im Gebiet der bisherigen Freien Stadt Danzig.

recht in Kraft getreten, soweit nicht durch die zuständigen Reichsminister bestimmt worden ist, daß im einzelnen zu bezeichnendes Reichsrecht oder Preußisches Landesrecht nicht in Kraft tritt. Da auf dem Gebiet der Judengesetzgebung, soweit es sich um die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und ihre Heranziehung zu Sonderleistungen handelt, die reichsdeutsche und die Danziger Regelung weitgehend übereinstimmen und die Einführung der reichsdeutschen Regelung vielfach Übergangs- und Überleitungsvorschriften notwendig machen würde, habe ich bei dem Herrn Reichswirtschaftsminister angeregt, im Verordnungswege zu bestimmen, daß die reichsdeutschen Bestimmungen nicht in Kraft treten und daß die Danziger Verordnungen weiter in Kraft bleiben. Der Herr Reichswirtschaftsminister⁴ hat durch Erlaß vom 16. März 1940 – III L 5/7791/40⁵ – diese Auffassung grundsätzlich gebilligt und ausgeführt, daß es mit Rücksicht auf die fast völlige Durchführung der Ausschaltung der Juden aus dem Danziger Wirtschaftsleben die beteiligten Behörden unnötig belasten würde, wenn sie für die verhältnismäßig kurze Zeit, die für die restlose Säuberung Danzigs von den Juden noch benötigt wird, die im übrigen Reichsgebiet geltenden Vorschriften nebst den zahlreichen Durchführungsverordnungen und -erlassen anwenden müßten. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat jedoch im Einvernehmen mit dem Herrn Beauftragten für den Vierjahresplan⁶ es nicht für erforderlich erachtet, auf dem formellen Weg der Gesetzgebung mit rückwirkender Kraft zu verordnen, daß die in Betracht kommenden Bestimmungen in Danzig zum 1. Januar 1940 nicht in Kraft treten. Es soll vielmehr dabei belassen bleiben, daß die fraglichen Vorschriften zusammen mit dem übrigen Reichsrecht in Danzig in Kraft getreten sind und den besonderen Verhältnissen auf dem Gebiete der Entjudung in Danzig lediglich durch entsprechende Regelung der Durchführung Rechnung getragen wird.

Diese Regelung wird sodann im einzelnen in dem Erlaß vom 16. März 1940 angeordnet; es verbleibt danach im wesentlichen bei einer Weiteranwendung der Danziger Vorschriften. Mit Rücksicht darauf, daß der Erlaß in erster Reihe nur für den Beauftragten zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung von Bedeutung ist, wird davon abgesehen, ihn in Abschrift mitzuteilen; es wird jedoch – insbesondere in Zweifelsfällen – anheimgestellt, bei der Abteilung I der Behörde des Reichsstatthalters Rückfrage zu halten.

4 Walther Funk (1890 – 1960), Journalist; 1922–1930 Chefredakteur der Berliner Börsenzeitung; 1931 NSDAP-Eintritt; von 1931 an Hitlers persönlicher Wirtschaftsberater, von 1933 an Pressechef der Reichsregierung, StS im RMfVuP, 1938 – 1945 RWM, von 1939 an zudem Präsident der Reichsbank; 1946 im Nürnberger Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, 1957 entlassen.

5 Schreiben des RWM vom 16. 3. 1940, betrifft: Einführung der Judengesetze in Danzig, wie Anm. 1, Bl. 139 f. + RS.

6 Hermann Göring.

DOK. 83

**Paul Eppstein protokolliert eine Vorladung zur Gestapo am 30. Mai 1940,
bei der die Zwangsarbeit von Juden erörtert wurde¹**

Aktennotiz über eine Vorladung am 30. 5. 1940, 10.30 Uhr, im Geheimen Staatspolizeiamt bei Regierungsassessor Jagusch,² gez. Dr. Eppstein, vom 31.5. 1940

1. Arbeitseinsatz

Es wird vorgetragen, daß heute um 12 Uhr eine Rücksprache im Reichsarbeitsministerium (Oberregierungsrat *Letzsch*)³ vorgesehen sei, bei der Schwierigkeiten, die sich bisher beim Arbeitseinsatz von Juden außerhalb Berlins ergeben haben, zur Erörterung gelangen sollen. Ass. Jagusch erklärt, daß gegen diese Erörterung Bedenken nicht bestehen, daß bei der Erörterung darauf hingewiesen werden soll, daß bei der Aufsichtsbehörde Vorgänge über den Arbeitseinsatz vorliegen und daß eine generelle Regelung des Arbeitseinsatzes und der Berufsausbildung erhoben werde,⁴ über die ein unmittelbares Einvernehmen zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und dem Reichsarbeitsministerium noch erfolgen werde. Eine Erörterung über diese generelle Regelung wird aufgeschoben. Es wird dargelegt, daß die arbeitseinsatzfähigen Juden zur Arbeit herangezogen werden sollen, sei es im Arbeitseinsatz, sei es in den Einrichtungen zur Berufsausbildung. Ass. Jagusch ersucht um einen schriftlichen Bericht über das Ergebnis der Rücksprache im Reichsarbeitsministerium.⁵

2. Kennzeichnung von Juden im Arbeitseinsatz

Der Sachverhalt wird vorgetragen. Ass. Jagusch bemerkt, daß ihm ein ähnlicher Vorgang aus Köln bekannt geworden sei.⁶ Er ersucht um Vorlage eines Berichts, aus dem sich auch die Äußerung der zentralen Dienststelle für Juden beim Arbeitsamt Berlin ergebe,⁷ damit eine Nachprüfung seitens der Behörde veranlaßt werden kann. Es wird dargelegt, daß eine solche Kennzeichnung im Widerspruch stehe zu der Erklärung, die anlässlich der vorübergehenden Anwendung der Kennzeichnungsmaßnahmen für Juden in den Ostgebieten in Peiskretscham abgegeben worden war, wonach eine Kennzeichnung von Juden im Altreich nicht erfolgen sollte.⁸ Da die Juden im Arbeitseinsatz ohnehin in besonderen Gruppen und getrennt von den übrigen Arbeitern zu arbeiten pflegen, erscheine die

1 BArch, R 8150/45, Bl. 198 – 201.

2 Dr. Walter Jagusch (1912– 1981), Jurist; 1932/33 SA-Mitglied, 1933 NSDAP-, 1939(?) SS-Eintritt; von 1939 an im Gestapo, dann im RSHA, leitete das Referat IV A 5 (Emigranten), von 1940 an zusätzlich für „Judenangelegenheiten“ zuständig, Ende 1940 bis 1942 zeitweise Leiter der Gestapo in Straßburg; 1942/43 in Riga, wo er 1943 eine Einsatzgruppe gegen Partisanen führte, von Mai 1943 an beim SS- und Polizeigericht in Metz; nach Kriegsende untergetaucht, von 1952 an Rechtsanwalt in Bielefeld.

3 Richtig: Dr. Walter Letsch (*1895), Staatswissenschaftler; leitete 1928 – 1934 das Arbeitsamt in Waldenburg; 1933 NSDAP- und SA-Eintritt; 1934 – 1936 Referent beim Landesarbeitsamt Schlesien, 1936 – 1938 in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, von 1939 an im RArbM tätig, 1941 MinR., von 1942 an beim Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz.

4 So im Original.

5 Nicht aufgefunden.

6 In Köln hatte die Glanzstoff-Courtaulds GmbH über 200 Juden innerhalb des Betriebs mit einem Abzeichen gekennzeichnet.

7 Nicht ermittelt.

8 Nicht ermittelt.

Kennzeichnung, zumal in der Form eines gelben Davidsterns, der auf Brust und Rücken getragen werden müsse, nicht erforderlich. Es werde daher um Abhilfe gebeten. Ass. Jagusch wird sich zunächst mit dem Arbeitsamt in Verbindung setzen.

3. *Betreuung der Juden in Eupen und Malmedy*

Die Anfrage der Bezirksstelle Köln wird vorgetragen.⁹ Nachdem das Gebiet von Eupen und Malmedy gesetzlich eingegliedert ist, äußert Ass. Jagusch keine Bedenken dagegen, daß die dort wohnhaften Juden durch die Reichsvereinigung bzw. durch die Bezirksstelle Köln betreut werden.¹⁰

4. *Berichtsaufgaben von Staatspolizeibehörden über die Auswandererabgabe*

Es wird vorgetragen, daß eine Reihe von jüdischen Kultusvereinigungen seitens der Staatspolizeistellen in bezug auf die Auswandererabgabe Auflagen erhalten hat. In Köln soll z. B. jede Freigabe aus der Auswandererabgabe, die die Gemeinde bei der Reichsvereinigung beantragt, vorher durch die Stapo genehmigt werden. In Bremen soll auf Veranlassung der Stapo ein Fonds von RM 10 000.– der Kultusvereinigung seitens der Reichsvereinigung zur Verfügung gestellt werden, aus dem sich die Stapo Bewilligungen vorbehält, obwohl Bremen nicht Erhebungsstelle für die Auswandererabgabe ist. In Magdeburg und Chemnitz sollte ein Sonderfonds neben der Auswandererabgabe auf Veranlassung der Stapo errichtet werden. Weitere Berichte liegen bisher aus Leipzig, Hannover und Stolp vor. Ass. Jagusch ersucht um einen zusammenfassenden schriftlichen Bericht, der gleichzeitig an das Referat IV D 4 gehen soll.¹¹

5. *Einstellung einer Säuglingsschwester aus Kattowitz*

Es wird vorgetragen, daß die Jüdische Gemeinde Berlin in ihrem Säuglings- und Kleinkinderheim Berlin-Niederschönhausen eine staatlich geprüfte Säuglingsschwester, die zurzeit ihren Wohnsitz in Kattowitz hat, einzustellen beabsichtigt, da geeignete Fachkräfte im Altreich nicht zur Verfügung stehen. Ass. Jagusch erhebt in diesem Ausnahmefall gegen die Einstellung keine Bedenken.

6. *Unterbringung eines Kriegsbeschädigten, zurzeit Neuendorf, bei Verwandten in Berlin*

Es wird vorgetragen, daß unter den in Schneidemühl zusammengezogenen und dann nach Neuendorf verbrachten Juden sich der jüdische Kriegsbeschädigte Ernst Israel *Levin* mit Frau und Tochter befindet, der durch seine Kriegsverletzung außerordentlich reizbar ist und sich in die Gemeinschaft in Neuendorf daher nur unter großen Schwierigkeiten einzuordnen vermag. Es wird die Genehmigung zur Einzelunterbringung in Berlin erbeten. Ass. Jagusch äußert dagegen unter Würdigung der besonderen Umstände keine Bedenken, erklärt jedoch, daß dies ein Ausnahmefall bleiben müsse.¹²

7. *Stettin*

Auf Befragen von Ass. Jagusch wird über den derzeitigen Stand der Übernahme von Spinnstoff und Schuhwaren aus den Wohnungen der abtransportierten Juden aus dem Regierungsbezirk Stettin berichtet, insbesondere über das Ergebnis der Verhandlungen

⁹ Nicht aufgefunden.

¹⁰ Das Gebiet Eupen-Malmedy wurde dem Deutschen Reich nach dem Überfall auf Belgien im Mai 1940 angeschlossen.

¹¹ Nicht aufgefunden. Das Referat IV D 4 des RSHA firmierte bis März unter der Bezeichnung „Auswanderung, Räumung“ und unterstand Adolf Eichmann.

¹² Vermutlich Ernst Lewin (*1895) aus Falkenburg in Pommern, am 3. 10. 1942 von Berlin nach Theresienstadt und von dort am 6. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert. Neuendorf war ein Hachschara-Lager bei Fürstenwalde. Zu den Deportationen aus Schneidemühl siehe Einleitung, S. 38 f.

des Beauftragten der Reichsvereinigung mit dem Treuhänder Dr. Lenz. Es wird dabei vorgetragen, daß eine käufliche Übernahme der Sachen aus den Wohnungen durch die Reichsvereinigung insoweit mit der Sammelsendung von Sachen nach Lublin grundsätzlich in Aussicht gestellt worden war, in Widerspruch stehe, als dadurch die Reichsvereinigung die Gegenstände, die nach Lublin versandt werden sollen, den Empfängern mittelbar bezahle.¹³ Aus diesem Grunde sei folgender Vorschlag in Erwägung zu ziehen: Die Taxierung der Gegenstände und die Übernahme wird wie vorgesehen beendet. Nach der Übernahme wird eine Aussonderung der Gegenstände für die Sammelsendung vorgenommen. Deren Taxwert wird an dem Gesamttaxwert abgesetzt. Seitens der Reichsvereinigung wird auf das Sperrkonto der einzelnen nach Lublin Abtransportierten dann nur der Differenzbetrag überwiesen, anteilmäßig umgelegt nach Maßgabe derjenigen Zahlungen, die bei Entrichtung des Gesamttaxwerts hätten vorgenommen werden müssen.

Ass. Jagusch hält die Durchführung dieser Regelung für möglich, wonach also die Gegenstände der Sammelsendung kostenlos von der Reichsvereinigung übernommen und nach Lublin übersandt werden sollen, sobald die hierzu erforderliche Genehmigung des Herrn Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) Stettin erteilt ist. Ein schriftlicher Bericht hierüber soll eingereicht werden.¹⁴

8. Treuhänder Breslau

a) Treuhänder für die Gemeinde Breslau

Ass. Jagusch erklärt, daß er den Vorgang in der erörterten Weise bereits an das Reichswirtschaftsministerium und an die Staatspolizeileitstelle Breslau weitergegeben habe. Es wird vorgetragen, daß sich inzwischen an den Funktionen des Treuhänders nichts geändert habe. Ass. Jagusch sagt eine nochmalige Rückfrage beim Reichswirtschaftsministerium zu.¹⁵

b) Treuhänder für Einzelpersonen

Ass. Jagusch erklärt, daß er der Staatspolizeileitstelle Breslau Anweisung gegeben habe, daß die Bestellung von Einzeltreuhändern abgestellt werde. Es wird vorgetragen, daß nach einem gestern erstatteten Bericht des Vorstands der Jüdischen Kultusvereinigung Breslau bisher die Einsetzung von Treuhändern für Einzelpersonen nicht widerrufen worden sei. Es wird daher um eine erneute Nachprüfung gebeten.

9. Synagogengrundstücke

Ass. Jagusch erkundigt sich nach der Verwertung der Synagogengebäude, die im November 1938 abgebrannt sind bzw. nach der Verwertung der entsprechenden Grundstücke. Es wird darüber berichtet, daß im Reich zum größten Teil die Synagogen bereits abgetragen seien, in Berlin schweben Verhandlungen wegen des Verkaufs der Grundstücke.

Ass. Jagusch ersucht um einen schriftlichen Bericht über die Verwertung der Grundstücke, namentlich in Berlin. Nachdem für den Gottesdienst eine ausreichende Zahl von Synagogen wieder freigegeben worden sei, müsse nunmehr dafür Sorge getragen werden, daß die anderen Grundstücke baldmöglichst verwertet werden.¹⁶

¹³ So im Original.

¹⁴ Nicht aufgefunden.

¹⁵ Nicht ermittelt.

¹⁶ Berichte sind überliefert in BArch, R 8150/4, Bl. 199 – 208 für verschiedene Orte im Reich und Bl. 209 – 212 für Berlin.

10. Haftentlassung Dr. Lamm

Der Sachverhalt wird vorgetragen und der schriftliche Bericht übergeben.¹⁷

11. Jüdisches Kurhospital Warmbrunn

Der Schriftwechsel mit dem Bürgermeister der Stadt Warmbrunn wird übergeben und im einzelnen erörtert. Ass. Jagusch ist der Auffassung, daß die Ertragswertberechnung bei der Bemessung des Kaufpreises außer Betracht zu bleiben habe und daß der Verkauf zum Einheitswert erfolgen solle. Es wird eine Entscheidung bezw. eine unmittelbare Weisung an den Herrn Bürgermeister der Stadt Warmbrunn erbeten.

Die anderen laufenden Angelegenheiten (Erweiterung Neuendorf, Vertrag Berkaerstraße, Mitarbeiter-Ausweise, Kraftwagen-Benutzung, Ausgehzeit Münster, Auswandererabgabe von Ausgewanderten) werden bis zur nächsten Erörterung zurückgestellt.

DOK. 84

**Jüdisches Nachrichtenblatt: Bekanntgaben der
Israelitischen Kultusgemeinde Wien vom 31. Mai 1940 über Reiseeinschränkungen
und das Auswanderungsgebot für Juden¹**

Verlautbarungen

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß kraft des bestehenden Aufenthaltsgebotes Reisen nur zur Erfüllung eines behördlichen Auftrags oder im Zusammenhang mit der Auswanderung unternommen werden dürfen.

Israelitische Kultusgemeinde Wien.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Personen, die von den zuständigen Arbeitsämtern zum *Arbeitseinsatz* herangezogen werden, ihre *Auswanderung nach wie vor vorzubereiten* haben. Sollte dies infolge der Abwesenheit von Wien nicht möglich sein, werden die in Wien weilenden *Angehörigen* aufgefordert, sich in den einzelnen Abteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien über die zu treffenden Maßnahmen beraten zu lassen.

Israelitische Kultusgemeinde Wien.

¹⁷ Vermutlich Dr. Fritz Lamm (1876 – 1942), Leiter der Wohlfahrts- und Jugendpflagestelle der Reichsvereinigung; wurde als Geisel für untergetauchte, zur Deportation bestimmte Mitarbeiter der Reichsvereinigung genommen und am 1.12.1942 erschossen.

¹ Jüdisches Nachrichtenblatt (Wiener Ausg.), Nr. 44 vom 31.5.1940, S. 1.

DOK. 85

**Die Landespflegeanstalt Grafeneck informiert Moritz Fleischer
am 5. Juni 1940 über den Tod seines Sohnes¹**

Schreiben der Landes-Pflegeanstalt Grafeneck, Münsingen, gez. Dr. Keller,² an Moritz Israel Fleischer,³ Stuttgart, Reuchlinstr. 9, vom 5.6. 1940

Sehr geehrter Herr Fleischer!

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß Ihr Sohn Ferdinand Israel Fleischer,⁴ der am 20. Mai 1940 auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars in die hiesige Anstalt verlegt werden mußte, unerwartet am 4. Juni 1940 infolge akuter Hirnschwellung verstorben ist.⁵ Bei seiner schweren unheilbaren Erkrankung bedeutet sein Tod Erlösung für ihn.

Auf Anweisung der Polizeibehörde mußte aus seuchenpolizeilichen Erwägungen heraus der Verstorbene sofort eingäschert werden. Wir bitten um Mitteilung, an welchen Friedhof wir die Übersendung der Urne mit den sterblichen Überresten des Heimgegangenen durch die Polizeibehörde veranlassen sollen. Sollten wir nach Ablauf von 14 Tagen keine Mitteilung von Ihnen erhalten haben, so werden wir die Urne gebührenfrei anderweitig beisetzen lassen. Die Kleidungsstücke des Verstorbenen, die keinen besonderen Wert darstellten und bei der Desinfektion gelitten haben, werden der NSV überwiesen.

Zwei Sterbeurkunden, die Sie für eine etwaige Vorlegung bei Behörden sorgfältig aufbewahren wollen, fügen wir bei.⁶

DOK. 86

**Valerie Scheffel aus Berlin schreibt ihrem Freund Karl Wildmann in den USA
am 7. Juni 1940 einen sehnsüchtigen Brief¹**

Brief von Valy Scheffel,² Berlin, an ihren Freund Karl Wildmann in den USA³ vom 7.6. 1940

Mein geliebter einziger Junge!

Du wirst mit mir sein in dieser Welt! Dieser eine Satz Deines letzten Briefes ist überall und immer um mich herum. Ich höre, sehe, fühle ihn. Immer wenn ich das tue, was ich all die Tage vorher auch tat, wenn ich Kinder verbinde, wenn ich nachts zu ihnen gerufen

1 LBI JMB, Karl Adler Collection, MF 572, reel 2, box 3, folder 1.

2 Die Ärzte in Grafeneck unterschrieben die Briefe an die Angehörigen der Ermordeten mit den Decknamen Dr. Keller oder Dr. Jäger.

3 Vermutlich: Moritz Fleischer (1872–1944), wohnhaft in Stuttgart, im Aug. 1942 nach Theresienstadt und im Mai 1944 nach Auschwitz deportiert, dort umgekommen.

4 Richtig: Ferdinand Fleischer (1907–1940), wurde am 20.5.1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Weissenau (Ravensburg) deportiert und am selben Tag in Grafeneck ermordet.

5 In den standardisierten Schreiben an die Angehörigen wurden fiktive Todesursachen angegeben; tatsächlich waren die Patienten im Rahmen der „Euthanasie“-Aktion ermordet worden.

6 Liegen nicht in der Akte.

1 Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601.

2 Valerie (Valy) Scheffel (*1911), Ärztin; lebte 1938 in Troppau; 1938 oder 1939 nach Berlin gezogen,

werde, wenn ich nachher nicht schlafen kann und krank vor Sehnsucht am Fenster hocke. Immer tröstet mich Dein: Du wirst mit mir sein ...; tröstet mich und quält mich dabei, denn *wann werde ich denn bei Dir sein, sag mir doch, ich bitte Dich, Geliebter, wann?* Ich weiß darauf keine Antwort, und das Konsulat weiß nur etwas von 1–2 Jahren, also unendlich, unvorstellbar, unausdenkbar, gleichbedeutend mit 100 Jahren für mich, die in aller kürzester Zeit, sofort, jetzt, bei Dir sein muß.

Nun beginnt der dritte Sommer ohne Dich. Und anstatt, daß ich jetzt mit Dir schwimmen, rudern,⁴ in den Wald gehe und alles Schöne, was es hier gibt, mit Dir erlebe, wie es doch so selbstverständlich ist, sitze ich hier und hacke irrsinnig traurig und wütend in die Maschine hinein. Und dabei ist der Sommer gerade heuer so wunderschön. Ach, ich habe Dir ja noch eine ganze Menge zu erzählen: Meiner Mama⁵ wurde die Leitung eines Altersheimes in Babelsberg, bei Potsdam (eine Stunde von Berlin) übertragen.⁶ Und dieses Heim ist in der Villa eines ehemaligen russischen Diplomaten untergebracht. Das Haus ist märchenhaft gelegen. Am höchsten Punkt des Ortes, unmittelbar neben der Universitätssternwarte, umgeben von einem riesengroßen, ganz verwilderten, urwaldähnlichen, märchenhaften Garten. Das Haus selbst ist wie eine Burg gebaut (ich werde hier allgemein das Burgfräulein genannt). Ganz oben gibt es eine große Kuppel, ein blaues Zimmer mit vielen, vielen kleinen Fenstern, früher ein Musikzimmer. Und hier bin ich am liebsten. Hier singe ich Solvey's Lied⁷ und alle die Lieder, die Du so lieb hattest. Hier sitze ich lange, lange Zeit und träume von Dir. Und dann gehe ich herauf auf das Dach oder steige auf die allerhöchste Spitze der Kuppel. Von hier hat man einen unwahrscheinlich schönen Blick über Villen, Wälder und Seen. Es ist ganz unfassbar schön. Und es tut so weh, daß ich das alles allein sehen muß und es Dir nicht zeigen darf. Ich werde Leute hier herausbringen müssen. Vielleicht werde ich, wenn ich nicht alleine bin, doch ab und zu mal vergessen können, daß nicht Du es bist, der mit mir hier ist ...

Rein sachlich ist die Übertragung der Heimleitung auf meine Mutter eine wunderbare Lösung. Meine Mama bekommt zwar nur ein kleines Gehalt, aber wir sind dadurch wenigstens die ganz schlimmen, bohrenden und manchmal beinahe dramatischen Existenzsorgen los. Und dann, was ganz und gar nicht zu unterschätzen ist, meine Mama hat wieder eine ihr entsprechende Arbeit. Sie hat wieder eine Leitung, sie kann wieder organisieren, dirigieren, eine ihr gestellte Aufgabe aufs beste lösen, steckt bis über den Hals in Arbeit und hat wieder mal absolut keine Zeit. Und das ist wunderbar so! Es gibt viel Arbeit hier, aber ich hoffe, sie kann es ohne Überanstrengung leisten. Und für ihre – zwar

arbeitete als Krankenschwester im Jüdischen Krankenhaus, Hilfsarbeiterin, Lehrerin im jüdischen Kindergartenseminar; erfolglose Bemühungen, in die USA zu emigrieren; heiratete im Jan. 1943 Hans Fabisch (1921–1943), der mit ihr am 29. 1. 1943 von Berlin nach Auschwitz deportiert wurde.

³ Karl Wildmann, auch Wildman (1912–1990), Arzt; emigrierte im Sept. 1938 in die USA, dort als praktischer Arzt tätig. Valerie Scheffel und Karl Wildmann hatten gemeinsam in Wien studiert; von Dez. 1939 an schrieb sie ihm regelmäßig.

⁴ So im Original.

⁵ Hanna T. Scheffel, geb. Flamm (*1885), genannt Toni, wurde am 12.3. 1943 nach Auschwitz deportiert und kam dort vermutlich ums Leben.

⁶ Das Altersheim Bergstraße 1, heute Spitzweggasse, in Potsdam-Babelsberg wurde 1940 errichtet, diente dann als Sammellager vor Deportationen und wurde schließlich bis 1945 von der Gestapo genutzt; das Gebäude wurde nach dem Krieg abgerissen.

⁷ Gemeint ist Solveigs Lied aus der von Edvard Grieg komponierten Bühnenmusik zu Henrik Ibsens Drama „Peer Gynt“.

sehr kurze – Freizeit hat sie Garten und Balkons. Ich bin unendlich froh und dankbar, daß das alles so kam, d. h. daß meine Mutter diesen Posten bekam.

Ich kann leider nicht in Babelsberg wohnen. Ich mußte mir ein kleines möbliertes Zimmer in der Nähe des Krankenhauses mieten – das erste möblierte Zimmer für mich allein ohne Dich –, komme aber jedes Wochenende – ab und zu mal auch unter der Woche – heraus.

Beruflich geht es mir gut. Ich hatte jetzt durch zwei Wochen die Kinderstation allein geführt. Eine Ärztin war auf Urlaub, die andere krank. Während dieser Zeit wohnte ich auch im Krankenhaus. Leider hat das nun aufgehört. Gerade während meiner Vertretung gab es maßlos auf der Station zu tun. Wir hatten – Multiplizität der Fälle – drei Empyeme,⁸ zwei seröse Pleuritiden,⁹ zwei schwere Pneumonien bei Frühgeburten – neben den gewöhnlichen Sachen: Otitis,¹⁰ Bronchitis, Drüsenabzesse, Ekzem usw. Das war so eine kleine Kraftprobe! Ich hätte nie gedacht, daß ich sie bestehen würde. Und ich habe sie doch ganz gut bestanden! Natürlich kam der Chef der Station täglich auf eine Stunde zur Visite. Aber er kam auch nicht öfter und blieb auch nicht länger, als bei Anwesenheit der Stationsärztin. Eines der schwierigsten Probleme für mich waren die Schwestern: Das ist eine eigene Gattung Mensch, so eine Schwester, zumindest auf der Kinderstation. Sie sind privat ja alle recht nett, aber auf der Station hat erst einmal nur die Oberschwester zu sagen, dann kommt lange nichts und dann die anderen Schwestern und schließlich evt. auch mal wir. Die werden noch mal sterben vor Wichtigkeit, diese Schwestern!

Liebling, ich habe mich ja schon so oft erkundigt, wann meine Nummer¹¹ an die Reihe kommt. Ich erfahre aber immer nur so dilatorisch, daß das in ein – zwei Jahren der Fall sein dürfte. Aber verlängern wirst Du wahrscheinlich das Affidavit nicht müssen. Das soll angeblich jetzt nicht nötig sein. Aber all das ist ja noch leider so gar nicht aktuell. Aber [ich] werde nochmals aufs Konsulat gehen und mich erkundigen.

Bitte schreibe mir doch bald und viel. Du ahnst nicht, wie unbeschreiblich ich mich über Deine Briefe freue! Bitte schreibe sehr bald. Ich möchte so gerne wissen, was mit Deiner Praxis wird und was Du sonst für Pläne hast. Wie geht es Deiner l. Mama? Grüße sie bitte aller-allerherzlichst von mir. Und Zilli und Karl¹² auch. Kommst Du mit Kollegen von uns zusammen? Ist Lonka Schlüssel schon in USA? Grüße bitte auch sie recht herzlich! Und nun leb wohl – für heute und sei unendlich viele Male geküßt
Deine Valy

Liebling, ich habe soeben von Herrn Jurmann, dem Schwager von Paula, erfahren, daß unsere Affidavits getrennt werden müssen, d. h. eines für mich allein und eines für meine Mutter allein, und daß dies erst von USA aus beantragt werden muß. Diese Erledigungen dauern oft sehr, sehr lange u. es ist besser u. zeitsparender, wenn alle diese administrativen Fragen jetzt schon in Angriff genommen werden u. erledigt sind, sobald ich aufgerufen werde. Und dann meinte er, daß mehrere gute Verwandtschaftsaffidavits die Chancen natürlich verbessern. Könntest Du mir bitte den genauen Verwandtschaftsgrad meiner

⁸ Ansammlung von Eiter in einer Körperhöhle.

⁹ Pl. von Pleuritis: Brustfellentzündung.

¹⁰ Ohrenentzündung.

¹¹ Für die Ausreise in die USA vergaben die Konsulate Wartenummern.

¹² Celia (Zilli) Feldschuh, geb. Wildmann (1910–2000), die Schwester Karl Wildmanns, und ihr Ehemann Karl.

Affidavitgeber bekanntgeben, da ich ja diese Verwandten nicht so genau kenne und man genaue Angaben über den Grad der Verwandtschaft machen muß. Und bitte sei so lieb und veranlasse – falls nötig – eine Trennung unserer Affidavits.

Nochmals alles Liebe!

Deine Valy

Entschuldige bitte, mein Liebster, wenn dieser Bogen zerknittert ist. Ich schrieb auf der Dachterrasse während eines heftigen Windes – der tat diesem Papier nicht sehr gut. Ich kann mich nicht entschließen, mit dem Schreiben an Dich aufzuhören. Ich will wenigstens dieses intensive An-dich-denken u. dieses In-Gedanken-bei-Dir-sein so lange als möglich ausdehnen! Mein geliebter einziger Junge, ich möchte so wahnsinnig gerne zu Dir! – Jeder Tag bringt mich ja dem Rüberkommen näher. Und jetzt ist wieder bald ein Tag vorbei.

Vielleicht wird es doch noch einmal werden?!

Küsse u. gute Nacht!¹³

DOK. 87

Heydrich stellt am 13. Juni 1940 klar, dass er allein für die Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet zuständig ist¹

Schreiben des RSHA, IV D 4 – 2 (Rz) I746/40, gez. Heydrich, an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, z. Hd. Herrn Ministerialrat Dr. Müller,² Berlin NW 40, Königsplatz 6, vom 13.6. 1940, weitergeleitet (vertraulich!), i.V. gez. Müller,³ an alle Staatspolizei(lei)stellen im Reichsgebiet (außer neue Ostgaue!), nachrichtlich an alle SD-(Leit)Abschnitte im Reichsgebiet (außer neue Ostgaue!) am 23.7. 1940⁴

Betrifft: Tätigkeit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen.

Vorgang: Ohne.

Nachstehend gebe ich ein an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen gerichtetes grundsätzliches Schreiben abschriftlich zur Kenntnis.

Betrifft: Jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet

Vorgang: Ohne

Wie ich aus einem mir vorgelegten Fragebogen der Ihnen unterstellten Öffentlichen Auswandererberatungsstelle Köln, der sich hauptsächlich mit der jüdischen Auswanderung

¹³ Der letzte Absatz wurde handschriftlich am jeweils linken Rand der beiden Briefbögen hinzugefügt.

¹ RGVA, 503k/1/35, Kopie: USHMM, RG-11.001M4, reel 74.

² Dr. Dr. Adolf Müller (1886 – 1974), Jurist, Verwaltungsbeamter; von 1914 an im Bayer. Statistischen Landesamt, 1919 – 1921 im Statistischen Reichsamt und 1921/22 im RMEuL tätig, 1922 – 1933 Wirtschaftsreferent für die besetzten rheinischen Gebiete im RMdI, 1933 – 1944 stellv. Direktor der Reichsstelle für das Auswanderungswesen; nach 1945 Gründer des Sozialen Volksbunds Hessen-Pfalz.

³ Heinrich Müller.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Dienststempel der Gestapo und Eingangsstempel vom 24.6. 1940.

nach den USA befaßt,⁵ entnehme, geschieht von dort eine direkte Einflußnahme auf die jüdischen Gemeinden.

Im Interesse der einheitlichen Ausrichtung des gesamten jüdischen Wanderungsproblems im Reichsgebiet weise ich darauf hin, daß die Tätigkeit der Auswandererberatungsstellen ausschließlich im Rahmen der durch den Herrn Generalfeldmarschall⁶ in seiner Anordnung über die Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung vom 24. 1. 1939 niedergelegten Richtlinien erfolgen darf.⁷ Demnach ist die Reichsstelle für das Auswanderungswesen samt ihren nachgeordneten Stellen lediglich insofern innerhalb der jüdischen Auswanderung tätig, als sie zusammen mit der Reichszentrale geeignete Zielländer feststellt.

Entsprechend dem Auftrag des Generalfeldmarschalls bin ich allein für die Durchführung und Steuerung der gesamten jüdischen Auswanderung aus dem Reichsgebiet zuständig. Deshalb bitte ich, zukünftig nur noch im engsten Einvernehmen mit den Staatspolizei(leit)stellen zu handeln, die wiederum von mir laufend mit besonderen Richtlinien versehen werden.

Bei der jüdischen Auswanderung aus dem Reichsgebiet handelt es sich um eine Angelegenheit, die keinesfalls in Anlehnung an die bisherige Praxis der Auswanderung deutscher Menschen etwa nach Übersee gehandhabt werden kann. Daher kann auch meines Erachtens das Auswanderungsgesetz von 1898 hierbei, da alle Voraussetzungen, die damals den Gesetzgeber bestimmten, im Sektor „Judenauswanderung“ nicht gelten können, keine Anwendung finden.⁸ Es muß vielmehr in jedem Einzelfalle meinen Dienststellen vorbehalten bleiben, von Fall zu Fall Projekte zu prüfen und nötigenfalls die technische Durchführung der Auswanderung jüdischen offiziellen und nichtjüdischen privaten Stellen zu übertragen und deren Tätigkeit zu überwachen. Lediglich hinsichtlich der Geschäftsgebarung solcher Unternehmer kann ich eine Einschaltung der Reichsstelle für das Auswanderungswesen als Aufsichtsbehörde als gerechtfertigt ansehen.

Ich darf um entsprechende Anweisung an Ihre Dienststellen bitten.

gez. Heydrich.

Ich ersuche, zukünftig nach der dadurch erfolgten Klärung der Arbeitsgebiete die Behandlung der jüdischen Auswanderung in die Hand zu nehmen.

⁵ Nicht ermittelt.

⁶ Hermann Göring.

⁷ Siehe VEJ 2/243.

⁸ Richtig: Reichsgesetz über das Auswanderungswesen vom 9. 6. 1897. Bei dieser ersten reichseinheitlichen Regelung lag das Hauptaugenmerk auf der zentralen Steuerung der Emigration aus dem Reichsgebiet. Das Gesetz bezweckte jedoch auch die „Erhaltung des Deutschtums unter den Auswanderern und [die] Nutzbarmachung der Auswanderung für die Interessen des Mutterlandes“; RGBl. 1897, S. 463–472, sowie Paul Goetsch, Das Reichsgesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 nebst Ausführungsbestimmungen, Berlin 1898, S. 207.

DOK. 88

Ein anonymen Verfasser schildert am 16. Juni 1940 die Lebensbedingungen für Juden in München und Berlin¹

Schreiben von F. vom 18.6. 1940 (Abschrift)²

Meine Lieben!

... Am 7.5. verließ ich München, war bei G. noch einen Tag und besuchte mit ihr ihre Freunde und arischen Verwandten, bei denen sie aus- und eingeht. Sie ist noch am besten von allen untergebracht, hatte stets genug zu essen und schickte noch viel an uns nach Berlin. Auch wir kamen dort ja durch, aber der Einkauf selbst der einfachsten Gemüse war ein täglicher Kampf, der für die Juden noch schwieriger wurde, da sie Lebensmittel- und auch einen großen Teil anderer Läden – in den letzten Monaten erst nach 12 Uhr betreten durften.³ Zwar hoben sehr viele Kauf- und Marktleute Ware für ihre alte jüdische Kundschaft auf, und es spielten sich überhaupt sehr viel rührende Szenen ab, da die Geschäftsleute im allgemeinen sehr verbittert waren, aber viele mußten doch unter diesen Zuständen leiden.

In München gab es viel mehr und ohne stundenlanges Anstehen zu kaufen, aber hier mußten die Juden ihre Lebensmittel nur in wenigen Geschäften kaufen, die hierfür extra ausgesucht wurden, und aus ihren Wohnungen wurden sie ausgewiesen oder auf einzelne Zimmer beschränkt, nebst anderen Schikanen.⁴ Dazu wurden in allen kleineren und mittleren Städten sämtliche Vermögen beschlagnahmt und nur wenig Geld zum Leben freigegeben. In Berlin war dies nicht so allgemein, wenn auch der größte Teil der vermögenden Leute davon betroffen wurde.

Ich fürchte, daß die Lebensmittel während der letzten Offensive noch mehr den Städtern entzogen wurden, da ja alles Verfügbare an die Front ging, wo alle Soldaten gut gepflegt wurden. Nun, es wird immerhin auszuhalten sein, zumal durch die Invasion in Frankreich nun wohl wieder neue Reserven für Militär und Zivilbevölkerung geschaffen wurden und weitere Vorräte nach dem Erliegen Frankreichs ja nicht mehr geschaffen zu werden brauchen. Auch sonst gab es übrigens fast nichts mehr zu kaufen. Kein Geschäft konnte mehr existieren, das nichts zuzusetzen hatte. Die Industrie war restlos auf Kriegs- oder Frontbedarf umgestellt, und es wird Monate brauchen, bevor wieder die Privatindustrie in Gang kommen wird, besonders wenn England nicht nachgibt. Die Juden wurden, gerade als ich wegging, aufgefordert, sich beim Arbeitsnachweis zu stellen: Männer bis zu 55, Frauen bis zu 50 Jahren.⁵ Vielen war dies angenehm, da sie ja nichts mehr zum Leben hatten, viele aber waren auch schon vorher in Arbeit in Fabrikbetrieben und Stra-

1 Wiener Library, 049-EA-0655. Dr. Alfred Wiener gründete 1933 in Amsterdam das Jewish Central Information Office, das nach seiner Emigration im Frühjahr 1939 am 1.9. 1939 in London wiedereröffnet und bald in Wiener Library umbenannt wurde. Wiener und seine Mitarbeiter sammelten Berichte von Flüchtlingen aus Deutschland, um brit. Regierungsstellen über die Verfolgung der Juden zu informieren.

2 Auslassungszeichen wie im Original.

3 Zur Einschränkung der Einkaufszeiten siehe Dok. 36 vom 8.12.1939, Anm. 7.

4 Siehe auch Dok. 15 vom 28.9. 1939 und Dok. 26 vom 21.10. 1939.

5 Die Anweisung wurde veröffentlicht im Jüdischen Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 41 vom 21.5.1940, S. 2.

ßenbau, Schneeschippen im Winter etc. Nun ist ja leider zu befürchten, daß sämtliche Juden wieder aus allen Betrieben herausgeworfen werden, um den zurückströmenden Massen Platz zu machen. Noch furchtbarer, wenn gleichzeitig eine allgemeine Evakuierung nach polnischen Gegenden eintreten würde. In welches Elend s.Z. die Juden aus Stettin hineingepfercht wurden, ist grausig.⁶ Mitte Mai sind ja inzwischen auch die Juden aus Ost-Oberschlesien in die Umgebung von Krakau oder sonstwohin gebracht worden.⁷ Diese Umsiedlungen drohten ja dauernd über uns hereinzubrechen und wurden wohl stets nur abgesagt, weil man doch noch die Juden zur Arbeit heranziehen wollte. Vielleicht ist inzwischen diese Umsiedlung besser vorbereitet worden, so daß in den neuen Gebieten ein Aufbau möglich ist. Aber auch alte und kranke Leute wurden bisher ohne Rücksicht verschickt. E. zitterte besonders darum, weil sie in Breslau noch schärfer bedrängt wurden und vor die Gestapo geladen wurden, um zur Auswanderung gepreßt zu werden ...

G., die in München durch die frühere Mischehe fast den Ariern gleichgestellt ist, auch [eine] Kleiderkarte erhielt, während das für die andern Juden ein bitterer Mangel war, da sie ja nicht einmal Zwirn und Stopfzeug bekamen (erst in letzter Zeit ein wenig),⁸ wird wahrscheinlich auch bei einer Evakuierung nicht wegkommen ...

Bevor ich von hier zu berichten anfangen, noch das folgende: In besseren deutschen Kreisen sagte man: Den eingebrockten Krieg müssen wir ja nun wohl oder übel gewinnen, aber dann muß das Hitler-System verschwinden ...

Mit herzlichen Grüßen rundum

Euer F.

DOK. 89

Heydrich drängt am 24. Juni 1940 gegenüber Außenminister Ribbentrop auf eine „territoriale Endlösung“¹

Schreiben des Chefs der Reichspolizei und des SD (IV D 4 – 1574/40), gez. Heydrich, an den Reichsaußenminister, SS-Gruppenführer Joachim von Ribbentrop,² vom 24. 6. 1940 (Abschrift Pol. XII 136)

Lieber Parteigenosse von Ribbentrop!

Der Herr Generalfeldmarschall³ hat mich im Januar 1939 in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan mit der Durchführung der jüdischen Auswanderung aus dem gesamten Reichsgebiet beauftragt.⁴ In der Folgezeit gelang es, trotz großer Schwie-

6 Zu den Deportationen aus Stettin in den Distrikt Lublin im Febr. 1940 siehe Dok. 52 vom 12./B.2. 1940 und Einleitung, S. 38 f.

7 Ende April 1940 hatte die Gestapo Kattowitz Anweisung gegeben, die jüdische Bevölkerung aus Ost-Oberschlesien zu vertreiben; siehe VEJ 4/112.

8 Siehe auch Dok. 36 vom 8. 12.1939, Anm. 4.

1 PAAA, R 100857, Bl. 192.

2 Joachim von Ribbentrop (1893–1946), Kaufmann; 1932 NSDAP- und 1933 SS-Eintritt; von 1934 an außenpolitischer Berater Hitlers (Dienststelle Ribbentrop), 1936 – 1938 Botschafter in London, von 1938 an Reichsaußenminister; 1945 verhaftet, im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

3 Hermann Göring.

4 Siehe VEJ 2/243.

rigkeiten, selbst auch während des Krieges, die jüdische Auswanderung erfolgreich fortzusetzen. Seit Übernahme der Aufgabe durch meine Dienststelle am 1. Januar 1939 sind bisher insgesamt über 200 000 Juden aus dem Reichsgebiet ausgewandert. *Das Gesamtproblem* – es handelt sich bereits um rund 3¼ Millionen Juden in den *heute* deutscher Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten – kann aber *durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden. Eine territoriale Endlösung wird daher notwendig.

Ich darf bitten, mich bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten, zu beteiligen.

Heil Hitler!

DOK. 90

The New York Times: Interview mit Nahum Goldmann vom Jüdischen Weltkongress, in dem dieser am 25. Juni 1940 vor der Vernichtung von sechs Millionen europäischen Juden warnt¹

Nazi-Agitation dient als Deckmantel. Propaganda nur Tarnung, um Demokratie zu zerstören

Der Versuch des Nazi-Regimes, Amerika durch Propaganda und Antisemitismus zu erobern, ist nur der Deckmantel, hinter dem es sein eigentliches Ziel verbirgt: die Zerstörung der demokratischen Institutionen. Dies stellte Dr. Nahum Goldmann,² der Vorsitzende des Verwaltungskomitees des Jüdischen Weltkongresses, gestern fest, nachdem er letzten Freitag, aus der Schweiz kommend, hier eingetroffen war.

„Falls die Nazis den Endsieg erringen sollten“, sagte Dr. Goldmann in einem Interview im Hotel Astor, „sind sechs Millionen Juden in Europa zum Untergang verurteilt. Ihre einzige Hoffnung liegt in einem Sieg der Briten.“

Er forderte die amerikanischen Juden auf, sich dem Beispiel des amerikanischen Volks anzuschließen, und drängte sie zur Bildung einer geschlossenen Verteidigungsfront. Er kündigte die Gründung eines Panamerikanischen Jüdischen Kongresses an, um die Rechte der Juden zu schützen, und teilte mit, dass diese Körperschaft schon bald unter Beteiligung der lateinamerikanischen Delegationen hier in diesem Land zu ihrer ersten Sitzung zusammentreffen werde.³

¹ The New York Times, Nr. 30103 vom 25.6.1940, S. 4: Nazi Publicity here held smoke screen. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Die Tageszeitung The New York Times erscheint seit 1851.

² Dr. Nahum Goldmann (1895–1982), Jurist; Redakteur der Encyclopaedia Judaica; 1926–1933 Vorstandsmitglied der ZVfD; emigrierte 1933 in die Schweiz, 1934–1940 Vertreter der Jewish Agency for Palestine beim Völkerbund, 1936 Mitbegründer und dann Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands des Jüdischen Weltkongresses; 1951–1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses sowie 1956–1968 der Zionistischen Weltorganisation.

³ Die erste panamerik. Konferenz des Jüdischen Weltkongresses fand im Nov. 1941 in Baltimore statt. Zu den dort aufgestellten Forderungen zählten Hilfs- und Entschädigungsleistungen für Opfer des Nationalsozialismus, die Wiedererlangung der Rechtsgleichheit für Juden und die Beteiligung an einer etwaigen Friedenskonferenz; NYT, Nr. 30621 vom 25.11.1941, S. 6, sowie Nr. 30622 vom 26.11.1941, S. 9.

„Die Chancen für eine Massenemigration und Ansiedlung der europäischen Judenheit scheinen gering zu sein, und die europäischen Juden sehen sich mit der drohenden physischen Vernichtung konfrontiert“, führte er weiter aus. „Selbst die 4 000 000 Juden unter sowjetischer Herrschaft, die zurzeit frei von rassistischer Diskriminierung sind, werden im Fall eines Endsiegs der Nazis nicht sicher sein.“

Dr. Goldmann erklärte, dass der Hauptsitz des Jüdischen Weltkongresses in den Vereinigten Staaten eingerichtet werde. Er ergänze die bereits bestehenden Niederlassungen in London und Genf sowie das neu eingerichtete Büro in Buenos Aires. Die Pariser Niederlassung der Organisation sei an dem Tag, an dem die Nazis Paris besetzten, geschlossen worden.

DOK. 91

Eichmann fordert jüdische Funktionäre aus Berlin, Prag und Wien am 3. Juli 1940 auf, eine Denkschrift zur Auswanderung aller Juden aus Europa auszuarbeiten¹

Aktennotiz Nr. 44 über Rücksprache im RSHA von Jakob Edelstein,² Prag, Dr. Franz Weidmann,³ Prag, Dr. Josef Löwenherz, Wien, Dr. Paul Eppstein, Berlin, am 3.7.1940, 15.30 Uhr

I. Mit Herrn Hauptsturmführer Eichmann

1. Tätigkeitsberichte

Gemäß Aufforderung von HSTF Eichmann wird über die Tätigkeit auf dem Gebiete der Auswanderung, der Organisation und hinsichtlich der Finanzen berichtet.

Dr. *Löwenherz* soll binnen vier Wochen eine Statistik der in der Ostmark lebenden Juden, geordnet nach den von ihnen zuletzt vor dem Umbruch 1938 verübten Berufen, der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien vorlegen, ferner ein namentliches Verzeichnis der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die sich noch in der Ostmark befinden, Staatenlose sind hiebei nicht zu berücksichtigen. Dr. *Löwenherz* wird ferner beauftragt, binnen 4 Wochen weitere 100 Angestellte der Israel. Kultusgemeinde Wien zu kündigen. Auf Grund eines Vortrages von Dr. *Löwenherz* über den Verkauf des Grundstückes Wien IX., Müllnergasse, das an eine Privatperson für RM 40 000,- verkauft werden soll, wogegen ein anderer Käufer bereits RM 60 000 bietet, gibt HSTF Eichmann den Auftrag, einen diesbezüglichen Bericht samt Antrag an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien zu überreichen, wonach der Sachverhalt von ihm nochmals überprüft werden wird.⁴ HSTF Eichmann erklärt auch, daß weitere Abverkäufe der der Israel. Kultus-

1 Kopie: IfZ/A, Eichmann-Prozess, T-143.

2 Dr. Jakob Edelstein (1903–1944), Jurist, zionistischer Verbandsfunktionär; von 1929 an im Hauptbüro des Hechaluz tätig, von 1933 an Leiter des Palästina-Amtes in Prag, führender Vertreter der tschech. Juden gegenüber der deutschen Verwaltung, verantwortlich für Fragen der Auswanderung; am 4. 12.1941 nach Theresienstadt deportiert, war dort von 1941 bis Jan. 1943 Judenältester, wurde im Dez. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort am 20. 6. 1944 zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn erschossen.

3 Franz, auch František Weidmann (1910–1944), Vorsteher der studentischen Vereinigung „Kapper“, leitete nach der Emigration seines Vorgängers Emil Kafka 1939 die JKG Prag; am 28. 1.1943 nach Theresienstadt deportiert, dort Mitglied des Ältestenrats, am 28. 10.1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Das Grundstück Müllnergasse 21 war bis 1939 Eigentum des Israelitischen Bethausvereins Chewra

gemeinde Wien und der Allgemeinen Stiftung eigentümlich gehörenden Grundstücke in seinem Auftrage nicht erfolgen werden. Die Verwaltung dieser Grundstücke und der Wertpapiere wird die Israel. Kultusgemeinde Wien als Treuhänder unter der Kontrolle der Zentralstelle für jüdische Auswanderung [...] ⁵ haben. Die bereits auf ein Sonderkonto eingezahlten Beträge aus dem Titel des Kaufpreises für die abverkauften Grundstücke in der Provinz und in Wien und die noch einfließenden Kaufpreisbeträge werden nach Berechnung und Abstattung der Aufbauumlage über besonderes Einschreiten der Kultusgemeinde für Auswanderungs- und Fürsorgezwecke ausbezahlt werden. Die Verfügung über diese Beträge durch die Kultusgemeinde kann erst nach erfolgter Bewilligung vom HSTF Eichmann erfolgen. Wegen der Finanzen der Kultusgemeinde hat Dr. Löwenherz am 4. Juli um 11 Uhr vormittags bei HSTF Eichmann vorzusprechen.

2. Sondertransporte nach Palästina.

Ein Bericht über die Durchführbarkeit von Sondertransporten nach Palästina ist morgen nach Rücksprache mit Herrn Berthold Israel *Storfer*, ⁶ der heute Abend in Berlin eintreffen soll, zu erstatten.

3. Schutzhäftlinge.

Es wird dringend darum gebeten, Anträge auf Enthaltung von im Konzentrationslager befindlichen Schutzhäftlingen zuzulassen. HSTF Eichmann erklärt, daß dies zur Zeit nicht möglich sei. Dies gilt zunächst auch für die weiterhin vorgetragene Bitte, jugendliche Schutzhäftlinge aus der Schutzhaft zu entlassen. ⁷

4. Auswanderungsfrage.

HSTF Eichmann erklärt nach Entgegennahme der Berichte über den gegenwärtigen Stand der Auswanderung, daß die Bemühungen um die Auswanderung über den Fernen Osten sowie über Lissabon fortzusetzen sind.

Nach Beendigung des Krieges werde jedoch voraussichtlich eine Gesamtlösung der europäischen Judenfrage angestrebt werden müssen. Es werde sich hierbei um etwa 4 Millionen Juden in den in Betracht kommenden europäischen Staaten handeln. Die Einzelauswanderung werde für deren Ansiedlung nicht ausreichend sein, wenn auch in besonderen Fällen die Einzelauswanderung weiter zugelassen werden wird. HSTF Eichmann fragt, ob bereits nach dieser Richtung Erwägungen oder Pläne erörtert worden seien. Diese Frage wird verneint. HSTF Eichmann erteilt den Auftrag, die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei einem solchen Plan zu berücksichtigen wären, in einer kurzen Niederschrift zusammenzufassen. ⁸

Es wird darauf hingewiesen, daß ein solcher Plan nur im Hinblick auf ein konkretes Siedlungsgebiet, auf die Sicherstellung der Finanzierung, besonders durch staatliche Mit-

Beth Hatfila und ging nach dessen Auflösung an die IKG Wien über. Am 23.9. 1940 wurde es an den Bäckermeister Alois Stefan verkauft. Im Dez. 1947 erhielt die IKG Wien es durch einen Beschluss der Rückstellungskommission zurück.

⁵ Ein Wort unleserlich.

⁶ Berthold Storfer (1880–1944), Geschäftsmann; 1928 zum Kommerzialrat ernannt, bis 1938 Mitinhaber mehrerer Unternehmen; Delegierter der Wiener Juden bei der internationalen Flüchtlingskonferenz in Evian; organisierte als Leiter des von ihm gegründeten Ausschusses für jüdische Überseetransporte die illegale Immigration nach Palästina; er wurde im Sommer 1943 nach Auschwitz deportiert und dort im Nov. 1944 erschossen.

⁷ Siehe Dok. 67 vom 10.4. 1940.

⁸ Josef Löwenherz legte den angeforderten Bericht offenbar einen Tag später vor; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz (wie Dok. 16, Anm. 7), S. 27.

tel, sowohl der Auswanderung als auch der Ansiedlung sowie auf die Siedlungsorganisation möglich sei. HSTF Eichmann erklärt, daß es sich zur Zeit nur um die Aufstellung von Richtlinien handeln solle, die die Durchführung eines solchen Auswanderungsplanes ohne Reibungen für beide Teile und ohne Härten etwa innerhalb einer Frist von drei bis vier Jahren ermögliche.

In diesem Zusammenhange wird auf die Bedeutung Palästinas eingegangen. Es wird darauf hingewiesen, daß Palästina mit nicht etwa⁹ 500 000 Juden wohl den wichtigsten Ansatzpunkt für die Aufnahme und Ansiedlung größerer jüdischer Massen bilde und daß eine Mitwirkung jüdischer Hilfsorganisationen wohl am ehesten für einen großen Siedlungsplan in Palästina zu erwirken wäre. HSTF Eichmann erklärt, daß bestimmte Pläne bezüglich des Siedlungsgebietes und der Siedlungsform noch nicht vorliegen. In der Niederschrift soll es sich lediglich darum handeln, einige Grundgedanken zu einem solchen Plane zu äußern. Die Niederschrift soll bis zum 4. Juli nachmittags eingereicht werden.

II. mit Herrn Obersturmführer Dannecker

5. Auswanderungsfrage

OSTF Dannecker¹⁰ gibt zu der angeforderten Niederschrift eine Reihe von Erläuterungen. Es wird auf die Schwierigkeiten für die Ausstellung eines solchen Planes innerhalb der kurzen Frist eingegangen. OSTF Dannecker bemerkt, daß es sich lediglich um eine erste Äußerung zu dem Gesamtproblem handeln solle. Hierbei könne, auch wenn ein konkretes Gebiet noch nicht feststehe, sehr wohl von dem Beispiel eines Landes ausgegangen werden.

Es wird in diesem Zusammenhang die Erörterung über Palästina als Siedlungsgebiet fortgesetzt. (OSTF Dannecker äußert sich zu der Frage dahin, daß Palästina nicht genug Fassungsraum aufweise und daß auch von seiten der Araber Schwierigkeiten gemacht werden können. Darauf wird erwidert, daß Palästina in seinem heutigen Umfange Fassungsraum für etwa drei Millionen Juden haben dürfte, bei Hinzunahme von Transjordanien sogar das vorliegende Gesamtproblem lösen könnte.

6. Pässe für Protektoratsangehörige

Es wird die Bitte vorgetragen, an Protektoratsangehörige in Prag Pässe ohne J und ohne den jüdischen Zusatzvornamen auszustellen. OSTF Dannecker sagt zu, daß eine entsprechende Weisung an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag ergehe, da gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gegen die Ausgabe solcher Pässe keine Bedenken bestehen.

7. Betreuung von Juden nichtmosaischen Glaubens im Protektorat

OSTF Dannecker erklärt auf Anfrage, daß über eine Unterstützung der Arbeit der Abteilung der Jüdischen Kultusgemeinde Prag für nichtmosaische Glaubensjuden durch das Büro Pfarrer Grüber¹¹ nur über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin und Prag erfolgen könne.¹²

⁹ So im Original.

¹⁰ Theodor Dannecker (1913–1945), Kaufmann; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; seit 1936 im SD tätig, von 1937 an im SD-Referat II 112 bzw. im Referat IV B 4 des RSHA für die „Judenfrage“ zuständig; von Sept. 1940 an „Judenberater“ beim BdS im besetzten Frankreich, organisierte 1942 die Deportation der franz. Juden, 1943 die Deportationen aus Bulgarien, 1944 die aus Italien und Ungarn; 1945 von US-Truppen gefangen genommen, nahm sich das Leben.

¹¹ Siehe Dok. 47 vom 2. 2. 1940.

¹² So im Original.

8. Fernost-Passagen

- a) OSTF Dannecker nimmt zur Kenntnis, daß bezüglich der Schlüsselung der durch die Reichsvereinigung beschafften Passagen auf Altreich, Ostmark und Protektorat im Verhältnis 47:37:16 volles Einvernehmen zwischen den beteiligten Personen besteht.¹³
- b) OSTF Dannecker ist damit einverstanden, daß ein Angestellter der Jüdischen Kultusgemeinde Prag etwa einmal vierzehntägig zur Erörterung aller einschlägigen Fragen mit der Reichsvereinigung nach Berlin kommt; hierüber ist der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag jeweils zu berichten.
- c) Anträge auf Ausstellung von Empfehlungsschreiben des Auswärtigen Amtes für Juden aus der Ostmark sollen durch den in Berlin befindlichen Angestellten der Israel. Kultusgemeinde Wien unmittelbar der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin eingereicht werden. Über diese eingereichten Anträge ist der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien durch die Israel. Kultusgemeinde Wien zu berichten.
- d) Die Einreichung der Anträge auf Ausstellung von Empfehlungsschreiben des Auswärtigen Amtes von Juden im Protektorat erfolgt durch die Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung.

9. Broschüre über die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung

Es wird darüber berichtet, daß Dr. Julius L. Israel *Seligsohn*¹⁴ eine Broschüre über die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung fertiggestellt habe, daß das Propagandaministerium der Veröffentlichung dieser Broschüre im Verlag des Jüdischen Kulturbundes grundsätzlich zugestimmt habe und das Lektorat über die Broschüre¹⁵ der Zentralstelle für Jüdische Auswanderung Berlin übertragen werde. Die Broschüre werde daher in den nächsten Tagen durch das Propagandaministerium der Zentralstelle zur Prüfung zugeleitet werden.¹⁶

DOK. 92

Franz Rademacher stellt am 3. Juli 1940 im Auswärtigen Amt Überlegungen an, alle europäischen Juden auf Madagaskar anzusiedeln¹

Aufzeichnung des Legationssekretärs Franz Rademacher,² Auswärtiges Amt (D III 200), vom 3. 7. 1940

Die Judenfrage im Friedensvertrage

Der bevorstehende Sieg gibt Deutschland die Möglichkeit und meines Erachtens auch die Pflicht, die Judenfrage in Europa zu lösen. Die wünschenswerte Lösung ist: Alle Juden aus Europa. Aufgabe des Auswärtigen Amtes ist hierbei:

¹³ Siehe Dok. 178 vom 22. 4. 1941.

¹⁴ Dr. Julius Ludwig Seligsohn (1890 – 1942), Jurist; von 1924 an Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin, bis 1933 Rechtsanwalt in Berlin, von 1933 an Präsidialmitglied der Reichsvertretung und Präsidiumsmitglied des Hilfsvereins der Juden in Deutschland, nach Gründung der Reichsvertretung 1939 Vorstandsmitglied; Nov. 1940 Verhaftung, nachdem er zu einem Gedenktag für aus Baden und der Pfalz deportierte Juden aufgerufen hatte, am 18.3. 1941 nach Sachsenhausen deportiert, dort am 28. 2. 1942 gestorben.

¹⁵ So im Original.

¹⁶ Dr. Julius L. Israel Seligsohn, *Die Einwanderung nach U.S.A.*, Berlin 1940.

¹ PAAA, R 100857, Bl. 230 f. Abdruck in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918– 1945, Serie D (1937– 1945), Bd. 10, Frankfurt a. M. 1963, S. 92– 94.

² Franz Rademacher (1906 – 1973), Jurist; 1932– 1934 SA-Mitglied, 1933 NSDAP-Eintritt; von 1937 an

- a) diese Forderung im Friedensvertrag zu verankern und die gleiche Forderung durch Einzelverhandlungen mit den nicht vom Friedensvertrag betroffenen Staaten in Europa durchzusetzen;
- b) im Friedensvertrag das notwendige Territorium zur Ansiedlung der Juden sicherzustellen und die Grundsätze für die Mitarbeit der Feindstaaten an diesem Problem festzulegen;
- c) die staatsrechtliche Stellung des neuen jüdischen überseeischen Siedlungsraumes zu bestimmen;
- d) als Vorarbeit

- 1.) Klarlegung der Wünsche und Pläne der interessierten innerdeutschen Partei-, Staats- und wissenschaftlichen Stellen und das Abstimmen dieser Pläne auf die Wünsche des Herrn Reichsaußenministers, wozu weiter gehört:
- 2.) Schaffung einer Übersicht über die bei einzelnen Stellen vorhandenen sachlichen Unterlagen (Anzahl der Juden in den einzelnen Ländern), Verwertung ihres Vermögens über eine internationale Bank,
- 3.) Aufnahme von Verhandlungen mit dem befreundeten Italien über diese Fragen.

Wegen der Aufnahme der Vorarbeiten ist das Referat D III über die Abteilung Deutschland bereits mit Vorschlägen an den Herrn Reichsaußenminister³ herangetreten und hat von ihm den Auftrag erhalten, diese Vorarbeiten unverzüglich in die Wege zu leiten. Besprechungen mit der Dienststelle des Reichsführers SS, des Innenministeriums und einigen Parteidienststellen haben bereits stattgefunden. Diese Dienststellen billigen folgenden Plan des Referats D III:

Referat D III regt als Lösung der Judenfrage an: Frankreich muß im Friedensvertrag die Insel Madagaskar für die Lösung der Judenfrage zur Verfügung stellen und seine rund 25000 dort ansässigen Franzosen aussiedeln und entschädigen. Die Insel wird Deutschland als Mandat übertragen. Die seestrategisch wichtige Diégo-Suarez-Bai sowie der Hafen von Antsirane werden deutsche Marinestützpunkte (diese Marinestützpunkte werden vielleicht noch je nach Wunsch der Kriegsmarine auch auf die Häfen – offene Reeden – Tamatave, Andevorante, Mananjara usw. ausgedehnt werden können). Neben diesen Marinestützpunkten werden geeignete Teile des Landes zur Anlage von Flugstützpunkten aus dem Judenterritorium herausgeschnitten. Der nicht militärisch erforderliche Teil der Insel wird unter die Verwaltung eines deutschen Polizeigouverneurs gestellt, der der Verwaltung des Reichsführers SS untersteht. In diesem Territorium bekommen die Juden im übrigen Selbstverwaltung: eigene Bürgermeister, eigene Polizei, eigene Post- und Bahnverwaltung usw. Für den Wert der Insel haften die Juden als Gesamtschuldner. Zu diesem Zweck wird ihr bisheriges europäisches Vermögen einer zu gründenden europäischen Bank zur Verwertung übertragen. Soweit dieses Vermögen zur Bezahlung der Landwerte, die sie in die Hand bekommen, und der zum Aufbau der Insel notwendigen Wareneinkäufe in Europa nicht ausreicht, werden den Juden von der gleichen Bank bankmäßige Kredite zur Verfügung gestellt.

Da Madagaskar nur Mandat wird, erwerben die dort ansässigen Juden nicht die deutsche

im diplomatischen Dienst, 1938 – 1940 in Uruguay, 1940 Leg. Rat, leitete 1940 – 1943 das „Judenreferat“ (D III) im AA; im April 1943 als Offizier zur Kriegsmarine; im März 1952 vom Landgericht Nürnberg zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, im Juli vorläufig entlassen und nach Syrien geflüchtet, kehrte 1966 zurück.

³ Joachim von Ribbentrop.

Staatsangehörigkeit. Allen nach Madagaskar deportierten Juden wird dagegen vom Zeitpunkt der Deportation ab von den einzelnen europäischen Ländern die Staatsangehörigkeit dieser Länder aberkannt. Sie werden dafür Angehörige des Mandats Madagaskar. Diese Regelung vermeidet, daß die Juden sich etwa in Palästina einen eigenen Vatikanstaat gründen und damit den symbolischen Wert, den Jerusalem für den christlichen und mohammedanischen Teil der Welt hat, für ihre Ziele einspannen können. Außerdem bleiben die Juden als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika.

Propagandistisch kann man die Großmut verwerten, die Deutschland durch Gewährung der kulturellen, wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und justizmäßigen Selbstverwaltung an den Juden übt, und dabei betonen, daß uns unser deutsches Verantwortungsbewußtsein der Welt gegenüber verbietet, einer Rasse, die Jahrtausende keine staatliche Selbständigkeit gehabt hat, sofort einen unabhängigen Staat zu schenken; dafür bedürfe es noch der geschichtlichen Bewährung.

DOK. 93

Eine Jüdin aus Deutschland schildert einer Londoner Emigrantenorganisation die Lage der jüdischen Bevölkerung in Frankfurt am Main bis zum 11. Juli 1940¹

Bericht einer unbekannten Verfasserin, o. D.

Bericht über Frankfurt am Main im Juli 1940

Der folgende Bericht stammt von einer jungen, etwa 20-jährigen Frau, die vor Kurzem in dieses Land gekommen ist. Sie verließ Deutschland am 11. Juli 1940 und reiste über Sibirien und Japan in die Vereinigten Staaten. Man sollte beachten, dass die junge Dame Frankfurt vor Beginn der massiven britischen Luftangriffe verlassen hat.

1. *Versorgungslage*: Die Lebensmittelversorgung war für Nichtjuden wie für Juden ausreichend. Die Preise waren genau reguliert und lagen nicht über dem Vorkriegsniveau, außer für nicht rationierte Artikel. So kostete beispielsweise ein einfaches Seidenkleid zwischen 30 und 40 \$ (Vorkriegspreis 4 – 10 \$); das Durchschnittseinkommen eines deutschen Mittelstandsbürgers bewegt sich bei 80 – 100 \$ monatlich. Die Knappheit bestimmter Lebensmittel und Dinge wie Fett, Kaffee, Stoff usw. ist allgemein bekannt und muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

2. *Stimmung der Bevölkerung*: In der Bevölkerung ließ sich kein nennenswerter Widerstand feststellen. Nicht einmal die deutschen Siege in Polen, Belgien, den Niederlanden und vor allem in Frankreich konnten die Gemüter der Deutschen bewegen. Das ist besonders interessant, wenn man sich daran erinnert, wie solche Siege zwischen 1914 und 1918 gefeiert wurden. Es schien so, als ob alle froh wären, wenn dieser Krieg bald enden würde. Dieses Gefühl könnte sich in der Zwischenzeit noch verstärkt haben, da die erstaunliche britische Gegenwehr im Juli 1940 noch nicht abzusehen war.

3. *Luftangriffe auf Frankfurt*: Jede Nacht war Fliegeralarm zu hören. Alle – außer den Alten und Kranken – waren gesetzlich dazu verpflichtet, sich in die Luftschutzkeller zu bege-

¹ Wiener Library, P.III.a. No. 617, Kopie: YVA, O2/423. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Zu den Berichten aus der Wiener Library siehe Dok. 88 vom 16. 6. 1940, Anm. 1.

ben.² Die sichtbaren Schäden fielen äußerst gering aus. Einmal brach im Verwaltungsgebäude der I.G.-Farben-Werke (Konzern für chemische Farben) ein gewaltiges Feuer aus, das aber schnell gelöscht wurde. Auf dem Gelände des Osthafens, wo sich große Ölvorräte befanden, kam es zu Bränden. In dieser Zeit fanden tagsüber keine Luftangriffe statt. Die Chemiewerke E. Merck am Darmstädter Stadtrand wurden ebenfalls beschädigt.

Luftangriffe auf Hamburg: Die Lage in Hamburg war anders als die in Frankfurt. Es gab Tag und Nacht Fliegeralarm. Viele Leute sprachen von den Schäden an Werften, Ölvorräten usw. Die Luftschutzbunker in Hamburg waren besonders groß und bequem, mit eingebauten Luftfiltern, gasdichten Türen, Belüftungssystemen, öffentlichen Toiletten und vielen Notausgängen. Wie in Frankfurt durften Juden die öffentlichen Schutzkeller aufsuchen; dort hingen keine Schilder, die ihnen den Zugang untersagten. In Mietshäusern hingegen gab es im Allgemeinen besondere Keller für Juden. Standen in einem Gebäude keine zwei Schutzräume zur Verfügung, mussten die Juden einen Schutzraum für Juden in der Nachbarschaft aufsuchen.

4. Situation der Juden in Frankfurt: Die Juden lebten in ihren Häusern völlig isoliert von der übrigen Bevölkerung, ohne Telefon, ohne Radio, ohne Badeanstalten, ohne jede Möglichkeit zum Besuch von Cafés, Restaurants, Theatern, Kinos, öffentlichen Parks usw. Diese Situation lässt sich fast mit einem klassischen Getto vergleichen. Die Juden verließen ihre Wohnungen nur, wenn es absolut nötig war. Sie mussten im Winter von sieben Uhr abends, im Sommer von acht Uhr abends bis zum Morgengrauen im Haus bleiben. Ohne Sondererlaubnis durften sich nicht mehr als acht Juden versammeln, diese wurde jedoch nur zu religiösen Zwecken oder für Gemeindefarbeit erteilt.³ Außerdem war es Juden nicht gestattet, die Nacht in der Wohnung eines anderen Juden zu verbringen. Verstöße gegen diese Anordnungen wurden schwer bestraft.

Ein Jude betrat zum Beispiel den Vorgarten seines Hauses um drei Minuten nach acht und traf vor seiner Haustür einen Mann von der Gestapo (Geheimpolizei), den er wegen der Verdunkelung nicht gesehen hatte. Für dieses Vergehen wurde er vier Wochen inhaftiert. Das war die übliche Strafe für „Verbrechen“ dieser Art.

Eine spezielle Maßnahme wurde in Bezug auf Bibliotheken in jüdischem Privatbesitz durchgeführt. Seit dem Juni 1940 wurden die Juden gezwungen, all ihre Bücher aufzulisten. Es wurde angekündigt, dass niemand, der sogenannte verbotene Bücher aufliste, dafür bestraft werde, es wurde allerdings mit Bestrafung gedroht, falls solche Bücher später gefunden würden. Dennoch beschlagnahmte die Gestapo (Geheimpolizei) in vielen Häusern zahlreiche Bücher.⁴

Im Frühjahr 1940 wurden alle männlichen Juden im Alter zwischen 18 und 40 Jahren zur Zwangsarbeit verpflichtet. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten von ihnen arbeitslos. Sie mussten sehr schwer arbeiten, obwohl sie solche Arbeit nicht gewohnt waren. In den

² In § 2 der 10. DVO zum Luftschutzgesetz war das Verhalten bei Fliegeralarm geregelt; RGBl., 1939 I, S. 1570 – 1572.

³ Damit bedurfte jeder jüdische Gottesdienst einer Sondergenehmigung, da ansonsten der Minjan, die nach jüdischem Ritus vorgeschriebene Mindestzahl von zehn jüdischen Männern, nicht zustande kommen konnte.

⁴ Diese Maßnahmen standen im Zusammenhang mit der Schaffung einer zentralen Judenbibliothek und eines Judenarchivs des SD unter der Leitung von Dr. Franz Alfred Six (1909 – 1975), dem Leiter der Abt. Gegnerforschung im RSHA. Die Bibliothek umfasste im Frühjahr 1939 bereits knapp 200 000 Bände, während des Kriegs kamen weitere, aus den besetzten Ländern abtransportierte Bibliotheken hinzu.

meisten Fällen wurden sie anständig behandelt und erhielten zusätzliche Lebensmittelkarten.⁵

Einige Juden waren immer noch Mitglieder der Krankenkassen. Sie durften nur zu arischen Ärzten gehen. Aufgrund des Ärztemangels wurde diese Anordnung geändert, und danach konnten sie die wenigen jüdischen Ärzte aufsuchen, die noch praktizierten. Die Juden durften Brot und Fleisch nur zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Geschäften, in denen sie registriert waren, kaufen. Natürlich konnten sie nur das kaufen, was die Arier übrig gelassen hatten. Lebensmittelketten behielten oft einen ihrer Läden ausschließlich der jüdischen Kundschaft vor. Andere Geschäfte, wie Süßwarenläden, Gemischtwarenläden, Schreibwarenhandlungen und andere, fragten meist ihre Kunden, ob sie Juden oder Arier seien, Juden verkauften sie nichts. Da Juden keine Kleidermarken erhielten, konnten sie keine Kleidung kaufen. Wenn sie Kleidung benötigten, mussten sie sich an die Jüdische Gemeinde wenden, die den Antrag prüfte und ihnen das Gewünschte verkaufte bzw. gab. Die Jüdische Gemeinde erhielt ihren Kleiderfundus von jenen Juden, die Deutschland verlassen hatten und die, auf Anordnung der Gestapo (Geheimpolizei), nur wenige Habseligkeiten hatten mitnehmen können. Diese Leute konnten nicht selbst bestimmen, wer ihre Kleidung erhalten sollte, sondern waren gezwungen, sie umsonst bei der jüdischen Gemeinde abzugeben. Diejenigen, die [Deutschland] via Sibirien verließen, durften 50 Kilo Fracht- und 20 Kilo Handgepäck mitnehmen.

DOK. 94

Der Statistiker Friedrich Burgdörfer berechnet am 17. Juli 1940, wie viele Juden nach Madagaskar abgeschoben werden könnten¹

Gutachten des Präsidenten des Bayer. Statistischen Landesamts, München, gez. Dr. Burgdörfer,² vom 17. 7. 1940 (Abschrift)³

Zur Frage der Umsiedlung der Juden

Der Versuch einer Zusammenstellung über die Gesamtzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Teilen der Erde vorhandenen Juden stößt begreiflicherweise auf erhebliche Schwierigkeiten.⁴ Statistische Erhebungen über die Zahl der Juden nach der blutmäßigen Abstammung haben bisher nur in Deutschland (1939) stattgefunden.⁵ Im übrigen ist man

⁵ Zur Ausweitung der Zwangsarbeit im Frühjahr 1940 siehe Dok. 5 vom 6. 9. 1939, Anm. 3.

¹ PAAA, R 99335.

² Dr. Friedrich Burgdörfer (1890 – 1967), Statistiker; 1925– 1939 Abteilungsdirektor des Statistischen Reichsamts, verantwortlich für die Sondererfassung der Juden in den Volkszählungen 1933 und 1939, 1939 – 1945 Präsident des Bayer. Statistischen Landesamts; 1960 Ehrenmitglied der Deutschen Statistischen Gesellschaft; Autor u. a. von „Volks- und Wehrkraft, Krieg und Rasse“ (1936).

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Anstreichungen.

⁴ Im Original Anmerkung: „Vergl. hierzu F. Burgdörfer, Die Juden in Deutschland und in der Welt. Forschungen zur Judenfrage, Bd. 3, herausgegeben vom Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands.“ Der Band wurde 1938 in Hamburg veröffentlicht, Burgdörfers Artikel mit dem Untertitel „Ein statistischer Beitrag zur biologischen, beruflichen und sozialen Struktur des Judentums in Deutschland“ ist auf den S. 152 – 198 zu finden.

⁵ Gemeint ist die Volkszählung von 1939, siehe VEJ 2/36.

auf die Angabe der Religionszugehörigkeit, also auf die Feststellung der Glaubensjuden, angewiesen, die in der Regel nur einen Teil – wenn auch, wie die deutsche Zählung von 1939 gezeigt hat, den weitaus größten Teil – der Rassejuden von faßt.⁶ In einer Reihe von Ländern wird aber auch die Religionszugehörigkeit bei den Volkszählungen nicht erfragt, so z. B. in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika usw. Hier muß man dann auf Erhebungen, Schätzungen oder Berechnungen von jüdischer oder nicht-jüdischer Seite zurückgreifen, die sich teils auf die Rassejuden beziehen, teils aber auf die Glaubensjuden beschränken und im übrigen mehr oder weniger unsicher sind.

Das Statistische Reichsamt hat 1938 einen Versuch gemacht, unter Heranziehung und kritischer Sichtung des verfügbaren Materials einen Gesamtüberblick über das Judentum zu geben. Die Zahlen sind in „Wirtschaft und Statistik“ 1938, Nr. 12⁷ veröffentlicht und von mir in der oben erwähnten Abhandlung verwertet. Diese Zahlen sind in der folgenden Zusammenstellung in der ersten Spalte wiedergegeben und dabei, soweit als möglich, auf den jetzigen Gebietsstand umgerechnet. In einer zweiten Spalte sind die Zahlen wiedergegeben, die P.H. Seraphim in einer vor kurzem erschienenen Schrift in Anlehnung an eine von jüdischer Seite veröffentlichte Zusammenstellung⁸ mitgeteilt hat. In einer dritten Spalte habe ich versucht – unter Berücksichtigung der politischen Ereignisse und der Wanderungsbewegung der letzten Jahre sowie unter Verwertung der neuesten Ergebnisse statistischer Erhebungen oder Teilerhebungen –, den *gegenwärtigen Stand an Juden* in den einzelnen Ländern nach ihrem jetzigen Gebietsstand abzuschätzen.

Die Juden in der Welt

Länder	Veröffentlichung	Seraphim	Neue Schätzung	Bemerkungen
<i>Europas</i>	Stat. Reichsamt	Wanderungs-	n. dem jetz.	zu Spalte 3
	W. u. St. 1938	beweg. des	Gebietsstand	
	Nr. 12	jüd. Volkes	(1940)	
	1	2	3	
Deutsches Reich:				
Altreich	420 000	500 000	233 973	Zählg. v. 17. 5. 39
Österreich	200 000	191 000	94 270	(W. u. St. 1940,
Sudetengebiet	* ⁹		2 649	N. 5/6, S. 84)
Protektorat	*	118 000 ¹⁰	87 000	
rückgeglied.				
Ostgebiete	*	632 000 ¹¹	600 000	
Memel u. Danzig	13 000			
Gen. Gouv. Polen		1 269 000	1 200 000	
Zusammen jetzig.				
Reichsgebiet	*	2 710 000	2 217 892	

⁶ So im Original.

⁷ Der Artikel „Die Zahl der Juden auf der Erde um das Jahr 1937“ erschien am 5.7.1938 in der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik*, S. 500 – 502.

⁸ Anmerkung im Original: „P. H. Seraphim, *Die Wanderungsbewegung des jüdischen Volkes. Schriften zur Geopolitik*, Heft 18, Heidelberg 1940.“

⁹ Möglicherweise ist gemeint, dass in der betreffenden Publikation keine Angabe gemacht wird.

¹⁰ Die Angabe umfasst „Sudetengebiet“ und „Protektorat“.

¹¹ Diese und die in der Zeile folgende Angabe umfassen jeweils das als „rückgeglied. Ostgebiete“ bezeichnete annektierte Westpolen sowie „Memel u. Danzig“.

Belgien	80 000	50 000	70 000	
Brit. Reich (europ. Teile)		345 000	397 000	400 000
Bulgarien	50 000	50 000	50 000	
Frankreich	280 000	200 000	250 000	
Griechenland	90 000	75 000	90 000	
Italien	52 000	48 000	50 000	
Jugoslawien	75 000	68 400	75 000	
Litauen	175 000	250 000	250 000	1940 einschl. Wilnagebiet
Lettland	96 000	100 000	100 000	
Niederlande	135 000	112 000	120 000	
Polen	3 300 000	*	*	s. Deutschl., Ruß- land u. Litauen
Rumänien	1 050 000	829 000	700 000	1940 ohne Bessa- rabien u. Bukow.
Schweiz	*	18 000	20 000	
Slowakei	*	137 000	170 000	
Sowjetrußland (europ.)	2 950 000	2 860 000	2 900 000	
dazu russ. Inter- essengeb. in Pol.	*	1 214 000	1 300 000	
Bessarabien u. Bukowina	*	*	350 000	
Spanien	*	12 000	12 000	
Tschechoslow.	385 000	*	*	1940 s. Deutsch. Reich, Slow. und Ungarn
Türkei (europ. Teil)	60 000	80 000	70 000	
Ungarn	450 000	547 000	550 000	
Übrige Länder	64 000	37 600	50 000	
<i>Erdteile</i>	Veröffentlichung Stat. Reichsamt W. u. St. 1938 Nr. 12 1	Seraphim Wanderungs- beweg. des jüd. Volkes 2	Neue Schätzung n. dem jetz. Gebietsstand (1940) 3	Bemerkungen zu Spalte 3
Europa ¹²	10 270 000	10 000 000	9 800 000	
Asien	939 000	900 000	1 000 000	
Afrika	666 000	475 000	700 000	
Amerika	5 110 000	4 600 000	5 250 000	
Australien	30 000		30 000	
	17 015 000	15 975 000	16 880 000 ¹³	

Die wichtigsten Änderungen gegenüber den früheren Zusammenstellungen ergeben sich für das Deutsche Reich, und zwar lassen sich diese Änderungen dank der mit der

¹² Die in dieser Zeile angegebenen Zahlenwerte basieren nicht auf einer genauen Addition der obigen Werte, sondern stellen offenbar grobe Rundungswerte auf deren Grundlage dar.

¹³ Richtig: 16 780 000.

Volkszählung vom 17. Mai 1939 verbundenen Abstammungserhebung mit großer Sicherheit nachweisen. Nach dieser Zählung, die nicht nur die Glaubensjuden, sondern alle Rassejuden als solche erfaßte, ist im Altreich die Zahl von rund 500 000 (Glaubens-)Juden im Jahr 1933 auf 234 000 (Rasse-)Juden, in der Ostmark von rund 200 000 (Glaubens-)Juden auf 94 000 (Rasse-)Juden zurückgegangen. Sie hat sich seitdem vermutlich durch weitere Auswanderung (wenigstens bis zum Kriegsausbruch) noch etwas vermindert. Doch schien es mir angezeigt, der Berechnung diese effektiven Feststellungen vom 17. Mai 1939 zugrunde zu legen. Rechnet man dazu noch das Sudetengebiet mit 2600 Juden, das Protektorat Böhmen und Mähren mit schätzungsweise 87 000 Juden, die rückgegliederten Ostgebiete einschließlich Memel und Danzig mit zusammen schätzungsweise 600 000 Juden, so würde die Gesamtzahl der Juden innerhalb des Großdeutschen Reiches auf rund 1 Million zu beziffern sein. Dabei sind das Protektorat Böhmen und Mähren und die Ostgebiete ungefähr mit den Zahlen eingesetzt, die vor dem gegenwärtigen Krieg noch in den betreffenden Gebieten ansässig waren. In welchem Ausmaße sich diese Zahlen inzwischen schon im Zusammenhang mit den kriegesischen und politischen Ereignissen in den betreffenden Gebieten verringert haben, entzieht sich meiner Beurteilung. Das gleiche gilt für die Juden im Generalgouvernement Polen, deren Zahl mit 1,2 Millionen angenommen ist. Rechnet man diese hinzu, so würden innerhalb des Großdeutschen Reiches bis zur östlichen Interessengrenze 2,2 Millionen Juden verbunden sein. In ganz Europa beziffert sich die Zahl der Juden auf rund 10 Millionen. Davon entfallen auf

Sowjet-Rußland	2 900 000
das russische Interessengebiet im ehemaligen Polen	1 300 000
Bessarabien und Bukowina	350 000
Zusammen:	4 550 000

Das wären zusammen rund 4 ½ Millionen Juden innerhalb des russischen Herrschaftsbereiches, deren Zahl sich bei Hinzunahme der baltischen Staaten (Litauen mit 250 000, Lettland mit 100 000 Juden) auf 4,9 Millionen, also annähernd 5 Millionen erhöht. Sollten die Juden dieses Gebietes für eine Umsiedlung nicht in Frage kommen, so blieben immer noch rd. 5 (genauer 4,9) Millionen Juden aus dem übrigen Europa, die für eine Umsiedlung in Betracht kämen. Was die Juden außerhalb Europas anlangt, so konnte deren Zahl auf insgesamt 7 Millionen geschätzt werden, von denen rund 5 ¼ Millionen auf Amerika (darunter 4,6 Millionen auf die Vereinigten Staaten) entfallen, die wohl ebenfalls für eine Umsiedlung nach Madagaskar nicht in Frage kommen. Es blieben sonach von den außer-europäischen Juden noch rund 1 ¾ Millionen, die sich etwa folgendermaßen verteilen:

Asien:	1 000 000	Juden
darunter Palästina	430 000	"
Irak	120 000	"
Iran	60 000	"
Sowjet-Rußland, asiat. Teil	130 000	"
Türkei	30 000	"
Afrika:	700 000	"
darunter Ägypten	70 000	"
französ. Besitzungen	350 000	"
italien. Besitzungen	125 000	"
Südafrikan. Union	150 000	"
Australien:	30 000	"

Wieweit diese 1¼ Millionen außereuropäischen Juden für eine Umsiedlung in Frage kommen, vermag ich nicht zu beurteilen. Sollten sie (etwa wieder mit Ausnahme der Sowjet-Union) alle in Frage kommen, so ergibt sich folgendes Gesamtbild:

1.) Juden aus Europa (ohne den Herrschaftsbereich Sowjet-Rußlands)	4,9 Millionen
2.) Juden aus den übrigen Erdteilen mit Ausnahme Amerikas und des sowjetrussischen Teils Asiens	1,6 Millionen
Zusammen:	6,5 Millionen

Es kommen darnach rund 6 ½ Millionen Juden für eine Umsiedlung in Frage.

Madagaskar hatte nach der letzten Volkszählung (1.7.1936) 3,8 Millionen Einwohner, d. s. – bei einer Gesamtfläche von 616 000 qkm. – 6,2 je qkm. Die Zahl der für eine Umsiedlung in Betracht kommenden Juden wäre demnach nur um 2,7 Millionen größer als die gegenwärtige Bevölkerungszahl der Insel. Will man die Insel ausschließlich für Juden vorbehalten, so würde sich bei 6,5 Mill. Juden auf der Insel eine Bevölkerungsdichte von immerhin erst 10 je qkm ergeben. Will man die 6,5 Millionen Juden unter Belassung der alteingesessenen Bevölkerung zusätzlich dort unterbringen, so würde sich die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf etwa 16 je qkm erhöhen, d. h. auf den Stand der Besiedlungsdichte, wie er im Gesamtdurchschnitt für die Erdoberfläche festgestellt ist und etwas mehr als ein Zehntel der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches. Auch diese Zahl dürfte sich innerhalb des natürlichen Fassungsvermögens der Insel halten.

DOK. 95

Der Leipziger Oberbürgermeister informiert den sächsischen Wirtschaftsminister am 18. Juli 1940 über die Versorgung und den Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in Leipzig¹

Schreiben des Oberbürgermeisters von Leipzig, gez. Freyberg,² an den Sächsischen Wirtschaftsminister Lenk,³ Dresden N 6, Carolaplatz 2, vom 18.7. 1940 (Abschrift)⁴

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Unter Bezugnahme auf Ihr gestriges Ferngespräch, den Judeinsatz und die Lebensmittelzuteilung für Juden betr., berichte ich folgendes:

Das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.1939 gab den unteren Verwaltungsbehörden eine geeignete Waffe in die Hand, um das Judenproblem ernsthafter, wie das

¹ StA Leipzig, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 263f.

² Alfred Freyberg (1892–1945), Jurist; 1925 NSDAP-Eintritt; 1926–1929 Rechtsanwalt in Quedlinburg, 1929–1932 Stadtverordneter und Notar am OLG; 1932 Ministerpräsident und von 1933 an Staatsminister in Anhalt; 1933 SS-Eintritt, 1936–1945 MdR; 1939–1945 OB von Leipzig, 1942 SS-Gruppenführer; nahm sich das Leben.

³ Georg Robert Lenk (1888–1945), Kaufmann; 1911 Gründung einer Wäschefabrik; 1930 NSDAP-Eintritt; 1930–1932 Stadtrat in Plauen, 1930–1944 MdR; 1931–1933 und 1936–1941 Gauwirtschaftsberater Sachsen; Mai 1933 bis März 1943 sächs. Wirtschaftsminister; 1934 SS-Eintritt, 1944 zur Waffen-SS, starb in sowjet. Gefangenschaft.

⁴ Eine Abschrift ging zur Kenntnis an das Hauptverwaltungsamt. Im Original Bearbeitungsvermerk.

bisher auf Grund bestehender gesetzlicher Vorschriften der Fall sein konnte, anzufassen.⁵ Ich habe seitdem bei der Stadtverwaltung Leipzig im Einvernehmen mit dem Kreisleiter einen Beamten, der gleichzeitig Ortsgruppenleiter der NSDAP ist, verantwortlich mit der Erledigung dieser Aufgabe betraut.

Die Bearbeitung der Mietangelegenheiten der Juden brachte zwangsweise die Erledigung anderer Aufgaben mit sich, wie Überwachung der in der Abwicklung begriffenen oder aufzulösenden Gewerbebetriebe, Arbeitseinsatz der durch die Aufgabe der Gewerbebetriebe freigewordenen Juden, Verbot des Aufenthalts der Juden auf Schmuckplätzen, in Parkanlagen und Waldungen und dann seit Beginn des Krieges Belieferung der Juden mit besonders gekennzeichneten Lebensmittelkarten, Kohlenzuteilung, Schaffung von eigens für Juden bestimmten Verkaufsstellen der verschiedenen Branchen usw. Durch sehr eingehendes und energisches Anfassen dieser Arbeiten wurde erreicht, daß von den etwa 6000 Juden, die noch am 1. 6. 1939 sich in Leipzig aufhielten, bis heute über die Hälfte aus- bzw. abwanderten, so daß es zur Zeit hier noch etwa 2300 Juden gibt.

Der Sachbearbeiter hatte bei den beiden letzten Besuchen des Gauleiters⁶ in Leipzig im Winter 1939/40 und Frühjahr d. J. Gelegenheit, ihm u. a. über den zahlenmäßigen Rückgang der Juden zu berichten, worüber der Gauleiter seine Befriedigung aussprach.

Ich hatte, als die Lebensmittelzwangsbewirtschaftung einsetzte, angeordnet, daß Juden keine Sonderzuteilungen zu erhalten haben. Kranke, Gebrechliche, werdende und stillende Mütter sowie Wöchnerinnen erhielten, auch auf Attest, keinerlei Bevorzugung gegenüber dem Normalverbraucher. Schwer-, Lang- und Nachtarbeiter (es gab und gibt welche) erhielten keine Zusatz- und Zulagekarten; außerdem wurden den Juden grundsätzlich weder Schuhe noch Spinnstoffe auf Bezugscheine zugeteilt.

Ich habe die Anordnung hinsichtlich der Lebensmittelzuteilung auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 11.3.1940 – II C 1 – 940 –, der für mich zwingend war, abändern müssen.⁷ Seitdem erhalten die Juden die gleichen Normalrationen wie die übrigen Versorgungsberechtigten, und die Bestimmungen für Kranke, Gebrechliche usw. gelten anordnungsgemäß auch für sie.

Gesuche auf Gewährung von Langarbeiterzulagen von Juden, die innerhalb der Stadtverwaltung oder anderswo Arbeit leisten und mindestens täglich 11 Stunden von der Wohnung abwesend sind (das ist die reichseinheitlich festgesetzte Vorbedingung dafür), habe ich mit Rücksicht auf diesen Erlaß an das dafür zuständige Gewerbeaufsichtsamt weitergeleitet und dieses Amt „um Entschließung“ gebeten. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat mit Rücksicht auf den obenerwähnten gleichen Erlaß des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Juden Langarbeiterzusatzkarten zugebilligt.

⁵ Siehe Dok. 15 vom 28. 9. 1939, Anm. 4, und VEJ 2/277.

⁶ Martin Mutschmann (1879 – 1950), Textilarbeiter; von 1907 an Inhaber einer Spitzenfabrik in Plauen; 1922 NSDAP-Eintritt; 1926 – 1945 Gauleiter von Sachsen, 1930 – 1945 MdR, Mai 1933 bis 1945 Reichstatthalter in Sachsen, 1935 – 1945 mit der Führung der sächs. Landesregierung beauftragt; 1945 verhaftet, 1947 in Moskau zum Tode verurteilt, hingerichtet.

⁷ Laut Erlass des RMEuL zur Lebensmittelversorgung der Juden sollten diese – abgesehen von Lebensmittelsonderzuteilungen – die gleichen Lebensmittelrationen erhalten wie Normalverbraucher. Kranken, werdenden und stillenden Müttern sowie Schwer- und Schwerstarbeitern konnten Zulagen gewährt werden; siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

Ihren Ausführungen, sehr geehrter Herr Staatsminister, anlässlich des gestrigen Ferngesprächs habe ich entnommen, daß Sie diese Handhabung durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt trotz des Erlasses des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft nicht wünschen. Ich darf mir die Anregung erlauben, das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in der von Ihnen gewünschten Richtung anzuweisen.

Wie oben erwähnt, war dafür zu sorgen, daß Juden in den Arbeitsprozeß eingespannt wurden. Es war insbesondere nach Beginn des Krieges bei dem Mangel an Handarbeitern nicht mehr zu verantworten, daß Juden müßig waren bzw. ihrem früheren Gewerbe offen oder versteckt nachgingen und dadurch staatliche und städtische Aufsichtsstellen dauernd beschäftigten. Es gab nur eine Möglichkeit, dem radikal zu begegnen, und zwar dadurch, daß man die Juden körperlich anstrengend und täglich möglichst lange beschäftigte. Die erforderlichen Schritte wurden zusammen mit dem Arbeitsamt durchgeführt und Juden gruppenweise und getrennt von der Gefolgschaft angesetzt. Der Herr Präsident des Landesarbeitsamts Sachsen⁸ hatte für den Arbeitseinsatz von Juden u. a. Erdarbeiten, Straßenbahnarbeiten, Aufforstungsarbeiten und Arbeiten in Gartenbaubetrieben vorgesehen. Diese Art des Arbeitseinsatzes erschien auch mir örtlich zweckmäßig. Ich habe deshalb eine Anzahl Juden, auch Jüdinnen, dem Stadtforstamt zu Aufforstungsarbeiten zugewiesen, eine größere Anzahl wurde der Städt. Arbeitsanstalt (Holzspalterei) zugeteilt, andere verrichteten Schanzarbeit und schufen Luftschutzlaufgräben an der Großmarkthalle, wieder andere waren auf dem neuen großen Müllberg beschäftigt und hatten aus der dort angefahrenen Asche Textil- und Metallabfälle, insbesondere Blechbüchsen, herauszulesen. Eine weitere Gruppe wurde für Planierungs-, Erd- und Gartenarbeiten auf den einzelnen Leipziger Friedhöfen, u. a. dem Südfriedhof, angesetzt. Schließlich wurden, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelpfen, Juden privaten Müllabfuhrgeschäften zugeteilt.

Ich habe früher die Juden, die bei der Stadt Pflichtarbeit verrichteten, mit 10, 20 oder 25 Pf pro Stunde entlohnt. Diese Anordnung mußte abgeändert werden, weil das Arbeitsamt Leipzig dagegen vorstellig wurde und mich auf Bestimmungen hinwies, die eine tarifmäßige Bezahlung vorschreiben.

Für das Friedhofsamt arbeiten zur Zeit insgesamt 74 Juden, und zwar 51 auf dem Südfriedhof, 15 auf der Baustelle Westfriedhof und 8 in den Anlagen des Richard-Wagner-Hains. Die Arbeiten, die die Juden dort zu verrichten haben, sind ausgesprochene Schmutzarbeiten, für die städtische Gefolgschaftsmitglieder neben der Schmutzzulage auch Schutzkleidung erhalten mußten. Beides wird Juden nicht gewährt. Auf dem Südfriedhof arbeiten sie zunächst an der Kanalisation. Sie haben die Schleusen der Hauptstraßenzuführungen zu räumen, verschlammte Wege zu säubern, verunkrautete Gemeinschaftsgrabanlagen zu reinigen, Böschungsabhänge, die mit Wildrosen besetzt sind, von Disteln und anderem Unkraut zu säubern.

Bei den Neubautellen auf dem Westfriedhof haben die Juden Planierungsarbeiten zu verrichten und, da die Wasserleitung noch nicht in Betrieb genommen werden konnte, Wasser von weit her in Kübeln heranzubringen, um die Schmuckanlagen zu bewässern. Auch dort sind sie, wie auch im Richard-Wagner-Hain, bei der Unkrautbekämpfung tätig.

⁸ Johannes Hardraht (1880–1940); Reg.Rat bei der Amthauptmannschaft Grimma, 1919–1932 Amtshauptmann in Grimma, von 1932 an MinR. bei der Vertretung Sachsens, seit 1936 Präsident des Landesarbeitsamts Sachsen.

Weiter sind dort grobe Wegebauarbeiten zu leisten und dafür Steine zu klopfen. Juden sind also entgegen Ihrer mir gestern übermittelten Annahme weder auf dem Südfriedhof noch auf anderen Friedhöfen dazu herangezogen worden, Gräber auszuheben bzw. zuzuschaufeln.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

DOK. 96

Der Reichspostminister ordnet am 29. Juli 1940 an, Juden die Telefonanschlüsse zu kündigen¹

Schreiben des Reichspostministers,² Min-Z (Lb) 1035-0, i. A. gez. Risch,³ an die Präsidenten der Reichspostdirektionen vom 29. 7. 1940

Ausschluß der Juden vom Fernsprechverkehr

Die Juden sollen künftig als Fernsprechteilnehmer ausgeschlossen werden. Ausnahmen sind nur zugelassen für:

1. jüdische Rechtskonsulenten,⁴
2. jüdische Krankenbehandler⁵ und Krankenhäuser,
3. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland einschließlich ihrer Unterorganisationen,
4. privilegierte Mischehen; das sind Mischehen,
 - a) aus denen Kinder hervorgegangen sind, die nicht als Juden im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 gelten,⁶ einerlei, ob der Vater oder die Mutter jüdisch ist,
 - b) die kinderlos sind und bei denen der *Mann* deutschblütig ist.
5. Juden fremder Staatsangehörigkeit.

Im einzelnen ist wie folgt zu verfahren:

Fernsprechteilnehmern, von denen bekannt ist, daß sie Juden sind oder nach § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (Reichsgesetzblatt I S. 1333) als

¹ BArch, R 4701/1160, Bl. 43+45. Abdruck in: Die Deutsche Reichspost 1933–1945. Eine politische Verwaltungsgeschichte. Ausgewählte Dokumente, bearb. von Wolfgang Lotz (Materialien aus dem Bundesarchiv, Heft 11), Koblenz 2002, S. 481f.

² Reichspostminister war 1937–1945 Wilhelm Ohnesorge (1872–1962).

³ Dr. Friedrich Risch (1895–1965), Jurist; 1919 beim Freikorps Epp; von 1924 an bei der Reichspost; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1936 an im RPM, 1938 Präsident der Postdirektion Berlin, 1939 MinDir., Leiter der Zentralabt. des RPM, 1941 Leiter der Auslandsabt.; 1942 SS-Eintritt.

⁴ Mit der 5. VO zum Reichsbürgergesetz vom 27. 9. 1938 wurden Juden vom Beruf des Rechtsanwalts ausgeschlossen. Einige wenige durften als sog. Konsulenten ausschließlich jüdische Klienten vertreten; RGBl., 1938 I, S. 1403–1406.

⁵ Durch die 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25. 7. 1938 wurde den jüdischen Ärzten mit Wirkung zum 30. 9. 1938 die Approbation entzogen. Nur wenigen jüdischen Ärzten war es erlaubt, als sog. Krankenbehandler jüdische Patienten medizinisch zu versorgen; RGBl., 1938 I, S. 969 f. Siehe auch VEJ 2/76.

⁶ In § 5 der 1. VO war festgelegt, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333 f., siehe auch VEJ 1/210.

Juden gelten, sind, soweit sie nicht unter die Ausnahme zu 5.) fallen, *alle* Hauptanschlüsse sogleich zum Ende des nächsten Monats zu kündigen, auch wenn die Mindestüberlassungsdauer noch nicht abgelaufen ist.⁷ Da nach AB 1⁸ zu § 18 Fernsprechordnung bei einer Nebenstellenanlage die Kündigung aller Hauptanschlüsse auch die Kündigung aller Nebenanschlüsse und anderer Einrichtungen umfaßt, bedarf es keiner besonderen Kündigung der mit den gekündigten Hauptanschlüssen verbundenen Nebenstellenanlage. Bei privaten Nebenstellenanlagen ist es Sache der Teilnehmer, sich mit den privaten Unternehmern auseinanderzusetzen. Ferner sind die Nebenanschlüsse zu kündigen, die ein Teilnehmer Juden zur ständigen Benutzung überlassen hat (FO § 15 Abs. 2).⁹

Die Eintragung von Juden, die nicht unter Nr. 1) bis 5) fallen, als Mitbenutzer (AB 2 zu § 40 FO)¹⁰ in amtliche oder private Fernsprechbücher (ÖFB, HGBV) ist unzulässig.¹¹

Bestehen Zweifel darüber, ob ein Fernsprechteilnehmer Jude ist oder als Jude gilt, so ist zunächst bei der zuständigen Staatspolizei-(leit)stelle Nachfrage zu halten. Zutreffendenfalls sind auch diesen Fernsprechteilnehmern die Anschlüsse zu kündigen. Juden fremder Staatsangehörigkeit sind, soweit dies bekannt ist, die Anschlüsse usw. nicht zu kündigen, wohl aber staatenlosen Juden.

In allen Kündigungsschreiben ist auf die Ausnahmen hinzuweisen. Beantragen Juden eine Ausnahmebehandlung im Sinne der Ziffern 1. bis 4., so haben sie diesen Antrag durch eine von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ausgestellte und von der örtlich zuständigen Staatspolizei-(leit)stelle mit dem Vermerk „Einverstanden“ versehene Bescheinigung zu belegen. Juden fremder Staatsangehörigkeit haben eine Bescheinigung ihres Konsulats beizubringen. Beim Vorliegen solcher Bescheinigungen sind die Kündigungen zurückzunehmen.

Neuanschlüsse für Juden dürfen nur noch in den Ausnahmefällen zu 1) bis 5) und bei Vorlage einer gemeinsamen Bescheinigung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der örtlich zuständigen Staatspolizei-(leit)stelle oder bei Vorlage einer Bescheinigung des Konsulats eingerichtet werden.

Sämtliche posteigenen Apparate sind nach Ablauf der Kündigungsfrist mit Beschleunigung auszubauen; auf Erhebung der Restgebühren für die etwa noch nicht abgelaufene Mindestüberlassungsdauer wird verzichtet.

Bei Unternehmungen, die in der Entjudung begriffen sind, ist die Übertragung des Fernsprechanschlusses vom Treuhänder oder, falls der Betrieb bereits von dem voraussichtlichen nicht jüdischen Erwerber geführt wird, von diesem zu veranlassen.

Bei Schwierigkeiten wäre zu berichten.¹²

7 Aufgrund der zu kurzen Frist zur Beibringung der Ausnahmeanträge verfügte das RPM am 15.8. 1940, dass die Kündigungen nicht Ende August 1940, sondern einen Monat später erfolgen sollten; Verfügung des RPM an die Präsidenten der Reichspostdirektionen, wie Anm. 1, Bl. 46.

8 AB: Ausführungsbestimmung.

9 Fernsprechordnung (FO) mit Ausführungsbestimmungen von 1940, S. 19, 21.

10 Ebd., S. 38.

11 ÖFB: Örtliches Fernsprechbuch; HGBV: Handels-, Gewerbe- und Berufsverzeichnis der Fernsprechteilnehmer (Branchenbuch).

12 Am 12.9. 1940 ergänzte der RPM seine Verfügung wie folgt: „Ausnahmen sind nur zugelassen für: 1. Jüdische Rechtskonsulenten und Devisenberater, 2. Jüdische Krankenbehandler und Hebammen, Krankenhäuser sowie private jüdische Krankenhäuser und Pflegeheime, 3. die Reichsvereinigung usw., 4. usw., 5. usw. Die einstweilen belassenen Fernsprechanschlüsse bei schwerkriegsbeschädigten Juden sind nunmehr ebenfalls aufzuheben.“; wie Anm. 1, Bl. 44.

DOK. 97

The New York Times: Artikel vom 2. August 1940 über Ausfuhrverbote, Einkaufsbeschränkungen und Sperrgebiete für Juden in Deutschland¹

Juden werden im Reich neue Einschränkungen auferlegt. Auswanderer dürfen nur das Allernötigste an Kleidung mitnehmen. Einkaufszeit auf eine Stunde beschränkt. Jüdische Krankenhäuser dürfen Dach nicht mit Rotem Kreuz kennzeichnen.

Berlin, 2. August (AP) Die Einschränkungen, denen Juden in Deutschland unterworfen sind, werden insgesamt verschärft. Heute werden beispielsweise Verordnungen für Auswanderer erlassen, denen zufolge es ihnen untersagt ist, mehr als zwei Garnituren Kleidung, einen Arbeitsanzug, einen Pullover und einen Mantel mit außer Landes zu nehmen.² Bislang konnte ein emigrierender Jude die ihm verbliebenen [Reichs-]Mark in seine persönliche Ausstattung investieren, um sich das Leben in seinem Aufnahmeland zu erleichtern. Nun darf er nur noch die allernötigsten Kleidungsstücke mitnehmen.

Nach den neuen Auflagen darf beispielsweise eine erwachsene jüdische Frau zwei Kleider, zwei Stücke Berufsbekleidung, zwei Schürzen, einen Pullover, einen Regenmantel oder ein Stück Regenbekleidung, einen Wintermantel oder ein Wintercape, ein Paar Winterhandschuhe, drei Paar Unterhosen, zwei Nachthemden oder Schlafanzüge, zwei Unterrocke, sechs Paar Strümpfe, zwei Bettlaken, zwei Bettbezüge, zwei Kissenbezüge, ein Kissen, zwei Bettdecken, ein Paar Matratzen oder einen Strohsack, zwei Paar Straßenschuhe, ein Paar Haus- oder Turnschuhe, drei Handtücher, drei Geschirrtücher, zwei Putzlappen und zwei Staubtücher mitnehmen.

Juden, die nicht imstande sind auszuwandern – und nur sehr wenigen gelingt das jetzt noch –, wurden durch lokale Polizeiverordnungen weitere Einschränkungen auferlegt; die in Berlin erlassenen sind dafür typisch.

Jüdischen Inhabern von Telefonanschlüssen wurde heute mitgeteilt, dass ihnen deren Nutzung untersagt ist, mit Ausnahme von Anrufen bei Ärzten, Krankenschwestern und Hospitälern. In Fällen, wo Juden einen Nebenanschluss zu Telefonen haben, deren Inhaber „Arier“ sind, wurden Letztere angehalten, die Verbindung zu kappen.³ Den jüdischen Krankenhäusern wurde verboten, das Rote Kreuz auf ihre Dächer zu malen.⁴

Juden dürfen hier ihre Besorgungen nur noch zwischen 16 und 17 Uhr erledigen. Das gilt nicht nur für alle Geschäfte, sondern auch für private und öffentliche Märkte, und Juden klagen, es sei unmöglich, die Einkäufe in nur einer Stunde zu erledigen, wenn dort lange Schlangen stehen. Nichtjuden ist es untersagt, für Juden außerhalb der Zeit zwischen 16 und 17 Uhr einzukaufen.⁵

Vor Beginn der derzeitigen Kampfhandlungen erklärte Kanzler Hitler öffentlich, dass ein

¹ The New York Times, Nr. 30 142 vom 3. 8. 1940, S. 18: New Curbs Placed on Jews in Reich. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

² Vom 1. 8. 1940 datiert der Runderlass „betreffend Aberkennung der Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten, besonders die Versteigerung von Umzugsgütern“; nicht aufgefunden. Vorausgegangen war der Erlass des RWM vom 16. 7. 1940 über die Mitnahme von Umzugsgut durch Auswanderer; BArch, R 2/560 66.

³ Siehe Dok. 96 vom 29. 7. 1940.

⁴ Nicht ermittelt.

⁵ Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

weiterer Krieg die Vernichtung der Juden bedeuten würde.⁶ Nun wird systematisch eine Stadt nach der anderen von Juden gesäubert. Der jüngste Fall ist Breslau, wo allen Juden befohlen wurde, die Stadt bis zum Herbst zu verlassen.⁷

Die Unterdrückung der Juden erstreckt sich auch auf den deutsch besetzten Teil Polens, wie eine offizielle Meldung in der Warschauer Zeitung, einer in Warschau auf Deutsch erscheinenden Tageszeitung, zeigt. Dieser Meldung zufolge ist es den Juden verboten, Warschauer Parks zu betreten oder sich auf die Bänke zu setzen, die als Annehmlichkeit für die Bevölkerung in verschiedenen Teilen der Stadt stehen.⁸ Eine Reihe von Straßen und öffentlichen Plätzen in Warschau wurde für Juden als verboten deklariert. Juden dürfen diese nicht einmal betreten. Die einzige Ausnahme von dieser Regel sind Bänke in einem begrenzten Gebiet von Warschau, das als jüdisches Reservat vorgesehen ist, mit anderen Worten, als Getto.⁹ Wie in Berlin gab es zuvor in den Parks und auf öffentlichen Plätzen ein paar Bänke für Juden, doch seit dem Krieg sind die meisten davon verschwunden. Die Sperrstunde für Juden ist in den meisten deutschen Städten auf 21 Uhr festgesetzt.¹⁰

DOK. 98

Im Auswärtigen Amt werden am 15. August 1940 Hitlers Pläne bekannt, nach dem Krieg alle Juden aus Europa zu deportieren¹

Mitteilung (streng vertraulich!) von Martin Luther, AA, Abteilung Deutschland, an Legationssekretär Franz Rademacher, AA, vom 15.8. 1940²

1) Gelegentlich einer Besprechung mit Herrn Botschafter Abetz³ in Paris erzählte mir dieser, daß der Führer ihm bei seinem vor zirka 2 Wochen stattgefundenen Vortrag über Frankreich erzählt habe, daß er beabsichtige, nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren.

2) Botschafter Abetz erzählte mir weiterhin, daß sie die gesamte Kartei der Freimaurer Frankreichs beschlagnahmt und in einem Nebengebäude der Botschaft sichergestellt hätten.

⁶ Siehe VEJ 2/248.

⁷ Seit 1939 und forciert von Mai 1940 an mussten Juden in Breslau aus ihren Häusern und Wohnungen ausziehen und wurden in einigen Straßen und „Judenhäusern“ konzentriert. Der im Artikel genannte vollständige Auszug der jüdischen Bevölkerung aus der Stadt war jedoch nicht angeordnet worden.

⁸ Nicht aufgefunden.

⁹ Am 18.7. 1940 gab Ludwig Leist, der Beauftragte des Distriktchefs für die Stadt Warschau, ein „Verbot des Betretens öffentlicher Anlagen durch Juden“ bekannt, das sämtliche Parks außerhalb des für Juden gekennzeichneten „Seuchenviertels“ betraf; Mitteilungsblatt der Stadt Warschau Nr. 27 vom 1.8. 1940, S. 1.

¹⁰ Die Sperrstunde galt meist ab 20 Uhr; siehe Dok. 41 von Ende 1939, Anm. 7.

¹ PAAA, R 100857, Bl. 194.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen sowie Eingangsstempel des Auswärtigen Amts, Datum unleserlich.

³ Otto Abetz (1903– 1958), Kunsterzieher; 1927– 1934 Zeichenlehrer an Karlsruher Gymnasien, 1934 Frankreichreferent zunächst in der Reichsjugendführung und von 1935 an in der Dienststelle Ribbentrop; 1935 SS-, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1940 an Botschafter in Frankreich; 1942 SS-Brigadeführer; 1945 verhaftet und 1949 in Paris zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1954 entlassen.

DOK. 99

Das Reichssicherheitshauptamt plant Mitte August 1940 die Verschleppung der europäischen Juden nach Madagaskar¹

Ausarbeitung des RSHA, weitergeleitet von SS-Obersturmführer Theodor Dannecker an Legationssekretär Franz Rademacher, AA (Eing. 21.8. 1940), am 15.8. 1940

Lieber Kamerad Rademacher!

Durch Boten übersende ich ein Exemplar der Ausarbeitung „Madagaskar-Projekt“ für Ihren persönlichen Gebrauch. Ich darf um besonders vertrauliche Behandlung bitten.

Heil Hitler!

Ihr Dannecker

Urschriftlich mit der Bitte um Rückgabe Herrn Gesandten Luther² zur Kenntnis vorgelegt. Der Plan selbst ist durch Gruppenführer Heydrich an Herrn Reichsaußenminister³ unmittelbar weitergeleitet worden, von dort über Kult E zu D III gelangt, von mir an Pol XII geleitet.⁴ Das anliegende Stück hatte ich inzwischen unmittelbar erhalten. Ich war von der Absicht Heydrichs informiert worden, worüber ich gleich telefonisch an Sie nach Fuschel berichtet habe.⁵

Reichssicherheitshauptamt:

Madagaskar-Projekt

Verzeichnis

I. Lage und Grundsätzliches	Seite	1
II. Geographisches	Seite	3
a) Klima	Seite	3
b) Volkszahl und Land	Seite	3
c) Wirtschaft	Seite	3
d) Verkehrswege	Seite	4
III. Staatsrechtliche Form und gebietsmäßige Aufgliederung	Seite	5
IV. Organisation	Seite	6
A) Gesamtleitung	Seite	6
B) Aussiedelung	Seite	6
1) Technische Durchführung	Seite	6
2) Im einzelnen	Seite	6
a) Altreich, Sudetengau, neue deutsche Ostgaue	Seite	6
b) Ostmark	Seite	7
c) Protektorat Böhmen und Mähren	Seite	7

1 PAAA, R 100857, Bl. 197 – 214, Anlagen Bl. 215 – 219. Auszugsweiser Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 75 – 79.

2 Martin Luther (1895 – 1945), Möbelspediteur; 1932 NSDAP- und SA-Eintritt; seit 1936 Hauptreferent im Amt Ribbentrop, wechselte 1938 ins AA, von 1940 an Leiter der Abtl. Deutschland im AA; 1940 SA-Oberführer; 1941 Unterstaatssekretär, 1942 Vertreter des AA bei der Wannsee-Konferenz, 1943 – 1945 nach einem Komplott gegen Ribbentrop inhaftiert, starb kurz nach Kriegsende.

3 Joachim von Ribbentrop.

4 Das Referat Kult E war für Auswanderungsfragen, D III u. a. für „Judenfragen“ und Pol XII für Friedensfragen zuständig.

5 Richtig: Fuschl am See, im österr. Salzkammergut gelegen. Im Original handschriftl. Anmerkungen.

d) Slowakei	Seite	7
e) Dänemark	Seite	7
f) Norwegen	Seite	8
g) Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg	Seite	8
h) Generalgouvernement Polen	Seite	8
3) Vorarbeiten	Seite	9
C) Transporte	Seite	10
1) Schiffsraum	Seite	10
2) Finanzierung der Transporte	Seite	10
D) Ansetzung	Seite	11
1) Ansetzungshauptstab	Seite	11
2) Ansetzungsstäbe	Seite	11
3) Arbeitsweise	Seite	12
E) Jüdisches Gemeinwesen	Seite	12
F) Finanzierung	Seite	13
G) Vorausmaßnahmen	Seite	14

I. Lage und Grundsätzliches.

a) Mit der Errichtung des Generalgouvernements Polen und der Eingliederung der neuen deutschen Ostgaue kamen große Massen von Juden unter unmittelbare deutsche Hoheitsgewalt. Dazu kommen noch die in den unter deutscher militärischer Oberhoheit stehenden Gebieten ansässigen Juden.

Die bisherige Praxis zeigte, daß schon die Lösung des jüdischen Problems im Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren *im Wege der Auswanderung* infolge der allenthalben auftretenden Schwierigkeiten (verschärfte Einwanderungsgesetzgebung überseeischer Länder, Passagen- und Devisenbeschaffung usw.) *in absehbarer Zeit schwer zum Ende geführt werden kann*. Nach dem Hinzukommen der Massen des Ostens ist eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden.

b) Insgesamt ist augenblicklich mit einer Zahl von rund 4 000 000 Juden zu rechnen, die sich wie folgt zusammensetzt:

1) Deutschland	etwa	743 000 (einschl. der neuen Ostgaue – 500 000)
2) Generalgouv.	etwa	2 300 000
3) Protektorat	etwa	77 000
4) Belgien	etwa	80 000
5) Holland	etwa	160 000
6) Luxemburg	etwa	2 500
7) Dänemark	etwa	7 000
8) Norwegen	etwa	1 500
9) Slowakei	etwa	95 000
10) Frankreich	etwa	270 000
		3 736 000 ⁶

c) Die folgende Ausarbeitung stellt den Niederschlag der bisher seitens der Sicherheitspolizei geleisteten Vorarbeiten zu dem Projekt einer Ansetzung dieser rund 4 000 000 Juden in *Madagaskar* dar. Zur Vermeidung dauernder Berührung anderer Völker mit Juden ist eine Überseelösung *insularen Charakters* jeder anderen vorzuziehen.

⁶ Diese Zahl wurde handschriftl. ergänzt.

II. *Geographisches.* (Landkarte siehe Anlage I)⁷

a) *Klima.*

Die Küsten der Insel sind infolge der hohen Temperatur und der dauernd feuchten Luft für Europäer ungesund. Ein großer Teil des Innenlandes bildet eine Hochlandtafel von 800 – 1500 m Durchschnittshöhe. Diese Zone ist für Europäer geeignet.

Die großen Niederschlagsmengen bedingen das Vorhandensein zahlreicher Wasserläufe und Sümpfe. Dadurch ist naturgemäß in den Niederungen Fiebergefahr vorhanden. Durch Trockenlegungen könnte der Seuchenausbreitung weitestgehend gesteuert werden.⁸ Für ein Arbeitsprogramm sind schon hier große Aufgaben zu bewältigen.

b) *Volkszählung und Land.*

Das Gebiet der Insel entspricht mit fast 600 000 qkm der Größe Frankreichs, Belgiens und Hollands zusammen. Insgesamt sind 3,8 Millionen Einwohner vorhanden, darunter 3660 000 Madagassen, 11000 Inder und Chinesen sowie 24 000 Europäer, hauptsächlich Franzosen.

c) *Wirtschaft.*

Industrien sind nur im geringen Umfange vorhanden.

Neben dem Reis, der in allen Teilen des Landes angebaut wird, wächst Maniok (Wurzel-pflanze, die hier die Kartoffel ersetzt), Kartoffel, außerdem Baumwolle, Erdnuß, Mais, Zuckerrohr, Kaffee, Tee, Nelken, Vanille. Parfümerie- und Medizinalpflanzen werden ausgeführt. In den Höhenlagen bis 1000 Meter gedeihen Bananen, Orangen, Zitronen, Kokospalmen, Mango, Letschi, Avokat⁹ und Ananas. Der hohe Viehbestand von ungefähr sieben Millionen Rindern gestattet zur Zeit einen Fleischexport. Die Ernährung ist demnach auch beim Hinzukommen von 4 Millionen Juden gesichert.

Teilweise Erzvorkommen sind vorhanden, aber mangelhaft ausgebaut.

d) *Verkehrswege.*

Das Eisenbahnnetz der Insel ist nur 600 km lang. Stabile Straßenanlagen, Wege und Brückenbauten müssen in großem Umfange noch geschaffen werden. Auch Stromregulierungen sind weitgehendst erforderlich. Ein großzügiges Arbeitsprogramm zum Ausbau der Verkehrswege würde auf Jahre hinaus Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Die örtliche Leitung des Territoriums müßte bemüht sein, die Wirtschaft dieses Landes autark zu gestalten, damit Verbindungen zwischen den Juden und der übrigen Welt im Rahmen des internationalen Handels ausgeschlossen werden. Wo dies im Anfang nicht erreicht werden kann, sind deutsche Treuhandgesellschaften zur Lösung dieser Probleme anzusetzen.

III. *Staatsrechtliche Form und gebietsmäßige Aufgliederung.*

a) Madagaskar ist infolge des insularen Charakters zur Bildung eines jüdischen Reservates geeignet. Jeder Versuch jüdischer Eigenstaatlichkeit muß bei der Findung der staatsrechtlichen Form von vornherein ausgeschaltet werden. Gleichzeitig ist es notwendig, allen etwaigen Einspruchsversuchen, besonders seitens der USA, vorzubeugen. Als staatsrechtliche Form erscheint aus diesen Gründen die Errichtung einer jüdischen Wohnstätte unter deutscher Oberhoheit gegeben. Tatsächlich müßte aber dieses Mandat im Innern als *Polizeistaat* aufgezogen werden.

⁷ In der Anlage befindet sich eine Landkarte Afrikas mit statistischen Informationen zur Entwicklung der vormaligen deutschen Afrika-Kolonien; wie Anm. 1.

⁸ Gemeint ist: entgegengesteuert.

⁹ Richtig: Litschis und Avocados.

Der Kriegsmarine und der Luftwaffe werden die notwendigen Stützpunkte und Landeplätze freigehalten.

b) Das Gesamtgebiet der Insel ist zweckmäßigerweise aus organisatorischen Gründen, besonders auch in Anbetracht der großen Entfernungen, in 4 Distrikte zu unterteilen. Während dem *Ansetzungshauptstab* als Organisation zur Durchführung zentraler Aufgaben ein zu bildender *jüdischer Ältestenrat* zur Verfügung steht, haben sich am Sitz der *Distriktsstäbe jüdische Distriktsgemeinden* zu bilden, die wiederum in Bezirks- und örtliche Gemeinden aufgeteilt werden.

Der örtliche französische Verwaltungsapparat müßte unter Leitung der deutschen Behörden zeitweise weiterarbeiten. Dadurch ist eine dienstliche Entlastung der Ansetzungsstäbe, gleichwie der anderen etwa vorhandenen deutschen Behörden, gegeben.

IV. *Organisation.* (Organisationsplan siehe Anlage II)¹⁰

A) *Gesamtleitung.*

Die Gesamtleitung liegt beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD, welcher bereits mit Befehl des Reichsmarschalls vom 24. 1. 1939 als Sonderbeauftragter für die Judenauswanderung eingesetzt worden ist.¹¹ Ihm obliegt die zentrale Steuerung der gesamten Aussiedelung und Ansetzung, die Regelung der Transportangelegenheiten, die gesamte Finanzierung, sowohl der Transporte als auch der Ansetzung, und die sicherheitspolizeiliche Aufsicht.

B) *Aussiedelung.*

1) *Technische Durchführung.*

Zur technischen Durchführung der Aussiedelung werden folgende Aussiedelungsstäbe gebildet:

West: Für Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg.

Mitte: Für Altreich mit Sudetenland einschließlich neue deutsche Ostgaue, Ostmark, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei, Dänemark, Norwegen.

Ost: Für Generalgouvernement Polen.

2) *Im einzelnen:*

a) *Altreich, Sudetengau, neue deutsche Ostgaue.*

Die zentrale Steuerung liegt in Händen der Reichszentrale für jüdische Auswanderung Berlin. Verantwortlich für die Durchführung sind hier die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD, die durch ihre nachgeordneten Dienststellen zu ausführenden Organen werden. Letztere bedienen sich hinsichtlich der Durchführung im einzelnen der Bezirksverbände bzw. Ortsvereinigungen der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ bzw. in den Ostgauen der „Jüdischen Ältestenräte“.

b) *Ostmark.*

Die zentrale Steuerung liegt bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien. Ihr steht zur Einzeldurchführung die Israelitische Kultusgemeinde Wien mit ihrem gesamten Apparat zur Verfügung. (Es handelt sich hier lediglich nur um etwa 50 000 Juden.)

c) *Protektorat Böhmen und Mähren.*

Die zentrale Steuerung liegt bei der dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD unmittelbar unterstellten Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag. Für die Durchführung im einzelnen sind die Staatspolizeileitstellen in Prag und Brünn verantwortlich.

¹⁰ Wie Anm. 1.

¹¹ Siehe VEJ 2/243.

Die jüdische Kultusgemeinde Prag hat als Trägerin des gesamten jüdischen organisatorischen Lebens im Protektorat die Einzelarbeiten zu leisten.

d) *Slowakei.*

Nach dem Muster der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird mit dem Sitz in Preßburg ein besonderer Aussiedelungsstab unter Zuhilfenahme der örtlichen Behörden errichtet und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD unterstellt.

e) *Dänemark.*

Während die Durchführung der Aussiedelung in den unter a), b), c) und d) genannten Gebieten größeren Umfang hat, kann die Aussiedelung in Dänemark, wo sich nur etwa 7500 Juden befinden, so vor sich gehen, daß ein Beauftragter des Stabes Mitte zusammen mit der zuständigen dänischen Polizeibehörde die verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch nehmenden Arbeiten durchführt.

Soweit vorhanden, haben sich hier jüdische Gemeinden bzw. Organisationen an der Einzeldurchführung zu beteiligen.

f) *Norwegen.*

Hier handelt es sich nur um etwa 1500 Juden, deren Abschub mit *einem* Transport erledigt ist.

g) *Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg.*

Von dem Aussiedelungsstab West wird zu den zuständigen Polizeibehörden dieser Länder jeweils ein Beauftragter abgestellt. Die Durchführung im einzelnen liegt bei den unteren Verwaltungs- bzw. Polizeibehörden der vier Länder.

Dabei sind als Hilfsstellen die jüdischen Organisationen bzw. Gemeinden nach ihrer Reorganisation entsprechend dem Aufbau der „Israelitischen Kultusgemeinden“ in Wien und Prag bzw. der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ heranzuziehen.

h) *Generalgouvernement Polen.*

Die gesamte Verantwortung für die Aussiedelung im Generalgouvernement liegt beim Aussiedelungsstab Ost, der innerhalb des Stabes des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau tätig ist. In den einzelnen Distrikten sitzen Distriktsbeauftragte, die unter Einschaltung der örtlichen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD die Aussiedelungsaktionen durchführen. Dabei haben die Vorarbeiten zur Einzeldurchführung weitestgehend die jüdischen Ältestenräte durchzuführen.

3) *Vorarbeiten.*

a) Alle mit der Durchführung beauftragten Dienststellen haben zunächst eine genaue Sichtung des gesamten Judentums ihres Gebietes vorzunehmen. Sie sind für die Beantragung und Ausstellung aller – für eine Abwanderung von Juden – notwendigen Vorarbeiten, wie Dokumentenbeschaffung für den Einzeljuden, Vermögenserschaffung und Verwertung sowie Eingliederung in die Transporte, verantwortlich. Die ersten Transporte sollen hauptsächlich Landwirte, Baufachleute, Handwerker und Handarbeiterfamilien bis zu 45 Jahren sowie Ärzte enthalten. Diese werden dann gewissermaßen als Vortrupp zum Zwecke der Vorbereitung der Unterbringung der nachfolgenden Massen vorausgeschickt und angesetzt.

b) Die Juden dürfen bis zu 200 kg nicht sperrendes Gepäck pro Person mitnehmen. Jüdische Landwirte, Handwerker, Ärzte usw. *müssen*, soweit vorhanden, die gesamte in ihrem Besitz befindliche und zur Ausübung ihres Berufes notwendige Ausrüstung mitnehmen. Bezüglich der Mitnahme von Bargeld und Edelmetallgegenständen gelten die jeweiligen Bestimmungen.

c) Das zurückbleibende Vermögen der Ausgesiedelten ist der besonders dafür in jedem Lande zu errichtenden „Treuhandstelle für das Judenvermögen“ zu melden. Der Gesamterlös nach Verkauf der unbeweglichen Vermögensteile wird dann einem zu errichtenden Zentral-Aussiedelungsfonds zugeführt, der nach dem Muster des Auswanderungsfonds in Wien bzw. des Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren erstellt wird und sich dieser Fonds und allfällig weiterer Landesfonds als Untergliederung bedient.

C) *Transporte.*

1) *Schiffsraum.*

Um einen rohen Überblick über den notwendigen Schiffsraum zu erhalten, wird unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Fassungsvermögens von 1500 Personen pro Schiff folgende Überslagsrechnung niedergelegt: Nimmt man für Hin- und Rückfahrt einschließlich der notwendigen Aufenthalte etwa 60 Tage an, dann kommt man zum Ergebnis, daß beim Vorhandensein von 120 Schiffen ähnlichen Inhaltes täglich zwei Transporte mit demnach insgesamt 3000 Juden durchgeführt werden könnten. Pro Jahr würde das eine Zahl von rund 1 Million Juden ergeben. Die Dauer der Durchführung des gesamten Projektes könnte deshalb auf etwa 4 Jahre festgesetzt werden.

Nach dem Friedensschluß wird zweifellos die deutsche Handelsflotte anderweitig sehr stark in Anspruch genommen sein. Es wird deshalb notwendig, im Friedensvertrag mit aufzunehmen, daß zum Zwecke der Lösung des Judenproblems sowohl Frankreich als auch England den erforderlichen Schiffsraum zur Verfügung stellen.

2) *Finanzierung der Transporte.*

Die Finanzierung der Transporte wäre im wesentlichen der in den Westmächten ansässigen Judenschaft anläßlich des Friedensvertrages als Wiedergutmachung für jenen Schaden aufzuerlegen, der im Verfolg der Auswirkung des Versailler Vertrages durch die Juden dem Deutschen Reiche in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung zugefügt wurde.

D) *Ansetzung.*

1) *Ansetzungshauptstab.*

Der Ansetzungshauptstab des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, dessen Sitz noch zu bestimmen wäre, ist als die direkt Berlin verantwortliche Stelle für die Gesamtleitung der Ansetzung zuständig. Ihm obliegt das gesamte Sicherungswesen, die Transportannahme und -Verteilung (Einwanderungskontingente), das Melde- und Auskunftswesen, Ernährungswesen und Landwirtschaft, Arbeitswesen, Gesundheitswesen, Finanzwesen und Währungsfragen, Nachrichtenwesen, sowie Aufbau und Kontrolle des jüdischen Gemeinwesens.

2) *Ansetzungsstäbe.*

Die in den Distrikten arbeitenden Ansetzungsstäbe I – IV, deren Standorte gleichfalls noch zu bestimmen sind, tragen die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Befehle des Hauptstabes und die unbedingte Einhaltung der von diesen erteilten generellen Richtlinien in ihren Distrikten. Die jüdischen Distriktsgemeinden unterstehen direkt dem jeweiligen Ansetzungsstab, der seinerseits entsprechend den ihm gegebenen Richtlinien die notwendigen Einzelentscheidungen an Ort und Stelle fällt. Hauptaufgabe der Ansetzungsstäbe in den Distrikten ist ferner die Kontrolle der zweckmäßigen Ansetzung jüdischer Arbeitskommandos mit dem Ziele, die Unterbringungsmöglichkeiten für die nachfolgenden Transporte zu sichern und zu erreichen, daß insoweit eine sofortige Einschaltung in den Produktionsprozeß erfolgt, als dies zur Bestreitung des jüdischen Eigenbedarfs nötig ist.

3) *Arbeitsweise.*

Als Grundlage wird durch ein Vorkommando überschlagsmäßig nach Festlegung der Distriktsgrenzen die vermutliche Aufnahmefähigkeit festgestellt. Dann erfolgt die Festsetzung der Schlüsselzahlen für die einzelnen Distrikte. Die Ansetzungsstäbe der Distrikte können nach Bekanntgabe der Schlüsselzahlen an eine großzügige Planung unter laufender Beteiligung des Ansetzungshauptstabes herantreten.

E) *Jüdisches Gemeinwesen.*

Wie bereits ausgeführt, wird ein einsatzfähiger jüdischer Organisationsapparat aufgebaut werden, dessen Haupttätigkeit darin besteht, den gegebenen Anordnungen der Ansetzungsstäbe schnellstens Geltung zu verschaffen. Diese Methode hat sich bei der Arbeit der Zentralstellen für jüdische Auswanderung bestens bewährt und wälzt einen Großteil der Arbeit auf die Juden selbst ab.

Die jüdischen Distriktsgemeinden haben die Bezirks- und Ortsgemeinden so durchzuorganisieren, daß während der Durchführung der Ansetzung eine reibungslose Abwicklung gewährleistet erscheint. Ferner haben jüdische Baufachleute und geschulte Landwirte, die mit den Vortrupps ins Land kommen, unverzüglich innerhalb der einzelnen jüdischen Gemeinden an den Ausbau und Aufbau landwirtschaftlicher Siedelungen sowie an die verkehrstechnische Erschließung des Landes heranzugehen. Die Juden haben ferner für die geordnete Lebensmittelversorgung durch Errichtung eines Verteilungsapparates auf *genossenschaftlicher* Basis zu sorgen. Um die sanitäre Betreuung einigermaßen zu sichern, haben die jüdischen Stellen auf die richtige Verteilung aller vorhandenen Ärzte innerhalb der Gebiete zu achten.

F) *Finanzierung.*

Die Durchführung der vorgeschlagenen Endlösung erfordert bedeutende Mittel. Es ist zu unterscheiden zwischen Mitteln, die für die Aussiedelung der Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren, den neuen deutschen Ostgebieten und dem Generalgouvernement aufgebracht werden und solchen Mitteln, die für die Aussiedelung der Juden aus den Ländern in Frage kommen, die bei der Endlösung berücksichtigt werden sollen. Die Aufbringung der letzteren Mittel wäre durch entsprechende Bedingungen anlässlich der Friedensvertragsverhandlungen, etwa durch Auflegung einer Kontribution auf das Judenvermögen dieser Länder, zu erreichen.

Diese durch Kontribution aufkommenden Mittel können zweifellos bedeutend größer gestaltet werden, als die innerhalb des Reichsgebietes einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren aufzubringenden, selbst unter Berücksichtigung der Heranziehung des gesamten jüdischen Privateigentums im Reichsgebiet, Protektorat Böhmen und Mähren, den neuen deutschen Ostgebieten und [im] Generalgouvernement. Durch einen entsprechenden Verteilerschlüssel muß der notwendige Ausgleich dieser beiden Aufbringungsgruppen hergestellt werden. Ebenso wäre noch die Frage zu klären, ob bezüglich der Aufbringung der Mittel im Reichsgebiet, im Protektorat Böhmen und Mähren, in den neuen deutschen Ostgauen und im Generalgouvernement Enteignungsmaßnahmen geeignet erscheinen oder aber ob diese Mittel in Form von freiwilligen Rechtsgeschäften unter Einschaltung der jüdischen Kultusgemeinden Prag und Wien, der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der jüdischen Ältestenräte in den Ostgebieten aufzubringen wären.

G) *Vorausmaßnahmen.*

Im Falle der endgültigen Bestimmung Madagaskars zur Judenwohnstätte wird vorge-

schlagen, ein Kommando der Sicherheitspolizei in entsprechender fachlicher Zusammensetzung an Ort und Stelle zu entsenden.

Aufgabe dieses Vorkommandos ist es, folgende Feststellungen zu treffen:

- 1) Gesamtaufnahmefähigkeit.
- 2) Möglichkeiten der Erweiterung der Aufnahmefähigkeit durch Lagererrichtung u. ä.
- 3) Verwendbarkeit der unteren französischen Verwaltungsbehörden bezüglich der Verteilung und Einordnung ankommender Transporte.
- 4) Allgemeine Verpflegungslage.
- 5) Landwirtschaft und Wirtschaft allgemein, Arbeitseinsatz.
- 6) Landemöglichkeiten, Verkehrswege.

Nach Vorliegen des Berichtes des Vorkommandos werden unter Heranziehung der örtlichen französischen Verwaltungsbehörden Vorbereitungsaufgaben in Angriff genommen. Es wird vorgeschlagen, daß bei den Friedensverhandlungen für den Bereich dieser Angelegenheit ein Beauftragter des RF-SS und Chefs der Deutschen Polizei mit eingeschaltet wird.

DOK. 100

Ein Flüchtlingskomitee in Shanghai erläutert der Kultusgemeinde in Wien am 21. August 1940 die Einwanderungsbedingungen¹

Schreiben des Committee for the Assistance of European Jewish Refugees in Shanghai, Immigration Department,² Embankment Building, Entrance A, Room 177, Unterschrift unleserlich, an die Kultusgemeinde Wien (Eing. Auslandskorrespondenz Nr. 6320: 14. 9. 1940), vom 21. 8. 1940

Die zahlreichen brieflichen und telegrafischen Anfragen wegen Permits, die teils direkt an uns und teils an hier befindliche Einzelpersonen kommen, sind häufig derart abgefaßt, daß eine Erfüllung der darin geäußerten Wünsche vollkommen unmöglich ist. Wir sehen uns daher veranlaßt, Ihnen nochmals klar mitzuteilen, wie die Situation augenblicklich ist.

A. Das Internationale Settlement³ erteilt vor allem dann Permits, wenn für den zu erwartenden Einwanderer ein Landungsgeld von zumindest US \$ 400,- sich hier befindet. Der Besitz des Landungsgeldes allein berechtigt absolut nicht zur Einreise nach Shanghai, es ist unbedingt das Geld hierher zu überweisen und hier auf Grund des deponierten Landungsgeldes um ein Permit anzusuchen. Wenn die präsumptiven Einwanderer hier Verwandte oder Bekannte haben, die die notwendigen Schritte für sie unternehmen können, so kann das Geld an diese Personen überwiesen werden, welche dann den Erlag beim Committee vornehmen können. Wenn die betr. Personen jedoch keinerlei Beziehungen hierher haben, so hat die Überweisung des Betrages an die Chasebank Shanghai, Account

¹ CAHJP, A/W 2546, 2, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF U 8, fr. 595f.

² Das Committee for the Assistance of European Jewish Refugees in Shanghai (CAEJR) war am 19. 10. 1938 gegründet worden, um den meist verarmten deutschen und österr. Einwanderern zu helfen, indem es z. B. Sammelunterkünfte und Suppenküchen einrichtete.

³ Innerhalb Shanghais bildeten das International Settlement und die French Concession eigenständige Verwaltungsbezirke. Der chines. Teil der Stadt stand von 1937 an unter japan. Kontrolle.

Speelman for (Name des Einwanderers), zu erfolgen, selbstverständlich unter entsprechender Avisierung an uns. In diesen Fällen erfolgt dann auch die Einreichung bei den Behörden durch das Committee. In allen Fällen empfiehlt es sich, vier bis fünf US-Dollar pro Person mehr zu überweisen zur Deckung der mit der Permitabteilung zusammenhängenden Gebühren und Spesen.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, daß hier befindliche Personen um ein Permit für nahe Verwandte ansuchen, wenn sie in der Lage sind nachzuweisen, daß ihnen die Mittel zur Erhaltung der allfälligen Neueinwanderer zur Verfügung stehen. Anträge auf Grund von Anstellungsverträgen haben fast keine Aussicht auf positive Erledigung. Es ist durchschnittlich mit einer Erledigungsdauer von ein bis zwei Monaten zu rechnen.

B. Zur Erlangung eines Permits des Imperial Japanese Consulate General ist die unbedingte Voraussetzung, daß der Antragsteller im japanisch besetzten Gebiet Shanghais wohnt und bei den japanischen Behörden registriert ist. Die Registrierung erfolgte beiläufig bei Jahresfrist. Eine Nachregistrierung wird nur bei denjenigen Personen vorgenommen, die auf Grund eines vom Japanischen General Consulat ausgestellten Permits einreisen. Die Möglichkeit, auf Grund von Landungsgeld bei den japanischen Behörden ein Permit zu beantragen, besteht derzeit nicht.

Es kommen also praktisch nur jene Fälle in Betracht, in denen unter Nachweis der Erhaltungsmöglichkeit für Verwandte angesucht wird. Es ist leider nicht möglich, eine verlässliche Auskunft über die Erledigungsdauer von Anträgen an die japanischen Behörden zu geben. Ebenso sind wir nicht in der Lage, von hier aus verlässlich zu beantworten, ob auf Grund eines Settlementspermits die notwendigen Durchreise-Visen für die Fahrt über Sibirien erhältlich sind. Von seiten des hiesigen japanischen General-Konsulats wurde uns jedoch wiederholt in Aussicht gestellt, daß diese Stelle die japanischen Konsulatsbehörden in Deutschland um Gleichstellung aller Arten Permits mit den japanischen Permits ersucht habe.

Die große Zahl der bisher erteilten Einreisebewilligungen beweist das außerordentliche Entgegenkommen der hiesigen Behörden. Es ist aber nicht möglich, über den Rahmen der Bestimmungen hinaus bzw. bei Nichterfüllung der gestellten Bedingungen, Anträge mit Aussicht auf Erfolg zu überreichen. Wir bitten Sie, allen in Betracht kommenden und interessierten Stellen von diesen Informationen Kenntnis zu geben, damit nicht vollkommen unerfüllbare Wünsche brieflich oder telegrafisch gestellt werden.

In Einwanderungsfragen ist nur das Unterzeichnete Immigration Department zuständig. Es empfiehlt sich daher, diesbezügliche Korrespondenzen nur an diese Stelle, P.O. Box 1024, zu richten.

Hochachtungsvoll

DOK. 101

**Legationsrat Rademacher vom Auswärtigen Amt macht Ende August 1940
Vorschläge zur Durchführung des Madagaskar-Plans¹**

Ausarbeitung des AA, gez. Rademacher, Berlin, Martin Luther vorgelegt am 30. 8. 1940²

Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans des Referats D III

Die Idee, alle Juden nach Madagaskar zu schaffen, ist zuerst von dem alten holländischen Antisemiten Beamish in den 20er Jahren veröffentlicht worden.³ Nachdem auf Vorschlag der Abteilung Deutschland der Herr Reichsminister⁴ entschieden hatte, daß die Lösung der Judenfrage im Friedensvertrag von dem Referat D III in der Abteilung Deutschland im Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers SS bearbeitet werden sollte, habe ich den anliegenden Grundriß eines Planes zur Lösung der Judenfrage im Friedensvertrage entworfen. Dieser Plan ergibt als praktische Arbeitseinteilung:

1.) Führen der Verhandlungen mit den Feindmächten auf Grund des Friedensvertrages und mit den übrigen europäischen Staaten auf Grund von Sonderverträgen – Auswärtiges Amt.

2.) Erfassen der Juden in Europa, ihr Transport nach Madagaskar, ihre Ansiedlung dort und die zukünftige Verwaltung des Insel-Gettos – Reichssicherheitshauptamt.

3.) Erfassen des jüdischen Vermögens in Europa, Gründen einer intereuropäischen Bank, die dieses Vermögen treuhänderisch zu verwalten und zu verwerten sowie die Finanzierung des Ansiedlungsunternehmens durchzuführen hat – Dienststelle des Vierjahresplans, Staatsrat Wohlthat.

4.) Das propagandistische Vorbereiten und Sichern des Planes gegen eine eventuelle Hetzwelle aus USA:

a) für den Bereich des Inlandes das Propagandaministerium, Oberregierungsrat Dr. Taubert, mit seiner „Antisemitischen Aktion“;⁵

b) für den Bereich des Auslandes die Informationsabteilung des Auswärtigen Amts.

Gemäß dieses Grundplanes bin ich an die einzelnen Dienststellen herangetreten. Auf meine Anregung hin und in enger Fühlungnahme mit mir ist dann der Madagaskar-Plan des Reichssicherheitshauptamtes entstanden.⁶ Der Plan der intereuropäischen Bank in

1 PAAA, R 100857, Bl. 195f.

2 Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

3 Der Brite Henry Hamilton Beamish (1873–1948), 1919 Gründer der antisemitischen Organisation The Britons, gilt als einer der Ersten, die in den 1920er-Jahren den ursprünglich auf Paul de Lagarde (1827–1891) zurückgehenden Gedanken einer „Abschaffung“ der Juden nach Madagaskar propagierten. 1923 veröffentlichte er im Publikationsorgan der Britons einen entsprechenden Beitrag, drei Jahre später erschien auf der Titelseite des VB ein vermutlich von Beamish verfasster Artikel unter der Überschrift „Madagaskar“ (Von einem Engländer)“; Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997, S. 32–38.

4 RAM Joachim von Ribbentrop.

5 Dr. Eberhard Taubert (1907–1976), Jurist; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt, von 1933 an Referatsleiter im RMfVuP, zuständig u. a. für antijüdische Propaganda, gründete 1934/35 das Institut zum Studium der Judenfrage, das 1939 in Antisemitische Aktion umbenannt wurde, seit 1938 ehrenamtlicher Richter am Volksgerichtshof, Drehbuchautor von „Der ewige Jude“, 1942 MinR.; tauchte nach Kriegsende unter, 1950 Mitbegründer des Volksbunds für Frieden und Freiheit, später Bundeswehrberater in psychologischer Kriegsführung.

6 Siehe Dok. 99 von Mitte August 1940.

der anliegenden Form ist von mir entworfen worden. Ich habe ihn Herrn Staatsrat Wohlthat übersandt, der ihn auf seine Ausführbarkeit hin prüfen und seine praktische Durchführung übernehmen wird.⁷ Die Antisemitische Aktion bereitet von sich aus einen Propaganda-Plan für das Inland vor. Im Verlauf der Vorbesprechungen mit den innerdeutschen Dienststellen machte Oberbereichsleiter Brake⁸ von der Kanzlei des Führers (Stab-Bouhler)⁹ den Vorschlag, die Transportorganisation, die er als Sonderauftrag des Führers für die Kriegszeit aufgebaut hat, für den Transport der Juden nach Madagaskar später einzusetzen.¹⁰ Ich habe Oberbereichsleiter Brake geraten, sich deswegen mit SS-Gruppenführer Heydrich in Verbindung zu setzen. Meiner Ansicht nach ist sein Plan durchaus beachtlich. Eine eingespielte Organisation mit reichen Erfahrungen kann schlagartiger einsetzen als eine entsprechende Neubildung, der naturgemäß Kinderkrankheiten anhaften. Um den Plan sachlich weiterzufördern, ist es jetzt an der Zeit,

- a) die erwähnten innerdeutschen Dienststellen zu einer Besprechung im Auswärtigen Amt zusammenzurufen und eine vorbereitende Kommission zusammenzustellen,
- b) an die Franzosen heranzutreten, damit sie dieser Kommission die Einreise nach Madagaskar gestatten,
- c) Entsenden der Kommission auf 1–2 Monate nach Madagaskar, um an Ort und Stelle die Einzelfragen der Ansiedlung und deren Vorbereitung festzustellen.

Daß man die gesamten europäischen Juden, die auf höchstens 6,5 Millionen geschätzt werden, neben der alteingesessenen Bevölkerung in Madagaskar unterbringen kann, ist jetzt schon zu bejahen, wie die von mir eingeholten Gutachten der Professoren Dr. Burgdörfer vom Bayerischen Statistischen Landesamt und Dr. Ing. F. Schumacher von der Bergakademie Freiberg bestätigen.¹¹ Daß heute noch große Teile der Insel wegen ihres sumpfigen Charakters als ungesund anzusehen sind, steht dem nicht entgegen. Durch Trockenlegungsarbeiten ist dieser Mangel ohne weiteres zu beheben, wie das Beispiel des der Insel gegenüberliegenden portugiesischen Kolonialgebietes von Mozambique, in Südamerika das Beispiel des Hafens Santos gezeigt haben. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte würde sich auf etwa 16 pro qkm ergeben, d. h. dem Stand der Durchschnittsbesiedlungsdichte für die Erdoberfläche entsprechen.

Hiermit

Herrn Gesandten *Luther*

mit der Bitte vorgelegt, die Zustimmung des Herrn Reichsaußenministers zu dem angeregten Verfahren herbeizuführen.

7 Nach Rademachers Vorstellungen sollte die Bank zentral die Vermögenswerte der zu enteignenden Juden Europas treuhänderisch verwalten, um damit u. a. die Kosten der Um- und Ansiedlung der Juden zu begleichen; Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa vom 12.8. 1940, wie Anm. 1, Bl. 228 + RS.

8 Richtig: Viktor Brack (1904 – 1948), Wirtschaftswissenschaftler; 1923 SA-, 1929 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1932 an in der Münchner NSDAP-Parteizentrale tätig, von 1934 an Stabsleiter und von 1936 an stellv. Leiter der Kanzlei des Führers, Verbindungsmann zur SS, Mitglied des Volksgerichtshofs; 1940 SS-Oberführer; maßgeblich beteiligt an den „Euthanasie“-Morden, 1942–1944 Ordonnanzoffizier bei der Waffen-SS; 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt, hingerichtet.

9 Brack gehörte zum Stab des Chefs der Reichskanzlei Philipp Bouhler (1899 – 1945).

10 Gemeint ist die Transportorganisation Gekrat (Gemeinnützige Kranken-Transport GmbH) der „Euthanasie“-Aktion. Zur „Euthanasie“ siehe Einleitung, S. 31–33.

11 Zu Burgdörfers Gutachten siehe Dok. 94 vom 17. 7. 1940. Der Geologe Friedrich Schumacher (1884 bis 1974) befasste sich in seinem Gutachten mit der Frage der Bodenschätze Madagaskars; Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze von Madagaskar vom 29. 7. 1940, wie Anm. 1, Bl. 223–225.

DOK. 102

Herbert Gerigk schreibt im August 1940 über die Rolle des Judentums in der Musik¹

Vorwort zum „Lexikon der Juden in der Musik“ von Herbert Gerigk² vom August 1940

Die Reinigung unseres Kultur- und damit auch unseres Musiklebens von allen jüdischen Elementen ist erfolgt. Klare gesetzliche Regelungen gewährleisteten in Großdeutschland, daß der Jude auf den künstlerischen Gebieten weder als Ausübender noch als Erzeuger von Werken, weder als Schriftsteller noch als Verleger oder Unternehmer öffentlich tätig sein darf. Die Namen der „Größen“ aus der Zeit vom Weltkriegsende bis zur Neuordnung des Reiches sind versunken. Sie sind sogar so gründlich vergessen, daß beim zufälligen Wiederauftauchen eines solchen Namens mancher sich kaum entsinnen wird, daß es sich um einen berühmten, früher viel genannten Juden handelt. Das wird gerade den Menschen der jungen Generation so ergehen, die jene Verfallszeit noch nicht bewußt miterlebten, die also von Anbeginn ihrer Arbeit im Aufbau standen. Die große Zahl der Namen läßt es im übrigen auch durchaus natürlich erscheinen, daß hier und da immer noch Zweifel über die Abstammung eines Komponisten oder eines in anderer Weise auf musikalischem Gebiet Tätigen aufkommen.

Aus dieser Lage ergab sich die Aufgabe, ein Nachschlagewerk zu schaffen, das trotz der Schwierigkeit der Materie den Stand unseres Wissens in einwandfreier Form wiedergibt. Die zuverlässigsten Quellen mußten ausfindig gemacht werden, um dem Musiker, dem Musikerzieher, dem Politiker und auch dem Musikfreund jene unbedingte Sicherheit zu geben, die hinsichtlich der Judenfrage gefordert werden muß.

Ein solches Lexikon behält seine Bedeutung auch für die Zukunft, wenn die Judenfrage in der deutschen Kunst einmal eine ferne historische Episode bilden wird. Vor allem für die Wissenschaft ist es wichtig, durch die Schaffung eines Lexikons der auf dem Gebiet der Musik hervorgetretenen Juden Tatsachen und Zusammenhänge zu klären und zu überliefern, die später vielleicht nicht mehr in allem so lückenlos zu erkennen und nachzuprüfen sein würden. Die Wissenschaft erhält damit ein Hilfsmittel, das im Zuge ihrer Neuorientierung an den Gegebenheiten der Rasse seinen Wert besitzt.

Es kann nirgends eine wirkliche Verbindung zwischen deutschem und jüdischem Geist geben. Diese Erkenntnis veranlaßt uns zu einer denkbar reinlichen Scheidung, um so mehr, als die hinter uns liegenden Jahre gezeigt haben, welchen Weg die Entwicklung nimmt, sobald jüdische Elemente geduldet oder gar mit Führungsvollmachten ausgestattet werden. Die außerdeutsche Welt hat das erst zum geringsten Teil begriffen, und meist will man es gar nicht begreifen. Man will nicht sehen, daß es uns nirgends – weder in der Musik noch an einer anderen Stelle – um die Beurteilung eines *einzelnen* Juden geht, sondern daß die Judenfrage für uns ein unteilbares Ganzes bildet. Deshalb ist die gele-

¹ Lexikon der Juden in der Musik. Mit einem Titelverzeichnis jüdischer Werke (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Judenfrage Frankfurt a. M., Bd. 2, 1940), S. 5–9. Abdruck als Faksimile in: Eva Weissweiler, *Ausgemerzt! Das Lexikon der Juden in der Musik und seine mörderischen Folgen*, Köln 1999, S. 185–189.

² Dr. Herbert Gerigk (1905–1996), Musikwissenschaftler; 1932 NSDAP-, 1933 SA-, 1935 SS-Eintritt; leitete 1935–1939 die Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv, 1935–1945 die Hauptstelle Musik im Amt Rosenberg, von 1940 an außerdem den mit der Konfiszierung jüdischen Eigentums beauftragten Sonderstab Musik beim ERR; 1942 SS-Hauptsturmführer; Mithrsg. des Lexikons der Juden in der Musik; nach 1945 Musikkritiker der Ruhr Nachrichten.

gentlich auftauchende Fragestellung nach Wert oder Unwert im Hinblick auf Einzelleistungen von vornherein falsch, weil sie an dem Kern der Sache vorbeigeht. Wir messen mit den Maßstäben *unserer* Rasse, und dann kommen wir allerdings zu dem Ergebnis, daß der Jude unschöpferisch ist und daß er auf dem Gebiet der Musik lediglich nachahmend zu einer gewissen handwerklichen Fertigkeit vordringen kann. Sein Einfühlungsvermögen befähigt ihn als Virtuosen zu verblüffenden Leistungen, die sich aber bei näherem Zusehen auch als inhaltsleer herausstellen, zumal sein orientalisches Empfinden den Gehalt einer abendländischen Tonschöpfung stets umfälschen muß.

Die Zusammenhänge zwischen Musik und Rasse werden in unserer Zeit erstmalig in planvoller Arbeit wissenschaftlich erforscht. Es dauerte lange, bis Richard Wagners Kampfschrift „Das Judentum in der Musik“, die schon Mitte des 19. Jahrhunderts die Blicke auf die Rassenfrage in der Musik nachdrücklich lenkte,³ Nachfolge im positiven Sinne fand. Die von Richard Eichenauer mit seinem 1932 erschienenen Buch „Musik und Rasse“ geleistete Pionierarbeit bleibt verdienstvoll ohne Rücksicht auf manche seiner umstrittenen und anfechtbaren Feststellungen.⁴ Mit dem Judentum im besonderen hat sich Karl Blessinger in der Schrift „Mendelssohn, Meyerbeer, Mahler“ befaßt; er versucht darin eine Auseinandersetzung im wissenschaftlichen Sinne, so weit das bei den derzeitigen Vorarbeiten schon möglich ist.⁵ Verschiedentlich sind auch bereits lexikalische Versuche unternommen worden, aber ihnen haften Mängel an, die entweder in einer bedenkenlosen Großzügigkeit hinsichtlich der zu erfassenden Namen oder aber in erheblichen Lücken bestehen. Das vorliegende Lexikon tritt mit dem Anspruch auf größtmögliche Zuverlässigkeit auf. Dadurch wurde zunächst noch der Verzicht auf alle diejenigen Namen bedingt, die nicht mit ausreichender Sicherheit als jüdisch festzustellen waren. Die Abstammung des weitaus größten Teiles der aufgenommenen Juden und Halbjuden (Vierteljuden und jüdisch Versippte wurden nicht berücksichtigt, obwohl gerade bei der sensiblen Mentalität der Künstler eine weitreichende Beeinflussung des arischen Ehepartners angenommen werden muß) kann urkundlich belegt werden. Selbst bei allgemein als Juden bekannten Personen wurde in allen noch nicht einwandfrei urkundlich ausgewiesenen Fällen ein Kreuz als Vorbehaltskennzeichnung eingefügt. Es liegt also im allgemeinen Interesse, daß möglichst viele Benutzer Ergänzungen und Berichtungen zu den vorhandenen Namen sowie Angaben über nicht berücksichtigte jüdische Musiker an die angegebene Anschrift weiterleiten. Ein Nachtrag soll dieses Material später erschließen.

Die Schwierigkeiten sind namentlich bei Nachforschungen in früheren Jahrhunderten beträchtlich. Jüdische Quellen sind wenig zuverlässig, weil manche Schriftsteller bewußt Arier für das Judentum in Beschlag nehmen wollen. So führt Alfred Einstein im „Jüdischen Lexikon“ Hugo Kaun.⁶ Der berüchtigte Adolf Kohut beansprucht die berühmtesten

3 Richard Wagners antisemitischer Aufsatz erschien zuerst 1850 unter dem Pseudonym K. Freigedank in der Neuen Zeitschrift für Musik; 1869 folgte die Veröffentlichung „Das Judentum in der Musik“ als eigenständige Broschüre unter Wagners Namen.

4 Richard Eichenauer, Musik und Rasse, München 1932. Eichenauer (1893–1956) versuchte die Rassenstheorie H.F.K. Günthers (1891–1968) auf die Musik zu übertragen. Bereits kurz nach dem Erscheinen wurde das Buch als dilettantisch und unwissenschaftlich kritisiert.

5 Dr. Karl Blessinger (1889–1962), Musikwissenschaftler, Komponist; 1920–1945 Lehrer an der Münchener Akademie der Tonkunst; 1932 NSDAP-Eintritt; 1942 Professor; Verfasser u. a. von „Mendelssohn, Meyerbeer, Mahler: drei Kapitel Judentum in der Musik als Schlüssel zur Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts“ (1939).

6 Dr. Alfred Einstein (1880–1952), Musikwissenschaftler; 1918–1933 Hrsg. der Zeitschrift für Musik-

Sängerinnen für die jüdische Rasse.⁷ Hier ist noch vieles zu überprüfen. Die Namensänderungen und die Gepflogenheit vieler Juden, auch bei längerer Tätigkeit an einem Ort die vorgeschriebene polizeiliche Meldung nicht zu vollziehen, läßt selbst bis an die Schwelle der Gegenwart die Erhebungen langwierig werden.

Die zusammenhängende Darstellung der Rolle, die das Judentum in der Musik gespielt hat, wird nunmehr, nachdem die materialmäßige Erfassung zu einem vorläufigen Abschluß gelangt ist, in Angriff genommen werden können.

Für die Zwecke des vorliegenden Lexikons schien es ausreichend, daß bei emigrierten Juden im allgemeinen der letzte Wohnsitz im deutschen Reichsgebiet angegeben wurde. Um das Buch nicht unnötig anschwellen zu lassen, wurde auf Werkverzeichnisse und erschöpfende bibliographische Angaben verzichtet. Die Übersichtlichkeit hätte sonst gelitten, und schließlich soll von unserer Seite ja nicht eine Verewigung der jüdischen Erzeugnisse geliefert werden, sondern eine Handhabe zur schnellsten Ausmerzung aller irrtümlich verbliebenen Reste aus unserem Kultur- und Geistesleben. Als die Meister der Tarnung schlüpfen selbst jetzt noch hie und da einzelne Juden unerkannt durch.

Da soll das Lexikon ein sicherer Wegweiser sein für Kulturpolitiker, für Bühnenleiter und Dirigenten, für den Rundfunk, für die leitenden Persönlichkeiten in den Dienststellen der Parteigliederungen und in den angeschlossenen Verbänden und nicht zuletzt auch für die Leiter der Unterhaltungskapellen. Ferner wird der Musikerzieher ebenso wie der Wissenschaftler einen ersten zuverlässigen Anhalt haben. Das Titelverzeichnis jüdischer Bühnenwerke kann die Arbeit in manchen Fällen erheblich erleichtern.

Die Hauptarbeit an dem Werk wurde von Dr. Theo Stengel geleistet.⁸ Ohne die ausgedehnte Mithilfe der Reichsstelle für Sippenforschung wäre das Werk in der vorliegenden Gestalt jedoch nicht möglich geworden. Auch den Standesämtern und Verwaltungsstellen, die bereitwilligst Auskünfte und Urkunden übersandt haben, sei an dieser Stelle gedankt. Wertvolle Mitarbeit haben die Angehörigen der Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg – Dr. Lily Vietig-Michaelis,⁹ Dr. Wolfgang Boetticher¹⁰ und Dr. Hermann Killer¹¹ – geleistet.

Das Lexikon will zu seinem Teil Aufklärungs- und Schulungsmaterial für einen wichtigen Zweig unseres Kunstlebens bieten.

wissenschaften, 1919 – 1929 Hrsg. des Musiklexikons von H. Riemann, 1927 – 1933 Kritiker beim Berliner Tageblatt; emigrierte 1933 nach Großbritannien, 1935 nach Italien und 1938 in die USA, 1939 bis 1950 Dozent in Northampton (MA). Hugo Kaun (1863 – 1932), Komponist, Dirigent und Pädagoge.

7 Dr. Adolph, auch Adolf Kohut (1847/48 – 1917), Schriftsteller, Journalist, Literatur- und Kulturhistoriker.

8 Dr. Karl Theophil Stengel (1905 – 1995), Musikwissenschaftler; 1931 NSDAP-Eintritt; von 1935 an in der Rechtsabt. der Reichsmusikkammer, später Referatsleiter für Abstammungsnachweise; 1941 bis 1944 bei der Wehrmacht; 1946 kurzzeitig in US-Internierung, später Musiklehrer nahe Heidelberg, Mithrsg. des Lexikons der Juden in der Musik.

9 Dr. Lily Vietig-Michaelis (* 1912), Musikwissenschaftlerin; politische Schulungsleiterin im NS-Studentenbund, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1939 an Mitarbeiterin der Hauptstelle Musik und des ERR; nach 1945 in Bad Schwartau.

10 Dr. Wolfgang Boetticher (1914 – 2002), Musikwissenschaftler; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1939/40 an Mitarbeiter der Hauptstelle Musik, im Sonderstab Musik des ERR beteiligt an der Konfiszierung jüdischen Eigentums in den besetzten Gebieten; von 1948 an Dozent, 1956 Professor in Göttingen, 1998 untersagte die Universitätsleitung ihm die Lehrtätigkeit aufgrund seiner NS-Vergangenheit.

11 Dr. Hermann Killer (1902 – 1990), Musikwissenschaftler; 1933 SA-, 1937 NSDAP-Eintritt; Autor beim VB, 1939 – 1945 Leiter der Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv im Amt Rosenberg.

DOK. 103

**Reichskulturwalter Hinkel informiert auf einer
Sitzung des Propagandaministeriums am 6. September 1940
über die geplante Deportation der Berliner Juden¹**

Bericht über eine Sitzung im RMfVuP, ungez., vom 6. 9. 1940

¾ 11^h – Konferenz vom 6. September 1940

1. Wenigstens einige der radikaleren Blätter in Deutschland sollen nach Möglichkeit jetzt, wo nach der Abdankung des rumänischen Königs nicht mehr der Zwang zur Rücksichtnahme besteht, etwas in den Charakter dieses verkommenen Monarchen hineinleuchten und festnageln, daß er es war, der die rumänischen Patrioten erschießen ließ. Ferner soll sein Verhältnis mit Frau Wolf-Lupescu² und die Tatsache festgenagelt werden, daß er seinen Hofminister mit seiner Maitresse verheiratete, um mit letzterer unter einem Dache wohnen zu können, und daß er dann ausgerechnet diesen Hofminister als Leiter der antijüdischen Bewegung einsetzen wollte.³
2. Herr Fischer (Presse)⁴ soll dafür sorgen, daß über die Reise tschechischer Journalisten nur wenige sachliche Notizen an die Presse kommen, die nicht etwa einzelne Tschechen über Gebühr herausheben. In Berlin sollen die Tschechen dagegen in einer stark auf Wirkung berechneten Weise, möglichst im Haus der Flieger, empfangen werden.⁵
3. Herr Major Martin⁶ berichtet, daß laut Haager Konvention die englischen und französischen Gefangenen in Deutschland ebenso gepflegt werden wie die auf Eigenverpflegung gesetzten Ersatztruppenteile, also ebenso wie die deutsche Zivilbevölkerung. In Schwerarbeiter-Betrieben lasse es sich, um genügend Arbeitsleistung aus den Gefangenen herauszuholen, sogar nicht vermeiden, daß auch die Gefangenen Schwerarbeiter-Zulagen bekämen. Der Minister⁷ wünscht, daß über diesen Tatbestand vom OKW eine Notiz

1 BArch, R 55/21220. Abdruck in: Willi A. Boelcke, *Kriegspropaganda 1939 – 1941*. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, S. 491f.

2 Richtig: Magda-Elena Lupescu (1896 – 1977), dritte,morganatische Ehefrau Carols II. Mit dem Zusatz „Wolf“ (rumän.: lupu) soll auf die jüdische Herkunft der Familie angespielt werden.

3 Nach Gebietsabtretungen an die Sowjetunion im Juni 1940 und dem Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. 8. 1940, in deren Folge Rumänien ein Drittel seines Territoriums verlor, kam es zu politischen Unruhen. Am 6. 9. 1940 dankte König Carol II. (1893 – 1953), der sich seit 1938 einer Regierungsbildung durch die faschistische Eiserner Garde widersetzt hatte, zugunsten seines Sohnes Mihai I. (*1921) ab. General Ion Antonescu (1882 – 1946) übernahm de facto die Macht. Carol II. und sein Hofstab, darunter sein vormaliger Hofminister Ernest Urdăreanu (1897 – 1985), flohen nach Portugal.

4 Erich Fischer (1908 – 1996?), Vermessungstechniker; 1927 NSDAP- und SA-Eintritt; 1935 Leiter der NSDAP-Presse- und Propagandaabt., 1937 – 1939 Amtsleiter in der Reichspressestelle, von 1939 an im RMfVuP; 1940 SS-Eintritt; 1942 MinR. und Leiter der Abt. Deutsche Presse; von 1952 an Verlagsmanager des Magazins *Der Spiegel* in Düsseldorf.

5 Auf Einladung von Goebbels bereiste im Sept. 1940 eine Gruppe von 34 Tschechen, neben prominenten Journalisten auch der Dichter Josef Hora (1891 – 1945) und der Literat Jaroslav Durych (1886 bis 1962), das Deutsche Reich. Sie sollten für eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Besatzungsregime gewonnen werden.

6 Hans-Leo Martin (*1899), Berufsoffizier; Gruppenleiter im OKW/Wehrmachtspropaganda, Febr. 1940 bis Mitte 1944 Wehrmachtsverbindungs-offizier zum RMfVuP.

7 Gemeint ist hier und im Folgenden der RMfVuP Joseph Goebbels.

angefertigt wird, die an die Gauleiter zur Mundaufklärung innerhalb der Partei weitergegeben werden kann.

4. Auf Grund eines Schreibens des Oberbefehlshabers der Luftwaffe⁸ stellt der Minister klar, daß die Kriegsberichter bei Propagandakompanien der Luftwaffe auf keinen Fall sinnlos eingesetzt werden sollen, um irgendeinen bestimmten Auftrag zu erfüllen, wenn nicht zwingende militärische Gründe dafür maßgebend sind.

5. Aus besonderem Anlaß weist der Minister auf die Vertraulichkeit der $\frac{3}{4}$ 11Uhr-Konferenzen hin und betont, daß auch Äußerungen, die er über in der Konferenz nicht anwesende Personen macht und die zudem nicht als persönliche Wertung genommen werden dürfen, keinesfalls an diese Personen weitergetragen werden dürfen.

6. Der Minister befürwortet die Bekanntgabe der Torpedierung eines 12 000 Tonnen-Truppentransporters⁹ auch im Inland, da sonst nur die Gerüchtebildung gefördert werde. In diesem Zusammenhang legt er vor allem der Luftwaffe nahe, für den Fall, daß einmal das tägliche Abschußverhältnis zu unseren Ungunsten ausfallen würde, diese Tatsache der Öffentlichkeit ungeschminkt bekanntzugeben, da damit die Glaubwürdigkeit der deutschen OKW-Berichte ganz besonders herausgestellt werden würde.

7. Herr Hinkel¹⁰ berichtet über die Ausweisung der Juden aus Wien und Berlin: In Wien leben von 180 000 jetzt noch 47 400, davon $\frac{2}{3}$ Frauen und nur ca. 300 Männer im Alter von 20 bis 35 Jahren. Es ist auch während des Krieges gelungen, insgesamt 17 000 Juden über den Südosten abzuschieben.¹¹ Berlin zählt noch 71 800 Juden; in Zukunft sollen monatlich auch von hier ca. 500 Juden nach dem Südosten verschickt werden. Im übrigen berichtet Herr Hinkel, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, um – sobald nach Kriegsende Transportmittel frei sein werden – innerhalb von 4 Wochen 60 000 Juden im wesentlichen nach dem Osten aus Berlin zu entfernen; die restlichen 12 000 würden innerhalb weiterer 4 Wochen ebenfalls verschwunden sein.

⁸ Hermann Göring.

⁹ Anfang Sept. 1940 wurde ein deutscher Transporter aus einem nach Norwegen gehenden Geleitzug von der brit. Marine im Skagerrak versenkt.

¹⁰ Hans Hinkel (1900 – 1960), Journalist; 1921 NSDAP-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, von 1930 an MdR; 1931 SS-Eintritt; 1933– 1935 Staatskommissar im Preuß. Kultusministerium, von 1935 an im RMfVuP beauftragt mit der Überwachung der kulturellen Betätigung von „Nichtariern“, 1941 bis 1944 Generalsekretär der Reichskulturkammer, 1944 Reichsfilmintendant; 1947 an Polen ausgeliefert, 1949 in Abwesenheit von der Münchener Hauptkammer als „Hauptschuldiger“ eingestuft, 1952 in die Bundesrepublik entlassen.

¹¹ Tausenden Juden gelang nach Kriegsbeginn die Flucht aus dem Deutschen Reich auf Flüchtlingsschiffen donauabwärts nach Jugoslawien. Von hier aus hofften sie, über das Schwarze Meer Palästina erreichen zu können; siehe Dok. 120 vom Herbst 1940 und Dok. 121 von Sept. bis Nov. 1940.

DOK. 104

Emilie Cassel bittet den Polizeipräsidenten in Stettin am 9. September 1940 um die Erlaubnis zur Anschaffung eines Volksempfängers, obwohl ihr Mann „Nichtarier“ sei¹

Schreiben von Emilie Cassel, geb. Bannert,² Harkutschstr. 10. I., Stettin, an den Polizeipräsidenten in Stettin³ vom 9. 9. 1940⁴

Antrag um die Erlaubnis mir einen Radio-Volksempfänger anschaffen zu dürfen: Endesunterzeichnete ist die Tochter des 1905 hier verstorbenen arischen Drechslerm[e]ist[er]s Johannes Bannert. Mein Mann, mit dem ich seit bald 40 Jahren verheiratet, ist von Geburt Nichtarier einer hier seit Jahrhunderten ansässigen Familie, ist aber bei der Machtergreifung des Führers Februar 1933 aus der jüdischen Vereinigung ausgetreten.⁵ Da auch dessen beide Brüder arisch verheiratet, haben wir auch vorher kaum welche Beziehungen zu Juden gehabt. Die nationale Zuverlässigkeit meines Mannes steht außer Frage; ich verbürge mich dafür. Er war mehr als 4 Jahre Weltkriegsteilnehmer, ist Jubilarmitglied des Stett. Turnvereins (Korp) und war bis zum Ende Mitglied des Deutsch. Flottenvereins. Unser einziger Sohn ist anerkannter Volksgenosse, seit elf Jahren arisch verheiratet, Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und nach freiwilliger Meldung seit Februar d. J. zur Verteidigung des Vaterlandes einberufen. Er hat den Vormarsch in Holland und Belgien mitgemacht und ist zurzeit Soldat in Frankreich (F.P. Nr. 06942).

Auf meine Bitte vom 25/9. und 24/10. [1939], mir meinen Radioapparat zurückzugeben, ist mir dieses zwar versprochen worden, aber ich habe ihn leider nicht erhalten.⁶ Da ich nun annehme, daß die Rückgabe aus technischen Gründen nicht mehr möglich ist, bitte ich um die Erlaubnis, mir ein anderes Gerät ohne Auslandsempfang anschaffen zu dürfen, damit ich, da doch mein Sohn im Felde ist, die nationalen Vorgänge, die mich in folgedessen begreiflicher Weise noch mehr interessieren, verfolgen kann.

Hinzu kommt, ich bin gleich meinem Manne bald 68 Jahre alt, habe durch Unfall mein linkes Bein verloren und bin durch diese körperliche Behinderung fast dauernd an das Zimmer gefesselt. Infolgedessen halte ich auch eine 48 jährige arische Hausgehilfin, die ebenfalls nur 50 prozentig arbeitsfähig ist. Zu meiner Wohngemeinschaft gehört ferner ein bald 84 jähriger arischer Untermieter und für uns alle 4 Personen wäre das Radio die einzige Freude und Abwechslung in den kommenden langen Winterabenden. Ich bitte deshalb wiederholt um die Erlaubnis mir baldlichst einen Apparat kaufen zu dürfen.⁷

1 RGVA, 503k/1/35, Kopie: USHMM, RG-11.001M04, reel 74.

2 Emilie Cassel, geb. Bannert (1872–1943); Ende Aug. 1942 nach Theresienstadt deportiert, kam dort im März 1943 ums Leben.

3 Wilhelm Jahn (1891–1952), Bankkaufmann; 1922 NSDAP- und SA-Eintritt; 1922–1930 Elektro- und Automobilkaufmann in Osnabrück; von 1931 an hauptamtl. SA-Führer; 1936–1939 Polizeipräsident von Halle; 1939–1942 Polizeipräsident von Stettin, 1942/43 Polizeipräsident in Königsberg, von Dez. 1943 an Führer der SA-Gruppe Elbe.

4 Grammatik und Rechtschreibung wie im Original.

5 Alexander Cassel (1873–1943); Ende Aug. 1942 nach Theresienstadt deportiert, kam dort ums Leben.

6 Korrespondenz liegt nicht in der Akte.

7 Am Ende des Dokuments befindet sich ein Vermerk der Stapo II B 4 vom 17.9.1940: „Nach dem Erlaß des RSHA Berlin vom 1.7.40 – IV A 5 b – 982/39-2 ist die Genehmigung zum Rundfunkempfang zu versagen, wenn der Haushaltungsvorstand Jude ist. Dieses trifft in diesem Falle hier zu. Die Antragstellerin ist entsprechend beschieden worden.“

DOK. 105

**Hermann Samter, Redakteur beim Jüdischen Nachrichtenblatt,
schildert Hanna Kobylinski am 12. September 1940 die Tätigkeit des
Jüdischen Kulturbunds in Berlin¹**

Brief von Hermann Samter,² Berlin W. 62, Schillstr. 18, an Hanna Kobylinski,³ Kopenhagen, vom 12.9. 1940

Liebe Hanna,

jahrelang habe ich nun nichts mehr von Dir gehört. Vor einigen Tagen bekam ich nun einen Brief von meiner Tante Cläre Samter aus San Domingo,⁴ in dem sie so nebenbei erwähnt, daß Eva an Liesel Feist geschrieben hätte, sie möchte sich doch bemühen, Dir die Einreise nach USA zu verschaffen. Dem Brief meiner Tante lag ein Bogen an Friedländers bei. Die Gelegenheit der Weiterbeförderung benutzte ich, um mich bei Friedländers nach Deiner Adresse zu erkundigen. Kürzlich habe ich übrigens schon mal den Versuch gemacht, Deine Anschrift herauszubekommen: An Deinem Geburtstag fuhr ich nach Heidelberg. Dabei fiel mir ein, daß ich schon so lange nichts mehr von Dir gehört habe. Aber wie sollte ich zu Deiner Adresse kommen? Ich entsann mich, vor 11 Jahren mehrmals mit Richard⁵ bei Euern Verwandten Jablonskis gewesen zu sein. Also ging ich kurz entschlossen zu ihnen. Sie konnten sich zwar nicht mehr auf mich besinnen, waren aber sehr nett zu mir.⁶ Deine Adresse konnten sie mir allerdings nicht sagen, wie sie überhaupt sehr wenig über Euch Bescheid wußten. So erfuhren sie erst von mir, daß Deine Eltern gar nicht bei Dir in Kopenhagen sind, wie sie angenommen hatten. Ihr eigener Sohn ist übrigens auch dort, wo Deine Eltern sind,⁷ während seine junge Frau bei ihnen wohnt.

Ja, es hat sich viel verändert, seit wir uns das letzte Mal sahen. Wie lange ist das eigentlich her? Von Deinen Eltern hast Du sicher gehört, daß ich mich zur Zeit ihrer Auswanderung auch sehr bemüht habe, nach Südamerika zu kommen. Bisweilen sah es im vorigen Jahr schon ganz aussichtsreich aus, aber dann scheiterte schließlich doch alles. Ich habe aber wenigstens Glück gehabt, daß ich fast ununterbrochen Beschäftigung hatte. Im November 1938 hörte das Berliner Jüdische Gemeindeblatt ebenso wie alle anderen jüdischen Zei-

1 Holocaust Memorial Center Farmington Hills, Kopie: YVA, 02/30, Bl. 1. Abdruck in: Hermann Samter, „Worte können das ja kaum verständlich machen“. Briefe 1939 – 1943, hrsg. von Daniel Fraenkel im Auftrag von Yad Vashem, Göttingen 2009, S. 60 – 62.

2 Dr. Hermann Samter (1909 – 1943), Journalist, Volkswirt; 1939 – 1942 für das Jüdische Nachrichtenblatt, dann bei der Reichsvereinigung tätig; am 12.3. 1943 zusammen mit seiner Frau Lili Samter, geb. Landsberger (1919 – 1943), nach Auschwitz deportiert und ermordet.

3 Dr. Hanna Kobylinski (1907 – 1999), Historikerin, Sinologin; emigrierte 1933 nach Dänemark, floh 1943 nach Schweden; kehrte bei Kriegsende nach Kopenhagen zurück, dort als Historikerin tätig.

4 Cläre Samter (1881/82 – 1972?) emigrierte im Frühjahr 1940 in die Dominikanische Republik, später zu ihrem Sohn Dr. Max Samter (*1908), Arzt und Allergologe, der 1937 in die USA ausgewandert war.

5 Richard Kobylinski (*1911), der Bruder von Hanna Kobylinski, wanderte in den 1930er-Jahren nach Großbritannien aus, wo er sein Medizinstudium abschloss.

6 Möglicherweise Lora Jablonski, geb. Reis (1877 – 1944), und Leo Jablonski (1873 – 1942); wurden am 22.10. 1940 nach Gurs deportiert. Leo Jablonski kam im Internierungslager Récébédou ums Leben, Lora Jablonski in Gurs.

7 Wahrscheinlich ist Großbritannien gemeint.

tungen auf zu existieren.⁸ Aber schon Anfang Januar 1939 bekam ich eine Anstellung beim neugegründeten Jüdischen Nachrichtenblatt. Die Tätigkeit ist ziemlich ähnlich wie die frühere. Wir wohnen in den Räumen der früheren „Jüdischen Rundschau“, gedruckt wird das Blatt in der – arisch gewordenen – Druckerei des Israelitischen Familienblattes. Das Personal stammt von den verschiedenen Zeitungen und dem Kulturbund. Das Unternehmen – der Jüdische Kulturbund – ist ein ganz interessantes Gebilde. Es zerfällt in „Künstlerischer Betrieb“ (Film und sonstige Veranstaltungen wie Theater, Konzert) und „Verlag“. Der Verlag, das sind wir hier in der Meinekestr., gliedert sich in Zeitung und Buchverlag. Da sämtliche jüdischen Verlage und Buchhandlungen aufgehört haben, sind sämtliche Bücher und ihr Vertrieb auf den Kulturbund übergegangen. In unserm Hause sind etwa 40 Leute beschäftigt. – Im August hatte ich 14 Tage Urlaub und fuhr, wie schon erwähnt, nach Heidelberg. Ich kannte es nur von den 8 Tagen her, in denen ich 1929 bei Richard war. Da ich damals dauernd in Vorlesungen lief, habe ich damals nur wenig von Heidelberg kennengelernt. So war eigentlich fast alles neu für mich, als ich dieses Mal hinkam. Es waren jetzt ja Universitätsferien, aber ich glaube, auch sonst merkt man nicht im entferntesten mehr so viel vom Universitätsbetrieb wie einst. Damals im Jahre 1929 habe ich auch nicht gehnt, in welch' veränderter Situation ich einst wiederkommen würde. Ich habe die 14 Tage sehr ausgenutzt und war fast zu jeder Stunde unterwegs. Es gefiel mir so gut, daß ich wirklich bis zur letzten Minute in Heidelberg blieb: Eine Stunde vor Arbeitsbeginn kam ich am Anhalter Bahnhof an. Es läßt sich dort sehr gut leben. Mir kam es oft wie ein Märchen vor, daß heute noch so etwas möglich ist. Es kommt mir jetzt vor, als ob dies alles nun schon wieder Jahre zurückliegt. Nun muß ich mich wieder mit Havel und Spree statt mit dem Neckartal begnügen. Die schöne Berliner Umgebung ist ja das Letzte, was einem noch geblieben ist. Heute weiß ich das besser zu würdigen als früher. So fahre ich denn auch jeden Sonntag ins Freie. Sonstige Abwechslungen gibt es nicht allzuvielen. Einmal in der Woche gehe ich ins Kulturbund-Kino, das die Filme oft gleichzeitig mit dem Uraufführungstheater bringt. Alle zwei Monate gibts ein neues Theaterstück, natürlich alles viel primitiver aufgemacht als etwa noch vor 2 Jahren. Schließlich habe ich merkwürdigerweise noch eine Reihe Bekannter, mit denen ich oft zusammen bin, merkwürdig insofern, als doch die vernünftigen Leute größtenteils schon längst ausgewandert sind.

Meine Tante schreibt, sie hätte schon solange nichts mehr von ihrer Schwester Frau Feist gehört und wüßte gar nicht, ob sie noch in Kopenhagen wäre. Du bist doch sicher öfter bei Feists. Was machen Wechseldmanns? Vor allem interessiert es mich, zu hören, was aus Deiner Tätigkeit geworden ist.

Sie hat doch hoffentlich nicht aufgehört. Also bitte, berichte mir recht bald und ausführlich! Von Lotte habe ich schon lange nichts mehr gehört. Sie war wohl nicht viel mit Deinen Eltern zusammen, da das Fahrgeld für sie zu teuer ist.⁹

Herzlichen Gruß!

⁸ Vermutlich am 8.11.1938 verbot das Gestapo im Einvernehmen mit dem RMfVuP alle jüdischen Zeitungen und Zeitschriften. Das Jüdische Gemeindeblatt Berlin erschien am 6. 11.1938 zum letzten Mal (Nr. 45), am 23.11.1938 kam die erste Nummer des Jüdischen Nachrichtenblatts heraus.

⁹ Charlotte (Lotte) Blumenfeld, geb. Samter (1907–1989), Hermann Samters Schwester, emigrierte mit ihrem Mann Paul Blumenfeld (1901–2001), Cellist, im Juni 1939 nach Großbritannien; sie arbeitete dort als Verwaltungsassistentin in einer Anwaltskanzlei.

DOK. 106

**Der Bürgermeister von Misdroy erkundigt sich
am 30. September 1940 beim Deutschen Gemeindetag, ob eine im Ort
lebende Jüdin in eine Anstalt eingewiesen werden könne¹**

Schreiben (Nr. 121 – 3) des Bürgermeisters von Misdroy,² i.V. gez. Schubbe, Beigeordneter,³ an den Deutschen Gemeindetag, Berlin NW 40, Alsenstraße 7 (Eing. 3.10.1940), vom 30. 9. 1940⁴

Betr.: Anstaltspflege für Juden.

Vorg.: Veröffentlichung Nr. 823 im Nachrichtendienst des DGT vom 20. 9. 40.⁵

Die obige Veröffentlichung gibt mir Anlaß zu folgender Anfrage:

Hier in Misdroy wohnt eine Jüdin, die am 12. 10. 1880 geboren ist.⁶ Sie war bis zu dem Zeitpunkt der Regelung, daß hilfsbedürftige Juden von der Reichsvereinigung der Juden fürsorgerisch zu unterstützen sind,⁷ Landarme, und zwar seit 30 Jahren.

Die Jüdin stellt ein Musterexemplar jüdischer Verschmutzung dar. Wenn sie durch die Straßen schlurrt, versandelt sie das ganze Straßenbild. Im Sommer, während der Hauptzeit des Fremdenverkehrs, sind ihr schon beschränkte Aufenthaltszeiten auf der Straße von der Polizei vorgeschrieben worden. Mit echt jüdischer Frechheit nutzt sie diese Aufenthaltszeiten aber auch voll aus. Sie weiß auch, daß ihr alle ausweichen; das geniert sie jedoch keineswegs. Mit derselben Ungeniertheit tätigt sie auch ihre Einkäufe.

Bei dem Lesen Ihrer Veröffentlichung kam mir der Gedanke, ob hier nicht die Möglichkeit wäre, diese Jüdin in einer jüdischen Anstalt unterzubringen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir recht bald Bescheid hierauf geben könnten.⁸

1 LAB, B Rep. 142/ 7, Nr. 1-2-6-1.

2 Dr. Helmut Szpitter (1898 – 1944?).

3 Fritz Schubbe (*1881), Gastwirt; 1933 NSDAP-Eintritt; leitete die Verwaltung offenbar formal in Szpitters Abwesenheit.

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

5 Zur „Anstaltspflege für Juden“ ist dort vermerkt: „Sofern die Verhandlungen mit der Reichsvereinigung der Juden über die Kostenübernahme für jüdische Anstaltspfleglinge noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt sein sollten, wird eine Anfrage beim DGT [...] empfohlen“; Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetags, 1940, S. 198.

6 Vermutlich Johanna Zobel (*1880), am 14. 4. 1942 in das Warschauer Getto deportiert. Dort verliert sich ihre Spur.

7 Nach der 10. VO zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 wurde die Reichsvereinigung verpflichtet, „hilfsbedürftige Juden so ausreichend zu unterstützen, daß die öffentliche Fürsorge nicht einzutreten braucht“; RGBl., 1939 I, S. 1097 – 1099, hier S. 1098.

8 Der Judenreferent des DGT, Döbereiner, sah aufgrund mangelnder Hilfsbedürftigkeit der Frau keine Möglichkeit zur Einweisung in eine Anstalt. Er regte aber an zu prüfen, ob „polizeiliche Gründe“ vorlägen, um eine solche zu rechtfertigen; Schreiben des DGT, i. A. gez. Döbereiner, an den Bürgermeister von Misdroy vom 10.10.1940, wie Anm. 1.

DOK. 107

Der Chef der Schweizer Fremdenpolizei drängt den Schweizer Botschafter in Vichy am 2. Oktober 1940, Transitvisa für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zu erwirken¹

Schreiben des Chefs der Polizeiabt. im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, gez. Rothmund,² Bern, an den Botschafter der Schweiz in Vichy, Stucki,³ vom 2. 10. 1940 (Durchschlag)⁴

Heute geht der erste Transport deutscher Flüchtlinge von Genf aus im Transit durch Frankreich nach Übersee. In zwei Autocars werden zusammen 52 Personen die Reise unternehmen. Damit wir einen genauen Einblick erhalten über den Ablauf des Transportes und Erfahrung für die Zukunft, haben wir den Generalsekretär des Justiz- und Polizeidepartements des Kantons Genf, Herrn Guillermet,⁵ und einen seiner Sektionschefs, Herrn Déléaval,⁶ mit der Begleitung beauftragt. Herr Guillermet reist mit Diplomatenpaß; er wird bis Barcelona fahren. Herr Déléaval hat einen Dienstpaß. Wir haben den Herren gesagt, sie möchten sich mit Ihrer Gesandtschaft in Verbindung setzen, wenn irgend etwas nicht klappen sollte.

Wenn es auch Ihren Bemühungen, für die wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet sind, gelungen ist zu erreichen, daß das Auswärtige Amt die Botschaft in Bern ermächtigt hat, bis zu 150 Transitvisa an von den Deutschen vertriebene, in der Schweiz auf die Weiterreise wartende Flüchtlinge zu erteilen, so ist das nur ein erster Anfang. Wir müssen unbedingt erreichen, daß die französische Regierung der Botschaft in Bern die generelle Weisung zur Erteilung von Transitvisa an solche Ausländer gibt, und zwar ohne Rücksicht auf deren Zahl und auf das Bestimmungsland ihrer Reise. Wir hätten das erwarten dürfen, auch ohne daß die Transporte auf unsere Kosten begleitet werden und ohne daß wir in jedem Fall ein Rückreisevisum erteilen. Nachdem wir Frankreich die sichere Kontrolle über die Abwicklung dieser Durchreisen abnehmen und zugleich noch die Garantie geben, daß wir diese Ausländer wieder zurücknehmen für den Fall, daß wider alles

1 Archives d'Etat de Genève, E200 1D 1000/1553, Bd. 271, Az. B.41.21.02, „Wiederauswanderung politischer Flüchtlinge (jüdische Emigranten) nach überseeischen Staaten“, 1938–1947. Abdruck in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848–1945*, hrsg. von der Nationalen Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz, Bd. 13: 1939–1940, Bern 1991, Dok. 391, S. 957–962.

2 Dr. Heinrich Rothmund (1888–1961), Jurist; 1916 Eintritt in die schweizer. Bundesverwaltung, 1919 bis 1929 Chef der Eidgenöss. Zentralstelle für Fremdenpolizei, 1929–1954 Chef der Polizeiabt. des Eidgenöss. Justiz- und Polizeidepartements, von Ende 1933 an war ihm in dieser Funktion die Eidgenöss. Fremdenpolizei unterstellt.

3 Dr. h.c. Walter Stucki (1888–1963), Jurist, Diplomat; 1917–1920 Generalsekretär des Eidgenöss. Volkswirtschaftsdepartements, 1925–1935 Direktor der Eidgenöss. Handelsabt., von 1935 an bevollmächtigter Minister, Delegierter des Bundesrats für den Außenhandel, 1937 zum schweizer. Gesandten in Paris ernannt; nach 1945 Bundesratsdelegierter für Spezialfragen.

4 Der Durchschlag ging zur Kenntnis an das Eidgenöss. Politische Departement, Abt. für Auswärtiges, Bern, die schweizer. Bundesanwaltschaft, Bern, und Reg. Rat Briner, Präsident der schweizer. Zentralstelle für Flüchtlinge, Zürich.

5 Arthur Guillermet (1891–1981), Jurist, Verwaltungsbeamter; 1919(?)–1933 und 1936–1955 Generalsekretär des Justiz- und Polizeidepartements, 1933–1936 des Departements für Handel und Industrie im Kanton Genf; Mitglied der Liberalen Partei.

6 Eugène Déléaval (1897–1970), Verwaltungsbeamter; 1915–1962 in der Genfer Kantonsverwaltung in verschiedenen Funktionen für ausländerpolizeiliche und Aufenthaltsangelegenheiten zuständig.

Erwarten trotz des spanischen Visums einmal die Weiterreise nicht möglich sein sollte oder daß einer in Frankreich dem geschlossenen Transport entweichen sollte, müßten weitere Schwierigkeiten von seiten Frankreichs nicht nur unverständlich erscheinen, sondern sie wären eine ausgesprochene Unfreundlichkeit der Schweiz gegenüber. Dies ganz besonders im Hinblick auf die Hilfeleistungen unseres Landes an unsere in Not sich befindenden Nachbarn durch die Aufnahme von ungefähr 8000 Zivil- und über 40 000 Militärflüchtlingen im Juni dieses Jahres,⁷ die Sammlungen des schweizerischen Roten Kreuzes, die schweizerischen Hilfeleistungen an Flüchtlinge in Frankreich, die Bereitschaft, 800 französische Kinder in der Schweiz zu hospitalisieren⁸ usw., und nicht zuletzt die große Freundschaft des schweizerischen Volkes zum französischen.

Die verkehrte Auffassung über diese Frage dürfte wohl davon herrühren, daß Ihre ersten Demarchen um die Gestattung des Transits der Flüchtlinge aus Deutschland in die Zeit des Beginns des Krieges zurückgehen. Damals hat es sich darum gehandelt, Angehörige des mit Frankreich im Kriege stehenden Deutschland durch Frankreich durchreisen zu lassen. Das war auch der Grund, weshalb wir Frankreich so weitgehende Garantien für die Kontrolle der Durchreise angeboten und zunächst nur von einer beschränkten Zahl von Transiten gesprochen haben. Seit dem Abschluss des Waffenstillstandsvertrages hat sich die Lage jedoch bedeutend verändert. Für Frankreich könnte sich allerdings vielleicht heute die Frage stellen, wie sich Deutschland zu diesem Transit verhalte. In der Tat hat gestern anlässlich eines Frühstücks auf der französischen Botschaft Herr Botschaftsrat Gazel⁹ dem Unterzeichneten erklärt, es dürfte für Vichy wertvoll sein, eine Mitteilung zu haben, daß die deutsche Regierung nichts einzuwenden habe gegen diesen Transit. Dem Unterzeichneten wurde im September 1938, anlässlich von Verhandlungen in Berlin über die Kontrolle der Einreise deutscher Flüchtlinge nach der Schweiz, von Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums (Gestapo) erklärt, Deutschland habe nicht das geringste Interesse daran, diese Leute in den Nachbarstaaten zu wissen, sie sollten gegenteils in möglichst entfernten Ländern untergebracht werden. Das gleiche wurde dem Unterzeichneten in jüngster Zeit von der Deutschen Gesandtschaft in Bern wiederholt. Ja, der deutsche Gesandte¹⁰ hat auf unser Ansuchen hin vor kurzem das Auswärtige Amt in Berlin gebeten, es möchte der deutschen Botschaft in Madrid zuhanden der spanischen Regierung mitteilen, Deutschland habe kein Interesse daran, daß die Durchreisegesuche durch Spanien von in der Schweiz sich aufhaltenden Flüchtlingen einzeln durch die Zentrale in Spanien geprüft würden, was heute bei solchen der Fall ist, die nicht im Besitze eines deutschen Passes sind. Sie können also der französischen Regierung erklären, wir wüßten mit Bestimmtheit, daß Deutschland der Weiterreise der Flüchtlinge aus der Schweiz nicht nur keinerlei Schwierigkeiten bereiten wolle, sondern daß es diese als auch in seinem Interesse liegend betrachte.

7 Nach der Niederlage der franz. Armee flohen vom 19. 6. 1940 an innerhalb weniger Tage 42 500 Soldaten und etwa 7500 Zivilisten aus Frankreich in die Schweiz.

8 Siehe Anm. 20.

9 Armand Gazel (*1896), Diplomat; 1922–1924 Botschaftsattaché in Budapest, danach bei den franz. Auslandsvertretungen u. a. in Brüssel und Madrid, 1940–1942 für die Vichy-Regierung in Bern, wechselte im Juni 1943 auf die Seite des Franz. Komitees der Nationalen Befreiung (Exilregierung); nach 1945 weiterhin im diplomatischen Dienst, 1956 zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt.

10 Dr. Otto Köcher (1884–1945), Jurist, Diplomat; 1934 NSDAP-Eintritt; von April 1933 bis Nov. 1936 Generalkonsul in Barcelona, von April 1937 an deutscher Gesandter in Bern; nahm sich in US-Internierungshaft das Leben.

Wir beehren uns, im folgenden noch einmal kurz zusammenzufassen, wie sich das Problem der Flüchtlinge im Hinblick auf den Transit durch Frankreich für uns darstellt. Von allem Anfang an, schon im April 1933, als die ersten Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland getroffen wurden, wurde durch eine Mitteilung in der Presse erklärt,¹¹ die Schweiz könne diesen Ausländern nur eine vorübergehende Zuflucht bieten, ohne Ausübung einer Erwerbstätigkeit; der Aufenthalt in unserm Lande dürfe einzig zur Vorbereitung der Weiterwanderung benützt werden. Die kurz befristeten Toleranzbewilligungen wurden jeweils nur verlängert, wenn der Nachweis erbracht werden konnte, daß der Geschuchsteller alles ihm Zumutbare getan hatte, um die Weiterwanderung vorzubereiten. In engster Verbindung mit den privaten Organisationen, die sich dieser Flüchtlinge angenommen hatten, besonders aber mit der Leitung des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes¹² wurde die Frage der Weiterwanderung auch von uns ständig geprüft. Wir waren ebenfalls in Verbindung mit der aus der Evian-Konferenz entstandenen Organisation in London,¹³ wo der Unterzeichnete im Juli 1939 an einer Konferenz teilgenommen und die Gelegenheit benützt hatte, auf die besondere schwierige Lage hinzuweisen, in die die kleinen Transitländer durch die Aufnahme der Flüchtlinge geraten waren, und wo in Begleitung des Präsidenten des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes auch die privaten englischen und internationalen Organisationen aufgesucht wurden.¹⁴ Im April 1940 begaben wir uns nach Basel, um den durchreisenden früheren belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland aufzusuchen, der vom Londoner Komitee den Auftrag hatte, für neue Siedlungsmöglichkeiten besorgt zu sein.¹⁵ Im Oktober 1939 hatte übrigens eine Vorsprache der Leitung des Londoner Komitees bei Präsident Roosevelt in Washington stattgefunden. Anlässlich jener Beratungen hatten die Vertreter Englands und Frankreichs die Erklärung abgegeben, die in der Presse verbreitet wurde, die beiden Länder würden den kleinen Transitländern Schweiz, Belgien und Holland für die Organisation der Weiterreise den Vortritt lassen.¹⁶ England hatte im Laufe des Jahres 1939 zahlreichen Flüchtlingen aus Deutschland die Zureise bewilligt. Frankreich hatte vorher schon viele zugelassen. Beide Staaten rechneten mit längeren Aufenthalten, sogar mit einer dauernden Anwesenheit dieser Ausländer. Frankreich, dessen Stärke ja nie die Organisation war, hat also keine Vorbereitungen für die Weiterreise der sich in diesem Lande aufhaltenden Flüchtlinge unternommen.

11 Nicht aufgefunden.

12 Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund wurde 1904 als Dachorganisation der jüdischen Gemeinden in der Schweiz gegründet. Präsident des SIG war in den Jahren 1936–1942 der Textilunternehmer Saly Mayer (1882–1950), der von 1940 an als ehrenamtlicher Repräsentant des Joint in der Schweiz, von 1943 an als Joint-Koordinator für Europa eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Juden in den deutsch besetzten Gebieten Europas spielte.

13 Auf der Konferenz von Évian war im Juli 1938 das Intergovernmental Committee on Refugees (IGC) gegründet worden, das den Auftrag hatte, mit der deutschen Regierung über den Vermögens-transfer der emigrierenden Juden und mit anderen Regierungen über die Möglichkeit der Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge zu verhandeln; siehe VEJ 2, S. 47.

14 Am 19./20. 7. 1939 fand in London die dritte Konferenz des IGC statt.

15 Paul van Zeeland (1893–1973), Jurist, Ökonom, Politiker; Professor in Löwen, März 1935 bis Nov. 1937 belg. Premierminister, 1935/1936 Außenminister, vom 20. 7. 1939 an Präsident der Coordinating Foundation, die gegründet wurde, um Ansiedlungsmöglichkeiten für jüdische Flüchtlinge zu eruieren; von 1941 an Mitglied der belg. Exilregierung; 1949–1954 erneut Außenminister.

16 Nicht aufgefunden.

Als der Krieg ausbrach und wir befürchten mußten, diese Ausländer noch für längere Zeit bei uns behalten zu müssen, ohne daß es möglich sein würde, ihnen eine Erwerbstätigkeit gestatten zu können, haben wir mit der Armeeleitung die Frage der Schaffung von Arbeitslagern geprüft. Dies auch aus der Überlegung heraus, daß körperlich erstarkte und an harte Arbeit gewöhnte Emigranten leichter von überseeischen Einwanderungsländern aufgenommen würden. Der Kostenvoranschlag hat für eine Beschäftigung von 800 Mann während eines Jahres in Arbeitslagern 1½ Millionen Franken ergeben.¹⁷

Die Bestrebungen des einzelnen Emigranten für die Weiterwanderung, die sich oft nach den verschiedensten Ländern richteten, unter Ausnützung aller früheren verwandtschaftlichen, freundschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen und Schaffung neuer Beziehungen, nehmen sehr viel Zeit in Anspruch. Angesichts der in fast allen Einwanderungsländern zunehmenden Abschließung gegen die Einwanderung, besonders von Juden, sind die Erfolge dieser Bestrebungen nicht sehr groß und auf jeden Fall nicht zum voraus absehbar. Dies gilt auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wir sind also nicht in der Lage vorausszusehen, wie vielen Flüchtlingen es gelingen wird, eine Einreisebewilligung nach Übersee zu erhalten. Die Gesamtzahl der sich noch bei uns aufhaltenden beträgt 7–8000. Wir hoffen bald in der Lage zu sein, sie genau angeben zu können; eine Gesamterhebung ist im Gange. Sie mögen diesen Ausführungen entnehmen, daß die vom französischen Innenministerium gemachte Überlegung, „unsere“ Emigranten könnten den in Frankreich sich aufhaltenden die Plätze in Übersee wegnehmen, falsch ist. Ganz besonders stimmt sie nicht für die Vereinigten Staaten. Die für Deutschland reservierte Quote ist auf die verschiedenen europäischen Staaten verteilt. Wenn einer dieser [Staaten] weniger Auswanderungen von Emigranten aus Deutschland zu verzeichnen hat, so kann der Rest des ihm zugeteilten Quotenteils nicht auf einen anderen übertragen werden.

Anders können vielleicht die Verhältnisse liegen bei San Domingo. Es ist in New York eine Gesellschaft gegründet worden für die Schaffung einer vorläufig auf 100 000 Personen beschränkten jüdischen Siedlungskolonie in San Domingo. Ein Vertreter dieses Staates ist nach Europa gekommen, um die ersten qualifizierten Kolonisten in den verschiedenen europäischen Ländern auszusuchen. Er wollte zunächst aus der Schweiz 10 Personen auswählen. Nachdem er unsere Arbeitslager besucht und festgestellt hat, daß deren Insassen die beste Vorbereitung als künftige Kolonisten erhalten, hat er sich entschlossen, von Anfang an 100 Leute auszuwählen. Wir rechnen mit Bestimmtheit darauf, eine verhältnismäßig große Zahl nach San Domingo zu bringen, und haben deshalb unsere Arbeitslager ganz auf dieses Projekt eingestellt. Hier könnte natürlich Frankreich mit einigem Recht die schweizerische Konkurrenz befürchten. Wir haben Herrn Dr. Ing. Trone, den Vertreter der „Dominican Republic, Settlement Association, New York“, denn auch bis heute zurückgehalten, nach Vichy zu fahren, um mit der französischen Regierung über die Durchreise zu verhandeln, weil gerade er mit seinem interessanten Projekt das Innenministerium in seiner Ansicht über die schweizerische Konkurrenz hätte be-

¹⁷ Am 12.3.1940 beschloss der schweizer. Bundesrat die Errichtung von Arbeitslagern für männliche Emigranten im Alter zwischen 16 und 45 Jahren. In der Folgezeit existierten bis zu 50 Arbeitslager, in denen zumeist 100–200 Flüchtlinge untergebracht wurden, die gegen geringe Entlohnung zu Arbeiten vor allem in der Landwirtschaft oder für Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt wurden. In einigen Lagern waren Frauen mit Nähen und Wäschewaschen für Flüchtlinge in anderen Lagern beschäftigt.

stärken können.¹⁸ Das ist mit ein Grund, weshalb wir Sie so sehr bedrängt haben, die Zustimmung Frankreichs für den Transit zu erreichen, und weshalb wir auch heute noch zu großer Eile drängen müssen. Solange wir Herrn Trone, der übrigens ein sehr tüchtiger Mann mit entscheidendem Einfluß in San Domingo ist, in unserer Nähe haben, haben wir die Möglichkeit, mit ihm einen größeren Plan Schweiz – San Domingo auszuarbeiten. Herr Trone beabsichtigt jedoch, demnächst nach Portugal zu fahren und auf der Durchreise in Vichy Station zu machen. Bevor er dort ankommt, was auf die übernächste Woche zu erwarten ist, müssen wir unbedingt die generelle Zusicherung der französischen Regierung für den Transit unserer Flüchtlinge besitzen.

Das Problem der Emigranten hat für die Schweiz auch eine nicht unwesentliche finanzielle Seite. In den Jahren 1937–1939 sind von den Hilfsorganisationen ungefähr 7 Millionen Franken ausgegeben worden, wovon 5½ Millionen von der jüdischen Flüchtlingshilfe [bezahlt wurden]. Ein Teil dieser Mittel stammt allerdings aus Amerika. Die schweizerischen Juden haben aber bis heute über 4 Millionen Franken gesammelt. Da wir auch unter den Juden nur eine kleine Zahl von begüterten Schweizern haben, ganz große Vermögen wohl überhaupt keine, muß die Belastung als außergewöhnlich hoch bezeichnet werden. Der Staat kann aber an die Unterstützungen in der Schweiz nichts beitragen, schon deshalb nicht, weil dann die private Initiative vollkommen zusammenfallen würde. Wie bereits ausgeführt, finanzieren wir jedoch die Arbeitslager. Dazu kommen Bundesbeiträge für die Weiterwanderung, die sich auch ständig vergrößern. Heute betragen sie 400 Franken pro Person, also für eine fünfköpfige Familie 2000 Franken. Wir werden mit einem sehr hohen Gesamtbetrag rechnen müssen, der in die Millionen gehen kann, sind aber entschlossen, die Auswerfung so großer Mittel vorzuschlagen, weil die Entfernung der Emigranten, die sich ungefähr zu 90 % aus Juden zusammensetzen, aus bevölkerungs- und allgemeinen innen- und außenpolitischen Gründen unbedingt notwendig ist. Daß die politischen Gründe heute mit im Vordergrund stehen, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Wir weisen nur darauf hin, daß wir das Problem auch heute aus eigener Initiative lösen wollen, damit wir jede fremde Einmischung zurückweisen können. Eine Besprechung mit Herrn Coulondre¹⁹ anläßlich des gestrigen Frühstücks auf der französischen Botschaft hat ergeben, daß der Botschafter unser Begehren bei seiner Regierung in Vichy sehr unterstützt hat. Auch ihm ist die Haltung seiner Regierung nicht verständlich.

Gestern hatten wir noch den Besuch des Delegierten des französischen Roten Kreuzes bei den Militärflüchtlings in der Schweiz, Herrn Bernheim, Elsässer und Schweizerbürger, domiziliert in Basel. Herr Bernheim hat die Aufgabe übernommen, die Vorbereitungen für die Entsendung französischer Kinder, die durch das schweizerische Komitee für

18 1938 hatte die Dominikanische Republik die Aufnahme 100 000 jüdischer Flüchtlinge angeboten. Der Joint gründete und finanzierte daraufhin eine Siedlungsgesellschaft und sandte Trone und seine Frau Florence im Jahr 1940 nach Europa, um in den Flüchtlingslagern geeignete Siedler auszuwählen. Insgesamt lebten jedoch nie mehr als 500 Juden in der Siedlung. Dr. Solomon Trone (1872–1969), Ingenieur; geboren in Lettland; KP-Mitglied; 1916 Emigration in die USA, bis 1931 bei der Firma General Electric tätig, für die er Großprojekte zur Elektrifizierung der Sowjetunion leitete; 1945 Mitglied der Alliierten Reparationskommission, in der McCarthy-Ära 1953 Verlust der US-Staatsbürgerschaft, lebte dann in London.

19 Dr. Robert Coulondre (1885–1959), Jurist, Diplomat; von 1909 an im diplomatischen Dienst Frankreichs, seit 1927 stellv. Leiter der Handelsabt. des Außenministeriums, von 1933 an Zweiter Direktor der Politischen Abt., 1936 Botschafter in Moskau, 1937–1939 in Berlin, von Mai bis Okt. 1940 in Bern.

kriegsgeschädigte Kinder²⁰ in der Schweiz hospitalisiert werden sollen, in Vichy zu beschleunigen. Wir haben Herrn Bernheim über die uns von Frankreich gemachten Transitschwierigkeiten orientiert sowie auch darüber, daß wir entschlossen sind, durch Verweigerung der Einreisebewilligung für die Kinder oder Sperrung der Grenze, den Transit zu erzwingen, falls die französische Regierung unserem selbstverständlichen Begehren nicht endlich Folge leisten sollte. Wir haben ihm allerdings gesagt, daß wir berechnete Gründe zur Hoffnung haben, es werde Ihnen gelingen, auch ohne die Anwendung von Druckmitteln unser Begehren durchzusetzen.

Wie oben ausgeführt, ist es uns nicht möglich, Ihnen zuhanden der französischen Regierung mitzuteilen, wie viele Flüchtlinge Frankreich transitieren werden und zu welchem Zeitpunkt sie die Einreisebewilligung in das Einwanderungsland erhalten und alle übrigen Formalitäten erfüllt haben werden. Gegenwärtig sind etwa 180 Personen reisebereit. Wie wir der heutigen Presse entnehmen, befaßt sich der französische Ministerrat mit einem Rassengesetz, das die Juden in verschiedene Kategorien einteilen soll.²¹ Möglicherweise wird der Versuch gemacht werden, Ihren Bemühungen auch dies entgegenzuhalten. Es wird Ihnen nicht schwer sein, diesem Einwand zu begegnen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen alle Überlegungen an die Hand gegeben zu haben, die ins Feld geführt werden können, um ein endliches grundsätzliches Einlenken der französischen Regierung zu erreichen. Unsere Ausführungen über unsere Bemühungen um die Auswanderung nach San Domingo sind natürlich nur für Sie bestimmt und sollen Ihnen erklären, weshalb wir auf eine rasche Zusicherung der französischen Regierung drängen müssen.

Wir bitten Sie, die französische Regierung zu veranlassen, der Botschaft in Bern die Ermächtigung zu geben, allen mit schweizerischen Rückreisevisa versehenen, mit auf unsere Kosten begleiteten Sammeltransporten – sei es per Autocar oder vielleicht später per Bahn – durch Frankreich durchreisenden Flüchtlingen das Transitvisum listenweise zu erteilen. Eine zahlenmäßige Beschränkung soll nicht erfolgen. Ebenso soll sich die französische Regierung nicht bekümmern um das Endziel der Reise der Flüchtlinge; es muß ihr genügen, daß die Weiterreise nach Spanien durch das spanische Ein- oder Durchreisevisum gesichert ist. Das französische Innenministerium kann sich dadurch die Kontrolle über jede erfolgte Durchreise sichern, daß es sich durch die französische Einreise-stelle eine von dieser abgestempelte Liste über die erfolgte Einreise und durch die Ausreisestelle eine von der Einreise- und Ausreisestelle abgestempelte Liste zustellen läßt. Es ist also nicht notwendig, daß die Botschaft die Listen jeweils eine bestimmte Zeit vor dem Abgang des Transportes nach Vichy schickt, wie das vor dem heutigen Transport der Fall war. Die Botschaft hatte uns ausdrücklich erklärt, daß Vichy die Listen nur brauche,

²⁰ Richtig: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für kriegsgeschädigte Kinder (SAK). Gegründet 1940, sollte die SAK Kindern aus den am Krieg beteiligten Ländern einen Erholungsaufenthalt in der Schweiz ermöglichen. Auf Veranlassung der Eidgenöss. Fremdenpolizei waren jüdische Kinder von solchen Erholungsreisen ausgenommen. 1942 ging die SAK in der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes auf; Antonia Schmidlin, *Eine andere Schweiz. Helferinnen, Kriegskinder und humanitäre Politik 1933–1942*, Zürich 1999, S. 131–150.

²¹ Am 2. 10. 1940 berichteten verschiedene Zeitungen, dass die Vichy-Regierung am Vortag den Entwurf eines Judenstatuts gebilligt habe, das die Juden in verschiedene Kategorien einteilte. In Frankreich geborene Juden, die in der Armee gedient hatten, wurden am günstigsten eingestuft, kürzlich eingewanderte Juden am schlechtesten; Vichy drafts Plan to Deal with Jews, in: NYT, Nr. 30202 vom 2. 10. 1940, S. 8.

um sie an die französischen Grenzposten weiterzuleiten, nicht aber um die Frage des Transits der auf den Listen vermerkten Personen nochmals zu prüfen.

Wir möchten noch einmal die außerordentliche Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit betonen. Wir wären Ihnen deshalb zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie alles daransetzen würden, um bis spätestens Ende kommender Woche die endgültige Zustimmung der französischen Regierung zu unserm Vorschlag zu erreichen. Sollten Sie Druckmittel benötigen, so dient Ihnen als erstes die Verweigerung der Einreise der zu hospitalisierenden Kinder und als zweites die vollständige Visumsperre gegenüber Frankreich. Wir überlassen es Ihnen, darüber zu befinden, ob diese Mittel angewendet werden sollen.²²

DOK. 108

Der Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Steiermark und Kärnten rechtfertigt am 4. Oktober 1940 die geringe Entlohnung jüdischer Arbeitskräfte¹

Schreiben des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Steiermark-Kärnten (Nr. 25 B I T/B),² i. A. gez. Tremesberger,³ Graz, an den Reichsstatthalter in der Steiermark, Abt. Ia⁴ (Eing. 7.10.1940), vom 4.10.1940⁵

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.8.40 – Ia Pol-386 Ju 1/16-1940.⁶

Auf Grund Ihres obigen Schreibens hat mich der Präsident des Landesarbeitsamtes⁷ gebeten, zur o. Angelegenheit zuständigkeithalber Stellung zu nehmen.

Die Mitteilung des Landrates des Kreises Leoben vom 15. August 1940, daß die Baufirmen ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber Juden nicht nachkommen, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß die Juden mit dem Tariflohn eingestellt wurden, doch hat sich gezeigt, daß die Leistungen der Juden ganz außergewöhnlich schlecht sind. Die Baufirmen gaben sich nun der Hoffnung hin, daß die eingestellten Juden nach einer Einarbeitungszeit von 6 bis 8 Wochen normale Arbeitsleistungen aufweisen würden, doch sahen sie sich darin enttäuscht. Die Leistungen der Juden blieben immer gleich. Nun haben die Firmen Leistungsrichtsätze ausgearbeitet und mir zur Genehmigung vorge-

22 Den jüdischen Flüchtlingen aus der Schweiz, die Trone für das Siedlungsprojekt in der Dominikanischen Republik angeworben hatte, wurden die franz. Transitvisa schließlich gewährt.

1 Steiermärkisches LA Graz, L., Reg.IA.Pol. 386 Ju 1/1940, Bl. 64 f.

2 Reichstreuhand der Arbeit und Präsident des Landesarbeitsamts Steiermark war von 1940 an Dr. Walter Opitz (*1891).

3 Dr. Georg Tremesberger (1905–1971), Angestellter; 1930 NSDAP-Eintritt.

4 Die für allgemeine und innere Angelegenheiten der Verwaltung zuständige Abt. unterstand ORR Dr. Albert Wöhrer (*1896). Reichsstatthalter in der Steiermark war seit März 1940 Dr. Siegfried Uiberreither (1908–1984).

5 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

6 Der Reichsstatthalter hatte dem Landesarbeitsamt ein Schreiben des Leobener Landrats Wilhelm Kadletz mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Laut Kadletz waren innerhalb kürzester Zeit 36 von 622 in Eisenerz und am Prebichl eingesetzten jüdischen Arbeitern geflohen. Als Ursache vermutete er schlechte Entlohnung und bat zu prüfen, ob die Arbeiter wie Kriegsgefangene untergebracht werden könnten; wie Anm. 1, Bl. 56–58.

7 Siehe Anm. 2.

legt. Die Richtsätze waren so erstellt, daß Gefolgschaftsmitglieder bei durchschnittlichen Leistungen mindestens auf 20 % über den Tariflohn kommen können. Ich habe daher auch die Anwendung dieser Sätze genehmigt. Durch die Einführung dieser Leistungsrichtsätze konnten die Unternehmer nachweisen, daß die Juden oft nur 1/3tel bis 1/5tel und noch weniger eines Normalleistungsfähigen leisteten. Es war daher den Unternehmern nicht mehr zuzumuten, daß sie trotz Mindestleistung⁸ der Juden denselben nach einer längeren Einarbeitungszeit den Tariflohn weiter bezahlen. Die Firma „Stuag“ z. B. hat durch die Bezahlung der Tariflöhne ca. RM 20 000,- Verluste gehabt.⁹ Ich habe daher die Juden aus der Tarifordnung herausgenommen und den Betriebsführern genehmigt, daß sie dieselben nur nach der tatsächlichen Leistung entsprechend den Leistungsrichtsätzen bezahlen. Ich selbst habe mehrmals den Juden bei ihrer Arbeit zugesehen und feststellen müssen, daß sie geradezu aufreizend faul arbeiten. Ich bin mir sicher, daß hier eine böswillige Arbeitszurückhaltung vorliegt.

DOK. 109

Der Reichsluftfahrtminister informiert am 7. Oktober 1940 das Luftgaukommando VII, dass Juden der Zutritt zu öffentlichen Luftschutzräumen zu gewähren sei¹

Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Inspektion des zivilen Luftschutzes² (41 d. 18.12 Nr. 4949/40 [2 I B]), i.A. gez. Großkreutz,³ an das Luftgaukommando VII.⁴ vom 7. 10. 1940 (Abdruck)⁵

Betreff: Benutzung der LS-Räume durch Juden.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Stellvertreter des Führers⁶ wird darauf hingewiesen, daß bei Fliegeralarm Juden der Zutritt zu öffentlichen und sonstigen LS-Räumen⁷ nicht versagt werden kann, da andernfalls Unzuträglichkeiten zu befürchten sind, die sich auch auf die deutschblütige Bevölkerung nachteilig auswirken könnten. Falls mehrere LS-Räume vorhanden sind, sollen die Juden in einem derselben gesondert untergebracht werden. Steht nur ein LS-Raum zur Verfügung, wird es zweckmäßig sein, durch Abtrennung eines Teils des LS-Raumes die Möglichkeit zu schaffen, daß die Juden getrennt von deutschblütigen Insassen den LS-Raum benutzen können.

⁸ So im Original.

⁹ Die Straßen- und Tiefbau Unternehmung AG (STUAG-Bau AG) wurde 1928 in Wien gegründet. 1976 übernahm die Österreichische Länderbank das Unternehmen, 1999 ging die STUAG in den Besitz der STRABAG über.

¹ BArch, R 58/276, Bl. 257.

² Hermann Göring.

³ Hans Großkreutz (1881–1948), Berufsoffizier, Beamter; 1920 Major, 1919/20 – 1933 Archivrat im Reichsarchiv, 1933–1944 im RLM, von 1936 an Abteilungsleiter, 1941 Ministerialdirigent.

⁴ Das Luftgaukommando VII umfasste Süd-Bayern, Baden, Württemberg, Tirol und Salzburg.

⁵ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke. Der Abdruck wurde am 21.10.1940 vom Regierungspräsidenten in Augsburg (Nr. Lu 1260/40) an die Landräte – ohne Nördlingen – und den Oberbürgermeister von Kempten „zur Kenntnis und weiteren Veranlassung“ weitergeleitet.

⁶ Rudolf Heß.

⁷ LS: Luftschutz.

DOK. 110

Himmler kündigt am 22. Oktober 1940 vor der NSDAP-Landesgruppe in Madrid die Abschiebung aller Juden aus dem Großdeutschen Reich in das Generalgouvernement an¹

Bericht (vertraulich) über eine Rede Heinrich Himmlers in Madrid vom 22. Oktober 1940 (Abschrift)²

Himmler über Siedlungsfragen

EP. Madrid, 22. Oktober.

Reichsführer SS Himmler sprach im Deutschen Haus bei einem Empfang der Landesgruppe der NSDAP über moderne Siedlungsprobleme und Fragen des europäischen Ost- raumes. Er ging in seinem Vortrag von der Feststellung aus, daß die Reinigung des eigenen Volkstums durch die Nürnberger Judengesetze sowie der Aufbau der Wirtschaft und Wehrmacht, ferner die Vereinigung des gesamten deutschen Volkstums durch die Lösung der österreichischen, böhmisch-mährischen und polnischen Frage den neuartigen Weg dieser Politik kennzeichneten. „Ein gewonnener Krieg“, fuhr Himmler fort, „besteht nicht im Menschengewinn anderen Volkstums, sondern im gewonnenen Acker.“³ Deutschland hat durch seine militärischen Siege zwar im Osten 8 Millionen fremden Volkstums übernehmen müssen, aber bereits alle Vorbereitungen getroffen, um in klarer Trennung die verschiedenen Völker auseinanderzuhalten. Alles fremde Volkstum und besonders das Judentum wird künftig im Generalgouvernement angesetzt werden, was bedeutet, daß dorthin etwa 5- bis 6-hunderttausend Menschen umgesiedelt werden, wobei die Juden in einem gesonderten Ghetto untergebracht werden sollen, und zwar alle Juden aus dem ganzen Großdeutschen Reich. Bis jetzt sind aus Bessarabien, der Südbukowina und der Dobrudscha rund 250 000 Volksdeutsche entsprechend ihrem früheren Besitz, teilweise sogar unter erheblich besseren Bedingungen, in den neuen Ostprovinzen des Reiches auf eigener Scholle angesetzt worden.⁴ Die Umsiedlung erfolgt auf Grund neuester Forschungsergebnisse und wird revolutionäre Ergebnisse erbringen, weil sie nicht nur Volkstumskontingente verpflanzt, sondern auch die Landschaft völlig umgestaltet wird. Windreiches Steppengebiet wird durch die vielgestaltige Aufforstung nutzbar gemacht werden. Durch die Beschlagnahme von Ziegeleien wurden im Generalgouvernement bis jetzt bereits 750 Millionen Ziegel hergestellt und auf Vorrat gelegt, die im nächsten Jahr auf 1,3 Milliarden angestiegen sein werden und sofort nach dem Krieg zum Neubau von mustergültigen Siedlungen, Bauerndörfern und Städten verwendet werden. Der Generalplan für diese Neugestaltung eines Raumes von rund 200 000 Quadratkilometern ist fertiggestellt und wird schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres in Angriff genommen. Deutschland wird so das stärkste Land und das deutsche Volk das gesündeste und leistungsfähigste in der Welt werden. Dieser großen inneren Kolonisierung steht das Ko-

1 BArch, R 49/20, Ordner „Reden führender Personen über die Umsiedlungsaktion 1939 – 1942“. Abdruck in: Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a. M. 1991, Dok. 8, S. 139.

2 Die NZZ (Morgenausg.), Nr. 1541 vom 24. 10. 1940, S. 1f., gab die Rede leicht gekürzt und verändert wieder, obwohl aus einer anderen Überlieferung der Quelle hervorgeht, dass der Auszug nicht zur Veröffentlichung gedacht war; BArch, Filmsammlung, Nr. 16789.

3 Im Original ist nicht vermerkt, wo das Zitat endet.

4 Zu diesen Umsiedlungen siehe VEJ 4, S. 32 – 38.

lonialproblem gegenüber, das mit anderen Mitteln gelöst werden wird. Die Kolonien, die Deutschland wieder erlangen wird, sind in erster Linie für die Erzeugung wirtschaftlicher Zusatz- und Rohstoffprodukte bestimmt, ohne daß das deutsche Volkstum dort Wurzeln schlagen und so dem Heimatvolkstum verlorengehen wird. Auch hier werden erstmalige Methoden angewandt werden. Himmler schloß: „Es wird keine ausländische Heimat mehr geben, denn Heimat kann immer nur das ewige Großdeutschland sein. Es wird keine Kolonie mehr geben, die allen möglichen Illusionen Tür und Tor öffnen, sondern nur Wirtschaftsgebiete, die nach einem klaren Plan betreut werden. Das ist der wahre Sinn des Deutschland aufgezwungenen Krieges.“

DOK. 111

Otto Hirsch schildert, wie er bei der Gestapo am 26. Oktober 1940 gegen die Deportationen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland protestierte¹

Aktennotiz von Otto Hirsch zur Vorladung im Geheimen Staatspolizeiamt bei Regierungsassessor Jagusch am 26. 10. 1940

1. Abtransport der Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet

Ich bat, unserer Trauer über die Vorgänge in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet Ausdruck geben zu dürfen. Aus dieser Trauer heraus haben wir den Kulturbund gebeten, seine Aufführungen eine Woche lang zu unterbrechen. Es sei doch etwas Furchtbares, daß über 7000 Menschen ohne jede Vorbereitung innerhalb eines Tages mit unbekanntem Ziel vertrieben worden seien.² Nach den Vorkommnissen in Stettin sei der Reichsvereinigung erklärt worden, dass etwas derartiges sich nicht wieder ereignen werde, und bei Schneidemühl und Breisach³ habe man von zentraler Stelle aus sofort Abhilfe geschaffen. Was sich jetzt ereignet habe, greife an die Wurzeln der Reichsvereinigung. Ich bitte dringend, mir zu sagen, wohin die Menschen gekommen seien, was wir für sie tun können und ob die Dinge weitergehen.

Ass. Jagusch erwidert, es handle sich um eine ordnungsmäßige Auswanderung. Die Reichsvereinigung solle etwa Ende der kommenden Woche eingeschaltet werden. Den Auswanderern seien Vollmachtsformulare nach dem von uns selbst für Stettin entworfenen Muster, auf die Reichsvereinigung lautend, vorgelegt worden, so daß die Reichsvereinigung, jedenfalls in vielen Fällen, Vertretungsmacht haben werde. Wie man in denjenigen Fällen vorgehen werde, in denen das nicht der Fall sei, stehe noch nicht fest. Auf meine Frage, ob die Dinge weitergehen, erwiderte Ass. Jagusch, das könne er mir nicht sagen. Ich erklärte sodann, daß ich gleich nach Erhalt der ersten Nachrichten am Diens-

¹ BArch, R 8150/45, Bl. 132 – 134.

² Zu den Deportationen nach Frankreich siehe Dok. 112 vom 29. 10. 1940 und Dok. 1 B vom 30. 10. 1940.

³ Zu den Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Stettin in den Distrikt Lublin siehe Dok. 52 vom 12./B.2. 1940; zu den Deportationen aus Schneidemühl siehe Einleitung, S. 38 f. Nach der Einnahme des Elsass durch deutsche Truppen im Sommer 1940 wurden die in Breisach verbliebenen Juden auf Veranlassung der Stadtverwaltung nach Rufach im Elsass in die dortige Nervenheilanstalt deportiert; rund einen Monat später durften sie nach Breisach zurückkehren. 34 Breisacher Juden waren unter den im Okt. 1940 nach Gurs Deportierten.

tag versucht habe, vorstellig zu werden, und daß ich einen Bericht habe überreichen wollen, dessen Inempfangnahme aber nicht gebilligt worden sei. Ass. Jagusch ersuchte mich, ihn ihm zu übergeben, was ich unter Hinweis auf die Bevölkerungszahl getan habe. Ass. Jagusch unterstrich bei der Durchsicht in dem Aktenvermerk des Herrn Dr. Lilienthal das Wort „Südfrankreich“.⁴

Er warf sodann die Frage auf, ob Herr Joachim⁵ wie bei den Stettinern so auch die von den jetzigen Auswanderern auf die Reichsvereinigung ausgestellten Vollmachten wahrnehmen könne oder ob dazu bei der erheblich größeren Anzahl und der damit verbundenen Arbeit etwa jemand anderes oder ein Büro erforderlich sei. Ich erwiderte, daß hiermit m. E. Herr Dr. Eppstein beauftragt werden sollte, da es sich doch zweifellos um eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe handle, die überdies unabhängig von den Wanderungsfragen sei. Ass. Jagusch erklärte sich mit dieser Absicht nachdrücklich einverstanden, und ich knüpfte daran die Bitte, Ass. Jagusch möge seinerseits für [eine] nach dieser langen Zeit möglichst rasche Entlassung von Dr. Eppstein eintreten, zumal unter den aus Baden Evakuierten Mutter und Schwester von Frau Dr. Eppstein sich befänden. Ass. Jagusch erklärte sich dazu bereit.⁶

2. Reise nach Lissabon

Als ich im Zusammenhang mit der Notwendigkeit baldiger Entlassung von Dr. Eppstein erwähnte, daß ich in der nächsten Zeit zwecks Zusammenkunft mit dem Vertreter des Joint nach Lissabon fahren müsse, erklärte Ass. Jagusch, das sei unmöglich. Ich könne jetzt in dieser Zeit hier nicht entbehrt werden. Er müsse einen verantwortlichen Vertreter der Reichsvereinigung hier haben, zumal die Reise nach Lissabon ja nicht nur ganz kurze Zeit dauern könne. Die Interessen der Reichsvereinigung müssten dann eben von Dr. Löwenherz, Wien, wahrgenommen werden. Ich widersprach dem lebhaft unter Hinweis darauf, daß Herrn Dr. Löwenherz unsere Verhältnisse nicht bekannt seien und daß es sein gutes Recht, ja seine Pflicht sei, die ihm anvertrauten Interessen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien den unsrigen voranzustellen. Die jetzige Gelegenheit, mit Mr. Troper zusammenzukommen,⁷ dürfte auf lange hinaus die einzige sein, und ich bitte, in aller Bescheidenheit darauf hinweisen zu dürfen, daß ich bei Mr. Troper aus der jahrelangen Zusammenarbeit ein Maß von Vertrauen genieße, das unserer Arbeit zugute komme, so daß ich befürchten müsse, daß, wenn ich nicht selbst an der Besprechung teilnehme, die Interessen der Reichsvereinigung notleiden müßten. Ass. Jagusch beharrte jedoch darauf, daß ich hier unabhkömmlich sei. Er gäbe anheim, einen Mitarbeiter nach Lissabon zu entsenden, und empfahl mir, darüber mit Herrn Hschf Hartmann zu sprechen.⁸

4 Artur Lilienthal hatte die Reichsvereinigung am Vortag über die Deportationen unterrichtet; Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung vom 25.10.1940, BArch, R 8150/2, Bl. 82.

5 Dr. Richard Joachim (1891–1942), Jurist; SPD-Mitglied; Dozent an der Gewerkschaftshochschule in Bernau; bis 1932 Reg.Rat, ORR und dann MinR. im RAM, bis 1933 Senatspräsident am Reichsversicherungsamt; nach 1933 für die Reichsvereinigung tätig; wurde im Okt. 1942 als Geisel für nicht zur Deportation erschienene Juden erschossen.

6 Paul Eppstein war seit dem 15.8.1940 in Haft; siehe Dok. 128 vom 20. 12.1940, Anm. 5.

7 Maurice Troper (1892–1962), Jurist; Tätigkeit als Anwalt und Wirtschaftsprüfer in New York, von 1920 an für den Joint tätig, 1938–1942 Vorsitzender des European Executive Council des Joint, 1942 bis 1948 Offizier in der US-Armee.

8 Hschf.: Hauptscharführer.

3. *Warme Sachen für Schutzhäftlinge*

Die Eingabe vom 24. Oktober wurde übergeben.⁹

4. *Mitgliedschaft der jüdischen Protektoratsangehörigen zur Reichsvereinigung und Verpflichtung zur Bezahlung der Auswandererabgabe bei Übersiedlung nach dem Protektorat*

Die Eingabe vom 25. Oktober wurde übergeben.¹⁰

5. *Rückkehr von Kindern aus den besetzten Gebieten*

Auf Anfrage teilte Ass. Jagusch mit, daß jetzt ein Schreiben an sämtliche in Betracht kommende deutsche Stellen im Ausland (Belgien, besetztes Gebiet von Frankreich, Holland) hinausgegangen sei, wonach gegen die Rückkehr von Kindern bis zum Alter von 16 Jahren, die in den besetzten Gebieten sich zum Schulbesuch oder zur Berufsausbildung befinden, nach Deutschland zu ihren Angehörigen keinerlei Bedenken bestehen. Sie haben sich mit den Dienststellen im Ausland zum Zweck der Erlangung eines Passierscheins ins Benehmen zu setzen. Eine Genehmigung seitens der deutschen Stellen oder auch nur eine Anfrage bei denselben sei nicht erforderlich. Es handle sich dann lediglich um die ordnungsmäßige polizeiliche Anmeldung. Da er, Ass. Jagusch, aber noch keine Rückmeldung von dem Eingang des Rundschreibens bei den auswärtigen Stellen habe, solle mit der Verwertung dieser Mitteilung gegenüber unseren Bezirks- und Zweigstellen immer noch bis zur nächsten Woche gewartet werden. Er gebe nochmalige Anfrage anheim.

6. *Stettin.*

Hinsichtlich der Stettiner Juden im Bezirk Lublin wird berichtet, daß ein Gruppenbericht noch ausstehe. Ass. Jagusch teilt mit, daß der Regierungspräsident von ihm unterrichtet worden sei, so daß nach Eintreffen des ausstehenden Berichts das zusammenfassende Schreiben der Reichsvereinigung vorgelegt werden könne. Auf Anfrage wird erwidert, daß irgendeine Weisung wegen Rückkehr der minderjährigen Kinder aus dem Bezirk Lublin nach Deutschland noch nicht ergangen sei.¹¹

7. *Vermißtennachforschungen des Roten Kreuzes*

Die bei der Rücksprache am 26. 9. 1940 übergebenen Anfragen des Polnischen Roten Kreuzes werden zurückgegeben,¹² und es wird für sie und etwa weiter einlaufende Anfragen des Roten Kreuzes überhaupt bestimmt, daß dem Roten Kreuz dahin Antwort gegeben werden solle, daß es sich zweckmäßigerweise an die Polizeibehörde des letzten Wohnsitzes bzw. des vermutlichen derzeitigen Aufenthaltsortes des Vermißten wende.

8. *Bücherprüfung*

Anhand des Schreibens der Deutschen Revisions- und Treuhand A. G. vom 24. Oktober¹³ wird über die mit deren Vertretern geführte Besprechung berichtet. Ass. Jagusch ersucht, den für die Leitung der Prüfungsarbeiten bei der Reichsvereinigung vorgesehenen Mitarbeiter der Deutschen Revisions- und Treuhand A.G. zu veranlassen, daß er sich am Mittwoch, dem 30. Oktober, 16 Uhr, bei ihm zu einer Besprechung über Umfang und Art der Prüfungsarbeiten einfinden möge.

⁹ Nicht aufgefunden.

¹⁰ Nicht aufgefunden.

¹¹ Zum negativen Bescheid bei derartigen Anfragen siehe Dok. 57 vom 8. 3. 1940.

¹² Liegen nicht in der Akte.

¹³ Nicht aufgefunden.

9. *Frage der Eingliederung der Ludwig-Philippson-Loge UOBB, Bonn a. Rh.*¹⁴

Der Bericht vom 23. Oktober wird übergeben.¹⁵

10. *Gesuch des Sally Danziger, Berlin, in einer Fürsorgesache*

Ass. Jagusch übergibt das Schreiben des Genannten an den „Reichsbeauftragten beim Reichsministerium des Innern für jüdische Angelegenheiten“ vom 28. 8. 1940 zur unmittelbaren Erledigung.¹⁶

11. *Logenheim UOBB. e. V., Berlin*

Ass. Jagusch ersucht um einen Bericht über die Rechtsverhältnisse der genannten Organisation, insbesondere darüber, ob etwa die Jüdische Gemeinde zu Berlin als Treuhänderin eingesetzt worden sei. Es handelt sich um eine Anfrage des Amtsgerichts Charlottenburg zu dessen Aktenzeichen 49 C 616/40.¹⁷

DOK. 112

Heydrich teilt dem Auswärtigen Amt am 29. Oktober 1940 mit, die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden und der Pfalz sei auf Anordnung Hitlers erfolgt¹

Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (IV D 4 2602/40), gez. Heydrich, an das AA, SA-Standartenführer Gesandter Luther, vom 29. 10. 1940²

Der Führer ordnete die Abschiebung der Juden aus Baden über das Elsaß und der Juden aus der Pfalz über Lothringen an. Nach Durchführung der Aktion kann ich Ihnen mitteilen, daß aus Baden am 22. und 23. 10. 1940 mit 7 Transportzügen und aus der Pfalz am 22. 10. 1940 mit 2 Transportzügen 6504 Juden im Einvernehmen mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht, ohne vorherige Kenntnissgabe an die französischen Behörden, in den unbesetzten Teil Frankreichs über Chalon-sur-Saône gefahren wurden.

Die Abschiebung der Juden ist in allen Orten Badens und der Pfalz reibungslos und ohne Zwischenfälle abgewickelt worden. Der Vorgang der Aktion selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Die Erfassung der jüdischen Vermögenswerte sowie ihre treuhänderische Verwaltung und Verwertung erfolgt durch die zuständigen Regierungspräsidenten.

In Mischehe lebende Juden wurden von den Transporten ausgenommen.

14 UOBB: Unabhängiger Orden B'nai B'rith/Bne Briss, wurde 1843 in New York, 1882 in Deutschland gegründet. Im Haus der Ludwig-Philippson-Loge in Bonn war von 1934 an eine private jüdische Volksschule untergebracht, in der auch nach der reichsweiten Auflösung des UOBB 1937 weiter unterrichtet wurde. Zum 1. 10. 1939 wurde die Schule in die Reichsvereinigung eingegliedert; StA Bonn, Pr 40/2460.

15 Nicht aufgefunden.

16 Nicht aufgefunden.

17 Nicht aufgefunden.

1 PAAA, R 100869, Bl. 14 + RS. Abdruck in: Gerhard J. Teschner, Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940. Vorgeschichte und Durchführung der Deportation und das weitere Schicksal der Deportierten bis zum Kriegsende im Kontext der deutschen und französischen Judenpolitik, Frankfurt a. M. u. a. 2002, S. 346 f.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

DOK. 1B

Bericht vom 30. Oktober 1940 über die Deportation deutscher Juden nach Südfrankreich¹

Bericht, ungez., Karlsruhe i. B., vom 30. 10. 1940²

*Bericht über Verschickung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit nach Südfrankreich.*³

Auf Antrag des Gauleiters und Reichsstatthalters *Josef Bürckel*, z. Zt. Metz, und des Gauleiters *Wagner*,⁴ z. Zt. Straßburg, wurden in der Nacht zum Dienstag, dem 22. Oktober 1940, und am darauffolgenden Tage durch die Geheime Staatspolizei sämtliche Juden aus *Baden* und der *Saarpfalz* in ihren Wohnungen durch Organe der Hilfspolizei festgesetzt und unmittelbar danach in bereitgestellten Eisenbahnzügen abtransportiert. In der *Saarpfalz* wurde von der Polizei den Betroffenen ein *Ausweisungs*-Befehl des zuständigen Gauleiters und Reichsstatthalters, datiert aus *Metz* vom 20. 10. 1940, zugestellt.⁵

Auf Grund einer zwischen der Wiesbadener Waffenstillstandskommission⁶ unter General v. Stülpnagel⁷ und der französischen Delegation unter General Huntziger⁸ bzw. der Regierung von Vichy getroffenen Vereinbarung sind alle Juden *französischer* Staatsangehörigkeit aus Elsaß und Lothringen ins unbesetzte Gebiet Frankreichs abzuschieben, und die französischen Behörden sind verpflichtet, die Evakuierten aufzunehmen. Diese Bestimmung wurde sinngemäß von den zuständigen Gauleitern, die in Personalunion auch Gauleiter von Baden und der *Saarpfalz* sind, auf *sämtliche Juden deutscher Staatsangehörigkeit*, wohnhaft in den Gauen *Saarpfalz* und *Baden*, angewendet. In *Baden* sind daraufhin ca. 6300 deutsche Juden nach Südfrankreich abgeschoben worden, in der *Saarpfalz* 1 50.⁹

1 BArch, R 300 1/200 52, Bl. 107 f. Abdruck in: Teschner, Deportation (wie Dok. 112, Anm. 1), S. 348 f.

2 Der Bericht wurde weitergeleitet an „Herrn Ministerialrat Schoetensack ergebenst zu den dortigen Vorgängen“; wie Anm. 1, Bl. 106. Auf diesem Schreiben handschriftl. Bearbeitungsvermerke. Hermann Schoetensack (*1893), Jurist; 1926–1933 Landgerichtsrat in Aurich und Obergerichtsrat in Emden; 1933 NSDAP-Eintritt; 1933–1937 Oberlandesgerichtsrat in Celle, von 1938 an MinR. im RJM, 1944 Reichsgerichtsrat.

3 Siehe auch Dok. 11 vom 26. 10. 1940 und Dok. 112 vom 29. 10. 1940.

4 Robert Wagner, geb. als Robert Backfisch (1895–1946), Soldat; 1914–1924 bei der Reichswehr; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 DAP-, 1925 NSDAP-Eintritt, 1925–1945 NSDAP-Gauleiter von Baden (ab 1941 Baden-Elsass), 1929–1933 MdL Baden, 1933–1945 MdR und Reichsstatthalter in Baden, 1940–1944 Chef der Zivilverwaltung im Elsaß; von einem franz. Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

5 Nicht aufgefunden.

6 Im deutsch-franz. Waffenstillstandsabkommen vom 22. 6. 1940 war eine Waffenstillstandskommission mit Sitz in Wiesbaden vorgesehen. Sie kontrollierte die Einhaltung des Abkommens.

7 Carl Heinrich von Stülpnagel (1886–1944), Berufssoldat; von 1904 an im Militärdienst, 1939 General der Infanterie, 1940 Vorsitzender der deutsch-franz. Waffenstillstandskommission, 1941 Oberbefehlshaber der 17. Armee in der Sowjetunion, 1942–1944 Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich, 1944 als Mitverschwörer des Attentats vom 20. Juli hingerichtet.

8 Charles Léon Clément Huntziger (1880–1941), Berufssoldat; 1933 Divisionsgeneral der franz. Kolonialtruppen; 1940 Kommandeur der 2., dann der 4. Armeegruppe im Norden Frankreichs; unterzeichnete das Waffenstillstandsabkommen, von Sept. 1940 an Kriegsminister der Vichy-Regierung; kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

9 Die Zahlen sind überhöht, insgesamt wurden etwa 6500 Juden deportiert.

Da die Absicht besteht, auch die übrigen Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren – insgesamt etwa 270 000 Personen zumeist vorgerückten Alters – nach Frankreich abzuschieben, hat die Regierung von Vichy gegen diese Maßnahme ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht. Infolgedessen ist die in Aussicht genommene Verschickung der Juden aus Hessen zunächst aufgeschoben worden.

Die Abschiebung der Juden aus Baden und der Saarpfalz vollzog sich in *der* Form, daß lt. Befehl der Gauleiter „alle Personen jüdischer Rasse, *soweit sie transportfähig sind*“, abtransportiert werden mußten, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Ausgenommen wurden lediglich bestehende Mischehen. Auch Männer, die als *Frontkämpfer* und zum Teil als Offiziere der alten Wehrmacht am Weltkrieg 1914 – 1918 auf deutscher Seite teilgenommen haben, mußten verschickt werden. Die Altersheime in Mannheim, Karlsruhe, Ludwigshafen usw. wurden evakuiert. Frauen und Männer, die nicht zu gehen imstande waren, wurden befehlsgemäß auf Tragbahren zu den Eisenbahnzügen transportiert.

Der älteste Deportierte war ein 97jähriger Mann aus Karlsruhe.¹⁰ Die Frist, die den Verschickten zur Vorbereitung gewährt wurde, schwankte örtlich zwischen einer Viertelstunde und zwei Stunden. Eine Anzahl von Frauen und Männern benutzte diese Frist, um sich der Verschickung durch Freitod zu entziehen. Allein in Mannheim sind bis Dienstag vormittag 8 *Selbstmorde* erfolgt, in Karlsruhe 3. Zum Abtransport aus entlegenen Orten nach den Sammelstellen wurden Wehrmachts-Autos zur Verfügung gestellt. Die Verschickten mußten gemäß Anordnung ihr Hab und Gut, Kapitalvermögen und Grundbesitz zurücklassen. Es wird zunächst – bis zur endgültigen Entscheidung durch die Gauleiter – treuhänderisch verwaltet. Da die Auswanderung in vielen Fällen nicht ordnungsmäßig, d. h. ohne vorherige Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften, wie z. B. Entrichtung der Reichsfluchtsteuer, erfolgte, ist das vorhandene Vermögen inzwischen sichergestellt worden. Geldbeträge zwischen 10 und 100 Reichsmark durften mitgenommen werden und wurden, soweit vorhanden, in franz. Franken umgewechselt. Gepäck bis zum Höchstgewicht von 50 Pfund durfte mitgenommen werden. Die Wohnungen wurden polizeilich versiegelt.

Nach bisher vorliegenden Meldungen sind die aus 12plombierten Eisenbahnzügen bestehenden Transporte nach mehrtägiger Fahrt in südfranzösischen Konzentrationslagern am Fuß der Pyrenäen eingetroffen. Da es dort an Lebensmitteln und an geeigneter Unterbringungs-Möglichkeit für die hauptsächlich aus alten Männern und Frauen bestehenden Verschickten fehlt, ist, soweit hier bekannt, von der französischen Regierung die Weiterleitung der Deportierten nach Madagaskar unmittelbar nach Öffnung der Seewege in Aussicht genommen.¹¹

10 Dem 1946 verfassten Bericht des Mannheimer Kinderarztes Dr. Eugen Neter zufolge war der älteste deportierte Mann 98, die älteste Frau 99 Jahre alt; Abdruck in: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945, bearb. von Hans-Joachim Fliedner, Bd. 2: Dokumente, Stuttgart u. a. 1971, Dok. 38, S. 78 bis 95, hier S. 80.

11 Die Vichy-Regierung internierte die deutschen Juden im Lager Gurs und später in Rivesaltes. Im Laufe des Jahres 1941 wurden manche in andere südwestfranzösische Lager verlegt, ungefähr 1500 Gefangenen gelang die Flucht oder die Auswanderung; insgesamt starben etwa 1000 Menschen in den Lagern.

DOK. 14

**Die Staatspolizeistelle Bielefeld kündigt am 2. November 1940 an,
dass alle Juden zwischen 18 und 55 Jahren zum geschlossenen Arbeitseinsatz
herangezogen werden sollen¹**

Rundverfügung Nr. 101/10 (vertraulich! eilt sehr!) der Staatspolizeistelle Bielefeld (II B 4 – 4042/40), Unterschrift unleserlich, an die Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks² und an die Außenstellen in Paderborn, Detmold und Bückeburg vom 2. 11. 1940³

Betrifft: Arbeitseinsatz der Juden.

Vorgang: Ohne.

Es ist beabsichtigt, die zurzeit noch beschäftigungslosen, aber *vollarbeitsfähigen* Juden und Jüdinnen im Alter von 18 bis 55 Jahren für den geschlossenen Arbeitseinsatz heranzuziehen.

Um zunächst einen Überblick über die noch nicht vollbeschäftigten, arbeitsfähigen Juden und Jüdinnen zu gewinnen, bitte ich, mir *bis zum 12. 11. 40* – spätestens – mitzuteilen,

- a) welche Anzahl Juden und Jüdinnen – nach Geschlechtern getrennt – bereits vom Arbeitsamt zur Arbeitsleistung vermittelt worden ist,
- b) wieviel beschäftigungslose, aber vollarbeitsfähige Juden und Jüdinnen – nach Geschlechtern getrennt – im Alter von 18 bis 55 Jahren noch für einen etwaigen geschlossenen Arbeitseinsatz zur Verfügung stehen.

Hierbei sind Ehefrauen, die einen Haushalt zu versehen haben und demnach als vollbeschäftigt gelten, sowie in Mischehe lebende Juden und Jüdinnen außer Betracht zu lassen.

Die Feststellungen bitte ich im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt zu treffen.

Für die Einhaltung des Termins bitte ich besonders besorgt zu sein.

1 BArch, R 58/276, Bl. 258. Auszugsweiser Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Dok. 39, Anm. 1), S. 276 f.

2 Im Original hinzugefügt: „(m. Überdr[uck] f.d. OPB)“.

3 Die Rundverfügung ging nachrichtlich auch an den Regierungspräsidenten in Minden, die Landesregierungen in Detmold und Bückeburg sowie den SD-Abschnitt Bielefeld.

DOK. 1B

**Esther Cohn aus Offenburg beschreibt am 3. November 1940
in ihrem Tagebuch ihre Verzweiflung über die Deportation ihrer Mutter
und ihrer Schwestern nach Frankreich¹**

Handschriftl. Tagebuch von Esther Cohn,² Offenburg, Eintrag vom 3.11.1940

3.11.40.

Oh, Furchtbares ist in der Zwischenzeit geschehen! Alle Juden aus Baden sind fortgekommen und zwar am 22. Oktober.³ Es ist ganz schrecklich, einfach unglaublich! Es ist jetzt schon fast 14 Tage, und ich habe immer noch keine Adresse. Ich kann dies Leben jetzt bald nimmer aushalten! Viele Leute schrieben mir, aber was hilft's mir denn? Wann werde ich meine süße Musch und meine Geschwister wiedersehen?⁴ Werde ich es überhaupt nochmals? Oh, lieber Gott, gib doch, daß wir bald wieder zusammenkommen, oder falls es nicht sein soll, dann mache doch meinem armen Leben ein Ende. Was habe ich denn davon, wenn ich niemanden mehr habe? Oh, daß ich doch nie geboren wäre, um solches Elend zu erleben! Mein armer süßer Vati ist auch nicht da,⁵ hoffentlich bekomme ich bald ein Lebenszeichen von ihm und meinen Lieben, die wahrscheinlich in Südfrankreich jetzt weilen müssen.

Lieber Gott, behüte und beschütze meine einzigen Menschen, die ich liebe, gib ihnen satt zu essen und ein Bett zu schlafen. Bei jedem Bissen, den ich zu mir nehme, denke ich, hat denn mein Mutterle auch was zu essen? Oh, wie grausig ist doch das Schicksal! Lieber Gott, führe mich bald wieder mit ihnen zusammen. So allein kann und werde ich nicht leben. Oh, Mutti, warum haben wir uns in den Ferien nicht besser verstanden? Jetzt, wo ich dich so nötig habe!!!

Am 18. Oktober bin ich unwohl geworden, meine Mutti wollte das doch gerne wissen. Am 13. November hat Fr. Bendix⁶ Geburtstag, da sollen wir wieder etwas aufführen, wenn das doch nur schon rum wäre!

1 YVA, O.33/166. Abdruck in: Esther Cohn/Martin Ruch, „Inzwischen sind wir nun besternt worden“. Das Tagebuch der Esther Cohn (1926 – 1944) und die Kinder vom Münchner Antonienheim, Norderstedt 2006, S. 72 – 74.

2 Esther Lore Cohn (1926 – 1944), Schülerin; lebte 1939 – 1942 im Jüdischen Kinderheim in der Münchener Antonienstraße und machte 1941 ihren Schulabschluss an der Israelitischen Volksschule in München. Sie wurde am 29. 7. 1942 nach Theresienstadt, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

3 Siehe auch Dok. 11 vom 26. 10. 1940, Dok. 1B vom 30. 10. 1940 sowie die Einleitung, S. 45.

4 Musch: Sylvia Cohn, geb. Oberbrunner (1904 – 1942), Hausfrau; schrieb seit ihrer Schulzeit Gedichte; wurde mit ihren Töchtern Myriam (1929 – 1974) und Eva (*1931) im Okt. 1940 aus Baden nach Gurs in Südfrankreich deportiert. Sylvia Cohn wurde zunächst weiter nach Rivesaltes, am 13. 9. 1942 über Drancy nach Auschwitz deportiert und dort wenig später ermordet. Myriam und Eva gelangten im April 1943 mit der Hilfsorganisation OSE in die Schweiz, wo sie Aufnahme im Kinderheim Lilly Volkart in Ascona fanden. Im Okt. 1945 emigrierten sie nach Großbritannien.

5 Eduard Cohn (1898 – 1976), Handelsvertreter, Kaufmann; Mitglied der Zionistischen Vereinigung Offenburgs; nach dem Novemberpogrom verhaftet und bis zum 20. 12. 1938 im KZ Dachau inhaftiert; emigrierte im Mai 1939 nach Großbritannien, 1945 Vorarbeiter in einer Federfabrik.

6 Alice Bendix (1894 – 1943), Erzieherin; von 1933 an stellv. Heimleiterin, von 1935 an Direktorin des Antonienheims; 1942 mit den verbliebenen Kindern und dem Personal in die Heimanlage Milbertshofen, von dort ins Sammellager Berg am Laim gebracht, am 3. 3. 1943 zusammen mit den Kindern nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Jetzt bin ich schon ein Backfisch. – Frl. Rubens, unsere Englisch-Lehrerin, gibt mir viel Englisch zu lesen, dadurch habe ich mir das Romanlesen ganz abgewöhnt. Wie oft wollte mir Günter schon einen anbieten, aber willensfest sage ich immer nein.⁷ Da bin ich nun sehr froh, daß [ich] mir das abgewöhnt habe.

Günter ist zur Zeit mein einziger Liebling. Keinen hab ich so lieb wie ihn. Und wenn mich die andern noch so deswegen verhöhnen, das ist mir ganz egal.

In letzter Zeit habe ich zwei wunderschöne Bücher gelesen: „Abraham“ und „Dienst auf den Höhen“, eins ist schöner wie das andere.⁸ Morgen beginnt die Schule erst [um] 8.50 Uhr. Das ist für den ganzen Winter. Ebenfalls morgen kommen zwei neue Mädels ins Heim. Die „Ruthenburgs“ werden sie bei uns genannt. Ich mag sie sehr gerne, sie waren bei Mirz in der Klasse.

So gute Nacht für heute, liebes Tagebuch.

*Den Günter kann ich gar nicht mehr riechen.*⁹

DOK. 16

Hitler spricht am 8. November 1940 in München über den Aufstieg der NS-Bewegung und den „Kampf gegen das Judentum“¹

Rede Hitlers bei der Erinnerungsfeier zum Marsch auf die Feldherrnhalle 1923, gehalten im Löwenbräukeller in München am 8. 11. 1940²

Parteigenossen und -genossinnen!

Meine Kameraden!

Wir feiern nun wieder den 9. November. So wie damals am Vortag die Kundgebung. Für uns war das Jahr 1923 ein Höhepunkt des Kampfes um die Macht in Deutschland. Diesen Kampf und damit die Bedeutung des Tages, den wir feiern, begreift nur derjenige, der sich zurückerinnert an die Zeit, in die wir damals gesetzt waren und vor allem derjenige, der sich die Vorgeschichte dieses ganzen gewaltigen Ringens wieder vor Augen führt.

Als wir in das politische Leben der Nation eintraten, waren unsere Namen unbekannt. Der größte Teil von uns, ich an der Spitze, gehörte nicht einmal einer Partei an. Die meisten waren Soldaten gewesen, kehrten aus dem großen Krieg zurück, mit Grimm oder mit Verzweiflung im Herzen. Die Lage unseres Volkes, des Deutschen Reiches, schien eine verzweifelte, für viele hoffnungslose zu sein.

Das Deutschland der Zeit vor dem Jahr 1914 ist nicht mehr unser Deutschland. Trotzdem fühlen wir uns auch mit diesem Deutschland verbunden, denn es hat die Einheit eines

⁷ Günter Pollak (1926 – 1941) lebte 1935 – 1941 im Münchener Antonienheim. Er wurde am 20. 11. 1941 nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

⁸ Ernst Fürstenthal, Abraham, Berlin 1936; Martha Wertheimer, Dienst auf den Höhen, Berlin 1937.

⁹ Satz vermutlich nachträglich eingefügt.

¹ DRA, 2743247. Bearbeiteter Abdruck in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 35 vom 10. 11. 1940, S. 3f. Der VB war die Tageszeitung der NSDAP und erschien 1927 – 1945, zunächst in der Reichsausgabe in München; 1933 kamen eine Berliner und eine Norddeutsche Ausgabe hinzu, 1938 eine Wiener Ausgabe.

² Der Text folgt der Tonaufnahme der Rede; Gesamtdauer: 105 Minuten, 30 Sekunden.

großen Teils deutscher Menschen schon verkörpert. Es war ein Land der Arbeit und auch ein Land der Wohlfahrt. In diesem damaligen Deutschen Reich sind ja immerhin, trotz allem, was sonst dagegen gesagt werden mag, die Anfänge einer sozialen Gesetzgebung zu sehen. In diesem Deutschland hat man überhaupt zu Problemen zum ersten Mal Stellung genommen, an denen heute noch, bald dreißig Jahre später, die sogenannten Demokratien blind und taub vorbeigehen. Sicherlich sind diese Probleme, wie es nicht anders denkbar war, aus der damaligen Schau herausgelöst, das heißt der im tiefsten Grund eben doch kapitalistische Staat konnte naturgemäß nur zögernd und nur halb an die Lösung sozialer Fragen herangehen, die, wenn sie wirklich gelingen sollte, zur Voraussetzung gehabt hätte, dass auch der Staat, die Volksgemeinschaft, schon ein anderes Gesicht besessen hätte. Das war nicht der Fall³ – aber um so bemerkenswerter, daß man immerhin sich überhaupt mit derartigen Problemen damals befaßte und versuchte, nach den damaligen Möglichkeiten sie zu lösen.

Im übrigen war das damalige Deutschland noch ein Land der Demokraten. Die Demokratie feierte gerade in diesem Land vielleicht größere Orgien als irgendwo anders. Es war das Land der Freiheit. Jeder konnte tun und lassen, was und wie er es wollte. Diese Freiheit ging so weit, daß man auch die Grenzen des damaligen Reiches für jedermann frei offen hielt. Nicht etwa so wie in Amerika, dem sogenannten Land der unbegrenzten Freiheit. Denn dort mußte jeder Einwanderer ein außerordentlich schweres Examen bestehen, ehe ihm endgültig die Erlaubnis zum Betreten dieses geheiligten Bodens der Demokratie gegeben wurde, obwohl kaum zehn Menschen auf dem Quadratkilometer lebten.⁴ Bei uns – auch damals schon über 130 Menschen auf dem Quadratkilometer – hat man diese Maßnahmen nicht getroffen. Wir waren so frei, daß jeder Jude, jeder Polack bei uns ohne weiteres kommen konnte und sofort die volle Gleichberechtigung errang. Deutschland hat das später schwer büßen müssen. Es hat sich damals jene Masse internationalen Gepräges und internationaler Herkunft angesammelt, die im Jahre 1918 die Fahne der Revolution schwang.

Vor allem aber war das damalige Deutschland ohne Zweifel ein Land des Friedens. Man lebte, man wollte leben. Man verdiente, man wollte verdienen. Man wußte, daß der Krieg im allgemeinen nur schlecht sich für Verdienste eignet. So hoffte man auf den Frieden, so weitgehend, daß man in einer Zeit, in der ohne Zweifel bereits die andere Welt sich gegen Deutschland rüstete, jeden günstigen Augenblick der Auseinandersetzung vorbeigehen ließ. Als endlich dann der Krieg kam, traf er Deutschland im denkbar ungerüstetsten Zustand.

Ich bin kein Kritiker der damaligen Zeit, obwohl ich es sein könnte, denn ich habe mir, wie kaum ein Zweiter vielleicht in der Geschichte, aus der Vergangenheit meine Lehren gezogen und habe sie beherzigt. Und ich habe mich bemüht, das deutsche Volk nicht mehr in einem ähnlichen Zustand einer Gefahr entgegengehen zu lassen wie damals.

Und damals war bereits England unser Feind.

Wenn ich „England“ ausspreche, dann weiß ich ganz genau, daß auch dort Volk und Führung nicht ein und dasselbe sind. Ein kleiner Klüngel internationaler Demokraten, Juden und Plutokraten beherrscht dieses Land, und dieser Klüngel hat auch damals

³ Der Teilsatz nach „herangehen“ bis „Fall“ ist im VB nicht abgedruckt.

⁴ Von 1917 an wurde die Lese- und Schreibfähigkeit potenzieller Einwanderer in die USA überprüft; eine Quotenregelung begrenzte zudem die Anzahl der Immigranten.

bereits die Hetze zum Krieg getrieben. Es sind sogar die gleichen Personen wie heute. Mister Churchill von jetzt war bereits damals einer der größten Kriegstreiber,⁵ mancher, der heute alt ist, tat es damals in seiner Jugend. Die britischen Hetzer haben es auch damals vermocht, eine Welt gegen Deutschland zu mobilisieren.

So kam der Krieg, den Deutschland nicht gewollt hatte. Denn es hätte bessere Gelegenheiten gehabt, bei eigenem Willen, diesen Krieg zu führen. Und trotzdem die Rüstung des damaligen Deutschen Reiches eine schlechte war – heute können wir das ruhig aussprechen –, trotzdem hat dieses damalige Deutschland über vier Jahre standgehalten.

Und, als einstiger Soldat des Weltkrieges und heutiger Oberster Befehlshaber der deutschen Wehrmacht kann ich es ruhig aussprechen: Sie hätten auch damals Deutschland nicht besiegt, wenn nicht ihr Verbündeter im Inneren uns gebrochen hätte. Vier Jahre mühten sie sich, und es war erst notwendig, einen amerikanischen Zauberpriester ersteinen zu lassen, der nun die Formel fand, auf die das deutsche Volk im Vertrauen auf das Ehrenwort eines fremden Präsidenten hineinfiel.⁶ Wenn man später so tat, als ob man uns auch ohnedem besiegt haben würde, dann kann man nur die Frage erheben: Warum rief man denn dann den Geist, durch den wir betört werden sollten, wenn es ohnedem auch gelang?

Deutschland wurde damals zu Boden geworfen durch einen Haufen von Verschwörern, die in unserem eigenen Volk und Land ihr Unwesen treiben konnten. Und dann erhielten wir die Quittung für unsere Gutgläubigkeit.

Der 8. und 9. November 1918 und die folgenden Tage sind für alle Zeiten eine Warnung für unser deutsches Volk.⁷ Von den Siegern der damaligen Zeit ist nicht ein einziges Versprechen gehalten worden. Der größte Wortbruch aller Zeiten setzte ein. Es begann die Periode des Leidens und des Elends und damit auch der Verzweiflung in unserem Volk. Es gab damals wohl viele Menschen, die überhaupt keine Lust mehr am Leben hatten. Die Selbstmordziffern, sie stiegen ja bis über 20 000 pro Jahr. Den meisten schien ein Leben nicht mehr empfehlenswert zu sein, das keinerlei Aussicht bot, jemals die Gleichberechtigung und damit die Freiheit des deutschen Volkes wieder erreichen zu können.

Damals begann nun unser Kampf.

Es war ein schöner Kampf, denn es war ein Kampf, der gegen alle Wahrscheinlichkeiten geführt wurde. Als ich zum ersten Mal in dieser Stadt auftrat und viele von Ihnen mir dann zu folgen angingen, die Sie heute hier sind, da wurde ich von besten Freunden selbst aufgegeben. Man konnte es gar nicht begreifen, wie ein sonst vernünftiger Mensch es sich plötzlich in den Kopf setzen wollte, allein gegen eine ganze Welt von Realitäten anzukämpfen. Man sagte: „Was will dieser Unglückswurm? Er hat weder Geld, noch hat er

5 Winston Churchill (1874 – 1965) leitete 1911– 1915 das Board of Admiralty, welches das Kommando über die brit. Marine innehatte; später trat er aus dem Kabinett aus und behielt nur sein Abgeordnetenmandat, 1917 – 1919 war er als Minister für Munitions für Rüstungsfragen zuständig.

6 Hitler meint hier vermutlich Woodrow Wilson (1856 – 1924), 1913 – 1921 Präsident der USA, und das von ihm ausgearbeitete 14-Punkte-Programm, das die Grundlage der Friedensverhandlungen zwischen den alliierten Siegermächten und den unterlegenen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg darstellte.

7 Im Okt. 1918 kam es zu Meutereien unter Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel. Deren Proteste wurden zum Auslöser diverser Aufstände von Soldaten und Arbeitern im ganzen Land, bei denen die Beendigung des Kriegs und politische Veränderungen gefordert wurden. Am 9. 11. 1918 wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Im Jan. 1919 wurde die deutsche Nationalversammlung gewählt, die sich dann in Weimar konstituierte.

einen Namen. Er hat hinter sich nicht einmal eine einzige Zeitung, er hat keine Partei, er hat gegen sich alles, was da ist. Er will gegen alles kämpfen. Er will kämpfen gegen die Unternehmer, und er will genauso kämpfen gegen die Proletarier, er will kämpfen gegen das derzeitige demokratische Reich, aber genauso gegen die Länder, er will kämpfen gegen alle die Konfessionen, er will kämpfen gegen die organisierte Gesellschaft, so wie wir sie heute besitzen, des Kapitals, aber genauso gut gegen die Organisation der Gewerkschaften – es gibt überhaupt nichts, gegen was dieser Mensch nicht kämpfen will. Er will einen neuen Staat aufbauen, eine neue Gesellschaft und hat überhaupt niemand hinter sich – ein Wahnsinniger, der es unternimmt, allein hinauszugehen und einer ganzen kompakten Mehrheit auf allen Gebieten nun den Kampf anzusagen.“

Er war nicht so einfach, dieser Kampf, und trotzdem begannen sich allmählich die Erfolge zu zeigen. Gegen die Totschweigungsmethode sowohl als gegen die Methode des Lächerlichmachens, des Spottes, später gegen die Flut von Lügen und Verleumdungen und endlich gegen den Terror, begann die junge Bewegung sich durchzusetzen. Sie alle haben das erlebt, Sie sind damals so im einzelnen zu mir gestoßen. Die einen im Jahr 19, andere im Jahr 20 und 21. Und, Sie alle haben damals doch im Inneren das Gefühl gehabt: Wir werden diesen Kampf um die Macht in Deutschland trotzdem gewinnen. Es mag schwer sein. Was für uns spricht, das ist die Vernunft, das ist die Richtigkeit unserer Grundsätze, das ist die Erkenntnis, daß der derzeitige Staat nicht lange [ge]halten werden kann, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wenn er so oder so bricht. Es ist weit aber auch die Empfindung der Notwendigkeit einer Umwertung vieler Begriffe.⁸ Es war endlich aber auch ein, fast möchte ich sagen „mystischer Glaube“, in die Unsterblichkeit unseres Volkstums, ein Volkstum, das aber bei der Beibehaltung des gegebenen Zustandes doch vernichtet worden wäre.

So sind wir dann langsam gewachsen, von den einen mit Gleichgültigkeit betrachtet, von den anderen mit Ingrimm verfolgt, von vielen gehaßt, einfach aus Bequemlichkeit. Wie manche Bürger, die so von ihren Fenstern uns zublickten auf der Straße, hatten damals eine stille Wut in sich, weil sie sagten: „Immer diese Unruhe – wenn sie nur endlich eine Ruhe geben würden. Und immer wieder kommt es zu Schlägereien, nur weil sie keine Ruhe geben! Sie sollen doch einmal sich fügen – wir fügen uns ja doch auch. Man kann ja dabei im Inneren denken, wie man will, aber doch nach außen das nicht ununterbrochen aussprechen, sondern in sich behalten. Man kann auch dann noch ein würdiger Bürger sein. Wir protestieren auch, aber wir protestieren in uns, in der Stille und höchstens sonst mit dem Geist. Aber immer dann mit der Gewalt gleich. Sie wissen, daß die anderen auch mit der Gewalt kommen – also der Klügere soll nachgeben.“ Und wir sind damals nicht der Klügere gewesen. Ich bin das schon als Knabe nicht gewesen. Ich habe diesen Grundsatz immer abgelehnt, der Klügere zu sein und deshalb nachzugeben, sondern ich habe es immer vorgezogen, nicht nachzugeben, selbst auf die Gefahr hin, dass die anderen dann sagen: „Er war nicht klug!“⁹ So haben wir auch damals nicht nachgegeben! [Lachen und Beifall.]

Und haben die Ruhe dieser Bürger immer wieder gestört, haben uns nie gebeugt und immer wieder aufbegehrt und haben es so langsam fertiggebracht, uns die Straße zu erobern und die Plätze zu erobern, Ort um Ort in unseren Besitz zu bringen.

Und dann begann das Herausdrängen aus unserer engeren Heimat hier.

⁸ Dieser Satz fehlt im Abdruck des VB.

⁹ Der VB vermerkt an dieser Stelle: „Lebhafte Heiterkeit“.

Es war das ein Kampf besonders aber auch gegen das Volk, das in unserem Land schon fast allmächtig zu sein schien: der Kampf gegen das Judentum. Und was das bedeutete, das weiß der, der heute geboren wird, in der Zukunft überhaupt nicht mehr. Eine satanische Macht, die von unserem ganzen Volk Besitz ergriffen hatte, die alle Schlüsselstellungen des geistigen, intellektuellen Lebens, aber auch des politischen und des wirtschaftlichen in ihre Hand gebracht hatte. Und das von diesen Schlüsselstellungen aus die ganze Nation überwachte. Eine Macht, die zugleich aber den Einfluß besaß, denjenigen, wenn notwendig, sogar mit dem Gesetz zu verfolgen, der es unternahm, sich dem Kampf gegen diese Macht anzuschließen und der bereit war, Widerstand dem Vordringen dieser Macht entgegenzusetzen.

Das allmächtige Judentum hat uns damals den Krieg angesagt – und Sie wissen auch, ich habe immer die Auffassung vertreten, dass es ein dümmeres Volk als das jüdische nicht gibt, allerdings auch kein gewissenloseres und kein skrupelloseres. (Vereinzelter Beifall.)¹⁰ Ich habe aber immer die Auffassung vertreten, daß die Stunde kommen wird, in der wir dieses Volk aus unseren Reihen entfernen werden. Das ist dies eine Auffassung, die mich auch heute noch beherrscht, nachdem wir in Deutschland gesiegt haben.

Wir haben gegen alles, was damals diesen Staat trug, was diesen Staat führte, den Kampf angesagt. Und waren nur einem einzigen ergeben, nämlich dem deutschen Volk. Wir haben nur ein Ziel gekannt: dem deutschen Volk zu nützen und ihm zu dienen – und waren dafür bereit, auch alles auf uns zu nehmen. [...] ¹¹

DOK. 17

Das Reichssicherheitshauptamt fordert seine Mitarbeiter am 9. November 1940 auf, sich um Wohnungen von Juden zu bewerben¹

Schreiben des RSHA (Amt IV, IV.Gut. – B. Nr. 1310/40), i.A. gez. Pieper,² an alle Referate des Amts IV³ vom 9. 11. 1940⁴

Betr.: Judenwohnungen.

Zur Behebung des vorhandenen Wohnungsbedarfs der Sicherheitspolizei und des SD sind gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Generalbauinspekteur⁵ und dem Chef der

¹⁰ Der VB vermerkt an dieser Stelle: „Brausender Beifall“.

¹¹ Anschließend rekapituliert Hitler den Aufstieg seiner Partei bis zur sog. Machtergreifung und betont die Errungenschaften seiner Regierungszeit. Er beschreibt seine vergeblichen Versuche, Großbritannien als Verbündeten zu gewinnen, und weist dem Land die Schuld am Krieg zu. Danach vergegenwärtigt er die erfolgreiche deutsche Kriegsführung und prophezeit die Vernichtung Großbritanniens; wie Anm. 1.

¹ BArch, R 58/276, Bl. 260.

² Hans Pieper (1902–1980), Bankbeamter, Polizist; von 1931 an bei der Politischen Polizei Berlin; 1935 SS-, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1938 an Polizeirat im Gestapo; 1941 SS-Sturmbannführer; leitete von Mai 1942 an die Geschäftsstelle des Amts IV im RSHA; nach Kriegsende Geschäftsführer des Volksbunds für Frieden und Freiheit e.V.

³ Das Amt IV (Gegnerbekämpfung-Gestapo) unterstand Heinrich Müller.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

⁵ Albert Speer (1905–1981), Architekt; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; von 1934 an Planer und Archi-

Sicherheitspolizei und des SD⁶ eine Anzahl Judenwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Um für diese im beschränkten Umfang zur Verfügung stehenden Wohnungen die dringendsten Fälle herausfinden zu können, bitte ich, die wohnungssuchenden Angehörigen der Ämter in einer Nachweisung nach beiliegendem Muster mit folgender Unterteilung der Geschäftsstelle des Amtes IV anzuzeigen:

A) Verheiratete, die eine eigene Wohnung in Berlin *nicht* besitzen.

B) Verheiratete, die in Berlin eine eigene Wohnung besitzen, diese aber aus dringenden Gründen wechseln müssen.

C) Unverheiratete, die vor der Eheschließung stehen und eine eigene Wohnung noch nicht haben.

Für die zu C) genannten Personen handelt es sich um eine vorsorgliche Meldung, da es kaum möglich sein wird, allgemein Zuweisungen an diesen Personenkreis vorzunehmen. Insbesondere hängt diese Möglichkeit davon ab, in welchem Umfang Meldungen zu A) und B) eingehen werden.

Die Angaben in der Nachweisung sind sorgfältig zu machen, da nach diesen von dem Referat IV D 4 über die Reichsvereinigung der Juden die *entsprechende* Wohnung freigegeben und der Abschluß des Mietvertrages vorbereitet wird.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit sind die Ermittlungen beschleunigt durchzuführen und die Nachweisungen spätestens bis zum 15. 11. 1940 der Geschäftsstelle des Amtes IV vorzulegen.

DOK. 118

Die Haupttreuhandstelle Ost wendet sich am 13. November 1940 wegen der Versteigerung des Grundstücks von Chaim Goldfarb an den Polizeipräsidenten in Berlin¹

Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan, Haupttreuhandstelle Ost (9 930312), i.V. gez. Dr. Krahmer-Möllenberg,² Berlin, an den Polizeipräsidenten, Berlin,³ vom 13. 11. 1940

Nach der Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates vom 17. 9. 1940 – RGBl. I, S. 1270 – ist die Haupttreuhandstelle Ost, Berlin, für die Beschlagnahme und Verwertung des im Eigentum von Polen stehenden Grundbesitzes zuständig.⁴

tekt großer Bauvorhaben, u. a. der Neuen Reichskanzlei, seit 1937 Generalbauinspektor der Reichshauptstadt, 1942 RMfRuK; 1946 im Nürnberger Prozess zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1966 entlassen.
6 Reinhard Heydrich.

1 BADV, HTO 10028 Goldfarb, Chaim Lejb.

2 Dr. h.c. Erich Krahmer-Möllenberg (1882 – 1942), Jurist; 1918– 1920 in der preuß. Innenverwaltung tätig, 1920 – 1940 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung, einer verdeckten Regierungsorganisation zur Förderung deutscher Minderheiten im Ausland, von 1940 an stellv. Leiter der HTO.

3 Wolf Heinrich Graf von Helldorf (1896 – 1944), Landwirt; 1920 Teilnehmer am Kapp-Putsch, 1930 NSDAP-, 1931SA-Eintritt; 1933– 1935 Polizeipräsident in Potsdam und 1935– 1944 in Berlin; 1944 als Mitverschwörer des Attentats vom 20. Juli hingerichtet.

4 Die sog. Polenvermögensverordnung regelte nicht nur die Beschlagnahme und Verwertung des

Ich beabsichtige, das unter die erwähnte Verordnung fallende Vermögen zur schriftlichen Anmeldung aufzurufen. Um jedoch zu vermeiden, daß in der Zwischenzeit Vermögensverschiebungen vorgenommen werden, soll das polnische Vermögen schon vorher beschlagnahmt werden.

Nach einer mir von privater Seite zugegangenen Mitteilung soll das Grundstück *Grundbuch-Nr.: 70-2083, N. 58, Griebenowstr.⁵ 23/23a* im Eigentum des polnischen Staatsangehörigen *Leib Goldfarb Warszawa, Nowalipie 40a* stehen.

Unter Bezugnahme auf §7 der Anordnung des Herrn Reichsmarschalls über die Haupttreuhandstelle Ost vom 12. Juni 1940 Dt. Reichsanzeiger No. 139/40⁶ – bitte ich umgehend festzustellen, ob das erwähnte Grundstück im Eigentum des polnischen Staatsangehörigen steht.⁷

DOK. 119

Himmler verpflichtet am 15. November 1940 alle Angehörigen der Polizei zum Besuch des Films „Jud Süß“¹

Vorführung des Filmes „Jud Süß“²

Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei v. 15.11.1940 – OKdo WE (2) Nr. 275/40

Ich wünsche, daß alle Angehörigen der deutschen Pol. im Laufe des Winters den Film „Jud Süß“ zu sehen bekommen, und ordne daher folgendes an:

1. Die staatl. Pol.-Verw. vereinbaren mit den örtlichen Filmtheaterbesitzern Sondervorstellungen für diejenigen Angehörigen der Ordnungs- und Sicherheitspol., die den Film noch nicht gesehen haben.
2. Den Gendarmen, die den Film nicht kennen, ist er während einer Kreisdienstversammlung vorzuführen. Die Vereinbarungen mit den Filmtheaterbesitzern hat der Kommandeur der Gend. zu treffen. Die Angehörigen der Sicherheitspol. sind bei diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

Grundbesitzes, sondern des gesamten Vermögens poln. Staatsbürger. Im Falle nicht-jüdischer Polen konnte die Beschlagnahme zum „öffentlichen Wohl“ oder „im Interesse der Festigung des deutschen Volkstums“ vorgenommen werden, bei Juden musste sie grundsätzlich erfolgen; RGBI. I, 1940, S. 1270, § 2. Faktisch legitimierte die Verordnung nachträglich das bereits seit Herbst 1939 praktizierte Vorgehen.

⁵ Im Original handschriftl. Vermerk: „identisch mit Schwedterstr. 241/42“.

⁶ Laut § 7 der Anordnung waren alle Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden sowie nachgeordnete Dienststellen zur Amtshilfe verpflichtet. Die Polizeibehörden wurden der HTO im Einvernehmen mit dem RFSSuChdDtPol „zur Seite gestellt“; Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 139 vom 17. 6. 1940, S. 3.

⁷ Am 12.12.1940 wurde die Zwangsversteigerung des genannten Grundstücks „zu Gunsten des Deutschen Reiches“ von der HTO genehmigt; wie Anm. 1.

1 Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern, 47 (1940), S. 21 16b.

2 Der deutsche Spielfilm „Jud Süß“ in der Regie von Veit Harlan wurde am 5.9. 1940 uraufgeführt. Zur Rezeption siehe Einleitung, S. 57.

3. Für die Schutzpol. der Gemeinden, für die Feuerschutzpol. und für die Angehörigen der Freiw. Feuerwehren kann von den Gemeinden die gleiche Regelung wie unter Ziff. 1 oder 2 getroffen werden. Falls die Zahl der Beamten für eine Sondervorstellung nicht ausreicht, sind mit der Gend. gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.
 4. Mit den Dienststellen der SS ist wegen der Teilnahme von Angehörigen der SS an den Veranstaltungen der Pol. Fühlung aufzunehmen.
 5. Die Angehörigen der Ordnungs- und Sicherheitspol., die die Sondervorfürhungen besuchen, haben den Eintrittspreis, der bei Sonderveranstaltungen von den Filmtheaterbesitzern entsprechend zu ermäßigen ist, selbst zu zahlen.
 6. Die Familienangehörigen können an den Veranstaltungen teilnehmen.
- An alle Pol.-Behörden.

DOK. 12b

Michael Meyer beschreibt seine Emigration nach Palästina im Herbst 1940 auf verschiedenen Flüchtlingsschiffen¹

Vortrag von Dr. Michael Meyer,² gehalten am 21.8. 1941 nach der Entlassung aus Atlith,³ in der Arbeitsgemeinschaft der B'nai B'rith aus Mitteleuropa⁴

Eine Wanderung nach Erez-Israel im Jahre 1940

Vor Antritt unserer Reise hatte ich meiner Frau auf ihren Wunsch eine kleine Reise-Tefillah⁵ geschenkt. Als Widmung hatte ich hineingeschrieben: Lo janum welo jischn schomer Jisrael.⁶ Dieser Passus aus der Gebets-Liturgie unseres Volkes, den ich bewußt gewissermaßen als Motto über unsere Fahrt ins Ungewisse gesetzt hatte, hat sich von Anfang bis Ende bewahrheitet. Wunder über Wunder geschahen, die ich mir nur erklären kann dadurch, daß ein unsichtbares Wesen seine schützende Hand über uns hielt und die Gefahren, die uns ständig umlauerten, von uns abwendete.

Ich beabsichtige nun aber nicht, mich in übersinnliche Betrachtungen zu verlieren. Ich will Tatsachen berichten und überlasse es Ihnen, diese Tatsachen Ihrer Weltanschauung zu koordinieren oder einfach zur Kenntnis zu nehmen.

Den Hintergrund einer Wanderung im Jahre 1940, einer Wanderung aus Deutschland in ein fernes Land, bildet die damalige Judensituation unter dem Naziregime. Es erscheint mir wichtig, diese Situation in einer kurzen Schilderung in Ihr Gedächtnis zurückzurufen, um Ihnen die Spannungen zu vergegenwärtigen, unter denen wir vor unserer Auswanderung lebten.

1 Wiener Library, P.II.f. No. 214, Kopie: YVA, O2/283. Zu den Berichten aus der Wiener Library siehe Dok. 88 vom 16. 6. 1940, Anm. 1.

2 Dr. Michael Meyer, Jurist; Rechtsanwalt in Berlin.

3 Die brit. Mandatsmacht nutzte einen Teil der 1218 von den Tempelrittern erbauten Felsenburg Atlith, etwa 20 Kilometer südlich von Haifa, zur Internierung illegal eingereister Flüchtlinge. Heute ist die Burg militärisches Sperrgebiet.

4 Zu B'nai B'rith siehe Dok. 11 vom 26. 10. 1940, Anm. 14.

5 Hebr.: Gebetbuch.

6 Hebr.: „Der Hüter Israels schläft und schlummert nicht“, Psalm 121, Vers 4.

Nach Erlass der Nürnberger Judengesetze vom September 1935 und den dazu ergangenen Ausführungsverordnungen war vom Sommer 1937 bis zum Sommer 1938 eine gewisse Stagnation eingetreten.⁷ Man ließ die Juden in den Schranken, die man ihnen gezogen hatte, ziemlich unbehelligt. Im jüdischen Kulturbund, im jüdischen Lehrhaus, in den Synagogen konnten sie nach ihren Wünschen leben. Verpönt und gefährlich war nur jeder Eingriff in die Sphäre der Arier. Es war aber Juden keineswegs verwehrt, z. B. Rechtsansprüche gegen Arier bei Gerichten zu verfechten. In nichtpolitischen Angelegenheiten setzten auch Juden ihr Recht bei Gericht durch. Mehrere solcher Urteile befinden sich in meinem Lift in Hamburg. (Sollte das Wunder geschehen, daß wir den Lift noch erhalten, so würde ich die Urteile als historische Dokumente der Nationalbibliothek übergeben, falls sie Wert darauf legen sollte.)

Als charakteristisch für die Zeit bis Mitte Juni 1938 möchte ich noch ein Beispiel erwähnen, das zwar uns persönlich betrifft, aber sich gerade einen Monat vorher abgespielt hatte und, wie gesagt, besonders charakteristisch ist. Wir hatten Mitte Mai 1938 die Bar-mizwah⁸ unseres Sohnes noch völlig ungestört in unserer Wohnung in Charlottenburg, Niebuhrstraße, feiern können. Ich war allerdings so vorsichtig gewesen, den in unserem Hause wohnenden Zellen-Obmann zu befragen, ob es erlaubt sei, zu einer religiösen Einsegnungsfeier etwa hundert Verwandte und Freunde in unserer Wohnung zu empfangen. Der Nazimann sagte mir: „Gegen religiöse Feiern von Juden haben wir nichts einzuwenden.“ Auch die übrigen Hausbewohner, sämtliche Arier, fragte ich, ob sie etwas gegen die Feier einzuwenden hätten. Keiner antwortete ablehnend. Einige wünschten sogar Glück für die Zukunft unseres Jungen, darunter ein Ministerialrat des Finanzministeriums. Zu einem Imbiß kamen dann von der Synagoge Pestalozzistraße nicht nur hundert, sondern mehr als dreihundert. Es verlief aber, wie gesagt, alles ohne Störung.

Die geschilderte Situation änderte sich plötzlich Mitte Juni 1938. Es trat eine erhebliche Verschärfung und Gefährdung der Lage der Juden ein.⁹ Die Nazis hatten wohl Mut daraus geschöpft, daß sie nach der Annexion Österreichs, die einige Monate vorher im März erfolgt war, die dortige Judenfrage mit einer unerhörten Brutalität radikal angepackt hatten, ohne bei der europäischen Kulturmenschheit auf Widerstand zu stoßen. So glaubte man, es sich leisten zu können, die große Synagoge in München niederzureißen¹⁰ und am Abend des 17. Juni aus den jüdischen Cafés und Restaurants sämtliche Gäste herauszuholen, auf Lastwagen ins Polizeipräsidium zu schleppen und von dort aus alle diejenigen in die Konzentrationslager zu stecken, die irgendwie einmal kriminell bestraft waren. Um dem unmenschlichen Vorgehen einen Schein des Rechts zu geben, stützte man sich auf eine Verordnung, die den Polizeibehörden die Befugnis gab, asoziale Elemente in Arbeitslager zu bringen. Auf Grund dieser Verordnung wurden in den folgenden Wochen noch

7 Die Nürnberger Gesetze umfassten das Reichsbürgergesetz, das die deutschen Juden zu Staatsangehörigen zweiter Klasse degradierte, und das „Blutschutzgesetz“, welches Ehen und außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden untersagte; RGBl., 1935 I, S. 1 ff., siehe auch VEJ 1/98 und 99. In der am 14. 11. 1935 erlassenen 1. VO zum Reichsbürgergesetz war festgelegt, wer als Jude zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe auch VEJ 1/210.

8 Mit der Bar-Mizwa wird die religiöse Mündigkeit von Jungen im Alter von 13 Jahren feierlich begangen, der Junge liest erstmals im Gottesdienst aus der Tora.

9 Die Verschärfung der antijüdischen Politik im Jahr 1938 dokumentiert ausführlich VEJ 2.

10 Siehe VEJ 2/40.

Tausende von Juden, die einmal wenn auch noch so geringfügig bestraft worden waren, verhaftet und nach Sachsenhausen, Buchenwald oder Dachau gebracht.¹¹

Weitere Verschärfungen folgten nun Schlag auf Schlag. Die Ausschaltung der Juden aus zahlreichen Wirtschaftsbetrieben, die Löschung der Approbation der Ärzte per 30. September 1938, die Löschung der Anwälte per 30. November 1938 und anderes.¹² Die Tendenz, die die Nazisten verfolgten, war sehr bald klar. Man wollte durch Terror und durch Entziehung der wirtschaftlichen Grundlagen eine Massenauswanderung der Juden erzielen. Es entschloß sich auch ein Teil zur Auswanderung, aber doch nur ein kleiner Teil, meist nur die Kriminellen, die man ins KZ gebracht hatte. Die Zahl der Auswanderer war aber offenbar der Gestapo nicht genügend. Sie holte daher zu neuen Schlägen aus. Am 28. Oktober 1938 erfolgte schlagartig die Ausweisung der jüdischen Polen und die sofortige zwangsweise Abschiebung der jüdischen Polen über die Grenze nach Polen. Es kamen aber nur einige Eisenbahnzüge über die Grenze. Die polnischen Behörden wehrten sich gegen weitere Abschiebungen.¹³

Dann kam die grausige Nacht vom 9. zum 10. November und die Folgezeit: Die Zerstörung der Synagogen, die viehische Ermordung zahlreicher Juden, besonders in der Provinz, die Demolierung von Wohnungen und Geschäften, die Einsperrung von Zehntausenden in KZs, die systematische Beraubung von Juden durch Judenbuße,¹⁴ durch Fortfall aller Steuervergünstigungen, durch indirekten Zwang zum Verkauf von Geschäften, Fabriken und Grundstücken, weit unter Preis, durch den Zwang zur Ablieferung von Gold und Silber und durch vieles andere. Die Vorgänge sind Ihnen ja, auch wenn Sie sie nicht selbst erlebt haben, bekannt. Es genügt, sie durch Stichworte ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie wissen ja auch, daß alle diese Greueltaten motiviert wurden mit der Volksseele, die angeblich wieder einmal kochte wegen der Erschießung des Gesandtschaftsbeamten Rath durch Grünspan.¹⁵ In Wirklichkeit waren alle Maßnahmen lange vor dem Attentat vorbereitet, und man hatte nur einen günstigen Augenblick zur Loslassung des furor teutonicus abgewartet. All die skizzierten Abscheulichkeiten veranlaßten endlich die Massenauswanderung, die die Gestapo erstrebt hatte. Meine Frau und ich hatten allerdings uns vor dem 10. November 1938 zur Auswanderung entschlossen. Unser Junge war bereits im März 1939 mit der Jugend-Alijah ins Land gekommen. Er hatte schon seit 1931 die zionistische Schule in Berlin besucht. Auch für meine Frau und mich kam nur Erez Israel in Frage. Ich gehörte bereits seit 1917 der Zionistischen Organisation an und hatte mich schon seit 1911 aktiv zionistisch betätigt. Wir hatten auch unsern Jungen bewußt von Anfang an für eine künftige Alijah erzogen.

11 Die „Juni-Aktion“ war Teil der Aktion „Arbeitsscheu Reich“, in deren Verlauf etwa 10 000 Menschen in Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen inhaftiert wurden. Im Juni betraf dies etwa 1500 Juden; siehe VEJ 2, S. 21f., und VEJ 2/88.

12 Siehe etwa Dok. 96 vom 29. 7. 1940, Anm. 4 und 5.

13 Zur Abschiebung der poln. Juden siehe VEJ 2/1 B, 118, 122 und 203.

14 Zur „Sühneleistung“ siehe Dok. 25 vom 19. 10. 1939 und ebd., Anm. 2. Zum Novemberpogrom siehe VEJ 2, S. 51–58, sowie besonders VEJ 2/123–138.

15 Am 7. 11. 1938 schoss Herschel Grynszpan, auch Grünspan (*1921), in der Deutschen Botschaft in Paris auf den Legationsrat Ernst vom Rath, vermutlich nachdem er von der Verschleppung seiner Familie aus Hannover erfahren hatte. Rath wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Am selben Tag erhielt die deutsche Presse Weisung, die Tat in ihrer Berichterstattung besonders hervorzuheben und den Juden anzulasten. Grynszpan kam zunächst in franz., dann in deutsche Haft und starb vermutlich 1945 in Sachsenhausen, siehe auch VEJ 2, S. 52f.

Den Entschluß zur Alijah faßte ich im Juli 1938, sogleich nachdem die Gesetze über die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ergangen waren. Ich erkannte darin den radikalen Umschwung und rechnete auch mit dem baldigen Ende der jüdischen Anwaltschaft. Da echte Kapitalistenzertifikate¹⁶ auf normalem Wege schon damals schwer zu erhalten waren, wandte ich mich an eine Stelle, von der ich aus Erfahrungen in meiner Anwaltspraxis wußte, daß sie Baseler Kapitalisten-Zertifikate gegen Zahlung bestimmter Summen verschaffte oder vermittelte. Dieser Weg war bis dahin stets ganz glatt geglückt. Es wurde mir von der Stelle gesagt, daß ich mich gedulden müsse, bis ein Herr Stein oder seine Braut aus Darmstadt nach Berlin kommen würde. Ich möchte aber die erforderlichen RM 2000, die schwarz gezahlt werden müßten, stets bereithalten, damit nach Ankunft des Herrn Stein die Erledigung sogleich vorgenommen werden könnte. Nach einigen Monaten kam die Braut des Herrn Stein nach Berlin. Wir trafen uns, und ich zahlte ihr die RM 2000, natürlich ohne Quittung. Sie machte sich einige Notizen und sagte mir nur: Das Geld würde schwarz nach Palästina transferiert; ich würde demnächst, etwa im Dezember, vom Palästina-Amt Basel die Mitteilung erhalten, daß uns ein Verwandten-Anforderungs-Zertifikat zur Verfügung stünde; das Zertifikat müsse mit Rücksicht auf das deutsche Finanzamt so bezeichnet werden, in Wirklichkeit würde es ein Kapitalisten-Zertifikat sein. Ich glaubte nunmehr, alles Meinige für unsere Alijah getan zu haben. Mein Optimismus war nach den Erfahrungen, die man bis dahin mit den Baseler Zertifikaten gemacht hatte, durchaus begründet. Jedoch der 10. November machte einen Strich durch die Rechnung. Unter den Massen, die damals verzweifelt nach Auswanderungsmöglichkeiten suchten, bemühten sich auch einige hundert um Baseler Zertifikate. Diese Möglichkeit, die bis dahin nur in eingeweihten Kreisen wenigen bekannt gewesen war, war in weiteren Kreisen ruchbar geworden. Und die Manager waren so gewissenlos, jedem, der sich an sie wandte, ein Zertifikat zu versprechen. Auch wenn sie gewisse Vorbehalte machten, nahmen sie auf jeden Fall den Obolus entgegen, und dieser betrug nach der Katastrophe vom 10. November meist erheblich mehr als 2000 Mk, da man sich nicht scheute, die Verzweiflung auszubeuten. Es wurde allmählich bekannt, daß als Hauptmanager hinter der ganzen Angelegenheit ein gewisser *Brender* stand, der seinen Wohnsitz in Palästina haben sollte. Man nannte daher diese Art Zertifikate auch Brender-Zertifikate.¹⁷ Brender selbst kam im Januar 1939 nach Berlin und wurde hier von denen bestürmt, denen seine Agenten Zertifikate versprochen hatten. Es war ohne weiteres klar, daß die Versprechungen in so großem Umfange gar nicht erfüllt werden konnten. In Basel hatte immer nur eine kleine Zahl solcher Zertifikate zur Verfügung gestanden. Es waren diejenigen Zertifikate, die in der Schweiz nicht ausgenutzt wurden, weil dort kein wesentliches Auswanderungsbedürfnis bestand. Der gleiche Gesichtspunkt traf auch auf Länder wie Belgien und Holland zu. Brender bemühte sich daher, auch in diesen Ländern mit Hilfe der dortigen Palästina-Ämter unausgenutzte Zertifikate zu erhalten, um wenigstens einen Teil seiner Kunden befriedigen zu können.

¹⁶ Gegen Zahlung von 1000 brit. Pfund konnten Juden mit sog. Kapitalistenzertifikaten nach Palästina einwandern.

¹⁷ Naftali Hirsch Brender (*1908), Kaufmann; als Jugendllicher in der Textilfirma seines Vaters in Karlsruhe tätig, 1928 wegen Urkundenfälschung zu zwei Monaten Haft verurteilt, floh ins Ausland; war nach 1933 häufig in Deutschland, um Juden zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen; kehrte 1949 nach Karlsruhe zurück und gründete zwei Firmen; als 1950 ein Ermittlungsverfahren u. a. wegen Veruntreuung von Geldern eingeleitet wurde, floh er wieder ins Ausland.

Es würde zu weit führen, zu schildern, daß wir und einige hundert andere ein Brenderzertifikat *nicht* erhielten. Es ist dies ein besonders trauriges Kapitel, das auch den Gegenstand von Prozessen bildet, die hier im Lande schwebten und noch schweben. Brender, der nach meiner Schätzung mindestens 400 000 MK transferiert hat, und zwar, wie ich bestimmt weiß, RM 20,- zu einem Pfund, also mindestens £ 20 000 ohne nennenswerte Gegenleistung eingenommen hat, weigert sich, Rückzahlungen zu leisten. Und die Gerichte haben leider bisher die Klagen gegen ihn abgewiesen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß aus Transaktionen, die nach den deutschen Devisengesetzen verboten sind, auch hier im Lande keine Ansprüche hergeleitet werden können.

Es war also nichts mit einem Brenderzertifikat. Inzwischen war der neue Krieg ausgebrochen, und selbst viele von denen, für die bereits *ordnungsmäßige* Zertifikate ausgefertigt oder in sicherer Aussicht waren, hatten das Nachsehen, nachdem die englischen Konsulate in Deutschland geschlossen waren. Es gab nun, von ganz besonderen Ausnahmefällen abgesehen, nur noch eine einzige Möglichkeit, nach Erez Israel zu gelangen. Eine sogenannte S.H.-Fahrt. S.H. bedeutet *Sonder-Hachscharah*. Der Ausdruck wurde gewählt, um zu tarnen, daß es sich um illegale Alijah handelte. Aus dem gleichen Grunde ist das Palästina-Amt Berlin, das in Wirklichkeit diese illegale Alijah, die auch Alijah B genannt wurde, organisierte, und zwar zusammen mit seinen Unterorganisationen, dem *Hechaluz* und der *Jugend-Alijah*, nicht offiziell hervorgetreten. Vorbereitung und Durchführung der Transporte lagen offiziell in den Händen eines sogenannten Ausschusses für jüdische Übersee-Transporte.

Illegal waren die Transporte natürlich nur den Engländern gegenüber,¹⁸ in Deutschland waren sie legal und konnten nur legal sein, da alle jüdischen Stellen unter Aufsicht der Gestapo standen, und jede Auswanderung, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, nur mit Wissen und Willen der Behörden möglich war. Vor Kriegsausbruch waren bereits zwei solcher Transporte vom Berliner Hechaluz organisiert worden, und zwar mit Erfolg. Die Teilnehmer dieser S.H. 1 und S.H. 2 waren nach mannigfachen Strapazen und Gefahren gelandet, ohne den Engländern in die Hände zu fallen.¹⁹ Die S.H. 3 ging nach Kriegsausbruch im Oktober 1939 ab, kam nach drei Monaten gleichfalls glücklich an, die Teilnehmer fielen aber den Engländern in die Hände und wurden in *Athlit* interniert, von wo die Frauen schon nach kurzer Zeit, die Männer nach 6 Monaten entlassen wurden. Auch die Teilnehmer dieser Fahrt hatten viele Gefahren und Strapazen überstanden. Es war sogar auf dem Schiff ein Feuer ausgebrochen, das zwar sofort gelöscht werden konnte, einem jungen Mädchen aber das Leben kostete.²⁰

Die S.H. 4 ging im November 1939 ab; sie fror in dem damaligen frühen und strengen Winter auf der Donau an der jugoslawischen Küste ein. Die Teilnehmer, meist Jugend-

18 Die brit. Mandatsregierung veröffentlichte im Mai 1939 ihr Weißbuch, das die jüdische Einwanderung nach Palästina strikt begrenzte. Mit den Sonder-Hachschara-Transporten versuchten jüdische Organisationen, diese Politik zu unterlaufen.

19 Die S.H.1 war vom 4. bis 15.3.1939 unterwegs. Die Teilnehmer reisten mit der Bahn nach Jugoslawien und von dort per Schiff nach Palästina. Die Reisenden des zweiten Transports überquerten illegal die belg. Grenze, um dann von Antwerpen aus am 16. 7. 1939 mit der „Dora“ nach Palästina zu reisen; sie trafen dort am 12.8. 1939 ein.

20 Die Auswanderer des S.H.3-Transports verließen das Deutsche Reich am 13.10.1939 und reisten über den rumän. Hafen Sulina; die Weiterfahrt auf dem griech. Dampfer „Hilda“ verzögerte sich u. a. deshalb, weil die Donau zugefroren war. In der zweiten Januarhälfte 1940 wurde das Schiff vor Palästina von der brit. Küstenwache aufgebracht.

liche, wurden in *Cladowe*²¹ in *Jugoslawien* in ein Lager gebracht und haben dort durch Hunger und Kälte sowie durch schlechte Unterkunftsverhältnisse viel aushalten müssen. Vielfache Bemühungen, ihnen zur Weiterfahrt zu verhelfen, scheiterten. Erst im Frühjahr dieses Jahres, als die Nazigefahr auch für Jugoslawien näherrückte, kamen die Jugendlichen ins Land auf Grund von Jugendalijah-Zertifikaten, die der immer wieder tatkräftigen Miss *Szold*²² zu verdanken waren.²³

Die S.H. 5 wurde nicht von Berlin aus organisiert, sondern von *Wien*, von dem dortigen Ausschuß für jüdische Übersee-Transporte in der Roten Turmgasse. Dieser Transport fuhr von Wien aus auf der „Pencho“ die Donau hinunter. Auf das traurige Schicksal der Teilnehmer werde ich noch zurückkommen. Auch die S.H. 6 wurde von Wien aus organisiert. Über ihr Schicksal ist mir nichts bekannt, jedenfalls nichts in Erinnerung.

Ich komme nun zur S.H. 7. Das ist die S.H., die meine Frau und ich mitmachten. Wie schon erwähnt, gab es nach Kriegsausbruch keine andere Möglichkeit. Wir meldeten uns für einen S.H.-Transport in vollem Bewußtsein der Gefahren und Strapazen, die mit einem solchen verbunden waren. Ich war darüber ziemlich informiert, da ich seit Frühjahr 1939 auf dem Palästina-Amt Berlin ehrenamtlich arbeitete und die Berichte über die vorangegangenen Transporte zu meiner Kenntnis gekommen waren.

Es war nicht leicht, mit der S.H. 7 mitzukommen. Der Andrang war ungeheuer. Die Möglichkeit solcher Transporte war früher fast nur in zionistischen Kreisen bekannt gewesen, insbesondere in den Kreisen des Hechaluz, der sie im wesentlichen nur für die chaluzyische Jugend organisierte. Seit Februar 1940 war aber diese Möglichkeit in ganz Deutschland bekannt geworden. Damals war die Hapag an das Palästina-Amt Berlin herangetreten und hatte ihm vorgeschlagen, für die illegalen Transporte nach Palästina Schiffe zur Verfügung zu stellen. Das Palästina-Amt wollte hierauf zunächst nicht eingehen, weil es befürchtete, daß die Gestapo dahinter stände, und viele unerwünschte Menschen auf diese Weise abgeschoben werden sollten. Nach einigen Verhandlungen wurde aber erreicht, daß die Anträge auf Mitnahme beim *Palästina-Amt* einzureichen waren und ausschließlich diesem die Auswahl der mitzunehmenden Personen überlassen blieb. Es ergoß sich nun eine Flut von Anträgen aus ganz Deutschland über das Palästina-Amt. Im Laufe von zwei, drei Monaten meldeten sich etwa 30 000 für die *Apala*. *Apala* war der von der *Hapag* vorgeschlagene Name für die Transporte; sie wollte mit ihrem eigenen Namen nach außen nicht hervortreten. Viele von denen, die sich meldeten, hatten wohl nicht ernstlich die Absicht, nach Palästina auszuwandern; es lag ihnen nur daran, gegenüber der Gestapo einen Nachweis ihrer Auswanderungsbemühungen in den Händen zu haben. Der allergrößte Teil aber meinte es ernst.

Das Palästina-Amt setzte nun Kommissionen zur Prüfung und Entscheidung der Anträge [ein] und stellte hierfür Richtlinien auf. Danach sollten im wesentlichen nur solche für die Mitnahme bestätigt werden, die entweder zionistische Verdienste aufzuweisen hatten

21 Richtig: Kladovo.

22 Henrietta Szold (1860 – 1945), Sozialarbeiterin, Schriftstellerin; Sekretärin der Jewish Publication Society of America, für die sie viele Werke übersetzte, Gründerin der zionistischen Frauenorganisation Hadassah; emigrierte 1920 aus den USA nach Palästina, von 1934 an Leiterin der Kinder- und Jugendlia.

23 Anfang März 1941 konnten noch zwischen 200 und 280 Jugendliche ausreisen und nach Palästina gelangen. Die in Kladovo verbliebenen Flüchtlinge wurden später ermordet; siehe Einleitung, S. 49 f.

oder deren Unterbringung im Lande gesichert war. Voraussetzung einer Bestätigung war ferner gesundheitliche Eignung für die Fahrt und für das Land sowie die Beschaffung der Passagekosten in Dollars. Die Dollars waren notwendig, weil von den Teilnehmern selbst 80 000 Dollars aufgebracht werden mußten. In der Regel wurden von älteren Menschen 200 Dollars pro Person verlangt. Bei altverdienten Zionisten, den Watikim, sowie bei den Chaluzim begnügte man sich mit geringeren Beträgen oder ließ überhaupt die Dollarforderung fallen. Die Dollars konnten natürlich nur im neutralen Auslande beschafft werden mit Hilfe von Verwandten und Freunden; sie mußten bei einer Bank in Zürich eingezahlt werden.

Die Beratung des Publikums, das täglich zu Hunderten aufs Palästina-Amt kam, über all die einschlägigen Fragen erforderte einen ganzen Stab von Mitarbeitern. Ich gehörte zu den Beratern. Ich gehörte auch der Kommission an, die über die endgültige Bestätigung zu entscheiden hatte. In den Beratungsstunden waren viele schiefe und unsinnige Ansichten zu berichtigen und Illusionen zu zerstören. Es gab auch drollige Szenen. Eines Tages kam ein altes Mütterchen von fast 70 Jahren und sprach den Wunsch aus, man möchte sie doch mitnehmen nach Apala, sie war der Meinung, das sei irgendein Land in Übersee. Wir mußten ihr leider sagen, daß sie bei ihrem Alter den zu erwartenden Anstrengungen nicht gewachsen sei und daher nicht mitgenommen werden könne.

Von den Zehntausenden, die sich gemeldet hatten, konnte natürlich nur ein kleiner Teil bestätigt werden. Wir kannten die Schwierigkeiten der Organisierung solcher Transporte. Wir kannten insbesondere die Schwierigkeit der Beschaffung von Schiffen. Wir hatten zur Hapag-Apala nicht das Vertrauen, daß es ihr gelingen werde, Schiffe zu stellen. In Betracht kamen – es war nach Ausbruch des Krieges – nur Schiffe neutraler Länder. Auch in den neutralen Ländern war infolge der gewaltigen Schiffsversenkungen jeder Schiffsraum eine Kostbarkeit. Dazu kam das Risiko der Fahrt durch Kriegsgebiete und das Risiko einer erheblichen Bestrafung, die Kapitän und Mannschaften zu gewärtigen hatten, wegen Vergehens gegen die palästinensischen Einwanderungsvorschriften.

Unsere Vermutung, daß die Hapag keine Schiffe stellen könnte, bestätigte sich. Es bemühten sich daher nach den gleichen Methoden, nach denen man für die früheren S.H.-Fahrten Schiffe erhalten hatte, die Ausschüsse für Überseetransporte in Berlin und Wien, unterstützt von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und vom Joint. Die Geduld der für die Fahrten Bestätigten wurde aber auf eine harte Probe gestellt. Meine Frau und ich gehörten zu den Bestätigten. Wir wurden von Woche zu Woche, von Monat zu Monat vertröstet. Bald hieß es, Schiffe seien zwar da, und zwar griechische Schiffe, aber die griechische Regierung habe die Ausfahrt verboten; dann hieß es, die Ausfahrt sei zwar gestattet, aber es sei kein Kapitän zu finden. Nachdem ein Kapitän verpflichtet war, war die Schiffsmannschaft nicht zu beschaffen. Nachdem auch die Schiffsmannschaft gedungen war, verlangte der griechische Reeder eine Vorauszahlung von 20 000 Dollar; erst nach deren Zahlung sollten die Schiffe aus dem Hafen Piräus nach der Donaumündung am Schwarzen Meer auslaufen. Darauf wollte man sich nicht einlassen. Man hatte zu dem griechischen Gauner kein Vertrauen. Nachdem auch diese Schwierigkeiten beseitigt waren und die Schiffe tatsächlich in Tulcea an der Donaumündung angekommen waren, wurde uns gemeldet, daß sie noch gar nicht für einen Massentransport eingerichtet waren.

Inzwischen war es bereits Sommer 1940 geworden. Italien war in den Krieg eingetreten, das Mittelmeer war unmittelbares Kriegsgebiet geworden. Frankreich war niedergewor-

fen. Hitlers Invasion in England und seine Diktatur über Europa drohten Wirklichkeit zu werden. Und viele befürchteten, daß Mussolini die Herrschaft über das gesamte Mittelmeer, auch über Palästina, zufallen würde. Die Situation war jedenfalls so, daß man die Hoffnung aufgeben mußte, noch aus Deutschland herauszukommen oder gar während des Krieges nach Palästina zu gelangen. Es ging bald das Gerücht, daß jede Auswanderung gesperrt würde; dann wieder hieß es, daß Juden bis zu 45 Jahren nicht mehr aus Deutschland herausgelassen würden. Aber das Unwahrscheinliche wurde Wirklichkeit oder wie ich anfangs sagte: *Lo janum welo jischen ...* Die Vorsehung wachte und schlug die Nazihäuptlinge mit Blindheit, so daß sie nicht erkennen konnten, wie sehr sie selbst sich schädigten dadurch, daß sie noch Juden, insbesondere Jugend, auswandern ließen. Anfang Juli 1940 befahl die Gestapo dem Palästina-Amt, aus der Zahl der für die S.H.-Fahrten Bestätigten 500 auszusuchen und die Liste der Ausgesuchten bis zum anderen Morgen 9 Uhr bei ihr, der Gestapo, einzureichen sowie den Abtransport dieser 500 mit größter Beschleunigung durchzuführen. Eine Kommission, der ich nicht angehörte, trat sofort zusammen, saß die ganze Nacht hindurch und stellte die Liste der 500 zusammen. Es war dabei nicht ohne scharfe Kämpfe abgegangen. Der Vertreter jeder einzelnen Gruppe suchte die Bestätigung einer möglichst großen Anzahl seiner Gruppe durchzusetzen, Vertreter der Chaluzischen Jugend, der Jugend-Alijah, des Bachad, der Watikim und anderer Gruppen. Man hatte schon damals das Gefühl, daß die bevorstehende Alijah die letzte aus Nazideutschland sein würde und daß Bestätigung oder Nichtbestätigung vielleicht eine Entscheidung über Leben und Tod sein würde.

Meine Frau und ich gehörten zu den 500. Wir waren in der Gruppe der Watikim bestätigt worden. Die Zugehörigkeit zu den Watikim allein hätte aber nicht genügt. Es gab außer mir noch Hunderte von Watikim. Den Ausschlag gab, daß für uns in Zürich 200 Dollar Passagekosten eingezahlt waren. Sämtliche Ausgewählten wurden nunmehr vom Palästina-Amt aufgefordert, einen Revers zu unterschreiben. Der Revers wies auf die Gefahren und Anstrengungen der Reise hin, schloß jede Haftung für Schäden aus und betonte insbesondere, daß keinerlei Haftung für eine Ankunft in Palästina übernommen werden könne. Die Unterzeichnung des Reverses bedeutete auch die strikte Anerkennung der Transportbedingungen. Diese waren auf Grund der früheren Erfahrungen abgestellt auf Einhaltung allerstrengster Disziplin und unbedingter Erfolgung²⁴ aller Anordnungen der Transportleitung.

Unter den Ausgewählten gab es einige wenige, die Angst oder sonstige Bedenken hatten, die Fahrt mitzumachen. An ihrer Stelle wurden andere ausgewählt aus der großen Zahl derer, die wegen ihrer Nichtberücksichtigung protestiert hatten. In der endgültigen Liste, die von der Gestapo genehmigt wurde, waren 350 Jugendliche und Chaluzim bis zum Alter von 30 Jahren und 150 über 30jährige. Die verhältnismäßig große Zahl der Jugendlichen und Chaluzim erklärt sich daraus, daß die S.H.-Transporte im wesentlichen für junge Menschen organisiert wurden, die für den Aufbau des Landes naturgemäß wertvoller sind als ältere.

Wir 500 rüsteten uns nun für die Abreise. Die Tatsache, daß nun doch noch mitten im Kriege ein Transport mit dem Ziel Palästina abgehen sollte, war die Sensation und das Tagesgespräch unter den Juden Berlins. Viele waren skeptisch und meinten, die Gestapo würde uns irgendwohin abschieben, andere meinten, wir würden, auch wenn wir mit den

24 So im Original.

Schiffen auslaufen würden, niemals das Ziel erreichen, wir würden auf eine Mine laufen oder von Flugzeugen bombardiert werden oder von den Italienern gefangengenommen und interniert werden oder monatelang auf den Meeren umherirren, ohne landen zu können, oder wir würden sonst irgendwie zugrunde gehen. Ich wurde von meinen Freunden noch besonders gewarnt, weil ich einige Male eine Grippe mit hohem Fieber gehabt hatte und mir außerdem im Juli bei einem Unfalle noch einen Rippenbruch zugezogen hatte. Durch all diese Skeptiker und Pessimisten ließen wir uns jedoch nicht abschrecken. Wir waren, wie es sich für Juden gehört, Optimisten und mußten es sein. Es blieb uns auch gar keine andere Wahl, nachdem die Gestapo die Auswanderung der 500 befohlen hatte.

Wir mußten zunächst unsere Auswanderungspapiere in Ordnung bringen. Hierfür ließ uns die Gestapo noch einige Wochen Zeit. Hierbei waren mannigfache Klippen zu überwinden. Die Finanzämter prüften noch einmal sehr genau, ob alle Abgaben, insbesondere Reichsfluchtsteuer und Judenbuße ordnungsgemäß bezahlt worden war[en]. Auch die jüdische Gemeinde hatte zu bescheinigen, daß keine Steuerrückstände bestanden, insbesondere die jüdische Auswanderungsabgabe entrichtet war, die der Unterstützung der zurückbleibenden mittellosen Juden dienen sollte.²⁵ Ich hatte auch eine Schwierigkeit beim Finanzamt, deren Behebung nicht einfach war. Das Finanzamt hatte eine Bescheinigung der Reichsbank verlangt, daß sie gegen die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung keine Einwendungen habe. Ich hatte vorschriftsmäßig Gebührenforderungen gegen Devisenausländer der Reichsbank gemeldet, auch den Eingang solcher Forderungen. Einige Gebührenforderungen waren aber uneinziehbar. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen mit der Reichsbank, um sie von einer Uneinziehbarkeit zu überzeugen. Die Reichsbank hatte zunächst den Verdacht, daß ich die Forderungen nur deshalb nicht eingezogen hätte, weil ich sie als Devisenwerte im Auslande stehenlassen wollte.

Nachdem alle Klippen siegreich überwunden waren und wir unsere Pässe erhalten hatten, mußten wir sie dem Palästina-Amt zur Beschaffung des erforderlichen Visums einreichen. Wir wollten nach Palästina, es wäre also das Visum des britischen Konsulats nötig gewesen. Aber erstens war das britische Konsulat wegen des Krieges geschlossen, und zweitens hätte es uns Zertifikatlosen kein Visum gegeben. Die Reichsvereinigung hatte aber vorgesorgt. Das Konsulat von *Paraguay* gab das Gewünschte gegen gute Bezahlung, die die Reichsvereinigung mit Hilfe des *Joint* leistete. Der *Joint* hatte auch die Garantie dafür übernehmen müssen, daß wir in Wirklichkeit Paraguay nicht heimsuchen würden.

Nun fehlte nur noch ein Letztes, das Ausreisevisum des Polizeipräsidiums, das nach gesetzlicher Vorschrift für jeden Grenzübertritt erforderlich war.²⁶ Es wurde anstandslos erteilt, da ja das Polizeipräsidium über uns und über unsere Absichten bereits genau informiert war. Wir hätten nun endlich abfahren können, wenn nicht eine neue Schwierigkeit aufgetaucht wäre. Die griechische Regierung verbot plötzlich die Führung der griechischen Flagge. Eine andere Flagge war zunächst nicht zu beschaffen. Ohne Flagge konnten wir nicht über die Meere fahren. Reichsvereinigung und Palästina-Amt wollten daher nicht die Verantwortung für die Abfahrt übernehmen. Da griff wieder die Gestapo ein und erteilte am 3. August 1940 den Befehl zur Abfahrt in Gruppen. Nach Anordnung

25 Zur Auswandererabgabe siehe Dok. 45 vom Jan. 1940.

26 Laut VO über den Pass- und Sichtvermerkszwang sowie über den Ausweiszwang vom 10.9. 1939 war zum Grenzübertritt der Sichtvermerk einer zuständigen Behörde, zumeist der Kreispolizeibehörden, im Pass nötig; RGBl. I, 1939, S. 1739 f.

der Gestapo durfte am 18. August von den 500 niemand mehr im Altreich sein. Die erste Gruppe sollte bereits am nächsten Tage abfahren.

Nun wurde es wirklich ernst. Die erste Gruppe, eine chalizische aus der Provinz, reiste vorschrittmäßig ab nach Wien. Andere Gruppen folgten. Vor Abfahrt der Berliner Gruppe veranstalteten Reichsvereinigung und Palästina-Amt eine Abschiedsfeier, bei der immer wieder die Kaltblütigkeit und der Mut hervorgehoben wurden, mit dem die 500 einem ungewissen, gefahrdrohenden Schicksal entgegensahen. Bei der Abschiedsfeier sprach auch der führende Kopf der Reichsvereinigung, Dr. Paul Eppstein, der einige Tage nach der Feier von der Gestapo verhaftet wurde. Es wurde ihm wahrscheinlich zum Vorwurf gemacht, daß er den Abgang des Transportes nicht genügend beschleunigt habe.²⁷

Meine Frau und ich fuhren mit der letzten Gruppe am Abend des 17. August ab. In Wien, wo wir Station machen mußten, weil die Flaggenfrage noch nicht geregelt war, wurden sämtliche 500, statt in den erwarteten Massenquartieren, in Hotels untergebracht und gepflegt. Die Kosten trug die Reichsvereinigung. Selbstverständlich geschah auch in Wien nichts ohne Wissen und Willen der Gestapo. Auch die Unterbringung in Hotels geschah auf Anordnung der Gestapo, aber nicht etwa, um uns den Abschied von Hitlerdeutschland zu erleichtern, sondern um die leeren Hotels der ehemaligen Fremdenstadt zu füllen. Aus diesem Grunde drängte die Gestapo auch zunächst nicht auf Weiterfahrt. Nach etwa einer Woche gemütlichen Lebens, in der wir in Wien ungehindert spazieren konnten, allerdings keine Lokale aufsuchen durften, änderte sich das Bild. Die Härte und Unbequemlichkeiten einer S.H. fingen an. Auf Befehl der Gestapo mußten die Hotels innerhalb weniger Stunden von uns geräumt werden, weil von auswärts die Besucher zur Wiener Messe kamen, deren Eröffnung am 1. September bevorstand. Wir wurden nunmehr in Häusern der Jüdischen Gemeinde untergebracht, meine Frau und ich in einer Schule in der Kasteletzgasse.²⁸ Hier mußten wir in den Klassenzimmern auf dem Fußboden schlafen und die sonstigen Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen, die mit Massenquartieren verbunden sind. Auch das Ausgehen wurde erheblichen Beschränkungen unterworfen – ich weiß nicht mehr, ob auf Anordnung der Gestapo oder weil unsere Transportleitung es für richtig hielt, jedes Aufsehen auf den Straßen zu vermeiden.

Ich erwähnte unsere Transportleitung und möchte über sie noch einiges nachtragen. Als oberster Transportleiter war mit autoritärer Machtbefugnis ein junger Mensch von etwa 30 Jahren namens *Erich Frank* eingesetzt, der an führender Stelle im Hechaluz gearbeitet und die wesentlichen Vorarbeiten für den Transport geleistet hatte.²⁹ Ihm zur Seite standen 2 Stellvertreter, gleichfalls junge Menschen aus dem Hechaluz. Die Teilnehmer waren in Gruppen eingeteilt. An der Spitze einer jeden Gruppe stand ein Gruppenleiter, der für Ordnung und Disziplin seiner Gruppe verantwortlich war und für ihr Wohl im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sowie für die Durchführung der Anordnungen der Transportleitung zu sorgen hatte. Ich war als einer der Gruppenleiter eingesetzt. Eine Gruppe war die Haganah, bestehend aus 30 besonders kräftigen jungen Menschen, ge-

²⁷ Siehe Dok. 128 vom 20. 12. 1940.

²⁸ Richtig: Castellezgasse. Diese Schule diente später als Sammellager für die zur Deportation bestimmten Wiener Juden; siehe Dok. 144 vom 2. 2. 1941, Anm. 6, und Dok. 151 vom 15. 2. 1941.

²⁹ Dr. Erich, auch Ephraim Frank (1909 – 1996), Rechtsanwalt; von 1935 an stellv. Leiter des Hechaluz in Berlin, wirkte 1945 von Deutschland an der Organisation der illegalen Emigration nach Palästina mit; lebte später im Kibbuz Givat Chaim Ichud und baute in dessen Auftrag eine Rechtsabt. auf, die die Entschädigungsforderungen von Kibbuzmitgliedern vertreten sollte.

wissermaßen eine Polizeitruppe, die, erforderlichenfalls mit Brachialgewalt, Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten hatte.

Diese ganze Organisation und ihre personelle Zusammensetzung beruhte auf Beschlüssen der großen Palästina-Amts-Kommission, in der auch Vertreter der Reichsvereinigung und der jüdischen Gemeinde maßgeblichen Einfluß hatten. Jeder Teilnehmer hatte in dem schon erwähnten Revers mit den Transportbedingungen auch die geschilderte Organisation der Leitung und ihre personelle Zusammensetzung als für sich verbindlich anerkannt. Eine so straffe Organisation und Disziplin war für eine so ungewöhnliche Fahrt, wie wir sie vorhatten, unbedingt notwendig.

Ich komme nun zurück auf unseren Aufenthalt in Wien. Nach einem Warten, das uns unendlich lang erschien und allen möglichen Gerüchten Tür und Tor öffnete – es wurde sogar von unserem Rücktransport ins Altreich gesprochen – kam endlich die Nachricht, daß die Schiffe an der Donaumündung in Ordnung seien und der ehrenwerte Staat Panama die Einwilligung zur Führung seiner Flagge gegeben habe. Natürlich hatte auch dies wieder [die] Reichsvereinigung oder den Joint Geld gekostet. Nun glaubten wir wirklich, am Ende aller Hindernisse zu sein. Es entstand aber ein neues, mit dem wir am allerwenigsten gerechnet hatten. Für unsere Weiterfahrt nach Preßburg benötigten wir das slowakische Visum. Dies war früher durch einen gewandten Vertreter des Wiener Ausschusses stets glatt erreicht worden. Dieses Mal verweigerte es die Behörde. Die Gestapo Wien drohte nun tatsächlich mit unserem Rücktransport ins Altreich, falls wir nicht bis zum 3. September endgültig weiterfahren würden. In letzter Stunde gelang es, das slowakische Visum zu erhalten; und am 3. September fuhren wir in einem Sonderzuge von Wien nach Preßburg. Auf der Grenzstation wurden wir einer sehr gründlichen Paß-, Zoll- und Devisenkontrolle unterzogen. Bei einzelnen Männern und Frauen wurden Leibesvisitationen vorgenommen. Aus den Gepäckstücken wurden Zigaretten, Lebensmittel, Medikamente, neue Feuerzeuge, Bücher und anderes konfisziert.

Am späten Abend fuhren wir weiter und kamen nachts im Hafen von Preßburg an. Wir bestiegen noch in der Nacht ein Schiff, das uns die Donau hinunter bis zum Schwarzen Meere bringen sollte. Es war ein Ausflugsschiff der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit dem Namen „Uranus“. Auf dem Schiff fanden wir bereits 700 Passagiere vor – „Passagiere“ natürlich ein euphemistischer Ausdruck. Es waren jüdische Leidensgefährten, die zum größten Teil bereits 9 Monate in einem Lager bei Preßburg, der sogenannten Patronka, einer verwahrlosten Patronenfabrik, interniert gewesen waren. Diese Menschen waren im Dezember 1939 vom Wiener Ausschuß nach Preßburg geschickt worden, weil man gehofft hatte, daß sie sich bis zur Ermöglichung der Weiterfahrt in Preßburg würden aufhalten können; sie waren aber sogleich nach der Ankunft von der Hlinkagarde festgenommen und in der Patronka interniert worden.³⁰ Darunter waren einige hundert Polen, die im KZ Sachsenhausen gewesen waren. Auf Grund von Bescheinigungen des Berliner Palästina-Amtes, daß sie dem nächsten S.H.-Transport angeschlossen würden, waren sie entlassen worden und nach Wien gefahren, um sich dem Transport nach Preßburg anzuschließen und auf diese Weise zunächst einmal aus Deutschland herauszukommen.

Diese Leute von der Patronka trafen wir nun also auf der „Uranus“ an, ferner eine Anzahl Wiener. Unter den 700 waren ferner 75, die die Gestapo Wien aus Gefängnissen un-

³⁰ Hlinka-Garde: bewaffneter Arm der von dem kath. Priester Andrej Hlinka (1864 – 1938) vor dem Ersten Weltkrieg gegründeten antisemitischen Slowakischen Volkspartei.

mittelbar auf das Schiff geschickt hatte. Zum Unterschiede von uns 500 [des] Berliner Altreich-Transportes nannten wir die 700 Wiener den „Wiener Transport“. 700 und 500 waren wir also zusammen 1200 Menschen auf einem Schiff, das normalerweise für etwa 300 Ausflügler berechnet war.

Außer den Menschen war auch das Gepäck auf dem Schiff unterzubringen. Die Wiener hatten viel Gepäck bei sich, während wir Berliner nur so viel hatten mitnehmen dürfen, als wir selbst tragen können. Es ist klar, daß der Raum, der den Menschen und Gepäckstücken zur Verfügung gestellt werden konnte, äußerst begrenzt war. Für Schlafstellen mußte jeder Fußbreit Boden ausgenutzt werden. Selbst die für 2 Personen berechneten Kajüten, in den[en] Ältere untergebracht wurden, wurden mit 6-8 Personen belegt, wobei noch die Fußböden zu Hilfe genommen werden mußten. Auch die Gänge wurden als Schlafstellen benutzt, natürlich auch das Deck. Auf Deck nächtigten einige hundert, meist Jüngere. Dies war nur dadurch möglich, daß wir während der ganzen Donaufahrt das *wunderbarste* Sommerwetter hatten. Der Ausdruck „wunderbar“ ist wörtlich zu nehmen; denn es war ein Wunder, daß auch nicht *ein* Tropfen Regen fiel. Hätte es nachts geregnet, so daß die Hunderte das Deck hätten verlassen müssen, – so wäre der Aufenthalt in den anderen Räumen des Schiffes, in denen ja schon jeder Flecken besetzt war, unerträglich geworden. Hätte es gar ein[en] Dauerregen gegeben, so wäre eine Weiterfahrt mit 1200 Personen unmöglich gewesen. Ein großer Teil hätte das Schiff verlassen und an Land gehen müssen. Die Küstenstaaten hätten aber ein An-Land-Gehen nicht zugelassen. Wir hatten ja für die Küstenländer keine Visen, und Menschen ohne Visum sind keine Menschen. Wir als jüdische Emigranten waren noch besonders verfeimt. Auch epidemische Erkältungskrankheiten und dergleichen wären in einer Regenzeit unausbleiblich gewesen; aber, wie gesagt, wir erlebten das Wunder einer völlig regenlosen Zeit. Eine solche war, wie uns der Kapitän sagte, auf der Donau eine Seltenheit. Wir blieben auch von sonstigen Krankheiten im allgemeinen verschont. Es gab zwar eine größere Anzahl Darmerkrankungen, sie verliefen aber harmlos. Dies lag hauptsächlich dran, daß die Ernährungsverhältnisse auf dem Donauschiff noch leidlich waren. In verschiedenen Donauhäfen, in deren Nähe wir anlegten – in die Häfen durften wir nicht hinein –, kaufte der arische Schiffrestaureur immer wieder frische Lebensmittel ein und ließ sie an Bord bringen.

Wenn man von den zahlreichen Unbequemlichkeiten absah, die das Zusammenleben von 1200 Menschen auf engem Raum mit sich brachte – z. B. die erwähnten Schlafstellen, das Essenholen, Benutzung der Waschräume und der Toiletten –, so war auch sonst das Leben auf dem Donauschiff noch erträglich. Es war sogar zeitweise ein Genuß, wie man ihn auf Erholungsreisen hat, als wir an dem architektonischen Budapest und dem wegen des Geburtstages des Königs festlich erleuchteten Belgrad sowie an den abwechslungsreichen Donaulandschaften vorbeifuhren. Natürlich brachte das enge Zusammenleben auch Reibungen und Streitigkeiten aller Art mit sich. Wiederholt mußte die Haganah eingreifen, Ruhestörer und Disziplinlose mit Gewalt anpacken. Schon am ersten Tage war es so. Die Wiener, die vor uns auf dem Schiffe waren, hatten auch die für uns bestimmten Kajüten und andere für uns bestimmte Plätze in Besitz genommen. Ein Teil der Wiener weigerte sich, sie zu räumen; sie gaben an, sie hätten in neun Monaten Patronka und vorher im KZ mehr durchgemacht als wir Berliner. Die eigene Transportleitung der Wiener ließ diese Argumente nicht gelten. Da die Disziplinierungslosen³¹ ihre Weigerung

31 So im Original.

aufrechterhielten, wurden sie von der Haganah mit Gewalt von den für die Berliner bestimmten Plätze entfernt.

Auch sonst gab es zwischen Wienern und Berlinern fast täglich Schimpfereien und auch Tätlichkeiten, einmal sogar eine versuchte Messerstecherei. Wir Gruppenleiter hatten bei der Schlichtung von Streitigkeiten oft mitgewirkt. Meine Frau und ich waren mit den Wienern gut ausgekommen. Wir gehörten zu den wenigen älteren Berlinern, nur etwa 25, die koscher lebten. Unter den Wienern aber waren es 250. Die gemeinsamen Interessen, die meine Frau und ich mit einer so großen Zahl von Wienern hatten, brachten es mit sich, daß wir mit ihnen friedlich auskamen. Übrigens gab es trotz der großen Zahl von 350 Interessenten auf dem Donauschiff keine koschere Küche. Wir mußten uns im Gegensatz zu den anderen, die täglich eine warme Mittagsmahlzeit erhielten, während der ganzen Donaufahrt mit kalten Eiern und Ölsardinen begnügen, sicherlich nicht eine Ernährung, die die Kalorien- und Vitaminforschung vorschreibt.

Als wir wieder einmal in der Nähe eines Donauhafens lagen, und zwar in der bulgarischen Stadt Rustchuk, hatten wir ein Erlebnis, das unsere jüdischen Herzen grausam packte und unsere Nerven aufwühlte. Wir sahen in einer Entfernung von ca. 200 Metern die „Pencho“ liegen. Dies war das schon erwähnte Schiff, das die S.H.5 an Bord hatte. Bekannt war uns bereits, daß die „Pencho“ nicht seetüchtig war und irgendwo liegengeblieben war. Bekannt war uns ferner, daß auf dem Schiff mehrere auf Grund von Berliner Pal[ästina]-Amts-Bescheinigungen aus dem K.Z. entlassene Polen waren, deren Frauen sich auf unserem Schiff befanden. Diese Frauen waren auf Grund der erhaltenen Nachrichten schon stark besorgt um das Schicksal ihrer Männer. Die „Pencho“-Leute erkannten uns als Schicksalsgefährten und versuchten, sich durch Sprechchöre mit uns zu verständigen. Auf unserem Schiff trat lautlose Stille ein. Wir verstanden, daß man zurief: „Wir hungern, schickt uns Brot und andere Lebensmittel.“ Wir antworteten im Sprechchor: „Wir werden schicken.“ Es fand sofort eine Sammlung statt. Obwohl wir selbst keinen Überfluß hatten, kamen große Mengen von Brot, Ölsardinen, Schokolade und Zigaretten zusammen. Jeder fühlte sich,³² daß sich drüben auf dem Schiffe eine der großen Tragödien unseres Volkes abspielte. Besonders betroffen waren die Frauen, deren Männer auf der „Pencho“ waren. Sie weinten, schrieten und flehten unsere Transportleiter sowie den Kapitän an, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Männer auf unser Schiff umgeladen würden. Alle Bemühungen waren aber vergeblich. Der Kapitän erklärte, jede Berührung mit dem Schiff vermeiden zu müssen, weil ansteckende Krankheiten an Bord seien. Selbst die gesammelten Lebensmittel ließ er erst nach längerem Drängen und nach Fühlungnahme mit der bulgarischen Polizei an Bord der „Pencho“ schaffen.

Auch das weitere Schicksal der „Pencho“ war besonders traurig. Nachdem sie nach einiger Zeit doch einigermaßen instand gesetzt worden war und das Ägäische Meer erreicht hatte, zerschellte sie an den Klippen einer Insel. Einige gingen unter, die Überlebenden wurden von den Italienern nach Rhodos gebracht und interniert. Auf diese Internierten bezieht sich eine Notiz, die in voriger Woche in der „Hashavua“ zu lesen war. Danach sollten diese vom Schicksal besonders schlimm Verfolgten nach Deutschland zurücktransportiert werden.³³

32 So im Original.

33 Nicht aufgefunden.

Ich komme nun zu unserer Fahrt über die Meere. Wir waren Mitte September mit unserer „Uranus“ an der Donaumündung angekommen bei Tulcea, der rumänischen Stadt, die jetzt öfters von russischen Flugzeugen bombardiert worden ist. In Tulcea wurden wir auf eines der bereits wartenden griechischen Schiffe umgeschifft, und zwar auf die „Pacific“. Die beiden anderen Schiffe hießen „Atlantic“ und „Milos“. Die „Atlantic“ wurde in der Hauptsache belegt mit einem Transport, der aus Danzig gekommen war, die „Milos“ mit einem Transport aus der Tschechoslowakei. Die Passagiere der „Atlantic“ sind die Unglücklichen, die später nach Mauritius transportiert wurden. Die drei Schiffe wollten und sollten nun gemeinsam das Wagnis unternehmen, nach Erez Israel zu gelangen.

Die „Pacific“ war ein Frachtschiff von 700 Tonnen, das normalerweise außer für Frachten für [die] Aufnahme von etwa 50 Menschen bestimmt war. Als wir auf das Schiff kamen, waren wir entsetzt bei dem Gedanken, daß wir 1200 der „Uranus“ darauf Platz finden sollten. Keine Beschreibung kann ein Bild davon geben, wie schließlich doch jeder auf engstem Raum eine Schlafstelle hatte. Das Dichterwort von der „drangvoll fürchterlichen Enge“ wurde hier Wahrheit.³⁴ Soweit Raum vorhanden war, waren Pritschen aus Holz hergerichtet, die zweifach oder dreifach übereinanderlagen, und zwar so dicht, daß man sich nur in waagerechter oder knieender Haltung bewegen konnte. Eine Trennung nach dem Geschlecht war nicht durchgeführt, aus den verschiedensten Gründen auch nicht durchführbar. Teilweise war die Unterbringung geradezu menschenunwürdig. Es mußten nämlich auch zwei licht- und luftlose Bunker, die nur für Frachten bestimmt waren, als Schlafräume mit verwendet werden. Auch die Decks wurden hierzu verwendet. Diese hatten zwar Licht und Luft in Fülle, in den Nächten aber empfindliche Kälte. Auch jeder Platz auf den Fußböden in den engen Gängen diente zum Schlafen. Wer nachts gezwungen war, die Toilette aufzusuchen, mußte über die auf der Erde schlafenden Menschen hinwegspringen.

Auch am Tage war es kein Vergnügen, die Toilette aufzusuchen und zu benutzen. Es war meist ein so großer Andrang, daß man Schlange stehen und bisweilen bis zu einer Stunde warten mußte, bis man an die Reihe kam. Ganz besonders schlimm war dies, als eine Zeitlang viele von Durchfall mit Fieber befallen waren. Es war wieder einmal ein Wunder, daß bei solchen Toiletten-Verhältnissen keine Seuchen ausbrachen, und es war wieder ein weiteres Wunder, daß wir auch fast während der ganzen „Pacific“-Fahrt das schönste Sommerwetter hatten. Das Schwarze Meer, das als stürmisch gilt, war tagelang so ruhig und spiegelglatt wie der „Neue See“ in Berlin. Der Kapitän sagte uns, daß er dies nur selten gesehen habe. Wir hatten nur eine einzige stürmische Nacht. Der Sturm war gar nicht einmal heftig, aber das kleine, nicht ganz seetüchtige Schiff kam so ins Schwanken, daß wir dem Untergange nahe waren. Der Sturm und eine Welle rissen sogar einen Teil einer Seitenwand weg. Das eingedrungene Wasser wurde aber sofort von unserer todesmutigen „Haganah“ entfernt. Und vor weiteren Gefahren schützte uns eine nahe türkische Bucht, in die wir fuhren und in der wir das Ende des Sturmes abwarteten. Wir hatten also keine Verluste zu beklagen. Im Gegenteil, unser Bestand an Menschen wurde in dieser Schicksalsnacht um einen vermehrt: eine unserer Reisegefährtinnen wurde von einem Kinde entbunden.

³⁴ Anspielung auf Friedrich Schillers „Wallenstein“, in dem der Hauptmann sagt: „Nicht vorwärts konnten sie, auch nicht zurück, gekeilt in drangvoll fürchterliche Enge“ (Wallensteins Tod, 4. Akt, 10. Auftritt).

Unser Schiff war, um dies nachzutragen, überhaupt nicht gut ausgerüstet. Die Tatsache, daß wir froh sein mußten, aus Nazi-Deutschland herausgekommen zu sein und überhaupt noch ein Schiff bekommen zu haben, war skrupellos ausgenutzt worden. Es war nur ein nichtfunktionierender Kompaß vorhanden. Es fehlten vollständig ein Sextant, die sonstigen nautischen Instrumente und auch ein Radioapparat. Infolgedessen kam es vor, daß der Kapitän die richtige Fahrtrichtung verlor; auch die Heizer waren nicht genügend ausgebildet. Ferner fehlte es oft an Kohlen und Maschinenöl. Infolgedessen fuhren wir manchmal so langsam, wie einstmals ein alter Berliner Droschkengaul eine „Taxe zweiter geute“ zog.³⁵ Trotz aller dieser Mängel kamen wir aber glücklich durch den Bosphorus, das Marmarameer und die Dardanellen ins Ägäische Meer.

Noch einiges über das Leben auf der „Pacific“. Es war ein ständiger Kampf um die primitivsten Lebensbedürfnisse. Immer mußte man anstehen und warten, bis man an die Reihe kam, beim Waschen, beim Zähneputzen, beim Rasieren, beim Essenholen, morgens, mittags und abends, beim Trinkwasserholen, beim Waschen von Wäsche. Das Waschwasser mußte für jeden einzelnen aus dem Meere geschöpft werden, das Trinkwasser war mitunter so knapp, daß tagelang keines ausgeteilt werden konnte, sondern nur zum Kochen ausreichte. An manchen Tagen gab es Trinkwasser nicht einmal zum Kochen, es mußte Meerwasser mit seinem unangenehmen Salzgeschmack verwendet werden.

Eine besondere Plage war das Essenholen. In den engen Gängen, in denen sich auch sonst ein großer Teil des Lebens abspielte, schoben sich täglich dreimal die Hunderte von Menschen aneinander vorbei, richtiger, sie quetschten sich aneinander vorbei. Aus der einen Richtung kamen diejenigen, die ihr Essen bereits empfangen hatten und in ihren Gefäßen den heißen Tee oder die heiße Suppe trugen. Aus der entgegengesetzten Richtung kamen die anderen, die ihr Essen noch empfangen wollten. Wieder ein Wunder, daß nicht täglich Verbrühungen vorkamen, durch Anstoßen an den heißen Tee- und Suppengefäßen. Nur einige wenige Male kam es zu solchen Verbrühungen, die aber nur leichter Natur waren. Weitere Wunder: Wir liefen auf keine Mine, wir begegneten keinem italienischen Schiff. Seltsamerweise sahen wir überhaupt auf all den Meeren, die wir durchfuhren, niemals ein anderes Schiff. Wir kamen uns vor wie die Alleinherrscher des Meeres, anstelle des „meerbeherrschenden“ Albion.

Ein Wunder war auch die Rettung unseres Schiffes, als im Ägäischen Meer einmal auf Deck ein „Neschef“³⁶ stattfand, an dem einige Hunderte teilnahmen. Es war dies ein Leichtsinn gewesen. Der Kapitän hatte immer vor größeren Ansammlungen auf Deck gewarnt. Das Schiff legte sich stark auf die Seite, auf der zu viel Menschen waren, und schlug dann nach der anderen Seite noch stärker aus, so daß bereits Gepäckstücke und alles, was lose lag, von den Plätzen fiel. Wir befürchteten, daß das Schiff bei einem nochmaligen Pendeln auf die andere Seite umkippen würde. Auch der Kapitän befürchtete es, es gelang ihm aber, durch geschickte Verteilung der Menschen das Schiff auszubalancieren. Bei einem Umkippen des Schiffes wäre kaum jemand gerettet worden, da wir allein auf hoher See waren, ohne Funkgeräte und mit nur wenigen Rettungsgürteln an Bord.

Auch ein anderer aufregender Vorfall ging ohne Menschenverluste ab. Als wir wieder einmal in der Nähe eines Hafens lagen, um Lebensmittel, Trinkwasser und Kohlen ein-

³⁵ Vermutlich: Güte.

³⁶ Hebr.: Fest, Feier, Ball.

zuladen, standen fünf ältere Männer und Frauen an der Reling und schauten zur Hafenstadt hinüber, angelehnt an eine Klappe, die zum Ein- und Ausladen von Frachten bestimmt war. Plötzlich gab die Klappe nach, und die Fünf stürzten ins Meer. Sofort sprang ein Dutzend guter Schwimmer nach und rettete die Verunglückten.

Inzwischen waren wir ins Mittelländische Meer gekommen. Unsere Spannung, ob wir ans Ziel gelangen, ob wir Erez Israel sehen, ob wir unsere Kinder, unsere Eltern, unsere Freunde wiedersehen würden, wurde immer größer. Wir befürchteten immer wieder, unser Kapitän, der noch ohne Kompaß fuhr, würde uns statt nach Erez Israel an die Küste von Nordafrika bringen. Dazu kam noch, daß in den letzten Tagen des Oktobers die Kohlen ausgingen und alles nur irgendwie entbehrliche Holz, einschließlich der als Lagerstätten dienenden Pritschen, zur Heizung der Maschinen verwendet werden mußte. Dies hatte zur Folge, daß fast alle Passagiere nunmehr auf dem Fußboden schlafen mußten. Nur die Kranken behielten ihre Holzpritschen. Als auch die Holzvorräte zu Ende zu gehen drohten, sahen wir uns vom nächsten Tage ab wehrlos dem Wetter und Wind und etwaigen neuen Stürmen preisgegeben, ohne Kompaß und ohne Radio und ohne Sicht eines Hafens. Unsere Nerven waren zum Zerreißen gespannt.

Da geschah in der frühen Morgendämmerung des ersten November 1940 das größte aller Wunder. Der Kapitän sagte den in seiner nächsten Nähe Stehenden, daß in weiter Ferne die charakteristischen Höhenzüge des Karmel in Sicht seien. Nach einer halben Minute wußte es das ganze Schiff. Zunächst wollte es niemand glauben, aber nach kurzer Zeit war der Karmel mit bloßem Auge erkennbar. Nun wechselten Tränen der Rührung und Äußerungen der Freude miteinander ab, aber es war kein lauter Jubel und noch weniger ein Freudentaumel. Wir fühlten noch einmal, daß wir viele Male am Abgrunde vorbeigekommen waren. Es war fast ein ehrfürchtiges Schweigen, als wir nach einer weitem Zeit vor dem Hafen von Haifa Anker legten.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Der weitere Verlauf, unsere Umladung auf die „Patria“, die Gefahr des Weitertransports nach Mauritius, die Explosion auf der „Patria“ mit ihren Folgen, unsere Internierung noch am Tage des Unglücks, am 25. November 1940, sind Ihnen genau bekannt. Genau hundert Tage nach Antritt unserer Fahrt hatten wir das Ziel erreicht, den Boden von Erez Israel zu betreten.³⁷

³⁷ Zur Explosion auf der „Patria“ und zur Internierung der jüdischen Flüchtlinge in der damaligen brit. Kronkolonie Mauritius siehe Einleitung, S. 49, und Dok. 12l von Sept. bis Nov. 1940, insb. Anm. 15, 16 und 18.

DOK. 121

Hans Baruch dokumentiert in seinem Tagebuch zwischen September und November 1940 seine Flucht auf verschiedenen Schiffen¹

Handschriftl. Tagebuch von Hans Baruch,² Einträge vom 2.9. bis 25.11.1940

Montag, 2.9.1940

23 h Abfahrt n. Prag

Masaryk-Bahn.

Zollkontrolle

Dienstag, 3.9.1940

10 h Ankunft in Wien Ostbf.

Weiterfahrt zum Praterkai. Dort Besteigung des Donaudampfers „Melk“³

Zollkontrolle vor Besteigung d. Dampfers

Mittwoch, 4.9.1940

6 h Abfahrt der Melk

9 h Heinburg

10 h Bratislava angelegt

11h Budapest

Donnerstag, 5.9.1940

Ungarn. Estergau

Ostřihom

Běhlehrad in der Nacht (Belgrad)

Freitag, 6.9.1940

Rumänien

Samstag, 7.9.1940

Nachmittag Ankunft in Russe

Wir sehen die „Pentschau“⁴

Eisernes Tor vor Russe⁵

Montag, 9.9.1940

16 h Abfahrt von Russe

Dienstag, 10.9.1940

Braila gelandet

Mittwoch, 11.9.1940

Ankunft der „Melk“ in Tulcea⁶

1 Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601.

2 Hans, auch Hanan Baruch (1920 – 2000); entstammte einer „Mischehe“ in Berlin; floh auf der „Patria“ nach Palästina, dort zunächst im Flüchtlingslager Atlith, meldete sich zur brit. Armee; bei Kriegsende war er in Italien stationiert und reiste nach Berlin, um seine Eltern zu suchen, die in Berlin überlebt hatten; nach der Gründung des Staates Israel arbeitete er bis zu seiner Pensionierung im israel. Finanzministerium, zuletzt als Abteilungsleiter.

3 Auf der „Melk“ und der „Uranus“ verließen am 3.9. 1940 insgesamt 1880 Juden Wien, mehrheitlich Haluzim aus Österreich, dem Protektorat Böhmen und Mähren sowie aus Danzig. Die Transporte hatte Berthold Storfer mit seinem Ausschuss für jüdische Überseetransporte organisiert.

4 Richtig: Pencho. Das Flüchtlingssschiff saß eine Zeitlang an der rumän.-bulg. Grenze fest; siehe auch Dok. 120 vom Herbst 1940.

5 Eisernes Tor: Durchbruchstal in der Donau an der rumän.-serb. Grenze.

6 Rumän. Hafenstadt an der Donau.

Samstag, 14. 9. 1940, 17 h/*Sonntag*, 15. 9. 1940

Übersteigen auf den Frachtdampfer „Canisbay“.⁷

In der Nacht gegen 1 h Verlassen des Schiffes. Gegen 17 h ein Teil des Transportes ins Lager

Montag, 23. 9. 1940

Umbenennung der „Canisbay“ in „Milos“

Mittwoch, 25. 9. 1940

Gegen 10 h plötzlicher Befehl, daß alle Lagerinsassen aufs Schiff zurückmüßten. Gegen 16 h Beendigung der Rückübersiedlung. Zwei Leute wurden verhaftet, kamen aber nachmittags wieder (Plaček, Berkovič)

Montag, 30. 9. 1940

Vormittags Erscheinen der „Rozita“-Mannschaft,⁸ Strohsäcke und Lebensmittel kommen während der folgenden Tage an Bord

Samstag, 5. 10. 1940

Das Schiff wird zur Abreise vorbereitet. Die Maschinen werden kontrolliert und ausgebessert. Maschinen werden fahrbereit gemacht, Kessel geheizt

Montag, 7. 10. 1940

Das Steuer wird kontrolliert. „Atlantic“ (1500 Mann), das zweite Transportschiff, fährt ab. Etwa eine Stunde später die „Pacific“ (1000 Mann), das dritte Schiff.⁹ 15.07 verläßt die „Milos“ (700 Mann) Tulcea. Nach einstündiger Fahrt übernachten wir unterhalb Tulceas

Dienstag, 8. 10. 1940

Gegen 7 h wird „Atl.“ vorbeigeschleppt. 10.57 Abfahrt der „Milos“ flußabwärts. 14.50 erreicht die „Milos“ bei Sulina das Schwarze Meer. Ade Europa! Nach kurzem Aufenthalt weiter.

Mittwoch, 9. 10. 1940

Auf offenem Meer. Viele Seekranke

Donnerstag, 10. 10. 1940

Gegen 8.50 Einfahrt in den Bosphorus. Istanbul verweigert das Einlaufen in den Hafen.¹⁰ Weiterfahrt durch das sehr ruhige Marmarameer

Freitag, 11. 10. 1940

Gegen 5.30 Durchfahrt durch die Dardanellen. Mit kurzer Unterbrechung an Gallipoli vorbei. Vormittags Einfahrt ins Ägäische Meer. Gegen 17.30 warten wir vor einer griechischen Insel bei Sigri (Lesbos) auf Drahtnachricht aus Mytilini. Es wird Valuta gesammelt, um Lebensmittel zu kaufen.

⁷ Richtig: Kenisbey.

⁸ Auf die „Rozita“ musste gewartet werden, da mit diesem Schiff die Mannschaft und Teile der Ausrüstung für die Flüchtlingsschiffe „Atlantic“, „Pacific“ und „Milos“ gebracht wurden, die im Hafen auf ihre Weiterfahrt warteten. Ursprünglich sollte auch dieses Schiff Flüchtlinge nach Palästina bringen.

⁹ Die von Berthold Storfer gecharterten Schiffe boten kaum Platz für jeweils 100 Passagiere, die sanitären Bedingungen waren katastrophal, das galt auch für die Lebensmittelversorgung während der Fahrt. Die „Milos“ war das kleinste der drei Schiffe, von den 702 Passagieren stammten 652 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren. Zur Fahrt der „Pacific“ siehe Dok. 120 zum Herbst 1940.

¹⁰ Die türk. Regierung kooperierte mit Großbritannien bei dessen Bemühungen, die illegale Einwanderung nach Palästina zu unterbinden. Zudem wollte die Türkei keine jüdischen Flüchtlinge ins Land lassen, deren Weiterreise nicht gesichert war. Das Parlament setzte diese Politik am 12.2. 1941 in einem Gesetz um, das jüdischen Flüchtlingen die Durchreise gestattete, wenn sie im Besitz eines gültigen Einreisevisums für ihr Zielland waren.

Samstag, 12.10.1940

Den ganzen Tag vor der Insel. Fünf Eheschließungen beim Kapitän

Sonntag, 13.10.1940

8.50 Weiterfahrt. Nach halbstündiger stürmischer Seefahrt Rückkehr. Rabbinatstrauungen

Montag, 14.10.1940

7.30 Weiterfahrt. Stürmische See. Gegen 18.30 Übergang zum Ionischen Meer. Der Sturm legte sich. 22 h Umlegung der Schlafplätze, da durch starken Seitenwind Wasser bis aufs Oberdeck spritzte

Dienstag, 15.10.1940

Wir kreuzen vor Piräus. Piräus verweigert uns die Einfahrt wegen Minensperre (!?).¹¹ Wir fahren weiter nach Lavrion. 13 h in Lavrion. Wir bekommen Wasser und Brot. Hilfskomitee verspricht Hilfe¹²

Mittwoch, 16.10.1940

Gegen 10 h fahren wir an die Mole, um Wasser zu übernehmen.

Donnerstag, 17.10.1940

Während des ganzen Tages Wasser und Lebensmittel übernommen.

Freitag, 18.10.1940

Am Nachmittag ankern wir wieder in der Mitte des Hafens.

Sonntag, 20.10.1940

Telegramm von d. „Atl.“, daß sie ohne Kohle, Wasser u. Lebensmittel vor Kreta liegt

Montag, 21.10.1940

6.20 Abfahrt v. Lavrion. 10.45 Einfahrt in Piräus

Dienstag, 22.10.1940

Gegen 22 h Ausfahrt aus Piräus und Einfahrt in einen geschützteren (Salamis) Hafen

Mittwoch, 23.10.1940

Gegen Abend wird Kohle gefaßt

Donnerstag, 24.10.1940

14.30 Abfahrt. Gegen Abend schwere See. Viele Seekranke

Freitag, 25.10.1940

Gegen Abend schwere See. Seekranke.

Samstag, 26.10.1940

7 h laufen wir in einen Hafen, Heraklion Kreta, ein. Wiedersehen mit d. „Atl.“. Ich bin im Meer geschwommen. „Pacific“ ebenfalls in der Nähe gelandet. „Pentschau“ bei Rhodos gestrandet.

Sonntag, 27.10.1940

17 h Abfahrt

Montag, 28.10.1940

Gegen Abend wurde der Transportteilnehmer Nüssel ins Meer versenkt.

Dienstag, 29.10.1940

Ruhige Fahrt. Seit 16 h Cypern in Sicht. Wir fahren an Cypern vorbei, kehren aber in der Nacht wieder um.

¹¹ So im Original.

¹² Die jüdischen Gemeinden der Städte, in denen die Schiffe landeten, organisierten meist Lebensmittel und Hilfe. Möglicherweise ist hier das Comité de Secours aux Réfugiés der Athener Juden gemeint. Die griech. Geheimpolizei gab den Mitarbeitern freie Hand bei Problemen mit jüdischen Bootsflüchtlingen und stellte in der Folge relativ problemlos Visa aus.

Mittwoch, 30. 10. 1940

Gegen 6 h ist Cypern wieder in Sicht. Um 10 h laufen wir im Hafen ein (Limassol). Ich bin geschwommen.

Donnerstag, 31.10. 1940

Ich bin geschwommen. Wir fassen Brot. Zur Beschaffung von Kohle müssen 150 £ gesammelt werden. 100 £ wurden gesammelt. Meldung in die jüd. Armee.

Freitag, 1.11.1940

Orangen, Grapefruit, Kohle, Brot und Kürbis gefaßt.

Samstag, 2. 11.1940

Große Entlausungsaktion. Grapefruit, Zitronen und Kohle gefaßt. Wir sollen abfahren. 14.10 Abfahrt. Unruhige See

Sonntag, 3. 11.1940

11.10 durch Küstenwachboot angehalten, 14 h in Haifa gelandet.

Dienstag, 5. 11.1940

Brot, Fleisch gefaßt und Semmeln. Nachmittags Fliegeralarm

Mittwoch, 6. 11.1940

Die „Pacific“ wurde zum Teil auf die „Patria“ umgebootet. Wir erwarten jeden Tag die Umbootung.¹³ Brot, Semmeln, Kaffee, Marmelade und Honig gefaßt.

Freitag, 8. 11.1940

Mittags Fliegeralarm. „Pacific“ ausgebootet.

Samstag, 9. 11.1940

Gegen 7 h ging von uns die erste Gruppe auf die „Patria“ ab.

Sonntag, 10. 11.1940

8.15 übersiedle ich auf die „Patria“. Kontrolle, Bad, Namensaufnahme

Montag, 11.11.1940

Keine besonderen Ereignisse

Dienstag, 12.11.1940

Keine besonderen Ereignisse. Ich ziehe in die Katakomben (Bunker)

Mittwoch, 13. 11.1940

Keine bes. Ereign.

Donnerstag, 14. 11.1940

11h Fliegeralarm

Freitag, 15. 11.1940

Keine bes. Ereign.

Samstag, 16. 11.1940

Große Ereignisse werfen ihren Schatten voraus. Demonstration gegen unsere Deportierung in eine engl. Kolonie.¹⁴

Sonntag, 17. 11.1940

Den ganzen Tag gelegen. Kopfschmerzen, Durchfall, Erbrechen.

Montag, 18.11.1940

Wieder gesund. Keine bes. Ereign.

¹³ Die Passagiere der „Milos“, der „Atlantic“ und der „Pacific“ sollten auf dem im Hafen von Haifa liegenden Passagierschiff „Patria“ zusammengelegt werden.

¹⁴ Die brit. Mandatsregierung wollte die insgesamt 3552 Passagiere an der Einreise hindern und auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportieren.

Dienstag, 19. 11. 1940

Keine bes. Ereign.

Mittwoch, 20. 11. 1940

Hungerstreik von 12-24 h als Sympathiekundgebung für einen Haifaer Streik gegen unsere Deportierung.

Donnerstag, 21. 11. 1940

Wir erhalten die Gewißheit, daß wir in Palästina nicht bleiben werden. Wir sollen für die Dauer d. Kriege in eine engl. Kolonie kommen. Abfahrt und Ziel unbekannt.

Freitag, 22. 11. 1940

Einige Mutige wagen abends einen Fluchtversuch (7-8?), der mißlang. Wie ich erfahre, ist [es] gestern abend zwei Chaluzim gelungen, an Land zu kommen.¹⁵

Samstag, 23. 11. 1940

Abends irgendwelche Aufregung. Grund unbekannt. Wieder versuchten einige herüberzuschwimmen.

Sonntag, 24. 11. 1940

Das Schiff ist für uns gesperrt bis auf das Hinterdeck. Die Türen sind vernagelt.

Montag, 25. 11. 1940

Um 9.30 kentert die „Patria“.¹⁶ Die Geretteten kommen tagsüber in einen Lagerschuppen, später ins Atlith-Camp.¹⁷ Über die Verluste ist noch nichts bekannt, jedoch vermisste ich einige Bekannte.¹⁸

DOK. 122

Der Münchener Oberbürgermeister gibt am 2. Dezember 1940 Richtlinien über die öffentliche Fürsorge für Juden bekannt, die nicht der Reichsvereinigung angehören¹

Rundschreiben (nach Verteilungsplan I) des Oberbürgermeisters von München,² Dezernat 6, gez. Stadtrat Ortner,³ vom 2. 12. 1940⁴

Betrifft: Fürsorge für Juden.

Die Fürsorgeabteilung der Isr. Kultusgemeinde München hat bisher außer sämtlichen Juden im Sinne des § 5 der I. VO zum Reichsbürgergesetz⁵ auch die Glaubensjuden ari-

¹⁵ Viele der jungen Pioniere versuchten, das Land schwimmend zu erreichen, und sprangen über Bord. Sie wurden dabei aufgegriffen und interniert.

¹⁶ Die Führung des Jischuw hatte gehofft, mit Hilfe eines Sprengsatzes die Ausschiffung der „Patria“ verhindern zu können, doch war die Sprengladung zu stark; siehe auch Einleitung, S. 49.

¹⁷ Siehe Dok. 120 von Sept. bis Nov. 1940, Anm. 3.

¹⁸ Über 250 Menschen kamen bei der Explosion ums Leben. Die Überlebenden wurden zusammen mit den Passagieren der „Atlantic“, die noch nicht auf die „Patria“ umgeschifft worden waren, vorübergehend ins Lager Atlith gebracht. Die Überlebenden der „Patria“ durften schließlich im Land bleiben, die übrigen etwa 1500 Juden wurden im Dez. 1940 nach Mauritius gebracht.

¹ StA Mü, Wohlfahrt 4599, Bl. 1-3.

² Karl Fiehler (1895-1969) war von 1933 an OB von München.

³ Karl Wilhelm Ortner (1901-1959), Beamter; von 1917 an im Wohlfahrtsreferat der Stadtverwaltung München; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 NSDAP- und SA-Eintritt, 1927-1929 SS-Mitglied; leitete 1934-1940 das Amt für Volkswohlfahrt München; von 1935 an Ratsherr und 1939-1945 hauptamtlicher Stadtrat.

scher Abstammung unterstützt. Nunmehr wurde geklärt, daß sich die fürsorgerischen Maßnahmen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland auf die Juden zu beschränken haben, die aufgrund § 3 der 10. VO zum Reichsbürgergesetz kraft Gesetzes Mitglieder der Reichsvereinigung der Juden sind oder dieser freiwillig angehören. § 3 der 10. VO zum Reichsbürgergesetz lautet:

(1) Der Reichsvereinigung gehören alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet haben.

(2) Im Falle einer Mischehe ist der jüdische Teil nur Mitglied,

a) wenn der Mann der jüdische Teil ist und Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden sind oder

b) wenn die Abkömmlinge als Juden gelten.

(3) Juden fremder Staatsangehörigkeit und den in einer Mischehe lebenden Juden, die nicht bereits nach Abs. 2 Mitglieder sind, ist der Beitritt zur Reichsvereinigung freigestellt.⁶ Demnach sind im Falle der Hilfsbedürftigkeit durch die *öffentliche* Fürsorge zu betreuen:

1.) Juden, die mit Frauen arischer Abstammung in Mischehe leben dann, wenn Abkömmlinge aus dieser Ehe vorhanden sind, die nicht als Juden gelten (§ 5 Abs. II der I. VO. zum Reichsbürgergesetz),

2.) Jüdinnen, die mit Ariern in Mischehe leben, wenn aus dieser Ehe entweder keine oder nur solche Abkömmlinge vorhanden sind, die nicht als Juden gelten.

3.) Juden ausländischer Staatsangehörigkeit,

4.) Glaubensjuden arischer Abstammung.

Voraussetzung ist bei den unter 1 m[it] 3 genannten Juden, daß sie nicht freiwillig der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angehören, und bei den unter 1 und 2 aufgeführten Juden außerdem, daß die Mischehe nicht durch Tod des arischen Ehepartners, Scheidung oder Nichtigkeitserklärung aufgelöst ist.

Soweit die Fürsorgeabteilung der Isr. Kultusgemeinde die weitere Betreuung in den unter 1 mit 4 genannten Fällen ablehnt, muß wieder die öffentliche Fürsorge eingreifen. Die unter 1 mit 3 aufgeführten Juden haben jedoch durch Vorlage einer Bestätigung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Zweigstelle München, nachzuweisen, daß sie nicht freiwillige Mitglieder der Reichsvereinigung sind. Außerdem haben diese Juden folgende unterschriftliche Erklärung abzugeben: „Ich erkläre hiemit, daß ich

1.) nicht freiwilliges Mitglied der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bin,

2.) das Amt von meinem evtl. freiwilligen Beitritt zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland unverzüglich in Kenntnis setzen werde,

3.) das Amt von jeder Veränderung in meinen Familienverhältnissen, die den Beitritt zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gemäß § 3 Abs. I und II der 10. VO zum Reichsbürgergesetz bedingen, verständigen werde.

4.) Ich habe davon Kenntnis, daß bei falschen Angaben über meine Mitgliedschaft zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland oder über meine die Mitgliedschaft bestimmenden Familienverhältnisse sowie über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse unnachsichtlich⁷ gegen mich Strafanzeige erstattet wird.“

⁴ Eingangsstempel des Wohlfahrtsamts vom 10.12.1940.

⁵ In § 5 der 1. VO war festgelegt, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe auch VEJ 1/210.

⁶ RGBl., 1939 I, S. 1097 – 1099, hier S. 1097.

⁷ So im Original.

Die Entscheidung über Unterstützungsanträge jedweder Art von Juden und Glaubensjuden behalte ich mir selbst vor; die Akten sind daher nach strenger Prüfung der Hilfsbedürftigkeit jeweils meinem Büro zuzuleiten. Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit hat sich insbesondere auch auf die Arbeitseinsatzfähigkeit zu erstrecken. Juden, die nicht mehr als 66 ⅔ % erwerbsbeschränkt sind, sind an das Arbeitsamt zu verweisen.

Im übrigen wird auf die 2. VO des RMdI. vom 17. 8. 1938 zum Gesetz über die Änderung des Vornamens⁸ und auf die Bekanntmachung über den Kennkartenzwang (Dezernatsweisung vom 7. 2. 1929)⁹ ausdrücklich hingewiesen.¹⁰

Über Verstöße der Juden gegen diese Verordnung ist zu berichten. Bemerkt wird, daß Glaubensjuden arischer Abstammung von den Verordnungen über den Kennkartenzwang und über die Führung eines jüdischen Vornamens nicht betroffen werden.

DOK. 123

Der Chef der Reichskanzlei informiert Gauleiter von Schirach am 3. Dezember 1940, dass Hitler die Abschiebung von 60 000 Juden aus Wien genehmigt habe¹

Schreiben (geheim!) des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei (Rk. 789 B g.), gez. Dr. Lamers, an den Reichsstatthalter in Wien, Gauleiter von Schirach (Eing. 13. 12. 1940),² vom 3. 12. 1940 (Abschrift)³

Sehr verehrter Herr von Schirach!

Wie mir Reichsleiter Bormann mitteilt,⁴ hat der Führer auf einen von Ihnen erstatteten Bericht entschieden,⁵ daß die in dem Reichsgau Wien noch wohnhaften 60 000 Juden

⁸ Siehe VEJ 2/84.

⁹ So im Original.

¹⁰ Die Kennkarte wurde 1938 als „allgemeiner polizeilicher Inlandsausweis“ eingeführt. Nach der 3. Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23. 7. 1938 mussten Juden sich ab dem 1. 10. 1938 jederzeit mit dieser ausweisen können; RGBL., 1935 I, S. 922, siehe auch VEJ 2/72.

¹ Kopie: IfZ/A, PS-1950, Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. 11. 1945 – 1. 10. 1946, Bd. 5, Nürnberg 1947, S. 343.

² Baldur von Schirach (1907 – 1974), Schriftsteller, Politiker; 1925 NSDAP-Eintritt, von 1931 an Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 MdR; seit 1933 Jugendführer des Deutschen Reichs, 1936 StS; 1939 Kriegsdienst; von Aug. 1940 an Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien und Reichsleiter für Jugenderziehung, seit Sept. 1940 zuständig für die sog. Kinderlandverschickung; 1946 im Nürnberger Prozess zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1966 entlassen.

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

⁴ Martin Bormann (1900 – 1945), Hilfsarbeiter; 1924 zu einem Jahr Gefängnis wegen Anstiftung zum Mord verurteilt; 1927 NSDAP- und SA-Eintritt; 1930 – 1933 Hauptabteilungsleiter in der NSDAP-Reichsleitung, von 1933 an Reichsleiter der NSDAP, 1933 – 1941 Stabsleiter des StF; 1933 – 1945 MdR, 1937 SS-Eintritt; 1938 – 1945 Mitglied des persönlichen Stabs des Führers; 1940 SS-Obergruppenführer; 1941 – 1945 Leiter der Partei-Kanzlei, 1943 – 1945 Sekretär und Persönlicher Adjutant Hitlers, nahm sich das Leben.

⁵ Am 2. 10. 1940 hatte von Schirach während einer Besprechung bei Hitler über das Generalgouvernement geklagt, dass noch über 50 000 Juden in Wien lebten, die der Generalgouverneur Hans Frank übernehmen solle. Dieser lehnte den Vorschlag ab; Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 147.

beschleunigt, also noch während des Krieges, wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollen. Ich habe diese Entscheidung des Führers dem Herrn Generalgouverneur in Krakau sowie dem Reichsführer SS mitgeteilt und darf Sie bitten, gleichfalls von ihr Kenntnis nehmen zu wollen.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

DOK. 124

Kreiszeitung für die Ost-Prignitz: Artikel vom 4. Dezember 1940 über die Entstehung des Films „Der ewige Jude“¹

Wie der Film „Der ewige Jude“ entstand. Mit der Kamera im Getto. Das jüdische Parasitenvolk ohne Maske

NSK-Gespräch² mit Oberregierungsrat Dr. Taubert

Der große Dokumentarfilm über das Weltjudentum „Der ewige Jude“³ dessen Uraufführung kürzlich in Berlin stattfand, wird in den nächsten Wochen alle Volksgenossen die Wahrheit über den Juden, seine Rasse, sein Wesen und sein völkerzersetzendes Dasein erleben lassen. Aus diesem Anlaß hatte ein NSK-Schriftleiter eine Unterredung mit Oberregierungsrat Dr. Taubert, nach dessen Idee dieser Film entstanden ist, über die Herstellung dieses einzigartigen Filmwerkes.

Wie war es möglich, daß einst große Teile des deutschen Volkes gegenüber der jüdischen Pest, die mit schreckenerregender Gier fast alle Gebiete des Volkslebens verseuchte und durchsetzte, lange Zeit blind oder hilflos gegenüberstanden? Daß sich jüdisches Gesindel übelster Sorte, frisch aus Galizien importiert, mit der dieser Rasse eigenen Frechheit in Deutschland festsetzen konnte und daß diese Gauner hier noch als „deutsche Staatsbürger mosaischer Religion“ alle Rechte alteingesessener Bürger genossen? Eine der Hauptursachen dieser verhängnisvollen Erscheinung ist in der raffinierten Kunst der Juden zu suchen, sich äußerlich den Sitten und Gebräuchen ihres Gastlandes anzupassen, sich von einem verlauten polnischen Gettobewohner erstaunlich rasch in einen Salonjuden zu verwandeln und so unauffällig unterzutauchen und sein Ausbeutungsgeschäft unter biederer Maske durchzuführen. Unter der Flagge einer anderen Religion versuchten sie, die Verschiedenheit ihrer Rasse zu verbergen und die unüberbrückbare Kluft nach außen zu übertünchen, die zwischen ihnen und dem arischen Gastvolk bestand.

Durch eine Welt getrennt

Sollte es heute noch einen Volksgenossen geben, dessen antijüdische Einstellung etwa nur auf der oberflächlichen Meinung beruht, daß die Juden nun eben aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie hier verderblich sind, entfernt werden mußten, so werden sie nach dem

1 Kreiszeitung für die Ost-Prignitz vom 4. 12. 1940, S. 4. Die Kreiszeitung für die Ost-Prignitz erschien 1828 – 1943 in Wittstock/Dosse. 1937 betrug die Auflage 3504 Exemplare.

2 NSK: Nationalsozialistische Parteikorrespondenz, 1932 eingerichteter Pressedienst, den nach 1933 alle deutschen Zeitungen beziehen mußten.

3 Der Propagandafilm „Der ewige Jude“ kam im Sept. 1940 in die deutschen Kinos. Die Regie führte Fritz Hippler, das Drehbuch wurde von Eberhard Taubert verfasst.

Erlebnis des neuen Dokumentarfilms über das Weltjudentum „Der ewige Jude“ die völlige Andersart der jüdischen Rasse erst voll erkennen und mit aller notwendigen Klarheit sehen, welche Welt unsere Rasse von der jüdischen Verbrechersippe trennt.

Diese krassesten Gegensätze, die man sich überhaupt nur vorstellen kann, zu zeigen, das ist die wesentlichste Aufgabe und Idee dieses Films. Dem heuchlerischen, sich als zivilisiert gebärdenden Weltjudentum, diesen Wölfen im Schafspelz, die Maske vom Gesicht zu reißen und auch den letzten deutschen Volksgenossen zu zeigen: *so sehen sie wirklich aus*, diese Parasiten der Menschheit! Dort kommen sie her, aus dem Sumpf stinkender Gettos, aus diesen Pestbeulen Europas!

Die Kamera störte sie nicht

Über die Vorarbeit berichtet Dr. Taubert, nach dessen Idee der Film geschaffen wurde: „Schon vor einigen Jahren wurde von uns versucht, Aufnahmen in den polnischen Gettos zu drehen. Aber die polnische Regierung sabotierte jede derartige Absicht, sei es, weil sie von jüdischer Seite unter Druck gesetzt war oder auch, weil sie es als schlechte Reklame für Polen betrachtete, wenn die dortigen Zustände allzu sehr in das Licht der Jupiterlampe⁴ gerückt würden. Daher konnten wir erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen mit den Aufnahmearbeiten beginnen. Wenn wir an den Anfang des Films typische Aufnahmen aus dem Leben in den Judenvierteln und in den verschmutzten jüdischen Wohnungen zeigen, so geschieht dies aus dem Gedanken heraus, daß, wer einmal ein solches Getto gesehen hat, niemals wieder einen Juden in seiner Nähe sehen will und für immer zum Judegegner wird.“

Es muß dazu gesagt werden, daß bei diesen Gettoaufnahmen das wirkliche Leben in den Judenvierteln z. B. von Krakau und Litzmannstadt⁵ eingefangen wurde; die Judenmischpoche, die da zu Hunderten in den dreckigen Gassen herumsteht und handelt und mauschelt, fühlte sich durch den Kameramann nicht im geringsten gestört. Im Gegenteil, sie faßten diesen Besuch wohl noch als Ehre auf, und die Judenfratzen grinsten – wie wir dies im Film sehen – dummfrech in die Kameralinse. Sie betrachtet den Dreck, in dem sie lebt, als etwas so Natürliches, daß ihr unser Abscheu davor ewig unverständlich bleiben wird.

In der Synagoge

Wir sehen in dem Film auch erstmalige einzigartige Bilder von einem jüdischen „Gottesdienst“ in einer Synagoge. Wie diese Aufnahmen zustande kamen? Dr. Taubert erklärt dazu: „Der Rabbi, der diesen ‚Gottesdienst‘ leitete, war gerne bereit, den Kameramann in die Synagoge zu lassen, betrachtete er die Aufnahmen doch als gute Reklame für die jüdische Sache. Was der deutsche Mensch, der eine etwas andere Vorstellung von Gottesdienst hat, davon und von diesem jahrmartartigen Treiben in der Synagoge, wobei noch eifrig weiter gemauschelt und geschachert wird, denkt, darauf kann wohl jeder Besucher des Films die richtige Antwort geben. Auch was die Juden betrifft, die zu Hause ihre rituellen Gebete verrichten, so war es gar nicht so schwer, sie bei dieser ‚heiligen Handlung‘ zu filmen: gegen ein kleines Trinkgeld waren sie gerne bereit, dem Kameramann die Tür zu öffnen. Solche Beispiele werfen wiederum ein bezeichnendes Schlaglicht auf jüdische Charaktereigenschaften.“

4 Von der Berliner Firma Jupiter entwickelte, sehr helle Lampe zur Ausleuchtung von Bühnen und Filmsets.

5 Von April 1940 an hieß die Stadt Lodz Litzmannstadt.

Der treffendste Vergleich

„Ausgerüstet mit allen Begabungen in leiblicher und geistiger Hinsicht, welche sie zu Feinden der Menschheit machen können, sind sie unablässig bemüht, diese zu quälen, zu plagen, zu peinigen, und fügen ihr ohne Unterbrechung den empfindlichsten Schaden zu. Sobald sie merken, daß der Mensch ihnen gegenüber ohnmächtig ist, nimmt ihre Frechheit in wahrhaft erstaunlicher Weise zu; und wenn man sich halb zu Tode ärgern möchte, könnte man versucht sein, über ihre alles Maß überschreitende Unverschämtheit zu lachen.“ Wahrhaftig eine treffende Kennzeichnung des Judentums! Von wem stammen diese Zeilen? Sie sind – „Brehms Tierleben“ entnommen und sind auf die Ratten gemünzt!⁶

Dieses Beispiel zeigt, welche verblüffenden Parallelen sich ziehen lassen zwischen den Ratten als den Parasiten der Tierwelt und den Juden, den Blutsaugern der Menschheit. Der Film „Der ewige Jude“ führt uns diese Ähnlichkeit ihrer Eigenschaften mit drastischer Lebendigkeit vor Augen. Wir erleben die Wanderzüge der Ratte über die ganze Welt, der Ratte als dem Symbol der Hinterlist, der Gier und der Zerstörung, als der Trägerin von tödlichen Krankheiten, wie Typhus und Pest. Und ebenso sehen wir die Ausbreitung der Juden, die auf der ganzen Welt nur als Parasiten von Ausbeutung und Zerstörung leben und die Träger von Seuchen sind, die ihre Gastvölker physisch und moralisch früher oder später zugrunde richten.

Mit den Juden gibt es kein Paktieren

Dr. Taubert weist schließlich noch auf die Schächtszenen hin, die noch kurz vor Inkrafttreten des Schächtverbots im Generalgouvernement aufgenommen wurden. Verständlicherweise sind diese Szenen in der Kurzfassung des Films weggelassen worden, denn sie stellen für empfindsame Gemüter eine harte Nervenprobe dar. Wer einmal eine solche jüdische Schächtung gesehen hat, die dazu noch von Rabbinern als „heilige Handlung“ vollzogen wird, wer diesen Anblick gräßlichster Bestialität und grausamer Tierquälerei über sich ergehen ließ, der empfindet vor diesen Juden auf immer einen nur zu berechtigten tiefen inneren Abscheu, einen physischen Ekel und wird sich immer von ihm fernhalten.⁷

„Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder-Oder.“ Diese klare Erkenntnis, die der Führer bereits vor 15 Jahren in seinem Buch „Mein Kampf“ niederschrieb,⁸ hat sich heute im deutschen Volk durchgesetzt und beginnt auch in den meisten anderen Völkern Europas Platz zu greifen. Daß jeder deutsche Volksgenosse diese klare und kompromißlose Kampfstellung gegenüber dem Judentum erkennt und sich aus ganzer Erfassung der Judenfrage zu eigen macht, das ist die wichtigste Aufgabe des Films „Der ewige Jude“.

H. Schwaibold⁹

⁶ Alfred Edmund Brehm, Illustriertes Tierleben, Bd. 2, Hildburghausen 1865, S. 120, 122. Das Zitat ist nicht korrekt: Im ersten hier zitierten Satz benutzt Brehm statt „Menschheit“ „Mensch“, der zweite Satz folgt nicht direkt im Anschluss. Dort heißt es außerdem im Original: „sich nicht halb zu Tode ärgern möchte über die nichtswürdigen Thiere“ sowie „Frechheit“ statt „Unverschämtheit“.

⁷ So im Original.

⁸ Adolf Hitler, Mein Kampf. Eine Abrechnung, München 1925, S. 225.

⁹ Heinz Schwaibold (1913–2000), Kaufmann, Journalist; 1933–1935 als Journalist in Großbritannien; 1934 SS-Eintritt; ehrenamtlicher SS-Pressereferent, von 1936 an beim Eher-Verlag in Berlin tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; später Reichshauptstellenleiter in der Reichsleitung der NSDAP, 1939/40 und von 1942 an Wehrdienst; 1941 SS-Untersturmführer; nach 1945 als Verkaufsleiter u. a. in Laupheim und Biberach a. d. Riß tätig.

DOK. 125

**Eichmann hält am 4. Dezember 1940
die Umsiedlung von knapp sechs Millionen europäischen Juden
für die „Endlösung der Judenfrage“¹**

Handschriftl. Aufzeichnungen von Adolf Eichmann (Paraphe) vom 4. 12. 1940²

*Die Judenfrage.*³

I. Anfangslösung der Judenfrage durch Auswanderung (durch Überführung der Initiative von den jüdisch-politischen Organisationen zur Sicherheitspolizei und SD).

a) Im Verlauf der Auswanderungsbestrebungen sind bisher abgewandert

aus dem Altreich	seit 1933	341 078 Juden
aus der Ostmark	seit 1938	135 547 Juden
aus dem Protektorat	seit 1939	25 086 Juden
	Insgesamt	501 711 Juden

b) Zur Förderung der Auswanderung wurden Devisen im Betrag von etwa 7200 000 Dollar aufgebracht, die zum größten Teil im Schenkungswege von ausländischen jüdischen Organisationen sowie von ausländischen Angehörigen der Juden ins Inland kamen, und für die Betreibung der Auswanderung Verwendung fanden.

c) Rückgang der Judenzahl durch natürliche Verminderung (im Altreich seit 1933, in der Ostmark seit 1938, im Protektorat seit 1939)

Gesamtsterblichkeit	70 792
Gesamtgeburten	13 756
Sterbeüberschuß	57 036

d) Die Gesamtzahl der heute noch im Reichsgebiet (einschließlich Protektorat) ansässigen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze beträgt daher 315 642 Juden

II. Die Endlösung der Judenfrage.

Durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium. Im Rahmen dieses Projektes kommen rund

5,8 Millionen Juden in Betracht.

1 BArch, NS 19/3979, Bl. 5f. Abdruck als Faksimile in: Susanne Heim/Götz Aly, Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938 – 1945 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 9), Berlin 1991, S. 26 f.

2 Das Dokument entstand in der Behörde des RKF. Himmler hatte es zur Vorbereitung seiner Rede vor den Reichs- und Gauleitern am 10. 12. 1940 (siehe Dok. 126) in Auftrag gegeben.

3 Handschriftl. Anmerkung: „Sofort Vorlage RFSS“.

DOK. 126

**Himmler informiert die Reichs- und Gauleiter am 10. Dezember 1940
über seine Siedlungspläne¹**

Handschriftl. Aufzeichnungen von Heinrich Himmler

Vortrag vor den Reichs- und Gauleitern in Berlin am 10.XII. 1940

A Wanderung u. Siedlung

Große Völkerwanderung seit 8 Jahren

Auswanderer seit 1933

I	873 483

Einwanderer seit 1933

II	530 713

Sonstige Zahlen.

III	63903

	1 474 099 ²

Aufnahmeprovinzen

1. bereits vollzogener Einsatz IV³

2. Südtiroler – nur einstweilige Unterbringung⁴

3. zum Einsatz gelangende Deutsche

Wirtschaftliche Zahlen.

Vermögen 33 B Mill.

Zahlungen der DUT⁵ 65 Mill. V.

Aufgaben in den Ostprovinzen

1.) *Größe der Betriebe*

Güter

Großhufen

Hufen⁶

Kleinbetriebe VI.

2.) Fläche in den Ostprovinzen überhaupt

3.) *Fläche für Wälder* 9150 qkm

Böden 7 u. 8 um 7850 qkm

Landschaftsbildung⁷

4.) *Fläche der Volksdeutschen.*

mind. ¼

¹ BArch, NS 19/4007, Bl. 175–184.

² Mehrere handschriftl. Korrekturen an der Zahl. Zusammen ergeben die drei Zahlen eine Summe von 1468 099.

³ Die Bedeutung der römischen Ziffern, die von dieser Stelle an jeweils am Zeilenende stehen, ist unklar.

⁴ Zur Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Südtirol siehe Einleitung, S. 36 f.

⁵ Die Deutsche Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft mbH wurde im Nov. 1939 zur Betreuung und Unterstützung sog. volksdeutscher Umsiedler gegründet. Dabei diente sie insbesondere als Transmissionseinrichtung für beschlagnahmte Güter und Betriebe im annektierten West-Polen. Die DUT gehörte zu Himmlers Apparat im Rahmen seiner Funktion als RKE.

⁶ Landwirtschaftliche Flächenmaßeinheiten.

⁷ Die beiden Punkte (2. und 3.) standen ursprünglich in umgekehrter Reihenfolge.

5.) *Fläche für Reichsdeutsche.*

kein Grund zur Angst zu wenig aber auch nicht zu viel

480 000 bäuerl. Familien VII

keine *Propaganda* germanische Einwanderer

nicht Heer u. einzelne Gliederungen

Alle Dörfer gemischt

Volks- u. Reichsdeutsche

alle Stände und Gliederungen

keine Sonderkonditionen

neue Stämme

Besiedlung der

Westprovinzen – Elsaß-Lothringen durch Baden u. Pfalz.

B. Volksdeutsche

VIII

Rumänien 15,0 Mill. Einw.

1 Mill. Juden

580 000 Deutsche

Siebenbürgen, Banat, Rumän. Altreich

Volksgruppe

Volksbund⁸

Aufbruch Freiwillige in der SS. Westeinsatz

Rückgewinnung der verlorenen Deutschen

Ungarn 13 Mill. Einwohn.

1,5 Mill. Juden

845 000 Deutsche

Ungar. Mittelgebirge, Schwäb. Türkei, Westungarn, Sathmar, Nordsiebenbürgen, Restbatschka⁹

Volkgruppe. Feststellung.

Volksbund

Jugoslawien 15,2 Mill. Einw.

170 000 Juden.

705 000 Deutsche.

Serbien, Bosnien, Kroatien, Slovenien

Slowakei 3 Mill. Einwohn.

¼ Mill. Juden.

160 000 Deutsche.

C Gesamtaufgabe.

1.) *Ostprovinzen deutsch machen.*

8 Mill. Deutsche.

8 Mill. Fremde.

von diesen 1 Mill. eindeutschbar

⁸ Gemeint ist der Volksbund für das Deutschtum im Ausland, der als Interessenvertretung der sog. volksdeutschen Minderheiten auftrat.

⁹ Hauptsiedlungsgebiete der deutschen Minderheit in Ungarn.

2.) *Volksliste.*

Erlaß vom 12.IX. 1940¹⁰ IX

3.) *Neben der bäuerlichen Ansiedlung*
städtische u. Industrie

Bevölkerungsdichte

4.) *Pflege d. Ostens*

wirtschaftl. Gleichstellung

Arbeitsdienstlager (weibliche)

Landdienst der H.-Jugend¹¹

5.) *Rücksichtslos deutsche Herrschaft*

Verwendung d. Arbeitskräfte

zum Ausbau – Kampf d. poln. Intelligenz

6.) *das General-Gouvernement*

das Arbeiterreservoir

für Saison- und einmalige Arbeiten.

7.) *Judenauswanderung*

u. damit noch mehr Platz für Polen

8.) *Weitere Einwanderung*

nur noch Splitter, die sich wirklich nicht halten können¹²

9.) *Festigung des deutschen Volkstums in Europa*

Hilfe aller notwendig

¹⁰ Im Erlass für die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten des RFSS und RKF vom 12.9. 1940 war nach vornehmlich „rassischen“ Kriterien festgelegt, welche Personen in den besetzten Gebieten als „deutsch“ oder „eindeutschungsfähig“ anzusehen seien. Dieser Personenkreis konnte in unterschiedlichen Kategorien Aufnahme in die „Deutsche Volksliste“ finden und so die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Im März 1941 erschien eine VO über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten; BArch, R 186/34, Bl. 289 – 292, und RGBl., 1941 I, S. 118–120.

¹¹ Der Landdienst sollte die Kolonialisierung der besetzten Ostgebiete unterstützen. Die 1934 gegründete HJ-Organisation setzte es sich zum Ziel, Zehntausende Mädchen und Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren durch körperliche Ertüchtigung im Ernteeinsatz, verbunden mit politischer Erziehung, als Reservoir für die Ausbildung eines „neuen Bauerntums“ zur Verfügung zu stellen. 1939/40 waren ca. 26 000 Jugendliche in etwa 1800 Landdienstgruppen tätig.

¹² Gemeint sind damit die nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden deutschsprachigen Minderheiten außerhalb der damals unter deutschem Einfluss stehenden Gebiete. Das sog. Splitter- oder Streudeutschtum sollte in das Altreich oder die eingegliederten Gebiete umgesiedelt werden.

DOK. 127

**Reichsinnenminister Frick ordnet am 12. Dezember 1940
die Verlegung jüdischer Psychiatriepatienten in die Jüdische Heil- und
Pflegeanstalt Bendorf-Sayn an¹**

Runderlass von Reichsinnenminister Frick,² Berlin, an die Reichsstatthalter in den Reichsgauen der Ostmark, im Sudetengau, in Danzig-Westpreußen und im Warthegau, die außerpreuß. Landesregierungen, den Reichskommissar für die Saarpfalz, die Ober- und Reg.-Präs., den Pol.-Präs. in Berlin, den Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin, die Pol.-Behörden, die Gesundheitsämter vom 12. 12. 1940

*Irrenpflege**Aufnahme jüdischer Geisteskranker in Heil- und Pflegeanstalten*

RdErl. d. RMdI³ v. 12. 12. 1940 - IV g 7123/40-5106

(1) Der bisher noch bestehende Zustand, daß Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht waren, hat, ganz abgesehen von der Tatsache, daß ein derartiges Zusammenwohnen Deutscher mit Juden auf die Dauer nicht tragbar ist, zu Beschwerden des Pflegepersonals und von Angehörigen deutschblütiger Kranker Anlaß gegeben.

(2) Zur Behebung dieser Mißstände ordne ich hiermit an, daß geisteskranke Juden künftig nur noch in die von der Reichsvereinigung der Juden unterhaltene Heil- und Pflegeanstalt in *Bendorf-Sayn*, Kr. Koblenz, aufgenommen werden dürfen.⁴ Die Genehmigung zur Einrichtung etwaiger weiterer derartiger rein jüdischer und jüdisch geleiteter Anstalten behalte ich mir erforderlichenfalls vor.

(3) Falls aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die Unterbringung eines geisteskranken Juden in einer deutschen Heil- und Pflegeanstalt erforderlich wird, ist für eine umgehende Weiterleitung des Patienten in die Heil- und Pflegeanstalt in *Bendorf-Sayn* zu sorgen. Den Leitern der deutschen Heil- und Pflegeanstalten obliegt die Verpflichtung, diese Weiterleitung zum frühestmöglichen Zeitpunkt sicherzustellen.

(4) Dieser RdErl. findet keine Anwendung auf geisteskranke Juden, die bereits vor dem 1. 10. 1940 in deutsche Heil- und Pflegeanstalten aufgenommen waren und sich z. Z. noch in diesen befinden. Wegen der Behandlung dieser ergeht besondere Weisung.⁵

1 Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern, 51 (1940), S. 2261f.

2 Dr. Wilhelm Frick (1877–1946), Jurist; von 1903 an in der bayer. Verwaltung, leitete 1919–1921 die Politische Polizei München, 1923 die Kriminalpolizei München, 1923/24 Haft wegen Beteiligung am Hitler-Putsch, 1924 Dienstenthebung und Wiedereinsetzung; 1925 NSDAP-Eintritt; 1930/31 thüring. Minister des Innern und für Volksbildung, 1933–1943 RMdI, von Aug. 1943 an Reichsprotektor für Böhmen und Mähren; im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt, hingerichtet.

3 Laut Friedlander wurde der Erlass von MinR. Dr. Herbert Linden (1899–1945) verfasst; Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997, S. 446 f.

4 Die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn wurde 1869 von der jüdischen Familie Jacoby gegründet und bis zum Zweiten Weltkrieg von ihr geführt.

5 Jüdische Patienten der Heil- und Pflegeanstalten fielen bereits seit Anfang 1940 der „Euthanasie“-Aktion zum Opfer; siehe Dok. 85 vom 5. 6. 1940. Die aufgrund dieses Runderlasses in Bendorf-Sayn konzentrierten Juden blieben dagegen zunächst am Leben; nach dem Beginn der systematischen Deportation der deutschen Juden wurden sie zusammen mit den Koblenzer Juden verschleppt.

(5) Die unterstellten bzw. der Aufsicht unterstehenden Anstalten sind im Sinne dieses RdErl. zu verständigen.

*Zusatz für das Staatsministerium des Innern in München: Auf den Bericht v. 15.10.1940 – Nr. 5326 a 58,*⁶

*Zusatz für den Ober-Präs. (Verw. des Prov.-Verbandes) in Hannover: Auf den Bericht v. 29. 10. 1940 – 42a F 12a.*⁷

DOK. 128

Paul Eppstein notiert am 20. Dezember 1940, wie anlässlich seiner Vorladung bei der Gestapo seine eigene Inhaftierung erörtert wird¹

Aktennotiz (Dr. E./My), gez. Dr. Eppstein, zur Vorladung im Geheimen Staatspolizeiamt, Berlin, Regierungsassessor Jagusch, am 20. 12.1940, 10 Uhr

2.² Betrifft: Schutzhaft Dr. Paul Israel Eppstein

Ass. Jagusch bemerkt, daß mir der Grund für die Schutzhaft wohl bekannt sei. Ich erwidere darauf, daß mir nicht bewußt sei, einer Weisung der Zentralstelle nicht entsprochen zu haben, daß vielleicht ein Mißverständnis, namentlich im Hinblick auf die Ausgestaltung des Nachrichtenblatts, worüber eine Erörterung mit Herrn HSTF Dannecker stattgefunden habe, vorliege. Ich wies darauf hin, daß während der gesamten Zeit, in der ich die einschlägigen Arbeiten im Auftrag der Reichsvereinigung und nach dem Willen der Behörde zu führen hatte, keinerlei Beanstandungen in dieser Hinsicht erfolgt sei[en]. Ich wäre daher für eine Mitteilung des Grundes dankbar. Ass. Jagusch bemerkt, daß einmal die Behandlung der Frage des Nachrichtenblatts beanstandet wurde,³ darüber hinaus aber die Befolgung von Anordnungen oder ihre verzögerte Durchführung zur Beanstandung Anlaß gegeben hätten, weiterhin Vorstellungen bei Behörden ohne Wissen oder gegen die ausdrückliche Anordnung des zuständigen Referats. Ich bemerke, daß mir in dieser Hinsicht nichts bewußt sei, namentlich was solche Behördenvorstellungen angehe, es sei denn, daß sie, mir unbekannt, von Mitarbeitern erhoben worden sind und ich als verantwortlicher Abteilungsleiter dafür einzustehen hatte. Ass. Jagusch hält dies für möglich. Auf meine Frage, ob hierüber eine Erörterung mit Herrn STBF Eichmann ermöglicht werden könne,⁴ antwortet Ass. Jagusch nach einem Telefongespräch, daß Anfang Januar eine solche Erörterung stattfinden könne.

Ich bemerke, daß die allgemeine Begründung in dem Schutzhaftbefehl im Unterschied zu dem besonderen Anlaß der Verhaftung von Dr. Seligsohn keinen Tatbestand enthielt, der den unmittelbaren Anlaß der Verhaftung klargestellt hätte.⁵ Ass. Jagusch bemerkt, daß

⁶ Nicht aufgefunden.

⁷ Nicht aufgefunden.

¹ BArch, R 8150/45, Bl. 101.

² Das Protokoll beginnt hier, die Bedeutung der Ziffer ist unklar.

³ Eppstein wurde vorgeworfen, einen Artikel im Jüdischen Nachrichtenblatt geändert zu haben, nachdem dieser bereits genehmigt worden war.

⁴ STBF: Sturmbannführer.

⁵ Der Schutzhaftbefehl liegt nicht in der Akte. Eppstein war am 15.8. 1940 mit der Begründung ver-

die Gründe, die zu meiner Verhaftung Veranlassung gegeben hätten, auch schwerwiegender gewesen seien als diejenigen bei Dr. Seligsohn. Ich bemerke darauf, daß diese Tatsache die Hoffnung begründe, daß die Haft bei Dr. Seligsohn nicht so lange dauere wie die meinige. Ass. Jagusch bemerkt darauf, daß diese Frage zunächst bis zur nächsten Erörterung ruhen müsse.

Ich erbat die Möglichkeit einer Unterredung mit STBF Eichmann mit der Begründung, daß ich mich durch die Schutzhaft in der etwaigen Fortsetzung meiner Arbeit behindert und mich verpflichtet fühle, um die Entlassung aus dem Amt zu bitten. Ass. Jagusch bemerkt hierauf, daß dies nicht in Betracht komme, daß er mich vielmehr neu in die Arbeit einsetze.⁶

DOK. 129

Ein Auswanderer schildert die Versorgungslage, die Stimmung der Bevölkerung und die Situation der Juden im Reich im Herbst und Winter 1940¹

Bericht eines unbekannten Verfassers vom 25.2. 1941

Herbst und Winter 1940 in Deutschland

Die folgenden Ausführungen sollen eine Schilderung geben von den im Herbst und Winter 1940 herrschenden Zuständen im Dritten Reich. Sie beruhen größtenteils auf eigener Erfahrung, die durch Beobachtungen und Erlebnisse zuverlässiger Gewährspersonen ergänzt wurden. Vorausgeschickt sei, daß ich, in Süddeutschland geboren, bis Ende September in einer größeren Stadt am Rhein lebte. Zu diesem Zeitpunkte begaben meine Frau und ich uns nach Berlin, um von dort aus unsere Ausreise nachdrücklicher betreiben zu können. Dies war unser Glück. Wenn wir wieder nach Süddeutschland zurückgekehrt wären, hätten wir am 22. Oktober an der Evacuation der badischen und pfälzischen Juden teilnehmen müssen und befänden uns jetzt im Camp de Gurs.²

Als wir Deutschland Ende des Jahres 1940 verließen, war schon fast seit ein und einhalb Jahren Krieg. Man merkte dies daran, daß, besonders in Berlin, im Straßenbild das Militär am stärksten hervortrat. Nur selten sah man ein von einem Zivilisten gesteuertes Auto. Die Insassen waren meistens Offiziere. Die Eisen-, Hoch- und Untergrundbahn wurden, ebenso wie die übrigen Verkehrseinrichtungen, größtenteils von Soldaten be-

haftet worden, er habe sich Anordnungen der Zentralstelle widersetzt. Vermutlich ging es um die Abfahrt eines illegalen Transports nach Palästina, den Eppstein nicht abgehen lassen wollte. Die Gestapo ordnete jedoch die Abreise an; siehe Dok 120 zum Herbst 1940. Julius Seligsohn war ins KZ Sachsenhausen verschleppt worden, da er für eine öffentliche Protestaktion der Reichsvereinigung gegen die Deportation der Juden aus Baden und der Pfalz verantwortlich gemacht wurde; siehe Dok. 129 zum Herbst/Winter 1940, Anm. 38.

⁶ Eppstein, der kurz vor dieser Vorladung aus der Haft entlassen worden war, durfte in der Folge keine Auswanderungsangelegenheiten mehr bearbeiten.

¹ Wiener Library, P.III.a. No. 615, Kopie: YVA, O2/421. Zu den Berichten aus der Wiener Library siehe Dok. 88 vom 16. 6. 1940, Anm. 1.

² Zu den Deportationen nach Südfrankreich siehe Dok. 11 vom 26. 10. 1940, Dok. 112 vom 29. 10. 1940, Dok. 1B vom 30. 10. 1940 und Dok. 1F vom 3. 11. 1940.

nutzt. Militärtransporte und Urlauberzüge belasteten damals die Eisenbahnlinien so stark, daß der private Eisenbahnverkehr stark eingeschränkt war. Güterwagen aus allen besetzten Ländern standen in großen Mengen auf den Gleisen. An einer Station konnte ich französische, holländische, belgische, polnische und tschechische feststellen. Der private Autoverkehr war infolge der Benzin- und Ölknappheit sehr eingeschränkt und erschwert. Es bedurfte großer Mühe, vieler Nachweise, Vorsprache bei verschiedenen Instanzen und besonders guter Beziehungen, wenn jemand erreichen wollte, daß ihm Betriebsstoff für sein Auto bewilligt wurde. Als ich zwecks Beförderung unseres Gepäcks ein Auto benötigte, mußte ich über eine Stunde in Berlin herumirren, bis ich endlich ein Taxi fand, das mich aufnahm. Der Chauffeur sagte mir, ich hätte noch Glück gehabt. Der Taxiverkehr würde infolge Benzinmangels „von morgen an“ auf 14 Tage eingestellt. Ob er nach Beendigung dieser Frist wieder aufgenommen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Auch für die militärischen Stellen sollten Anordnungen getroffen werden, um den Benzinverbrauch in der Heimat und Etappe tunlichst einzuschränken.

Die Wirkungen des Krieges und der durch ihn hervorgerufenen Abschnürung Deutschlands von den Hauptexportländern waren hauptsächlich in der Versorgung der Bevölkerung mit Dingen für den täglichen Bedarf bemerkbar. Trotz der bis ins kleinste vorgenommenen Erfassung aller Lebens- und Gebrauchsmittel herrscht eine Knappheit, die sich hinsichtlich der Menge und Güte der Ware bemerkbar macht. Das von der Regierung bekanntgegebene Ergebnis der Getreideernte 1940 wird vielfach als unrichtig angesehen.³ Die fast in ganz Deutschland während des Sommers herrschende Regenperiode beeinflusste das Wachstum, die Blüte und Reife des Weizens und Roggens in ungünstiger Weise, so daß – wie ich aus einem Gespräche eines erfahrenen Landwirts mit einem Reisegenossen in der Eisenbahn hören konnte – etwa mit einer halben Ernte zu rechnen wäre. Wenn der Getreidevorrat tatsächlich bis zur nächsten Ernte ausreicht, so kann dies höchstens durch die in Frankreich, Belgien und Holland vorgefundenen Mengen bewirkt werden, die zur Versorgung der Bevölkerung nach Deutschland gebracht wurden. Außer dem stark ausgemahlene Getreidemehl werden noch Kartoffelmehl und andere Bestandteile zum Brotbacken verwendet, so daß – wie mir ein Bäcker sagte – schon eine große Kunst dazu gehört, aus dem von Mühlen gelieferten Mehl einigermaßen genießbares Brot zu backen.

Nur an Kartoffeln scheint kein Mangel zu herrschen.

Hingegen ist Gemüse infolge des ungünstigen Sommers sehr knapp. Obst gibt es aus dem gleichen Grunde fast keines. Äpfel und Birnen, die ja die hauptsächlichsten dauerhaften Obstsorten sind, ergaben eine Mißernte, die sich dadurch noch stark fühlbar machte, weil von Italien keine Orangen hereinkamen. In der obst- und gemüsereichen Rheinebene war dies im September noch wenig fühlbar. Damals gab es dort noch reichlich Stein- und Beerenobst. Dagegen in Berlin kam der Mangel richtig zur Geltung. Die Hausfrauen hatten große Mühe, mußten weite Wege machen und lange anstehen, um etwas Grün- oder

³ VB (Norddt. Ausg.), Nr. 255 vom 11.9.1940: „Recht gutes Ergebnis der neuen Getreideernte. Trotz Krieg und schlechter Witterung mit 24,6 Mill. Tonnen zu rechnen.“ Am 3.8.1940 notierte Goebbels in sein Tagebuch, er habe von Herbert Backe aus dem RMEuL einen Bericht erhalten, der für das Jahr 1940 nur von einer mittelmäßigen Getreideernte ausgehe, verweist aber darauf, dass große Reserven vorhanden seien; Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 8: April–November 1940, München 1998, S. 250.

Blumenkohl und einige Äpfel oder Birnen zu erhalten. Damals wurden für Gemüse in Berlin Kundenlisten eingeführt. Dasselbe soll jetzt auch für Obst der Fall sein.⁴

Eine große Knappheit bestand auch an Butter und an Fetten jeglicher Art. Die pro Kopf zur Verfügung stehende Menge (125 Gramm Butter wöchentlich) genügt keineswegs. Öl, Margarine und sonstige tierische Fette kamen in ganz kleinen Mengen zur Verteilung. Wenn auch, um die Bevölkerung bei guter Stimmung zu erhalten, ab und zu Sonderzulagen an Butter ausgegeben wurden, und die in Holland, Dänemark usw. weilenden Soldaten ihren Angehörigen – was jetzt wohl so ziemlich aufgehört haben wird – kleinere Fettmengen und andere Lebensmittel zukommen ließen, so konnte diese Maßnahme nur kurze Zeit, aber nicht nachhaltig, den Mangel etwas beseitigen. Daß eine Fettnot besteht, läßt sich nicht bestreiten. Ebenso verhält es sich mit der Fleischversorgung. Die 500 Gramm, die wöchentlich pro Person abgegeben werden, müssen teilweise in Wurst, die qualitativ minderwertig ist, entgegengenommen werden. Die noch verbleibende Fleischmenge versteht sich einschließlich der Knochen, so daß jeder Person wöchentlich kaum mehr als 250 Gramm Fleisch bleiben. Dabei ist dieses von geringer Qualität. Die besten Schlachttiere werden für die Heeresverwaltung ausgesucht, so daß für die Zivilbevölkerung nur alte Kühe und Stiere zur Verfügung stehen, deren Fleisch zäh und trocken ist. Erwähnenswert ist, daß, wenigstens von Süddeutschland aus, auch das Sudetenland mit Fleisch mitversorgt werden mußte, weil dort die Knappheit ganz besonders groß war. Mangel besteht auch an Milch. Vollmilch wurde nur an Kinder, werdende und stillende Mütter abgegeben. Die übrige Bevölkerung mußte sich mit Magermilch begnügen, soweit solche vorhanden war. Juden erhielten überhaupt keine. Sogar Ärzte konnten nur in seltensten Fällen für Kranke eine Milchezulage erwirken.

Das für jede Person wöchentlich vorgesehene Ei konnte nur so lange richtig geliefert werden, als der in Holland und Dänemark vorgefundene Vorrat reichte. Nachdem dieser erschöpft war, auch vorher schon, vergingen oft 14 Tage und noch mehr, bis wieder Eier ausgegeben wurden.

Mangel herrschte auch an Fluß-, Seefischen und Fischwaren aller Art. Sie durften an Juden ebensowenig verkauft werden, wie Wild und Geflügel, die aber auch für „Arier“ seltene Leckerbissen waren, soweit sie sie nicht durch geheime Beziehungen gegen hohe Bezahlung erhalten konnten.⁵

Knapp waren auch die Vorräte an Obst- und Gemüsekonserven, und [diese] werden wohl infolge der schlechten Ernte immer mehr vom Markte verschwinden. Im Juni 1940 fragte ich in mindestens 10 Geschäften und Apotheken für einen Schwerkranken nach Himbeersaft. Schließlich erhielt ich solchen in einer Apotheke, deren vormaliger jüdischer Besitzer sich genügend eingedeckt hatte.

4 Juden durften bestimmte Waren nur noch gegen Vorlage eines Einkaufspasses bzw. Haushaltsausweises erwerben. Dieser musste durch die entsprechenden Einzelhändler bis zu einem bestimmten Datum abgestempelt worden sein. Zu den Bestimmungen in Berlin siehe Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 86 vom 25.10.1940, S. 3. Zu ähnlichen Bestimmungen bezüglich Kundenlisten in Wien siehe Jüdisches Nachrichtenblatt (Wiener Ausg.), Nr. 48 vom 14. 6. 1940, S. 4; zu den Kundenlisten siehe auch Anm. 5.

5 Laut RMEuL-Erlass zur Lebensmittelversorgung der Juden vom 11.3.1940 unterlagen Juden beim Kauf von Magermilch, Fisch, Geflügel und Wild zwar grundsätzlich keinen Beschränkungen, sie waren jedoch bei der Einführung von Kundenlisten oder anderen Abgabebeschränkungen sofort vom Bezug dieser Lebensmittel auszuschließen; IFZ/A, MA 1555-118\NID-14581.

Auch die Zuckerzuteilung war unzureichend. Den Hausfrauen wurde angeraten, das Beerenobst und sonstige Marmeladen ohne Zucker zu konservieren und die Versüßung erst vor dem Verbrauch vorzunehmen. Schokolade, Pralinen und andere Süßigkeiten sind kaum vorhanden und von sehr geringer Güte. An den Tagen, an denen solche Waren verabfolgt werden – Juden erhielten sie nicht⁶ –, standen die Käufer in langen Reihen vor den Geschäften und warteten, bis sie geöffnet wurden. Kakao, aus den Schalen der Kakaobohne hergestellt, wurde in geringen Mengen als Kindernährmittel verabfolgt.

Reis, Graupen, Sago, Teigwaren usw. wurden in geringen Mengen ausgegeben. Infolge des ungünstigen Sommers war auch der Weinertrag quantitativ und qualitativ gering. Da fast alle noch vorhandenen Weine von der Heeresverwaltung beschlagnahmt waren, stand nur eine geringe Menge zum Verkauf. Ein Weinhändler sagte mir, daß er zu Weihnachten wohl kaum seine Kunden befriedigen könne. Die geringen Weinmengen, die aus Ungarn, Italien und Bulgarien eingeführt wurden, waren kaum imstande, den Ausfall zu decken. Eine sehr große Knappheit bestand auch in Zigarren und Rauchtobak. Ob diese durch Mangel an Rohmaterial oder an Arbeitskräften oder durch beides verursacht worden war, entzieht sich meiner Kenntnis. In Süddeutschland, wo die Tabakindustrie heimisch ist, machte sich dieser Mangel noch nicht so fühlbar, wenn auch Einzelhändler ihren Kunden auf einmal nicht mehr als 5 Zigarren verabfolgten. In Berlin erhielt jeder der Käufer höchstens 2–3 Stücke auf einmal. In vielen Berliner Zigarrenläden konnte man an bestimmten Wochentagen überhaupt keine Zigarren erhalten.

Recht fühlbar war auch der Papiermangel. Den Kunden wurde angeraten, Tüten und sonstiges Packmaterial beim Einkauf mitzubringen. Der Kaufmann und Metzger sah es gerne, wenn man ihm alte Zeitungen brachte. Klosettpapier war kaum mehr zu erhalten. Ein Ladenbesitzer sagte mir: Ja, da müssen Sie auf die Tagespresse zurückgreifen!

Die gleiche Verknappung wie auf dem Gebiet der Lebens- und Genußmittel bestand auch hinsichtlich der Bekleidungsgegenstände. Die sogenannte Kleiderkarte garantierte theoretisch jedem den Mindestbedarf dessen, was er zum Schutz seines Körpers gegen Witterungseinflüsse bedarf. Die Qualität der Textilien ist bei dem Mangel an Wolle und Baumwolle, der ausschließlich zur Verwendung von Ersatzstoffen zwingt, so gering, daß die angeschafften Kleidungsstücke kaum halb so lange reichen als früher. Dabei blieben die Preise in früherer Höhe. Häufig trat sogar ein Preisaufschlag für Spinn- und Webwaren ein.

Am schwierigsten ist die Schuhversorgung. An Leder, das die Heeresverwaltung für alle erdenklichen Zwecke in ungeheuren Mengen benötigte, herrschte der größte Mangel. Die Erwerbung neuer Schuhe ist von der Erlangung eines Bedarfsscheins abhängig, und wer keine besonders guten Beziehungen hat, wird kaum einen solchen erhalten, es sei denn, daß er imstande ist, nachzuweisen, daß er wegen Mangel an ganzem Schuhwerk nicht zur Arbeit gehen kann. Das Tragen von Holzschuhen aller Art ist deshalb in Deutschland zur Frauenmode geworden, und man konnte in Berlin und sonstwo Trägerinnen dieses klappernden Schuhwerks aus allen Gesellschaftsschichten beobachten. Daneben sah man Männer und Frauen mit abgetragenen Schuhwerk, das in normalen Zeiten längst weggeworfen worden wäre. Die Ausbesserung der Schuhe war ebenfalls ein schwieriges Kapitel. Kurz bevor wir Deutschland verließen, mußte sich jeder bei einem Schuhmacher

⁶ Das RMEuL hatte Juden am 11.3.1940 von Lebensmittelsonderzuteilungen ausgeschlossen; siehe Dok. 36 vom 8.12.1939, Anm. 7.

als Kunde einschreiben lassen. Die Lederzuteilung war so gering, daß es keine Leder-sohlen mehr gab. Die als Ersatz zur Verfügung gestellten Gummisohlen (aus synthetischem Gummi hergestellt) sind schlecht und halten nur kurze Zeit.

Nur an Sonn- und Feiertagen ließ sich eine gewisse Eleganz beobachten, die vielfach noch aus besseren Zeiten stammt und sorgfältig zu erhalten gesucht wird oder aus neuerworbenen Stücken besteht, denen man bei genauem Besehen anmerkt, daß ihr Glanz bald verblaßt sein wird.

Auffallend waren auch die vielen Pelzmäntel, deren Trägerinnen gar nicht zu dem Kleidungsstück paßten. Da Pelzmäntel damals noch bezugscheinfrei waren und viele Arbeiterinnen nicht wußten, was sie mit ihrem Lohn anfangen sollten – zur Sparkasse wollten sie ihn nicht bringen –, legten sie ihn auf diese Weise an. Ob diese Thesaurierung bei dem immer mehr schwinden[den] Vorrat an Rohpelzen heute noch möglich ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Damit die tatsächliche Lage nicht allzu deutlich offenkundig wird, werden die Geschäfte gezwungen, ihre Schaufenster so zu dekorieren, als ob alles in Hülle und Fülle vorhanden sei. Dadurch befinden sich in vielen Geschäften die meisten Waren in den Schaufenstern. Die ausgestellten Waren sind vielfach mit Zetteln versehen, die die Aufschrift „verkauft“ tragen. Will ein Kunde irgendein Stück aus der Auslage haben, so wird er vom Geschäftsinhaber oder einem Angestellten belehrt, daß alle im Schaufenster liegenden Stücke, solange sie ausgestellt sind, nicht entfernt werden dürfen.

In der Leipziger Straße in Berlin waren im Oktober 1940 in einem Schaufenster wunderbare Pralinen und Schokoladen ausgestellt, aber als „unverkäuflich“ bezeichnet. Ob es echte oder nur Attrappen waren, konnte ich nicht feststellen. Durch derartige Mittel, für die die deutsche Sprache neuerdings die Bezeichnung „Tarnung“ geprägt hat – andere Sprachen kennen meines Wissens diesen Begriff nicht –, soll den in Berlin noch weilenden Ausländern vorgetäuscht werden, daß alles noch wie früher vorhanden sei.

Eine Knappheit besteht auch in allem, was der Gewerbetreibende zur Neuanfertigung oder Instandsetzung aller möglichen Dinge benötigt. Die Ausbesserung irgendeines Schadens an der Wasserleitung, einer Maschine oder an einem Bau ist deshalb eine schwierige und langwierige Angelegenheit. Die aus sogenannten Werkstoffen hergestellten Ersatzteile sind in der Regel so minderwertig, daß sie nicht lange halten, und dann geht der Tanz von neuem los. Für die Heeresverwaltung sollen alle Gebrauchsgegenstände in genügenden Mengen vorhanden sein. Wie es mit der Güte beschaffen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Der Bedarf des Heeres ist aber so ungeheuer, daß für die eigentliche Wirtschaft immer weniger übrig bleibt. Die Zuteilungen an diese werden immer geringer. Ein Installateur für Wasser und Gaseinrichtungen sagte mir schon im Herbst 1939, daß seine Innung kaum noch 25 % des normalen Bedarfs erhalte.

Die private Bautätigkeit hat fast völlig aufgehört. Notwendige Hausreparaturen müssen zurückgestellt werden. Die für öffentliche Neubauten vorgesehene Zeit wird weit überschritten. Nur wenn es sich um wichtige Gebäude handelt, in denen z. B. Heeresbedarf aufbewahrt wird, und um Unterkunftsräume für Soldaten oder Arbeiter in besonders wichtigen Betrieben, werden alle nötigen Materialien rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Aber auch hier spielen die Werkstoffe eine große Rolle.

Zu dem Materialmangel gesellt sich noch ein Arbeitermangel. Da Millionen von Männern im Heeresdienst gebraucht werden und andere Millionen den ungeheuren Bedarf der gewaltigen Kriegsmaschine bereitstellen müssen, werden der Wirtschaft die besten

Kräfte entzogen. Die Einstellung weiblicher und ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener kann nicht als vollwertiger Ersatz angesehen werden. An starkem Arbeitermangel leidet auch die Privatwirtschaft, und es ist sehr fraglich, ob die kommende Ernte so bestellt werden kann, daß sie die Volksernährung für ein ganzes Jahr gewährleistet.

Bei Kriegsbeginn wurden Gesetze zur Verhütung des sogenannten „Hamsterns“ und des Schleichhandels erlassen und nachgehend mehrfach verschärft. Unter Umständen kann sogar für derartige Verbrechen die Todesstrafe verhängt werden.⁷ Trotzdem ist die Zahl der „Volksschädlinge“, die täglich und stündlich gegen diese Anordnungen verstoßen, nicht gering. Wie in den Jahren 1914–18 war der Schleichhandel schon im Herbst 1940 üppig ins Kraut geschossen. Unter der Hand wurden alle möglichen Dinge zum Kauf angeboten. Namentlich der von den Soldaten aus Holland nach Hause gebrachte oder geschickte Bohnen-Kaffee war ein beliebter Handelsartikel, der bis zu RM 12,- und darüber pro halbes Pfund Abnehmer fand.

Wie in der Zeit des ersten Weltkrieges ist der Landwirt gerne bereit, Butter, Eier, Geflügel u. a. gegen Textil- und Wirtschaftsgegenstände „hintenherum“ abzugeben, und der Kaufmann in der Stadt geht sehr gerne auf solche Tauschgeschäfte ein.

Die Einschränkung, die sich die Bevölkerung hinsichtlich der Ernährung, Kleidung und ihres bisherigen Komforts auferlegen muß, ist nicht das einzige Opfer, das der Krieg von ihr forderte. Als mindestens gleich starke Qual werden die Luftangriffe der RAF empfunden,⁸ die ja bis in die Industriestädte längs des Rheins, an der Nordseeküste und auch in Berlin große Beunruhigung hervorriefen. Neben der Gefahr, in die die von den feindlichen Fliegern angegriffenen Orte gerieten, wurde das oft stunden-, manchmal nächtelange Verweilen in den Luftschutzräumen als eine schwere Störung empfunden. In Berlin hatten die Luftschutzwarte Weisung erhalten, bei Fliegerangriffen die in den Kellern versammelten Menschen durch geeignete Ansprachen bei guter Stimmung zu erhalten.⁹ Ein Luftschutzwart benutzte diese Gelegenheit, um die Verdienste Hitlers hervorzuheben. Begeistert rief er u. a. aus: „Wo wären wir jetzt, wenn wir Adolf Hitler nicht hätten!“ Ein junges Mädchen erwiderte: „Im Bett.“ Die Anwesenden waren starr vor Schreck, als sie diese kühne Antwort hörten. Das Mädchen wurde gleich am anderen Morgen der Geheimen Staatspolizei übergeben.

Der Arbeiter, der oft schon um 5 Uhr seine Wohnung verlassen muß, um rechtzeitig zur Arbeitsstelle zu kommen, geht nach größtenteils im Keller verbrachter Nacht – manchmal mußte der Luftschutzraum infolge mehrmaligen Ertönsens des Warnungssignals innerhalb einer Nacht 3 oder 4 mal aufgesucht werden – schlaftrunken und mürrisch zur Arbeit. Viele Werktätige suchen darum auch die Luftschutzräume gar nicht mehr auf.

Der Grünwarenhändler ist mißgestimmt, weil er zur Entgegennahme seiner Ware nach einer Fliegernacht ebenso früh in der Markthalle erscheinen muß wie an anderen Tagen. Die einzigen, die durch die Fliegerangriffe einen Vorteil haben, sind die Schulkinder und ihre Lehrer, da der Unterricht, je nach der Dauer des Aufenthalts im Keller, später beginnt. Lästig und gefährlich sind auch die Verdunkelungs-Vorschriften. Besonders in den kur-

7 Nach § 1 der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 wurde die Zurückhaltung von Rohstoffen und Lebensmitteln als „kriegsschädliches Verhalten“ mit Gefängnis- und Zuchthausstrafe geahndet, in besonders schweren Fällen drohte die Todesstrafe; RGBl., 1939 I, S. 1609 – 1613.

8 RAF: Royal Air Force, die brit. Luftstreitkräfte.

9 Nicht ermittelt.

zen Spätherbst- und Wintertagen herrschte in Berlin von nachmittags 5 Uhr eine dichte Finsternis auf den Straßen. Wer nicht dringend außerhalb zu tun hatte, zog es vor, zu Hause zu bleiben. Es ist begreiflich, daß dieser Zustand das gesellschaftliche Leben, den Konzert-, Theater- und Kinobesuch fast völlig unmöglich machte.

Schwierig, fast unmöglich ist es, die Schäden anzugeben, die durch die Fliegerangriffe verursacht wurden, weil die Presse hierüber selten Nachrichten bringen darf. Ab und zu kommen wohl behördliche Berichte, die die Vorgänge und die Opfer, die sie forderten, bagatellisieren; auch wurden die Stellen, wo Bomben niederfielen, sofort behördlich abgesperrt. Daß mancherlei Schäden durch die RAF angerichtet wurden, ist sicher. In Mannheim war z.B. im September die Rheinbrücke gesperrt, weil am Brückenanfang eine Bombe niedergegangen war. Weitere Abwürfe erfolgten in und in der Nähe der Lang'schen Maschinenfabrik, auf dem Lindenhof und in den verschiedenen Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik auf der linksrheinischen Seite. In Berlin waren die oberen Stockwerke eines Wohnhauses zwischen den Bahnhöfen Lehrter Stadtbahnhof und Bellevue der Hochbahn völlig zerstört. In der Halle des Lehrter Stadtbahnhofs waren im Oktober fast alle Glasscheiben zerstört. Dieser Schaden wurde mit der größten Eile ausgebessert.

Große Verwüstungen wurden in der gleichen Zeit an einem Gebäude in der alten Kantstraße beim Charlottenburger Bahnhof hervorgerufen, die auch viele Menschenleben gefordert haben sollen. Bemerkenswert waren auch die mehrfachen Anschläge in den Bahnhöfen der Hochbahn, daß diese oder jene Strecke gesperrt und welche Umwegstrecke zu benutzen sei. Welche Schäden in der Umgebung von Berlin und auf dem Fernbahnnetze entstanden, kann nicht berichtet werden. Es wurde wohl viel von zerstörten Fabriken in den Vororten erzählt und von stillgelegten Bahnstrecken. Das sind aber unzuverlässige Berichte, die nicht nachgeprüft werden können.

Die Behandlung der Juden bei Luftschutzangriffen war verschieden. In vielen Häusern waren besondere Luftschutzkeller für Nichtarier. In anderen durften sie mit den Ariern im gleichen Raume weilen. Anderswo ordnete der Luftschutzwart an, daß nur Juden die Luftschutzräume aufsuchen mußten, weil zu befürchten sei, daß sie den englischen Piloten mit Taschenlampen Blinkzeichen gäben. In noch anderen Häusern brauchten Juden überhaupt nicht ihre Wohnungen zu verlassen.¹⁰ Irgendwo beschwerte sich ein neuer Mieter über die Anwesenheit von Juden im Luftschutzkeller. Dies sei unerträglich für ihn. Die Juden wurden daraufhin ausgeschlossen. In der folgenden Nacht schlug eine Bombe in den Keller, wobei es viele Tote und Verwundete gab. Die jüdischen Bewohner, die in ihren Wohnungen hatten bleiben müssen, blieben verschont.

Wie verhielt sich die Bevölkerung zu den damals in Deutschland herrschenden Zuständen? Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb nicht so ganz einfach, weil es der Nationalsozialismus nach und nach erreicht hat, die Juden in Deutschland völlig zu isolieren und fast alle Beziehungen zwischen der arischen und nichtarischen Bevölkerung zu unterbinden. Daher kommt es, daß der jüdische Beobachter nur wenig Gelegenheit hat, die im Volke herrschende Stimmung kennenzulernen. Eine der ersten Taten Hitlers und seiner Helfershelfer war es, dem deutschen Volke seine Menschenfreiheit zu rauben. Wer sich nicht willig knebeln ließ, dem wurde der Brotkorb entzogen. Daß dieses Mittel vorzüglich wirkte, beweist am besten die derzeitige geistige Verfassung des deutschen Beamten aller Kategorien. Ich konnte dies vorzüglich am Verhalten meiner früheren Bekannten

¹⁰ Siehe auch Dok. 109 vom 7. 10. 1940.

mir gegenüber beobachten. Viele von ihnen, darunter solche, mit denen ich früher freundschaftlich verkehrte und die mich in ihre intimsten Verhältnisse eingeweiht hatten, brachen nach und nach den Umgang mit mir ab. Andere stellten sich, wenn sie auf der Straße an mir vorbeigingen, an ein Schaufenster, schauten nach der Uhr oder sonstwo hin und taten, als sähen sie mich nicht. Nur wenige blieben in ihrer Haltung unverändert und erwiesen sich bis zuletzt als aufrechte, ehrenhafte Männer.

Das sind allerdings nur einzelne Erscheinungen. Das durch den Nationalsozialismus geschaffene, feinmaschige Bespitzelungssystem hat bewirkt, daß keiner mehr dem anderen traut. Die Eltern fürchten, von ihren Kindern denunziert zu werden, und der Landgerichtspräsident von seinem jüngsten Schreibgehilfen. Der Arbeiter hütet sich wohl, mit seinem Werkgenossen mehr zu sprechen, als die Berufsarbeit erfordert. Am stärksten ist das Spitzelsystem unter den Frauen entwickelt, die jede Kleinigkeit, die sie bei der Nachbarin oder Freundin beobachten, dem Block-Zellenwart, dem Orts- oder Kreisleiter hinterbringen. So erhält diese Stelle mehr oder weniger zuverlässige Unterlagen über die Gesinnungsart der Gesamtbevölkerung.

Interessant ist das Verhalten der Reisenden in der Eisenbahn. Entweder sitzt jeder hinter einer Zeitung oder tut, als schlafe er. Weil keiner dem anderen traut, kommt nur selten ein Gespräch zustande. Wenn sich tatsächlich zwei gute Bekannte unterhalten, lauern die übrigen hinter ihren Zeitungen, ob kein verfängliches Wort gesprochen wird. In der Berliner Hochbahn hört man kaum mehr ein scherzhaftes Wort. Jeder sitzt schweigend und brütet vor sich hin.

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung bedient sich die Nationalsozialistische Regierung neben der durch die Partei und ihre Gruppierungen von Mund zu Mund betriebenen Propaganda des Lichtbilds, des Rundfunks und der Presse. Alle drei sind fest in ihren Händen und werden scharf von ihr überwacht. Die Presse ist vollständig gleichgeschaltet. Die größten Zeitungen in Berlin, ebenso die Frankfurter Zeitung, unterscheiden sich im wesentlichen nicht viel vom kleinsten Provinzblättchen, besonders da seit Beginn des Krieges infolge der herrschenden Papierknappheit ihr Umfang stark gekürzt wurde. Im großen und ganzen schenkt die Bevölkerung dem, was ihr die Presse bietet, keinen allzu großen Glauben. Ein im Winter 1940 von der Front nach Hause gekommener Soldat sagte, er halte von der Zeitung nur das Datum für wahr, alles übrige sei Schwindel. Ähnliche Bemerkungen konnte man vielfach und unumwunden hören. In gleicher Weise werden vielfach die Meldungen des Rundfunks beurteilt. Gleich bei Kriegsbeginn wurde das Abhören ausländischer Sender unter Androhung schwerer Zuchthausstrafen verboten.¹¹ Bis zu meiner Ausreise aus Deutschland wurden jede Woche mehrere Verurteilungen von Personen bekanntgegeben, die trotzdem ausländische Sender gehört und die Nachrichten sofort weiterverbreitet hatten. Viele solcher Hörer sind vorsichtiger und behalten die ausländischen Nachrichten für sich. Aber in der Unterhaltung mit Geschäftsleuten u. a. bekommt man häufig Dinge erzählt, die nur durch den englischen oder schweizer Sender in Erfahrung gebracht werden konnten.

Es ist begreiflich, daß diese Knebelung der freien Meinung von vielen, besonders von denen, die andere Zeiten erlebt hatten, mit größtem Widerwillen ertragen wird. Hierzu kommt noch bei vielen eine Verbitterung gegen die Regierung, wegen ihrer feindseligen Einstellung gegen das positive Christentum. Welchen Umfang diese Mißstimmung ge-

¹¹ Siehe Dok. 2 vom 1.9. 1939, Anm. 10.

nommen hat, kann ich, da es mir unmöglich war, diese Angelegenheit genau zu verfolgen, nicht angeben. Es scheint, daß während des Krieges ein gewisser Waffenstillstand eingetreten ist. Nach dessen, wie man hofft und dem Volke suggeriert wird, siegreicher Beendigung dürfte wohl die Streitaxt wieder ausgegraben werden.

In einem Punkte herrscht in allen Volksschichten völlige Übereinstimmung. In der Unzufriedenheit über die Höhe der Steuern und Abgaben. Die Bemerkung: Ich arbeite nur noch für das Finanzamt, konnte man schon vor Kriegsbeginn vielfach von Geschäftsleuten hören. Jetzt, nachdem die Steuerschraube noch viel fester angezogen wurde, ist der Unmut noch gewachsen.¹²

Verbitterung in höchstem Grade verursacht auch die Machtfülle, welche sich die Nationalsozialistische Partei nach und nach angemäßt hat. Sie sowie die aus ihr hervorgegangene und ihr teilweise unterstehende Geheime Staatspolizei (Gestapo) bildeten eine Nebenregierung, die mächtiger ist als die eigentliche Regierung, deren Organe häufig mit verbissenem Ingrim gegenüber der „Parteiwirtschaft“ den kürzeren ziehen. Da die Parteiinstanzen berechtigt sind, auch Nichtparteigenossen vor ihr Forum zu laden, und über alle Fragen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens gehört werden müssen, sind sie allgemein gefürchtet und gehören zu den Einrichtungen, die man am liebsten meidet. Diese Doppelregierung hat den weiteren Nachteil, daß einer dem anderen für ergangene Anordnungen die Verantwortung zuschiebt. Dies äußert sich ganz besonders in jüdischen Angelegenheiten. Ganz oft kam es vor, daß die Polizeibehörde hinsichtlich einer neuen Maßnahme erklärte, sie wisse gar nichts von der Sache. Sie habe überhaupt nichts damit zu tun, das könne nur von der Partei ausgegangen sein, während diese die Polizei verantwortlich machte.

Daß die Zwangswirtschaft und Rationierung aller Güter allenthalben Mißstimmung verursacht, wissen wir aus den Jahren 1914-18. Sie ist jetzt wieder in mindestens gleichem Maße vorhanden. Die Hausfrau, besonders die in der Stadt, ist übelgelaunt, wenn sie übernachtigt, nach stundenlangem Umherirren und Anstehen, das, was ihr markenmäßig zusteht, ergattert hat und sorgenvoll feststellen muß, daß das wenige nicht ausreicht, ihrem schwer arbeitenden Mann und ihren heranwachsenden Kindern ein kräftiges, bekömmliches Essen vorzusetzen. Bei mancher, die bisher in der „Frauensschaft“¹³ mit Eifer mitgearbeitet hatte, ist bereits eine Ernüchterung eingetreten.

Mißgestimmt ist auch die Bauersfrau, deren Mann im Kriegsdienst steht und die jetzt allein das Gut bewirtschaften muß.

Der Arbeiter geht schlaftrunken, abgehetzt und ungenügend ernährt zur schweren Arbeit, die ihn in der Regel 10 Stunden, häufig noch mehr, beansprucht, und für die er einen geringen Lohn erhält, von dem ihm $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ für Steuern, Versicherungen, Abgaben an die Partei usw. einbehalten werden. Auch die Nahrungsmittel, die er als Schwerarbeiter zusätzlich bekommt, reichen nicht aus, um ihn seinen Leistungen entsprechend bei Kräften zu erhalten. Er weiß, daß er im Dritten Reich nichts anderes als ein rechtloser Lohnsklave geworden ist, und sieht die Arbeitsfront als eine von der Regierung geschaffene Peitsche an, durch die er niedergehalten werden soll. Den nationalsozialistischen Schlagworten mißtraut er. Ich hörte, wie ein Arbeiter zu einem anderen in gut süddeutschem Dialekt

12 Mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939 wurden ein Kriegszuschlag zur Einkommensteuer sowie eine Kriegsteuer auf Bier, Tabak, Branntweinerzeugnisse und Schaumwein eingeführt; wie Anm. 7.

13 Die NS-Frauenschaft war die Frauenorganisation der NSDAP.

sagte: „Geh mir weg mit Deiner Volksgemeinschaft, des ist ein uffgelegter Schwindel.“ Ein anderer sagte: „Es mag ausgehen, wie es will, der Arbeiter muß die Zeche bezahlen.“

Der Bauer ist unzufrieden, weil er über das, was er dem Boden abgerungen hat, nicht mehr frei verfügen darf, und nach seiner Meinung zu viel abliefern muß. Die „Bauernschaft“ sieht er als eine Einrichtung an, die nur geschaffen wurde, um ihn zu schädigen.¹⁴ Der Ortsbauernführer ist sein größter Feind, der nur seinen eigenen Vorteil im Auge hat. Der Handwerker ist unzufrieden, weil er infolge Materialknappheit überall behindert ist und ihm die Hilfskräfte fehlen. Die Arbeiter, die ihm geblieben sind, sind minderwertig und machen, was sie wollen. Mit besonderer Wut spricht er vom Innungsmeister, der nach seiner Ansicht in die eigene Tasche arbeitet.

Der Einzelhändler ist unzufrieden, weil er sich durch die täglich neu erfolgenden, sich vielfach widersprechenden Anordnungen behindert sieht und immer mehr mit unproduktiver Arbeit belastet wird. Er ist, wie ich aus eigenem Munde hörte,¹⁵ kein Kaufmann mehr, sondern nur noch Verteiler, der gewärtig sein muß, daß ihm wegen irgendeines Verstoßes der Laden geschlossen wird.

Der Industrielle ist unzufrieden, weil er in seinem Betriebe nichts mehr zu sagen hat. Einige seiner Angestellten sind ständig damit beschäftigt, die neu erlassenen Anordnungen der Behörde zu studieren und durchzuführen. (Das Tempo, mit welchem die Gesetzgebungsmaschine arbeitet, läßt sich ermessen, wenn man den Umfang des „Reichsgesetzblattes“ und anderer Nachrichtenblätter der Behörden der letzten 7 Jahre mit dem der früheren Jahre vergleicht.) Die „Arbeiterfront“¹⁶ übt fortgesetzte Kontrolle über seinen Betrieb aus. Ohne ihren Willen ist er außerstande, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen. Aber auch unter den geistigen Arbeitern, soweit sie nicht öffentliche Beamte sind, besteht eine Mißstimmung. So klagte mir ein Herr aus einer kleinen Stadt, der sich seit langem mit Heimat- und Familienforschung befaßte, über den Tiefstand der gegenwärtigen Fachzeitschriften. Ich sagte ihm: „Ihr habt es ja eigentlich so gewollt“, worauf er erwiderte: „Nein, so haben wir es nicht gewollt!“

Wie weit die Behandlung der Kirchenfrage die Unzufriedenheit in allen Volkskreisen erhöht, das läßt sich, wie bereits bemerkt wurde, nicht angeben.

Haß und Unzufriedenheit erregt auch in weitesten Volkskreisen die Leichtfertigkeit, mit der der Nationalsozialismus mit dem Menschenleben umgeht. Vollziehungen der Todesstrafe waren lange Zeit alltägliche Vorgänge.

Ganz besonders aufreizend wirkte die Tötung vieler Geisteskranker, Idioten, Epileptiker und sonstiger nicht Vollsinniger in Anstalten, die durch Einspritzungen aus dem Leben geschafft wurden. Den Angehörigen wurde kurzerhand das Ableben mitgeteilt. (Diese Nachricht ist absolut zuverlässig.) Auch die vielen Unfruchtbarmachungen, wovon viele dem Nationalsozialismus mißliebige Personen betroffen wurden, sind ein Kapitel, über das man häufig abfällige Urteile hört.¹⁷

¹⁴ Der Reichsnährstand, die ständische Organisation der NS-Agrarpolitik, war unterteilt in Landes-, Kreis- und Ortsbauernschaften.

¹⁵ So im Original.

¹⁶ Richtig: Deutsche Arbeitsfront, der NS-Einheitsverband für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

¹⁷ Zur „Euthanasie“ siehe Einleitung, S. 31–33, 50 f. Die rechtliche Basis für Zwangssterilisationen war bereits am 14. 7. 1933 mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses geschaffen worden. Demnach konnte eine Sterilisation vorgenommen werden, wenn bei den Nachkommen schwere körperliche oder geistige Erbschäden zu erwarten seien; RGBL., 1933 I, S. 529–531. Insgesamt wurden etwa 400 000 Menschen zwangssterilisiert.

Über die Stimmung der Bevölkerung gegen die Regierung kann ich deshalb nicht urteilen, weil ich fast nur mit Personen Umgang hatte, die ihr feindlich gegenüberstanden. Die einzigen, die restlos für sie eintreten, sind die Nutznießer des Nationalsozialismus, die mit seiner Hilfe gute Posten ergatterten, während sie vordem vielfach zweifelhafte Existenzen waren. Und nun wollen sie den Platz an der Futterkrippe nicht verlieren. Das „Bonzentum“, das der Nationalsozialismus bei der Machtergreifung ausrotten wollte, ist seit 1933 üppig ins Kraut geschossen. Ein Geschäftsmann sagte mir: „Der Schmutz, der sich im Dritten Reich angesammelt hat, übersteigt jetzt schon den, den die Novemberverbrecher hinterließen.“¹⁸

Das Verhalten der Bevölkerung bei Beginn und während des Krieges muß noch kurz gestreift werden. Als im September 1939 der Krieg ausbrach, merkte man nichts von der Begeisterung, wie wir sie in den ersten Augusttagen 1914 erlebt haben. Mit ängstlicher Spannung lauschte man den Rundfunkmeldungen und hoffte sehnlichst, daß der Frieden erhalten bliebe. Der überwiegende Teil der Bevölkerung wollte keinen Krieg. Noch viele hatten die Jahre 1914-18 miterlebt und kannten die Leiden, die jene Zeit gebracht hatte, noch zu genau. Auch der waffenfähigen Jugend fehlte jede Begeisterung. Sie beugte sich dem starken Druck. Man erkannte in weiten Kreisen der Bevölkerung, daß der Krieg von Hitler lange vorbereitet und im vermeintlich günstigen Augenblick frivol unternommen wurde. Wenig Begeisterung riefen auch die Erfolge der deutschen Waffen im Sommer 1940 hervor. Man befragte die Häuser, weil es so vom Reichspropagandaminister angeordnet worden war. Die innere Teilnahme fehlte. Jeder dachte an seine Angehörigen an der Front, an die Schwierigkeiten zu Hause und wünschte ein baldiges Ende des „Schwindels“, einerlei, zu wessen Gunsten es auch ausgehe. Eine siegesstarke Zuversicht, wie sie namentlich bei der Beamtenschaft zum Ausdruck kommt, scheint das Ergebnis einer Propaganda zu sein, die, von der Partei betrieben, die Stimmung der öffentlichen Meinung hochhalten möchte. Wie weit es mit der Siegeszuversicht im arbeitenden Volke bestellt ist, beweist folgender Einzelfall:

Ein jüdischer Arbeiter besprach mit dem Vorarbeiter die politische Lage und sagte: „Jetzt wird der Krieg doch hoffentlich bald zu Ende sein.“ – „Da sind Sie aber im Irrtum“ – sagte dieser. „Der Krieg fängt erst richtig an. Warten Sie ab, wenn im Frühjahr die englischen und amerikanischen Flieger über uns wegsausen, dann haben wir nichts zu lachen. Dann werden wir es so bekommen, wie wir es verdient haben.“

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Es besteht in Deutschland in weiten Kreisen der Bevölkerung eine sehr große Unzufriedenheit gegen die Regierung. Die durch die Partei und die Gestapo jedem einzelnen angelegte Zwangsjacke macht es jedoch unmöglich, daß diese Mißstimmung deutlich zum Ausdruck kommt und daß sich die Menge zur gemeinsamen Abwehr zusammenfindet. Ob man geheim irgendwelche Propaganda zu diesem Zweck betreibt, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Regierung mag die Volksstimmung nicht unbekannt sein. Sie sucht die Erbitterung der Massen durch eine Judenhetze abzulenken, die beispiellos in der Geschichte ist. Durch das Schlagwort: „Es gibt keine anständigen Juden“, das durch die Partei in die entlegensten Gegenden getragen und an alle Kreise als Parole ausgegeben wurde, wurden die Juden als minderwertig erklärt. Beamten und deren Angehörigen

18 Novemberverebrecher: Von rechten Gruppen und Parteien geprägte Bezeichnung für die deutschen Politiker, die 1918 die Kapitulation und den Vertrag von Versailles unterzeichnet hatten.

wurde der Verkehr mit Juden unter Androhung der Disziplinierung verboten, ebenso auch der Einkauf in jüdischen Geschäften.¹⁹ Systematisch ging die Partei vor, Juden aus allen Ämtern, allen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens und den freien Berufen zu verdrängen. Ein großer Teil der nichtjüdischen Bevölkerung ließ sich trotz aller Drohungen und Gewaltmittel nicht davon abhalten, weiter mit Juden geschäftlich und privat zu verkehren, bis Reichsminister Funk 1938 die Juden auf dem Wege der Gesetzgebung zwangsweise aus der Wirtschaft beseitigte.²⁰ Welch himmelschreiendes Unrecht mit Hilfe der deutschen Gesetze bei der sogenannten Arierisierung der Geschäfte sowie beim Verkauf des ganzen Eigentums Juden zugefügt wurde, kann hier nur angedeutet werden. Eingehend muß dieser Gegenstand erst in einer Zeit behandelt werden, in der die Gerichts- und andere Archive wieder zur freien Benutzung zugänglich sind. Jener Zeit muß auch die Darstellung der Vorgänge überlassen werden, die sich am 9. und 10. November 1938 in Deutschland zutrugen, angeblich von der Volksmenge hervorgerufen, in Wirklichkeit vom Nationalsozialismus von langer Hand vorbereitet und bis ins einzelne angeordnet. Es sei nur festgehalten, wie in jenen Tagen in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald u. a. Zehntausende jüdischer Männer verbracht, vielfach infolge erlittener Mißhandlungen sterbend eingeliefert wurden und Tausende unter unsäglichen Qualen den Tod fanden; wie vieler Juden Hab und Gut in ihren Wohnungen und Geschäften in sinnloser Weise zerstört wurde, wie fast alle jüdischen Gotteshäuser in Flammen aufgingen und mit ihnen Dinge, die jedem Juden heilig sind und deren Wert vielfach in künstlerischer und historischer Hinsicht unersetzlich war.²¹

Tränennden Auges stand ich vor den Trümmern der ehrwürdigen Synagoge in Worms, deren 900jähriges Bestehen im Jahre 1934 gefeiert wurde; tiefe Wehmut überkam mich jedes Mal, wenn ich im Vorbeifahren von der Hochbahn aus das gesprungene, rauchgeschwärzte Mauerwerk des prächtigen Tempels in der Fasanenstraße in Berlin erblickte. Als letztes Glied in der Leidenskette der deutschen Juden – ob es das allerletzte sein wird, weiß nur Einer – ist die Verbringung der Juden in Stettin im Frühjahr 1940 nach Lublin zu verzeichnen, der am 22. Oktober 1940 die Evakuierung der Juden aus Baden und der Rheinpfalz nach dem Camp de Gurs in den französischen Pyrenäen folgte.²²

Als ich Ende 1940 Deutschland verließ, lebten im Altreich noch etwa 150 000 Juden, hiervon mehr als die Hälfte in Berlin, wohin im Laufe der letzten Jahre viele aus allen deutschen Gegenden übergesiedelt waren. Der weitaus größte Teil sind Menschen, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben. Ihre Lage war in jeder Hinsicht eine überaus traurige. Nur ein geringer Teil besaß noch das Vermögen, das zum Lebensunterhalt nötig ist. Die meisten zehrten ihren Besitz nach und nach auf und lebten in der dauernden

¹⁹ Das Badische Ministerium des Innern hatte Beamten bereits per Runderlass vom 19.7.1937 (Nr. 52124) den Umgang mit Juden verboten; Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, hrsg. von Joseph Walk, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 196.

²⁰ Relevant waren in diesem Zusammenhang vor allem die von Göring als BVP erlassenen Maßnahmen wie die VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.1938 (RGBl., 1938 I, S. 414, siehe auch VEJ 2/29), die auch von Funk unterzeichnete VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 (RGBl., 1938 I, S. 627f., siehe auch VEJ 2/42) und die VO zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (RGBl., 1938 I, S. 1580, siehe auch VEJ 2/143).

²¹ Zum Novemberpogrom siehe VEJ 2, S. 51–58, und besonders VEJ 2/123–138.

²² Zu den Deportationen der Stettiner Juden siehe Dok. 52 vom 12./B.2.1940 und Dok. 53 vom 16.2.1940, zu den Deportationen nach Südfrankreich siehe Anm. 2.

Sorge, eines Tages vis à vis de rien²³ zu stehen, oder, falls sie zur Auswanderung gelangen sollten, mittellos zu sein. Die wenigen Reichen, deren Zahl ständig abnimmt, sind nicht imstande, für die Besitzlosen einzutreten, deren Zahl ständig größer wird. Die öffentliche Wohlfahrt ist für Juden gesperrt.²⁴ Die private Wohltätigkeit ist dadurch eingeengt, daß so ziemlich alle jüdischen Vermögen durch die Devisenstellen der Finanzämter gesperrt wurden und jedem von seiner Bank nur so viel ausgehändigt werden darf, wie ihm für den monatlichen Verbrauch bewilligt wurde. Auch Gehälter und Löhne sind für Arbeitnehmer auf solche Sperrkonten durch den Arbeitgeber zu überweisen.²⁵ Die Bedürftigen werden von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland versorgt, die für Wohlfahrts- und Auswanderungszwecke ein beschränktes Besteuerungsrecht besitzt und an die die Auswanderer, bevor sie Deutschland verlassen, eine Auswandererabgabe zu entrichten haben, die nach der Höhe des Vermögens bemessen wird. Die Reichsvereinigung ist eine von der Reichsregierung anerkannte Stelle, an die die Behörden, besonders die Gestapo, Weisungen ergehen lassen, die die Juden in Deutschland betreffen, und für deren Vollzug sie verantwortlich ist. Manchen der leitenden Männer sind aus ihrer Tätigkeit schon große Schwierigkeiten erwachsen; einzelne waren schon wochenlang aus nichtigen Gründen in Haft.²⁶ Da es an Arbeitskräften auf allen Gebieten fehlt, wurden im Sommer 1940 sehr viele Juden in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Besonders war dies in Berlin der Fall, wo über 20 000 jüdische Männer und Frauen in Fabriken und sonstigen Betrieben angestellt waren. Im Oktober 1940 sprach man davon, daß deren Zahl noch wesentlich erhöht werden sollte. Männer sollten bis zum sechzigsten und Frauen bis zum fünfzigsten Lebensjahre herangezogen werden. Es ist begreiflich, daß es viele dieser Zwangsarbeiter, denen die neue Tätigkeit völlig fremd und ungewohnt war, große Anstrengungen kostete, sich zurechtzufinden. Viele brachen nach kurzer Zeit zusammen und wurden krank, andere fühlten sich jedoch, sobald sie an die neue Lebensweise gewöhnt waren, wohl und waren froh, daß sie nicht müßig gehen brauchten und auch etwas Geld verdienten. Die Löhne bewegten sich vielfach nicht ganz in der Höhe der der nichtjüdischen gleichartigen Arbeiter.²⁷ Über die Behandlung seitens der Arbeitgeber und anderer wurde wenig Klage geführt. Auch soll das Verhältnis zu den übrigen Arbeitsgenossen durchweg ein günstiges sein. Nur einige Kassenärzte sollen erkrankte Leute kurzerhand für gesund erklärt haben, auch wenn ihre Arbeitsunfähigkeit noch so offenkundig zutage trat. In Berlin wurde von Fällen berichtet, in denen nichtjüdische Arbeiter ihren Werksgenossen, denen keine Schwerarbeiter-Zulage bewilligt wurde, Milch und andere Lebensmittel zukommen ließen.

Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung sind die Juden, wie schon erwähnt wurde, wesentlich schlimmer dran als die andere Bevölkerung. Für sie gibt es keine Kleiderkarten und Bezugscheine für Schuhwerk.²⁸ Diejenigen, welche anfangs in der Bezugscheinstelle

23 Franz.: vor dem Nichts.

24 Durch die VO des RMdI vom 19. 11.1938 wurden Juden von der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen und an jüdische Wohlfahrtseinrichtungen verwiesen; RGBl., 1938 I, S. 1649, siehe auch VEJ 2/164 und Dok. 122 vom 2. 12.1940.

25 Zur Sperrung jüdischen Vermögens durch sogenannte Sicherungsanordnungen siehe Dok. 17 vom 4. 10. 1939, Anm. 6.

26 Siehe Dok. 128 vom 20. 12.1940.

27 Siehe Dok. 108 vom 4. 10. 1940 und Dok. 114 vom 2. 11.1940.

28 Siehe Dok. 36 vom 8. 12.1939, Anm. 4.

wegen einer Anweisung für Kleider oder Schuhe vorsprachen, wurden mit der Bemerkung abgelehnt: „Geht zu Chamberlain, der soll auch für Schuhe und Kleider sorgen.“²⁹ Größere jüdische Gemeinden richteten Kleider- und Schuhkammern ein, wohin die reichlicher Versorgten, besonders die Auswanderer, das Entbehrliche ablieferten, von wo aus es an diejenigen abgegeben wurde, die es nötig brauchten. Für Juden gab es auch keine Sonderzulagen für Lebensmittel, z. B. Bohnenkaffee, der aus den von Holland nach Deutschland verbrachten Beständen kurze Zeit ausgegeben wurde, usw.

In manchen Städten dürfen Juden nur in bestimmten Geschäften kaufen; in anderen zu bestimmten Zeiten. In wieder anderen war beides vorgeschrieben. In Berlin war die Einkaufszeit von 16 – 17 Uhr.³⁰ Geschäftszwang bestand nicht. Das, wofür der nichtjüdischen Hausfrau der ganze Tag zur Verfügung steht, muß die jüdische in einer Stunde erledigen. Mit welcher Eile sich die jüdische Frau zum Einkauf begibt und wie erschöpft und abgehetzt sie wieder nach Hause kommt, erübrigt sich zu schildern. Der Geschäftsmann, der außerhalb der angegebenen Zeit an Juden oder für Juden Ware abgibt, hat Schließung seines Betriebes zu gewärtigen.

Besonders schlimm war es in Berlin für den, der bei der Abgabestelle für Lebensmittelkarten zu tun hatte. Meine Frau befand sich einmal in dieser unangenehmen Lage. Die betreffende Stelle war zweimal wöchentlich für Juden, und zwar in einem gesonderten Raum, geöffnet. Als meine Frau gegen 9 Uhr hinkam, hatten sich im Hofe schon mindestens 100 Personen in zwei Reihen aufgestellt. Die vordersten standen auf der Treppe, die zum Amtszimmer führte. Die übrigen mußten bei empfindlicher Kälte stundenlang warten und langsam nachrücken. Als meine Frau die oberste Treppenstufe erreicht hatte und vor dem Dienstraum stand, schlug es 12 Uhr und das Büro wurde geschlossen. Einen zweiten Versuch, dort anzukommen, unterließ sie.

Da den Juden der Besuch von Gaststätten, Kinos, Theatern, Museen sowie die Benutzung öffentlicher Büchereien verboten ist, fehlt es an geistiger Anregung und Erfrischung. Das gesellschaftliche Leben verbietet sich infolge der Verordnungen gegen Fliegerangriffe von selbst sowie auch durch die Anordnung, daß Juden nach 20 Uhr der Aufenthalt auf der Straße untersagt ist. Eine gegenseitige Fühlungnahme durch den Fernsprecher ist unmöglich. Ab 1. Oktober wurden allen Juden, mit nur geringen Ausnahmen, die Telefonanschlüsse entzogen. Hier ist auch zu bemerken, daß ihnen bei Reisen der Aufenthalt im Speisewagen und die Benutzung des Schlafwagens untersagt wurde.³¹

In Berlin gibt es wohl jüdische Lichtspielstätten, von Juden und für Juden veranstaltete Theateraufführungen und Konzerte, die aber nicht stark besucht werden.³² Es ist begreiflich, daß Abgehetzten und Abgearbeiteten nicht der Kopf nach solchen Veranstaltungen steht, die von der Gestapo genehmigt und überwacht werden.

Die einzige noch erscheinende jüdische Zeitung, das „Jüdische Nachrichtenblatt“, macht einen kläglichen Eindruck. Bedauernswert ist der ständig mit beiden Beinen im Zuchthaus stehende Schriftleiter, der nur das bringen darf, was die Gestapo gestattet oder ihm

29 Arthur Chamberlain (1869 – 1949) war 1937 – 1940 brit. Premierminister.

30 Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

31 Auf Anordnung Görings vom 28. 12. 1938 wurde Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen untersagt; siehe VEJ 2/215. Das Verbot trat mit Erlass des Reichsverkehrsministers vom 23. 2. 1939 in Kraft. Zur Kündigung der Telefonanschlüsse von Juden siehe Dok. 96 vom 29. 7. 1940.

32 Zu den Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbunds siehe Dok. 14 vom 22. 9. 1939 und Dok. 105 vom 12. 9. 1940.

zur Veröffentlichung auferlegt.³³ Als z. B. in einem jüdischen Altersheim in Berlin eine englische Bombe niederging, mußte das Nachrichtenblatt ausführlich berichten, mit welchem Eifer die deutsche Feuerwehr den durch englische Flieger im jüdischen Altersheim verursachten Brand löschte.³⁴

Ebenso traurig wie mit der Pflege der kulturellen Belange ist es mit dem religiösen Leben bestellt. In den meisten Orten, wo noch Juden leben, kann kein Gottesdienst abgehalten werden, weil es an Gebetsstätten, an Vorbetern und Rabbinern fehlt. Nur in größeren Städten besteht noch die Möglichkeit. In Berlin sind noch Gotteshäuser erhalten geblieben, wovon jedoch einzelne für die Heeresverwaltung als Bekleidungsämter u. a. beschlagnahmt wurden. Trotzdem war es noch möglich, daß für einen großen Teil der Juden in Berlin immer noch ein geregelter Gottesdienst stattfinden kann. Die Sorge um die Sicherheit und das Leben der Juden hatte die Gestapo allerdings an den Herbstfeiertagen zu der Anordnung veranlaßt, daß nicht mehr Personen zu gleicher Zeit in den Synagogen sein dürfen, als in den zu ihnen gehörigen Luftschutzräumen Platz fanden. Immerhin ist den Juden in Berlin und Orten, wo noch eine Vielzahl vorhanden ist, eine Spur religiösen Lebens erhalten geblieben. Beklagenswert hingegen ist das Los der vereinzelter Personen, die noch in kleineren Orten wohnen, wo ihnen jeglicher religiöser Zuspruch fehlt, wo es schwer fällt, Tote zu bestatten, weil niemand die Leiche zum Friedhof bringen will und weil die Friedhöfe, darunter solche, die seit Jahrhunderten bestehen, vielfach geschändet und verwüstet sind.

Auch fehlt es den Juden vielfach am nötigen Wissen und der inneren Sammlung. Während sich die Vorfahren durch ihr Festhalten an der Tradition eine Standhaftigkeit erwarben, die ihnen den Druck von außen als eine „wegen ihrer Sünden“ auferlegte Prüfung erscheinen ließ, sie aber auch mit Opferwillen und stolzem Trotz erfüllte, ist das heutige traditionslose Geschlecht vielfach kleinlich und verzagt. Es hadert mit sich selbst, mit der Welt und Gott. Es empfindet seine Abstammung als lästige Fessel, die es, wenn es ginge, am liebsten abstreifen möchte.

Nur hinsichtlich der steuerlichen Leistungen steht der Jude auf höherer Stufe als die Nichtjuden. Jeder einkommensteuerpflichtige Jude wird nach dem für Junggesellen vorgesehenen erhöhten Steuersatz eingeschätzt. Auch die Vermögenssteuer beginnt für ihn mit einer niedrigeren Vermögenssumme als für andere Steuerzahler. Neuerdings wurde für Juden die Einkommensteuer um RM 15 % erhöht.³⁵ Und zwar soll dies, wie die Begründung dieser Anordnung angibt, ein Ausgleich für die „soziale Minderwertigkeit“ der Juden sein. Die New Yorker Staats-Zeitung und Herold bemerkte in einer Briefkastennotiz hierzu: eine angebliche Minderwertigkeit ließe sich durch Geld nicht ausgleichen. Die Maßnahme sei nichts anderes als eine Erpressung.³⁶

33 Leonhard (Leo) Kreindler (1886 – 1942), Theaterkritiker, Schriftsteller; seit 1907 für die Jüdische Gemeinde Berlin tätig, 1925– 1938 Redakteur des Berliner Teils des Israelitischen Familienblatts, 1928 – 1931 Vorsitzender des Vereins Jüdische Presse, leitete die Wohlfahrtsabt. der Reichsvereinigung und war verantwortlicher Redakteur des Jüdischen Nachrichtenblatts; erlitt im Nov. 1942 einen Herzinfarkt, als die Gestapo seine Abt. zum Appell antreten ließ.

34 Nicht aufgefunden.

35 So im Original; gemeint sind 15 %. Laut VO vom 14. 12.1940 waren Juden verpflichtet, zusätzlich zur Einkommensteuer die Sozialausgleichsabgabe zu entrichten; RGBl. 1940 I, S. 1666.

36 Die New Yorker Staats-Zeitung und Herold erschien 1934 – 1991 in deutscher Sprache. Artikel nicht aufgefunden.

Die gegenwärtige Lage der Juden in Deutschland ist schlimmer als die ihrer Vorfahren im Mittelalter. Damals gab man ihnen wenigstens die Möglichkeit, das zu erwerben, was für den Lebensbedarf und ihre mannigfachen Abgaben nötig war. Damals genossen sie Rechtsschutz. Man störte selten ihre religiösen Belange und ließ es zu, daß ihre Häuslichkeit durch eine tieferinnere religiöse Weihe verklärt war. Das heutige Geschlecht kann infolge seiner verfehlten Erziehung, die aus einer falschen Weltanschauung hervorging, seine Behausung wohl noch als einzigen Ort, der ihm Frieden und Ruhe gewährt, ausgestalten, aber nicht zu einer Stätte, in der jüdisches Wissen und jüdische Religion gewährt werden. Die Erlebnisse der letzten Jahre haben den deutschen Juden zu einem scheuen Wesen gemacht, das, wie die Thora sagt, „ein wehendes Blatt erschrickt.“³⁷ Eine Angstpsychose lastet auf allen, die jeden Tag andere Gerüchte von neu bevorstehenden Maßnahmen erdichtet, und diese Gebilde der überreizten Phantasie werden unbesehen geglaubt und in erweiterter Form mit Windeseile verbreitet. In Berlin bezeichnet man solche Meldungen als „den Jüdischen Mundfunk“.

Wie niederdrückend die Nachricht von der Evakuierung der Juden in Baden und in der Pfalz wirkte, läßt sich nicht schildern. Ein lähmender Schrecken lastete auf allen. In Berlin verbreitete der Mundfunk, daß auch die Glaubensgenossen in Württemberg, Hessen, Frankfurt und im Rheinland das gleiche Schicksal getroffen habe und daß die Judenschaft allenthalben sich darauf gefaßt machen müßte, Haus und Hof zu verlassen. Vorsichtshalber suchte man alle für das Flüchtlingslager nötigen und wichtigen Sachen zusammen und verpackte sie.

Nach dem Bekanntwerden des über die badischen und pfälzischen Juden hereingebrochenen Unglücks schrieb die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für die Juden in Berlin einen Fasttag aus, wurde aber von der Gestapo mit einer Geldstrafe belegt, weil diese Anordnung ohne ihre Genehmigung getroffen worden war. (5 oder 6000 RM.)³⁸ Ihren Höhepunkt erreichte die Angstpsychose Anfang November 1940. Gerüchte kamen in Umlauf, am 10. November würden Massenverhaftungen vorgenommen, auch seien Haussuchungen durch die Gestapo im Gange, die es auf die Lebensmittelvorräte und Wäsche der Juden abgesehen hat. Viele jüdische Männer verließen damals Berlin, um sich bei arischen Bekannten zu verbergen. Bei solchen wurden auch Geld, Lebensmittel und Wäsche versteckt. Der 10. November kam heran, und es ereignete sich glücklicherweise nichts besonderes.

Die von den Drahtziehern des Nationalsozialismus eingeleitete und durchgeführte Judenpolitik wird keineswegs von der Gesamtbevölkerung gutgeheißen. Wenn auch die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Universitätsprofessoren, die höchsten Richter und andere Prominente zu Beginn der Bewegung nicht den Mut aufbrachten, öffentlich gegen diese Ungeheuerlichkeiten Stellung zu nehmen, so gibt es doch weite Kreise, die dieses Treiben mit Abscheu und Ekel erfüllt. Dies trat ganz besonders am 10. November 1938 zutage, wo das Wüten der wildgewordenen SA- und SS-Männer die anständig gesinnte

37 „Und die Restgebliebenen von euch, in ihr Herz bringe ich Weichmut im Land ihrer Feinde, verwehten Blatts Geräusch verfolgt sie, sie fliehn wie auf Schwertesflucht, sie fallen, da keiner verfolgt, sie straucheln übereinander wie vor dem Schwert, und verfolgt sie doch keiner“; 3. Buch Mose, Kap. 26, Vers 36.

38 Als Urheber dieser Protestaktion galt Julius Seligsohn, der daraufhin im KZ Sachsenhausen inhaftiert wurde.

Bevölkerung mit Entsetzen erfüllte. Man hörte häufig von Nichtjuden: Das, was den Juden geschehen ist, werden unsere Kinder büßen müssen. Rührende Beispiele edler Hilfsbereitschaft von Nichtjuden gegenüber jüdischen Freunden und Bekannten ließen sich beibringen. In vielen Fällen schützten Arier das Leben und das Vermögen von Juden und versorgten sie mit Speise und Trank in den Tagen, an denen sie nirgends etwas verabreicht bekamen. Man sagte in jüdischen Kreisen mit Recht: Wenn die ganze Bevölkerung so wäre, wie ihre Führer, wären wir schon längst alle totgeschlagen worden. Noch heute gibt es kaum einen Juden in Deutschland, der nicht einen oder mehrere christliche Freunde hat, die ihm, soweit sie es tun können, helfend beistehen. Ganz besonders ist dies an kleineren Plätzen der Fall. Viele Nichtjuden ergreifen gerne die Gelegenheit, bei Juden ihrem Unmute gründlich Luft zu machen. Sie wissen, daß sie dies tun können, ohne denunziert zu werden.

Erstaunlich ist auch, daß die meisten Nichtjuden überhaupt nicht wissen, welche Maßnahmen gegen die Juden getroffen worden sind. Wenn man ihnen z. B. erzählt, daß alle Juden ihre Silber-, Gold- und Schmucksachen abliefern mußten, so halten sie dies für ein Greuelmärchen. Auswandernde Juden, besonders solche, die seit Menschengedenken am Platze sesshaft waren, sieht man einerseits mit Bedauern scheiden, andererseits beneidet man sie, weil sie die Möglichkeit haben, aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen. Daß der Antisemitismus nicht mehr so zieht wie vor wenigen Jahren, sieht man auch daran, daß „Der Stürmer“ nicht mehr die Rolle spielt wie am Anfang des nationalsozialistischen Regimes. Seine ständig wiederkehrenden Ritualmorde und sonstigen Greuelmärchen verfangen nicht mehr wie früher. Er muß wohl noch von allen Dienststellen und Betrieben bezogen werden, wird aber vielfach nicht mehr gelesen.

Selbst unter dem vollständig versklavten Beamtentum – namentlich unter den älteren, die noch andere Zeiten gesehen haben – gibt es noch Personen, denen die Behandlung der Juden zuwider ist und die ihnen, soweit es ihnen die angelegten Fesseln möglich machen, gerne behilflich sind. Andere Beamte – es gibt deren in der unteren, mittleren und oberen Schicht – sind ebenfalls gefällig, wenn man es versteht, in einem geeigneten Augenblick einen der Leistung und dem Rang entsprechenden Geldschein unbemerkt ihm zuzustecken. Auch im Dritten Reich fährt derjenige gut, der gut zu schmieren versteht.

Ich selbst konnte die Formalitäten für meine Auswanderung reibungslos erledigen und fand bei allen Dienststellen weitgehendes Entgegenkommen. Nur die jungen Beamten, die auf den Krücken der Partei in ihre Stellungen gekommen sind, sind mehr oder weniger unnahbar und suchen am Juden ihr Mütchen zu kühlen. Solche Trauergestalten traf man vielfach in Berlin. Dort gibt es junge Beamte, die von der gesamten Judenschaft gefürchtet sind.

Mit Gottes Hilfe, die ersichtlich über uns waltete, konnten meine Frau und ich aus Europa scheiden und in das Land der Freiheit gelangen.

Meine Erinnerung an mehr als 50 glückliche Jahre nehme ich mit in die neue Welt, ebenso an die Schreckenstage seit 1933. Sie verfolgen mich in meinen Träumen, voll Kummer denke ich derer, die noch in Deutschland leben müssen und sich nach Erlösung sehnen, ganz besonders aber der vielen Bekannten und Freunde, die im Camp de Gurs schmachten. Ihnen rasche Hilfe bringen zu können, das wäre mein sehnlichster Wunsch.

DOK. 130

**Walter Mehring gedenkt in einem Gedicht zur Jahreswende 1940/41
seiner toten Freunde¹**

Gedicht von Walter Mehring² vom 31.12.1940

X³ (Marseille, Silvester 40/41, in Memoriam)

An meine Kammer, wo ich welk,
Pocht zwölfmal an das Neue Jahr,
Spricht zugig hohl: Es war ... es war
...
Hängt seinen Jahrkranz ans Gebälk,
Verblüht – von Lügenluft erstickt –
Erschlagen – von der Not geknickt:
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

*Mühsam:*⁴ Poet und Promethid,
Erdrosselt wie ein rüdiger Hund –
*Ossietzky,*⁵ den man so zerschund,
Daß er voltairisch lächelnd schied.
Als man den Friedenspreis ihm bot,
Schloß er grad Frieden mit dem Tod.
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Es weht ein Blatt – kaum leserlich:
„Die Dummheit, die wir persifliert,
Die macht Geschichte. Die regiert ...
Herzlichst *Tucholsky*⁶ ... Ohne mich!
...“
In Schweden, krank, doch unbekehrt,
Hat er den Schierlingstrank geleert ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

*Ernst Toller,*⁷ Freund aus Jugendland,
Bestimmt, um Bühnen, Meetings, Zellen
Mit ernster Tollheit zu erhellen,
Löschte sich aus mit eigener Hand ...
In Übersee, weitab der Schlacht –
Warum hat er sich umgebracht ...!
– Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

1 Walter Mehring, No road back, English and German Text, New York 1944, S. 76 – 83. Das Gedicht ist Teil der „12 Briefe aus der Mitternacht“, die erstmals 1944 im Verlag Samuel Curl, Inc., New York, veröffentlicht wurden.

2 Walter Mehring (1896 – 1981), Schriftsteller, Publizist, Übersetzer, Zeichner; 1920 Begründer des politischen Cabarets in Berlin, 1922 – 1928 für Die Weltbühne in Paris tätig, 1934 – 1938 Journalist in Wien; floh nach dem Anschluss Österreichs nach Frankreich und emigrierte 1941 in die USA; kehrte 1953 nach Europa zurück und lebte zunächst in Deutschland, dann in der Schweiz.

3 Die „12 Briefe aus der Mitternacht“ sind nummeriert.

4 Erich Mühsam (1878 – 1934), Schriftsteller; von 1909 an Mitarbeiter des Simplicissimus, 1911– 1914 und 1918/9 Hrsg. der Monatsschrift Kain. Zeitschrift für Menschenrecht, 1919 an der Ausrufung der Münchener Räterepublik führend beteiligt und zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1924 entlassen, 1933 von der SA verhaftet, im KZ Oranienburg ermordet.

5 Carl von Ossietzky (1889 – 1938), Publizist; von 1927 an Hauptschriftleiter der Wochenzeitschrift Die Weltbühne, 1933 im KZ Sonnenburg inhaftiert, 1936 Verleihung des Friedensnobelpreises in Abwesenheit, starb an den Folgen der KZ-Haft in einem Berliner Krankenhaus.

6 Kurt Tucholsky (1890 – 1935), Journalist, Schriftsteller, Literaturkritiker; 1913– 1933 Mitarbeiter der Zeitschrift Schaubühne (später Weltbühne), von 1924 an Korrespondent für die Weltbühne und die Vossische Zeitung in Paris, 1930 Auswanderung nach Schweden, nahm sich das Leben.

7 Ernst Toller (1893 – 1939), Schriftsteller; 1919 an der Ausrufung der Münchener Räterepublik führend beteiligt und anschließend zu fünf Jahren Haft verurteilt; 1933 Ausbürgerung und Emigration in die Schweiz, 1934 nach Großbritannien, später in die USA, nahm sich das Leben.

Wo in der Welt wächst nun die Art
 Von Stammtisch, nah dem Luxembourg,
 Rechtspolitik und Linkskultur,
 Die *Joseph Roth*⁸ um sich geschart ...?
 Von dessen Bart Weissagung troff,
 Sich weise drum zu Tode soff ...
 Welch edler Jahrgang reicher Reben
 Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Kurz vor dem Fall der Stadt Paris,
 Wo ich nach langer Haft Dich fand,
 Besucht' uns oft der Emigrant
Ernst Weiss,⁹ der dort sein Leben ließ ...
 Arzt, Dichter: mischt er Giftarznei,
 Nahm sie beim ersten Hunnenschrei ...
 Der beste Jahrgang deutscher Reben
 Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Theodor Lessing,¹⁰ der Denker, fehmgekillt
 ...
 Und *Hasenclever*,¹¹ einst vernarrt
 In den esprit – im Camp verscharrt
 Von Frankreich ... Welch Komödienbild!
Carl Einstein,¹² auf der Flucht erhenkt ...
Olden,¹³ vor Kanada versenkt ...
 Ein edler Jahrgang deutscher Reben,
 Nutzlos verschüttet, ließ sein Leben.

Doch *Horváth*,¹⁴ den ein Baum erschlug,
 Damit solch Kleinod im Exil
 Den Säuen nicht zum Fraße fiel,
 Starb ganz er selbst: ein Satyr-Spuk ...
 Die Türe knarrt ... zwölfmal pocht's an:
 Die tote Elf – der Sensenmann ...
 Der beste Jahrgang deutscher Reben
 Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

In dieser Kammer, wo ich welk,
 – ich in Marseille, Du in New York –
 Wo ausgejätet und auf Borg
 Und fruchtlos in Erinnerung schwelg
 Drauf wartend, daß die Freundes-Elf
 Gelinde mir hinüberhelf ...
 Der beste Jahrgang deutscher Reben
 Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

... wär mir ein Etwas noch vergönnt,
 Weil Neu-Jahr ist, so sei's: ich könnt,
 Sturmläutend jeden Nervenstrang
 Dich hautdicht, duftnah herbeschwörn,
 Dich atmen, tasten, schauen, hörn
 Dank einem rauschhaft heilenden Trank
 ...
 Aber der Wein, daß ich genese,
 Reift nicht, zerstört längst vor der Lese ...

8 Joseph Roth (1894 – 1939), Schriftsteller, Journalist; von 1923 an Feuilletonkorrespondent der Frankfurter Zeitung, 1925–1929 Auslandskorrespondent der Frankfurter Zeitung in Paris; emigrierte 1933 nach Paris.

9 Dr. Ernst Weiss (1882 – 1940), Schriftsteller, Literaturkritiker, Arzt; Mitarbeiter des Berliner Börsen-Couriers, emigrierte 1933 über Prag nach Paris, nahm sich beim Herannahen der deutschen Truppen das Leben.

10 Dr. Theodor Lessing (1872 – 1933), Philosoph, Publizist; Privatdozent für Philosophie an der Technischen Hochschule Hannover, Mitarbeiter der Tageszeitungen Prager Tagblatt und Dortmunder Generalanzeiger; emigrierte 1933 ins böhmische Marienbad, wo er an den Folgen eines Attentats sudetendeutscher Nationalsozialisten starb; Autor u. a. von „Der jüdische Selbsthaß“ (1930).

11 Walter Hasenclever (1890 – 1940), Schriftsteller; 1924 – 1928 Pariser Korrespondent der Zeitung 8-Uhr-Abendblatt; lebte nach 1933 in Jugoslawien, Großbritannien, Italien und Südfrankreich, nahm sich beim Anmarsch deutscher Truppen auf das Lager Les Milles das Leben.

12 Carl Einstein (1885 – 1940), Schriftsteller, Kunstkritiker; emigrierte 1928 nach Paris, nahm 1936 – 1938 am Spanischen Bürgerkrieg teil; 1940 in Frankreich interniert, nahm sich nach der Freilassung angesichts der herannahenden deutschen Truppen das Leben.

13 Rudolf Olden (1885 – 1940), Journalist, Jurist, Historiker; 1924 – 1933 politischer Redakteur beim Berliner Tageblatt, Strafverteidiger in politischen Prozessen in Berlin, u. a. von Carl von Ossietzky; 1933 Emigration in die Tschechoslowakei und 1934 nach Großbritannien, starb auf dem Weg in die USA, als sein Schiff von einem deutschen U-Boot torpediert wurde.

14 Ödön von Horváth (1901 – 1938), Schriftsteller, Dramatiker; Mitarbeiter der Wochenzeitschrift Simplicissimus; emigrierte 1933 nach Österreich, 1938 in die Schweiz, in Paris auf den Champs-Élysées während eines Gewitters von einem Ast erschlagen.

DOK. 131

**Kurt Rathenau aus Berlin schildert seinem Bruder Fritz am 3. Januar 1941,
was die Briefzensur für ihn bedeutet¹**

Handschriftl. Brief von Dr. Kurt Rathenau,² Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 1 B, an Fritz Rathenau³ vom 3.1.1941

Lieber Fritz!

Die gemeinsamen Grüße von der Sylvesterstunde wirst Du erhalten haben; diese Stunde hat in uns allen das Gedenken an die entfernten Nächsten wachgerufen, und wir wünschten uns allen ein gutes neues Jahr 41!

Deine Zeilen vom 18. Dez. habe ich mehrfach gelesen, und ich danke Dir nochmals für die Mühe und Zeit, die Du Dir dazu genommen hast. Alle Deine Nachrichten interessieren mich aufrecht, davon darfst Du überzeugt sein, aber es ist nicht nur mir, sondern fast allen meinen Bekannten hier sehr schwer, wie Du ja selbst es hervorhebst, lange Briefe über sich und sein Tun und Lassen, seine Gedanken niederzuschreiben, denn Briefe sind eben nur für den Empfänger bestimmt, nicht aber für die Zensur; nicht etwa, daß ich irgendwie etwas zu fürchten hätte oder gar zu verbergen, aber man ist nämlich absolut gehemmt, seine Gefühle fremden Menschen – sei es Männern oder Frauen – preiszugeben. Wie leicht können harmlose Sätze oder Worte von Fremden falsch gedeutet werden, die weder Absender noch Empfänger kennen. Daher vermeide ich es nach Möglichkeit, lange Episteln zu fertigen, da ich weder philosophisch noch geschichtlich mich auszudrücken verstehe. Da ist also keine Geheimnistuerei meinerseits vorhanden, sondern Zensoren-Scheu! – Was hätte es für einen Sinn, wenn ich Dir erzählen wollte, wie störend im Alltagsleben das Abschneiden des Fernsprechers ist, an den wir 30 Jahre unter gleicher Nr. am gleichen Platz gewohnt waren!

Am 1. Jan. gegen 8:30 früh, ein leichtes Klingelzeichen und – aus der Traum!⁴

Soll ich mir den Kopf zerbrechen, warum man die Apparate gerade den Nicht-Ariern abbricht, statt den vielen „Wenig-Sprechern“, die vielleicht im Monat nur ganz selten sprechen. – Wozu soll ich klagen, wie schwer es für eine Hausfrau ist, in *einer* Stunde den gesamten Bedarf für das Haus einzukaufen! Es ist verfügt, und damit müssen wir eben fertig werden, wie mit vielem anderen.⁵ – Wozu also sich das Herz erneut schwer machen, seinen Nächsten draußen zu eigenen Sorgen noch neue hinzufügen?

Glaube mir, lieber Fritz, es ist für jeden so schwer, mit sich, dem Gegebenen und Erlaubten fertig zu werden, daß eine gute Portion Nerven und Optimismus notwendig sind, um den Kopf oben zu behalten! Keiner kann beurteilen, wie es im Innern des andern aussieht, selbst nicht des Nächsten! Jeder hat seine schweren Sorgen, dieser u. jener Art; ab-

1 JMB, 200 1/106/054-982, Mappe 10.

2 Dr. Kurt Rathenau (*1880), Kaufmann; wohnte in Berlin-Schöneberg, Mitgesellschafter der Fa. Ernst Rosenberg und Co. GmbH, Berlin; im Juni 1942 nach Minsk deportiert und später mit Datum 31.12.1944 für tot erklärt; siehe auch VEJ 1/1 Z.

3 Dr. Fritz Rathenau (1875–1949), Jurist; DVP-Mitglied; 1909–1917 Reg.Rat im Patentamt und im Statistischen Reichsamt, 1920–1933 im PrMdI, 1927 MinRat, nach 1933 Versetzung ins preuß. Bau- und Finanzdirektorium, 1935 entlassen; emigrierte 1939 in die Niederlande, wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert; lebte nach 1945 in Bilthoven bei Utrecht.

4 Siehe Dok. 96 vom 29. 7. 1940.

5 Zur Beschränkung der Einkaufszeiten siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

wägen kann man nicht, weil man nicht weiß, wie der Druck bei dem einen oder anderen ist. – Daher bitte ich Dich, nichts für ungut zu nehmen, wenn meine Nachrichten Dir dürftig erscheinen! Du kannst Dir nicht vorstellen, wie leicht man aneckt! Das Tatsächliche in der großen Welt erfährst Du wie ich aus der Presse!

Nun zu Einzelheiten: Ich habe keine Anzeige einer Vermählung von Gilberts Schwester erhalten; auch kenne ich nicht Frau Nelly; ihr Interesse an mir rührt also von der kurzen Korrespondenz her. Mit Dir bin ich der Ansicht, daß der Papa G. ein weites Herz haben muß bei der Verschiedenheit der Schwiegerkinder in facto und in spe, aber die Eltern müssen doch auch nicht in Sorge um Gilbert sein, und das ist doch auch für Euch ein gutes Zeichen.

Gestern erfuhr ich, daß Deine alte Großtante, Frau Lebmann, am 13. Jan. 100. Geburtstag hat!! Fabelhaft; Du schreibst ihr doch sicherlich; ich kenne sie ja nicht. Ihr Sohn Georg Lebmann ist jetzt vor ca. 8 Tagen im 74. Jahre gestorben! – Damit Übergang auf die Toten: José's Sterbetag [ist] mir unbekannt, wer Kosten für Beerdigung etc. zahlte, unbekannt, beigesetzt in Stahnsdorf.

Betreffs Claras Testament, so kann ich Dir heute keinen Bescheid geben. R. A. Bernd konnte [ich] noch nicht erreichen, ich glaube nicht, daß er die Sache noch von Clara weiterbearbeiten durfte; auch weiß ich nicht, ob er mir Auskunft irgendwelcher Art geben wird. Ich würde, da die Angelegenheit nicht eilt, nur an Olga schreiben, wie und wo die Vollstreckung erfolgt, ob sie alle Punkte beobachtet und ob Du mitwirken sollst. Bitte *mich* gänzlich aus dem Spiel zu lassen, wenn irgendsmöglich. Lasse die Sache ruhig an Dich herantreten, nachdem Du Olga aufmerksam gemacht hast. Die Post von hier und nach hier aus USA ist sehr schlecht, teils ganz unterbrochen, und ich empfehle daher, sofort an Olga zu schreiben, da man ja nicht weiß, wie USA sich verhalten werden im Laufe des Weltgeschehens. – Für die Kinder Gr. war m.W. eine Hypothek sichergestellt; der Anteil José fällt an [...] ⁶ Renée. – Das Akt.-Z. von Ludwig Claras Testament ist: Amtsgericht Berlin-Mitte: 95 IV. 720.07.29.

Die Schenkung datiert vom 10. Nov. 1910, geschlossen bei Just.Rat Veit Simon.⁷ – Soviel davon für heute. –

Sophie's fröhl. Zeilen haben uns sehr gefreut,⁸ und Elsi⁹ u. ich danken bestens. – Von [...] ¹⁰ kam netter Brief, auch über Euch. –

Für heute sehr viele herzliche Grüße

Dein

⁶ Ein Wort unleserlich

⁷ Dr. Heinrich Veit Simon (*1880), Rechtsanwalt.

⁸ Sophie Rathenau, geb. Dannenbaum (1882–1973), emigrierte gemeinsam mit ihrem Mann Fritz Rathenau 1939 in die Niederlande und wurde mit ihm 1943 nach Theresienstadt deportiert; lebte nach 1945 in den Niederlanden.

⁹ Else Rathenau, geb. von Peter (*1885), wurde zusammen mit ihrem Mann Kurt Rathenau im Juni 1942 nach Minsk deportiert und später mit Datum 31.12.1944 für tot erklärt.

¹⁰ Name unleserlich.

DOK. 132

**Die Industrie- und Handelskammer Südwestfalen in Hagen bittet
am 6. Januar 1941 den Reichswirtschaftsminister, das Grundstück des
Juden Dagobert Gottschalk erwerben zu dürfen¹**

Schreiben der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, Hauptgeschäftsstelle, gez. Präsident A. Hesterberg,² an den Reichswirtschaftsminister,³ Berlin (Eing. 11.1.1941), vom 6. 1.1941⁴

Betr.: *Grunderwerb.*

Wir sind mit der Stadt Hagen gemeinsam Träger der Kaufmannschule, die eine Kaufmännische Berufsschule, eine Handelsschule und eine höhere Handelsschule umfaßt. Eigentümerin des Gebäudes ist die Kammer. Es besteht die Möglichkeit, das angrenzende Grundstück zu kaufen. Dieses wird dringend benötigt, da es die einzige Erweiterungsmöglichkeit für die Schule bietet. Das Grundstück gehört dem Juden Dagobert Gottschalk,⁵ der inzwischen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden ist. Im Laufe des Jahres 1939 haben wir unter Mitwirkung des Herrn Regierungspräsidenten⁶ beim Reichswirtschaftsministerium beantragt, daß dieses Grundstück an uns veräußert wird. Das Reichswirtschaftsministerium hat diesem Antrag stattgegeben, wie das in Abschrift beigefügte Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 8. Sept. 1939 ausweist.⁷ (Der Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers an den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg ist vom 1. 8. 1939 – III Jd. 3/16 449/39.)⁸ Nachdem die Beschwerde des Gottschalk abgewiesen und inzwischen endgültig festgestellt worden ist, daß der Oberstaatsanwalt in Hagen den Verkauf des Grundstücks durchführt, bitten wir

- 1.) um Erteilung der Genehmigung gemäß Art. 7 § 1 des Ausf. Ges. zum BGB zum Ankauf des Grundstücks, eingetragen im Grundbuch von Hagen Band 97 Blatt 2795, Gemarkung Hagen, Flur 43 Nr. 239/1, Hagen, Springmannstraße,
- 2.) die Einstellung von RM 30 000,- in den Nachtrag zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr zu genehmigen.⁹

1 BArch, R 310I/9536.

2 Alex Hesterberg (1876 – 1956), Fabrikant; 1931 NSDAP-Eintritt; Mitinhaber, kaufm. Leiter und bis zu seinem Tod Seniorchef der Fa. F. Hesterberg & Söhne, Gesenkschmiede, Schrauben- und Mutternfabrik, Milspe, 1934 – 1943 Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer Hagen, Ehrenbürger der Stadt Ennepetal.

3 Walther Funk.

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

5 Dagobert Gottschalk (1879 – 1943), Bankier; Teilhaber des Bankhauses Rossberg & Co. in Hagen, im Nov. 1936 wegen Devisenvergehen in Haft, floh nach Amsterdam, 1937 in Abwesenheit verurteilt, 1940 verhaftet und nach Deutschland gebracht, wegen Haftunfähigkeit entlassen, kehrte in die Niederlande zurück, am 5. 6. 1943 nach Westerbork, von dort am 20. 7. 1943 nach Sobibór deportiert und ermordet.

6 Regierungspräsident in Arnsberg war von 1935 bis Sept. 1941 Dr. Ludwig Runte (1896 – 1958).

7 In dem Schreiben vom 8. 9. 1939 fordert der Regierungspräsident Arnsberg – mit Zustimmung des RWM – den in Amsterdam lebenden Gottschalk auf, das Grundstück binnen einer Frist von vier Wochen an die IHK Hagen zu verkaufen; wie Anm. 1.

8 Nicht aufgefunden.

9 Neben den letzten beiden Punkten im Original handschriftl.: „Ja!“ Mit Schreiben vom 22. 1. 1941 genehmigte der RWM den Erwerb des Grundstücks; wie Anm. 1.

DOK. 133

**Die Papierfabrik und Verlagsgesellschaft Steyrermühl beantragt beim
Reichsstatthalter Oberdonau am 7. Januar 1941 Wiedergutmachung der durch
die „Arisierung“ entstandenen Schäden¹**

Schreiben der Papierfabrik und Verlagsgesellschaft Steyrermühl (DirDa/MH),² gez. eine Unterschrift unleserlich, Weber, an den Reichsstatthalter in Oberdonau, Abt. für Entjudung, Linz a.D.,³ vom 7.1.1941⁴

Entjudung der Papierfabrik Steyrermühl.

Wir stellen den Antrag, den Vorgang, die Umstände und den Verkauf unserer zur Zeit der Eingliederung Österreichs in das deutsche Reich im Besitz gewesenen Wiener Betriebe zu überprüfen. Wir stellen ferner den weiteren Antrag, die Wiedergutmachung des uns durch den Verkauf entstandenen Schadens auf Grund der Überprüfung zu bestimmen und die in Frage kommenden Stellen anzuweisen, die Wiedergutmachung durchzuführen.

Es handelt sich um:

- 1.) Die Verkäufe des Zeitungsverlages und der Druckerei, Wien I, Fleischmarkt 5, welcher heute als Ostmärkische Zeitungsverlag K.G. im Besitz des Herold-Verlages, Berlin, als Kommanditgesellschaft weitergeführt wird.
- 2.) Die Buch- und Kunstdruckerei „Steyrermühl“ Wien, VI/6 Gumpendorferstraße 40 – 44, Käufer: M. Müller & Sohn, München 13, Schelling-Straße 39.⁵

Wir begründen unser Ansuchen wie folgt:

Die Steyrermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft erhielt zur Zeit der Eingliederung Österreichs in das deutsche Reich einen kommissarischen Verwalter, Herrn Dr. Leopold Winkler,⁶ der damals in der Zentrale in Wien als Hauptkassier[er] tätig war. Der Verwaltungsrat der Steyrermühl, der damit außer Tätigkeit gesetzt wurde, bestand zur Hälfte aus Juden, wobei nach neueren Vorstellungen angeblich ein Mitglied, das damals als Volljude

¹ YVA, O30/96.

² Die Steyrermühl AG verband bis 1938 den Wiener Tagblatt-Konzern, zu dem ein Buchverlag und acht Zeitungen (u. a. das Neue Wiener Tagblatt) gehörten, mit zwei Druckereibetrieben und einer eigenen Papierproduktion. Bestandteil der AG mit über 1500 Mitarbeitern waren ursprünglich drei Holzstofffabriken, eine Zellulosefabrik, mehrere Elektrizitätswerke und eine um 1870 in Steyrermühl gegründete Papierfabrik.

³ Die Unterabt. IVc/W bzw. Ib/J in der Reichsstatthalterei, auch „Entjudungsabteilung“ genannt, war für die Koordinierung der „Arisierung“ im Gau Oberdonau zuständig. Leiter der Abt. war von 1941 an Dr. Ernst Lyro (1888–1954), Jurist; von 1939 an in der Reichsstatthalterei als ORR tätig, zugleich Juli 1941 bis Sept. 1942 dem Regierungspräsidenten in Aurich zugewiesen; nach dem Krieg im Finanzreferat bei der Landesregierung tätig.

⁴ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und ein Stempel der IKG Linz aus der Nachkriegszeit.

⁵ Der Tagblatt-Konzern und die Buch- und Kunstdruckerei „Steyrermühl“ kamen faktisch unter die Kontrolle des NSDAP-Zentralverlags Franz Eher Nachf., München. Die Herold Verlags-GmbH fungierte reichsweit als Auffanggesellschaft des Eher-Verlags für die Übernahme zahlreicher Zeitungsverlage, das Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn druckte für den Eher-Verlag u. a. den VB.

⁶ Dr. Leopold Winkler (1881–1949), Jurist; 1933 NSDAP-, 1935 SA-Eintritt; langjähriger Generalsekretär des Steyrermühl-Verlags, 1938–1945 Verlagsdirektor; nach Kriegsende als minderbelastet eingestuft.

angesehen war, dies nicht gewesen ist. Der Verkauf der beiden Unternehmungen erfolgte erst zu einem Zeitpunkt, als es nicht gelungen war, nach einem vom kommissarischen Leiter unterzeichneten Aufruf in den Zeitungen eine große Anzahl der Aktien in einer Hand zu vereinigen, damit eine Majorität gegeben gewesen wäre. Ferner war auf Grund der Verordnungen über den Besitz von Zeitungen und Verlagen ein kurzer Termin festgelegt, bis zu welchem entweder die Steyrmühl als arisiert zu gelten hätte oder ein Verkauf durchgeführt sein müßte, andernfalls der Verlag und die Zeitungsdruckerei stillgelegt werden würden.⁷ Der heutige Leiter des Ostmärkischen Zeitungsverlags, Herr Dr. Leopold Winkler, führte daher als kommissarischer Leiter den Verkauf des Verlages durch. Der Verkauf der Buch- und Kunstdruckerei wurde anschließend daran ebenfalls in die Wege geleitet, wobei der Verkauf selbst bereits in die Zeit des Nachfolgers des Herrn Dr. Winkler, des neuen kommissarischen Leiters, fällt.

Bei diesen Vorgängen ist von den berufenen Stellen versäumt worden:

1.) Die Berechtigung der Verkaufsmöglichkeit zu untersuchen, unter dem Gesichtspunkte der Tatsache, daß zum Zeitpunkt des Verkaufes, 2. August 1938, die Anmeldung des jüdischen Vermögens bereits abgeschlossen war und auch die 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938⁸ in Kraft getreten war. Eine Überprüfung, ob nach den Bestimmungen dieser Verordnung der Gewerbebetrieb der Steyrmühl Papierfabriks- u. Verlagsgesellschaft zu diesem Zeitpunkt als jüdisch bezeichnet werden konnte, wurde nicht durchgeführt. Dagegen hat eine Überprüfung der Vermögensanmeldung im November 1938 ergeben, daß von 105000 Stück Aktien nur 21024 Stück Aktien, also weniger als ein Viertel des gesamten Kapitals, als jüdischer Aktienbesitz angemeldet wurde. Nach den Bestimmungen der angeführten Verordnung, Absatz 3b,⁹ wäre daher das Unternehmen auf Grund der zur Verfügung stehenden Vermögensanmeldungen als nichtjüdisches Unternehmen anzusehen gewesen. Eine neuerliche Untersuchung des heutigen Vorstandes des Unternehmens im Frühjahr 1940 hat ergeben, daß von den Aktionären über 80 %¹⁰ als arische Aktionäre festgestellt werden konnten, wobei angenommen werden kann, daß von dem Restteil der unbekannten Aktienbesitzer noch der Großteil ebenfalls als arisch zu betrachten ist.

2.) Als nichtjüdisches Unternehmen zum Zeitpunkt des Verkaufes August 1938 war weder der kommissarische Leiter berechtigt, die beiden Rechtsgeschäfte zu tätigen, noch war es notwendig und bestand eine Verpflichtung, die Rechtsgeschäfte genehmigen zu lassen an einer Stelle, die auf Grund der damals bestehenden Verordnungen als zuständig angesehen wurde.

3.) Die durchgeführte Wirtschaftsprüfung der Donauländischen Treuhand- und Organisationsgesellschaft mbH, Wien I, hat ergeben, daß die Kaufpreise für den Verlag und die

7 Die Anordnungen der Reichspressekammer vom 2. 5. 1938 zielten auf eine Angleichung des österr. Pressewesens an die Verhältnisse im Reich. Zum 2. 8. 1938 verbot die Reichspressekammer die Herausgabe von Zeitungen u. a. durch Aktiengesellschaften und bestimmte, dass je Verlag nur eine Zeitung erscheinen konnte. Außerdem durften Zeitungen nicht in Druckereien produziert werden, „deren Inhaber oder Gesellschafter nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind.“; Zeitungsverlag, Nr. 19 vom 7. 5. 1938, S. 288f.

8 In der 3. VO zum Reichsbürgergesetz war definiert, nach welchen Kriterien ein Gewerbebetrieb als jüdisch galt; RGBl., 1938 I, S. 627f.

9 Nach Artikel I § 1 Abs. 3b der 3. VO galt ein Gewerbebetrieb als jüdisch, wenn mehr als ein Viertel des Kapitals Juden gehörte; wie Anm. 8.

10 Zahl schlecht lesbar.

Buch- u. Kunstdruckerei in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Werten zu dieser Zeit standen. Die beiden zum Unternehmen gehörigen Betriebe ergaben seit Jahrzehnten eine bekannt gesunde Entwicklung und einen Reinertrag, der es ermöglichte, auch die Papierfabriks- u. Zellulosefabriksanlage in Steyrermühl, Oberdonau, mit Mitteln zu versehen, die sie zum Ausbau und der Neugestaltung benötigte. Bekanntlich sind die Papier- u. Zellulosefabriken nach Auflösung des Wirtschaftsraumes der ehemaligen österr.-ungarischen Monarchie in eine schwierige Lage geraten, da sie gezwungen war[en], bei höchsten Unkosten ca. die Hälfte ihrer Erzeugnisse zu Verlustpreisen im Auslande abzusetzen, wenn sie überhaupt den Betrieb voll aufrechterhalten wollten. Die Papier- und Zellulosefabriken arbeiteten daher mit Verlusten und waren nicht imstande, aus Eigenem einen Aufbau und eine Neueinrichtung ihrer Fabriken in kürzester Zeit zu bewerkstelligen. In gleicher Lage befindet sich auch heute die Steyrermühl, die nunmehr durch den Verkauf der gesunden Teile des Unternehmens in eine noch schwierigere wirtschaftliche Lage geraten ist.

4.) Zum Verkauf selbst wird noch bemerkt, daß der kommissarische Leiter zu den Verhandlungen zwei Herren aus dem ehemaligen Verwaltungsrat zur Beratung beigezogen hat, die jedoch auf Grund der Verordnung der Bestellung des kommissarischen Leiters weder ein Mitentscheidungsrecht besessen noch auch in der Lage waren, einen rechtsgültigen Verwaltungsratsbeschluß zu fassen. Die Stellungnahme der beiden Herren ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß damals seitens des kommissarischen Leiters dargelegt wurde, daß man entweder den Verlag zu den seitens der Käufer gestellten Bedingungen verkauft oder die Stilllegung der Druckerei zum gegebenen kurzen Termin über sich ergehen lassen müsse. Die Meinung des kommissarischen Leiters, die er damals zum Ausdruck brachte und die er auch später wiederholte, bestand darin, daß der Schaden des Unternehmens kleiner wird, wenn man den Verlag verkaufen würde. Ob und wieweit dies damals auch für die Buch- und Kunstdruckerei Geltung hatte, kann heute nicht mehr festgelegt werden.

Der unterzeichnete Vorstand und der Aufsichtsrat des Unternehmens wurden über Antrag eines Aktionärs gelegentlich der anfangs 1940 stattgefundenen Hauptversammlung beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Wiedergutmachung des Schadens zu betreiben, der dem Unternehmen und damit den Aktionären der Gesellschaft durch den Verkauf zugefügt wurde. Wir bemerken hiezu noch, daß nach den im Frühjahr 1940 festgestellten Aktionären die Anzahl der arischen Aktionäre mehrere Hundert betrug und darunter in der Mehrzahl kleine Sparer und Rentner zu verzeichnen sind, welche seit Jahren den Ertrag aus diesen Aktien zum Unterhalt benötigten.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Wir beziehen uns zuletzt noch auf die Stellungnahme des Reichsstatthalters in Wien, Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle, vom 29. November 1940, die von dort aus in der gleichen Angelegenheit an die NSDAP, Gauwirtschaftsamt, zu Händen des Gauwirtschaftsberaters in Wien gerichtet wurde.¹¹

11 Stellungnahme nicht aufgefunden. Von Juni 1939 an war die Wiener Vermögensverkehrsstelle, eine von Göring ins Leben gerufene staatliche Treuhandstelle, umstrukturiert worden und bestand von Nov. 1939 an als „Abwicklungsstelle“, später bis 1945 als „Referat III Entjudung“ beim Reichsgau Wien weiter; siehe VEJ 2, S. 39.

Auf Grund vorliegender Ausführungen und der bestehenden Verordnungen über solche Verkäufe und Geschäfte aus der Umsturzzeit beantragen wir die Überprüfung und Wiedergutmachung des unseren Unternehmen entstandenen Schadens. Wir ersuchen um bevorzugte dringende Behandlung und stehen zur weiteren Aufklärung und Beweisführung zur Verfügung.

Heil Hitler!¹²

DOK. 134

Der aus Stettin nach Piaski deportierte Gerhard Michaelis bittet das Auswärtige Amt am 18. Januar 1941, die Ausreise seiner Familie nach Haiti zu genehmigen¹

Schreiben von Gerhard Israel Michaelis,² Piaski/Lublin, an das Auswärtige Amt, Berlin, vom 18. 1. 1941

Betr.: Auswanderung aus dem General-Gouvernement nach Haiti der:

Gerhard Isr. Michaelis, geb. 20. 7. 1912 in Stettin, als Ersatz für Kennkarte – Ausweis Nr. 132/40;

Paula Sara Michaelis,³ geb. Perlinski, geb. 14. 3. 1877 in Berlin, Kennort Stettin, Kennkarte Nr. A.00.992;

Else Sara Michaelis,⁴ geb. 19. 7. 1899 in Lindow in der Mark, als Ersatz für Kennkarte – Ausweis Nr. 123/40.

Ich bitte höflichst, folgendes Gesuch bearbeiten und berücksichtigen zu wollen:

Nach jahrelanger Mühe, mir eine Auswanderung aus Deutschland zu schaffen, gelang es mir endlich am 12. 1. 1940, vom Generalkonsulat Haiti in Hamburg die Einreisegenehmigung nach Haiti-Mittelamerika lt. beiliegender Fotokopie zu bekommen.⁵ Ich hatte alle Formalitäten in Stettin erfüllt und stand kurz vor meiner Ausreise, die am Ende des Februar 1940 stattfinden sollte, als wir am 12. 2. 1940 nach dem Generalgouvernement umgesiedelt wurden. Von unserem neuen Wohnsitz Piaski bei Lublin aus fing ich sofort an, die Auswanderung für mich und meine Angehörigen zu bearbeiten, und es gelang mir auch, für meine Mutter und meine Schwester die Einreiseerlaubnis nach Haiti zu bekommen. Die Unbedenklichkeits-Bescheinigungen des Herrn Finanzinspektors Lublin-Land sind bereits in unserem Besitz, gleichfalls liegen die devisenrechtlichen Unbedenklichkeits-Bescheinigungen der Devisenstelle in Krakau für uns bereit.

¹² Eine Antwort liegt nicht in der Akte. Letztlich wurde das Unternehmen mit der tschech. Papierfabrik Pötschmühle vereinigt, der Sitz des Unternehmens wurde von Wien und Steyermühl nach Wetzern bei Krumau an der Moldau verlegt.

¹ PAAA, R 99368.

² Gerhard Michaelis (*1912), im Wein- und Obstanbau tätig; am 12.2. 1940 von Stettin nach Piaski deportiert, später für tot erklärt.

³ Paula Michaelis, geb. Perlinsky (*1877), Mutter von Gerhard Michaelis; ihr Mann, Dr. Alfred Michaelis (1873–1940), Mediziner, verstarb am 2.2. 1940 im KZ Sachsenhausen; sie wurde am 12.2. 1940 von Stettin nach Piaski deportiert und später für tot erklärt.

⁴ Else Michaelis (1899–1942), Schwester von Gerhard Michaelis; am 12. 2. 1940 von Stettin nach Piaski deportiert, dort am 2. 3. 1942 umgekommen.

⁵ Wie Anm. 1.

Auf die Tatsache, daß meine Mutter und meine Schwester bereits im August 1939 ihre Schiffskarten für Shanghai hatten und nur wegen Ausbruch des Krieges nicht mehr fahren konnten, möchte ich noch hinweisen.

Im Hinblick darauf, daß die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach wie vor weitergeht, möchte ich höflichst bitten, uns als deutschen Staatsangehörigen die Auswanderung aus dem Generalgouvernement über Hamburg oder Berlin genehmigen zu wollen. In der Hoffnung, recht bald einen zusagenden Bescheid zu erhalten, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung⁶

DOK. 135

In den Meldungen aus dem Reich wird am 20. Januar 1941 über Reaktionen auf den Film „Der ewige Jude“ berichtet¹

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei und der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Amt III:² Meldungen aus dem Reich, Nr. 155 vom 20. 1.1941³

[...] ⁴

Zur Aufnahme des politischen Aufklärungsfilmes „Der ewige Jude“

Aufgrund der ausführlichen Vorankündigungen in Presse und Rundfunk ist der dokumentarische Film „Der ewige Jude“ nach Meldungen aus allen Teilen des Reiches *von der Bevölkerung mit großer Spannung* erwartet worden.

Nach zahlreich vorliegenden Meldungen wurde von Besuchern immer wieder hervorgehoben, daß die Bilddokumente dieses Filmes mit dem weit gespannten Überblick über Leben und Treiben der Juden diesen hochgespannten Erwartungen durchaus entsprochen haben und daß der Film aufklärender, überzeugender und einprägsamer gewirkt habe als viele antijüdische Schriften. Durchweg sei anerkannt worden, *in welch hohem Maße hier das erreichbare Bildmaterial zu einem Ganzen gestaltet* worden sei.

Besonders zustimmend seien – wie aus München, Koblenz, Schwerin, Danzig, Halle, Königsberg, Kiel, Neustadt/Weinstraße, Leipzig, Karlsbad, Potsdam und Berlin berichtet

⁶ Die Auswanderung der Familie wurde am 1.3.1941 von der Abt. Innere Verwaltung der Regierung des GG „als zur Zeit unerwünscht abgelehnt“; wie Anm. 1.

¹ BArch R 58/57, Bl. 63–65. Abdruck in: Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. und eingeleitet von Heinz Boberach, Bd. 6: Meldungen aus dem Reich, Nr. 142 vom 18. Nov. 1940 – Nr. 179 vom 17. April 1941, Herrsching 1984, S. 1917 bis 1919.

² Das Amt III (Deutsche Lebensgebiete/SD-Inland) des RSHA unterstand Otto Ohlendorf (1907 bis 1951).

³ Im Original Stempel: „geheim“ und „Persönlich – Sofort vorlegen! Vorliegender Bericht ist nur *persönlich* für den Adressaten bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen *unüberprüft* übersandt wird“.

⁴ Im ersten Teil des Berichts (Allgemeines) wird über die abwartende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Kriegseignissen sowie über die angeblich bevorstehende Landung deutscher Truppen in Großbritannien berichtet. Im zweiten Teil (Kulturelle Gebiete) wird auf die Auswirkungen der Propaganda-, Presse und Rundfunklenkung im Jan. 1941 sowie auf die Kriegsberichterstattung in der deutschen Presse eingegangen.

wird – die *kartographischen und statistischen Darstellungen* über die Ausbreitung des Judentums (der Vergleich mit den Ratten wurde als besonders eindrucksvoll hervorgehoben) und über die Ausweitung seines Einflusses in allen Lebensgebieten und in allen Ländern der Welt aufgenommen worden. Große Beachtung haben besonders die Aufnahmen von Juden in USA gefunden. Man sei überrascht gewesen, wie offen der jüdische Einfluß und die jüdische Vormachtstellung in USA aufgezeigt worden seien (Schwerin, Karlsbad).

Besonders eindrucksvoll seien daneben diejenigen Szenen gewesen, in denen der Jude „im Original“ und „in europäischer Fassung“ als Weltmann gezeigt wurde (Leipzig), wie überhaupt die *Gegenüberstellungen* (jüdisches Ghetto – Aufmarsch der deutschen Jugend beim Reichsparteitag) außerordentlich eindrucksvoll wirkten. Geradezu befreit und begeistert sei – nach einer Meldung aus München – während des Filmes applaudiert worden, als der *Führer* bei der Stelle einer seiner Reden gezeigt wurde, mit der er voraussagte, daß ein neuer Krieg nur das Ende und die Vernichtung des Judentums zur Folge haben könne.⁵

Von besonders überzeugender Wirkung sei überall die *Darstellung des Werdeganges der Familie Rothschild*⁶ und besonders der Nachweis gewesen, daß die einzelnen Familienmitglieder in verschiedenen Ländern naturalisiert wurden, wodurch sie als anerkannte Staatsbürger in den wichtigsten Ländern Fuß faßten. Diese Darstellung und die Gegenüberstellungen von Typen einzelner Juden in allen Weltteilen habe – wie aus zahlreichen Gesprächen entnommen werden konnte – schlagend klargemacht, daß der Jude trotz aller äußeren Anpassung an Staaten, Sprachen und Lebensgebiete doch immer Jude bleibe.

Aufgrund der außerordentlich starken Propaganda für den Film und der eindrucksvollen Gestaltung der dokumentarischen Bildbelege haben die ersten Aufführungen auch einen *außerordentlichen Besuch* aufzuweisen gehabt. Das Interesse der Bevölkerung habe jedoch örtlich oft bald nachgelassen, da der Film allzu rasch auf den Großfilm „Jud Süß“ gefolgt sei.

Da der Film „Jud Süß“ von einem großen Teil der Bevölkerung bereits besucht worden war, nahm man nach den vorliegenden Berichten sehr oft an, daß der Dokumentarfilm „Der ewige Jude“ nichts wesentlich Neues bringen könne. Übereinstimmend wird z. B. aus Innsbruck, Dortmund, Aachen, Karlsruhe, Neustadt/Weinstraße, Bielefeld, Frankfurt/Main und München berichtet, daß oft nur der politisch aktivere Teil der Bevölkerung den Dokumentarfilm besucht habe, während das typische Filmpublikum ihn teilweise mied und örtlich eine Mundpropaganda gegen den Film und seine stark realistische Darstellung des Judentums getrieben wurde.

Die Widerlichkeit des Dargestellten an sich und vor allem die Schächtszenen seien dementsprechend immer wieder als Hauptgrund gegen den Besuch des Filmes gesprächsweise zum Ausdruck gekommen. Der Film sei wiederholt als eine außerordentliche „Nervenbelastung“ bezeichnet worden (Neustadt/Weinstraße). So habe auch der Besuch vor allem in Nordwest-, West- und Süddeutschland und in der Ostmark teilweise sehr schnell nachgelassen. Nach Meldungen aus Westdeutschland und auch aus Breslau

⁵ Die Rede Hitlers vom 30. 1. 1939 ist dokumentiert in VEJ 2/248.

⁶ Die Familie Rothschild zählte im 19. Jahrhundert zu den wichtigsten Bankiers in Europa. Das Stammhaus war M.A. Rothschild & Söhne in Frankfurt a.M.

haben einzelne Besucher des öfteren während der Vorführung die Lichtspielhäuser angewidert verlassen. Dabei seien Äußerungen wie „Wir haben ‚Jud Süß‘ gesehen und haben nun genug von dem jüdischen Dreck!“ gefallen. Vereinzelt seien Frauen und auch Männer jüngerer Alters während der Vorführung der Schächtszenen ohnmächtig geworden.

Häufig sei geäußert worden, „Jud Süß“ habe das Judentum bereits so überzeugend dargestellt, daß es dieser neuen, noch krasserem Beweismittel in dem unmittelbar danach aufgeführten Dokumentarfilm nicht mehr bedurft habe. Demgegenüber werden sehr zahlreiche Äußerungen, vor allem aus politisch aktiven Bevölkerungskreisen gemeldet, nach denen der Film als außerordentlich eindrucksvolles Dokument sehr dankbar aufgenommen worden ist.⁷

[...] ⁸

DOK. 136

Der Wiener Kardinal Innitzer teilt dem Papst am 20. Januar 1941 seine Sorge über das Schicksal von 11000 „nichtarischen“ Christen mit¹

Schreiben von Kardinal Innitzer,² Wien, an Papst Pius XII.³ vom 20. 1. 1941

Heiliger Vater,

Ernsteste Hirtensorge läßt es mich wagen, Ew. Heiligkeit eine von wahrhaft erschütternder Not vieler meiner Diözesanen diktierte Bitte vorzutragen.

In Wien leben heute noch etwa 11000 nichtarische Katholiken, unter ihnen nicht wenige wertvolle und überzeugungstreue Menschen. Die Lage dieser Katholiken ist in den letzten Monaten immer ernster und drückender, die Möglichkeit entsprechender Hilfe hingegen geringer und aussichtsloser geworden.

Was mich besonders bedrückt, ist die Tatsache, daß andere Gemeinschaften, wie die Society of Friends,⁴ die schwedische Mission⁵ und die israelitische Kultusgemeinde, ihre

⁷ Siehe auch Dok. 124 vom 4. 12. 1940.

⁸ Im dritten Teil (Volkstum und Volksgesundheit) geht es um die Stimmung der tschech. Bevölkerung im Sudetengau sowie um die neue VO über Kinderbeihilfen. Es folgen die Teile „Verwaltung und Recht“ sowie „Wirtschaft“.

¹ Abdruck in: Actes et Documents du Saint Siège Relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, hrsg. von Pierre Blet u. a., Bd. 8: Janvier 1941– Décembre 1942, Vatikanstadt 1974, S. 78 f.

² Theodor Innitzer (1875–1955), Theologe; 1928/29 Rektor der Universität Wien, 1929/30 Sozialminister, 1932–1955 Erzbischof von Wien, von 1933 an Kardinal, gründete 1940 die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken; von 1952 an Päpstlicher Legat.

³ Dr. Eugenio Pacelli (1876–1958), Theologe, Jurist; 1901 Eintritt ins päpstliche Staatssekretariat, 1909 bis 1914 Professor an der Diplomatenaakademie des Vatikans, 1917 Titularbischof und päpstlicher Nuntius in München, 1920–1929 Nuntius für das Deutsche Reich, 1929 Kardinal, 1930 Kardinalstaatssekretär, im März 1939 zum Papst gewählt.

⁴ Die Society of Friends war eine Organisation der Quäker in London, die mit dem Büro Grüber, dem Raphaelsverein und der Reichsvereinigung zusammenarbeitete, um „nichtarischen“ Christen und Dissidenten zu helfen.

⁵ Die Schwedische Israelmission war eine Initiative der schwed. evang.-luther. Kirche zur Mission

nichtarischen Schützlinge in viel wirksamerer Weise als wir zu betreuen vermögen, da sie über größere Geldmittel verfügen.

Die uns zur Verfügung stehenden Mittel sind durch das völlige Versagen des Auslandes so zusammengeschmolzen, daß eine ausgiebige Unterstützung kaum mehr möglich ist.

Viele meiner nichtarischen Diözesanen mußten daher in den letzten Wochen ihre Wohnungen aufgeben und Massenquartiere aufsuchen. Schließlich sind auch unsere Ausreisepläne gescheitert oder in bescheidenen Anfängen steckengeblieben, zumal die Brasilienaktion.⁶

Und nun sind diese schwer geprüften Katholiken meiner Diözese noch von einer größeren Gefahr bedroht. Nach einer mir von zuverlässiger Seite zugekommenen Information sollen in den nächsten Wochen sämtliche in Wien lebenden Juden – etwa 60 000 – deportiert werden.

Möglichst viele diesem furchtbaren Schicksal zu entreißen, ist darum unsere dringendste Aufgabe.

Durch die so trostvolle Weihnachtsbotschaft Ew. Heiligkeit ermutigt,⁷ wage ich deshalb auch die Hilfe des Staatssekretariates Ew. Heiligkeit zu erbitten. Ich denke dabei vor allem an die Beschaffung von Auslandsvisa, um wenigstens einem Teil der Bedauernswerten noch in letzter Stunde die Ausreise zu ermöglichen.

In der Überzeugung, daß Eure Heiligkeit meine drückenden Sorgen zu den Ihren machen und nach Möglichkeit helfen werden, erlebe ich den besonderen Segen Ew. Heiligkeit für meine so schwer heimgesuchten Diözesanen.⁸

von Juden und Unterstützung von konvertierten Juden. Seit 1920 gab es auch eine Niederlassung in Wien. Von 1938 an half die Schwedische Mission Konvertiten, die als Juden verfolgt wurden, bei der Ausreise. Im Sommer 1941 musste sie ihre Wiener Niederlassung in der Seegasse aufgeben.

6 Auf Bitten des St. Raphaelsvereins hatte Papst Pius XII. vom brasil. Staatspräsidenten 3000 Einreisevisa für kath. getaufte „Nichtarier“ erwirkt. Brasilien bestand zunächst auf einer vor 1933 erfolgten Taufe, lockerte diese Vorschrift zwar, als jedoch im Mai 1940 die erste Gruppe in Südamerika eintraf, geriet die Rettungsaktion ins Stocken, da die meisten Emigranten erst 1939 getauft worden waren.

7 Message de Noël du pape Pie XII., Abdruck in: Actes et Documents (wie Anm. 1), Bd. 4: Juin 1940 – Juin 1941, Vatikanstadt 1967, S. 307 – 313.

8 Innitzer erhielt am 6. 2. 1941 eine Antwort von Kardinal Maglione. Dieser verwies darauf, dass der Heilige Stuhl sich seit Beginn der rassistischen NS-Politik bemühe, die Leiden der „nichtarischen“ Katholiken zu lindern, u. a. durch kath. Hilfskomitees in Europa und Amerika. Es werde alles getan, um die Emigration von 2000 der insgesamt 3000 nichtarischen Katholiken, denen ein brasil. Visum zugesagt werden sollte, zu ermöglichen und einen Teil der Visa für „nichtarische“ Wiener Katholiken zu reservieren; wie Anm. 1, Bl. 92 – 94.

DOK. 137

**Der Reichsstatthalter in der Steiermark berichtet dem
Reichsernährungsminister am 21. Januar 1941 über die Enteignung
landwirtschaftlichen Grundbesitzes von Juden¹**

Bericht des Reichsstatthalters in der Steiermark (Obere Siedlungs- und Umlegungsbehörde), IVb-Gen. III, Bd. 1/98, i. V. gez. Müller-Haccius,² Graz, an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft³ (Eing. 28. 1. 1941) vom 21. 1. 1941⁴

Betrifft: Verwertung des jüdischen landwirtschaftlichen Grundbesitzes.

Vorgang: Erlaß vom 28. Okt. 1940 – VIII B 2-143 B/40.⁵

Anlagen: 1 Verzeichnis, 1 Gesamtübersicht

Berichterstatter: Regierungsrat Leonhardt⁶

In der Anlage überreiche ich die Übersicht über die arisierten Grundstücke nach dem Stand vom 1. Jänner 1941. Von dem insgesamt rund 10 035 ha umfassenden jüdischen landwirtschaftlichen Grundbesitz des Reichsgaues Steiermark sind bis zum 1. Jänner 1941 rund 7802 ha entjudet worden. Der Rest von 2233 ha steht überwiegend im Eigentum von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

Gesamtübersicht über die Arisierung landwirtschaftlicher Grundstücke auf Grund der Verordnung vom 3. Dezember 1938 (RGBl. I. S. 206)⁷

	Gesamtflächeninhalt der landw. Grundstücke				Prozentsatz d. arisierten Grundstücke		
Kreis	a. im Eigentum von Juden		b. davon in Eigentum von Ariern überführt		Sp. 4 von den jüd. Grundstücken Sp. 3		Bemerkungen
	Gesamtzahl	Fläche ha	Gesamtzahl	Fläche ha	Gesamtzahl	Fläche ha	
2	3		4		5		6
Bruck a/Mur	1	32	1	32	100	100	
Feldbach	2	21	1	7	50	33,3	
Fürstenfeld	5	729	2	472	40	65	
Graz-Land	9	209	4	195	44	94	
Wartberg	2	550	2	550	100	100	
Budenburg	4	5 086	3	4038	75	80	
Leibnitz	5	153	2	10	40	0,6	
Leoben	1	18	1	18	100	100	
Wiezen	2	448	2	448	100	100	
Würzzuschlag	9	1 541	5	1120	55	73	
Oberwart	12	1 104	5	887	42	80	
Reiz	2	144	1	25	50	17	
Gesamtsumme im Bez. der Ob. Siedlungsbehörde im Reichsgau Steiermark	54	rund 10035	29	rund 7802	rund 54	rund 78	

¹ BArch 3601/367, Bl. 286 f.

DOK. 138

**Der Judenberater des SD in Frankreich vermerkt am 21. Januar 1941,
dass Heydrich in Hitlers Auftrag ein Projekt zur „endgültigen Lösung“ der Judenfrage
entwickelt habe¹**

Vermerk von Theodor Dannecker vom 21.1.1941 (Abschrift)

„Zentrales Judenamt“ in Paris.

1. Gemäß dem Willen des Führers soll nach dem Kriege die Judenfrage innerhalb des von Deutschland beherrschten oder kontrollierten Teiles Europas einer endgültigen Lösung zugeführt werden.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD² hat bereits vom Führer über den RF-SS, bzw. durch den Reichsmarschall³ Auftrag zur Vorlage eines Endlösungsprojektes erhalten.⁴ Auf Grund der bei den Dienststellen des OdS⁵ und dem SD vorhandenen umfangreichen Erfahrungen und dank der seit längerer Zeit geleisteten Vorarbeiten wurde dann das Projekt in seinen wesentlichsten Zügen ausgearbeitet. Es liegt dem Führer und dem Reichsmarschall vor. Fest steht, daß es sich bei der Ausführung um eine Riesenarbeit handelt, deren Erfolg nur durch sorgfältigste Vorbereitungen gewährleistet werden kann. Diese müssen sich sowohl auf die einer Gesamtabchiebung der Juden vorausgehenden Arbeiten als auch auf die Planung einer bis ins einzelne festgelegten Ansiedlungsaktion in dem noch zu bestimmenden Territorium erstrecken.

2. Aus dem einleitenden Dargestellten wird ganz von selbst die große Aufgabe deutlich, die sich der judenbearbeitenden Stelle zunächst im besetzten Gebiet Frankreichs gleichermaßen wie in den anderen besetzten Teilen Europas aufdrängt: Erkennen und Herauslösen der Juden aus allen Verflechtungen in den Lebensgebieten und im Staatsleben;

2 Dr. Otto Müller-Haccius (1895–1988), Jurist; 1933 NSDAP-, 1940 SS-Eintritt; 1939–1944 Regierungspräsident in Graz, 1940 Honorarprofessor in Graz, 1944/45 Regierungspräsident in Schlesien; von 1949 an Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover, 1963–1967 und 1970 CDU-Abgeordneter im Niedersächs. Landtag.

3 Richard Walther Darré (1895–1953), Dipl.-Landwirt; 1930 NSDAP-, 1931 SS-Eintritt; 1932–1945 MdR, 1932–1938 Chef des RuSHA der SS, von 1933 an RMEuL und Reichsbauernführer; 1934 SS-Obergruppenführer; 1942 von allen Ämtern suspendiert; 1945 in US-Internierung und 1949 in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke; Spalte 1 der Tabelle ist unleserlich.

5 Das RMEuL hatte die Oberen Siedlungsbehörden angewiesen, eine detaillierte Übersicht über die „arisierten“ Grundstücke nach dem Stand vom 1.1.1941 anzulegen und in der Folgezeit halbjährlich Ergänzungen einzureichen; Erlass des RMEuL vom 28.10.1940, wie Anm. 1, Bl. 3.

6 Dr. Herbert Leonhardt (*1902), Jurist.

7 Gemeint ist die VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938; RGBl., 1938 I, S. 1709 bis 1712, siehe auch VEJ 2/193. Der Gesetzestext hat die Nr. 206, daher die falsche Seitenzahlangebe im Original.

1 CDJC, V-59. Abdruck als Faksimile in: Serge Klarsfeld, Recueil de documents des dossiers des autorités allemandes concernant la persécution de la population Juive en France (1940–1944), Bd. 1: De juin 1940 au 31 décembre 1941, New York 1979, o.S.

2 Reinhard Heydrich.

3 Hermann Göring.

4 Der Auftrag ist nicht überliefert.

5 Oberbefehlshaber der Sicherheitspolizei.

sodann zentral gesteuerte *Verwaltung der Juden* und ihres Besitzes bis zum Abschiebe hin. Daneben muß ferner eine Berufsumschichtungsaktion laufen.

3. Die Lösung einer derartigen Aufgabe ist aber, wie die Vergangenheit an vielen anderen Beispielen zur Genüge gezeigt hat, nur beim Vorhandensein einer zentralen Leitung möglich.

Bei den Verhältnissen in Frankreich, die ich als bekannt voraussetze, ist die Bewältigung der Aufgabe überhaupt nur zu schaffen, wenn eine solche zentrale Führung unter Zusammenfassung aller in Frage kommenden Kräfte *raschestens* ihre zielbewußte Arbeit aufnimmt.

4. Bevor ich das eigentliche Projekt eines „Zentralen Judenamtes“ näher erläutere, will ich noch kurz auf die derzeitigen Verhältnisse eingehen: Der Chef der Militärverwaltung in Frankreich⁶ hat durch seine bisher erlassenen Anordnungen gegen Juden gewissermaßen die Brücke geschlagen zum Beginn des antijüdischen Ausschaltungswerkes.⁷ Es hat sich aber gezeigt, daß die französischen Behörden ausschließlich den Buchstaben des Gesetzes erfüllen – und das übrigens noch sehr schlecht! – und ein politisches Verständnis der Notwendigkeit einer Generalreinigung überhaupt nicht kennen. Ähnlich spielt sich das Drama der Durchführung des sogenannten Vichy Judenstatutes vom 4. Oktober 1940 ab.⁸

Man betrachte irgendein Lebensgebiet, um immer wieder zu demselben Schluß zu kommen, nämlich, daß man es mit dezentralisierter Kleinarbeit zu tun hat. Daß unter diesen Umständen eine klar ausgerichtete antijüdische Propaganda auch nicht möglich ist, dürfte einleuchten.

Die allerschnellste Errichtung des „Zentralen Judenamtes“ wird deshalb zur dringenden Notwendigkeit, denn sonst muß der Fall eintreten, daß bei dem eines Tages tatsächlich kommenden Judenabschub eine kaum mehr zu bewältigende Aufgabe vor uns steht.

5. Aufbau und Wirken des „Zentralen Judenamtes“

Es handelt sich um eine bisher noch nie versuchte Kombination der verschiedenen zur Behandlung des Problems erforderlichen Stellen und Faktoren: folgende Abteilungen sind vorgesehen:

a) Kartei, Auskunftswesen, Ermittlung (hier wird der bereits arbeitende, unter unserer Aufsicht stehende Spezialdienst für Judenfragen bei der Pariser Polizeipräfektur mit eingebaut werden!).

6 General Alfred Streccius (1874–1944) war kurz nach dem Waffenstillstand Ende Juni 1940 zum Chef der Militärverwaltung in Frankreich ernannt worden. Am 25.10.1940 wurde General Otto von Stülpnagel (1878–1948) sein Nachfolger als Militärbefehlshaber in Frankreich.

7 Die Militärverwaltung ordnete im Sept./Okt. 1940 unter Federführung von Werner Best (1903 bis 1989) in seiner Eigenschaft als Zivilverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich u. a. die Registrierung der jüdischen Bevölkerung, die Erfassung ihres Besitzes, die Kennzeichnung aller Geschäfte und eine Meldepflicht für alle Unternehmen, die Juden gehörten, an; Verordnungen über Maßnahmen gegen Juden vom 27.9.1940 und 18.10.1940, Verordnungsblatt für die besetzten französischen Gebiete Nr. 9 vom 30. 9. 1940 und Nr. 12 vom 20. 10. 1940.

8 Im von der Vichy-Regierung erlassenen Judenstatut vom 3.10.1940 war in Anlehnung an die Nürnberger Rassegesetze definiert, wer als Jude zu gelten habe. Verfügt wurde darin außerdem der Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus öffentlichen Ämtern, der Armee, zahlreichen Berufen sowie dem Rundfunk-, Kino- und Pressewesen; Loi portant statut des juifs vom 3.10.1940, Journal Officiel vom 18.10.1940, S. 5323.

- b) Verwaltung des gesamten jüdischen Vermögens und Behandlung von im Zusammenhang mit Juden stehenden Wirtschaftsfragen. (Dann wäre wiederum das gleichfalls schon bestehende „Office du Contrôle des Administrations provisoires“ mit einzubeziehen.)⁹
- c) „Juden-KZ-Wesen“ unter Zugrundelegung des Gesetzes der französischen Regierung vom 4. X. 1940, wonach zunächst einmal jüdische Ausländer in besonderen Konzentrationslagern untergebracht werden können.¹⁰
- d) Dienstaufsicht über die in den Grundzügen bereits errichtete, gleichfalls unter unserer Aufsicht stehende „Jüdische Zwangsvereinigung“ als Haftungsgemeinschaft aller Juden.¹¹ (Auch Träger des Umschichtungswerkes!)
- e) Juden in den Lebensgebieten. Im Zusammenhang damit obliegt dem Sachgebiet auch die *Kontrolle der Durchführung des französischen Judenstatutes* vom 4. X. 40.¹²
- f) Steuerung des ebenfalls im Entstehen begriffenen rein französischen Institutes zum Studium des jüdischen Einflusses, dem die Rolle eines Druckmittels den französischen Behörden [gegenüber] gleichkommt und das zur restlosen Erkenntnis der Juden und ihres Einflusses unbedingt erforderlich ist.¹³
- g) Lenkung der antijüdischen Propaganda entsprechend den im Rahmen des Gesamtplanes wichtigen Grundsätzen, die sich wiederum aus der allgemeinen Arbeit des „Judenamtes“ ergeben. Das Judenamt wird unter französischer Leitung stehen. Gemäß den dem Reichsführer SS, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, übertragenen Aufgaben innerhalb der Judenbehandlung Europas, und entsprechend dem Geheimerlaß des Oberkommandos der Wehrmacht vom 4. Oktober 1940,¹⁴ der u. a. auch die Zuständigkeit für die Behandlung der Judenangelegenheiten dem Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Belgien und Frankreich überträgt, muß die Dienstaufsicht von dieser Stelle ausgeübt werden.¹⁵

9 Gemeint ist der im Dez. 1940 eingesetzte Service du Contrôle des Administrateurs Provisoires (SCAP). Die zunächst dem Ministère de la Production Industrielle unterstellte Behörde sollte die kommissarischen Verwalter überwachen, die zur „Arisierung“ von Unternehmen im Besitz von Juden eingesetzt wurden. Der SCAP wurde, wie von Dannecker angeregt, im Juni 1941 in das neu gegründete Generalkommissariat für Judenfragen eingegliedert.

10 Aufgrund des von der Vichy-Regierung am 4. 10. 1940 erlassenen Gesetzes konnten Juden ausländischer Staatsangehörigkeit ohne Angabe von Gründen in Konzentrationslagern interniert werden; Loi sur les ressortissants étrangers de race juive, wie Anm. 8, S. 532f.

11 Die Union Générale des Israélites de France, in der sämtliche jüdischen Organisationen Frankreichs aufgingen, wurde endgültig am 29. 11. 1941 gegründet.

12 Richtig: 3. 10. 1940, siehe Anm. 8.

13 Das Institut d'Étude des Questions Juives wurde am 11. 5. 1941 mit Unterstützung der deutschen Propagandastaffel auf Veranlassung des RMfVuP gegründet. Das Institut veröffentlichte antisemitische Broschüren, veranstaltete Konferenzen zur „Judenfrage“ und gab die Zeitschrift Le Cahier Jaune heraus.

14 Erlass OKW Abwehr betr. Einsatz der Sicherheitspolizei in den besetzten Gebieten vom 4. 10. 1940, Barch, B 162/Vorl. AR-Z 18/61, Anl. 5, Handakten Bd. 10, Bl. 26f.

15 Nach den Vorschlägen Danneckers wurde im März 1941 ein Generalkommissariat für Judenfragen (Commissariat Général aux Questions Juives) eingerichtet. Die Behörde sollte sowohl im besetzten als auch im unbesetzten Teil Frankreichs die antijüdischen Maßnahmen koordinieren. Zu ihrem ersten Leiter wurde Xavier Vallat (1891–1972) ernannt. Dem Vermerk liegt eine Skizze zum Aufbau eines Zentralen Judenamts bei; wie Anm. 1.

DOK. 139

**Max Schöenberg aus Köln bittet einen Bekannten in den USA
am 23. Januar 1941 um Hilfe bei der Emigration¹**

Brief von Dr. Max Schöenberg, Köln, Venloerstr. 23, ungez., an Herrn Hirsch vom 22. 1. 1941 (Abschrift)²

Sehr geehrter Herr Hirsch!

Ihr und Ihrer werten Familie Wohlergehen hoffen wir voraussetzen zu dürfen.

Ich weiß nicht, ob eine postalische Verbindung zwischen Ihnen und Onkel Jacob und Tante Evchen³ besteht. Daher benutze ich gern die Gelegenheit, Ihnen von beiden zu berichten.

Tante ist leidender als je. Sie hat – Tag und Nacht – viel Sorge und Arbeit durch die Pflege ihres Mannes. Denn Onkel Jacob hat ein chronisch gewordenes Darmleiden, das ihm – und ihr – durch Koliken manche unruhige Nacht verursacht. Sind die Koliken vorbei, ist Onkel schnell wieder obenauf, während Tante die Störungen mit körperlichen und nervösen Beschwerden büßt. Heddy⁴ ist in einem Bureau beschäftigt und kann beiden nicht soviel wie früher zur Seite stehen.

Aber der Zweck meines Schreibens ist natürlich ein anderer.

Vor 4 Jahren baten wir Sie, sich unseres Jungen⁵ anzunehmen. Sie lehnten aus verständlichen Gründen die Verantwortung für einen gerade den Kinderschuhen entwachsenen Jungen ab.

Da wir damals schon wußten, daß es unmöglich sei, einen heranwachsenden Menschen dem seelischen Druck der hiesigen Atmosphäre auszusetzen, brachten wir ihn nach Palästina, das als einziges Land ihm damals Aufnahmemöglichkeit bot. Damit war auch für uns die Entscheidung gefallen. Palästina mußte auch unsere Zukunftshoffnung sein. Während unserer Vorbereitung für die Übersiedlung schlossen sich 1938 dort die Tore.⁶ Wir waren um eine Hoffnung ärmer. Gerade damals entdeckten wir einen entfernten – sehr entfernten Verwandten in USA. Wir wandten uns an ihn und erbaten seine Hilfe für unsere Einwanderung. Damals hätten wir sie noch mit eigenen Mitteln finanzieren können. Die Bürgschaft des Verwandten brauchte nur eine formale zu sein. Dazu war er bereit. Inzwischen hat sich die Lage, wie Ihnen bekannt ist, grundlegend geändert; es bedarf heute *fremder* Gelder, um die Passage zu bezahlen, und außerdem verlangt die amerikanische Einwanderungsbehörde, daß der Lebensunterhalt für mehrere Jahre völlig gesichert ist. Dazu ist unser Bürge offenbar nicht imstande, vielleicht auch nicht gewillt. Verwandtschaftliche Gefühle kann ich von ihm nicht erwarten. Sein Großvater, der vor 105 Jahren nach Amerika auswanderte, war der Bruder des Vaters meiner Schwieger-

1 NS-Dokumentationszentrum Köln, Briefe Max Schöenberg, Best. 46. Auszugsweiser Abdruck in: Rüther, Köln im Zweiten Weltkrieg (wie Dok. 78, Anm. 1), S. 543–545.

2 Am oberen linken Dokumentenrand handschriftl.: „Abs. Dr. Schöenberg, Köln; Empf. Dr. Kaufmann, Shanghai.“ Diese ungezeichnete Abschrift schickte Max Schöenberg seinem Schwager Julius in Shanghai.

3 Eva Leiser in Brüssel.

4 Vermutlich: Hedwig Ehrlich, geb. Pels (1897–1942), wurde am 20. 7. 1942 nach Minsk deportiert und dort ermordet.

5 Leopold, auch Reuwen Schöenberg (*1920), emigrierte 1937 nach Palästina, wo er eine Schlosserlehre begann, später Lagerist in einer Baufirma; lebt in Kiryat Haim im Norden Haifas.

6 Siehe Dok. 120 vom Herbst 1940, Anm. 18.

mutter. Also keine sehr enge Verbindung. Nun stehen wir zu Ihnen überhaupt nicht in verwandtschaftlichen Beziehungen. Und doch habe ich die Absicht – wie Sie schon längst bemerkt haben –, mich an Sie zu wenden.

Den Mut dazu gibt mir Ihre uns wohlbekannte und vielfach bewährte Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft. Sie gibt uns die Hoffnung, daß Sie unsere Bitte nicht achtlos beiseite legen werden. Diese Hoffnung wird dadurch gestärkt, daß wir immerhin nicht wildfremde Menschen sind. Ihre Gattin war in jungen Jahren durch Tante Evchen meiner Frau⁷ freundschaftlich verbunden. Ihre Gattin wird Ihnen bestätigen, daß meine Schwiegermutter und meine Frau gediegene und wertvolle Menschen sind. Ich glaube von mir sagen zu dürfen, daß ich im Leben meinen Mann gestanden habe. Und die Freundschaft, die Tante Evchen und Onkel Jacob mir stets entgegengebracht haben, spricht immerhin nicht gegen mich. Es gehört Mut dazu, Ihnen eine so große Bitte vorzutragen, wie wir sie im Sinne haben. In normalen Zeiten könnte ich es verstehen, wenn Sie den „Mut“ als „Zumutung“ empfinden und die Bitte unbeachtet lassen würden. Aber es sind keine normalen Zeiten. Selbst über das Weltmeer muß die Kunde gedrungen sein, daß für Juden im Deutschen Reich kein Platz mehr ist. Die Lösung der Judenfrage in Deutschland wird von den Nationalsozialisten mit der von ihnen in allen Dingen zu beobachtenden Tatkraft und Zielbewußtheit ohne Kompromiß durchgeführt bzw. durchgeführt werden. Den Satz brauche ich Ihnen nicht zu belegen.

[...] ⁸

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir versuchen würden, das Opfer, um das wir Sie bitten wollen, so gering wie möglich zu halten. Wir würden alle unsere Kräfte anspannen, in USA so schnell als möglich in Arbeit und Verdienst zu kommen, um die zur Verfügung gestellte Summe so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen. Es würde unser Bestreben sein, die durch die Überfahrt und die erste Installation notwendigen Ausgaben wieder zurückzuerstatten. Versprechen kann ich ehrlicherweise nur unseren guten Willen. Sie dürfen zu uns das Vertrauen haben, daß wir dies Versprechen als eine Ehrenschuld einlösen werden. Meine Frau lernt seit langem schon Schneiderei. Ich kann als früherer Arzt sofort Krankenpfleger sein. Ich werde auch vor anderer Arbeit nicht zurückscheuen, wenn sie Aussicht auf Erfolg verspricht. Dem Traum, dort wieder Arzt zu werden, darf ich zunächst nicht nachhängen, da ich dann ca. 2 Jahre mich vorbereiten müßte, ohne meinen Lebensunterhalt erwerben zu können.

Nun werden Sie wissen wollen, wie groß unsere Wünsche sind. Die folgenden Zahlenangaben beruhen auf Informationen des hiesigen Hilfskomitees. Danach bedürfen wir für die Überfahrt mit notwendigem Gepäck US-\$..., für die Sicherung des Lebensunterhaltes \$...⁹ Die genannte Summe ist größer, als sie wirklich gebraucht wird. Aber das amerikanische Konsulat verlangt die Sicherstellung dieser Mittel, damit der Einwanderer der amerikanischen Öffentlichkeit auch bei etwaiger Arbeitslosigkeit nicht zur Last fällt. Es ist mir nicht leicht geworden, sehr geehrter Herr Hirsch, Ihnen diese große Bitte zu unterbreiten. Bisher habe ich stets aus eigener Kraft meinen pekuniären Bedarf – und mehr – decken können. Doch Sie verstehen, daß die umstürzenden Ereignisse des letzten Jahrzehnts andere Verhältnisse und andere Maßstäbe bedingt haben.

⁷ Erna Schönenberg.

⁸ Ein Absatz wurde geschwärzt und ist unlesbar.

⁹ Im Original hier Leerstellen.

In Ihrer Hand liegen 3 Menschenschicksale. Wir haben das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie helfen können und werden. Haben Sie das Vertrauen zu uns, daß Ihre Hilfe nicht auf Undankbarkeit treffen wird.

Meine Schwiegermutter, meine Frau und ich senden Ihnen und Ihrer Gattin beste Grüße
Ihr

DOK. 140

Der Vorstand der Reichsvereinigung spricht am 27. Januar 1941 über die Betreuung „nichtarischer“ Christen und die Verlegung jüdischer Psychiatriepatienten in Sammelanstalten¹

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (I/Dr. Berl/Kl.), gez. Dr. Berliner,² Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 158, vom 27. 1. 1941³

- 1.) Als stellvertretender Vorsitzender der Oberschiedsstelle wird Herr Kammergerichtsrat a. D. Berthold Israel *Lehmann*,⁴ der bereits zu den Beisitzern der Schiedsstelle gehört, bestimmt.
- 2.) Der Leiter der Hebräischen Lehranstalt in Berlin, Herr *Baum*, ist vom Gemeindevorstand veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen, weil seine arische Ehefrau, die gelegentlich ihrer Heirat zum Judentum übergetreten war, jetzt aus dem Judentum ausgetreten ist. Eine darüber von Baum an die Reichsvereinigung gerichtete Beschwerde wird zurückgewiesen.
- 3.) Dr. Eppstein entwickelt ein Erziehungsprogramm für die außerfachliche Erziehungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Berufsausbildungs- und Umschichtungsstellen, die auf Grund der vom Vorstand beschlossenen Richtlinien durchgeführt werden soll. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der sehr eingehenden Aussprache wird Dr. Eppstein beauftragt, dem Vorstand formulierte Richtlinien vorzulegen.⁵
- 4.) Der Jüdische Religionsverband *Hamburg*⁶ ist aufgefordert worden, die noch im Hamburger Freihafen lagernden Lifts von 700 Personen, die sich noch in Deutschland befinden, und etwa 5000 Lifts von bereits ausgewanderten Juden zu entfernen. Es wird beschlossen, zunächst mit dem Reichssicherheitshauptamt Fühlung zu nehmen, um zu erwirken, daß die Reichsvereinigung von geplanten Veräußerungen Mitteilung bekommt

1 BArch, R 8150/2, Bl. 67 + RS.

2 Dr. Cora Berliner (1890 – 1942), Wirtschaftswissenschaftlerin; 1919 Referentin für Verbraucherschutz im RWM, 1923 Reg. Rat im Statistischen Reichsamt, 1930 – 1933 Professorin am Staatlichen Berufspädagogischen Institut Berlin, 1933– 1942 Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; im Juni 1942 nach Minsk deportiert und dort verschollen. Es ist unklar, warum Cora Berliner auf der Teilnehmerliste als „fehlend“ angegeben wurde.

3 An der Sitzung teilgenommen haben Dr. Baeck als Vorsitzender, Dr. Cohn, Dr. Eppstein, Henschel, Dr. Hirsch, Kozower, Dr. Lilienthal, es fehlten Dr. Seligsohn, Dr. Berliner, Brasch, Dr. Fuchs, Fürst, Karminski, Löwenstein, Lyon, Meyerheim.

4 Berthold Lehmann (*1876), Jurist; Kammergerichtsrat in Berlin, 1935 entlassen, im Jan. 1943 nach Auschwitz deportiert; sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

5 Nicht aufgefunden.

6 Der Jüdische Religionsverband in Hamburg entstand 1937 aus einem Zusammenschluss aschkenasischer Gemeinden; Leiter war 1938 – 1942 Dr. Max Plaut. Ende 1942 wurde der Verband in die Reichsvereinigung der Juden überführt.

und das Recht erhält, die in den Lifts befindlichen Textilien und Lederwaren freihändig zu erwerben, um die jüdischen Kleiderkammern damit zu versorgen.⁷

5.) Hinsichtlich der Betreuung der bisher vom Büro Pfarrer *Grüber*⁸ erfaßten evangelischen Mitglieder der Reichsvereinigung wird folgendes beschlossen:

Die Auswanderungsberatung wird unmittelbar durch die Abt. Wanderung der Reichsvereinigung vorgenommen, wobei über die Frage der Übernahme von Mitarbeitern des Büros Pfarrer *Grüber* noch verhandelt werden soll. Die Wohlfahrtsbetreuung wird durch die Wohlfahrtsstellen der Jüdischen Kultusvereinigungen erfolgen, doch sollen gegebenenfalls für Ermittlungen, seelsorgerische Betreuung sowie für Sammlungen im Kreise der nichtarischen Christen ehrenamtliche Mitarbeiter dieses Personenkreises herangezogen werden.

6.) Es wird berichtet über die Verlegung von jüdischen Geisteskranken in Sammelanstalten bzw. Anstalten des Generalgouvernements.⁹ Aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940 ist für jüdische Geistesranke, die nach dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten eingewiesen sind bzw. jetzt neuerkranken, lediglich die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt *Sayn*¹⁰ zuständig. Eine Erweiterung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt *Sayn* für jüdische Geistesranke durch Aufstellung von Baracken ist in Aussicht genommen, ferner sollen Kranke, die vor dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht waren, nach Möglichkeit in Schwachsinnigen-, Siechen- oder Altersheime der Reichsvereinigung verlegt werden.

DOK. 141

Jan Springel wird am 27. Januar 1941 in Buchenwald erschossen¹

Schreiben des Lagerarztes des K.L. Buchenwald,² ungez., an die Kommandantur K.L. Buchenwald vom 27.1.1941

Betrifft: Tod des Häftlings (K.-Jud. 531.) *Jan Springel*³

geboren am 17.3.1915 in Zawiercie,

gestorben am 27.1.1941, 10.30 Uhr.

Am 27. Januar 1941, um 10.30 Uhr, wurde der Häftling *Jan Springel* bei tätlichem Widerstand erschossen. Der Häftling wurde durch zwei Pistolenschüsse getroffen.

⁷ Ein Teil der Lifts im Hamburger Hafengebiet wurde bei Luftangriffen zerstört, ein Teil von der Gestapo beschlagnahmt. Der Inhalt wurde versteigert.

⁸ Das Büro *Grüber* stand seit 1939 unter Eichmanns Aufsicht und wurde 1940 aufgelöst. Mit seiner Hilfe konnten über 1000 zum Christentum konvertierte Juden und deren Familien zwischen 1938 und 1940 auswandern; siehe auch Dok. 47 vom 2.2.1940 und VEJ 2/267.

⁹ Die angebliche Verlegung jüdischer Kranker in das Generalgouvernement war nur eine Täuschung, die Kranken wurden im Reich ermordet; siehe Dok. 173 vom 1.4.1941 und Einleitung, S. 32f.

¹⁰ Richtig: Bendorf-Sayn; siehe Dok. 127 vom 12.12.1940.

¹ IPN, Sammlung KZ Buchenwald, Kopie: BwA, HKW 31, Bl. 2, Film 13 a. Abdruck als Faksimile in: Harry Stein, *Juden in Buchenwald 1937–1942*, Gedenkstätte Buchenwald 1992, S. 79.

² Lagerärzte waren 1939–1943 bzw. 1939–1941 Dr. Waldemar Hoven (1903–1948) und Dr. Erich Wagner (1912–1959). Der Brief wurde vermutlich von einem beigeordneten Arzt oder Sanitätsdienstgehilfen verfasst.

³ Jan Springel, auch Jona Szpringier (1915–1941) war seit dem 7.11.1940 Häftling in Buchenwald.

1. Einschuß: linke Brustseite, 7 cm von der Brustbeinlinie in der Brustdrüsenregion, 4 cm unterhalb der Brustwarze. Ausschuß: am Rücken in der Nähe der Schulterblattlinie, in Höhe des 11. Rippenbogens.

2. Einschuß: Linke Brustseite, 1 cm links von der Brustbeinlinie. Ausschuß: 1 cm links von der Schlüsselbeinlinie in Höhe des 1. Rückenwirbels.

Der Tod trat infolge des ersten Schusses durch Verletzung von Herz und Lunge ein.

Eine andere als die oben erwähnte Gewalteinwirkung ist mit Sicherheit ausgeschlossen.

DOK. 142

Hitler erinnert am 30. Januar 1941 an seine Prophezeiung, dass im Fall eines Weltkriegs das europäische Judentum vernichtet werde¹

Auszug aus der Rede Adolf Hitlers im Berliner Sportpalast am 30. 1. 1941 anlässlich des achten Jahrestags der Machtergreifung²

[...] ³

Das Jahr 1941 wird, dessen bin ich überzeugt, das geschichtliche Jahr einer großen Neuordnung Europas sein! Das Programm kann kein anderes sein als Erschließung der Welt für alle, Brechung der Vorrechte einzelner, Brechung der Tyrannei gewisser Völker und besser noch ihrer finanziellen Machthaber. Und endlich wird dieses Jahr mithelfen, dann wirklich die Grundlagen für eine Völkerverständigung und damit eine Völkeraussöhnung zu sichern!

Und nicht vermeiden möchte ich auch den Hinweis noch darauf, den ich schon einmal, nämlich am 1. September 1939 im Deutschen Reichstag, gegeben habe, daß nämlich, wenn wirklich die andere Welt von dem Judentum in einen allgemeinen Krieg gestürzt wird, das Judentum damit seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird!⁴ Sie mögen auch heute noch lachen darüber, genau so, wie sie früher lachten über meine inneren Prophezeiungen. Die kommenden Monate und Jahre werden erweisen, daß ich auch hier richtig prophezeit hatte. Schon jetzt aber sehen wir, wie unsere Rassenerkenntnis Volk um Volk ergreift, und ich hoffe, daß auch die Völker, die heute noch in Feindschaft gegen uns stehen, eines Tages ihren größeren inneren Feind erkennen werden, und daß sie dann doch noch in eine große gemeinsame Front mit uns eintreten werden: der Front einer arischen Menschheit gegenüber der internationalen jüdischen Ausbeutung und Völkerverderbung!⁵

Dieses Jahr, das seit dem 30. Januar nun hinter uns liegt, war das Jahr größter Erfolge, allerdings auch vieler Opfer. Wenn auch im gesamten die Zahl der Toten und der Verletzten klein ist gegenüber allen früheren Kriegen, so sind doch für jede einzelne Familie, die davon betroffen wurde, die Opfer schwer. Unsere ganze Zuneigung, unsere Liebe und

1 DRA, 2623108. Stark überarbeiteter Abdruck in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 32 vom 1.2. 1941, S. 1–2, 4, 7f., hier S. 8.

2 Der Text folgt der Tonaufnahme der Rede; Gesamtdauer der Rede: 95 Minuten, 49 Sekunden.

3 Im ersten Teil der Rede spricht Hitler über die Entstehung der NS-Bewegung, die Überwindung des Versailler Vertrags und die Ursachen des Zweiten Weltkriegs. Weiter warnt er die USA davor, in das Kriegsgeschehen in Europa einzugreifen, und betont, dass der Krieg bereits zugunsten des Deutschen Reichs entschieden sei.

4 Hitler hielt diese Rede am 30. 1. 1939; siehe VEJ 2/248.

5 So im Original.

unsere Fürsorge gehört denen, die diese Opfer bringen mußten. Sie haben das erlitten, was Generationen vor uns eben auch bringen mußten. Opfer brachte aber auch sonst jeder einzelne Deutsche. Gearbeitet hat die Nation auf allen Gebieten, gearbeitet hat im Ersatz des Mannes vor allem die deutsche Frau.

Es ist ein wunderbarer Gemeinschaftsgedanke, der unser Volk beherrscht! Daß dieser Gedanke in seiner ganzen Kraft uns im kommenden Jahr erhalten bleibe, das sei der Wunsch des heutigen Tages. Daß wir für diese Gemeinschaft arbeiten wollen, das sei unser Gelöbnis! Daß wir im Dienste dieser Gemeinschaft den Sieg erringen, das ist unser Glaube und unsere Zuversicht! Und daß der Herrgott in diesem Kampf des kommenden Jahres uns nicht verlassen möge, das soll unser Gebet sein! Deutschland Sieg Heil!⁶

DOK. 143

Elisabeth Butenberg aus Rheydt ärgert sich Ende Januar 1941 über das Verhalten von Juden in der Straßenbahn und unterbreitet dem Ortsgruppenleiter der NSDAP dazu Vorschläge¹

Schreiben von Frau Butenberg² an Pg. Engels, Ortsgruppenleiter der NSDAP, Ortsgruppe Ludwig Knickmann, Rheydt (Eing. 28.1.1941), vom Januar 1941 (Abschrift)³

Die Judenfrage ist nur zu lösen, wenn jeder Deutsche sie zu seiner *eigenen* Aufgabe macht. Dazu gehört meines Erachtens, daß daran in bezug auf das Gebiet total und radikal gearbeitet wird. Wenn es z. B. fernerhin möglich bleibt, daß in der *Straßenbahn* sich ein Jude neben einen Deutschen Menschen setzen darf, ihm auf Tuchfühlung auf den Leib rückt oder, wie es meiner Tochter⁴ und Kameradinnen, die zur Staatl. Frauenschule nach M. Gladbach fahren, öfters passiert, von einem Judenlummel mit dreistgierigen Blicken fast entkleidet werden,⁵ das alles betrachte ich als eine unerträgliche Zumutung für einen rassebewußten Deutschen Menschen. Ich mache daher den Vorschlag, daß

1. auf der Reichsbahn besondere „Judenabteile“ eingerichtet werden,
2. auf der Straßenbahn Juden auf den Vorderperron des Anhängers beschränkt bleiben,
3. Straßenbahnen ohne Anhänger mithin für Juden ausgeschlossen sind.

Ich wäre dankbar, wenn Sie diesen Vorschlag gelegentlich verwerten würden.⁶

Heil Hitler

⁶ Es folgen „Sieg-Heil“-Rufe und ein Schlusswort von Joseph Goebbels.

¹ LAV NRW R, RW 58/14774.

² Vermutlich Elisabeth Butenberg, geb. Gelling (1895–1944), Hausfrau; verheiratet mit dem Prokuristen Franz Butenberg, verzog im März 1942 nach Dehrn, Landkreis Limburg a. d. Lahn.

³ Im Original Bearbeitungsvermerke der Gestapo Düsseldorf; Grammatik und Großschreibung wie im Original.

⁴ Ingeborg Butenberg (*1922).

⁵ Zu diesem Absatz ist unten handschriftl. vermerkt: „Es handelt sich um den Juden Jakob Schwalb, Rheydt, Hindenburgwall. Ja 20. 10. 80“. Jakob Schwalb (1880–1942) wurde im Dez. 1941 von Düsseldorf nach Riga deportiert und kam dort ums Leben.

⁶ Seit Dez. 1938 war Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen der Reichsbahn untersagt, die Einführung besonderer Judenabteile war aber nicht vorgesehen; siehe VEJ 2/215. Zur Diskussion und Umsetzung eines Benutzungsverbots öffentlicher Verkehrsmittel für Juden siehe Dok. 158 vom 25.2.1941 und Dok. 222 vom 15.9.1941.

DOK. 144

**Die Gestapo informiert den Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde
am 2. Februar 1941 über die bevorstehende Deportation Wiener Juden
in das Generalgouvernement¹**

Aktennotiz über die Vorsprache des Leiters der Israelitischen Kultusgemeinde Wien,² Zahl II-2.e, ungez., in der Geheimen Staatspolizei bei Reg.Rat Dr. Ebner in Anwesenheit des SS-Ofstuf. Brunner am 1.2. 1941, 12 Uhr mittags, vom 2.2. 1941

Herr Reg.Rat *Dr. Ebner* eröffnete mir folgende Mitteilungen und erteilte mir nachstehende Weisungen:

- 1.) Es ist geplant, einen Teil der in Wien wohnhaften Juden in das Generalgouvernement umzusiedeln. Die Kultusgemeinde soll von dieser Aktion herausgehalten werden, sie wird lediglich die ihr erteilten Weisungen durchzuführen haben. Es sollen ungefähr 1000 Personen mit je einem Transport abgefertigt werden; der erste Transport wird am 15. Feber, der zweite am 19. Feber 1941 und die folgenden an jedem Mittwoch der nächstfolgenden Woche abgehen. Die Stunde wird noch bekanntgegeben werden. Der Abfertigungsbahnhof wird voraussichtlich der Aspangbahnhof sein.³ Es wird beabsichtigt, bis Mai 1941 10000 Juden in das Generalgouvernement umzusiedeln. Die Ansiedlung der Juden im Gouvernement wird in kleinen Kreisstädten erfolgen. Die Namen dieser Städte können derzeit noch nicht bekanntgegeben werden.
- 2.) Die Erfassung der für die Einteilung in die einzelnen Transporte in Betracht kommenden Juden und die Durchführung dieser Transporte obliegt der Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Sinne der ihr höheren Orts erteilten Weisungen. Jeder Auswanderer kann 2 Koffer oder 2 Ballen bis höchstens 50 kg Gewicht mitnehmen. Insbesondere soll Vorsorge getroffen werden, daß jeder Auswanderer 2 gute Decken und ein zweites Paar Schuhe mitnimmt. Diesbezüglich soll die Kultusgemeinde sich bemühen, daß Juden, die über mehr Schuhe verfügen, je ein Paar den Auswandernden zur Verfügung stellen.⁴
- 3.) Als Sammelort für die Auswanderer wird das Gebäude II. Castellezgasse No. 35⁵ bestimmt. Die Kultusgemeinde hat dieses Gebäude ehestens zu räumen und das gesamte Inventar wegzuführen.⁶ Beim Fernsprechamt ist die aufgelassene Telefon-Teilnehmerstelle dieses Gebäudes unter Berufung auf die Weisung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung anzumelden.
- 4.) Die Auswanderung der Juden nach den verschiedenen Übersee-Ländern geht weiter und hat von der Kultusgemeinde nach wie vor betrieben zu werden. Ausgeschlossen ist die Auswanderung nach Jugoslawien.

1 DÖW, 2562. Auszugsweiser Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 148 f.

2 Josef Löwenherz.

3 Vom Wiener Aspangbahnhof aus wurden zwischen Okt. 1939 und Okt. 1942 über 50 000 österr. Juden in die Gettos und Konzentrationslager im Osten Europas deportiert.

4 So im Original.

5 Gemeint ist hier und im Folgenden der Bezirk Wien II, Leopoldstadt.

6 Das Gebäude in der Castellezgasse 35 beherbergte von 1923 an das jüdische Privatrealgymnasium (von 1927 an Chajesrealgymnasium). Zum Schuljahr 1935/36 wurde hier die Volksschule der jüdischen Kultusgemeinde eingerichtet. 1941–1945 diente der Bau als Sammelager für die zur Deportation bestimmten Juden. 1983–2008 gehörte er zu der 1980 wiedereröffneten Zwi-Perez-Chajes-Schule. Heute wird er als Wohnhaus genutzt.

5.) Die Auswahl der für die Umsiedlung in das General-Gouvernement bestimmten Personen erfolgt von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien familienweise. Die für den betreffenden Transport bestimmten Personen haben die Wohnung abzusperren, wonach sie von der Geheimen Staatspolizei versiegelt werden wird. Die Wohnungsschlüssel sind den im Gebäude II. Castellezgasse 35 anwesenden staatlichen Organen abzuliefern. Jeder Wohnungsschlüssel hat mit einer Tafel aus Pappendeckel versehen zu werden. Auf der Tafel sind mit deutlicher Schrift zu verzeichnen: die Wohnung, der Name des Wohnungsinhabers und seine Geburtsdaten. Jeder Auswanderer hat seine Lebensmittelkarten ins Gebäude II. Castellezgasse mitzunehmen und dort abzuliefern. Bargeld darf in unbeschränktem Ausmaße mitgenommen werden.⁷ Ein Beamter der Reichsbank wird im Gebäude II. Castellezg. 35 die mitgenommenen Markbeträge jedes einzelnen in Zloty umwechseln.

6.) Jeder für die Auswanderung bestimmte Jude hat ein genaues Verzeichnis seiner Vermögenswerte, Rechte und Ansprüche anzulegen und abzuliefern, den Namen und die Anschrift des derzeitigen Vermögensverwalters anzugeben, damit die Geheime Staatspolizei in die Lage kommt, die Schenkung all dieser Werte und die Abrechnung mit dem Vermögensverwalter durchzuführen. Der Erlös aus der Veräußerung dieser Werte ist zur Deckung der Kosten der Umsiedlung und Auswanderung sowie der endgültigen Lösung des Judenproblems bestimmt. Ob die Schenkung zugunsten eines der bestehenden Fonds oder eines neu zu errichtenden, mit Rechtspersönlichkeit versehenen Fonds erfolgen wird, steht noch nicht fest.

7.) Die Kultusgemeinde hat für die Verpflegung der für den Transport bestimmten und vor dessen Abgang im Gebäude II. Castellezgasse 35 untergebrachten Juden zu sorgen. Die mit dieser Verpflegung und Verwaltung verbundenen Kosten sind separat zu führen. Die Kultusgemeinde wird hierfür separate Beiträge von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung erhalten. Die letztgenannte Behörde wird auch die für die Verpflegung erforderlichen Bezugscheine verschaffen, ebenso die Bezugscheine für den mitzunehmenden Proviant, der für 4 Tage auszureichen ist. Die abzutransportierenden Juden sind von der Kultusgemeinde zu verständigen, daß sie den Proviant in einer separaten Tasche oder in einem kleinen Handkoffer verwahren mögen.

Jedem Transport wird ein von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bestimmter Krankenbehandler zugewiesen werden. Dieser darf außer dem allgemein zulässigen Gepäck von 50 kg die für die Ausübung seines Berufes unumgänglich notwendigen Instrumente und Medikamente mitnehmen. Den ärztlichen Dienst im Gebäude II. Castellezgasse 35 hat der Krankenbehandler des Spitals der Kultusgemeinde, *Dr. Biller*, zu versehen. Sollten die Juden der Aufforderung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nicht freiwillig Folge leisten, wird deren Vorführung durch Polizeistellen angeordnet werden. Außerdem haben diese Juden schärfere Maßnahmen zu gewärtigen.

8.) Die Kultusgemeinde wird 3–4 Tage vor Abgang eines jeden Transportes die Listen der für diesen Transport bestimmten Juden bekommen, um ihnen die getroffene Anordnung zur Kenntnis zu bringen. Die der Kultusgemeinde aufgetragenen Anordnungen sind in einem Merkblatt zusammenzufassen und den betreffenden Personen auszuhändigen.

9.) Es ergeht ein Verbot an die Juden, Wien ohne besondere Zustimmung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu verlassen. Für die nach anderen Staaten auswan-

⁷ Die erlaubte Geldsumme wurde bald auf einen Höchstbetrag von RM 10 festgelegt.

dernden oder im Auftrage der Behörde reisenden Juden wird die Zentralstelle für jüdische Auswanderung eine zusätzliche Bestätigung ausstellen und sie ihnen aushändigen.

10.) Die Kultusgemeinde hat ein Verzeichnis der von ihr unterstützten Juden anzulegen und es sukzessive der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorzulegen. Für dieses Verzeichnis kommen Juden in Betracht, die die unentgeltliche Verpflegung in Anspruch nehmen und überdies Geldzuschüsse für Miete, Krankenpflege etc. erhalten. Das Verzeichnis ist nach Familien geordnet anzulegen, so zwar,⁸ daß zuerst der Familienerhalter und dann die Frau und Kinder unter Angabe der genauen Anschrift genannt werden.

11.) Die für den Transport bestimmten jüngeren Personen sollen angewiesen werden, den Älteren während des Transportes behilflich zu sein.

12.) Die Angestellten der Kultusgemeinde und deren Anstalter,⁹ deren Dienstleistung benötigt wird, werden von der Einteilung in die Transporte herausgehalten.

13.) Die Umschichtungskurse für Erwachsene und Jugendliche sind sofort aufzulösen. Die nicht benötigten Lehrer der Schule II. Castellezgasse 35 sind zu entlassen, ebenso das Umschulungspersonal.

DOK. 145

Kurt Mezei hält am 3. Februar 1941 in seinem Tagebuch fest, dass bereits Vorladungen zur Deportation an Wiener Juden verschickt wurden¹

Handschriftl. Tagebuch von Kurt Mezei,² Wien, Eintrag vom 3.2. 1941

Montag, 3. Februar 1941

Ereignisse:

Den ganzen Tag liege [ich] mit geringem Fieber im Bett. Die Polenaktion ist auf dem Höhepunkt angelangt, die ersten Verladungen sind schon ausgeschickt!³

Etwas Furchtbares ist geschehen! Die „Umschulung“ ist – aus welchem Grunde? – ab 7. d. M. gesperrt.⁴ Was werde ich machen? Es ist furchtbar!

Gedanken:

Das mit der Umschulung ist wirklich furchtbar! Andeutungen hörte ich schon am Sonntag, glaubte es jedoch nicht. Heute nun wurde es allgemein offiziell bestätigt.

⁸ Gemeint ist: und zwar so.

⁹ So wurden die Hilfskräfte der Angestellten bezeichnet.

¹ JMW, Inv.Nr. 4465/3, Tagebuch von Kurt Mezei, Heft 1.

² Kurt Mezei (1924–1945), Schüler; besuchte mit seiner Zwillingsschwester Ilse (1924–1945) das Wiener Chajes-Gymnasium bis zu dessen Schließung im Okt. 1938; nahm an Umschulungskursen der IKG teil, 1940/41 als Elektriker und Bote der IKG tätig, wurde am 15.10.1941 ins „Zimmer 8“ versetzt, wo er an der administrativen Vorbereitung der Deportationen mitwirken musste; er wurde am 12.4. 1945 von einer SS-Einheit erschossen. Seine Schwester starb vorher bei einem Bombenangriff.

³ Zu den Deportationen von Wiener Juden in das Generalgouvernement im Frühjahr 1941 siehe Dok. 144 vom 2.2. 1941, Dok. 150 vom 12.2. 1941, Dok. 151 vom 15.2. 1941 und Einleitung, S. 52 f.

⁴ Im Zusammenhang mit den Deportationen wurden die Umschulungskurse eingestellt; siehe Dok. 144 vom 2.2. 1941.

DOK. 146

**Völkischer Beobachter: Artikel vom 4. Februar 1941 über die
Ausgrenzung der Juden aus der Wirtschaft¹***Entjudung Europas*

Nach dem im Ausland mit Staunen und Bewunderung verfolgten glatten Verlauf des Entjudungsvorgangs in Deutschland rollte ein europäisches Land nach dem anderen die Judenfrage auf. Das deutsche Vorbild löste in weiten Gebieten, insbesondere im Südosten, seit langem wirkende latente Kräfte aus, führte zu unmittelbaren Aktionen der Staatsführung oder zwang die Regierung zumindest, sich mit dem Judenproblem näher zu befassen. Zu einer umfassenden Regelung ist es aber bisher in keinem anderen Lande gekommen. Es darf eben nicht verkannt werden, daß es sich bei der Ausschaltung des Judentums um eine *politische Maßnahme* erster Ordnung handelt.

Gewiß trat der jüdische Einfluß besonders sichtbar in der Wirtschaft in Erscheinung, für das völkische Leben nicht weniger bedeutungsvoll war jedoch die dominierende jüdische Stellung in der Presse, dem Theater- und Lichtspielwesen, der Kunst, der Literatur sowie bei den Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern. Die Machtposition des Judentums beruhte ja geradezu auf der raffinierten, vielfach getarnten Besetzung entscheidender Stellungen in der Wirtschaft, der Kultur, im Rechtswesen und auch im Staatsapparat – hier spielten sie meist und lieber die Rollen „grauer Eminenzen“. Isolierte Maßnahmen auf einem der völkischen Lebensgebiete vermögen daher das Kernproblem ebensowenig zu lösen wie Teilregelungen auf mehreren oder allen Gebieten. Eine völlige Klärung und endliche völkische Befreiung kann nur die *Ausscheidung aller Juden* bringen. Daß hierbei die Judenfrage überhaupt nur rassistisch gesehen und gelöst werden kann, erscheint nach unseren Erfahrungen selbstverständlich. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das Jahr 1941 im Zeichen der restlosen Ausscheidung des Judentums im europäischen Wirtschaftsraum stehen und damit den endgültigen Durchbruch aller völkischen Kräfte bringen. *Drei Beweggründe* führen zu dieser Auffassung:

1. Die Wirtschaft aller europäischen Länder wird sich in immer stärkerem Maße nach den Achsenmächten ausrichten. Deutschland dominiert mit weitem Abstand im Außenhandel aller Länder. Die Folgen dieses Zustandes für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur anderer Länder in rassistischer Hinsicht liegen auf der Hand. Welchem deutschen Kaufmann und Unternehmer kann noch zugemutet werden, mit Juden zu verhandeln? Es ist daher durchaus folgerichtig, daß die Ausschaltung der Juden aus dem Import- und Exportgeschäft der südosteuropäischen Staaten am weitesten vorgeschritten ist.

2. Darüber hinaus vollzieht sich ein revolutionärer Umbruch im wirtschaftlichen Denken in allen kontinentaleuropäischen Ländern, hier mehr, dort weniger, hier noch zögernd, dort mit ungestümer Urgewalt. Und überall setzen sich zwar die Anhänger und Nutznießer des abklingenden jüdisch-liberalen Systems mit allen Kräften zur Wehr, das Rad der Geschichte vermögen sie jedoch nicht mehr aufzuhalten.

Überall gewinnen die deutschen Wirtschaftsideen an Boden. Sie aber führen automatisch zu einer Eliminierung des Judentums. Denn die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre ist keine Lehre des Mammonismus und kein Katechismus des Geldverdienens, son-

¹ Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 35 vom 4. 2. 1941, S. 2.

dern sie ist vielmehr die Lehre von der zweckvollen Eingliederung der Volkswirtschaft in den Gesamtorganismus des Nationalstaates. Sie ist nicht mehr liberalistisch „wertfrei“, sondern bewußt und betont zweckbestimmt. Sie vereint² jene Methoden der jüdisch-liberalen und jüdisch-marxistischen Wirtschafts„wissenschaftler“, die das Leben des Volkes und der Nation in eine mechanistische Reihe von Tauschakten und ökonomischen Preis- und Wertverhältnissen auflösten. Sie kennt keinen stabilisierten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Besitzenden und Besitzlosen, Staat und Wirtschaft. Das Wesen der deutschen Wirtschaftsauffassung liegt vielmehr in der „Verwirklichung der natürlichen Arbeits-, Leistungs- und Eigentumswirtschaft“ (Prof. Hunke).³ Der Primat der Politik, Gemeinnutz vor Eigennutz, Führer- und Leistungsprinzip, besonders Pflege des Bauernstandes, Befreiung der Arbeit aus ihrer kapitalistischen Knechtschaft und Betonung ihres sittlichen Wertes sind vielmehr die Grundpfeiler der neuen Nationalökonomie. Der von Juden „stabilisierten“ Allmacht des Kapitals setzen wir die besondere Wertung der Arbeit entgegen.

3. Ein solcher revolutionärer Umbruch im geistigen Denken muß zwangsläufig auch zu einer völligen Umgestaltung des Wirtschaftssystems führen. Wir sehen auch schon, wie sich die Konturen einer neuen Wirtschaft in allen Ländern abzuzeichnen beginnen. Umgestaltung der jugoslawischen Nationalbank, Lenkung der Viehwirtschaft in Ungarn, Beschränkung der Verwaltungsräte in Rumänien, Bestrafung von Wirtschaftssaboteuren, Ausbeutungspflicht unrentabler Bauxitvorkommen, Neuaufbau der Außenhandelsorganisation, ferner auch das Gesetz zum Schutz der nationalen Wirtschaft in der Türkei bilden einige wahllos gewählte Beispiele hierfür. Schritt für Schritt weichen die Juden zurück, eine Bastion nach der anderen verlieren sie, ein Land nach dem anderen entledigt sich ihrer, und mit Staunen stellen viele das Ausbleiben wirtschaftlicher Erschütterungen und das Weiterfunktionieren des volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses fest. Im Gegenteil: Als der künstlich geflochtene jüdische Geld- und Kapital-schleier zerriß, offenbarte sich das Parasitentum der Juden. Da sie zu wahrhaft selbstschöpferischen Leistungen nicht fähig sind, behaupteten die Juden im allgemeinen nur leitende kaufmännische Positionen im Handel, Geld-, Bank- und Börsenwesen, im Versicherungs- und Transportwesen und dergleichen mehr. Fähige arische Menschen leisteten die Arbeit und gaben die Ideen. In allen Betrieben waren solche schöpferischen Menschen vorhanden, so daß nach dem Ausscheiden der Juden keinerlei „Lücken“ entstanden.

Die Verbreitung der Juden

Einen Überblick über die Zahl der Juden nach Erdteilen und Ländern zeigt folgendes Bild:

Zahl der Juden nach Erdteilen

	in 1000	in v. H.		
	1937	1937	1900	1880
Europa	10 270	60,4	82,1	88,4
Amerika	5 110	30,0	11,0	3,3
Asien	939	5,5	3,9	4,5
Afrika	666	3,9	2,8	3,6
Australien	30	0,2	0,2	0,2
insgesamt:	17 015	100,0	100,0	100,0

² So im Original.

³ Heinrich Hunke, Grundzüge der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft, Berlin 1938. Die Schrift erschien bis 1945 in mehreren Auflagen. Hunke (1902–2000) galt als einer der führenden NS-Wirtschaftsideologen.

Rund drei Fünftel aller Juden entfallen auf Europa: die Ostjuden zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer machen allein acht Millionen aus und weisen damit die größte Bevölkerungsdichte unter den Juden auf. Augenfällig ist die seit der Jahrhundertwende zu beobachtende *starke Auswanderung nach Amerika*. Mit 4,5 Millionen Juden sind die Vereinigten Staaten das judenreichste Land, New York mit 2,5 Millionen Juden die judenreichste Stadt der Welt. Über die Anzahl der Juden in einzelnen Ländern gibt die folgende Tabelle Auskunft. Gering ist die Zahl der Juden in den nordischen Staaten. Die Zählungen in den Jahren 1930 und 1931 ergaben für Dänemark, Norwegen und Schweden zusammen weniger als 15000 Juden, was etwa 1 v. H. der Bevölkerung entspricht.

Zahl der Juden in den einzelnen Ländern

	Zeitpunkt der letzten Volkszählung bzw. Berech- nung oder Schätzung	Zahl der Juden in 1000	Juden in v. H. des Wirtsvolkes
Europa	1937	10 270	1,95
Belgien	1937	80	0,96
Großbritannien	1937	340	0,72
Bulgarien	1934	48,8	0,80
Frankreich	1937	280	0,67
Griechenland	1937	90	1,06
Italien	1937	52	0,12
Jugoslawien	1937	75	0,49
Niederlande	1937	135	1,58
Polen	1937	2 300	9,64
Rumänien	1930	985	5,41
Sowjetrußland (europ. Teil)	1937	2 950	2,22
Türkei (europ. Teil)	1937	60	4,76
Ungarn	1930	444,6	5,01

Bei der Beurteilung darf man jedoch folgenden Umstand nicht übersehen: Alle angeführten Zahlen stellen *Mindestsätze* dar, weil die statistischen Erhebungen *nur die Glaubensjuden* erfaßten. Die tatsächliche Zahl der in Europa befindlichen Juden dürfte sich um mehrere Millionen höher stellen. Um welche Größenordnungen es sich hier handeln kann, zeigt das Beispiel Rumäniens: Statt einer Zahl von 985000 Juden kamen (vor den Gebietsabtretungen) von verschiedenen Seiten angestellte Berechnungen auf annähernd zwei Millionen Juden! Die subjektive Art der früheren rumänischen Volkszählungen – es befanden sich viele Juden unter den Zählern – kam den bekannten Tarnungsbestrebungen der Juden, die sich vielfach als Russen, Ungarn oder Rumänen bezeichneten, um ihre Volkszahl und ihren Einfluß möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen, derart entgegen, daß mehr Angehörige der mosaischen Konfession als Juden gezählt wurden: Der Anteil der Glaubensjuden an der Gesamtbevölkerung betrug 4,2 v. H., derjenige der gezählten „Rassejuden“ jedoch nur 4 v. H.! Ein wahrhaft groteskes Ergebnis.

Dr. A. Maelicke.⁴

⁴ Dr. Alfred Maelicke (*1911), Volkswirt, Wirtschaftsberater; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 Gauwirtschaftsberater in Berlin, mit der „Arisierung“ jüdischer Gewerbebetriebe befasst, Geschäftsführer und Leiter der Abt. Ausland beim Werberat der deutschen Wirtschaft (RMfVP), 1944 ORR; Autor einer Artikelserie im Wirtschaftsblatt der IHK zu Berlin zum Thema „Arisierung“.

DOK. 147

Arthur und Johanna Cohen aus Düsseldorf hoffen aufgrund einer Mitteilung des Konsulats vom 5. Februar 1941, in die USA auswandern zu können¹

Schreiben des US-Konsulats in Stuttgart vom 5.2.1941, weitergeleitet in einem Brief von Arthur und Johanna Cohen,² Düsseldorf, an Verwandte vom 8.2.1941

An den Inhaber der Registriernummer 19478 AC³

Hierdurch wird Ihnen mitgeteilt, daß die von Ihnen zur Prüfung eingesandten Dokumente vorbehaltlich als genügend erachtet worden sind und daß Ihre Angelegenheit sofort berücksichtigt werden kann, vorausgesetzt, daß noch Quotennummern zur Verfügung stehen, sobald Nachweis vorliegt, daß Sie in der Lage wären, nach den Vereinigten Staaten zu reisen, falls Ihnen ein Visum ausgestellt würde.⁴

Die Möglichkeit, nach den Vereinigten Staaten zu reisen, besteht nicht nur darin, daß Sie in der Lage sind, Deutschland zu verlassen, sondern auch, daß Sie die Möglichkeit haben, Ozeanpassage zu erhalten und Einschiffungshafen zu erreichen. In Anbetracht der zurzeit nur in beschränktem Maße erhältlichen Schiffspassagen kann die Hinterlegung eines genügenden Betrages für Ihre Ozeanpassage nicht als endgültiger Beweis für die Möglichkeit der Reise nach den Vereinigten Staaten angesehen werden.

Sobald Sie feste Reisevorbereitungen getroffen haben, sollten Sie einen dokumentarischen Nachweis darüber vorlegen, damit Sie eine Vorladung erhalten können, um zur Visumantragstellung beim Konsulat zu erscheinen.

Der Amerikanische Generalkonsul

Gültig nur für Arthur und Johanna Cohen.

Düsseldorf, 8.2.41.

M.L.⁵ Gestern erhielten wir datiert vom 5.2. obenstehendes Schreiben vom Konsulat in Stuttgart. Ihr könnt Euch unsere Freude vorstellen, und haben wir uns sofort mit dem Hilfsverein in Verbindung gesetzt und auf dessen Anraten sofort der American Express Company nach Berlin wegen Platzbelegung geschrieben. In den nächsten Tagen sprechen wir persönlich mit dem Herrn vom Hilfsverein und werden wir Euch kablenn. Jetzt wird es nun hoffentlich bald soweit sein, daß wir reisen können, und sagen wir Euch für Eure großen Bemühungen nochmals herzlichsten Dank. In den nächsten Tagen schreiben wir Euch wieder. Vaters Befinden bessert sich weiter.

Viele herzl. Grüße Euer Arthur

1 Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Briefe Familie Cohen.

2 Arthur Cohen (1888 – 1942), Kaufmann; Mitbesitzer der Firma für Häute, Darmimport und Fleischerei-Einrichtungen J & J Cohen; nach dem Novemberpogrom 1938 für sechs Wochen im KZ Dachau inhaftiert; verheiratet mit Johanna (Aenne) Cohen, geb. Goldschmidt (1898 – 1942). Das Ehepaar wurde am 27. 10. 1941 ins Getto Litzmannstadt (Lodz) und im Sept. 1942 weiter nach Kulmhof deportiert und dort ermordet.

3 Da sie die Wartenummer 19478 erhielten, konnten Arthur und Johanna Cohen erst im Okt. 1942 mit einem Visum und der Auswanderung in die USA rechnen.

4 Das für die Einwanderung in die USA verlangte Affidavit für das Ehepaar Cohen hatte ihr Vetter Ewald Kamp am 15.3.1940 ausgestellt.

5 Meine Lieben. Aus praktischen Gründen schrieben die Cohens quasi „Sammelpost“, die an Leo Kamp (*1878) ging und von ihm in Kopie an die Kinder Walter und Margot und weitere Verwandte weitergeschickt wurde.

M.L. Ich brauch Euch wohl nicht zu schildern, wie glücklich wir bei Erhalt der Nachricht waren, alles verdanken wir Euch, und freut es Euch sicher auch, wenn Ihr die gute Nachricht hört, und wie froh werden Walter und Margot⁶ sein, wenn sie die gute Nachricht hören. Nochmals meinen innigsten Dank. Euch Allen die herzlichsten Grüße
Eure Aenne

DOK. 148

**Anna Samuel schildert ihrer Freundin Else Schubert am 11. Februar 1941
ihre wachsende Bedrängnis¹**

Handschriftl. Brief von Anna Samuel,² Berlin, an Else Schubert vom 11.2.1941

Meine liebe Else!

Gewiß sind wieder Zeilen von Dir auf dem Weg zu uns, Du liebe Briefgetreue! Wir verbrachten heute ruhige Stunden bei der Geheimrätin, zu der Du uns mal begleitetest. Sie hatte endlich aus Lissabon Palästina-Nachricht ihrer Tochter. Sagt, daß man auf *dem* Wege leider nicht antworten dürfe. Ich ordnete heute ein Bücherregal, d. h. ich untersuchte es auf Inhalt, der Hans gehört.³ Ich füllte einen Karton, morgen kommt der Spiel-schrank heran. Der u. all das von H. geht mit Deiner Erlaubnis, die Bank auch, an Dich. Eventuell die hinterlassenen Papiere etc. in Kiste per Fracht mit, Abs. Borchardt. Oder hast Du andere Vorschläge? Du untersuchst ohne Eile, wenn Du Muße u. Lust dazu hast, die Papiere, wirfst fort, was Dir des Aufhebens unwert scheint. Es sind z. B. Photokopien von Zeugnissen, auch Musiklehrer-Diplom etc. dabei. Man weiß nicht, wo u. wann man die brauchen [wird]. Originale sind wohl im Lift (?),⁴ der – wir bekamen Bestätigung – in Trieste steht – bis der Krieg endet! Bei Dir weiß ich ja gut aufgehoben, wir werden uns so verkleinern müssen, ob bald, ist noch ungewiß.

Nach dem gr[ößen] Geldabzug, „Sozialausgleichssteuer“ genannt, nur für J[uden], fast 100 monatl., möchten wir billiger wohnen, aber noch ist nichts gefunden.⁵ Und vielleicht – es sind Anzeichen dafür da – *müssen* wir schnell heraus.

Mein Mann möchte Dir auch einige Bücher senden, wenns Dir recht ist. Bei der Geheimrätin heute las er aus interessantem Buche von Barth, Schweizer Theologie-Professor, vor.⁶ Seine Ansicht über echten Glauben.

6 Arthur und Johanna Cohen hatten zwei Kinder. Walter (*1924) wurde 1938 in ein Internat nach Großbritannien geschickt. Seine Schwester Margot (*1926) kam mit einem Kindertransport ein Jahr später nach.

1 Alte Synagoge Essen, AR.4733. Auszugsweiser Abdruck in: Durch unsere Herzen (wie Dok. 61, Anm. 1), S. 132f.

2 Anna Samuel, geb. Friedländer (1874–1942), bis 1925 Leiterin des Jüdischen Frauenvereins in Essen; verheiratet mit dem Essener Rabbiner Dr. Salomon Samuel. Das Ehepaar zog 1932 nach Berlin und wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert.

3 Hans Samuel (*1902), der zweitälteste Sohn des Ehepaars Samuel, war nach Palästina emigriert.

4 So im Original.

5 Siehe Dok. 129 von Ende 1940, Anm. 35.

6 Karl Barth (1886–1968), evang. Theologe; Kritiker des Nationalsozialismus, Mitbegründer der Bekennenden Kirche, Mitglied im Nationalkomitee Freies Deutschland; Autor der „Kirchlichen Dogmatik“ (1932 ff.).

Armgarads Bild hat uns erfreut, so herzlich froh schaut sie aus; ob sie Dir bald, wie Hede, den Schwiegersohn bringt?⁷ Daß Hede so schnell Anstellung fand, so nah dem Freunde u. Jugenheim, dazu gratuliere ich ihr und Dir und Deinem Mann⁸ herzlich!

Mein Mann hat erst schriftl., dann mündlich, vergeblich um mehr Kohlen gebeten. Diese Woche sind wir noch versorgt, fortreisen ist *unmöglich* wegen des am 1. März drohenden *Muß*-Auszugs. Finden wir so schnell nichts Geeignetes, stellen wir die Sachen unter, 1 Zimmer bietet sich grad, dann suchen wir in Ruhe weiter, oder reisen. Es ist alles so ungewiß! Erst vertiefe ich mich ins Ordnen, was aber nicht hindern soll, morgen Nachm. bei Wachsmann Musik zu hören. Das wärmere Wetter freut uns, dann wird der Gasofen genügend vor dem Erfrieren schützen.

Daß Ogutschs' so erfreulichen Brief von *ihrer* Edith haben, ist wirklich erfreulich.⁹

Ach ja, Du Liebe, süß wie türkischer Honig wär' jetzt ein Brief für uns, die wir schon danach schmachten! Ach ja! Das viele Kramen stimmt wehmütig u. ist schwer. Ob ich's schaffe, d. h. richtig mache? *My's* Sachen,¹⁰ Ernst Samuels¹¹ – ach bißl ratlos bin ich schon. Aber es *muß* eben gehen! Täglich freue ich mich, die Sorge ums Mittag wenigstens los zu sein. – Und immer tuts mir wohl und beruhigt mich, Dich zur Freundin zu haben! Und 4 gute Kinder, Gott sei Dank! Aber *so* fern!¹² Deine

DOK. 149

Moritz Leitersdorf aus Wien bekommt von der Reichsfluchtsteuerstelle am 12. Februar 1941 einen Sicherheitsbescheid¹

Sicherheitsbescheid des Finanzamts Innere Stadt-Ost, Reichsfluchtsteuerstelle, ungez., an Moritz Leitersdorf und Ehefrau Bianka² zu Händen von Dr. Rudolf Braun³ vom 12.2. 1941

Faksimile⁴

⁷ Armgard und Hedwig, die Töchter von Else Schubert.

⁸ Martin Schubert.

⁹ Wilhelm Ogutsch (1893–1944), Rabbiner; Oberkantor der Essener Gemeinde, von 1939 an Rabbiner; er wurde 1942 mit seiner Frau Erna nach Theresienstadt deportiert, wo er im Febr. 1944 starb. Seine Frau überlebte und wanderte in die USA aus. Die zehnjährige Tochter Edith war zunächst nach Großbritannien, dann in die USA emigriert.

¹⁰ Dr. Salomo Friedlaender, Pseudonym Mynona (1871–1946), Philosoph, Schriftsteller, Satiriker; Bruder von Anna Samuel; Mitarbeiter u. a. der expressionistischen Zeitschriften *Der Sturm* und *Die Aktion*; emigrierte 1933 mit seiner Familie nach Paris, starb dort 1946 an den Folgen von Hunger und Entbehrungen.

¹¹ Anselm Ruest, geb. als Ernst Samuel (1878–1943), Schriftsteller, Philosoph; jüngster Bruder von Salomon Samuel, verließ 1933 Berlin, emigrierte nach Frankreich, von 1940 an in verschiedenen Internierungslagern; er wurde 1943 entlassen und starb an den Folgen der Haft.

¹² Alle vier Kinder des Ehepaars Salomon waren in Palästina: Ludwig (*1900) emigrierte 1933, Hans (*1902) 1939, Eva (*1904) 1932 und Edith (*1907) 1939.

¹ DÖW, 4671.

² Bianka (*1881) und Moritz Leitersdorf (*1873), wohnhaft in Wien, am 9. 4. 1942 von Wien nach Izbica, von dort aus vermutlich weiter nach Belzec oder Sobibór deportiert und dort ermordet.

³ Dr. Rudolf Braun (1885–1963), Jurist; 1917–1938 Rechtsanwalt in Wien; nach 1945 stellv. Präsident der Rechtsanwaltskammer Wien, Obmann der wirtschaftlichen Organisation der Anwälte, Vorstandsmitglied der Wiener Juristischen Gesellschaft.

Finanzamt Innere Stadt-Wst
Reichsfluchtsteuerstelle

Wien 1. 12. Februar 1941
Niemergasse 2

Telefonnummer: R-22-5-95, Hausanschluss

Rf. Leitersdorf — Zimmer 512

Bitte, stets angeben!

Parteienvorkehr nur Dienstag und Freitag
von 9 bis 12 Uhr.

Sicherheiten nimmt die Vollstreckungsstelle entgegen,
Einzahlungen nur im Wege der Postsparkasse auf
Kontonummer A 43 167.

An Herrn Moritz Israel Leitersdorf
und Frau Bianka Sara

Nummer Ihres Kontos: 4388/9

zu Händen von Herrn
Dr. Rudolf Israel Braun

Wien 18.,

Wien I.,

Türkenschanzstraße 25

Seilergasse 4

Tritt an die Stelle

a) des Sicherheits-
bescheids v. 2.X.1939 an
Moritz Israel und

b) des Reichsflucht-
steuerbesch. v. 3.3.1939
an Bianca Sara Leitersdorf

Sicherheitsbescheid

A. Festsetzung der Sicherheit

Meine Feststellungen lassen darauf schließen, daß Sie den Wohnsitz — gewöhnlichen Aufenthalt im Land Österreich oder im übrigen Reichsgebiet — aufgeben werden. Auf Grund des § 7 des Reichsfluchtsteuergesetzes*) erlaube ich Sie daher, sofort

in Höhe von 19.900.- RM

Sicherheit zu leisten. — Dieses Ersuchen ergeht hierdurch auch an Ihre Angehörigen (Ehefrau, Kinder), soweit sie mit Ihnen zur Einkommensteuer oder zur Vermögensteuer zusammen veranlagt worden sind oder zusammen zu veranlagten sind. — Die Sicherheit kann zum Beispiel durch Hinterlegung von Geld, durch Hinterlegung oder Verpfändung von Wertpapieren oder Hypotheken oder durch Bürgschaft geleistet werden (§§ 132 bis 141 der Reichsabgabenordnung).

Dieser Bescheid ist sofort vollstreckbar.

Die Sicherheit ist wie folgt errechnet worden:

Reichsfluchtsteuer, die mit der Auswanderung fällig wird: Nach meinen Ermittlungen betrug das Ihnen und Ihrer Ehefrau sowie Ihre Kinder gehörige Gesamtvermögen am 1. Januar 1938 — einschließlich der Hinzurechnungen gemäß § 3 Absatz 3 des Reichsfluchtsteuergesetzes und § 2 Absatz 1 zu b der Verordnung zur Durchführung der Reichsfluchtsteuer im Land Österreich vom 14. April 1938 —:

79.412.- RM, davon ein Viertel 19.853.- RM

Sonstige Ansprüche:

Ich ersuche um Ihr und Ihrer Ehefrau
Vorspreche an Amtsstelle binnen 5 Tagen

ergibt zusammen 19.853.- RM

Aufgerundet 19.900.- RM

B. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Sicherheitsbescheid steht Ihnen die Beschwerde an den Oberfinanzpräsidenten Wien zu, dessen Entscheidung endgültig ist. Die Beschwerde kann bei mir schriftlich eingereicht oder zu Protokoll erklärt werden. Dies kann nur bis zum Ablauf eines Monats nach der Zustellung des Bescheids, d. h. nach dem Tage, an dem der Bescheid zur Post gegeben ist, geschehen. Die Kosten einer erfolglosen Beschwerde haben Sie zu tragen.

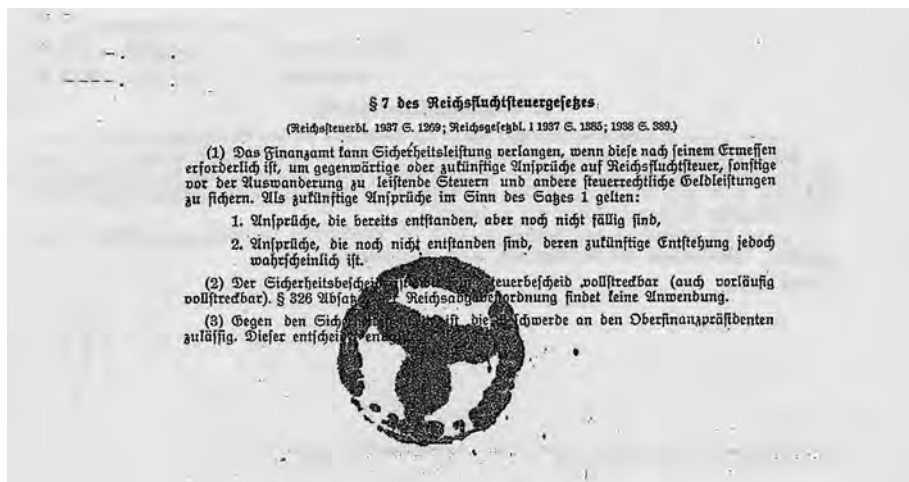
Durch die Einlegung der Beschwerde wird die Wirksamkeit des Sicherheitsbescheids nicht gehemmt, insbesondere die Vollstreckung nicht aufgehoben.

*) Siehe Rückseite.



RM. 7. (Reinheits des Sicherheitsbescheids.) — 12. 39. — 2000. — Staatsdruckerei Wien. 12.466 39.

4 Durch einen Sicherheitsbescheid forderte die Finanzverwaltung die Reichsfluchtsteuer ein, noch bevor ein Anspruch darauf entstanden war, und verlangte eine Vorauszahlung bis zur vollen Höhe oder andere Sicherheiten; Gesetz über die Änderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer vom 18. Mai 1934, Art. 1/4, RGBl., 1934 I, S. 393.



DOK. 150

**Verschiedene Funktionäre besprechen am 12. Februar 1941 beim
Obergebietsführer Wien die Deportation der Wiener Juden¹**

Vermerk über die Besprechung bei Obergebietsführer Müller,² ungez., Wien, vom 12.2. 1941

Am 12. Februar 1941 fand im Büro des Obergebietsführers Müller in Wien I., Ballhausplatz Nr. 2, unter seinem Vorsitz eine Besprechung statt, die zum Gegenstande die Regelung von Sonderfragen hatte, die sich bei der Evakuierung der Juden aus Wien in das Generalgouvernement ergeben haben. An der Besprechung nahmen teil:

Obergebietsführer Müller

Gaugeschäftsführer Laube³

Obersenatsrat Dr. David⁴ und Pg. Augustin⁵

SS-Obersturmführer Brunner

Reg.-Rat Dr. Ebner.

¹ DÖW, 1456. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 290 f.

² Herbert Müller (1910–1945), 1931 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Chef der Kanzlei des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, später Chef des Zentralamts der Reichsjugendführung, von 1940 an Obergebietsführer der HJ Wien, kam bei einem Luftangriff auf Wien ums Leben.

³ Heinrich Laube (*1894), Kartograf; 1931 NSDAP-Eintritt, 1934–1938 Mitglied der Vaterländischen Front, Gaugeschäftsführer in Wien; 1942 Leiter der HA Wohn- und Siedlungswesen der Wiener Verwaltung.

⁴ Dr. Franz David (1881–1972), Verwaltungsbeamter; von 1906 an für den Magistrat der Stadt Wien tätig; 1932 NSDAP-Eintritt; 1937 Obersenatsrat, Leiter der HA Wohn- und Siedlungswesen der Wiener Verwaltung, trat 1943 in den Ruhestand.

⁵ Theodor Augustin (*1906), Kellner; 1933 NSDAP-Eintritt; nach 1938 bei der HA Wohn- und Siedlungswesen der Wiener Verwaltung tätig, zuständig u. a. für die Zuweisung von freiem Wohnraum und die Durchführung des Gesetzes über die Mietverhältnisse mit Juden, 1941 wegen Amtsmissbrauchs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Obergebietsführer Müller teilt mit, daß an den Reichsleiter⁶ die Frage der Sonderbehandlung von kriegsbeschädigten Juden herangetragen wurde, die einer Klärung bedürfe. Die kriegsbeschädigten Juden sind mit einer Eingabe an den Reichsleiter bittlich geworden, sie und ihre Angehörigen von der Evakuierung auszunehmen. Der Vorschlag der jüdischen Kriegsbeschädigten ist in dieser Form nicht vertretbar. Es wurde vorgeschlagen, dem Reichsleiter folgenden Antrag vorzulegen:

Juden, die mindestens eine 50%ige Kriegsbeschädigung nachweisen können, werden einer Sonderbehandlung unterzogen. Die Staatspolizeileitstelle Wien wird ersucht, ihren Amtsarzt für die Untersuchung dieser Juden abzustellen, der zu überprüfen hat, ob sie trotz ihrer Kriegsbeschädigung evakuierungsfähig sind. Die Angehörigen werden ausnahmslos in die Aktion einbezogen.

Falls der Kriegsbeschädigte, der nach dem Gutachten des Amtsarztes nicht evakuierungsfähig ist, dringend einer Pflege bedarf, wird er in ein Altersheim der Israelitischen Kultusgemeinde überstellt. Im Falle, daß er ärztlicher Behandlung bedarf, wird er im Rothschildspital untergebracht.

Mischehen.

1) Mann *Jude*, Frau *Arierin* – ohne Kinder.

Es wird zunächst versucht, die Frau auf ihre rassischen Pflichten aufmerksam zu machen, und ihr nahegelegt, sich scheiden zu lassen. Falls die Scheidung eingeleitet wird, wird der Jude in den Transport aufgenommen.

In diesem Falle wird die Frau in vermögensrechtlicher Hinsicht besonders berücksichtigt. Das Wohnungsamt nimmt auf diesen Fall keine Rücksicht und siedelt innerhalb des Gemeindegebietes um.

2) Mann *Arier*, Frau *Jüdin* – ohne Kinder.

Der Haushalt gilt als arisch. Die Jüdin wird nicht in die Aktion einbezogen. Das Wohnungsamt nimmt eine Umsiedlung nicht vor. Falls eine Scheidung eingeleitet ist, wird die Jüdin für die Evakuierung erfaßt.

3) Juden, die arische Kinder adoptiert haben, werden nicht berücksichtigt.

Weitere Sonderfälle.

4) Staatenlose Juden werden in die Aktion ausnahmslos einbezogen.

5) Juden ausländischer Staatsangehörigkeit werden in die Aktion nicht einbezogen, wenn sie in der Lage sind, die Staatsangehörigkeit einwandfrei nachzuweisen. (Gültiger Reisepaß oder Staatsangehörigkeitszeugnis.)

6) Juden, die wegen einer schweren Erkrankung, oder Sieche und Krüppel, die nicht evakuierungsfähig sind, werden entweder in das Rothschildspital oder in ein jüdisches Altersheim gebracht. Die jüdischen Angehörigen werden evakuiert.

7) Ehemalige Staatsbeamte, die eine Pension beziehen, werden vorläufig zurückgestellt, bis die Weiterbezahlung ihrer Pension geregelt ist.

8) Juden, die in Arbeit stehen, werden ohne Rücksicht auf diesen Umstand evakuiert.

9) Die Zentralstelle überprüft in jedem einzelnen Fall genau, ob die Möglichkeit, in kürzester Zeit auszuwandern, gegeben ist. Falls diese Möglichkeit gegeben ist, wird der Jude in die Evakuierung nicht einbezogen.

10) Gaugeschäftsführer Laube bittet, ihm in jedem Falle schriftlich Mitteilung zu machen, wenn ein Parteigenosse mündlich oder schriftlich bei der Staatspolizeileitstelle oder bei

⁶ Gemeint ist Gauleiter und Reichsstatthalter Baldur von Schirach.

der Zentralstelle vorstellig wird, daß Ausnahmen für bestimmte Juden von der Evakuierung gemacht werden.

11) SS-Obersturmführer Brunner bittet, die Umsiedlung der Juden innerhalb des Gaubgebietes abzustoppen, da dadurch die Arbeit der Zentralstelle erheblich erschwert wird.

12) Es ist in Aussicht genommen, jene Juden inländischer Staatsangehörigkeit, welche von der Evakuierung ausgenommen sind, zu einem späteren Zeitpunkt in einem geschlossenen Gebiet anzusiedeln.

13) Obergerbietsführer Müller teilt mit, daß der Reichsleiter allein sich vorbehält, Ausnahmeverfügungen zu treffen.

DOK. 151

Paula Rosenberg schreibt über die Bedingungen im Sammellager Castellezgasse und ihre Zwangsumsiedlung von Wien nach Opole Lubelskie am 15. Februar 1941¹

Handschriftl. Briefe von Paula Rosenberg² an Oskar und Flora Stricker in Wien³ vor und nach ihrer Deportation aus Wien nach Opole Lubelskie am 15.2. 1941, o.D.⁴

Aus dem Wartelager in Wien, Castellezgasse

Lieber Oskar! Die Zustände sind ärger, als man sich's vorstellen kann. In jedem Schulzimmer bis 75 Personen, ich bin glücklicherweise in einem Kabinett mit 14 Personen. Die Wasserspülung in Klos funktioniert fast nicht, im Keller Waschgelegenheiten unter Wasser, Abläufe verstopft, alle Gänge voll mit Menschen, auch Schwerkranken. Unsre Matratzen hat man uns gleich weggenommen. Ich bin froh, mit 4 Leuten 2 Strohsäcke zu haben. Wie man hier helfen könnte, weiß ich nicht. Ich bin nicht der Mensch, der sich nicht in alles findet, aber diese Zustände kann man sich nicht denken. Ungeziefer habe ich persönlich von der Wand genommen, es wird nicht das einzige gewesen sein.

Ich will unsre Daten aufschreiben, vielleicht braucht man sie irgendwie. *Heinrich Rosenberg, geboren 3. Oct. 1871 in Wien. Paula Rosenberg, geb. 29. Mai 1885 in Wien, Deutsche Warteliste 40198 und 40199 vom 9. August 1938. Affidavitgeber Dr. Hans Rosenberg, Silverstein und Furth.*

Wenn wir alle wegmüssen, wäre ich froh, mit Helene zusammen,⁵ noch kann ich sie mir hier mit Eva nicht vorstellen u. hoffe, es bleibt allen anderen erspart, wir verlieren den Kopf nicht. Ein Gummisocken für Seife könnte ich gut brauchen. Unser ganzes Gepäck

¹ YVA, 075/187.

² Paula Rosenberg, geb. Gewitsch (*1885), Hausfrau; verheiratet mit Heinrich (Heinz) Salomon Rosenberg (*1871), Kaufmann, Kommerzialrat; von 1900 an Inhaber der Firma „Bernfeld & Rosenberg“, 1938 kurzzeitig in Buchenwald inhaftiert. Die Auswanderungsbemühungen der Rosenbergs scheiterten, sie wurden am 15.2. 1941 nach Opole Lubelskie im Generalgouvernement deportiert und von dort aus vermutlich weiter in das Vernichtungslager Belzec oder Sobibór; nach 1945 für tot erklärt.

³ Dr. Oskar Stricker-Barolin (1886–1972), Arzt; von 1914 an Kriegsdienst, 1920 Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft, 1938 Entzug der Ordination, Selbstmordversuch im Haus der Gestapo am Wiener Morzinplatz; leitete von 1945 an die urologische Abt. am Erzherzogin-Sophie-Spital in Wien.

⁴ Die sprachlichen Eigenarten des Originals wurden beibehalten.

⁵ Vermutlich: Helene Adelberg, geb. Gewitsch (1881–1942), wurde am 14.6. 1942 nach Sobibór deportiert und dort ermordet.

hat man sofort weggenommen, so daß ich auch Nadel u. etwas Zwirn, aber nur wenig, brauchen könnte. Angeblich kann man hier beim Tor was abgeben oder sogar zum Sprechen geholt werden. Kandiset möchte ich auch.⁶

Wir sind im Zimmer 6 ich, Heinz im Zimmer 5.

Paula

Wir denken an Euch alle und sagen nur, daß wir Gott sei Dank gesund sind, es wird schon gehen. Wo ich kann, helf ich hier. Verständiget auch Helene u. Sosci. Es ist unschilderbar, alles viel, viel zu wenig. Diese vielen Armen auf ihren Pinkerln und die Kategorie, u. da müssen *wir* dabei sein. Wenn Helene vielleicht momentan in Wohnungsnot ist, soll sie sich an Herrn Graber wenden (Heinzens Schachpartner), Seegasse 21 oder 23, vielleicht weiß er was.

Liebste Flora u. lieber Oskar. Wir haben eben Eure beiden Karten bekommen und freuen uns riesig drüber. Wir wollen versuchen, Euch die Zustände von hier zu schildern. Zuerst sind wir in Wien um 3 Uhr früh zum Aspangbahnhof⁷ gebracht worden in offenen Lastautos, von wo wir erst um ½ 12 Uhr vorm. wegfuhrten; dabei in Waggonen ohne Klo und ohne Erlaubnis abzutreten. Wir haben uns so gut wie möglich mit einem Glas während der 36stündigen Fahrt geholfen; dabei die letzten 2 Stunden in offenen Viehwagen auf einer Kleinbahn. Ihr seid in einem Irrtum zu glauben, daß für irgend etwas vorgesorgt war. Der Ort ist ungefähr so, wie wenn man von der Hinterbrücke nach Gaaden geht, ein unerhörter Schmutz, überall niedere Häuser mit Schindeln oder Strohdächern. Die Bevölkerung polnische Juden, die hauptsächlich Jiddisch sprechen: Arier mußten ihre Wohnungen hier verlassen und wohnen weiter weg. Daher wissen wir gar nicht, ob es einen Sinn hat, Polnisch zu lernen, weil wir gar keine Gelegenheit haben, es zu hören. Wir haben die ersten 2 Nächte in einem Zimmer eines unbeschreiblichen Gasthauses zu ungefähr 30 Personen auf Stroh sitzend verbracht und haben dann mit Hilfe eines Bekannten von der Castellezg. bei sehr guten Menschen ein Bett für uns beide bekommen; es ist aber ein Raum, der nur ungefähr mit einem Kuhstall bei uns verglichen werden könnte (keineswegs aufgeschnitten), dabei müssen wir dankbar sein, hier zu sein, weil die Leute uns einfach mitleben lassen, wo wir sonst glatt verhungern könnten. Die Ausspeisung ist es nur dem Namen nach u. besteht aus einem Tee um etwa 10 Uhr, wenn man Glück hat, ihn zu bekommen (wir haben Tee vom Abend in unsrer Thermosflasche), ein Viertelbrot per Person und zu Mittag ein Schöpflöffel irgendeiner Wassersuppe, sonst nichts. Wir bekommen von unseren Hausleuten noch verschiedenes dazu. Mit Geld ist hier alles zu haben, Fleisch, Geflügel, Eier, so viel man will, Zucker ist sehr wenig u. teuer sowie Fett, auch weißes Mehl wenig u. teuer. Das Brot ist schwarz, aber man gewöhnt sich dran.⁸ Man hat den armen Juden die Geschäfte geschlossen, und sie leben anscheinend von irgendwelchen Schleichgeschäften; es ist daher gar nicht dran zu denken, daß wir zu einem Verdienst kommen könnten. Wie vorigen Freitag der 2. resp. 3. Transport kam (der 2te ist

⁶ Kandiset war ein künstlicher Süßstoff.

⁷ Siehe Dok. 144 vom 2.2. 1941, Anm. 3.

⁸ Nachträglich am unteren Seitenrand eingefügt: „eben sagt uns Euer Kollege Dr. Stettner, daß das Brot sehr vitaminreich u. gesund ist“. Dr. Siegfried Stettner (*1903), Arzt; wurde am 15.2. 1941 von Wien nach Opole Lubelskie deportiert und ist vermutlich umgekommen; er war laut eines Berichts für die Jüdische Soziale Selbsthilfe vom 28.7. 1941 nach der Deportation in Opole als Arzt in der Krankenstation tätig; AŽIH, 211/72, Bl. 15.

nach Kielce gegangen),⁹ wurden im Tempel 300 Schlafstellen, immer 4 übereinander für je 2 Personen, hergerichtet, es kamen aber 1000 Personen (so wie wir gegen 10 Uhr nachts, wahrscheinlich, damit niemand diese Transporte sieht). Viele sind die ganze Nacht herumgeirrt, dabei zahlreiche alte Menschen auch à la Tante Rosa. Wo alle untergebracht wurden, ist unbekannt, dabei sollen schon wieder 1000 – 2000 kommen. Die Eingeborenen fürchten, daß hier ein Ghetto errichtet wird und der Ort abgesperrt, in welchem Fall gar keine Lebensmittel hereinkommen könnten. Es dürften ungefähr 7 – 8 tausend Einwohner sein; der Ort besteht aus einem Markt u. ein paar armseligen Häuserreihen. Wenn wir hier Geld hätten, könnten wir uns, wie gesagt, alles kaufen; was die Päckchen betrifft, ist alles ziemlich gleichgültig, weil wir es so nur unsrer Hausfrau geben würden, natürlich wären z. B. Konserven oder Käse oder Fett sehr gut.¹⁰ Einige Leute haben schon 3 Kilo Pakete bekommen, hingegen haben wir Onkel Josefs kl. Päckchen, das er uns ankündigte, nicht bekommen. Es dürfte bei verschiedenen Postämtern verschieden sein. Von Kleidern u.s.w. brauchen wir momentan nichts, nur wenn wir es zum Verkaufen brauchen. Für heuer dürften unsre Schuhe ausreichen, für nächstes Jahr wahrscheinlich nicht. Am besten wären für hier hohe Stiefel u. kurze Hosen, jedenfalls die ältesten Sachen, man wird unerhört schmutzig. Zum Verkaufen, für einen Anzug bekommt man angeblich 4 – 5 hundert Zloty, wovon man natürlich lange Zeit leben könnte. Einer unsrer Bekannten hier hat zufällig in seinem Rock Geld gefunden, wodurch er hier längere Zeit gerettet ist. Helene braucht uns natürlich nicht auf einmal alle angeführten Dinge zu schicken, weil wir sie hauptsächlich zum Verkaufen brauchen, nur wenn sie plötzlich wegfährt. Vielen Dank für die 3 Briefe vom Ausland. Einer war vom Hans (er glaubt, wir fahren schon nach U.S.A.)¹¹ der ungarische Brief von einer Nichte vom Heinz¹² (Adr. Henrika Solgom, Budapest II *Olasfor* 27) hat uns besonders gefreut, weil ein lieber Brief von Madeleine drin war, allerdings vom 23. Sept., der 3. Brief von einem Freund vom Hans. Wir danken Euch vielmals wegen aller Mühe. Hast Du, Oskar, die Briefe selbst geholt? Sonst müßte doch deine Adr. drauf stehen?

Verschiedene Leute haben schon Geldsendungen bekommen; wie, weiß ich natürlich nicht. Die Leute haben im allgemeinen viel mehr Gepäck mitgenommen, auch in großen Koffern, und sind jetzt froh drüber. In der letzten Nacht in Wien hat man uns noch Hoffnungen auf Loszahlung von der Umsiedlung gemacht wegen der Ausreise und die Leute mit Ausreisemöglichkeit angewiesen, ihr Gepäck extra zu stellen, damit sie eventuell leicht weg können, dadurch sind diese Gepäckstücke, auch unsre, bis heute nicht angekommen. Angeblich sind sie beim jetzigen Transport dabei. Wir haben gleich beim Kommen 10 Zloty als Kopfsteuer zahlen müssen, so daß einem nur 30 Zl. geblieben sind. Heinz will weiter schreiben, man kann unmöglich alles schildern. Wenn wir länger hier bleiben, müssen alle zugrunde gehen.

⁹ Am 19. 2. 1941 wurden über 1000 Juden aus Wien nach Kielce im Distrikt Radom deportiert.

¹⁰ Nachträgliche Einfügung unten auf der Seite: „eben wird ausgeschrieben, daß Fett nicht geschickt werden darf“.

¹¹ Dr. Hans August Rosenberg (1908 – 1982), Arzt; Sohn von Paula und Heinrich Rosenberg, emigrierte mit seiner Frau Dr. Ernestine Rosner Rosenberg (1912 – 1962) 1938 nach Großbritannien, von dort erreichten sie 1939 die USA. Seine Schwester Madeleine Anna Buchsbaum, geb. Rosenberg (*1911), emigrierte im März 1939 nach Großbritannien und lebte vorübergehend bei ihrem Bruder in Manchester; sie wanderte 1947 in die USA aus, lebt in New York.

¹² Nachträglich am Seitenende eingefügt: „wenn ein Paket von ihr kommt, gehört es meinen Schwägerinnen – Sosci kennt sie“.

Wieso habt Ihr die Mutter so schnell übersiedeln müssen?

Alles Liebe von Eurer Paula

Internation. Retour-Briefmarken werden leider nicht angenommen. Bitte den Brief alle lesen zu lassen; die Helene soll sie auch unsren Freunden der Berggasse u. Währingerstr. zeigen.

Ich muß noch die sanitären Verhältnisse ein bissl schildern. Es ist *eine* offene Latrine für 10 Personen im Ort; wenn zu viele Leute dort angestellt sind, setzen sie sich einfach irgend wo auf die Straße, am Abend selbstverständlich. Das Wasser wird aus Brunnen geschöpft, ohne Kanalisierung aus ungefähr 4 – 5 m Tiefe. Die Leute tragen Kübel nach Hause, die sie in ein größeres Gefäß im Strohraum leeren. Dort werden auch gleich Schuhe geputzt u. in denselben Kübeln die Erdäpfel gewaschen. Dr. Stettner meint, die hiesige Bevölkerung muß unerhört immunisiert sein, wenn noch einer hier lebt. Unsre Hausleute, Mann, Frau, 4 Kinder, haben voriges Jahr Typhus gehabt, was sie als nichts besonderes erwähnen.¹³

Die Ausspeise ist ungefähr 10 Minuten von unserem Wohnort entfernt. Das amerikanische Konsulat wollen wir zunächst noch nicht von unserer Adreßänderung verständigen, damit nicht unser Fall als hoffnungslos abgetan wird. In der ortsansässigen Bevölkerung sind zahlreiche jüdische Schneider und Schuhmacher, die gerne nützliche Arbeit leisten würden. So hat unser Wohnungsinhaber in fleißiger Arbeit in der kürzesten Zeit einen Anzug für einen christlichen Polen angefertigt. Wenn *Du* nichts dagegen hast, möchten wir es mit der Post beim Bisherigen belassen. Wenn *Du* es aber wünschen solltest, würden wir sie vom Postamt an uns umadressieren lassen, uns ist es sehr lieb, wenn *Du* eine Kontrolle darüber hast, welche Briefe für uns weitergesendet werden.

Dr. Stettner hat uns Grüße von der Familie Gymnasial Prof. Dr. Oppenheim überbracht. Wir haben uns darüber sehr gefreut und danken den Oppenheims und der Helene sehr für die Veranlassung. Dr. Stettner, der sehr anerkennend von Dir gesprochen hat, hat davon gesprochen, daß 15 jüdische Patienten im hiesigen Spital untergebracht wurden. Der leitende christliche Arzt habe erklärt, er könne diese Zahl nicht überschreiten lassen. Man hätte ein Hospiz mit 30 Betten errichten wollen; aber der Judenrat habe keine Mittel, der Bau wurde augenscheinlich nicht durchgeführt. Deine Ratschläge haben sich als sehr zweckmäßig erwiesen. Es wird auch hervorgehoben, daß im Falle einer Epidemie eine Isolierung ganz ausgeschlossen wäre. Die Gefahren (Trinkwasser, Flecktyphus u. a.) wurden betont. Wenn eine Absicht bestünde, den Emigranten zu helfen, so wäre sie durchzuführen, obschon der Anteil an Alten und Gebrechlichen sehr hoch ist. Daß die Nahrung gänzlich unzureichend ist – wenn man sich nichts dazu kaufen kann –, wird vielseitig zugegeben. Es fehlt auch an der richtigen Harmonie zwischen dem Judenrat, den Ostjuden einerseits und den Westjuden andererseits. Dabei hat der Judenrat auch deshalb weniger Autorität, weil doch seine Schutzbefohlenen zusehen, wie er vor anderen Leuten kriechen muß.¹⁴ Wenn man das furchtbare Elend – auch die primitiven Lebensverhält-

¹³ Der nächste Teil ist in einer anderen Handschrift, offenbar von Heinrich Salomon Rosenberg, verfasst.

¹⁴ Zur Ausführung ihrer Befehle und zur Organisation jüdischen Lebens unter deutscher Besatzung riefen die Deutschen im besetzten Polen sog. Judenräte oder Ältestenräte ins Leben. Ihre Einrichtung hatte Heydrich bereits in seinem Schnellbrief an die Einsatzgruppenleiter vom 21.9.1939 angeordnet, im Generalgouvernement erließ Generalgouverneur Hans Frank am 24.11.1939 eine zentrale Anordnung dazu; siehe VEJ 4, S. 41–43.

nisse – der ansässigen Juden sieht, so will man ihnen keinen Vorwurf machen eingedenk der Worte Friedrich Hebbels in seinem berühmten Gedicht:

Was war in Eurer Märt'rer Leib zu lesen
 Wenn man zerfetzt hervor sie stieß an Licht?
 Doch nur, wie hart die Folterbank gewesen;
 Für Sünden hielt man ihre Wunden nicht!¹⁵
 Viele herzliche Grüße an alle
 Heinz u. Paula

Wir würden eine neue *Taschenlampe* brauchen (Batterien nicht zu haben) *Klopapier*, *Kölnwasser oder Alkohol* zum Waschen, *Kandiset*. Wenn meine Lebensmittel noch vorhanden, die enthaltenen *Reis*, *Nudel oder alles sonstige*. Briefe sind nur manchmal devisenamtlich geöffnet, ob Geld drin ist.

DOK. 152

In einem Bericht für den Joint wird die jüdische Zwangsarbeit in Berlin Mitte Februar 1941 dargestellt¹

Bericht (streng vertraulich, nicht zur Veröffentlichung bestimmt!) eines unbekannten Verfassers für den Joint, New York, Hotel Marcy, West End Avenue at 95th St. (Eing. 14. 5. 1941), vom 6. 5. 1941, mit Empfehlungen von Dr. Alfred Wiener² verschickt am 13. 5. 1941³

Zwangs-Arbeitseinsatz für Juden in Berlin

Die Situation Mitte Februar 1941

Es wird allgemein angenommen, dass der jüdischen Bevölkerung Berlins der Transport nach Lublin (Polen), der das Schicksal der Wiener Juden war,⁴ erspart geblieben ist, weil die Berliner Juden zum Arbeitseinsatz verpflichtet werden. Anfangs war der Arbeitseinsatz für Frauen zwischen 20 und 45 Jahren und für Männer von 18 bis 55 Jahren obligatorisch. Vor einigen Wochen wurde die Altersgrenze um zehn Jahre heraufgesetzt, d. h. für Frauen auf 55 Jahre und für Männer auf 65 Jahre.⁵

Man geht davon aus, dass von den 70 000 bis 80 000 Juden, die heute in Berlin leben, über ein Drittel, d. h. etwa 30 000, im Arbeitseinsatz stehen. Die Bezahlung erfolgt nach dem vorgeschriebenen Mindesttarif und beläuft sich auf etwa 72 Pfennige⁶ pro Stunde, wäh-

15 „Der Jude an den Christen“ (1857), in: Friedrich Hebbel, Sämtliche Werke, Bd. 2: Gedichte und Prosa, hrsg. von Hansludwig Geiger, Berlin 1961, S. 350.

1 JDC 1933/44, 631, fol. 548 – 555. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Dr. Alfred Wiener (1885 – 1964), Publizist, Verbandsfunktionär, Politiker; 1919 – 1923 Syndikus des CV, 1923 – 1933 stellv. Direktor des CV und stellv. Schriftleiter der CV-Zeitung; emigrierte 1933 in die Niederlande, 1934 – 1939 Mitbegründer und Direktor des Jewish Central Office in Amsterdam, 1939 – 1964 Direktor der Wiener Library in London.

3 Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

4 Zu den Deportationen von Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz im Herbst 1939 siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

5 Zur Ausweitung der Zwangsarbeit siehe Einleitung, S. 41f.

6 Hier und im Folgenden im Original deutsch.

rend die nicht-jüdischen Arbeiter so viel wie ausgebildete Handwerker verdienen, also etwas zwischen 90 Pfennigen und einer Reichsmark pro Stunde.

Am 1. Mai 1940 wurde im Berliner „Jüdischen Nachrichtenblatt“⁷ eine Anordnung veröffentlicht, der zufolge alle Juden im zuvor erwähnten Alter, die keine Arbeit haben, sich als Freiwillige zum Arbeitseinsatz bei der Jüdischen Gemeinde melden sollen.⁸ Offiziell heißt der Ort der Registrierung in der Oranienburger Straße: „Arbeitseinsatz“⁹ der Jüdischen Gemeinde, Berlin.“ Juden, die glauben, dass sie der künftigen Arbeit körperlich nicht gewachsen sind, unterziehen sich in der letzten Zeit einer ärztlichen Voruntersuchung durch die Jüdische Gemeinde. Anhand der Untersuchungsergebnisse berät die Gemeinde den Betreffenden, ob sie die Zentraldienststelle für Juden¹⁰ über ihre körperlichen Gebrechen informieren sollen. Die für Juden zuständige Nebenstelle des Arbeitsamts der Stadt Berlin befindet sich in der Fontanestraße in Neukölln.¹¹ Der Direktor ist Herr Eschhaus, der ehemalige Personalchef eines jüdischen Textilunternehmens in Berlin.¹²

Der Berichtersteller hatte ein Ischiasleiden. In der Fontanestraße wurde er für arbeitsfähig befunden und bei der Eisenbahnbaufirma Dudek in Spandau eingesetzt. Das Arbeitsamt stellt meist Gruppen aus 15 bis 20 Juden zusammen, die unter einem nicht-jüdischen Vorarbeiter arbeiten müssen. Die Firma Dudek beschäftigte etwa zehn Gruppen bzw. 100 bis 150 Juden an unterschiedlichen Stellen in Berlin. Der Berichtersteller, der noch nie zuvor körperliche Arbeit verrichtet hatte, wurde der Gruppe „Wedding“ zugeteilt und musste Bruchsteine kennzeichnen, Schienen transportieren, Schrauben anziehen usw. Arbeitszeit war von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags, mit zwei Unterbrechungen von jeweils 15 Minuten, in denen die Arbeiter ihr von zu Hause mitgebrachtes Mittagessen verzehren und Getränke in der Kantine kaufen konnten. Nach ein paar Tagen wurde der Berichtersteller krank, woraufhin er nicht zur Arbeit erschien, mit der offiziellen Begründung, dass seine Schuhe vollkommen kaputt seien. Die Firma beantragte Arbeitsschuhe für ihn, die er auch tatsächlich erhielt. Deshalb nahm er nach etwa einer Woche die Arbeit wieder auf.

Nach vier Wochen, in denen der Berichtersteller aufgrund seiner Krankheit und wegen eines Mangels an geeigneter Kleidung nur zehn Tage gearbeitet hatte – die Arbeit fand teilweise im Wedding und teilweise in Hakenfelde statt –, wurde er der Gruppe „Papestraße“ zugeteilt, in der weniger anstrengende Schaufelarbeiten verrichtet werden muss-

7 Im Original deutsch.

8 Nicht aufgefunden. Eine Ausgabe des Jüdischen Nachrichtenblatts (Berliner Ausg.) vom 1.5.1940 ist nicht bekannt. Die nächste Ausgabe erschien aufgrund der Feiertage erst am 4.5.1940 (Nr. 35/36). Am 21.5.1940 meldete das Jüdische Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 41, S. 2, dass diejenigen Juden im Alter von 18 bis 55 (Männer) bzw. 18 und 50 Jahren (Frauen), die sich „in den letzten Tagen des April 1940 und in den ersten Tagen des Mai 1940“ nicht gemeldet haben, dies nun umgehend nachholen müssten.

9 Im Original englisch und deutsch.

10 Im Original: Public Labor Distribution Office.

11 Richtig: Fontanepromenade in Kreuzberg.

12 Alfred Eschhaus (1903–1945), Handlungsgehilfe; zunächst in der Fa. Rothmann & Seligsohn, von 1933 an im Arbeitsamt Berlin angestellt; 1933 SA-, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1939 an Leiter der Zentraldienststelle für Juden beim Berliner Arbeitsamt, 1942 u. a. wegen schwerer Bestechung zu zwei Jahren Haft verurteilt, anschließend zum Wehrdienst eingezogen, 1943 aus der NSDAP ausgeschlossen.

ten. Seine Versetzung wurde durch den Besitzer der Firma veranlasst, der im Rahmen der Möglichkeiten immer vernünftig handelte. Doch der Vorarbeiter, Herr Piontek, war ein Menschenschinder und glühender Antisemit. Er drohte dem jüdischen Arbeiter oft mit der Faust und versuchte, ihn zu schlagen. Danach blieb der jüdische Arbeiter zu Hause, reichte Klage beim Arbeitsamt ein und bat um die Versetzung in ein anderes Unternehmen. Ihm wurde mitgeteilt, dass er nur versetzt werden könne, wenn sein Arbeitgeber ihn offiziell entlasse. Daraufhin suchte der Arbeiter Herrn Dudek auf,¹³ und dieser kündigte ihm dann widerstrebend, vermutlich weil er fürchtete, Schwierigkeiten zu bekommen. Im Arbeitszeugnis des Arbeiters heißt es, ihm sei gekündigt worden, weil er „für Arbeit im Oberbau¹⁴ ungeeignet sei“.

Drei Tage später wurde der jüdische Arbeiter vom Arbeitsamt zusammen mit zehn anderen Juden einem Schmalspurschienenwerk in Falkensee zugeteilt. Die Arbeit dort war viel leichter. Drei Männer arbeiteten im Hof (säubern, sortieren usw.), drei mussten die Schienen umladen (die Schmalspurschienen sind viel leichter zu tragen als normale Schienen), und drei arbeiteten in der Werkstatt am Gewindestrehler und an den Bohrmaschinen. Er mochte die Arbeit, da er sie als Vorbereitung für seine Auswanderung und als eine Art Fortbildung betrachtete. Der Vorarbeiter war außerordentlich nett. Der Berichterstatter zeigte ein Foto, auf dem der Vorarbeiter zusammen mit den jüdischen Arbeitern abgebildet ist. Er schloss sich ihnen an, wenn sie in die Kantine gingen und auf dem Nachhauseweg. Die anderen Arbeiter auch, [...].¹⁵ Sie tauschten Zigaretten und Bier wurde [...] ¹⁶ wahlweise von Juden und Nicht-Juden. Der einzige Antisemit war der Seniorchef, der ständig wetterte gegen das „Judenpack, das man schon längst hätte erschießen oder aufhängen sollen“. Die jüdischen und nichtjüdischen Arbeiter reagierten auf solche Ausbrüche mit Schweigen. Als der Vorarbeiter in Urlaub ging, nahm der Sohn des Chefs seinen Platz ein. Dieser war aktives Mitglied in der Nationalsozialistischen Partei, und die Juden hatten große Angst vor ihm. Aber im Gegensatz zu seinem Vater, Herrn M. Grass, war er ebenso nett wie der Vorarbeiter und ging auch mit den Juden zusammen in die Kantine usw.

Ende November, d. h. nach etwa fünf Monaten, wurden die in diesem Unternehmen beschäftigten Juden entlassen. Gerüchten zufolge wurden diese Kündigungen auf Anweisung von oben ausgesprochen, weil die Juden von nun an nur noch in Fabriken arbeiten sollten.

Vier Tage nach seiner Entlassung von der Firma Grass wurde der jüdische Arbeiter der „Gruppenfahrbereitschaft beim Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin“¹⁷ zugeteilt. Angesichts der allgemeinen Knappheit an Autos und Fahrzeugen sowie an Arbeitskräften ist es die Aufgabe dieser Einrichtung, Privatfirmen und öffentlichen Einrichtungen bei Bedarf, und wenn die Angelegenheit als dringlich erachtet wird, Autos und Arbeitskräfte zuzuteilen.

Über diese Institution wurde der Berichterstatter als Einzelperson einem kleinen Kohlenhändler in Lankwitz zugeteilt. Dort arbeitete er nur mit Nicht-Juden zusammen. Sie

13 Vermutlich Michael Dudek (*1884), Bauunternehmer; 1932 NSDAP-Eintritt, wohnte in Berlin.

14 Im Eisenbahnbau ist damit die Arbeit an Gleisbett und Schienen gemeint.

15 Drei Wörter unleserlich.

16 Ein Wort unleserlich.

17 Im Original deutsche Übersetzung in Klammern.

mussten die Kohle von einem Zug abladen, dann auf Lastwagen laden und an Privathaushalte ausliefern. Auch der Sohn des Kohlenhändlers arbeitete im Geschäft mit; er hatte am Polenfeldzug teilgenommen und war Mitglied der SS. Als er merkte, dass der jüdische Arbeiter nicht kräftig genug für diese harte Arbeit war, übertrug er ihm die Aufsicht über die anderen, nicht-jüdischen Arbeiter, d. h. er musste die Arbeit kontrollieren, das Geld einsammeln, die Quittungen ausstellen, die Trinkgelder entgegennehmen – die sehr großzügig ausfielen, da Kohle eine sehr begehrte Ware ist – und diese abends gerecht verteilen. Auch hier gingen sie zusammen in die Kneipe, um etwas zu trinken, und nahmen gemeinsam Mahlzeiten ein.

Der Berichterstatter gewann den Eindruck, dass die Angestellten vielerorts jüdische Arbeiter willkommen hießen, weil sie sich vor ihnen nicht in Acht nehmen mussten, sondern offen diskutieren und scharfe Kritik äußern konnten. Sie zogen Juden Parteimitgliedern vor, die sie bespitzelten und denunzierten. Der Berichterstatter war nur in Einzelfällen mit Antisemitismus konfrontiert. Die Luftangriffe hinterließen kaum einen Eindruck. Hass auf England war stärker verbreitet als Hass auf die Juden.

Jüdische Arbeiter können zusätzliche Lebensmittelkarten erhalten, wenn ihre Firma sie für sie beantragt. Viele Firmen scheuen sich, die Anträge zu stellen, doch manche tun es. Ob dem Antrag stattgegeben wird, hängt gänzlich von der Gemütsverfassung des Leiters des jeweiligen Amtes für Lebensmittelkarten ab. Zusätzliche Karten können insbesondere für schwere Arbeit oder Überstunden (d. h. Arbeiter, die mehr als 11 Stunden täglich arbeiten, die Zeit, die sie für ihren Weg zu und von ihrem Arbeitsplatz benötigen, eingeschlossen) bewilligt werden.

Zusätzliche Lebensmittelkarten für

Schwerarbeiter

500 g Fleisch pro Woche

1000 g Brot pro Woche

350 g Fett pro Woche

Überstundenarbeit

100 g Fleisch pro Woche

500 g Brot pro Woche

180 g Fett pro Woche

Die Verwendung von Zehntausenden Juden beim Arbeitseinsatz hat zu einem akuten Mangel an effizienten Arbeitskräften bei den jüdischen Organisationen geführt. Denn obwohl der Arbeitseinsatz offiziell auf freiwilliger Basis stattfindet, besteht praktisch ein Zwang, und die Behörden verlangen, dass alle Juden am Arbeitseinsatz teilnehmen. Freigestellt wird man nur in außergewöhnlichen Fällen, auf Sonderantrag. Die nachlassende Effizienz der jüdischen Gemeindeorganisationen lässt sich vor allem damit erklären, dass sie mittlerweile gezwungen sind, selbst für wichtige Arbeiten untaugliche oder sehr alte Personen einzustellen.

Vor einigen Wochen wurde ein „Arbeitslager“ in Wuhlheide bei Berlin errichtet, in das Juden und Nicht-Juden, „Arbeitsunwillige und Saboteure“, gebracht werden.¹⁸ Einzelheiten über die Bedingungen erfuhr der Berichterstatter nur durch Zufall. Die Bedingungen unterscheiden sich angeblich nicht von denen in den Konzentrationslagern.

¹⁸ Die Insassen des Arbeitserziehungslagers für Zwangsarbeiter im nördlichen Bereich der Wuhlheide in Berlin mussten im nahe gelegenen AEG-Werk arbeiten.

DOK. 153

**Die Jüdische Kultusvereinigung Mainz informiert
am 19. Februar 1941 über die Möglichkeit, Pakete in das Lager Gurs in Frankreich
zu schicken¹**

Rundschreiben Nr. 3/41 des Vorstands der Jüdischen Kultusvereinigung Israel. Religionsgemeinde Mainz e.V., ungez.,² an die Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Mainz, vom 19. 2. 1941

1. Paketsendung nach Camp de Gurs³

Die Devisenstelle Darmstadt hat die Abfertigung von Paketen an die Insassen des Lagers Camp de Gurs mit der Einschränkung gestattet, daß nur die nötigsten Gegenstände wie Kleider usw. gesandt werden dürfen. Sämtliche Gegenstände müssen getragen sein. Bewirtschaftete Lebensmittel und Traubenzucker werden nicht genehmigt. Die Listen zum Versand der Gegenstände müssen der Devisenstelle zur Genehmigung in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden. Wir empfehlen, von dieser Möglichkeit nur dann Gebrauch zu machen, wenn die Pakete von Verwandten an Verwandte gerichtet werden. *Höchstgewicht pro Paket 5 kg.*

2. Nachrichtenverkehr mit den Insassen des Camp de Gurs

Der einzig erlaubte Nachrichtenverkehr mit den Personen in Camp de Gurs, die postalisch als Nichtinternierte gelten, muß über das Deutsche Rote Kreuz, Präsidium/Auslandsdienst Berlin SW. 61, Blücherplatz 2, gehen. Für diesen Verkehr sind besondere Formblätter vorgeschrieben, welche in unserem *Verwaltungsgebäude, Zimmer 1*, in beschränktem Umfang abgegeben werden. Auf das den Formblättern beigelegte Merkblatt wird besonders hingewiesen.⁴

3. Wohnungsveränderungen

Wohnungsveränderungen sind jeweils *sofort* nach dem Umzug unserer *Abteilung Wohnungspflege* zu melden.

4. Gottesdienst Horst-Wesselstr. 2

Ab Freitag, dem 21. Februar 1941, beginnt der Abendgottesdienst um 18 Uhr. Der Sabbat-Nachmittagsgottesdienst wird um 16 Uhr abgehalten. Sabbat-Ausgang-Gottesdienst findet mit Rücksicht auf die Ausgesperrzeit bis auf weiteres nicht statt.

5. Gottesdienst an Purim, Horst-Wesselstr. 2

Am Mittwoch, dem 12. März 1941 (Taanith Esther), beginnt der Abendgottesdienst um 18½ Uhr; Donnerstag, den 13. März, Frühgottesdienst (Purim) 7½ Uhr.

1 CAHP, D/Da1/5.

2 Vorsitzender des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Mainz war Fritz Löwensberg (1878 – 1944), Kaufmann; der Inhaber einer Mainzer Hopfengroßhandlung wurde am 7. 2. 1943 nach Theresienstadt deportiert und kam dort ums Leben.

3 Zu den Deportationen von mehr als 6000 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland in das Internierungslager in Südfrankreich siehe Dok. 11 vom 26. 10. 1940, Dok. 112 vom 29. 10. 1940 und Dok. 1 B vom 30. 10. 1940.

4 Liegt nicht in der Akte.

DOK. 154

Martha Svoboda aus Wien macht sich am 20. Februar 1941 Sorgen wegen der Deportation ihrer Eltern in das Generalgouvernement¹

Handschriftl. Tagebuch von Martha Svoboda, Wien, Eintrag vom 20. 2. 1941

Nach dem Besuch bei den Großeltern bin ich jedesmal in furchtbarer Stimmung. Wir wissen jetzt, daß es keine Altersgrenze gibt, alle werden weggeschickt, kleine Kinder, Greise, ja sogar Kranke werden aus dem Spital geholt und werden abtransportiert, ins Ungewisse, ins Elend.² Gipfelpunkt der Niedertracht: Die Kultusgemeinde muß Lebensmittelpakete beistellen, die dann am Bahnhof von den nationalsozialistischen Ordnern verteilt werden, das Ganze wird gefilmt und dem Ausland vorgesetzt,³ dem dann auch erzählt wird, wie gut doch die Juden hier behandelt würden und wie zufrieden und glücklich sie seien, in die neue Heimat zu kommen. Arme, arme Mama!⁴ Und ich muß zusehen, wie sie immer mehr und mehr verfällt, und kann ihr nicht helfen. Grete⁵ in Amerika, Paul⁶ irgendwo in Rußland, ich weiß, wie schwer sie unter dem Gedanken leidet, beide vielleicht nicht mehr zu sehen. Ich frage mich mit Entsetzen, wie die beiden alten Leute eine solche „Übersiedlung“ überstehen werden. Wann endlich werden diese furchtbaren Verbrechen gesühnt werden! Wann werden wir wieder leben können?

DOK. 155

Malvine Fischer aus Wien bittet ihre Tochter in den USA am 20. Februar 1941, ihr dringend ein Affidavit zu beschaffen¹

Handschriftl. Brief von Malvine Fischer,² Wien, an Wilhelmine Weisz³ vom 20. 2. 1941

Meine teuersten Kinder!

Gestern nachmittag erhielten wir zu unserer größten Freude den so sehnsüchtig erwarteten Brief vom 13./I. – der uns wieder ein bißchen beruhigte. – Es geht uns ebenso wie Euch, wenn wir keine Post bekommen, sind wir besorgt, obwohl wir überzeugt sind, daß

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601.

² Zu den Deportationen aus Wien siehe Einleitung, S. 52 f., Dok. 144 vom 2.2. 1941 und Dok. 150 vom 12.2. 1941.

³ Nicht ermittelt.

⁴ Sara Müller (1867 – 1942) wurde am 28. 7. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie drei Monate später starb.

⁵ Grete Wagschal, geb. Müller (1914 – 1998); die Schwester von Martha Svoboda emigrierte in die USA, lebte zuletzt in Denver, Colorado.

⁶ Zur Deportation des Bruders Paul siehe Dok. 27 vom 21.10. 1939.

¹ LBI, AR 6651, Malvine Fischer Collection. Abdruck in: Edith Kurzweil, Briefe aus Wien. Jüdisches Leben vor der Deportation, Wien 1999, S. 143 f.

² Malvine Fischer, geb. Schlesinger (*1878), Hausfrau; stammte ursprünglich aus Rozsahegy in Ungarn, wohnte später in Wien; sie wurde am 3.12.1941 von Wien nach Riga deportiert und kam dort vermutlich ums Leben.

³ Wilhelmine (Mimi) Weisz, geb. Fischer (1900 – 2001), Hausfrau, Schneiderin; heiratete 1921 Ernst

nur die schlechten Postverhältnisse die Ursache der Verzögerung sind. – Mit meinem heutigen Brief werdet ihr bestimmt keine große Freude haben, und bitte ich Euch, uns nicht böse zu sein, wenn wir Euch – die ihr doch leider selbst so geplagte Menschen seid, aus Eurer Ruhe bringen – aber an wen können u. sollen wir uns in unserer großen Not wenden – wenn nicht an unsere Kinder? Mimerl – du hast so viel Unmögliches möglich gemacht, und wir bitten zu Gott u. hoffen, daß es Dir wieder gelingen wird. Ihr müßt uns umgehend ein Affidavit beschaffen – wir hoffen, daß Dir das dortige Hilfskomitee dazu verhelfen wird –, denn es ist höchste Zeit! Ich brauche Dir keine näheren Gründe anzugeben – das Konsulat arbeitet jetzt mit Volldampf, u. wir hoffen, daß Eure Hilfe rechtzeitig kommen wird. – Wir versprechen, Euch nicht zur Last zu fallen – wir wollen Tag u. Nacht arbeiten, um unser Brot zu verdienen. – Wenn es Euch nicht möglich wäre, für alle 4 das Affidavit zu stellen, dann vorläufig für uns 2. Ilkas⁴ Papiere sind noch immer nicht gekommen – ich war heute mit beiden beim Konsulat, daß man doch urgieren soll, da es bald 1 Jahr wird, daß sie eingereicht. Wir bitten Euch himmelhoch – nicht zu zögern –, ich weiß, wir können uns auf Euch verlassen, aber uns ist jeder Tag eine Ewigkeit in dieser kritischen Zeit.

Die Poldi haben wir seit Deiner Abreise nicht gesehen,⁵ bei der Lene war ich, weil ich sie manches fragen wollte, da war sie schon abgereist zum Hartl W. Kannst dir denken, wie überrascht ich war. Die Anny werde ich auch anrufen u. Poldi auch. Heute erhielt Matild⁶ die Nachricht, daß Tante Gisa in Paluaka⁷ am 11. Feber gestorben ist – sie war um 1 Jahr jünger von mir – um mich wäre weniger schade gewesen – und ich brauche die Ruhe, denn ich bin mit meinen Nerven ganz fertig. Es freut uns, daß Ihr wieder alle beschäftigt seid. – Arbeit hilft über alles Böse hinweg, ich sehe es bei mir – wenn ich meine Heimarbeit nicht hätte, müßte ich ganz verzweifeln. Matild arbeitet schon fleißig an ihrer Ausreise – jetzt handelt sich's nur darum, ob Fritz die Schiffskarte schicken kann –, ich willt, wir wären schon so weit, heute bekam der Nachbar von Matild, der Halpern, die telegrafische Verständigung von seinen Kindern, daß sie die Schiffskarte dort angezahlt haben, es wird überall fieberhaft an der Ausreise gearbeitet. Heute fasse ich mich nur kurz – habe keinen richtigen Kopf zum Schreiben. – Küsst mir die Kinder, u. Euch umarmt u. küssen innigst Eure Eltern.

Paar Worte muß ich beifügen und möchte Euch bitten, machet, was möglich ist.⁸ Ich glaube, Reisespesen aufbringen zu können. Bei Euren Eltern war ich,⁹ bevor sie umgezogen sind nach Meidling, wollte Ihnen noch beim Übersiedeln helfen, aber ich bekam so viel Laufereien, daher konnte ich nicht hingehen. Die beiden Mamas sind sehr nervös, nichtsdestoweniger darf man den Kopf nicht hängen lassen, man muß alles entgegenneh-

Weisz (1897–1992), Kaufmann; das Paar emigrierte 1940 über Italien in die USA und lebte später in New York.

4 Ilka Donner, geb. Fischer (*1898), Schwester von Wilhelmine, am 3. 12. 1941 mit ihrer Tochter Blanka Donner (*1922) nach Riga deportiert; nach 1945 von ihrem Bruder Albin Fischer für tot erklärt.

5 Poldi war eine nicht-jüdische Freundin von Wilhelmine und Ernst Weisz.

6 Matilde Kort, geb. Fischer (*1886), Schwägerin von Malvine Fischer, wurde am 11. 1. 1942 von Wien nach Riga deportiert und kam dort vermutlich ums Leben.

7 Unklar, so im Original.

8 Der letzte Absatz des Briefs stammt von Malvine Fischers Ehemann Leopold Fischer (*1864), Tischlermeister; wurde am 3. 12. 1941 von Wien nach Riga deportiert und kam dort vermutlich ums Leben.

9 Gemeint sind vermutlich die Eltern seines Schwagers Ernst Weisz.

men, wie es kommt. Ich hoffe noch, daß alles gut wird. Über Dittas Brief freuten wir uns, daß sie schon in allem hilft, so auch über Hansl, jetzt genannter John.¹⁰ Euch herzlichstens grüßend und küssend Eure Eltern

DOK. 156

**Franz Heurich aus Meiningen beantragt am 20. Februar 1941 bei der Devisenstelle
Thüringen eine Auszahlung vom Sperrkonto Hermann Heimanns¹**

Schreiben von Franz Heurich,² Meiningen, Fischergasse 19, an den Oberfinanzpräsidenten Thüringen,³ Devisenstelle,⁴ Rudolstadt (Eing. 21.2.1941), vom 20. 2. 1941

Betr.: Sicherungsanordnung Hermann Israel Heimann,⁵ Meiningen, vom 12.9.39 Geschäftszeichen: J.S. 143 Bo/Pa.⁶

Zum Antrag des Vorgenannten auf Freigabe gem. § 59 Dev. Ges.⁷ gesicherter Beträge vom 20. 2. 41 über RM 4800,-

Am 31. Januar sprach ich persönlich auf der Devisenstelle vor, um mich zu vergewissern, ob der vorliegende Antrag überhaupt gestellt werden könne. Es wurde mir erklärt, daß die Möglichkeit einer Genehmigung bestände, und anheimgestellt, einen entsprechenden Antrag einzureichen. Ich kann den Antrag erst heute einreichen, weil ich den Antragsteller nicht früher erreicht habe.

Zu dem Antrag selbst bringe ich folgendes vor:

In den Jahren 1936 – 1939 war ich bei der jüdischen Firma Herbert Heinemann, Meiningen, als Buchhalter tätig. Vorher war ich von 1926 – 1936 bei der Firma Gebr. Heinemann (Vater des Vorgenannten) als Hauptbuchhalter tätig. Durch den Konkurs dieser Firma verlor ich

¹⁰ Edith (Ditta) (*1925) und Hans (*1927), die Kinder von Wilhelmine und Ernst Weisz, waren im Febr. 1939 mit einem Kindertransport nach Belgien gekommen und gelangten über Frankreich, Spanien und Portugal im Sept. 1940 in die USA. Dr. Edith Kurzweil, geb. Weisz, Soziologin, gab später die Partisan Review heraus und lehrte als Professorin an der Adelphi University, sie lebt in New York. Hans Weisz diente in der US-Army und war danach mit seinem Vater im Marmorhandel tätig; er lebt in New Jersey.

¹ ThHStA, Der Oberfinanzpräsident Thüringen, Nr. 704, Bl. 122+ R.

² Franz Heurich (1893–1952), Bücherrevisor; DDP-Mitglied; von 1926 an als Buchhalter bei der Firma Heinemann in Meiningen tätig, 1943 Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung.

³ Oberfinanzpräsident war von 1936 an Dr. Theodor Hillmer (1881–1961).

⁴ Die Devisenstelle leitete von 1937 an Dr. Wilhelm Peine (*1901).

⁵ Hermann Heimann (*1876), Kaufmann; emigrierte 1941 mit seinem Sohn Heinz Heimann (*1912) in die USA.

⁶ Am 12.9.1939 wurde Hermann Heimann per Sicherheitsanordnung der Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten Thüringen angewiesen, binnen fünf Tagen sein Vermögen auf ein „beschränkt verfügbares Sicherungskonto“ bei einer Devisenbank zu transferieren. Über einen Freibetrag von 300 RM monatlich hinaus durfte er nur mit schriftlicher Genehmigung der Devisenstelle über sein Geld verfügen; wie Anm. 1, Bl. 96 f.

⁷ Nach § 59 des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung konnte die zuständige Devisenstelle anordnen, dass der Betroffene über sein Vermögen nur mit Genehmigung verfügen durfte, wenn hinreichender Verdacht bestand, dass das Vermögen der Devisenbewirtschaftung entzogen werden sollte; RGBl., 1938 I, S. 1742.

meine Stellung und konnte in Meinungen keinen anderen Posten finden, da hier an dem kleinen Platz ohne Industrie keine Nachfrage ist. Ich habe dann in den Jahren 1936 – 1938 den Konkurs der Firma Gebr. Heinemann abgewickelt. Damit war ich nicht voll beschäftigt und habe nebenbei die Buchhaltung der Firma Herbert Heinemann geführt. Da diese Firma nach dem Konkurs alle Waren-Bezüge bar bezahlen mußte und finanziell sehr schwach war, habe ich meine Forderung auf Gehalt stehengelassen, um die Firma, die mich schlecht bezahlen konnte, beim Einkauf zu unterstützen und ein Lager zu ermöglichen. Da ich mein Gehalt aus dem Konkurs bezog, konnte ich dies möglich machen. Im November 1938 kam die Aktion gegen die Juden und am 31.12.38 die Schließung der Firma Heinemann. Bei der Arisierung kam nur soviel heraus, daß die Lieferanten bezahlt werden konnten, und ich erhielt auf meine Forderung, die auf RM 4800,- aufgelaufen war, keinen Pfennig. Der Inhaber der Firma Heinemann war damit vermögenslos geworden und konnte meine Forderung nicht mehr bezahlen.

Es handelt sich bei diesen RM 4800,- um nicht ausgezahlten Lohn. Ich habe also dafür schwer arbeiten müssen, sehr oft abends, und es ist für mich sehr bitter, daß ich umsonst gearbeitet haben soll. Es mag mir entgegengehalten werden, daß ich meinen Lohn hätte fordern und bezahlen lassen sollen, auf der anderen Seite konnte ich nicht voraussehen, daß auf Veranlassung des Staates Ereignisse eintreten, die mich um mein wohlverdientes Geld bringen würden. Der Verlust des Betrages von RM 4800,- trifft mich besonders in der heutigen Zeit sehr hart. Ich habe mich 1939 durch Neugründung eines Papiergeschäftes selbständig gemacht, weil ich die Arisierung infolge fehlender Geldmittel nicht durchführen konnte, obwohl ich der erste Anwärtler hierauf schon aus moralischen Gründen war, nachdem ich schon vor 1914 jahrelang bei Heinemann tätig war. Durch den eingetretenen Krieg und die damit verbundene Kontingentierung bekomme ich fast keine Zuteilungen an Papier, so daß mein Geschäft, welches sich 1939 ganz gut angelassen hatte und mir eine Existenz geboten hätte, jetzt nicht soviel bringt, daß ich meine Verpflichtungen erfüllen kann. Dies ist mit darauf zurückzuführen, daß meine Frau hochgradig zuckerkrank ist und ich monatlich für diese Krankheit einen Aufwand von RM 150,- habe. Ich könnte daher den Betrag von RM 4800,- jetzt sehr gut gebrauchen, um die Krankheit meiner Frau davon zu bezahlen. Vor einigen Monaten habe ich diese Sache mit Herrn Hermann Israel Heimann, dem Antragsteller, besprochen. Ich kenne Herrn Hermann Israel Heimann seit dem Jahre 1909. Da ich demselben in Jahrzehnten viele Dienste geleistet habe, hat mir derselbe angeboten, mir den Ausfall von RM 4800,- zu ersetzen. Genannter kennt meine Verhältnisse und vor allen Dingen die Krankheit meiner Frau und die mir daraus zwangsläufig entstehenden erheblichen Kosten. Hierauf ist es zurückzuführen, daß derselbe sich zur Bezahlung der fraglichen RM 4800,- bereit erklärt hat. Ich bitte nach Vorstehendem höflichst darum, nachdem der Betrag Lohn für geleistete Arbeit darstellt und ich in einer besonders schwierigen Lage bin, indem ich gegenüber anderen Volksgenossen einen erheblichen Aufwand für Krankheit, dem ich mich nicht entziehen kann, habe, den Antrag auf Zahlung der RM 4800,- aus dem beschränkt verfügbaren Konto des Hermann Israel Heimann genehmigen zu wollen. Daß meine Forderung echt ist, versichere ich hiermit ausdrücklich. Dieselbe läßt sich auch durch die beim hiesigen Finanzamt befindliche Bilanz der Firma Heinemann nachweisen. Heil Hitler!⁸

⁸ Am 4.3.1941 wurde Franz Heurichs Ersuchen stattgegeben; wie Anm. 1, Bl. 125.

DOK. 157

**Die Selbsthilfegruppe der jüdischen Blinden bittet Josef Löwenherz
am 25. Februar 1941 um Hilfe, um der Deportation in das Generalgouvernement
zu entkommen¹**

Schreiben der Selbsthilfegruppe der jüdischen Blinden, gez. Leo Damm, Wien II, Untere Augartenstraße 35, vom 25.2. 1941

Hochverehrter Herr Doktor!²

In unserer größten Verzweiflung gestatten wir uns, Ihnen nachstehendes Ansuchen zu unterbreiten:

Gestützt auf die liebevolle Anteilnahme, die Sie und Ihre hochverehrte Frau Gemahlin³ stets für die Blinden bereit hatten, hoffen wir, daß Sie auch unsere heutige große Bedrängnis verstehen und Ihre schützende Hand auch in diesem Falle über uns halten werden.

Unser Ansuchen betrifft die Umsiedlung der Juden. Es ist unleugbar, daß die Umsiedlung für jeden unserer Glaubensgenossen schwer tragbar ist. Aber es ist ebenso unleugbar, daß sie den Blinden um ein Vielfaches schwerer trifft. Der Blinde, aus einer ihm bekannten Umgebung herausgenommen und in eine ihm unbekannte verpflanzt, ist in des Wortes wahrster Bedeutung ein verlorener Mensch. Beim ersten Transport sind bereits drei Blinde abgegangen. Derzeit befinden sich zwei Blinde in der Castellezgasse,⁴ und es steht zu befürchten, daß auch weiterhin die Blinden von diesem unsagbar schweren Los ereilt werden. Um die Ärmsten der Armen, die Blinden, vor dem Furchtbarsten zu bewahren, richten wir an Sie, hochverehrter Herr Doktor, die ergebene und inständigste Bitte: Helfen Sie uns!

Alle Blinden Wiens, die in unserer Gruppe vereint sind und in deren Namen wir diese Bitte an Sie richten, sehen in Ihnen den Einzigen und kraft Ihrer hochgestellten Persönlichkeit den Berufensten, der ihnen hier Rettung und Hilfe bringen kann.

Wir schließen unser ergebenes Ansuchen, indem wir Ihnen für alles, das Sie für uns tun, im vorhinein unseren tiefgefühlten Dank aussprechen, mit der nochmaligen inständigsten Bitte: *Helfen Sie uns.*⁵

In ergebener Verehrung

1 CAHJP, A/W 273, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF A 3, fr. 617. Auszugsweiser Abdruck in: Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938 – 1945, Wien u. a. 1978, S. 260.

2 Gemeint ist Josef Löwenherz.

3 Sofie Löwenherz, geb. Schönfeld (1890 – 1981); von 1928 an Präsidentin der WIZO-Österreich, leitete die jüdische Sektion der im März 1934 gegründeten Hilfsorganisation Nationaler Frauendienst; emigrierte 1945 mit ihrem Mann in die USA.

4 Hier mussten die zur Deportation ausgewählten Juden auf ihren Abtransport warten; siehe Dok. 144 vom 2. 2. 1941 und Dok. 151 vom 15. 2. 1941.

5 Josef Löwenherz konnte in dieser Angelegenheit nichts unternehmen; die IKG Wien musste jeden einzelnen Fall einer Zurückstellung von der Deportation, etwa bei unentbehrlichen Mitarbeitern, der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zur Genehmigung vorlegen.

DOK. 158

**Im Reichsverkehrsministerium wird am 25. Februar 1941
über Reisebeschränkungen für Juden diskutiert¹**

Niederschrift über die Sitzung am 25.2. 1941 als Anlage zum Schreiben (geheim) des Reichsverkehrsministers (19 G/Vaap 11), i. A. gez. Treibe,² an den RMdI z.Hd. MinR. Dr. Lösener – in 3 Stücken –, den RArbM z.Hd. Reg.Rat Dr. Graef, den Reichsminister der Justiz z.Hd. MinR. Koffka, den Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftragter für den Vierjahresplan z.Hd. ORR Dr. Mann, den Stellvertreter des Führers, den Verbindungsstab der NSDAP, Berlin W 8, Wilhelmstraße 64 z. Hd. Landgerichtsrat Dr. Lampe, den Reichsminister der Luftfahrt z. Hd. MinR. Dr. Schleicher, den Reichspostminister z. Hd. MinR. Dr. Schuster, den RWM z. Hd. ORR Dr. Ottmann, vom 6. 3. 1941³

Die Frage der Reisebeschränkung der Juden auf den Verkehrsmitteln wurde am 25. Februar 1941 im Reichsverkehrsministerium besprochen. Anwesend waren die aus der Anlage ersichtlichen Ressortvertreter.⁴

Zu Beginn der Sitzung erläuterte der Vorsitzende (Min.-Rat Dr. Friebe)⁵ den Sachstand und gab den Inhalt der Schreiben des Herrn Reichsministers des Innern vom 28. November 1940 und 11. Januar 1941 bekannt.⁶

Min Rat Dr. Lösener (R Min d Innern)⁷ und ORR Dr. Mann (Beauftragter für den Vierjahresplan) bestätigten, daß sich die in den genannten Schreiben vertretene Auffassung inzwischen nicht geändert habe. Es solle auch in Zukunft der Geheimerlaß des Beauftragten für den Vierjahresplan⁸ vom 28. Dezember 1938 insoweit wirksam sein, als ein Verbot der Benutzung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Vorort-, Stadt- und Untergrundbahnen, Omnibussen und Schiffen *im Nahverkehr* durch Juden nicht ausgesprochen werden solle.⁹ Min Rat Dr. Lösener teilte mit, daß die Juden infolge der ihnen polizeilich auferlegten besonderen Beschränkungen ihres öffentlichen Auftretens, insbesondere bei der Befriedigung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse (z. B. Benutzung bestimmter Schulen) gezwungen seien, in gewissen Entfernungen die Eisenbahn und andere Verkehrsmittel zu benutzen. Dies solle auch in Zukunft nicht verhindert werden.

1 BArch, R 300 1/20052, Bl. 1B – 1K.

2 Paul Treibe (1876 – 1956), Verwaltungsbeamter, Jurist; 1918 Reg.Rat in der Eisenbahndirektion Essen, leitete 1935 die Tarif- und Verkehrsabt. der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft, 1936 Direktor der Reichsbahngesellschaft, 1938 Ministerialdirigent im RVM, 1942 in den Ruhestand versetzt.

3 Auf dem Begleitschreiben handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

4 Dr. Friebe, MinR., RVM, Abt. I (Vorsitz); Reiser, MinR., RVM, Abt. I; Büttner, MinR., RVM, Abt. IV A; Dr. Genest, MinR., RVM, Abt. IV B; Dr. Lösener, MinR., RMdI, Abt. I; Dr. Mann, ORR, Vierjahresplan; Dr. Lampe, Landgerichtsrat, Stellvertreter des Führers; Koffka, MinR., RJM; Dr. Ottmann, ORR, RWM; Dr. Schleicher, MinR., RLM; Dr. Schuster, MinR., RPM; Dr. Graef, MinR., RAM.

5 Dr. Kurt Friebe (*1896), Jurist; von 1933 an im RVM tätig, 1943 Vizedirektor des Zentralamts für den internationalen Eisenbahnverkehr in Bern.

6 Liegen nicht in der Akte. RMdI war Dr. Wilhelm Frick.

7 Dr. Bernhard Lösener (1890 – 1952), Jurist; zunächst in der Zoll- und Finanzverwaltung tätig; 1930 NSDAP-Eintritt; April 1933 bis Ende 1942 im RMdI, von Mitte 1933 an dort Referent für „Judenfragen“ in der Abt. I (Verfassung und Gesetzgebung), 1943 Wechsel ans Reichsverwaltungsgericht; 1944/45 im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli in Haft; 1949 – 1952 in der Oberfinanzdirektion Köln tätig.

8 Hermann Göring.

9 Siehe VEJ 2/215.

Min Rat Dr. *Friebe* vertrat unter Zustimmung aller Sitzungsteilnehmer den Standpunkt, daß man das Erfordernis einer polizeilichen Genehmigung für Reisen von Juden im Fernverkehr nicht nur für die Eisenbahn einführen könne, sondern sich auf alle Verkehrsmittel, also auch auf den Luft- und Kraftwagenverkehr sowie auf die Binnen- und Seeschifffahrt, erstrecken müsse.

Min Rat Dr. *Schleicher* (Reichsluftfahrtministerium)¹⁰ teilte mit, daß für die Benutzung der Verkehrsflugzeuge zur Zeit keine Beschränkungen für Juden bestünden, daß aber auch nach seiner Meinung solche einzuführen seien, wenn die Eisenbahn sie einführt.

Min Rat Dr. *Schuster* (Reichspostministerium)¹¹ teilte mit, daß die Omnibusse der Reichspost ausschließlich im Nahverkehr verkehrten und daß sie deshalb nach den Grundsätzen des Reichsministers des Innern von Beschränkungen frei bleiben müßten.

Was die gesetzliche Durchführung der Reisebeschränkung für Juden im Fernverkehr anbetrifft, so führte Dr. *Friebe* aus, daß dies nicht im Wege einer Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung geschehen könne, weil es sich hier um eine öffentlich-rechtliche (polizeiliche) Regelung handeln müsse, bei der für den Fall der Zuwiderhandlung empfindliche Strafen, gegebenenfalls auch Freiheitsstrafen, vorzusehen seien. Die EVO,¹² die eine privatrechtliche Durchführungsverordnung zum Handelsgesetzbuch sei, könne solche Bestimmungen aber nicht einführen. Da das Reisen von Juden nicht vollständig verboten, sondern von einer polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werden solle, sei es auch aus Zweckmäßigkeitsgründen die gegebene Lösung, wenn der für den Erlaß von Polizeiverordnungen zuständige Reichsminister des Innern eine entsprechende Polizeiverordnung erlasse. Diese Lösung sei um so mehr geboten, als das Reisen von Juden in *allen* Fernverkehrsmitteln von einer polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werden solle und sich der Beförderungsvertrag teilweise hier ausschließlich auf vertraglicher Grundlage wie z. B. bei den Kraftomnibussen der Reichsbahn abwickele. Aufgabe der Reichsbahn und der anderen Verkehrsmittel sei es, bei der Durchführung dieser Polizeiverordnung, soweit es ihnen möglich sei, mitzuwirken und Anzeigen sowie eigene Wahrnehmungen über Verstöße an die für die Strafverfolgung zuständigen Polizeibehörden weiterzuleiten.

Min Rat *Koffka* (Reichsjustizministerium)¹³ schloß sich den Ausführungen von Dr. *Friebe* in vollem Umfang an; auch nach seiner Meinung sei die vorliegende Frage nicht durch die Verkehrsgesetzgebung, sondern ausschließlich im Rahmen der Judengesetzgebung zu lösen. Die EVO sei beherrscht von dem Gedanken der Beförderungspflicht. Der in § 9 EVO enthaltene Ausschluß der Beförderung von Reisenden mit gemeingefährlichen Krankheiten sei ausschließlich von dem Gesichtspunkt der Rücksicht auf die Mitreisenden getroffen. Für das Verbot von Reisen der Juden im Fernverkehr seien aber nicht in erster Linie Rücksichten auf die Mitreisenden maßgebend, sondern andere außerhalb des Verkehrsgebiets liegende Gründe, insbesondere der Abwehrgesichtspunkt und die Frage der Behandlung der Juden im öffentlichen Leben überhaupt.

10 Dr. Rüdiger Schleicher (1895–1945), Jurist; 1927 Reg.Rat im RVM, 1933 Wechsel ins RLM; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934 MinR., leitete von 1939 an das Institut für Luftrecht der Universität Berlin, Honorarprofessor, im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli verhaftet und hingerichtet.

11 Dr. Fritz Schuster (*1897), Jurist; von 1925 an Hilfsrichter am Amtsgericht Königsberg, 1930 Postdirektor in Leipzig, später MinR. im RPM; 1933 NSDAP-Eintritt; 1944 Ministerialdirigent, Kurator des Feldpostbüros; nach 1949 im Bundespostministerium tätig.

12 Eisenbahn-Verkehrsordnung; RGBL., 1938 I, S. 667f.

13 Johannes Koffka (*1882), Jurist; 1911 Staatsanwalt beim Landgericht Berlin, 1922 Kammergerichtsrat, 1924 Referent im RJM, 1929 MinR; NSDAP-Mitglied.

Min Rat Büttner (RVM)¹⁴ betonte, daß nach seiner Meinung die Durchführung der Verordnung durch die Verkehrsdienststellen auf große Schwierigkeiten stoße, wenn keine scharfe Abgrenzung des Fernverkehrs vom Nahverkehr getroffen würde. Wenn man keine feste Kilometergrenze einführen könne, käme in Frage, die Juden lediglich von der Benutzung der D- und Eilzüge auszuschließen.

Nach Ansicht des Vorsitzenden (Dr. Friebe) und der anderen Sitzungsteilnehmer sei die Beschränkung des Reiseverbots auf die schnellfahrenden Züge zu eng.

Min Rat Dr. Lösener erklärte, daß er persönlich der Ansicht der anderen Sitzungsteilnehmer beipflichte, wonach die Angelegenheit nicht in der EVO, sondern durch eine besondere Polizeiverordnung für alle Verkehrsmittel im Fernverkehr zu regeln sei. Da er nur für die allgemeine politische Behandlung der Judenfrage zuständig sei, könne er darüber, ob sein Ministerium bereit sei, eine entsprechende Polizeiverordnung zu erlassen, keine bindende Erklärung abgeben, da für diese Frage ausschließlich der Chef der Deutschen Polizei und Reichsführer SS, Abteilung Sicherheitspolizei (Sachbearbeiter Reg Assessor Jagusch), zuständig sei. Er erkenne die Schwierigkeiten nicht, die in der Abgrenzung des Fernverkehrs vom Nahverkehr lägen, und sei der Meinung, daß hier eine bewegliche, auf den Einzelfall abgestellte Grenze zu ziehen sei, die des näheren in einer Durchführungsbestimmung zu der beabsichtigten Polizeiverordnung geregelt werden könne. Er möchte sich allerdings dem Vorschlag von Min Rat Reiser (RVM), den Juden für Reisen im Nahverkehr ein für alle Mal Ausweise auszustellen, aus praktischen Gründen nicht anschließen, da er auf Grund der gemachten Erfahrungen keine neue Art von Ausweisen einführen wolle.

Min Rat Dr. Genest (RVM)¹⁵ führte aus, daß die Frage der Benutzung der Bahnhofswirtschaften durch Juden im gleichen Sinne und in der gleichen Verordnung geregelt werden müsse wie das Reisen der Juden im Fernverkehr überhaupt, so daß Juden in Zukunft nur insoweit Bahnhofswirtschaften und andere Nebenbetriebe der Reichsbahn (Friseurläden) benutzen dürften, als sie eine Reisegenehmigung besitzen. Er hält eine solche Regelung auch deshalb für erforderlich, weil sich häufig schon aus der Benutzung der Bahnhofswirtschaften durch Juden Unzuträglichkeiten mit deutschen Volksgenossen ergeben haben.

Es bestand allgemeines Einverständnis darüber, daß dieser Antrag in der Verordnung über die Reisebeschränkung von Juden mitberücksichtigt werden solle. Dies könne am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß man die Benutzung aller Verkehrsmittel im Fernverkehr von einer polizeilichen Genehmigung abhängig mache und in der Durchführungsverordnung bestimme, daß unter „Benutzung der Verkehrsmittel“ auch die Inanspruchnahme ihrer Nebenbetriebe (Bahnhofswirtschaften, Friseurläden, Buch- und Zeitungshandlungen und andere Geschäfte) falle.

Reg Rat Dr. Graef (Reichsarbeitsministerium)¹⁶ erklärte, daß er mit der beabsichtigten Regelung grundsätzlich einverstanden sei. Im Hinblick darauf, daß beim Arbeitseinsatz der Juden mit häufigerer Benutzung der Verkehrsmittel durch sie zu rechnen sei, bitte er,

14 Ernst Büttner (*1889), Jurist; zunächst am OLG Kiel tätig; 1939 NSDAP-Eintritt; von 1939 an im RVM, Referent in der Rechtsabt. des RVM, 1941 MinDir.

15 Dr. Genest, Jurist; von 1939 an MinR. im RVM, war in der Abt. IV B/88 (Gewerberecht, Werbewesen, Steuern und Abgaben) tätig.

16 Dr. Walther Graef (*1895), Jurist; 1933 SA-Eintritt; 1934 – 1936 Justizdienst an den Amtsgerichten Breslau und Namslau, 1936 – 1939 in den Arbeitsämtern Liegnitz, Brieg, Trebnitz, Beuthen und Freiwaldau tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1940 an im RArbM beschäftigt.

daß, wie bereits im Schreiben des Herrn Reichsministers des Innern vom 28. November 1940 vorgesehen sei, in solchen Fällen an die Stelle der polizeilichen Zuständigkeit für die Genehmigung der Reise diejenige des Arbeitsamts tritt. Alle Anwesenden waren hiermit einverstanden.

ORR Dr. *Ottmann* (Reichswirtschaftsministerium)¹⁷ erklärte, daß er mit dem beabsichtigten Vorgehen vom Standpunkt seines Ministeriums in vollem Umfange einverstanden sei. Es bestand Einverständnis darüber, daß von dem Reiseverbot die im Schreiben des Reichsministers des Innern vom 11. Januar 1941 erwähnten in privilegierten Mischehen lebenden Juden ausgenommen werden sollen. Auch über die Abgrenzung dieses Begriffs bestand Einigkeit.

Landgerichtsrat Dr. *Lampe* (Stellvertreter des Führers) führte aus, daß auch nach seiner Meinung die Reisebeschränkung für Juden im Fernverkehr auf alle hierfür in Frage kommenden Verkehrsmittel erstreckt werden müsse. Er habe gegen die beabsichtigte Regelung keine Einwendungen zu erheben. Er beabsichtige jedoch, die vorgeschlagene Regelung einigen Gauleitern zur Stellungnahme zuzuleiten und sie zu befragen, welche Erfahrungen mit der Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden im Nahverkehr gemacht worden seien. Er werde das Ergebnis dieser Umfrage dem RVM und dem Reichsminister des Innern mitteilen und bitte, die endgültige Regelung der Angelegenheit solange auszusetzen.¹⁸

DOK. 159

Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts nimmt am 1. März 1941 zu der Frage Stellung, inwiefern gegen ausländische Juden vorgegangen werden kann¹

Aufzeichnung des Leiters der Politischen Abt. des AA (Pol. IX 585 zu D III 1001), gez. Woermann,² Berlin, vom 1.3. 1941³

Das AA hat nach meiner Erinnerung bisher stets den Standpunkt vertreten, daß das Vorgehen gegen ausländische Juden in Deutschland auf Grund der deutschen Gesetzgebung nur nach vorherigem Einvernehmen mit dem AA im Einzelfall vorgenommen werden soll. Dabei ist hier der immer von Pol. IX⁴ erwähnte Standpunkt vertreten worden, daß solche

17 Dr. Karl Ottmann (1892–1970), Jurist; von 1923 an bei der Reichsbahn, 1933–1939 bei der Reichsbahndirektion Hannover tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; 1940–1945 im RWM Verbindungsreferent zur Reichsbahn; von 1949 an bei der Deutschen Bundesbahn, 1952–1956 Präsident des Hauptprüfungsamts für die Deutsche Bundesbahn.

18 Zu den schließlich eingeführten Reise- und Verkehrsmittelbeschränkungen siehe Dok. 222 vom 15.9. 1941.

1 PAAA, R 105015. Abdruck in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. 12/1, Baden-Baden 1969, S. 169 f.

2 Dr. Ernst Woermann (1888–1979), Jurist; 1920 Leg. Sekretär in Paris, 1925 in Wien, 1930 Konsul in Lüttich, 1936 Botschaftsrat in London; 1937 NSDAP-, 1938 SS-Eintritt; 1938 MinDir. und Leiter der Politischen Abt. im AA; 1942 SS-Oberführer; 1943–1945 Botschafter in China; nach Kriegsende verhaftet, 1949 in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

4 Referat „Amerika“ der Politischen Abt. des AA.

Maßnahmen gegen Juden, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten sind, nicht vorgenommen werden sollen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil es sich dabei um verhältnismäßig wenig Fälle handelt und den Amerikanern nicht die Chance gegeben werden soll, sich auf diese Weise zum Wortführer in der Frage des Vorgehens gegen ausländische Juden in Deutschland zu machen. Hierbei sollte es sein Bewenden haben.

Das gleiche würde sinngemäß auch für die Amerikaner in den besetzten Gebieten gelten. Dieser Gesichtspunkt ist zuletzt in der Aufzeichnung des Min.Dir. Wiehl⁵ – Dir. HaPol. 51 vom 1. März – mit einer im Einvernehmen mit dem Gesandten Luther gemachten Vorlage an den Herrn Reichsaußenminister zum Ausdruck gebracht worden.⁶ Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch das Vorgehen gegen amerikanische Juden in Frankreich wohl erneut zu prüfen. Hierzu liegt der Abteilung Deutschland eine Abschrift des Schreibens des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich an den Herrn Staatssekretär vom 22. Februar d.J. vor.⁷

Für nicht-amerikanische Juden wäre gleichfalls fallweise zu entscheiden, wobei von vornherein gesagt werden kann, daß gegen ein Vorgehen gegen ungarische Juden und Juden der Balkanländer keine politischen Bedenken bestehen.

Die Sowjetrussen in Deutschland werden fast durchweg Beamte oder Angestellte der Handelsvertretung usw. sein, so daß aus diesem Grunde ein Vorgehen gegen sie nicht in Frage kommen wird. Anders liegt es im Generalgouvernement, wo jedenfalls dafür gesorgt werden muß, daß eine Diskriminierung nicht eintritt.⁸ Was die vorliegende Aufzeichnung der Schwedischen Gesandtschaft betrifft,⁹ so besteht kein Anlaß, den schwedischen Juden eine Sonderstellung einzuräumen. Es darf aber auch nicht ihnen gegenüber zugegeben werden, daß sie gegenüber den Amerikanern und etwaigen anderen Ländern diskriminiert werden. Ich würde es deshalb für richtig halten, die Aufzeichnung unbeantwortet zu lassen und auch bei weiteren Anmahnungen dilatorisch zu behandeln.

Hiermit über Botschafter Dieckhoff¹⁰ an Abteilung Deutschland zurückgesandt.¹¹

5 Emil Wiehl (1886 – 1960), Jurist; 1920 Eintritt ins AA, 1921 Leg.Sekretär in London, 1923 Leg.Rat, 1927 Generalkonsul in San Francisco, 1933 in Pretoria (Südafrika); 1934 NSDAP-Eintritt; 1937 Min.Dir. und Leiter der handelspolit. Abt. des AA, 1944 a. D.

6 Siehe Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 12/1(wie Anm. 1), S. 167 f.

7 Liegt nicht in der Akte.

8 In einem Schreiben vom 26. 2. 1941 hatte Woermann festgehalten, er habe dem 1. Sekretär der sowjet. Botschaft, Bogdanow, versichert, dass die sowjet. Juden genauso behandelt werden würden wie die Juden anderer Drittstaaten; PAAA, R 29989, Nr. 321638.

9 Liegt nicht in der Akte.

10 Dr. Hans Dieckhoff (1884 – 1952), Jurist; 1913 Eintritt ins AA, 1918 Leg.Rat, 1930 MinDir., leitete 1930 bis 1936 die Abt. England-Amerika, 1936 die Politische Abt. im AA, 1937/38 Botschafter in Washington; 1941 NSDAP-Eintritt; 1943/44 Botschafter in Madrid.

11 Durchschlag an: VLR Erich Albrecht (1890 – 1949), stellv. Leiter der Rechtsabt. im AA; Dir.Ha.Pol.; VLR Reinold Freytag (1888– 1962), Referat IX/Amerika im AA; Ges. Curt Heinburg (1885– 1964), Leiter des Ref. IVa/Balkan, Italien mit Äthiopien; Ges. Dr. Werner von Grundherr zu Altenhann und Weiherhaus (1888– 1962), Leiter des Referats Nd. und Rd./Skandinavien, Finnland, Baltikum in der Politischen Abt. des AA.

DOK. 160

**Das Reichssicherheitshauptamt erweitert
am 5. März 1941 die Möglichkeiten, das Umzugsgut von
jüdischen Auswanderern zu versteigern¹**

Schreiben des RSHA (IA 11 – Allgem. 1494/II), i. A. gez. Dr. Bilfinger, Berlin, an alle Staatspolizei(leit-)stellen mit Ausnahme der Staatspolizei(leit)stellen Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt vom 5.3.1941²

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten; hier Versteigerung von Umzugsgütern.

Bezug: Runderlasse vom 1.8.1940 – I A 11 Allgem. 1450/40 – und 24.9.1940 – I A 11 Allgem. 1433³

I.

Nach den Bestimmungen der Ziffer III des Runderlasses vom 1.8.1940 – I A 11 Allgem. 1450/40 – können sichergestellte *Umzugsgüter* ausgewanderter Juden, gegen die ein Ausbürgerungsverfahren eingeleitet oder in Vorbereitung ist, bereits versteigert werden, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Ausbürgerung in Kürze erwartet werden kann.

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß künftig eine Versteigerung des sichergestellten *Umzugsgutes* ausgewanderter Juden auch dann erfolgt, wenn die gegen die jüdischen Emigranten eingeleiteten oder in Vorbereitung befindlichen Ausbürgerungsverfahren nach den z. Zt. geltenden Richtlinien nicht zur Ausbürgerung führen können und eine Versteigerung aus volkswirtschaftlichen Gründen geboten erscheint. Im übrigen finden die Bestimmungen der Ziff. III Abs. 2 und 3 des eingangs erwähnten Runderlasses vom 1.8.1940 sinngemäße Anwendung.

II.

Über erfolgte Sicherstellungen im Zuge eines Ausbürgerungsverfahrens ist gegebenenfalls unter Angabe des Erlöses versteigelter Umzugsgüter in *allen* Fällen hierher zu berichten.

III.

Der Erlaß ist zur Weitergabe an die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

IV.

Alle mir in gleicher Angelegenheit vorgelegten Berichte finden damit ihre Erledigung.

¹ BArch, R 58/276, Bl. 266 + RS.

² Nachrichtlich an a) die IdS, b) Stapo Graudenz, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt, c) die HSSPF, d) den BdS in Prag, e) die SD-(Leit)-Abschnitte, f) den Gruppenleiter I A (a), g) das Referat I B 1, h) das Referat I F. Am Kopf des Originals Eingangsstempel des HSSPF West vom 11.3.1941, am Ende Dienststempel RFSSuChDtPol.

³ Siehe Dok. 97 vom 2.8.1940, Anm. 2. Im Erlass „betr: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei jüdischen Emigranten“ vom 24.9.1940 wird mit Bezug auf den Erlass vom 1.8.1940 festgelegt, dass Vermögenswerte über 5000 RM staatspolizeilich sicherzustellen sind, um sie der Verfügung der jüdischen Emigranten sofort zu entziehen; Abschrift des Erlasses in LAB, A Rep 92 Nr. 336, Bl. 1227f.

DOK. 161

Das Schwarze Korps: Artikel vom 6. März 1941 über die fortschreitende Ausgrenzung der Juden zunächst im Reich und dann in Europa¹

Langsam – aber sicher

Wir, die wir den großen Umbruch des Lebens und Denkens selbst miterleben, vergessen allzu leicht die einzelnen Meilensteine und Wegmarken an der zurückgelegten Straße. Es ist das heilige Recht des Revolutionärs, daß er der ewig Fordernde ist. Die Gedanken des deutschen Volkes eilen der Zeit voraus und befassen sich heute bereits mit den Dingen, die kommen werden: mit der Gestaltung des friedlichen Aufbaus, mit Wohnbau- und Siedlungsfragen, mit Fragen der Lebenshaltung und Bedarfslenkung, mit der Abstreifung der letzten liberalen Eierschalen, die unserm Volkskörper noch anhaften. Es gibt genug zu tun, genug zu arbeiten und genug zu fordern für viele Jahre und Jahrzehnte und solange das Leben der Gegenwärtigen währt. Aber es wird immer guttun, das Gesetz der Entwicklung am zurückgelegten Wege abzulesen. Sonst werden wir allzu leicht undankbar, und unser besorgtes Fordern gleicht sich dem bloß verneinenden Gemecker der ewig Unzufriedenen an.

Ein gutes Beispiel bietet uns im großen wie im kleinen die Judenfrage. Im Jahre 1933 mögen es noch einige wenige kühne Phantasten gewesen sein, die ernsthaft daran glaubten, man könne ein Land wie Deutschland tatsächlich entjuden. Heute sehen wir die Entjudung ganz Europas bereits als eine Gewißheit an. 1933 reichte noch manch guter Deutscher einem Juden die Hand, ohne sie hinterher in heißer Lauge zu baden. Heute ist die Trennung so gründlich vollzogen, daß der bloße Gedanke an einen wie immer gearteten „Umgang“ mit Juden einfach unvorstellbar ist.

Das sind Äußerlichkeiten, aber wie riesengroß ist die geistige Entwicklung, die vom bloßen Antisemitismus zur totalen Ausmerzung führt! Und wie schwer war das Ringen um jede einzelne, noch so geringfügige Position! Es waren ja nicht ausgemachte Judenfreunde, die sich der Entwicklung entgegenstimmten – das hätte einen offenen Kampf und eine schnelle Entscheidung gegeben. Es war die geistige Trägheit derer, die einen begonnenen Gedanken nicht zu Ende denken können, wenn er nicht bereits vorgekaut ist.

Im größeren Beispiel ein kleines: Noch vor Jahresfrist gab es vor den Gerichten ein zähes Ringen um die Frage, ob ein Jude einer Betriebsgemeinschaft angehören könne. Eine ganz abwegige Frage – sollte man meinen, denn die Betriebsgemeinschaft ist ein Teil der Volksgemeinschaft, der deutschen Volksfamilie, wie sollte der Jude da hineingehören! Aber es fehlten die Vorgänge, die Bestimmungen und Gesetze, und so kam es immer wieder vor, daß manche Arbeitsgerichte den Juden Rechte auf soziale Errungenschaften zubilligten, die der Nationalsozialismus für die Gefolgschaften erkämpft, nicht zuletzt gegen den jüdischen Ungeist erkämpft hatte.

Heute ist es bereits ganz selbstverständlich, es fällt gar nicht weiter auf, es wird kaum noch vermerkt, wenn das *Arbeitsgericht in Köln* die Klage eines jüdischen Arbeitnehmers mit dem schönen Namen *Hirsch Israel Hirsch* auf Gewährung einer Urlaubsvergütung ab-

¹ Das Schwarze Korps. Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP. Organ der Reichsführung der SS, Folge 10 vom 6. 3. 1941, S. 7. Die Wochenzeitung erschien von März 1935 an, hrsg. von Gunter d'Alquen. Die Anfangsausgabe von 70 000 Exemplaren wurde bis 1939 auf rund 700 000 gesteigert.

weist.² Der Jude beruft sich auf eine Bestimmung der Betriebsordnung: „Der Anspruch auf Urlaub entsteht nach einer ununterbrochenen Zugehörigkeit von sechs Monaten zur Betriebsgemeinschaft.“ Das Gericht sagt in der Begründung des abweisenden Urteils:

„Der Kläger ist Jude. Er hat als solcher grundsätzlich an der Betriebsgemeinschaft keinen Anteil. Kann der Jude nicht der Betriebsgemeinschaft angehören, so muß ihm der Genuß aller Rechte versagt werden, die ihren Ursprung unmittelbar aus der Betriebsgemeinschaft herleiten, also aus der deutschrechtlichen Auffassung, daß das Arbeitsverhältnis ein von dem Gedanken der gegenseitigen Treue, der Fürsorgepflicht des Unternehmers und der sozialen Ehre durchzogenes Gemeinschaftsverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft ist ...“

Das ist selbstverständlich? Es ist selbstverständlich, daß ein Jude nicht zur Gefolgschaft zählen kann, es ist selbstverständlich, daß er ein Recht nicht genießt, dessen Gewährung das Judentum als politischer Faktor stets bekämpft und hintertrieben hat? Ja, das ist selbstverständlich seit heute. Gestern war es noch nicht selbstverständlich, gestern war man im Denken noch nicht so weit. Und so kann man die Entwicklung rückläufig Schritt für Schritt verfolgen, was heute selbstverständlich ist, war gestern noch Forderung, galt vorgestern gar als Utopie.

Rückschauend erkennen wir, wie die Macht der Lauen und Trägen und Phantasielosen jeweils um vieles größer war, wie sie mit jedem Zuge der Entwicklung, mit jeder verwirklichten Forderung immer mehr zusammenschumpfte, wie nach dem Durchbruch der politischen Revolution auch der Revolution des Denkens Schritt für Schritt die Säuberung des erkämpften Raumes gelingt.

Heute stehen andere europäische Völker in den Anfängen des Umbruchs. Wer da meint, es ginge zu langsam, mag am deutschen Beispiel erkennen, daß die innere Wandlung der Menschen zwar nur langsam, dafür aber auch unbeirrbar vor sich geht, wenn nur die wegbereitenden Fahneneträger nicht müde werden.

DOK. 162

Helene und Albin Fischer in Shanghai schildern

Mimi Weisz in den USA am 8. März 1941, welche Sorgen ihnen die Aussicht bereitet, die Eltern aus Wien bei sich aufzunehmen¹

Brief von Helene und Albin Fischer,² Shanghai, an Mimi Weisz,³ USA, vom 8. 3. 1941

Liebste Mimi,⁴ ich habe eben vor 5 Minuten Deinen Brief erhalten u. bin sehr froh, daß Du im Bilde bist u. uns schreibst. Wir haben erst vor 5 Tagen die Berichte Deiner Eltern⁵ erhalten u. waren ganz gebrochen darüber. Weniger, daß sie von Wien weg wollen (denn

² Nicht ermittelt.

¹ LBI, AR 6651, Malvine Fischer Collection. Abdruck in: Kurzweil, Briefe aus Wien (wie Dok. 155, Anm. 1), S. 147f.

² Albin Fischer (1894–1962), Architekt, Ingenieur; verheiratet mit Helene Fischer, geb. Billitzer (*1897). Das Ehepaar emigrierte Ende 1938 nach Shanghai. Albin Fischer kehrte nach 1945 nach Wien zurück.

³ Wilhelmine (Mimi) Weisz, die Schwester von Albin Fischer.

⁴ Der erste Brief stammt von Helene Fischer.

⁵ Malvine und Leopold Fischer.

dort zu leben ist wahrlich kein Vergnügen), als daß es uns seit drei Monaten durch die hiesige wahnsinnige Teuerung u. eine fast dreimonatige Arbeitslosigkeit – (besser gesagt, Verdienstlosigkeit, denn Kostenvoranschläge gab es, aber auch nicht mehr) – Albins sehr schwer und schlecht geht. Nun, das Gefühl, zwei alte Menschen herzubekommen, die Erholung brauchten, u. selbst jede Schnitte Brot berechnen zu müssen, ist eine bittere Situation. Ich bin auch außer mir, was mit Blanka u. Ilka⁶ geschehen soll. Ich schrieb Deinen Eltern postwendend, daß, wenn es ein *Muß* ist, sie unter allen Umständen herkommen sollen. Wenn es kein *Muß* ist, dann nicht, sie kämen gerade in den Sommer u. der ist ein halbes Todesurteil. Besonders für Mutter, die schon in Wien die Hitze nicht ertragen konnte. Nun, da ich aber das „*Muß*“ annehmen will, denn wie könnten sie sonst Ilka u. Bl. verlassen, habe ich geschrieben, daß wir versuchen wollen, sie ins Heim für alte Leute unterzubringen u. dazuzahlen, daß es ihnen besser geht, sollten sie aber Landungsgeld⁷ bringen, dann nimmt man sie dort nicht, dann nehmen wir ein kleines Zimmerl. Mutter soll sich einen Petroleumkocher bringen, u. es wird auch gehen müssen. Sie müßten ja in Hongkew wohnen, wo alles deutsch spricht, es billiger ist und weniger heiß u. weniger Moskitos. Es läßt sich nichts im vorhinein fixieren, wir müssen abwarten, unter was für Umständen sie kommen. Mit ihrem Weitergehen nach Amerika ist nicht zu rechnen, wer soll denn die Reise zahlen? Wenn sie jetzt das Affidavit rechtzeitig bekommen, jetzt hätten sie hinkönnen, denn jetzt werden sie Geld für das Schindlergassehaus bekommen, aber das wird aufgehen für die Reise hierher, Landungsgeld, u. sie müssen doch um Gotteswillen für Ilka u. Bl. etwas zurücklassen. Hier ist es in U.S.-Dollar umgerechnet sehr billig, aber wir verdienen leider in Shanghaidollar, u. das ist böse. Die Eltern könnten für 15–20 U.S.-Dollar im Monat bescheiden leben, d.h. sie brauchten 300 Sh.-Dollar, um wirklich bescheiden leben zu können. Wenn Du 10 U.S.-Dollar monatlich schicken könntest u. sie etwas bringen u. wir etwas geben, müßte es möglich sein, sie zu erhalten. Leider sind hier böse Aussichten, u. wenn es zu einem jap.-amerik. Krieg kommen sollte, dann hört vermutlich jede Verbindung auf.⁸ Albin war ganz gebrochen, er mußte doch den Eltern die Wahrheit schreiben, daß ich seit Monaten fast allein die Familie erhalte, u. Du kannst Dir denken, daß das weder in grandioser Form geschieht, noch für ihn angenehm ist. Außerdem ist es mir auch sehr unangenehm, wenn meine Eltern erfahren,⁹ daß es uns nicht so gut geht, wie man glaubt. Von meinen Eltern habe ich sehr gedrückte Briefe, aber sie schreiben nichts Konkretes. Meine Mutter will mir das Herz nicht schwermachen, aber es ist doch schwer. Pauli dürfte ja vor besonderen Attacken durch Willi geschützt sein, sie schreibt wohl, daß sie das abgeschlossenste Leben der Welt führt, aber sie scheint Ruhe zu haben.¹⁰ Er ist in seiner Stellung avanciert, nicht im Krieg, also das Ärgste ist vermieden. Mittlerweile ist ja der Krieg näher zu Wien gekom-

6 Blanka und Ilka Donner.

7 Zum Landungsgeld und zu den Einwanderungsbedingungen in Shanghai siehe Dok. 100 vom 21.8.1940.

8 Seit der japan. Okkupation der Mandschurei 1931 und dem Einmarsch in China 1937 hatte sich das Verhältnis zwischen den USA und Japan stetig verschlechtert. Der japan.-amerik. Krieg begann am 7.12.1941 mit dem Angriff japan. Luftstreitkräfte auf den Stützpunkt der US-Marine in Pearl Harbour auf Hawaii.

9 Vermutlich Sigmund (1855–1942) und Flora Billitzer (*1871); sie wurden im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo Sigmund Billitzer starb. Flora Billitzer wurde von dort im Mai 1944 nach Auschwitz deportiert.

10 Helenes Schwester Pauli war mit einem „Arier“ verheiratet.

men,¹¹ u. ich nehme mit Sicherheit an, daß Wien gebombt werden wird. Die Kinder, Albin u. ich sind gesund, erstere ganz brav, in der Schule sehr brav.¹² Eva hat bei einer Ausschreibung der Antituberkulosegesellschaft für Hoch- u. Mittelschüler mitkonkurriert u. für ihre Arbeit den zweiten Preis hier bekommen. Sie hat sich sehr gefreut, besonders, da sie in der Zeitung stand u. etwas Geld dafür bekommen wird. Das ist ja das Schwere hier, daß wir so viel Schulgeld bezahlen müssen, während das in Amerika umsonst ist. Hier gibt es keine Gratisschule, aber auch keinen Schulzwang. Wenn Du willst, kannst Du lustig als Analphabet aufwachsen. Ich arbeite wie gewöhnlich, leider kommt nichts Neues zu, u. ich brauchte es so. Albin, schrieb ich schon, hat eine böse Zeit, u. wenn er mit Kunden zu tun hat, sind es immer Emigranten, u. die sind so ordinär, daß er sich alle Sünden abkommt. Du schreibst, daß wir uns um die Landungsmöglichkeit der Eltern u. Ernsts Familie¹³ kümmern sollen. Das ist nun unmöglich. Um ein Permit einzureichen, gehören Formalitäten [dazu], das dauert Monate. Es ist nun a conto der besonderen Umstände eine Möglichkeit, einen gewissen Betrag bei der Wiener Kultusgemeinde einzuzahlen (5–10 000 Mark per Kopf), dafür verschaffen sie Reise, Landungsgeld etc. Natürlich kann das morgen von den Japanern umgestoßen werden, u. kein Mensch kann etwas machen. Du darfst nicht vergessen, daß wir bei jap. Behörden ebensoviel Möglichkeiten wie bei Nazibehörden haben, wir können nicht einmal hinein. Da aber die Reisenden durch Mandschukuo durchmüssen, ist es absolut in den Händen der Jap., ob sie kommen oder nicht, da hilft auch kein Settlementspermit, wenn die nicht wollen.¹⁴ Trotzdem wäre es gut, eines zu haben, aber die Vormerkungen gehen jetzt bis Sept., und ohne die Daten von Ernsts Familie u. Bescheid über ihre materiellen Verhältnisse hat es überhaupt keinen Sinn, bei der englischen Polizei anzufragen. Was Du von Viki¹⁵ schreibst, ist doch lächerlich, Mimi, glaubst Du wirklich, daß ein Mensch, der das über sich brachte, der uns alle, vor allem seine Eltern, ruhig verrecken ließe in Wien, plötzlich helfen wird? Was mich sehr freut, ist, daß Ditta doch die Möglichkeit hat, auch noch weiterzulernen. Ich laß sie u. Hansl herzlichst küssen,¹⁶ es tut mir sehr sehr leid, daß unsere Kinder so losgerissen von aller Verwandtschaft sind. Nun, leb wohl, Mimi, wir werden ja weiter voneinander hören. Bleibt gesund,
Alles Liebe von Eurer Helene

Meine liebste Mimi!¹⁷ Dir hätte ich ja schon früher die Wahrheit geschrieben. Ich habe voriges Jahr ganz gut zu tun gehabt, aber niemals so viel, um allein alles besorgen zu können. Heuer habe ich im Jänner die letzte Arbeit übernommen, war im Februar fertig, u. Ende März¹⁸ erst eine kleine übernommen, wo ein Verdienst von \$ 150 blieb. Zins

11 Möglicherweise ist der Einzug deutscher Einheiten in Bulgarien am 1.3.1941 zur Vorbereitung der Invasion Griechenlands gemeint. Am selben Tag trat Bulgarien dem Achsenbündnis bei, die entsprechende Unterschrift leistete König Boris von Bulgarien in Wien.

12 Eva und Miriam, die beiden Töchter der Fischers.

13 Gemeint ist die Familie von Ernst Weisz, dem Ehemann der Empfängerin.

14 Mandschukuo war 1932–1945 ein formell selbstständiges Kaiserreich im Nordosten Chinas, das jedoch faktisch von Japan kontrolliert wurde.

15 Viktor (Viki) Fischer (*1902), Bruder von Albin Fischer und Wilhelmine Weisz, emigrierte 1936 nach Brasilien.

16 Edith Weisz, verheiratete Kurzweil, und Hans Weisz.

17 Albin Fischer fügte handschriftl. einen Brief am Seitenende hinzu.

18 So im Original. Entweder handelt es sich um einen Fehler, oder der undat. handschriftl. Brief wurde erst später hinzugefügt.

(ohne Heizung) macht allein über \$ 180 aus. Der erneute Kriegsausbruch brachte wieder eine Verschlechterung.¹⁹ Ein Umsatteln ist nicht möglich, Hausierer gibt es schon mehr als genug, u. der Verdiensteinsatz kann nicht größer sein. Vater kann hier unmöglich mehr was anfangen, wie er glaubt, u. die Mutter kann mit Heimarbeit nicht einmal das Brot verdienen. Helene beschrieb alles richtig. Das gefährlichste ist halt, und das kann man den Eltern nicht schreiben, der Sommer. Ich war voriges Jahr ganz gebrochen. Die Sterbefälle sind auch danach. Kann man das aber so kraß herausagen! Selbstverständlich kommen alle möglichen Krankheiten, u. da ist der Arzt, wenn er es noch so billig macht, unerschwinglich, u. darum möchte ich die Eltern im Heim unterbringen. Nur habe ich wenig Hoffnung, daß es gelingen wird. Zubessern müßte man stark, denn das Essen ist schlecht u. wenig, Hauptsache ist aber das andere. Rätselhaft ist immer der weitere Verlauf Ilkas u. Blankas Zukunft. Viki – = 0,00, am kürzesten ausgedrückt. Worte erspare ich mir. Ich wäre der glücklichste Mensch, wenn ich helfen könnte. Deine Eltern müssen denselben Weg einschlagen wie unsere Leute.²⁰ Hier einreichen, dauert mehr als Monate, es ist unmöglich zum Auswarten, beschleunigt wäre es, wenn hier für jede Person \$ (gold) 400,00 [hint]gelegt werden würden. Das können wir doch alle nicht. Das größte Malheur, das wir hier haben, ist, daß der ganze Schmuck Helenes (also unsere Reserve) gestohlen wurde. Ich bitte dies *ja nicht* nach Hause zu schreiben, denn es wäre die größte Kränkung für die Schwiegermutter u. ändern kann man es nicht. Laß nur die Kinder recht, recht grüßen, Hansl möchte ich gerne mal verstohlen zuschauen. Wenn Du früher Nachricht hast wie wir (von den Eltern), schreib. Wenn Du kannst, schicke auch etwas Geld, daß die Eltern einen Stock haben, denn wer weiß, was die Verhältnisse noch bringen. Ich küsse Euch alle Euer Albin

DOK. 163

Martin Neugebauer wird am 12. März 1941 in Bielefeld verurteilt, da er antijüdischen Äußerungen widersprochen hatte¹

Urteil des Landgerichts Bielefeld (5 K. Ms. /9/40), gez. Meyer zu Schwabedissen,² Strümpler³ und Brandau,⁴ vom 12.3. 1941 (Abschrift)⁵

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen

den Hilfsarbeiter Martin Neugebauer in Gütersloh,⁶ geboren am 1. November 1891 in Gütersloh, wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz.

¹⁹ Möglicherweise spielt er hier auf den Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 an, durch den die Seeroute von Shanghai nach Italien abgeschnitten war.

²⁰ Gemeint sind vermutlich die Eltern seines Schwagers Ernst Weisz.

¹ BArch, R 300 1/144089, Bl. 10–12.

² Rudolf Meyer zu Schwabedissen (1889–1975), Jurist; Landgerichtsdirektor am Landgericht Bielefeld, von 1937 an wohnhaft in Bielefeld; 1957 pensioniert.

³ Paul Strümpler (*1901), Jurist; Landgerichtsrat am Landgericht Bielefeld, von 1934 an wohnhaft in Bielefeld; 1937 NSDAP-Eintritt; 1944 zur Kriegsmarine eingezogen; 1966 als Oberamtsrichter am Amtsgericht Bielefeld pensioniert.

⁴ Friedrich Brandau (*1901), Jurist; 1930 Gerichtsassessor; 1933 SA-Eintritt; von 1934 an Amts- und

Die II. Strafkammer des Landgerichts in Bielefeld hat in der Sitzung vom 12. März 1941, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Meyer zu Schwabedissen als Vorsitzender, Landgerichtsrat Strümpfer, Landgerichtsrat Brandau als beisitzende Richter, Staatsanwalt Dr. Göke als Beamter der Staatsanwaltschaft, Justizsekretär Köbbing als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes vom 20. Dezember 1934 zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt.⁷ Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt wird angeordnet. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Gründe:

Der Angeklagte besuchte nach der Schulentlassung vorübergehend die Präparandenanstalt in Schildesche, um sich auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Er kam dann in die kaufmännische Lehre, war in den Bethelanstalten zur Missionarsausbildung und als Pfleger tätig. Nach einem Aufenthalt in dem Pädagogium Beuggen zur Heranbildung von Lehrern war er eine Zeitlang Schüler des Musikkonservatoriums in Bielefeld und hatte dann bis zum Ausbruch des Weltkrieges verschiedene kaufmännische Stellungen. Den Weltkrieg machte er in verschiedenen Verwendungen mit und wurde als Vizefeldwebel entlassen. Der Revolution zeigte er sich zunächst geneigt und hatte Briefwechsel mit Rosa Luxemburg und Liebknecht. Dann beteiligte er sich an den Kämpfen im Baltikum. Nach seiner Rückkehr war er einige Zeit im Dienst der Polizei, den er angeblich aus Gewissensnöten aufgab. Er hatte unterdessen im Jahre 1921 geheiratet. Die Ehe wurde 1924 wegen Ehebruchs der Frau geschieden. Nach dem Abschied aus dem Polizeidienste betätigte er sich als Schriftsteller und als Agent für Blindenkonzerte und Zeitschriften. Er war im Jungdeutschen Orden⁸ und erstattete währenddessen Anzeige gegen sich selbst, um sich von dem Vorwurf zu reinigen, er sei an dem Verrat Schlageters beteiligt.⁹ Im Jahre 1926 wurde er wegen Betruges und einer sittlichen Verfehlung verurteilt. Nach Verbüßung der Strafen war er mehrere Jahre auf Wanderschaft in den Ländern des Südostens und des Balkans. Nach seiner Heimkehr nach Deutschland war er wiederum als Schriftsteller und Zeitungsagent tätig. Er wurde 1931 Mitglied der NSDAP, schied aber im Januar 1933 aus,

Landrichter, seit 1936 Landgerichtsrat in Bielefeld; 1937 NSDAP-Eintritt; 1943 zur Wehrmacht eingezogen; 1959 mit Datum vom 31.12.1945 für tot erklärt.

5 Im Original handschriftl. Unterstreichungen und Dienststempel. Abschrift am 23.4. 1941 vom Oberstaatsanwalt Bielefeld an den RJM und den Generalstaatsanwalt in Hamm weitergeleitet mit der Nachricht, dass die vom Angeklagten eingelegte Revision abgewiesen wurde; wie Anm. 1, Bl. 9.

6 Martin Neugebauer (1891–1975), Schriftsteller, Journalist; 1931 NSDAP-Eintritt, 1933 Parteiaustritt; 1936–1941 wegen Beleidigung, Sittlichkeitsverbrechen und Vergehen gegen das Heimtückegesetz mehrmals zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1941 in die Provinzialheilanstalt Eickelborn eingeliefert, 1945 entlassen; 1952–1956 freier Journalist bei der Gütersloher Zeitung.

7 Siehe Dok. 10 vom 13.9. 1939, Anm. 5.

8 Der Jungdeutsche Orden wurde 1920 als Verband mit nationalistischer, antibolschewistischer und antisemitischer Stoßrichtung gegründet. Sein politischer Arm, die Volksnationale Reichsvereinigung, schloss sich 1930 mit der DDP zur Deutschen Staatspartei zusammen. 1933 löste der Orden sich auf.

9 Hier wird vermutlich auf die Verhaftung des Freikorps-Kämpfers Albert Leo Schlageter am 7.4. 1923 in Essen angespielt. Schlageter wurde am 9.5. 1923 von einem franz. Militärgericht wegen Sabotageakten gegen die Besatzungstruppen im Ruhrgebiet zum Tode verurteilt und noch im selben Monat hingerichtet.

als er wegen seiner Ablehnung des Rassegedankens und anderer Unstimmigkeiten ausgeschlossen werden sollte. Anfang Januar 1933 schloß er eine neue Ehe. Die Ehe gestaltete sich unglücklich. Sie wurde im Jahre 1935 aus seinem Verschulden geschieden, da er dem Trunke ergeben sei und von dem Arbeitseinkommen seiner Frau leben wollen. Im Herbst 1934 war er wegen angeblicher Verfolgungsideen zur Beobachtung in der Provinzialheilanstalt in Gütersloh. Danach hatte er Arbeit in Fabriken und hielt sich länger im Ausland auf. Er wurde im Jahre 1936 wegen Zechprellerei und wegen Beleidigung, begangen durch eine Schamverletzung vor Frauen, bestraft. Dann hat er sich mit gelegentlichen schriftstellerischen Arbeiten beschäftigt und eine Arbeit in Wiedenbrück aufgenommen. Wegen eines im September 1937 begangenen versuchten Sittlichkeitsverbrechens (§ 176 Ziff. 3 StGB.) wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Im Frühjahr 1939 meldete er sich zu den Arbeiten am Westwall.¹⁰ Er wurde im Juni 1939 wegen staatsfeindlicher Äußerungen in Haft genommen und durch Urteil des Sondergerichts Köln vom 3. Mai 1940 unter Annahme verminderter Zurechnungsfähigkeit wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes vom 30. 12.1934 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten. Im April 1940 trat er als Holzarbeiter bei der Tischlerei Henke in Gütersloh ein.

Am Abend des 20. Mai 1940 war er in der Wirtschaft Stieler in Gütersloh. Verschiedene Gäste, unter ihnen die Zeugen Pieper, Schmidt, Hoffschild und Grüschow,¹¹ unterhielten sich über den gegenwärtigen Krieg und kamen auf die Kriegsschuld zu sprechen. Pieper meinte, die Juden seien schuld am Kriege. Der Angeklagte mischte sich darauf in die Unterhaltung ein und erklärte, die Juden hätten nicht die geringste Schuld, das würde den Leuten nur so vorgeredet. Pieper blieb bei seiner Auffassung, die Juden hätten an allen letzten Kriegen die alleinige Schuld, sie hätten es verdient, daß man sie totschißt. Der Angeklagte kam sogleich auf ihn zugesprungen und rief, er stelle sich vor jeden Juden, der angegriffen werde, und wenn er sich totschießen lassen müsse. Er nahm die Juden weiter in Schutz, mäßigte sich aber, als er den Widerspruch der Anwesenden merkte, und äußerte, er trete vor jeden, der ungerecht angegriffen würde.

Der Angeklagte gesteht ein, die vorerwähnten Äußerungen in der Wirtschaft Stieler getan zu haben. Er hat damit die Juden in Schutz genommen und in Schutz nehmen wollen. Seine Reden richten sich gegen die antisemitische Einstellung der NSDAP und auch gegen die auf dem Rassegedanken aufbauenden Gesetze und Anordnungen des Staates. Denn wenn er sich vor jeden Juden stellen will, der angegriffen wird, so bringt er damit zum Ausdruck, daß er die Ausmerzungen der Juden aus dem deutschen Volks- und Wirtschaftsleben und die dadurch möglichen Maßnahmen mißbilligt und sie zu verhindern suchen will. Darüber hinaus wendet er sich durch die Erklärung, die Juden hätten mit der Entstehung des jetzigen Krieges nichts zu tun, gegen die von allen Stellen des Staates und der Partei vertretene Auffassung, daß gerade das Judentum zum Kriege gehetzt und dadurch den Krieg heraufbeschworen habe. Wenn er das als falsch hinstellt, so bekämpft er die Anordnungen, die für die Kriegsführung getroffen sind. Seine Reden sind somit geeignet, nicht nur die zur Abwehr der Kriegsgefahr geschlossene Front und die Einheit-

10 1938 – 1940 wurde entlang der deutsch-franz. Grenze ein militärisches Verteidigungssystem errichtet.

11 Ewald Pieper, Ingenieur; Ernst Schmidt, Angestellter der NSV; Fritz Hoffschild, Kaufmann in Gütersloh; Hugo Grüschow (*1900), 1937 NSDAP-Eintritt, Kriminal-Oberassistent der Kriminalpolizeidienststelle Gütersloh.

lichkeit des Volkes zu zersetzen, sondern auch das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben. Der Angeklagte will zwar sein Verhalten aus einer Treue zum Staat verstanden wissen und gibt vor, er habe den Zeugen Pieper durch sein Eingreifen nur vor Schritten bewahren wollen, die für die Allgemeinheit schädliche Folgen hätten haben können. Seine Worte, den Leuten werde nur vorgeredet, die Juden seien schuld am Kriege, zeigen aber klar, daß es ihnen¹² nicht um derartige Absichten, sondern darum gewesen ist, gegen die Führung zu hetzen und sie böswillig herabzusetzen. Er hat im übrigen den Rassedanken seit langem abgelehnt. Das hat [er] bei seinen Reden in der Wirtschaft Stieler anderen gegenüber wieder einmal zum Ausdruck bringen wollen, wie er auch schon früher seine verneinende Einstellung zum Staat durch die vom Sondergericht in Köln geahndeten Äußerungen hat in Erscheinung treten lassen.

Die Äußerungen des Angeklagten sind in dem Wirtschaftsraum der Gastwirtschaft Stieler gefallen. Es mag dahingestellt bleiben, ob sie von einer unbestimmten Zahl von Personen haben wahrgenommen werden können und ob sie damit öffentlich gemacht sind. Nach Lage der Dinge haben sie zum mindesten weiter in die Öffentlichkeit dringen können. Damit hat der Angeklagte gerechnet und auch rechnen müssen.

Der Angeklagte ist hiernach des Vergehens gegen § 2 Abs. 2 des Heimtückegesetzes vom 20. 12. 1934 überführt. Der Reichsminister der Justiz hat durch Erlaß vom 28. August 1940 – III g – 424/40 – die Strafverfolgung angeordnet.¹³

Der Angeklagte ist bei Begehung der Tat nur vermindert fähig gewesen, das Unerlaubte der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln (§ 51 Abs. 2 StGB). Er ist nach den eingehenden und überzeugenden Gutachten der Sachverständigen Dr. Brunner¹⁴ und Dr. Hartwich¹⁵ ein haltloser, abwegiger und ethisch tiefstehender Psychopath.¹⁶ Beide Sachverständigen schließen das in Übereinstimmung mit dem vom Sondergericht Köln gehörten Reg. Med. Rat Dr. Kapp¹⁷ aus dem oben dargestellten unsteten und sprunghaften Ablauf seines Lebens, aus dem völligen Auseinanderfall zwischen seinem Wollen und seinen Anlagen und den tatsächlichen Leistungen und seinem sonstigen Verhalten und aus seinen Neigungen zu einem asozialen Leben. Nach Ansicht der Sachverständigen ist der Angeklagte weiter affekt-labil und nicht imstande, seinen Affekt zu steuern. Das ist nicht nur bei den Sittlichkeitsverfehlungen, sondern auch bei der jetzigen Tat hervorgetreten. Er hat bei dieser Tat unter Einfluß von Alkohol gestanden, ist auch durch die ihm unpassend erscheinenden Reden in starke Erregung geraten, hat sich aber nicht zurückhalten können und hat seinen Widerspruch in entgleisender Form zur Geltung bringen müssen. Seine Neigung, sich möglichst in Szene zu setzen, und seine psychopathische

¹² So im Original.

¹³ Taten im Sinne des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. 12. 1934 wurden nur auf Anordnung des RJM verfolgt; siehe Dok. 10 vom 13. 9. 1939, Anm. 5.

¹⁴ Vermutlich: Dr. Hans Joachim Brunner (*1900), Arzt; 1928 – 1938 in der Landesheilanstalt Merxhausen bei Kassel und in der Heilerziehungsanstalt Calmenhof/Idstein tätig; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1938 an Hilfsarzt am Gesundheitsamt Bielefeld, 1939 Facharzt für Psychiatrie.

¹⁵ Vermutlich: Dr. Werner Hartwich (*1877), Arzt; in der Provinzheilstation Gütersloh tätig, von 1911 an mit Beamtenstatus, später dort Chefarzt.

¹⁶ Gutachten liegen nicht in der Akte.

¹⁷ Vermutlich: Dr. Franz Kapp (*1898), Arzt; von 1931 an Strafanstaltsmedizinalrat im Gefängnis Köln-Klingelpütz; 1933 NSDAP-Eintritt; Regierungsmedizinalrat, 1939 Facharzt für Nervenheilkunde; 1944 an das Jugendgefängnis Naugard abberufen.

Reaktionsbereitschaft haben dabei mitgewirkt. Seine Einsichtsfähigkeit ist somit bei Begehung der Tat weitgehend beeinträchtigt und beschränkt gewesen.

Dieser verminderten Zurechnungsfähigkeit ist bei der Strafzumessung Rechnung zu tragen. Es ist indessen aber zu berücksichtigen, daß der Angeklagte sich schon mehrfach zu heimtückischen Äußerungen hat verleiten lassen und deswegen wiederholt Schwierigkeiten gehabt hat. Die jetzige Tat ist sogar kurze Zeit nach dem Urteil des Sondergerichts in Köln begangen. Die Bestrafung ist also bei ihm ohne nachhaltigen Einfluß geblieben. Der Angeklagte ist ferner in den letzten Jahren auch sonst in steigendem Maße straffällig geworden. Eine Gefängnisstrafe von einem Jahre erschien unter diesen Umständen als eine erforderliche, aber auch ausreichende Sühne für seine Tat. Die erlittene Untersuchungshaft ist hierauf mit Rücksicht auf seine Geständnisse in Anrechnung gebracht (§ 60 StGB.).

Der Angeklagte ist Psychopath und leidet an Affektstörungen. Die jetzige Straftat hat damit im unmittelbaren Zusammenhang gestanden. Wie der Sachverständige Hartwich zutreffend dargelegt hat und wie aus dem bisherigen Verlauf seines Lebens zu schließen ist, ist der Angeklagte weder durch Strafen noch durch ärztliche Behandlungen in seiner charakterlichen und geistigen Haltung zu bessern. Es wird daher aller Voraussicht nach auch in Zukunft wieder zu Störungen des Rechtsfriedens kommen. Nach seinen Verfehlungen auf sittlichem Gebiete ist er in moralischer Hinsicht wenig widerstandsfähig und daher insofern für die Öffentlichkeit sogar gefährlich. Ferner ist auch bei seinen staatsfeindlichen Neigungen mit der Wiederholung gleicher Vorgänge, wie sie jetzt in Frage stehen, zu rechnen. Die öffentliche Sicherheit erfordert es, diese Gefahren zu verhüten. Der Angeklagte hat daher gemäß § 42 StGB. in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht werden müssen.¹⁸

Die Kostenentscheidung folgt aus § 465 StPO.

DOK. 164

Die Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien weist am 17. März 1941 auf die enorme Bedeutung der Umschulungskurse hin¹

Schreiben der Auswanderungsabteilung der IKG Wien, Beratungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung, gez. Flesch,² Wien I., Seitenstettengasse 2/25, an die Amtsdirektion, z. Hd. Dr. Löwenherz, Wien I., vom 17. 3. 1941

Hochgeehrter Herr Amtsdirektor!

Sollten Sie, hochgeschätzter Herr Amtsdirektor den Zeitpunkt für gegeben erachten, dann wäre es gut, den Versuch zu unternehmen, die Umschulung in der von mir tieferstehend vorgezeichneten Form raschest wieder aufleben zu lassen.

¹⁸ In § 42 StGB. waren Maßnahmen zur Sicherung und „Besserung“ festgelegt.

¹ CAHJP, A/W 2509, Kopie: Archiv der IKG Wien, MF ZU 2, fr. 774 – 779.

² Hans Flesch (1895–1944?), Ingenieur; Leiter der Beratungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung der IKG Wien, wurde am 1.10.1942 nach Theresienstadt, am 16. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Die Umschulungskurse der IKG haben die jüdischen Menschen in schwersten Zeiten über die schwierigsten Situationen geführt und ihnen durch die vielstündige Arbeit in den Kursen und die Übungsarbeiten zu Hause wenig Gelegenheit zum Nachgrübeln gelassen. Speziell die jüdische Jugend (Mädchen und Knaben) müßte raschest wieder einer angespannten Tätigkeit zugeführt werden, um nicht untätig, sich selbst überlassen, auf der Straße herumzulaufen und so zu verwildern.

Beigeschlossen erlaube ich mir in Kürze [ein] Exposé zu übermitteln, aus welchem ersichtlich sein soll, wie in Zukunft die Umschulung gedacht wäre.

Hochachtungsvoll

Exposé

betreffend Aufrechterhaltung handwerklicher und gewerblicher *Arbeitskolonnen* durch die Umschulungsabteilung.

Die plötzliche Einstellung der Umschulungskurse bedeutete nicht nur für die Kursteilnehmer und Kursleiter einen sehr schweren Schlag, sondern sie wirkte sich für die gesamte Judenschaft von größtem Nachteil aus.³

Zur Zeit ihrer Gründung war der ausschließliche Zweck der Umschulung, den Auswanderungswilligen für ihr Leben im neuen Land durch Erlernung manueller Berufe eine Existenzgrundlage zu schaffen. Durch die Umschulung wurden viele Tausende, die unglücklich, aus dem Gleis geworfen, ihre ganze Kraft verloren hatten, wieder aufgerichtet und gestählt. Die große Masse von Umschichtungswilligen wußte, daß die manuelle Arbeit eine ganz bedeutende Stärkung ihrer geistigen Fähigkeiten bedeutete, daß durch die in den Kursen erworbenen handwerklichen und gewerblichen Kenntnisse ein Fortkommen im künftigen Ziellande sicherlich möglich und die große Gefahr der Erwerbs- und Brotlosigkeit gebannt sein werde. Tüchtige Hilfsarbeiter, oft sogar qualifizierte Arbeiter wurden durch die intensive Umschulung hervorgebracht; sie alle benützten gerne jede sich bietende Gelegenheit einer Ausreise, denn sie mußten um ihre Zukunft nicht bangen. Durch den in den Umschulungskursen erlernten Beruf haben viele Tausende für sich und ihre Familien Erwerb gefunden und wurden häufig rasch in die Lage versetzt, andere Familienangehörige, auf Grund ihres erreichten Einkommens, in die neue Wahlheimat nachkommen zu lassen. Dies alles beweist die ungeheuere Bedeutung der Umschulungsaktion für die Auswanderung in der ersten Epoche nach ihrer Gründung.

Als mit Kriegsbeginn im Jahre 1939 die bis dahin flüssige Auswanderung etwas ins Stocken geriet, war es wieder die Umschulung, welche der ostmärkischen Judenschaft über diese schwere Zeit hinweghalf. Die Umschichtungswilligen besuchten die Kurse in Massen und blieben so lange Kursteilnehmer, bis sie zur Ausreise gelangten, die Mehrzahl aber verblieb bis zur erfolgten behördlichen Sperre.⁴ Abgesehen davon, daß diese Teilnehmer in eineinhalbjähriger emsiger Arbeit das von ihnen gewählte Fach ganz ausgezeichnet erlernten, stellten sich die Kursleiter den Erfordernissen der Zeit entsprechend um und paßten über Weisung der Umschulungsleitung den Lehrstoff ihrer Kurse voll und ganz der Kriegswirtschaft an.

³ Im Zuge der Deportationen der Wiener Juden ins Generalgouvernement mussten die Umschulungskurse eingestellt werden; siehe Dok. 144 vom 2.2.1941 und Dok. 145 vom 3.2.1941.

⁴ Von Mai 1938 bis Febr. 1941 absolvierten etwa 22800 Frauen und 22500 Männer die Umschichtungskurse. Eine Übersicht nach Berufszweigen ist zu finden bei Rosenkranz, Verfolgung (wie Dok. 157, Anm. 1), S. 270.

Viele Materialien sind kriegsbewirtschaftet, daher schwer erhältlich, für die Juden wurden Ausnahmegesetze geschaffen, die sich katastrophal ausgewirkt hätten, wenn nicht die Umschulung gewesen wäre. Nach so langer Zeit der Verdienstlosigkeit konnte die große Masse der Juden keinerlei Kleideranschaffungen machen, es kam noch die Kleiderkarte und sonstige Bezugscheine, welche den Juden nicht gegeben werden durften.⁵ Auf diese Weise wurden die Umschulungskurse zu Lehrwerkstätten, in welchen alte Kleidungsstücke, die in früheren Jahren nicht mehr instand gesetzt worden wären, nahezu kunstvoll zusammengestellt und wieder zu tragbaren Kleidungsstücken verarbeitet wurden. Das gleiche gilt für Modisterei, Wäscheausbesserung, Fußbekleidung usw. usw.

In Zusammenarbeit mit dem technischen Amt haben unsere umgeschulten Schlosser, Mechaniker, Tischler, Elektrotechniker, Tapezierer, Installateure und verschiedene andere Handwerker auch die Anstalten und Gebäude der IKG instand gehalten und die notwendigen Reparaturen durchgeführt. Auch die Ärmsten konnten damit rechnen, daß ihnen in diesen Kurswerkstätten im Anschlusse an die Fürsorgetätigkeit der IKG notwendig gewordene Reparaturen im weitestgehenden Maße durchgeführt wurden.

In den Gartenbaukursen wurde auf drei Plätzen die Grabelandaktion der Umschulung der IKG geführt, wodurch die Fürsorgeanstalten zusätzlich mit frischem Gemüse beliefert werden konnten. Wenn sich die Quantitäten im Verhältnis zu dem Verbrauch der Wirtschaftsstelle auch nicht besonders auswirkten, so war es dennoch wichtig, daß laufend zirka 150 Erwachsene und 200 Jugendliche beschäftigt und dem Gärtnerberuf zugeführt wurden.

Als die Friseure eine bloß zweistündige Behandlungszeit für Juden einführen mußten und viele Geschäfte dieser Art die Bedienung der jüdischen Kundschaft sogar gänzlich einstellten,⁶ war es wieder der Kader der Umschulung, der hier helfend eingriff; es war vom sanitären Standpunkt eine unbedingte Notwendigkeit, den von der IKG befürsorgten Juden Gelegenheit zu geben, in den Werkstätten der Friseure, Pedikure, Masseure usw. ohne Entgelt Körper- und Gesundheitspflege angedeihen zu lassen.⁷

Im Zuge des Arbeitseinsatzes wurden dann die Umschulungskurse, diese Lehrwerkstätten der IKG, zu Arbeitskolonnen umgebildet, die den Kader für die in den Betrieben benötigten Kräfte bildeten. Das Arbeitsamt (Jüdische Stellenvermittlung) entnahm aus unseren Kursen Männer und Frauen für die verschiedensten arischen handwerklichen und gewerblichen Betriebe, und es stellte sich heraus, daß alle, ausnahmslos, die ihnen übertragenen Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit lösten und wegen ihrer bedeutenden Kenntnisse wiederholt lobende Anerkennung fanden. Zahlreiche Betriebsführer verlangten direkt von der Umschulungsleitung Arbeitskräfte, und jedem Wunsche konnte raschest Rechnung getragen werden. Viele unserer Umschulungskurse wurden zu Heimwerkstätten für Exportfirmen, Schuhfabriken, Schneidereien, Modistereien, Kürschnereien, Damenwäusche, Webereien, Schlosser, Mechaniker, Automechaniker, Tapezierer usw. usw.

Die Leitung der Umschulung stellte das Büro darauf um und war stets bedacht, diese Arbeitskolonnen immer aufzufüllen, für jeden Abgang guten Ersatz zu schaffen und so

⁵ Zu den Kleiderkarten siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4.

⁶ Nicht ermittelt. Offenbar wurden diese Regelungen lokal unterschiedlich gehandhabt. In Breslau etwa war der Friseurbesuch für Juden vom März 1940 an nur zu bestimmten Zeiten erlaubt; Moshe Ayalon, *Jewish Life in Breslau, 1938 – 1941*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, 41 (1996), S. 323–345, hier S. 327f.

⁷ So im Original.

fortwährend einen Kader tüchtiger Arbeitskräfte zu erhalten. Von einzelnen Betrieben, auch von der Hochschule für Bodenkultur, langten bei der Leitung Anerkennungsschreiben ein, welche bewiesen, daß der eingeschlagene Weg richtig und die Umstellung der Umschulung für die allgemeine Wirtschaft wichtig war.

Die weitere Sperre der Umschulung würde sich für die gesamte Judenschaft, insbesondere aber für die schulentlassene Jugend, die ohne Beschäftigung und Leitung dem Müßiggang und damit auch der Verwahrlosung verfallen würde, katastrophal auswirken. Hunderte Jugendliche und auch Tausende ältere Menschen wären zur Untätigkeit verurteilt. Überdies ginge, was in diesen Zeiten von ganz besonderer Wichtigkeit ist, ein Organisationskörper verloren, der bestrebt ist, nicht nur den einzelnen Juden zu helfen, sondern mitzuwirken, die Einschaltung der Juden in den Arbeits- und Produktionsprozeß zur rechten Zeit, am richtigen Ort durchzuführen und auf diese Weise den damit betrauten Stellen im Bedarfsfalle geeignete Arbeitskolonnen zur Verfügung zu halten.

Die Kosten der Aufrechterhaltung dieser Umschulungsabteilung würden selbstverständlich auf ein Minimum gehalten werden. Es gibt nur mehr wenige Juden, die noch nicht umgeschult haben. Diesen müßten bei Bezahlung des Kurshonorars Ermäßigungen gewährt werden, falls sie solche beanspruchen. Alle anderen für die Arbeitskolonnen bestimmten Kursteilnehmer würden, solange sie in den Kursen verbleiben, das volle Kurshonorar bezahlen müssen. Es würde auch nicht mehr die frühere große Zahl von Kursen geführt werden, sondern die Leitung der Umschulung wäre bestrebt, für jede Branche nur die besten Kursleiter mit stark besuchten Kursen zu erhalten.

Die Bildung von Arbeitskolonnen ist aber auch im Interesse der IKG gelegen, weil sie unerläßlich ist, denn sie würde ein weiteres Herabsinken und eine weitere Verelendung unserer Glaubensbrüder unbedingt verhüten.⁸

DOK. 165

Luise Solmitz schreibt am 18. März 1941 in ihrem Tagebuch über eine Anzeige gegen ihren Mann, der seine Kennkarte nicht unaufgefordert vorgezeigt hatte¹

Tagebuch von Luise Solmitz,² Hamburg, Eintrag vom 18.3.1941

18.3.41

Neues Verhängnis? – Fr.³ meldete beim Polizeimeister Plischewski auf Wache 25 Aban {unsern Hund}⁴ zur Stammrolle der Hunde an. Ich hatte mit sollen, hatte {aber} zu tun;

⁸ Die Umschichtungskurse wurden nicht wieder aufgenommen; die Sprachkurse zur Vorbereitung der Auswanderung erhielt die IKG bis zum Juli 1941 aufrecht.

¹ StAHH, 622-1/40, 1, Bd. 32.

² Luise Solmitz, geb. Stephan (1889 – 1974), Lehrerin in Hamburg, verheiratet mit Friedrich Wilhelm Solmitz, der trotz seiner Konversion zum Christentum nach den Nürnberger Rassegesetzen als Jude galt.

³ Friedrich Wilhelm Solmitz (1877 – 1961), Maschinenbauingenieur, Offizier; Ehemann von Luise Solmitz, bis 1920 bei der Armee, anschließend Oberingenieur einer Automobilfabrik in Berlin, dann bei der Deutschen Luftfreederei, von 1924 an leitete er verschiedene Metallbetriebe in Berlin und Breslau.

⁴ Den Inhalt der geschweiften Klammern fügte Luise Solmitz ein, als sie nach 1945 eine maschinenschriftl. Version ihres ursprünglich handschriftl. Tagebuchs anfertigte; siehe auch VEJ 2/5.

hätte ich gewußt, was kam, wäre ich sicher mitgegangen. Schließlich hätte man die Meldung auch mit der Post schicken können. – Fr. war noch nicht zurück, da ruft die Wache 25 an. – Als ich's später Fr. sagte, rief er von sich aus an, ich hörte mit. Und was ich hörte, war nicht erfreulich. Ob Fr. Nichtarier sei? So, dann habe er seine Kennkarte nicht pflichtmäßig, auch wenn er der betreffenden Behörde bekannt sei, vorgelegt.⁵ – Er habe es vergessen. „Gesetz ist Gesetz, es wird Anzeige gegen Sie erstattet.“ – Schweigen beiderseits. Aus der einen Schwierigkeit sind wir glücklich heraus, nun brockt uns Fr. so ganz unnötig eine neue, böse ein ... Dreimal versuchte ich Herrn {Polizeikommissar} Zille⁶ zu sprechen. Endlich gelang es auf Wache 25. „Ich komme in einer sehr unangenehmen Sache ...“ Er war schon aufgesprungen, ganz blaß und erregt: „In diesem Augenblick lese ich die Meldung, daß gegen Ihren Mann Anzeige erstattet worden ist – die Anzeige läuft.“

Ich wußte es wohl, nichts konnte sie zurückholen. Das wars auch nicht, was ich wollte. Nur Herrn Zille, der sich immer gut und freundlich gegen uns gezeigt hatte, sagen, daß es nicht böser Wille von Fr. gewesen war, der ja nur etwas hatte abgeben wollen, wie man etwas in den Briefkasten wirft, nichts erreichen oder erschleichen. Daß Gesetz zwar Gesetz ist. Daß es aber auch ein ungeschriebenes Gesetz gibt, dem wir alle schon mal zu Dank verpflichtet gewesen sind, das uns treibt, unseren Mitmenschen durch einen kleinen Wink Unannehmlichkeiten, Scherereien, Schweres zu ersparen. Hier die Frage nach der Karte und meinetwegen ein Verweis, eine Verwarnung. Ich sagte, es gäbe Versehen, die seien nicht gut zu machen: ein Lokomotivführer, der rot für grün nimmt und viele Menschen tötet. Ich sagte, daß Fr. fast 6 Jahrzehnte ohne Karte zu gehen gewohnt gewesen sei ... Fragte: „Mußte es denn gleich eine Anzeige sein?“ – Herr Zille war so rührend gut und teilnahmsvoll ... Es geht doch nichts über einen anständigen Menschen, auch wenn er einem nicht helfen kann. Schon die gute Gesinnung, die einem entgegengebracht wird, richtet das Gemüt auf.

{Was ich nicht schreiben durfte: Herr Zille – Vorgesetzter der Wache 25 – schlich auf Zehenspitzen zur Tür, spähte auf den Gang hinaus und brach los, wenn auch gedämpften Tones, wohlweislich: „Sie ahnen ja gar nicht, wie fürchterlich es ist, bespitzelt auf Schritt und Tritt von Untergebenen“; er war ihr Gefangener in seiner eigenen Wache. Nie habe ich das vergessen, wie er mir sein Herz ausschüttete in vollem Vertrauen, in jener entsetzlich gefährlichen Zeit.}

Wir sagen Gisela⁷ nichts von der {unseligen} Kenn- noch von der günstigen Stammkartensache.

Gisela ... in Blankenese, wollte es recht gut machen, brach früh auf und saß 3 ½ Stunden in einem eisigen Bunker, ... als um 22.10 Uhr Alarm kam. Sie rief hier schnell noch an, ehe sie in der Unterwelt verschwand. Für mich ein schreckliches Gefühl, sie ausgerechnet in der Nähe eines Bahnhofs zu wissen. Alles ruhig bis 24 ¼, dann schwere Flak. Wieder Stille, Entwarnung 10 Minuten vor ½2. Bängliches Warten mit heißem Tee auf Gisela, die um 2 Uhr glücklich heimkam.

⁵ Siehe Dok. 122 vom 2. 12. 1940, Anm. 10.

⁶ Karl Zille (1884 – 1966), Polizeiobermeister in Hamburg; 1937 NSDAP-Eintritt.

⁷ Gisela Solmitz (*1920), Tochter von Luise und Friedrich Wilhelm Solmitz. Gisela Solmitz heiratete später einen Belgier und ließ sich in Brüssel nieder.

DOK. 166

**Staatssekretär Stuckart protokolliert am 19. März 1941 eine Besprechung
über den Entwurf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz¹**

Bericht (I c 5637 VII/40) des RMdI, i.V. gez. Dr. Stuckart,² vom 19. 3. 1941 (Abschrift)

Betrifft: Entwurf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz nebst Durchführungsverordnung

In der Besprechung am 15. März 1941 hat sich die Notwendigkeit ergeben, über die in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen die Juden vorerst eine Entscheidung des Führers einzuholen.³ Zur Vorbereitung hierfür werden der anliegende Entwurf einer 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz sowie der Entwurf einer Durchführungsverordnung mit der Bitte um umgehende Stellungnahme übersandt.

In dem Entwurf der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz sind die Bestimmungen über die Staatenlosigkeit der Juden und über den Vermögensverfall zusammengefaßt. Da der Vermögensverfall als unmittelbare Folge des Verlustes der Staatsangehörigkeit eintritt, scheint es mir vertretbar, auch ihn auf das Reichsbürgergesetz zu stützen.

In den Entwurf sind nur die grundlegenden Bestimmungen aufgenommen, während die technischen Einzelheiten, insbesondere die Bestimmungen über den Eintritt und die Durchführung des Vermögensverfalls, in die Durchführungsverordnung übernommen sind.

In der Besprechung wurde vorbehaltlich der endgültigen Stellungnahme des Vertreters des Reichsmarschalls⁴ Einverständnis darüber erzielt, daß die in privilegierter Mischehe lebenden Juden ebenfalls zwar die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren sollen, daß aber bei ihnen die Folgen, die mit der Staatenlosigkeit verbunden sind, nur eintreten sollen, soweit es ausdrücklich angeordnet wird. Die Frage, ob noch weitere Personengruppen generell von den Folgen der Staatenlosigkeit auszunehmen seien, konnte in der Besprechung nicht abschließend behandelt werden. Es wird daher um baldmöglichste Stellungnahme hierzu gebeten.⁵ Der Herr Reichsarbeitsminister⁶ wird hierbei gebeten, besonders die Frage zu berücksichtigen, ob generelle Ausnahmen für den Bereich des Schwerbeschädigtengesetzes und des Reichsversorgungsgesetzes für notwendig gehalten werden.⁷

Bei Frontkämpfern aus dem Weltkrieg, die für eine Ausnahmebehandlung in Betracht kommen könnten, wurde in der Besprechung darauf hingewiesen, daß für sie in den

¹ BAarch R 2/5980, Bl. 53–58.

² Dr. Wilhelm Stuckart (1902–1953), Jurist; 1922 NSDAP-Eintritt; von Juni 1933 an StS im Preuß. Unterrichtsministerium, seit 1935 StS im RMdI (zuständig für Abt. I, Verfassung und Gesetzgebung); 1936 SS-Eintritt; 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz; 1945–1949 in US-Internierung, 1949 in Nürnberg zu vier Jahren Haft verurteilt (galt mit der Untersuchungshaft als verbüßt).

³ Siehe Dok. 184 vom 7. 6. 1941, Anm. 7.

⁴ Reichsmarschall war Hermann Göring.

⁵ Die Stellungnahme von MinDir. Hering aus dem RMdI mit einem Entwurf der 11. VO zum Reichsbürgergesetz erfolgte am 7. 7. 1941; wie Anm. 1, Bl. 62–66.

⁶ Franz Seldte (1882–1947).

⁷ Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 regelte verschiedene Rechte der Schwerbeschädigten, das Reichsversorgungsgesetz vom 12. 5. 1920 die finanzielle Absicherung der Schwerbeschädigten; RGBl., 1920, S. 458–464 und S. 989–1019.

gesetzlichen Regelungen der letzten Jahre keine Ausnahmen mehr vorgesehen worden sind. In dem anliegenden Entwurf sind außer den privilegierten Mischehen (§ 1 der Durchführungsverordnung) keine generellen Ausnahmen vorgesehen.⁸

Die Entziehung der Staatsangehörigkeit der Juden verfolgt das Ziel, sie in einen niedrigeren Status einzustufen. Soweit sie auf einzelnen Rechtsgebieten durch die Staatenlosigkeit besser gestellt werden sollten, herrschte Einigkeit darüber, daß diese Rechtsfolgen auszu-schließen seien. Der Herr Reichsjustizminister prüft bereits, ob dieser Gesichtspunkt z. B. bei den Strafbestimmungen des Hoch- und Landesverrats, die für die Staatsangehörigen strenger als für Staatenlose sind, eine Sonderregelung für die staatenlos werdenden Juden erfordert.

Bei den im Inland lebenden Juden tritt durch den Verlust der Staatsangehörigkeit ein Ruhen der Pensionsbezüge gemäß § 120 des DBG ein. Inwieweit von der im § 128 vorgesehenen Ausnahmebestimmung Gebrauch zu machen ist, bedarf noch der Klärung.⁹ Ich bitte um Stellungnahme hierzu. Die Regelung wird im Verwaltungswege getroffen werden können.

Der Vermögensverfall trifft die Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie keinen gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des Reichsgebietes haben oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet später aufgeben. Da das Generalgouvernement nicht Reichsgebiet ist, fallen die dort lebenden staatsangehörigen Juden unter die Bestimmungen des Vermögensverfalls.¹⁰

Der Vermögensverfall trifft nicht die in privilegierter Mischehe lebenden Juden infolge ihrer generellen Befreiung von den Folgen der Staatenlosigkeit. Weitere Ausnahmen sind nicht vorgesehen. Auf Wunsch des Vertreters des Reichsfinanzministers¹¹ ist bei der Bestimmung über die Schuldenhaftung des Reichs in § 3 der Durchführungsverordnung ausdrücklich die Haftung für familienrechtliche Unterhaltungsansprüche ausgeschlossen. § 7 der Durchführungsverordnung bietet die Möglichkeit, Härtefälle zu beseitigen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß für den Erlaß der Verordnung außer den allgemeinen Gründen, die in der Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung des Großdeutschen Reichs liegen und in meinem Einladungsschreiben vom 13. März 1941 – I c 5637 VII/40 – 5016¹² – eingehend dargelegt sind, auch praktische Erwägungen maßgebend sind. Das Ausscheiden der im Auslande lebenden Juden aus der Staatsangehörigkeit bedeutet eine erhebliche Entlastung der Auslandsvertretungen, die von der Betreuung dieses Personenkreises, von Anträgen auf Paßausstellungen bzw. -verlängerungen, von Rückübernahme-Anträgen im Falle der Bedürftigkeit befreit werden. Auch für die im Inland lebenden Juden tritt eine dringend notwendige Klärung der Verhältnisse dadurch ein, daß sie nunmehr endgültig aus dem Staatsvolke ausscheiden. Es wird dadurch der

⁸ Am 30. 4. 1941 erbat Göring in seiner Stellungnahme eine Regelung für jüdische Frontkämpfer, „die in Ausnahmefällen und auf Antrag die Ansprüche aus der Schwerbeschädigten-Gesetzgebung und dem Reichsversorgungsgesetz usw. sicherstellt“; wie Anm. 1, Bl. 126.

⁹ Deutsches Beamten-gesetz (DBG) vom 26. 1.1937; RGBl., 1937 I, S. 39–70. Laut § 128 ruhten die Bezüge bei Versorgungsberechtigten nicht-deutscher Staatsangehörigkeit bzw. dann, wenn die Versorgungsberechtigten ohne Zustimmung der obersten Dienstbehörde ihren Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reichs hatten.

¹⁰ Hiermit sind die ins Generalgouvernement deportierten Juden aus dem Reich gemeint. Diese Regelung galt auch für die eingegliederten Gebiete.

¹¹ RFM war Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk.

¹² Wie Anm. 1, Bl. 46–48.

vom innerpolitischen Standpunkt mißliche Umstand vermieden, daß die gegen die Juden zu ergreifenden Maßnahmen wie Abschiebungen usw. gegen Staatsangehörige durchzuführen sind. Auch die Bestimmungen über den Verfall des Vermögens der im Ausland lebenden Juden bedeuten eine wesentliche Vereinfachung der Liquidation dieses Teils des Judenvermögens. Bisher konnte hier nur im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 (RGBl I S. 480) vorgegangen werden, wobei nach dem Wortlaut des Gesetzes im Einzelfall ein staatsfeindliches, die Belange des Reichs schädigendes Verhalten des Juden festgestellt werden mußte.¹³ Dieses zeitraubende, die beteiligten Reichsressorts (Auswärtiges Amt, Reichsfinanzministerium, Reichsminister des Innern, Geheimes Staatspolizeiamt) über Gebühr belastende Verfahren würde durch die Verordnung hinfällig und wesentlich vereinfacht werden.

Da das Auswärtige Amt Wert darauf legt, daß die Verordnung im zeitlichen Zusammenhang mit dem Inkraftsetzen des Englandhilfsgesetzes durch [die] USA erlassen wird, ist größte Beschleunigung erforderlich.¹⁴ Ich bitte daher, mir Ihre Äußerung bis zum 26. März 1941 zugehen zu lassen.¹⁵

Abschrift

Verordnung zur Durchführung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom ...

Auf Grund des § 3 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom ... wird hiermit verordnet:

§ 1

(1) Im Falle einer Mischehe treten die Folgen, die sich aus dem Verlust der Staatsangehörigkeit gemäß § 1 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz ergeben, nicht ein

a) für den jüdischen Ehepartner, wenn Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht;

b) für die jüdische Ehefrau auch dann, wenn keine Abkömmlinge vorhanden sind, für die Dauer der Ehe.

Dies gilt nicht, wenn sowohl die Ehegatten wie die aus der Mischehe etwa hervorgegangenen Kinder den gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Reichsgebietes haben.

(2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers anordnen, daß die Folgen, die sich aus dem Verlust der Staatsangehörigkeit ergeben, für die in Absatz 1 genannten Personen gleichwohl eintreten.

¹³ Nach § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933 konnte deutschen Reichsangehörigen, die sich im Ausland aufhielten, die Staatsangehörigkeit aberkannt werden, wenn sie sich politisch gegen das Reich betätigten.

¹⁴ Das in der zeitgenössischen Presse sog. Englandhilfsgesetz (An Act to Promote the Defense of the United States) wurde am 11. 3. 1941 vom US-Repräsentantenhaus verabschiedet. Für Hilfsleistungen für verbündete Staaten wurden noch im März 1941 sieben Milliarden Dollar bewilligt; Abdruck in: Monatshefte für Auswärtige Politik, 8 (1941), S. 237–242.

¹⁵ Der Bericht mitsamt Entwurf ging an den Stellvertreter des Führers der NSDAP, z.Hd. ORR Herbert Reischauer, den Reichsmarschall des Großdeutschen Reichs – Beauftragten für den Vierjahresplan – z. Hd. MinR. Dr. Hans-Henning von Normann (*1903), das AA, z. Hd. Legationsrat Franz Rademacher, den Reichsminister der Justiz, z.Hd. MinR. Dr. Ruppert (vermutlich Dr. Fritz Ruppert, [*1887]), den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI, das RSHA z. Hd. ORR Rudolf Bilfinger, das Reichsfinanzministerium z. Hd. Ministerialdirigent Trapp, das RAM, z. Hd. ORR Hans Küppers (1907–1972). Die 11.VO zum Reichsbürgergesetz trat erst am 25.11.1941 in Kraft; RGBl., 1941 I, S. 722–724.

§ 2

(1) Der Vermögensverfall nach § 2 der Verordnung tritt bei den Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt bei Inkrafttreten der Verordnung nicht im Reichsgebiet haben, mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung ein, bei Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet später aufgeben, mit dem Zeitpunkt des Aufgebens des gewöhnlichen Aufenthalts.

(2) Das Vermögen der Juden, die auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 – RGBl I S. 480 – die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, verfällt dem Reich, sofern es nicht vorher für verfallen erklärt worden ist.

§ 3

(1) Das Reich haftet für Schulden, die zu dem verfallenen Vermögen gehören, nur bis zur Höhe des Verkaufswerts der in der Verfügungsgewalt des Reichs befindlichen verfallenen Gegenstände. Die Haftung für familienrechtliche Unterhaltungsansprüche wird ausgeschlossen.

(2) Rechte an Gegenständen des verfallenen Vermögens bleiben bestehen.

(3) Im Fall der Überschuldung findet auf Antrag des Oberfinanzpräsidenten in Berlin oder eines Gläubigers über das Vermögen ein Konkursverfahren nach Maßgabe der Vorschriften der Konkursordnung statt. Der Konkursverwalter ist im Einvernehmen mit der für den Besitz des Konkursgerichts zuständigen unteren Verwaltungsbehörde zu bestellen und auf deren Verlangen abzuverufen.

§ 4

(1) Alle Personen, die eine zu den verfallenen Vermögen gehörige Sache im Besitz haben oder zu der Vermögensmasse etwas schuldig sind, haben den Besitz der Sache oder das Bestehen der Schuld dem Oberfinanzpräsidenten in Berlin innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Vermögensverfalls (§ 2 Abs. 1) anzuzeigen.

(2) Forderungen gegen das verfallene Vermögen sind innerhalb von einem Jahr nach Eintritt des Vermögensverfalls (§ 2 Abs. 1) bei dem Oberfinanzpräsidenten in Berlin anzumelden. Die Befriedigung von Forderungen, die nach Ablauf der Frist geltend gemacht werden, kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden.

§ 5

(1) Die Feststellung, ob die Voraussetzungen für den Vermögensverfall vorliegen, trifft der Chef der Sicherheitspolizei und des SD.

(2) Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens liegt dem Oberfinanzpräsidenten in Berlin ob.

§ 6

(1) Soweit die Grundbücher durch den Vermögensverfall unrichtig sind, sind sie auf Ersuchen des Oberfinanzpräsidenten in Berlin gebührenfrei zu berichtigen.

(2) Die Vorschriften des § 1 Abs. 4, 5 der zweiten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Übergang von Vermögen vom 18.3.1938 – RGBl I S. 317 – sind entsprechend anzuwenden.

(3) Gehört ein durch eine Berichtigung gemäß den vorstehenden Bestimmungen betroffenes Recht nicht zu einem verfallenen Vermögen, so hat das Reich dem Berechtigten den ihm hierdurch entstehenden Schaden zu ersetzen; inwieweit entgangener Gewinn zu ersetzen ist, bestimmt der Richter nach billigem Ermessen.

§ 7

Zur Vermeidung von Härten kann der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern eine abweichende Regelung treffen.

Berlin, den ...

Der Reichsminister des Innern¹⁶

Der Stellvertreter des Führers¹⁷

Der Reichsminister der Finanzen

DOK. 167

**Eichmann erwähnt am 20. März 1941
im Propagandaministerium Hitlers Auftrag an Heydrich,
die „endgültige Judenevakuierung“ zu planen¹**

Notiz, Reichspropagandaministerium (II G Bü/ Hu), Paraphe Bü,² Berlin, vom 21.3. 1941

Betrifft: Evakuierung der Juden aus Berlin.

Am 20. 3. [1941] fand im Propagandaministerium eine Besprechung bei Pg. Gutterer³ statt, an der Vertreter des Sicherheitshauptamtes und des Generalbaurats *Speer* teilnahmen. Pg. Gutterer teilte mit, daß Dr. Goebbels bei einer Unterhaltung an der Mittagstafel des Führers auf die in Berlin noch ansässigen 60 – 70 000 Juden aufmerksam gemacht wurde. Man habe bei diesem Gespräch festgestellt, daß es nicht weiterginge, daß die Hauptstadt des nat.-soz. Reiches auch heute noch eine derartige hohe Zahl Juden beherberge. Ein gewisser Teil der Juden pflege regen Verkehr und vermiete Zimmer an ausländische Studenten, Journalisten, Diplomaten und hätte so Gelegenheit, staatsabträgliche Gerüchte zu verbreiten und stimmungsmäßig Schaden anzurichten.⁴

Der Führer habe bei diesem Gespräch zwar nicht selbst entschieden, daß Berlin sofort judenfrei gemacht werden müsse, aber Dr. Goebbels sei der Überzeugung, daß ein geeigneter Evakuierungsvorschlag sicher die Zustimmung des Führers finden werde.

Pg. *Eichmann* vom Sicherheitshauptamt sagte, daß Pg. *Heydrich* – der vom Führer mit der endgültigen Judenevakuierung beauftragt sei – dem Führer vor 8 – 10 Wochen einen Vorschlag vorgelegt habe, der nur deshalb noch nicht zur Ausführung gelangt sei, weil das Generalgouvernement z. Zt. nicht in der Lage sei, einen Juden oder einen Polen aus dem

¹⁶ Dr. Wilhelm Frick.

¹⁷ Rudolf Heß.

¹ BArch, NS 18/114, Bl. 77f. Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 152f.

² Kurt Bühler (1910– 1958), Handlungsgehilfe; 1930 NSDAP-Eintritt, von 1938 an im Stab des StfD (von Mai 1941 an Partei-Kanzlei), Reichshauptstellenleiter, zuständig für Propaganda, Presse, Vortragswesen, im Juli 1943 zum Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP nach Krakau abkommandiert.

³ Leopold Gutterer (1902– 1996), Germanist, Theaterwissenschaftler; 1925 NSDAP-, 1927 SS-Eintritt, 1929– 1933 SA-Mitglied; 1933 Reg.Rat, 1938 Min.Dir. und Leiter der Abt. II (Propaganda) im RMfVuP; 1940 SS-Brigadeführer; 1941– 1944 StS im RMfVuP, 1944 Generaldirektor der Ufa; 1948 in einem Spruchkammerverfahren zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, vorzeitig entlassen, 1966 Theaterdirektor in Aachen.

⁴ Goebbels hielt dieses Treffen in seinem Tagebuch fest; siehe Einleitung, S. 53.

Altreich aufzunehmen. Es liege allerdings ein schriftlicher Befehl des Führers über die Evakuierung von 60 000 Juden aus *Wien* vor, die also das Generalgouvernement noch aufnehmen müsse.⁵ In *Wien* seien jedoch vorerst nur 45 000 Juden greifbar, so daß man die restlichen 15 000 Juden möglicherweise aus *Berlin* entfernen könne.

Man müsse ferner berücksichtigen, daß die Produktion heute jeden arbeitsfähigen Juden brauche, daß arbeitseinsatzfähige Juden, deren Zahl infolge Vergreisung des Judentums auch schon nicht groß sei, zurzeit kaum noch aufzutreiben wären. Man beabsichtige sogar, aus dem Warthegau zeitweilig 42 000 männliche und 30 000 weibliche jüdische Arbeitskräfte ins Reich zu überführen.⁶

In *Berlin* hätten die Juden bei ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung einen Riesenapparat aufgezogen, der allein 2700 jüdische Beamte und Angestellte beschäftigte. Der jüdischen Reichsvereinigung sei daher die Auflage gemacht worden, von ihren 1000 Arbeitnehmern 250 zu entlassen, und die jüdische Gemeinde *Berlin* müsse 700 entlassen.

Von 22 jüdischen Altersheimen sind die größten und modernsten geräumt worden, so daß augenblicklich noch 15 jüdische Altersheime existieren.

Der Vertreter des Generalbaurats Speer gab bekannt, daß zurzeit in *Berlin* 20 000 Wohnungen von Juden benützt werden. Diese Wohnungen benötige Speer als Reserve für Freimachungen bei evtl. größeren Fliegerschäden und später für Freimachungen von Wohnungen, die bei der Neugestaltung *Berlins* abgerissen werden müssen. In *Berlin* bestehe zurzeit ein Mangel von 160 – 180 000 Wohnungen. Das Ergebnis der Aussprache war, daß Pg. Eichmann gebeten wurde, für Gauleiter Dr. Goebbels einen Vorschlag zur Evakuierung der Juden aus *Berlin* auszuarbeiten.⁷

Bei der Aussprache wurde ferner angeregt, eine polizeiliche Verordnung zu erlassen, wonach es Juden in *Berlin* verboten ist, Wohnungen an nichtjüdische Ausländer zu vermieten.⁸

Da die Juden sich offensichtlich nicht an die vorgeschriebenen Einkaufszeiten in den Einzelhandelsgeschäften halten und auch wieder Straßen und Lokale besuchen, deren Zutritt ihnen verboten ist, soll eine Razzia im Rahmen der verfügbaren Polizeikräfte vorgeschlagen werden.⁹

⁵ Siehe Dok. 123 vom 3.12.1940.

⁶ Am 4. 2. 1941 hatte der Reichsstatthalter in Posen, Arthur Greiser, dem RAM 42 187 männliche und 30 936 weibliche jüdische Arbeitskräfte für das Reich angeboten. Das RAM teilte am 7. 4. 1941 mit, dass Hitler persönlich verboten habe, Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau im Altreich einzusetzen; BArch, R3901/Ø3, Bl. 97f.

⁷ Siehe Dok. 203 vom 15. 8. 1941, Anm. 3.

⁸ Nicht ermittelt.

⁹ Laut Anordnung des Polizeipräsidenten *Berlin* über Einkaufszeiten für Juden vom 4. 7. 1940 waren die Einkaufszeiten für Juden auf 16 – 17 Uhr festgesetzt; siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

DOK. 168

**Der stellvertretende Gauleiter von Wien informiert
Polizeipräsident Kaltenbrunner am 20. März 1941, jeder Zug in das
Generalgouvernement solle zur Deportation genutzt werden¹**

Schreiben des stellv. Gauleiters von Wien (Sch/G.), gez. Scharizer,² an SS-Gruppenführer, Pg. Kaltenbrunner,³ Wien I., Parkring 8, vom 20. 3. 1941⁴

Gruppenführer!

Der Reichsleiter⁵ hat mich gestern angerufen und mir mitgeteilt, daß er mit dem Reichsführer-SS⁶ gesprochen hat. Der Reichsführer hat folgende Entscheidungen getroffen:

- 1.) Die Aussiedlung der Juden aus Wien soll in der Form fortgeführt werden, daß möglichst an jeden ins Generalgouvernement gehenden Zug ein Waggon mit Juden angehängt wird. Ich habe durch Pg. Laube diesbezüglich bereits Verbindung mit Präsidenten Töpfer⁷ und der Auswanderungsstelle, Pg. Brunner, aufgenommen.
- 2.) Diejenigen Juden, die sich geweigert haben, den aus dem Gouvernement kommenden Zug zu reinigen, sind sofort nach Mauthausen abzugeben.⁸
- 3.) Der Reichsführer hat dem Reichsleiter zugesagt, daß in Hinkunft von Wien keine Polizeikräfte mehr abgezogen werden. Über eine Verstärkung der Polizei wurde nichts vereinbart.

Heil Hitler!

1 DÖW, 1456. Auszugsweiser Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 294.

2 Karl Scharizer (1901–1956), Chemiker; 1921–1926 SA-Mitglied, 1927 NSDAP-Eintritt, 1932–1934 Gauleiter von Salzburg, 1937 SS-Eintritt; 1938 Beauftragter für das Siedlungswesen in Österreich; von 1938 an MdR, seit 1939 stellv. Gauleiter des Gaus Wien, 1941 SS-Brigadeführer.

3 Dr. Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), Jurist; 1930 NSDAP-, 1931 SS-Eintritt; von 1932 an Anwalt in Linz, 1936 Entzug der Anwaltslizenz; von 1938 an MdR; 1938–1943 Führer des SS-OA Donau, 1940/41 Polizeipräsident in Wien, 1943–1945 Chef des RSHA sowie Chef der Sipo und des SD, StS im RMdI; 1944 General der Waffen-SS; 1946 im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

4 Im Original Eingangsstempel, Datum unleserlich, und Dienststempel „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleiter Wien“.

5 Baldur von Schirach.

6 Heinrich Himmler.

7 Rudolf Töpfer (1882–1945), Ingenieur; 1938 NSDAP-Eintritt; war von Okt. 1938 an Präsident der Reichsbahndirektion Wien.

8 Diese Anweisung wurde offenbar nicht umgesetzt.

DOK. 169

Die Reichsbahn möchte am 26. März 1941 ein Grundstück in Frankfurt am Main erwerben, das zuvor den jüdischen Gebrüdern Kaufmann gehörte¹

Schreiben (I 12Nr. 185) des Regierungspräsidenten,² Grundstelle der allgemeinen Finanzverwaltung, i. A. gez. Prohasel,³ Wiesbaden, an den Preußischen Finanzminister,⁴ Berlin C2 (Eing. 30. 3. 1941), vom 26. 3. 1941⁵

Unmittelbar!

Betrifft: Veräußerung des aus jüdischem Besitz (Salli und Leopold Kaufmann)⁶ von der Geh. Staatspolizei beschlagnahmten Hausgrundstücks in Frankfurt a. M., Poststr. 8.

Anlagen: 3 (Grundbuchauszug, Wertberechnung des Pr. Staatshochbauamtes in Bad Homburg v.d.h. vom 18.1.41, 1 Lageplan.)⁷

Berichterstatter: Regierungsrat Dr. Müller.

Ohne Erlaß.⁸

Das vorbezeichnete Grundstück liegt gegenüber dem Hauptpersonenbahnhof in Frankfurt a. M. und unmittelbar neben einem Ämtergebäude der Deutschen Reichsbahn. Die Reichsbahndirektion in Ffm ist an dem Erwerb dieses Grundstücks insofern interessiert, als sie infolge größeren Raumbedarfs in der Nähe der Bahnanlagen zu räumlichen Erweiterungen gezwungen ist.

Aus diesem Grunde verhandelte die Reichsbahndirektion bereits am 10. 2. 39 mit dem Finanzamt Berlin-Moabit,⁹ das damals mit der Ausbürgerungssache Salli Kaufmann befaßt war. Die Übereignung des Grundstückes wurde der Reichsbahndirektion in Aussicht gestellt.

Da sich das Einziehungsverfahren in unerwarteter Weise verzögerte, stellte der Treuhänder des Grundstücks, Rechtsanwalt Göllner in Ffm,¹⁰ zunächst freigewordene Räume im

1 GStAPK, I. HA Rep. 151 IA Nr. 8209, Bl. 396 + RS.

2 Fritz von Pfeffer, geb. als Friedrich Pfeffer von Salomon (1892–1968), war 1936–1943 Regierungspräsident in Wiesbaden.

3 Gerhard Prohasel (1890–1976), Jurist; zunächst Regierungsdirektor beim Regierungspräsidenten in Oppeln, 1933 aus politischen Gründen vorübergehend in den Ruhestand versetzt bzw. degradiert, von 1935 an beim Regierungspräsidenten Wiesbaden; 1937 NSDAP-Eintritt; 1949 von einer Spruchkammer als „Entlasteter“ eingestuft, danach Richter am Verwaltungsgericht Wiesbaden.

4 Dr. Johannes Popitz (1884–1945), Jurist; von 1914 an im Preuß. MdI, 1919–1929 im Preuß. Finanzministerium, 1921–1925 Leiter der Abt. Besitz- und Verkehrssteuern, 1925–1929 StS, 1933–1944 Preuß. Finanzminister; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 Rücktrittsgesuch wegen der Judenverfolgung, 1944 als Mitverschwörer des Attentats vom 20. Juli verurteilt, hingerichtet.

5 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Unterstreichungen und Dienststempel.

6 Richtig: Sali Kaufmann (1873–1941), Börsesensal, April–Juni 1933 inhaftiert, und Leopold Kaufmann (1878–1959), Bankier, waren bereits 1937 bzw. 1938 in die USA emigriert.

7 Liegen nicht in der Akte.

8 Handschriftl. hinzugefügt.

9 Das Berliner Finanzamt Moabit-West war reichsweit für die Vermögensbeschlagnahme jüdischer Emigranten zuständig. Teilweise schlug die Behörde, die über eine eigene Ausbürgerungsabt. verfügte, Juden aufgrund deren wirtschaftlicher Lage zur Ausbürgerung vor.

10 Gerhard Göllner (1907–1980), Jurist; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1935 an Rechtsanwalt in Frankfurt a. M., von der Gestapo mit der treuhänderischen Verwaltung des Vermögens ausgewanderter Juden beauftragt, 1942–1944 Polizeiverwaltungsrat in Minsk und Riga; 1948 von einer Spruchkammer als „Mitläufer“ eingestuft, 1963–1965 Verteidiger im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess.

I. Stock des Grundstücks mietweise für Zwecke der Reichsbahn zur Verfügung. Es machte sich im Laufe der Zeit auch notwendig,¹¹ die Sammelheizungsanlage instand zu setzen und eine größere Dachreparatur vorzunehmen. Diese Arbeiten wurden im Hinblick auf den künftigen Erwerb von der Reichsbahn und auf deren Rechnung durchgeführt. Auch die Beheizung des Grundstücks erfolgt seit dem 9. 12.39 auf Kosten der Reichsbahn.

Der Einheitswert des Grundstücks beträgt 52 700,- RM. Die vom Preuß. Staatshochbauamt aufgestellte Wertberechnung vom 18.1.41 nebst Lageplan wird vorgelegt. Hiernach beträgt der Wert des Grundstücks rd. 85 000,- RM. Das Anwesen ist nach dem anliegenden Grundbuchauszug belastet mit einer Hypothek, umgewandelt in eine Grundschuld, zu Gunsten der Frankfurter Sparkasse 1822 (Sparkasse der Polytechnischen Gesellschaft) in Höhe von 84 000,- RM. Die Reichsbahndirektion ist bereit, das Grundstück zum Preise von 84 000,- RM zu erwerben. Sie hat bis jetzt ziemliche Aufwendungen für das Anwesen zur Durchführung gebracht. Weitere bauliche Veränderungen an dem Grundstück sind noch nötig.

Ich möchte daher die Übereignung des Grundstücks an die Reichsbahn befürworten und bitten, baldmöglichst zu entscheiden, g.F. auch darüber,¹² ob nicht der Verkaufswert gemäß der Wertberechnung auf 85 000,- RM festzusetzen ist. Die Reichsbahn legt Wert darauf, sobald wie möglich in den Besitz des Grundstücks zu kommen.¹³

DOK. 170

Völkischer Beobachter: Artikel über die Eröffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 27. März 1941¹

Freie Forschung im Kampf gegen das Weltjudentum

Alfred Rosenberg eröffnete das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt/Main

Drahtmeldung unseres Berichterstatters

R.J. Frankfurt/Main, 26. März

In der Reihe historischer Akte dieser Woche² kann ein Ereignis von tiefgehender politischer und wissenschaftlicher Bedeutung nicht übersehen werden: Reichsleiter Alfred Rosenberg, der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, eröffnete am Mittwoch mit einer Ansprache über „*Nationalsozialismus und Wissenschaft*“ das Institut zur Erforschung der Judenfrage und übergab damit die erste Außenstelle der nach dem Kriege zu errichtenden Hohen Schule ihrer Bestimmung. Der festlichen Eröffnung wohnten mit hohen Vertre-

¹¹ So im Original.

¹² G.F.: gegebenen Falles.

¹³ Der Preuß. Finanzminister erklärte sich in einem Schreiben vom 12.4. 1941 mit einer Veräußerung des Grundstücks einverstanden und stellte dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden die notwendige Vollmacht aus. Der Verkauf kam schließlich am 8.4. 1942 zustande; wie Anm. 1, Bl. 397 + RS, 402 + RS.

1 Völkischer Beobachter (Norddt. Ausg.), Nr. 86 vom 27.3. 1941, S. 1.

2 Gemeint sind vermutlich die schweren deutschen Luftangriffe auf Plymouth, Erwin Rommels erfolgreiche Verstöße in Nordafrika und der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt.

tern der Partei, des Staates, der deutschen Wissenschaft und Wehrmacht offizielle Abordnungen von neun europäischen Nationen bei.

Im herrlichen Bürgersaal des Römer zu Frankfurt, des Baues, in dem zahlreiche deutsche Kaiser gekrönt wurden, begrüßte nach einer feierlichen, musikalischen Einleitung am Mittwochvormittag Gauleiter und Reichsstatthalter *Sprenger*³ im Namen der Partei die in- und ausländischen Ehrengäste. Sein erster Gruß gilt Reichsleiter Alfred *Rosenberg*. Mit herzlichen Worten hieß er dann die Repräsentanten der verschiedenen Regierungen und Erneuerungsbewegungen willkommen: den slowakischen Innenminister Alexander *Mach*, die Vertreter Ungarns, Staatssekretär *Kovacs* und Sektionschef *Kultsar*, den ehemaligen rumänischen Minister Prof. *Cuza* und die Vertreter des verbündeten Italiens und Bulgariens. Herzliche Worte waren dann an den Führer von Nasjonal Samling, Staatsrat Vidkun *Quisling*, und den Leiter der NSB in den Niederlanden,⁴ *Mussert*, sowie an die Abordnungen der dänischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der flämischen Erneuerungsbewegung gerichtet.

An der Spitze der deutschen Ehrengäste sah man die Gauleiter *Florian* und *Eggeling* und Generalleutnant *Reinecke* als Vertreter des Chefs des OKW, Generalfeldmarschall *Keitel*. Zusammen mit verantwortlichen Männern aller Reichsdienststellen und der Gliederungen der Bewegung waren mehrere Rektoren deutscher Hochschulen mit namhaften weiteren Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens erschienen, von denen der Gauleiter besonders den alten Vorkämpfer des Rassegedankens, Prof. Dr. Hans F. K. *Günther*, und Geheimrat Eugen *Fischer* begrüßte.

Gauleiter *Sprenger* kennzeichnete nach einem Rückblick in die große geschichtliche Entwicklung der alten Reichsstadt die *planmäßige Eroberung Frankfurts durch das jüdische Gegenvolk*, das in der Systemzeit wahre Triumphe über das von seinen Feinden geknebelte Deutschland feierte. Gegen jüdische Kulturlosigkeit, Mißwirtschaft und Korruption nahm mit der Gründung einer Ortsgruppe im Frühjahr 1924 die NSDAP in Frankfurt den Kampf auf. Der Gauleiter brachte Reichsleiter *Rosenberg* seinen besonderen Dank dafür zum Ausdruck, daß nun durch die Eröffnung des neuen Instituts die *von jüdischem Ungeist befreite Stadt* die erste Außenstelle der Hohen Schule in ihren Mauern habe.

Für die Stadtverwaltung richtete der Oberbürgermeister von Frankfurt, Staatsrat Dr. *Krebs*, ebenfalls herzliche Begrüßungsworte an Reichsleiter *Rosenberg* und die Gäste. Der Frankfurter Boden, so sagte der Oberbürgermeister weiter, habe für die Errichtung einer umfassenden Forschungsstätte zur Frage des Judentums die besten Vorbedingungen aufzuweisen. Er dankte Reichsleiter *Rosenberg*, daß die bisher hier gepflegten Sammlungen durch eine einzig dastehende Fachbücherei über die Judenfrage und durch *riesige Bestände*, die in jüdischen Bibliotheken und Archiven beschlagnahmt werden konnten, bereichert wurden.

Dann sprach Reichsleiter Alfred *Rosenberg*. (Die Rede siehe Seite 2.)⁵

3 Jakob Sprenger (1884 – 1945), Postbeamter; 1925 NSDAP-Eintritt; 1925–1933 Stadtverordneter in Frankfurt, von 1930 an MdR, von 1932 an Gauleiter von Hessen-Nassau, von 1933 an Reichsstatthalter in Hessen; 1938 SA-Obergruppenführer; nahm sich auf der Flucht in Tirol das Leben.

4 NSB: Nationaal-Socialistische Beweging.

5 Die Rede ist in Ausschnitten dokumentiert. Rosenberg sprach über die Pläne einer Hohen Schule für Lehre und Erziehung im Nationalsozialismus und die Rolle, die das neue Institut darin einnehmen sollte. Er thematisierte die Notwendigkeit, die Judenfragen in ihrer historischen Entwicklung und den Einfluss der Juden zu erforschen; wie Anm. 1, S. 2.

Der von lebhaften Beifallskundgebungen begleiteten und bedankten Ansprache des Reichsleiters folgte ein Vortrag von Dr. Wilhelm *Grau*,⁶ dem Leiter des Instituts, über „Die geschichtlichen Lösungsversuche der Judenfrage“. Dr. *Grau*, einer der besten Fachkenner dieser Probleme, kam zu dem Schluß, daß *Europa in diesem Jahrhundert seine Judenfrage lösen werde*. (Siehe auch S. 2.)

Gauleiter Reichsstatthalter *Sprenger* schloß den feierlichen Eröffnungsakt mit dem begeistert aufgenommenen Gruß an den *Führer*. Die Stunde war umrahmt von festlicher Musik. Unter Leitung von Generalmusikdirektor Dr. *Konwitschny*⁷ spielte das Städtische Opernhaus- und Museums-Orchester die Ouvertüre zu „*Coriolan*“ von Ludwig van Beethoven und das „*Feierliche Vorspiel*“ von Alfred Jung. Die Ehrengäste der Veranstaltung versammelten sich am Mittag auf einer Einladung des Oberbürgermeisters Dr. *Krebs*.

Die Vertreter der neun europäischen Nationen, die bei der Eröffnung des Frankfurter Instituts zugegen waren, erlebten die Rede des Reichsleiters Alfred Rosenberg gewiß in dem Gefühl, Zeugen einer Erklärung von historischer Tragweite zu sein. Wissenschaft und Forschung erhalten im Leben des neuen Europa den Rang zugewiesen, der ihnen gebührt und der ihnen gerade durch jene Kräfte geraubt worden war, die sich vor der ganzen Welt als wahre Vertreter der Wissenschaft aufzuspielen vermochten.

Seit den ersten Regungen des Antisemitismus in Deutschland, in vervielfältigter Stärke aber erst recht seit dem Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung, wurde ja der Kampf gegen die geistige Erneuerung des Reichs unter der falschen Flagge der Verteidigung der Kultur oder der Bewahrung des deutschen Geistes vor einem Kult der Gewalt geführt, und fast alles, was sich zur „Wissenschaft“ zählte, stimmte ein in diesen Chor. Niemals ist mit diesen verlogenen Ideologien, mit ihren raffinierten Wortführern und mit ihren dummgläubigen Anhängern, schneidender aufgeräumt worden. Die große Lüge ist durchschaut: Jene demokratischen Apostel, die von der reinen Erkenntnis und der freien Forschung in hohen Tönen sprachen, waren weder von dem fanatischen Drang zur Wahrheit beseelt, noch frei in ihrem Wollen. Abhängig von volksfeindlichen, internationalen Mächten, die auf dem besten Wege zur Unterjochung der gesamten Welt waren, hatten sie nur die Aufgabe, diesen Elementen Vorschub zu leisten und ihnen vergiftete Waffen zu schmieden. Forschung im Sinne germanischen Erkenntnistriebes ist vom Nationalsozialismus nicht in Fesseln geschlagen, vielmehr erst durch ihn aus den Fesseln befreit worden, in denen sie lag.

Das Judentum aber, das selbst nur seine Macht entfalten konnte, weil es verstand, die Völker über sein wahres Wesen und Wirken planmäßig und mit Unterstützung einer korrupten oder degenerierten Geistigkeit zu täuschen, wird nunmehr mit der Waffe der befreiten Wissenschaft bekämpft werden. Entscheidungen, die auf der Ebene des politischen Kampfes bereits gefallen sind, werden nunmehr auf dem Felde der Wissenschaft ihre Bestätigung und in alle Zukunft wirkende tiefe Begründung erfahren. Nicht in dem

6 Dr. Wilhelm Grau (1910–2000), Historiker; 1936–1938 Geschäftsführender Leiter der Forschungsabt. Judenfrage im Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland; 1937 NSDAP-Eintritt; 1941/42 Leiter des Instituts zur Erforschung der Judenfrage; nach 1945 Besitzer einer Verlagsdruckerei in Alzey.

7 Dr. Franz Konwitschny (1901–1962), Musiker, Dirigent; 1933–1937 Generalmusikdirektor in Freiburg; 1937 NSDAP-Eintritt; 1937–1945 Generalmusikdirektor in Frankfurt a. M.; 1946–1949 Generalmusikdirektor in Hannover, leitete 1949–1962 das Gewandhaus-Orchester in Leipzig, 1953–1955 die Staatskapelle Dresden und 1955–1962 die Staatskapelle Berlin.

Sinne, als wäre die Wissenschaft im nationalsozialistischen Staate die Magd der Politik, als habe sie nachträgliche Beweisführungen für bereits gesprochene Urteile zu erbringen. Nein, manche Feststellung der kommenden Forschung mag ruhig anders ausfallen, als wir es im politischen Kampfe glaubten, so erklärt Alfred Rosenberg voller Freimut. Wir brauchen solche Abweichungen nicht zu fürchten. Im Entscheidenden, im Wesentlichen wird der forschende deutsche Geist das bestätigen, was die handelnde Tat vorwegnahm – entspringen sie doch beide dem gleichen Urgrund deutschen Lebens.

Die Völker aber, die heute noch im Ringen mit dem jüdischen Weltfeind stehen oder ihm gar wissenlos folgen, werden durch das Rüstzeug der deutschen Wissenschaft die gleiche Belebung ihrer Kräfte erfahren, die das anspornende Beispiel unseres Handelns ihnen bereits vermittelte.

zZ.

DOK. 171

Weltkampf: In einem Artikel vom 27. März 1941 berechnet Peter-Heinz Seraphim die jüdische Bevölkerung Europas und schlägt ihre Vertreibung vor¹

Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage²

von Peter-Heinz Seraphim³

Die Betrachtung der Judenfrage erstreckt sich in dem Zusammenhang der bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Betrachtung räumlich auf die Gesamtgebiete des europäischen Kontinents bis zur Ostgrenze des großdeutschen Raumes, betrifft also rund 5,3 Millionen Menschen. In fast allen Ländern Europas spielte oder spielt die Judenfrage eine erhebliche Rolle in wirtschaftlicher Beziehung, insbesondere in bezug auf das Industriekapital, das Bankkapital und den Handel. Nur stehen bis jetzt einwandfreie statistische Erhebungen nicht zur Verfügung, die ein Gesamturteil gestatten würden, welchen Anteil die Juden am Bankgeschäft, am Besitz und Umsatz des Industrieaktienkapitals, am Speditionswesen u.ä.m. in Europa hatten und heute noch haben. Es erscheint wissenschaftlich unzulässig, beim Fehlen solcher Feststellungen Schätzungen darüber zu wagen. Soviel darf aber gesagt werden: Die geringe Zahl der Juden beispielsweise in Skandinavien besagt wenig über den tatsächlichen Einfluß auf das Börsengeschäft, über ihren Aktienbesitz, ihren indirekten politisch-geistigen Einfluß. Nehmen wir beispielsweise die Stadt Frankfurt a. M. bis 1933. Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung war mit zirka 3–4 v. H. fast bedeutungslos. Im Handel dieser Stadt, im Börsengeschäft, im Aktienverkehr, in den freien Berufen, in der Universität waren die Juden dagegen zu erheblich höherem Anteil

1 Weltkampf, 1 (1941), H. 1/2, S. 43–51.

2 Anmerkung im Original: „Vortrag, gehalten am 27.3.1941 auf der Arbeitstagung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M.“

3 Dr. Peter-Heinz Seraphim (1902–1979), Volkswirt; 1927–1930 Schriftleiter der Königsberger Allgemeinen Zeitung, von 1930 an im Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg tätig, 1933 NSDAP- und SA-Eintritt; 1940 Professor in Greifswald, 1941–1943 Schriftleiter der Zeitschrift Weltkampf; nach 1945 Studienleiter der Verwaltungsakademie Bochum; Autor u. a. von „Das Judentum im osteuropäischen Raum“ (1938).

beteiligt. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß ein Großteil dieser Berufe und dieser wirtschaftlichen Betätigung in ihrer Hand lag. Die gleiche Tatsache steht für große Teile des europäischen Kontinents fest. Das bedeutet: Die wirtschaftliche Bedeutung des Judenproblems betrifft in mehr oder weniger hohem Grade alle Staaten Europas, sie ist ein allgemein europäisches Problem. Als bevölkerungspolitische Massenfrage dagegen hat das Judenproblem nur für einen Teil unseres Kontinents eine wirkliche Bedeutung. Das ist schon daraus ersichtlich, daß von der angeführten Gesamtzahl von 5,3 Millionen Juden in Europa – ohne die UdSSR, in ihren heutigen Grenzen – 3,3 Millionen oder 62 v. H. auf das osteuropäische Kerngebiet des Judentums: das Generalgouvernement, die rückgegliederten deutschen Ostgebiete, die Slowakei, Ungarn und Rumänien entfallen, 1,5 Millionen Juden oder 29 v. H. auf das deutsche Altreich, die Ostmark, den Sudetengau, das Protektorat sowie ferner auf England, Holland und Frankreich und nur 0,5 Millionen Juden oder 9 v. H. auf alle übrigen Länder Südost-, Süd-, West- und Nordeuropas.

Das Judenproblem Europas ist, wie man sich gleichzeitig vergegenwärtigen muß, massen- und bevölkerungsmäßig nicht das Judenproblem der Welt schlechthin. Vielmehr entfällt auf Europa – ohne Rußland – rd. $\frac{1}{2}$ des Weltjudentums, auf die UdSSR ein weiteres Drittel, auf die USA $\frac{1}{4}$ aller Juden der Erde, während der geringe Rest sich auf die anderen Kontinente und Länder verteilt.

Im Rahmen Europas tritt nun das Judenproblem nicht nur seinem absoluten Zahlenumfang nach, sondern auch in seiner relativen Bedeutung als Massenproblem besonders im Osten hervor. Schwankt doch hier der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung zwischen 6 und 12 v. H., im Mittel etwa um 9 v. H., während in allen anderen europäischen Ländern die Juden nur etwa 1 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen. Eine bevölkerungspolitische Massenfrage ist das Judenproblem also nur im Osten!

Aber auch hier ist die Ballung der Juden ungleich. Als Landbevölkerung hat das Judentum auch im Osten und Südosten Europas nur eine ganz untergeordnete Bedeutung. In dem oben umrissenen Judenkerengebiet Osteuropas leben etwa 81 v. H. aller Juden, d. h. 2,7 Millionen jüdischer Menschen in den Städten, dagegen nur 19 v. H. oder 0,8 Millionen Juden auf dem Lande. Es sei nur angemerkt, daß diese statistisch als Landjuden registrierten Personen, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, sich nicht landwirtschaftlich betätigen, sondern städtischen Berufen, insbesondere dem Handel, nachgehen. Bei der überwiegend agrarischen Struktur der Gebiete des Ostens und Südostens spielt diese geringe Zahl der Juden auf dem Lande bevölkerungspolitisch eine ganz untergeordnete Rolle. Die bevölkerungsmäßige Bedeutung auch des Ostjudentums erstreckt sich vielmehr nur auf die Städte. Hier allerdings spielt das Judentum eine außerordentliche Rolle als Massenfaktor. So leben in 14 größeren Städten des Generalgouvernements heute rd. 700 000 Juden. Der Judenanteil dieser Städte schwankt zwischen 25 und 65 v. H. ihrer Gesamtbevölkerung. Die Millionenstadt Warschau zählt allein rd. 400 000 Juden, d. h. über 30 v. H. ihrer Bevölkerung. Auch in den Städten der rückgegliederten deutschen Ostgebiete, vor allem soweit sie vor dem Weltkriege dem russischen Staate zugehörten, stellen die Juden ein Massenelement dar, so in Litzmannstadt⁴ 200 000 Juden, d. h. $\frac{1}{2}$ der Gesamtbevölkerung, in Bendzin, Sosnowitz und Dambrowa mit zusammen 50 000 Juden oder 40 v. H. der Gesamtbevölkerung. Auch in den Städten südlich der Karpaten: Preßburg in der Slowakei, Uzhorod, Munkacz in der ungarischen Provinz Karpatenrußland,

4 Von April 1940 an hieß die Stadt Lodz Litzmannstadt.

in den nordungarischen Städten Poprad, Bartha, Neutra,⁵ Kaschau und in den jetzt Ungarn angegliederten Städten des Satmar finden wir jüdische Volksgruppen, die 15, 20, 30 und mehr v. H. der Gesamtbevölkerung dieser Städte ausmachen. In Budapest schätzt man den Anteil der Rassejuden und jüdischen Mischlinge auf $\frac{1}{3}$ der Gesamtbevölkerung der ungarischen Hauptstadt. In den fünf moldauischen Departementsstädten Dorohoi, Jassy, Roman, Vaslui und Braila leben zusammen über 70 000 Juden, d. h. über 35 v. H. der Gesamtbevölkerung, in allen Städten der Moldau lebten nach der Volkszählung von 1930 140 000 Juden oder 24 v. H. ihrer Gesamtbevölkerung, in Bukarest mindestens 60 000 Juden. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die Judenfrage eine Massenfrage für den städtischen Sektor Ost- und z. T. Südosteuropas ist.

Diese Tatsache ist von entscheidender Bedeutung für jede praktische Lösung der Judenfrage. In allen Städten Mittel-, Süd-, West- und Nordeuropas würde eine – theoretisch mögliche – sofortige Ausschaltung bzw. ein Abtransport der Juden bevölkerungspolitisch keine Lücke entstehen lassen. Das äußere Bild der Städte bliebe völlig unverändert, so wesentlich auch die Besitzverhältnisse in Gewerbe und Handel, in Spedition und Vermittlung, im Bank- und Börsengeschäft usw. sich verschieben würden, so maßgebend auch der Hausbesitz, der Besitz der Lichtspieltheater, das Notariat, der Arztberuf u. a. m. davon bestimmt werden würden. Im östlichen Teil Europas ist das anders. Eben weil dort die Judenfrage eine Massenfrage ist, erweist sich eine plötzliche Lösung dieser Frage auf dem Wege etwa der Exilierung nicht nur aus technischen Gründen als besonders schwierig. Sie ist auch wirtschaftlich schwer durchführbar, denn man kann nicht ein Drittel, ja die Hälfte der Städte von heute auf morgen „fortdenken“, um so weniger, als dieses Drittel oder diese Hälfte bisher $\frac{1}{4}$ $\frac{4}{5}$, ja $\frac{9}{10}$ des städtischen, gewerblichen und Handelslebens bestimmte. Man vergegenwärtige sich: Der Jude ist hier nicht nur Kapitalist, Inhaber eines anonymen Aktienpakets, er ist weitgehend Konsument der Städte, er ist beteiligt am Produktionsapparat, und zwar zum nicht geringen Teil als Handwerker, er ist vor allem auch entscheidend für den Verteilungsapparat, und zwar für die Unterverteilung als Kleinhändler, Krämer ebenso wie für den Großhandel.

Was ergibt sich daraus? Keineswegs die Folgerung, daß, weil das Judenproblem in diesen Gebieten eine Massenfrage ist und deshalb eine Erscheinung mit besonders großem Schwergewicht darstellt, alles beim alten bleiben solle oder einer evolutionären Entwicklung unbekannter Befristung anheimgestellt werden soll. Aber eines ist klar: kein Land und kein Teil Europas kann eine nachhaltige Gefährdung seiner Volkswirtschaft – und diese kulminiert eben doch z. T. in den Städten – verantworten! Weder in Friedenszeiten noch erst recht im Kriege! Das heißt: Die Beseitigung des jüdischen Bevölkerungselements in den judenreichen Städten des Ostens kann *nur in dem Tempo* vorgenommen werden, als *Ersatzkräfte* für die Juden zur Verfügung stehen, als Kleingewerbetreibende, Handelstreibende da sind, die in der Lage sind, die bisherige wirtschaftliche Funktion der Juden zu übernehmen. Eine solche Möglichkeit ist zweifellos vorhanden, denn unter der bäuerlichen Bevölkerung der Rumänen, der Magyaren, der Ukrainer, Slowaken und Polen ist ein bevölkerungsmäßiger „Überdruck“ vorhanden, der heimische Bevölkerungselemente an die Stelle der kleinbürgerlichen jüdischen zu setzen vermag. Jahrelang sind diese nachgeborenen Bauernsöhne der bodenständigen Völker durch das jüdische Element in den Städten daran gehindert worden, in den Städten ihr Fortkommen zu finden.

⁵ Poprad und Neutra gehörten zur Slowakei.

Die Städte waren gleichsam durch die Juden „blockiert“. Jetzt erscheint der Augenblick gekommen, dieses Monopol zu brechen! Aber es hieße die Wirklichkeit verkennen, wenn man folgern wollte, daß erst die Abschiebung der Juden, dann der Einzug der Angehörigen der bodenständigen Völker in die dadurch frei gewordenen Arbeitsplätze reibungslos erfolgen werde. Nicht jeder Bauernsohn aus der Moldau, der Slowakei oder aus Galizien ist ein „geborener Kaufmann“, bestimmt ist keiner, ohne eine gründliche Ausbildung genossen zu haben, ein „geborener Handwerker“! Praktisch ist darum der Weg der: *In Osteuropa ist der Jude durch Rechtssatzung und Verwaltungsmaßnahmen in dem Tempo in den Städten durch Nichtjuden zu ersetzen, als qualifizierte Nichtjuden für diesen Ersatz zur Verfügung stehen.* Das heißt praktisch: Handwerkerschulung und Erziehung kaufmännischer Lehrlinge aus der Mehrheitsnation, die als Ersatz der Juden dienen können! Oberster Leitsatz bleibt: Der Jude muß weichen, wenn ein gleichqualifizierter Nichtjude zur Verfügung steht! Berufsschulwesen, Genossenschaftswesen, Lehrlingsausbildung sind die Voraussetzung, d. h. zähe praktische Tagesarbeit. Wir haben eine Reihe von Beispielen gerade aus Osteuropa aus den letzten Jahrzehnten, daß starke Kräfte jugendfrischer Bauernvölker vorhanden sind, die eine solche Ersetzung wirksam durchführen können. Es sei nur beispielhaft auf das wahrhaft volksverwurzelte ukrainische Genossenschaftswesen im ehemaligen Ostgalizien hingewiesen, das es vermocht hatte, den Juden aus Marktflecken und Dörfern praktisch weitgehend herauszudrängen, und das gerade daran war, in praktischer Arbeit eine wirtschaftliche Offensive gegen das Judentum in den Städten vorzubereiten. Es wäre zwecklos, sich zu täuschen: Wie die Dinge heute noch liegen, ist der genossenschaftlich-organisatorische Apparat, und was wichtiger ist, das völkisch-genossenschaftliche Denken der bodenständigen Völker Osteuropas noch nicht so weit entwickelt, daß ein vollständiger Ersatz für den jüdischen Händler oder Gewerbetreibenden zur Verfügung steht. Es ist die erste Forderung jedes völkischen Menschen, der Ernst mit der praktischen Durchführung seiner Ziele machen will, diesen Ersatz zu schaffen. Aber es muß noch vor einer anderen Täuschung gewarnt werden! Man neigt vielfach dazu, anzunehmen, durch Lösung der Judenfrage sei das Übervölkerungsproblem dieser Gebiete gleichfalls gelöst. Die Besetzung der städtischen Arbeitsplätze der Juden gäbe dem Überdruck der ländlichen Bevölkerung der bodenständigen Völker das Ventil, das sie allein brauchten. Mit der Ausscheidung der Juden werde Osteuropa bevölkerungspolitisch gesunden. Das ist ein grundlegender Irrtum! *Der Bevölkerungsdruck der osteuropäischen Bauernvölker ist weit größer, als daß er durch die Freimachung der Städte von den Juden aufgehoben werden könnte.* Oberländer⁶ und Franges⁷ haben für das ehemalige Polen und für Südosteuropa den Beweis des absoluten wie des relativen Bevölkerungsüberdrucks der landwirtschaftlichen Bevölkerung erbracht. Es ergibt sich aus ihren Berechnungen ein „Zuviel“ landwirtschaftlicher Bevölkerung von 50 – 60 v. H. ihres gegenwärtigen Bestandes! Vor allem aber ist zu berück-

6 Dr. Dr. Theodor Oberländer (1905–1998), Volkswirt, Agrarwissenschaftler; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, 1938 Professor in Greifswald; von 1939 an Mitarbeiter der Abwehrstelle des Wehrkreises VII in Breslau; 1940–1945 Professor in Prag; 1941 in Lemberg, dann im Kaukasus stationiert; 1950 Mitbegründer des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten, 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Rücktritt nach Vorwürfen wegen seiner NS-Vergangenheit, 1963–1965 erneut MdB.

7 Otto Frangeš (1870–1945), kroat. Agrarwissenschaftler; Studium in Wien und Leipzig, 1921 Professor in Zagreb, 1929/30 Landwirtschaftsminister Jugoslawiens; Autor von „Die Bevölkerungsdichte als Triebkraft der Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Bauernstaaten“ (1939).

sichtigen, daß die Mehrzahl der jüdischen Existenzen der osteuropäischen Städte „übersetzten“ Berufen angehören, dem Klein- und Kleinsthandel, dem Vermittler- und Agentengewerbe, dem verkümmerten Handwerk und der Heimindustrie. Es wäre völlig gegen die Interessen der Volkswirtschaft dieser Länder, bei einer Ausschaltung der Juden ihre Arbeitsplätze durch Nichtjuden voll zu besetzen. Ziel ist doch die Ordnung der gewerblichen Wirtschaft, die Schaffung eines Mittelstandes, der eine volkswirtschaftlich nützliche Funktion ausfüllt, der nicht „städtisches Elendsproletariat“ darstellt, wie wir es beim Judentum dieser Städte heute zum großen Teil beobachten können.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist:

1. Das Judenproblem ist eine bevölkerungspolitisch relevante Massenfrage nur in den Städten Osteuropas.
2. Weil es hier eine Massenfrage ist, die die Weiterexistenz der Städte als Kommunen und als Wirtschaftsmittelpunkte in Frage stellt, ist Vorsicht bei der Lösung der Frage geboten.
3. Die Lösung der Judenfrage darf aber auch in diesen Gebieten nicht hinausgeschoben oder vertagt werden.
4. Die Juden können aus diesen Gebieten bzw. Städten in dem Ausmaß herausgenommen werden, als Ersatzkräfte der bodenständigen Völker vorhanden sind, die die wirtschaftlichen Funktionen, die bisher von den Juden ausgeübt wurden, zu übernehmen in der Lage sind.
5. Der Ersatz der Juden ist abhängig von Schulung, Bildung und Organisation der nachrückenden bodenständigen Völker.
6. Eine Entfernung der Juden bedeutet nicht eine Lösung des Bevölkerungsproblems der bodenständigen Völker.

Welche Wege der Lösung der Judenfrage als einer bevölkerungspolitischen Massenfrage stehen praktisch zur Verfügung? Darauf ist zu antworten:

1. Ihre *Dissimilierung* ohne äußerlich-räumliche Ausgliederung aus dem Gastvolk.
2. Ihre *Ghettoisierung*, sei es in einzelnen Stadtghetti, sei es in einem Bereich Osteuropas, wohin zunächst die Juden Osteuropas, in der Folgezeit die Juden Gesamteuropas zu überführen seien.
3. Ihre *Entfernung aus Europa* durch Einleitung einer planmäßigen Umsiedlungsaktion. Alle drei Möglichkeiten haben ihre empfehlenswerten und ihre Schattenseiten. Der erste Weg einer Dissimilierung ohne räumliche Scheidung ist praktisch – verwaltungsmäßig der einfachste. Er ist bisher im Deutschen Reich und in modifizierter Weise auch im Generalgouvernement angewandt worden. Er kommt dem Judenproblem stärker von der politischen und ökonomischen Seite nahe. *Sein Nachteil ist, daß das Judentum als fremder Volkskörper erhalten bleibt*, und zwar zwischen den bodenständigen Völkern. Der Jude wird Person minderen Rechts, vielleicht äußerlich gekennzeichnet, von gewissen bürgerlichen und politischen Rechten ausgeschlossen, wirtschaftlich in eine Sonderstellung gebracht – aber nicht beseitigt. Die Judenfrage bleibt eine bevölkerungspolitische Massenfrage, mit dem Unterschied nur, daß durch die Umschichtung innerhalb des Judentums die Zahl der reichen Juden verringert, die Zahl der jüdischen Unterstützungsempfänger vermehrt wird. Soziale Verelendung und Umschichtung der Juden kann die Folge sein, keineswegs aber eine physische Selbstauflösung des Judentums, denn Volkstod ist nie schneller Tod, sondern eine Entwicklung von Jahrhunderten, zumal wenn es sich nicht um eine Volksgruppe von einigen tausend oder zehntausend, sondern um 5,3 Millionen Menschen in Europa handelt.

Dazu kommt noch ein anderes: Solange die Juden als Masse zwischen den bodenständigen Völkern in den wirtschaftlichen Nervenpunkten, den Städten, sitzen, ist es überaus schwer, die Durchführung der sie einschränkenden oder isolierenden Gesetze zu überwachen. Es ist, wie jeder Kenner gerade der osteuropäischen Verhältnisse bestätigen wird, fast unmöglich, solchen Gesetzen Geltung zu verschaffen, da einmal die umwohnenden Völker keineswegs durchweg so reif sind, um sich vom Einfluß der Juden zu lösen, zum andern aber die Juden Meister in der Ausdeutung, Umbiegung und Übertretung solcher Gesetz- oder Verwaltungsbestimmungen sind. Tarnung, Bestechung, Verschiebung von Strohmannern und viele andere Mittel mehr sind ja dem Juden durch jahrhundertelange Übung geläufig. Mit anderen Worten: Eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Ausgliederung der Juden allein bedeutet keine Lösung des jüdischen Bevölkerungsproblems, weder im Osten unseres Kontinents noch auch in den minder „judensatten“ Gebieten des Westens.

Inwieweit würde eine solche theoretisch für ganz Europa gedachte Isolierung des Judentums die *wirtschaftliche* Stellung der Juden und ihrer Umwelt bestimmen? Wir wissen, daß über das bevölkerungspolitische Massenproblem hinaus die Judenfrage ein wirtschaftliches Problem erster Ordnung bedeutet. Zielbewußt ist die Brechung des jüdischen Einflusses bisher nur im Großdeutschen Reich versucht worden. In einer Reihe anderer Länder, insbesondere in Südosteuropa, sind Ansätze in der gleichen Richtung zu erkennen. Fast nirgends aber ist das Problem vom rassistischen Gesichtspunkt kompromißlos in Angriff genommen worden. Meist sind es äußere Unterscheidungen konfessioneller Art, oft Begriffe von „Übergangsbestimmungen“, Annahme des Schutzes „wohlerworbener Rechte von Personen jüdischer Abstammung, deren völkische Haltung außer Frage steht“. Es sollen keineswegs autonome Gesetzgebungsakte fremder Staaten durchaus nach deutschen Maßstäben gemessen werden. Aber es muß doch völlig sachlich festgestellt werden, daß die Bereinigung der Judenfrage nur gehemmt wird durch eine Haltung, die in die Problemstellung eine Art Konkurrenz wirtschaftlicher Art gegenüber den Juden hineinbringt. Die Stellung zur Judenfrage hat mit der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen Juden und Nichtjuden entscheidend nichts zu tun. Ihre Lösung steht und fällt mit der Erkenntnis, daß das Judentum ein *rassistischer* Fremdkörper in einer andersartigen, im ganzen rassistisch verwandten Umwelt ist.

Wie liegen die Voraussetzungen einer Lösungsmöglichkeit der europäischen Judenfrage aber vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt? Der Jude ist nirgends in Europa wirtschaftlich in nennenswertem Maße mit dem Boden verbunden. Jüdische Landwirte sind selten, jüdischen Landpächtern begegnen wir nur in gewissem Umfang im nordöstlichen Ungarn. Damit entfallen Schwierigkeiten, die eine Notwendigkeit der Massenlösung jüdischer Betriebsführer mit sich bringen würden.

Ist der Jude ohne Schwierigkeiten als gewerblicher Betriebsführer, als Industrieller ersetzbar? Solche Schwierigkeiten können in Gebieten auftauchen, wo die Mehrzahl der Betriebe einer bestimmten Branche oder vielleicht der ganze Betriebszweig sich in jüdischer Hand befindet. Insbesondere in Teilen Osteuropas bestehen sie, wo der Ersatz des Juden mangels geeigneter Kräfte schwierig ist. Von Ausnahmen abgesehen, erscheinen diese Schwierigkeiten aber überwindbar, da in fast allen Branchen nichtjüdische Fachleute zur Verfügung stehen dürften, die den Juden zu ersetzen in der Lage sind. Für das Handwerk ist eine schwere Ersetzlichkeit nur für Teile Osteuropas gegeben. In den übrigen Teilen unseres Kontinents spielt der Jude in diesem Beruf keine nennenswerte Rolle. Wesentlich

komplizierter ist die Ersetzungsmöglichkeit der Juden in dem Betriebszweig, der als typisch jüdisch angesprochen wird, dem Handel. Hier ist in der Tat gelegentlich die Ersetzung des Juden nicht ohne Reibung und ohne wirtschaftliche Verluste möglich. Es liegt keine Veranlassung vor zu leugnen, daß solche Reibungsverluste zweifellos auch bei der Umstellung der Wirtschaft im Deutschen Reich eingetreten sind. Aber es kann doch festgestellt werden, daß diese Schwierigkeiten sich in der Praxis als weit geringer herausgestellt haben, als von vornherein zu vermuten war. Unzweifelhaft wird die Umstellung im Handel durch regulierende Einwirkung des Staates erleichtert. Eine solche Einwirkung durch staatliche Lenkung der Aktion kann verhindern, daß privates Gewinnstreben bei Übernahme jüdischer Betriebe sich unerwünscht auswirkt. Ein strenger Zensus nach Vermögen, sachlicher und persönlicher Eignung des Übernehmenden erscheint notwendig. Die Zwischenschaltung von Treuhändern ist im allgemeinen unerwünscht, da bei diesen leicht das Bestreben obwaltet, gleichsam nur die Aktiva des Geschäfts zu übernehmen, die Passiva aber abzulehnen, und ihnen meist auch das eigenverantwortliche Gewinnstreben abgeht. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse dort, wo eine jüdische Übersetzung des Handelsberufs vorliegt, so daß der betreffende Handelszweig bisher fast monopolhaft in jüdischer Hand lag. Das dürfte im ganzen wieder nur für Teile Osteuropas zutreffen. Hier sind zweifellos Übergangsbestimmungen am Platze, selbst die so unbefriedigende Lösung eines nichtjüdischen Treuhänders und eines jüdischen Betriebsführers, damit eine Stockung des Geschäftszweiges vermieden wird. Selbstverständlich liegt der Sinn der Aktion nicht darin, durch Sofortmaßnahmen der Volkswirtschaft Schaden zuzufügen, sondern eben darin, den wirtschaftlichen Schaden zu vermeiden, indem ein qualifizierter Nichtjude die Position des Juden besetzt. Das heißt praktisch: Die Ersetzung des Juden hat *prinzipiell* zu erfolgen, das *Tempo* aber wird durch die bestehende Ersetzungsmöglichkeit bestimmt. Diese dürfte für Nord-, Süd- und Westeuropa Schwierigkeiten nicht bereiten, für Teile Osteuropas sind sie dagegen vorauszusehen.

Für einzelne Zweige der freien Berufe (Advokatur, Arztberuf) sind hier Schwierigkeiten gleichfalls zu erwarten. Als Massenerscheinung treffen sie wiederum nur Teile Osteuropas, während in anderen Gebieten unseres Kontinents eine Ausschaltung der Juden weder das Funktionieren der Rechtspflege noch die Gesundheitspflege des Staates gefährden dürfte. Hier liegt das Problem mehr in dem Ausfall einzelner Juden, nicht in der Unersetzlichkeit des jüdischen Bevölkerungselements in diesen Berufsgruppen.

Wenden wir uns weiter den Möglichkeiten der bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Lösung der Judenfrage zu: Einen Schritt weiter und konsequenter als den der bloßen Dissimilierung der Juden geht der zweite Weg: ihre Ghettoisierung. Hier wird also das Judentum auch räumlich von der nichtjüdischen Bevölkerung isoliert. Die Juden bleiben zwar als Masse innerhalb des nichtjüdischen Siedlungsraums erhalten, werden aber in jüdische Enklaven zusammengedrängt und durch Abschließung von der nichtjüdischen Bevölkerung getrennt. Man pflegt darauf hinzuweisen, daß diese Lösung die historisch gegebene sei, da bereits im Mittelalter der jüdische Wohnbereich, das Ghetto, bestanden habe. Diese historische Beweisführung erscheint unzutreffend. Das Ghetto des Mittelalters war in weit höherem Maße ein *Recht* der Juden als eine Zwangsmaßnahme. Die Juden des Mittelalters, denen eine außergeschäftliche Berührung mit den Gojim⁸ rituell untersagt war, durften in der jüdischen Wohngemeinschaft leben, die zugleich ihre

8 Hebr.: Nicht-Juden (Goi, Plur.: Gojim).

Lebens- und Religionsgemeinschaft, ihre durchaus selbständige kommunale Einheit war. Dem „*jus de non tolerando Judaeis*“⁹ entsprach ebenso deutlich das „*jus de non tolerando Christianis*“ im jüdischen Wohngebiet. Das Ghetto des Mittelalters war seinem inneren Gehalt nach eine wesentlich freiwillige Wohngemeinschaft, die zudem keineswegs eine geschäftliche Berührung von Juden und Nichtjuden ausschloß. Es ist ferner aber daran zu erinnern, daß das mittelalterliche Ghetto keineswegs seine angebliche Funktion, eine Schutzmauer gegen die Juden zu bilden, voll erfüllt hat. Wir finden vielmehr schon sehr früh Klagen der nichtjüdischen Bürger über Vordringen der Juden aus dem Ghetto, fort-dauernde Prozesse zwischen Stadtmagistraten und jüdischen Kahalen¹⁰ bei den Landesherren; wir wissen, daß die Juden durch Geldbestechung, Durchstechereien und mit zahllosen Listen die Ghettomauern gerade dort, wo es für sie geschäftlich wichtig war, zu überwinden und praktisch niederzulegen wußten. Das heutige Ghetto wäre somit, wenn es einen Sinn haben sollte, anders als das mittelalterliche Ghetto, ein Zwangsghetto, ohne Berührung oder Berührungsmöglichkeit mit den Nichtjuden. Praktisch bedeutet das nicht nur die Errichtung einer Ghettomauer, sondern die ständige polizeiliche Bewachung der gesamten Ghettogrenze, das Verbot für Nichtjuden, das Ghetto zu betreten oder sich ihm zu nähern. Das Ghetto nähert sich hier dem Typus einer jüdischen Isolierungszone, wie beispielsweise (aber ausgesprochen als Übergangslösung) der Versuch einer Ghetto-bildung für die Juden in Litzmannstadt.¹¹ Soweit ein solches streng geschlossenes Ghetto nicht geschaffen, sondern nur eine Ghettomauer errichtet wird (wie z. B. in Warschau),¹² eine Reihe wichtiger Behörden aber ihre Amtssitze nach wie vor in dem zum Ghetto erklärten Stadtteil haben, Hauptausfallstraßen durchs Ghetto gehen, sein Betreten also nicht verhindert werden kann, ist das Ghetto praktisch in starkem Maße unwirksam. Eine wirkliche Distanzierung ist nur sehr beschränkt erreicht.

Eine städtische Ghetto-bildung in Europa ist praktisch ungemein schwierig. Die Städte sind organische Einheiten: Verkehrslinien, Autobusse, Straßenbahnen sind zur Bedienung des gesamten Stadtgebietes angelegt. Fernstraßen kreuzen oder schneiden das Ghetto. Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorgung sind einheitlich; der Verbrauch muß abgelesen, Reparaturen müssen hergestellt werden. Es ist unmöglich, ein räumlich so bedeutendes Stück einer Kommune (bis zu $\frac{1}{3}$ der Wohnfläche) einfach aus dem Kommunalkörper herauszuschneiden. Tut man das, so bleibt auch der übrige Teil ein Torso! Das Ghetto als Stadtteil innerhalb einer Stadtgemeinde bedeutet aber auch in mancher anderen Beziehung eine Gefahr. Seuchenübertragung ist auch trotz einer Mauer möglich! Schließlich beansprucht die ständige polizeiliche Überwachung des Ghettos unverhältnismäßig starke Kräfte. Diese zu vermindern, hieße aber wieder die Gefahr einer praktischen Übertretung der Ghettogrenze anwachsen lassen. Ein weiterer Einwand gegen das geschlossene Stadtghetto folgt aus wirtschaftlichen Überlegungen: Das Stadtghetto kann sich

9 Mit diesem lat. Begriff wurde in Mittelalter und früher Neuzeit das Ansiedlungsverbot für Juden in bestimmten Städten und Gebieten umschrieben.

10 Kahal (von hebr. Kehila): Gemeinde.

11 Der für Litzmannstadt zuständige Regierungspräsident von Kalisch, Friedrich Uebelhoer, hatte das Getto, als er dessen Bildung Ende 1939 befahl, ausdrücklich als „Übergangsmaßnahme“ bezeichnet; siehe VEJ 4/54. Es bestand jedoch bis zum Aug. 1944.

12 Das Getto Litzmannstadt war strenger abgeriegelt als – vor allem in der Anfangsphase – das Warschauer Getto, das im Sommer 1940 eingerichtet wurde. In Litzmannstadt hatten die Wachen seit dem Frühjahr 1940 den Befehl, auf Flüchtlinge zu schießen.

selbst aus sich weder mit Industriewaren noch mit Rohstoffen und Heizmaterialien noch auch mit Lebensmitteln versorgen.

Es müßte also die Gesamtheit des Bedarfs eingeführt werden. Diese Einfuhren könnten je Kopf des Ghettobewohners gering sein und das Existenzminimum nicht überschreiten – in ihrer Gesamtheit stellen sie aber eine ständige merkliche Zufuhrbelastung dar und bedeuten praktisch eine Ernährung und Erhaltung der Juden durch die Nichtjuden. Eine Ernährung des Ghettos ist aber selbstverständlich ohne eine wirtschaftliche Gegenleistung des Ghettos undenkbar. Möglichkeit der Gegenleistung besteht nur in der Nutzbarmachung jüdischer Arbeitskraft. Es widerspricht dem Prinzip des geschlossenen Ghettos und der Ausgliederung der Juden, diese Arbeitskraft außerhalb des Ghettos zu verwenden. Ihre Verwendung im Ghetto ist aber nur möglich, wenn Maschinen und Rohstoffe ins Ghetto geliefert werden, eine Arbeitsdienstpflicht eingeführt und ihre Durchführung überwacht wird, kurz, wenn man zur äußeren Bewachung des Ghettos eine ausreichende Innenüberwachung, Organisation und Kontrolle durch eine sicher nicht kleine Zahl nichtjüdischen Aufsichtspersonals hinzufügt. Das wirtschaftliche Ergebnis bleibt immer zweifelhaft, da die ausgenutzte Arbeitskraft ausschließlich durch äußeren Zwang angetrieben wird. Das Resultat von Zwangsarbeit bleibt aber ökonomisch immer unbefriedigend.

Für die meisten Städte des judenärmeren Mittel-, West-, Süd- und Osteuropas kommt eine Ghettoisierung der Juden nicht in Frage, da die Zahl der Juden für eine solche jüdische Kollektivbildung viel zu klein ist. Der praktisch mögliche Weg wäre hier, wenn man über das Stadium einer politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Dissimilation hinausgehen will, die Konzentration der Juden aus ihren bisherigen Wohngebieten in einigen Punkten, wobei man – anders als in Osteuropa – natürlich keine vorhandenen Städte wählen würde, sondern ad hoc erstellte Wohnplätze. Zwischen solchen jüdischen Zwangsaufenthaltsplätzen und den ostjüdischen Zwangsghettos bestünde prinzipiell aber nur ein geringer Unterschied. Es liegt nahe, den sich aus der Bildung städtischer Zwangsghetti ergebenden Schwierigkeiten durch den Vorschlag zu begegnen, ein bestimmtes größeres Territorium auszugliedern und hier die Juden Europas zu konzentrieren. Man hat dabei insbesondere an solche Gebiete gedacht, die besonders judenreich sind und die durch Zusiedlung von Juden und Herausziehung der nichtjüdischen Bevölkerung zu geschlossenen jüdischen Wohngebieten umgestaltet werden können. Diese Pläne haben eine Reihe positiver Seiten, und zwar:

1. die Aktion der Bevölkerungsverschiebung kann zeitlich verteilt werden. Bevölkerungs- und wirtschaftliche Störungen in den Aussiedlungsgebieten können verringert oder verhindert werden.
2. Die Juden werden im Endergebnis radikal aus ihren bisherigen Wohngebieten entfernt. Die Gefahr, die auch das geschlossene Stadtghetto noch darstellt, ist vermieden. Schwierigkeiten kommunalpolitischer Art, wie sie angeführt wurden, fallen fort.
3. Die *Aussiedlung* der Juden auf ein größeres Territorium bietet die Möglichkeit, ihre Stadt- und Landverteilung zu ändern. Die Juden brauchen nicht wie im Stadtghetto von den Nichtjuden erhalten zu werden, sondern haben die Möglichkeit, selbst Land zu bestellen, Vieh zu halten, Lebensmittel zu erzeugen und sich zu ernähren. Es ist bekannt, daß man, diesen Plänen folgend, vielfach an die Bildung einer solchen „Judenreservation“ im östlichen Teil des heutigen GG., im Distrikt Lublin, gedacht hat, die die Juden des Großdeutschen Reiches und des übrigen Teiles des Generalgouvernements, eventuell später auch die Juden des übrigen Europas aufnehmen könne.¹³ So bestechend auf den

ersten Blick diese Pläne scheinen, so schwerwiegend sind doch auch die dagegensprechenden Argumente.

1. Eine Konzentration der Juden in einem solchen Teil Europas (beispielsweise im heutigen Distrikt Lublin) bedeutet eine Bevölkerungsverschiebung von rund 5 Millionen umzusiedelnden Juden und 2,7 Millionen auszusiedelnden Nichtjuden, davon etwa 2 ¼ Millionen Polen und 200 000 Ukrainer, zusammen also eine *Bevölkerungsbewegung in Europa von 7,7 Millionen Menschen*. Welche Bedeutung diese Ziffer hat, geht daraus hervor, daß die in der neueren Geschichte größten Bevölkerungsverschiebungen (griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch, Zwangsverdrängung der Deutschen aus Polen) je 1 Million Menschen betrafen, daß die deutsch-russischen Umsiedlungen bisher ½ Million Menschen kaum überstiegen haben.

2. Zum anderen erweist sich die Unterbringung der ausgesiedelten Nichtjuden in Europa als überaus schwierig. Im überfüllten Generalgouvernement ist sie beispielsweise praktisch undurchführbar, Wander- und Saisonarbeit ist nur eine Zwischenlösung. Eine Aussiedlung in andere Teile Europas ist kaum denkbar. Es bliebe die Auswanderung. Das bedeutet, daß man Nichtjuden zur Auswanderung aus Europa veranlassen würde, um Juden in Europa anzusiedeln!

3. Ist zu prüfen, ob ein solches Gebiet ausreichend wäre, um die Gesamtheit der Juden Europas aufzunehmen. Nehmen wir als Beispiel den Distrikt Lublin. Er hat eine Größe von 26 800 qkm und eine Bevölkerung von etwa 2,7 Millionen Einwohnern, d. h. eine durchschnittliche Dichte von 101 Einwohner je qkm. Abzüglich eines sicherlich notwendigen Schutzstreifens von etwa 10 km Breite um den jüdischen Ansiedlungsrayon verbleibt eine Fläche von etwa 25 000 qkm mit heute rund 2 ½ Millionen Einwohnern. Nimmt man theoretisch die Konzentration aller europäischen Juden in diesem Gebiet an, so würde die Bevölkerungszahl gegenüber dem heutigen Stand um das Dreifache steigen, die Bevölkerungsdichte 320 Einwohner je qkm erreichen, also weit höher sein als die Bevölkerungsdichte des dichtbesiedelten deutschen Altreichs mit 135 und Englands mit 271 Einwohnern je qkm. Und das in einem Gebiet, dem nicht nur alle Industrie fehlt, sondern jede Art industrieller Voraussetzung, dessen Landwirtschaft schon nach ihrem heutigen Stande zu 40 v. H. als „übersetzt“ angesprochen wird!

4. Ein solches „Massenghetto“ kann ebensowenig wie die Stadtghettos wirtschaftlich aus sich leben. Es ist zu seiner Erhaltung auf den Import angewiesen. Kurz, die dort aufgezeigten Probleme kehren hier, nur in vergrößertem Maße, wieder.

5. Gibt es keinen Teil Europas, der als Wohngemeinschaft der Juden in Frage kommt. Das gilt insbesondere nicht für ein ausgesprochen peripheres Gebiet Mitteleuropas, das Grenzland zu einem europäisch-asiatischen Riesenstaat ist.

6. Die Bewachung der äußeren Grenzen eines solchen Riesenghettos erfordert gewaltige personelle Aufwendungen, die als fixe, nicht werbende Kosten das Land, das diese Überwachung übernimmt, belasten.

Die letzte Möglichkeit einer bevölkerungspolitischen Radikallösung der Judenfrage ist die Veranlassung *einer Auswanderung der Juden aus Europa*.

13 Vorübergehend hatte es Pläne gegeben, im Osten des besetzten Polens ein „Judenreservat“ zu schaffen; siehe VEJ 4/65. Im März 1940 verwarf Hitler diese Idee jedoch bereits wieder; siehe VEJ 4, S. 34. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen waren im Herbst 1939 etwa 5000 Juden nach Nisko im Distrikt Lublin deportiert worden; siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

DOK. 172

**Die SS-Führung weist den Wissenschaftsminister am 27. März 1941 an,
Martin Buber den Dokortitel entziehen zu lassen¹**

Schreiben des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei (A 15 b [neu] – B. 555) im RMdI, i. A. gez. Engelmann,² an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung³ (Eing. 3.4. 1941) vom 27. 3. 1941 (Abschrift)

Betrifft: Entziehung des Dr.-Titels.

Vorgang: Ohne.

Gegen den Juden Martin Israel *Buber*,⁴ geboren am 8. 2. 1878 in Wien, letzter inländischer Wohnsitz: Heppenheim a.d.B., jetziger Aufenthalt: Palästina, habe ich ein Verfahren auf Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 7. 1935 (Reichsgesetzblatt I, Seite 480 ff.)⁵ eingeleitet. *Buber* hat im Jahre 1904 an der Universität in Wien zum Dr. phil. promoviert.

Ich bitte, hinsichtlich der Entziehung des Dr.-Titels das Weitere zu veranlassen.⁷

DOK. 173

**Willy Cohn hält am 1. April 1941 in seinem Tagebuch fest, dass er von der
Ermordung jüdischer Geisteskranker in Chelm bei Lublin gehört hat¹**

Handschriftl. Tagebuch von Willy Cohn, Breslau, Eintrag vom 1.4. 1941

Breslau, Dienstag. Heute war für mich schon ein sehr bewegter und anstrengender Tag; ich halte ja leider nicht viel aus! Beim Milchholen lange gewartet; Bank; dort die Freude gehabt, daß von der Lehranstalt 100 Mark eingegangen waren. Ich hänge ja nicht sehr am

1 DÖW, 8496. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 261.

2 Vermutlich: Heinz-Günther Engelmann (1913–1999), Jurist; 1937 NSDAP-, 1939 SS-Eintritt, 1941 SS-Obersturmführer; Kriminalrat, im Amt V (Kriminalpolizei) des RSHA tätig.

3 Bernhard Rust (1888–1945), Lehrer; 1925 NSDAP-Eintritt, 1930–1945 MdR, 1932–1940 Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, 1933 SA-Gruppenführer; 1933 preuß. Staatsrat, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, 1934–1945 REM; nahm sich das Leben.

4 Dr. Martin Buber (1878–1965), Religionsphilosoph, Schriftsteller; Schriftleiter verschiedener jüdischer Zeitungen, 1930–1933 Professor für Jüdische Religionslehre und Ethik in Frankfurt a. M., 1933–1938 Leiter der Mittelstelle für Jüdische Erwachsenenbildung, 1935 Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer; emigrierte 1938 nach Palästina und wurde Professor in Jerusalem.

5 Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.

6 Im Original durchgestrichener Einschub: „in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Widerruf des Staatsangehörigkeitserwerbes in der Ostmark vom 11.7. 1939 (Reichsgesetzblatt I, Seite 123)“.

7 Mehrere solcher Briefe des Reichsführers-SS an den Wissenschaftsminister waren Anlass für eine Sitzung in der Wiener Universität am 8. 5. 1941, in der 18 jüdischen Doktoren der Titel entzogen wurde, darunter Martin Buber, der am 26. 5. 1941 ausgebürgert wurde; Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, hrsg. von Michael Hepp, München u. a. 1985, S. 500–502.

1 CAHJP, P88/102, Bl. 1 D – 123. Abdruck in: Cohn, Kein Recht (wie Dok. 8, Anm. 1), S. 921f.

Gelde, aber man braucht es schließlich doch zum Leben. Und ich muß ja überhaupt noch besonders dankbar sein, daß ich verdienen darf. Auf der Bank aber auch einen sehr traurigen Eindruck gehabt. Ich sah gerade, wie ein älterer Jude eine Rechnung der Irrenanstalt Chelm bei Lublin² bezahlte. Das ist die Anstalt, von der erzählt wird, daß man dort alle jüdischen Geisteskranken umbringt. Ich fragte ihn voll Mitgefühl, ob er für jemanden bezahlt, der hoffentlich noch am Leben ist; worauf er sagte, seine Frau lebe jedenfalls nicht mehr. Ich fragte ihn, wo sie vorher gewesen sei: „In Braniß“,³ und ob sie ganz wahnsinnig gewesen sei, worauf er sagte, sie habe eine Manie gehabt. Es ist grausig, wie man mit den kranken Menschen verfährt. Auch ein früherer Schüler von mir, Mamlok aus Militsch, ist dort an „Kreislaufschwäche“ gestorben; man schickt dann einfach Todesanzeigen mit solchen Diagnosen. Die Nachricht hatte mich so mitgenommen, daß ich mich dann in der Straßenbahn ein Stück verfahren habe.

Archiv: Die sehr interessanten Akten aus Sagan weiter geordnet; wenn man Zeit hätte, das alles durchzusehen. Überraschenderweise kam dann Susannchen⁴ mit Hanna Schmollny. Sie wollten eigentlich auf den Tippelmarkt und hatten sich verfahren. Zuerst war ich etwas erschrocken, weil ich dachte, Trudi⁵ ließe mir etwas sagen, aber dann habe ich mich sehr gefreut. An meinen Sachen konnte ich heute nicht arbeiten, was auch weiter kein Unglück ist.

Der Pfarrer aus Tarnowitz war wieder da. In den K.Z. sollen in jeder Nacht drei Menschen sterben; am nächsten Morgen müssen dann beim Appell die Decken der Toten zur Stelle sein. In Oberschlesien sind die Polen auf halbe Lebensmittelrationen gesetzt worden. Aus der Zeitung bemerkenswert: Die Italiener geben die schweren Verluste in der Seeschlacht im Mittelmeer zu. Sie haben u. a. drei Kreuzer verloren.⁶ In Jugoslawien ist eine sehr scharfe antideutsche Bewegung ausgebrochen! Ich glaube, daß Italien nicht mehr lange mitmachen wird. Aber alle Rückschläge werden uns deutsche Juden treffen.

Mit den Kindern nach dem Neumarkt gegangen; wir dachten, es wäre Topfmarkt, das war aber nicht der Fall. Die beiden Mädels in die Straßenbahn 18gesetzt; ich selbst mit der 9 zur Gemeinde, um die Lebensmittelkarten abzuholen, die Frl. Silberstein für uns besorgt hat.

Viele Leute gesprochen, auf der Straße lief ich gerade dem alten Leß in die Hände, den ich ja nicht sehr schätze und der mit mir wegen der Notizen im Nachrichtenblatt sprach, dann längere Zeit Dr. Pex gesprochen. Er sprach sich sehr lobend über Trudis Arbeit im Kursus aus, über den ich ja nicht sehr glücklich bin, aber andererseits freut es mich, daß Trudi Anerkennung findet, woran ich auch gar nicht gezweifelt habe. Ella nur im Vorbeigehen begrüßt. Mit Hannah Lemm, der Tochter des Rabbiners, der schönen Krankenschwester bis zur Viktoriastraße gefahren. Sie scheint ein sehr kühler Mensch zu sein; wir

2 Die vormalig poln. psychiatrische Anstalt Cholm (Chelm), deren Patienten bereits ermordet worden waren, wurde als Deckadresse genutzt, um die Morde an jüdischen Patienten in den „Euthanasie“-Mordzentren im Reich zu verschleiern. Die Angehörigen bekamen die Meldung, dass der Patient in der Irrenanstalt Cholm verstorben sei; siehe Einleitung, S. 32, und Dok. 201 vom 13.8.1941.

3 Gemeint ist der Ort Branitz (Branice) im Kreis Leobschütz (Głubczyce). 1600 Patienten waren 1940 in der dortigen Heil- und Pflegeanstalt untergebracht.

4 Susanna Cohn.

5 Gertrud Cohn.

6 In der Schlacht bei Kap Matapan vernichtete die brit. Mittelmeerflotte am 29.3.1941 drei schwere Kreuzer und zwei Zerstörer der ital. Flotte.

unterhielten uns über ihren Bruder; sie hatten in letzter Zeit 3 Rote-Kreuzbriefe von ihrem Bruder aus Jerusalem; er scheint dort auf die Schule zu gehen. Wir warten doch so sehr auf Nachrichten von den Kindern!⁷

DOK. 174

Heydrich lässt am 2. April 1941 mitteilen, wegen der zu erwartenden „Lösung der allgemeinen Judenfrage“ seien keine Renten mehr an Juden im Ausland auszuzahlen¹

Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (IV A 3 c – Nr. 164/41 allg.), i. A. gez. Jagusch, an das Auswärtige Amt, z. Hd. Leiter der Abteilung Deutschland, SA-Standartenführer Gesandter Luther, Berlin, vom 2. 4. 1941 (Abschrift)²

Betrifft: Überweisung von Rentenzahlungen und Beschaffung von Urkunden für Emigranten.

Bezug: Dort. Schreiben vom 113. 1941 – D III 1975 –,³

Die von der Reichsregierung beabsichtigte und in absehbarer Zeit zu erwartende Lösung der allgemeinen Judenfrage und die Neuregelung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse für Juden wird auch eine Klärung hinsichtlich der von Juden aus ihrem früheren Arbeits- und Dienstverhältnis erworbenen Rechte bringen. Unter Berücksichtigung dessen werden gegen die Überweisung von Barleistungen aus Mitteln der Sozialversicherung usw. an Juden unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicherheitspolizeiliche Bedenken erhoben, zumal der Verdacht nicht unbegründet ist, daß diese Geldmittel von den empfangsberechtigten Personen ganz oder teilweise deutschfeindlichen Organisationen oder Zwecken zur Verfügung gestellt werden. Es erscheint vielmehr angebracht, die jeweils fällig werdenden Renten usw. auf Sperrkonten zur ausschließlichen Verwendung im Inlande einzahlen zu lassen.

Urkunden und sonstige Ausweispapiere, die von jüdischen Emigranten zur Weiterwanderung benötigt werden, sind zweckmäßig unmittelbar bei den für die Ausfertigung zuständigen innerdeutschen Dienststellen zu beantragen.

Ich bitte, das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin entsprechend zu unterrichten.⁴

7 Wolfgang und Ernst Abraham Cohn.

1 PAAA, R 99369, Nr. 5451, Bl. 62 + RS.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Bearbeitungsstempel und Dienststempel des RFSSuChdDtPol im RMdI.

3 Am 113. 1941 hatte das AA eine Stellungnahme zur Frage der Weiterzahlung von Versorgungsbezügen an in Frankreich internierte Juden erbeten; wie Anm. 1, Bl. 59.

4 Zahlreiche im Camp de Gurs internierte Juden bemühten sich über das Deutsche Rote Kreuz um die Übersendung amtlicher Unterlagen aus dem Reich zwecks Auswanderung in die USA.

DOK. 175

**Preußische Zeitung: Artikel vom 5. April 1941 über die
Ausstellung „Der ewige Jude“ in Königsberg¹***Juden ohne Maske ...**Ausstellung „Der ewige Jude“ in Königsberg sehr gut besucht²*

Überall, wo sich der Jude niederläßt, bildet er ein Volk im Volk, einen Staat im Staat. Dessen Gesetze haben für ihn keine Gültigkeit, denn er muß nach seinen jüdischen Gesetzen leben und so handeln, wie es der Judengott von ihm verlangt. Alle seine Schwüre vor den Gerichten legt er zum Schein ab. Die Wahrheit zu sagen ist nach dem Talmud, dem jüdischen Gesetzbuch, eine Todsünde. Er ist ein vorzüglicher Täuscher, so daß die Völker gar nicht merken, welcher Parasit an ihrem Volkskörper zehrt. Wird man auf seine zersetzende Wirkung aufmerksam, dann ist es zur Abwehr meist zu spät. Das Gastvolk, zu dessen Herrscher er sich gemacht hat, stürzt unweigerlich ins Verderben. Was dem Gastvolk heilig ist, zerrt er in gemeinster Weise in den Dreck und verspottet es.

Die *bis zum 14. April* in der Königsberger Stadthalle dauernde Ausstellung „Der ewige Jude“, die sich eines sehr guten Besuches erfreut, bringt genug Beispiele der zersetzenden Tätigkeit des jüdischen Volkes. Immer dann, wenn sich der Jude auf der Höhe seiner Macht glaubt, wird er unvorsichtig und läßt in grausamster Brutalität seine wahren Ansichten und Absichten erkennen.

„Unter jüdischer Führung entstand in Frankreich 1936“, so lesen wir auf einer der ausgehängten Tafeln als Text zu mehreren Bildern: „die marxistische Volksfrontregierung. Sie hatte von 90 Mitgliedern 40 Juden in ihren Reihen und entfesselte einen Kampf aller gegen alle. Nachdem sie die Macht im Staat angetreten hatte, zerrüttete sie die politische Macht und die wirtschaftliche Kraft Frankreichs und machte es reif für seinen vollständigen Zusammenbruch.“³

Jede militärische Macht ist dem Juden verhaßt, weil sie ihn an dem Ziel der Erringung der Weltherrschaft hindert und auch daran, ein Volk gewissenlos auszuplündern. Frankreich erlebte um die Jahrhundertwende herum den Fall Dreyfuß.⁴ Auch darüber berichtet eine der Tafeln mit Bildern unter der Überschrift: „Der Fall Dreyfuß – oder das Judentum gegen die französische Armee“. „Die französische Armee war die letzte völkische Bastion, die der Herrschaft des Judentums im Wege stand. Sie mußte gebrochen werden. Der Jude Dreyfuß, Hauptmann im Generalstab, wird wegen Landesverrats zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Das Judentum sieht in dieser Verurteilung eine schwere

1 Preußische Zeitung, Nr. 95 vom 5.4. 1941, S. 9. Die 1931gegründete Preußische Zeitung erschien in Königsberg und war ein amtliches Nachrichtenblatt aller staatlichen und städtischen Behörden. 1945 stellte sie ihr Erscheinen ein.

2 Die Wanderausstellung „Der ewige Jude“ wurde am 8. 11.1937 von Joseph Goebbels im Deutschen Museum in München eröffnet und in mehreren Städten gezeigt. Allein bis Ende Dez. 1937 sollen über 300 000 Menschen die Ausstellung besucht haben.

3 Die linksliberale, von den Kommunisten geduldete Koalition der Front populaire stellte 1936/37 unter Léon Blum (1872 – 1950) die franz. Regierung.

4 Der franz. Offizier jüdischer Herkunft Alfred Dreyfus (1859 – 1935) war 1894 wegen angeblichen Landesverrats zu lebenslanger Verbannung und Haft verurteilt worden. Die „Dreyfus-Affäre“ spaltete die franz. Gesellschaft jahrelang in liberale Unterstützer und nationalistische Gegner. 1906 wurde das Urteil aufgehoben.

Gefahr für seine politische Machtstellung. Durch eine Revision und den Nachweis der angeblichen Unschuld von Dreyfuß soll der Einfluß der Armee ausgeschaltet werden. Das Weltjudentum, Bestechung, Korruption, Beseitigung unliebsamer Regierungen und politischer Personen sind die Kampfmittel. Im erbittertsten Ringen wurde die Armee nach zwölf Jahren besiegt. Dreyfuß wurde begnadigt, später das Urteil gegen ihn aufgehoben. Seine Unschuld konnte mit Sicherheit nie festgestellt werden. Das Judentum aber hatte gesiegt.“

In der jüdischen Gesetzsammlung Talmud, Pesachim 112, heißt es über die „tapferen“ jüdischen Soldaten: „Wenn Du in den Krieg ziehst, so gehe nicht zuerst, sondern zuletzt, damit Du zuerst heimkehren kannst.“ An diesem Grundsatz hat das Judentum immer festgehalten. Genug Beispiele sind uns aus dem Weltkriege her noch bekannt, wie der Jude zwar auch den feldgrauen Rock trug, sich aber in der Etappe herumtrieb und die Widerstandskraft der Front durch üble Hetzereien zerfetzte. Der Jude Tucholsky drückte seine Auffassung über Soldatentum, die mit ihm im Grunde ihres Denkens alle Semiten teilen, folgendermaßen aus: „Ich habe mich drei Jahre im Krieg gedrückt, wo ich nur konnte – und ich bedaure, daß ich nicht wie der große Karl Liebknecht den Mut aufgebracht habe, nein zu sagen und den Heeresdienst zu verweigern. Dessen schäme ich mich. So tat ich, was ziemlich allgemein getan wurde, ich wandte viele Mittel an, um nicht erschossen zu werden und um nicht zu schießen.“⁵

Das ist eine echte jüdische Mentalität. Jedes ihm von seinem Gastvolk gewährte Recht auszunutzen und dann gar mit Füßen zu treten, sich aber vor den Pflichten eines Staatsbürgers zu drücken. Wehe dem Volk, das den getarnten Juden unter der Maske eines Biedermannes nicht erkennt! Die Ausstellung „Der ewige Jude“ in Königsberg gibt eine ganze Reihe überzeugender Beispiele jüdischer Heuchelei und die entsetzlichen Folgen für die Völker.⁶ Jeder Deutsche muß sie kennen, um sich und sein Vaterland davor zu schützen.

DOK. 176

Abteilungsleiter Tießler informiert den Stab des Stellvertreters des Führers am 21. April 1941 über Goebbels' Vorschlag, die Juden zu kennzeichnen¹

Vorlage von Walter Tießler (Paraphe, Ti/Wk),² Berlin, vom 21.4. 1941

Vorlage

Da die Evakuierung der Juden aus Berlin leider zunächst nicht in dem gewünschten Maße vor sich gehen kann, hat Dr. Goebbels Anweisung gegeben, ihm ein Abzeichen für Juden vorzuschlagen. Dieses soll entweder am Rockaufschlag und Mantel oder in Form eines Ärmelstreifens getragen werden.³

⁵ Die Aussage Kurt Tucholskys erschien in der Wochenzeitschrift Die Weltbühne, Nr. 13 vom 30. 3. 1926, in dem Artikel „Wo waren Sie im Kriege, Herr –?“ unter seinem Pseudonym Ignaz Wrobel.

⁶ So im Original.

¹ BArch, NS 18/114, Bl. 73.

² Walter Tießler (1903–1984), Speditionskaufmann; 1922 SA-, 1925 NSDAP-Eintritt; 1926–1930 Gau-

Bedenken, daß die ausländische Presse uns deswegen kritisieren könnte, wies er schon allein mit der Begründung zurück, daß die Polinnen in Berlin auch ein P und die jüdischen Straßenarbeiter gelbe Armbinden tragen.⁴ Im übrigen hält er die Maßnahme deswegen für notwendig, weil die Juden mit der Zeit immer frecher geworden sind. Die Bannzone⁵ wird von ihnen in keiner Hinsicht eingehalten, z. T. haben sie sogar versucht, negative Stimmung zu erzeugen. Aus diesem Grunde müßten sie gekennzeichnet und, wenn sie die Abzeichen nicht tragen, ins Konzentrationslager gebracht werden.

DOK. 177

**Der Vorstand der Rosenthal-Porzellan AG bittet das Reichsjustizministerium
am 21. April 1941 darum, den Firmennamen beibehalten zu dürfen¹**

Schreiben des Vorstands der Rosenthal-Porzellan Aktiengesellschaft, Unterschriften unleserlich,² Marktrechwitz, an das Reichsjustizministerium, z. Hd. Landgerichtsrat Hefermehl,³ vom 21.4. 1941⁴

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat!

Betr.: Entjudung von Firmennamen.

Unter dem 27.3. 1941 ist eine Verordnung herausgekommen,⁵ wonach binnen 4 Monaten alle Firmennamen zu ändern sind, die von früheren jüdischen leitenden Persönlichkeiten des betreffenden Unternehmens stammen.

Eine Rücksprache mit Ihnen brachte uns die Aufklärung, daß wir grundsätzlich unter dieses Gesetz fallen würden, wenn unser Firmenname nichts anderes darstellt als eine rein personelle Anknüpfung an den Namen des Gründers und früheren Vorstandsmitgliedes Philipp Rosenthal.⁶

propagandaleiter von Halle-Merseburg, 1934 bei der Reichspropagandaleitung in München, 1940 Abteilungsleiter für Propaganda im Stab des StDF, 1944 Verbindungsmann der Partei-Kanzlei zu Generalgouverneur Frank; starb in München.

3 Eine von Goebbels bereits 1938 angeregte Kennzeichnung von Juden war aus außenpolitischen Gründen verworfen worden. Auch der SD hatte entsprechende Vorschläge gemacht; siehe VEJ 2/149. Am 1.9. 1941 wurde die Kennzeichnung schließlich eingeführt, siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

4 Nach einer Polizeiverordnung vom 8.3. 1940 waren im Reich eingesetzte poln. Zivilarbeiter und -arbeiterinnen gezwungen, ein „Polenabzeichen“ an ihrer Kleidung zu tragen, RGBl., 1940 I, S. 555. Eine Kennzeichnung jüdischer Straßenarbeiter war nicht angeordnet, in verschiedenen Firmen und Orten aber praktiziert worden.

5 Im Dez. 1938 hatte der Berliner Polizeipräsident über das Regierungsviertel, das Messegelände, öffentliche Badeanstalten sowie über sämtliche Veranstaltungsorte für Sport und Kultur einen „Judenbann“ verhängt. Juden, die in der Umgebung wohnten, benötigten einen Passierschein; Jüdisches Nachrichtenblatt (Berliner Ausg.), Nr. 4 vom 6. 12. 1938, S. 2.

1 BArch, R 300 1/20520, Bl. 12–14.

2 Den Vorstand der Rosenthal-Porzellan Aktiengesellschaft bildeten Paul Klaas und Otto Zöllner.

3 Dr. Wolfgang Hefermehl (1906–2001), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; 1934–1945 im RJM tätig, zuletzt Oberlandesgerichtsrat; 1942 SS-Hauptsturmführer; von 1956 an Professor in Mannheim, seit 1959 in Münster, von 1961 an in Heidelberg.

4 Im Original handschriftl. Vermerke und Unterstreichungen.

5 VO über Firmen von entjudeten Gewerbebetrieben vom 27.3. 1941, RGBl., 1941 I, S. 177.

6 Philipp Rosenthal (1855–1937) hatte die Porzellanfabrik 1879 gegründet.

Zur Sache selbst möchten wir vorweg bemerken, daß unsere Gesellschaft insofern niemals als nichtarisch betrachtet werden konnte, als Herr Geheimrat Rosenthal und seine Familie zusammen noch nicht einmal 20 % des Gesellschaftskapitals besaßen bzw. beherrschten. Im übrigen stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Name „Rosenthal-Porzellan“ in Deutschland und vor allen Dingen in der gesamten Welt ein reiner Sachbegriff geworden ist und daß wohl bei keinem Kenner oder Käufer irgendwelche Gedankenverbindungen personeller Natur auftreten. Dieser unserer Anschauung haben wir bereits im Jahre 1938 dadurch sichtbar Ausdruck gegeben, daß wir die frühere Firma: „Porzellanfabrik Philipp Rosenthal & Co. A.G.“ in: „Rosenthal Porzellan A.G.“ abgeändert haben. Rosenthal-Porzellan besitzt seit 50 Jahren anerkannten Weltruf und ist insbesondere im Ausland zum Inbegriff der Spitzenqualität des Porzellans geworden. Der Name „Rosenthal“ in Verbindung mit Porzellan hat in der Welt das gleiche Ansehen wie die Namen der international bekannten Manufakturen Sèvres, Kopenhagen, Wedgwood und Doulton. Die Bedeutung des Begriffs „Rosenthal-Porzellan“ im Auslande wird noch unterstrichen durch eine Reihe eigener Niederlagen⁷ und Vertriebsgesellschaften, z. B. in Amerika, Schweden, Norwegen, Italien, Rumänien, Ungarn, Schweiz.

Eine solche Weltmarke läßt sich ohne weiteres durch einen Federstrich vernichten, aber nur in vielen Jahren unter Aufwendung riesiger Geldmittel wieder schaffen. Die Schädigung, die dem Ansehen deutscher Qualitätserzeugnisse in der Welt durch eine Vernichtung des Begriffs „Rosenthal-Porzellan“ zugefügt wird, ist jedenfalls so beträchtlich, daß es keinesfalls vertretbar ist, auf uns eine Verordnung anzuwenden, die im Grunde auf unsere Firma nicht zugeschnitten ist.

Wir bitten deswegen, sich unserer Anschauung, daß der Name „Rosenthal-Porzellan“ in der ganzen Welt einen Sachbegriff darstellt, anzuschließen, da in diesem Fall die Verordnung auf unsere Gesellschaft bzw. unseren Firmennamen nicht angewandt werden könnte.⁸

Heil Hitler!

DOK. 178

Die Reichsvereinigung und die Kultusgemeinden in Wien und Prag einigen sich am 22. April 1941 auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Schiffsplätze in die USA¹

Vereinbarung zwischen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung/Hilfsverein, gez. Victor Israel Löwenstein,² und der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, i. A. gez. Robert Israel Prochnik,³ vom 22.4. 1941

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin
die Israelitische Kultusgemeinde in Wien
die Jüdische Kultusgemeinde in Prag
 vereinbaren:

⁷ Gemeint sind: Niederlassungen.

⁸ Nach längerem Briefwechsel stimmte das RJM am 25.8. 1941 zu; wie Anm. 1, Bl. 128.

¹ YVA, O7CZ/128.

² Victor Löwenstein (1885–1943), Prokurist; 1922–1938 Leiter der Rechtsabt. der Bayerischen Hypo-

1.) In Fortführung der Abmachung vom 12.VI. 1940⁴ erfolgt die Erwerbung von Schiffsplätzen für den Zweck der Auswanderung nach USA durch jede der genannten Organisationen auch weiterhin ausschließlich zur gemeinsamen Verfügung nach Maßgabe der vereinbarten Verhältnisse.

2.) Die Verwendung der Schiffsplätze erfolgt nach dem Verteilungsschlüssel:

Altreich – 56 $\frac{2}{3}$ %

Ostmark – 33 $\frac{1}{3}$ %

Protektorat – 10 %

Etwa von der Jüdischen Kultusgemeinde Prag für Auswanderer aus dem Protektorat nicht benötigte Plätze fallen zu gleichen Teilen an das Altreich und die Ostmark.

3.) Diese Vereinbarung gilt für sämtliche neu anfallenden Passagen, d. h. sowohl für Schiffsplätze, die durch den Joint beschafft, als auch für solche, die durch Reisebüros zur Verfügung gestellt werden, wobei zu letzteren auch diejenigen Plätze zählen, die einzelne Auswanderer von Reisebüros erhalten, sofern der aus den Mitteln einer der Organisationen zu den Kosten dieser Passagen zugeschossene Betrag \$ 40,- pro Person übersteigt.

Die in der beiliegenden Aufstellung⁵ verzeichneten Schiffsplätze sind ausgenommen, jedoch wird die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bemüht sein, Auswanderern aus der Ostmark und dem Protektorat, deren Visa im Juni abzulaufen drohen, nach Möglichkeit zeitgerechte Passagen zu geben.

4.) Der Geltungsbereich dieser Abmachung erstreckt sich sowohl auf die gegenwärtig in Betracht kommenden Schiffsrouten (z. B. Lissabon) als auch auf die sich in Zukunft etwa wieder ergebenden (z. B. Japan) sowie auf den Eisenbahnweg, soweit diese Verkehrsmittel zur Erreichung von USA benutzt werden können.

Bezüglich aller übrigen Auswanderungsziele wird ein einvernehmliches Vorgehen vereinbart.

5.) Diese Vereinbarung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft, bedarf jedoch noch der Zustimmung der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag, welche sich mit der Quote von 10% bereits einverstanden erklärt hat.

6.) Dieses Abkommen kann von jeder der beteiligten Organisationen nach Ablauf einer Vertragsdauer von 3 Monaten mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen gekündigt werden.

theken- und Wechselbank in München, 1938 in den Vorstand des Hilfsvereins nach Berlin berufen, von 1939 an für die Auswanderungsabt. der Reichsvereinigung tätig, kam bei einem Fliegerangriff ums Leben.

³ Robert Prochnik (1915–1977) konnte nach dem Anschluss Österreichs sein Jurastudium nicht beenden, von 1938 an Mitarbeiter der IKG Wien, im Mai 1940 nach Berlin beordert, 1941 Rückkehr nach Wien; 1942 nach Theresienstadt deportiert, von 1943 an im Ältestenrat tätig; nach dem Krieg Mitarbeiter des Joint in München und Paris, lebte später in London und war Direktor eines Stahlwerks.

⁴ Im Juni 1940 war zwischen den jüdischen Vertretungen für die Verteilung von Schiffspassagen ein Schlüssel von 5:1:1 für Berlin, Wien und Prag vereinbart worden.

⁵ Liegt in der Akte.

DOK. 179

Die VUGESTAP informiert in einem Merkblatt über die Modalitäten der Versteigerung jüdischen Eigentums in Wien am 3. Mai 1941¹

Merkblatt und Legitimationskarte der VUGESTAP² vom 3.5.1941

VUGESTAP
Wien, I., Bauernmarkt 24.

Merkblatt!

Der Verkauf der von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Wien beschlagnahmten Umzugsgüter jüdischer Emigranten erfolgt durch die hierfür organisierte Verwaltungsstelle „D u g e s t a p“ Wien, I., Bauernmarkt 24, nach folgenden Richtlinien:

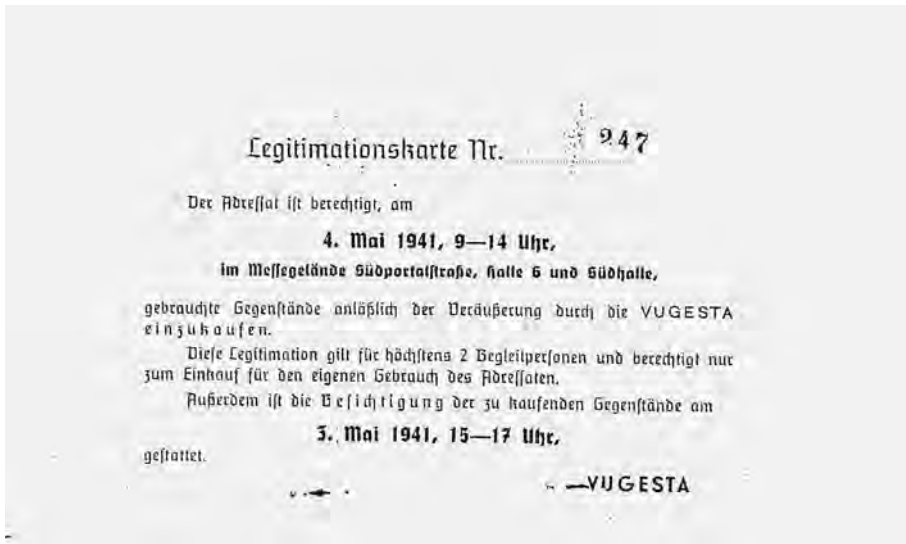
- 1.) Der Verkauf erfolgt getrennt nach Einrichtungsgegenständen (Möbel, Teppiche, Bilder) und Gebrauchsgegenstände (Kleider, Wäsche, Geschirr).
- 2.) Jeder Volksgenosse, der Gegenstände erwerben will, hat einen entsprechenden Antrag an die „D u g e s t a p“ zu stellen.
- 3.) Die Antragsformulare (A für Möbel, B für Gebrauchsgegenstände) werden durch die Ortsgruppen der NSDAP an die Volksgenossen ausgegeben. Gleichzeitig mit der Ausgabe des Antragsformulars erfolgt die Befristung der Ortsgruppe über die Zuverlässigkeit und Würdigkeit des Antragstellers. Sodann hat derselbe den Antrag seinem Betriebsführer vorzulegen, der das Netto-Monatseinkommen im Antrag befrichtigt.
- 4.) Die Anträge sind gut leserlich, womöglich mit Schreibmaschine, auszufertigen, sodann ausnahmslos **per Post** an die „D u g e s t a p“ Wien, I., Bauernmarkt 24, einzusenden. Persönliche Abgabe der Anträge oder Vorprache bei der „D u g e s t a p“ ist ausgeschlossen.
- 5.) Trotz der äußerst umfangreichen Verkaufsaktion ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Antragsteller derart groß sein wird, daß eine Zuteilung an alle Bewerber unmöglich ist. Die „D u g e s t a p“ übernimmt daher keinerlei Gewähr auf Berücksichtigung des einzelnen Antrages.
- 6.) Jeder Käufer ist nur berechtigt, zum persönlichen Gebrauch für sich und seine Angehörigen zu kaufen. Jeder Handel mit den von der „D u g e s t a p“ erworbenen Gütern ist strengstens verboten.
- 7.) Der Verkauf findet am Gelände der Wiener Messe und zwar in der Halle 1 und 2, Nordpostallstraße, statt. Die Interessenten werden von den Verkaufstagen mittels Karte verständigt, die gleichzeitig auch die Legitimationskarte des Käufers darstellt und beim Einkauf abgegeben werden muß. **Der Verkauf ohne Legitimationskarte ist ausgeschlossen.**
- 8.) Alle Gegenstände gelangen zu Preisen zum Verkauf, die aus dem Schätzwert und den äußerst niedrig gehaltenen Verkaufspreisen gebildet werden. Die angeführten Preise sind daher ohne weitere Zuschläge zu bezahlen; eine Versteigerung findet nicht statt.
- 9.) Der Käufer übernimmt die erworbenen Gegenstände in ihrem tatsächlichen Zustand und ist verpflichtet, sie innerhalb von 3 Tagen auf seine Kosten und Gefahr abtransportieren zu lassen.
- 10.) Der Verkauf erfolgt gegen Barzahlung. Um jedoch minderbemittelten Volksgenossen die Erwerbung von Einrichtungsgegenständen zu ermöglichen, kann bei einem RM 300.— übersteigenden Kaufpreis für den Mehrbetrag ein Kaufkredit bewilligt werden. Dieser beträgt höchstens das zweifache Netto-Monatseinkommen und ist in 3—6 Raten abzuhalfen. Die Kreditraten sind in Monatsraten vom Verkaufstag an gerechnet, fällig. Kreditzinsen werden nicht verlangt; für die Manipulation wird RM 1.— je Rate, ohne Rücksicht auf die Ratenhöhe, berechnet. Bis zur vollständigen Bezahlung bleiben die Gegenstände Eigentum der „D u g e s t a p“.
- 11.) Die Verkaufsaktion wird mehrere Monate dauern. Es sind daher Anfragen wegen nicht erhaltenen Legitimationskarten zu unterlassen. Die „D u g e s t a p“ wird bemüht bleiben, im allgemeinen nur so viele Anträge auszugeben, als Gegenstände zum Verkauf kommen, um möglichst alle Anträge befriedigen zu können. Die Erledigung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge ihres Einlaufes bei der „D u g e s t a p“.

¹ Für Wehrmachtangehörige erfolgt die Ausgabe durch die vorgegebenen militärischen Stellen.

Q 0485

1 RGVA 1323k/2/445, Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission. Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 593.

2 Große Teile des Umzugsguts ausgewanderter Juden lagerten bei Wiener Spediteuren, infolge des



DOK. 180

**Die Friedrich Krupp AG setzt sich am 6. Mai 1941 für den Verbleib
zweier jüdischer Fachkräfte ein¹**

Schreiben der Friedrich Krupp AG (H.V.Nr.-), gez. Ihn,² an die Deutsche Arbeitsfront, Amt Soziale Selbstverantwortung, Hauptamtsleiter Schröder, vom 6. 5. 1941

Betrifft: Beschäftigung von Juden.

Sehr geehrter Herr Schröder!

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 25. v. Mts.³ teile ich Ihnen mit, daß ich die Angelegenheit schon seit langer Zeit verfolge. Sie ist, wie Sie unten sehen, noch nicht zum Abschluß gekommen. Einstweilen kann ich folgendes sagen:

Es ist richtig, daß auf unserer Gußstahlfabrik in Essen⁴ noch 2 Juden beschäftigt werden, und zwar

Kriegsausbruchs wurde es zumeist nicht verschickt. Die Wiener Gestapo gründete für die Versteigerung dieser zurückgelassenen Habe eine Organisation, die am 7. 9. 1940 ihre Tätigkeit aufnahm. VUGESTA, auch VUGESTAP, stand für „Verkauf jüdischen Umzugsgutes Gestapo“.

¹ Historisches Archiv Krupp, WA 41/8-88, Bl. 14 – 16.

² Max Ihn (1890 – 1983); kam 1919 als Volontär zum Krupp-Konzern, 1933 Direktionsassistent, Ende 1934 Personalleiter, Okt. 1938 stellv. und März 1941 Direktor; 1945 zusammen mit Alfred Krupp verhaftet und 1947 in Nürnberg zu neun Jahren Schwerarbeit verurteilt, 1951 entlassen; später Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall in Köln.

³ Mit Schreiben vom 25. 4. 1941 hatte die DAF Max Ihn aufgefordert zu prüfen, „ob nicht die Möglichkeit besteht, die beiden Juden aus der Firma Krupp zu entfernen“; wie Anm. 1, Bl. 26.

⁴ Die 1812 von Friedrich Krupp gegründete Gussstahlfabrik war bis 1945 die Hauptproduktionsstätte des Krupp-Konzerns in Essen.

1) der Jude Otto Israel Wolf,⁵

2) der Jude Isaak Kronenberg.⁶

Wolf, geboren am 17. 5. 1877, ist seit dem 10. 7. 1906, also etwa 35 Jahre, auf unserer Gußstahlfabrik beschäftigt. Vom 11. 9. 1916 bis 26. 11. 1918 war Wolf zum Heeresdienst einberufen. Wolf ist im Radreifenwalzwerk, in dem rund 300 Gefolgschaftsmitglieder in 2 Schichten arbeiten, als Auf-Maß-Presser beschäftigt.

Das Auf-Maß-Pressen der gewalzten Reifen ist eine *Spezialarbeit*, die darin besteht, die im rotwarmen Zustand gewalzten Reifen auf die genauen Endmaße zu bringen. Hierbei sind die Kenntnisse der Schwindungen des Walzgutes, der Zusammenbau der Presse für die Arbeiten sowie die Kenntnisse des Preßvorganges selbst unbedingt erforderlich. Eine solche Spezialarbeit erfordert eine lange Einarbeit und langjährige Erfahrungen. Wolf verrichtet diese Arbeit schon über 30 Jahre lang gewissenhaft und einwandfrei. Er kommt hierbei mit den übrigen Gefolgschaftsmitgliedern nicht in direkte Berührung. Seine Führung hat ebenfalls bisher in keiner Weise zu Klagen Anlaß gegeben.

Der Betrieb hat Vorsorge getroffen, für diese fast handwerklichen Arbeiten einen geeigneten Nachwuchs heranzubilden. Dies erfordert jedoch mindestens eine Dauer von 1 bis 2 Jahren. Infolge Arbeitermangels, Krankheitsausfalls und Einberufungen zur Wehrmacht, die oft eine Umbesetzung der vorhandenen Arbeitskräfte notwendig machte, ist die Ausbildung des Nachwuchses jedoch sehr erschwert.

Kronenberg, geboren am 3. 3. 1878, ist seit dem 15. 8. 1905, mithin über 35 Jahre, auf unserer Gußstahlfabrik beschäftigt. Kronenberg arbeitet in unserer Kurbelwellenwerkstatt als Schablونسchlosser mit Instandsetzen und Neuanfertigen von Schablonen und Feinmeßwerkzeugen (Ziellehren, Zeigermeßgeräte und Tastgeräte). Es handelt sich hierbei um komplizierte und sehr genaue Arbeiten, für die ein gelernter Schlosser nach einer vierteljährlichen Eignungs- und Probezeit noch mindestens 1 Jahr Einarbeitungszeit benötigt, um als vollwertig zu gelten. Es sind immer nur besonders tüchtige Schlosser, die sich für diese Feinarbeiten eignen.

Durch die langjährige Tätigkeit in der Kurbelwellenwerkstatt hat sich Kronenberg sehr gut eingearbeitet, und er führt die ihm übertragenen Arbeiten zu unserer vollsten Zufriedenheit aus. In dem besonders eingerichteten Lehrenraum, der die kleinste Abteilung des Betriebes darstellt, wird in Wechselschicht gearbeitet. In der einen Schicht arbeiten regelmäßig 5 und in der anderen 2 Gefolgschaftsmitglieder, so daß Kronenberg mit der übrigen Gefolgschaft des Betriebes nicht in Berührung kommt. Seine Führung war bisher ohne Tadel. Auch seine Mitarbeiter, von denen der vorgesetzte Meister und 2 Schablونسchlosser Parteigenossen sind, haben bis jetzt keinen Anstoß an der Beschäftigung des Kronenberg genommen.

Auf Grund der von unserer Kurbelwellenwerkstatt zu erfüllenden kurzfristigen Lieferprogramme des RLM kann der Betrieb Kronenberg zur Zeit nicht entbehren, da geeignete Ersatzkräfte nicht zur Verfügung stehen.

Unterm 15. April d. J. hat uns das Arbeitsamt Essen unter Berufung auf den vom hiesigen Kreisleiter eingenommenen Standpunkt aufgefordert, die genannten Juden zu entlassen

5 Otto Wolf (*1877), Presser; am 21.7. 1942 nach Theresienstadt und am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert, hat überlebt.

6 Isaak, auch Hermann Kronenberg (1878 – 1942), Schlosser; 1905 – 1926 und 1929 bis zum 13.6. 1942 bei Krupp beschäftigt; am 15.6. 1942 nach Sobibór deportiert und dort ermordet.

und dem Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen.⁷ Wir haben daraufhin dem Kreisleiter die Beschäftigungsverhältnisse der beiden Juden eingehend geschildert und in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir durch die uns gestellten außerordentlichen Aufgaben gezwungen sind, jede einzelne Arbeitskraft zu halten, zumal wenn es sich, wie in den vorliegenden Fällen, um Spezialarbeiter handelt, die zur Zeit nicht zu ersetzen sind. Wir haben den Kreisleiter gebeten, sich mit Rücksicht auf die vorliegenden besonderen Verhältnisse mit der Weiterbeschäftigung der Juden Wolf und Kronenberg, wenigstens für die Dauer des Krieges, einverstanden zu erklären. Der Kreisleiter ist hier aber nicht allein zuständig, federführend ist das Arbeitsamt. Deshalb haben wir jetzt einen Antrag an das Arbeitsamt Essen gestellt, die Genehmigung zur Beschäftigung herbeizuführen.

Auch für uns ist es selbstverständlich, daß wir die Anordnungen über die Beschäftigung von Juden anerkennen.⁸ Wir sind aber gerade bei diesen beiden in einer so schwierigen Lage, daß wir zunächst einmal einen Ausnahmeantrag stellen mußten.

Sobald die Angelegenheit zum Abschluß gekommen ist, gebe ich Ihnen Nachricht.⁹

Heil Hitler!

DOK. 181

Die Jüdische Kultusgemeinde Köln gibt am 12. Mai 1941 bekannt, welche Häuser geräumt werden müssen¹

Aufruf der Jüdischen Kultusvereinigung Synagogengemeinde Köln e.V., Abt. Wohnungsberatung, gez. Vorsitzender Dr. Albert Israel Kramer und Leiter der Wohnungsberatung Siegfried Israel Bernhard,² an alle Juden in Köln vom 12.5.1941

An alle Juden in Köln!

Durch unser Rundschreiben vom 3. d. M. war bereits bekannt gegeben, daß außer sämtlichen arischen Häusern auch eine Anzahl jüdischer Häuser geräumt werden muß. Die Anweisung der Behörde ist nunmehr ergangen.³

Sämtliche jüdischen Häuser auf der rechten Rheinseite (Deutz, Kalk und Mühlheim pp.) sowie sämtliche jüdischen Häuser der südlichen und westlichen Vororte (Bayenthal, Marienburg, Zollstock, Klettenberg, Sülz, Lindenthal, Braunsfeld und Müngersdorf)

⁷ Kreisleiter war Peter Hütgens (1891–1945). Das Schreiben liegt in der Akte; wie Anm. 1, Bl. 30.

⁸ Das Arbeitsamt Essen hatte sich zuvor auf einen Erlass des RAM vom 20. 9. 1939 bezogen, der nicht veröffentlicht worden sei. Darin werde darauf hingewiesen, „daß die Juden nur getrennt von der übrigen Gefolgschaft gruppenweise einzusetzen sind“; wie Anm. 1, Bl. 34.

⁹ Beide Arbeiter wurden zunächst weiter beschäftigt (wie Anm. 1), im Juni 1942 jedoch entlassen; Historisches Archiv Krupp, WA 40 B 1288, Bl. 29.

¹ NS-Dokumentationszentrum Köln, Rundschreiben an die jüdische Bevölkerung. Abdruck in: Die Juden in Köln von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, hrsg. von Zvi Asaria, Köln 1959, S. 366 f.

² Vermutlich: Siegfried Bernhard (*1896), Leiter der Wohnungsberatung der Jüdischen Kultusgemeinde Köln; er wurde am 18.6. 1942 nach Theresienstadt und von dort am 28.9. 1944 nach Auschwitz deportiert; für tot erklärt.

³ Die Anweisung der Gestapo datiert vom selben Tag; LAV NRW R, RW 18/5, Bl. 48 f.

müssen geräumt werden, so daß sich die Unterbringung der Juden auf die jüdischen Häuser der Alt- und Neustadt und der nördlichen Vororte (Ehrenfeld, Nippes pp) beschränkt.

Die Behörde fordert weiter, daß die Räumung sowohl der arischen als auch der vorbenannten jüdischen Häuser, ohne Rücksicht auf die bestehenden Kündigungsfristen und Verträge *bis zum 1. Juni* durchgeführt werden muß.

Wir bitten Sie, Ihrem Vermieter von dieser Sachlage sofort Kenntnis zu geben und uns Mitteilung zu machen, falls Sie Schwierigkeiten haben.

Diese Anordnung erfordert eine noch schärfere Zusammenlegung der Juden, als sie bisher beabsichtigt war. Es muß nunmehr davon ausgegangen werden, daß grundsätzlich jeder Familie nur ein Raum zusteht und daß Einzelpersonen in größerer Zahl – je nach Größe des Raumes – untergebracht werden.

Aus dieser Sachlage ergibt sich folgendes:

- 1.) Sämtliche Anträge sowie die städtischen Einweisungsbescheide, sind hinfällig geworden, soweit nicht der Umzug bereits stattgefunden hat.
- 2.) Wir werden jedem, der durch die neue Regelung betroffen wird, im Laufe der nächsten 14 Tage einen Bescheid darüber zukommen lassen, welcher Wohnraum ihm zugeteilt ist.

Die Eigentümer jüdischer Häuser bzw. Vermieter jüdischer Wohnungen, erhalten Abschrift von dieser Einweisungsmitteilung. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß ohne unsere Einweisung kein Umzug stattfinden darf. Zuwiderhandlungen müssen zur Meldung gebracht werden.

- 3.) Angesichts des außerordentlich knappen zur Verfügung stehenden Raumes darf keiner – auch nicht der Hauseigentümer oder der in der bisherigen Wohnung verbleibende Mieter – mehr Mobiliar behalten, als er in dem ihm künftig zustehenden Raum ordnungsgemäß unterzubringen vermag. (Bei Meinungsverschiedenheiten ist der Abteilung Wohnungsberatung sofort schriftlich Kenntnis zu geben.) Alle Möbelstücke, die nicht untergebracht werden können, dürfen *auf Anordnung der Behörde* nicht verkauft werden, sondern müssen unter Aufsicht eingelagert werden, damit eine Verschleuderung vermieden wird.

Die Gegenstände sollen nach und nach zugunsten des Eigentümers veräußert werden. Preisfestsetzung erfolgt durch einen behördlich bestellten Taxator.

- 4.) Zur Vorbereitung der umfangreichen Neuordnung finden Sprechstunden der Abteilung Wohnungsberatung bis auf weiteres nicht statt.

Wir sind verpflichtet, alle Personen, die sich den von uns zu treffenden Anordnungen nicht fügen, der Staatspolizeistelle zu melden – hoffen und erwarten aber, daß jeder einzelne so viel Verantwortungsgefühl und Disziplin beweisen wird, daß zu solcher Meldung keine Veranlassung entsteht.

DOK. 182

**Das Reichssicherheitshauptamt erlässt am 20. Mai 1941
Richtlinien für die Auswanderung von Juden¹**

Schreiben des RSHA (4b [Rz] [nec.] 2494/41 G (859)), i.V. gez. Schellenberg,² Berlin, an alle Staatspolizei(leit)stellen und nachrichtlich den SD-(Leit)Abschnitten vom 20. 5. 1941 (Abschrift)³

Betrifft: Auswanderung von Juden aus Belgien, dem besetzten und unbesetzten Frankreich – Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet in das unbesetzte Frankreich.

Bezug: Ohne.

Juden deutscher Staatsangehörigkeit, die sich z. Zt. in Frankreich und Belgien aufhalten, suchen bei verschiedenen Behörden im Reichsgebiet um Nachsendung von Urkunden, z. B. Reisepässe, Führungszeugnisse usw., zum Zwecke der Auswanderung an.

Gemäß einer Mitteilung des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches⁴ ist die Judenauswanderung aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren auch während des Krieges verstärkt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unter Beachtung der aufgestellten Richtlinien für die Judenauswanderung durchzuführen.⁵ Da für die Juden aus dem Reichsgebiet z. Zt. nur ungenügend Ausreisemöglichkeiten, in der Hauptsache über Spanien und Portugal, vorhanden sind, würde aber eine Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien eine erneute Schmälerung derselben bedeuten. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen und im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage ist daher die Auswanderung von Juden aus Frankreich und Belgien zu verhindern.⁶ Ich bitte, die in Frage kommenden innerdeutschen Behörden des dortigen Dienstbereiches zu unterrichten, daß eine Nachsendung von Urkunden an Juden in Frankreich und Belgien zum Zwecke der Auswanderung nicht erfolgen soll.

Bezüglich der Auswanderung von Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren in das unbesetzte Frankreich teile ich mit, daß im allgemeinen in besonders gelagerten Fällen, z. B. Übersiedlung mittelloser Juden zu Verwandten im unbesetzten Frankreich, falls kein sicherheitspolizeiliches Interesse an einer Verhinderung der Auswanderung besteht, nach Vorliegen der Auswanderungsbewilligung der französischen Regierung der Auswanderung stattgegeben werden kann. Maßgebend hierbei ist die Feststellung, daß durch die Genehmigung der Auswanderung von Juden in das unbe-

1 BAArch, R 58/276, Bl. 273f. Auszugsweiser Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Dok. 39, Anm. 1), S. 288 f.

2 Walter Schellenberg (1910 – 1952), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1935 an im SD tätig, 1939 – 1941 Leiter der Amtsgruppe IV E (Spionageabwehr Inland) und von 1941 an Leiter des Amts VI (Auslandsnachrichtendienst) im RSHA, ORR; 1944 SS-Brigadeführer; 1944 Generalmajor der Polizei; 1949 in Nürnberg zu sechs Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

3 Die Abschrift wurde am 14. 7. 1941 von der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf (B 4/71.02/1053/41 g), i.V. Dr. Venter, an die Außendienststellen, die Grenzpolizeikommissariate, die OB in Krefeld, Neuß und Viersen, die Polizeipräsidenten mit Abdrucken für die Polizeiamter sowie die Landräte mit Abdrucken für die Ortspolizeibehörden versandt.

4 Hermann Göring.

5 In seinen Richtlinien für die verstärkt durchzuführende Auswanderung von Juden während des Kriegs teilte das RSHA am 24. 4. 1940 mit, dass Reichsmarschall Göring diese ausdrücklich unterstütze; siehe Dok. 71 vom 24. 4. 1940.

6 Offenbar bezieht sich diese Anweisung auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit in Frankreich und Belgien.

setzte Frankreich ein Vorteil des Deutschen Reiches entsteht, u. sei es auch nur durch die Tatsache, daß ein Jude das Reichsgebiet verläßt.

Sollte es sich in Einzelfällen zeigen, daß die Einwanderungsbewilligung seitens der französischen Regierung nur im Hinblick auf gewisse Vorteile, die Frankreich durch die Einwanderung dieser Juden entstehen würden, erteilt wurde, so ist in diesen Fällen die Auswanderungsgenehmigung zu versagen. In *jedem Einzelfall* ist jedoch die vorherige Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamtes einzuholen.

Eine Einwanderung von Juden aus den besetzten übrigen europäischen Ländern in das unbesetzte Frankreich ist nicht erwünscht, wenngleich diese nicht immer verhindert werden kann. Eine Einwanderung von Juden in die von uns besetzten Gebiete ist im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage zu verhindern.

DOK. 183

Ein Rechtsanwalt beschwert sich am 5. Juni 1941 beim Regierungspräsidenten in Breslau über die Zuweisung von Juden in das Haus seiner Klientin¹

Schreiben von Dr. Herbert Schmidt,² Rechtsanwalt beim Land- und Amtsgericht Breslau, Notar, Breslau 1, Blücherplatz 13, an den Regierungspräsidenten, z. Hd. Inspektor Hase, Breslau, vom 5.6. 1941

Meine Auftraggeberin, Frau Berta *Olischewski*, hier, *Freiburger Straße 22*, hat das in Breslau, *Freiburger Straße 22* gelegene Haus im Oktober 1939 gekauft von dem jüdischen Voreigentümer, dem ehemaligen Rechtsanwalt Justizrat Siegfried Israel Friedländer³ und ist infolge einer von dem Verkäufer Friedländer beim Herrn Minister eingelegten Beschwerde erst am 1. Juli 1940, und zwar laut Urteil des Oberlandesgerichts rückwirkend am 1.4. 1940⁴ in den Besitz des Hauses gelangt. In der Zeit zwischen dem Abschluß des Kaufvertrages und der Auflassung, die erst im Klagewege erzwungen werden mußte, hat der Verkäufer Friedländer noch weitere Juden als Mieter in das Haus aufgenommen ohne Wissen und Zustimmung der Käuferin, Frau *Olischewski*.

Frau *Olischewski* hatte sich vor Abschluß des Kaufvertrages bei der Regierung, und zwar bei dem Dezernenten Herrn *Hanifle*⁵ erkundigt, ob, wenn sie das Haus kaufe, das Haus als jüdisches Haus weiter gilt oder nicht. Ihr ist zur Antwort gegeben worden, daß das Haus mit dem Übergang des Eigentums in ihre, nämlich in arische Hände, als arisches Haus angesehen würde. Erst auf diesen Bescheid hin hat Frau *Olischewski* den Kaufvertrag geschlossen, andernfalls hätte sie von dem Kauf eines jüdischen Hauses Abstand genommen. Nachdem sie als Eigentümerin des Hauses eingetragen worden ist, hat sie nach mehreren Monaten erfahren müssen, daß entgegen der damaligen Zusage das Haus

1 APW, Rej. Wrocł., I/9976.

2 Dr. Herbert Schmidt (*1884), Jurist; 1933 NSDAP-Eintritt; Rechtsanwalt und Notar in Breslau; NSRB-Mitglied.

3 Siegfried Friedländer (1868 – 1942), Jurist; wohnhaft in Breslau, wurde am 12.6. 1942 nach Auschwitz deportiert und dort wenig später ermordet.

4 Die Akten des OLG Breslau sind für den betreffenden Zeitraum nicht überliefert.

5 Dr. Rudolf Hanifle (*1893), Jurist, Verwaltungsbeamter; von 1931 an Bezirkshauptmann in Zell am See, 1938 abgesetzt, seit 1939 bei der Regierung Breslau tätig, von 1941 an bei der Behörde des Reichsstatthalters in Salzburg tätig; 1951– 1959 Landesamtsdirektor von Salzburg.

als jüdisches Haus betrachtet wird, was nunmehr zur Folge hat, daß die jüdische Gemeinde beabsichtigt, weitere Juden als Untermieter in das Haus zu setzen.

Im Auftrage der Frau Olischewski bitte ich, von der Zuweisung weiterer Juden als Mieter und Untermieter in dieses Haus Abstand zu nehmen.

Die Räume des Hauses sind vermietet zur Zeit an acht arische und fünf jüdische Familien. Infolgedessen haben sich bereits Unzuträglichkeiten ergeben, insofern, als die jüdischen Mieter widerspenstig sind, selbst den Ehemann der Frau Olischewski bedrohen, sich untereinander prügeln, so daß die Polizei wiederholt einschreiten mußte.

Hierunter leiden naturgemäß die arischen Mieter stark, und diese Zustände würden sich ins Unerträgliche steigern, wenn noch weitere Juden in das Haus hereingebracht würden. Die bereits im Haus befindlichen Juden haben schon jetzt ca. 2 – 3 Untermieter, wodurch die Räume naturgemäß über Gebühr stark beansprucht werden, insbesondere weil die Juden einen regen Handel treiben und ständig Geschäftsbesucher bei ihnen aus- und eingehen. Die jüdischen Mieter wie ihre jüdischen Besucher fühlen sich schon jetzt absolut als Herren des Hauses. Die jüdische Gemeinde hat bereits geäußert, sie könne in das Haus hereinsetzen, wen sie wolle, die Hauseigentümerin selbst habe überhaupt nichts in diesem Haus zu sagen.

Bei dem seinerzeitigen Kauf des Hauses ist der jetzigen Eigentümerin, Frau Olischewski, eine Reparaturaufgabe von RM 11000,- gemacht worden, und zwar mußte sie RM 5000,- zur alsbaldigen Verwertung zahlen, den Rest zur Vornahme der Reparaturen innerhalb des Zeitraumes von 5 Jahren. Frau Olischewski war, da sie die RM 5000,- nicht flüssig hatte, gezwungen, diese darlehnsweise aufzunehmen, um die ihr aufgegebenen Reparaturen alsbald ausführen zu können. Es ist ihr hierbei ausdrücklich gesagt worden, daß diese Reparaturen verlangt würden, um das Haus für die in Aussicht genommenen neuen arischen Mieter wieder instand zu setzen; denn es war beabsichtigt, die jüdischen Mieter allmählich aus dem Haus zu entfernen. Wäre bereits damals in Aussicht genommen, das Haus als jüdisches Haus zu behandeln, wäre diese Auflage von RM 5000,- nicht angebracht gewesen; denn die jüdischen Mieter legen es darauf an, die arische Hauseigentümerin nach Möglichkeit zu schädigen und das Haus durch Beschmieren und Anschlagen der Wand usw. zu beschädigen, insbesondere die Wohnungen nach Möglichkeit verwahrlosen zu lassen. Da sämtliche Wohnungen zur Festmiete vermietet sind, ist die Hauseigentümerin gezwungen, auf ihre Kosten sämtliche Reparaturen immer wieder vornehmen zu lassen. Die Aufnahme weiterer jüdischer Mieter würde also die oben geschilderten Übelstände ins Grenzenlose steigern und die in Mehrzahl befindlichen arischen Mieter veranlassen, möglichst bald die Wohnungen in diesem Hause aufzugeben, wodurch die Hauseigentümerin erheblich geschädigt würde.

Ich bitte also, insbesondere mit Rücksicht auf die seinerzeit von der Regierung (Herrn Hanifflé) gemachte Zusage, daß das Haus als arisches Haus nach Erwerb durch Frau Olischewski angesehen würde, von der Zuweisung weiterer Juden in dieses Haus Abstand zu nehmen.⁶

Heil Hitler!

⁶ Am 11.6. 1941 teilte die Preisbehörde dem Regierungspräsidenten auf Anfrage mit, dass Frau Olischewski erst am 10.8. 1940 als Besitzerin ins Grundbuch eingetragen wurde und das Haus demnach als jüdisch zu betrachten sei. Die Wohnungen der jüdischen Mieter könnten „in absehbarer Zeit nicht freigemacht werden“; wie Anm. 1.

DOK. 184

**Der Chef der Reichskanzlei teilt Reichsleiter Bormann
am 7. Juni 1941 mit, Hitler gehe nicht davon aus, dass nach dem Krieg
noch Juden in Deutschland leben¹**

Schreiben von Dr. Hans Lammers (N.d.H. RMin.)² an den Leiter der Partei-Kanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, z. Zt. Obersalzberg, vom 7.6. 1941 (Abschrift)

Betrifft: Entwurf einer 11.Verordnung zum Reichsbürgergesetz über die Staatenlosigkeit der Juden³

Sehr verehrter Herr Bormann!

Der Reichsminister des Innern⁴ hat mir mit Schreiben vom 8. April 1941 den Entwurf einer 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz und einer Durchführungsverordnung hierzu übersandt und gebeten, zu den in den Entwürfen gegen die Juden geplanten Maßnahmen eine Entscheidung des Führers in grundsätzlicher Hinsicht herbeizuführen.⁵

Wie mir der Reichsminister des Innern mitteilt, war die von Ihnen geleitete Stelle bei der Ausarbeitung der Entwürfe maßgebend beteiligt.⁶ Ich habe die beiden Entwürfe beim Führer zum Vortrag gebracht. Den Inhalt der Entscheidung des Führers bitte ich meinem abschriftlich beigelegten Schreiben an den Reichsminister des Innern entnehmen zu wollen.⁷

Zu Ihrer eigenen vertraulichen Unterrichtung darf ich folgendes hinzufügen: Der Führer hat dem Erlaß der vom Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Regelung vor allem deshalb nicht zugestimmt, weil er der Meinung ist, daß es nach dem Kriege in Deutschland ohnedies keine Juden mehr geben werde und daß es deshalb nicht erforderlich sei, jetzt eine Regelung zu treffen, die schwer zu handhaben sei, Arbeitskräfte binde und eine grundsätzliche Lösung doch nicht bringe.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener⁸

1 GStAPK, Rep. I-335-11-48, Bl. 56 f.

2 N.d.H. RMin.: Name des Herrn Reichsministers.

3 Siehe Dok. 166 vom 19.3.1941.

4 Dr. Wilhelm Frick.

5 Nürnberger Dokument NG-299; IfZ/A, MA 1563/4, teilweise abgedruckt in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 498 f.

6 Die Partei-Kanzlei hieß zuvor Stab des StdF. Die bis dahin Rudolf Heß unterstellte Dienststelle war vom Mai 1941 an Hitler direkt zugeordnet und wurde weiterhin von Martin Bormann geleitet.

7 Mit Schreiben vom selben Tag teilte Lammers dem RmDI mit, Hitler halte „eine Regelung für ausreichend, die den Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennt und deren Vermögen als dem Reiche verfallen erklärt“; wie Anm. 1, Bl. 54 bis 56.

8 Die 11.VO zum Reichsbürgergesetz trat erst am 25.11.1941 in Kraft; RGBl., 1941 I, S. 722–724.

DOK. 185

**Im Propagandaministerium werden auf der Pressekonferenz
am Abend des 22. Juni 1941 Richtlinien für die Kommentierung des
Kriegs gegen die Sowjetunion vorgegeben¹**

Protokoll einer Pressekonferenz im Propagandaministerium vom 22.6. 1941²

20. aus der *Pressekonferenz* 22.6., abends:

1.) herr suendermann,³ herr fritzsche⁴ und herr bohrmann⁵ vom auswaertigen amt sprachen zur politischen kommentierung fuer die naechsten tage. als richtlinie ergab sich daraus in grossen zuegen folgendes: man muesse den lesern die schwenkung nicht zu ploetzlich, sondern in etappen klar machen.

erste hauptfrage der bevoelkerung: warum jetzt ein neuer feldzug im osten und nicht voller einsatz nach westen. antwort ergibt sich aus dem fuehreraufruf.⁶ unmoeglich im westen die entscheidung zu faellen, so lange eine akute oder offene gefahr im osten besteht. zweite hauptfrage: warum nachdem die alte antikominternlinie einmal verlassen, ploetzlich wieder zurueck.⁷ hierzu in etappen vorgehen. zunaechst auswertung der politischen situation. dazu geeignet das hervorheben des eindrucks der aktion als einer gesamteuropaeischen befreiungstat. (mit den einschraenkungen im punkt 1 der vorhingegebenen kurzen fassung). zuversichtliche stimmen gut hervorheben, aber nicht die erwartung eines blitzkriegs bestaetigen. in der naechsten phase geistige fundierung notwendig. nicht die ganzen alten bolschewistischen argumente wieder vorholen, aber das problem in geeigneter weise klarmachen, so wie im september 1939 sehr schnell der begriff plutokratie gepraeagt worden ist.⁸ darin schliesslich weitergehen, daran erinnern, dass der pakt mit

1 BArch, Zsg 102/32.

2 Grammatik und Rechtschreibung wie im Original. Dort handschriftl. Unterstreichungen.

3 Helmut Sündermann (1911–1972), Journalist; 1930 NSDAP-, 1931 SS-Eintritt; von 1931 an in der Reichspressestelle der NSDAP, von 1934 an Leiter des Pressepolit. Amts der NSDAP-Reichsleitung; von 1942 an MdR und stellv. Pressechef der Reichsregierung; 1945–1948 in US-Internierung, 1952 bis 1972 Inhaber des Druffel-Verlags.

4 Hans Fritzsche (1900 – 1953), Journalist; 1933 NSDAP-Eintritt, von 1933 an im RMfVuP, seit 1939 als Leiter der Abt. Deutsche Presse, von 1942 an MinDir. und Leiter der Rundfunkabt.; 1946 im Nürnberger Prozess freigesprochen, 1947 von einer Spruchkammer als Hauptschuldiger zu neun Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen, von 1951 an in der Werbebranche tätig.

5 Richtig: Dr. Hans-Heinrich Bormann (1912–1994), Jurist; von 1934 an im mecklenburg. Justizdienst; 1933 SA-, 1937 NSDAP-Eintritt; Sept. 1939 bis Sept. 1940 und von Okt. 1940 an in der Presseabt. des AA; Febr. bis Juli 1942 Militärdienst, von 1946 an Rechtsanwalt und Notar in Soltau, seit 1957 im Auswärtigen Dienst, 1964–1971 Konsul in Bergen, 1973–1977 Botschaftsrat in Helsinki.

6 Proklamation des Führers an das Deutsche Volk vom 22.6. 1941, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2, Neustadt a. d. Aisch 1963, S. 1726–1732.

7 Der Gesamtverband Deutscher antikommunistischer Vereinigungen e.V. (Anti-Komintern) war 1933 als Zusammenschluss verschiedener antikommunistischer Verbände gegründet und vollständig vom RMfVuP finanziert worden. Nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts vom Aug. 1939 wurde die Anti-Komintern offiziell aufgelöst, die Veröffentlichung antisowjetischer Schriften und Filme untersagt. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion publizierte der angeschlossene Nibelungen-Verlag erneut antisowjetische Schriften.

8 Nach Kriegsbeginn hatte Goebbels den Begriff Plutokratie zur Denunzierung der westl. Demokratien eingeführt; siehe u. a. Tagebücher von Joseph Goebbels (wie Dok. 129, Anm. 3), Bd. 7, S. 241.

russland fuer uns niemals eine weltanschauliche frage. wir haben nie sowjet-einrichtungen bewundert, also auch keine innere schwenkung. der national-sozialismus ist im kampf gegen den bolschewismus gewachsen; die agitation ist nur in einer periode des burgfriedens abgestoppt, jetzt rueckkehr zu dem gesetz, nach dem er angetreten. schliesslich ist eine absolute klaerung des wesens von plutokratie und bolschewismus noetig. beide haben einen juedischen ausgangspunkt. die methoden und ziele sind die gleichen. man kann auf das alte programm der komintern zurueckgreifen, auf ihre rolle in deutschland 1918, erinnerungen aus dem spanischen buergerkrieg usw.

2. die bevoelkerung setze, durch die bisherigen erfolge verwoehnt, einen schnellen militaerischen sieg als selbstverstaendlich voraus. diesen uebertriebenen anspruechen sollte man mit geschick entgegenreten.

3. das okw gab einige sprachregelungen zur militaerischen berichterstattg. die sie wohl noch im wortlaut ueber die landesstelle bekommen werden. vorlaeufig daraus folgendes: der feldzug wird nicht gegen das russische volk, oder die russische armee gefuehrt; nur rote armee und rote marine usw. bei regionalen meldungen von litauen, weissrussen, ukrainern usw. sprechen. sowjetrussen nur in dem gebiet um moskau, wo das berechtigt ist.

selbstverstaendlich ueber operationsrichtungen und einzelheiten nur nach den unterlagen des wehrmachtsberichts. die aufstellung der roten armee laesst klar angriffsabsichten erkennen. sollten sich im gegensatz zum westfeldzug schnelle anfangserfolge ergeben, so nicht den schluss ziehen, der gegner geschlagen. versuch moeglich, sich auf weiter zurueckliegende guenstigere stellungen zurueckzuziehen. wenn die panzerwaffe und die luftwaffe auch wieder eine grosse rolle spielen, so doch in der ersten zeit besonders die kaempfernde infanterie hervorheben. die verbundenheit aller wehrmachtsteile wieder gut kennzeichnen. auch aktionen der kriegsmarine in der ostsee gut hervorheben.

darauf achten, dass als oberbefehlshaber der rumaenischen truppen general antonescu⁹ und als oberbefehlshaber der finnischen truppen feldmarschall mannerheim¹⁰ genannt werden. kriegsnachrichten von den verbuendeten gut beachten.

wenn ungarn oder die slowakei sich gegen uebergriffe wehren, etwa ueberfliegen und meldungen herauskommen, keine bedenken zu bringen.

auch waehrend des ostfeldzuges besonders auf die nachrichten vom fortgang des kampfes um england achten, meldungen wie die gestrige von dem grossen abwehrerfolg der luftwaffe am kanal auch kuenftig keinesfalls untergehen lassen.

schluss

⁹ Ion Antonescu (1882–1946), Berufsoffizier; 1931 General, von 1933 an Generalstabschef, 1937/38 Kriegsminister, 1940–1944 Staatsführer mit diktatorischen Vollmachten, verantwortlich für die Deportation und Ermordung von Hunderttausenden Juden aus den von Rumänien besetzten Gebieten; 1944 in sowjet. Internierung, 1946 vom rumän. Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

¹⁰ Carl Gustav von Mannerheim (1867–1951), Berufsoffizier; von 1889 an Offizier der russ. Armee, 1918 im finn. Bürgerkrieg Oberbefehlshaber der „weißen Armee“, erreichte 1918/19 als Reichsverweser die Anerkennung der Souveränität Finnlands, 1933 Feldmarschall, von 1939 an Oberbefehlshaber der finn. Armee, 1944–1946 Staatspräsident Finnlands.

DOK. 186

Das Ehepaar Malsch berichtet seinem Sohn am 24. Juni 1941 von der Schließung des US-Konsulats in Stuttgart und der damit verhinderten Auswanderung¹

Handschriftl. Brief des Ehepaars Malsch,² Düsseldorf, an seinen Sohn Wilhelm und dessen Frau Trude³ vom 24. 6. 41⁴

Meine lieben lieben Kinder! Unsern Brief vom 19. ds, worin wir Euch die Anschrift des Konsulats in Stuttgart⁵ mitteilen, habt Ihr wohl inzwischen erhalten. Stuttgart ist ab Donnerstag den 26. ds geschlossen. Wie wir Euch schrieben, war ich zu heute bei dem Hilfsverein hier bestellt. Ich bin trotzdem mal hingegangen. Es ist jetzt ein Herr Kluger⁶ aus Essen hier für die hiesige Stelle. Er hatte unsere Akten vorliegen. Wenn nun nichts dazwischengekommen wäre hätten wir Euch ein Kabel gesandt. Also Herr Kluger sah sich unsere Akten durch, er sagte, Frau Malsch, Sie hätten todsicher das Visum bekommen, Trust, Bond,⁷ Reise bezahlt alles in Ia Ordnung. Er sagte, ich könnte mir selbst vor den Kopf schlagen Sie waren so nahe dran, der Konsul wollte nur noch mal eine Rückfrage wegen des Herrn Marschütz haben. Es war bei Ihnen alles prima. Jetzt ist leider nichts mehr zu machen, wir müssen abwarten, wie alles kommt. Geliebte Kinder wie mir zu Mute war, könnt Ihr Euch überhaupt gar nicht vorstellen. Sollen wir denn *gar nicht* zusammenkommen? Es ist doch zu schrecklich, alles und alles geht uns schief. Ihr habt alles nun mit größter Mühe und großen Kosten zusammengebracht, und jetzt war alles umsonst. Es ist einfach nicht auszudenken. Wie sind wir jetzt mit allem wieder zurückgeworfen, vielleicht um Jahre, ob wir dann noch leben, das weiß der l. Gott nur allein. Unser Herzens-Wunsch Euch wiederzusehen, hat uns noch aufrechterhalten, und weiß wie alles noch kommt. Ich bin so niedergeschlagen wie noch nie in meinem Leben, alles ist so hoffnungslos für uns geworden, was haben wir denn sonst noch auf der Welt als Euch. Herr Marschütz schrieb uns dieser Tage, er wird nun mit abreisen, hoffentlich. Was soll man machen, wir müssen alles wagen, wie es kommt, aber das ist ein Schlag für uns, den Ihr Euch nicht denken könnt. Ihr tut mir auch schrecklich leid, ich glaube, ich hätte vor lauter Freude in den ersten Stunden keine Silbe herausbringen können, wenn wir dort angekommen wären. Es hat nicht sollen sein. Bitte gebt uns sofort eine Antwort. Euer letzter Brief war vom 21. Mai, seitdem haben wir nichts mehr von Euch gehört, wir warten täglich auf Post von Euch.

1 USHMM, RG-10.086 / 13 of 13.

2 Amalie Malsch, geb. Samuel (1889 – 1942); verheiratet mit dem Handelsvertreter Paul Malsch (1885 bis 1942). Das Ehepaar lebte in Düsseldorf und wurde am 27. 10. 1941 mit dem ersten Düsseldorfer Transport ins Getto Litzmannstadt (Lodz) deportiert und im Mai 1942 in Kulmhof ermordet.

3 Wilhelm Malsch, später William Ronald Malsh (1913 – 1994), einziger Sohn von Amalie und Paul Malsch, emigrierte um die Jahreswende 1935/36 nach Großbritannien, von dort im Jan. 1937 in die USA, wo er im Sommer 1940 Trude heiratete.

4 Interpunktion wie im Original.

5 Gemeint ist das US-Konsulat in Stuttgart, wo das Ehepaar Malsch ein Visum beantragt hatte.

6 Vermutlich: Siegfried Kluger (*1899), lebte zuletzt in Essen und leitete von 1941 an die Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden; am 10. 11. 1941 nach Minsk deportiert und dort vermutlich umgekommen.

7 Trust: Vermögenswerte-Verwaltung zugunsten eines Dritten, dem Treuhandverhältnis ähnlich; Bond: Anleihen, Schuldverschreibung mit fester Verzinsung.

Geliebtes Mäusle. Zu Deinem 28. Geburtstage meine allerherzlichste Gratulation, möge der l. Gott dich weiter behüten und beschützen und Dich segnen, Gesundheit und Glück sei Dir an der Seite deiner lb. Trudi beschieden. Ich kann es in Worten gar nicht sagen, was ich Euch als Mutter alles wünsche. Einen herzhaften Geburtstags-Kuß gebe ich Dir hiermit, Du lb. Trudi, gib ihn Willy für mich. Feiert den Tag ein bißchen. So haben wir bestimmt gehofft, in diesem Jahr bei Euch sein zu können, es hat nicht sollen sein, das Schicksal wollte es anders. Wer weiß, wann wir uns nun wiedersehen, hoffen wir weiter, es ist das einzige noch was wir haben. Wir werden leider immer älter und nicht schöner. Ich kann mir oft gar nicht vorstellen, daß Du nun schon 28 Jahre alt bist. 4 ½ Jahre haben wir Euch nun schon nicht gesehen und wer weiß, wie lange es noch dauert. So meine geliebten Kinder, laßt es Euch weiter recht gut gehen, bleibt gesund und glücklich. Wir müssen abwarten, was weiter kommt und alles hinnehmen und ist es noch zu schwer für uns. Es hat nicht sollen sein, die Freude wäre zu groß für uns gewesen. Grüßt alle Lieben, auch Frau Fraenkel, recht herzlich. Schreibt recht bald eine Antwort. Seid herztl. begrüßt und geküßt Euch⁸ Euch sehr liebende und betrübte Mutter.

Meine lieben Kinder. Das ist nun das Ergebnis Eurer Mühe, unseres Hoffens u. Harrens. Wenn nicht ein Wunder geschieht, daß die Regierung dort [...] Eltern „auch so“ hereinläßt, dann kann's noch lange dauern! Dir l. Willy zu Deinem Geburtstag beste, herzlichste Glückwünsche, bleib gesund, bleib zu Haus in diesen Zeiten. Viele Grüße u. Küsse Euch beiden in alter Liebe Euer Papa

DOK. 187

Der Zeitschriften-Dienst vom 27. Juni 1941 regt an, die weltanschauliche Auseinandersetzung mit der Sowjetunion mit der „Judenfrage“ zu verknüpfen¹

Die weltanschauliche Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union

Um an den durch die Abmachung von 1939² in den Hintergrund gestellten weltanschaulichen Kampf mit der Sowjet-Union wirksam und für die Leserschaft überzeugend anzuknüpfen, ist es notwendig, zunächst einmal die politischen und propagandistischen Machenschaften der Sowjets aufzudecken. Dafür bietet das in Kürze im Nibelungen-Verlag, Berlin, erscheinende Rot-Buch der Antikomintern „Warum Krieg mit Moskau?“³ wertvolles Material.

⁸ So im Original. Gemeint ist: Eure.

⁹ Ein Wort unleserlich.

¹ Zeitschriften-Dienst: deutscher Wochendienst, 1 B. Ausgabe vom 27.6. 1941, S. 4 f. Der Zeitschriften-Dienst gab von Mai 1939 an die Anweisungen des RMfVuP an die Zeitschriftenpresse weiter.

² Gemeint ist der von den beiden Außenministern Ribbentrop und Molotov am 23.8. 1939 unterzeichnete deutsch-sowjet. Nichtangriffsvertrag.

³ Richtig: „Warum Krieg mit Stalin? Das Rotbuch der Anti-Komintern“. Der Nibelungen-Verlag gab dieses Buch heraus, obwohl der im Okt. 1933 gegründete Gesamtverband Deutscher antikommu-

Den besten Ansatzpunkt für die weltanschauliche Auseinandersetzung bietet die *Behandlung der Judenfrage*. Nach Abschluß des Nichtangriffspaktes vom August 1939 mußte von der deutschen Führung erwartet werden, daß der Einfluß der jüdischen Elemente in der Führerschicht der Sowjet-Union allmählich zurückgedrängt werden würde, um eine loyale friedliche Zusammenarbeit zu ermöglichen. Daß die Sowjets aber in keiner Weise bereit waren, diese Wandlung auf weltanschaulichem Gebiet zu vollziehen und eine Brechung oder wenigstens eine Einschränkung der absoluten Judenherrschaft in der Sowjet-Union durchzusetzen, zeigte sich sehr bald. Auch der sogenannte Sturz von Finkelstein-Litwinow⁴ war in Wahrheit nur ein Platzwechsel. An wichtigster Stelle, nämlich im Zentral-Komitee der KPdSU, tauchte Finkelstein als Leiter der außenpolitischen Abteilung wieder auf.⁵ Ein paar Juden verschwanden zwar, doch die wichtigsten blieben und besetzten neue Schlüsselpositionen. Die von Juden geschaffene Sowjet-Union wird auch heute noch von Juden beherrscht.

Das Rot-Buch bringt eine Fülle von authentischem Tatsachenmaterial, das den beherrschenden Einfluß des Judentums im Partei- und Staats-Apparat sowie im kulturellen Leben der Sowjet-Union eindeutig aufzeigt. Die tatsächliche Gewalt der Sowjet-Union liegt ausschließlich in den Händen einer engen Clique von Machthabern, die um Stalin gruppiert und von dem Juden Kaganowitsch⁶ organisiert ist.

Auch die Armee der Sowjet-Union steht ganz unter dem Einfluß einer jüdischen Führerclique. Zur politischen „Erziehung“ und Überwachung der Armee wurde die Einrichtung der *politischen Kommissare* geschaffen. Sie wurden von der obersten Armeeführung an bis zu den kleinsten Formationen den Truppenkommandeuren beigegeben und mit sehr weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet.⁷ Auch diese Posten wurden mit Juden besetzt.⁸ Das Rot-Buch nennt die wichtigsten Namen. Die Verjudung der sowjetischen Wirtschaftsführung, der Presse und des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens, die Bevorzugung der Juden in den angeeigneten Gebieten und ihre entscheidende Mitwirkung an der durch die Komintern besorgten Zersetzungsarbeit in ganz Europa bieten eine Fülle von Stoff.

Wir wollen in unsern kulturellen und wissenschaftlichen Zeitschriften, besonders aber in den Fachzeitschriften, nicht mehr irgendwelche evtl. vorhandenen Sonderleistungen der

nistischer Vereinigungen e.V. (Anti-Komintern), bereits im Aug. 1939 aufgelöst worden war. Siehe auch Dok. 185 vom 22.6. 1941, Anm. 7.

4 Maxim M. Litvinov, geb. als Meir (Max) Henoeh Mojszewicz Wallach-Finkelstein (1876 – 1951), Politiker; 1930 – 1939 sowjet. Außenminister, als solcher verantwortlich für eine Annäherung an die Westmächte, im Mai 1939 durch Molotov ersetzt. Die NS-Presse nannte ihn meist „den Juden Finkelstein“.

5 Litvinov war bis Febr. 1941 Mitglied des ZK der KPdSU, im Nov. 1941 wurde er Botschafter in den USA.

6 Lazar M. Kaganovič, geboren als Kogan (1893 – 1991), Politiker; 1922 – 1925 und 1928 – 1930 leitende Ämter im ZK der KPdSU, 1925 – 1928 Erster Sekretär der Ukrain. KP, 1930 – 1935 Leiter der Moskauer Parteiorganisation, 1930 – 1957 Mitglied im Politbüro der KPdSU und 1942 – 1945 im Staatlichen Verteidigungskomitee; 1946/47 Erster Sekretär der Ukrain. KP.

7 Gemeint sind Politoffiziere der Roten Armee, die für die politische Erziehung und Ausrichtung zuständig waren. Die offizielle Position des Politkommissars war im Juli 1940 abgeschafft worden und wurde erst im Juli 1941 wieder eingeführt. Auf unteren Ebenen entsprach dem der Politruk. Im sog. Kommissarbefehl der Wehrmacht vom 6. 6. 1941 wurde die Erschießung dieses Personals bei Gefangennahme angeordnet; siehe VEJ 7, S. 26 f.

8 Tatsächlich war nur ein Bruchteil der Politoffiziere jüdischer Herkunft.

sowjetrussischen Wissenschaft behandeln, auch vor allem in den wirtschaftlichen und technischen Zeitschriften keine Produktionszahlen nennen und uns auch nicht zu detailiert mit Statistiken der Sowjets aus den letzten Jahren auseinandersetzen, sondern statt dessen die durch die Juden bedingte Desorganisation auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet überzeugend darstellen.

Die Kultur-, Familien- und Unterhaltungs-Zeitschriften haben die Aufgabe, ihren Lesern zu zeigen, daß es unter dem Einfluß der jüdischen Machthaber in der Sowjet-Union nicht gelungen ist, die oft angekündigte „*proletarische Kultur*“ aufzubauen. Für literarische Zeitschriften bietet sich eine gute Möglichkeit, den Nihilismus und Anarchismus, wie er sich im politischen Leben und in der Literatur der Vorkriegszeit zeigt, als die Keimzelle der jüdisch-marxistischen Zersetzung nachzuweisen.

Den gleichen inneren Zusammenbruch der jüdisch-bolschewistischen Ideologie beweist auf wehrpolitischem Gebiet die Tatsache, daß man sich nunmehr krampfhaft bemüht, den seit Jahren gezüchteten Sowjet-Patriotismus beim Kampf gegen die deutsche Wehrmacht zu mobilisieren. Bei der Behandlung der Frage der Sowjet-Armee ist folgendes zu berücksichtigen: Die deutsche Propaganda hat, besonders seit 1935, als der Aufbau einer starken deutschen Wehrmacht durchgeführt werden mußte, die Schlagkraft der Sowjet-Armee besonders betont. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, Berichte der damaligen Zeit wieder aufzunehmen. Ebenso falsch ist es natürlich, die Bedeutung der zahlenmäßig stärksten Armee der Welt zu bagatellisieren.

DOK. 188

Ein Auswanderer schildert im Sommer 1941 die Situation der Juden in Breslau 1940/41¹

Bericht eines Emigranten aus Breslau, o. D.²

Jüdisches Leben in der Provinz Schlesien und in Breslau 1940/41.

Provinz.

Die kleinen Städte, Oels, Grottkau, Münsterberg, Cosel und viele andere dürften so gut wie judenrein sein. Auch in Liegnitz leben nur wenige Familien. Nach meiner dunklen Erinnerung acht. Das Leben dort sehr unangenehm. Verhältnismäßig am besten in den größeren Städten. Oberschlesien (Beuthen, Gleiwitz): keine Meldung, wie in Breslau (etwa vierteljährlich dort) und beschränkte Freizügigkeit.

Die Einwanderung nach Breslau ist nicht bedeutend, wie ich glaube. Früher jedenfalls sind die reichen Provinz-Juden nach Berlin eingewandert, so lange dahin die Einwanderung möglich war – wie mir der Dezernent der Gemeinde vor Jahren mit Befriedigung mitgeteilt hat. Die Zahl der nach Breslau einwandernden Provinz-Juden kann ich ohne Unterlagen auch nicht entfernt schätzen. Vielleicht ist eine Zahl von 200 bis 500 annähernd richtig.

¹ Wiener Library, P. III. a. No. 619, 02/483, Kopie: YVA, O2/483. Zu den Berichten aus der Wiener Library siehe Dok. 88 vom 16. 6. 1940, Anm. 1.

² Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

Jetzige Einwohnerschaft in Breslau.

Etwa einschließlich der Eingewanderten 6 bis 7000³ früher 18000. Es arbeiten

1. etwa 6 bis 8 jüdische Rechtsanwälte („Consulenten“)⁴
2. etwa 40 bis 50 jüdische Ärzte („Krankenbehandler“)⁵ und etwa 15 Zahnärzte
3. Arzt-, Anwalts-, Krankenhaus-, Pflege-, Küchen-, Verwaltungs-, Haus- usw. Personal.
4. Das Gesamtpersonal der Verwaltung der Gemeinde nebst den angeschlossenen Organisationen und des Hilfsvereins.

zu 3.) und 4.) jetzt um 40 % herabgesetzt. Nach meiner dunklen Erinnerung früher 1400 (höchst ungenau).

5. Schneider, Schneiderinnen, Barbieri, Badehauspersonal, Schuhmacher, Friseurinnen und andere von dem Regierungspräsidenten zugelassene Berufsangehörige (insgesamt etwa 50 bis 100).

Arbeitsdienst.

Alle Männer von 16 bis 60 Jahren und alle Frauen von 16 bis 55 Jahren sind meldepflichtig, von den Vertrauensärzten (jüdischen) untersucht und zum großen Teil mit Arbeiten, zum Teil niedrigster Art, vielstündig und schwer, beschäftigt. (Sortieren von Papier, Lumpen, Scherben usw. aus dem von der städtischen Marstallverwaltung geholten Hausabfall, Schneeschippen.) Meistens in Vororten oder an der Peripherie der Stadt. Lohn: RM 1,- wovon noch Straßenbahnkosten, 30 Pf., abgehen. Tageslohn. (Zu- und Abgangsweg etwa 1 Stunde.) Andere im Straßenbau und anderen Betrieben beschäftigt. Ich kenne auch einen gelernten Gärtner, bei den Linke-Hoffmannwerken.⁶

Der Lohn, auch des letzteren, bleibt erheblich hinter den arischen Arbeitslöhnen zurück.

Die Behandlung der jüdischen Arbeiter durch die Betriebsinhaber bzw. sonst leitenden Stellen, durch die Aufseher, Vorarbeiter und andere Arbeitskameraden ist fast durchweg einwandfrei. Alle erkennen den Arbeitswillen der Juden und ihre Leistungen an, nehmen auch auf den Mangel an Übung, also den Mangel an Geschicklichkeit und körperlichen Fähigkeiten, Rücksicht.

Nicht wenige Krankheiten infolge Überanstrengung. Die (aufs engste) zusammengelegten jüdischen Krankenhäuser überfüllt. Auch Mischlinge und Evakuierte aus Polen werden in Krankenhäusern behandelt.

Die meisten Juden sind bleich, abgemagert und schäbig gekleidet, selbstverständlich auch die früher wohlhabenden. Auf der Straße sind sie schwer und nicht sofort erkennbar, mindestens ein Teil. Von Frauen gilt dies weniger. Es gibt natürlich auch sogenannte reiche Juden, vielleicht mehr, als der einzelne gefühlsmäßig annimmt. Ich meine, heute über RM 100 000,-, bei wahrer Schätzung vielleicht 150 bis 200. Reichtum nur auf dem Papier. Sperrkonto, das unnachsichtig streng von den besonders übelwollenden Beamten

³ Für Ende 1940 wies die Statistische Abt. der Reichsvereinigung für die Breslauer Bezirksstelle noch 9175 Juden aus.

⁴ Siehe Dok. 96 vom 29. 7. 1940, Anm. 4.

⁵ Siehe ebd., Anm. 5.

⁶ Richtig: Linke-Hofmann-Werke AG, Breslau, Hersteller von Schienenfahrzeugen; 1889 als Familienunternehmen gegründet, 1871 in eine Kapitalgesellschaft, 1897 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt; nach 1945 Aufteilung der Werke zwischen der PAFAWAG in Breslau und der LOWA in Bautzen und Werdau. 1958 in der Bundesrepublik als Linke-Hofmann-Busch GmbH (LHB) neu gegründet.

dieser Abteilung der Devisenstelle verwaltet und beaufsichtigt wird. Freibabebetrag sehr gering.⁷

Lifts und sonstiges Reisegepäck der Auswanderer wird beschlagnahmt und versteigert. Genaue Erkundigungen der Gestapo. Besonders scharf in Frankfurt am Main. Ein sehr wohlwollender Spediteur sandte mehrere Wochen vor meiner Ausreise das Gepäck über Basel, so daß ich bei der Abmeldung am Tage der Ausreise die erfolgte Absendung des Gepäcks der Gestapo senden konnte. Sie war über die Einzelheiten der Spediteurbetriebe genau unterrichtet.

Immer größer werdende Zahl der Wohlfahrtsempfänger und immer kleiner werdendes jüdisches Steueraufkommen.

Gemeinde nicht mehr Körperschaft des öffentlichen Rechtes, sondern privater rechtsfähiger Verein, von der Gestapo fortgesetzt beaufsichtigt. Gemeinde, Anstalten und Stiftungen und alle sonstigen Vermögensmassen verschmolzen zur Reichsvereinigung, von der Gestapo beaufsichtigt. Die Herren an der Spitze sehr sparsam und wenig angenehm. Zahlungen häufig nur auf Klageandrohung. (Eigene Erfahrung als Stiftungsvorsteher.) Begründung: Katastrophale Lage der Reichsvereinigung, vielleicht wirklicher Grund: Furcht vor der Gestapo.

Ghetto.

Völliges geistiges Ghetto, tatsächliches Ghetto wird gefürchtet. In Berlin Bannstraßen.⁸ In der elektrischen Bahn in Breslau nicht die geringste Änderung. Andere in anderen Städten, z. B. Dresden. Im allgemeinen kein Haß, eher Mitgefühl.

Behördliche Anordnungen.

Verboten: Betreten der meisten Grünanlagen und Kinderspielplätze, das Sitzen auf öffentlichen Bänken (mit Ausnahme der Straßenbahnen), Friseure völlig verboten (Widerstand einzelner Friseure). Autofahren, ganz genaue Zeiten und Tage für Kolonialwaren und Geschäfte, genau bezeichnete Verkaufszeit und Inhalt. Neueste Anordnung vor etwa 3 Monaten: Jeder Jude hat bei Inverbindungtreten mit einer Behörde oder Privatperson unter Vorlegung seiner Kennkarte seinen vollen, also auch religiösen Namen unter Hinzufügung, daß er Jude sei, zu nennen.⁹ (Streitfragen: Straßenbahn?) In den Schulungsabenden offenbar bekanntgegeben. Hülsenfrüchte, Fische, Keks, verboten, keine Kleiderkarten. Nähmaterial bis zu 20 Pfg.¹⁰

Für Auswanderer.

In Berlin mußte ich einen Revers unterschreiben: kein Angehöriger darf den Auswanderer bis zum Zuge begleiten, muß also vor dem Bahnterrain bleiben. Vorhänge verschlossen; kein Auswanderer darf ans Fenster gehen.

Aussehen.

Sehr viele, meistens Männer, bleich, abgemagert, in schäbiger Kleidung, schwer im ersten Augenblick erkennbar. Angeblicher Ausspruch Hitlers: In einigen Jahren wird es in Deutschland nur jüdische Friedhöfe und Schnorrer geben. Herausgehen nur mit dem Rucksack und 10 Mark.¹¹

⁷ Siehe Dok. 17 vom 4. 10. 1939, Anm. 6.

⁸ Siehe Dok. 176 vom 21.4. 1941, Anm. 5.

⁹ Die meisten der genannten Verordnungen variierten lokal. Zum Kennkartenzwang siehe Dok. 122 vom 2. 12. 1940, Anm. 10.

¹⁰ Zu derartigen Einschränkungen siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4.

¹¹ Nicht ermittelt.

Jüdisches Leben in Breslau.

Vorstand. (Führerprinzip). Bis vor wenigen Monaten Vorsitzender Stadtrat Less.¹² Etwas heimlich, etwa im Mai, ausgewandert. (Volksmund: Deutschland ohne Hess. Breslau ohne Less.) Jetziger Vorstand: 1. Vorsitzender: Landgerichtsrat a.D. Dr. Kohn,¹³ vornehm, kenntnisreich, gewissenhaft. 2. Gemeinderabbiner Dr. Lewin:¹⁴ scharfer Verstand, umfassendes Wissen, glänzender Redner, Gedanken und Sprache in der Gewalt, hochgebildet, auch in der Kultur der Umwelt, fleißig, schnell in seinem Dezernat, im wesentlichen Wohlfahrt (gründlich), aber stark angefeindet und aufs höchste unbeliebt, ohne das geringste Gefühl und ohne die geringste Verbindung mit dem einzelnen. 3. Großkaufmann Kaim,¹⁵ sehr vornehm, sehr ruhig, nicht übermäßig menschenfreundlich. 4. Orthodoxer Gemeinderabbiner Hamburger,¹⁶ still, gläubig, hilfreich, Wohltun ühend (wie seine Gattin).

Hilfsverein.

Getrennt von der Gemeinde, aber selbstverständlich im inneren Zusammenhang. Nach Ausscheiden des Landesgerichtsrats Dr. Kohn jetzt: 1. Rechtsanwalt Dr. Spitz¹⁷ 2. Rechtsanwalt Dr. Goldmann,¹⁸ angeblich jetzt abgebaut. 3. Pollak,¹⁹ früher Vorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in Breslau, jetzt auch Verbindungsmann zwischen Gemeinde und Hilfsverein einerseits und Gestapo andererseits. (Verantwortliche, meist unerfreuliche Tätigkeit.)

Die Persönlichkeit, Fähigkeiten und [das] Tun der Herren werden aufs schärfste kritisiert. Meines Erachtens zu Unrecht. (Enttäuschte Hoffnungen wegen der Ungunst der Verhältnisse.) Ich habe niemals Grund zur Klage gehabt; im Gegenteil, so häufig ich kam, trotz der Überbürdung der Herren, stets Gehör und Freundlichkeit gefunden. Von einzelnen substantiierten Klagen habe ich wenig gehört, bin auch gegenüber solchen Darstellungen mißtrauisch. Ein Jugendfreund hat mir mitgeteilt, seine Reise nach Shanghai sei mißglückt, weil *ein* erforderliches Visum durch Schuld des H.V. verfallen sei, sein Gepäck sei schon in Shanghai. Ein anderer, Arzt, hat darüber geklagt, daß seine Ausreise mißglückt wäre, wenn er nicht durch eigene Maßnahmen und durch Maßnahmen der Hapag Fehler des H.V. im letzten Augenblick korrigiert hätte. Hier habe ich gehört, daß an der Ungeschicklichkeit der Herren, besonders des erstgenannten, Hun-

12 Georg Less (1871–1953), Unternehmer, Kommunalpolitiker; Beiratsvorsitzender der Industrie- und Handelskammer und des Kuratoriums der Städtischen Bank Breslau, von 1932 an Vorstandsmitglied und 1934–1941 Vorsitzender der Synagogengemeinde Breslau; emigrierte 1941 nach Uruguay.

13 Dr. Georg Kohn (1888–1944/45?), Landgerichtsrat; letzter Gemeindevorsitzender in Breslau, mit dem letzten Transport aus Breslau am 16. 6. 1943 nach Theresienstadt, von dort am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort umgekommen.

14 Dr. Reinhold Lewin (1888–1943), Rabbiner; 1912 liberaler Rabbiner in Leipzig, 1921–1938 in Königsberg, 1924–1938 Hrsg. des Königsberger Jüdischen Gemeindeblatts, von 1938 an Rabbiner in Breslau; 1943 nach Auschwitz deportiert und dort umgekommen.

15 Emil Kaim (*1872), Kaufmann in Breslau; 1943 nach Theresienstadt deportiert, im Febr. 1945 mit einem Transport des Roten Kreuzes in die Schweiz gebracht.

16 Dr. Bernhard Hamburger (*1875), Rabbiner; bis 1941 orthodoxer Rabbiner an der Altglogauer-Schul in Breslau; 1942 in den Distrikt Lublin deportiert, dort vermutlich umgekommen.

17 Erich Spitz (*1882), Jurist; Rechtsanwalt in Breslau, bei der Auswandererberatungsstelle tätig, sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

18 Vermutlich: Dr. Max Goldmann (1887–1941), Rechtsanwalt; er wurde am 25.11.1941 nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

19 Wahrscheinlich: Max Pollack (1897–1941), wurde am 25.11.1941 nach Kaunas deportiert und dort ermordet.

derten (?)²⁰ die Ausreise unmöglich geworden sei. Vielleicht sind die Herren (Bürokraten) nicht behende genug.

In der inneren Verwaltung tätig, die Gattin eines früheren Rechtsanwalts, hervorragend tüchtig und überlastet, Frau Dr. Mannsberg. Gehälter bei allen Arbeitern der Gemeinde und der angeschlossenen Organisationen beim Hilfsverein in fast unerträglicher Weise gekürzt. Den Geistlichen Gehalt vollkommen entzogen, übrigens, wie verlautet, auch den Geistlichen anderer Religionen; sie sollen gezwungen werden, irgendeinen Beruf zu ergreifen. (Rußland.)

Jüdische Wissenschaft.

Fränckelsches Rabbinerseminar geschlossen, ebenso Bibliothek.²¹ Alle übrigen Bibliotheken der Gemeinde geschlossen oder aufgelöst, zumal das Haus enteignet. Also überhaupt keine jüdische Wissenschaft. Der neue Tempel, 1863 gebaut, und vor wenigen Jahren restauriert, am 10. November vollkommen zerstört und dem Erdboden gleichgemacht.²² Jetzt sollen Garagen gebaut werden.

Neueste Anordnung Goebbels: Alle Bilder, Sammlungen, Bücher, die einen antiken Wert haben (also auch die alten Talmudfolianten), müssen angegeben und offenbar abgegeben werden. (Genaueres vorbehalten).²³

Kultus.

Täglich und an Sonn- und Feiertagen Gottesdienst, soweit nicht, was wohl nur im Jahre 1939 vorgekommen ist, polizeilich verboten. In der alten ehrwürdigen Storchsynagoge, die wohl von der Zerstörung nur wegen der umliegenden hart angrenzenden Häuser verschont geblieben ist. Am Versöhnungsfest liberaler Gottesdienst in dem Hause des früheren Vereins der „Freunde“. Offenbar keine Harmonie zwischen orthodoxen und liberalen. (Streit höchst unnötig in der Jetztzeit.) Bestrebungen, den orthodoxen Gottesdienst abzuschaffen. Im Winter Schwierigkeiten wegen Kohlenmangels.

Kulturbund.

Bemühungen, Theatervorstellungen, Konzerte und Kino trotz größter Schwierigkeiten zu veranstalten, Bühne im „Freunde Haus.“ (Siehe oben.) Vorstellungen überfüllt, werden sehr belobt. Nur Juden Zutritt. Legitimation durch Ausweiskarte.

²⁰ So im Original.

²¹ Jüdisch-Theologisches Seminar Fraenckel'scher Stiftung: 1854 in Breslau als erstes deutsches Rabbinerseminar gegründet. Das Seminar diente als Vorbild bei der Errichtung der jüdischen Hochschule in Berlin 1870 sowie weiterer Rabbinerseminare. 1938 wurde es geschlossen, die Bibliothek aufgelöst.

²² Die Neue Synagoge wurde 1865–1872 erbaut; sie galt neben der Berliner Hauptsynagoge als die größte Synagoge in Deutschland. In der Nacht vom 9. auf den 10.11.1938 wurde sie in Brand gesetzt und nahezu vollständig zerstört.

²³ Nach § 2 der 5. VO zur Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 25.4.1941 bestimmte die Reichskammer der bildenden Künste als Ankaufstelle für Kulturgut, ob Schmuck- und Kunstgegenstände aus jüdischem Besitz freihändig veräußert werden konnten; RGBl., 1941 I, S. 218.

DOK. 189

**Ein Lkw-Fahrer berichtet über die Lage der jüdischen Bevölkerung
in verschiedenen deutschen Städten Mitte 1941¹**

Anonymer Bericht, o. D.

*Juden in Deutschland Mitte 1941**Selbst Erlebtes und Beobachtetes.*

Die Behandlung der Juden in Deutschland (Altreich) ist lokal sehr unterschiedlich. Was in einer Stadt erlaubt ist, ist in einer anderen verboten. Bei der Bearbeitung der verschiedenen Fälle kommt es nach wie vor darauf an, wie der betreffende Beamte gerade geschlafen hat. Es gibt Gaue, die in der Welt ganz besonders verrufen sind, während in der Tat gerade dort die Behandlung eine nicht so schlimme ist. Juden dürfen zum Beispiel in Leipzig keine öffentlichen Gaststätten (Restaurants, Cafés usw.) besuchen, während in Jena nicht ein einziges Lokal verboten ist. In Berlin sind an vielen Gaststätten Schilder angebracht „Für Juden verboten“, zumindest aber „Juden unerwünscht“, hingegen sind dort alle Hotels für Juden frei; es ist wenigstens so, daß Schilder nicht angebracht sind und in der Praxis Juden nicht abgelehnt worden sind. (Ganz wenige Ausnahmen – Hotel Excelsior – bestätigen die Regel.) Hingegen ist es mir in Restaurants selbst passiert, daß mich begleitende Glaubensgenossen von der Bedienung gefragt worden sind: „Sind Sie Nichtarier?“ Auf die Bestätigung hin wurde gesagt, „da muß ich die Geschäftsleitung fragen, ob ich Sie bedienen darf“. (Ich nehme allerdings an, daß Gäste, die nebenan saßen, die Veranlassung zu der Frage gegeben haben.)

Berlin ist ja wohl überhaupt die Stadt, in der die meisten anti-jüdischen Schilder ausgehängt sind. So ist – auf Anordnung der Gauleitung – an jedem Geschäft, also nicht nur Lebensmittelgeschäften und ähnlichen, ein großes, gelbes Schild angebracht: „An Juden und für Juden kann nur in der Zeit von 16 – 17 Uhr Ware abgegeben werden!“² Es ist kaum zu sagen, welch unangenehme Folgen dieser nur einstündige Verkauf nach sich zieht; einmal kann eine Hausfrau – da sie ja meistens anstehen muß – bei weitem nicht ihre ganzen Einkäufe in einer Stunde erledigen, und anderseits vor allem auch³ sind am Nachmittag die meisten Waren, insbesondere Lebensmittel, ausverkauft. Ein weiter sehr bezeichnendes Schild „Mangelware und markenfreie Ware kann an Juden nicht abgegeben werden“ findet man auch an einer ganzen Reihe von Geschäften der Reichshauptstadt. In diesem Zusammenhang möchte ich sogleich sagen, daß es in Berlin schon länger unter sagt ist, Obst und Milch abzugeben. (In anderen Städten bekommen die Juden wenigstens Magermilch.) An Schokoladengeschäften, ebenso wie an Tabakwarenverkaufsstellen, steht kategorisch in ganz Groß-Berlin „An Juden kein Verkauf!“ Diese Schilder und Anschriften sind ja alle nur ein sichtbares Zeichen des großen Warenmangels und sind alle nur auf höheren Befehl hin ausgehängt.

1 Wiener Library, P.III.a. No. 613, Kopie: YVA, O2/419. Zu den Berichten aus der Wiener Library siehe Dok. 88 vom 16. 6. 1940, Anm. 1.

2 Die Einkaufszeiten für Juden waren in Berlin auf 16 – 17 Uhr festgesetzt; siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7. Ausnahmen regelte die Polizeiverordnung zur Ergänzung der Polizeiverordnung über die Einkaufszeiten für Juden vom 4. 7. 1940; Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin nebst Öffentlichem Anzeiger, 1940, Nr. 631, S. 230.

3 So im Original.

Da ich mich gerade mit Berlin beschäftige, möchte ich einige Tatsachen berichten, die ich dort erlebt habe, und andere wieder, die nur dort so scharf durchgeführt werden. Berlin hat neuerdings Zuzugsverbot für Juden. In Berlin müssen Wohnungen von Juden sehr oft für SS frei gemacht werden, diese müssen oft innerhalb 24 Stunden geräumt sein und müssen noch auf Kosten des ausziehenden Juden wieder neu hergerichtet werden. Juden werden⁴ bis zu 3 Personen nur ein Zimmer zur Verfügung gestellt. In Berlin sind bereits alle Juden, also Männer und Frauen, im Alter zwischen 16-65 Jahren zur Arbeit zwangsweise herangezogen. Die Arbeit erfolgt in geschlossenen Kolonnen, die Bezahlung erfolgt tariflich, aber da es sich doch meistens um ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen handelt, sind die Sätze sehr niedrig. Infolge der hohen Abzüge – Invalidenversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Krankenkasse, Steuern (stets der höchste [Satz] für Ledige), teilweise auch Wehrsteuer und die für Juden und Polen eingesetzte Sondersteuer der sogenannten Sozialabgabe in Höhe von 15 % des Bruttoverdienstes – ist es nichts Seltenes, daß eine Frau bei 48stündiger Arbeitszeit mit RM 12,- bis RM 14,- die Woche nach Hause gehen muß. Wenn man nun berücksichtigt, daß hiervon noch das Fahrgeld abgeht, kann man sich vorstellen, was übrigbleibt.

Die jüdischen Organisationen, Reichsvereinigung, Kultusgemeinde usw., sind durch die Gestapo gezwungen worden, einen großen Teil ihrer Arbeitskräfte zugunsten der Industrie abzugeben. Die Gehälter bei den jüdischen Stellen sind zwangsweise auf ein Minimum heruntergesetzt worden.⁵

Die jüdischen Lehrwerkstätten in Berlin wurden im April 1941 zwangsweise aufgelöst, um selbst die jüngsten Menschen für die Kriegsindustrie frei zu machen. Ein mir befreundeter junger Mensch von knapp 18 Jahren ist in einem Bleiwerk eingesetzt worden und muß dort den ganzen Tag mit einem Schwamm im Munde arbeiten; trotzdem ist Bleivergiftung nicht ausgeschlossen. Hiergegen gibt es nur ein Mittel, ständig – also auch während der Arbeit – viel Milch trinken. Die arischen Arbeiter bekommen Milch vom Werk gestellt, für die Juden ist eine Milchlieferung untersagt worden.

Ein sehr geschickter Mechaniker, der in dem größten optischen Werk mit Erfolg gelernt und dort weitergearbeitet hatte, mußte von seiner Firma 1937 entlassen werden. Um sich aber den guten gelernten Facharbeiter zu erhalten, hat man diesen in einem kleineren, befreundeten Werk in Berlin untergebracht. Hier zeigten sich die Qualitäten des Spezialisten sehr bald, und dieser kam in das Privatlabor des Chefs. (Dort arbeitete er allein, von allen anderen Leuten getrennt.) Der Betreffende machte hier auch einige Erfindungen, die für die Firma gute Erfolge brachten, und wurde deshalb von seinem Arbeitgeber natürlich auch geschätzt; er erhielt ein sehr anständiges Monatsgehalt. Plötzlich im Dezember 1940 kam durch die Arbeitsfront⁶ die überraschende Verfügung: X ist sofort zu entlassen und hat sich zwecks anderweitiger Unterbringung beim Arbeitsamt zu melden, da einzelne Juden nicht mehr beschäftigt werden sollen. Der Mann wurde kurze Zeit darauf Meister in einer jüdischen Abteilung bei Zeiss-Ikon und muß jetzt mit RM 30,- – trotz seiner verantwortungsvollen Tätigkeit – die Woche nach Hause gehen. Unter ihm arbei-

4 So im Original.

5 Mitte 1941 waren zwischen 26 000 und 28 000 Juden bei mehr als 230 Firmen in Berlin im Zwangseinsatz beschäftigt. Im Aug. 1941 wurden von der Berliner Arbeitsverwaltung arbeitsfähige Pensionäre bis zum 60. Lebensjahr zur Zwangsarbeit rekrutiert; Wolf Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933–1945, Berlin 1996, S. 79.

6 Deutsche Arbeitsfront, der NS-Einheitsverband für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

ten einige arische Vorarbeiter und Kontrolleure, denen darf er aber nichts sagen, ist aber andererseits für ihre Tätigkeit voll verantwortlich.

Am 13. Juli 41 bin ich abends von Potsdam kommend mit der S-Bahn nach Berlin zurückgefahren; im gleichen Waggon befanden sich zwei Jungens, die sich korrekt und anständig verhielten. Plötzlich tritt ein Mann auf sie zu und fragt: „Seid ihr Juden?“ Was von dem einen Kind bejaht wurde, darauf: „Und da sitzt ihr noch? Aber schnell auf, sonst passiert etwas.“ Erschrocken standen natürlich die Kinder sofort auf, und der Betreffende setzte sich. Einzelne Mitreisende waren über das Verhalten sichtbar empört und versuchten, dagegen zu protestieren, mußten aber auf eine scharfe Bemerkung dieses großen Helden doch ruhig sein.

Die Transporte auswandernder Juden gehen alle ab Berlin. (Auch wenn ein Transport z. B. über Frankfurt geht, muß ein Frankfurter erst nach Berlin fahren.) Drei Stunden vor Abgang des Zuges müssen die Transportteilnehmer im Luftschutzkeller versammelt sein und dürfen den Keller bis zur Abfahrtszeit nicht mehr verlassen; alsdann werden die Reisenden geschlossen zum Waggon geführt. Die Vorhänge in den Abteilen müssen geschlossen gehalten werden. Verwandte und Freunde dürfen nicht zur Verabschiedung zum Bahnhof kommen.

Sehr scharfe Verfügungen Juden gegenüber bestehen auch u. a. in Leipzig, besonders seit der neue Oberbürgermeister Freyberg – ehemals Nazi-Minister in Braunschweig (aber dort scheinbar wegen allzu großer Fähigkeiten kaltgestellt) – im Amt ist. So war es in der Messestadt schon lange verboten – bevor irgendeine andere Stelle nur daran gedacht hat –, in Tabakwarengeschäfte zu gehen (es fand in Leipzig sogar einmal eine Haussuchung nach Cigarren, Cigaretten usw. statt), Friseurgeschäfte zu besuchen, die Stadtgrenze ohne ausdrückliche Genehmigung zu verlassen, Betreten von Anlagen, Verbot für auswärtige Juden – mit Ausnahme eines bestimmten kleinen Hotels –, Beherbergungsstätten zu benutzen und viele andere kleine Schikanen. Bei geringsten Anlässen wurden viel härtere Strafen ausgesprochen als anderswo. Es herrschten dort zwei anti-jüdische Stellen, die sich nach Möglichkeit gegenseitig übertreffen wollten.⁷

In Leipzig fand im Februar 41 überraschend eine Haussuchung nach Geld statt, wer mehr als RM 500,- im Hause hatte, wurde sofort mitgenommen und kam später – selbstverständlich ohne jede Verhandlung – in ein Konzentrationslager.⁸ Ich weiß Fälle aus anderen Städten, wo Tausende vorgefunden wurden, und die Betreffenden kamen mit zwei bis vier Monaten Gefängnis weg und wurden auch nach Verbüßung der Strafe entlassen. Ich möchte hier dazwischenschalten, daß Juden, die mit Zuchthaus bestraft werden, nach Verbüßung ihrer Strafen ohne weiteres in ein Konzentrationslager kommen. Auch die Mitnahme von Gepäck usw. bei Auswanderern ist in Leipzig besonders beschränkt; es darf dort z. B. nur je ein Sommer- und Winteranzug, zwei Paar Schuhe und alles andere entsprechend wenig mitgenommen werden, außerdem muß alles auf dem Zollhof gepackt

⁷ Eine wesentliche Rolle bei der Verfolgung der Leipziger Juden spielte die Zentrale für Judensachen, die an das Amt zur Förderung des Wohnungsbaus angebunden war und bald nur noch „Judenstelle“ genannt wurde. Mit der zweiten Stelle ist möglicherweise das Rasseamt der NSDAP-Kreisleitung gemeint.

⁸ Nachdem Felix Gebhardt (*1894) im Jan. 1941 Sachbearbeiter in der „Judenstelle“ geworden war, verschärfte er die Überwachung der Leipziger Juden. Gebhardt nahm ständig Kontrollen in den „Judenhäusern“ vor; fand er größere Bargeldbeträge oder nicht erlaubte Lebensmittel, meldete er dies der Gestapo, was in vielen Fällen die Überstellung des Betroffenen in ein KZ zur Folge hatte.

werden. In anderen Bezirken hingegen wurde alles genehmigt, was auf der eingereichten Liste verzeichnet war, ausgenommen ganz vereinzelte Sachen, die in einer Reichsverfügung festgelegt waren. Die Zollbeamten kamen dort auch ins Haus zum Packen.

Ich kenne, im Gegensatz zu Berlin usw., in der Provinz Städte, in denen nicht ein einziges anti-jüdisches Schild angebracht ist. Ich erinnere mich eines Falles, daß im April 1941 in einer dieser Städte an einem Palm-Zigarrengeschäft ein Schild angebracht wurde „An Juden kein Verkauf“; nach wenigen Stunden war dieses aber wieder weg.

Es gab Gestapohauptstellen, die im Mai 1939 bestimmte Juden als „Betreuer der Juden“ eingesetzt haben und diese mit gewissen Vollmachten versahen. Von diesem Zeitpunkt an wurde dann zum größten Teil nur noch über die Betreuer mit der Judenschaft verhandelt. Er bekam die einzelnen Verfügungen zugestellt und mußte sie weiterleiten. Der Betreuer wurde allerdings persönlich für die Durchführungen der Anordnungen verantwortlich gemacht. (Es war nebenher gesagt ein sehr unangenehmer Posten, denn die guten Juden widersetzten sich sehr oft dem vorgesetzten Glaubensgenossen und sahen nicht ein oder wollten nicht einsehen, wieviel angenehmer es für sie war, mit diesem als mit der Gestapo direkt zu verhandeln.

Alle Verfügungen gingen zunächst an alle Rassejuden, also auch an solche, die getauft waren, oder an solche, die in Mischehe lebten. Für letztere kamen später wenige geringe Erleichterungen. Im Oktober 39 wurden zunächst generell dort überall die Radio-Apparate entschädigungslos weggenommen, wo Juden mit in Hausgemeinschaft waren; später bekamen Mischehen auf Antrag teilweise wieder die Erlaubnis, sich einen neuen Radio-Apparat zu kaufen (der erste Apparat blieb nach wie vor ohne jede Entschädigung beschlagnahmt), Voraussetzung sollte nur sein, dass die Möglichkeit gegeben war, daß der jüdische Teil die Übertragungen nicht mit anhören konnte.⁹

Im Sommer 40 kam die Verfügung, daß in den Fernsprechverzeichnissen der zusätzliche Vorname (Israel, Sara) mit eingetragen werden muß; kurze Zeit darauf bekamen die Juden die Fernsprechapparate überhaupt weggenommen. Die Verfügungen über Luftschutzkeller und befristeten Ausgang sind hier sicher bekannt.¹⁰

1941 erhält auch der jüdische Teil in Mischehen die Kleiderkarte wieder, ebenso bekommt er die Lebensmittelkarten, die er wie alle Juden in der Provinz auf den Lebensmittelämtern abholen mußte, durch die Blockwalter der NSV wieder zugestellt. Auch bekommt er vorübergehend das „J“ nicht mehr auf seine Lebensmittelkarten aufgedruckt. In der Provinz tragen die Lebensmittelkarten nur in der Mitte – auf dem Stammabschnitt – ein „J“, während in einer Reihe von Großstädten jeder einzelne kleine Abschnitt ein „J“ eingedruckt hat. Alle anderen – außer den oben angeführten – Anordnungen gelten nach wie vor für alle Rassejuden.

9 Erlass der Geheimen Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle Karlsruhe an die Landräte, Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren in Baden vom 21.9. 1939, Nr. II B 4 – 22 032/39, betr. Einziehung der Rundfunkapparate von Juden, Abdruck in: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg (wie Dok. 36, Anm. 4), Nr. 400, S. 179 f.

10 Zum Ausschluss der Juden als Fernsprechteilnehmer siehe Dok. 96 vom 29.7. 1940. Im Sept. 1939 wurden die jüdischen Gemeinden angewiesen, selbst Luftschutzräume zu bauen. Ferner wurde es Juden verboten, ihre Wohnungen nach 20 Uhr zu verlassen; Erlass der Geheimen Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle Karlsruhe an die Landräte, Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren in Baden vom 10.9. 1939, Nr. II B 4 – 153 03/39, betr. Maßnahmen gegen die Juden, Abdruck in: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg (wie Dok. 36, Anm. 4), Nr. 397, S. 176.

In der Provinz müssen Juden in bestimmten Geschäften und zu bestimmten Zeiten – vor allem Lebensmittel – einkaufen. Die Regelung ist lokal ganz verschieden. Teilweise ist der Einkauf nachmittags zwei Stunden gestattet, und zwar täglich, woanders wieder nur zweimal wöchentlich am frühen Morgen (diese Zeit ist bestimmt die beste, da am Morgen die Ware immer da ist). Es gibt Städte, da bekommen Juden die Fischkarte, in anderen wieder nicht. Teilweise sind Abschnitte entwertet, d. h. daß die Artikel, die es auf diesem Abschnitt gibt, Juden nicht zu verabreichen sind (Schokolade, Hülsenfrüchte und sonstige Sonderzuteilungen). Jüdische Weltkriegsteilnehmer, die nachweisbar verwundet waren, können auf Antrag, über den eigenartigerweise die Gestapo entscheidet, alle Sonderzuteilungen bekommen.

Männer, die mit Jüdinnen verheiratet sind, wurden aus dem Heeresdienst wieder entlassen, ebenso Mischlinge ersten Grades. Aus allen Versicherungen und Privatkrankenkassen mußten Juden ausscheiden.¹¹ Pensionen – auch staatliche und städtische – werden im allgemeinen weitergezahlt. Ich darf hier einen Fall anführen, der besonders interessant ist.

Ein Jude, der über 30 Jahre in einem Industrierwerk beschäftigt war, mußte vor einigen Jahren, 58 Jahre alt, entlassen werden; der schon lange sozialisierte Betrieb zahlt seinen alten Betriebsangehörigen gute Pensionen; auch unser Freund bekam von der Stunde seiner Entlassung an die ihm statutengemäß zustehende Pension. Im Februar 1940 kam der Betreffende wegen politischer Äußerungen ins KZ. Die Kinder, längst volljährig, bekamen trotzdem die Pension weitergezahlt. Im Gegenteil, Anfang 1941 stellte sich bei einer Kontrolle heraus, daß die Pension etwas zu niedrig berechnet gewesen war, und die Tochter bekam den Differenzbetrag für die ganze Zeit rückwirkend nachgezahlt.

Im gleichen Werk ist heute noch ein Volljude als maßgeblicher wissenschaftlicher Mitarbeiter aktiv tätig. (Soweit ich unterrichtet bin, darf dieser auf Grund einer Verfügung der Obersten Heeresleitung nicht entlassen werden.)

Von einem anderen bedeutenden Werk ist mir hingegen bekannt, daß der Chefchemiker, der wegen seines Wissens auch nicht auswandern sollte, eines Tages im November 1940 in ein Konzentrationslager abtransportiert wurde. Im Beisein seiner Angehörigen wurde ihm erklärt, daß er im Lager volle Freiheit genieße und daß er dort in einem chemischen Labor arbeiten solle. Nach wenigen Wochen war er aber „plötzlich“ verstorben.

Ein jüdischer Mann, der in einem arischen Betrieb beschäftigt war, kassierte eines Tages für seine Firma Rechnungen ein. Er soll bei dieser Gelegenheit an einer Stelle „Heil Hitler!“ gesagt haben – es wurde von ihm aber energisch bestritten –, eine junge Dame machte wegen dieses angeblichen Grußes bei der Gestapo Anzeige und erklärte, sie fühle sich verletzt und beleidigt, wenn ein Jude den Namen unseres Führers nur ausspreche. Die Anzeige wurde aber von der Gestapo zunächst mit der Erklärung niedergeschlagen: Es wäre unwürdig, einen wiederholt verwundeten Frontkämpfer, wenn er auch, wie in diesem Falle, Jude sei, und der sich stets national verhalten habe, zu bestrafen. Das achtzehnjährige Mädcl gab sich hiermit aber nicht zufrieden und hat sich über die Kreis- und sogar Gauleitung an die vorgesetzte Behörde dieser Gestapostelle gewandt. Die Folge davon war, daß dieser Jude dann doch eines Tages auf der Straße von der Stelle weg verhaftet und ohne Mitteilung an Frau und Kinder abtransportiert wurde. Er bekam eine Haftstrafe von zehn Tagen. Als er gefragt wurde, ob er mit der Strafe einverstanden sei –

¹¹ Siehe Dok. 78 vom 5.5.1940, Anm. 5.

die natürlich ohne jede Verhandlung ausgesprochen wurde –, und er dem Gestapobeamten erklärte, „wenn Sie dies anordnen, muß ich wohl damit einverstanden sein, nur eine Frage, auf Grund welches Gesetzes werde ich verurteilt“, bekam er prompt die Antwort: „Verfluchter Judenjunge, du wagst noch nach Gesetzen zu fragen, ich soll dich gleich für immer nach Buchenwald bringen.“ Im Gegensatz zu anderen Gefangenen mußte er stets melden: Häftling Jude X.

Wer im Verkehr mit sogenannten amtl. Stellen – insbesondere mit den Finanzämtern – den zusätzlichen Vornamen Israel oder Sara wegläßt, wird im Durchschnitt zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Von einem Gefangenen im Zuchthaus Untermaßfeld ist mir durch Angehörige berichtet worden, daß dieser – er ist wegen Rassenschande verurteilt – durch Wärter und Mitgefangene nicht mit Nummer oder Namen, sondern mit „Jude“ angesprochen wird.

Auf Antrag erhielten auch Juden Volksgasmasken geliefert; bei Auswanderung mußten dieselben jedoch zurückgegeben werden.

Ich habe in meiner letzten Stellung bald ein Jahr mit französischen Kriegsgefangenen zusammengearbeitet, das ging ganz gut und ohne jede Reibung. Eines Tages wurden diese durch serbische Gefangene ersetzt. Als die letzteren eines Tages erfuhren, daß ich Jude bin, erklärte einer davon, der deutsch sprach, von Juden lasse er sich nichts sagen, und machte Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Es war natürlich für mich und meinen Betriebsleiter eine sehr heikle Situation; es war kurz vor meiner Auswanderung, und ich schied deshalb aus der Stellung etwas eher aus als vorgesehen, und wurden dadurch ernstliche Differenzen, die vielleicht auch mir nur schaden konnten, vermieden.

Ich war übrigens in dieser meiner letzten Stellung als Lastkraftwagenführer tätig und durch die Kreis- und Landesbauernschaft reklamiert. Ich betone dies nur, um den gewaltigen Mangel an Arbeitskräften zu dokumentieren. Ich war der einzige Jude in Mitteldeutschland, der nach ausdrücklicher Genehmigung durch das Innenministerium den Führerschein – allerdings nur für die Kriegsdauer – wiederbekommen hatte.¹²

Ich muß feststellen, daß sich alle Behörden bei Ausstellungen von Bestätigungen und sonstigen Unterlagen zur Auswanderung sehr korrekt und höflich benommen haben, alles wurde wunschgemäß und auch stets prompt und schnell erledigt. Die maßgebliche Devisenstelle hat sich bei Genehmigung der Gepäckliste sehr großzügig verhalten.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die breite Masse mit dem Radau- und Gewaltantisemitismus nichts zu tun haben will, ja gar nicht einverstanden ist. Aber keiner wagt etwas dagegen zu sagen oder gar sich dagegen aufzulegen,¹³ die Angst ist zu groß. Die Angst ist sogar so groß geworden, daß es viele Leute zu vermeiden suchen, sich auf der Straße zu einem Juden hinzustellen, während sie abends gern zu ihm in die Wohnung kommen.

¹² Nach dem vertraulichen Schreiben des RVM vom 22.2.1939 sollten für Juden ausgestellte Führerscheine und Kraftfahrzeugscheine eingezogen werden, abgesehen von ausländischen Juden sowie in Fällen, in denen die Einziehung gesamtwirtschaftliche Interessen zu schädigen drohte; Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg (wie Dok. 36, Anm. 4), Nr. 324b, S. 68 f.

¹³ Gemeint ist: aufzulehnen.

DOK. 190

**Edith Hahn-Beer berichtet ihrem Freund in Wien am 6. Juli 1941
von ihrem Arbeitseinsatz in Osterburg¹**

Handschriftl. Brief von Edith Hahn-Beer² an Josef Rosenfeld³ vom 6. 7. 1941

Mein Liebling!

Heute ist der erste Sonntag, an dem wir keinen Spargel stechen.⁴ Bis gestern abend haben wir das noch nicht gewußt. Dann hat er⁵ endlich gerufen: „Morgen bis mittags schlafen“. Unsere Freude kannst Du Dir nicht vorstellen, denn wie wir uns fühlen, ist unbeschreiblich. Die Hände können sich an die Anstrengung absolut nicht gewöhnen. Sie tun mir so weh, in der Früh kann ich die Hand nicht schließen. Mein Kreuz spüre ich schon nicht mehr. Wir haben in den letzten zwei Tagen sehr schwer und sehr lange gearbeitet. Freitag haben die Leute von der Chaussee schon gerufen: „Macht Feierabend!“ Allerdings ist die Freude über den freien Sonntag schon gedämpft, denn vier müssen nachmittags einige Stunden arbeiten gehen. Heute wird Heu geführt, weil das Wetter gut ist, und da braucht man uns. Gemäht wird mit der Maschine, und wir müssen dann mit einem Holzhacken das Heu zusammenraffen. Ich werde unter den vieren sicher sein, denn ich habe mich Freitag sehr schlecht benommen und will jetzt gehen, um das gutzumachen. Freitag nachmittags hat er gesagt, jeder muß seine Arbeit fertigmachen, früher ist nicht Feierabend. Ich war mit meiner Reihe um zirka $\frac{1}{4}$ 8^h [7.15] durch. Dann habe ich Luci geholfen und war um $\frac{3}{4}$ 8^h [7.45] dann mit der zweiten Reihe fertig. Dann konnte ich mich nicht mehr aufraffen weiterzuarbeiten und bin nach Hause gegangen. Ich habe gewußt, daß die Solidarität erfordert hätte, daß ich weiterarbeite, aber ich war so zerschlagen, außerdem sehr hungrig, denn ich hatte zur Vesper nichts als ein paar Knäckes, so daß ich nach Hause ging. Vor mir sind schon vier andere nach Hause gegangen. Frieda hat er vom Feld weggeschickt, er hat ihr befohlen, seiner Frau zu helfen. Die andern haben noch gearbeitet. Frieda hat gebeten und geweint, er soll doch Schluß machen. Ich habe ihn gebeten, und dann hat ihn sogar seine Frau ersucht. Es war schon $\frac{1}{2}$ 9^h geworden. Da er unbarmherzig blieb, ging seine Frau hinaus auf das Feld, nahm Lea die Hacke aus der Hand und arbeitete selbst statt ihr. Dann endlich, einige Minuten später, ließ er Schluß machen. Fertig war die Arbeit noch immer nicht. Das hätte ja bis 1^h gedauert. Ich habe mir Vorwürfe gemacht, weil ich nach Hause gegangen bin, aber ich war so entsetzlich müde. Die Arbeit war sehr schwer. Wir mußten das Unkraut von den Spargelbeeten hacken. Jetzt sehen die Beete schon ganz anders aus, wie auf dem Bild. Die Gänge sind mit Unkraut ganz ver-

1 USHMM, RG-10.56, Acc. 1998.A.0079. Abdruck in: „Ich will leben!“ Briefe und Dokumente der Wiener Jüdin Edith Hahn-Beer, Münster 1996, S. 83–85.

2 Edith Hahn-Beer (1914–2009), Juristin; Studium in Wien; 1941/42 in Osterburg und Aschersleben Zwangsarbeit, danach unter falschem Namen Rot-Kreuz-Helferin in Brandenburg (Havel); nach 1945 Richterin und Staatsanwältin beim Amtsgericht Brandenburg, emigrierte 1948 nach Großbritannien, dort als Hausmädchen, Köchin und Schneiderin tätig, emigrierte 1986 nach Israel; Autorin von „Ich ging durchs Feuer und brannte nicht“ (2000).

3 Dr. Josef Rosenfeld (1913–1978), Jurist, Senatsrat; war kath. getauft und lebte, ohne dass seine jüdische Herkunft bekannt wurde, bei seiner Mutter in Wien; nach 1945 in der Gemeindeverwaltung Wien tätig.

4 Edith Hahn-Beer musste seit Mai 1941 als landwirtschaftliche Hilfsarbeiterin in Osterburg (Altmark) arbeiten.

wachsen, oben auf den Beeten ist eine ganze Wiese. Und das alles mit den Wurzeln herauszuhacken ist nicht leicht.

Wie es hier jetzt ist. Wir wissen, wir müssen bleiben. Wir haben an das Arbeitsamt Wien telegraphiert um Ablösung, denn uns wurde doch versprochen, daß wir doch nach Hause dürfen. Darauf hat man uns geantwortet: „Ersatz wird nicht geschickt, versprochen wurde nichts.“ Wir sind ganz weg darüber. Wie wird man das bis zum Herbst durchhalten können? Wir essen doch nichts wie Erdäpfel. Wo sollen wir die Kraft hernehmen? Ich bitte Dich deshalb, Schatzi, schicke mir mehr Mehlspeise, denn ich esse das nicht als Nascherei, sondern ich brauche es zum Satt-Essen. Jetzt momentan habe ich gar nichts zum Essen. Alles ist schon verzehrt. Sei mir nicht böse, Schatzi, daß ich so fechten komme, aber was soll ich machen. Das erste Monat hast Du und Mama mich verwöhnt,⁶ und jetzt ist alles aus. Mein Hunger ist aber nur größer, nicht kleiner geworden. Außerdem habe ich schon zirka 2 kg abgenommen und ich möchte doch so gerne wieder nach Hause kommen. Manchmal, wenn ich so in den endlosen Spargelbeeten drinnen bin und irgendeine endlose Arbeit mache, habe ich das Gefühl, daß ich nie mehr weggann von hier. Daß ich einmal in der Bibliothek gesessen bin, gelernt habe, ein Mensch war, hoffte, erscheint mir wie ein Märchen. Jetzt bin ich ein Vieh, das man ausnutzt und abnutzt. Kann es jemals anders werden? Die Hoffnung, daß mir Onkel Roszi⁷ rechtzeitig das Affidavit schickt, habe ich auch schon aufgegeben.

Wirst Du mal hierherkommen können? Ich habe Dir schon darüber geschrieben, aber Du hast mir nicht geantwortet.

Bitte, lieber Junge, sende mir von jedem Bild noch eine Kopie. Bitte!!! Wie gefällt Dir Franz? Auf dem Bild mit Franz ist Frau Teltscher. Das Mädels alleine ist Eva. Die Spargelstecherin ist Luci. Bitte schicke mir auch einen Film. Bitte.

Jetzt wollte ich mir Brot abschneiden, es ist mir unmöglich. Meine Hände tun mir zu weh. Wie werde ich nachmittags wieder 4^h den Rechen halten können?

Von Mama⁸ habe ich die ganze Woche keine Zeile bekommen. Bitte gehe zur Mama und frage sie, warum sie mir nicht schreibt. Ist sie vielleicht böse, weil ich sie auch um Packerl angeschnorrt habe. Elsa⁹ würde sicher für mich Brotmarken hergeben. Mir ist es sehr unangenehm, immer und immer bitten zu müssen, aber ich habe sonst Hunger.

Viele, viele Küsse, Dein Hasi.

Möchte Dich so gerne sehen. Ich kann gar nicht verstehen, daß ich Dich den ganzen Sommer nicht sehen soll.

Bitte wieder um Brotmarken.

Kein Mensch hat hier Briefpapier, deshalb kann ich Dir nicht mehr schreiben.

⁵ Gemeint ist der Aufseher.

⁶ So im Original.

⁷ Richard Hahn (*1881), der Onkel von Edith Hahn-Beer, und seine Frau Roszi (im Brief evtl. in Eile zu einer Person zusammengezogen), lebten in den USA und hatten Edith Hahn-Beer schon zu einem früheren Zeitpunkt ein Affidavit angeboten. Sie hatte jedoch abgelehnt, da sie bei Josef Rosenfeld in Wien bleiben wollte.

⁸ Klothilde Hahn (1890 – 1942), Schneiderin; wurde im Juni 1942 von Wien nach Minsk deportiert und in Maly Trostinec ermordet.

⁹ Elsa Denner (*1924), Kunsthandwerkerin und Restauratorin, lebt in Wien. Sie ist die Schwester von Edith Hahn-Beers Freundin Christine (Christel) Beran, geb. Denner (1922 – 1992), Kosmetikerin; Christel Beran überließ Edith Hahn-Beer später ihre als verloren gemeldeten Papiere und ermöglichte ihr so das Leben als „U-Boot“.

DOK. 191

**Felice Schragenheim erkundigt sich am 12. Juli 1941
beim US-Generalkonsulat in Berlin nach Möglichkeiten,
ihr Visum zu verlängern¹**

Schreiben von Felice Schragenheim,² Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 102, ungez., an das Amerikanische Generalkonsulat, Berlin NW 7, Hermann-Göring-Str. 21, vom 12.7. 1941

Betr.: Quota Immigration Visa No. 23989

Hierdurch teile ich Ihnen ordnungsgemäß mit, daß mein Einreisevisum nach U.S.A. am 18. d. M. ablaufen wird, ohne daß ich bisher in der Lage war, es auszunutzen.

Es wurde mir aufgrund einer Buchung für das Schiff „Marques de Corillas“³ erteilt, die ich über der American Express Company⁴ vorgenommen hatte. Da dieses Schiff z. Zt. nicht auslief, buchte ich um und habe seitdem vier weitere Buchungen bei der American Express Company vorgenommen, die teils durch vorübergehende Portugal-Sperre,⁵ teils durch Ausfall der Schiffe nicht realisiert werden konnten.

Zuletzt hatte ich auf dem Schiff „Navemar“ gebucht,⁶ das aber ebenfalls verschoben worden ist und dessen Abfahrtstermin bis heute noch nicht festliegt, so daß ich es nicht mehr benutzen kann.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, welche Aussichten auf eine eventuelle Verlängerung des Visums bestehen, und zeichne hochachtungsvoll⁷

1 JMB, Sammlung Wust-Schragenheim, Schenkung von Elisabeth Wust (2006/37/69). Abdruck als Faksimile in: Erica Fischer, Das kurze Leben der Jüdin Felice Schragenheim. „Jaguar“, Berlin 1922 – Bergen-Belsen 1945, München 2002, S. 89.

2 Felice Schragenheim (1922 – 1945?), Schülerin, Dichterin, Arbeiterin; musste im Nov. 1938, noch vor dem Abitur, die Schule verlassen, unternahm danach verschiedene Auswanderungsversuche, Okt. 1941 bis 1942 Zwangsarbeit in der Berliner Flaschenschlussfabrik C. Sommerfeld & Co., Okt. 1942 in Berlin untergetaucht, am 21.8. 1944 verhaftet und am 5.9. 1944 nach Theresienstadt, von dort am 9. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert, zuletzt in Bergen-Belsen, dort verliert sich ihre Spur.

3 Vermutlich: „Marques de Comillas“, das Schiff lief von span. Häfen aus New York an.

4 Die 1850 in den USA gegründete Speditionsgesellschaft American Express Company verfügte seit 1907 über Niederlassungen in Deutschland und etablierte sich als transatlantischer Finanz- und Reisedienstleister.

5 Am 24. 4. 1941 hatten die portug. Behörden angekündigt, keine Transitvisa mehr auszustellen.

6 Die Abfahrt der „S.S. Navemar“ aus Cádiz (Spanien) war wegen mangelhafter Ausstattung von den lokalen Behörden untersagt worden. Das Schiff stach erst Anfang Aug. 1941 von Sevilla aus in See. Obwohl der Frachter nur Unterbringungsmöglichkeiten für 15 Passagiere bot, befanden sich rund 1200 Flüchtlinge an Bord. Mehrere Menschen starben während der Überfahrt.

7 In ihrem Antwortschreiben vom 15.7. 1941 lehnte die Botschaft eine Visumsverlängerung mit dem Hinweis ab, dass die Bearbeitung von Visumsangelegenheiten bis auf weiteres eingestellt sei; wie Anm. 1, 2006/37/70.

DOK. 192

**Frida Neuber aus Berlin erklärt am 19. Juli 1941 Bob Kunzig in Philadelphia,
welche Formulare er für ihr Affidavit wie ausfüllen muss¹**

Handschriftl. Brief von Frida Neuber,² Berlin, an Bob Kunzig,³ Philadelphia, vom 19. 7. 1941

Mein lieber guter Bob, nun endlich ist die Spannung von mir genommen, ich habe vor 3 Tagen Deinen lieben so herzlichen Brief v. 27. Juni erhalten & bin froh & glücklich, daß nichts Ernsthaftes Dich am Schreiben gehindert hat & Du mir auch nicht irgendwie zürnst. Ich hatte am 7. Juli noch mal einen SOS-Ruf an Dich gesandt, der inzwischen wohl in Deine Hände gelangt sein wird. Ja, das Bild ist nun ein ganz anderes & alle Hoffnungen scheinen wie eine Seifenblase zerplatzt zu sein! Von hier aus ist augenblicklich *nichts* zu machen möglich. Ich bin beim Hilfsverein & bei der Hapag gewesen, habe da folgendes erfahren. Alles wird jetzt von Washington aus bearbeitet & kann nur von den Affidavitgebern in die Wege geleitet werden. Du müßtest an das Visadepartment des State Departments in W. schreiben & Dir von dort die Formulare B & C geben lassen. Das Formular B muß folgendermaßen ausgefüllt werden:

Name: Friederike Johanna Neuber geb. Maison

Geb. 6. November 1869 in Breslau

Religion: Evangelisch

Adresse: Berlin SO 16, Engeldamm 66 II

Nationalität: Deutsche Staatsangehörige

Civilstand: Verwitwet seit 1912.

Familienverhältnisse: Eltern, 2 Kinder u Ehemann verstorben, es leben noch 3 Geschwister in Berlin & zwar Clara Kramer geb. Maison,⁴ Wwe,⁵ Berlin SO 16, Engeldamm 66

Hermann Maison, Witwer,⁶ Berlin SO 16, Engeldamm 66

Robert Maison,⁷ verheiratet, Berlin SO 16, Köpenickerstr. 48 II

Erziehung: Ich besuchte bis 1887 die Viktoriaschule, eine höhere Mädchenschule

Einen Beruf habe ich seit 1930 nicht, ich führte meinem Bruder die Wirtschaft

Politische Verbindungen: Keine

Strafen wegen politischen oder anderer Vergehen: Keine

Alles was sich auf Politik bezieht, kann mit *nein* beantwortet werden.

Früherer Aufenthalt in den Staaten: Ich war vom Dezember 1925 bis Juli 1928 in Philadelphia u. habe bei Mrs. Marie A. Lowe, 4622 Adams Ave gewohnt.

Zweck der jetzigen Einreise: Dauernde Übersiedlung nach U.S.A.

¹ JMB, Sammlung Frida Neuber, 2007/84/23.

² Friederike Johanna Neuber, geb. Maison (1869 – 1942), wurde am 6. 7. 1942 nach Theresienstadt deportiert und ist dort am 20. 12. 1942 gestorben.

³ Robert Kunzig (1890 – 1983), Jurist; lernte Friederike Neuber während ihres dreijährigen Aufenthalts in Philadelphia kennen. Er besorgte ihr ein Affidavit sowie eine Schiffspassage in die USA.

⁴ Clara Kramer, geb. Maison (1867 – 1943), Gesangslehrerin; wurde am 7. 8. 1942 nach Theresienstadt deportiert und ist dort am 7. 4. 1943 gestorben.

⁵ Witwe.

⁶ Hermann Maison (1873 – 1942), Fabrikant; wurde zusammen mit seiner Schwester Friederike Neuber am 6. 7. 1942 nach Theresienstadt deportiert und starb dort am 25. 8. 1942.

⁷ Robert Maison (1874 – 1958), Kaufmann; überlebte den Krieg in Berlin.

Das alles & vielleicht nun etwas mehr muß im Formular *B* von *Dir* angegeben werden. Formular *C* verlangt, Affidavit von 2 Bürgen einzureichen für den Fall, daß der Einwandernde unterstützt werden muß, wie es ja bei mir zutrifft. Ich schreibe das alles schon heute, damit Du nicht erst wieder zeitraubende Rückfragen halten mußt. So, das erfuhr ich beim Hilfsverein.

Bei der Hapag sagte man mir folgendes: Augenblicklich könne man nur über Cuba nach U.S.A. einwandern, was natürlich die Reisekosten *beträchtlich* erhöht & aus dem Grunde wohl gar nicht in Frage kommen könnte. Du müßtest Dich *drüben* mit dem *Joint* oder *Hias*,⁸ beides jüdische Einrichtungen für Auswanderer, in Verbindung setzen, die eventuell das Nötige veranlassen würden. Die Bestimmungen über Weg & Einwanderungsmöglichkeiten wechseln naturgemäß in Zeiten wie den augenblicklichen schnell. So, wie ich es Dir schildere, ist es gerade jetzt.

Wie kommt es, daß Hapag mir mitteilte, daß Du \$ 420 eingezahlt hättest, während Du doch tatsächlich \$ 460 eingezahlt hast? Sind da schon \$ 40 ins Wasser gefallen beim Herüberzahlen? Armer lieber Junge, hoffentlich hast Du diese Summe nicht schon einbüßen müssen, sondern die ganzen 460 zurückerhalten.

Also in Rangerhodge steckst Du augenblicklich & bist da wieder tätig; ich weiß aus Gr. Schilderungen, daß ganz Maine landschaftlich herrlich sein soll, See & Gebirge vereinigt zu wunderbarsten Bildern. Daß Du gerade dort besonders oft an unsere liebe Verstorbene erinnert wirst, glaube ich gern, das ist aber gut so, so bleibst Du immer in seelischer Verbindung mit ihr & sie wollte sich ja auch nicht von Dir lösen, weil sie Dein Leben, auch ohne von Dir gesehen zu werden, verfolgen will & immer an Deiner Seite bleiben möchte. So hat sie es mir mal gesagt. Am 12. Juli war ich im Geiste viel bei Euch. Gr. ist manchem Seelenleid aus dem Wege gegangen, die jetzige schwierige Lage hätte sie doch wieder sehr bedrückt. Ich bin gespannt zu hören, wohin die Eltern & Mildred gegangen sind & ob O. C. [...] ist.

Wir leben ganz zurückgezogen; mitunter machen wir kleine Ausflüge in die nähere Umgebung, so nach Treptow oder Potsdam, Orte die Du ja auch kennst, aber wir sind in allem gehindert & deshalb bleibe ich am liebsten zu Haus. Das Wirtschaften ist jetzt auch schwierig, so daß ich, nachdem ich mein Tagewerk vollbracht habe, müde bin & gern die Ruhe pflege. Ich lese jetzt in deutscher Übersetzung von A. T. Hobart „Oil for the lamps of China“, ein Buch, das mich sehr interessiert.¹⁰ Das ist das Schönste für mich, ein gutes Buch & meine Ruhe!

Ob dieser Brief noch in Deine Hände gelangen wird? Man weiß ja nicht, was die allernächste Zeit bringen kann, aber auch ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß alles zum guten Ende kommen wird & ich bald bei Euch sein kann. Du wirst diesen Brief wahrscheinlich am 8ten August haben, der Deine brauchte 19 Tage.

Lebe wohl, mein lieber, lieber Bob, von ganzem Herzen danke ich Dir für Deine lieben Zeilen & bitte Dich nun, gib mir öfter mal ein kurzes Lebenszeichen, damit ich weiß, daß Du gesund und noch frei bist. Ich Sorge mich sehr um Dich, wenn ich nichts höre. Grüße

⁸ Die jüdische Auswanderungshilfsorganisation Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS) war 1898 in New York gegründet worden. Von 1927 an koordinierte die HICEM die Arbeit der HIAS in New York, der ICA in Paris und der Emigdirect in Berlin, um die jüdische Auswanderung zu organisieren.

⁹ Ein Wort unleserlich.

¹⁰ Alice Tisdale Hobart, Petroleum für die Lampen Chinas, Leipzig 1935.

bitte *alle* Angehörigen, die Eltern, Mildred, Tante Else, Miss W. last but not least Miss Schmidt herzlich von mir, Du selbst aber nimm mit dem Gruß auch einen herzlichen Kuß von Deiner alten, Dich herzlich liebenden Tante

DOK. 193

**Das Reich: Hetzartikel von Joseph Goebbels,
in dem er den Juden am 20. Juli 1941 mit einem bald
hereinbrechenden Strafgericht droht¹**

Mimikry

Von Reichsminister Dr. Goebbels

Die Juden sind bekannt dafür, daß sie es meisterhaft verstehen, sich der jeweiligen Umgebung oder Lage anzupassen, ohne dabei ihr Wesen zu verlieren. Sie treiben Mimikry. Sie haben einen natürlichen Instinkt für Gefahren, die ihnen drohen, und ihr Selbsterhaltungstrieb gibt ihnen auch meistens die geeigneten Mittel und Abwehrmaßnahmen ein, mit denen sie sich möglichst ohne Anwendung von Mut und Lebens Einsatz diesen Gefahren entziehen können. Es ist sehr schwer, ihren raffinierten Um- und Schleichwegen nachzuspüren und sie dabei zu überführen. Man muß schon ein gewiegtter Judenkenner sein, will man sie entlarven. Ihr System ist, wenn man es einmal durchschaut hat, denkbar einfach und primitiv. Es zeichnet sich aus durch eine perfide Unverschämtheit, die deshalb so erfolgreich ist, weil man sie meist in solchen Graden überhaupt nicht für möglich hält. Schon Schopenhauer hat gesagt, daß der Jude der Meister der Lüge ist.² Er beherrscht die Register der Wahrheitsverdrehung so genial, und er tritt dabei so sicher auf, daß er es sogar einem harmlosen Gegner gegenüber wagen kann, bei der klarsten Sache der Welt das glatte Gegenteil von dem zu sagen, was den Tatsachen entspricht. Er tut es mit einer so dreisten Frechheit, daß der Zuhörer plötzlich anfängt, unsicher zu werden, und dann hat der Jude meist schon gewonnenes Spiel.

Man nennt das in der Judensprache Chuzbe.³ Chuzbe ist ein typisch jüdischer Ausdruck, der sich in keine andere Sprache übersetzen läßt, weil es das, was man unter Chuzbe versteht, eben nur unter Juden gibt. Andere Sprachen haben es nicht für notwendig befunden, einen gleichwertigen Ausdruck zu prägen, weil andere Völker etwas Ähnliches wie das, was man damit bezeichnet, nicht kennen. Es bedeutet so viel wie bodenlose, impertinente, unglaubliche Frechheit und Unverschämtheit.

Solange wir das zweifelhafte Vergnügen haben, uns mit den Juden polemisch herumzuschlagen zu müssen, haben wir Beispiele für die typisch jüdische Charaktereigenschaft, die die Juden selbst Chuzbe nennen, in Hülle und Fülle kennengelernt. Da wird der Feigling zum Helden und der brave, fleißige und tapfere Mann zum verächtlichen Dummkopf

1 Das Reich, Nr. 29 vom 20. 7. 1941, S. 1f. Abdruck in: Joseph Goebbels, Die Zeit ohne Beispiel: Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941, S. 526 – 528.

2 Schopenhauer schreibt in einer Fußnote: „Juden [...] [sind] große Meister im Lügen“; Arthur Schopenhauer, Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften, Bd. 2, Berlin 1851, § 174.

3 Richtig: Chuzpe, von hebr. chuzpa: Frechheit, Dreistigkeit.

oder Spießier; dicke, fette und schwitzende Börsenjobber spielen sich als kommunistische Menschheitsbeglückter auf, und anständige Soldaten werden den Tieren gleichgestellt. Ein sauberes Familienleben wird als Gebäranstalt lächerlich gemacht, die Kameradschaftsehe dagegen zum höchsten Ideal menschlicher Entwicklung erhoben. Ekelerregende Machwerke, allen Unrat, der einem menschlichen Gehirn entspringen kann, zur Darstellung bringend, werden als vollendete Kunst ausgegeben und wirkliche Kunstwerke als Kitsch verhöhnt und persifliert. Nicht der Mörder ist mehr schuldig, sondern der Ermordete.

Es ist das ein System der öffentlichen Täuschung, das sich, wenn es lange genug angewandt wird, wie eine geistige und seelische Lähmung über ein ganzes Volk legt und auf die Dauer jede natürliche Abwehr erstickt. Deutschland hat, bevor der Nationalsozialismus auftrat, mitten in dieser tödlichen Gefahr gestanden. Hätten wir sie nicht überwunden, wäre unser Volk nicht im letzten Augenblick noch zur Besinnung gekommen, so wäre unser Land reif gewesen für den Bolschewismus, die teuflischste Infektion, die das Judentum über ein Volk bringen kann.

Auch der Bolschewismus ist ein Ausdruck der jüdischen Chuzbe. Turbulente jüdische Parteidoktrinen und gerissene jüdische Kapitalisten fanden den unverschämtesten Coup, der sich überhaupt denken läßt, indem sie sich des sogenannten Proletariats bemächtigten und in seinen Reihen durch rücksichtslose Aufbauschung wirklicher oder vermeintlicher sozialer Not- und Übelstände den Klassenkampf mobilisieren, um dann mit seiner Hilfe die totale jüdische Herrschaft über ein Volk anzutreten. Die krasseste Plutokratie bedient sich des Sozialismus, um die krasseste Gelddiktatur zu errichten. Mit Hilfe der Weltrevolution sollte dieses in der Sowjetunion bereits verwirklichte Experiment auch auf die anderen Völker übertragen werden. Das Ergebnis wäre dann die Weltherrschaft des Judentums gewesen.

Die nationalsozialistische Revolution war ein tödlicher Schlag gegen diesen Versuch. Nachdem man in den führenden Kreisen des internationalen Judentums einsehen mußte, daß keine Rede mehr davon sein könne, die Bolschewisierung der einzelnen europäischen Länder auf agrarischem Wege weiterzutreiben, entschloß man sich, auf die große Gelegenheit eines kommenden Krieges zu warten, dann aber seine Position so zu wählen, daß der Krieg möglichst lange dauere, um an seinem Ende über ein ausgepowertes, ausgeblutetes und ohnmächtiges Europa herzufallen und es mit Gewalt und Terror zu bolschewisieren. Auf dieses Ziel ist die Taktik des Moskauer Bolschewismus seit Beginn dieses Krieges ausgerichtet gewesen. Man wollte erst dann eingreifen, wenn ein leichter und risikoloser Sieg gesichert war, bis dahin aber so viele deutsche Kräfte binden, daß das Reich zu einem entscheidenden Schlag im Westen und baldigen Beendigung des Krieges nicht fähig war. Man kann sich denken, welch ein Wutgeheul durch den Kreml ging, als man sich eines Sonntagmorgens darüber klarwerden mußte,⁴ daß der Führer sich entschlossen hatte, dieses feingesponnene Lügen- und Intrigennetz durch den Hieb des deutschen Schwertes zu zerreißen.

Bis dahin hatte man die jüdischen Häupter des Bolschewismus klug im Hintergrund gehalten, wohl in der irrigen Annahme, uns damit täuschen zu können. Die Litwinow und Kaganowitsch traten öffentlich kaum noch in die Erscheinung. Um so unheilvoller aber entfalteten sie ihre Tätigkeit hinter den Kulissen. Man suchte bei uns den Eindruck zu erwecken, als seien sich die jüdischen Bolschewiken in Moskau und die jüdischen Pluto-

⁴ Der 22. Juni 1941, der Tag, an dem die Wehrmacht die Sowjetunion überfiel, war ein Sonntag.

kraten in London und Washington spinnefeind. Insgeheim aber schlossen sie untereinander um so fester die Umklammerung, mit der sie uns erdrücken wollten. Das erhellt [sich] schon aus der Tatsache, daß sie sich in dem Augenblick, in dem dieses teuflische Ränkespiel entlarvt ist, auch schon versöhnt in den Armen liegen. Die unwissenden Völker auf beiden Seiten, die sich wohl bei einem so ungewohnten Anblick erstaunt die Augen reiben, werden durch gegenseitige taktvolle Rücksichtnahme beruhigt.

In Moskau beispielsweise erklären die Juden, der Verband der Gottlosen, dem als Ehrenmitglied anzugehören noch am Tage vorher eine der ersten und vornehmsten Pflichten aller führenden Sowjetgrößen war, sei eine Fehlorganisation und werde aufgelöst.⁵ Die religiöse Freiheit solle von nun an in der gesamten Sowjetunion gesichert sein. Man lanciert verlogene Meldungen in die Weltöffentlichkeit, daß in den Kirchen Moskaus wieder gebetet werde und was derlei aufgelegter Schwindel mehr ist. In London dagegen kann man sich zwar noch nicht dazu entschließen, die Internationale allabendlich im Rundfunk zu spielen, weil, wie Mr. Eden⁶ in einer feinsinnigen Unterscheidung feststellt, die Bolschewiken keine Alliierten, sondern nur Mitarbeiter Englands seien – die Internationale wäre auch für das britische Volk in diesem Augenblick ein zu starker Tobak –; aber man ist doch eifrig am Werke, Stalin als den überlegenen Staatsmann und großartigen Sozialpolitiker zu preisen, der nur noch mit Churchill verglichen werden könne, und ansonsten sinnreiche Anknüpfungspunkte zwischen der glorreichen Demokratie Moskau und Londoner Prägung zu finden.

Und dabei haben, das ist das Merkwürdige, die Posaunenbläser hüben und drüben nicht einmal so unrecht. Sie unterscheiden sich im Extrem nur für den, der sie nicht kennt; für den Fachmann aber gleichen sie einander wie ein Ei dem anderen. Vor allem sind es dieselben Juden, die auf beiden Seiten, ob offen oder getarnt, den Ton angeben und das große Wort führen. Wenn sie in Moskau beten und in London sich anschicken, die Internationale zu singen, so machen sie damit das, was sie seit jeher getan haben. Sie betreiben Mimikry. Sie passen sich der jeweiligen Gegebenheit und Lage an, langsam natürlich und Schritt für Schritt, damit die Völker nicht argwöhnisch und hellhörig werden. Und auf uns sind sie hauptsächlich deshalb so wütend, weil wir sie entlarven. Sie fühlen sich von uns beobachtet und erkannt. Der Jude ist nämlich nur sicher, wenn er nicht durchschaut wird. Bemerkt er, daß ihm jemand hinter seine Schliche kommt, dann verliert er sein Gleichgewicht. Der gewiegte Judenkenner stellt das sofort an seinem Geschimpfe und Gekeife und an seinen bekannten alttestamentarischen Haßausbrüchen fest. Wir haben solche schon so oft über uns ergehen lassen, daß sie für uns vollkommen des Reizes der Originalität entbehren. Sie sind in unseren Augen nur noch von psychologischem Interesse. Wir warten dabei kalt und gelassen auf den Augenblick, in dem die jüdische Wut ihren Höhepunkt erreicht. Dann fängt Schmock an,⁷ sich zu verhaspeln. Er redet dann lauter dummes Zeug, und plötzlich verrät er sich selbst.

5 Der der KPdSU nahestehende Verband der kämpfenden Gottlosen ging 1929 aus dem 1925 gegründeten Verband der Gottlosen hervor. Anfang 1941 gehörten ihm 3,5 Millionen Mitglieder aus 100 Ländern an; noch im selben Jahr stellte er seine Tätigkeit ein und wurde 1947 offiziell aufgelöst.

6 Anthony Eden, der im Febr. 1938 aus Protest gegen die brit. Appeasementpolitik gegenüber Deutschland als brit. Außenminister zurückgetreten war, gehörte unter Churchill seit Sept. 1939 wieder dem brit. Kabinett an, zunächst als Kriegs-, von Jan. 1940 an als Außenminister.

7 Schmock: Pejorativer Ausdruck für gesinnungsloser Journalist, Schriftsteller, der sich durch Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ (1854) verbreitete.

Was heute über die Moskauer und Londoner Sender geht oder in den bolschewikischen und plutokratischen Organen geschrieben steht, spottet einfach jeder Beschreibung. Zur Wahrung des guten Tons und zur Anpassung an die Landschaft läßt dabei London dem Kreml immer sehr taktvoll den Vortritt. Die Moskauer Juden *erfinden* die Lügen- und Greuelmeldungen, und die Londoner Juden *zitieren* und *kolportieren* sie, ganz harmlos natürlich, mit einer wahren Biedermannsmiene, gleichsam als genügten sie nur einer lästigen Chronistenpflicht. Klar, daß die scheußlichen Untaten in Lemberg, die die ganze Welt in tiefe Bewegung versetzten, nicht von den Bolschewiken begangen werden, sondern Erfindungen des Propagandaministeriums sind. Es spielt dabei gar keine Rolle, daß sie in der deutschen Wochenschau im lebenden und bewegten Bild gezeigt und damit der ganzen Welt als Beweismittel zugänglich gemacht werden.⁸ Selbstverständlich, daß wir Kunst und Wissenschaft unterdrücken und terrorisieren, der Bolschewismus dagegen ein wahrer Hort der Kultur, der Zivilisation und der Humanität ist. Wir persönlich erfreuen uns aufs neue im Moskauer Rundfunk einer Charakterisierung, die so gemein und niederträchtig ist, daß sie beinahe wieder schmeichelhaft wirkt. Wir nehmen an, daß die dortigen jüdischen Sprecher uns noch aus der guten alten Zeit von Berlin her kennen. Sie müßten eigentlich also auch, wenn sie nicht ein so kurzes Gedächtnis hätten, wissen, daß ihnen alles Schimpfen nichts nützt, daß sie am Ende doch, wie man so sagt, die Hücke voll bekommen werden. Sie erklären jeden Abend, sie wollten uns die Fresse kaputtschlagen, uns und allen Nazischweinen. Ja, wollen schon; aber können, können, mein Herr! Es liegt eine gewisse Tragikomik in diesem Fall. Wo man die Juden zu Wort kommen läßt, da plustern sie sich auf, tun so, als wollten sie Bäume ausreißen; und nach kurzer Zeit brechen sie dann wieder ihre Zelte ab, um vor den nachrückenden deutschen Regimenten das Hasenpanier zu ergreifen. Qui mange du juif, en meurt!⁹

Man könnte fast sagen, daß die Seite, auf der sie auftauchen, eben deshalb schon verloren hat. Sie sind das beste Unterpfand der kommenden Niederlage. Sie tragen den Keim des Zerfalls in sich und an sich. Sie wollten in diesem Krieg den letzten verzweifelte Schlag gegen das nationalsozialistische Deutschland und gegen das erwachende Europa führen. Er wird auf sie selbst zurückfallen. Wir hören heute schon im Geiste den Ruf der verzweifelte und irreführten Völker durch die ganze Welt gellen: „Die Juden sind schuld! Die Juden sind schuld!“

Das Strafgericht, das dann über sie hereinbricht, wird furchtbar sein. Wir brauchen gar nichts dazu zu tun, es kommt von selbst, weil es kommen muß. Wie die Faust des erwachenden Deutschland einmal auf diesen Rassenunrat niedergesaut ist, so wird auch einmal die Faust des erwachenden Europa auf ihn niedersausen. Dann wird den Juden auch ihre Mimikry nichts mehr nützen. Sie werden sich dann stellen müssen. Es wird der Tag des Gerichts der Völker über ihre Verderber sein.

Erbarmungslos und ohne Gnade soll dann der Stoß geführt werden. Der Weltfeind stürzt, und Europa hat seinen Frieden.

⁸ Die deutschen Medien hatten nach dem Überfall auf die Sowjetunion Anweisung bekommen, ausführlich über Massaker der sowjet. Geheimpolizei NKWD zu berichten; siehe Dok. 185 vom 22.6. 1941 und zu den Aufnahmen aus Lemberg Einleitung, S. 57. Zu den Pogromen in Lemberg siehe Dok. 195 von Ende Juli 1941, Anm. 20.

⁹ Franz.: Wer vom Juden isst, stirbt daran.

DOK. 194

Josef Löwenherz berichtet am 22. Juli 1941 über die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien¹

Bericht des Amtsdirektors und Leiters der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, gez. Dr. Josef Löwenherz, vom 22.7. 1941

29. Wochenbericht der Israel. Kultusgemeinde Wien dato. 22. Juli, 1941.

A) Tätigkeitsbericht.

Auswanderung.

In der Zeit vom 13. bis 19. Juli 1941 wurden von der Israel. Kultusgemeinde Wien 96 Personen abgefertigt. Als Zielländer wurden angegeben:

1. Europäische Staaten 4: Schweden 3, Schweiz 1

2. Vereinigte Staaten von Nordamerika 69

3. Mittel- und südamerikanische Staaten 23: Argentinien 17, Cuba 6

Insgesamt wurden bisher mit Hilfe der Israel. Kultusgemeinde Wien 56 986 Personen abgefertigt.

Über die Tätigkeit der einzelnen Ämter wird nachstehender Bericht erstattet:

I. Ämter, die mit der Auswanderung unmittelbar zusammenhängen:

1. Auswanderungsberatung.

Es wurden 440 Personen beraten, und zwar 415 in der allgemeinen und 25 in der Speditionsberatung.

2. Korrespondenzabteilung.

Im Wege der verschiedenen Hias-Büros in den Vereinigten Staaten wurden drei Bestätigungen über direkt an das amerikanische Generalkonsulat übermittelte Affidavits übermittelt. Für weitere eingelangte Einreisegenehmigungen nach mittel- und südamerikanischen Staaten wurden Schritte zur Visaerlangung eingeleitet.

3. Paßfragebogenausgabe.

In der vergangenen Woche wurden 18 Fragebogen zur Einreichung von Reisedokumenten ausgegeben.

4. Gebührenbemessungsstelle.

Während dieses Berichtsabschnittes wurde in 53 Fällen die Bemessung vorgenommen und den betreffenden Parteien eine Umlage von RM 65 320.– vorgeschrieben.

5. Dokumentenkontrollstelle.

Es wurden 54 Personen mit 46 Umschlägen an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung gewiesen. Die Zahl der täglichen Zuweisungen schwankte zwischen 5 und 20 Personen, bzw. 4 und 16 Umschlägen.

6. Devisenberatungsstelle.

Im Laufe der vergangenen Woche wurden 3 Listen (584, 585, 586) mit insgesamt 28 Personen bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bzw. bei der Devisenstelle Wien eingereicht und um Bewilligung von \$ 12 475,60 für Passagegebühren gebeten. Bei der Devisenstelle Wien wurden weitere 29 Ansuchen um Freigabe gesperrter Beträge eingebracht.

Insgesamt wurden 235 Personen beraten.

¹ CAHJP, A/W 1H.

7. Abfertigung der Auswanderer.

In Angelegenheit der Beschaffung von amerikanischen, argentinischen, kubanischen Einreisegenehmigungen wurden 971 Personen beraten. Für Auswanderer, an deren Verwandte in Übersee telegrafische Aufforderungen gerichtet wurden, langten Schiffskarten und Reisezuschüsse in der Höhe von \$ 8365,- ein. Der Gesamtbetrag der auf diese Weise erhaltenen Reisezuschüsse und Schiffskarten beläuft sich auf \$ 1414 505.-

II. Ämter, die mit der Auswanderung mittelbar zusammenhängen:

1. Fürsorgeabteilung.

In der Zeit vom 13. bis 19. Juli 1941 wurden 2296 Personen mit Bargeld unterstützt und hiefür der Betrag von RM 19 783,37 verausgabt, d. i. RM 8,61 pro Kopf und Monat.

2. Wohnungsreferat.

In der Zeit vom 1. Juni bis 15. Juli 1941 wurden von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung 672 Wohnungen mit 3371 Personen zur Räumung aufgetragen. Bis zu dem genannten Stichtag konnten 418 Wohnungen bereits als leerstehend gemeldet werden, während 254 Wohnungen in Behandlung waren. Eine weitere Anzahl von Wohnungen wurde innerhalb desselben Zeitraumes auf Grund gerichtlicher Kündigungen frei.

B) Lagebericht.

Im Laufe der vergangenen Woche konnte die Abfertigung einer Auswanderergruppe, bestehend aus 113 Personen, im Rahmen des 20., von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung genehmigten, längs der atlantischen Küste nach Spanien geleiteten Transportes durchgeführt werden.

Wie bereits berichtet, ist das Zustandekommen der finanziellen Voraussetzungen dieser Transporte in erster Linie auf die Mitwirkung des American Joint Distribution Committee zurückzuführen, dessen Präsident für Europa, Mr. *Troper*, in Lissabon nichts unversucht ließ, um die Ausreise der in Betracht kommenden Personen zu ermöglichen. Einer am 17. d. M. eingelangten drahtlichen Mitteilung war zu entnehmen, daß, angesichts der im Reichsgebiet erfolgten Sperre der amerikanischen Konsulate, von den jüdischen Hilfsorganisationen die Möglichkeit erwogen wird, den im Sinne der neuen Vorschriften in Betracht kommenden Personen die Erlangung des USA-Visums in Marseille zu ermöglichen.² Es soll auch bereits gelungen sein, für Kinder bis zu 16 Jahren, die sich aus den neuen Vorschriften ergebenden Schwierigkeiten abzuwenden. Die Israel. Kultusgemeinde Wien ist in steter Fühlungnahme mit dem American Joint Distribution Committee in New York als auch mit Mr. *Troper* in Lissabon und hat, über seine Aufforderung, ihn auf die für die Auswanderung aus Wien wichtigsten Probleme aufmerksam zu machen, drahtlich gebeten, in die Verhandlungen nicht nur die Einreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch den Ausbau der Auswanderungsmöglichkeiten nach mittel- und südamerikanischen Staaten und die Übernahme zahlenmäßig größerer Gruppen in die Siedlungen auf San Domingo und Mindanao einzuschließen.

Das Haupternährungsamt Wien teilte am 10. Juli l.J. der Israel. Kultusgemeinde Wien mit, daß im Sinne eines erhaltenen Auftrages die Errichtung von Geschäften im 1., 2., 9. und 20. Gemeindebezirk beabsichtigt wird, in denen der Verkauf und die Ausgabe von Lebensmitteln ausschließlich an Juden stattzufinden hätte. Diese Einführung wäre erst im 1. und 9. Gemeindebezirk durch Schaffung von je fünf Verkaufsstellen zu erproben.

² Im Juli 1941 wurden die US-Konsulate im Reich geschlossen. Zu dem Zeitpunkt befanden sich noch ca. 1000 – 1200 Juden im Reich, die im Besitz eines US-Visums waren.

Ursprünglich wurde als Mitwirkung der Israel. Kultusgemeinde Wien gewünscht:

1. Namhaftmachung von etwa hundert in diesen Betrieben zu beschäftigenden Personen;
2. Übernahme einer Kollektivhaftung, um die Verkaufsgesellschaft vor jedem Ausfall sicherzustellen;
3. volle Verantwortung in wirtschaftsrechtlicher Beziehung, vor allem bei Abgang von Waren bzw. Lebensmittelmarken.

Da für die Israel. Kultusgemeinde Wien die Übernahme einer materiellen oder auch nur moralischen Verantwortung unmöglich war, erfolgte lediglich die Namhaftmachung von Personen, die auf Grund ihrer seinerzeitigen Berufstätigkeit geeignet erschienen, die Leitung einer derartigen Verkaufsstelle zu übernehmen, und in der Lage waren, einen gewissen Betrag als Sicherstellung zu erlegen, sowie von mehr als hundert in den einzelnen Verkaufsstellen anzustellenden Personen. Am 20. d. M. erfolgte eine amtliche Verlautbarung des Hauptnährungsamtes Wien, Abt. B, an die Kleinverteiler, in der für den Bereich des Reichsgaues Wien bekanntgegeben wurde: „Mit Wirkung vom 28. Juli 1941 tritt eine Neuregelung der Lebensmittelversorgung in jüdischen Verbrauchergruppen in Wien ein. Nähere Einzelheiten hiezu werden den Kleinverteilern über ihre Bezirksfachgruppenleiter bekanntgegeben.“³ Auf Grund des vorher Berichteten ist anzunehmen, daß mit der angekündigten Neuregelung die Schaffung besonderer Verkaufsstellen für Juden gemeint ist. Die Israel. Kultusgemeinde Wien gestattet sich in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß die bisherige, auf Grund von Einkaufsstunden geregelte Belieferungsart der jüdischen Haushalte seit fast mehr als 2 Jahren beibehalten wurde, ohne daß sich Anstände ergeben hätten. An diese Feststellung wird die Bitte geknüpft, bei der nunmehr durchzuführenden Neuregelung berücksichtigen zu wollen, daß die jüdischen Verbraucher die ihnen im Sinne der gesetzlichen Vorschriften zukommenden Lebensmittelmengen wie bisher erhalten.

Im Zuge der im Auftrage der Zentralstelle für jüdische Auswanderung durchgeführten Freimachung von Wohnungen, deren Bewohner in Teile des 2., 9., 20. und 1. Gemeindebezirkes umgesiedelt werden sollen, ergibt sich die Feststellung folgender Schwierigkeiten: Die Zusiedlung in die von Juden bewohnten Wohnungen innerhalb der vorstehend angeführten Bezirksteile kommt nur noch für einen beschränkten Personenkreis in Frage. Es muß nämlich wiederholt auf Kriegsbeschädigte und sonstige Personen, denen aus wichtigen Gründen ein Raum erhalten bleiben muß, Rücksicht genommen werden. Hervorzuheben ist auch, daß infolge der Altersschichtung des jüdischen Bevölkerungsteiles fast in jeder Wohnung ein bettlägeriger Schwerleidender, darunter auch tuberkulös und infektiös Erkrankte, zu finden ist. Nicht minder muß auf Ehepaare mit kleinen Kindern, auf Mischehen und ähnliche Umstände geachtet werden, ganz abgesehen von den wiederholten Weigerungen der Hausinhabungen,⁴ der Verwalter bzw. Hauswarte der für eine Zusiedlung in Betracht kommenden Häuser. Bei der Festsetzung der Räumungsfristen wären auch die mit der Beschaffung von Fuhrwerk für Übersiedlungszwecke verbundenen Schwierigkeiten einzubeziehen. Es wird daher gebeten, weitere Teile des 1., 9. und 2. Gemeindebezirkes für Zusiedlungszwecke freigeben zu wollen.

3 Hauptnährungsamt Wien, Abt. B: Merkblatt an die jüdische Verbraucherschaft, einschließlich XXII. Bezirk, Mödling, Liesing, Atzgersdorf, Inzersdorf, Brunn am Gebirge, Mauer; CAHJP, A/W 2045.

4 So im Original.

DOK. 195

**Willy Cohn erfährt Ende Juli 1941 von Massenmorden an Juden
in den besetzten Gebieten im Osten¹**

Handschriftl. Tagebuch von Willy Cohn, Breslau, Einträge vom 22. bis 26. 7. 1941

22. Juli 1941

Breslau, Dienstag. Gestern Vormittag in der Dombibliothek fleißig gearbeitet und besonders für „Dresden“ und Sachsen eine Menge Material zusammengetragen! Am Nachmittag sehr tief und mit [...] ² geschlafen. Barbier [...] ³ dann zu Prof. Goerlitz, ⁴ der mir folgendes berichtete:

Er war in meiner Angelegenheit bei dem Oberbaurat Stein, ⁵ da er ihn früh nicht sprechen konnte, war er in der Mittagsstunde noch einmal da. Goerlitz sagte zu Stein etwa folgendes; er wünsche, daß ich von den Evakuierungsmaßnahmen aus der Wohnung zuallerletzt betroffen würde; Stein schloß sich dieser Auffassung an; er rief dann einen ihm bekannten Beamten bei der Preisstelle Judenmietsverhältnisse an, der ihm sagte, sie seien bei allen diesen Dingen lediglich ausführendes Organ, die Entscheidung liege bei der Preisstelle. Wer von den Juden jetzt eine wenig schöne Wohnung habe, der sei am besten dran; wenn eben eine Wohnung gefalle, würde sie zugewiesen! Jedenfalls war dem Oberbaurat Stein nichts davon bekannt und auch der anderen Stelle nicht, daß jetzt größere Evakuierungsmaßnahmen geplant seien, was mir eine Beruhigung, vor allem ja auch im Interesse der Gesamtjudentenschaft von Breslau, ist. Ich war ganz gerührt über das Verhalten von Goerlitz und auch von Oberbaurat Stein, der mich ja sehr selten gesprochen und offenbar einen günstigen Eindruck von mir empfangen hat! Schließlich, und das ist ja die größte Befriedigung für einen Gelehrten, macht objektive Forschung immer ihren Weg und findet auch heute noch in den „arischen“ Kreisen Anerkennung. Vor allem habe ich mich über die menschliche Hilfsbereitschaft sehr gefreut! Das sind Lichtblicke in dieser Zeit. Goerlitz erzählte mir auch noch, wie anständig sich der neue Bürgermeister von Breslau Dr. Spielhagen ⁶ benommen hat, als er in eine jüdische Wohnung eingewiesen werden sollte. Weniger Erfreuliches wußte er vom Schicksal der rumänischen Juden zu berichten. Sein Neffe, Oberleutnant der Flugwaffe, schrieb, es sei geradezu eine Schlächterei, die man dort veranstalte. ⁷ Schaurig!

1 CAHJP, P 88/105, Bl. 54–69. Abdruck in: Cohn, Kein Recht (wie Dok. 8, Anm. 1), S. 957–960.

2 Drei Wörter unleserlich.

3 Name unleserlich.

4 Dr. Theodor Goerlitz (1885–1949), Jurist; von 1916 an Stadtrat und Finanzreferent in Thorn, 1918 bis 1921 Senator, 1921–1932 OB von Oldenburg, 1941–1945 Leiter des Instituts zur Erforschung des Magdeburger Stadtrechts an der Universität Breslau; 1945–1947 Amtsrichter in Magdeburg.

5 Dr. Rudolf Stein (1899–1978), Architekt, Denkmalspfleger; 1932 NSDAP-Eintritt; Stadtbaurat in Breslau.

6 Dr. Wolfgang Spielhagen (1891–1945), Jurist; 1917 Gerichtsassessor, 1922 Reg. Rat im RFM, 1927 ORR beim Reichsparkommissar, 1936 MinR. am Rechnungshof des Deutschen Reichs; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1940 an Zweiter Bürgermeister von Breslau, am 27. 1. 1945 auf Befehl von Gauleiter Karl Hanke standrechtlich zum Tode verurteilt und erschossen.

7 Am 22. 6. 1941 griff Rumänien als Verbündeter des Deutschen Reichs die Sowjetunion an. Bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch verübten rumän. und deutsche Einheiten zahlreiche Massaker an Juden. Am 29. 6. 1941 wurden im rumän. Iaşi etwa 13000 Juden ermordet; siehe VEJ 7, S. 64.

Zeitung: Immer weitere Siege im Osten, während anscheinend im Westen alles zerstört wird. In Münster in Westfalen soll nur noch eine Kirche stehen!⁸ In Schweidnitz mußte wieder ein Kloster der Ursulinen, das 80 Schwestern beherbergt, geräumt werden. Abends sehr erschöpft früh ins Bett; eine sehr böse Nacht gehabt.

23. Juli 1941

Breslau, Mittwoch. Gestern Vormittag bin ich mit Trudi⁹ einmal an die Luft gegangen; man muß, solange es noch Sommer ist, wenigstens ab und zu ein Feriengefühl haben. Wir gingen am Bahndamm entlang bis nach dem Südpark und saßen dort längere Zeit. Auf der Umgebungsbahn rollen ununterbrochen die Transportzüge. Durch den Südpark gegangen, wo wir schon lange nicht gewesen sind. Es hat sich manches verändert. So ist zum Beispiel der hübsche Pavillon am See nicht mehr vorhanden! Durch die Kleinburg- und Wölflstr., dort ist jede Stelle mit Erinnerungen für mich erfüllt. Auf der Kleinburgstr. steht das Restaurant von Paschke auch nicht mehr. Dresdner Bank, dann noch zur Schulverwaltung gefahren wegen eines Unterrichts-Erlaubnisscheines. Da der betreffende Beamte auf Urlaub ist, kann ich erst in der nächsten Woche wieder hingehen! Auf dem Nachhauseweg begleitete mich der Arzt Dr. [J]uttman, ein etwas komisch gewordener Mann. Am Nachmittag fleißig für die G.J.¹⁰ gearbeitet; nach dem Abendbrot die Lebensmittelkarten von Fräulein Silberstein geholt; ich persönlich habe keine bekommen, weil ich Auslandspakete erhalten habe; in Wirklichkeit habe ich nur einmal 400 Gramm Kakao in letzter Zeit bekommen. Jedenfalls muß ich dann morgen zur Bezirksstelle laufen und werde dadurch wertvolle Zeit verlieren! Man versucht, uns das Leben immer mehr zu erschweren! Auf dem Nachhauseweg von [...] Eis mitgebracht, dann noch etwas auf dem Balkon gegessen!

24. Juli 1941

Breslau, Donnerstag. Schon Vormittag ziemlich fleißig an der G.J. gearbeitet, dann Trudi Briefe diktiert, in der Mittagsstunde zur Post, am Nachmittag aus dem Schlafe aufgestört worden, die Mutter von Moritz Kalischer brachte mir einen Brief zum Übersetzen aus dem Spanischen. Dadurch um die Wirkung einer Tablette gekommen und mich am Nachmittag ziemlich gequält. Trotzdem fleißig gearbeitet. Post, auch für die G.J. einiges und ein Stück Erinnerungen, dann noch beim Barbier gewesen. Fräulein Cohn brachte die sehr traurige Nachricht, daß RA Polke¹² in Haifa von einer Fliegerbombe getötet worden ist. Ein schreckliches Ende! Erst für die Deutschen Frontsoldat im Weltkrieg, dann von den Deutschen nach Buchenwald geschleppt und schließlich von einer deutschen Fliegerbombe in *Erez Israel* getötet. Bitter.¹³

⁸ Im Juli 1941 gab es eine Serie schwerer Luftangriffe auf Münster.

⁹ Gertrud Cohn.

¹⁰ Germania Judaica. Cohn war von 1939 an Mitarbeiter des zweiten Bands der Germania Judaica, der jedoch nicht mehr erschienen ist. Er sollte die Abschnitte Schlesien, Böhmen, Mähren, Niederlande und Brabant verfassen. Von seinen über 60 Beiträgen ist nur der Breslauartikel überliefert; Norbert Conrads, Die verlorene Germania Judaica. Ein Handbuch- und Autorenschicksal im Dritten Reich, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 15 (2007), München 2008, S. 215–229.

¹¹ Ein Wort unleserlich.

¹² RA: Rechtsanwalt. Max Moses Polke (1895–1941), Jurist, Volkswirt; von 1924 an Rechtsanwalt in Breslau; SPD-Mitglied; aktiv in der Jüdischen Gemeinde Breslau, nach dem Pogrom 1938 KZ-Haft; emigrierte im Dez. 1938 mit seiner Familie nach Palästina; siehe auch VEJ 1/9 und VEJ 2/10.

¹³ Die Luftwaffe flog im Juni 1941 Bombenangriffe auf den Hafen in Haifa.

Zeitung: Schilderung des Bombardements auf Moskau! Post: Ein sehr lieber Brief von Erna mit guten Nachrichten von Wölfl. Erna hat den Plan, ihm ein Affidavit nach Amerika zu verschaffen, er arbeitet jetzt wieder etwas Latein und Griechisch und ist im Büro tätig. Auch von Steps (Stefan Brienitzer)¹⁴ aus Edinburgh kamen gute Nachrichten!

25. Juli 1941

Breslau, Freitag. Gestern für mich ein sehr anstrengender, wenn auch in mancher Beziehung sehr anstrengender¹⁵ Tag; früh erst zur Post, dann zur Markenausgabe, um mir meine Lebensmittelkarten abzuholen; abgezogen wurde mir für den chinesischen Kakao nichts, aber das Stehen strengte mich sehr an, und ich bekam einen Schweißausbruch und war dicht an einer Ohnmacht; leider haben sich meine Rassegenossen wenig diszipliniert benommen, so daß, wie ich abends von Herrn Foerder¹⁶ hörte, die Gestapo angerufen und um Entsendung eines Schutzmannes gebeten werden mußte. Traurig. Als ich von der Markenausgabe herauskam, traf ich Emil Kaim, der ja Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde ist, und sagte ihm, daß es gut wäre, von seiten der Gemeinde jemanden hinzuschicken, aber er hat offenbar darauf nicht gehört. Dann in das alte Elisabethgymnasium; dort den Stadtarchitekten Dubiel wegen des hebräischen Grabsteines gesprochen; er hat noch einmal den Photographen angeläutet; und er hat zugesagt, nun das Bild fertig zu machen. Dann habe ich mir etwas Eis zur Erfrischung gegönnt und noch etwas in der Amtsbibliothek gearbeitet. Am Nachmittag war ich bei Professor Hermann Hoffmann¹⁷ zum Kaffee eingeladen; Professor Hoffmann ist im Ruhestand lebender katholischer Geistlicher und wohnt in dem Kloster der Elisabethinerinnen auf der Antonienstraße. Welche Ruhe und Sauberkeit ist in einem solchen Kloster! Ich kenne ja noch die Atmosphäre von Trebnitz her! Es war ein sehr schöner Nachmittag. Die Hauptsache war nicht, daß es echten Bohnenkaffee mit dick gestrichenen Buttersemmeln und Zwiebacken gab, es war so eine schöne geistige Atmosphäre; wir sprachen viel über wissenschaftliche Arbeiten. Auch Bücher tauschten wir. Ich schenkte ihm ein vollständiges Machsor,¹⁸ über das er sich sehr gefreut hat; von ihm bekam ich sein großes Werk über die Geschichte der Jesuiten in Schweidnitz und noch manches andere, darunter die Dissertation von Simonsohn! Professor Hoffmann will uns auch einmal besuchen, jetzt fährt er für 14 Tage zur Erholung auf ein Schloß bei Troppau. Am Abend habe ich noch Johannisbeeren abgezogen, um etwas Entgegengesetztes zu tun! [...] ¹⁹ ziemlich schwindlig. Leider strengt eben alles noch sehr an! Professor Hoffmann sagte mir noch das Grausige, kaum Faßbare, daß in Lemberg 12000 Juden erschossen worden seien. Die SS soll das gemacht haben.²⁰

14 Stefan (Steps) Brienitzer (*1928), Sohn des Breslauer Juristen Günther Brienitzer, emigrierte 1939 nach Schottland.

15 So im Original. Gemeint ist vermutlich: anregender.

16 David Foerder (1871–1943), Kaufmann; Kassenwart des jüdischen Lehrhauses; wurde am 30. 8. 1942 nach Theresienstadt deportiert und starb dort im März 1943.

17 Hermann Hoffmann (1878–1972), Kirchenhistoriker, kath. Theologe; 1907–1927 Religions- und Oberlehrer in Breslau, von 1919 an auch Volkshochschullehrer, 1917 Mitbegründer der christlichen Vereinigung Quickborn-Arbeitskreis; bis 1948 als Seelsorger in Breslau tätig, 1958 Ehrendoktor der Universität Würzburg.

18 Gebetbuch mit ausgesuchten Gebeten und Bibelstellen für die jüdischen Feiertage.

19 Zwei Wörter unleserlich.

20 In den ersten Tagen nach der Besetzung Lembergs am 30. 6. 1941 wurden in der Stadt etwa 7000 Juden ermordet, die meisten von Einsatzgruppen, aber auch im Zuge eines Pogroms, an dem einheitliche Milizen beteiligt waren; siehe VEJ 7/16 und 18.

26. Juli 1941

Breslau, Sonnabend. Gestern Vormittag mit Frl. Bohn gearbeitet, etwas Post, vor allem ein größeres Stück an den Erinnerungen diktiert; am Nachmittag für die G.J. gearbeitet; eine Zeitlang war auch Fräulein Witt wegen der hebräischen Photokopien da; sie hat aber nichts herausbekommen. Trudi hat fleißig an der Flotte Karls I. geschrieben, Barbier Müller Storchsynagoge; dort war ziemlich trübe Stimmung; am Donnerstag müssen 51 Juden nach Thomasdorf bei Rothenburg unweit Görlitz übersiedeln;²¹ 10 Wohnungen sind gekündigt worden; das ist erst der Anfang der Aktion, wie dem Gemeindevorsitzenden Dr. Kohn bei der Gestapo gesagt worden ist. Diese Behörde will das offenbar nicht, es kommt dies von einer anderen Seite. Die Begründung ist wohl immer der Bedarf an Wohnungen. Rabb[iner] Lewin²² hat in seiner Ansprache, die ich nicht gehört habe, anscheinend die Leute wieder sehr aufgeregt, so daß es mich nicht erstaunen würde, wenn es heute Nacht Fälle von Selbstmord gäbe. Ich halte sein Verhalten für sehr unrecht! Doch habe ich ja auf ihn keinen Einfluß. Lebensmittel dürfen wir jetzt nur von 11–1 einkaufen. So bringt jeder Tag neue Restriktionen. Der Zug der Rache gegen die Juden!

Zur Lage: Die Russen scheinen ihre Hauptoffensivkraft auf den Süden von Rumänien zu legen. Sie scheinen nach dem rumänischen Ölzentrum vorstoßen zu wollen. Man spricht von einer Million Verluste der Deutschen!

DOK. 196

Göring ermächtigt Heydrich am 31. Juli 1941, eine „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ vorzubereiten¹

Schreiben des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches, Beauftragter für den Vierjahresplan, Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung, gez. Göring, Berlin, an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD SS-Gruppenführer Heydrich, Berlin, vom 31.7. 1941²

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. 1. 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen,³ beauftrage ich Sie hiermit, alle

21 Richtig: Tormersdorf (Prędocice) an der Lausitzer Neiße. Hier wurde 1941 ein Übergangslager errichtet, in dem zeitweise bis zu 700 Juden aus Schlesien untergebracht waren.

22 Reinhold Lewin.

1 PAAA, R 100857, Bl. 189; auch: Latvijas Valsts Vestures Archives Riga, P1026, opis 1, Bd. 3, Bl. 164. In BArch, R 90/146, findet sich eine Abschrift des Dokuments, die auf den 8.7.1941 datiert ist. In der dem Einladungsschreiben Heydrichs zur Wannsee-Konferenz beigegebenen Fassung fehlt die Tagesangabe, sie ergibt sich aber aus dem Begleitschreiben vom 29.11.1941; PAAA, R 100857, Bl. 187f. Zudem ist in Görings Tischkalender von 1941 am 31.7.1941 der Eintrag vermerkt: „18 ¼ Heydrich“; IfZ/A, ED 180/5. Abdruck als Faksimile beispielsweise in: Jochen von Lang, Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Berlin 1982, sowie in: Die Wannsee-Konferenz (wie Dok. 19, Anm. 1), S. 78.

2 Eichmann sagte nach dem Krieg aus: „[...] das Schreiben an Göring habe zweifellos ich entworfen“; Sassen-Interview, Transkript; BArch, ALLPROZ 6/103, Bd. 43, S. 393.

3 Laut Görings Schreiben an den RMdI vom 24. 1. 1939 sollte die Auswanderung von Juden aus dem

erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage in deutschen Einflußgebieten in Europa.

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.⁴

DOK. 197

Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt am 5. August 1941 über Razzien und Verhaftungen in Berlin¹

Brief von Hermann Samter an Lisa Godehardt² vom 5.8. 1941

Liebe Lisa,

für die schönen Sachen vielen Dank! Es hat geschmeckt und schmeckt noch sehr gut. – Meinen Urlaub habe ich um 4 Wochen verschoben. Na, bis September kann noch viel geschehen. Vorigen Donnerstag fanden abends zwischen 9 und ½ 12 bei über 1000 jüdischen Familien in Berlin Haussuchungen statt. Man suchte nach Geld, Gold, Tomaten, Obst, Rotwein und was sonst ein Jude heute nicht besitzen darf. Wer nicht zu Hause war, wurde notiert. Wer in einer andern Wohnung angetroffen wurde, wurde gleich mitgenommen, dieweil ein Jude ab 9 Uhr abends in der eigenen Wohnung zu sein hat. (Gesagt hat das einem aber niemand vorher!) Es wurden auch solche Leute gleich mitgenommen, die arbeitsfähig sind, aber noch nicht im Arbeitseinsatz. Im ganzen gab es an dem einen Abend 70 Verhaftungen. Jetzt geht das Rätselraten los: Darf man in den Wald gehen? usw. Übrigens, wie sich auch schon gezeigt hat, gar nicht so eine lächerliche Frage. Sie sehen, man hat hier große Sorgen. Vielleicht zeigen aber bald die britischen Luftpiraten, daß es noch schlimmere Sorgen gibt.

Herzlichen Gruß

auch an Ihre Mutter u. Roswitha!

Reich mit allen Mitteln gefördert werden. Mit der Vorbereitung und Koordination wurde die Reichszentrale für jüdische Auswanderung unter Heydrichs Leitung betraut; VEJ 2/243.

⁴ Eine schriftliche Fassung dieses Entwurfs wurde bis heute nicht aufgefunden. Bekannt ist allein das Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. 1.1942, auf der die hier genannten Fragen besprochen wurden; Abdruck als Faksimile in: Die Wannsee-Konferenz (wie Dok. 19, Anm. 1), S. 15–19.

¹ Holocaust Memorial Center Farmington Hills, Kopie: YVA, 02/30, Bl. 6. Abdruck in: Samter, Briefe (wie Dok. 105, Anm. 1), S. 66.

² Lisa Godehardt, geb. Stadermann (1902–1980); die Tochter der ehemaligen Haushälterin von Hermann Samters Eltern, Karolina Stadermann (*1865), wohnte während des Kriegs in dem thüring. Dorf Breitenholz und unterstützte Hermann Samter mit Lebensmittelpaketen.

DOK. 198

**Paul Eppstein informiert Josef Löwenherz in Wien am 5. August 1941,
dass jüdische Männer zwischen 18 und 45 Jahren nicht mehr auswandern dürfen¹**

Aktenvermerk des Amtsdirektors der IKG Wien, gez. Dr. Löwenherz, vom 5. 8. 1941 über ein Telefonat mit Dr. Eppstein, Reichsvereinigung, Berlin, am 5. 8. 1941, 17.45 Uhr²

Herr Dr. *Eppstein* teilt mir folgendes mit:

Er erhielt heute die Verständigung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Berlin, daß Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren nicht auswandern dürfen. Diese Neuordnung gilt schon für den 21. Transport.³ Sollten in diesem Transport männliche Personen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren eingeteilt gewesen sein, sind sie auszuschneiden. Ausnahmen sind nicht zulässig.

Diese Maßnahme, welche bisher im Protektorat gehandhabt wurde, wird auf das ganze Reich ausgedehnt.

DOK. 199

**Der Emigrant Edgar Emanuel aus Berlin schildert Ilse Schwalbe am 11. August 1941,
unter welchen Bedingungen Juden in Deutschland leben müssen¹**

Handschriftl. Brief von Edgar Emanuel,² New York City, 1469 Lexington Ave. Apt. 51, an Ilse Schwalbe, San José/California, 251 South 15th Street, vom 11. 8. 1941

Sehr geehrte Frau Schwalbe, sicher werden Sie sich unser noch erinnern. Wir hatten in Berlin, Sächsischestr. 10/II, im gleichen Haus gewohnt. Vor unserer Ausreise hatten wir oft mit Ihrer Frau Mutter³ gesprochen, welche doch auch bereits Vorbereitungen zur Auswanderung traf. Wir sind am 11. Juni von Berlin fortgefahren und nach längerer Irrfahrt am 13. Juli in New York angekommen. Bei Abfahrt hatten wir Ihrer Frau Mutter versprochen, uns mit Ihnen in Verbindung zu setzen. Wir hätten dies auch schon früher gemacht, leider sind meine Frau und ich durch die vorangegangenen Aufregungen und vielleicht auch noch durch die unbändige Hitze hier in New York krank geworden und konnten nicht sofort unsere Aufträge erledigen. Soviel ich weiß, hat Ihre Frau Mutter die Affidavits wohl bereits gehabt, gebrauchte aber wohl Erneuerung der Papiere. Nun hat sich allerdings durch die neuen Bestimmungen wohl manches geändert.⁴ Trotzdem würde ich wohl jedem zuraten, mit unverminderter Kraft weiterzuarbeiten, um die An-

1 Original in Privatbesitz, Kopie: DÖW, 8496. Abdruck in: Widerstand und Verfolgung in Wien (wie Dok. 24, Anm. 1), S. 276.

2 Der Aktenvermerk ging an: „Herrn Dr. Marmelstein; Devisenberatung; Abfertigung“.

3 Der 21. Auswanderungstransport startete am 7. 8. 1941 in Wien und führte über Spanien und Portugal nach Nord- und Südamerika.

1 JMB, Sammlung Familie Korant Schwalbe Striem, 2006/57/479.

2 Edgar Emanuel (1890 – 1967), Kaufmann; emigrierte 1941 in die USA.

3 Margarete Korant.

4 Seit Juli 1941 ließen die USA kaum mehr jüdische Flüchtlinge ins Land einreisen.

gehörigen herauszuholen. Ein Leben dort ist kaum noch möglich. Täglich muß damit gerechnet werden, daß man innerhalb weniger Tage aus der Wohnung herausmuß. Kurz vor unserer Abreise bekamen die Wohnungsinhaber die Aufforderung, ihre Wohnung innerhalb kürzester Zeit zu räumen. An Lebensmitteln bekamen J. die äußerst vorgeschriebene Ration, bei jeder Sonderverteilung, z. B. Reis, Kaffee, Tee, Hülsenfrüchte, Obst, Schokolade, Rauchwaren, Geflügel, Milch usw., blieben J. unberücksichtigt und dürfen weder etwas kaufen, noch darf ihnen etwas verkauft werden. Einkauf überhaupt nur in der Zeit von 4 – 5 Uhr nachmittags erlaubt. Man kann kein Lokal oder Café mehr aufsuchen, kann sich auf keine Bank mehr setzen. Ein ungeschriebenes Gesetz sagt, daß man um 9 Uhr im Haus sein muß.⁵ Dann die Fliegeralarme, Juden getrennte Keller. Oft saßen wir nachts zusammen. Ihre Frau Mutter ist ziemlich verzweifelt darüber, daß die angeforderten Papiere nicht eingetroffen waren, und bat mich, Ihnen doch dringend ans Herz zu legen, alles daranzusetzen, daß sie herauskommt. Wir bleiben vorläufig in New York, und wenn Sie irgend etwas wissen wollen, bitte ich, mir zu schreiben. Was machen die Kinder? Für heute freundliche Grüße von meiner Frau und Tochter und Ihrem

NB⁶ Ihre Mutter hat drüben einen Berater für Auswanderung genommen, der ihr die schweren Wege abnimmt. Sie hat auch schneiden gelernt, macht kunstgewerbl. Tiere aus Wachstuch. Sehr schön. Ist sehr fleißig.

DOK. 200

Friedrich Kellner kritisiert in seinem Tagebuch am 12. August 1941 juristische Willkür gegenüber Juden¹

Handschriftl. Tagebuch von Friedrich Kellner, Eintrag vom 12.8. 1941

12. Aug. 1941.

Wie wir von einem in Frankf.-Rödelheim wohnenden Fräulein erfuhren, ist der Stadtteil Rödelheim am 6. oder 7. August 1941 ziemlich heftig angegriffen worden. Eine größere Anzahl Häuser wurden zerstört. Tote soll es wenig gegeben haben. Es ist immer wieder festzustellen, daß verlässliche, objektive Berichte kaum zu erhalten sind. Ein großer Teil der Bewohner einer angegriffenen Stadt will die Schäden nicht kennenlernen. Der Vogel Strauß geht um. Sofern ich Urlaub erhalte, werde ich mich im September in die Gebiete begeben, die von Fliegern heimgesucht werden. Dann weiß ich wenigstens über „geringe Sachschäden“ einigermaßen Bescheid.

Eine besondere Sorte von Menschen sind dem Anscheine nach die deutschen Richter. In einem Urteil des Reichsfinanzhofes v. 23. Juli 1941 (VI a 34/41) wird die Entscheidung getroffen, daß *jüdische* Krankenanstalten nicht grundsteuerfrei sind. Der OFPr.² hat aus-

⁵ Siehe Dok. 4 vom 5. 9. 1939, Anm. 9, Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7, Dok. 41 von Ende 1939, Anm. 7.
⁶ Notabene.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: Archiv der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Universität Gießen. Abdruck in: Kellner, Tagebücher 1939 – 1945 (wie Dok. 22, Anm. 1), S. 179 f.

² Oberfinanzpräsident.

geführt, daß unter „Bevölkerung“ nur die *deutsche* Bevölkerung zu verstehen sei. Es handle sich nicht um eine Frage der Gesetzesauslegung – so sagt das Urteil –, sondern es wäre nur die Frage zu entscheiden, *wie der vorliegende Tatbestand nach nationalsozialistischer Weltanschauung zu beurteilen ist.* (Reichssteuerblatt 1941 S. 553)³

Der „unabhängige“ und „königliche“ deutsche Richter hat sich nicht um das Recht zu kümmern, sondern nur um die *nationalsozialistische Weltanschauung*. Und die hat mit „Recht“ wahrlich überhaupt nichts zu tun.

Das Recht des heutigen natsoz. Deutschlands besteht einzig und allein aus *Macht* und *Willkür*!

DOK. 201

Die Reichsvereinigung unterrichtet ihre Bezirksstellen am 13. August 1941, sie müsse die Pflege und Bestattung der jüdischen Anstaltspatienten in Chelm bezahlen¹

Schreiben von Dr. Conrad Israel Cohn, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Fürsorge, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 158, an die Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen und die Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 13.8. 1941

Betrifft: Rechnungen der Irrenanstalt Cholm²

Es ist nunmehr entschieden, daß wir für die Pflege- und Begräbniskosten der aus dem Altreich einschließlich des Sudetenlandes in die Irrenanstalt Cholm verlegten geisteskranken Juden aufzukommen haben. Die Irrenanstalt Cholm wird die Rechnungen wie bisher an die früher zuständigen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen senden. Die Bezahlung erfolgt jedoch nicht durch die einzelnen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen, sondern geschlossen von hier aus.

Wir ersuchen die Kultusvereinigungen und Bezirksstellen, die bei ihnen vorliegenden Rechnungen der Irrenanstalt Cholm – auch diejenigen, die sie uns bereits früher eingereicht hatten – uns unverzüglich zu übersenden. Den Rechnungen ist ein Begleitschreiben beizufügen, in dem zu den einzelnen Fällen Stellung genommen wird. Erforderlich sind insbesondere genaue Angaben darüber, ob der betreffende Geisteskranke Mitglied der Reichsvereinigung war, ob die Pflegekosten auch früher von der Kultusvereinigung (Bezirksstelle) ganz oder teilweise getragen worden sind, bei Selbstzahlern und Teilselbstzahlern die genaue Anschrift des Zahlungspflichtigen (Angehörige, Vormund, Pfleger); gegebenenfalls ist auf bestehende Rentenansprüche hinzuweisen.

Sofern vereinnahmte Rentenzuschüsse von Vormündern, Pflegern oder sonstigen Personen, die für die Zeit nach dem Abtransport eingegangen waren, gemäß Ziffer 2 unseres

³ RFH-Urteil vom 23. Juli 1941 VI a 34/41, Reichssteuerblatt, Jg. 31, Nr. 62 vom 7. 8. 1941, Nr. 599, S. 553.

¹ BArch, R 8150/7, Bl. 222.

² Die vormals poln. psychiatrische Anstalt Cholm (Chelm), deren Patienten bereits ermordet worden waren, wurde als Deckadresse genutzt, um die Morde an jüdischen Patienten in den „Euthanasie“-Mordzentren im Reich zu verschleiern. Die Angehörigen bekamen die Meldung, dass der Patient in der Irrenanstalt Cholm verstorben sei; siehe Einleitung, S. 32, und Dok. 201 vom 13.8. 1941.

Schreibens vom 12. Juni 1941³ an die Einzahler mit dem Ersuchen zurücküberwiesen worden sind, diese Beträge und die künftigen Zahlungen an die Irrenanstalt Cholm zu überweisen, muß dies besonders vermerkt werden. Auch Rechnungen von Vollselbstzahlern sind nicht der Irrenanstalt Cholm zurückzugeben, sondern mit genauer Angabe des Zahlungspflichtigen an uns weiterzuleiten. Wir werden uns die Beträge dann von den Zahlungspflichtigen auf ein zentrales Sonderkonto zurückvergüten lassen. Sollten Rechnungen eingehen, die Nichtmitglieder der Reichsvereinigung betreffen (z. B. Mischlinge ersten Grades, die nicht als Juden gelten usw.), so sind auch diese mit entsprechendem Vermerk an uns weiterzuleiten, damit wir sie dann gesammelt der Irrenanstalt Cholm zurücksenden können.

DOK. 202

Unter Vorsitz Eichmanns diskutieren Vertreter von Ministerien und Sicherheitspolizei am 13. August 1941 in Berlin über eine „Verschärfung des Judenbegriffs“¹

Vermerk, gez. Dr. Feldscher,² vom 13.8.1941 (Abschrift)³

Betr.: Verschärfung des Judenbegriffs.

Erster Vermerk: An einer heute unter dem Vorsitz des Sturmbannführers Eichmann im Hauptamt Sicherheitspolizei, Kurfürstenstr. 116, über Fragen des europäischen Blutschutzes stattgefundenen Sitzung haben außer dem Unterzeichneten und mehreren Herren des Sicherheitshauptamtes Ob.Reg.Rat Reischauer⁴ als Vertreter der Partei-Kanzlei und Landgerichtsrat Massfeller⁵ als Vertreter des Justizministeriums teilgenommen. Sturmbannführer Eichmann verlas eingangs den vom Herrn Reichsmarschall⁶ dem Herrn SS-Gruppenführer Heydrich erteilten Auftrag, die Endlösung der europäischen Judenfrage vorzubereiten.⁷ Im Anschluß daran bat er Herrn ORR Reischauer, wie offenbar vorher vorbereitet, kurz die Fragestellung zu umreißen, da ORR Reischauer durch Verhandlungen mit anderen Stellen (?)⁸ bereits einige Erfahrungen gewonnen habe.

3 Wie Anm. 1, Bl. 223.

1 BArch, R 1501/3746a.

2 Dr. Werner Feldscher (1908–1979), Jurist; 1931 NSDAP-Eintritt; Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik, ORR im RMdI; Autor von „Rassen- und Erbpflege im deutschen Recht“ (1943); starb in Dortmund.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

4 Herbert Reischauer (*1909), Jurist; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; 1936 Referent im Stab StdF, 1938 Reg.Rat und Schulungsleiter der NSDAP-Reichsleitung; 1942 SS-Obersturmbannführer; von 1943 an beim Reichsstatthalter Wartheland tätig, dort 1944 Leitender Regierungsdirektor; seit Febr. 1945 vermisst.

5 Franz Massfeller (1902–1966), Jurist; 1929–1934 im preuß. Justizdienst, von 1934 an im RJM tätig, 1942 ORR; 1949 im Entnazifizierungsverfahren als „nichtbelastet“ eingestuft, 1951–1964 MinR. für Familienrecht im Bundesjustizministerium; Autor eines Kommentars zum Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz (1936).

6 Hermann Göring.

7 Siehe Dok. 196 vom 31.7.1941.

8 So im Original.

ORR Reischauer führte aus, daß im Reich durch die Einheitlichkeit der Rassenauffassung und infolge der Erziehungsarbeit in den vergangenen Jahren manches durchführbar sei, ohne daß eine gesetzgeberische Maßnahme erforderlich wäre, was in anderen Ländern Europas ohne den klaren gesetzgeberischen Befehl nicht durchgeführt werden könnte. Es sei darum notwendig, in erster Linie den Personenkreis jüdischen Blutes, der aus den europäischen Völkern herausgenommen werden soll, eindeutig zu bestimmen. Die wichtigste und zunächst zu erörternde Frage sei also die des *Judenbegriffes*. Die Auffassung der Partei-Kanzlei über den im Reich geltenden Judenbegriff sei bekannt. Sie halte ihn für nicht befriedigend. Insbesondere erstrebe sie, die *jüdischen Mischlinge 1. Grades zu den Juden abzudrängen*. Es sei nun die Frage aufzuwerfen, ob man dem übrigen Europa einen anderen Judenbegriff empfehlen wolle, als er gegenwärtig im Reich gilt. In diesem Falle würde man, wenn man den reichsrechtlichen Judenbegriff bestehen läßt, den durch ihn zum Unterschied von dem übrigen Europa nicht erfaßten Personenkreis jüdischen Blutes im Verwaltungswege den Juden gleichstellen, d. h. sie ebenfalls evakuieren können.⁹

Im Verlaufe einer sich hieran anschließenden unverbindlichen Unterhaltung wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es in unserem Interesse liegen kann, den erstrebten schärferen Judenbegriff in allen Ländern Europas zur Anwendung zu bringen, oder ob es nicht wünschenswert sei, je nach den Volkstumsverhältnissen die Intensität der Herauslösung jüdischen Blutes abzustufen.

Sturmbannführer Eichmann schlug vor, zur Vorbereitung und Prüfung dieser Fragen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, an der außer den oben aufgeführten Teilnehmern je nach der zu erörternden Frage auch andere Ressorts beteiligt werden sollen. Diesem Vorschlage wurde allseitig zugestimmt. Diese Arbeitsgemeinschaft soll die mit dem Blutschutz in Europa zusammenhängenden Fragen prüfen und Vorschläge ausarbeiten, die dem eingangs erwähnten Auftrag zugrunde gelegt werden sollen. Abgesehen von der Judenfrage wird auch der Schutz vor nichtjüdischen Fremdblütigen zur Erörterung stehen.¹⁰

Im Mittelpunkt der für Dienstag, den 19. August, um 16 Uhr vereinbarten ersten Sitzung soll die Frage des Judenbegriffes stehen. (Beibehaltung im Reich und Anwendbarkeit auf das übrige Europa.)

9 Im Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. 1. 1942 hieß es zu dieser Frage: „Bei den angegebenen Judenzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur um Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmungen der Juden nach rassischen Grundsätzen teilweise dort noch fehlen“; Abdruck als Faksimile in: Die Wannsee-Konferenz (wie Dok. 19, Anm. 1), S. 115–119, hier S. 117.

10 Die Arbeitsgemeinschaft war beim RMfBO angesiedelt und bestand aus Vertretern aus RSHA, RJM, RMdI, BVP und dem AA. Sitzungen sind bis Jan. 1942 nachgewiesen.

DOK. 203

Im Propagandaministerium wird am 15. August 1941 über neue Maßnahmen gegen die Berliner Juden beraten¹

Aktenvermerk vom 16. 8. 1941 über die Sitzung bei Staatssekretär Gutterer, Berlin, vom 15. 8. 1941²

Staatssekretär Gutterer trug den aus sämtlichen Ministerien und sonstigen Dienststellen der Partei und des Staates erschienenen Vertretern die Notwendigkeit neuer einschneidender Maßnahmen gegen die Juden Berlins vor. Er wies einleitend darauf hin, daß in den letzten Wochen sowohl Offiziere als auch Angehörige des Mannschaftenstandes Gelegenheit hatten, mit Dr. Goebbels über ihren Einsatz in Rußland zu sprechen, und es übereinstimmend wie auf Verabredung nicht verstehen, daß insbesondere hier in Berlin noch eine derartige Anzahl Juden ansässig ist, die in vielen Punkten nicht anders behandelt werden als arische deutsche Volksgenossen.

Staatssekretär Gutterer erbat Anregungen über Zwangsmaßnahmen gegen die Berliner Juden,³ die der Minister im Laufe der kommenden Woche Gelegenheit haben wird, dem Führer vorzutragen.⁴ Im wesentlichen drehte sich die Debatte um die Kennzeichnung der Juden auch im Alt-Reichsgebiet wie beispielsweise im Generalgouvernement, ferner um Beschränkung der Juden hinsichtlich der Zuteilung von Verpflegung. Es wurden aus dem Kreise der Anwesenden keine Bedenken dagegen laut, die Verpflegungssätze für Juden auf den Stand der Weltkriegsverpflegung zu setzen. Es sollen ferner Beschränkungen der Juden erwogen werden, hinsichtlich des Verkehrs mit öffentlichen Verkehrsmitteln (S-, U-Bahn, Straßenbahn usw.).⁵

Es ist immer wieder festgestellt worden – St. Gutterer wies in diesem Zusammenhang auf sein eigenes Erlebnis anlässlich des Versuches, ein Haus für die Reichskulturkammer gemeinsam mit Ministerialdirektor Hinkel zu suchen, hin –, daß der Arbeitseinsatz der Juden noch in keiner Weise zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Von den insgesamt noch in Berlin wohnenden 70 000 Juden arbeiten lediglich 19 000. Es soll durch nochmalige Durchkämmung seitens der Arbeitsämter im einzelnen mit dem Chef der Sicherheitspolizei⁶ erreicht werden, daß von den restlichen 51 000 noch ein großer Prozentsatz einer nutzbringenderen Tätigkeit zugeführt werden, um hierdurch andere Arbeitskräfte freizubekommen.

St. Gutterer wird die geladenen Vertreter von Partei und Staat nach der Rückkehr des Ministers aus dem Führerhauptquartier erneut zusammenrufen lassen.

1 BArch, R 56 I/132, Bl. 4 + RS. Auszugsweiser Abdruck in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Dok. 39, Anm. 1), S. 304.

2 Im Original handschriftl. Anstreichungen und Bearbeitungsvermerke.

3 Lösener notierte in einem Vermerk vom 18. 8. 1941 über die Sitzung: „Zur Frage der Evakuierung der Juden aus dem Altreich gab Sturmbannführer Eichmann noch bekannt, der Führer habe auf einen dahingehenden Antrag des Obergruppenführers Heydrich Evakuierungen während des Krieges abgelehnt; daraufhin ließe dieser jetzt einen Vorschlag ausarbeiten, der auf Teilevakuierung der größeren Städte ziele“; Abdruck des Vermerks in: Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ, 9 (1961), H. 3, S. 262 – 313, hier S. 303.

4 Goebbels sprach am 18. 8. 1941 mit Hitler über diese Maßnahmen; siehe Einleitung, S. 61.

5 Zu diesen Diskussionen siehe Einleitung, S. 60 f., zur Umsetzung siehe Dok. 213 vom 1. 9. 1941 und Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

6 Reinhard Heydrich.

DOK. 204

**Das Propagandaministerium erarbeitet für Goebbels
am 17. August 1941 eine Vorlage, um von Hitler die Zustimmung zur
Kennzeichnung der Juden im Reich zu erreichen¹**

Vorlage des Propagandaministeriums, Referat Pro/2,² ungez., Berlin, für den Reichsminister³ vom 17.8. 1941⁴

Herrn *Reichsminister*

Der deutsche Soldat hat im Ostfeldzug die Juden in ihrer ganzen Gemeinheit und Widerwärtigkeit erlebt. Seine Abscheu und Verbitterung ist noch wesentlich dadurch gestiegen, daß Juden deutsche Soldaten verstümmelt und aus dem Hinterhalt erschossen haben.

Wenn der Urlauber mit diesem frischen Erlebnis in die Heimat kommt, ist er erstaunt und verbittert, die Juden – diese eigentlichen Urheber des Krieges – frei auf den Straßen laufen zu sehen und feststellen zu müssen, daß sie mit seiner Frau in einem Laden einkaufen, daß seine Frau die Mangelwaren mit den Juden teilen muß, daß die mit Arbeit überlasteten Handwerker für Juden wie für Deutsche arbeiten, daß trotz des bestehenden Wohnungsmangels Juden immer noch Wohnungen innehaben, daß Juden ihm den Platz in den Verkehrsmitteln wegnehmen und sitzen, wo er stehen muß, daß sie wirtschaftlich immer noch gutgestellt sind und ungeniert hamstern. Es ist z. B. der Aufmerksamkeit der Volksgenossen nicht entgangen, daß die Juden, denen kein Obst zusteht, einen wesentlichen Teil der Werder-Obsternte aufgekauft haben. Es wird dem Soldaten deutlich, daß der Jude die Behandlung, die ihm zuteil wird, wie eine Morgenröte empfindet, selbstsicher-frech auftritt und daß er als *Hetzzentrale* die Widerstandskraft der Heimat zu unterwühlen versucht.

Klar ist, daß der Soldat, wenn er aus dem Kriege zurückkommt, keine Juden mehr vorfinden darf. Ebenso klar ist auch, daß für die Zwischenzeit scharfe Sofortmaßnahmen getroffen werden müssen, soll die Stimmung durch solche Mißstände nicht vergiftet werden. Bemühungen nach dieser Richtung scheitern aber an bürokratischen Hemmnissen wie formaljuristischem Denken, Zuständigkeitskämpfen und Bummellei. Letztere wird noch durch den Gedankengang befördert, daß die Juden doch bald verschwinden und es sich daher nicht lohnt, die Verordnungsmaschine in schnellere Tätigkeit zu setzen.

Die meist vor dem Kriege geschaffenen Verordnungen werden der Kriegslage und insbesondere dem Mangel an Konsumgütern in keiner Weise gerecht. Das Volk verlangt, daß rasche entscheidende Maßnahmen ergriffen werden:

1. um den Juden einzuschüchtern – nur energische Einschüchterung kann den Juden dazu bringen, die erforderliche Zurückhaltung an den Tag zu legen,
2. um die getroffenen Verordnungen auch bei den wenigen vorhandenen Überwachungskräften kontrollieren zu können.

1 BArch, NS 18/133, Bl. 4. Auszugsweiser Abdruck in: Adler, Der verwaltete Mensch (wie Dok. 5, Anm. 1), S. 50 f.

2 Das Referat unterstand Dr. Eberhard Taubert.

3 Joseph Goebbels.

4 Die Vorlage wurde Goebbels über den Staatssekretär mit Anschrift übersendet: „Betr.: Judenmaßnahmen. In der Anlage überreiche ich die für den Herrn Reichsminister zum Vortrag beim Führer bestimmte Judenvorlage. Heil Hitler!“; wie Anm. 1, Bl. 3. Einen Tag später kam Goebbels mit Hitler zusammen, um über diese Fragen zu sprechen; siehe Dok. 203 vom 15.8. 1941, Anm. 4.

Die Kennzeichnung der Juden ist nach Auffassung aller befaßten Ministerien und Dienststellen Angelpunkt und Voraussetzung jeder der dringend notwendigen Judenmaßnahmen.

Bei der augenblicklichen politischen Lage dürfte die Rücksichtnahme auf das Ausland die Durchführung nicht mehr hemmen. Die Kennzeichnung ist um so mehr gerechtfertigt, als die Polen bereits gekennzeichnet sind. Außenpolitisch wirkt sich diese Kennzeichnung insofern sogar günstig aus, als die Verwechslung von Ausländern mit Juden unmöglich wird, weiterhin insbesondere der Südosten ein Vorbild für eine klare Behandlung der Judenfrage erhält. Auch wird die Kennzeichnung der Juden nicht zu Ruhestörung Anlaß geben. Vielmehr weist die Kennzeichnung den Juden in seine Schranken zurück und behebt damit den Anlaß zu Unruhen.

In der Frage der Kennzeichnung ist heute ein Brief von Gruppenführer Heydrich an Reichsleiter Bormann abgegangen, in dem dieser gebeten wird, die Zustimmung des Führers für die Kennzeichnung der Juden herbeizuführen. In diesem Brief wird ausgeführt, daß der Reichsmarschall⁵ auf eine Vorlage von SS-Gruppenführer Heydrich die Entscheidung gefällt hat, daß die Frage dem Führer vorgetragen werden muß.⁶

In der Anlage werden im einzelnen die wichtigsten Sofortmaßnahmen in der Judenfrage aufgeführt:

1. *Judenbann*
2. *Warenbezug der Juden*
3. *Handwerk im Dienst der Juden*
4. *Benutzung der Verkehrsmittel*
5. *Abgabe von Gebrauchs- und Luxusgegenständen*
6. *Judenpflichtdienst*
7. *Senkung der Judenbezüge*

Es wird dabei nachgewiesen, daß diese Maßnahmen erst nach Kennzeichnung der Juden möglich sind.

Heil Hitler!

1. *Judenbann*

In Berlin wurde den Juden durch Polizeiverordnung eine Anzahl repräsentativer Straßenzüge, der Besuch von Bädern, Theatern, Kinos, Gaststätten usw. verboten.⁷ Diese Verordnung ist durch besondere Verfügung wieder außer Kraft gesetzt.⁸ Mit Rücksicht auf den deutschen Soldaten und den deutschen Volksgenossen überhaupt müßte die Bannverordnung nunmehr energisch durchgeführt werden. Dabei wäre das Überschreiten des Weichbildes der Stadt und das Betreten der Straßen über bestimmte Zeiten hinaus, sofern der Jude nicht arbeitet, zu verbieten.

Die Kennzeichnung der Juden ist Voraussetzung für diese Maßnahme.

2. *Warenbezug der Juden*

Die Juden kaufen heute in arischen Läden ein. Dabei stehen sie gemeinsam mit deutschen Frauen an. Die durch das Schlangestehen an sich schon gereizte Stimmung nutzen die Juden zur Hetze aus.

⁵ Hermann Göring.

⁶ Nicht aufgefunden.

⁷ Siehe Dok. 176 vom 21.4. 1941, Anm. 5.

⁸ Nicht ermittelt.

In der Juden-Einkaufszeit zwischen 16 und 17 Uhr muß die werktätige deutsche Frau einkaufen.⁹ Sie muß erleben, daß ihr diese Juden den Rest des Tagesbestandes wegkaufen. Die Juden benutzen die Möglichkeit, in arischen Läden einzukaufen, um sich in den Besitz für sie verbotener Waren und von Mangelwaren in ungerechtfertigten Mengen zu setzen.

In den Läden der Judengegenden ist es so weit gekommen, daß die Kaufleute Waren, die früher als Luxus galten, heute aber von allen gern zur Bereicherung des Speisezettels gekauft werden und die nur in geringen Mengen für Stammkunden vorhanden sind, für Juden vorbehalten bleiben.¹⁰ Die Juden untergraben mit dem Anbieten von Überpreisen die Moral des arischen Einzelhändlers. Allein in Berlin wurden in 12000 Fällen Juden und die entsprechenden Einzelhändler wegen Anmeldung und Bezug von Kaffee und Kakao bestraft.

Dieser Mißstand ist zu beheben, wenn der Reichsvereinigung der Juden stadtweise alle für Juden bestimmten Waren zugewiesen werden. Sie soll sehen, wie sie diese an den Mann bringt. Diese Lösung behebt zudem an einem entscheidenden Punkt den Mißstand, daß Arier mit Juden in Berührung kommen, und läßt eine Steuerung des Verbrauches markenfreier Waren durch Juden zu.

Sieht man von gewissen Lebensmitteln ab, so ist das jüdische Existenzminimum durch die Vorräte in den Judenhaushaltungen ausreichend gesichert. Es ist daher zu fragen, weshalb der Jude dem Deutschen, Arzneimittel ausgenommen, überhaupt etwas wegkaufen darf. Alkohol, Tabakwaren, Fotomaterial, Bücher, Schallplattentausch, Spielzeug, Riechstoffe usw. sind nicht lebensnotwendig. Was den Juden zuzubilligen ist, kann man ihnen über die Reichsvereinigung zuführen. Alles andere haben sie den Deutschen zu überlassen. Es ist deshalb zu fordern, daß ihnen die deutschen Läden verschlossen bleiben. Die so ersparten Konsumgüter sind der Truppenbetreuung Ost vorzubehalten.

Deutsche, die sich dann hergeben, für Juden einzukaufen, und Juden, die sich dieser Helfer bedienen, sind exemplarisch zu bestrafen und in der Presse anzuprangern.

Die Kennzeichnung der Juden ist Voraussetzung für diese Maßnahme.

Als selbstverständlich ist zu fordern, daß Juden keine Bezugscheine für Schuhe und Spinnstoffwaren erhalten.¹¹ Völlig unverständlich ist es aber, daß sie heute noch bis auf die Sonderzuteilungen die gleichen Lebensmittelbezüge wie Deutsche erhalten. Es wurde daher angeregt, wenigstens die Fleischrationen, und zwar der nicht arbeitenden Juden, auf den Stand des vorigen Krieges herabzusetzen (200 gr in der Woche). Die Behauptung, daß hierdurch Seuchengefahr entstünde, kann nach den Erfahrungen des vorigen Krieges nur als bürokratisch bezeichnet werden. Denn damals bezog der Deutsche die Hälfte der ihm heute zustehenden Fleischration und ein Drittel des Fettes. Brot war wesentlich Sägemehl und Gemüse wie Kartoffeln wurden durch Steckrüben ersetzt. Eine Seuche trat trotzdem nicht auf.

Neben der Senkung der Fleischration ist eine Kürzung des Kohlenbezuges zu empfehlen. Die Juden, die in der Systemzeit Mangelwaren dem Deutschen wegkauften, sollen nunmehr erst Kohlen erhalten, wenn der letzte deutsche Volksgenosse versorgt ist.

⁹ Siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 7.

¹⁰ So im Original.

¹¹ Juden erhielten bereits seit dem Winter 1939/40 weder Bezugscheine für Kleidung noch welche für Schuhe; siehe Dok. 36 vom 8. 12. 1939, Anm. 4.

3. Handwerk im Dienst der Juden

Daß Deutsche Juden Dienste leisten müssen, ist untragbar. Solange die Amerikaner gesundes Rasseempfinden hatten, weigerten sie sich, Negern dienstbar zu sein. Eine solche Haltung ist auch für den deutschen Volksgenossen Juden gegenüber selbstverständlich. Im Zuge der Bereinigung des deutschen Wirtschaftslebens wurde den Juden die Ausübung der Handwerke verboten. Dadurch muß aber der deutsche Handwerker, solange Juden in Deutschland sind, diesem dienstbar sein. Der Deutsche darf auf das Besohlen seiner Schuhe warten, weil der Jude seine Schuhe besohlt sehen will. Beim Friseur darf der Deutsche warten, bis der Jude rasiert ist. Propagandistisch wirkt sich der freie Besuch der Friseurläden durch Juden besonders ungünstig aus, weil diese erfahrungsgemäß eine Zentrale der Flüsterpropaganda sind.

Der Reichsvereinigung der Juden ist aufzulegen, dafür Sorge zu tragen, daß die Judengesichter rasiert, die Judenschuhe besohlt werden usw.

Die Kennzeichnung der Juden ist Voraussetzung für diese Maßnahme.

4. Benutzung der Verkehrsmittel

Bei der Überbelastung der öffentlichen Verkehrsmittel ist zu fordern, daß Juden nur mit polizeilicher Genehmigung fahren dürfen. Eine solche Genehmigung wäre nur für den Weg von und zur Arbeitsstätte zu erteilen. In den Straßenbahnen werden für Juden die Vorderperrens freigegeben. In der S-, U- und Reichsbahn sind für Juden Sonderabteile vorzusehen, soweit regelmäßige Arbeitsfahrten in Gruppen vorliegen. Anderenfalls hat der Jude zu stehen. Taxen sind den Juden zu verbieten.¹²

Die Kennzeichnung der Juden ist Voraussetzung für diese Maßnahme.

5. Abgabe von Gebrauchs- und Luxusgegenständen

Der Bezug und die Benutzung von Fahrrädern und Reifen durch Deutsche ist durch Bestimmungen eingeschränkt. Merkwürdigerweise fahren aber zahlreiche Juden Räder. Soweit diese nicht zur Arbeitsfahrt benutzt werden, sollten sie beschlagnahmt werden. Gleichfalls sind den Juden die Schreibmaschinen abzunehmen, da diese für deutsche Dienststellen dringend gebraucht werden.

Die Kennzeichnung der Juden ist Voraussetzung für diese Maßnahme.

Beschlagnahmt sollten ferner bei den Juden werden: Fotoapparate und Fotomaterial, Filmvorführungsapparate und Filme, Bücher, Plattenspieler und Platten, Kühlschränke, elektrische Öfen, Alkohol jeder Art und Rauchwaren, Handspiegel, Karten und Gesellschaftsspiele. Die beschlagnahmten Gegenstände wären nach Untersuchung und Überprüfung der Truppenbetreuung Ost zuzuführen.

Die Juden haben mit dem ihnen eigenen Instinkt beizeiten und reichlich gehamstert. Bei Ausräumung der Judenhaushalte sollte gleichzeitig für eine Beschlagnahmung der Hamsterbestände zugunsten der verwundeten Soldaten Sorge getragen werden. Der irgend entbehrliche Hausrat wäre Bombengeschädigten zuzuführen. Das durch Einkaufsverbot für Juden eingesparte Warenkontingent sollte der Truppenbetreuung Ost zukommen.

6. Judenpflichtdienst

Der empörende Mißstand, daß Juden schmarotzend faulenzten, während deutsche Frauen, sogar solche mit mehreren Kindern, in Munitionsfabriken arbeiten, ist auf dem Papier behoben. Praktisch treiben sich immer noch Juden faulenzend herum, vielfach auf Grund

¹² Die Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden wurde am 15.9. 1941 umfassend geregelt; siehe Dok. 222 vom 15.9. 1941.

irreführender jüdenärztlicher Atteste. Es ist zu fordern, daß eine Generalmusterung aller Juden auf Arbeitsfähigkeit stattfindet.¹³ Diese gründliche Auskämmung ergibt zugleich, welche Juden für die Abbeförderung in den Osten jetzt schon reif sind und welche vorerst in den kriegswichtigen Arbeitsprozess eingeschaltet bleiben müssen. Zugleich wird sich ergeben, welche nicht voll arbeitsfähigen Juden zwischenzeitlich für leichte Arbeit oder Heimarbeit zu gebrauchen sind. Gefordert muß ferner werden, daß endlich reichseinheitliche Bestimmungen über den Pflichtdienst der Juden erlassen werden.¹⁴ Damit müßte sichergestellt werden, daß deutsche Arbeitgeber nicht aus falschverstandem Mitleid oder aus der irrigen Auffassung heraus, daß eine Mehrleistung erzielt wird, den Juden entgegenkommen. Insbesondere ist zu vermeiden, daß die Juden in den Genuß sozialer Errungenschaften gelangen, die der deutsche Arbeiter genießt.

7. Senkung der Judenbezüge

Die Juden zeigen durch ihr Auftreten, daß die ihnen aus ihrem zwangsverwalteten Vermögen und Besitz zugebilligten Monatsbezüge zusammen mit den noch vorhandenen verheimlichten Geldmitteln das angebrachte Existenzminimum bei weitem übersteigen. Eine rigorose Einschränkung muß erfolgen, damit der Jude nicht charakterschwache Deutsche umkaufen kann.¹⁵ Mit der Bemessung der Sätze wäre das Reichssicherheitshauptamt zu betrauen.¹⁶

DOK. 205

Das Reichssicherheitshauptamt informiert Mitte August 1941 über die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit¹

Schreiben des RSHA (IVB 4 [...] 76/41), i. V. gez. Müller,³ Berlin, an alle Staatspolizei(leit)stellen, die Inspektore der Sicherheitspolizei und des SD und den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag, nachrichtlich den Höheren SS- und Polizeiführern, von Mitte Aug. 1941⁴

Betrifft: Behandlung der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

Bezug: Ohne.

Die Frage, wie die in Deutschland ansässigen Juden *ausländischer Staatsangehörigkeit* hinsichtlich der für die deutschen bzw. staatenlosen Juden erlassenen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen zu behandeln sind, hat namentlich in letzter Zeit vielfach zu Rück-

¹³ Eine Generalmusterung fand nicht statt. Doch war der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung zuvor immer weiter ausgedehnt worden; die Kultusvereinigung in Berlin musste im Juli 1941 ein Verzeichnis aller Jüdinnen bis zum 60. Lebensjahr für das Arbeitsamt anfertigen, und kurz darauf zog die Arbeitsverwaltung auch die bis dahin verschont gebliebenen Pensionäre der Reichsvereinigung und der Gemeinde bis zum Alter von 60 Jahren und Frauen bis 55 Jahre zur Zwangsarbeit heran.

¹⁴ Der Beginn der systematischen Deportation aus dem Reich kam weiteren Maßnahmen zuvor.

¹⁵ So im Original.

¹⁶ Zu den Sicherheitskonten, von denen Juden monatlich nur einen festgesetzten Betrag abheben durften, der variieren konnte, siehe Dok. 17 vom 4. 10. 1939, Anm. 6. Der Betrag wurde vor den Deportationen nicht mehr reichsweit vereinheitlicht, danach wurde das Vermögen der deportierten Juden ohnehin vom Reich eingezogen.

fragen Anlaß gegeben. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes bestehen in außenpolitischer Hinsicht keine Bedenken, die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit nunmehr wie die Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. die staatenlosen Juden zu behandeln. Um jedoch Repressalien vorzubeugen, bittet das Auswärtige Amt, Fragen vermögensrechtlicher Art hiervon auszunehmen.

Unbeschadet dieses Grundsatzes sind jedoch Maßnahmen gegen Juden von besonderer Bedeutung in jedem Falle von meiner vorherigen Zustimmung abhängig zu machen. Die mir hierzu vorzulegenden Berichte sind möglichst ausführlich zu gestalten.

Indem ich hiervon Kenntnis gebe, weise ich jedoch zur Behebung von Zweifeln darauf hin, daß sich diese Anordnung *ausschließlich* auf die Durchführung sicherheitspolizeilicher Maßnahmen beschränkt. Soweit für die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Bestimmungen eine unterschiedliche Behandlung vorgesehen ist, hat es zunächst dabei zu verbleiben.

DOK. 206

Goebbels notiert am 19. August 1941, dass Hitler gerade seine Prophezeiung über die Vernichtung des europäischen Judentums in Erfüllung gehen sehe¹

Tagebuch von Joseph Goebbels, Eintrag vom 19. 8. 1941

19. August 1941 (Dienstag)

Gestern:

[...] ²

In der Judenfrage kann ich mich beim Führer vollkommen durchsetzen. Er ist damit einverstanden, daß wir für alle Juden im Reich ein großes sichtbares Judenabzeichen einführen, das von den Juden in der Öffentlichkeit getragen werden muß, sodaß also dann die Gefahr beseitigt wird, daß die Juden sich als Meckerer und Miesmacher betätigen können, ohne überhaupt erkannt zu werden. ³ Auch werden wir den Juden, soweit sie nicht arbeiten, in Zukunft kleinere Lebensmittelrationen zuteilen als dem deutschen Volke. Das ist nicht mehr als recht und billig. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. Das fehlte noch, daß beispielsweise in Berlin von 76 000 Juden nur 26 000 arbeiten, die übrigen aber nicht nur von der Arbeit, sondern auch von den Lebensmittelrationen der Ber-

² Teilweise unleserlich.

³ Heinrich Müller.

⁴ Datum teilweise unleserlich; im Original Anstreichungen und Bearbeitungsvermerke.

¹ RGVA, Nachlass Goebbels, Fond 1477, Mikrofilm, 19. 8. 1941 (72 Bl.). Abdruck in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels (wie Dok. 129, Anm. 3), Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 1: Juli–September 1941. München 1996. S. 255–272.

² Zu Beginn schreibt Goebbels über seine Einschätzung der militärischen Lage und die Stimmung in den besetzten Gebieten in der Sowjetunion; er schildert seine Reise ins Führerhauptquartier, wo er Hitler getroffen und mit ihm u. a. über die militärische und die politische Lage des Reichs gesprochen habe; wie Anm. 1.

³ Die Kennzeichnung der deutschen Juden wurde am 1.9.1941 eingeführt; siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

liner Bevölkerung leben! Im übrigen sagt der Führer mir zu, die Berliner Juden so schnell wie möglich, sobald sich die erste Transportmöglichkeit bietet, von Berlin in den Osten abzuschieben. Dort werden sie dann unter einem härteren Klima in die Mache genommen.⁴

Bezüglich der Tabak- und Konfessionspropaganda teilt der Führer ganz meinen Standpunkt. Er ermächtigt mich, ein scharfes Rundschreiben an die Partei herauszugeben, in dem die Behandlung von Themen, die nicht unmittelbar zur Er kämpfung des Sieges notwendig sind, striktest unterbunden wird.⁵

Allerdings hat er die Absicht, mit dem Bischof von Galen in Münster, wenn die über seine Predigt mitgeteilten Exzesse den Tatsachen entsprechen, ein Exempel zu statuieren. Er beauftragt mich, dann diese Nachricht nach Möglichkeit in den englischen Rundfunk zu lancieren; wir werden dann in der Presse mit Entrüstung darüber herfallen und erklären, daß es überhaupt niemals der Fall sein könnte und der Fall gewesen wäre. Dann allerdings wollen wir durch eine Untersuchung feststellen lassen, daß der Bischof Galen in der Tat so etwas gesagt habe, und der darauf folgende Entrüstungsausbruch des ganzen Volkes gibt uns dann die willkommenen Gelegenheit, mit besagtem Bischof nach den Gesetzen zu verfahren, ihn vor den Volksgerichtshof zu stellen und zu einer schweren Strafe verurteilen zu lassen.⁶

Sonst aber ist der Führer entschlossen, im Innern Ruhe zu halten. Ich verweise auf das Beispiel von 1932, wo wir uns auch ausschließlich auf die Erringung der Macht konzentrierten und nicht von diesem Thema abschweiften. So müssen wir uns heute ausschließlich auf die Erringung des Sieges konzentrieren. Probleme von untergeordneter Bedeutung gehören in die Aktenmappe für die Nachkriegszeit.

Der Führer gibt der Meinung Ausdruck, daß es unter Umständen möglich sein wird, daß ganz plötzlich der Frieden ausbricht. Wir können die innerenglischen Verhältnisse von uns aus überhaupt nicht richtig beurteilen. Daß es drüben an vielen Ecken und Enden im Brechen ist, ist klar. Auch bei der Erringung der Macht ist es ja ähnlich gewesen. Wir haben in unserer deutschen Gründlichkeit und Objektivität den Gegner immer überschätzt mit Ausnahme in diesem Falle die Bolschewisten. Auch damals glaubten wir uns Anfang Januar 1933 weiter denn je von der Macht entfernt. Vier Wochen später war der Führer Reichskanzler. Vielleicht ist es hier ähnlich. Vielleicht wird Churchill eines Tages seinen Sturz erleben. Er kann sich heute schon nicht mehr richtig regen. Er ist an Händen und Füßen gefesselt. Wenn er heute versucht, mit Propaganda das deutsche Volk mürbe zu machen, so ist dieser Versuch zu einer vollkommenen Erfolglosigkeit verurteilt. Englands Lage ist mehr als verzweifelt. Sie erscheint uns nur nicht so, weil Churchill so furchtbar angibt.

USA ist nicht kriegsreif. Roosevelt hat zwar ein Interesse daran, den Krieg möglichst lange hinzuziehen. Aber in ihn einzugreifen, dazu fehlt ihm die Lust und auch die Vollmacht. Er hat wohl auch Schwierigkeiten in seinem Zusammengehen mit dem Bolsche-

4 Im Okt. 1941 setzten reichsweit die systematischen Deportationen in den Osten ein; siehe Dok. 223 vom 18.9. 1941. Der erste Berliner Transport traf am 19. 10. 1941 im Getto Litzmannstadt (Lodz) ein.

5 Goebbels schickte ein solches Rundschreiben in Absprache mit Bormann am 24. 8. 1941 an alle Reichsleiter und Gauleiter der NSDAP; BArch, NS 22/902.

6 Der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen hatte am 3. 8. 1941 in einer Predigt offen die „Euthanasie“-Morde kritisiert. Er wurde nicht vor dem Volksgerichtshof angeklagt; siehe Einleitung, S. 50 f.

wismus. Die hochkapitalistischen und vor allem die Wallstreetkreise in den USA sind dagegen. Man befürchtet davon eine allmähliche Infizierung der amerikanischen Öffentlichkeit; wohl nicht mit Unrecht. Ein häusliches Umgehen mit dem Bolschewismus geht immer zu Lasten des Nichtbolschewisten. Die Gefahr des Bolschewismus kann überhaupt nicht hoch genug veranschlagt werden. Wenn gar der Bolschewismus noch militant wird, so wie er uns heute entgegentritt, dann ist die Gefahr eine tödliche. Wir wissen heute vielleicht noch gar nicht, in welcher einer prekären Lage wir im Juni dieses Jahres gewesen sind. Der Herbst hätte bestimmt die Explosion gebracht. Der Führer ist heute auch davon überzeugt, daß Moskau und London längst handelseins waren. Das soll nicht heißen, daß Stalin und Churchill am selben Strang ziehen; aber sie haben sicherlich für eine gewisse Wegesstrecke ein gemeinsames Ziel gehabt.⁷ Dieses Ziel heißt: Vernichtung des Reiches.

Was es für uns bedeutet hätte, wenn die bolschewistischen Horden in das hochzivilisierte Mittel- und Westeuropa eingedrungen wären, ist gar nicht zu beschreiben. Das müßte eigentlich auch eine Warnung für unsere Intellektuellen sein, die heute schon vielfach mit dem Einwand herumkreben, daß der Ostfeldzug gar nicht nötig gewesen sei. Sie kennen die Gefahr des Bolschewismus nicht, weil sie nie mit ihr umgegangen sind. Wir kennen sie, weil wir den Bolschewismus jahrelang in unserem innerpolitischen Kampf schon an der Klinge gehabt haben. Ich werde mit Zustimmung des Führers veranlassen, daß in größerem Umfange deutsche Intellektuelle, Wirtschaftler, Künstler, Wissenschaftler in bolschewistische Gefangenenlager geführt werden, damit sie dort durch eigene Inaugenscheinnahme sehen können, wie es um den bolschewistischen Menschentyp bestellt ist.⁸

Die antibolschewistische Stellungnahme ist in Europa eine ziemlich allgemeine. Sie wird zwar durch die englische Propaganda künstlich verdeckt, aber sie ist doch klar und eindeutig. Vor allem kommen uns unsere Achsenpartner auf diesem Gebiet weit entgegen. Spanien zwar hat sich immer noch nicht zu einem kühnen Entschluß durchgerungen. Mit Franco ist nicht viel zu machen. Wo ständen wir jetzt, wenn wir im vergangenen Winter mit seiner Zustimmung Gibraltar genommen hätten!⁹ Er ist eben doch ein reaktionärer General und kein Revolutionär. Ganz anders mit Italien. Mussolini ist ein Antibolschewist reinsten Wassers, auch ein Revolutionär, wenn er auch mit dem italienischen Volk nicht allzuviel anfangen kann.

Die innere Lage in Italien beurteilt der Führer wenn auch nicht optimistisch, so doch durchaus beruhigt. Mussolini wird sie schon in der Hand behalten. Übrigens wird der Duce in den nächsten Tagen einen Besuch beim Führer im Hauptquartier machen. Es hat sich wiederum eine Besprechung über die Gesamtlage als notwendig erwiesen.¹⁰ Schade,

7 Die brit.-sowjet. Beziehungen waren durch den deutsch-sowjet. Nichtangriffspakt von 1939 schwer belastet. Der neue brit. Außenminister Eden hatte sich seit seinem Amtsantritt Ende 1940 um eine Verbesserung der Beziehungen bemüht, und sowohl die brit. als auch die US-amerik. Regierung hatten die Sowjetunion von März 1941 an wiederholt vor einem deutschen Angriff gewarnt. Am 12.7.1941 schlossen Großbritannien und die Sowjetunion einen Beistandspakt.

8 Gemeint sind Lager für sowjet. Kriegsgefangene.

9 Die Wehrmacht hatte im Aug. 1940 die Eroberung des im Süden der Iberischen Halbinsel liegenden Stützpunkts Gibraltar geplant, doch konnte das „Unternehmen Felix“ nicht ausgeführt werden, da Spanien neutral blieb.

10 Beim Treffen von Hitler und Mussolini vom 25. bis 29. 8. 1941 in der „Wolfsschanze“ bei Rastenburg ging es u. a. um Kontakte Großbritanniens und der USA zur Sowjetunion.

daß Mussolinis Sohn nicht vor dem Feinde gefallen ist. Das hätte der Faschismus jetzt gut gebrauchen können.¹¹

Bewundernswert ist, wie sich heute die deutsche Führung für den Krieg einsetzt. Der Führer legt deshalb auch Wert darauf, daß, wenn Söhne prominenter Nationalsozialisten oder Heerführer fallen, das auch der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird. So sind z. B. die Söhne von Keitel und Dr. Frick in den letzten Tagen den Heldentod gestorben.¹² Der Führer freut sich sehr, daß auch Harald sich so großartig beim Kreta-Einsatz geführt und bewiesen hat.¹³ Nur so wird es auf die Dauer möglich sein, vom Volke die schwersten Opfer zu verlangen. Das Volk muß wissen, daß seine Führung an diesen Opfern teilnimmt.

Ich trage dem Führer den Fall des geplanten italienischen Bengasi-Films vor. Die Italiener haben die Absicht, einen Film über die Eroberung der Cyrenaika zu drehen, in dem die militärischen Leistungen der deutschen Wehrmacht nur am Rande vermerkt werden. Sie sind sogar unverschämt genug, dazu unsere Mitwirkung zu erbitten. Ich habe das schon unter der Hand abgelehnt, lasse mir das aber noch einmal vom Führer bestätigen. Er will es unter keinen Umständen, daß ein solcher Film an die deutsche Öffentlichkeit kommt. Allerdings gibt er mir auf, die Ablehnung diplomatisch zu fassen und mich darauf zu berufen, daß bei uns schon Filme, die das Zusammenwirken verschiedener Wehrmachtteile darstellen, zu unliebsamen Erörterungen und Eifersüchteleien führen; wieviel mehr wird das der Fall sein, wenn die Wehrmächte zweier verschiedener Nationen im Film zusammenwirken. Für den inneritalienischen Bedarf mag Mussolini einen solchen Film nötig haben; in Deutschland wäre er psychologisch sicherlich von verhängnisvollen Folgen begleitet. Ich werde deshalb alles daransetzen, die Italiener von diesem Plan abzubringen, ohne sie zu verstimmen.¹⁴

Ich halte dem Führer Vortrag über die Ernährungslage. Sie ist im Augenblick nicht bedrohlich, aber sie birgt doch einige Krisenstoffe in sich. Vor allem bekommt die Wehrmacht in den besetzten Gebieten zu hohe Fleischsätze, immerhin auf Kosten der schwer arbeitenden Zivilbevölkerung. Der Führer will dieses Problem nach dem Ostfeldzug in Angriff nehmen; im Augenblick ist die Situation nicht günstig dafür.

Wir reden über das Judenproblem. Der Führer ist der Überzeugung, daß seine damalige Prophezeiung im Reichstag, daß, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Weltkrieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde,¹⁵ sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen; in Deutschland haben

11 Mussolinis Sohn Bruno verunglückte am 7.8. 1941 als Militärpilot bei einem Flugzeugabsturz aufgrund eines technischen Defekts.

12 Hans-Georg Keitel (1919 – 1941), jüngster Sohn von OKW-Chef Wilhelm Keitel, fiel im Juli 1941 als Leutnant in der Sowjetunion.

13 Harald Quandt (1921 – 1967), Unternehmer; Stiefsohn von Joseph Goebbels aus der ersten Ehe seiner Frau Magda, geschiedene Quandt, geb. Behrend; nahm als Fallschirmjäger am Angriff auf Kreta 1941 teil; übernahm 1954 die Leitung des Quandt-Konzerns, 1957 Konsul von Nicaragua, starb bei einem Flugzeugabsturz.

14 Goebbels gelang es nicht, den Kriegspropagandafilm von Augusto Genina zu stoppen. „Bengasi“ wurde 1942 auf den Filmfestspielen in Venedig uraufgeführt. Eine deutschsprachige Fassung, die 1943 produziert wurde, kam infolge der Kapitulation der deutschen und ital. Truppen in Nordafrika im Mai 1943 nie auf den Markt.

15 Siehe VEJ 2/248.

sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen. Ihre letzte Zuflucht bleibt Nordamerika; und dort werden sie über kurz oder lang auch einmal bezahlen müssen.

Das Judentum ist ein Fremdkörper unter den Kulturnationen, und seine Tätigkeit in den letzten drei Jahrzehnten ist eine so verheerende gewesen, daß die Reaktion der Völker absolut verständlich, notwendig, ja man möchte fast sagen in der Natur zwingend ist. Jedenfalls werden die Juden in einer kommenden Welt nicht viel Grund zum Lachen haben. Heute schon gibt es in Europa eine ziemliche Einheitsfront dem Judentum gegenüber. Das wird schon in der gesamten europäischen Presse sichtbar, die ja nicht nur in dieser Frage, sondern auch in vielen anderen Fragen eine durchaus einheitliche Stellungnahme wahrte.¹⁶

Es ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß es uns so leicht gelungen ist, die gefährlichen Zündstoffe, die in der Achtpunkteerklärung liegen,¹⁷ ziemlich schnell zu beseitigen. Wir beherrschen ja nun auch praktisch die öffentliche Meinung des gesamten Kontinents. Es wird Churchill nicht gelingen, hier irgendeinen Einbruch zu vollziehen. Und was die Judenfrage anlangt, so kann man heute jedenfalls feststellen, daß z. B. ein Mann wie Antonescu in dieser Angelegenheit noch viel radikaler vorgeht, als wir das bisher getan haben.¹⁸ Aber ich werde nicht ruhen und nicht rasten, bis auch wir dem Judentum gegenüber die letzten Konsequenzen gezogen haben.

[...] ¹⁹

Wir sitzen bis nachts um 2 Uhr zusammen, und ich habe dann das Gefühl, daß alles, was wir zu besprechen hatten, gelöst oder doch wenigstens geklärt ist. Ich verabschiedete mich dann vom Führer. Er ist sehr herzlich und gerührt. In meinem Bunker liegen noch ganze Mengen von Arbeit, die ich noch erledigen muß. Aber dann finde auch ich für ein paar Stunden Ruhe.

Der Besuch beim Führer war sehr ertragreich. Er wird sich für die Arbeit der nächsten Tage und Wochen auswirken.

¹⁶ Gemeint ist die europäische Presse in den von Deutschland besetzten Ländern und in den mit dem Reich verbündeten Staaten.

¹⁷ In der Atlantik-Charta, die Roosevelt und Churchill bei einem Treffen am 14. 8. 1941 unterzeichnet hatten, formulierten beide Staatsmänner in acht Punkten Ansprüche an eine zukünftige Politik der internationalen Beziehungen, darunter den Verzicht auf territoriale Expansion. Zudem unterstrichen sie das gemeinsame Ziel, der NS-Herrschaft ein Ende zu setzen.

¹⁸ Zu Massenmorden rumän. Einheiten im Sommer 1941 siehe Dok. 195 von Ende Juli 1941, Anm. 7, und VEJ 7, S. 64.

¹⁹ Danach berichtet Goebbels u. a., dass er mit Hitler über weitere Pläne wie den vermeldeten Abwurf von Flugblättern an der Ostfront gesprochen habe. Hitler habe Anweisung gegeben, eine Stadt auszuhungern, die auf Stalins Befehl ihre Lebensmittelvorräte verbrannt habe; allgemein sei er für einen härteren Kurs in den besetzten Gebieten.

DOK. 207

Das Ehepaar Malsch schreibt am 20. August 1941 seinem Sohn und dessen Frau in den USA, dass es weiterhin auf Auswanderung hofft¹

Handschriftl. Brief vom Ehepaar Malsch, Düsseldorf, Karl-Antonstr. 2, an Ehepaar William R. Malsh, Los Angeles/California, 1129 (½) South Norton Av., vom 20. 8. 1941

Meine lieben Kinder,²

Am 14. ds schrieben wir Euch + am 16. kam Euer l. Brief vom 31. Juli hier an mit dem Foto aus der Ranch.³ Das Bild ist sehr nett. Ihr beide seht sehr gut darauf aus. Hauptsache ist, Ihr habt Euch gut erholt, bleibt gesund u. bleibt zu Hause. Wegen der Auswanderung können wir von hier gar nichts unternehmen. Sobald sich eine Möglichkeit bietet, bekommen wir wie alle die vielen anderen Kandidaten vom Hilfsverein ja offizielle Nachricht. Wir müssen eben alles an uns herankommen lassen u. weiter abwarten. So langsam wird es jetzt schon Herbst. Als im Frühjahr alles wieder grün wurde, war es meine Hoffnung, diese Blätter nicht mehr fallen zu sehen. Jetzt fallen die Blätter, die Hoffnung ist wieder getäuscht worden. Wir sind indessen durchaus nicht entmutigt, nehmen die Dinge, wie sie sind, wie sie an uns herankommen, mit jenem Gleichmut auf, der uns allen hier schon zur Natur geworden ist. Man nimmt eben alles hin, regt sich über gar nichts mehr auf u. sagt gelassen: „na ja!“ Wohin sollten wir dann kommen? Es wird sich für die Ausreise schon einmal ein Weg finden. Es hat uns gefreut zu erfahren, daß Herr Malschutz gut angekommen ist, es war keine leichte Sache für einen alten Herrn. Gebt uns doch mal die Adresse Eurer Schwester Cilly, wir könnten ab hier durch das Rote Kreuz schreiben. Freilich dauert es auch lange. Für mehr Leistung, besonders aber für höhere Verantwortung, gebührt jedem ein höheres Gehalt. Es wird ja alles auch dort teurer! Frida H's Schwester Betty u. ihr Mann sind in Mexiko. Von meiner Operation sollt Ihr nichts mehr erwähnen, die Sache ist für uns schon halb vergessen, es ist alles bestens verheilt u. in Ordnung. Wir schrieben an Onkel Ernst die erste Neujahrsgratulation!!⁴ Für heute herzlichste Grüße u. viele Küsse stets Euer Euch sehr liebender Papa.

Es ist zu schade, daß wir noch keine A.C. Bescheinigung [er]halten vom Konsulat.

Meine geliebten guten Kinder. Sehr haben wir uns mit Eurem l. Brief vom 30. Juli gefreut. Das Bild ist wirklich sehr schön, mal etwas anderes. Wir haben wirklich früher oft zu Dir „Buffallo Bill“ gesagt, wie wir so vieles zu Dir sagten, wir sprechen sehr oft davon. Es freut mich, daß Ihr die Ferien so glücklich verlebt habt, man muß einmal aus dem Alltag heraus, sich frische Kraft holen. Es geht leider nur zu sehr, sehr schnell wieder alles vorbei. Wegen unserer Auswanderung bin ich sehr, sehr betrübt, besonders, weil wir wieder so nahe davor standen. Es ist zu traurig, daß wir nicht zusammenkommen können, und mein Herz hängt so daran. Ob es überhaupt noch einmal möglich ist, uns wiederzusehen und die lb. Trudi kennenzulernen?

1 USHMM, RG-10.086/13 of 13.

2 Der erste Brief stammt von Paul Malsch.

3 Im Original vor dem Wort ein eingekreistes „B“.

4 Das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana, der Versöhnungstag Jom Kippur und das Laubhüttenfest Sukkot fielen 1941 in den Sept./Okt. 1941.

Ich darf erst gar nicht denken, lieb Männele, Du kennst mich doch. Wir wissen ja, daß Ihr auch jetzt alles mögliche versucht, wir können ja von *hier auch jetzt leider gar nichts unternehmen*, man muß mal wieder abwarten, wie alles kommt. Man wird immer älter, und die Nerven gehen einem oft durch, wenn man auch noch so dagegen angeht. Wir haben nur noch den einzigsten Wunsch, bald bei Euch zu sein. Alle Leute beneide ich, die zu ihren Kindern fahren, was sind Fenners⁵ doch glücklich dran, die arme kranke Frau, die nicht einmal gehen kann, aber sie kommen zu ihrem Kind. Haltet uns jedenfalls über alles auf dem laufenden. Es geht ja alles von dort aus, wie es zu machen ist. Mit meinem Rheuma ist es G. s. D. viel besser,⁶ es wird schon wieder in Ordnung kommen, es muß alles seine Zeit haben. Könnten wir uns doch nur einmal sprechen und Euch sehen. Jetzt kommen wieder die Feiertage, und wir sind noch immer so allein. Wie war das doch früher immer schön hier bei der l. sel[igen] Oma, wie war sie glücklich und freute sich mit Dir, besonders, wenn sie mit Dir am [...] ⁷ ausging. Alles, alles ist vorbei, nur noch die Erinnerung, es war doch zu schön, wie wir noch alle zusammen waren. Und erst in Meinungen, Du hast eine sehr schöne Jugend, lieb Männele, alles hast Du gehabt, und ich bin heute glücklich darüber. Nur noch eines soll uns der liebe Gott geben. Euch wiederzusehen, dann ist unser größtes Glück erfüllt, ich bete täglich darum. Hat Onkel Karl Euch die beiden Bilder gegeben? So, meine guten Kinder, bleibt gesund und glücklich. Schreibt uns recht *bald* wieder. Für heute 10 000 000 000 Grüße und Küsse, immer Eure Euch sehr liebende Mutter.

Herzl. Grüße an Frau Fraenkel und Bruder Hans

DOK. 208

Der „Judenreferent“ des Auswärtigen Amts erfährt am 21. August 1941, dass Hitler der Kennzeichnung der Juden zugestimmt habe¹

Vermerk des AA, Referat D III, gez. Rademacher, vom 21. 8. 1941 mit Notiz von Unterstaatssekretär Luther vom 22. 8. 1941²

Aufzeichnung

Sturmabführer *Eichmann* vom Reichssicherheitshauptamt rief mich an und teilte mir vertraulich mit, SS-Gruppenführer *Heydrich* habe aus dem Führerhauptquartier ein Fernschreiben erhalten, wonach der Führer genehmigt habe, daß die Juden in Deutschland eine Kennzeichnung tragen.³

Eichmann fragte mich nach meiner Meinung, ob ausländische Juden einbezogen werden könnten. Ich habe ihm geantwortet, ausländische Juden sollten grundsätzlich ausgenom-

5 Das Ehepaar Josef (*1875) und Mary Fenner, geb. Katz (*1888) lebte in Düsseldorf, bis es im Aug. 1941 zu seinem Sohn Erwin (*1912) nach Buenos Aires emigrierte.

6 G.s.D.: Gott sei Dank.

7 Ein Wort unleserlich.

1 PAAA, R 100851, Bl. 103 + RS.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

3 Nicht aufgefunden.

men werden, da sonst zu befürchten sei, daß z. B. in Nordamerika Repressalien ergriffen und deutsche Staatsangehörige gezwungen werden, ebenfalls eine Kennzeichnung zu tragen.

Die Frage, ob Juden mit der Staatsangehörigkeit europäischer Nationen einbezogen werden könnten, würde ich klären. Eichmann versprach mir, sofort offiziell Nachricht von ihrem Vorhaben zu geben, sobald er das Fernschreiben in der Hand hätte.

Ich rege an, eine Entscheidung des Herrn Reichsaußenministers⁴ in dieser Frage herbeizuführen und folgende Vorschläge zu machen:

1. Bezüglich der besetzten Länder ohne weiteres zuzustimmen.
2. Im übrigen aber das Einverständnis der befreundeten europäischen Regierungen und der französischen Regierung einzuholen und diesen nahezu legen, für ihren Hoheitsbereich eine ähnliche Regelung durchzuführen.⁵
3. Sobald die Zustimmung dieser Regierungen vorliegt, dem Reichssicherheitshauptamt zu raten, die Anordnung formell auf alle Juden auszudehnen und nur durch interne Anweisung an die zuständigen Polizeibehörden die Juden außereuropäischer Staatsangehörigkeit auszunehmen.

Einem Protest der Schweizer oder der Schwedischen Regierung kann m.E. ruhig entgegengesehen werden.

Hiermit Herrn Unterstaatssekretär *Luther* mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Urschriftlich

Parteigenossen Rademacher, D III

zurückgereicht. Auf meine Frage erzählte mir Gruppenführer Heydrich heute, daß Reichsminister Dr. Goebbels die Frage der Kennzeichnung der Juden in Deutschland vor einigen Tagen dem Führer vorgetragen und von diesem die Entscheidung erhalten habe, daß die Juden in Deutschland gekennzeichnet werden sollen.⁶ Die Kennzeichnung wird in Form einer weiß-gelben Armbinde erfolgen. Gruppenführer Heydrich bat mich gleichzeitig, die Entscheidung des AA wegen der ausländischen in Deutschland lebenden Juden herbeizuführen.

Die in Ihrer Aufzeichnung niedergelegten Vorschläge würde er begrüßen. Ich bitte, eine Vortragsnotiz für den Herrn RAM anzufertigen.⁷

Berlin, den 22. August 1941

⁴ Joachim von Ribbentrop.

⁵ Die slowak. Regierung führte die Kennzeichnungspflicht am 9. 9. 1941 ein, die ungar. Regierung widersetzte sich, in Bulgarien wurde sie zwar im Aug. 1942 erlassen, aber von den meisten Juden nicht befolgt. Italien setzte die Maßnahme nicht um, obwohl es offenbar diesbezügliche Überlegungen gab, und die Vichy-Regierung unter Pierre Laval verweigerte sie im Frühjahr 1942 mit der Begründung, dass die bisherigen antijüdischen Maßnahmen ausreichend seien und das franz. Volk schockiert reagieren würde.

⁶ Siehe Dok. 206 vom 19. 8. 1941.

⁷ Die Vortragsnotiz vom 22. 8. 1941 liegt in der Akte; wie Anm. 1, Bl. 84 f.

DOK. 209

**Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg bittet die jüdische Bevölkerung
am 21. August 1941 um Geld- und Sachspenden¹**

Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg e.V., ungez., vom 21.8. 1941

Wichtige Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg EV. vom 21.8. 41.

1. *An Alle: Lesen Sie die Mitteilungen aufmerksam und vollständig; Sie ersparen sich und uns viel Zeit und Mehrarbeit. Machen Sie sich ggf. entsprechende Aufzeichnungen!*

2. *Jüdische Pflicht:* Alle Mitglieder, die ihre „Jüdische Pflicht“ noch nicht erfüllt haben, wollen ihre Spende unter genauer Angabe (aus Lohn-, Einkommen- oder Vermögenssteuer) entweder in bar in unserer Verwaltung, Zimmer 2, oder auf das Bankkonto „Jüdische Pflicht“ Nr. 49067 bei der Commerzbank Nürnberg einzahlen. – Die letzte Hausammlung findet am *Sonntag, dem 14. September 1941*, statt. Mitglieder, die nicht zu Hause sein werden, wollen ihren Mitbewohnern den entsprechenden Betrag hinterlassen bzw. sie zur Zahlung beauftragen. Die „Jüdische Pflicht“ wird mit Ende September abgeschlossen. Denjenigen, die freudig gespendet haben, herzlichen Dank. Die Säumigen rufen wir auf, ihre „Jüdische Pflicht“ sofort zu erfüllen.²

3. *Gottesdienst: Die Aufrechterhaltung des Gottesdienstes* in seiner bisherigen Form ist im Interesse aller Mitglieder unserer Gemeinde. Es ergeht daher die dringende Bitte, uns zur Durchführung dieser Aufgabe durch weitere Spenden zu unterstützen, insbesondere auch durch Zuwendung monatlicher Beiträge. Die Spenden bedürfen keiner besonderen Genehmigung durch die Devisenstelle, gehen auch nicht zu Lasten des Freibetrages. Es genügt eine Überweisung für Dr. Richard Israel Herz,³ Treuhandkonto „Kultus“ Nr. 49065 bei der Commerzbank Nürnberg. – Für die bisher für diesen Zweck geleisteten Beträge sei hierdurch allen Spendern der herzlichste Dank ausgesprochen.

4. *Patenschaften für Schule und Anlernwerkstätte:* Infolge Auflassung einer Anzahl jüd. Schulen in Bayern sind Kinder in anderen Orten einzuschulen. Zur Schaffung von Freistellen und Schulpatenschaften werden die Gemeindemitglieder durch die Reichsvereinigung zur tätigen Mitarbeit aufgerufen. Wir bitten, die Sie demnächst besuchenden Werber zu empfangen und sich berichten zu lassen. Wir erwarten, daß Sie durch Ihre Spende mithelfen, unserer Jugend eine Schulausbildung zu sichern.

5. *Adressen-Änderung:* Es wird erneut dringend darauf hingewiesen, jede Adressen-Änderung sofort dem *Finanzamt* und ggf. der *Devisenstelle* zu melden. Die Unterlassung dieser Meldung kann strafrechtliche Folgen nach sich ziehen. Ebenso ist eine Meldung an das Verwaltungsbüro der Isr. Kultusgemeinde unbedingt notwendig. – Auf die Meldung jeder Arbeitsaufnahme bzw. jedes Arbeitsplatzwechsels wird wiederholt hingewiesen.

6. *Arbeitseinsatz:* Alle seit dem Anschreiben vom 28.5.41 neu in Arbeit gekommenen Personen oder diejenigen, die den Arbeitsplatz gewechselt haben, sowie auch alle Haus-

¹ CAHJP, D/Nu2/1.

² Die Jüdische Pflicht war eine Sammelaktion und wurde als Pendant zur Jüdischen Winterhilfe erstmals 1941 in den Monaten Juni bis Sept. durchgeführt. Mit den Erträgen unterstützte die Reichsvereinigung der Juden Bedürftige.

³ Dr. Richard Herz (*1894), Jurist; 1921–1938 als Anwalt in Nürnberg tätig, vertrat nach 1938 als „Konsulent“ Juden in Fürth in juristischen Angelegenheiten; am 17.6.1943 nach Auschwitz deportiert, dort umgekommen.

angestellten, Heimarbeiter mit Arbeitsbuch und sonstige krankenkassenpflichtig beschäftigte Personen wollen nachstehendes Formblatt im eigensten Interesse sofort ausgefüllt an die Verwaltung einsenden. (Siehe am Ende dieser Mitteilung!)

7. *Reiseausweise*: Die behördlich vorgeschriebenen Ausweise bei vorübergehendem Aufenthalt außerhalb des Wohnsitzes können nur ausgestellt werden, wenn die entsprechenden Fahrkarten vorgelegt werden. Abgabe nur in der Zeit von 9 bis 12.30 Uhr. Der Umtausch von Lebensmittelmarken *kann nur in der Zeit von 7 bis 5 Uhr* beim Ernährungsamt Luitpoldhaus, Zimm. 9, erfolgen. Das Ernährungsamt kann auch für andere Angelegenheiten nur während dieser Stunden aufgesucht werden.

8. *Spinnstoffversorgung*: Wir bitten wiederholt, bei Auflösung von Haushaltungen alle für den Verkauf bestimmten Gegenstände (Kleider, Wäsche, Schuhe usw.) in erster Linie unserer Kleiderkammer zum Ankauf anzubieten. Zur Aufrechterhaltung des Betriebs uns. Kleiderkammer, welche ausschließlich der Versorgung der gesamten jüd. Bevölkerung dient, sind wir unbedingt darauf angewiesen – besonders mit Rücksicht auf den bevorstehenden Winter –, die in Frage kommenden Waren aus Mitgliederkreisen, sei es kostenlos oder gegen Entgelt, zu erhalten. Bevor Sie also irgendwelche Veräußerungen nach anderer Seite vornehmen, wollen Sie wegen Überlassung oder Verkauf sich in jedem Einzelfalle erst mit uns. Kleiderkammer in Verbindung setzen. Bei Verkäufen an die Kleiderkammer werden die handelsüblichen Preise vergütet. Fernsprecher 63027.

9. *Haushaltsgegenstände u. Haushaltsgeschirr*: Für die Einrichtung unserer Heime werden dauernd Küchen- u. Wohn-Einrichtungsgegenstände benötigt. Bevor Sie dieselben anderweitig vergeben, bitten wir Sie, unserer Heime zu gedenken. Anmeldungen zur Abholung Lindenaststr. 6, Zimmer 1.

10. *Altmaterial-Sammlung*: Laut Mitteilung der Zentralstelle haben sich die jüdischen Schulen gemäß behördlicher Anordnung⁴ an der Altmaterialsammlung zu beteiligen. Mit der Sammlung wird nach Beendigung der Schulferien, d. i. Anfang September, begonnen. Die Gemeindemitglieder werden gebeten, das bei ihnen vorhandene Altmaterial (Lumpen, Papier, Schrott, Knochen usw.) zu gegebener Zeit zur Abholung durch die Schüler unserer Volksschule bereitzustellen.

11. *Aufenthalt in Berlin*: Die Reichsvereinigung gibt mit Rundschreiben v. 12.8.41 folgendes bekannt: „Aus gegebenem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß es grundsätzlich unerwünscht ist, wenn Angestellte der Reichsvereinigung oder Privatpersonen Auswanderer, die ihre Ausreise von Berlin aus antreten, hierher begleiten.“

12. *Jüdisches Vermögen*: Veräußerung von Kulturgut aus jüdischem Besitz: Nach einer neuen Verordnung v. 25.4.41⁵ ist Ankaufstelle für Kulturgut die Reichskammer der bildenden Künste, Berlin W. 35, Blumeshof 6. Nur diese hat zu bestimmen, ob Schmuck und Kunstgegenstände aus jüdischem Besitz freihändig veräußert werden können. Auf behördliche Anordnung⁶ hat jedes Gemeindemitglied, das Gegenstände vorbezeichneter Art verkaufen will, *durch die Verwaltung der Isr. Kultusgemeinde* an die Geheime Staatspolizeistelle einen Antrag mit genauen Angaben einzureichen.

4 Die Reichsvereinigung gab dies in einem Rundschreiben an die Leiter der jüdischen Schulen, die Kultusvereinigungen und die Bezirksstellen der Reichsvereinigung weiter; undat. Entwurf, BArch, R 8150/6, Bl. 179.

5 Fünfte VO zur Durchführung der VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 25.4.1941, RGBl., 1941 I, S. 218.

6 Nicht aufgefunden.

13. *Anmeldung von Guthaben amerikanischer Bürger u. von Personen, die ihren Wohnsitz in USA haben:* Bevollmächtigte usw. werden aufmerksam gemacht, daß alle Guthaben und Forderungen *bis 1. Oktober 1941* auf Formblättern anzumelden sind, die ab Anfang September bei den Finanzämtern abgegeben werden.

14. *Herren- und Damenschneider:* Herr Willi Israel Ullmann,⁷ Fürth, Hirschenstr. 21, ist als Flickschneider für Juden in u. außer Haus zugelassen.

15. *Unterrichtskurse:* Die bisherigen priv. Unterrichtskurse werden jetzt von den einzelnen Lehrkräften in eigener Regie unter unserer Aufsicht abgehalten. Der Unterricht findet wie bisher im Schulhaus obere Kanalstr. 25 statt:

Englisch:

Intensivkurs: Frl. Rothschild – Herr Weinheber,⁸ Hochstr. 15,

Anfänger und Unterstufe: – Herr Weinheber, s. o.

Mäßig Fortgeschrittene: – Frl. Plessner,⁹ Knauerstr. 27,

Fortgeschrittene: – Herr Gosser,¹⁰ Kontumazgarten 4,

Iwrith: Frl. Rothschild, Fürth, Marienstr. 5,

Spanisch: Anfänger: Herr Weinheber, s. o.

Maschinenschreiben: Herr Weinheber, s. o.

Die Stundenpläne sind bei den Lehrern zu erfragen. Wir empfehlen rege Teilnahme an den Kursen; Anmeldungen bitten wir künftig direkt an die einzelnen Lehrer zu richten.

*Nähkurs Frau Nachmann:*¹¹ Die weitere Abhaltung dieses Kurses unter Leitung von Frau Nachmann ist bei genügender Beteiligung in Aussicht genommen. Anmeldungen direkt an Frau Leontine Nachmann, Lindenaststr. 26, erbeten.

DOK. 210

Eichmann erwähnt gegenüber dem Auswärtigen Amt am 28. August 1941 „die kommende und in Vorbereitung befindliche Endlösung“¹

Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, i.A. gez. Eichmann, Berlin, an das Auswärtige Amt, Abt. D V A,² Berlin, vom 28. 8. 1941³

Betrifft: Auswanderung des Juden Werner Israel Bauer,⁴ geb. am 9. 12. 1927 in Mannheim, wohnhaft Frankfurt/Main, Röderbergweg 87.

Bezug: Dort. Schreiben v. 14. 8. 1941.⁵

Anlagen: 2.⁶

⁷ Willi Ullmann (*1902) wurde am 29. 11. 1941 nach Riga deportiert.

⁸ Ludwig Weinheber (1904 – 1942), Diplomkaufmann; wurde am 24. 3. 1942 gemeinsam mit seiner Frau Sophie Weinheber nach Izbica deportiert und ermordet.

⁹ Hanna Plessner (*1904), Kindergärtnerin; wurde am 29. 11. 1941 nach Riga deportiert und kam vermutlich ums Leben.

¹⁰ Siegmund Gosser (1884 – 1967), Kaufmann; lebte in einer „Mischehe“ und wurde nicht deportiert.

¹¹ Leontine Nachmann, geb. Zinner (*1877), wurde am 24. 3. 1942 nach Izbica deportiert und kam vermutlich ums Leben.

¹ PAAA, R 99370, Bl. 19.

² Vermutlich ist die Abt. D V (Auslandsreisen) gemeint, von Mai 1940 an geleitet von Dr. Manfred Gar-

Auf das dortige Schreiben vom 14. 8. 41 teile ich mit, daß vom hiesigen Standpunkt aus im Hinblick auf die kommende und in Vorbereitung befindliche Endlösung der europäischen Judenfrage sowohl die Auswanderung von Juden aus Frankreich als auch die Ausreise von Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren nach Frankreich zu verhindern ist.⁷

Unter diesen Gesichtspunkten darf ich bitten, den Antrag der jüdischen Gemeinde in Frankfurt/Main auf Erteilung eines Passierscheines abzulehnen.⁸

DOK. 211

Arthur Cohen aus Düsseldorf schildert seinem Cousin in New York am 31. August 1941 seine vergeblichen Bemühungen um Auswanderung¹

Brief von Arthur Cohen, Düsseldorf, an Alfred und Christine Cohen² vom 31.8. 1941

Meine Lieben.

Vor ein paar Tagen sandte uns O. Emil³ Deinen Brief, l. Alfred, vom 6. 8. und fügte ein paar Zeilen bei, mit denen er uns Lebewohl sagte, da sie am 28. von Berlin nach Barcelona fahren sollen, wo sie ein neues amerik. Visum bekommen würden. Wir freuen uns sehr, daß den Koblenzern nach all den Mühen die Auswanderung doch noch gelungen ist, nicht nur allein für sie selbst, sondern auch für Euch. Wann werden die Krefelder und auch wir soweit sein?, wenn unsere Auswanderung programmäßig abgelaufen wäre, hätten wir uns in einigen Wochen reisefertig machen können.

Mit der Aussichtslosigkeit eines vorübergehenden Aufenthaltes in Portugal scheinst Du, l. Alfred, leider recht zu haben, denn unsere Verwandten in Oporto,⁴ die sich an das

ben (1911–1984), Volkswirt; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; seit 1934 im Auswärtigen Dienst, von 1937 an Referent in der Dienststelle Ribbentrop, 1942 Leg. Rat I. Kl.; 1942/43 Militärdienst; erneut im AA, 1943 Gesandtschaftsrat; nach 1945 Landwirt.

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Dienststempel.

⁴ Werner Bauer (* 1927), emigrierte am 28. 2. 1939 nach Belgien, kehrte später nach Mannheim zurück. 1941 war er im Kinderheim der Jüdischen Gemeinde Frankfurt a.M. untergebracht. Seine Mutter, Irma Bauer, bemühte sich vom Camp de Gurs aus, ihrem Sohn die Ausreisen in den unbesetzten Teil Frankreichs und von dort aus in die USA zu ermöglichen. Werner Bauer wurde 1942 deportiert und später für tot erklärt.

⁵ Schreiben an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Abt. IV D 4, vom 14. 8. 1941 mit der Bitte um Stellungnahme; wie Anm. 1, Bl. 22.

⁶ Schreiben der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt a.M. e.V., Abt. Wohlfahrtspflege, an das Oberkommando der Wehrmacht, Passierscheinstelle, Berlin, sowie Telegramm an den Hilfsverein Frankfurt/Main, betr. Ausreise von Werner Bauer nach Marseille, Daten unleserlich; wie Anm. 1, Bl. 20 f.

⁷ Siehe Dok. 182 vom 20. 5. 1941.

⁸ Werner Bauers Ausreiseantrag lehnte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit Schreiben vom 18.12.1941 endgültig ab; wie Anm. 1, Bl. 33.

¹ Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Briefe Familie Cohen.

² Dr. Alfred Cohen (1895–1974), Jurist; lebte in New York und zahlte ein Deposit für seinen Cousin Arthur Cohen und dessen Frau Aenne. Seine Frau Christine war eine geb. Monschan.

³ Emil Frank (1878–1954), Kaufmann; lebte als Textilkaufmann in Wittlich und zuletzt in Koblenz; floh im Sept. 1941 über Spanien und Kuba nach Utica, New York.

⁴ Gemeint ist ein Vetter von Aenne Cohen, geb. Goldschmidt.

American Joint Distribution Committee in Lissabon gewandt haben, erhielten folgenden Bescheid:

„Mit der Schließung der amerik. Konsulate in Deutschland gibt es keine Möglichkeit zur Emigration nach USA, wenigstens im gegenwärtigen Augenblick. Alle Visen müssen jetzt in Washington autorisiert werden. Das Konsulat in Lissabon ist nicht in der Lage, den Leuten in Deutschland Visen zu gewähren, weil diese nicht das nötige Transitvisum erlangen können, durch welches sie in die Lage versetzt würden, zunächst hierherzukommen.“ Von verschiedenen Seiten hörten wir, daß die Inhaber von AC-Bescheinigungen bevorzugt Visen bekommen sollen, ohne jedoch etwas Positives zu erfahren.⁵ O. Leo⁶ schrieb uns, daß er sein Möglichstes tun werde, um für uns einen vorübergehenden Aufenthalt in Cuba zu bekommen, jedoch ist es noch fraglich, ob durch die Schließung der cubanischen Konsulate das Visum weiter von der cubanischen Gesandtschaft in Berlin gegeben wird. Wir müssen uns vorläufig mit so vielen andern trösten, denen es auch so geht wie uns, u. a. die Krefelder, die uns noch vor kurzem schrieben und einen Brief der Lieben aus Worcester beifügten. Wir freuen uns, daß es ihnen so gut geht, Euch hoffe [ich] auch gesund, besonders Dich, I. Alfred, wo Du soviel abgenommen hast. Ich habe in meiner jetzt einjährigen Tätigkeit bestimmt dasselbe abgenommen, fühle mich aber gesund, schade, daß ich Dir nicht bei Deiner schweren Arbeit helfen kann, da ich bestimmt jetzt auch Praxis habe, solche anzupacken. Du kannst froh sein mit dem guten Erfolg Deines Geschäftes. Eugen⁷ scheint ja wirklich jetzt eine Ia Stelle zu haben, werden die Kinder sicher manches Mal sich am süßen Onkel Eugen erfreuen. Hoffentlich geht es ihnen gut, haben die Ferien gut verbracht und treffen sich möglichst zu den Feiertagen bei Eugen und Lotte.⁸ Leider ist es [uns] auch in diesem Jahre nicht vergönnt, ihnen und Eugens persönlich zu gratulieren, sie werden aber auch so wissen, daß wir ihnen allen nur das Allerbeste wünschen, ebenso wie Euch, meine Lieben. Vater⁹ geht es gut, er war vor einigen Tagen zum 1. Mal nach seiner Krankheit wieder in Köln, und zwar allein, er hat sich wieder fabelhaft herausgemacht. Am 9. 9. haben Onkel und Tante Lindheimer¹⁰ in Krefeld Goldene Hochzeit, Tante ist seit einigen Wochen wieder aus dem Krankenhaus entlassen und kann schon wieder ganz gut laufen. Indem ich Euch weiter alles Gute wünsche, grüßt Euch herzlichst Euer

M. Lieben! Wir hoffen Euch Alle wohlauf, und auch wir [sind] G.s.D. gesund.¹¹ Natürlich ist es uns sehr weh, wenn wir denken, daß wir glaubten, nun bald reisen zu können. Aber mit Gottes Hilfe kommt auch der Tag, daß wir mit den Lieben wieder vereint sind. Zu den

5 Die Cohens hatten am 5.2. 1941 eine solche Bescheinigung erhalten; siehe Dok. 147 vom 5.2. 1941.

6 Leo Kamp (1878 – 1949), Kaufmann; emigrierte mit seiner Frau Betty, geb. Pollag (1886 – 1980), und den Söhnen Ewald (1914 – 1986) und Rudolf (Rudy) (1910 – 2007) von Essen über Zürich in die USA.

7 Eugen Cohen, auch Eugene Clifton (1895 – 1978), Kaufmann; emigrierte 1939 mit Ehefrau Lotte, geb. Rosenthal (*1909), und Sohn Gerd, später Gerald Clifton (*1931), nach Großbritannien.

8 Das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana, der Versöhnungstag Jom Kippur und das Laubhüttenfest Sukkot fielen 1941 in den Sept./Okt. 1941.

9 Isaac Cohen (1859 – 1942), Kaufmann, Gründer der Firma für Häute, Darmimport und Fleischerei-Einrichtungen J & J Cohen in Düsseldorf, am 11.11.1938 verhaftet; am 21.7. 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort noch im selben Monat gestorben.

10 Pauline Lindheimer, geb. Reis(s) (1870 – 1942), lebte in Krefeld mit ihrem Ehemann Josef Lindheimer (1859 – 1942), Kaufmann; das Ehepaar besaß dort ein Geschäft; wurde von dort über Düsseldorf am 25.7. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo beide ums Leben kamen.

11 G.s.D.: Gott sei Dank.

bevorstehenden Feiertagen wünsche Euch *Allen* nur das Beste. Ich hoffe, die l. Kinder zusammen bei Eugens. Bleibt gesund u. schreibt bald wieder.
Herzlichst Eure Aenne

Meine Lieben!

mir geht's G.L soweit wieder gut.¹² Mittwoch war ich in Köln, nach langer Zeit im Asyl,¹³ habe Leopold¹⁴ auch gesprochen. Außer [...] ¹⁵ geht's Siegmund¹⁶ soweit gut, jedoch meint er noch immer, er käme mit seinem Geld nicht zurecht, zu den bevorstehenden Feiertagen gratuliere recht herzlich, verbleibe mit herzlichen Grüßen, Isaac

DOK. 212

Polizeiverordnung vom 1. September 1941 über die Kennzeichnungspflicht für Juden¹

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.

Vom 1. September 1941.

Auf Grund der Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister vom 14. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1582) und der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1039)² wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

§1

(1) Juden (§5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – Reichsgesetzbl. I S. 1333),³ die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

(2) Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.

§2

Juden ist es verboten,

- a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen;
- b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

¹² G.L.: Gottlob.

¹³ Gemeint ist das Israelitische Asyl und Krankenhaus in der Kölner Ottostraße.

¹⁴ Leopold Cohen (1862 – 1942) war einer der vier Brüder Isaac Cohens und lebte zuletzt in Köln; er wurde am 27.7.1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er wenig später ums Leben kam.

¹⁵ Handschrift unleserlich.

¹⁶ Siegmund Cohen (1856 – 1942), einer der Brüder von Isaac Cohen, lebte zuletzt in Köln; er wurde am 27.7.1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er einen Monat später ums Leben kam. Seine Frau Henriette Cohen war 1941 im Alter von 80 Jahren in Köln verstorben.

¹ RGBl. 1941 I, S. 547.

² Die beiden hier genannten VO regelten die Zuständigkeit des RMdI und des Reichsprotectors für den Erlass von Polizei-VO in ihrem jeweiligen Machtbereich.

³ In § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 wurde der Begriff „Jude“ definiert; VEJ 1/210.

§3

Die §§1 und 2 finden keine Anwendung

- a) auf den in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Kriege gefallen ist;
- b) auf die jüdische Ehefrau bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe.

§4

(1) Wer dem Verbot der §§1 und 2 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

(2) Weitergehende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen sowie Strafvorschriften, nach denen eine höhere Strafe verwirkt ist, bleiben unberührt.

§5

Die Polizeiverordnung gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Maßgabe, daß der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren die Vorschrift des §2 Buchst. a den örtlichen Verhältnissen im Protektorat Böhmen und Mähren anpassen kann.

§6

Die Polizeiverordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. September 1941.

Der Reichsminister des Innern

Im Auftrag

Heydrich

DOK. 213

**Der „Arisierungsbeauftragte“ des Gauleiters informiert
die Israelitische Kultusgemeinde München am 1. September 1941
über das Barackenlager in Milbertshofen¹**

Schreiben des Beauftragten des Gauleiters für Arisierung, gez. Hauptsturmführer Wegner,² München 22, an die Isr. Kultusgemeinde, München 15, vom 1.9. 1941 (Abschrift)

Betreff: Unterbringung von Juden

Teile des im Aufbau befindlichen Barackenlagers in Milbertshofen³ sind nun bereits belegt. Für weitere Belegungen sind die Voraussetzungen zwischenzeitlich geschaffen worden. Danach stehen die Baracken 5, 6, 7, 9, 11 und 16 zur Belegung mit insgesamt ca. 300 Betten zur Verfügung.

¹ BArch, R 8150/114, Bl. 110f.

² Johann (Hans) Wegner (1905–1956), kaufm. Angestellter; 1929 NSDAP-, 1930 SA-Eintritt; von 1939 an Treuhänder der Regierung Oberbayern und Beauftragter des Gauleiters für „Arisierungsfragen“; 1943 zur Wehrmacht eingezogen; 1948 vom Spruchkammergericht zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, 1952 entlassen.

³ Von März 1941 an mussten jüdische Zwangsarbeiter im Münchener Stadtteil Milbertshofen ein Lager errichten. Niemand durfte das Lager ohne Genehmigung verlassen. Es diente später als Sammelpunkt für die Deportation nach Osten. Der erste Transport mit ca. 1000 Juden fuhr am 20. 11. 1941 nach Kaunas. Im Aug. 1942 wurde das Lager aufgelöst, nachdem fast alle Insassen deportiert worden waren.

In Anlehnung auf⁴ meine Verfügung v. 28. 8. 41⁵ ist daher für die Folge von einer Einweisung in die Judensiedlung Milbertshofen weitgehendst Gebrauch zu machen.

Folgende Richtlinien sind für die Belegung zu beachten:

- 1.) Die Sammel-Unterkunft für Juden in Milbertshofen erhält die Bezeichnung: *Judensiedlung in Milbertshofen*.
- 2.) Die endgültige Belegungsstärke wird seinerzeit festgestellt;⁶ zur Belegung freigegeben sind die eben angeführten Baracken. Die Gebühr für die Benützung der Judensiedlung beträgt pro eingewiesene Person RM 3,- *täglich*. In diesem Betrag sind enthalten: Die Kosten für das zur Verfügung gestellte Inventar, die Kosten für die umfangreiche sanitäre Einrichtung sowie die Erstellung der Gemeinschaftsküche.
- 3.) In die Siedlung einzuweisen sind grundsätzlich die für die Folge zwangsentmieteten Wohnungsinhaber, und zwar jeweils in der Reihenfolge der verfügbaren Entmietung. Auswechslungen bedürfen besonderer Begründung und Genehmigung.
- 4.) Zur Vermeidung künftiger Anstauungen ist die Mitnahme der Einrichtungs- und Bekleidungsstücke auf das Allernotwendigste zu beschränken.
- 5.) Die verwaltungsmäßige Abrechnung erfolgt sinngemäß wie die Vorrechnung in der Heimanlage Berg-am-Leim.⁷ Die Durchführung der verwaltungsmäßigen Arbeiten ist einem aus dem Kreise der eingewiesenen Personen zu übertragen. Vollzug ist zur Genehmigung zu unterbreiten.
- 6.) Als Lagerleiter wird für die Judensiedlung in Milbertshofen Herr Hugo Israel Railling⁸ bestimmt, der mit der Leitung der Isr. Kultusgemeinde für die ordnungsgemäße Durchführung der Siedlung verantwortlich ist.
- 7.) Die interne Regelung ist einer noch aufzustellenden Lagerordnung vorbehalten.⁹

4 So im Original.

5 Nicht aufgefunden.

6 Milbertshofen war für maximal etwa 1100 Juden errichtet worden, aber häufig überbelegt.

7 Richtig: Berg am Laim. Im Kloster der Barmherzigen Schwestern in der Clemens-August-Straße 9 in München befand sich von Sept. 1941 bis März 1943 die „Heimanlage für Juden“. Dorthin wurden nach der Auflösung des Lagers Milbertshofen dessen letzte Bewohner gebracht. Bis zu 300 Menschen lebten hier auf engstem Raum zusammen.

8 Richtig: Hugo Railling (*1886), Kaufmann; seit 1913 mit seinem Bruder Siegfried Inhaber der Firma Hahn und Bach in München, bis zum Verkauf 1936 auch der Münchner Textildruckerei GmbH, Großhadern; nach dem Novemberpogrom 1938 im KZ Dachau inhaftiert; am 4. 4. 1942 nach Piaski deportiert, weiteres Schicksal unbekannt.

9 Nicht aufgefunden.

DOK. 214

**Friedrich Mennecke schreibt seiner Frau am 3. September 1941
von einer Reise in das KZ Dachau, wo er Gefangene untersucht und zur
Ermordung auswählt¹**

Brief von Friedrich Mennecke,² Hotel Bayrischer Hof, München, an seine Frau³ vom 3. 9. 1941, 20.30 Uhr

Liebste Mutti!

Um 20.00 h habe ich ein dringendes Gespräch zu Dir angemeldet, bis eben habe ich unten im Telephonzimmer gewartet, aber jetzt habe ich mich auf's Zimmer Nr. 442 gesetzt, um von hier aus mit dir zu sprechen. Hoffentlich habe ich Dich bald an der Strippe! Ob Du wohl schon auf meinen Anruf wartest? Und nun gleich die erste Frage: „War vorige Nacht dort Alarm? Ist Dir auch nichts passiert?!“ Bald werde ich es von Dir ja hören!

Heißali!! 20:45 h: Da habe ich Dich ja schon gehabt! Oh, Mausi, das mit dem Lufttorpedo ist ja gruselig! Hoffentlich passiert so etwas nicht nochmal – u. dann vielleicht noch schlimmer. Geh nur immer prompt in den Keller, damit Du mir ja heile bleibst! Ich habe Dir vorhin ja nun schon alles gesagt, wie es ist. Die Reise nach hier war schön, aber ab Ffm war der Zug brechend voll, so daß ich eng in meiner Ecke saß und dauernd „guckt“ habe. Im Hotel Schottenhamel traf ich Dr. Wischer⁴ schon an, ebenso die Tochter von Prof. Nitsche,⁵ Frau Wilhelm. Es hieß gleich, daß Steinmeyer⁶ u. ich im „Bayrischen Hof“ wohnen würden. Wir gingen um 19 h zum Bahnhof, um Prof. Nitsche (u. Prof.

1 HHStAW, Abt. 631A, Nr. 1652, Bl. 129 – 132. Abdruck in: Friedrich Mennecke, Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe 1935 – 1947, bearb. von Peter Chroust, Bd. 1, Hamburg 1987, S. 198 – 200.

2 Dr. Friedrich (Fritz) Mennecke (1904 – 1947), Psychiater; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; 1935 Assistenzarzt in Bad Homburg v.d.H., 1938 Oberarzt, 1939 Chefarzt und Leiter der Landesheilanstalt Eichberg; 1940 SS-Hauptsturmführer; von 1940 an als Gutachter an der „Euthanasie“ beteiligt, 1943 Truppenarzt bei der Wehrmacht; 1946 verhaftet und wegen Mordes vom Landgericht Frankfurt a. M. zum Tode verurteilt, starb im Gefängnis.

3 Eva Mennecke, geb. Wehlan (*1913), technische Assistentin; heiratete 1937 Friedrich Mennecke; 1940 NSDAP-Eintritt; 1945 aufgrund der Zusammenarbeit mit ihrem Mann im Rahmen der „Euthanasie“ verhaftet, im selben Jahr wieder freigelassen.

4 Dr. Gerhard Wischer (1903 – 1950), Psychiater; 1927 SA-Eintritt; von 1934 an in der Anstalt Arnsdorf mit der Sichtung „Erbkranker“ befasst; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 Medizinalrat und Direktor der Anstalt Waldheim, 1941 – 1943 als Selektionsarzt an der Ermordung der dortigen Patienten beteiligt; 1945 verhaftet, 1950 in Waldheim zum Tode verurteilt und hingerichtet.

5 Dr. Paul Nitsche (1876 – 1948), Psychiater; von 1908 an Oberarzt an der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt Dresden, 1918 – 1928 Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen, 1925 Professor, 1928 – 1939 Direktor der Anstalt Pirna-Sonnenstein; 1933 NSDAP-Eintritt; 1940 Direktor der Anstalt in Leipzig-Dösen, Richter am Erbgesundheitsobergericht Dresden, seit 1940 Gutachter und von Herbst 1941 an medizinischer Leiter der „Euthanasie“-Aktion; 1947 vom Landgericht Dresden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

6 Dr. Theodor Steinmeyer (1897 – 1945), Psychiater; 1929 NSDAP-Eintritt; SA-Standartenarzt; von 1934 an Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Ellen in Bremen, seit 1939 in der Anstalt Marsberg und der Jugendpsychiatrie in Niedermarsberg, von 1940 an Gutachter, 1941 – 1943 in der Zentrale der „Euthanasie“-Aktion in Berlin tätig, von 1942 an Leiter der Anstalt Pfafferoode (Thüringen), an der Selektion und Ermordung von Patienten beteiligt; nahm sich in US-Gefangenschaft das Leben.

Heyde),⁷ sowie Frau Nitsche, abzuholen, sie kamen nicht, aber wir waren kaum wieder im Schottenhamel, da erschien Prof. Nitsche u. Frau mit Bauer u. dem „fleißigen Lieschen“ direkt aus Berlin. Dr. Lonauer⁸ war schon am Mo. gekommen und wohnt im Hotel „Rheinischer Hof“. Ich ging dann gleich hierher, um mein Zimmer zu beziehen, es ergab sich, daß Steinmeyer u. ich in Nr. 441–443 (2 Einzelzimmer + Bad) wohnen. Dann ging ich wieder zum Bahnhof u. holte St[einmeyer] ab, der vor Erkältung kaum sprechen konnte. Wieder hierher und dann zurück zum Schottenhamel zu den anderen. Die Damen Nitsche hatten sich schon zurückgezogen, da sie heute früh in die Alpen weiterfahren wollten. Wir Männer, einschl. des Herrn Direktor Dr. Ratka⁹ von der Anstalt in Gnesen (Warthegau), der als Neuer mitarbeitet, saßen noch bis 23 ½ h plaudernd beisammen. Geschlafen habe ich dann sehr gut u. ungestört, aber ich habe erst noch lange an meine kleine Mutti gedacht. Heute früh um ¾ 8 h holte uns Dr. Lonauer in seinem Olympia ab; in den 2 Autos fuhren wir gleich nach Dachau hinaus. Wir fingen heute aber noch nicht an zu arbeiten, da uns die SS-Männer erst die Köpfe der Meldebogen ausfüllen sollen. Dies ist heute begonnen, so daß wir morgen mit Untersuchen anfangen können. Es sind nur 2000 Mann, die sehr bald fertig sein werden, da sie am laufenden Band nur angesehen werden. Um 10 h fuhren wir wieder nach München hinein und um 11 h fuhren wir nach Starnberg weiter, wo wir zu Mittag aßen. Dann fuhren wir bis Leoni am östlichen Seeufer entlang und besichtigten zuerst das Königsschloß Berg, wo Ludwig II gewohnt hat, ehe er sich ertränkte. Dann zu Fuß weiter bis an die Uferstelle, wo er sich in's Wasser gestürzt hat, und immer noch weiter bis zum Bismarckturm. Dort tranken wir Kaffee, ich schrieb Dir die heutige Karte (Steinmeyer war alleine in München geblieben). Um 18.00 h waren wir wieder hier, machten noch eine kleine Stadtrundfahrt und setzten uns um 19 h in das hiesige Hotel-Restaurant zum Abendessen. Ich habe heute mittag Beefsteak (100 gr Flm) gegessen u. heute abend Kalbsleber (50 gr Flm),¹⁰ von morgen ab haben wir Mittag- u. Abendessen im Lager. Um 20 h gingen die anderen fort, da sie z.T. in's Kino wollten, ich meldete das Gespräch an u. fing an zu schreiben. Steinmeyer hat mir einen Zettel hinterlassen, wo er bis 20.30 h sein würde. Da dies schon längst vorbei ist, will ich jetzt noch kurz in die Reß'sche Weinstube gehen, die hier gleich nebenan ist. Dort schreibe ich noch etwas weiter. Küßli's – Ahoi!!

21.50 h „Gaststätte Kunstgewerbehaus, Weinhaus Eberspacher, Pächter: Martin Modlmayr“: Dies ist die Reß'sche Weinstube, sehr nett u. gut besucht. Ich habe gerade den Pächter zu mir bitten lassen, um mit ihm zu sprechen. Dies Lokal ist nur 100 m von mei-

7 Dr. Werner Heyde (1902–1964), Psychiater; 1933 NSDAP-Eintritt, von 1934 an Mitarbeiter des Rasenpolitischen Amtes der NSDAP, 1936 SS-Eintritt; von 1939 an Professor und Direktor der Universitätsklinik in Würzburg, 1939–1941 medizinischer Leiter der „Euthanasie“-Aktion; praktizierte nach 1950 unter dem Namen Dr. Fritz Sawade in Flensburg, Obergutachter beim Landessozialgericht Schleswig, 1959 verhaftet, nahm sich vor Prozessbeginn das Leben.

8 Dr. Rudolf Lonauer (1907–1945), Psychiater; 1933 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; von 1938 an Leiter der Anstalt Niedernhart (Linz), von 1940 an Leiter der Tötungsanstalt Hartheim, Gutachter der „Euthanasie“-Aktion; 1942 SS-Hauptsturmführer, von 1942 an bei der Waffen-SS; nahm sich mit seiner Ehefrau das Leben.

9 Dr. Viktor Ratka (1895–1966), Psychiater; „Volksdeutscher“, 1928 Oberarzt der Anstalt in Lubliniec (im poln. Teil Oberschlesiens), Direktor der Tötungsanstalt Tiegendorf (Dziekanów) bei Gnesen; 1940 SA-Eintritt, SA-Stabsarzt; von 1941 an Gutachter der „Euthanasie“-Aktion; 1943 NSDAP-Eintritt.

10 Flm: Fleischmenge.

nem Hotel weg, es gibt hier nur Wein, aber keine Rheingauer, nur Niersteiner u. Westhofener, also Rheinhessen, und viel Pfälzer, Mosel u. Rotwein. Seit 1 Stunde brummen dauernd Flugzeuge über München, aber es sind deutsche Übungsflüge, die Türme der Mariahilfkirche sind hell angestrahlt. Dies Weinlokal ist bestimmt eine Goldgrube, die Gebrüder Reß werden sich wohl einen bombastischen Pachtpreis zahlen lassen, denn hier wird weit mehr getrunken als in Eberbach u. Hattenheim zusammen. Wie ich Dir vorhin schon am Telefon sagte, werde ich Sonntag schon mit einem früheren Zug kommen; ich habe ihn aber noch nicht genauer festgestellt, es wird der sein, den Du nanntest. Ich rufe Dich von Wiesbaden oder Eltville an. Unsere Reisefourage für Warschau, etwa Leberwürste, Butter etc., kann auch noch am Montagfrüh bereitgestellt werden, damit wir sie frisch mitnehmen. Zum Stullenmachen, die – bitte – *Du* machst, kann vorher was herausgegeben werden. Nun will ich schließen, denn eben ist Herr Steinmeyer zu mir gekommen u. leistet mir Gesellschaft. Bitte, mein Muttchen, bleib mir schön gesund u. heil!!! Immer hübsch in den Keller gehen! Innigst, liebste Küßli's!
Dein tr[uer] Fritz-Pa.

DOK. 215

**Julius Jacoby berichtet der Reichsvereinigung am 7. September 1941
über die Situation in den „Judenhäusern“ in Hannover¹**

Bericht von Julius Israel Jacoby,² Hannover, vom 7. 9. 1941 (Abschrift)

Reise-Bericht

Betr.: Umsiedlungsaktion der jüdischen Bevölkerung in Hannover.

Am 6./7. September d. Js. fuhr ich auf Veranlassung der Reichsvereinigung nach Hannover und habe folgendes zu berichten: Die Umsiedlungsaktion ist abgeschlossen. Sämtliche hannoverschen Juden (rund 1600) sind jetzt in 15 Häusern zusammengeballt.³ Von diesen 15 Unterkünften besichtigte ich mit Herrn Dr. Schleisner⁴ und zum Teil mit dem Gemeindegesekretär Herskovitz⁵ 6 Stellen verschiedener Rangstufen, um mir ein objektives Bild zu verschaffen.

¹ BArch, R 8150/1 B, Bl. 196 f.

² Julius Jacoby (1882–1943), Regierungs- und Baurat; Mitarbeiter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Fürsorge; am 17. 3. 1943 nach Theresienstadt deportiert und dort gestorben.

³ Anfang Sept. 1941 hatten im Zuge der nach dem Gauleiter Süd-Hannover-Braunschweig und Oberpräsidenten der Provinz Hannover Hartmann Lauterbacher (1909–1988) benannten „Aktion Lauterbacher“ über 1000 Juden ihre Wohnungen innerhalb von 24 bis 48 Stunden verlassen und in 6 Gebäude (ursprünglich waren 15 Adressen vorgesehen), sog. Judenhäuser, umziehen müssen.

⁴ Dr. Max Schleisner (1885–1943), Jurist; von 1912 an Rechtsanwalt in Hannover, Vorstandsmitglied der dortigen Jüdischen Gemeinde, von 1938 an deren Erster Vorsteher, 1939 Vertreter der Reichsvereinigung der Juden in Hannover, Auswandererberater für den Hilfsverein der Juden; am 17. 3. 1943 nach Theresienstadt deportiert und dort vier Monate später gestorben.

⁵ Samuel Herskovits (1888–1944), Gemeindefunktionär; in Siebenbürgen aufgewachsen, ca. 1903 Ausbildung zum Rabbiner in Pressburg, ca. 1905 nach Hamburg eingewandert, von 1909 an Hilfschreiber im Büro der Jüdischen Gemeinde in Hannover, von 1924 an Sekretär der Jüdischen Gemeinde; wurde am 30. 6. 1943 nach Theresienstadt, am 27. 7. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Bergstraße 8 (bislang Büroräume der Reichsvereinigung, Bezirksstelle Hannover, Synagoge und gleichzeitig Turnhalle).

Übermäßige Anhäufung, Bett neben Bett, kein Platz für Gänge. Keine Geschlechter-Trennung, Verheiratete und Unverheiratete, alte und junge Menschen, Kinder und Säuglinge unterschiedslos in der Turnhalle und auf schmalen Galerien untergebracht. Notausgänge versperrt. Tische und Stühle fehlen wegen Platzmangels. Menschen hocken zumeist auf den Betten und nehmen auch dort ihre Mahlzeiten ein. In einer 4 m unter der Straße liegenden Waschküche wird das Essen zubereitet. Vorratsräume unhygienisch. Luftschutzkeller fehlen, weil diese für Küche und Vorräte in Anspruch genommen. 4 Wasserzapfstellen und 5 Toiletten für die ganze Belegschaft, einschließlich der Angestellten der Reichsvereinigung. Keine Möglichkeit zum Waschen der Wäsche. 134 Menschen sind dort eingewiesen, untergebracht sind bislang 90, damit aber bereits überbelegt.⁶

Lützowstr. 3 (früheres Gemeindehaus und Schule).

Wiederum übermäßige Belegung, pro Person keine 3 qm Grundfläche. Zum Beispiel sind in einem Raum von 42 qm Grundfläche 5 Erwachsene, eine fünfköpfige Familie und eine vierköpfige Familie, zusammen 14 Personen. Ebenfalls befinden sich Menschen im offenen Dachstuhl, außerordentlich feuergefährlich. Mehrere Menschen liegen in einem Bett. Tuberkulose-Kranke. Toiletten ausreichend, weil auf dem Hof 6 frühere Schulklosetts vorhanden. 95 Personen sind eingewiesen, mit den früheren Bewohnern zusammen 125 Personen.⁷

Schelvinstr. 12⁸ (älteres Wohngebäude, mit arischen Familien gemischt).

Gekocht wird in kleinen Küchen, in denen sogar Menschen wohnen müssen. Wanzen, sonst wie vorher. 58 Personen eingewiesen, mit denen, die dort schon wohnten, 76 Personen.

Knochenhauerstr. 61 (altes, im Inneren zerfallenes Fachwerkgebäude).

Wanzen, Ratten, Toiletten vom hygienischen Standpunkt aus unmöglich. In einem nur 15 qm großen Raum 4 Personen und 1 Kind. Unter der Belegschaft ein schwer gelähmter Mann. 2 arische Familien im Hause. 29 Personen eingewiesen, mit den früheren Personen, die dort wohnten, zusammen 35 Menschen.

Körnerstr. 24

An sich gutes Wohngebäude in guter Wohngegend, nur dieselbe Überfüllung wie vorhergesagt. Beispiel: in einem 30 qm großen Raum 10 Menschen und 1 Kind. Auf 30 Personen 1 Abortsitz. Fenster zum Teil mit Möbeln verstellt. Lüftung behindert. Arische Familien in demselben Haus. 90 Personen eingewiesen. Mit den früheren 19 Bewohnern 109 Personen.⁹

⁶ Von den in der Bergstr. 8 zusammengepferchten Menschen wurden 89 am 15.12.1941 nach Riga deportiert. Bis zum 23.7. 1942 lebten noch etwa 40 Juden in dem Haus, dann wurden 16 von ihnen nach Theresienstadt verschleppt, die übrigen mussten in andere „Judenhäuser“ umziehen.

⁷ Der Unterricht in der jüdischen Volksschule wurde im Sept. 1941 eingestellt, als das Gebäude zum „Judenhaus“ umfunktioniert wurde. 98 seiner Bewohner wurden am 15.12.1941 nach Riga deportiert, die verbliebenen mussten in andere „Judenhäuser“ umziehen.

⁸ Richtig: Scholvinstraße.

⁹ In den Häusern Scholvinstr. 12, Knochenhauerstr. 61 und Körnerstr. 24 lebten auch nach der Umfunktionierung zum „Judenhaus“ nicht-jüdische Mieter. Die meisten der dort einquartierten Juden mussten Hannover mit dem ersten Transport am 15.12.1941 nach Riga verlassen, die übrigen in andere „Judenhäuser“ umziehen. Nur die Knochenhauerstr. 61 wurde erst mit dem Transport nach Theresienstadt am 23.7. 1942 geräumt.

Israelitisches Krankenhaus und Altersheim. Ellernstr. 14

gehört zu den besten Unterkünften, erklärlich, weil die sanitären Einrichtungen des Krankenhauses zur Verfügung stehen. Kranken-Abteilung ist nicht berührt worden. Im allgemeinen Versuch, Geschlechter-Trennung vorzunehmen, ließ sich nicht ganz durchführen. In 3 Zimmern je 2 Ehepaare und Einzelpersonen untergebracht. Das Krankenhaus ist bereits jetzt durch notwendige Aufnahmen überfüllt.¹⁰

Zusammenfassung:

Bei der Zusammenballung und den unhygienischen Verhältnissen besteht Epidemiefahr. Eine umgehende Verbesserung erscheint notwendig. Diese ließe sich nur dadurch erzielen, daß mehr Wohnraum für die jüdische Bevölkerung freigegeben wird. Von Herrn Dr. Schleisner werden die Häuser Körnerstr. 5 (früheres Altersheim), Wisemannstr. 11 und 12 (ebenfalls Eigentum der Reichsvereinigung, früher Simonsche Stiftung) in Vorschlag gebracht. Außerdem wäre es zweckmäßig, wenn der Gemeinde die Unterbringung der jüdischen Bevölkerung bezw. die Verteilung des Wohnraumes überlassen werden könnte und ihr bei Neu-Verteilung längere Fristen gewährt werden.¹¹

DOK. 216

**Franz Bergmann aus Neheim an der Ruhr kritisiert am 8. September 1941
die Ermordung der Psychiatriepatienten¹**

Schreiben, gez. Franz Bergmann, Neheim, an das stellvertretende Generalkommando des VI. Armee-korps, Abt. Chef des Stabes,² Münster-Westfalen, vom 8. 9. 1941 (Abschrift)³

Betrifft: Ausmerzungen der Geisteskranken.⁴

Das Geraune über dies schwerwiegende und tief einschneidende Problem will kein Ende nehmen. Es ist nunmehr, seitdem die Kirche von hoher Warte aus ihr religiöses und sittliches Veto dawider verkündete und jede Tat als *gemeinen Mord* bezeichnete, in jede Hütte gedrungen.⁵

Der „Fall Heß“ hat die Gesamtheit des Volkes nicht so niedergedrückt und erschüttert wie dieses Ereignis.⁶ Männer, die gern bereit sind, in hoffnungslosen Fällen Zugeständnisse zu machen, erbeben vor dem Grauen, das aus jener eiskalten rationalistischen Starr-

¹⁰ Richtig: Ellernstr. 16. Das Krankenhaus blieb weiterhin in Betrieb. Die Zahl der hier untergebrachten Menschen erhöhte sich nun von etwa 90 auf über 170. 52 von ihnen wurden am 15. 12. 1941 nach Riga, die letzten 148 am 23. 7. 1942 nach Theresienstadt verschleppt.

¹¹ Im Nov. 1941 begann die Deportation der hannoverschen Juden, die Zahl der „Judenhäuser“ wurde in der Folge verringert, die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen unterblieben.

¹ BArch, RH 14/46, Bl. 47. Abdruck als Faksimile in: Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 803.

² Generalstabschef war von Jan. 1941 bis Juli 1942 Hans Degen (1899 – 1971), Oberst im Generalstab.

³ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Stempel „Geheim!“.

⁴ Zur Ermordung der Anstaltspatienten im Rahmen der „Euthanasie“ siehe Einleitung, S. 31–33.

⁵ Gemeint ist die Predigt des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen, der am 3. 8. 1941 offen die „Euthanasie“-Morde kritisiert hatte.

⁶ Im Mai 1941 war Rudolf Heß nach Schottland geflogen, mutmaßlich, um Friedensverhandlungen mit Großbritannien in die Wege zu leiten. Er blieb bis zum Kriegsende in brit. Gefangenschaft.

heit zu ihnen spricht. Hinzu kommt nun jene fiebernde Phantasie, die den einmal aufgefangenen Faden weiterspinnnt, bereits in Krüppel- und Altersheimen wütet, Tuberkulose und Krebskranke umbringt und selbst vor dem gesegneten Haupt der altersschwachen Mutter nicht haltmacht. Ja, man überträgt dieses Tun in der Phantasie schon in unsere *Lazarette an der Front*. In allen nur möglichen Abwandlungen durchzieht dies Gerücht die deutschen Lande und schwächt so die Widerstandskraft des Volkes auf das empfindlichste. Hoffnung und Glaube an den Segen der Partei schwinden dahin, *wie Schnee vor der Sonne*. Deutschland hegte eine schier unerschütterliche Zuversicht, die scheint es nun zu Grabe tragen zu wollen.

Was unsere Regierung bewogen hat, diesen Weg zu beschreiten – niemand weiß es. Der eine sagt, die Anstalten hätten wegen der *vielen nervenkranken Fliegeroffiziere* geräumt werden müssen, der andere spricht von *ökonomischen Maßnahmen hinsichtlich unserer Ernährung*. Noch verfängt das alles nicht. Man pariert diese Einwände einfach mit dem Hinweis auf die *vielen Millionen Juden*, die immer noch im Lande sind. Weshalb lebt dieser Auswurf der Menschheit noch, während man unsere Kranken einfach umbringt! Wer will hier Anwalt der Juden sein?

Das Volk belastet in erster Linie den Pg. *Himmler* mit dieser Tat. Ob zu Recht oder zu Unrecht, kann ich natürlich nicht sagen. *Es (das Volk) lehnt diesen Mann, in dem es die Inkarnation des Bösen schlechtweg sieht, kategorisch ab*. Inwieweit beim Zustandekommen dieser Ansicht der *internationale Widersacher* am Werke gewesen ist, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen.

In hohem Ansehen steht dagegen im Volke die *Armee und ihre Führung*. Hier baut sich ein gewaltiger Turm uneingeschränkten Vertrauens auf. Die Armee ist gewissermaßen der unerschütterliche Fels im Drang der brandenden Wogen.

Im Gegensatz hierzu betrachtet man die deutsche *Ärztenschaft* mit *unmißverständlichem Mißtrauen*. Man weiß genau, daß hier von je Stimmen rege waren, die für die Ausmerzungen der Geisteskranken Propaganda machten. Das hier investierte Kapital sollte für andere Zwecke frei werden, für Zwecke, die den Ärzten einen regeren Kapitalumschlag brächten, denn das wahre Gesicht der Ärzteschaft habe sich in der Systemzeit gezeigt, als das Bankkonto ihr ein und alles war. Diese Verallgemeinerung ist natürlich unzutreffend. Nichtsdestoweniger scheint ihr die Morphiumsspritze zu einem grauenhaften Symbol werden zu wollen. Man hat die Teufelsklaue erkannt und reagiert nun entsprechend.

Heil Hitler!

DOK. 217
**Hermann Samter schreibt Lisa Godehardt
am 10. September 1941 über das Reiseverbot und die
Kennzeichnungspflicht¹**

Brief von Hermann Samter an Lisa Godehardt vom 10.9. 1941

Liebe Lisa,
eben fällt mir ein, daß ich mich noch nicht für die schöne Wurst bedankt habe. Sie hat, wie immer, ausgezeichnet geschmeckt und mir das Zurechtkommen mit den Lebensmittelkarten sehr erleichtert.

Kommt eigentlich die „Koralle“² regelmäßig an? Weder Sie noch Ihre Mutter³ schrieben darüber. –

Leider habe ich meinen Urlaub verschoben, und nun ist's aus mit dem Verreisen: Ab 19. dürfen wir den Wohnort ohne schriftliche polizeiliche Genehmigung nicht mehr verlassen. Also auch nach Potsdam oder Bernau kann man dann nicht mehr fahren. Vom gleichen Tage an müssen Juden einen festangenähten handtellergroßen gelben Davidstern mit der Inschrift „Jude“ tragen.⁴

Nun kann ich keine Zeitung mehr außer der Zeit von 4 – 5 kaufen oder in ein Restaurant essen gehen oder arische Bekannte besuchen.

Na, es gibt aber noch andere unangenehme Folgen, die Sie sich selbst ausmalen können. Aber von mir aus sollen die Leute ihr Vergnügen haben.

Nun heißt es unter allen Umständen um 9 Uhr abends zu Hause zu sein, ab 1. Oktober um 8! –

Von Sylvia und ihrer Tante Anka (kennen Sie die eigentlich?) hatte ich einen sehr netten Brief.

Warum Lotte und Paul⁵ noch nicht in USA sind, weiß sie auch nicht. Aber es soll beiden gut gehen.

Viele Grüße – auch an Ihre Mutter und Roswitha –

1 Holocaust Memorial Center Farmington Hills, Kopie: YVA, 02/30, Bl. 7. Abdruck in: Samter, Briefe (wie Dok. 105, Anm. 1), S. 67.

2 Illustrierte Koralle. Bilderzeitung für Kultur und Sport, Natur und Reisen, Heimat und Ferne.

3 Karolina Stadermann.

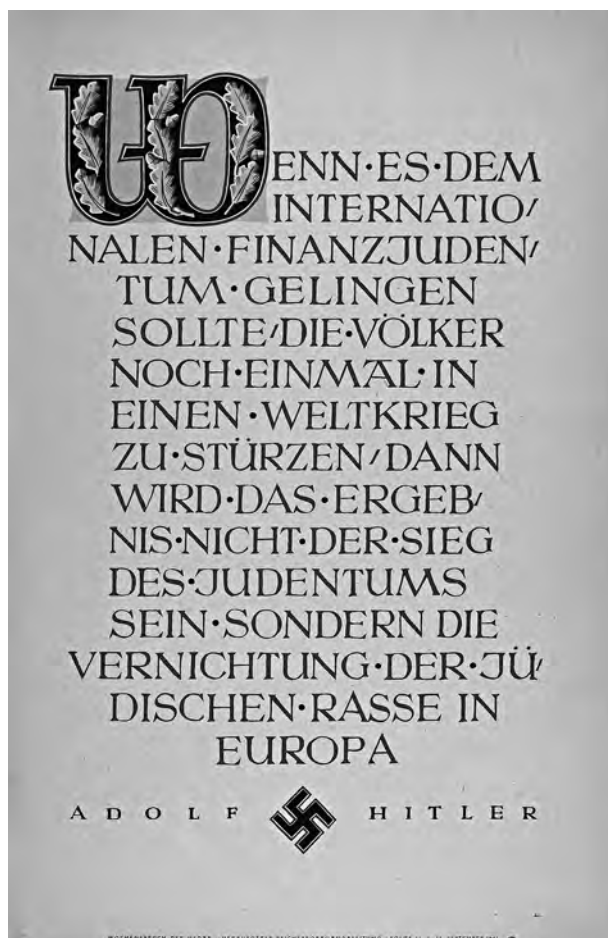
4 Siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941 und Dok. 222 vom 15.9. 1941.

5 Charlotte und Paul Blumenfeld.

DOK. 218

**Der Wochenspruch der NSDAP vom 7. bis 13. September 1941
erinnert an die Ankündigung Hitlers, im Falle eines Weltkriegs
werde das europäische Judentum vernichtet¹**

Wochenspruch der NSDAP vom 7. bis 13. September 1941²



¹ BArch, NSD 74/3.

² Der 1937–1944 erscheinende Wochenspruch der NSDAP enthielt jeweils ein Zitat von Hitler oder einer anderen NS-Größe und wurde im Wechselrahmen öffentlich ausgehängt. Von 1939 an erschien der Wochenspruch reichsweit einheitlich.

DOK. 219

**Der Apostolische Nuntius erläutert Kardinal Luigi Maglione im Vatikan
am 13. September 1941, wie demütigend die Kennzeichnungspflicht insbesondere
für „nichtarische“ Christen sei¹**

Schreiben Nr. 1504 (42321) des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo,² Berlin, an Seine Verehrteste Eminenz, Herrn Kardinal Luigi Maglione,³ Staatssekretär Seiner Heiligkeit, Vatikanstadt, vom 13.9.1941⁴

Betreff: Neue Gesetze gegen die Juden

Verehrteste Eminenz,

ich fühle mich verpflichtet, Eurer Verehrtesten Eminenz bezüglich einer neuen Verordnung Mitteilung zu machen, die die Berliner Polizei auf Anordnung des Ministeriums des Inneren erlassen hat. Diese verbietet den noch im Reich und im Protektorat Böhmen und Mähren lebenden Juden im Alter von über sechs Jahren, in der Öffentlichkeit ohne ein Abzeichen aufzutreten, das „Judenstern“ genannt wird und auf dem auf gelbem Grund in schwarzer Schrift das Wort „Jude“ steht. Das Abzeichen muss auf den linken Jackenaufschlag genäht sein. Ebenso ist es den Juden verboten, ihre Heimatgemeinde ohne eine schriftliche Genehmigung der örtlichen Polizei zu verlassen oder andere Ehrenabzeichen zu tragen. Im Folgenden sind einige Ausnahmen sowie das Strafmaß für Zuwiderhandlungen ausgeführt.

Eine Abschrift des Gesetzes füge ich bei.⁵

Ein solches Gesetz ist sicherlich eine schmerzhaft Demütigung für die Juden, angesichts der antisemitischen Atmosphäre, die sie bereits umgibt. Besonders getroffen fühlen sich die getauften Nichtarier. Sie haben ihr enormes Leid zum Ausdruck gebracht, das nicht einmal ein Ende nimmt, wenn sie die Kirche betreten, insbesondere wenn sie an Festtagen ihre gewohnten Frömmigkeitsriten ausüben wollen. Das Echo dieser Klagen hat auch Seine Eminenz, den Herrn Kardinal Innitzer, sowie Seine Eminenz, den Herrn Kardinal Bertram,⁶ erreicht; es wurde nach Möglichkeiten gesucht, den Juden in der Kirche einen für sie reservierten Platz zuzuweisen oder, wenn sie dafür zu zahlreich wären, ganze Gottesdienste exklusiv für sie abzuhalten. Die leidvolle Situation der nichtarischen Katholiken wurde auch dem Ministerium für Kirchenangelegenheiten unterbreitet, doch ist

1 ASV, A.E.S., Germania IV periodo, Bl. 50 + RS. Abdruck in: Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, hrsg. von Pierre Blet u. a., Bd. 8: Le Saint Siège et les victimes de la guerre. Janvier 1941 – Décembre 1942, Città del Vaticano 1974, Nr. 149, S. 275 f. Das Dokument wurde aus dem Italienischen übersetzt.

2 Cesare Orsenigo (1873 – 1946), Priester; 1897 Kaplan, später Pfarrer in Mailand, 1922 zum Titularbischof ernannt, 1922 – 1925 Apostolischer Internuntius in Den Haag, dann in Ungarn, 1930 – 1945 Apostolischer Nuntius in Berlin.

3 Dr. Luigi Maglione (1877 – 1944), kath. Theologe; 1918 vorläufiger Päpstlicher Repräsentant beim Völkerbund und Gesandter in der Schweiz, seit 1920 Nuntius, 1926 – 1935 Nuntius in Frankreich, 1935 Kardinal, 1938 Präfekt der Konzilskongregation, 1939 – 1944 Kardinalstaatssekretär.

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

5 Siehe Dok. 212 vom 1.9.1941.

6 Adolf Bertram (1859 – 1945), kath. Theologe; 1906 – 1914 Bischof von Hildesheim, von 1914 an Fürstbischof von Breslau, 1916 zum Kardinal bestimmt und 1919 öffentlich ernannt, 1919 – 1945 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, 1930 – 1945 Erzbischof von Breslau.

dieses der Ansicht, dass nicht einmal für Gottesdienste eine Milderung möglich sei, weil sie öffentlich und jedermann zugänglich sind und das Gesetz vom „Zeigen in der Öffentlichkeit“ spricht. Seine Eminenz, der Kardinal Bertram, hat den Vorschlag geprüft, sich mit einer Denkschrift an das Ministerium des Inneren zu wenden, doch fürchtet er, dass das nichts nützen wird.

Ich verneige mich zum Kuss des Heiligen Purpurs und verbleibe in der tiefsten Ehrerbietung vor Eurer Verehrtesten Eminenz

Euer untertäniger, demutsvoller, bester Diener⁷

DOK. 220

Ein Gedicht ruft die Juden am 14. September 1941 dazu auf, den gelben Stern mit Gottvertrauen zu tragen¹

*Mogen Dovid*²

Ein neuer Stern erscheint am Himmel einer Welt,
die voll von Haß und blindem, blut'gem Wüten,
in der der wehe Todesschrei erschütternd gellt,
in der verstummt dein Ruf ist, holder Frieden,
in der die Kriegsfanfare grausam furchtbar schallt,
der Tod versenkt die Welt in blut'ge Fluten.

Und doch der Stern, der neuentdeckte ist uralte:
Er ist der Stern Makkabis,³ ist der Stern der Juden.

Heut' soll er strafend lasten auf der Juden Brust,
ein schmähend Mal, das soll er für uns werden;
soll rauben uns am Leben Freud und Lust;
soll drücken uns zu allen den Beschwerden,
die uns erfüllen mit der Sorge Weh und Leid,
die schlimmer ist wie sonst in alten Tagen.
Und doch wir haben uns dem alten Stern geweiht.
Wir wollen ihn mit festem Mut und Gottvertrauen tragen.

Der Mogen Dovid ist's, der helle heil'ge Stern,
zu dem wir betend in die Höhe schauen,
der ewig wandelt in des weiten Himmels Fern',
auf den wir seit Jahrtausenden schon bauen.

⁷ Die Grußformel wurde handschriftl. hinzugefügt.

¹ StA Mü, Familien 807.

² Aschkenasische Aussprache von Magen David, hebr.: Schild Davids. Das Gedicht verfasste vermutlich Joseph Schachno, in dessen Nachlass es sich befindet: Joseph Schachno (1876 – 1942), Kaufmann; leitete ein Geschäft für Damenkonfektionsartikel, zog 1935 von Nürnberg nach München; wurde am 22. 7. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er umkam.

³ Judas Makkabäus (gest. 160 v.u.Z.), jüdischer Freiheitskämpfer in Judäa, nach dem der Aufstand der Makkabäer im 2. Jahrhundert v.u.Z. benannt ist; die Rebellion entzündete sich am Religionsedikt von Antiochus IV., das von den Juden verlangte, ihrer Religion abzuschwören.

Er lastet nicht als wehe Schmach auf unserer Brust.
 Er wandelt weiter in des Herrgotts Nähe.
 Wir müssen immer dessen sein uns fest bewußt:
 Der Mogen Dovid bleibt uns leuchtend in der Höhe.

Doch all die andern, die den heil'gen Davidstern
 nicht tragen müssen, weil sie nicht verpflichtet,
 sie fühlen sich dem Judentume doch nicht fern,
 ihr Blick ist doch auf ihren Davidstern gerichtet.
 Wenn in den nächsten Tagen hell der Schofarschall⁴ erklingt,
 dann soll der Mogen Dovid uns die Mahnung geben:
 Wozu zu Leid und Schmach uns heut man zwingt,
 sei unser Hoffnungsstern in unserm ganzen Leben.

München, den 14. September 1941.
 Herrn Direktor Stahl⁵ gewidmet und zugeeignet.

DOK. 221

Daniel Lotter aus Fürth kritisiert am 14. September 1941 die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Juden¹

Tagebuch von Daniel Lotter,² Fürth, Eintrag vom 14. 9. 1941

Heute wurde beim Gottesdienst in der Michaelskirche in sehr würdiger und ergreifender Form des Todes von Franz³ gedacht.

Die Verluste in Rußland sind sehr groß. Die Todesanzeigen in den Zeitungen häufen sich, und die Stimmung im Land wird angesichts des drohenden 3. Kriegswinters gedrückt. Vielfach hört man im Gespräch, daß der Krieg kein gutes Ende nehmen wird. Die Zeitungen freilich melden nur Günstiges, und die Erfolge unserer Wehrmacht in Rußland gehen weiter. Petersburg ist eingeschlossen, und die Verlustziffern der versenkten englischen Handelsschiffe bleiben sehr groß. Aber auch schlechte Nachrichten sickern durch: England

⁴ Schofar: Widderhorn, das traditionell an hohen jüdischen Feiertagen, dem Neujahrsfest Rosch Haschana und dem Versöhnungstag Jom Kippur, geblasen wird. 1941 fielen beide Feiertage in die zweite Septemberhälfte.

⁵ Karl Stahl (1882–1944), Diplomingenieur, Kaufmann; seit 1918 Direktor der Vereinigten Keltereien AG, übernahm 1937 eine Weingroßhandlung, die nach der Pogromnacht 1938 geschlossen wurde; Mitbegründer und Vorsitzender der Ortsgruppe München des Reichsbunds Jüdischer Frontsoldaten, seit März 1938 im Vorstand, 1941 Leiter der Jüdischen Gemeinde; am 17. 6. 1942 nach Theresienstadt deportiert, dort Mitglied im Ältestenrat; am 12. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601, abgetippte Fassung im Tagebucharchiv in Emmendingen.

² Johann Daniel Lotter (1873–1953), Lebküchner; übernahm 1897 die elterliche Lebküchnei in Nürnberg; trat 1901 der Freimaurerloge Zur Wahrheit und Freundschaft in Fürth bei; Aufsichtsrat einer Fürther Einkaufsgenossenschaft, von 1929 an Mitglied der Kirchenverwaltung der evang.-lutherischen Pfarrei St. Michael.

³ Franz Segitz (1912–1941), Schwiegersohn von Daniel Lotter; fiel am 18. 8. 1941 in der Sowjetunion.

bemüht sich, Italien abzusprengen. Der Herzog von Aosta, ein Bruder des italienischen Königs, der in Abessinien gefangengenommen wurde, soll im Flugzeug nach Italien geschickt worden sein, um Verhandlungen zu pflegen. Ein viertägiger Besuch Mussolinis im deutschen Hauptquartier hängt wohl mit diesen Verhandlungen zusammen.⁴

Vergangenem Donnerstag hielt Roosevelt eine Rundfunkansprache, deren Wortlaut wie üblich der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten wird, die aber auch nach deutschen Berichten an drohender Schärfe alles übertrifft, was der US-Präsident bisher geäußert hat.⁵ Japan, auf dessen Eingreifen in den Krieg man nach dem Drei-Mächte-Pakt⁶ für den Fall rechnen dürfte, daß die USA losschlagen, führt Verhandlungen mit Amerika, die mit einer Sonderbotschaft des Tenno⁷ an Roosevelt eingeleitet wurden, und eine japanische Zeitung schreibt in aller Gemütsruhe, „das Eingreifen Amerikas in den europäischen Krieg liege im Bereich der Möglichkeit. Vorher müsse es aber sein Verhältnis mit Japan in Ordnung bringen; denn für einen Zwei-Fronten-Krieg seien die USA nicht vorbereitet.“⁸ Die Japaner scheinen es somit ganz in Ordnung zu finden, abzuspringen, wenn ihnen günstige Bedingungen gestellt werden.

Gegen die Wolgadeutschen, die von den Russen bereits von 2 ½ Millionen auf 400 000 durch barbarische Behandlung verringert wurden, wird neuerdings in der unmenschlichsten Weise vorgegangen. Sie sollen nach Sibirien „verpflanzt“ werden, was wohl den sicheren Untergang dieses Restes tapferer deutscher Volksgenossen bedeutet.⁹

An scheußlicher Behandlung Fremdrossiger lassen es freilich auch unsere Machthaber nicht fehlen. Nachdem man den deutschen Juden ihre Geschäfte, ihren Grundbesitz und den größten Teil ihres Vermögens genommen hat und ihnen jede Verdienstmöglichkeit geraubt hat, soll am 19. September eine Verordnung in Kraft treten, wonach sie gezwungen werden, sichtbar und fest angenäht einen gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ zu tragen.¹⁰ Was man mit solchen zwecklosen und sadistischen Quälereien erreichen will, ist mir rätselhaft. Um die Verordnung besonders boshaft sich auswirken zu lassen, hat man sie am sog. „langen Tag“, dem Versöhnungstag und höchsten Feiertag der Juden, in Kraft treten lassen.¹¹

4 Amedeo von Savoyen, Herzog von Aosta (1898 – 1942), seit Nov. 1937 Vizekönig des von Italien besetzten Abessinien. Im Mai 1941 kapitulierte er mit seinen Truppen vor der brit. Armee und kam in Kriegsgefangenschaft. Zum Treffen von Hitler und Mussolini im Aug. 1941 siehe Dok. 206 vom 19. 8. 1941, Anm. 10.

5 Am 11.9. 1941 verkündete Roosevelt, dass er der Marine die Erlaubnis erteilt habe, deutsche Schiffe anzugreifen, sofern sich diese US-amerik. Gewässern oder Schiffen unter US-Flagge näherten; Abdruck in: NYT, Nr. 30547 vom 12.9. 1941, S. 1, 4. Siehe auch VB (Norddt. Ausg.), Nr. 257 vom 14. 9. 1941, S. 1, und Frankfurter Zeitung, Nr. 469/470 vom 14. 9. 1941, S. 1f.

6 Am 27.9. 1940 hatten das Deutsche Reich, Italien und Japan einen Drei-Mächte-Pakt geschlossen, in dem sie einander die Anerkennung der „Neuen Ordnung“ versicherten, die es in Europa und Ostasien zu schaffen gelte.

7 Titel des Kaisers von Japan; 1926 – 1989 war dies Hirohito (1901 – 1989).

8 Über entsprechende Artikel in Japan. Printmedien berichtete die Frankfurter Zeitung, Nr. 469/470 vom 14. 9. 1941, S. 1.

9 Zwischen Aug. und Okt. 1941 ließ Stalin die sog. Wolgadeutschen aus ihren Heimatgebieten mit Ziel Sibirien und Zentralasien deportieren. Am 28. 10. 1941 wurde die seit 1924 bestehende Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen aufgelöst.

10 Siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

11 Am 19. 9. 1941 stand das jüdische Neujahr Rosch Haschana unmittelbar bevor; der Versöhnungstag Jom Kippur fiel auf den 1. Okt.

DOK. 222

**Der Reichsinnenminister beschränkt am 15. September 1941
die Freizügigkeit für Juden und knüpft die Nutzung von Verkehrsmitteln
an Bedingungen¹**

Schnellbrief (vertraulich! sofort! Fristsache! nicht zur Veröffentlichung geeignet!) vom RMdI (IV B 4 b Nr. 940/41-6), i. A. gez. Heydrich, Berlin, an 1) alle Staatspolizei-(leit)stellen, 2) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, 3) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag, 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen – außer Preußen –, 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschließlich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Polizeipräsident) und 6) den Reichskommissar für die Westmark vom 15.9. 1941

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).²

Anlagen: je – 2 – (Muster A, B).³

In Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547) gebe ich – soweit hierbei die Benutzung von Verkehrsmitteln geregelt wird, im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und Reichsminister der Luftfahrt⁴ – folgende Richtlinien bekannt:

I. Kennzeichnung der Juden:

a) Tragweise und Verteilung:

Die Kennzeichen sind von den Juden auf der linken Brustseite etwa in Herzhöhe jederzeit sichtbar und festgenäht in der Öffentlichkeit zu tragen. Unter den Begriff der Öffentlichkeit fallen nicht nur jedermann zugängliche, sondern auch private Luftschutzräume, worauf Bedacht zu nehmen ist, da sich bisher gerade in diesen Räumen sehr viele Schwierigkeiten zufolge Nichtkennzeichnung der Juden ergeben haben. Die Juden sind anzuhalten, ihre Kennzeichen stets sorgsam und pfleglich zu behandeln sowie in sauberem Zustand zu tragen. Die Verteilung der Kennzeichen an die Juden erfolgt über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin, Wien und Prag unter Einschaltung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinden Wien und Prag.

b) Verstöße:

Vorsätzliche Verstöße gegen die Verordnung oder die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen wie diese sind grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Bei Verstößen von Juden, die infolge ihrer Jugendlichkeit noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, macht sich der jüdische Erziehungsberechtigte nach § 4 der Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechtes vom 4. 10. 1940 (RGBl. I, S. 1336)⁵ in ihrem Gültigkeitsbereich strafbar.

Wie es von seiten der Parteikanzlei in dem Bereich der NSDAP geschehen wird, ist auch von den dortigen Dienststellen auf dem staatlichen Sektor alles zu tun, um eigenmächtige

¹ BArch, R 58/276, Bl. 282 – 288.

² Siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

³ Wie Anm. 1, Bl. 289 f.

⁴ Julius Dorpmüller (1869 – 1945), Wilhelm Ohnesorge und Hermann Göring.

⁵ Laut § 4 der VO konnte die Verletzung der Aufsichtspflicht über Personen unter 18 Jahren mit sechs Monaten Gefängnis oder einer Geldstrafe geahndet werden, wenn der zu Beaufsichtigende eine strafbare Handlung begangen hatte und diese durch Aufsicht hätte verhindert werden können.

und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern. Gegen Verstöße dieser Art ist unnachsichtlich einzuschreiten.

II. *Beschränkung bezüglich Verlassen der Wohngemeinden und Benutzen der Verkehrsmittel (§ 2 der Verordnung).*

Zuständigkeit:

In eigenen Angelegenheiten können die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei mittels einer Bescheinigung das Verlassen der Wohngemeinde usw. erlauben. Hierunter fallen auch Erlaubniserteilungen für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z. B. Reichsvereinigung der Juden) aus dienstlichen Gründen die Wohngemeinde verlassen müssen. Im Bereiche der Reichshauptstadt Berlin ist für die Genehmigung derartiger Dienstreisen der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Berlin) zuständig.

Anstelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien die Aufgabe in Beziehung auf die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln wahr.

In allen anderen Fällen ist für die Ausstellung der schriftlichen Erlaubnis örtlich zuständig die Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung erteilt die Erlaubnis die staatliche Polizeibehörde.

a) *Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde:*

Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u.zw.: deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinderausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis, Bewohner des Bezirkes Bialystok einen Paß oder einen amtlichen Lichtbildausweis, nicht-reichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültigen Paßersatz.

Erlaubniserteilungen kommen nur beim Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u. a. regelmäßig fallen werden:

Arbeitseinsatz, der durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist; behördliche Vorladungen oder Maßnahmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausstellenden Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist; notwendige Dienstreisen von Angehörigen der amtlich anerkannten jüdischen Organisationen; wirtschaftliche Gründe, soweit eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder einer sonstigen amtlichen Dienststelle vorgelegt wird; sonstige persönliche oder familiäre Gründe wie eigene schwere Krankheit oder eines nahen Verwandten bzw. dessen Tod, worüber in jedem einzelnen Falle eine amtliche Bescheinigung (z. B. des Amtsarztes) beizubringen ist.

b) *Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde:*

Die ausstellende Dienststelle hat in jedem Falle darüber zu entscheiden, welches oder welche Verkehrsmittel der Jude benutzen darf, und dies in der Erlaubnisbescheinigung zu vermerken. Hierbei ist die Auswahl so zu treffen, daß die verkehrstechnischen Belange weitgehendst berücksichtigt werden.

Dementsprechend kommt die Benutzung von Droschken und Mietwagen (§ 39 Absatz 1 bis 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. 3. 1935 – RGBl. I, S. 473),⁶ von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstraßen sowie von Flugzeugen in der Regel überhaupt nicht und deswegen nur bei unabweisbarer Notwendigkeit in Betracht. So sind für die Inanspruchnahme von Droschken und Mietwagen (ausschließlich der Mietomnibusse und -lastwagen) regelmäßig nur Ärzte, Hebammen, Schwerkörperbehinderte, insbesondere Kriegsbeschädigte (Beinamputierte, Gelähmte u.s.w.), Schwerkranke und Begleiter von erkrankten oder körperbehinderten deutschblütigen Familienangehörigen zuzulassen. Beförderung von Juden mit Mietomnibussen und -lastwagen ist in der Regel nur beim geschlossenen Arbeitseinsatz von Juden u.dgl. zulässig, wobei ein Sammelantrag von seiten des Arbeitgebers der Juden bei der ausstellenden Behörde zu stellen ist. Die Benutzung von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstraßen ist gleichfalls auf das allernotwendigste Maß zu beschränken. Ebenso ist der Luftverkehr den Juden grundsätzlich verschlossen. Lediglich in ganz besonders zwingenden Ausnahmefällen kann hiervon eine Ausnahme gemacht werden, wobei es selbst beim Vorliegen einer polizeilichen Zulassung des Juden zum Luftverkehr der Lufthansa entsprechend der bisherigen Regelung noch überlassen bleibt, den Juden aus verkehrstechnischen Gründen auszuschließen. Soll diese Möglichkeit des Ausschlusses von seiten der Lufthansa nicht gegeben sein, so ist diese hierzu rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen. Von der Beförderung durch Ausflugswagen (§ 39 Absatz 2 aaO.) und Benutzung von Landkraftposten (§ 2 Absatz 5 aaO.) sind die gekennzeichneten Juden in vollem Umfange ausgeschlossen.⁷

Falls überhaupt eine Zulassung zu Verkehrsmitteln notwendig ist, sind daher die Juden in der Regel auf die Benutzung der Eisenbahnen, Straßenbahnen (Abschnitt II, Ziffer 1 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6. 12. 1937 RGBl. I, S. 1319)⁸ und auf die Beförderung im Landverkehr (Abschnitt II, Ziffer 2 aaO.) sowie im Überlandverkehr (§ 39, Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. 3. 1935 – RGBl. I, S. 473)⁹ zu beschränken. Die Genehmigungsbehörde, die Deutsche Reichspost und die Deutsche Reichsbahn können auch diese Beförderung von Juden auf bestimmte Tage, Stunden, Strecken oder in anderer Weise beschränken.¹⁰

Erlaubnisbescheinigungen:

Die Bescheinigungen sind nach anliegendem Muster A gebührenfrei auszustellen. Im Falle der Sammelbeförderung von Juden ist eine Sammelbescheinigung in entsprechender Weise auszuhändigen. Die Beschaffung ist örtlich zu regeln, wobei es überlassen bleibt, ob die Herstellung nach Bedarf im Vervielfältigungsverfahren oder durch Druck zu erfolgen hat.

6 Im entsprechenden Paragraphen werden Droschken, Mietwagen und andere Fahrzeuge definiert; RGBl., 1935 I, S. 473–479, hier S. 478.

7 Ausflugswagen werden in dem entsprechenden Paragraphen definiert als „Omnibusse, die auf öffentlichen Wegen oder Plätzen für den öffentlichen Verkehr bereit gehalten werden“, Landkraftposten sind demgemäß „Kraftwagenverbindungen der Deutschen Reichspost“.

8 Der Abschnitt II des Gesetzes enthält verschiedene Sondervorschriften, so über Beförderungsbedingungen in Straßenbahnen und im Linienverkehr; RGBl., 1937 I, S. 1319–1323.

9 In § 39, Abs. 3 der VO werden Überlandwagen definiert; RGBl., 1935 I, S. 473–479.

10 Zu den Reisebeschränkungen für Juden siehe Dok. 158 vom 25.2. 1941.

Die Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln ist in der Regel nur für den einzelnen Fall unter genauer Festlegung der Zeitdauer und des örtlichen Bereiches zu erteilen. Sie kann in besonders gelagerten Fällen für einen längeren Zeitraum bis zu einer Geltungsdauer von höchstens drei Monaten und einen bestimmten Verkehrsbereich auch zum mehrmaligen Verlassen der Wohngemeinde oder zur wiederholten Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erteilt werden, wenn die unabwiesbare Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird. Die Verlängerung ist unzulässig; erforderlichenfalls ist eine neue Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung ist mit Orts- und Tagesangabe, dem Dienststempel und der Unterschrift des ausfertigenden Beamten zu versehen.

Die Bescheinigung ist bei Ungültigkeit infolge Fristablaufes oder nach Abschluß der Reise außerhalb der Wohngemeinde von dem Juden bei den ausstellenden Behörden abzugeben. Über die ausgestellten Bescheinigungen sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen. Die von dem Antragsteller für den Nachweis der unabwiesbaren Notwendigkeit zum Verlassen der Wohngemeinde usw. vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen, es sei denn, daß eine Rückgabe an den Juden im Einzelfall unbedingt erforderlich ist, worüber ein kurzer Vermerk zu den Akten – möglichst unter Beifügung von Abschriften der vorgelegten Bescheinigungen – aufzunehmen ist.

Regelung für die Beförderung durch Verkehrsmittel und die Benutzung ihrer Einrichtungen.

Die unter die Bestimmungen der Verordnung fallenden Juden haben beim Antritt der Fahrt oder beim Lösen und bei der Prüfung der Fahrausweise die polizeiliche Erlaubnis zusammen mit einem amtlichen Lichtbildausweis unaufgefordert vorzuzeigen. Der Verkehrsträger oder -unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit bei Antritt der Reise oder beim Lösen des Fahrausweises durch Aufschrift oder Stempelaufdruck auf die polizeiliche Erlaubnisbescheinigung die Inanspruchnahme des Verkehrsmittels kenntlich gemacht wird, damit eine mißbräuchliche Benutzung ausgeschlossen ist. Juden dürfen Verkehrsmittel, von denen sie durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden ausgeschlossen werden, nicht benutzen; sie müssen in den Verkehrsmitteln bestimmte Plätze einnehmen, wenn ihnen solche angewiesen werden. Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Wirtschaften und sonstige Einrichtungen innerhalb der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie das Verkehrsmittel selbst in Anspruch nehmen dürfen.

c) Ortspolizeiliche Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde:

Allgemeines:

Um zu verhindern, daß Juden aus eigennützigen Beweggründen und mißbräuchlich innerhalb ihrer Wohngemeinden bestimmte Verkehrsmittel benutzen, die in erster Linie der deutschen Bevölkerung vorbehalten bleiben müssen, kommen auch hier im wesentlichen die obigen Einschränkungen und Richtlinien für das Verlassen der Wohngemeinde und die Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde in Betracht. Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis zur Benutzung von bestimmten Verkehrsmitteln sind hier stets die Ortspolizeibehörden. Innerhalb der Wohngemeinde kommt für die ortspolizeiliche Erlaubnis lediglich die Benutzung von Droschken und Mietwagen (einschließlich der dazugehörigen Mietomnibusse und -lastwagen) sowie von Fahrzeugen auf Bin-

nenwasserstraßen in Frage. Hierbei ist selbstverständlich ein strenger Maßstab anzulegen. Die Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde sind nach anliegendem Muster B gebührenfrei auszustellen.

III. Staatsangehörigkeit:

Bis zu einer anderweitigen Regelung unterliegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit einstweilen nicht den Bestimmungen der Verordnung, mit Ausnahme der Juden, die in den Gebieten Eupen-Malmedy und Moresnet die belgische Staatsangehörigkeit und in dem der Provinz Ostpreußen eingegliederten Bezirk Bialystok die sowjetrussische Staatsangehörigkeit besitzen.¹¹

IV. Vorbehalt weiterer Regelungen:

Der Erlaß weiterer Anordnungen bleibt vorbehalten. Mit Rücksicht hierauf ist von weitergehenden Maßnahmen als den bisher getroffenen abzusehen. Nähere Regelungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden durch den Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und den Reichsminister der Luftfahrt getroffen. Für das Protektorat Böhmen und Mähren bleibt eine gesonderte Regelung durch den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren vorbehalten.

Zusatz:

- a) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen – außer Preußen –,
- b) für die preußischen Regierungspräsidenten (einschließlich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Pol.-Präs.),
- c) für den Reichskommissar für die Westmark,
- je einzeln –

Ich ersuche um sofortige Bekanntgabe dieser Richtlinien an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

- d) für den Reichsprotektor:

für eine entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen und Mähren bitte ich Sorge zu tragen. Um Übersendung der dortigen Erlasse auf diesem Gebiete wird gebeten.

- e) für die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes
- je einzeln:*

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 1.9. 1941 – Pol. S II A 2 Nr. 399/41 – 151¹² – bitte ich, für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen. Um Übersendung von Abschriften hiervon wird gebeten.

- f) für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg und Metz,
- für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg und Veldes sowie
- für das Einsatzkommando in Luxemburg *je einzeln:*

Dieser Erlaß gilt nicht für den dortigen Bereich. Wie ich bereits mitteilte, wurde der dortige Chef der Zivilverwaltung von hier aus ersucht, eine entsprechende Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.¹³

11 Zu Eupen-Malmedy siehe Dok. 83 vom 30. 5. 1940. Für Moresnet galten die gleichen Bestimmungen. Der Bezirk Bialystok wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 1.8. 1941 dem Gauleiter für Ostpreußen, Erich Koch, unterstellt.

12 Liegt nicht in der Akte.

13 Das Schreiben ging nachrichtlich an den BVP, die Abt. I des RMdI, den RVM, den Reichsminister der Luftfahrt, das AA, den RPM, den RWM, den RArbM, den RMfVuP, die Partei-Kanzlei, den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, den Chef der Orpo, die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes, das Bayer. Staatsministerium des Innern, die

DOK. 223

**Himmler informiert am 18. September 1941 Gauleiter Greiser, dass Hitler die
Deportation deutscher Juden in das Getto Litzmannstadt (Lodz) wünsche¹**

Schreiben des Reichsführers-SS (Tgb. Nr. /29/59/41), gez. H. Himmler, an Gauleiter SS-Gruppenführer Greiser,² Posen, durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme an SS-Gruppenführer Heydrich, SS-Gruppenführer Koppe³ und SS-Gruppenführer Wolff,⁴ vom 18.9. 1941⁵

Lieber Parteigenosse *Greiser!*

Der Führer wünscht, daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat von Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden. Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreichs und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren und sie im nächsten Frühjahr noch weiter nach dem Osten abzuschieben.

Ich beabsichtige, in das Litzmannstädter Ghetto, das, wie ich hörte, an Raum aufnahmefähig ist, rund 60 000 Juden des Altreichs und des Protektorats für den Winter zu verbringen.⁶ Ich bitte Sie, diese Maßnahme, die sicherlich für Ihren Gau Schwierigkeiten und Lasten mit sich bringt, nicht nur zu verstehen, sondern im Interesse des Gesamtreiches mit allen Kräften zu unterstützen.⁷

SS-Gruppenführer Heydrich, der diese Judenauswanderung vorzunehmen hat, wird sich rechtzeitig unmittelbar oder über SS-Gruppenführer Koppe an Sie wenden.

Heil Hitler!

Ihr

Preuß. Oberpräsidenten, den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin, die Reichsverteidigungskommissare, die HSSPF – außer Oslo, Den Haag und Krakau –, die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten des RSHA – Verteiler C –, die BdS in Prag, Straßburg und Metz, die Inspektoren der Sipo und des SD, die Grenzinspektoren I bis III, den KdS in der Untersteiermark, in Marburg, in Südkärnten und Krain, in Veldes, das Ek in Luxemburg, alle SD-(Leit)Abschnitte, alle Kriminalpolizei-(Leit)stellen.

1 BArch, NS 19/2655. Abdruck in: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, hrsg. von Peter Longerich unter Mitarbeit von Dieter Pohl, München u. a. 1989, S. 157.

2 Arthur Greiser (1897–1946), Handelsvertreter; 1929 NSDAP-, SA- und 1931 SS-Eintritt; 1933–1939 stellv. Gauleiter von Danzig, 1934–1939 Präsident des Danziger Senats, 1939–1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Reichsgaus Wartheland, 1940–1945 MdR; 1946 von einem poln. Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

3 Wilhelm Koppe (1896–1975) war 1939–1943 Führer des SS-OA Warthe und HSSPF im Warthegau.

4 Karl Wolff (1900–1984) war von Nov. 1935 an Adjutant Himmlers.

5 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

6 Vom 16. 10. bis zum 3. 11. 1941 wurden knapp 20 000 Juden aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren ins Getto Litzmannstadt deportiert. Die meisten starben im Getto oder wurden 1942 und 1944 nach Kulmhof sowie im Sommer 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet.

7 Die Entscheidung für Litzmannstadt als Deportationsziel fiel Himmler vermutlich nach Gesprächen mit dem HSSPF Friedrich Wilhelm Krüger im Generalgouvernement am 2. 9. 1941 und dem HSSPF im Warthegau, Koppe, zwei Tage später.

DOK. 224

**Ein unbekannter jüdischer Verfasser bittet den
Münsteraner Bischof Galen Mitte September 1941
um Hilfe für die deutschen Juden¹**

Anonymer Brief eines Juden an Bischof Clemens August Graf von Galen,² o. D. [vor dem 19. 9. 1941]

Hochwürden!

Mit größter Bewunderung für Ihren Heldenmut habe ich Ihr Telegramm³ und Ihr Schreiben⁴ gelesen, die Sie in Sachen der Beschlagnahme Ihrer Klöster an den Herrn Minister gerichtet haben, und ich wünsche Ihnen von Herzen, daß Ihr Eintreten Erfolg haben möge!

Man ist heute leider kaum noch daran gewöhnt, daß Menschen den Mut aufbringen, für das Recht einzutreten! Sie können in Ihrem Schreiben wenigstens von „deutschen Menschen“ sprechen, denen Unrecht getan wird. Mir wird sogar das Recht genommen, Deutscher zu sein!

Das Volk hat zugesehen, wie das Stehlen öffentlich angefangen hat – bei den Juden. Nun sind so viele Köpfe verwirrt, daß sie nicht mehr wissen, was erlaubt ist und was nicht. Auch die Katholiken haben keinen Einspruch erhoben gegen die menschenunwürdige Behandlung, die man uns hat zuteil werden lassen. Man spricht immer von Blut und Boden. Ja, der Boden *hat* seinen Anteil an der Entwicklung des Menschen. Ich und viele mit mir haben deutsche Kultur aufgenommen von den Vätern her. Ich bin mit jedem Atemzuge bewußter Deutscher gewesen, bin freiwillig in den Krieg gegangen, und 1933 war es mein größter Schmerz, daß man mir das Vaterland nehmen wollte, ich nicht mehr Deutscher sein sollte.

Seither hat sich Qual auf Qual gehäuft, man hat tragen gelernt, was man für untragbar gehalten hat. Gott hat uns langsam an die Last gewöhnt, unter deren voller Wucht man erst zusammengebrochen wäre. Aber was nun kommen soll, erscheint einem doch wieder untragbar! Hochwürden, Sie werden wissen, daß am 19. September ein Judenabzeichen für uns bestimmt ist, daß niemand mehr auf die Straße darf ohne das Abzeichen.⁵ Man ist dem Pöbel ausgeliefert, jeder darf einen ansucken, ohne daß man sich wehren darf! Und, o Sadismus, man hat den Beginn unserer höchsten Feiertage dazu gewählt! Das finsterste Mittelalter tritt voll ans Tageslicht! Niemand wird uns zu Hilfe kommen, und wir werden es tragen, wie ja die armen Menschen in den besetzten Gebieten es längst tragen müssen.

1 BAM, Generalvikariat Neues Archiv, Bischöfliches Sekretariat A 0-24. Abdruck in: Bischof Clemens August Graf von Galen, Akten, Briefe und Predigten 1933– 1946, Bd. 2: 1939 – 1946, bearb. von Peter Löffler, 2. Aufl., Paderborn 1996, Nr. 350, S. 910f.

2 Clemens August Graf von Galen (1878 – 1946), kath. Theologe; 1904 Priesterweihe, bis 1929 Seelsorger in Berlin, danach in Münster, 1933– 1946 Bischof von Münster, kritisierte u. a. in einer Predigt am 3. 8. 1941 offen die „Euthanasie“-Morde; 1946 zum Kardinal erhoben.

3 In einem Telegramm an den Chef der Reichskanzlei Lammers hatte von Galen am 14. 7. 1941 gegen die Enteignung kath. Kirchenbesitzes im Bistum Münster durch die Gestapo protestiert; wie Anm. 1, Nr. 334, S. 852.

4 Am 22. 7. 1941 bedankte von Galen sich bei Lammers für dessen Antwort und protestierte erneut gegen das Verhalten der Gestapo; wie Anm. 1, Nr. 337 S. 864 – 866.

5 Siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

Das deutsche Volk, die deutsche Wehrmacht hat still geschwiegen, als der Geßlerhut⁶ aufgerichtet wurde. Sie werden wissen, Hochwürden, daß in Polen, Litauen etc. es schon lange so ist, daß jeder Jude ein Abzeichen trägt, daß er nicht auf dem Bürgersteig gehen darf, jeden Soldaten grüßen muß, ohne daß dieser den Gruß erwidern darf. Daß man in den Ghettos die Menschen langsam verhungern läßt ... Hochwürden, ich würde nichts sagen, wenn man uns alle an die Wand stellt, erschießen würde, aber diese langsame Marter, die Entwürdigung, *das* ist unmenschlich! Ihnen wird auch das Fortschleppen der Juden aus Stettin bekannt sein, das aus Baden, aus Breslau, das z. Z. im Gange ist.⁷

Ich spreche nicht, weil ich alle Juden für Engel halte. Es gibt sehr schlechte und sehr gute darunter – genau so wie unter den Deutschen. Verzeihen Sie, daß ich Binsenwahrheiten sage. Ich kann nicht die Dinge so geschliffen formulieren wie Sie, Hochwürden, zumal ich im Innersten zerquält und betäubt bin von dem Gedanken, was für neues Elend der 19. September für viele 1000 Menschen bringen wird. Ob uns ein Helfer ersteht?

Ich will nur eines hoffen, daß Ihnen dieser Brief keine Unannehmlichkeiten bringt. Sie kennen mich nicht, ich kenne Sie nicht. Nur der aberwitzige Wunsch, die irre Hoffnung, daß uns irgendwo ein Helfer ersteht, treibt mich zu diesem Brief. Gott segne Sie!

DOK. 225

Kurt Mezei notiert am 19. September 1941 in sein Tagebuch, er trage den gelben Stern mit Stolz¹

Tagebuch von Kurt Mezei, Wien, Eintrag vom 19. 9. 1941

Freitag, 19. September.

Große Premiere der Judensterne. Ich gehe gegen 10 h in die *Kartenstelle*,² wo [ich] bis 1 h [war]. Ich stehe fast die ganze Zeit vor der Kartenstelle, da es mir Freude bereitet, von den Leuten angestarrt zu werden. Habe Schlosseranzug an. Nachher mit Mimi, die [ich] vor der Kartenstelle treffe, zum Kai, von dort fahre [ich] in Pension. Von hier ins Spital, von wo [ich] mit Stadtbahn heimfahre ...

Zu Mittag ist Miry³ kurz da, am *Nachmittag* schreibe [ich] an Papa,⁴ stopfe. Um 6 h im *Tempel* (von heute bis inkl. 10. Oktober beginnt der G'ttesdienst um 6 h), nachdem [ich] vorher für Feldsberg die Zeitung hole – und lese – und bei Mama.⁵ G'ttesdienst heute

⁶ Einrichtung, deren Zweck das Erzwingen untertänigen Verhaltens ist.

⁷ Siehe Dok. 52 vom 12./B.2. 1940, Dok. 112 vom 29. 10. 1940 und Dok. 1 B vom 30. 10. 1940.

¹ JMW, Inv.Nr. 4465/3, Tagebuch von Kurt Mezei, Heft 3.

² In dieser Abt. der IKG wurden seit Nov. 1940 die Lebensmittelscheine für die Wiener Juden ausgegeben. Hier wurde die jüdische Bevölkerung vollständig erfasst, da Juden nirgendwo sonst Bezugsmarken bekamen.

³ Vermutlich: Marianne Neuwirth (1924 – 1942), Schülerin; wurde am 14. 9. 1942 nach Mały Trostinez deportiert und dort ermordet.

⁴ Moritz, auch Maurus Mezei (1886 – 1944), Journalist, Schriftsteller; bis zu deren Verbot 1934 SPD-Mitglied; floh Ende 1938 nach Ungarn, im Sommer 1939 nach Italien, 1940 im Internierungslager in Urbisaglia, Nov. 1943 im Lager Fossoli inhaftiert, wurde im April 1944 nach Auschwitz deportiert, dort im Sept. ermordet.

⁵ Margarete Mezei (1899 – 1993), Sekretärin; arbeitete für die IKG Wien, war u. a. Sekretärin Benjamin

ohne Chor. Stehe neben Murmelstein⁶ – Loge. Heim am Abend mit Ilse⁷ & Edith. Letztere trägt seit vergangener Woche Brillen und ist heute besonders mies ...
Der Judenstern stört mich gar nicht, im Gegenteil: Ich trage ihn mit Stolz!⁸

DOK. 226

**Erwin Garvens aus Hamburg empört sich am 21. September 1941
in seinem Tagebuch über die Einführung des gelben Sterns¹**

Handschriftl. Tagebuch von Erwin Garvens,² Hamburg, vom 21.9. 1941

Sonntag, 21. September (1941) vormittags wie die letzten Tage [...] ³ und wir hatten infolgedessen nicht viel von der „Alten Liebe“.⁴ Aber mittags klarte es sich, und wir konnten nach dem Essen mit Oldenburgs noch einen netten Spaziergang am Deich machen. Um 5.16 fuhren wir dann ab; zunächst war es ganz gemütlich, ab Stade wurde es aber unheimlich voll mit Sonntags-Ausflüglern, so daß wir ziemlich gerädert um 9.29 in Hamburg ankamen. Glücklicherweise kriegten wir schnell ein Auto, das uns – schon im Dunkeln – eiligst nach Hause fuhr. Wir konstatierten am Abend, daß wir beide etwa 3 Pfd. zugenommen hatten, und [...] ⁵ an, daß uns diese unsere dritte Reise 1941 von allen am meisten befriedigt und erfrischt hat, obwohl das Wetter ja nicht günstig gewesen war.

Es war nur schade, daß das wirklich gute Herbstwetter erst jetzt einsetzte – wieder a tempo mit Beginn der jüdischen Feiertage. Die bescherten den Juden diesmal eine besondere Aufmerksamkeit seitens unserer glorreichen Regierung: seit dem 19. September müssen alle Volljuden, sofern sie nicht arisch versippt sind, einen großen gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ tragen. Von unseren Bekannten sind, wegen der erwähnten Ausnah-

Murmelsteins, überlebte schwer verletzt einen Bombenangriff am 12.3.1945; arbeitete nach dem Krieg wieder für die IKG Wien.

6 Dr. Benjamin Murmelstein (1905–1989), Rabbiner; von 1938 an in leitender Position in der IKG tätig, u. a. Leiter der Auswanderungsabt.; im Jan. 1943 nach Theresienstadt deportiert, dort 1944/45 Judenältester; 1945–1947 wegen Kollaboration in tschechoslowak. Untersuchungshaft, wanderte danach nach Italien aus.

7 Ilse Mezei (1924–1945), Schülerin; die Zwillingsschwester von Kurt Mezei besuchte einen Umschulungskurs der IKG Wien für Musiker, 1940/41 Arbeit in der Telefonzentrale der IKG; kam am 12.3.1945 bei einem Bombenangriff auf Wien ums Leben.

8 In der Jüdischen Rundschau vom 4. 4. 1933 hatte der Schriftsteller und Journalist Robert Weltsch (1891–1982) als Reaktion auf den Boykott vom 1.4. 1933 von den deutschen Juden gefordert: „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!“; VEJ 1/25.

1 StAHH, 622-1/12, 2 Band 14.

2 Dr. Erwin Garvens (1888–1969), Jurist, Schriftsteller; von 1926 an Direktor des Rechnungsamts in Hamburg, 1930 Reg.Rat, 1933 mit Wirksamkeit zum 28. 4. 1934 vorzeitig in den Ruhestand versetzt; 1934 Mitglied der Hamburger Patriotischen Gesellschaft, aus der er 1935 ausgeschlossen wurde, da seine Ehefrau als „Halbjüdin“ galt; 1942–1944 als Vertreter eines Notars tätig; 1945/46 kurzzeitig wieder im Rechnungsprüfungsamt tätig.

3 Ein Wort unleserlich.

4 „Alte Liebe“: 1732 entstandener Schiffsanleger in Cuxhaven, dient heute als Aussichtsplattform, von der Besucher die Schifffahrt auf der Elbe beobachten können.

5 Zwei Wörter unleserlich.

mevorschrift, verhältnismäßig wenige betroffen, was aber nicht hindert, daß sich alle anständig denkenden Menschen über diese barbarische Maßnahme im tiefsten Herzen schämen. Ich persönlich finde darin eine eklige Verschandelung des Straßenbildes, zumal die Sterne grell und häßlich sind. Gerade jetzt während der Feiertage sieht man in unserer Gegend (Rotherbaum) besonders viele solcher Sterne und sieht sich natürlich unwillkürlich die Menschen darauf an, mit dem Ergebnis, daß man ohne die Kennzeichnung nie darauf gekommen wäre, es mit Juden zu tun zu haben, so „neutrale“ Gesichter haben sie.

DOK. 227

Rosenbergs Adjutant notiert am 21. September 1941, Hitler habe vorerst keine Repressalien gegen die deutschen Juden als Reaktion auf die Deportation der Wolgadeutschen geplant¹

Bericht (Nr. 34) von Dr. Werner Koeppen,² SA-Standartenführer und persönlicher Referent, Führerhauptquartier, vom 21.9. 1941

Mittagstafel 20. 9.

Gäste: Keine.

Der Führer war äußerst ungehalten über den Versuch der schwedischen Regierung, einen Teil der jetzt heimatlos gewordenen russischen Ostseeflotte aufzukaufen. Er gab der Marine sofort den Befehl, dies unter allen Umständen zu verhindern.³ In diesem Versuch der schwedischen Regierung sieht der Führer erneut einen Beweis der Deutschfeindlichkeit.⁴ – Der Führer machte sich dann lustig über die englischen Versuche, die Mitteilungen des deutschen Wehrmachtsberichtes vom 19. 9. über die Verluste der eigenen Truppen im Ostfeldzug als erlogen hinzustellen. Nach „genauen“ englischen Berechnungen hätte jede deutsche Division an jedem Tag mindestens 100 Tote, das wären am Tage 20 000 Tote und seit Beginn des Ostfeldzuges 18,2 Millionen Tote. Der Führer gab dem Reichspressechef die Anweisung, diese blöden englischen Rechnereien vor der ganzen Welt lächerlich zu machen.⁵ – General Jodl⁶ sprach davon, daß Afghanistan bestimmt

1 BArch, R 6/34a, Bl. 20 – 22. Abdruck in: Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“. Berichte Werner Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, hrsg. von Martin Vogt, Koblenz 2002, S. 32 – 37.

2 Dr. Werner Koeppen (1910–1994), Lehrer; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; 1935 Lehrer an der SA-Gruppenschule Thurnau, von 1937 an Adjutant von Alfred Rosenberg, 1941–1943 Verbindungsmann des RMfBO im Führerhauptquartier; lebte nach 1945 in München.

3 Nicht ermittelt.

4 Das deutsch-schwedische Verhältnis war angespannt, weil Schweden die Zusammenarbeit mit der deutschen Kriegsmarine abgelehnt hatte und den Durchzug deutscher Truppen nach Nordfinnland nicht genehmigen wollte.

5 Nicht ermittelt.

6 Alfred Jodl (1890 – 1946), Berufsoffizier; 1935 Leiter der Abt. Landesverteidigung im Reichskriegsministerium, 1939 Generalmajor und Chef des Wehrmachtführungsamts im OKW, 1940 General, 1944 Generaloberst; 1944 NSDAP-Eintritt; 1945 unterzeichnete er in Dönitz' Namen die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht in Reims; 1946 im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

das nächste Land wäre, wo die Russen und die Engländer ihren neuen großen Sieg feiern würden! Gegenüber der Türkei arbeiten die Engländer mit der Parole, daß die Türken weder die Russen noch die Deutschen in Zukunft zu fürchten hätten, da sich beide gegenseitig totschiessen würden. – Die Amerikaner sollen eine neue Bombe konstruiert haben, bei der in einer großen, dünnwandigen Bombe eine Reihe von kleineren Bomben enthalten sein sollen, die bei dem Aufschlag der großen Bombe dann in der Umgegend verstreut werden und dort erst zur Explosion kommen.

Entsprechend dem Fernschreiben von Dr. Leibbrandt⁷ vom 20. 9. früh⁸ fuhr ich am 20. 9. nachmittags zum Sonderzug Heinrich, um Genaueres über die neue Grenzziehung in dem Gebiet von Grodno zu erfahren.⁹ Da der Reichsminister Dr. Lammers sich schon auf dem Wege nach Berlin befand, sprach ich mit Reichskabinettsrat von Stutterheim.¹⁰ Die Abschrift des am 18. 9. unterzeichneten Führererlasses füge ich bei.¹¹ Da die Originalkarte mit den Grenzen sich noch beim Reichsmarschall befindet, so werden noch einige Tage vergehen, ehe die Reichskanzlei den Erlaß des Führers mit der Fotokopie der Originalkarte an die beteiligten Dienststellen versenden kann.¹²

Die ungefähre Grenzziehung, soweit dies nach der vorliegenden Skizze möglich war, habe ich am 21. 9. vormittags bereits telefonisch an Dr. Leibbrandt durchgegeben. Unklar ist die Grenze nur in ihrem südlichen Teil, da nördlich Pruzany die vom Reichsmarschall¹³ vorgeschlagene Grenze nördlich der bisher gültigen Grenze über den Ort Czeremcha läuft und den Bug schon bei Mielnik erreicht. Von Stuttenheim wußte darüber auch nicht Bescheid, ob der Gebietsteil zwischen diesen beiden Grenzen nun von Ostpreußen an das Reichskommissariat Ostland zurückgegeben wird, oder ob sich der Gauleiter Koch¹⁴ hier nicht lieber an die alte vom Reichsministerium Ost gezogene Grenze hält, die über Pruzany läuft und den Bug erst ein Stück südlich Mielnik erreicht. – Da die Ausführungsbestimmungen laut Führererlaß eindeutig in die Hände des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete und die des Reichsinnenministers gelegt sind, so dürfte das von Dr. Leibbrandt angedeutete Nebeneinander von 2 Zivilverwaltungen in diesem Gebiet sehr schnell abzustellen zu sein.

7 Dr. Georg Leibbrandt (1899 – 1982), Dolmetscher, Diplomat; 1933 NSDAP-Eintritt; Leiter der Ostabt. im Außenpolitischen Amt der NSDAP, 1941–1943 Leiter der HA I (Politik) im RMfBO, MinDir., 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz als Vertreter des RMfBO; 1945–1949 interniert.

8 Nicht aufgefunden.

9 Am 1. 8. 1941 war der Bezirk Bialystok eingerichtet worden, der an das Reichskommissariat Ostland grenzte. Das Gebiet um Grodno wurde am 1. 11. 1941 dem Bezirk Bialystok zugeschlagen.

10 Hermann von Stutterheim (1887 – 1959), Jurist, Beamter; 1919 Reg. Rat, 1920 – 1934 Leg. Rat und stellv. Reichsratsbevollmächtigter für Braunschweig und Anhalt in Berlin, von 1934 an persönlicher Referent des Chefs der Reichskanzlei Lammers; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1937 an Reichskabinettsrat.

11 Laut Erlass vom 18. 9. 1941 unterstellte Hitler den Bezirk Bialystok dem Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, ohne das Gebiet dem Reich formell einzugliedern; Erlass des Führers über die Abgrenzung des Bezirks Bialystok, BArch, R 43 II/604, Bl. 186, und BArch, R 6/209, Bl. 21.

12 Die Karte findet sich in BArch, R 6/209, Bl. 22f.

13 Hermann Göring.

14 Erich Koch (1896 – 1986), Kaufmann, Reichsbahnbeamter; 1922 NSDAP-Eintritt; 1928 – 1945 Gauleiter und von 1933 an Oberpräsident von Ostpreußen; 1930 – 1945 MdR, 1938 SA-Obergruppenführer; 1941–1944 Cdz im Bezirk Bialystok, 1942–1944 Reichskommissar für die Ukraine; 1949 aus brit. Haft nach Polen ausgeliefert, das dort 1959 ausgesprochene Todesurteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt, in der Haft verstorben.

Abendtafel 20. 9.

Gäste: keine.

Einer der Offiziere des F.H.Qu.'s war in Nikolajew und hatte die dort in unsere Hand gefallenen Neubauten an Kriegsschiffen besichtigt. Das große 35000 to Schlachtschiff ist gänzlich unbeschädigt. Es stand ganz kurz vor dem Stapellauf und könnte in etwa 2jähriger Bauzeit fertiggestellt werden. Allerdings fehlen sämtliche Zeichnungen. Der Schiffsrumpf ist ziemlich fertiggenietet, auch die Panzerplatten oben auf dem Deck sind schon gelegt, sogar die Ansätze zu den Panzertürmen sind schon vorhanden. Dagegen dürften die im Bau befindlichen U-Boote, Zerstörer und der 10 000 to Kreuzer völlig wertlos und nur noch zum Verschrotten zu brauchen sein, da die Sowjets die Holzteile der Hellinge verbrannt haben, so daß die schweren Schiffskörper sich in sich verschoben und verbogen haben. Erfreulich viele Einzelteile und Instrumente wurden dagegen in den Magazinen von Nikolajew gefunden.

Der Führer hat bisher keine Entscheidung in der Frage der Ergreifung von Repressalien gegen die deutschen Juden wegen der Behandlung der Wolgadeutschen getroffen. Wie der Gesandte von Steengracht¹⁵ mir mitteilte, erwägt der Führer, sich diese Maßnahme für einen eventuellen Eintritt Amerikas in den Krieg aufzuheben.¹⁶ Der Reichsaußenminister ist jedenfalls auch der Ansicht, daß wenn wegen der Wolgadeutschen etwas unternommen werden soll, dies in den nächsten Tagen geschehen muß.

Reichskabinettsrat von Stutterheim teilte mir mit, daß das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug bis nördlich Mogilew-Podolsk nun endgültig an die Rumänen abgetreten worden sei.¹⁷ Die schriftliche Formulierung darüber sei bereits an das Reichsministerium Ost abgegangen. Er bedauerte ebenfalls sehr lebhaft den Verlust von Odessa und der wichtigen Eisenbahnlinie nach Lemberg. Beim Abendessen fragte ich den Gesandten von Steengracht nach dem Zustandekommen dieser Abtretung, und dieser versicherte mir, sie sei auf ausdrücklichen Wunsch des Führers gegen die Absicht des Auswärtigen Amtes (?)¹⁸ erfolgt.

Militärische Lage 21.9.

Zu großen Veränderungen an der Front ist es nicht gekommen. In der Gegend des Asowschen Meeres ziehen sich die Russen zurück, so daß mit der baldigen Einnahme von Melitopol gerechnet werden kann. Im Kessel ostwärts Kiew herrscht völliges Durcheinander; es zeichnet sich noch kein klares Bild ab. Die 17. Armee ist weiter in Richtung auf Charkow vorgestoßen und hat Krassnograd genommen. Auf der ganzen Front der Heeresgruppe Mitte und an der Petersburger Front außer Artilleriestörungsfeuer beiderseits Ruhe und Umgruppierung. Bei Kronstadt hat das russische Schlachtschiff Marat erfolglos in den Kampf eingegriffen. Die Eroberung von Osel schreitet weiter fort und dürfte in 1–2 Tagen abgeschlossen sein. An der finnischen Front keine Veränderungen. – In Afrika starke Lufttätigkeit der Engländer mit Angriffen auf Bardia, Bengasi und Tripolis: ungenügender italienischer Geleitschutz und Bodenabwehr. In der Nacht zum 21. 9. auf breiter

15 Dr. Gustav Adolf Freiherr Steengracht van Moyland (1902–1969), Diplomat; 1933 NSDAP-Eintritt; 1936 Botschaftsattaché in London, 1938 Leg.Sekretär im AA, 1940–1943 im Persönlichen Stab von Ribbentrop, 1943 StS; 1949 in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

16 Siehe Dok. 221 vom 14. 9. 1941, Anm. 9. Der Deportation der deutschen Juden noch während des Kriegs hatte Hitler jedoch schon zugestimmt; siehe Dok. 223 vom 18.9. 1941 und Einleitung, S. 37.

17 Das sog. Transnistrien stand seit Aug. 1941 unter rumän. Verwaltung.

18 So im Original.

Front zwischen der Ostsee und Heilbronn Einflug von 120 Maschinen, ohne irgendwo größeren Schaden anzurichten. Auf Berlin waren 50 Maschinen angesetzt, die aber von der Flak meist abgedrängt wurden.

DOK. 228

Der Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger regt am 22. September 1941 an, Juden den Bezug von Zeitschriften zu verbieten¹

Schreiben des Reichsverbands der Deutschen Zeitungsverleger (Scht/Nt.)² an das Reichspostministerium³ vom 22.9. 1941 (Abschrift)⁴

Betr.: Juden als Bezieher deutscher Zeitungen und Zeitschriften.

Schon seit längerer Zeit führen die deutschen Verlage keine direkten Bestellungen von oder für Juden mehr aus. Die jüdischen Interessenten an deutschen Presseerzeugnissen haben sich nun dadurch geholfen, daß sie den Bezug durch die Post vornehmen.

Die Lage am Papiermarkt zwingt die Verlage zu immer stärkeren Einschränkungen. Es ist infolge des Auflagenstops heute nicht mehr möglich, den Einzelverkauf ausreichend zu beliefern. Bei den aktuellen Illustrierten mußte sogar schon das Verbot der Annahme neuer Abonnenten ausgesprochen werden. Jetzt beginnt auch die Versorgung der Truppen mit Presseerzeugnissen größere Schwierigkeiten zu machen.

Es ist nicht einzusehen, daß die Juden noch die Möglichkeit haben, jede gewünschte Zeitung oder Zeitschrift zu beziehen, während die kämpfende Truppe in den Ruhepausen auf Unterrichtung und auf Verbindung mit der Heimat durch die Zeitung verzichten muß. Wir stellen daher hiermit den Antrag, die Postanstalten durch eine Verfügung anzuweisen, Abonnements von oder für Juden auf Tageszeitungen, Wochenzeitungen und – soweit noch möglich – auf Illustrierte ab sofort nicht mehr anzunehmen.

Wir verkennen nicht, daß die praktische Durchführung einer solchen Anweisung erhebliche Schwierigkeiten machen wird, denn häufig wird der Jude, der seit dem 19. d. M. durch den gelben Davidstern kenntlich gemacht ist,⁵ nicht selbst am Schalter erscheinen. Auch der Name ist nicht immer eine Gewähr für die nichtarische Abstammung. Bei der Aufgabe eines Zeitungsabonnements aber den Nachweis der arischen Abstammung zu verlangen, verbietet sich von selbst. Wir können uns aber denken, daß die Postzusteller trotz der zahlreichen Aushilfen über ihren Bestellbezirk einigermaßen im Bilde sind. Wenn also mit einer radikalen Ausschaltung der Juden als Postbezieher nicht sofort gerechnet werden kann, so dürfte doch auf diesem Wege mit der Zeit eine fast vollständige Bereinigung erzielt werden. Ausgenommen von dem Verbot der Abonnementannahme

1 BArch, R 55/H15, Bl. 16 f.

2 Der Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger war 1934 aus dem Verein Deutscher Zeitungsverleger hervorgegangen. Erster Vorsitzender war Max Amann (1891–1957), zugleich Präsident der Reichspressekammer, welcher der Verband einverleibt war.

3 Reichspostminister war 1937–1945 Wilhelm Ohnesorge.

4 Die Abschrift wurde am 15.1.1942 vom Präsidenten der Reichspressekammer gemeinsam mit anderen Schreiben an das RmFVuP weitergeleitet. Der Absender ergibt sich nur aus diesem Schreiben; wie Anm. 1, Bl. 14.

5 Siehe Dok. 212 vom 1.9.1941.

muß jedoch das „Jüdische Nachrichtenblatt“ bleiben. Dieses Blatt soll die einzige für Juden beziehbare Zeitung werden. Sie erscheint einheitlich für das Reichsgebiet; für das Gebiet der Ostmark besteht eine zweite Ausgabe.⁶ Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Antrag prüfen und uns Ihre Entscheidung recht bald zugehen lassen würden.⁷ Heil Hitler!

DOK. 229

Max Schönenberg aus Köln beschreibt in einem Brief nach Shanghai vom 24. September 1941 die Wirkung der neuen antijüdischen Maßnahmen¹

Brief von Dr. Max Schönenberg, Köln, an Julius Kaufmann, Shanghai, vom 24. 9. 1941²

Meine Lieben! Lieber Julius!³

Mit besonderer Spannung erwartest Du jetzt gewiß Nachricht von uns. Erstens ist es die Zeit unserer Herbstfeiertage,⁴ die Euch nach den Erfahrungen der letzten Jahre beunruhigt, und dann werdet Ihr wissen wollen, wie sich die neuen Verordnungen bei uns auswirken.⁵ Sie decken für dieses Jahr unseren Bedarf an Neujahrs-Überraschungen; sie schneiden sehr tief in unser Leben ein. Verwandten-Besuche, Erholungsreisen wird man nicht mehr unternehmen, da man Reisegemeinschaften nur aus wichtigen Anlässen bekommen wird. Das ist besonders hart für Hedwig, die in ihrer Einsamkeit oft bei uns Zuflucht gesucht hat. Auch Regina und Tützes werden wir so leicht nicht besuchen. Die Beschränkung auf das Stadtgebiet wirkt sich verschieden aus, je nach der Größe desselben. Wir können in unseren Stadtwald und sogar in das Randgebiet des Königsforsts Ausflüge machen. Ob alle Orte so gut gestellt sind, möchte ich bezweifeln. Das Tragen des gelben Davidsterns oder Judensterns erfüllt durchaus seinen Zweck, die Absonderung zu verstärken. Die ersten Tage sind korrekt verlaufen; die Kölner Bevölkerung zeigte sich taktvoll, einige Schulbuben konnten diesen Eindruck nicht verwischen. Das gelbe Judenzeichen hat die Volksseele nicht zum Kochen gebracht; Ereignisse wie im November 38 sind als spontane Äußerungen nicht zu erwarten.⁶

⁶ Neben der Berliner und der Wiener Ausgabe erschien das Jüdische Nachrichtenblatt auch in einer Prager Ausgabe; siehe Dok. 273 vom 8. 3. 1940, Anm. 1.

⁷ Der Präsident der Reichspressekammer griff dieses Schreiben in einem Rundschreiben (B II 4 8345/41 Dr. L/Wz, gez. Anton Willi) auf und betonte, dass „jedem einzelnen Verlag, Vertriebsunternehmen und Einzelhändler klar sein [sollte], daß eine Belieferung von Juden vollkommen ausgeschlossen ist, solange die Ansprüche deutscher Kunden nicht befriedigt werden können“; wie Anm. 1, Bl. 15. Darauf berief sich wiederum das RMfVuP am 16. 1. 1942 und forderte von der Reichspressekammer, ein entsprechendes Verbot auszusprechen; ebd., Bl. 19. Am 17. 2. 1942 untersagte das RSHA den Zeitungsbezug durch Juden; Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat (wie Dok. 129, Anm. 19).

¹ NS-Dokumentationszentrum Köln, Briefe Max Schönenberg. Auszugsweiser Abdruck in: Rüther, Köln (wie Dok. 78, Anm. 1), S. 552.

² Im Original handschriftl. Zusatz: „25.XI.“

³ „Lieber Julius!“ handschriftl. hinzugefügt.

⁴ Das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana, der Versöhnungstag Jom Kippur und das Laubhüttenfest Sukkot fielen 1941 in den Sept./Okt. 1941.

⁵ Siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941 und Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

⁶ Siehe VEJ 2, S. 51–58, sowie zahlreiche Dokumente dort zum Pogrom.

Wir Juden zeigen erfreulicherweise fast ausnahmslos eine anständige Gesinnung und Haltung. Ich sehe Männer, Frauen und Kinder, die erhobenen Hauptes durch die Straßen gehen. Wir wissen ja, daß wir uns unseres Jude-Seins nicht zu schämen brauchen. Wir wissen, daß unser Stamm, unsere Geschichte und unsere Geistesgeschichte den Vergleich mit anderen vertragen. Wir wissen, daß die Flecken auf unserem Bilde nicht größer und nicht schwärzer sind als auf den Bildern anderer. Wir wissen, daß ein großer Teil der Fehler, die man uns vorwirft, Folgen unseres politischen Schicksals sind. Und darum bin ich glücklich, daß unser Junge⁷ in Palästina mithilft, die Wendung des Judenschicksals herbeizuführen. Was ich als Student bekämpft habe, den Aufbau einer jüdischen nationalen Heimstätte, sehne ich heute herbei, und ich habe dabei noch den verwegenen Gedanken, daß in einem geschlossenen jüdischen Staat die Möglichkeit besteht, das Judentum aus den Klammern zu befreien, die es durch seine zahllosen Ge- und Verbote zur Erstarrung gebracht haben.

Sehr interessant war es für mich, Typen-Beobachtungen anzustellen. Ich sah auffallend viel Sternträger – große und kleine –, die ich ohne dieses Zeichen nie für Juden gehalten hätte, und sah andererseits eine ganze Menge Menschen, bei denen ich mich wunderte, daß sie den gelben Fleck nicht trugen.⁸

DOK. 230

Margarete Korant aus Berlin macht sich Hoffnungen auf eine Auswanderung nach Kuba und bittet ihre Tochter Ilse am 24. September 1941 um Hilfe¹

Handschriftl. Brief von Margarete Korant, Berlin, an ihre Tochter Ilse vom 24. 9. 1941

Mein geliebtes Kind,
ich komme soeben vom Hilfsverein, wo ich von 11– $\frac{1}{2}$ 3 Uhr trotz Anmeldung warten mußte. Die Unterredung hat dafür dann nur ein paar Minuten gedauert. Der betr. Herr war sehr dafür, Dir nochmals zu kabeln, daß Du die Cuba-Angelegenheit *beschleunigen* sollst, und gab mir, wie Du aus dem Telegramm ersehen haben wirst, dieselbe Adr. von dem New Yorker Anwalt, die ich Dir schon vor Wochen mitgeteilt habe. Er bestätigte mir, daß ca. 1000 \$ notwendig sind, und das gibt mir wieder ein bißchen Hoffnung, da doch diese Summe tatsächlich da ist. Ich sagte ihm gleich, daß Du dann dadurch nicht in der Lage bist, auch noch die Passage zu bezahlen, worauf er meinte, an der Passage ist noch keine Auswanderung gescheitert. Es ist also mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß der Hilfsverein dafür eintreten wird, vielleicht mit Hilfe der Stiftung. Also tue, was Du kannst *und so rasch wie möglich*. Der Cuba-Berater ist übrigens ein guter Bekannter von Osw. Pick,² was mir natürlich sehr angenehm ist und wahrscheinlich auch von Vorteil. Dadurch brauche ich dann nicht immer stundenlang warten und kann ihm die Sachen

⁷ Leopold, auch Reuwen Schönenberg.

⁸ An dieser Stelle bricht der Brief ohne Grußformel ab.

¹ JMB, Sammlung Familie Korant Schwalbe Striem, 2006/57/299.

² Oswald Pick (*1880), Kaufmann, Jurist; Rechtsanwalt der Familie Korant.

überlassen. Ich hoffe, daß er dieser Tage zurückkommt. Meine neuen Mieter ziehen erst am 10. Okt. ein, genehmigt ist alles, auch vom Verwalter. Sie lassen das hintere Zimmer tapezieren, obgleich der Verwalter abgeraten hat, weil man nicht wissen kann, wie lange sie hier wohnen. Sie scheinen aber großzügig zu sein, was natürlich sehr angenehm ist. Ich hätte jetzt so schön Platz, Tante Hede³ ein paar Tage aufzunehmen, schade! Ich höre mal wieder nichts aus O.,⁴ nicht einmal zu den Feiertagen hatte ich ein paar Zeilen.⁵ Dienstag war ich übrigens noch zu einem Kaffee bei Frau R.⁶ mit 2 sehr netten Damen zusammen, die ich natürlich auch schon kannte, und abends war ich bei einer Freundin von Adele, die ganz in meiner Nähe wohnt. Das sind aber alles nur Bekannte, aber keine Freunde. Ich hoffe bald gute Nachricht von Dir zu bekommen.
Tausend Grüße und Küsse Eure Oma-Mutti

DOK. 231

Der Reichswirtschaftsminister teilt der Reichsgruppe Industrie am 25. September 1941 die Bestimmungen zur Beschäftigung von „Mischlingen“ mit¹

Schreiben des Reichswirtschaftsministers (Nr. III WOS 1/1812/41), Referent: MR Dr. Homann,² RR Dr. Mayer,³ i. A. gez. (Paraphe: h), Berlin, an die Reichsgruppe Industrie, Berlin W 35, Tirpitz Ufer 56/58, vom 25.9. 1941

Betr.: Beschäftigung von Mischlingen in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Von der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie⁴ ging mir unter dem 9. 7. 41 folgende Mitteilung zu:

„Wir haben nach Rückfrage bei der Reichsgruppe Industrie⁵ kürzlich einen Akademiker als Mitarbeiter des Stellvertreters unseres Hauptgeschäftsführers eingestellt, dessen Vater Nichtarier und dessen Mutter arisch war. Seitens der Arbeitsfront,⁶ bei der wir Erkundigungen einzogen, wurde uns mitgeteilt, daß eine Einstellung vorgenommen werden

3 Hede Orgler, geb. Apt (1883–1944); die Schwester von Margarete Korant, verheiratet mit Alfred Orgler (1875–1944), wohnte in Oppeln und wurde am 21.4. 1943 zusammen mit ihrem Ehemann nach Theresienstadt, am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Oppeln.

5 Gemeint ist das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana, das 1941 auf den 22./23. Sept. fiel.

6 In abgetippter Fassung ergänzt: „Redlich“.

1 BArch, R 3101/8936, Bl. 508.

2 Dr. Fritz (Friedrich) Homann (1898–1981), Jurist; 1933 NSDAP-Eintritt; 1937 ORR und Referent im RWM, 1940 MinR.

3 Vermutlich Dr. Friedrich (Fritz) Mayer (1901–1954), Jurist; 1932–1933 bei der bayer. Treuhandgesellschaft tätig; 1933 NSDAP-Eintritt; 1933–1937 Referatsleiter beim bayer. Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften-Raiffeisen, 1937–1939 Syndikus bei der IHK Bayreuth, von 1939 an Referent im RWM.

4 Eine Untergruppe der Reichsgruppe Industrie.

5 In dieser Reichsgruppe waren seit 1934 sämtliche Industrieunternehmen der gewerblichen Wirtschaft zusammengefasst. Die autonome Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft war damit aufgehoben.

6 Deutsche Arbeitsfront, der NS-Einheitsverband für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

könne, sofern der erwähnte Herr als Mitglied der Arbeitsfront aufgenommen würde. Da dies der Fall war und der Mitarbeiter gleichzeitig die Eigenschaft als Reichsbürger besaß, stellten wir den Herrn ein, unter Berücksichtigung einer Auflage der Reichsgruppe Industrie, ihn nicht an exponierten Stellen zu verwenden. Dies letztere läßt sich bei dem Posten, der zu besetzen war, nicht vermeiden, vielmehr ist eine häufige Teilnahme an Sitzungen und Besprechungen auf den verschiedensten Arbeitsgebieten notwendig. Seitens des eingestellten Herrn wird zudem nunmehr noch Anspruch darauf erhoben, den anderen Mitarbeitern der Wirtschaftsgruppe, auch insbesondere hinsichtlich der Unterschriftsberechtigung usw., völlig gleichgestellt zu werden.“

Der Grundsatz, daß Mischlinge, die nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz⁷ nicht als Juden gelten, sich in der gewerblichen Wirtschaft ungehindert betätigen können, läßt sich auf die Anstellung in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft nicht ohne weiteres anwenden, da diese infolge der ihr übertragenen Aufgaben auf kriegswirtschaftlichem Gebiet gegenüber der privaten Wirtschaft eine Sonderstellung einnimmt. In Übereinstimmung mit der Partei-Kanzlei bin ich daher der Auffassung, daß Mischlinge zumindest nicht für Posten in Frage kommen, in denen sie Einblick in die Geschäftsführung gewinnen oder mit kriegswirtschaftlichen Aufgaben befaßt werden. Die Beschäftigung eines Mischlings als Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers einer Wirtschaftsgruppe halte ich daher für bedenklich.

Ich bitte, dies der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie mitzuteilen und ähnliche an Sie herantretende Fälle im gleichen Sinne zu entscheiden.

DOK. 232

Kölns Gauleiter Grohé hetzt am 28. September 1941 gegen Juden¹

Rede von Gauleiter Josef Grohé² auf einer Großkundgebung in der Kölner Messe am 28. 9. 1941

[...] ³

Im Rahmen dieser Fliegersache sind wir nun dazu übergegangen, mal die Juden aus den festen Häusern herauszusetzen. [Beifall.]

Sie wissen, der Jude ist der Urheber des Krieges, der Hetzer in der ganzen Welt, und er lebt heute in Deutschland noch in Massen und ist damit hier der Spion im eigenen Land.

⁷ Erste VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935, RGBL., 1935 I, S. 1333, §2 Abs. 2, siehe auch VEJ 1/210.

¹ NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Tk 134 und Tk 135, Tonbandmitschnitt.

² Josef Grohé (1902 – 1987), kaufm. Angestellter; 1925 NSDAP-Eintritt; von 1926 an Hauptschriftleiter und Verleger der Zeitung Westdeutscher Beobachter, 1931– 1945 Gauleiter von Köln-Aachen und MdR, 1944 Reichskommissar in Belgien und Nordfrankreich; 1945 untergetaucht, 1946 – 1950 in Untersuchungshaft, 1950 vom Spruchgericht Bielefeld zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt und unter Anrechnung der verbüßten Haft entlassen, danach als Vertreter tätig.

³ Der hier abgedruckte Teil der Rede beginnt bei Minute 35:38. Zuvor spricht Grohé über das deutsch-brit. Verhältnis. Die brit. Regierung habe schon lange vor Kriegsbeginn die Absicht gehegt, die nationalsozialistische Regierung zu entmachten. Deutschland sei durch die Kriegserklärung Großbritanniens provoziert worden. Grohé versucht dann, die Auswirkungen der brit. Luftangriffe herunterzuspielen.

Wo Deutsche sonstwo in Feindstaaten wohnen, sind sie längst verhaftet und festgesetzt. Wir lassen unseren größten Feind in unserem eigenen Land frei herumgehen.

Wir hätten sie doch einsperren können! Ja, wenn wir sie alle an die Wand gestellt hätten, hätten wir das vor der Geschichte rechtfertigen können und vor unserem eigenen Gewissen. Denn der Jude war noch niemals ein Nutzen für die Menschheit, sondern immer nur ein Schaden.

Der Jude ist der geborene Verbrecher und wir wissen selbst, daß in jedem Volk gute und schlechte Menschen sind, daß aber in allen nichtjüdischen Völkern das gute Element überwiegt und die Verbrechernaturen in der Minderheit sind und ja auch entsprechend von Staats wegen belangt werden. Das Judenvolk ist aber das Verbrechervolk von Geburt her, sonst hätte es nicht Christus schon „Teufelsvolk“ genannt. Er sagte: „Der Teufel ist euer Vater.“⁴ Und Luther in so vielen, vielen Jahrhunderten später hat gesagt, daß es kein erbärmlicheres und schmutzigeres und schlechteres und gemeingefährlicheres Volk gäbe als diese Juden.⁵ Und Schopenhauer hat die Juden die Meister im Lügen genannt.⁶

So könnte man die Zeugnisse fortführen, ins Grenzenlose und Unendliche, darüber, dass der Jude tatsächlich der Verbrecher von Anbeginn an ist, wie ihn Christus genannt hat. Und das ist natürlich zu erklären. Seine Herkunft, er ist der Abschaum aus verschiedenen Urrassen, in ihm haben sich alle schlechten Eigenschaften jener Rassen vereinigt, mit denen sich seine Urrassen vermischt. Nichts von guten Eigenschaften ist mehr in ihm, und so hat er denn nur Schlechtes in der Welt angerichtet.

Dieses Volk auszurotten wäre deshalb vor jedermann und zu jeder Zeit der Geschichte vertretbar.

Adolf Hitler hat gesagt, und zwar in einer Rede vor diesem Krieg: „Wenn es dem Judentum wiederum gelingen sollte, die Völker in einen Krieg zu stürzen, dann wird das Ende dieses Krieges sein die völlige Austreibung der Juden aus Europa.“⁷ [Beifall.]

Und inzwischen ist ihnen die Entfesselung dieses neuen Krieges gelungen. Noch laufen sie frei herum, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Die Juden ... [Beifall.]

Die Juden werden sämtlich Europa verlassen müssen. Und da weder der Herr Churchill, trotz seines großen Weltbesitzes, sie haben will, noch Herr Roosevelt die Arme auf tut, um seine Freunde zu empfangen, werden wir gezwungen sein, selbst den Ort irgendwo in der Welt zu bestimmen, in dem die Juden konzentriert werden.

In Köln allein sind ja rund 6000 Juden, die uns die Lebensmittel wegessen, die größtenteils nichts tun, sondern die Leute belästigen. Die haben ja jetzt den Judenstern. Sie haben ja jetzt den Judenstern gesehen, und viele kommen nun entsetzt und sagen: „Um Gottes willen, so viele Juden habe ich ja noch nie in Köln gesehen, wie jetzt auf einmal.“⁸

Nun ja, das ist zu erklären.

4 „Ihr seid von dem Vater, dem Teufel“ (Johannes, Kap. 8, Vers 44).

5 Martin Luther, Von den Jüden und jren lügen, Wittenberg 1543. In der 1933 von Hans Ludolf Parisius als Volksausgabe hrsg. Ausgabe ist die Schrift in 394 Artikel gegliedert. In den Art. 299–314 schlägt Luther ein konkretes Vorgehen gegen Juden vor.

6 Siehe Dok. 193 vom 20. 7. 1941, Anm. 2.

7 In seiner Rede vor dem Reichstag am 30. 1. 1939 hatte Hitler allerdings die Vernichtung der europäischen Juden, nicht ihre Vertreibung angekündigt; siehe VEJ 2/248. Siehe auch Dok. 218 vom 7. bis 13. 9. 1941.

8 Ende Aug. 1941 lebten in Köln noch 5931 Juden.

Erstens einmal guckt man ja nicht immer dem Juden ins Gesicht, es gibt ja auch ein Wort, das sagt, der Herrgott hätte die Juden gekennzeichnet durch ihre Nase schon, schon äußerlich, das sei die Uniform der Juden, die der Herrgott ihnen mitgegeben hätte. Ja, man guckt nicht immer ins Gesicht, und es gibt auch Juden mit Stupsnasen, gibt's auch. Unter den Ostgaliziern ist die Nase meistens anders wie sonst, und dann außerdem spricht man sonst noch vom Geruch, nun, wenn man durch die Straßen der Stadt geht, man geht ja nicht immer gegen den Wind. [Gelächter.]

Also der Judenstern war schon höchst angebracht, und jetzt sehen wir, wie massenhaft sie noch herumlaufen. Und die Entfernung aus den festen Häusern, die wir in Köln durchführen, hat den Grund darin, daß wir unseren deutschen Volksgenossen, deren Wohnungen durch Fliegerbomben zerstört wurden, zunächst einmal feste Wohnungen geben wollen. [Beifall.]

Es geht also hier um die Frage: „Wer hat den Vorzug?“ Unsere deutschen Volksgenossen, denen die Engländer durch den von Juden angezettelten Krieg die Wohnung kaputtgeworfen haben, oder unser Feind im Land, der Jude? Es ist ja eigentlich gar keine Frage. Trotzdem gibt es Leute, die sagen: „Ja, ist das nicht, ist das nicht wider die christliche Nächstenliebe?“ Na, erstens einmal, der Jude hat nie eine christliche Nächstenliebe gekannt, sondern der hat gesagt: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“! Und zweitens dürfte man ja, wenn man so wollte, keinen Verbrecher bestrafen, nun aber dürfen wir das, vom christlichen Standpunkt. Christus hat die Juden mit der Peitsche aus dem Tempel getrieben. Er hat nicht gesagt: „Ihr seid meine Brüder und ihr dürft Verbrechen begehen, wie ihr wollt, und ich verzeihe euch das im Namen der christlichen Nächstenliebe.“ Er hat etwas ganz anderes getan, denn wenn das so gewesen wäre, wie manche Pastöre ihn uns heute vorstellen, dann hätten die Juden ihn nicht ans Kreuz geschlagen. Er muss schon ein sehr großer Judenfeind gewesen sein, sonst hätte man ihn nicht gekreuzigt und [ihm] die Dornenkrone aufgesetzt.

Wir könnten die Juden einfach aus den Häusern heraussetzen und könnten sie ihrem Schicksal überlassen. Sagen: „Hier, macht, daß ihr uns aus dem Wege kommt!“ Überlegt, was geschieht: Sie kommen draußen zum Teil in eins der alten Kölner Forts, und für den Rest werden Baracken errichtet, vollkommen neu erstellt, Baracken, so wie sie auch für unsere Wehrmacht erstellt werden, für unseren Arbeitsdienst erstellt werden, wie wir sie für die ausländischen Arbeiter ja brauchen, wie wir sie ja brauchen für Kriegsgefangenenlager und dergleichen mehr.⁹ Also, wir gehen so großzügig den Juden gegenüber wieder vor, daß man wirklich staunen muß über die eigene deutsche Gutmütigkeit, die wir selbst hiermit be[s]tätigen. Das kann eben nur der gutmütige Deutsche.

Denn ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, was die Juden da, wo Volksdeutsche gewohnt haben, mit denen gemacht haben. Sie wissen das noch alles aus den Berichten, vor allen Dingen aus Polen, und auch aus anderen Gegenden, und jetzt aus Rußland, aus den baltischen Ländern. Aber wir Deutsche sind nun einmal anders, und wir zeigen das auch hier wieder, den Juden gegenüber. Jedenfalls bekommen wir auf diese Weise 1000 feste Wohnungen frei, und unsere, die Wohnungsnot unserer Volksgenossen, wird in etwa dadurch gemildert. Aber da fällt mir ein: Die Deutschen gingen sogar so weit – die eigenen deutschen Behörden, die das machen –, einer jüdischen Kommission zu gestatten zu kommen,

⁹ In Köln-Müngersdorf war in einer alten Befestigungsanlage ein Barackenlager errichtet worden, in das die aus ihren Wohnungen vertriebenen Juden umziehen mussten; siehe Einleitung, S. 62.

um sich anzusehen, wo ihre Rassengenossen von Köln untergebracht werden sollen.¹⁰ [Gelächter.]

Und die jüdische Kommission hat dann ein Gutachten abgegeben. Und da steht folgendes drin – das ist übrigens sehr interessant – zu dem Fort, was dort gemeint ist. In diesem Fort wohnten bisher drei arische Familien und 25 Kriegsgefangene, natürlich getrennt. Der Bericht stellt fest, daß im linken Flügel des Forts in vier Räumen acht Klosettsitze für Frauen und weitere acht Klosettsitze für Männer, nebst einer besonderen Pissoiranlage, vorgesehen sind. Die Klosettsitze seien durch eine hohe Wand vom Durchgangsflur abgesondert. Waschgelegenheiten für Männer und Frauen, sowie mehrere Wasserzapfstellen, seien auf den Fluren vorhanden. Aber etwas fehle, worauf sie hinweisen möchten: Bäder und Duschen! [Gelächter.]

Vielleicht lassen sich die Juden doch noch assimilieren. Früher haben wir immer die Meinung gehabt, die Sarahs würden sich nie im Leben die Füße waschen. [Gelächter.] Jetzt wollen sie es auf einmal doch. Noch ein weiteres: Die Räume müßten alle einen neuen, und zwar hellen, Anstrich bekommen, auch die Fenster bedürften eines neuen, hellen Anstrichs. Das wagt uns ein frecher Jude vorzulegen, in der Zeit, in der wichtige Arbeiten in Deutschland unterbleiben müssen, weil alles für die deutsche Kriegsrüstung arbeiten muß. Wo fast kein Privatmann noch irgendeinen Handwerker findet, um etwas zu machen, was durchaus erwünscht wäre und vertretbar wäre, aber nicht gemacht werden kann, wegen dem Mangel an Kräften. Da wollen die Juden einen hellen Anstrich, die Fenster neu und hell angestrichen haben, das bringen sie fertig. Von den Baracken sagen sie folgendes: Auch in den Baracken fehlen bei allen sonstigen günstigen Vorrichtungen die Bade- und Duscheinrichtungen. Ferner muß jedes Klosett eine von innen verschließbare Türe haben, die vorgesehenen Türen sind von innen nicht verschließbar. Ferner besondere Räume für Kinderhorte und einen besonderen Kindergarten. [Raunen im Saal.]

Soll noch einmal einer sagen, wir wären grob den Juden gegenüber! Man muss sich manchmal fragen: Wie lange hält die Geduld noch an, die wir haben? [Applaus.]

Schließlich wird erklärt, der Weg von den Baracken zu den Latrinen sei zu weit und zu beschwerlich. Wir könnten ja sagen, wir könnten ja sagen: gut, macht euren Dreck ruhig neben euer Bett. Aber das geht ja wieder nicht. Das geht nicht, denn wir haben, da sie immerhin hier in eine der schönsten Gegenden der Umgebung Kölns kommen, Interesse daran, daß sich hier kein Seuchenherd entwickelt. Also, auf eine gewisse Sauberkeit müssen die Juden schon halten, wir werden sie dazu zwingen. [Kurzer Applaus.]

Und unterschrieben ist das unter anderem von einem Dr. Walter Israel Lustig¹¹ [Gelächter], was wohl heißen soll, der Jude macht sich lustig über unsere deutsche Gutmütigkeit. Ah, ich glaube, der Jude hat nun zu längst, lang genug gelacht, das Lachen wird ihm als-

10 Vertreter der Reichsvereinigung der Juden waren in Köln, um das Lager zu besichtigen, und verfassten darüber am 9. 9. 1941 einen Bericht; BArch, R 8150/1 B, Bl. 284 – 288; siehe auch Dok. 215 vom 7. 9. 1941 über die „Judenhäuser“ in Hannover.

11 Der Bericht ist unterzeichnet von Julius Jacoby und Walter Lustig (1891–1945), Arzt; hatte eine Praxis in Breslau, von 1927 in Berlin, leitete das Medizinalreferat des Polizeipräsidiums; wurde im Okt. 1933 entlassen, von Juli 1939 an für die Reichsvereinigung tätig, 1940/41 Gesundheitsdezernent in deren Vorstand, leitete von Dez. 1941 an die Untersuchungsabt. für Transportreklamationen im Jüdischen Krankenhaus, seit Juni 1943 die „Rest-Reichsvereinigung“; von der sowjet. Besatzungsmacht als Kollaborateur getötet.

bald vergehen, wir werden ihn alsbald los sein und eher fühlen wir uns nicht sauber hier! Wenn ich vom Juden spreche, habe ich das Gefühl, ich müßte mir die Hände waschen. Es ist tatsächlich so, es gibt nichts Verwerflicheres und Erbärmlicheres in der Welt wie dieses Judentum, und es gibt nichts Gutmütigeres als den Deutschen, der auch da wieder fragt, ja, kann man das nicht etwas milder machen. Wir gehen mit dem Ungeziefer ja auch nicht so um, und nichts anderes als Ungeziefer ist der Jude. Ungeziefer im deutschen Volk und Ungeziefer in den anderen Völkern. Aber dieser Krieg, der den Sieg Deutschlands bringt, bringt den Sieg des Hakenkreuzes über Europa und damit den Untergang des Judentums.
[...]¹²

DOK. 233

**Die Reichsvereinigung erstellt eine Übersicht über die Auswanderung der Juden
aus dem Altreich von 1933 bis 1941¹**

Statistik, erstellt von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

*Auswanderung von Juden aus dem Altreich
1933 bis 1941*

Umfang

Seit 1933 sind aus dem Altreich 352 294 Juden ausgewandert. Die Auswanderung erstreckte sich auf folgende Haupteinwanderungsgebiete:

Afrika	14 760
Amerika	
Nordamerika	57 189
Mittelamerika	9 728
Südamerika	53 472
Asien	16 374
Australien	4 015
Europa	143 326
Palästina	53 430
	352 294

Organisation

Zur Förderung der Auswanderung waren seit 1933 folgende Organisationen tätig: Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine für die Auswanderung nach Palästina, Hilfsverein der Juden in Deutschland für die übrige Auswanderung, Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge für die Rückauswanderung. Die Arbeit der drei Organisationen wurde zunächst durch die Reichsvertretung der Juden in Deutschland geleitet, nach Errichtung

¹² Der hier abgedruckte Teil der Rede endet bei Minute 47:40. Im letzten Teil spricht Grohé u. a. über unmenschliche Zustände in der Sowjetunion und die vermeintliche soziale Fortschrittlichkeit und allgemeine Überlegenheit der Deutschen. Er schließt mit Appellen an die Opferbereitschaft des deutschen Volkes und die unbedingte Treue zu Adolf Hitler.

¹ BArch, R 8150/31, Bl. 141 – 145.

der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in deren Wanderungsabteilung zusammengefaßt. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Wahrnehmung bestehender und Schaffung neuer Auswanderungsmöglichkeiten, in der Auswandererberatung und Unterstützung hilfsbedürftiger Auswanderer.

Finanzierung

Die Finanzierung der Auswanderung in *Reichsmark* erfolgte zum größeren Teil durch die Auswanderer selbst. Soweit sie über die erforderlichen Mittel nicht verfügten, wurde die Durchführung der Auswanderung durch die Reichsvereinigung finanziert.

Die für (89 032) hilfsbedürftige Auswanderer seitens der Reichsvertretung bzw. Reichsvereinigung zur Förderung der Auswanderung aufgewandten Mittel belaufen sich seit 1933 auf RM 20 494 864,67, nämlich jährlich auf:

1933	RM 980 956,64
1934	RM 675 953,91
1935	RM 583 367,64
1936	RM 1 657 566,82
1937	RM 1 800 040,98
1938	RM 3 547 836,58
1939	RM 6 618 501,36
1940	RM 3 281 516,99
1. 1. 1941 bis 31. 10. 1941	RM 1 347 123,75
	RM 20 492 864,67

Neben den Reichsmarkbeträgen sind *Devisen* für Vorzeige- und Landungsgelder seit Kriegsausbruch für die Passagen erforderlich gewesen. Diese Beträge sind zu einem großen Teil durch Vermittlung der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung von Angehörigen oder Freunden der Auswanderer im Ausland zur Verfügung gestellt worden. Soweit dies nicht möglich war, wurde die Bereitstellung der erforderlichen Devisenbeträge durch jüdische Hilfsorganisationen im Ausland, insbesondere durch das American Joint Distribution Committee in New York, bewirkt. So hat der Joint seit dem 1. 9. 1939 insgesamt \$ 2 193 810,28 für die Buchungen von Passagen zur Verfügung gestellt.

Die Beschaffung der Vorzeigegelder für die *Palästina*-Wanderung erfolgte im wesentlichen durch ein mit Genehmigung des Herrn Reichswirtschaftsministers entwickeltes *Transfer*-Verfahren zwischen Palästina-Treuhand-Stelle, Berlin und Masvara Ltd., Tel-Aviv, in Zusammenarbeit mit deutschen und palästinensischen Banken durch deutsche Warenausfuhr nach Palästina. Im Rahmen des Palästina-Transfers wurden von 1933 bis 1939 (erstes Halbjahr) insgesamt RM 104 623 707,01 im Gegenwert von £ 5440,- (rund) transferiert.

Im übrigen erfolgte die Beschaffung der Vorzeige- und Landungsgelder zu einem erheblichen Teil im *Altreu-Transfer*-Verfahren, das mit Genehmigung des Herrn Reichswirtschaftsministers² seit 1937 durchgeführt worden ist. Bis 1. 9. 1939 nahmen an diesen Verfahren 3008 Auswanderer teil, die einen Devisenbetrag im Kurswert von RM 5 131 000,- erhielten und durch Reichsmark-Überzahlungen nach Maßgabe einer Tabelle, gestaffelt nach Vermögensgrößenklassen und Anzahl der gemeinsam auswandernden Personen, die Auswanderung von weiteren 2845 mittellosen Personen ermög-

² Walther Funk.

lichten, denen im Rahmen des *Altreu-Subventions*-Verfahrens Devisen im Kurswert von RM 1234000,- zur Verfügung gestellt werden konnten.

Nach Einstellung dieses Verfahrens (1.9.1939) wurde das *Altreu-Passage*-Verfahren entwickelt, in dessen Rahmen Joint-Devisen für Passagebuchungen gegen Reichsmark-Zahlungen nach einer Tabelle zur Verfügung gestellt wurden, die zunächst von RM 10,- bis 20,-, später von RM 10,- bis 55,-, je nach Vermögensgrößenklassen und Anzahl der gemeinsam auswandernden Personen gestaffelt war. An diesem Verfahren nahmen von April 1940 bis Ende Oktober 1941 987 Personen teil, denen Passagen im Werte von \$ 154 233,29 beschafft wurden, für die ein Reichsmark-Gegenwert von 3698 569,43 der Reichsvereinigung zugeflossen ist.

Durchführung

Die Durchführung der Auswanderung in technischer Hinsicht ist in folgende Abschnitte zu gliedern:

Von 1933 bis Ende 1938:

Überwiegen der nicht unterstützten Auswanderung, vor allem nach Europa als Zwischenwanderungsland/Beschaffung der Übersee-Passagen in Reichsmark/Ausreise aus deutschen Häfen/Rückauswanderung (Repatriierung) von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit/Erlangung von Arbeiter-Zertifikaten zur Einwanderung nach Palästina aufgrund landwirtschaftlicher, handwerklicher und hauswirtschaftlicher Berufsausbildung und -umschichtung/Seit 1936 Einwanderungssperre in Südafrika, vorher Charterung des Nord.-Lloyd-Dampfers „Stuttgart“ mit 540 Auswanderern nach Südafrika/Seit 1937 Einwanderungsbeschränkungen in Südamerika, besonders in Brasilien, 1938 in Argentinien und Kolumbien, demgegenüber stärkere Einwanderung nach Bolivien und Chile/Konferenz in Evian (Juli 1938)/³Ansiedlungen in den Ica-Kolonien in Argentinien/Gruppensiedlungsprojekte für Brasilien/Weitere Einwanderungsbeschränkungen.

Von 1939 bis 1.9.1939:

Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Berlin, Vereinheitlichung der Auswanderungs-Formalitäten (Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Finanzämter und Stadtsteuerkassen als Voraussetzung für die Ausstellung des Auswandererpasses, Genehmigung der Devisenstelle zur Mitnahme des Umzugsgutes, Schließung des Arbeitsbuchs, Einführung der Auswandererabgabe-Bescheinigung), zentrale Überwachung und Lenkung der Auswanderung/Regelung des Umfangs der Auswanderung durch Zuweisungen zur Zentralstelle/Zunahme der Übersee-Auswanderung/Einwanderungsbeschränkungen in Palästina, Sondertransporte nach Palästina/⁴Verstärkung der Kinderauswanderung/Errichtung des Camps in Richborough für Zwischenwanderer/⁵Seit März 1939 durchschnittliche Auswanderung von monatlich 9000 Personen/Stärkere Auswanderung nach dem Fernen Osten (Shanghai), teilweise bereits unter der Bedingung der Passagezahlung in Devisen/Zwischenwanderung von USA-Visumanwärtern in europäische Länder/Einwanderungssperre für Kuba, vorher Abfahrt des Hapag-Dampfers „St. Louis“ mit 900 Passagieren für Kuba, die, da Landung nicht möglich, in europäischen Ländern aufgenommen worden sind.⁶

3 Siehe Dok. 107 vom 2.10.1940, Anm. 13.

4 Siehe Dok. 120 vom Herbst 1940.

5 Im Hafengebiet der brit. Küstenstadt Richborough bestand seit 1938 ein Flüchtlingslager zur Aufnahme von Juden und politisch Verfolgten aus dem Deutschen Reich.

6 Das Kreuzfahrtschiff „St. Louis“ hatte am 13.5.1939 Hamburg Richtung Kuba verlassen. Den knapp

Von September 1939 bis April 1940:

Wegfall der Auswanderung nach europäischen Ländern/Passagebuchungen nur noch auf ausländischen Schiffen in Devisen/Vorwiegend Ausreise aus italienischen Häfen/Einwanderungs-Drosselung nach Bolivien und Chile/Weitere Auswanderung nach dem Fernen Osten/Vorwiegend USA-Auswanderung.

Von Mai 1940 bis Oktober 1940:

Wegfall der Ausreise aus italienischen Häfen infolge Einstellung der Erteilung von italienischen Durchreisevisen/Nutzbarmachung des Landweges nach dem Fernen Osten sowie zur Abfahrt nach USA aus japanischen Häfen unter Benutzung der transsibirischen Bahn/Einführung eines Durchreisedepots für Mandschukuo Ende August/Einführung eines japanischen Durchreisedepots im Oktober 1940/Versuche der Ausreise mit finnischen Linien ab Petsamo/Verwaltungsmäßige Einschränkung der Erteilung amerikanischer Visen.

November 1940 bis Oktober 1941:

Schaffung der Ausreisemöglich[keit] ab portugiesischen und spanischen Häfen, insbesondere ab Lissabon/Versuche, auf dem Landweg nach Griechenland und von dort durch das Mittelmeer nach Lissabon, ferner auf dem Landweg durch die Schweiz und von dort mit Autobus durch Frankreich nach Barcelona zu gelangen/Einrichtung des Auswanderer-Sammeltransportes, zugleich für Auswanderer aus der Ostmark und dem Protektorat durch Frankreich zum Abfahrtsafen/Passagebuchungen auf amerikanischen, spanischen und portugiesischen Schifffahrtslinien/Durchführung von 25 Sammeltransporten in Sonderwagen mit 5945 Auswanderern, davon 4808 aus dem Altreich/Überwiegen der USA-Auswanderung, nachdem im Januar 1941 die Visumerteilung wieder aufgenommen worden war, bis zur Einstellung der Visumerteilung (Juni 1941), alsdann verstärkte Auswanderung nach Kuba und Ecuador/Beschaffung einer größeren Anzahl (etwa 800) kubanischer Visumermächtigungen, von denen noch der größte Teil noch nicht ausgenutzt worden ist.⁷

Auswanderungsvorbereitung:

Der Auswanderungsvorbereitung dienten insgesamt 42 land- und forstwirtschaftliche, 168 handwerkliche, 27 hauswirtschaftliche, 12 pflegerische Arbeits- bzw. Ausbildungseinrichtungen. Seit 1933 bis Oktober 1941 ist die Auswanderung von insgesamt 66 546 Personen durch Berufsausbildung und Berufsumschiebung vorbereitet worden, davon in der Landwirtschaft 33 751, in handwerklichen Berufen 26 100, in der Hauswirtschaft 4 350, in der Säuglings- und Kinderpflege 2 337.

Bestand

Zurzeit befinden sich im Altreich unter Berücksichtigung der Auswanderung und des Sterbeüberschusses seit 1933 sowie der Aussiedlungs-Transporte im Oktober 1941 noch rund 151 000 Juden, davon bis 18 Jahre 11%, von 19 bis 45 Jahre 23,7% von 46 bis 60 Jahre 29,6% über 60 Jahre 35,7%.

1000 jüdischen Passagieren hatte der Chef der kuban. Einwanderungsbehörde Einreisegenehmigungen ausgestellt, ohne dazu befugt zu sein. Daraufhin wurde dem Schiff Ende Mai in Havanna die Landung verweigert. Die „St. Louis“ nahm wieder Kurs auf Europa, und schließlich fanden je 250 Passagiere Aufnahme in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien; siehe VEJ 2/290, 292, 297 und 316.

⁷ So im Original.

DOK. 234

Der emigrierte Schriftsteller Stefan Zweig schreibt im Herbst 1941 über eine Begegnung mit Sigmund Freud, bei der die beiden über die Verfolgung der Juden sprechen¹

Ausschnitt aus Stefan Zweigs² im Exil verfassten Erinnerungen vom Herbst 1941

Ich hatte in jenen Stunden mit Freud³ oftmals über das Grauen der hitlerischen Welt und des Krieges gesprochen. Er war als menschlicher Mensch tief erschüttert, aber als Denker keineswegs verwundert über diesen fürchterlichen Ausbruch der Bestialität. Immer habe man ihn, sagte er, einen Pessimisten gescholten, weil er die Übermacht der Kultur über die Triebe geleugnet habe; nun sehe man – freilich mache es ihn nicht stolz – seine Meinung, daß das Barbarische, daß der elementare Vernichtungstrieb in der menschlichen Seele unausrottbar sei, auf das entsetzlichste bestätigt. Vielleicht werde in den kommenden Jahrhunderten eine Form gefunden werden, wenigstens im Gemeinschaftsleben der Völker diese Instinkte niederzuhalten; im täglichen Tage aber und in der innersten Natur bestünden sie als unausrottbare und vielleicht notwendige spannungserhaltende Kräfte. Mehr noch in diesen seinen letzten Tagen beschäftigte ihn das Problem des Judentums und dessen gegenwärtige Tragödie: hier wußte der wissenschaftliche Mensch in ihm keine Formel und sein luzider Geist keine Antwort. Er hatte kurz vorher seine Studie über Moses veröffentlicht, in der er Moses als einen Nichtjuden, als einen Ägypter darstellte,⁴ und er hatte mit dieser wissenschaftlich kaum fundierbaren Zuweisung die frommen Juden ebenso sehr wie die nationalbewußten gekränkt. Nun tat es ihm leid, dieses Buch gerade inmitten der grauenhaftesten Stunde des Judentums publiziert zu haben, „jetzt, da man ihnen alles nimmt, nehme ich ihnen noch ihren besten Mann“. Ich mußte ihm recht geben, daß jeder Jude jetzt siebenmal empfindlicher geworden war, denn selbst inmitten dieser Welttragödie waren sie die eigentlichen Opfer, überall die Opfer, weil verstört schon vor dem Schlag, überall wissend, daß alles Schlimme sie zuerst und siebenfach betraf und daß der haßwütigste Mensch aller Zeiten gerade sie erniedrigen und jagen wollte bis an den letzten Rand der Erde und unter die Erde. Woche für Woche, Monat für Monat kamen immer mehr Flüchtlinge, und immer waren sie noch ärmer und verstörter von Woche zu Woche als die vor ihnen gekommenen. Die ersten, die am raschesten Deutschland und Österreich verlassen, hatten noch ihre Kleider, ihre Koffer, ihren Hausrat retten können und manche sogar etwas Geld. Aber je länger einer auf Deutschland vertraut hatte, je schwerer er sich von der geliebten Heimat losgerissen, um so härter war er gezüchtigt worden. Erst hatte man den Juden ihre Berufe genommen, ihnen den Besuch der Theater, der Kinos, der Museen verboten und den Forschern die Benutzung der Bibliotheken: sie waren geblieben aus Treue oder aus Trägheit, aus Feigheit oder aus Stolz. Lieber wollten sie in der Heimat erniedrigt sein als in der Fremde sich als Bettler ernied-

1 Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, Stockholm 1942, S. 480 – 485.

2 Dr. Stefan Zweig (1881– 1942), Schriftsteller, Dramatiker, Übersetzer; lebte 1919 – 1934 in Salzburg; emigrierte 1934 nach Großbritannien und 1940 über die USA nach Brasilien; nahm sich 1942 gemeinsam mit seiner Frau das Leben. Seine Bücher wurden 1936 in Deutschland verboten.

3 Mit Sigmund Freud (1856 – 1939), dem Begründer der Psychoanalyse, stand Stefan Zweig im Exil in Verbindung.

4 Die 1939 im Londoner Exil erschienene Studie „Der Mann Moses und die monotheistische Religion“ war Freuds letztes Werk.

rigen. Dann hatte man ihnen die Dienstboten genommen und die Radios und Telephone aus den Wohnungen, dann die Wohnungen selbst, dann ihnen den Davidstern zwangsweise angeheftet; jeder sollte sie wie Leprakranke schon auf der Straße als Ausgestoßene, als Verfemte erkennen, meiden und verhöhnen. Jedes Recht wurde ihnen entzogen, jede seelische, jede körperliche Gewaltsamkeit mit spielhafter Lust an ihnen geübt, und für jeden Juden war das alte russische Volksspruchwort plötzlich grausame Wahrheit geworden: „Vor dem Bettelsack und dem Gefängnis ist niemand sicher.“ Wer nicht ging, den warf man in ein Konzentrationslager, wo deutsche Zucht auch den Stolzesten mürbe machte, und stieß ihn dann ausgeraubt mit einem einzigen Anzug und zehn Mark in der Tasche aus dem Lande, ohne zu fragen, wohin. Und dann standen sie an den Grenzen, dann bettelten sie bei den Konsulaten und fast immer vergeblich, denn welches Land wollte Ausgeplünderte, wollte Bettler? Nie werde ich vergessen, welch Anblick sich mir bot, als ich einmal in London in ein Reisebureau geriet; es war vollgepfropft mit Flüchtlingen, fast alle Juden, und alle wollten sie irgendwohin. Gleichviel, in welches Land, ins Eis des Nordpols oder in den glühenden Sandkessel der Sahara, nur fort, nur weiter, denn die Aufenthaltsbewilligung war abgelaufen, man mußte weiter, weiter mit Frau und Kind unter fremde Sterne, in fremde Sprachwelt, unter Menschen, die man nicht kannte und die einen nicht wollten. Ich traf dort einen einstmals sehr reichen Industriellen aus Wien, gleichzeitig einer unserer intelligentesten Kunstsammler; ich erkannte ihn zuerst nicht, so grau, so alt, so müde war er geworden. Schwach klammerte er sich mit beiden Händen an den Tisch. Ich fragte ihn, wohin er wollte. „Ich weiß es nicht“, sagte er. „Wer fragt denn heute nach unserem Willen? Man geht, wohin man einen noch läßt. Jemand hat mir erzählt, daß man hier vielleicht nach Haiti oder San Domingo ein Visum bekommen kann.“ Mir stockte das Herz; ein alter ausgemüdeter Mann mit Kindern und Enkeln, der zittert vor Hoffnung, in ein Land zu ziehen, das er zuvor nie recht auf der Karte gesehen, nur um dort sich weiter durchzubetteln und weiter fremd und zwecklos zu sein! Nebenan fragte einer mit verzweifelter Gier, wie man nach Shanghai gelangen könne, er hätte gehört, bei den Chinesen werde man noch aufgenommen. Und so drängte einer neben dem andern, ehemalige Universitätsprofessoren, Bankdirektoren, Kaufleute, Gutsbesitzer, Musiker, jeder bereit, die jämmerlichen Trümmer seiner Existenz wohin immer über Erde und Meere zu schleppen, was immer zu tun, was immer zu dulden, nur fort von Europa, nur fort, nur fort! Es war eine gespenstische Schar. Aber das Erschütterndste war für mich der Gedanke, daß diese fünfzig gequälten Menschen doch nur einen versprengten, einen ganz winzigen Vortrab darstellten der ungeheuren Armee der fünf, der acht, der vielleicht zehn Millionen Juden, die hinter ihnen schon im Aufbruch waren und drängten, all dieser ausgeraubten, im Kriege dann noch zerstampften Millionen, die warteten auf die Sendungen von den Wohltätigkeitsinstituten, auf die Genehmigungen der Behörden und das Reisegeld, eine gigantische Masse, die, mörderisch aufgeschuecht und panisch fliehend vor dem hitlerischen Waldbrand, an allen Grenzen Europas die Bahnhöfe belagerte und die Gefängnisse füllte, ein ganz ausgetriebenes Volk, dem man es versagte, Volk zu sein, und ein Volk doch, das seit zweitausend Jahren nach nichts so sehr verlangte, als nicht mehr wandern zu müssen und Erde, stille, friedliche Erde unter dem rastenden Fuß zu fühlen.

Aber das Tragischste in dieser jüdischen Tragödie des zwanzigsten Jahrhunderts war, daß, die sie erlitten, keinen Sinn mehr in ihr finden konnten und keine Schuld. All die Ausgetriebenen der mittelalterlichen Zeiten, ihre Urväter und Ahnen, sie hatten zumindest

gewußt, wofür sie litten: für ihren Glauben, für ihr Gesetz. Sie besaßen noch als Talisman der Seele, was diese von heute längst verloren, das unverbrüchliche Vertrauen in ihren Gott. Sie lebten und litten in dem stolzen Wahn, als auserlesenes Volk vom Schöpfer der Welt und der Menschen bestimmt zu sein für besonderes Schicksal und besondere Sendung, und das verheißende Wort der Bibel war ihnen Gebot und Gesetz. Wenn man sie auf den Brandstoß warf, preßten sie die ihnen heilige Schrift an die Brust und spürten durch diese innere Feurigkeit nicht so glühend die mörderischen Flammen. Wenn man sie über die Länder jagte, blieb ihnen noch eine letzte Heimat, ihre Heimat in Gott, aus der keine irdische Macht, kein Kaiser, kein König, keine Inquisition sie vertreiben konnte. Solange die Religion sie zusammenschloß, waren sie noch eine Gemeinschaft und darum eine Kraft; wenn man sie austieß und verjagte, so büßten sie für die Schuld, sich bewußt selbst abgesondert zu haben durch ihre Religion, durch ihre Gebräuche von den anderen Völkern der Erde. Die Juden des zwanzigsten Jahrhunderts aber waren längst keine Gemeinschaft mehr. Sie hatten keinen gemeinsamen Glauben, sie empfanden ihr Judesein eher als Last denn als Stolz und waren sich keiner Sendung bewußt. Abseits lebten sie von den Geboten ihrer einstmals heiligen Bücher, und sie wollten die alte, die gemeinsame Sprache nicht mehr. Sich einzuleben, sich einzugliedern in die Völker um sie, sich aufzulösen ins Allgemeine, war ihr immer ungeduldigeres Streben, um nur Frieden zu haben vor aller Verfolgung, Rast auf der ewigen Flucht. So verstanden die einen die andern nicht mehr, eingeschmolzen wie sie waren in die andern Völker, Franzosen, Deutsche, Engländer, Russen längst mehr als Juden. Jetzt erst, da man sie alle zusammenwarf und wie Schmutz auf den Straßen zusammenkehrte, die Bankdirektoren aus ihren Berliner Palais und die Synagogendiener aus den orthodoxen Gemeinden, die Pariser Philosophieprofessoren und die rumänischen Droschkenkutscher, die Leichenwäscher und Nobelpreisträger, die Konzertsängerinnen und die Klageweiber der Begräbnisse, die Schriftsteller und die Branntweinbrenner, die Besitzenden und die Besitzlosen, die Großen und die Kleinen, die Frommen und die Aufgeklärten, die Wucherer und die Weisen, die Zionisten und die Assimilierten, die Aschkenasim und die Sephardim, die Gerechten und die Ungerechten, und hinter ihnen noch die verstörte Schar derer, die längst dem Fluche entflüchtet zu sein glauben, die Getauften und die Gemischten – jetzt erst zwang man den Juden zum erstenmal seit Hunderten Jahren wieder eine Gemeinsamkeit auf, die sie längst nicht mehr empfunden, die seit Ägypten immer wiederkehrende Gemeinsamkeit der Austreibung. Aber warum dies Schicksal ihnen und immer wieder ihnen allein? Was war der Grund, was der Sinn, was das Ziel dieser sinnlosen Verfolgung? Man trieb sie aus den Ländern und gab ihnen kein Land. Man sagte: lebt nicht mit uns, aber man sagte ihnen nicht, wo sie leben sollten. Man gab ihnen Schuld und verweigerte ihnen jedes Mittel, sie zu sühnen. Und so starrten sie sich an auf der Flucht mit brennenden Augen – warum ich? Warum du? Warum ich mit dir, den ich nicht kenne, dessen Sprache ich nicht verstehe, dessen Denkweise ich nicht fasse, mit dem nichts mich verbindet? Warum wir alle? Und keiner wußte Antwort. Selbst Freud, das klarste Ingenium dieser Zeit, mit dem ich oft in jenen Tagen sprach, wußte keinen Weg, keinen Sinn in diesem Widersinn. Aber vielleicht ist es gerade des Judentums letzter Sinn, durch seine rätselhaft überdauernde Existenz Hiobs ewige Frage an Gott immer wieder zu wiederholen, damit sie nicht völlig vergessen werde auf Erde.

Teil 2

Protektorat Böhmen und Mähren

DOK. 235

Camill Hoffmann beschreibt am 15. März 1939 den deutschen Einmarsch in Prag und berichtet von Selbstmorden unter der jüdischen Bevölkerung¹

Handschriftl. Tagebuch von Camill Hoffmann² vom 15.3.1939

Nächtliche Beratungen mit Hitler verhindern nicht den Einmarsch deutschen Militärs, gestern abend Besetzung von Mähr.-Ostrau u. Friedek (Witkowitz), als müsste einer Aktion Polens in dieser Gegend zuvorgekommen werden, heute des ganzen Gebietes von Böhmen u. Mähren. Der tschech. Staat hat aufgehört zu sein. Hácha³ legte „das Schicksal des tschech. Volkes u. Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des D. Reiches“, der den Tschechen „eine ihrer Eigenart gemäße autonome Entwickl[un]g eines völkischen Lebens gewährleisten“ wird.⁴ Morgens meldet der R[un]d[un]k schon, daß deutsches Militär von allen Seiten einmarschiert, zwischen 10 und 11 treffen die ersten motorisierten Truppen von Melnik her auf dem Prager Invalidenplatz ein, und bald folgen andere, Motorfahrer, Tanks, Artillerie, Feldküchen, die Straßen sind voll Menschen. Der Tag ist grau, neblig, Schneegestöber, die Straßen vereist. Der Einmarsch war gewiß eine Gewaltleistung. Ich fahre im Autobus in die Stadt, der Autobus bleibt am Graben stecken, Ecke Graben-Wenzelsplatz ein Meer von Menschen, von Schutzleutenketten schwer zurückgehalten. Lautes, langes Massenpfeifen, dann wieder Kde domov můj,⁵ Fäuste über den Köpfen. Wenn das sich wiederholt, sage ich mir, gibt es noch Blutvergießen. Die Erregung ist ungeheuer, die Stimmung düster. Sonst ist die Menge erstaunlich diszipliniert. Es soll einen Toten geben. Ein junger Mann machte Anstalten, sich auf einen deutschen Offizier zu stürzen, nach anderer Version spuckte er ihn an, der Offizier zog sofort den Revolver u. schoß ihn nieder. Viele Selbstmorde von Juden, viele Verhaftungen. Früh um 7 wurde schon Hájek⁶ von deutscher Gestapo festgenommen, aber nach Verhör wieder entlassen. Man soll von ihm deutsche geheime Informatoren haben wissen wollen. Volksverräter.

1 Deutsches Literaturarchiv Marbach, HS.2002.0033.00047, Kopie: IfZ/A, F 147/1. Abdruck in: Camill Hoffmann, Politisches Tagebuch 1932–1939, hrsg. von Dieter Sudhoff, Klagenfurt 1995, S. 253f.

2 Camill Hoffmann (1878–1944), Diplomat, Journalist, Kulturkritiker, Dichter; 1912–1919 Schriftleiter der Dresdner Neuesten Nachrichten, 1921–1938 Leiter der Presseabt. der tschechoslowak. Gesandtschaft in Berlin, 1927 Ministerialrat des tschechoslowak. Außenministeriums, 1939 pensioniert; 1942 nach Theresienstadt deportiert, dort in der „Pressekanzlei“ der SS-Kommandantur tätig, in der u. a. Zeitungsausschnitte gesammelt wurden, 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

3 Dr. Emil Hácha (1872–1945), Jurist, Publizist, Übersetzer; 1938/39 Präsident der Tschecho-Slowakischen Republik, 1939–1945 Staatspräsident des Protektorats Böhmen und Mähren; am 13.5.1945 verhaftet, er starb wenig später in einem Gefängnis Krankenhaus in Prag.

4 Hoffmann zitiert Háchas Erklärung vom 15.3.1939, die dieser um 3.55 Uhr, zwei Stunden vor dem Einmarsch der Wehrmacht, abgab. Die Deklaration wurde auf Hitlers Geheiß von Außenminister Ribbentrop entworfen; Michael Freund, Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten. Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Freiburg 1954, S. 453.

5 Tschech.: Wo ist meine Heimat?, die tschech. Nationalhymne.

6 Jiří Hájek (1913–1993), Politiker, Politologe; Mitglied im Jugendverband der tschech. Sozialdemokraten; 1939–1945 inhaftiert; von 1953 an Professor in Prag, 1955–1958 Botschafter in Großbritannien, 1962–1965 Vertreter der ČSSR bei den Vereinten Nationen, 1968 Außenminister, befürwortete den Prager Frühling, 1970 aus der KPČ ausgeschlossen.

Abends wird überraschenderweise bekannt, daß Hitler 7 Uhr 40 in der Prager Burg eingetroffen sei. Die Führerstandarte auf dem Hradschin. Die Fensterreihen der großen Säle erleuchtet. Er empfängt Generäle, Offiziere, Funktionäre der NS, Minister, wohl nur die Deutschen unter sich.

DOK. 236

Helga Hošková schildert in ihrem Tagebuch den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei am 15. März 1939¹

Handschriftl. Tagebuch von Helga Hošková,² Eintrag zum 15. 3. 1939

Es war am 15. März 1939, als das Leben mich zum zweiten Mal mit der Wirklichkeit konfrontierte. Als ich am Morgen aufwachte, sah ich Vati³ und Mutti⁴ mit gesenkten Köpfen am Radio sitzen. Zunächst wusste ich nicht, was passiert war, ich bekam es aber bald mit, denn im Radio meldete sich der Nachrichtensprecher und sagte: „Heute um 6 Uhr 30 überschritt die deutsche Armee die Grenzen der Tschechoslowakei.“ Noch heute kann ich die Stimme klar hören. Ich habe zwar nicht viel vom Inhalt der Worte verstanden, spürte aber, dass sich hinter ihnen etwas Schreckliches verbarg. Der Nachrichtensprecher meldete sich dann noch mehrmals. Er mahnte die Einwohner zu Ruhe und Festigkeit. Ich blieb noch eine Weile liegen. Vati setzte sich zu mir ans Bett. Er sagte kein Wort. Ich nahm seine Hand. Ich fühlte, wie sie zitterte. Vati war ernst, man konnte ihm anmerken, dass er sehr aufgeregt war. Es herrschte Stille, die nur vom leisen Ticken der Uhr unterbrochen wurde. Es lag etwas in der Luft. Niemand wollte das peinliche Schweigen beenden. So verharrten wir mehrere Minuten. Dann zog ich mich an und ging in die Schule. Mutti begleitete mich an jenem Tag. Unterwegs sahen wir bekannte und unbekannte Gesichter. In ihren Augen konnte man Angst und Traurigkeit lesen sowie die Frage: „Wie wird es weitergehen?“

Auch in der Schule ging es damals traurig zu. Das sonst heitere Plappern und sorglose Kinderlachen hatten sich in verschrecktes und verschüchtertes Wispern verwandelt. Im Flur und in den Klassenräumen sah man kleine Gruppen diskutierender Mädchen. Als es klingelte, gingen wir wieder in unsere Klassenräume. An jenem Tag haben wir nicht viel gelernt. Wir waren alle zerstreut und atmeten auf, als es läutete. Wir gingen nach

1 Original in Privatbesitz, Abschrift in Moreshet, D2, 215. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt. Helga Hošková führte seit Sept. 1938 Tagebuch; sie schrieb teilweise in Rückblicken, so auch diesen Eintrag.

2 Helga Hošková, geb. Weiss (* 1929), Künstlerin, Illustratorin, Lehrerin; wurde am 7. 12. 1941 zusammen mit ihren Eltern nach Theresienstadt und im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert, von dort über Freiberg bei Dresden nach Mauthausen, wo sie 1945 von US-Truppen befreit wurde; kehrte im Mai 1945 nach Prag zurück und studierte später Kunst, lebt in Prag.

3 Otto Weiss (1898 – 1944), Angestellter; stammte aus Pardubitz, im Ersten Weltkrieg verwundet, nach 1918 in Prag Angestellter in der Länderbank; er wurde im Dez. 1941 nach Theresienstadt, im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Irena Weiss, geb. Fuchs (1906 – 1990), Schneiderin; wurde zusammen mit ihrer Tochter nach Theresienstadt, Auschwitz und Mauthausen deportiert und dort befreit; kehrte mit ihrer Tochter in ihre Vorkriegswohnung in Prag zurück, arbeitete in einem Staatsbetrieb als Schneiderin.

Hause. Auf viele von uns warteten die Eltern. Auch meine Mutter kam mich abholen. Auf dem Heimweg sahen wir schon viele deutsche Autos und Panzer. Die Soldaten waren schlecht angezogen, und die Autos waren aus dünnem Blech. Obwohl ihre Ausrüstung schlecht war, jagte uns das alles einen Schrecken ein. Das Wetter war an jenem Tag abscheulich. Es fiel Regen und Schnee, der Wind heulte. Als ob die Natur rebelliert hätte. So wurden wir plötzlich vom Deutschen Reich „beschützt“, ohne zu wissen, wie und wovor. Die Slowakei unterlag den Reizen Deutschlands und trennte sich von den böhmischen Ländern im blinden Glauben, damit zu einer unabhängigen, freien Nation zu werden.⁵ Wir bekamen auch einen neuen Namen. Statt Tschechoslowakei nannte man uns jetzt Protektorat Böhmen und Mähren.⁶ Seit dem 15. März gab es keinen einzigen ruhigen Tag mehr.

DOK. 237

**Göring informiert die zuständigen Behörden
am 16. März 1939 über seine Kompetenzen in allen Wirtschaftsfragen
und verbietet „wilde Arisierungsmaßnahmen“¹**

Schnellbrief von Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, gez. Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan (St.M.Bev. Dev. 2560), an a) die Reichsminister, b) den Protektor, c) die Geschäftsgruppen des Vierjahresplans, d) die Generalbevollmächtigten, e) Reichskommissar Bürckel (für Mähren), f) Reichskommissar Henlein (für Böhmen)² vom 16. 3. 1939 (Abschrift)

Die Besonderheiten, die sich bei der Eingliederung des Reichsprotektorats von Böhmen und Mähren in den deutschen Wirtschaftsraum ergeben werden, erfordern mehr noch, als es bei der Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes nötig gewesen ist, eine einheitliche Lenkung. Ich behalte mir deshalb in allen grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen die Entscheidung vor und bitte, mir sobald wie möglich mitzuteilen, welche Pläne bei Ihnen im einzelnen bestehen. Insbesondere bitte ich, sie bei der Einführung deutscher wirtschafts- oder arbeitsrechtlicher Vorschriften jeweils vorher vorzulegen.

Im einzelnen weise ich zunächst auf folgendes hin:

1. Die tschechoslowakische Industrie ist bekanntlich sehr ausfuhrorientiert. Auf die Erhaltung dieser Ausfuhr muß aus den bekannten Devisengründen ausschlaggebender

⁵ Nach einem Treffen des von der tschecho-slowak. Regierung abgesetzten Premierministers der Slowakei Jozef Tiso mit Hitler am 13. 3. 1939 stimmte das slowak. Parlament am Tag darauf einstimmig für die Unabhängigkeit der Slowakei.

⁶ Am 16. 3. 1939 rief Hitler das Protektorat Böhmen und Mähren aus.

¹ Kopie: NAP, sbírka filmů, film II 434 b/06075. Abdruck in: Miroslav Kárný/Jaroslava Milotová, Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha, Praha 1987, Dok. 52, S. 129 – 131.

² Konrad Henlein (1898 – 1945), Lehrer; 1933 Gründer der Sudetendeutschen Heimatfront; 1938 SS-Eintritt; 1938/39 Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, von 1938 an Gauleiter, seit 1939 Reichsstatthalter im Sudetenland; 1939 NSDAP-Eintritt; CdZ in Böhmen, 1942 – 1945 Reichsverteidigungskommissar im Sudetenland; 1943 SS-Obergruppenführer; nahm sich in US-Internierung das Leben.

Wert gelegt werden. Ich bitte den Herrn Reichswirtschaftsminister,³ alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere müssen zunächst alle laufenden Verträge von den Werken Böhmens und Mährens fristgemäß erfüllt werden, damit der Devisenerlös für die gesamtdeutsche Wirtschaft gesichert wird.⁴

2. Der Ausverkauf Böhmens und Mährens durch reichsdeutsche Aufkäufer ist einstweilen durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert worden. Um die Rohstoffvorräte Böhmens und Mährens ordnungsmäßig einsetzen zu können, ist es nötig, auch für die Zukunft Vorkehrungen zu treffen, um einen solchen Ausverkauf zu vermeiden, der praktisch zu einer Umgehung der deutschen Verarbeitungsvorschriften führen kann. Ich bitte auch hier den Herrn Reichswirtschaftsminister, entsprechende Maßnahmen vorzusehen.⁵

3. Der Besitzwechsel bei großen wirtschaftlichen Werten, insbesondere bei Grundbesitz, Gewerbebetrieben, Aktienmehrheiten, Beteiligungen usw., muß in einer den Belangen der deutschen Wirtschaft entsprechenden Weise geordnet werden. Deshalb behalte ich mir einstweilen die Zustimmung bei allen größeren Objekten (ab ½ Million) vor. Ich bitte den Herrn Reichswirtschaftsminister, dafür zu sorgen, daß die entsprechenden Anzeigepflichten und Genehmigungsvorbehalte eingeführt werden, damit eine laufende Kontrolle über die Besitzumschichtungen möglich wird.⁶

4. Wilde Arisierungsmaßnahmen sind zu verhindern; Zeit, Maß und Tempo etwaiger Entjudungsmaßnahmen werde ich bestimmen.⁷

5. Soweit Leistungen von Landeseinwohnern gefordert werden oder an diese Löhne bezahlt werden müssen, bitte ich auf Grund der Erfahrungen im Sudetenland alle öffentlichen Bedarfsträger dringend, äußerste Disziplin zu wahren. Es muß grundsätzlich von dem ortsüblichen Lohn und Preis ausgegangen und jeder Vergleich mit reichsdeutschen Verhältnissen ausgeschlossen werden. Übersteigerungen auf diesem Gebiete können zu schweren Rückschlägen führen.

6. Grundsätzlich ist dafür zu sorgen, daß das Wirtschaftsleben ungestört weiterläuft. Von der Einsetzung von Treuhändern oder Kommissaren für Einzelunternehmen ist abzusehen. Wenn eine derartige Maßnahme in Ausnahmefällen unvermeidbar erscheint, ist die Zustimmung des zuständigen Fachministers einzuholen.

3 RWM war Walther Funk.

4 Die Industrieanlagen waren für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung; Schätzungen zufolge stammten neun bis zwölf Prozent der deutschen Industrieproduktion aus dem Protektorat.

5 Siehe Einleitung, S. 23.

6 Göring setzte es in der Folge durch, dass Hans Kehrl zu diesem Zweck als Bevollmächtigter des RWM nach Prag kam.

7 Göring fürchtete eine Verschleuderung von Vermögenswerten, wie sie in der Frühphase des Anschlusses Österreichs vorgekommen war; siehe VEJ 2, S. 38 f.

DOK. 238

**Der Oberlandrat in Mährisch-Budwitz ordnet am 19. März 1939
die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte an¹**

Schreiben des Oberlandrats von Mährisch-Budwitz, gez. Dr. Grazer,² an den Bezirkshauptmann in Mährisch-Budwitz, Trebitsch und Hrottowitz,³ vom 19. 3. 1939 (Abschrift)

Ich beabsichtige, alle die Juden betreffenden Fragen in den mir unterstellten Bezirken Mährisch-Budwitz, Trebitsch und Hrottowitz einheitlich zu regeln. Zu diesem Zwecke ordne ich folgendes an:

Einzelaktionen gegen Juden dürfen nicht stattfinden. Die in den vorstehenden Bezirken bestehenden jüdischen Geschäfte werden nicht behördlich geschlossen. Es wird vielmehr dem Empfinden der Bevölkerung anheimgestellt, die jüdischen Geschäfte zu meiden. In diesem Sinne sind die Verkaufsstellen der Juden sofort durch Schilder in der Größe von 20 x 50 cm kenntlich zu machen. Die Schilder tragen die Aufschrift: „*Jüdisches Geschäft*“, und zwar in deutscher und tschechischer Sprache.

Ich ersuche die Bezirkshauptmänner, in ihren Bezirken umgehend das Weitere zu veranlassen. Durchführung dieser Verfügung ist mir bis zum 23.III. 1939 anzuzeigen.

DOK. 239

**Unterstaatssekretär von Burgsdorff unterrichtet Gauleiter Bürckel am 19. März 1939,
im Protektorat seien Synagogen in Brand gesetzt worden¹**

Bericht des Unterstaatssekretärs von Burgsdorff,² Brünn, an Gauleiter Bürckel, Wien, vom 19. 3. 1939³

1.) Es herrscht im Lande Mähren bis auf wenige Übergriffe völlige Ruhe. Die Oberlandräte haben gemeldet, daß sie von den tschechischen Behörden zuvorkommend aufgenommen worden sind und daß sie glauben, daß sich eine gute Zusammenarbeit entwickeln wird.

1 NAP, ÚŘP, Armádní skupina 3, Karton 1, Kopie: USHMM, RG-48.005M, reel 2.

2 Dr. Oskar Grazer (1906 – 1991), Jurist; 1932 NSDAP-, 1933 SA-Eintritt, 1933–1936 hauptamtlich im SA-Dienst; 1937/38 im Bayer. Staatsministerium des Innern, Okt. 1938 bis Aug. 1939 komm. Bezirkshauptmann, dann Landrat in Znaim/Mähren, danach in Nikolsburg, März 1940 bis 1942 in Tulln, 1942 Wechsel zur Partei-Kanzlei, 1944 Gauhauptmann von Salzburg; gründete 1954 die Fa. Dr. Grazer & Co., Wien.

3 Hauptmann des Bezirksamts in Mährisch-Budwitz war von Mai 1938 bis 1942 Dr. Viktor Souček (*1891), Jurist; im Juli 1942 wurde er zum Landesamt nach Brünn versetzt. Als Hauptmann beim Bezirksamt in Trebitsch fungierte 1928 – 1942 Josef Navrátil. Hrottowitz war nur der Sitz eines Gerichtsbezirks.

1 NAP, ÚŘP, AMV 1 H-94-1, Karton 92.

2 Dr. Curt von Burgsdorff (1886 – 1962), Verwaltungsbeamter; 1933 NSDAP-Eintritt, SA-Gruppenführer; 1933–1936 Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im sächs. Innenministerium, leitete 1938/39 das Amt des Reichsstatthalters in Wien, 1939 – 1942 Unterstaatssekretär beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, 1943–1945 Gouverneur des Distrikts Krakau; 1948 in Polen zu drei Jahren Haft verurteilt, 1949 entlassen.

3 Im Original handschriftl. Unterstreichungen, Korrekturen und Bearbeitungsvermerke.

2.) Es sind die Hauptsynagogen in Brünn, die Synagoge in Olmütz, die Synagoge in Wsetin abgebrannt worden. Ebenso in Wsetin das Rabbinerhaus. Ich habe dafür gesorgt, daß das Anzünden der zweiten Synagoge in Brünn nicht stattfindet. Die Läden der Juden sind durch Aufschriften wie „Jud“ oder „Saujud“ gekennzeichnet. Wenn es auch durchaus richtig ist, die jüdischen Geschäfte zu kennzeichnen, so hat es ordnungsgemäß zu geschehen und nicht durch Sudeleien. Ich werde mit der hiesigen Partei deshalb Fühlung nehmen. Die entsprechende Anweisung hat der kommissarische Polizeidirektor von Brünn Pg. Dr. Schwabe⁴ bekommen. Schwabe ist, wie mir auch von Regierungsdirektor Stahlecker bestätigt worden ist, von Reichsführer-SS Himmler persönlich als kommissarischer Polizeidirektor eingesetzt worden.

3.) Hin und wieder macht sich ein leichter Widerstand bemerkbar, so in tschechischen Geschäften, wo ostentativ das tschechische Publikum besser bedient wird wie das deutsche. Auch Polizeibeamte auf den Straßen geben manchmal auf Anfragen keine Antwort, ohne irgendwie zu verstehen zu geben, daß sie die deutsche Sprache nicht beherrschen. Von den beiden Masten, die vor dem Gebäude der Arbeiterpensionsanstalt in Brünn stehen,⁵ sind die Hakenkreuzfahnen abgerissen worden. Sie sind vom deutschen Konsulat gesichert worden. Die Angelegenheit wird von der Gestapo untersucht, zumal im Erdgeschoß des Gebäudes auch bei Tags die Vorhänge heruntergelassen sind, obwohl gearbeitet wird.

4.) Leider machen sich wilde Arisierungversuche bemerkbar. An sehr vielen jüdischen Geschäften steht bereits die Aufschrift „in kommissarischer Leitung“. Ich habe die Absicht, auf Grund des mir zunächst mündlich mitgeteilten Erlasses des Generalfeldmarschalls,⁶ wonach alle Eingriffe auch in jüdische Geschäfte verboten sind, eine entsprechende Verordnung zu erlassen. In dieser Verordnung will ich den Verkauf jüdischer Geschäfte verbieten, weil dieser Verkauf in 99 von 100 der Fälle doch unter Druck geschieht und weil ich glaube, daß damit das Bedürfnis, kommissarische Leitungen von Judengeschäften zu übernehmen, stark zurückgehen wird.⁷

5.) Wie mir mitgeteilt worden ist, bemüht sich Pg. Landesstatthalter Birthelmer⁸ um eine Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft der südlichen Gebiete Mährens mit Niederdonau. Ebenso scheint sich Pg. Dadiou⁹ um die hiesigen Bergwerke zu bemühen.

4 Dr. Karl Schwabe (1899 – 1946), Jurist; Rechtsanwalt in Brünn, 1922 wegen Spionage zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; 1939 NSDAP-Eintritt; besetzte am 14. 3. 1939 die Polizeidirektion in Brünn, 1939 – 1945 Polizeidirektor in Brünn; 1940 SS-Eintritt, 1941 SS-Standartenführer; von einem außerordentlichen Volksgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

5 Gemeint ist entweder die Allgemeine Pensionsanstalt in der Kopalgasse 20 oder die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien in der Koliště 51–55.

6 Hermann Göring.

7 Der CdZ in Brünn verbot am 20. 3. 1939 die Veräußerung jüdischer Geschäfte in Mähren sowie am 22. 3. 1939 den Verkauf, die Pacht oder das Verschenken des Realbesitzes von Juden; erst mit der VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. 6. 1939 kam es zu einer einheitlichen Regelung im Protektorat; siehe Dok. 247 vom 21. 6. 1939.

8 Heinz Adolf Birthelmer (1884 – 1940), Ingenieur; 1938 NSDAP-Eintritt; 1938 – 1940 Landesstatthalter und Gauwirtschaftsberater des Reichsgaus Niederdonau, Generaldirektor der Eisenstädter Elektrizitäts AG.

9 Dr. Armin Dadiou (1901 – 1978), Chemiker; 1932 Professor; 1932 NSDAP-, 1936 SS-Eintritt; 1938 Landesstatthalter und Gauhauptmann der Steiermark, Beauftragter Görings für die Lagerstättenforschung in Österreich; 1941 SS-Oberführer; 1948 Flucht über Italien nach Argentinien, dort Regierungsberater für die Raketentechnik, leitete von 1962 an das Institut für Raketentreibstoffe in Stuttgart.

Ich beabsichtige diese Bemühungen zunächst zu unterbinden, da ich nicht darüber unterrichtet bin, daß diese Parteigenossen von Ihnen einen entsprechenden Auftrag hätten. Wenn ich hierin irren sollte, so bitte ich um sofortige Benachrichtigung. Ich würde es aber für unzweckmäßig halten, wenn Parteigenossen, die außerhalb der Wirtschaftsgruppe des Chefs der Zivilverwaltung stehen, Sonderaufträge erhielten, da diese leicht zu einem Nebeneinander oder Gegeneinander führen können.

6.) In Ungarisch-Hradisch (Uher. Hradiste), in Göding (Hodonin) und in Ungarisch-Brod (Uh. Brod, südöstlich von Ungarisch-Hradisch) sind, wie mir Oberlandrat Reichelt aus Ungarisch-Hradisch mitteilt, große Demonstrationen erfolgt, weil unter der Bevölkerung Gerüchte verbreitet sind, daß die Gegend um Ungar. Hradisch, Ungar.-Brod und Göding an die Slowakei abgetreten werden soll. Das Gerücht soll nach Angabe des Oberlandrates durch Nachrichten des Pressburger Senders und slowakische Nachrichten des Reichssenders Wien bestärkt werden.¹⁰ Ich kann mir das bezüglich des Reichssenders Wien nicht recht vorstellen, würde aber dankbar sein, wenn Sie, Herr Gauleiter, an den Reichssender Wien trotzdem eine entsprechende Anordnung erlassen würden.

7.) Die tschechischen Pressenachrichten sind nicht uninteressant. Namentlich bringt der „Venkov“ Leitaufsätze des Chefredakteurs Halik,¹¹ der wohl der Pressechef der nationalen Einheitspartei ist. Der Grundtenor der Aufsätze ist, daß die Tschechen zur Verwirklichung der unbedingten Einheit des Volkes aufgefordert werden und daß jeder Kleinmut und jede seelische Verwirrung bekämpft werden. Zwischen den Zeilen möchte ich lesen, daß der Versuch gemacht wird, auf Grund der großherzigen Proklamation des Führers das tschechische Volkstum möglichst geschlossen und stark zu erhalten.

8.) Im Einvernehmen mit der Heeresgruppe sind der tschechischen Polizei in dem Umfange die Waffen wiedergegeben worden, als es der Dienst auf der Straße erfordert. Es handelt sich in der Hauptsache um die Faustfeuerwaffen, bei der Gendarmerie auch um die Karabiner. Maschinengewehre und andere schwere Waffen bleiben selbstverständlich abgenommen.

Heil Hitler!

¹⁰ In Göding hatte sich Anfang März das Gerücht verbreitet, dass radikale Gruppierungen einen Putsch in der Slowakei vorbereiteten und die Mährische Slowakei, die u. a. die Bezirke Göding und Ungarisch Hradisch umfasste, zusammen mit der Slowakei an Ungarn anschließen wollten. Die Strana národní jednoty (Partei der nationalen Einheit) kündigte daraufhin am 10. 3. 1939 für die Einheit Mährens eine Großdemonstration für den 19. 3. in Brumow an. Diese fand jedoch nicht mehr statt.

¹¹ Rudolf Halík (1881–1960), Lehrer, Journalist, Politiker; 1938–1941 Hauptschriftleiter der Tageszeitung Venkov in Prag, Mitglied des Parteivorstands der Agrarpartei; 1946 wegen Kollaboration zu 18 Monaten, 1948 zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen.

DOK. 240

**Im Reichsinnenministerium werden am 25. März 1939
die Rechtsstellung des Protektorats und Richtlinien für die Behandlung
der jüdischen Bevölkerung besprochen¹**

Protokoll (geheim), ungez., vom 25.3.1939²

Protokoll über die Staatssekretär-Besprechung vom 25. März 1939 im Reichsministerium des Innern.

Vorsitzender: Staatssekretär *Pfundtner*.³

Nach Eröffnung der Besprechung durch den Vorsitzenden weist *Staatssekretär Dr. Stuckart* zunächst darauf hin, daß die Besprechung dazu dienen soll, die einzelnen Ressorts über die Grundgedanken der staatsrechtlichen Gestaltung des Protektorats zu unterrichten, und trägt dann die anliegende Ausarbeitung vor, die alle in dieser Hinsicht vom Führer geäußerten Wünsche und die hierauf beruhenden größeren staatsrechtlichen Gesichtspunkte enthält.

Im Anschluß an diese Ausführungen stellt *Staatssekretär Freiherr von Weizsäcker*⁴ (Auswärtiges Amt) fest, daß der Gesandte des Protektorats in Berlin nicht Angehöriger des Diplomatischen Korps und nicht beim Führer und Reichskanzler akkreditiert sein wird. Für die Behandlung der Grenzfragen des Protektorats wird innerhalb der Berliner Ministerien das Auswärtige Amt federführend sein, soweit die Grenzen gegenüber der Slowakei und Polen in Frage kommen. Für die Grenzfragen zwischen Protektorat und dem Reich wird die Federführung beim Reichsinnenminister liegen.

*Staatssekretär Dr. Schlegelberger*⁵ (Reichsjustizministerium) ist der Auffassung, daß im Bereich der Justizverwaltung die von der Tschecho-Slowakei mit dem Reich abgeschlossenen Verträge als innerstaatliches Recht weiter gelten können.

Die Form der Eheschließung im Protektorat bedürfe baldiger Klärung.

Für die Organisation der deutschen Gerichte im Protektorat sei es zweckmäßig, anstelle eines außerhalb des Protektorats gelegenen Oberlandesgerichts einen deutschen Senat bei einem Prager Gericht zu bilden.

Es wird ferner festgestellt, daß nach Auffassung des Führers die deutsche Gerichtsbarkeit für die deutschen Staatsangehörigen nicht nur im Strafrecht, sondern auch auf dem Gebiete des Zivilrechts, und zwar auch dann zur Anwendung kommen soll, wenn nur *ein* Teil (Kläger oder Beklagter) deutscher Staatsangehöriger ist.⁶

1 NAP, 109-1/88, Bl. 1-8a. Abdruck in: Kárný/Milotová, Anatomie (wie Dok. 237, Anm. 1), Dok. 1, S. 1-4.

2 Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

3 Johannes (Hans) Pfundtner (1881-1945), Jurist; nach dem Ersten Weltkrieg zunächst im RWM tätig, 1925-1933 Rechtsanwalt und Notar; 1932 NSDAP-Eintritt; 1933-1943 StS im RMDI, 1943 a. D.; nahm sich 1945 das Leben; Hrsg. der Zeitschriften Das neue deutsche Reichsrecht und Die Verwaltungsakademie.

4 Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951), Diplomat; von 1920 an im AA tätig, 1931 Gesandter in Oslo, 1933 in Bern, 1936 Leiter der Polit. Abt. des AA, 1938 StS; 1938 NSDAP-Mitglied; 1943-1945 Botschafter beim Vatikan; 1947 inhaftiert, 1949 in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

5 Dr. Franz Schlegelberger (1876-1970), Jurist; von 1918 an im RJM, 1921 Ministerialrat, 1922 Honorarprofessor in Berlin, 1927 MinDir., 1931 StS; 1938 NSDAP-Eintritt; Jan. 1941 bis Aug. 1942 komm. RJM; 1947 in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt, 1951 entlassen.

6 VO über die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren vom 14. 4. 1939, RGBl.,

*Staatssekretär Generaloberst Milch*⁷ (Reichsluftfahrtministerium) teilt mit, daß der Luftverkehr im Protektorat vom Reich übernommen werden solle und daß zu diesem Zweck das Luftverkehrsrecht angeglichen werden müsse.

*Staatssekretär Kleinmann*⁸ (Reichsverkehrsministerium) betont, daß mit Rücksicht auf die besonderen Aufgaben der Reichsbahn für die Reichsverteidigung unmittelbare Befragte der Reichsbahn bei den Direktionen der böhmisch-mährischen Eisenbahn und ein unmittelbarer Geschäftsverkehr mit diesen Stellen erforderlich sein werden. Staatssekretär Dr. Stuckart erklärt, man müsse zwar zwischen diesen besonderen Aufgaben der Reichsbahn und den allgemeinen Angelegenheiten unterscheiden; grundsätzlich müsse aber der Reichsprotektor auch über die RV-Angelegenheiten orientiert sein, deshalb müsse grundsätzlich der Geschäftsverkehr über ihn geleitet werden. Seiner Dienststelle könnten Vertreter der Reichsbahn und der sonstigen Verkehrszweige zur Bearbeitung der Verkehrsangelegenheiten zugeteilt werden.

*Staatssekretär Zschintzsch*⁹ (Reichserziehungsministerium) erklärt in Übereinstimmung mit Staatssekretär Frank¹⁰ vom Reichsprotektor, die Hochschulen des Protektorats müßten als reichseigene Einrichtungen auf den Reichsetat übernommen werden.

*Staatssekretär Syrup*¹¹ (Reichsarbeitsministerium) betont die Notwendigkeit der sofortigen Abordnung von reichsdeutschen Beamten der Arbeitsverwaltung zu den Behörden des Protektorats zwecks Anwerbung von Arbeitskräften für Salzgitter usw.

Die gleiche Notwendigkeit liegt, wie *Staatssekretär Landfried*¹² (Reichswirtschaftsministerium) mitteilt, für die Bevollmächtigten des Reichswirtschaftsministeriums vor.

1939 I, S. 752–754; VO über die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren vom 14. 4. 1939, RGBl., 1939 I, S. 754–758; VO über die Ausübung der bürgerlichen Rechtspflege im Protektorat Böhmen und Mähren vom 14. 4. 1939, RGBl., 1939 I, S. 759 f.

7 Erhard Milch (1892–1972), Offizier der Luftwaffe; 1926 Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa AG; 1933 NSDAP-Eintritt; 1933 StS im RLM, 1940 Generalfeldmarschall der Luftwaffe, 1945 nach Auseinandersetzungen mit Göring aller Funktionen enthoben; 1947 von einem US-Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt, 1954 entlassen, später als Berater für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie tätig.

8 Wilhelm Kleinmann (1876–1945), Bauingenieur; 1920 Betriebsleiter der Eisenbahndirektion Kattowitz; 1931 NSDAP-Eintritt; 1933 Präsident der Reichsbahndirektion Köln und Stellv. des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn; 1934 SA-Oberführer; 1938–1942 StS im RVM, 1942 Generaldirektor der Mitropa.

9 Werner Zschintzsch (1888–1953), Jurist; 1920–1922 DNVP-Mitglied, 1924–1933 Referent und von 1926 an MinR. im Preuß. Ministerium des Innern; 1933 NSDAP-Eintritt; 1933–1936 Regierungspräsident in Wiesbaden; 1936 SS-Eintritt; 1936–1945 StS im REM; 1949 bei der Entnazifizierung als Mitläufer eingestuft.

10 Karl Hermann Frank (1898–1946), Buchhändler; 1936–1938 stellv. SdP-Vorsitzender, 1938 NSDAP- und SS-Eintritt, 1938–1945 MdR; 1938/39 stellv. Gauleiter des Sudetengaus, 1939–1943 StS beim Reichsprotektor Böhmen und Mähren; 1943 SS-Obergruppenführer; 1939–1944 HSSPF in Böhmen und Mähren, 1943–1945 Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, 1944 General der Waffen-SS; in Prag gehängt.

11 Dr. Friedrich Syrup (1881–1945), Ingenieur, Jurist, Staatswissenschaftler; von 1905 an im preuß. Staatsdienst, 1920–1927 Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, 1927–1932 und 1933–1938 Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1932/33 RArbM, NSDAP-Mitglied; 1936–1942 beim BVP für den Arbeitseinsatz verantwortlich, 1939–1942 StS im RArbM; starb in sowjet. Gefangenschaft.

12 Dr. Friedrich Walter Landfried (1884–1952), Jurist; 1920 Reg. Rat im preuß. Verwaltungsdienst, 1925 Ministerialrat, 1932 Ministerialdirektor, 1933–1943 StS im Preuß. FM, 1939–1943 zugleich StS im RWM, Aufsichtsratsvorsitzender zahlreicher Firmen, 1945 komm. Präsident der Preuß. Staatsbank; 1945 interniert.

Es wird festgestellt, daß die nach Prag abgeordneten Beamten des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers zur Zeit als Beauftragte des Oberbefehlshabers des Heeres bzw. der beiden Heeresgruppen und später als Angehörige der Dienststellen des Reichsprotectors tätig sein können. Auf die Unterstellung dieser Beamten unter den Reichsprotector und auf ihre echte Eingliederung in dessen Behörde kann nicht verzichtet werden. Auch soll bei der Abordnung von Beamten nach Prag größte Zurückhaltung geübt werden.

*Staatssekretär Körner*¹³ und der Vertreter des Reichsforstamtes weisen auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Jagdrechts und der Anpassung der Holzerzeugung im Protektorat an die Bedürfnisse des Reichs hin.

Auf Anfrage des Vertreters des Reichsfinanzministeriums wird festgestellt, daß die deutschen Staatsangehörigen im Protektorat der Finanzhoheit der Protektoratsbehörden unterliegen. Es wird noch zu klären sein, an wen die im Protektorat beschäftigten Reichsbeamten ihre Steuern zu zahlen haben.

Nach Bekanntgabe einer Anordnung des Führers über die Betreuung der Volksdeutschen im Protektorat durch die Partei schließt *Staatssekretär Pfundtner* die Sitzung mit der nochmaligen Feststellung, daß der Reichsprotector der alleinige Repräsentant des Führers im Protektorat ist und daß infolgedessen eine unmittelbare Abordnung von Beamten zu den Protektoratsministerien *nicht* in Frage kommen kann. Die Vertreter der Reichsressorts werden vielmehr in der Dienststelle des Reichsprotectors zusammengefaßt werden. Ihre Zahl ist möglichst geringzuhalten. Solange der Oberbefehlshaber des Heeres Inhaber der vollziehenden Gewalt im Protektorat ist, sind die Vertreter der Ressorts im Protektorat lediglich Beauftragte des Oberbefehlshabers des Heeres bzw. der Chefs der Zivilverwaltung und unterstehen deren Anweisungen.

[...] ¹⁴

Im einzelnen folgt aus der Autonomie des Protektorats folgendes:

1. Das bisherige tschechoslowakische Recht tritt nach Artikel 12 nur insoweit außer Kraft, als es dem Sinne der Übernahme des Schutzes durch das Deutsche Reich widerspricht. Einer besonderen Klarstellung, daß einzelne tschechoslowakische Gesetze noch gelten, bedarf es daher grundsätzlich nicht. Die Gesetze des Reichs gelten nicht ohne weiteres im Protektorat. Es ist erforderlich, Rechtsvorschriften des Reichs, die in Zukunft erlassen werden und die auch für das Protektorat gelten sollen, ausdrücklich auf das Protektorat zu erstrecken. Bereits bestehendes Reichsrecht muß im Protektorat durch Verordnung eingeführt werden, wenn es dort gelten soll.

Die dem Sinne der Übernahme des Schutzes durch das Reich widersprechenden tschechischen Gesetze treten außer Kraft. Die Feststellung, welche Gesetze außer Kraft treten, wird in erster Linie der Reichsprotector zu treffen haben.

2. Das Protektorat führt eine eigene Fahne und ein eigenes Siegel.

3. Die Bewohner des Protektorats besitzen mit Ausnahme der Volksdeutschen, die nach Artikel 2 deutsche Staatsangehörige sind, die Staatsangehörigkeit des Protektorats. Sie

¹³ Paul Körner (1893–1957), Jurist; 1931 NSDAP-, 1932 SS-Eintritt, 1933 und 1936–1945 MdB; 1933 persönlicher Referent von Göring, 1933 StS im Preuß. Staatsministerium, 1936 Stellv. Görings als BVP; 1942 SS-Obergruppenführer; 1949 in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1951 entlassen.

¹⁴ In den ersten Abschnitten der beigefügten Ausarbeitung geht es um den rechtlichen Status des Protektorats.

sollen nach dem Willen des Führers weder im Inland noch im Ausland im Verhältnis zum Reich als Ausländer behandelt werden. Sie sind vielmehr als Protektoratsangehörige Inländer besonderer Art. Es sind daher auf sie nicht anwendbar die Bestimmungen über Auslandspässe, Ausländerpolizei, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Jedoch soll für die Einreise von Protektoratsangehörigen in das Reich ein Visumzwang eingeführt werden. An der Grenze zwischen Protektorat und Reich soll keine Grenzkontrolle stattfinden; vielmehr soll die Einreise von Protektoratsangehörigen ohne Visum durch hohe Strafen verhindert werden.

Die bisherigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz im Ausland sollen nach dem Willen des Führers auch Protektoratsangehörige werden, soweit sie mit dem zum Protektorat gehörigen Gebiet in Beziehungen stehen, also dort heimatberechtigt sind. Ehen zwischen Protektoratsangehörigen und Reichsangehörigen sollen genehmigungspflichtig werden, jedoch nicht nach dem Gesetz über die Eheschließung mit Ausländern. Der Reichsjustizminister¹⁵ soll vielmehr eine besondere Bestimmung hierfür schaffen.

Die volksdeutschen Bewohner des Protektorats sind deutsche Staatsangehörige und vorläufige Reichsbürger nach dem Reichsbürgergesetz.¹⁶ Um ihnen alle Möglichkeiten im Protektorat zu eröffnen, werden die im Protektorat ansässigen Reichsangehörigen auch die Rechte der Protektoratsangehörigen behalten bzw. erhalten müssen. Welcher Personenkreis zu den volksdeutschen Bewohnern zu rechnen ist, bedarf noch der Feststellung in einer besonderen Verordnung. Für die volksdeutschen Bewohner gelten auch die Vorschriften des Blutschutzgesetzes, also insbesondere das Eheverbot mit Juden. Die Verbote und Strafbestimmungen des Blutschutzgesetzes gelten auch für die Juden innerhalb des Protektorats zugunsten der deutschen Reichsangehörigen. Ebenso gelten das Ehegesundheitsgesetz und das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.¹⁷ Eine klarstellende Verordnung wird in den nächsten Tagen ergehen.¹⁸

Die deutschen Staatsangehörigen im Protektorat unterliegen deutscher Gerichtsbarkeit. Die Einrichtung deutscher Gerichtsbarkeit im Protektorat kann auf verschiedene Weise gelöst werden. Denkbar wäre die Schaffung einer Konsulargerichtsbarkeit. Wegen ihrer nachteiligen Rückwirkungen auf die Einstellung der Protektoratsregierung und der Bevölkerung zum Reich dürfte diese Lösung bedenklich erscheinen. Vielmehr dürfte vom Justizminister zu prüfen sein, ob für die Zivil- und Straferichtsbarkeit nicht reichseigene Amtsgerichte in den Städten mit größerer Zahl von deutschen Staatsangehörigen eingerichtet werden können, die dann unter einem reichseigenen Landgericht in Prag und einem Oberlandesgericht zusammengefaßt werden könnten. Die Einrichtung deutscher Kammern und Senate bei Gerichten des Protektorats dürfte wohl nicht dem Wortlaut

15 RJM war von Juni 1932 bis Jan. 1941 Dr. Franz Gürtner (1881– 1941).

16 Reichsbürgergesetz vom 15. 9. 1935, RGBl., 1935 I, S. 1 146, siehe auch VEJ 1/ 98.

17 Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 verbot Ehen und außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden; RGBl., 1935 I, S. 1146 f., siehe auch VEJ 1/199. Dem Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. 10. 1935 zufolge durfte eine Ehe nur bei Vorlage eines Gesundheitszeugnisses geschlossen werden; RGBl., 1935 I, S. 1246. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. 7. 1933 erlaubte die Sterilisation v. a. von Menschen, die an erblichen Krankheiten, psychischen Erkrankungen oder Alkoholismus litten; RGBl., 1933 I, S. 529 – 531.

18 Nicht aufgefunden.

des Führererlasses entsprechen,¹⁹ da in diesem Fall nur eine von Deutschen ausgeübte Gerichtsbarkeit des Protektorats geschaffen würde. Das tschechische materielle Recht wird auch für die deutschen Staatsangehörigen gemäß Artikel 12 des Erlasses weitergelten müssen, da man sonst allzusehr in die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Protektorats eingreifen würde und es praktisch unmöglich ist, die Einwohner des Protektorats unter verschiedenes Zivil- oder Strafrecht zu stellen. Allerdings wird das tschechische Strafrecht weitgehend an das deutsche Strafrecht angeglichen werden müssen. Wie diese Angleichung im einzelnen erfolgt, ob im Wege der Rechtseinführung oder durch entsprechende Gesetze des Protektorats, wird der Justizminister zusammen mit dem Protektor prüfen müssen. Das politische Strafrecht wird Reichsstrafrecht sein müssen, das auch für den Protektoratsangehörigen gilt. Derartige Straftaten werden vor deutschen Gerichten abgeurteilt werden müssen. Es sei an die Vorschriften über Landesverrat, Hochverrat und dergl. erinnert.

Im Zusammenhang mit diesen die deutschen Staatsangehörigen im Protektorat betreffenden Fragen sei noch die Frage erörtert, ob für die Verwaltung der deutschen Sprachinseln nicht ganz allgemein eine besondere Regelung getroffen werden muß. An größeren Sprachinseln sind zu nennen: Brünn mit rd. 60 000, Iglau mit rd. 25 000, Olmütz mit rd. 20 000 Einwohnern. Außerdem wohnen in dem Gebiet um Mährisch-Ostrau noch ungefähr 30 000 deutsche Staatsangehörige.

Denkbar ist zunächst die vollständige Eingliederung dieser Gebiete ohne Iglau in das Reich. Ob sich der Führer zu einer solch bedeutenden Verkleinerung des Protektorats und zu einer solchen Schwächung des Deutschtums in Böhmen und Mähren entschließen wird, ist noch ganz offen. Bei dem Gebiet um Mährisch-Ostrau sprechen starke politische Gesichtspunkte für eine Eingliederung.²⁰

Daneben besteht die Möglichkeit, die Sprachinseln im Verbande des Protektorats zu belassen, in ihnen aber das deutsche Organisationsrecht, insbesondere das Verfassungsrecht der Deutschen Gemeindeordnung, einzuführen. Die Städte Brünn, Olmütz und notfalls auch Mähr.-Ostrau würden dann Stadtkreise im Sinne der DGO. Die übrigen deutschen Gemeinden könnten vielleicht zu einem deutschen Bezirk unter Leitung eines deutschen Landrats zusammengeschlossen werden. Der Bezirk wäre zweckmäßigerweise nach den Grundsätzen unseres Kreisrechts zu organisieren. Besonders geregelt müßte die Aufsicht für die Stadtkreise und den deutschen Bezirk werden. Diese könnten der Aufsicht einer deutschen Abteilung beim Prager Innenministerium mit Appellationsrecht an den Reichsprotektor unterstellt werden. Vorzusehen wäre die Lösung, für alle deutschen Angelegenheiten in der Regierung des Protektorats ein eigenes deutsches Ministerium einzurichten. Dadurch würde u. a. auch erreicht, daß ein Deutscher in der Protektoratsregierung säße. Wieweit das Wirtschaftsrecht der Deutschen Gemeindeordnung bei den vielfältigen finanziellen Zusammenhängen, in denen der Bezirk und die Gemeinden mit dem Protektorat verbleiben, eingeführt werden könnten, müßte besonderer Prüfung vorbehalten bleiben. Außer dem deutschen Organisationsrecht muß ferner noch das deutsche Schulrecht für die deutschen Staatsangehörigen mindestens in gewissem Umfange eingeführt werden. Deutsche Schulen mit deutschen Lehrern und deutschem Lehrplan sind die Mindest-

19 Erlass des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. 3. 1939, RGBl., 1939 I, S. 485–488.

20 Mährisch-Ostrau wurde nicht ins Reich eingegliedert, sondern blieb beim Protektorat Böhmen und Mähren.

voraussetzungen, die gefordert werden müssen. Die Schulaufsicht läge bei dem deutschen Ministerium.

4. An Maßnahmen der Rassenpflege zum Schutze des tschechischen Volkes besteht – vom Reich aus gesehen – zunächst kein besonderes Interesse. Dahingehende Vorschriften sind daher nicht vorgesehen. Es wird grundsätzlich der Regierung des Protektorats überlassen bleiben können, ob und welche Maßnahmen sie gegen die Juden trifft. Die Judenfrage wird sich im Protektorat voraussichtlich von selbst entwickeln.

Vom Standpunkt des Reichs besteht aber ein Interesse daran, daß die im Protektorat wohnenden Juden das allgemeine Verhältnis des Protektorats zum Reich nicht beeinflussen. Der Führer hat daher entschieden, daß die Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats ausgeschaltet werden. Die Durchführung dieser Aufgabe soll der Regierung des Protektorats obliegen und nicht unmittelbare Aufgabe des Reichs sein. Der Reichsprotector wird der Regierung in Prag empfehlen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu würde gehören:

- a) Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts,
- b) Ausschluß aus den öffentlichen Ämtern,
- c) Ausschaltung aus Presse, Rundfunk und den sonstigen Tätigkeiten, durch die die öffentliche Meinung beeinflusst wird,
- d) Ausschaltung aus den zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung aufzustellenden technischen Verbänden (Art. 7 des Führererlasses),
- e) Verbot des Waffenbesitzes und ferner Verbot der Herstellung und des Handels mit Waffen.

In der Wirtschaft sollen zunächst von Reichs wegen keine besonderen Maßnahmen gegen die Juden getroffen werden. Es soll vielmehr der Regierung des Protektorats überlassen bleiben, die wirtschaftliche Seite der Ausschaltung des Judentums von sich aus in Angriff zu nehmen.

5. Die Beamten des Protektorats werden nicht Reichsbeamte. Demgemäß wird auch nicht das Deutsche Beamtengesetz im Protektorat eingeführt. Die Beamten werden auch nicht auf den Führer vereidigt. Sie sollen jedoch eine Loyalitätserklärung für das Reich abgeben, die ebenfalls vom Reichsprotector bei der Protektoratsregierung angeregt werden müßte. Es ist der Wille des Führers, daß Protektoratsangehörigen alle öffentlichen Ämter im Reiche verschlossen bleiben. Protektoratsangehörige können daher weder Beamte des Deutschen Reichs noch Offiziere der Deutschen Wehrmacht, noch Amtswalter der Partei, noch Träger eines öffentlichen Amtes in der gewerblichen Wirtschaft und in den ständischen und wirtschaftlichen Organisationen werden. Protektoratsangehörigen stehen lediglich die Ämter der Verwaltungszweige offen, die vom Protektorat autonom verwaltet werden.

6. Eine reichseigene Verwaltung wird im Protektorat nur in beschränktem Maße eingerichtet werden. Neben Wehrmacht und Luftfahrt wird die Zollverwaltung, die Sicherheitspolizei, der Rundfunk, die Devisenbeschaffung und für die volksdeutschen Bewohner die Justizverwaltung in reichseigene Verwaltung zu übernehmen sein. In der Mittelinstanz werden alle reichseigenen Verwaltungszweige unter dem Reichsprotector zusammengefaßt werden. Für alle übrigen Verwaltungszweige wird voraussichtlich eine eigene Verwaltung nicht in Frage kommen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsverwaltung, die Bahn und Post sowie für das gesamte Verkehrswesen.

Artikel 8 des Führererlasses, der dem Reich die unmittelbare Aufsicht über das Verkehrswesen sowie das Post- und Fernmeldewesen überträgt, besagt nicht, daß diese Ver-

waltungen im Protektorat eigene Mittel- und Unterbehörden einrichten. Der Begriff „unmittelbare Aufsicht“ enthält nach allgemeiner Auffassung nur das Recht, diese Verwaltungszweige des Protektorats auf die Richtlinien der entsprechenden Reichsverwaltung hinzuweisen und ihre Angleichung an die allgemeinen und technischen Einrichtungen des Reichs durchzuführen. Zu diesem Zweck können diese Verwaltungen auch einzelne Inspekture und Berater zu unteren und mittleren Verwaltungsstellen des Protektorats abordnen. Die abgeordneten Beamten unterstehen dem Reichsprotektor. Eine unmittelbare Abordnung zu Prager Ministerien kommt jedoch nicht in Frage. Gegebenenfalls werden Sachbearbeiter dem Reichsprotektor zugeteilt werden können, die die Aufsicht über die einschlägigen zentralen Protektoratsbehörden führen. Bahn-, Post- und Fernmeldewesen des Protektorats müssen so angeglichen werden, daß sie jederzeit, insbesondere im Ernstfall, vom Reich in eigene Verwaltung und Betriebsführung genommen werden können.

7. Ob die im Bereich der allgemeinen Verwaltung z. Zt. eingesetzten Oberlandräte weiter bestehen bleiben, ist noch nicht endgültig zu übersehen. In gewissem Umfang werden sie voraussichtlich auch als Staatsangehörigkeitsbehörden, als zivile Erfassungsdienststellen usw. aufrechterhalten bzw. eingerichtet werden müssen. Die Oberlandräte sind vom Oberbefehlshaber des Heeres als dem Inhaber der vollziehenden Gewalt zur Unterstützung der Bezirkshauptmannschaften und der Fachbehörden der unteren Instanz beigegeben worden. Der Zuständigkeitsbereich der Oberlandräte umfaßt mehrere Bezirkshauptmannschaften. Soweit eine Unterstützung der Gemeindebehörden in Frage kommt, sind besondere Distriktskommissare vorgesehen, die von den Oberlandräten eingesetzt werden können und ihm unmittelbar unterstellt sind. Die Oberlandräte unterstehen dem Chef der Zivilverwaltung bei der Heeresgruppe, in dem sich die gesamte Zivilverwaltung unter Vermeidung jeder Aufspaltung fachlicher und sonstiger Art vereinigt. Distriktskommissare, Oberlandräte und Chef der Zivilverwaltung üben nicht selbst die Verwaltung aus, sondern sie führen nur eine Aufsicht über die Verwaltung des Protektorats. Der Geschäftsverkehr wickelt sich demgemäß so ab, daß die Regierung des Protektorats alle Weisungen an nachgeordnete Behörden durch die Oberlandräte leitet. Die Oberlandräte können sich nach Bedarf in den Verkehr der ihrer Aufsicht unterstehenden Protektoratsbehörden mit der Protektoratsregierung einschalten. Sie sind ferner befugt, bei Bedenken gegen Anordnungen der Landesregierung die Entscheidung des Chefs der Zivilverwaltung anzurufen. Die Oberlandräte können Anordnungen der Bezirkshauptmannschaften aufheben und in dringenden Fällen durch eigene ersetzen. Dieselbe Stellung haben die Distriktskommissare im Verhältnis zwischen Bezirkshauptmannschaft und Gemeindebehörden.

Ob eine Aufsicht über die Protektoratsbehörden in diesem Umfang aufrechterhalten werden muß, ist, wie bereits oben gesagt, z. Zt. noch nicht abzusehen.

8. Es entspricht dem Willen des Führers, daß die Tschechen in der Form konzilient, in der Sache aber mit größter Strenge und unerbittlicher Konsequenz behandelt werden. Der Tscheche versteht seinem Charakter nach Nachgiebigkeit nicht. Der Tscheche ist geneigt, Entgegenkommen als Schwäche aufzufassen. Die Behandlung nach strengen Grundsätzen soll selbstverständlich gerecht sein. Sowohl der Regierung des Protektorats als auch den nachgeordneten Dienststellen muß bei allen Handlungen klar sein, daß die oberste Regierungsgewalt in der Hand des Reichs liegt. Das bedeutet auf der anderen Seite nicht, daß in jede Einzelmaßnahme von deutscher Seite eingegriffen wird.

DOK. 241

Ein unbekannter Verfasser beschreibt die Situation der jüdischen Bevölkerung im Protektorat bis Ende März 1939¹

Bericht eines unbekannten Niederländers, Prag, vom Frühjahr 1939

Bericht über die Vorgänge in Prag am 15. März 1939

Die Gestapo traf um 9 Uhr in Prag ein, um 10 Uhr bereits begannen die Verhaftungen. Jeder, der irgendwie mit den leitenden Stellen zu tun hatte, wurde verhaftet. Niemand durfte die Tschechoslowakei verlassen oder wieder über die Grenze zurückkommen, der nicht im Besitze des blauen Scheins² war.

Der Durchlaßschein war nur schwer erhältlich. Wer ihn haben will, muß sich bei der Gestapo, Perstyn 9, anstellen und warten. Wenn man lange gewartet hat, kann es vorkommen, daß die Beamten plötzlich Schluß machen, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt. Hunderte, die dort draußen warten, müssen dann unverrichteter Sache nach Hause gehen. Das tun aber die meisten nicht, sondern sie bleiben stehen und warten weiter, bis wieder geöffnet wird, viele stehen dort die Nacht hindurch in Schnee, Regen und Wind bis zum anderen Morgen und länger noch, stundenlang, bis sie endlich an der Reihe sind. Am 30. März wurde ein Schild herausgehängt mit der Bekanntmachung, daß Juden keine blauen Scheine mehr erhalten. Es ist ein schwunghafter Handel mit solchen Durchlaßscheinen entstanden. Fälle sind bekannt, in denen Tausende von Kronen dafür bezahlt wurden. Anfänglich zahlte man etwa 2000 Kr, am 31. März sollen bis zu 50 000 Kr gezahlt worden sein.³ Der Berichterstatter weist besonders darauf hin, daß der eigentliche Wortlaut des Scheines auch die Rückkehr nach der Tschechoslowakei gestattet, daß dieser Passus aber vielfach bei Juden gestrichen wurde, oder die Scheine, die noch den Rückkehrvermerk trugen, wurden den Juden an der Grenze, z. B. in Bentheim, abgenommen. Der Berichterstatter erhielt seinen Durchlaßschein durch Vermittlung des holländischen Konsuls in Prag.

Die Gestapo unterscheidet zwischen „echten“ und „unechten“ Ausländern. Echte Ausländer sind z. B. Amerikaner, Engländer, Franzosen, Holländer, unechte sind alle Juden, Ungarn, Polen, Jugoslawen. Jeder aber brauchte diesen Durchlaßschein und zunächst zur Einreise eine Einreisegenehmigung der deutschen Behörde. Selbst deutsche Staatsangehörige müssen sich eine Einreiseerlaubnis beschaffen. Falls es sich um Geschäftsreisen handelt, müssen sie die Erlaubnis beim Reichswirtschaftsministerium beantragen und eine Befürwortung der Handelskammer vorlegen.

Die tschechoslowakischen Juden haben ihre Pässe vorläufig behalten. Übrigens ist bereits seit Januar für diese Pässe das „J“ eingeführt worden. Chwalkowsky⁴ mußte damals

1 Wiener Library, B336–B337 Abdruck in: Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, hrsg. von Ben Barkow, Raphael Gross und Michael Lenarz, Frankfurt a. M. 2008, S. 881–890.

2 Die von der Gestapo ausgestellte „blaue Ausreisekarte“ wurde direkt nach der Errichtung des Protektorats eingeführt. In den ersten Wochen bekamen auch Juden noch solche Karten, Voraussetzung war aber eine Einreisegenehmigung eines anderen Staats.

3 Laut VO über das Währungsverhältnis im Protektorat Böhmen und Mähren vom 21.3.1939 entsprach eine Krone zehn Reichspfennig; RGBl., 1939 I, S. 555.

4 František Chvalkovský (1885–1945), Jurist; 1938/39 tschecho-slowak. Außenminister, 1939–1945 Gesandter des Protektorats Böhmen und Mähren in Berlin, starb bei einem Luftangriff auf Berlin.

nach Berlin kommen, weil die Wünsche Hitlers in bezug auf „Arisierung“ nicht schnell und nicht genau genug durchgeführt wurden.⁵ Damals wurde plötzlich ohne weitere gesetzliche Regelung das Schächten verboten, d. h., es wurde einfach dadurch unmöglich gemacht, daß man auf dem Prager Schlachthof den dafür bestimmten Raum abschloß. Die Verhaftungen wurden von einem Gestapomann und einem tschechischen Beamten vorgenommen, aber diese tschechischen Beamten waren fast immer Sudetendeutsche. Sie beherrschten aber alle die tschechische Sprache. In Dresden sollen seit längerer Zeit tschechische Kurse für Offiziere stattgefunden haben.

Am 14. März begann es in den Straßen Prags auffallend unruhig zu werden. Gruppen von jungen Leuten zogen in sichtlich provokatorischer Absicht durch die Straßen. Abends war es schon nicht mehr möglich, auf der Straße tschechisch zu sprechen, ohne daß man angerempelt wurde. Meistens spuckte man den tschechisch sprechenden Personen ins Gesicht. Es hieß, daß die herumziehenden Gruppen deutsche Studenten seien. Es waren aber Henlein-Leute,⁶ die eigens aus Sudetenland nach Prag gekommen sind. Man sah auch nicht nur Junge unter ihnen, sondern Männer von 40 bis 45 Jahren. Der Berichterstatter schildert, wie Gruppen von 20, 30 oder mehr Personen in unerhört frecher Weise Unruhe hervorriefen. Sie gingen auf dem Wenzelsplatz unaufhörlich auf und ab und pöbelten Juden und Tschechen an. In der Heinrichsgasse entstand eine furchtbare Schlägerei, wobei die Henleinleute schlecht wegkamen. Diese Leute wußten schon am 14. März genau, was gespielt wurde. Der Gruß soll gelautet haben „heil 15. März!“. Die Demonstrationen dauerten bis in die Nacht hinein. Viele Hunderte von Polizisten befanden sich am Wenzelsplatz und am Graben.

Am späten Abend kam die Nachricht, daß Ostrowa (Mährisch-Ostrau) von deutschen Truppen besetzt sei, Pilsen solle am anderen Morgen besetzt werden. Am anderen Morgen zwischen 10 und 12 Uhr wurde bereits Prag besetzt. Das erste war, daß Autos von der Gestapo bei der Staatsbank vorfuhren und das Gold holten. Motorisierte Truppen zogen in Prag ein. Die Offiziere saßen in offenen Wagen ohne Seitenwand, wie sie beim Militär üblich sind. Die Bevölkerung hat die Leute angespuckt und mit Fäusten in die Wagen hineingedroht. Das deutsche Militär ließ sich aber dadurch nicht aus der Ruhe bringen.

Als der Berichterstatter in sein Hotel zurückkehrte, kamen dort zwei Gestapobeamte und verlangten 20 Zimmer vom Hotel zu ihrer Verfügung. „In zwei Stunden müssen die Zimmer frei sein!“ Um 11 Uhr sagte ihm der Hotelchef, er müsse sein Zimmer räumen, die ganze Etage sei für die Gestapo zu reservieren. Um ½ 12 Uhr kamen wieder zwei Offiziere von der Gestapo (in SS-Uniform) mit der Forderung, das ganze Hotel müsse geräumt werden von den Gästen und der Gestapo zur Verfügung stehen. Auf Einwenden des Hotelchefs, daß seine Gäste fast alle unterwegs seien, wird ihm eine Frist bis 5 Uhr gegeben. Auch andere Hotels (dies war das Palast-Hotel) wurden beschlagnahmt. Das Petschek-Gebäude wurde Sitz des Generalstabs.⁷

5 Der Außenminister war am 21.1.1939 in Berlin sowohl von Hitler als auch von RAM von Ribbentrop empfangen worden. Hitler betonte in der Unterredung, dass die Tschecho-Slowakei nur in enger Anlehnung an das Deutsche Reich existieren könne. Chvalkovský erklärte sich zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Kurz danach erließ die tschecho-slowak. Regierung verschärfte antijüdische Bestimmungen.

6 Gemeint sind Mitglieder und Anhänger der SdP unter Konrad Henlein.

7 In der ehemaligen Petschek-Villa in Prag-Bubeneč, heute Sitz der US-Botschaft in der Tschechischen Republik, wurde der Befehlshaber der Wehrmacht untergebracht; zum Petschek-Konzern siehe Dok. 77 vom 3.5.1940.

Das Militär hat sich im übrigen dem Publikum gegenüber anständig verhalten und sich im einzelnen um niemand gekümmert. Auffallend war, daß bald nach dem Einrücken der deutschen Truppen alle in Deutschland verbotene Literatur ausverkauft war. Bücher von Emil Ludwig⁸ z. B. wurden sofort aufgekauft. Man sagt, daß sich die Offiziere sogar Konrad Heiden, „Hitler“⁹ gekauft haben sollen.

Die Gestapo erschien mit fertigen Verhaftungslisten in ihren Aktentaschen, so daß schon eine Stunde nach ihrer Ankunft mit den Verhaftungen begonnen werden konnte. Hellenleute, die in Prag Bescheid wußten, begleiteten die Automobile der Gestapo bei diesen Fahrten. Im ganzen sollen in der Tschechoslowakei 13000 Personen verhaftet worden sein. In Prag wurden in den ersten zwei Tagen etwa 6000 Verhaftungen vorgenommen. Als erster wurden der frühere Bürgermeister von Prag¹⁰ und einige Dezerntenen der Stadtverwaltung verhaftet. Ferner verschiedene Politiker. Jaksch¹¹ flüchtete in die englische Gesandtschaft. Das Prager Tagblatt wurde besetzt. Zur Untersuchung trafen acht deutsche Landgerichtsräte ein. Bei den Verhaftungen sollen keine Mißhandlungen vorgekommen sein. Nur Grobheiten und Frechheiten gab es zur Genüge. Die Verhafteten kamen zunächst nach Pankrasz ins Gefängnis, dann ins Sokol-Stadion, wo man sie in den für die Wettspielteilnehmer eingerichteten Zellen unterbrachte. Dort ist Platz für 3000 Personen. Manche haben dort auch nachts stehend zubringen müssen, weil sie keinen Platz hatten, um sich hinzulegen.

Allmählich begann das Leben in Prag sich zu „normalisieren“. Die Ladenschilder wurden gewechselt. Die Leute arisierten sich selbst. In den Fenstern stehen Schilder mit der Aufschrift „rein arisches Geschäft“ in tschechischer Sprache. Lieferautos wurden dadurch geschützt, daß man die Firmenschilder einfach übermalte. Am Mittwoch zog Hitler in Prag ein. Am Donnerstag erschien in sämtlichen Zeitungen ein Bericht, daß die Anwaltskammer alle jüdischen Anwälte ersucht habe, ihre Tätigkeit einzustellen.¹² Wenn man durch die Straßen ging, sahen alle Geschäfte, namentlich die Konfektionsgeschäfte, auch christliche, aus, als seien sie geschlossen. Es wurde so viel gekauft, daß die Geschäfte dazu übergingen, nur eine kleine Anzahl von Käufern hereinzulassen, die Türen zu schließen und nach einiger Zeit die nächsten hereinzulassen. Es wurde also gehamstert. Von Deutschland

8 Emil Ludwig, geb. als Emil Cohn (1881–1948), Schriftsteller, Übersetzer, Jurist, Redakteur; wurde durch seine Biographien über Goethe (1920), Napoleon (1925), Wilhelm II. (1926) und Bismarck (1927) bekannt. Er emigrierte 1933 in die Schweiz, 1940 in die USA.

9 Konrad Heiden, Adolf Hitler. Eine Biographie, 2 Bde., Zürich 1936/37.

10 Petr Zenkl (1884–1975), Politiker; 1937–1939 OB von Prag, 1939 verhaftet und nach Buchenwald deportiert; 1945/46 erneut OB von Prag, 1946–1948 stellv. Ministerpräsident der Tschechoslowakei, emigrierte 1948 in die USA.

11 Wenzel Jaksch (1896–1966), Maurer, Journalist; von 1924 an Vorstandsmitglied der DSAP, von 1938 an ihr Vorsitzender; emigrierte 1938 erst nach Polen, später nach Großbritannien, inoffizieller Vertreter der Sudetendeutschen bei der tschechoslowak. Exilregierung in London; 1950–1953 Leiter des Landesamts für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte in Hessen, 1964–1966 Präsident des Bundes der Vertriebenen.

12 So erschien in Pražský list, Nr. 53 vom 15. 3. 1939, S. 1, eine Nachricht mit dem Titel „Konec židovských advokátů“ (tschech.: Ende der jüdischen Anwälte). Am 16. 3. 1939 verbot die Reichsanwaltskammer erst den jüdischen Anwälten in Prag, wenig später auch in Brünn die Ausübung ihres Berufs. Alle jüdischen Angestellten in der öffentlichen Verwaltung wurden des Dienstes enthoben; Franz Friedmann, Rechtsstellung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren, Stand: 31.7.1942, in: Židé v Protektorátu. Hlášení Židovské náboženské Obce v roce 1942. Dokumenty, hrsg. von Helena Krejčová, Jana Svobodová und Anna Hyndráková, Praha 1997, S. 232–263.

aus wurden Lebensmittel aufgekauft. Ganze Karawanen von Autos sind mit Lebensmitteln beladen nach Deutschland abgefahren.

Am dritten Tage nach der Besetzung von Prag kamen furchtbare Nachrichten von Selbstmord unter der jüdischen Bevölkerung. Täglich zählte man etwa 30 bis 40 Selbstmörder. Bis jetzt sind etwa 400 Personen in den Krankenhäusern aufgenommen worden, die in den Tagen vom 15. bis 18. März Selbstmordversuche begingen. Man hatte völlig Unpolitische verhaftet. U. a. z. B. den Ing. Freisinger,¹³ der mit Genehmigung des Fürsorgeministeriums in Prag eine Gruppenauswanderung von 300 Juden organisierte und der diese Auswanderung nach der Dominikanischen Republik legal vorbereitet hatte. Die einzige Schwierigkeit lag noch darin, daß Leute darunter waren, die die Ausreise durch Deutschland fürchteten. Deshalb verhandelte Freisinger mit der KLM in Holland,¹⁴ um den Transport per Flugzeug bis Rotterdam durchzuführen. Er wurde verhaftet, weil er „Leiter einer Gruppe von Emigranten“ war.

Frau Schmolka¹⁵ und Frau Stein¹⁶ wurden verhaftet.¹⁷ Alle für die sudetendeutschen Juden gesammelten Gelder wurden beschlagnahmt, so daß die sudetendeutschen jüdischen Flüchtlinge, die sich seit dem vorigen Herbst in Prag aufhalten, hungern müssen. Es sind ferner alle reichen Leute verhaftet worden. Auch der Rechtsanwalt Dr. Stein, der viel für Petschek gearbeitet hat, wurde verhaftet. Er konnte zuerst flüchten, da er gewarnt worden war, am sechsten Tage stellte er sich selbst der Polizei.

Viele Juden sind nach Polen geflüchtet. Ostrowa, der einzige Ausweg, war aber zuerst von den Deutschen besetzt worden, so daß sich die Juden wie in einer Falle befanden. Es hat sich unter diesen Umständen in Ostrowa ein Schmuggel mit Menschen herausgebildet, ausgehend vom Restaurant Grün und vom Café Union. Etwa zehn Tage lang ging es in folgender Weise vor sich: Man schmuggelte die Flüchtenden in die Kohlenstollen hinein und führte sie unterirdisch auf polnisches Gebiet hinüber. Aber die deutschen Behörden entdeckten diesen Weg und verhinderten ihn. Jetzt muß man hohe Preise zahlen, um sich hinüberbringen zu lassen. Für 5000 Kr soll man sicher nach Polen hinüberkommen. So viel besitzen aber die sudetendeutschen Juden nicht mehr. Man borgt einander 300 oder 400 Kr für die Flucht.

Manche Juden flüchten, da sie nicht über die Grenze gelangen können, in Krankenhäuser und Sanatorien, wo sie sicher zu sein glauben vor dem Zugriff der Gestapo.

13 Kurt Freisinger (1901–1942?), Ingenieur; flüchtete im Okt. 1938 aus den sudetendeutschen Gebieten nach Prag; am 24. 4. 1942 nach Theresienstadt und von dort am 28. 4. 1942 nach Zamość deportiert und dort umgekommen. Freisinger war am 21. 3. 1939 in Prag von der tschech. Polizei aufgrund einer deutschen Anweisung festgehalten, aber sofort wieder freigelassen worden.

14 KLM: Koninklijke Luchtvaart Maatschappij; niederländ. Fluggesellschaft.

15 Dr. Marie Schmolka (Schmolková), geb. Eisner (1890–1940), Verbandsfunktionärin; Leiterin der Flüchtlingshilfe der JKG und der HICEM Prag, Vertreterin des tschechoslowak. Hilfskomitees beim Völkerbund, 1933–1938 Vorsitzende des Comité National Tchéco-Slovaque pour les Réfugiés provenant d'Allemagne, von März 1939 an zwei Monate in Haft; emigrierte nach Kriegsbeginn nach Großbritannien, dort an der Gründung des nationalen Rats der tschechoslowak. Juden beteiligt.

16 Richtig: Hannah Steiner, geb. Dub (1894–1944), Verbandsfunktionärin; Präsidentin der tschech. WIZO, Herausgeberin der Blätter für die jüdische Frau, Mitbegründerin der Jüdischen Flüchtlingshilfe in Prag, 1939 verhaftet; am 13. 7. 1943 nach Theresienstadt deportiert, dort im Frauenhilfsdienst aktiv, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

17 Marie Schmolka stellte sich, nachdem sie zuvor Schutzangebote verschiedener Konsulate ausgeschlagen hatte, freiwillig der Gestapo, um die Freilassung von Hannah Steiner zu erreichen.

Die Geflüchteten halten sich zu vielen Hunderten in Czenstochau auf, viele sind auch nach Gdingen weitergefahren und hoffen, von dort aus zu Schiff England zu erreichen. Manche flüchteten auch nach Jugoslawien, wofür ein Visum leicht zu erhalten war.

In der Tschechoslowakei haben sich in den letzten Monaten viele Juden taufen lassen, und zwar nur zum Zwecke der Auswanderung nach Südamerika. Noch mehr sind mit Taufscheinen ausgestattet, die durch Korruption beschafft wurden. Es sind Preise für Taufscheine gezahlt worden, die zwischen 800 und 1500 Kr lagen, je nachdem, ob nur die Eltern oder bereits die Großeltern als christlich darauf vermerkt waren.

Schon bald nach der Besetzung durch die Deutschen wurden Verordnungen erlassen, die die Juden betrafen. Bis zum 15. April müssen alle in Böhmen und Mähren wohnenden Juden ihr Vermögen angeben. Juden dürfen Grundstücke weder veräußern noch abtreten, noch schenken. Die Inhaber von Geschäften dürfen ihre Geschäfte nicht verkaufen, auch nicht arisieren.¹⁸ Juden dürfen nicht in Cafés, Kinos und Theater gehen.¹⁹

Tschechische Stellungnahme: Nachdem Hitler gekommen war, glaubte Gajda,²⁰ daß seine Stunde da wäre. Er erließ am 15. März einen Aufruf, daß die Bevölkerung sich unter seine Führung stellen möge. Ursprünglich sollte eine Nationalgarde gebildet werden, deren Leitung Gajda übernehmen sollte. Schon am nächsten Tage wurde das durch die Deutschen inhibiert. Gajda hat nichts zu sagen, und Hácha hat die Leitung übernommen. Die Bevölkerung lernt aus dem Schicksal der Juden, aber es ist über die Stimmung der tschechischen Bevölkerung kein abschließendes Urteil zu geben. Jedenfalls ist die Enttäuschung und die Erbitterung sehr groß. Es heißt, daß in den Skodawerken Sabotageakte vorgekommen sind. Als persönliches Erlebnis fügt der Berichterstatter folgendes hinzu:

Er sah sich genötigt, nachdem die Gestapo bereits das Palast-Hotel bezogen hatte und er nebst anderen Gästen mit großer Mühe private Unterkunft gefunden hatte, nochmals in das Hotel zu gehen, um dort seine Post abzuholen. Während der Portier ihm die Briefe herausuchte und aushändigte, traten die in der Halle anscheinend als Wachhabende anwesenden SS-Leute dicht an ihn heran und fragten ihn schroff, ob er Jude sei, warum er in Prag sei, ob er viel reise usw. Er wurde aufgefordert, seinen Paß zu zeigen. Darauf hieß es in grobem Ton: „Also Holländer sind Sie! Und da meinen Sie wohl, daß wir nicht an Sie herankönnen?“ Er solle machen, daß er nach Holland komme, er müsse sich aber so gut wie jeder andere einen Durchlaßschein beschaffen. Er antwortete in ruhigem, aber bestimmtem Ton, woraufhin die SS-Leute einlenkten und ihm sogar in verhältnismäßig höflicher Form mitteilten, wo er sich den „blauen Schein“ holen müsse.

Nachtrag zum Bericht aus Prag.

Es verübten Selbstmord in den Tagen vom 15. bis 18. März: Paul Rittenberg in Prag erschoss sich im Haus Schwarze Rose,²¹ Dr. Beermann und Frau aus Karlsbad vergifteten sich.

¹⁸ Siehe Dok. 239 vom 19. 3. 1939, Anm. 7.

¹⁹ Ein allgemeines Verbot des Besuchs von Kinos und Theatern erließ die Landesbehörde in Prag erst am 20. 2. 1940. Bereits am 14. 8. 1939 wurde den Juden in Prag der Besuch bestimmter öffentlicher Lokale verboten; Friedmann, Rechtsstellung (wie Anm. 12), S. 245f.

²⁰ Radola Gajda, auch Rudolf Geidl (1892–1948), Berufssoldat, Politiker; General der Tschechoslowak. Legion in Russland, 1925 Gründer der Nationalen Faschistischen Gesellschaft und führendes Mitglied der faschistischen Bewegung in der Tschechoslowakei; 1945 in sowjet. Internierung und 1947 zu zwei Jahren Haft verurteilt.

²¹ Pavel Rittenberg (1912–1939), Journalist; stammte aus Russland, war als Journalist in Berlin tätig, von wo aus er im Sept. 1935 mit seiner Verlobten nach Prag flüchtete. Im Haus zur Schwarzen Rose befand sich das Reisebüro für die Auswanderung.

DOK. 242

**Ilse Weber aus Witkowitz schildert ihrer Freundin Lilian
am 2. April 1939 die tägliche Diskriminierung von Juden und bittet sie
um Unterstützung¹**

Brief von Ilse Weber,² Witkowitz, an ihre Freundin Lilian,³ vom 2. 4. 1939

Liebste Lilian,

das ist jetzt kein Briefwechsel mehr, sondern mehr eine Art Tagebuchführens von mir, Dir zum Durchlesen übersandt. Na, Du wirst eben keine Zeit haben jetzt, und ich habe doch das Bedürfnis, mit Dir zu plaudern.

Als wichtigste Neuigkeit muß ich Dir vorerst erzählen, daß Elli⁴ diese Woche geschrieben und uns einen positiven Vorschlag gemacht hat. Es handelt sich um Ansiedlung in Parana, Brasilien, und Elli hatte durch Zufall Gelegenheit, mit einer maßgebenden Persönlichkeit über uns zu sprechen.⁵ Der von Dir erbetene Luftpostbrief an sie ist hiermit überflüssig geworden, aber wenn Du ihn schon geschrieben haben solltest, ist es auch kein Unglück. Ich wüßte gerne Näheres über Parana, wir konnten nur das erfahren, was im Lexikon steht, und das ist nicht viel. Ich wäre sehr glücklich, wenn wir hier fort-könnten. Es ist nur bitter, mittellos in die Fremde zu gehen, denn mitnehmen darf man nichts.

Du kannst Dir unser Leben jetzt schwerlich vorstellen. Willi⁶ geht noch ins Büro, das er allmählich liquidiert, Hannerle⁷ geht in die Schule, aber wie lange, das ist auch fraglich, da die Schulen mit deutschem Militär belegt werden sollen. Den Kindern sind die deutschen Soldaten sehr interessant. Sie können sie jeden Morgen vor unseren Fenstern exerzieren sehen. Die Jungens können schon ihre Lieder singen. Morgen ist Sederabend, Du weißt doch, dieser feierlichste Abend im ganzen Jahr, an welchem die Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten gefeiert wird. Der „Stürmer“, der in allen Buchhandlungen

1 Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601. Abdruck in: Ilse Weber, Wann wohl das Leid ein Ende hat. Briefe und Gedichte aus Theresienstadt, hrsg. von Ulrike Migdal, München 2008, S. 94 – 96.

2 Ilse Weber, geb. Herlinger (*1903), Kinderbuch- und Hörspielautorin, Übersetzerin; am 8. 2. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie als Kinderkrankenschwester arbeitete, schrieb im Getto Gedichte und Lieder, die sie den Kindern und anderen Mithäftlingen vorsang, von dort im Herbst 1944 nach Auschwitz deportiert; für tot erklärt.

3 Lilian von Löwenadler (*1903), Tochter eines schwed. Diplomaten; Ilse Webers Brieffreundin; aus dem Briefkontakt entwickelte sich eine langjährige Freundschaft; lebte zunächst in Schweden, ging 1940 nach Großbritannien; sie starb während des Kriegs an den Folgen einer Operation.

4 Elli Wendland, Schulfreundin von Ilse Weber; emigrierte nach Brasilien.

5 1932 hatten der deutsche Tropenlandwirt Oswald Nixdorf und Hermann von Freeden im brasil. Bundesstaat Parana fruchtbaren Urwald gekauft und für 400 deutsche Familien die Siedlung Rolândia (Rolândia) gegründet, in der auch viele Juden Zuflucht suchten.

6 Willi Weber (1901 – 1974), Gärtner; Ehemann von Ilse Weber, Besitzer eines Inkassobüros; am 8. 2. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er als Gärtner arbeitete, konnte vor seiner Deportation nach Auschwitz am 28. 9. 1944 die Gedichte und Lieder seiner Frau vergraben und sie nach dem Krieg bergen; kehrte 1945 nach Prag zurück, war dort bis 1967 für die israel. Gesandtschaft tätig.

7 Hanuš Weber (*1931), Journalist, Dolmetscher; Sohn von Ilse Weber, verließ Prag 1939 mit einem Kindertransport, lebte bis 1945 bei Lilian von Löwenadlers Mutter in Schweden; kehrte im Nov. 1945 zu seinem Vater nach Prag zurück, von 1955 an Rundfunkmitarbeiter, später Dolmetscher des Präsidenten Antonín Novotný, emigrierte 1969 nach Schweden, dort als Fernsehjournalist tätig.

aushängt, nennt unser Ostern „Mordfest der Juden“. Ich möchte einmal mit dem Verfasser dieser und ähnlicher Artikel sprechen und ihn fragen, weshalb er sie schreibt. Sind wir Juden denn noch nicht unglücklich genug? Und das Ritualmärchen ist von allen böswilligen Erfindungen das gemeinste und böseste. Ich denke nur, für die hiesigen Deutschen, die jahrzehntelang mit größtem Appetit die von ihren jüdischen Freunden gespendeten Mazzes gegessen haben, für die muß es doch genant sein, jetzt solche Dinge zu lesen und zu tun, als ob sie sie glaubten. Wir sind morgen Abend bei der Schwiegermutter zu Gaste. Es war immer wunderschön bei ihr, wenn alle neun Kinder mit ihren Frauen, Männern und Kindern um den langen Tisch saßen. Voriges Jahr sagte Tommy⁸ als Jüngster die hebräischen Fragen auf, und ich war sehr stolz auf ihn. Heuer werden einige Lücken klaffen.

Du kennst mich doch seit meiner Schulzeit und warst immer gut unterrichtet über meine Freundschaften, gelt? Es waren viele deutsche Mädchen darunter, und wir waren bis vor kurzem noch gut miteinander. Jetzt, wenn ich ihnen begegne, was doch in so einer kleinen Stadt nicht zu umgehen ist, dann sehen sie schnell zur Seite. Mir ins Gesicht zu feixen ohne Gruß, das hat nur eine fertig gebracht und zwar interessanterweise *die*, der ich vor Jahren einen solchen Dienst leistete, daß sie mir, den Tränen nahe, versicherte, sie würde mir das *nie* vergessen. Aber es gibt auch solche, die spontan lächeln und rufen „Servus, Ilse“, und *eine* ganz besondere, die ostentativ auf mich zukommt und mit mir geht, trotzdem mir eine solche Heldenhaftigkeit gar nicht behaglich ist. Wie mir dabei zumute ist? Es tut niederträchtig weh, Lilian, so weh, daß ich den ganzen Tag an nichts anderes denken kann, aber gleichzeitig überlege ich auch: wie muß *ihr* zumute sein, wenn sie mich nicht grüßt? Ich denke, jeder anständige Mensch schämt sich innerlich. Glaubst Du nicht auch?

Von der Barbican-Mission⁹ kam noch keine Antwort. Ich hatte sogar englisch geschrieben. Vielleicht haben sie mich deshalb nicht verstanden? Aber wenn noch nicht wieder eröffnet ist, dann kann ich keine Antwort haben. Lilian, wäre es nicht gut, an das englische Konsulat zu schreiben mit der Bitte, irgend jemand, der nach England fährt, möchte meinen Hanuš mitnehmen? Das müßtest allerdings *Du* tun? Ich wollte Dich noch bitten, mir zu schreiben, wenn er etwas Besonderes mitnehmen soll, vielleicht sein Bettzeug und Bezüge? Er bekam gestern zwei nette Anzüge geschenkt, so daß er jetzt für zwei Jahre gut ausgestattet ist. Und Du sollst doch keine unnötigen Auslagen mit ihm haben. Ich bin Dir ja schon so zu größtem Dank verpflichtet. Selbst, wenn das Kind irgendwie nicht zu Dir kommen sollte – man kann ja nicht wissen –, Dein Angebot werde ich immer für die Tat nehmen. Was Du und Elli in diesen bitteren Tagen für uns getan habt, das werden und wollen wir Euch nie vergessen. Ohne Euch zwei hätten wir den Glauben an die Menschheit verloren. Und ich sende Dir Hannerle ruhig und ohne Sorge. Ich bin so fest überzeugt, daß er bei Dir Liebe und Sorgfalt finden wird wie Dein eigenes Kind. Er soll auch gleich zur Schule gehen, gelt? Dort wird er am ehesten die Sprache erlernen, denn Du wirst doch ab und zu mit ihm deutsch sprechen, damit er sich nicht zu verlassen vor kommt. Auch wenn wir auswandern, möchte ich ihn gerne vorerst noch bei Dir lassen.

8 Tomáš Weber (*1934), jüngerer Sohn von Ilse und Willi Weber; am 8. 2. 1942 nach Theresienstadt und von dort am 4. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert; 1947 für tot erklärt.

9 Die 1879 in Großbritannien gegründete Barbican Mission organisierte Kindertransporte nach Großbritannien. Ein wesentliches Ziel der Organisation war es, jüdische Kinder christlich zu erziehen.

Aber das sind Fragen, die wir noch erörtern werden, wenn er erst bei Dir ist. Er selbst freut sich auf Dich, wenn er auch Angst hat vor der Trennung von uns.

Ich lerne in den letzten Wochen nicht viel, offen gesagt lerne ich fast gar nicht. Aber ich kann mich nicht konzentrieren.

Noch etwas: In London ist seit einigen Tagen eine Freundin von Lizzie¹⁰ mit ihrem Mann. Er ist Mediziner, und sie hat zwei kleine Mädchen, von denen eines, fünf Jahre alt, in einem Heim sehr gut untergebracht ist. Aber sie selbst und ihr Mann mit dem zweiten Kind, das noch ganz klein ist, hausen in einer elenden Wohnung. Das Kleine soll krank sein, und es geht ihnen schlecht. Erlaubst Du, daß wir ihnen Deine Adresse senden? Eben fällt mir ein, daß Du den Mann kennst. Es ist Dr. Leo Hornung.¹¹ Vielleicht kannst Du ihr mit etwas Wäsche von Gillian aushelfen? Sie hat nichts mitnehmen können. Und vielleicht bricht überhaupt in den nächsten Tagen eine Invasion von Angehörigen Willis über Dich herein. Dann erschrick nicht, Liebes, und denk Dir, daß die Leute in Dir ein Stück von mir sehen.

So, also jetzt schließe ich diesen Brief, der meine Sonntagsnachmittagsbeschäftigung war. Grüße James, küsse Dein Mäderle – wie gedeiht es? Und sei Du herzlichst umarmt und geküßt von Deiner Ilse

Mama grüßt Dich herzlichst.

Ich freue mich schon auf Euch! Hanuš¹²

DOK. 243

Arnold Stein aus Prag dankt Nicholas Winton am 5. April 1939 für die Rettung seiner Tochter und bittet um Hilfe bei seiner eigenen Emigration aus Prag¹

Schreiben von Arnold Stein,² Prag II, Nekazanka 8/II, an Nicholas Winton³ vom 5.4. 1939

Sehr geehrter Herr Winton,
vor allem möchte ich Ihnen meinen innigsten Dank aussprechen für die Unterbringung meiner kleinen Gerda.⁴

10 Alice Gross, geb. Tobias (*1904); arbeitete in der Brauerei in Mährisch-Ostau, war nach 1939 in Prag eine Zeit lang für die JKG tätig; sie wurde am 5.7. 1943 mit ihrem Sohn Daniel František (1937– 1943) nach Theresienstadt und am 15.12.1943 nach Auschwitz deportiert, kam in Stutthof ums Leben.

11 Dr. Leo Hornung (*1902), Arzt in Mährisch-Ostau; emigrierte kurz vor Kriegsausbruch nach Großbritannien.

12 Der letzte Satz wurde handschriftl. hinzugefügt.

1 Kopie: JMP, DP 43a/1.

2 Arnold Stein (*1890), Kaufmann; Besitzer eines Geschäfts in Karlsbad, flüchtete 1938 nach Prag, wurde nach einem gescheiterten Fluchtversuch nach Polen von der Gestapo nach Nisko deportiert, flüchtete vermutlich nach Lemberg, weiteres Schicksal unbekannt.

3 Sir Nicholas George Winton (*1909), Börsenmakler; organisierte kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in Zusammenarbeit mit dem British Committee for Refugees from Czechoslovakia sog. tschech. Kindertransporte von 669 meist jüdischen Kindern aus dem Protektorat; 1983 als Mitglied des Order of the British Empire (MBE) ausgezeichnet, 2002 von Königin Elisabeth II. zum Ritter geschlagen.

4 Gerda Mayer, geb. Stein (*1927), Schriftstellerin, Lehrerin; Tochter von Arnold und Erna Stein, flüchtete 1938 mit ihrer Familie zunächst nach Prag, emigrierte 1939 mit Hilfe von Trevor Chadwick nach Großbritannien und lebte einige Monate bei seiner Familie; arbeitete als Büroangestellte und Lehrerin, lebt heute in London.

Gerda fuhr am 14. ds. mit Herrn Chadwick⁵ zu seiner Frau Mutter und hat schon einige Male begeistert geschrieben. Ich betrachte es als großes Glück für das Kind, bei diesen vornehmen, braven Menschen Aufnahme gefunden zu haben.

Jetzt sind wir noch drei: Meine Frau⁶ und Tochter aus 1. Ehe⁷ und ich. Es ist gewiß unbeschneiden, wenn ich Sie weiter in Anspruch nehme und möchte ich Ihre Güte nicht mißbrauchen. Aber vielleicht ist es Ihnen möglich, uns mit Rat beizustehen.

Ich schließe eine Aufstellung unserer Daten bei, damit im gegebenen Fall keine Verzögerung eintritt.⁸ Ich will bemerken, daß, wenn wir irgendwohin einreisen dürften, wir uns sicher selbst ernähren und erhalten werden können, da wir *keine* Arbeit scheuen. Sollten die Strickmaschinen in England eingetroffen sein und wir Arbeitserlaubnis erhalten (wir haben eingereicht), so könnten wir uns sofort ernähren. Aber auch, wenn das Permit in dieser Hinsicht nicht erteilt wird, würden wir als Hausgehilfen sicher verwendbar sein (oder in einer ähnlichen Eigenschaft). Jeder von uns wird jede Arbeit gerne und freudigst übernehmen. Die Fähigkeiten vermerke ich auf dem beiliegenden Blatt.⁹

Nun nochmals vielen Dank. Bitte betrachten Sie mich nicht als zudringlich, in diesen ernsten Zeiten muß man jeder Aussicht nachgehen, um sich nicht später Vorwürfe zu machen.

Ich grüße Sie, auch im Namen meiner Frau und Tochter, auf das Allerbeste.

Ihr in dankbarer Ergebenheit bleibender

DOK. 244

Der Diplomat George Kennan berichtet am 26. und 27. April 1939 über die Lage in Mährisch-Ostrau und die besondere Situation der Juden¹

Bericht (vertraulich, GFK/mhg) von George Kennan,² Mährisch-Ostrau, vom 26./27. 4. 1939 (Durchschlag)

Bericht über die Lage im Gebiet Mährisch-Ostrau

Die Lage im Raum Mährisch-Ostrau scheint im Moment sehr ruhig zu sein. Fast alle deutschen Truppen sind abgezogen worden. Offenbar sind sie nach Schlesien zurückge-

⁵ Trevor Chadwick (1907 – 1979), Lehrer; 1939 an der Organisation der sog. tschech. Kindertransporte beteiligt, Angehöriger der Royal Navy; lebte nach 1945 in Norwegen.

⁶ Erna Stein, geb. Eisenberger (1897 – 1943), Modeschöpferin; in zweiter Ehe mit Arnold Stein verheiratet, Inhaberin einer Strickwarenfabrik in Karlsbad; im Okt. 1942 nach Theresienstadt, im Jan. 1943 weiter nach Auschwitz deportiert und dort umgekommen.

⁷ Johanna (Hanna) Travník, auch Travnitschek (1920 – 2007), Bankangestellte; verbrachte den Krieg als „Halbjüdin“ in Prag, erkrankte an Schizophrenie; nach 1945 in einer psychiatrischen Klinik in Neuruppin.

⁸ Liegt nicht in der Akte.

⁹ Liegt nicht in der Akte.

¹ Princeton University Library, Public Policy Papers, Department of Rare Books and Special Collections, George Kennan Papers, Folder: From Prague After Munich: Diplomatic Papers, 1938 – 1940. Abdruck in: George F. Kennan, *Diplomat in Prag. Berichte, Briefe, Aufzeichnungen*, Frankfurt a. M. 1972, S. 135 – 138. Das Dokument wurde für diese Edition neu aus dem Englischen übersetzt.

² George F. Kennan (1904 – 2005), Historiker, Diplomat; von 1926 an im diplomatischen Dienst der

kehrt. Meinem Eindruck nach besteht die verbliebene Garnison zum größten Teil aus einer Luftwaffeneinheit, die hier wohl auf Dauer stationiert bleiben wird, um den örtlichen Flughafen in Betrieb zu halten. Der Kommandierende General des Distrikts wurde während der letzten zwei Wochen nur selten auf seinem Posten gesehen (anscheinend war er in Schlesien auf der Jagd), und die Parade zur Feier von Hitlers Geburtstag wurde von einem Leutnant abgenommen, der an diesem Tag anscheinend der ranghöchste Offizier in der Stadt war.

Die gleiche Ruhe ist auf polnischer Seite zu verzeichnen. Die Militärstandorte weisen lediglich normale Truppenstärke auf. Der ortsansässigen Bevölkerung zufolge gab es keine Bemühungen, das Teschener Land militärisch zu befestigen. Mein Eindruck ist, dass die Polen nicht vorhaben, dieses Gebiet im Fall eines Kriegs mit Deutschland ernsthaft zu verteidigen. Vielmehr werden sie sich wahrscheinlich auf Positionen zurückziehen, die sie bereits vor München innehatten und vermutlich befestigt haben, als der Kreis Teschen noch zur Tschechoslowakei gehörte.³

Auf beiden Seiten gab es also keinerlei Anzeichen dafür, dass man sich auf einen kurz bevorstehenden Ausbruch von Feindseligkeiten vorbereitet.

Soweit ich feststellen konnte, kam es seit der deutschen Besetzung von Mährisch-Ostrau an diesem Abschnitt zu keinen Grenzzwischenfällen im herkömmlichen Sinn. Allerdings wurde mir berichtet, dass ein einzelner Schusswechsel stattgefunden habe. Vermutlich beziehen sich die Meldungen, in denen so häufig von verwundeten deutschen Soldaten in den Krankenhäusern von Prag und Olmütz die Rede war, auf diesen Vorfall. Wie es scheint, baten die Deutschen um die Erlaubnis, zwei Truppentransporte per Bahn über Oderberg (Bohumín) durch das Teschener Land nach Čadca an der polnisch-slowakischen Grenze durchführen zu dürfen, d. h. auf einer auf polnischem Territorium gelegenen Eisenbahnstrecke, auf die die Deutschen selbst begehrlieh ein Auge geworfen haben. Nachdem die Deutschen ihnen zugesichert hatten, dass die Züge auf dieser Strecke keinen Halt einlegen und keine deutschen Truppen auf polnischem Territorium aussteigen würden, willigten die Polen ein. Dennoch waren sie von der Aufrichtigkeit dieser Versicherungen nicht recht überzeugt und ergriffen Vorsichtsmaßnahmen, um die deutschen Truppen daran zu hindern, sich entlang der Route zu postieren. Nach Beginn der Operation versuchten die Deutschen, ihre Truppen aussteigen zu lassen (und dies wohl genau an dem Eisenbahnknotenpunkt Oderberg), und die Polen, die darauf vorbereitet waren, eröffneten offensichtlich das Feuer und zwangen sie zu einem hastigen Rückzug.⁴

Im Übrigen kann über den Wunsch der Deutschen, dieses Stück Eisenbahnstrecke unter ihre Kontrolle zu bringen, kein Zweifel bestehen. Der Streckenabschnitt ist Teil der Hauptverbindungsachse zwischen Berlin und Budapest und der einzige Abschnitt, der

USA, u. a. in Tallin, Riga und Moskau, 1938/39 bei der Gesandtschaft in Prag, von Sept. 1939 an in Berlin, von Dez. 1941 an fünfeinhalb Monate interniert, danach an den Botschaften in Lissabon, London und Moskau; 1952 kurzzeitig Botschafter in Moskau, 1961–1963 in Belgrad; Lehrtätigkeit in Princeton, Oxford und Harvard.

³ In einer Zusatzserklärung zum Münchener Abkommen war die Abtretung des Teschener Lands an Polen besiegelt worden. Nach einem Ultimatum an die Tschecho-Slowakei zur Übergabe des Gebiets wurde es am 2. 10. 1938 von Polen besetzt. Die zuvor geteilte Stadt Teschen wurde daraufhin der Verwaltungssitz des neu gebildeten poln. Landkreises Cieszyn.

⁴ Nicht ermittelt.

nicht fest in deutscher oder ungarischer Hand ist. Zudem handelt es sich um die bequemste Verbindung zwischen Schlesien und der von den Deutschen befestigten Zone in der Slowakei. Der Bahnhof Oderberg, der nur drei oder vier Meilen von der deutschen Grenze entfernt liegt, zählt zu den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten der Region und dient als Drehscheibe nicht nur für Züge zwischen Berlin und Budapest sowie Berlin und Istanbul, sondern auch für Züge zwischen Warschau auf der einen und Budapest, Prag und Wien auf der anderen Seite. Die Polen vertreten den Standpunkt, dass die Deutschen durch den Bau einer zwanzig Meilen langen Eisenbahnstrecke durch die Berge von Javorina leicht eine Ersatzroute einrichten könnten, aber ich fürchte, dieser Vorschlag ist sowohl aus technischer wie auch aus politischer Sicht etwas zu optimistisch.

Bemerkenswert ist, dass Mährisch-Ostrau, obwohl sich dort relativ wenig deutsche Truppen aufhalten, weitaus stärker den Eindruck einer Nazi-Stadt macht, als dies bei Prag oder anderen Städten im Herzen Böhmens der Fall ist. Die offizielle deutsche Haltung gegenüber Grenzstädten mit einem nennenswerten Anteil deutscher Bevölkerung (in Mährisch-Ostrau wird er kaum über 20 Prozent liegen, aber das scheint ausreichend zu sein) unterscheidet sich offenbar von der Haltung gegenüber rein tschechischen Gemeinden. Im Falle der Letzteren sind gegenwärtig noch keine Tendenzen feststellbar, die Tschechen zu germanisieren. In den Grenzgemeinden hingegen, wo die Trennungslinien zwischen den Nationalitäten unscharf verlaufen und – wenn überhaupt – nur über die Sprache festgelegt werden können, scheinen die Deutschen der gesamten Gemeinde ein deutsches und nationalsozialistisches Gepräge geben zu wollen. So ist es im Sudetengebiet geschehen. Gegenwärtig trifft dies auf Brünn, Pilsen, Olmütz usw. zu. Tschechische Bewohner dieser Gemeinden haben – im Gegensatz zu den Menschen in Prag – das Gefühl, dass sie sich zur deutschen Kultur und zur Nazi-Ideologie bekennen müssen, wollen sie den staatlichen Autoritäten genehm sein.

Das Ergebnis ist, dass in Mährisch-Ostrau der faschistische Gruß und das allgegenwärtige „Heil Hitler“ in Hotels selbst von tschechischen Kellnern benutzt werden. Bilder des Führers hängen an öffentlichen Plätzen. Den Bewohnern soll der Mut genommen werden, tschechische Fahnen zu hissen. Vollkommen unabhängig von der tatsächlichen Zusammensetzung der Volksgruppen wird erwartet, dass sich die Stadt wie eine deutsche Gemeinde verhält.

Dies wird insbesondere an der Haltung den Juden gegenüber deutlich. Die Enteignung jüdischen Eigentums ist weit fortgeschritten. Die Gestapo ist in der Villa des reichsten jüdischen Kaufmanns untergebracht.⁵ Juden werden von allen öffentlichen Plätzen vertrieben. Wie mir berichtet wurde, musste sich ein Arzt seit Beginn der Besetzung mit dreiunddreißig Fällen von jüdischen Selbstmördern befassen.

Es sollte jedoch hinzugefügt werden, dass diese vollständige Nazifizierung Mährisch-Ostraus nicht nur das Ergebnis der jüngsten Besatzung ist. Vieles deutet darauf hin, dass schon lange vor dem 14. März ein weitgehender Ausverkauf des Bezirks an die Deutschen stattgefunden hatte. Dies ist nicht weiter überraschend. Es handelt sich um einen äußerst tristen Industriebezirk, der von einem resignierten und von Armut geplagten Proletariat bewohnt wird, bei dem irgendetwelche Nationalitätsmerkmale selbst für mitteleuropäische

⁵ Die Gestapo hatte ihren Sitz in einem Gebäude in der ČSČK-Straße. Die einzige Villa in Mährisch-Ostrau mit einem jüdischen Besitzer lag hingegen in der Sadova-Straße.

Verhältnisse ungewöhnlich schwach ausgeprägt sind. Tatsächlich können viele Menschen keine klaren Angaben dazu machen, welcher Nationalität sie angehören. Die Korruption ist nahezu allgegenwärtig, und man kann fast alles über eine Kombination aus Bestechung und Einschüchterung erreichen. Viele der wohlhabenderen Industriellen sind Deutsche, und sie haben bereits lange vor der Besetzung auf ihre Arbeiter Druck in Richtung Germanisierung ausgeübt.

Als ein Ergebnis all dessen wurde in den Monaten nach München⁶ eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um sich Deutschland gegenüber anzudienen. Der örtliche Zweig der tschechischen Geheimpolizei wurde de facto bereits im Januar der Gestapo unterstellt. Das Bekenntnis zur deutschen Volkszugehörigkeit und zur Nazi-Ideologie war weit verbreitet und wurde rasch vollzogen. Es fiel immer schwerer zu unterscheiden, wo das Tschechische aufhört und das Deutsche beginnt. Als die deutschen Truppen schließlich in die Stadt einmarschierten (dies geschah am frühen Abend des 14. März, noch bevor Präsident Hácha überhaupt in Berlin eingetroffen war), war niemand sonderlich überrascht. Die wirkliche Besatzung hatte schon lange vorher begonnen. Der Truppeneinmarsch markierte nur den Schlusspunkt.

DOK. 245

Unterstaatssekretär von Burgsdorff vermerkt am 2. Mai 1939, dass Hitler angeordnet habe, die Tschechen sollten die „Judenfrage“ ohne deutsche Einmischung regeln¹

Schreiben des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren,² gez. Burgsdorff, Prag, vom 2. 5. 1939

Judengesetze.

Der H. Reichsprotector hat über die Einführung der Nürnberger Gesetze mit dem Führer gesprochen.

Der Führer hat angeordnet, daß die Tschechen die Judenfrage selbst regeln sollen und daß wir ihnen nicht hereinreden sollen.

Im übrigen ist der H. Reichsprotector der Ansicht, daß die Judenfrage aus der gegebenen Dynamik heraus schließlich im Sinne der Nürnberger Gesetze laufen wird.³

⁶ Gemeint ist das Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938, in dem Hitler die Eingliederung des Sudetenlands in das Deutsche Reich zugestanden wurde.

¹ NAP, ÚŘP, I-3b-5801, Karton 388. Abdruck in: Kárný/MilotoVá, Anatomie (wie Dok. 237 Anm. 1), Dok. 77, S. 203.

² Konstantin Hermann Karl Freiherr von Neurath (1873–1956), Diplomat, Politiker; 1937 NSDAP- und SS-Eintritt; 1921–1930 Botschafter in Rom und 1930–1932 in London, 1932–1938 RAM, 1939 bis 1943 Reichsprotector für Böhmen und Mähren; 1946 im Nürnberger Prozess zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1954 entlassen.

³ Im Original handschriftl. Vermerk: „Hr. Staatssekretär Frank weiß Bescheid, also zunächst laufen lassen.“

DOK. 246

**Ministerpräsident Alois Eliáš macht Reichsprotektor von Neurath am 11. Mai 1939
Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung¹**

Schreiben von Alois Eliáš,² Vorsitzender der Regierung, Prag, an Konstantin Freiherr von Neurath, Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Eing. 115.1939), vom 115.1939³

Hochgeehrter Herr Protektor,

ich erlaube mir bekanntzugeben, daß sich die Regierung mit der größten Intensivität mit dem Entwurfe einer Regierungsverordnung über die Judenfrage befaßt. Es handelt sich um ein äußerst wichtiges und dringendes Problem, dessen rascheste Lösung und baldige Verlautbarung im Interesse einer geordneten Entwicklung des Protektorates gelegen ist, welche Ansicht Sie sicherlich auch teilen.

Ich erlaube mir daher, den Vorschlag zu machen, Hochgeehrter Herr Protektor, daß die Angelegenheit noch vor der formalen Genehmigung durch den Ministerrat definitiv und im kurzen Wege verhandelt werde, und daß die Standpunkte beider Parteien durch den direkten Verkehr zwischen dem von Ihnen bevollmächtigten Referenten und meinen Bevollmächtigten klargestellt werden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn es zu einer solchen Verhandlung schon in den nächsten Tagen kommen könnte und wenn Sie mir Ihren Standpunkt zu meiner Anregung daher gefälligst mitteilen würden.

In vorzüglicher Hochachtung⁴

DOK. 247

**Der Reichsprotektor zieht am 21. Juni 1939 die Kompetenzen zur
Enteignung der jüdischen Bevölkerung an sich¹**

*Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen.
Vom 21.6. 1939²*

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939, Artikel 5,³ wird angeordnet:

¹ NAP, ÚŘP, I-3b-5801, Karton 388. Abdruck in: Kárný/Milotová, Anatomie (wie Dok. 237 Anm. 1), S. 205f.

² Alois Eliáš (1890 – 1942), Berufssoldat, Politiker; 1939 – 1941 Ministerpräsident des Protektorats Böhmen und Mähren, aufgrund seiner Kontakte zur tschechoslowak. Exilregierung 1941 wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt und erschossen.

³ Im Original handschriftl. Vermerke.

⁴ Dem Schreiben lag ein 22-seitiger Entwurf bei; wie Anm. 1. Siehe auch Einleitung, S. 24. Die Regierungsverordnung wurde nie genehmigt, am 21.6.1939 erließ der Reichsprotektor selbst eine entsprechende Verordnung; siehe Dok. 247 vom 21.6.1939.

¹ Vbl. RProt. 1939, Nr. 6, S. 45–49.

² Die VO wurde auf Deutsch und Tschechisch veröffentlicht.

³ RGBl., 1939 I, S. 486. Laut Art. 5 wahrte der Reichsprotektor die Interessen des Reichs im Protektorat und trug für die Beachtung der politischen Richtlinien Hitlers Sorge.

§ 1.

(1) Juden, jüdischen Unternehmungen und jüdischen Personenvereinigungen sind die Verfügung über Grundstücke, Rechte an Grundstücken, wirtschaftliche Betriebe und Beteiligungen an solchen, die Verfügung über Wertpapiere aller Art sowie die Verpachtung von Grundstücken und wirtschaftlichen Betrieben und die Übertragung von Pachtrechten jeder Art nur mit besonderer schriftlicher Genehmigung erlaubt. Das gleiche gilt für die Verpflichtung zu Verfügungen über die genannten Gegenstände.

(2) Wird das Verpflichtungsgeschäft genehmigt, so gilt die Genehmigung auch für das entsprechende Erfüllungsgeschäft.

(3) Rechtshandlungen, die gegen die Vorschriften der Absätze 1 und 2 verstoßen oder zur Umgehung dieser Anordnungen vorgenommen werden, sind rechtsunwirksam.

§ 2.

(1) Die Genehmigung nach § 1 erteilt der Reichsprotector. Er kann seine Zuständigkeit ganz oder teilweise auf andere Stellen übertragen.

(2) Ist die Genehmigung von einer anderen Stelle als dem Reichsprotector zu erteilen, so ist gegen die Entscheidung binnen 2 Wochen nach Zustellung Beschwerde beim Reichsprotector zulässig. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzulegen, die die Entscheidung getroffen hat. Der Reichsprotector kann anordnen, daß das Beschwerderecht unter bestimmten Voraussetzungen entfällt.

§ 3.

Juden, jüdische Unternehmen und jüdische Personenvereinigungen haben die in ihrem Eigentume oder Miteigentume stehenden oder von ihnen gepachteten land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke bis zum 31. Juli 1939 beim zuständigen Oberlandrat anzu-melden.

§ 4.

(1) Juden, jüdischen Unternehmen und jüdischen Personenvereinigungen sind der Erwerb von Grundstücken und Rechten an Grundstücken, von Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen und von Wertpapieren sowie die Übernahme und Neuerrichtung wirtschaftlicher Betriebe und die Pachtung von Grundstücken verboten.

(2) Die Vorschrift des § 1, Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 5.

(1) Juden, jüdische Unternehmen und jüdische Personenvereinigungen haben die in ihrem Eigentume oder Miteigentume befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin und Silber sowie Edelsteine und Perlen bis 31. Juli 1939 bei der Nationalbank oder den von ihr bestimmten Stellen anzumelden.

(2) Ihnen sind der Erwerb, die Veräußerung und die Verpfändung der im Absatz 1 aufgeführten Gegenstände verboten.

(3) Das gleiche gilt für sonstige Schmuck- und Kunstgegenstände, soweit der Wert für den einzelnen Gegenstand oder eine Sammlung von Gegenständen den Betrag von K. 10 000.- übersteigt.

§ 6.

Als Jude gilt:

a) wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen abstammt. Als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder angehört hat;

b) als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende jüdische Mischling,

1. der am 15.9. 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
2. der am 15.9. 1935 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,
3. der aus einer mit einem Juden [Ziffer a)]⁴ geschlossenen Ehe stammt, die nach dem 15.9. 1935 geschlossen ist,
4. der aus einem außerehelichen Verkehr mit einem Juden [Ziffer a)] stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wurde.

§ 7.

(1) Ein Unternehmen gilt als jüdisch, wenn der Inhaber Jude (§ 6) ist.

(2) Das Unternehmen einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft gilt als jüdisch, wenn ein oder mehrere haftende Gesellschafter Juden sind.

(3) Das Unternehmen einer juristischen Person gilt als jüdisch:

a) wenn ein oder mehrere von den zu gesetzlicher Vertretung berufenen Personen oder eines oder mehrere von den Mitgliedern des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates Juden sind;

b) wenn Juden nach Kapital oder Stimmrecht entscheidend beteiligt sind. Eine entscheidende Beteiligung nach Kapital ist gegeben, wenn mehr als ein Viertel des Kapitals Juden gehört, eine entscheidende Beteiligung nach Stimmrecht ist gegeben, wenn die Stimmen der Juden die Hälfte der gesamten Stimmzahl erreichen.

(4) Die Vorschriften des Absatzes 3 gelten entsprechend für bergrechtliche Gesellschaften, die keine Rechtsfähigkeit besitzen.

(5) Wenn bei einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien am 15. März 1939 kein Mitglied des Vorstandes, des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates Jude war, so wird vermutet, daß Juden nach Kapital oder Stimmrecht nicht entscheidend beteiligt (Absatz 3b) sind. Die gegenteilige Vermutung gilt, wenn an dem genannten Tage ein oder mehrere Mitglieder des Vorstandes, des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates Juden waren.

(6) Ein Unternehmen gilt auch dann als jüdisch, wenn es tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden steht.

(7) Die Zweigniederlassung eines jüdischen Unternehmens gilt als jüdisches Unternehmen.

(8) Die Zweigniederlassung eines nicht jüdischen Unternehmens gilt als jüdisches Unternehmen, wenn der Leiter oder einer von mehreren Leitern der Zweigniederlassung Jude ist.

§ 8.

Auf jüdische Personenvereinigungen finden die Vorschriften des § 7 entsprechende Anwendung.

§ 9.

(1) Der Reichsprotektor kann in ihm geeignet erscheinenden Fällen Treuhänder bestellen, die seiner Aufsicht und Weisung unterliegen. Ebenso kann der Reichsprotektor nach Prorektorsbestimmungen eingesetzte Vertrauensmänner und Zwangsverwalter abberufen.

⁴ Hier und im Folgenden so im Original.

(2) Soweit es sich um Vermögenswerte im Sinne des § 1 dieser Verordnung handelt, steht dem Reichsprotektor das Recht der Bestellung der Treuhänder ausschließlich zu.

(3) Der Reichsprotektor bestimmt die Rechte und Pflichten der Treuhänder.

(4) Soweit der Reichsprotektor von seiner Befugnis nach Absatz 1 und 3 Gebrauch macht, finden die im Protektorat geltenden Bestimmungen über Vertrauensmänner und Zwangsverwalter keine Anwendung.

§ 10.

(1) Wer dieser Verordnung oder den zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ebenso wird bestraft, wer die Bestimmungen dieser Verordnung oder die zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmungen umgeht.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Verfolgung auch auf Grund anderer Strafbestimmungen bleibt unberührt.

(4) Neben der Strafe kann auf Einziehung des Vermögens erkannt werden, soweit es Gegenstand der strafbaren Handlung war. Kann keine bestimmte Person verfolgt werden, so kann auf Einziehung des Vermögens auch selbständig erkannt werden.

(5) Die allgemeinen Vorschriften des reichsdeutschen Strafrechts finden Anwendung.

(6) Die Untersuchung und Aburteilung dieser Straftaten liegt den deutschen Gerichten ob, die nach dem allgemeinen Reichsrecht zuständig sind.

(7) Im übrigen sind die für die deutschen Gerichte im Protektorat geltenden Bestimmungen anzuwenden, soweit nichts anderes bestimmt wird.

§ 11.

(1) Der Reichsprotektor kann Bestimmungen durchführenden und ergänzenden Inhaltes erlassen.

(2) Die Verordnungen des Chefs der Zivilverwaltung in Brünn betreffend Unterlassung unzulässiger Eingriffe in die Wirtschaft im Lande Mähren vom 20. März 1939 und betreffend Verbot von Veräußerungen jüdischen Realbesitzes im Lande Mähren vom 22. März 1939, sowie die Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung in Prag über Verfügungen betreffend jüdisches Vermögen aller Art vom 29. März 1939 sind mit Inkrafttreten dieser Verordnung aufgehoben.

§. 12

(1) Diese Verordnung tritt am 22. Juni 1939 in Kraft.

(2) Die Vorschriften der §§ 1, 2 und 4 geltend rückwirkend vom 15. März 1939 an mit der Maßgabe, daß in der Zwischenzeit geschlossene genehmigungspflichtige Geschäfte rechtsunwirksam sind, solange nicht die Genehmigung nachträglich erteilt ist.

(3) Die von den Chefs der Zivilverwaltung in Prag und Brünn gemäß den Verordnungen vom 20., 22. und 29. März 1939 erteilten Ausnahmegenehmigungen gelten als Genehmigungen im Sinne dieser Verordnung. Die von den Oberlandräten zur Wahrnehmung treuhändischer Aufgaben bereits eingesetzten Personen gelten rückwirkend als Treuhänder im Sinne dieser Verordnung.

Prag, am 21. Juni 1939.

Der Reichsprotektor

in Böhmen und Mähren

gez. Freiherr von Neurath.

DOK. 248

**Basler Nachrichten: Artikel vom 23. Juni 1939 über die
antijüdische Verordnung des Reichsprotektors¹**

*Der fortschreitende Abbau der Autonomie Böhmen-Mährens
Judenverordnung erfolgte über den Kopf der tschechischen Regierung hinweg*

Berlin, 23. Juni. (Privattel.) Nur ganz vereinzelt gibt die Berliner Presse davon Kenntnis, daß der Reichsprotektor die Arisierung der tschechischen Wirtschaft seiner Zuständigkeit untergeordnet hat. Eine soeben erlassene und heute bereits in Kraft tretende Verordnung, *welche die tschechische Regierung ausschaltet*, ist vollkommen auf dem Gesichtspunkt aufgebaut, nach welchem bereits im *Altreich* in der Judenfrage verfahren wurde.² Es wird also den Juden das Betätigungsrecht in der Wirtschaft Böhmens und Mährens entzogen und die Einsetzung von *Treuhändern* verordnet. Bemerkenswert ist, daß ausdrücklich hervorgehoben wird, daß diese Treuhänder „*ausschließlich der Aussicht und Weisung des Reichsprotektors unterliegen*“.

Die Absicht einer erweiterten Gleichschaltung des Protektorats mit dem Reich kommt des weiteren darin zum Ausdruck, daß zur Verhängung der vorgesehenen Strafe für eventuelle Übertretungen der Verordnung allein die *deutschen* Gerichte zuständig erklärt werden. Auch das deutsche allgemeine Reichsrecht wird mit dieser Verordnung für die Durchführung der Arisierung in Kraft gesetzt. Nach dem Reichsrecht haben die Gerichte zu verhandeln und ebenso die Bestimmungen des deutschen Strafrechts anzuwenden.

Laut Statut war bisher nur der deutsche Bevölkerungsteil im Protektorat der Rechtsprechung deutscher Gerichte unterstellt.³ Jetzt erfolgt die Einbeziehung der ersten Kategorie tschechischer Staatsbürger, was eine beachtliche Veränderung des Protektoratsstatus bedeutet.

Endlich werden die tschechischen Juden verpflichtet, ihren Besitz an Edelsteinen und Edelmetallen anzumelden.

Laut der Verordnung ist eine Ablieferungspflicht nicht vorgesehen, wie übrigens dies zuerst bei der Einführung der Anmeldepflicht für die Juden im alten Reich auch nicht der Fall war.

1 Basler Nachrichten, Nr. 169 vom 23.6. 1939, S. 2. Die Basler Nachrichten, 1844 als Nachfolger des Avis-Blattes gegründet, erschienen bis 1977. Das Blatt etablierte sich als eine der führenden Tageszeitungen der deutschsprachigen Schweiz. Die Zeitung fusionierte 1977 mit der National-Zeitung zur Basler Zeitung.

2 VO des Reichsprotektors vom 21.6. 1939; siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

3 VO über die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren vom 14. 4. 1939; RGBl., 1939 I, S. 752 – 754.

DOK. 249

**Camill Hoffmann hält es im Sommer 1939 für unmöglich,
die Juden von den Tschechen zu trennen¹**

Bericht von Camill Hoffmann, o. D. [Sommer 1939]²

Die Juden unter den Tschechen

Man beeilt sich sehr im „Protektorat“ Böhmen und Mähren mit der Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben, aus der Wirtschaft, den akademischen Berufen, überall. Wozu das Dritte Reich sechs Jahre gebraucht hat, [das] sollen die Tschechen in ein paar Monaten durchführen, und zwar ohne daß bisher die entsprechenden Rassengesetze vorliegen. Alles unter dem Druck des Dritten Reiches. Sind die Juden schon aus den staatlichen und städtischen Ämtern des „Protektorates“ verschwunden, so machen auch die „Arisierungen“ der Banken, Industriegesellschaften und Geschäfte rapide Fortschritte. Die Flucht der Juden aus dem Protektorat – ihre Zahl erreicht nicht einmal ein Prozent!³ – hat sofort nach dem Einmarsch Hitlers eingesetzt und wird momentan nur dadurch unterbrochen, daß die deutsche Geheime Staatspolizei, die sich in den größeren Städten des Protektorates etabliert hat, den Juden die Ausreise nicht bewilligt und eine Kontrolle vorbereitet, die den in Deutschland getroffenen finanziellen Maßnahmen für Auswanderer ähnlich sein wird. Man weiß, daß im Dritten Reich alle antisemitischen Aktionen nur Sache der Nationalsozialistischen Partei, nicht der Bevölkerung waren und sind. Von den Tschechen kann man erst recht versichern, daß sie im Durchschnitt keine Antisemiten sind. Das hat sich auch nicht geändert, obwohl die tschechische Presse genötigt ist, die judenfeindlichen Berichte der deutschen Presse zu übernehmen, und in den öffentlichen Kundgebungen davon geredet wird, die Nation müsse von „fremden Elementen gesäubert“ werden. Die Entwicklung des tschechischen Volkes im 19. Jahrhundert und vor allem die humanistische Schule, in die es von Masaryk⁴ genommen wurde, schließen eine judenfeindliche Gesinnung aus. Soweit es unter den tschechischen Nationalisten überhaupt antisemitische Strömungen gegeben hat, so haben sie ihren Grund darin, daß die Juden in Prag und manchen Gegenden – allerdings vor dem Hitler-Regime in Deutschland – mit dem Deutschtum sympathisiert und es unterstützt haben. Das ist natürlich ein Grund, den die Nazis niemals zugeben, geschweige denn anerkennen werden. Es ist aber Tatsache, daß die deutschen Institutionen in Prag, das deutsche Theater, die deutsche Universität, in den letzten Jahrzehnten, schon in österreichischer, dann in tschechoslowakischer Zeit, unhaltbar gewesen wären ohne die finanzielle, politische und kulturelle Hilfe der Juden. Die Juden von heute sehen ein, daß der Vorwurf der tschechischen Nationalisten berechtigt war, denn von mancher Position, die den Deutschen durch die Sympathie der Juden geschaffen wurde, wird nun der tschechische Boden angegriffen. Es war aber nur ein geringer, wenn auch vermögender Teil der Juden, der in Böhmen u. Mähren diese falsche

1 Deutsches Literaturarchiv Marbach, HS.2002.0033.00041. Abdruck in: Hoffmann, Politisches Tagebuch (wie Dok. 235, Anm. 1), S. 274 – 277.

2 Hoffmann schickte seine Texte in der Hoffnung auf eine Publikation in Großbritannien an seine dort lebende Tochter Edith.

3 Ende 1939 lebten rund 90 000 Juden im Protektorat Böhmen und Mähren, das entsprach etwa 1 % der Gesamtbevölkerung.

4 Tomáš Garrigue Masaryk (1850 – 1937), 1918–1935 erster Präsident der Tschechoslowakei.

Haltung einnahm. Der größere Teil stellte sich auf den Standpunkt des jüdischen Nationalismus (Zionismus), und ein noch größerer Teil bekannte sich zum Tschechentum. Es ist ein kühnes Unterfangen, im Raum der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie eine rassische Politik durchsetzen zu wollen. In keiner Gegend Europas haben sich die Rassen so viel gemischt wie hier. Eigentlich konnte man einst die Aufgabe der österreichisch-ungarischen Monarchie darin erblicken, daß sie den Zusammenstoß der Rassen auffing und Deutsche, Slawen und Italiener unter einem Dach vereinigte. Der verstorbene deutsche Minister in der Tschechoslowakei, Dr. Spina,⁵ sprach mit Recht von der „Symbiose“ der Völker in den Ländern der böhmischen Krone. Die Bevölkerung Österreich-Ungarns war ein Mischvolk, die Tschechoslowakei war auch darin der richtige Erbe der Monarchie, und wie sehr sich Deutsche und Tschechen seit Jahrhunderten gemischt haben, geht am deutlichsten aus den unzähligen deutschen Familiennamen hervor, die es unter den Tschechen gibt, und ebenso aus den unzähligen tschechischen Familiennamen, die unter den Sudetendeutschen vorkommen. Im alten Österreich-Ungarn wurden Beamte und Offiziere so viel in andere Gegenden versetzt, als woher sie stammten, und heirateten Frauen anderer Nationalität, daß von einer Reinheit des Volkstums nicht gesprochen werden kann. In der Tschechoslowakei war es nicht viel anders. Wer die Parteiliste der sudetendeutschen Nazis durchblickt, stößt auf so viele tschechische Namen, daß es geradezu grotesk erscheint, wenn die Nazis die Rassereinheit auf ihr Programm schreiben und sich gar für Germanen ausgeben. Seit tausend Jahren gab es in den Ländern des heutigen „Protektorates“ keine scharfe ethnographische Grenze. Es mag ja eine merkwürdige Erscheinung sein, daß einerseits der Nationalismus der Tschechen und der Deutschen ausgeprägte Formen annahm und zu Kämpfen führte, daß aber andererseits die Symbiose der beiden Völker Fortschritte machte. Die Folge war, daß die Zugehörigkeit zu der einen oder andern Nation nicht als ein Geheimnis des Blutes angesehen wurde, wie sie jetzt die Nazis ansehen wollen, sondern als freie Willensentscheidung und bewußte Sympathie. In Ländern mit solchen Erfahrungen denkt man begreiflicherweise recht skeptisch über den Rassismus. Wäre nicht die deutsche Propaganda, so dächten die Sudetendeutschen so wie die Tschechen darüber. Die Juden nun leben länger als tausend Jahre unter diesen sich mischenden Tschechen und Deutschen. Die berühmte fast tausendjährige Synagoge in der Prager Altstadt steht als Denkmal des jüdischen kulturellen Anteils an Böhmen da. Die Juden sind eng verknüpft mit der Geschichte von Böhmen. Sie waren hier nicht nur Bankleute, Kaufleute und Gelehrte, sondern auch Bauern und Handwerker. Wie gering der Antisemitismus der tschechischen Bevölkerung ist, beweisen die vielen Mischehen, die im 19. Jahrhundert und seither immer mehr auf dem Gebiet der Tschechoslowakei geschlossen wurden. Hier die Nürnberger Gesetze durchführen, hieße noch mehr Tragödien veranlassen als im Dritten Reich. Wie die Tschechen aber die „Säuberung von fremden Elementen“ z. B. in ihrer Literatur und Kunst vornehmen wollen, ist ein Rätsel. Schon der Versuch, es zu lösen, läuft auf eine Selbsterniedrigung hinaus. Auf dem Wenzelsplatz in Prag ragt das herrliche, edle Reiter-Denkmal des Schutzpatrons und Märtyrers des Landes, des heil[igen] Wenzel, empor. Es ist das Werk des tschechischen

5 Dr. Franz Spina (1868 – 1938), Slawist, Politiker; 1921– 1938 Professor an der Deutschen Universität Prag; 1920 vom Bund der Landwirte (BdL) ins tschechoslowak. Parlament entsandt, 1926 – 1929 Minister für öffentliche Arbeiten, 1929 – 1935 für das öffentliche Gesundheitswesen und 1935– 1938 Minister ohne Portefeuille; schied als Gegner der SdP Konrad Henleins 1938 aus dem BdL aus.

Bildhauers Myslбек.⁶ Myslбек war der Sohn eines tschechischen Vaters u. einer jüdischen Mutter. Als einer der größten tschechischen Dichter wird Jaroslav Vrchlický verehrt.⁷ Er ist nicht nur Verfasser eines bedeutenden lyrischen und dramatischen Oeuvres und Übersetzer der hervorragendsten Dichtungen ins Tschechische, sondern auch ein genialer Sprachschöpfer. Die Modernisierung und Bereicherung, die die tschechische Sprache durch ihn erfahren hat, ist eine Leistung, die aus dem geistigen Leben des tschechischen Volkes nicht fortzudenken ist. Vrchlický hieß mit dem bürgerlichen Namen Emil Benda und war jüdisch-tschechischer Mischling. Ein Halbjude war ein anderer glanzvoller Repräsentant der tschechischen Literatur, der Romantiker Julius Zeyer.⁸ Ein beliebter Erzähler, der seine Stoffe aus dem Leben der Provinzjuden nahm und mit einem weisen idyllischen Humor vergoldete, war der tschechische Jude Rakous.⁹ Tschechischer Legionär und Freund des unlängst verstorbenen Karel Čapek,¹⁰ einer der erfolgreichsten modernen Dramatiker der Tschechen ist František Langer, ein Jude.¹¹ „Die Reiterpatrouille“, sein letztes Drama, dessen Schauplatz Sibirien während des Weltkrieges ist, hat die tschechischen Patrioten hingerissen – und ist jetzt vom Repertoire verschwunden. Karel Poláček¹² ist einer der heitersten Realisten des tschechischen Romans, ein Jude, der ebenso witzig jüdische wie tschechische Typen zu schildern versteht. Egon Hostovský¹³ zählt mit mehreren differenzierten Gesellschaftsromanen zum begabtesten Nachwuchs des tschechischen Prag, ein Jude ... Da[s] sind nur ein paar Namen, an die sich Erfolge knüpfen, die von Popularität zeugen. Bis vor einem halben Jahr fiel es keinem Tschechen ein, sie als „fremde Elemente“ abzulehnen. Im Gegenteil, man erblickte in ihnen willkommenen Mitarbeiter an der nationalen Kultur, denen man für jeden Beitrag dankbar Beifall zollte. Wie sollen die Tschechen heute diese Blätter aus ihrer Literatur herausreißen? Es wäre noch unendlich unsinniger, als etwa das Kapitel Heinrich Heine in der deutschen Literatur zu unterschlagen, wie es die Nazis versuchen. Aber an dem Beispiel des literarischen Anteils ersieht man, wie eng das Zusammenleben der tschechischen Juden mit den Tschechen in Böhmen und Mähren bisher war und wie tief der Eingriff in das Leben des tschechischen Volkes ist, wenn nun unternommen wird, die Juden aus seiner Mitte zu entfernen.

6 Josef Václav Myslбек (1848 – 1922), Bildhauer, Begründer der modernen tschech. Bildhauerei.

7 Jaroslav Vrchlický, geb. als Emil Bohuslav Frída (1853– 1912), Schriftsteller, Dichter, Dramatiker und Übersetzer.

8 Julius Zeyer (1841– 1901), Schriftsteller und Dramatiker.

9 Vojtěch Rakous, geb. als Adalbert Österreicher (1862 – 1935), Schriftsteller, Satiriker; befürwortete die kulturelle Assimilation der in Böhmen lebenden Juden an ihr tschech. Milieu.

10 Dr. Karel Čapek (1890 – 1938), Schriftsteller, Journalist, Dramatiker, Übersetzer, Photograph.

11 František Langer (1888– 1965), Militärarzt, Schriftsteller, Dramatiker; 1935– 1938 Dramaturg am Theater in den Weinbergen in Prag, Mitbegründer und zeitweilig Vorsitzender des tschechoslowak. PEN-Clubs; emigrierte 1939 nach Frankreich und später nach Großbritannien; kehrte 1945 in die Tschechoslowakei zurück.

12 Karel Poláček (1892 – 1945), Schriftsteller, Satiriker; 1922– 1933 Schriftleiter bei der Tageszeitung *Lidové noviny*, von 1939 an in der JKG in Prag tätig; er wurde am 5.7. 1943 nach Theresienstadt und am 19. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert.

13 Egon Hostovský (1908 – 1973), Schriftsteller; 1937– 1939 Beamter im tschechoslowak. Außenministerium; emigrierte nach Frankreich, Portugal und in die USA; 1946 – 1948 erneut im tschechoslowak. Außenministerium tätig, 1948 Emigration in die USA, später Redakteur bei Radio Free Europe.

DOK. 250

**Der Leiter des Palästina-Amtes in Prag erstattet Anfang Juli 1939
über seine zweimonatige Reise nach Palästina Bericht¹**

Schreiben der SD-Zentralstelle Prag (B1, Wo/Zb) an den Chef des Sicherheitshauptamtes, Sonderdienststelle für Böhmen und Mähren,² Berlin, vom 7.7. 1939

Betr.: Bericht des Leiters des Palästina-Amtes Prag, Edelstein,³ über seine Reise nach Palästina.

Anlage: 1.

Anliegend wird ein vom Leiter des Palästina-Amtes Prag, Jakob Edelstein, gefertigter Bericht über eine Reise nach Palästina im Mai – Juni 1939 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.⁴

Abschrift

Bericht über meine Reise nach Palästina:

Mai – Juni 1939

Meine Aufgabe:

Gemäß dem mir erteilten Auftrage hatte ich die Pflicht, mit allen maßgebenden Instanzen in Palästina in Verbindung zu treten, um durch eingehende Verhandlungen einen entsprechenden Anteil der Zertifikate für das Protektoratsgebiet sicherzustellen. Ich hatte ferner darauf zu achten, daß die in Frage kommenden sozialen und wirtschaftlichen Organisationen für die Einwanderer aus dem Protektoratsgebiet interessiert werden, damit deren Einordnung in Palästina erleichtert wird.

Kompetente Instanzen:

Für die Zertifikatsverteilung sind die nachstehenden Stellen von entscheidender Wichtigkeit:

- 1.) Government of Palestine, Department for Migration,
- 2.) Jewish Agency for Palestine,
- 3.) der Waad-Haleumi, die Zentralvertretung der palästinensischen Judenheit,⁵
- 4.) die wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften.

1 BArch, R 58/978, Bl. 88 – 92. Abdruck in: Peter Heumos, Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938 – 1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation, München 1989, S. 305 – 309.

2 Die RSHA-Sonderdienststelle leitete Gustav Jonak (1903 – 1985), Jurist; 1936 Eintritt in die SdP; 1936 bis 1938 Anwalt in Mährisch-Trübau; SdP-Generalsekretär, 1938 NSDAP-Eintritt, 1939 SS-Hauptsturmführer; 1939 Reg.Rat; 1947 vom tschechoslowak. Volksgericht zu zwölf Jahren Haft verurteilt, 1955 entlassen, später Ministerialrat im baden-württemberg. Innenministerium.

3 Dr. Jakob Edelstein (1903 – 1944), Jurist, Verbandsfunktionär, Zionist; von 1929 an im Hauptbüro des Hechaluz tätig, leitete von 1933 an das Palästina-Amt in Prag, führender Vertreter der tschech. Juden gegenüber der deutschen Verwaltung; am 4. 12. 1941 nach Theresienstadt deportiert, dort 1941 bis 1943 Vorsitzender des Judenrats, wurde im Dez. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort am 20. 6. 1944 zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn erschossen.

4 Der Bericht ist undatiert. Edelstein verfasste ihn für die Gestapo in Prag und für die Auswanderungsabt. der JKG Prag.

5 Der Waad Leumi (hebr.: Jüdischer Nationalrat) bestand von 1920 bis zur Gründung des Staats Israel 1948 und war die provisorische Regierung der Juden, solange Palästina unter brit. Mandat stand.

Palästina-Regierung: Ich wurde von den Leitern der Einwanderungsabteilung der Palästina-Regierung empfangen. Ich habe einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Palästina-Amtes im Protektoratsgebiet erstattet und habe insbesondere darauf hingewiesen, daß wir über ein qualifiziertes Menschenmaterial verfügen. Ich konnte mich hiebei darauf berufen, daß die bisher eingewanderten Personen aus dem Protektoratsgebiete sich sowohl in der Arbeit als auch im gesellschaftlichen Zusammenleben vollauf bewährt haben. Die Tatsache, daß der größte Prozentsatz unserer Einwanderer den Prozeß der Berufsumschichtung gut bestanden hat und daß diese Menschen in der Landwirtschaft dauernd verbleiben, machte natürlich auf die Regierung einen starken Eindruck. Die leitenden Beamten versicherten mir, daß sie helfen wollen, um eine angemessene Berücksichtigung des Protektoratsgebietes bei der Zertifikatsvorstellung zu garantieren.

Jewish Agency for Palestine: Mit der Exekutive der Jewish Agency for Palestine hatte ich eine Reihe von Besprechungen, in welchen ich unsere Forderungen formulierte. Ich beschränkte mich hiebei nicht allein darauf, Zertifikate aus allen Kategorien für das Protektoratsgebiet zu verlangen, sondern ersuchte auch um eine weitgehende Berücksichtigung bei der Besorgung von Arbeitsplätzen in verschiedenen europäischen Ländern, wo unsere Jugend vorübergehend Aufenthalt bekommt und nach entsprechender Auslehre die Erlaubnis zur Einreise nach Palästina erhält. Der Jewish Agency for Palestine habe ich über unsere Arbeit auf dem Gebiete der Berufsberatung und Berufsumschichtung sowie über die Erfassung der jüdischen Kinder ausführlichen Bescheid gegeben. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, für unsere Belange Verständnis und Anerkennung zu finden.

Waad-Haleumi: Die Judenheit Palästinas hat in Waad-Haleumi die oberste Körperschaft, welche alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Arbeiten leitet. Ich habe den maßgebenden Herren unsere Wünsche vorgetragen und gebeten, daß man den Einwanderern aus dem Protektoratsgebiete wirtschaftliche und soziale Hilfe gewährt. Die Mitarbeit dieser Körperschaft ist von großer Wichtigkeit, da eine Reihe von Zertifikatskategorien nur noch ausgenutzt werden kann, wenn die Verwandten in Palästina eine dauernde Existenz gefunden haben. Dies gilt sowohl für die Anforderung von Eltern als auch für die Unterbringung von Kindern.

Wirtschaftliche Institutionen: Es gibt in Palästina eine Reihe von Institutionen, die wirtschaftliche und soziale Aufgaben erfüllen. Hier sind vor allem die Kollektive am Lande und die Siedlungsgesellschaften von Bedeutung. Ich habe die Leitungen besucht und habe mir auch einige landwirtschaftliche Siedlungen angesehen. Die Lebensbedingungen und die Arbeitsweise der dort angesiedelten Juden habe ich studiert. Ich darf mit Zufriedenheit feststellen, daß die landwirtschaftlichen Institutionen ihre Mithilfe bei der Einordnung von Einwanderern aus dem Protektoratsgebiete zugesichert haben. Nicht minder wichtig sind auch die Unternehmungen, die zum Teil von Bürgern des Protektorates errichtet wurden. Die Unternehmer, die ich aufgesucht habe, haben mir die Zusage gemacht, daß sie die Einwanderer aus dem Protektoratsgebiete bei Einstellung von neuen Arbeiten besonders berücksichtigen wollen.

Die wichtigsten Persönlichkeiten, mit denen ich anlässlich der oben geschilderten Bemühungen zusammentraf, waren: Sir Erwin Samuel,⁶ Eliahu Dobkin,⁷ Mosche Schapiro,⁸

6 Richtig: Edwin, 2nd Viscount Samuel (1898 – 1978), District Officer in Palästina.

Dr. Pinner,⁹ Dr. Georg Landauer,¹⁰ Dr. Förder,¹¹ Dr. Wittkowski,¹² Moller,¹³ Dr. Werner Senator¹⁴ usw.

Die Zertifikatsverteilung u. unser Anteil: Die Palästina-Regierung hat für die Schedule April – September 1939 insgesamt 10350 Zertifikate ausgegeben. Davon sind aus der regulären Schedule 5000, aus der Flüchtlingsquote 5350. Die Regierung hat von diesen Zertifikaten 2500 à conto der April-Quote und der sogenannten illegalen Einwanderung in Abrechnung gebracht, so daß tatsächlich nur 7850 Zertifikate (Seelen) zur Verteilung gekommen sind.

Die Zertifikate verteilen sich auf folgende Kategorien:

- A/I 1500, hievon 320 für in Palästina befindliche Touristen
(180 aus Großdeutschland und 140 aus der ganzen übrigen Welt).
- A/IV 70, (hievon 23 bereits vergeben und 47 kommen noch zur Verteilung).
- A/V 35
- B/II 35
- B/III 2660, hievon 500 für Kinder im Alter von 13 bis 15,
900 Jugendliche im Alter von 15 bis 17,
500 für die Universität,
260 für die Technik,¹⁵
90 für Mikweh Israel,¹⁶
60 für Ben Shemen,¹⁷
150 für die Wizo,¹⁸
40 für die Bezallelschule,¹⁹
50 Konservatorium
und der Rest auf verschiedene Anstalten.
- C 600
- D 2950 (in dieser Zahl sind auch die Angehörigen der Kategorien A/I,
A/V und C enthalten.)

⁷ Eliahu Dobkin (1898 – 1976), Verbandsfunktionär; aktiv im Hechaluz in Russland, von 1930 an in Palästina, leitete die Einwanderungsabt. der Jewish Agency während des Zweiten Weltkriegs.

⁸ Richtig: Jeshaiahu (Mosche) Schapira (1891 – 1945), 1933– 1943 Direktor der Zentralen Genossenschaftsbank Zerubavel in Tel Aviv.

⁹ Dr. Ludwig Pinner (1890 – 1979), Agronom; leitete von 1938 an die Abt. für mittelständische Ansiedlung der Jewish Agency.

¹⁰ Dr. Georg Landauer (1895 – 1954), Jurist, Politiker; 1929 – 1933 Geschäftsführer der ZVfD und Leiter des Palästina-Amtes in Berlin, 1933 Mitbegründer der Reichsvertretung; 1934 – 1954 Direktor des Zentralbüros der Jewish Agency für die Ansiedlung deutscher und österr. Juden in Palästina; 1953 Emigration in die USA.

¹¹ Dr. Herbert Förder (1901 – 1970), Bankier; von 1933 an in Palästina, Gründer der Rassco Rural and Suburban Settlement Company.

¹² Dr. Erwin Wittkowski (1904 – 1970), bis 1942 Mitarbeiter der Wirtschaftsabt. der Jewish Agency, später Bankdirektor.

¹³ Hans Moller (1896 – 1962), Textilindustrieller; von 1933 an in Palästina, Mitinhaber der Ata Textile Company in Kefar Ata.

¹⁴ Dr. Werner Senator (1896 – 1953), Sozialarbeiter und -politiker; zunächst in Berlin, 1925– 1930 Generalsekretär des europäischen Joint in Paris, 1930 – 1935 Mitglied der Exekutive der Jewish Agency in Jerusalem; von 1937 an Verwaltungsbeamter der Hebräischen Universität Jerusalem, 1949 – 1953 deren geschäftsführender Vizepräsident.

Auf das Protektorat entfallen folgende Zertifikate:

Kategorie:	Zertifikate:	Seelen:
A/I	255	765
A/IV	5	10
A/V	15	45
B/II	7	14
B/III Kinder 13 – 15 Jahre	70	70
Jugendliche 15 – 17 J.	195	195
Studenten	164	164
C	81	220
D	110	110
	902	1593

Dazu kommt noch die Zusicherung hinsichtlich der indirekten Auswanderung nach Palästina auf dem Umwege über die berufliche Ausbildung in verschiedenen Staaten, ungefähr weitere 1500 Menschen, so daß unser Palästina-Amt in der Lage sein dürfte, bis 30. September 1939 mehr als 3000 Menschen aus dem Protektoratsgebiete zur Auswanderung zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeit nur gelingen kann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen technischer Natur im Inlande geschaffen werden können.

Um den Anteil des Protektoratsgebietes an der Gesamtzertifikatsverteilung richtig abzuschätzen, ist darauf hinzuweisen, daß wir mehr als 20 % der Zertifikate, die für die ganze Welt bestimmt waren, zugeteilt erhalten haben.

Es ist selbstverständlich, daß ich mit all den im Berichte angeführten Schulen verhandelt habe. Ich möchte hiebei besonders hervorheben, daß die Errichtung eines Stipendien-Fonds in Palästina beschlossen wurde, um dann in den nächsten Jahren den unbemittelten Studenten die Fortsetzung des Studiums zu ermöglichen.

Die ständige Vertretung in Palästina:

Während meines Aufenthaltes in Palästina ist eine Hitachduth Olej Bohemia und Moravia (Vereinigung der Einwanderer aus dem Protektoratsgebiete)²⁰ geschaffen worden. Diese Vereinigung kooperiert aufs engste mit der Vertretung der Einwanderer aus dem Altreich und der Ostmark. Beide Körperschaften sind vom deutschen Konsulat in Palästina anerkannt.

Meine Vorsprache beim deutschen Konsul:

Der deutsche Konsul in Haifa²¹ hatte die Freundlichkeit, mich zu empfangen und von mir einen Bericht über meine Tätigkeit in Palästina entgegenzunehmen.

15 Gemeint ist die 1912gegründete Technische Hochschule in Haifa.

16 Die landwirtschaftliche Schule wurde 1879 südöstlich von Tel Aviv eingerichtet.

17 Die Jugendsiedlung und landwirtschaftliche Schule Ben Shemen wurde 1927 in Palästina gegründet.

18 Die 1920 von Zionistinnen in London ins Leben gerufene WIZO setzte sich für die Ausbildung jüdischer Frauen in Palästina ein.

19 Richtig: Bezalel; die 1906 in Jerusalem gegründete Schule für Kunst und Handwerk wurde im Ersten Weltkrieg zerstört und 1933 neu eröffnet.

20 Die Vereinigung ging aus der 1921 von tschechoslowak. Immigranten gegründeten Histadrut Olej Czechoslovakia hervor.

21 Generalkonsul von Palästina und Transjordanien war 1935–1939 Walter Döhle (1884–1945).

DOK. 251

**Der Wehrmachtsbevollmächtigte macht sich
am 12. Juli 1939 Gedanken über das „tschechische Problem“ und plädiert dafür,
die Juden aus dem Protektorat zu vertreiben¹**

Anlage zum Schreiben des Wehrmachtsbevollmächtigten beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Nr. 22/40 (W.B.6/39 g. Kdos. v. 12. 7. 39), gez. Friderici,² vom 12. 7. 1939 (Abschrift, 1. von 3 Ausfertigungen)³

Chefsache.

Geheime Kommandosache. Nur durch Offizier.

Das tschechische Problem.

In einer tausendjährigen Geschichte leben Deutsche und Tschechen im böhmisch-mährischen Raume. Sie haben sich nie geliebt. Meist gehaßt. So wird es auch in weiteren tausend Jahren sein, wenn das Problem nicht völlig neu angefaßt wird. Die bisherigen Methoden haben versagt, ganz gleich, ob sie von den alten deutschen Kaisern, den Päpsten, von den Habsburgern oder von den Tschechen selbst angepackt wurden.

Der Grund für die beiderseitige Abneigung der beiden Völker ist raumgegeben und volksbedingt. Es ist müßig, darüber zu streiten, wer die Schuld trug. Jedenfalls hat der jeweilig an der Macht befindliche Volksteil seine Stärke ausgenutzt, um dem unterlegenen Volksteil seinen nationalen Willen aufzuzwingen, den eigenen Wohlstand auf Kosten des Schwächeren zu heben und sich dabei für früher erlittenes Unrecht zu entschädigen. Das schürte den Haß des Unterlegenen weiter. Er wartete mit List und Ungeduld auf die nächste Gelegenheit, um dann die Rollen wieder vertauschen zu können. Das war und ist das Spiel der Kräfte im böhmisch-mährischen Raume.

Jetzt ist der Deutsche der unumschränkte Herr im böhmisch-mährischen Raume und steht vor dem Entschluß, wie er das Problem endgültig lösen soll. Eines steht fest: Er muß die eindeutige Führung übernehmen. Er darf die Dinge nicht dem Zufall überlassen. Er muß wissen, was er will, das Endziel und die Methode, dieses Ziel zu erreichen. Eine Politik der Weichheit und Versöhnlichkeit ist bei den nun einmal bestehenden tausendjährigen Gegensätzen ebenso falsch wie eine Politik der kleinlichen politischen Rache und der Unterdrückung. Beides ist in der Geschichte erprobt worden und hat nicht zum Ziele geführt.

In einer Politik der Nachgiebigkeit sieht der Tscheche ein Zeichen der Schwäche. Sie stärkt den Kampfgeist des nationalen Hasses. Andererseits ist es unwahrscheinlich, durch brutale Härte, durch eine zwangsweise äußere „Germanisierung“ den tausendjährigen tschechischen Nationalismus verdrängen oder gar beseitigen zu können. Im Gegenteil: Man wird den Deutschenhaß zum Mythos der tschechischen Seele machen. Und die

1 NAP, MS, Karton 2076. Abdruck in: Kárný/Milotová, Anatomie (wie Dok. 237 Anm. 1), Dok. 13, S. 49 – 56.

2 Erich Friderici (1885 – 1964), Berufsoffizier; 1935 – 1937 Militärattaché für Ungarn und Bulgarien, 1939 Wehrmachtsbevollmächtigter beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, 1939 – 1941 General der Infanterie, 1941 – 1942 Befehlshaber im Heeresgebiet Süd und der Sicherungstruppen, 1944 Befehlshaber des Sonderstabs IV im OKH; 1947 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen; später für ein Versicherungsunternehmen tätig.

3 Im Original handschriftl. Unterstreichungen. Die drei Ausfertigungen gingen an „OKW-L, OKH-O Qu V, Chef H Rüst u BdE-Ic“.

tschechisch-slawische Seele erträgt jede Unterdrückung und wird trotzdem nicht ertötet,⁴ solange sie in einer großen tschechischen Gemeinschaft lebt und von ihr geführt wird. Es gibt nur eine Lösung: Diese tschechische Gemeinschaft örtlich und geistig aufzulösen und hierzu zunächst ihre führende Schicht aus dem Raume Böhmen/Mähren herauszubringen. Die tschechische Intelligenz ist der unversöhnliche Feind Deutschlands, nicht so der Arbeiter und Bauer.

Das Radikalmittel einer physischen Ausrottung ist unter normalen Verhältnissen nicht möglich. Es muß auf andere Weise erreicht werden:

- 1.) Durch Auswanderung und Abwanderung.
- 2.) Durch Absorbierung im großdeutschen Raume

Die Voraussetzungen hierfür sind gerade in der Jetztzeit nicht ungünstig.

Zu 1.) Das Auswanderungsproblem:

a) Die große Masse des tschechischen Volkes, Arbeiter und Bauern, denken weniger an tschechisch-nationale Ziele, als wie an die Hebung ihres sozialen Daseins.⁵ Werden hierin ihre Wünsche und Forderungen bald sichtbar und weitgehend von Deutschland auf Kosten ihrer Unternehmer durchgesetzt, so werden die Arbeitnehmer für Deutschlands Führung eintreten. Die eintretende stärkere Belastung des Unternehmers wird ihm wirtschaftlich schwer zu schaffen machen. Er sieht seinen bisherigen Verdienst schwinden und wird danach trachten, auszuwandern. Sein Platz und damit die Führung im Betrieb wird in den deutschen Wirtschaftsorganismus eingereicht. Lohn und Verdienstspannen werden dann den deutschen Verhältnissen angeglichen.

b) Weitgehende Übernahme tschechischer Saisonarbeiter in die deutsche Wirtschaft. Damit wird nationalsozialistische und völkische Weltanschauung in das tschechische Volksleben getragen. Sie werden letzten Endes deutsch fühlen und denken lernen. Dem jetzigen kapitalistisch denkenden Unternehmer wird das auf die Nerven gehen. Er wird sich in seinem Betrieb nicht mehr sicher fühlen und gehen. Wirtschaftlich wird sich der böhmisch-mährische Raum auf die Dauer sowieso nicht als Enklave unter *besonderen* Lohn- und Preisverhältnissen zwangsweise halten lassen, sondern wird vielmehr zwangsläufig in dem deutschen Wirtschaftsraum aufgehen. Also ließe sich bei dieser Gelegenheit unschwer das erwünschte tschechische wirtschaftliche Führertum – das gilt sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft – ausscheiden.⁶ Man muß nur eine Zeitlang die Löhne steigern und die Preise zwangsweise niedrig halten. Deutschen Unternehmungen könnte auf dem Subventionswege geholfen werden. In der Landwirtschaft muß der Einfluß der tschechischen Grundherren durch Aufkauf oder Enteignung heruntergewirtschafteter Güter gebrochen werden.

c) Schärfste Durchführung der Judengesetze und Erleichterung ihrer Auswanderung. Der Schaden, der politisch und völkisch durch das Belassen und die Tätigkeit der Juden im Protektoratsgebiet angerichtet wird, erscheint, auf weite Sicht gesehen, schwerwiegender als ein paar herausgeschmuggelte Millionen der jüdischen Emigranten. Die antisemitische Propaganda ist absolut volkstümlich hier.

d) Erleichterung jeder Auswanderung tschechischer Intelligenz. Die deutschen Missionen im Ausland müssen geradezu angewiesen werden, alles zu tun, um z. B. den tschechi-

⁴ So im Original.

⁵ So im Original.

⁶ So im Original.

schen Universitätsprofessoren, Wirtschaftsführern, politischen Führern usw. gutbezahlte Stellen in fernen Erdteilen zu verschaffen, natürlich durch Mittelspersonen. Die ganze Verwandtschaft muß folgen. Beispiel: Durch das Auswandern der Großindustriellen-Familie *Petschek* in Prag, die im Besitz von 11 Villen und anderen Liegenschaften war, ist geradezu Luft geschaffen worden für das Festsetzen des Deutschtums.⁷

Ein besonderes Kapitel hierzu ist die Auswanderung ehemaliger tschechischer Heeresangehöriger, die m. E. nicht zu unterbinden, sondern mit allen Mitteln zu fördern ist. Sie werden stets in der Masse die Quelle antideutscher Propaganda sein, soweit sie nicht durch Eintritt in die Regierungstruppe unter deutschen Einfluß gestellt sind. Nichts ist gefährlicher für den deutschen Einfluß im Protektorat als der entwurzelte und pensionierte ehemalige tschechoslowakische Offizier, zumal, wenn er Legionär war und ist. Denn er ist das aktivistische Element. Die Gefahr der Aufstellung von tschechischen Legionen in Feindesländern erscheint demgegenüber gering.⁸ Nach allen Nachrichten kommen die Dinge nicht vorwärts. Die Legionen werden nie ernstzunehmende Kampfverbände sein. Solche Formationen zerfallen meist von selbst. Werden die Tschechen beim Verlassen des Protektorats ausgebürgert, so sind wir sie los. Und darauf kommt es an. Ähnlich unruhige Elemente sind die stellungslosen Beamten, insbesondere von der meist radikal antideutsch eingestellten Lehrerschaft, die mit den Legionären eng verbunden sind.

Durch den Zerfall des tschechoslowakischen Staates sind die Elemente aus dem Sudetenland und der Slowakei enttäuscht und verbittert in das Protektorat hineingeströmt und sind zurzeit – nach allem, was man hört – die Zellen der Unzufriedenheit und antideutschen Propaganda.

Allgemein ist vorauszuschicken, daß eine Aufnahme nationaltschechischer Elemente im deutschen Volkstum schon aus Gründen der Rassenfrage an sich nicht besonders erwünscht ist. Die zweifellos vorliegenden Bedenken können aber wohl aus folgenden Gründen zurückgestellt werden:

- a) Es handelt sich nur um eine verhältnismäßig geringe Zahl im Vergleich zum 80-Millionen-Deutschland.
- b) Die Bevölkerung Großdeutschlands ist sowieso rassisch vom slawischen Element durchsetzt, ohne an ihrem Deutschtum Schaden erlitten zu haben.
- c) Unser Drittes Reich ist innerlich so stark und einheitlich ausgerichtet, daß es gerade in seiner derzeitigen Dynamik einzelne tschechische Elemente einfach mit fortreißt und überschluckt. Ein politischer Schaden in irgendwie nennenswertem Umfange kann nicht angerichtet werden, wenn die tschechischen Elemente verstreut und entsprechend beaufsichtigt werden.
- d) Bei dem Mangel an Fachkräften in Deutschland könnte die Arbeitskraft, der Fleiß und die Anspruchslosigkeit des tschechischen Elements fordernd und ausgleichend verwendet werden.

⁷ Zur Familie *Petschek* siehe Dok. 77 vom 3.5.1940 und VEJ 2/91. Der Prager Linie der Familie gelang es, der „Arisierung“ durch Verkauf an deutsche Konsortien zuvorzukommen und so einen großen Teil des Vermögens zu retten.

⁸ Bereits am 2.10.1939 wurde zwischen dem Tschechoslowakischen Nationalkomitee im Exil und dem franz. Premierminister Daladier ein Vertrag über die Errichtung einer tschechoslowak. Armee in Frankreich unterzeichnet. Am 25.10.1940 folgte ein Vertrag zwischen der tschechoslowak. Exilregierung und Großbritannien mit dem Ziel, die tschechoslowak. Luftwaffe im Rahmen der Royal Airforce zu reorganisieren.

Unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Verhältnisse im Protektorat und für das große Ziel der Zerschlagung der tschechischen Führerschicht müßte die Aufnahme tschechischer Elemente in den großdeutschen Raum als notwendiges Übel in Kauf genommen werden.

Bei a) Berufung tschechischer Wissenschaftler an deutsche Hochschulen.

b) Berufung tschechischer Wirtschaftler in deutsche Unternehmung.

c) Heranziehen von Technikern und Facharbeitern nach Deutschland.

d) Ärzteaustausch.

e) Übernahme tschechischer Grundbesitzer als deutsche Landwirte.

f) Übernahme tschechischer Studenten auf deutsche Hochschulen.

g) Auch werden m. E. besonders ausgesuchte frühere Angehörige des tschechoslowakischen Heeres ohne Gefahr in deutschen Privatbetrieben (außer Rüstungsindustrie) angestellt werden können.⁹

Bewähren sich diese Elemente nicht und stellen sie sich nicht um, so können sie ja ohne weiteres wieder nach Hause geschickt werden. Bei der Anpassungsfähigkeit der Tschechen ist aber bestimmt zu erwarten, daß die Mehrzahl nach kurzer Zeit als *Einzelgänger* im großen deutschen Raum sich umstellt, stolz auf ihr Ansehen und ihr Einkommen sein und schon in der nächsten Generation sich als Großdeutsche fühlen wird. In die freigewordenen Stellen des Protektorats werden deutsche Elemente hineingebracht.

Schlußwort

Mit einer festen Zügelführung ohne störende Nebeneinflüsse im Protektorat auf Grund des Führererlasses vom 16. 3. 1939,¹⁰ der völlig ausreicht, aber einer gleichzeitig zähen Verfolgung der in den Ausführungen verfolgten Ziele einer Ausschaltung der tschechischen Führerschicht und Eindringen des deutschen Elementes wird der böhmisch-mährische Raum in absehbarer Zeit ohne wesentliche Erschütterungen, ohne außenpolitische Belastung *innerlich* für alle Zeiten Großdeutschland zugeführt werden können. Die Heilung der tausendjährigen Wunde erfolgt so nicht äußerlich durch eine dünne Haut äußerer Germanisierungsversuche, wobei der Eiter in der Wunde weiterwuchern [kann] und bei Gelegenheit wieder ausbricht, sondern durch eine gültige Heilung von innen heraus, nachdem die schädlichen Körper entfernt sind.

⁹ Die meisten Pläne zur Lösung der „tschechischen Frage“ gingen davon aus, dass große Teile der „eindeutschbaren“ Tschechen germanisiert werden könnten, indem man sie im Reich innerhalb der deutschen Bevölkerung ansiedle. Praktisch spielten derartige Überlegungen dann aber kaum eine Rolle. Allerdings wurden während des Kriegs Schätzungen zufolge insgesamt 600 000 Tschechen aus dem Protektorat und dem Sudetengau zeitweise im Reich zur Arbeit eingesetzt.

¹⁰ Erlass des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, RGBl., 1939 I, S. 485–488.

DOK. 252

**Reichsprotector von Neurath ruft am 15. Juli 1939 die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag ins Leben¹**

Schreiben des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren (Nr. 532/39), gez. Frhr. v. Neurath, Prag, an den Ministerpräsidenten, in Prag,² vom 15.7.1939 (Abschrift)³

Betrifft: Regelung der jüdischen Auswanderung aus dem Protektorat.

Es hat sich in letzter Zeit in zunehmendem Maße die Notwendigkeit einer planmäßigen Führung und Leitung der jüdischen Auswanderung auch aus dem Gebiete des Protektorats Böhmen und Mähren gezeigt. Entsprechend der Regelung im Reich ist daher auch für das Gebiet des Protektorats die zentrale Zusammenfassung der Bearbeitung sämtlicher Fragen der Judenauswanderung notwendig. Es muß daher zur Förderung und beschleunigten Regelung der jüdischen Auswanderung in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung errichtet werden,⁴ die folgende Aufgaben zu erfüllen hat:

- 1.) Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreisegenehmigungen mit den zuständigen Auswanderungsorganisationen.
- 2.) Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen.
- 3.) Einrichtung und Überwachung von Umschulungsstätten.
- 4.) Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten.
- 5.) Überwachung der jüdisch-politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezgl. der Auswanderung.
- 6.) Ständige Fühlungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus dem Protektorat in Frage kommenden deutschen Dienststellen und den Dienststellen der Protektoratsregierung.
- 7.) Einheitliche und beschleunigte Beschaffung aller für die Auswanderung notwendigen Unterlagen und Bescheinigungen – jeweils unter Aufrechterhaltung der Zuständigkeit der einzelnen Ressorts.

Während bei der Auswanderung der Juden aus dem Gebiete des Reiches lediglich die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden und den jüdischen Verbänden gewährleistet werden mußte, ist es notwendig, daß für die Auswanderung aus dem Protektorat auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen Dienststellen und den beteiligten Dienststellen der Protektoratsregierung gewährleistet wird. Die Zentralstelle hat daher die Aufgabe, für die einheitliche Zusammenfassung bei der Bearbeitung aller Fragen, jedoch, wie unter Ziffer 7.) bereits erwähnt, unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Zuständigkeit der einzelnen Ressortchefs, Sorge zu tragen. Nachdem im Reich

¹ NAP, ÚŘP, I-3b 5811, Karton 389, Bl. 8 – 10.

² Alois Eliáš.

³ Die Abschrift ging an „a) sämtliche Gruppen der Behörde, b) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, c) den Befehlshaber der Ordnungspolizei“.

⁴ Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag (1942 in Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren umbenannt) wurde am 26.7.1939 nach dem Vorbild der Wiener Zentralstelle gegründet. Mit der Leitung wurde Hans Günther betraut. Formal unterstand die Zentralstelle dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag, praktisch lag die Verantwortung beim Leiter des Judenreferats im RSHA Adolf Eichmann.

der Chef der Sicherheitspolizei zentral mit der Aufgabe der jüdischen Auswanderung beauftragt worden ist, empfiehlt es sich, für das Gebiet des Protektorats dementsprechend die Leitung der jüdischen Auswanderung dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren zu übertragen. Ich habe dementsprechend den SS-Oberführer Regierungsdirektor Dr. Stahlecker mit der Gesamtleitung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag beauftragt und ihm zur Durchführung seines Auftrages die notwendigen Vollmachten erteilt; insbesondere kann er die Abordnung der von den einzelnen Dienststellen benötigten Beamten zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag verlangen.

Es empfiehlt sich, sämtliche Stellen, bei denen auswanderungslustige Juden vorsprechen, anzuweisen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag alsbald weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese Stelle zu verweisen. Juden, die aus dem Protektorat auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere von den zuständigen Stellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung.

Diese Regelung gilt zunächst für die Stadt Prag und Umgebung. Das Verfahren in den übrigen Teilen Böhmens und Mährens regelt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag in eigener Zuständigkeit.

Unter Bezugnahme auf die persönliche Besprechung von SS-Oberführer Dr. Stahlecker mit dem Herrn Ministerpräsidenten erwarte ich entsprechende Anweisung an die Dienststellen der Protektoratsregierung, insbesondere bezüglich der Abordnung der von den Dienststellen der Protektoratsregierung zur ressortmäßigen Bearbeitung der jüdischen Auswanderung benötigten Beamten und der Überweisung aller Auswanderungsansuchen an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag.

SS-Oberführer Dr. Stahlecker ist beauftragt, das Verfahren im einzelnen im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidium zu regeln.

Abschrift des Erlasses übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung.

Zusatz für die Gruppe Kulturpolitische Angelegenheiten: Ich bitte, für eine entsprechende Veröffentlichung in der Presse zu sorgen.

DOK. 253

Der Reichsprotektor erhält am 25. Juli 1939 einen anonymen antisemitischen Brief¹

Schreiben, ungez., an das Reichsprotektorat, Prag (Eing. 25.7. 1939), o. D.²

Bitte mit sofortiger Wirkung den Juden den Zutritt in christl. Wohnhäuser (sogar unter Mieterschutz!) und in die öffentlichen Anlagen zu verbieten. Ich lasse mich nicht auch jetzt noch von Jüdinnen und jüdischen Advokaten, die mich unter Mittun der Justiz und obersten Repräsentanten samt Familie vernichtet haben, auf Schritt und Tritt provozieren

¹ NAP, ÚŘP, I-3b-5801, Karton 388.

² Die sprachlichen Eigenheiten des Originals wurden beibehalten.

und weiter schänden! Die Juden dürfen nicht aus dem Ghetto! Durch Kupplereien und Schändereien der christl. Frauen – sozusagen vor den Augen ihrer Väter, Männer und Brüder – „kaufen“ sie sich die Frauen, gleich ob es sich um eine Präsidentin oder gewöhnliche Hausmeisterin handelt und beherrschen durch die Frauen die ganze „Děvkokretie“;³ und durch die Nachsichtigkeit werden sie nur immer frecher, denn sie sind ja in Prag immer mehr als weniger und die öffentl. Anlagen (bes. Letná)⁴ sind voll von fremden Juden jeden Alters und jeder Exotität! Unsere jungen Polizisten beteiligen sich rege an Kupplerei und kein Wunder dann, daß soviele Frauen „vermißt“ werden. Warum schickt man sie nicht auf die Erntearbeit, da sie sogar eigene Wirtschaften draußen besitzen. Man hat ein Korruptionsgericht geschaffen.⁵ Aber die früheren Machthaber haben durch das Restriktionsgesetz⁶ Plätze für ihre Neffen, Schwäger, Hausfreunde und -freundinnen geschaffen, selbst über die Leichen der armen „Narren“ und ihrer Familien, und diese öffentliche Kupplerei wird nicht gerichtet – es ist eine Familie, und es „nehmen“ heute nicht nur die Sektionschefs – die Ehrlichen wurden eben restringiert! Gerichtet werden auch nicht die Sanierungen der Banken, die Beiträge der Villenbauten, die Börsenräubereien, die Befreiungen vom Militärkriegsdienst und alle die Korruption der verjudeten Ochlokratie! Wir bitten, uns von dem jüdischen Satanismus, der nun sogar immer drückender wird, zu befreien – unbegreiflicherweise. Man kann sich schon kaum rühren in eigener Heimat und muß sogar Drohungen mit eigener Verjagung anhören!

DOK. 254

**Der Oberlandrat in Tabor schildert am 28. Juli 1939
einen Überfall auf Juden in Pibrans¹**

Schreiben (Nr.: Pol. 303, 1) des Oberlandrats in Tabor für die Bezirksbehörden Tabor, Pisek, Pibrans, Beneschau, Seltshan, Mühlhausen, gez. Dr. Hertel,² an den Reichsprotektor Böhmen und Mähren, Prag (Eing. 29. 7. 1939), vom 28. 7. 1939³

Betrifft: Ausschreitungen gegen die Juden in Příbram.

Der Bezirkshauptmann von Příbram berichtet mir, daß am 22. Juli 1939 gegen 20 Uhr in Příbram 2 Autobusse aus Prag mit etwa 80 in Příbram unbekannten Männern eintrafen, die in verschiedenen Gasthäusern Durchsuchungen nach Juden vornahmen. Die in den Lokalen anwesenden Juden wurden auf die Straße gejagt und mit Gummiknütteln ver-

3 Děvka (tschech.): Hure, Prostituierte, im übertragenen Sinne jemand, der sich verkauft.

4 Park mit gleichnamigem Berg in Prag.

5 Vermutlich ist die im April 1939 eingerichtete Kommission zur Bekämpfung der Korruption gemeint.

6 Nicht ermittelt.

1 ABS, 14-325-5, Bl. 15 + RS.

2 Dr. Gottfried Hertel (*1906), Verwaltungsbeamter; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934 – 1938 Reg.Rat im Landratsamt Pirmasens; 1938 SA-Eintritt; 1938 zur Regierung der Pfalz in Speyer abgeordnet, März/April beim Oberlandrat Brünn und April/Mai 1939 komm. Oberlandrat Brünn-Land, seit Mai 1939 zunächst komm., dann Oberlandrat von Tabor, von 1942 an Hauptabteilungsleiter in der Landesbehörde Böhmen in Prag.

3 Im Original handschriftl. Korrekturen.

prügelt. 9 Juden trugen Verletzungen davon. Anschließend gingen die Täter dazu über, jüdische Schaufenster zu zertrümmern. 8 Fenster jüdischer Firmen und 1 Schaufenster bei einer arischen Firma wurden demoliert. Hiernach sammelten sich die Täter wieder und fuhren in Richtung Prag ab.

Die Stadtpolizei und Gendarmerie haben keinen der Ruhestörer feststellen können. Der Vorfall verursachte in der Stadt merkbare Aufregung. Viele Neugierige besichtigten die verursachten Schäden. Eine Bereitschaftsstreife des deutschen Militärs in Příbram, die nach Mitteilung des Bez.-Hauptmanns nach dem Vorfall gesichtet wurde, brauchte nicht in Aktion zu treten. Gegen 22 Uhr war in der Stadt völlige Ruhe.

Nach dem Bericht des Bezirkshauptmanns waren die unbekannten Täter Mitglieder der Bewegung „Vlajka“ aus Prag.⁴ Der Vorfall blieb auch nur auf diese Unbekannten beschränkt, die Příbramer Bevölkerung hat sich an der Aktion nicht beteiligt. Der Bezirkshauptmann betont ausdrücklich, daß dies sowohl für die deutschen wie die tschechischen Einwohner gelte. Der Bezirkshauptmann in Příbram hat von sich aus die Prager Polizeidirektion benachrichtigt. Von mir wurden bisher keine Schritte unternommen.

Der Grund für die Aktion liegt meines Erachtens darin, daß angeblich anfangs des Monats Juli ein tschechischer örtlicher Faschistenführer der „Vlajka“ von 2 Juden blutig geschlagen wurde. Außerdem soll den Příbramer Faschisten von jüdischen Kreisen mit weiteren Gewalttaten gedroht worden sein. Diese Angaben wurden mir von 2 Příbramer Faschisten anlässlich der Einreichung von Anträgen auf Genehmigung von Waffenscheinen gemacht.

DOK. 255

Mitglieder der tschechischen Regierung berichten am 28. Juli 1939 über eine Besichtigung der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung¹

Bericht, gez. Dr. Baláz, Sektionsrat des Innenministeriums, und Karel Herr, Regierungsrat des staatlichen Polizeidienstes,² vom 28. 7. 1939³

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung

Die Unterzeichneten nahmen am 26. und 27. Juli 1939 an der vom Präsidium des Innenministeriums angeordneten Besichtigung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“⁴ in Wien, Prinz-Eugen-Straße 32, teil und wurden über deren Funktion und Einrichtung unterrichtet.

⁴ Die Vlajka, eine faschistische Bewegung, ging aus einer vom Nationalverband der Jugend und Studenten 1928 gegründeten Zeitschrift hervor. Vorsitzender war der Journalist Jan Rys-Rozsévač; siehe auch Dok. 284 vom 8. 8. 1940, Anm. 4.

¹ NAP, PP 42/Z-33/39, Karton 1575. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

² Karel Herr (*1886), Jurist; 1925 Vorstand des Polizeikommissariats in Eger, später in Gablonz, 1931 Oberpolizeirat, 1932 Polizeidirektor in Uschhorod, von 1937 an Polizeidirektor in Karlsbad und Reg. Rat.

³ Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

⁴ Hier und im Folgenden „Zentralstelle“ meist deutsch; gelegentlich wird die tschechische Bezeichnung (Ústředna pro židovské vystěhovalce) verwendet.

Das Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung war bei der Besichtigung durch die Obersektionsräte Dr. Zavřel⁵ und Dr. Šlapák⁶ vertreten, die dem Institut für Flüchtlingshilfe zugeteilt wurden. Es referierten der Oberbefehlshaber der Gestapo in Prag, Dr. Stahlecker, und die beiden Gestapo-Kommandanten Dr. Eichmann und Günther. Günther⁷ steht der Wiener Zentralstelle vor, mit der Leitung und Organisation der Zentralstelle auf dem Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren ist Dr. Eichmann beauftragt, der die Zentralstelle in Wien organisierte. Die Zentralstelle verfährt nach der Maxime, a) sämtliche die jüdische Auswanderung betreffenden Sachbereiche an einem Ort zu konzentrieren und dadurch die Dienstwege zu beschleunigen, b) durch die Konzentration dieser Dienststellen zu verhindern, dass in diesem Zusammenhang wichtige Dinge unterlassen oder bewusst missachtet werden, c) die jüdische Auswanderung zu überwachen.

Die Mängel der Zentralstelle bestehen jedoch darin, dass 1) die Zentralstelle für jüdische Auswanderer bestimmt ist, die freiwillig bei ihr Auswanderungsanträge einreichen, und 2) das wichtigste Problem der jüdischen Auswanderung ungelöst ist, nämlich welcher Staat dem Auswanderer ein Einreisevisum erteilt. Die Zentralstelle selbst beantragt keine Visa und überlässt es dem Auswanderer, das Visum zu besorgen.

Den statistischen, schematischen Angaben zufolge befanden sich 180 000 Juden zum 15. März 1939 in dem Gebiet der Ostmark,⁸ davon 165 000 in Wien und 15 000 in den Provinzen. Zum 30. Juli 1939 verzeichnet die Statistik der Zentralstelle für Wien 93 350 und für die Provinzen 14 577 Auswanderer. Der Gesamtzahl der für jüdische Auswanderung in Frage kommenden Personen müssten jedoch noch etwa 180 000 jüdische Mischlinge zugerechnet werden. Ob von diesen Personen einige bereits abgereist sind, ist der Zentralstelle nicht bekannt. Diese vorgetragenen Zahlen sind aber offenbar Schätzungen. Während der Ausführungen wurden keine Angaben gemacht, wie viele Juden auf Vermittlung der Zentralstelle, wie viele auf eigene Faust legal ausgereist sind und wie viele illegal die Ostmark verlassen haben. Die Zentralstelle nimmt an, dass lediglich 3 784 Juden ins Protektorat ausgewandert sind. Aus dieser Zahl geht jedoch hervor, dass die Statistik der Zentralstelle nur oberflächlich geführt wird, denn nach groben Schätzungen sind im Laufe des Jahres 1938 ungefähr 5 000 bis 7 000 Juden aus der Ostmark nach Böhmen und Mähren eingewandert.

Laut Aufgabenplan der Zentralstelle ist bei Fragen der jüdischen Auswanderung in erster Linie die Zusammenarbeit der Gestapo mit jüdischen Organisationen relevant, namentlich mit dem Palästina-Amt, der [Jüdischen] Religionsgemeinde und der sogenannten Gildemes-Aktion,⁹ die den Ausführungen zufolge auf eine private, profitorientierte Initiative zurückgeht. Diese Organisationen sind auch im Gebäude der Zentralstelle mit ihren eigenen Beamten vertreten, bei denen sich die Antragsteller zunächst melden und

5 Vermutlich: Dr. František Zavřel (1885–1947), Jurist, Schriftsteller; für das tschechoslowak. Handelsministerium tätig, 1928 Sektionsrat, von 1931 an als Rechtsanwalt tätig.

6 Dr. Kamil Šlapák (*1897), Jurist und Ministerialbeamter.

7 Rolf Günther.

8 Im Original hier und im Folgenden deutsch mit tschech. Endung.

9 Richtig: Gildemeester. Die von dem Niederländer Frank van Gheel Gildemeester aufgebaute Hilfsorganisation war von der Gestapo damit beauftragt worden, die Emigration sog. nichtarischer Christen zu forcieren. Die Organisation nahm ihre Tätigkeit im Mai 1938 auf und wurde Ende 1939 aufgelöst; siehe auch VEJ 2/280.

alle ihre Unterlagen zur Kontrolle vorlegen müssen. Ohne die Beteiligung der Zentralstelle besorgen die jüdischen Organisationen in eigener Regie die Einreisevisa für die Auswanderer (beziehungsweise die entsprechenden Zusagen) und organisieren Massenausreisen.

Jede Person, die auswandern möchte, muss sich bei der Zentralstelle ein Antragsformular besorgen, dieses in doppelter Ausfertigung ausfüllen und mit den entsprechenden Nachweisen versehen. Mit diesen Unterlagen geht sie zunächst zur jüdischen Abteilung (zu den Beamten der jüdischen Organisationen). Nach Prüfung des Antrags überreicht ihn der Auswanderer einem (Gestapo-)Beamten der Zentralstelle. Dieser versieht den Antrag mit einer Nummer und legt ihn in einen speziellen Arbeitsumschlag, der dieselbe Nummer trägt. Der Auswanderer beantragt danach bei einem anderen Beamten die Ausstellung des erforderlichen Leumundszeugnisses sowie bei einem weiteren Beamten die Ausstellung des Reisepasses. Der Auswanderer beantragt außerdem eine Aufenthaltsbescheinigung, die er für das Visum braucht. Zusammen mit den anderen Unterlagen wird der Antrag anschließend an folgende Abteilungen weitergeleitet: an die Kriminalabteilung (dieser wurden Beamte der Polizeidirektion zugeteilt), an die Abteilungen für Staatssicherheit sowie der Devisen- und Wirtschaftspolizei, an das Strafregister, die Ermittlungsabteilung sowie die Abteilungen der Staatsanwaltschaft und der Zentralstellen für den Kampf gegen Mädchenhandel, für die Erfassung von Arbeitsverweigerung und der Prostitution.

Die Abteilung der Wirtschaftspolizei gliedert sich in weitere Unterabteilungen, für Postwesen, soziale und öffentliche Leistungen, private Schulden, Arisierung und den Ankauf von Immobilien.

Der Antrag des Auswanderers muss alle Abteilungen durchlaufen. Falls sich die Registratur bei einer anderen Behörde befindet, hat die Ermittlungsabteilung den jeweiligen Eintrag in der Registratur auf kürzestem Weg herauszufinden. Jede Abteilung vermerkt auf dem Arbeitsumschlag, ob alle angeforderten Unterlagen vorliegen und ob aufgrund der Ermittlungsergebnisse Einwände [gegen die Ausreise] vorliegen. Danach wird die Ausreiseabgabe, also die Fluchtsteuer,¹⁰ bemessen, und der Reisepass und die Unterlagen werden ausgestellt, damit sich der Auswanderer das Einreisevisum (dem Antrag legt er nur die Zusage für das Einreisevisum bei) und die Fahrkarte besorgen kann. Bei der Ausstellung der Unterlagen wird dem Auswanderer eine Ausreisefrist gesetzt, die den Zeitraum von zwei Monaten nicht überschreiten darf. Die Ausreise wird kontrolliert. Kann der Auswanderer die Verschiebung seines Ausreisetermins nicht ausreichend rechtfertigen, wird er in ein jüdisches Konzentrationslager eingeliefert. Dort soll er laut Mitteilung Dr. Eichmanns ständig zu anstrengenden Leibesübungen angehalten werden.¹¹ Kommt der Auswanderer auch dann nicht seinem Ausreisebefehl nach, wird er in ein gewöhnliches Konzentrationslager eingeliefert.

Welche Höhe die Fluchtsteuer bei Juden mit einem Eigentum von über 100 000 K[ronen] beträgt, ließ sich auch durch Nachfrage nicht ermitteln. Nur einer Andeutung ließ sich entnehmen, dass Juden mit einem Eigentum von über 100 000 K (10 000 Mk) etwa

10 Im Original deutsch.

11 „Jüdische Konzentrationslager“ gab es in Österreich nicht, vermutlich sind hier Arbeitslager bzw. die von der Zentralstelle kontrollierten „Umschulungslager“ gemeint, die von dieser mehr und mehr zu streng überwachten Arbeitslagern umfunktioniert worden waren.

50 000 K (5000 Mk) zu belassen sind. Bei mittellosen Juden beträgt die Fluchtsteuer 5–10 Mk. Der Auswanderer muss außer dieser Steuer alle Gebühren bezahlen, die bei der Ausstellung des Reisepasses und der übrigen amtlichen Unterlagen anfallen. Die Frist von der Antragstellung bis zur Ausstellung des Reisepasses beträgt 10 bis 40 Tage. Während des amtlichen Verfahrens ist der Antragsteller mehrmals wegen verschiedener Ergänzungen, gegebenenfalls auch Vernehmungen, auf die Zentralstelle vorzuladen. Die Besucherzahl pro Tag (außer samstags) wird auf 600 Personen geschätzt. Um den direkten und unmittelbaren Kontakt der Zentralstelle mit den Antragstellern zu gewährleisten, weist die Zentralstelle den in der Provinz wohnenden Auswanderer an, bis zum Zeitpunkt seiner Ausreise nach Wien überzusiedeln. Dr. Eichmann teilt mit, dass in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung aus Böhmen und in Brünn eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung aus Mähren eingerichtet werden soll. Die Zentralstelle beabsichtigt, die Auswanderer dort ebenfalls aus Gründen der direkten Kontaktaufnahme zur Übersiedlung nach Prag beziehungsweise Brünn zu veranlassen. Diese Maßnahme ließe sich auf die Vorschrift § 16 Abs. 1 Buchst. a) der Regierungsverordnung Nr. 14/1939 Slg. II. über die Erfassung der Häuser und die Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit stützen.¹²

Unter die Befugnisse der zuständigen Abteilung des Innenministeriums fallen die Aufgaben der Zentralstelle bei der Ausstellung der Reisepässe und Leumundszeugnisse sowie bei der Ermittlung, ob ein Auswanderer nicht wegen einer Straftat oder eines Haftbefehls gesucht wird.

Bei der Ausgabe der Reisepässe ist zu empfehlen, dass die Zentralstelle jedem Auswanderer einen neuen Pass ausstellt und seinen bisherigen Reisepass ungültig macht. Um feststellen zu können, ob der Reisepass von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung oder von den bisherigen Passbehörden für arische Auswanderer ausgestellt wurde, wird vorgeschlagen, dass die von der Zentralstelle ausgestellten Reisepässe auf der ersten Seite des Passformulars mit einem *roten* Buchstaben „V“ gekennzeichnet werden und die von den Passbehörden für arische Auswanderer ausgestellten Reisepässe die bisherige Kennzeichnung „V“ *in blauer Farbe* beibehalten. Der Antrag auf Erteilung von Reisepässen wird in doppelter Ausfertigung gestellt; ein Antragsformular bleibt bei der Zentralstelle, das andere wird mit dem Vermerk über die Erledigung beim Polizeipräsidium in Prag, gegebenenfalls in Brünn, aufbewahrt. Die Nummer des Reisepasses (nach der Eingangsnummer beim Polizeipräsidium) wird durch einen Schrägstrich mit der laufenden Nummer verbunden, unter der die Zentralstelle den Antrag behandelt. Auch die Nummerierung der Anträge auf Erteilung des Leumundszeugnisses ist auf diese Art und Weise zu handhaben. Um vorangegangene Straftaten der Antragsteller zu ermitteln, wird empfohlen, eine Anfrage beim Gericht oder der Staatsanwaltschaft zu stellen. Diese wird jedoch nicht, wie im Normalfall, direkt an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft gerichtet, sondern an die örtliche Gendarmerie oder die Polizeibehörde, denn diese haben die Möglichkeit, die Angelegenheit beim Gericht oder der Staatsanwaltschaft auf kürzestem Weg

¹² Gemeint ist § 14 Abs. 1 Buchst. a) der genannten Regierungsverordnung; *Vládní nařízení ze dne 27. ledna 1939 o domovní evidenci obyvatelstva a některých opatřeních obmezujících jeho pohyb*, in: *Sbírka zákonů a nařízení republiky Česko-Slovenské*, 1939, Částka 3 vom 4. 2. 1939, S. 13–16. Danach durften die Landes-, Bezirks- und Staatspolizeiamter Menschen, die sich nach dem 1.1.1938 in einer Gemeinde niedergelassen haben, die Anordnung erteilen, sich in einem von ihnen festgelegten Ort anzusiedeln.

zu ermitteln und sofort Bericht zu erstatten. Bisher erforderte die Anfrage beim Gericht oder der Staatsanwaltschaft eine Frist von mindestens drei Wochen. Die Ermittlungen im Bezirk Prag oder Brünn werden den der Zentralstelle zugeordneten Polizeiorganen obliegen.

Gemäß dem Ersuchen Dr. Eichmanns beim Prager Polizeipräsidium wurden der Prager Zentralstelle folgende Polizeibeamte zugeordnet: drei Aktuareleven,¹³ ein höherer Kanzleioffizial, drei Kanzleihelfer und sechs Ermittler. In Anbetracht der Tatsache, dass die Polizeibeamten mit den Gestapo-Organen zusammenarbeiten werden, wird außerdem vorgeschlagen, der Zentralstelle einen Polizeikonzipienten zuzuordnen und ihn zwecks Beschleunigung des Aktenverfahrens mit einem Motorrad samt Beiwagen auszustatten. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag wird ihre Tätigkeit am Montag, dem 31. Juli, aufnehmen. Sie befindet sich in Prag-Střešovice, Dělostřecká 11.¹⁴

Gemäß den Intentionen der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung beabsichtigt auch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag, die Auswanderer durch Einlieferung in Konzentrationslager zur Ausreise zu zwingen. Wo und wie diese Konzentrationslager einzurichten sind, geht aus den bisherigen Gesprächen nicht hervor. Die Sache wird Gegenstand der Gespräche während der geplanten Unterredung in der Prager Zentralstelle sein. Diese findet am 31. Juli um 10 Uhr vormittags statt.¹⁵

Dr. Stahlecker teilte mit, die Zentralstelle werde sich mit Juden fremder Staatsangehörigkeit überhaupt nicht befassen. Er erwähnte lediglich, dass Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen und nach Polen vertrieben würden.

DOK. 256

Das Innenministerium der tschechischen Protektoratsregierung erteilt am 3. August 1939 Anordnungen zur Separierung der jüdischen Bevölkerung¹

Schreiben des Präsidiums des Ministeriums des Innern (Nr. 11. 206/39), ungez., Prag, an das Präsidium der Landesbehörde in 1.) Prag, 2.) Brünn vom 3. 8. 1939 (Abschrift)

Maßnahmen betreffend den Verkehr der jüdischen mit der übrigen Bevölkerung.

Die Entwicklung der Verhältnisse bringt es mit sich, daß gewisse Bevölkerungskreise sich zu eigenmächtigen Handlungen gegen die Einwohner jüdischer Abstammung hinreißen lassen, die häufig einen sehr ernsten Charakter annehmen (siehe z. B. die Versuche von Sprengstoffanschlägen, die an einigen Orten unternommen worden sind) und daher die öffentliche Sicherheit der ganzen Umgegend schwer gefährden sowie die öffentliche Ruhe und Ordnung stören können. Im Interesse der Sicherheit der gesamten Einwohnerschaft

13 Auszubildende in einem Fachgebiet der Versicherungswirtschaft, entspricht dem heutigen Berufsbild des Versicherungsmathematikers.

14 Der Sitz der Zentralstelle befand sich in den Räumlichkeiten der ehemaligen niederländ. Gesandtschaft im Prager Stadtteil Střešovice.

15 In den Akten finden sich keine Hinweise darauf, dass das Treffen am 31. 7. 1939 stattgefunden hat; siehe Jaroslava Milotová, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag. Genesis und Tätigkeit bis zum Anfang des Jahres 1940, in: TSD, 4 (1997), S. 7–30.

1 NAP, ÚŘP, ad I-3b 5800, Karton 392, Bl. 828–831.

dürfen solche Taten nicht geduldet werden, und es ist aus Präventivgründen notwendig, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß alles vermieden werde, was zu ihnen Veranlassung geben könnte. Manche Behörden, die es offenbar für erforderlich gehalten haben, der Gesinnung bestimmter Kreise Rechnung zu tragen, um dadurch vielleicht rechtzeitig verschiedene eigenmächtige Aktionen zu verhindern, haben hinsichtlich des Zusammenlebens der jüdischen mit der nichtjüdischen Bevölkerung verschiedene Maßnahmen polizeilicher Natur getroffen. Einer solchen inhaltlich, örtlich und zeitlich uneinheitlichen Lösung der erwähnten Frage kann nicht zugestimmt werden, denn einerseits steht die Art und Weise, wie diese Sache behandelt wird, nicht immer in vollem Einklang mit der geltenden Rechtsordnung, andererseits besteht die Befürchtung, daß manche Behörden – von dem Wunsche geleitet, in der angedeuteten Hinsicht den gestellten Aufgaben bestens gerecht zu werden – in ihren Maßnahmen weitergehen würden, als es der tatsächliche Bedarf und das öffentliche Interesse erheischt. Dadurch würde es in der ganzen Angelegenheit zu weiteren Ungleichmäßigkeiten kommen, weshalb es notwendig ist, in der Sache rechtzeitig Klarheit und Ordnung zu schaffen und den unterstehenden Behörden genau anzudeuten, innerhalb welcher Grenzen sie zu einer derartigen Maßnahme berechtigt sind.

Im Hinblick darauf sind die unterstellten Behörden anzuweisen, daß sie dort, wo dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unerläßlich notwendig ist, im Interesse der öffentlichen Sicherheit sowie der öffentlichen Ruhe und Ordnung auf Grund des Art. 3 des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. Juli 1927, Slg. Nr. 125² Anordnungen erlassen, womit der Verkehr zwischen der nicht-jüdischen und der jüdischen Bevölkerung im öffentlichen Leben einstweilen in folgender Richtung geregelt würde:

1.) Die Benützung öffentlicher Lokalitäten wie z. B. Gasthäuser, Restaurationen, Kaffeehäuser, Weinstuben, öffentliche Lesehallen u. dgl. ist event[uell] im Einvernehmen mit den einschlägigen Gewerbege nossenschaften so zu regeln, daß die Besucher nichtjüdischer Abstammung nicht gezwungen seien, dauernd während der Zeit des Besuches mit Besuchern jüdischen Ursprungs zusammenzukommen bzw. in den gleichen Räumlichkeiten mit diesen zu verweilen. Je nach den Ortsverhältnissen kann die Frage in der Weise gelöst werden, daß bestimmte öffentliche Räumlichkeiten als solche erklärt werden, die für die Besucher jüdischen Ursprungs unzugänglich sind, bzw., wo dies undurchführbar ist, in den betreffenden Unternehmungen für die Besucher jüdischen Ursprunes besondere Räumlichkeiten vorbehalten werden. Diese Verfügung ist an den Unternehmungen und innerhalb derselben deutlich ersichtlich zu machen.³

2.) In öffentlichen Bädern sind die Besucher räumlich oder zeitlich so zu trennen, daß es nicht zu einem gemeinsamen Baden und zur gleichzeitigen Benützung der gemeinsamen Einrichtungen durch Besucher nichtjüdischen und jüdischen Ursprungs komme.

² Laut Art. 2 und 3 konnten das MdI und die ihm unterstehenden politischen Behörden notwendige Schritte unternehmen, um für die öffentliche Ordnung zu sorgen sowie eingetretene Störungen zu beseitigen, und für die Nichtbefolgung Geld- und Freiheitsstrafen festsetzen; Gesetz über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. 7. 1927, in: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Čecho-Slovakischen Staates, 1927, Bd. 2, Nr. 125, S. 1599 – 1635.

³ Am 14. 8. 1939 wurde den Juden in Prag durch Bekanntmachung der Polizeidirektion Prag der Besuch bestimmter Lokale verboten und den Eigentümern aufgetragen, diese als für „Juden unzugänglich“ zu kennzeichnen; siehe Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 246.

3.) An öffentlich zugänglichen Badeplätzen (Schwimmschulen) sind für die Besucher jüdischen Ursprungs besondere Abteilungen, bezw. wo dies nicht möglich ist, selbständige Badeplätze vorzubehalten.

4.) Gewerbebetrieben und anderen gewerbsmäßig betriebenen Unternehmungen, deren Eigentümer oder Betriebsleiter Personen jüdischen Ursprungs sind, ist die öffentliche und für die Kundschaft deutlich sichtbare Bezeichnung „jüdisches Geschäft“ (jüdischer Betrieb) aufzutragen.

5.) In öffentlichen Anstalten wie Krankenhäusern, Siechenhäusern, Armenhäusern, Sanatorien ist der Betrieb nach Möglichkeit in der Weise zu gestalten, daß in diesen Anstalten dieselben Räumlichkeiten und Einrichtungen von Juden und Nichtjuden nicht gleichzeitig benützt werden bezw. daß ein getrenntes Wohnen von Juden und Nichtjuden gewährleistet werde.

Bei diesen Maßnahmen ist hervorzuheben, daß sie den Zweck verfolgen, in erster Linie die Sicherheit der Person und des Eigentums bei Personen jüdischer Abstammung zu gewährleisten, weshalb diese Maßnahmen nicht weitergehen dürfen, als es eben der erwähnte Zweck und das öffentliche Interesse erfordert. Die Maßnahmen müssen allerdings in einer solchen Weise durchgeführt werden, daß den Personen jüdischer Abstammung die volle Sicherheit der Person und des Eigentums tatsächlich gewährleistet wird.⁴ Für den Minister:

DOK. 257

Staatssekretär Stuckart mahnt die Protektoratsregierung am 10. August 1939, die antijüdische Politik nicht eigenmächtig zu verschärfen¹

Schreiben (geheim) des RMdI (I 1427 II/39 -g-/5012), i.V. gez. Dr. Stuckart, an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, z. Hd. Landrat Fuchs² – oder Vertreter im Amt –, Prag, vom 10.8. 1939³

Betrifft: Behandlung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren.

Ein großer Teil des tschechischen Volkes erstrebt eine möglichst schnelle und radikale Lösung der Judenfrage im Sinne der Maßnahmen des Altreichs. Es wird darauf ankommen, diese Bestrebungen mit den Interessen des Gesamtreichs auf diesem Gebiet in Übereinstimmung zu bringen.

Soweit die Judenfrage ein biologisches Problem ist, halte ich ein unmittelbares Interesse des Reichs an besonderen Maßnahmen zugunsten des tschechischen Volkes zunächst

⁴ Tschech. und deutsche Stellen erließen trotzdem weiterhin eigenmächtig antijüdische Anordnungen, die zudem örtlich variierten; siehe etwa Dok. 258 vom 12.8. 1939.

¹ NAP, ÜRP, I-3b-5801, Karton 388, Bl. 1 Bf. Abdruck in: Kárný/Milotová, Anatomie (wie Dok. 237 Anm. 1), Dok. 87, S. 221–224.

² Dr. Walther Kurt Fuchs (1891–1982), Jurist; 1923 Amtmann in Ulm, 1926 Reg.Rat im württemberg. MdI; 1933 NSDAP-Eintritt; 1939 Leiter der Abt. Verwaltung, Justiz und Unterricht in Prag, 1940 Min. Dir., 1942 beurlaubt, danach Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Prag; 1956 Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Stuttgart.

³ Im Original handschriftl. Anstreichungen und Bearbeitungsvermerke sowie Dienststempel des RMdI.

nicht für gegeben. Es wird bis auf weiteres der Protektoratsregierung überlassen bleiben können, zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen sie auf dem Gebiet des Blutschutzes ergreifen will. – Was die Volksdeutschen betrifft, so sind entsprechende reichsrechtliche Vorschriften in Vorbereitung. Auf den Ihnen übersandten Verordnungsentwurf zur Durchführung des Artikels 2 des Führererlasses vom 16. März 1939 nehme ich Bezug.⁴ Dagegen hat das Reich ein erhebliches Interesse daran, daß die im Protektorat wohnenden Juden das allgemeine Verhältnis des Protektorats zum Reich und die innerpolitische Entwicklung im Protektorat nicht beeinflussen. Ich halte es daher für notwendig, daß die Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats ausgeschaltet werden. Die Durchführung dieser Aufgabe wird der Protektoratsregierung obliegen. Ich schlage vor, daß Sie der Protektoratsregierung empfehlen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu würden gehören:

1. Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts.
2. Ausschluß von den öffentlichen Ämtern.
3. Ausschaltung aus Presse, Rundfunk und den sonstigen Einrichtungen, durch die die öffentliche Meinung beeinflußt wird.
4. Ausschaltung aus den tschechischen Verbänden (Artikel 7 des Führererlasses).⁵
5. In Ergänzung zu 4, Verbot des Waffenbesitzes und ferner Verbot der Herstellung und des Handels mit Waffen.

Ein weiteres Interesse des Reichs besteht daran, daß die Lösung der Judenfrage im Protektorat nicht überstürzt wird. Die Erfahrungen des Altreichs zeigen mit aller Deutlichkeit, daß sich die Ausschaltung der Juden bei ihrer starken Verflechtung mit allen Lebensgebieten ohne Nachteil für die Allgemeinheit nur durchführen läßt, wenn planmäßig und nicht zu schnell vorgegangen wird. Aus diesem Grunde habe ich starke Bedenken gegen den Entwurf der Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Juden, den Sie mir mit Schreiben vom 30. Mai 1939 – II B 10469 – abschriftlich übersandt haben.⁶ Der Erlass der Verordnung müßte sich m.E. ungünstig auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Protektorats auswirken.

Ich halte nur ein stufenweises Vorgehen für zweckmäßig. Die obenbezeichnete Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben würde die erste Stufe darstellen. Nach Durchführung dieser Maßnahme wäre zu entscheiden, welches Gebiet dann in Angriff genommen werden kann. Insbesondere wird zu prüfen sein, ob es möglich ist, die Juden auch aus *leitenden Stellungen in der Wirtschaft* zu entfernen. Durch diese Art eines planmäßigen stufenweisen Vorgehens würde den Forderungen des tschechischen Volkes entsprochen, während unerwünschte Rückwirkungen der Maßnahmen auf die Gesamtentwicklung des Protektorats und auf den Fortgang der Lösung der Judenfrage im Reich voraussichtlich nicht eintreten werden. Das Ziel der Judenpolitik ist die Auswanderung. Überstürzte Maßnahmen sind nur geeignet, die Erreichung dieses Zieles zu erschweren.

4 Liegt nicht in der Akte. Art. 2 des Führererlasses regelte die Frage der Staatsangehörigkeit: „Volksdeutsche“ Bewohner des Protektorats wurden Reichsbürger, die übrigen „Staatsangehörige des Protektorats“; Erlass des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, RGBl., 1939 I, S. 485–488, hier S. 486.

5 Ebd., hier S. 487. Der Art. 7 regelte den militärischen Status des Protektorats und die Aufstellung eigener Verbände.

6 Entwurf zur Regierungsverordnung vom 4. 7. 1939 über die Rechtsstellung der Juden; wie Anm. 1, Bl. 150 – 157.

Ich bitte um Prüfung und um möglichst baldige Mitteilung Ihrer Stellungnahme.⁷ Schließlich bitte ich, mich an Verordnungen und Maßnahmen, durch die die Judenfrage im Protektorat berührt wird, stets zu beteiligen. Ich lege großen Wert darauf, die Einheitlichkeit der Judenpolitik, deren Federführung bei mir liegt, auch für das Protektorat sicherzustellen.

DOK. 258

**Der Polizeipräsident in Brünn gibt am 12. August 1939
antijüdische Maßnahmen bekannt¹**

Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Brünn (Nr. 2111 39 Präs.), gez. Dr. Schwabe, vom 12.8. 1939²

Kundmachung

Auf Grund der im Erlasse des Präsidiums des Ministeriums des Innern vom 3. August 1939 Nr. 11206³ und im Erlasse des Präsidiums des Landesamtes in Brünn vom 5. August 1939 Nr. 30732 Präs.⁴ ausgesprochenen Verfügung ordne ich gemäß Art. 5 des Gesetzes vom 14. Juli 1927 Nr. 123 S.d.G.u.V.⁵ behufs Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sowie im Interesse der Sicherung von Person und Eigentum betreffend den Verkehr zwischen Ariern und Nichtariern im Bereiche der Polizeidirektion Brünn folgendes an:

I.

Juden ist der Eintritt in Gast- und Kaffeehauslokalitäten, die auf diesen Umstand in entsprechender Weise aufmerksam machen, verboten. In Gaststätten, die einen solchen Hinweis nicht tragen, ist Vorsorge dafür zu treffen, daß für die jüdischen Besucher entweder ein bestimmter Raum zur Verfügung gestellt wird oder, wo die Gaststätte nur aus einem Raum besteht, daß ihnen ein bestimmter Teil dieses Raumes zugewiesen wird. Dieser Raum muß in entsprechender Weise gekennzeichnet sein. Dasselbe gilt für Vergnügungsorte, sofern für sie in dieser Kundmachung nicht eine Sonderregelung getroffen ist, ebenso für öffentliche Lesehallen.

⁷ Nach langen Diskussionen wurde die VO erst am 24. 4. 1940 erlassen; Regierungsverordnung vom 4. 7. 1939 über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben, in: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorates Böhmen und Mähren vom 24. 4. 1940, Nr. 136, 1940, S. 395–403.

¹ MZAB, B 251, Inv.Nr. 522, Sign. 4080, Karton 45. Die Bekanntmachung wurde in der Volksdeutschen Zeitung Brünn, Folge 151 vom 17. 8. 1939, veröffentlicht.

² Die Bekanntmachung erschien auf Deutsch und Tschechisch.

³ Siehe Dok. 256 vom 3. 8. 1939.

⁴ Laut Erlass vom 5. 8. 1939 sollten die Bezirks- und Polizeibehörden „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ Verfügungen erlassen, die den Verkehr zwischen Juden und Nicht-Juden regelten; wie Anm. 1.

⁵ Nach Art. 5 des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. 7. 1927 konnten politische Behörden innerhalb ihres Amtsbereichs Verordnungen auch im Bereich der nach dem Gesetz den Gemeinden übertragenen Ortspolizei erlassen, wenn es sich um Anordnungen handelte, die mehrere Gemeinden betrafen, oder wenn die in Betracht kommende Gemeinde nicht selbst rechtzeitig die notwendige Anordnung traf; Gesetz über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. Juli 1927, in: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Čecho-Slovakischen Staates, 1927, Bd. 2, Nr. 125, S. 1599–1635.

II.

Der Besuch von Theatervorstellungen, Konzerten, Kino und sonstigen Vorführungen und Veranstaltungen ist Juden nur dann gestattet, wenn das auf entsprechende Weise an der Betriebsstätte selbst und im Bedarfsfalle auch auf sonstige Weise kundgemacht ist.

III.

In öffentlichen Anstalten wie Krankenhäusern, Gebäranstalten, Sanatorien, Siechenhäusern, Armenhäusern und ähnlichen sind Juden streng abgesondert von Ariern unterzubringen, u. zw. derart, daß auch am Wege von und zu ihnen das Zusammentreffen von Juden und Ariern möglichst vermieden wird. Das Aufsuchen von Privatanstalten dieser Art ist dann den Juden gänzlich verboten, wenn die Anstalt in entsprechender Weise auf diesen Umstand aufmerksam macht. Ist das nicht der Fall, müssen dieselben Vorkehrungen getroffen werden wie bei den öffentlichen Anstalten dieser Art.

IV.

Juden ist das Betreten sämtlicher Parkanlagen verboten. Eine Ausnahme hievon bilden der Park zum Winterhollerplatz, das Glacis, soweit es zwischen der Preßburgerstraße und Karpfengasse gelegen ist.

V.

Juden ist der Besuch und die Benutzung aller Badeanstalten und Freibäder verboten. Eine Ausnahme hievon bilden das Charlottenbad, Brünn, Pressburgerstrasse, und die „Riviera“ im Schreibwalde, u. zw. jeweils Montag von früh bis abends.

VI.

Juden dürfen weder ihre Häuser, Wohnungen, Geschäftslokale, Betriebsstätten, Unternehmungen, Fahrzeuge u. ä. mit anderen als der jüdischen Flagge (blau-weiß mit dem Zionstern) schmücken, noch dürfen sie persönliche Abzeichen tragen, die den Anschein ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen als der jüdischen Nation zu erwecken geeignet sind.

VII.

Jüdische Geschäfte, Betriebe und Unternehmungen jedweder Art, auch solche, die der Gewerbeordnung nicht unterliegen, insbesondere Advokaten, Ärzte u. ä., müssen deutlich gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung hat durch die Worte: „Jüdisches Geschäft – židovský obchod“ oder „Jüdischer Betrieb – židovský závod“ oder „Jüdische Unternehmung – židovský podnik“ zu erfolgen u. zw.:

1. An der Betriebsstätte in der Weise, daß diese Aufschrift durch schwarze Buchstaben in der Größe von 12 cm auf gelbem Grunde angebracht wird (Streifenplakat):

- a) 25 cm über der Klinke einer jeden zur Betriebsstätte führenden Eingangstür und
- b) in der geometrischen Mitte eines jeden Schaufensters,

2. auf dem Geschäftspapier durch Buchstaben, die der Größe nach mindestens ebenso groß sind, wie die größten am Briefpapierkopf verwendeten Lettern, in einer von dem übrigen Druck abweichenden Farbe.

3. Bei Betrieben, die unter kommissarischer Leitung stehen, behalte ich mir von Fall zu Fall die Entscheidung vor.

Für die Beurteilung, ob eine Person als Jude anzusehen ist oder ein Geschäft, ein Betrieb oder eine Unternehmung als jüdisch zu bezeichnen ist, sind die Bestimmungen der §§ 6–8 der Verordnung des Reichsprotektors Böhmen und Mähren vom 21. Juni 1939 über das jüdische Vermögen maßgebend.⁶

⁶ Siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

Vorstehende Anordnungen sind unverzüglich durchzuführen.

Die Kontrolle über die Durchführung dieser Anordnungen obliegt ausschließlich der Polizeidirektion.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnungen wird auf Grund des Art. 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1927, Nr. 125S.d.G.u.V. mit Geldstrafen von K 10 bis K 5000 oder Freiheitsstrafen von zwölf Stunden bis 14 Tagen bestraft.⁷

Brünn, am 12. August 1939

Der Polizeipräsident

Dr. Schwabe, m.p.⁸

DOK. 259

Die Jüdische Kultusgemeinde Prag skizziert in ihrem Wochenbericht vom 19. August 1939 ihre Bemühungen, die Auswanderung aus dem Protektorat zu organisieren¹

Wochenbericht (Nr. 4) für den Zeitraum 13. – 19. 8. 1939 des Leitenden Sekretärs der Jüdischen Kultusgemeinde Prag, gez. Franz Weidmann, vom 19. 8. 1939²

1.) Auswanderung.

Es wurden 1508 Mappen (Formblätter für die Einreichung der Auswanderungsdokumente) verkauft. 489 Personen wurden der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag zugewiesen.

2.) Ämter, die mit der Auswanderung mittelbar zusammenhängen.

a) Fürsorge.

Durch das Soziale Institut der jüdischen Kultusgemeinden Groß-Prags³ wurden 3305 Personen unterstützt. Es wurden 5178 Mittagsmähler verabreicht.

b) Lagebericht

Für Sonntag, den 13. August 1939, waren die Vorsteher der Provinzgemeinden mit Bewilligung der Geheimen Staatspolizei nach Prag berufen, und wurde ihnen klargelegt, daß sie über Weisung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag ihren Gemeindemitgliedern mitzuteilen haben, daß sie ihren Wohnsitz nach Prag zu verlegen haben.⁴ Weiters wurde ihnen aufgetragen, statistisches Material über den Mitgliederstand, die dort bestehenden jüdischen Organisationen und vorhandenen Umschulungskurse ihrer Gemeinde innerhalb kurzer Zeit an die jüdische Kultusgemeinde zu senden. Nach sachgemäßer Bearbeitung dieses Materials wird dasselbe der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag vorgelegt werden.

⁷ Gesetz über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. 7. 1927, wie Anm. 5.

⁸ Manu propria (lat.): eigenhändig.

¹ YVA, 07/53.

² Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

³ Die Prager Kultusgemeinde richtete 1935 das Sozialinstitut ein, um die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde zu zentralisieren. Das Institut unterstützte mittellose Juden im Großraum Prag mit finanziellen Zuwendungen, Verpflegung und Bekleidung.

⁴ Siehe auch Dok. 260 vom 21.8. 1939, Anm. 15.

Die am 14. August 1939 vom Herrn Polizeipräsidenten in Prag herausgegebene Verordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit⁵ sowie die gleichlautenden Verfügungen in der Provinz haben den im Protektorat wohnhaften Juden den Ernst der Situation klargemacht. Wir konnten in dieser Woche eine noch größere Anzahl von Anfragen nach Einwanderungsmöglichkeiten feststellen.

In dieser Woche begann auch bereits die Übersiedlung von Juden aus der Provinz nach Prag und hat daher am 17. August d. J. das Wohnungsreferat mit seiner Arbeit begonnen. Der Plan für die Organisation der Auswanderungsabteilung der jüdischen Kultusgemeinde Prag ist bereits fertiggestellt, und werden die einzelnen Abteilungen je nach Bedarf mit ihrer Arbeit beginnen. Der Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Kafka, und Frau Schmolka, welcher die Leitung der Auswanderungsberatung zugeteilt wurde, haben sich am 19. August d. J. im Einverständnis mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag nach Paris bzw. London begeben, um dort wegen Schaffung von Einwanderungsmöglichkeiten zu verhandeln bzw. um die Frage der Finanzierung der Prager Kultusgemeinde zu besprechen. In vielen Fällen konnten wir konstatieren, daß Personen, die bereits über eine Einwanderungsmöglichkeit verfügen, dieselbe nicht ausnützen können, da sie ihre Ausreisedokumente nicht termingemäß erhalten können und sich die Konsulate in vielen Fällen weigern, die Frist für die Einreise zu verlängern.

Ab nächste Woche werden wir in der Lage sein, in den Wochenberichten genaue statistische Daten zu übermitteln.⁶

DOK. 260

Die Jüdische Kultusgemeinde Prag berichtet am 21. August 1939 über die katastrophale Lage der Juden und Eichmanns Herrschaft im Protektorat¹

Bericht der Jüdischen Kultusgemeinde Prag, ungez., vom 21.8. 1939²

Die Judenfrage

I. Die Juden in der Tschechoslowakischen Republik.

Bis zu den Münchner Ereignissen konnte in der Tschechoslowakischen Republik von einem Judenproblem nicht die Rede sein. Schon in den Friedensverträgen hatte dieser

⁵ Kundmachung der Polizeidirektion Prag vom 14. 8. 1939, betr. Verbot des Besuchs öffentlicher Lokale in Prag für Juden sowie Regelungen zur Nutzung öffentlicher Bäder und weiterer öffentlicher Anstalten wie Kranken-, Siechen- und Armenhäusern sowie Sanatorien, siehe Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 246.

⁶ In den folgenden Wochenberichten gab die JKG Prag jeweils an, wie viele Anträge in ihrer Auswanderungsabt. bearbeitet und wie viele der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zugewiesen wurden; wie Anm. 1.

¹ VHU Prag, 140/19, Kopie: USHMM, RG-48.004M, reel 3. Das Original ist auf Tschechisch verfasst, eine deutsche Übersetzung liegt in der Akte und wurde hier zugrunde gelegt; Neuübersetzung in: Stanislav Kokoška, Zwei unbekannte Berichte aus dem besetzten Prag über die Lage der jüdischen Bevölkerung im Protektorat, in: TSD, 4 (1997), S. 31–49.

² Laut Kokoška wurde der Bericht von der Jüdischen Kultusgemeinde Prag für die tschech. Regierung angefertigt. Die wenigen im Original unleserlichen Stellen wurden anhand der dort abgedruckten Fassung ergänzt.

Staat die Verpflichtung übernommen, hinsichtlich der Rasse, Religion oder Nationalität keinerlei Unterschiede zwischen seinen Bürgern zu machen, und er hatte diesen Grundsatz seinem Staatsgrundgesetz, der Verfassungsurkunde, einverleibt. Dieser Grundsatz und diese Verpflichtung wurden in der Praxis vollkommen anerkannt und eingehalten.

Es ist hervorzuheben, daß es sich hierbei nicht um die erzwungene Erfüllung einer rechtlichen und verträglichen Verbindlichkeit handelte. Es entsprach vielmehr dem Charakter des tschechischen Volkes und aller seiner verwaltungsmäßigen und politischen Faktoren, daß Unterschiede zwischen den Menschen nicht nach ihrer Abstammung oder Religion, sondern nur nach ihren Fähigkeiten gemacht wurden. Das tschechische Milieu war daher durch ein wirklich ideales Zusammenleben von Juden und Nichtjuden gekennzeichnet.

Auch die Ereignisse im benachbarten Deutschen Reich, welche dessen jüdische Bürger so schwer trafen, hatten keinen merklichen Einfluß auf die Einstellung des tschechischen Volkes zur Judenfrage. Dies äußerte sich auch darin, daß in der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Leuten, die sich aus Deutschland und namentlich aus Österreich dorthin geflüchtet hatten, wenigstens für vorübergehende Zeit ein Asyl fand.

Die Judenfrage wurde innerhalb des tschechischen Volkes durch das Auftreten Masaryks im Prozeß von Polna (Hilsner-Prozeß) ideologisch und praktisch bereinigt.³ Masaryks kompromißlose Stellungnahme gegen den Antisemitismus überzeugte auch die letzten Reste jener Schichten, denen bis dahin vielleicht noch nicht klargeworden war, daß der Antisemitismus nur ein Deckmantel für andere Ziele ist.

Auf Grund der Volkszählungsergebnisse von 1921 läßt sich die Zahl der Juden feststellen als die Zahl der Personen, die sich zur israelitischen Religion bekannten. Außerdem war es gemäß den gesetzlichen Vorschriften möglich, daß diejenigen Juden, welche in ihrem Judentum nicht nur eine religiöse, sondern auch eine nationale Angelegenheit erblickten (die Zionisten), sich als tschechoslowakische Staatsbürger jüdischer Nationalität erklärten. Die Zahl der Juden und ihre Verteilung auf die einzelnen Landesteile ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen, die sich sowohl auf tschechoslowakische Staatsbürger [bezieht], als auch Ausländer jüdischen Glaubens umfaßt.

Land	Zahl der Juden	d. i. % der Gesamtbevölkerung	von 100 Juden lebten in
Böhmen	79 777	1,19	22,51
Mähren	37 989	1,43	10,72
Schlesien	7 317	1,09	2,07
Slowakei	135 918	4,55	38,36
Karpathorussia	93 341	15,39	26,34
Insgesamt	354 342	2,6	100,00

Von größeren Siedlungen beherbergte am meisten Juden Prag mit 31865, Brünn mit 10304, Mährisch-Ostrau mit 7834, ferner Pilsen und Böhmisches Budweis.

Die nationale Gliederung der tschechoslowakischen Staatsbürger jüdischen Glaubens war im Jahre 1921 folgende:

³ Nach dem Mord an einem kath. Mädchen in Polna wurde 1899 der jüdische Schuster Leopold Hilsner des Ritualmords angeklagt. Der spätere Staatspräsident Masaryk setzte sich öffentlich für ihn ein. Hilsner wurde zum Tode verurteilt, das Urteil später in lebenslange Haft umgewandelt; siehe Einleitung, S. 16.

Land	tschechoslowakisch	ruthenisch	deutsch	ungarisch	jüdisch
Böhmen	37 834	36	26 058	424	10 983
Mähren-Schles.	6 116	9	13 671	190	18 630
Slowakei	29 136	171	8 738	21 584	71 018
Karp.-Rußl.	717	3 528	262	6 863	79 560

Anderen Nationalitäten gehörten in Böhmen 304, in Mähren-Schlesien 423, in der Slowakei 188 und in Karpathorußland 713 tschechoslowakische Staatsbürger jüdischen Glaubens an.

Die Zahl der Juden war in den westlichen Teilen der Tschechoslowakischen Republik in raschem Sinken begriffen. Dies ist eine soziologische Erscheinung, die in der Welt ganz allgemein anzutreffen ist. Der Grund dafür ist einmal die verhältnismäßig kleine Geburtenhäufigkeit bei den Juden. Ferner verlassen die Juden die israelitische Religion; dieses Merkmal ist das einzige, das statistisch direkt erfaßt werden kann. Schließlich gehen sie auch mit nichtjüdischen Personen Mischehen ein, wie dies übrigens einem natürlichen Zusammenleben der Menschen entspricht, dessen Grundlage nicht die Religion oder die Rassen, sondern die menschlichen Qualitäten bilden.

Bei der Volkszählung im Jahre 1930 ergab sich daher für die westlichen Landesteile bereits eine niedrigere Zahl der Juden, nämlich in Böhmen 76 301, in Mähren-Schlesien 41 250; in der Slowakei und in Karpathorußland betrug damals die Zahl der Juden 136 737 bzw. 102 542.

II. Von der Münchner Entscheidung bis zur Errichtung des Protektorats.

Wenn man von den statistischen Erhebungen in Böhmen und Mähren etwa vom Jahre 1930 an ausgeht, kann man eine regelmäßige Abnahme der Zahl der Juden um durchschnittlich 6,15 % jährlich feststellen. Auf Grund dieses Ergebnisses kann geschätzt werden, daß am 1. Juli 1938 in Böhmen etwa 71 000, in Mähren etwa 38 000 Juden lebten. Von dieser Zahl lebten etwa 25 000 auf dem gemäß den Münchner Beschlüssen an Deutschland abgetretenem Gebiet.

Für die spätere Zeit sind genaue statistische Daten nicht erhältlich, so daß man auf bloße Schätzungen angewiesen ist. Nach der Gebietsabtretung an Deutschland übersiedelten etwa 90 % der im abgetrennten Gebiet lebenden Juden, also etwa 20 000, in den verkleinerten tschechoslowakischen Staat, und außerdem wuchs dort die Zahl der Juden um etwa 6 000 Einwanderer, die aus Österreich und auch aus dem deutschen Altreich nach Böhmen und Mähren kamen.

Gleichzeitig setzte jedoch die Auswanderung kräftig ein, was wieder ein Sinken der Zahl der Juden zur Folge hatte. Unter dem Gesichtspunkte der Religion sank die Zahl der Juden in dieser Periode rasch, da eine große Zahl von Juden aus Furcht vor der Entwicklung in dem der deutschen Interessensphäre überantworteten Mitteleuropa vom jüdischen Glauben abfiel und sich taufen ließ. Diese Frage ist aber für die weiteren Erwägungen über die Judenfrage bedeutungslos, denn es muß weiterhin bei der Bestimmung der Zahl der Juden von rassischen Grundsätzen ausgegangen werden.

Unter der Zweiten Republik, wie die Periode von München bis zur Entstehung des Protektorats genannt wird, trat eine gewisse Änderung der Verhältnisse ein. Es wurde immer klarer, daß das benachbarte Deutschland schon in die Sphäre des vorläufig noch unabhängigen Staates immer stärker eingriff, um eine Lösung der Judenfrage im Sinne der nationalsozialistischen Grundsätze zu erreichen. Unter dem Einfluß dieser Grundsätze trat innerhalb des tschechischen Volkes eine Änderung in der Haltung einiger Schichten

ein, die im Antisemitismus ein Mittel zur persönlichen Bereicherung erblickten. Es waren dies hauptsächlich die Advokaten und Ärzte, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1939 ihrer jüdischen Kollegen entledigen wollten. Die Regierungskreise und weite Volksschichten waren aber auch jetzt noch nicht bereit, etwas an den Grundsätzen der Verfassungsurkunde zu ändern, nach welchen Unterschiede auf Grund von Rasse oder Religion nicht gemacht wurden.

Nach der Entscheidung über die Autonomie der Slowakei und Karpathorußlands vermehrten sich die Juden in Böhmen und Mähren um die bedeutende Zahl derer, die hier flohen. Die Anzahl dieser Personen kann aber nicht einmal annähernd geschätzt werden.⁴

III. Das Protektorat Böhmen-Mähren.

Nach der Eingliederung Böhmens und Mährens ins Deutsche Reich erklärten dessen Repräsentanten, daß die Judenfrage zu jenen Fragen gehöre, deren Lösung der autonomen tschechischen Regierung überlassen bleiben solle, weil die deutsche Regierung an einem Eingreifen in diese Frage kein Interesse habe.

Trotzdem wurde auf die tschechischen politischen Kreise direkt oder indirekt ein Druck ausgeübt, um auch hier eine Lösung der Judenfrage nach den Grundsätzen des Dritten Reichs zu erzielen. Die Nationale Einheitspartei (Národní souručenství) setzte daher in der Folge eine Kommission zur Lösung der Judenfrage ein, und auch die Regierung beschäftigte sich in einem speziellen Ministerkomitee mit dieser Frage.⁵ Die Tendenzen dieser Kreise gingen dahin, daß diejenigen Juden, die schon Generationen hindurch auf dem Gebiete des Protektorats gelebt hatten und sich zur tschechischen Nation bekannten, fast vollständige bürgerliche Gleichstellung erhalten sollten. Nach langwierigen Verhandlungen legte die Regierung, wie in der Presse angezeigt wurde, anfangs Mai 1939 ihre Vorschläge zur Lösung der Judenfrage dem Reichsprotektor, Freiherrn von Neurath, zur Genehmigung vor. Statt diese Genehmigung zu erteilen, verfügte jedoch das Amt des Reichsprotektors selbst, auf Grund der von der Reichsregierung beziehungsweise von Reichskanzler Hitler erteilten Sondervollmacht, die Judengesetze für das Protektorat. Es geschah dies durch die Verordnung vom 21. Juni 1939, die mit dem Tage der Kundmachung in Kraft trat.⁶ Die Veröffentlichung erfolgte in der Zeitung „Der Neue Tag“, dem früheren „Prager Tagblatt“. ⁷ Durch dieses Vorgehen wurde zum ersten Mal auch in formaler Hinsicht in die Rechte der autonomen tschechischen Regierung eingegriffen, diejenigen Fragen, welche die Bürger des Protektorats betreffen, im eigenen Wirkungskreis zu regeln.

Durch die erwähnte Verordnung vom 21. Juni 1939 wurde vor allem die Frage geregelt, wer nach dem Gesetz als Jude gilt. Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen abstammt. Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen

4 Im Juli 1939 befanden sich insgesamt 22033 jüdische Flüchtlinge im Protektorat, von denen 18673 aus den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten stammten, 428 aus Polen, 164 aus Ungarn, 142 aus der Slowakei und 2626 aus anderen Gebieten; Jaroslav Šíma, Českoslovenští přestěhovalci v letech 1938 – 1945, Praha 1945, Dok. 4.

5 Siehe Einleitung, S. 22–24, und Dok. 246 vom 11.5.1939.

6 Siehe Dok. 247 vom 21.6.1939.

7 Der Neue Tag wurde 1939 als Nachfolger der Tageszeitung Prager Tagblatt gegründet. Die neue Zeitung fungierte als Veröffentlichungsorgan des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren sowie anderer deutscher Dienststellen.

Großeltern abstammende Mischling, sofern er entweder am 15. März 1939 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder am 15. März mit einem Juden verheiratet war bzw. nach diesem Tag einen Juden heiratet, oder aus einer mit einem Juden geschlossenen Ehe stammt, die nach dem 15. März geschlossen ist, oder der schließlich aus einem außerehelichen Verkehr mit einem Juden stammt und nach dem 31. Februar 1936 unehelich geboren [wurde]. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß als jüdisches Unternehmen ein solches gilt, in dessen Leitung, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat sich wenigstens ein Jude befindet oder bei welchen wenigstens ein Jude zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens bzw. der Gesellschaft befugt ist.

Durch dieselbe Verordnung wurde den Juden, jüdischen Unternehmen und jüdischen Personenvereinigungen der Erwerb von Grundstücken und Rechten an Grundstücken, von Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen und von Wertpapieren sowie die Übernahme und Neuerrichtung wirtschaftlicher Betriebe und die Pacht von Grundstücken verboten. Gleichzeitig wurde verfügt, daß Juden, jüdische Unternehmen und Personenvereinigungen die in ihrem Eigentume oder Miteigentume stehenden oder von ihnen gepachteten land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke bis zum 31. Juli 1939 beim zuständigen Oberlandrat (das heißt bei der Behörde der deutschen Protektoratsverwaltung) anzumelden haben. Weiters wurde verfügt, daß Juden die in ihrem Eigentume oder Miteigentume befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen bis zum 31. Juli 1939 bei der Nationalbank des Protektorats Böhmen-Mähren anzumelden haben, und zwar ohne Rücksicht auf den Wert; das gleiche gilt für sonstige Schmuck- und Kunstgegenstände, soweit der Wert des einzelnen Gegenstandes oder einer Sammlung von Gegenständen den Betrag von 10000 Kronen übersteigt. Gleichzeitig wurde die Neuerwerbung aller genannten Gegenstände durch Juden verboten.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß alle Übertretungen und alle gegen diese Verordnung gerichteten Handlungen nach den deutschen Strafvorschriften und von den deutschen Gerichten abgestraft werden. Die Ausübung der Advokatur wurde nichtarischen Advokaten untersagt, in die jüdischen Unternehmen wurden Kommissare eingesetzt.

Etwa bis Mitte Juli 1939 lehnten die deutschen Behörden beziehungsweise die Geheime Staatspolizei (weiterhin Gestapo genannt), der diese Agenda übertragen wurde, die Bewilligung von Auslandsreisen an Juden ab. Im Monat Juli hat die Leitung der Abteilung der Gestapo für die Judenfrage der Obersturmführer Eichmann übernommen, der bis dahin der entscheidende Funktionär für die Judenfrage in Wien und in der Ostmark gewesen war. Der genannte Eichmann ist mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet und angeblich Himmler direkt unterstellt.⁸ Nach Prag kam er, um das Protektorat von Juden zu säubern. Herr Eichmann ging sofort an die energische Erfüllung dieser Aufgabe. Da er, wie er selbst sagt, nicht mit jedem Juden gesondert verhandeln kann, erkennt er insgesamt vier Personen als die Sprecher des Judentums im Protektorat an beziehungsweise als diejenigen Personen, denen er seine Befehle erteilt und die er in Audienz empfängt. Es sind dies der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Prag, Dr. Emil Kafka, der Sekretär derselben Institution, Dr. Franz Weidmann, und zwei Vertreter des

⁸ Eichmann baute die Zentralstelle in Prag auf und leitete sie de facto, bis er Ende 1939 von Heydrich das Referat IV D 4 im RSHA übertragen bekam und nach Berlin wechselte. Sein direkter Vorgesetzter war auch in dieser Funktion Heydrich, der wiederum direkt Himmler unterstand.

Palästinaamtes, Dr. Kahn⁹ und Sekretär Edelstein.¹⁰ Zunächst entsandte er Dr. Weidmann für 24 Stunden nach Wien, um ihm das Kennenlernen der dortigen Einrichtungen für die jüdische Auswanderung zu ermöglichen. Sodann gab er den Befehl zur sofortigen Errichtung einer Auswanderungsabteilung bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Prag. Es wurden etwa 18 verschiedene Fragebogen herausgegeben, die jeder Jude, der auswandern will – die amtliche Bezeichnung lautet „der auswanderungslustige Jude“ –, ausfüllen muß. Die Fragebogen sind mit der Maschine und nur in deutscher Sprache auszufüllen. Die Israelitische Kultusgemeinde in Prag ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Fragebogen richtig und vollständig ausgefüllt werden, ferner ist sie verpflichtet, die jüdische Vermögensabgabe zu bemessen, die $\frac{1}{2}$ bis 20 % des gesamten Vermögens beträgt, in das alles eingerechnet wird, was der Auswanderer besitzt, also auch die Kleidung, sogar diejenige, die er auf dem Leibe trägt. Dabei sind die nach dem 1. September 1938 erworbenen Gegenstände mit dem Einkaufspreis, die übrigen mit einem Schätzwert anzuführen. Wenn der Auswanderer alles vorbereitet hat, erhält er von der Kultusgemeinde einen Passierschein, welcher ihm das Recht gibt, sich zu der von der Gemeinde festgesetzten Stunde bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, also bei dem von der Gestapo beziehungsweise Herrn Eichmann und seinen Mitarbeitern Günther,¹¹ Bartl, Nowak und Fuchs geleiteten Amt einzufinden. Dort amtieren auch die Vertreter der einzelnen tschechischen Behörden, nämlich der Polizei, der Finanzbehörden usw., da Herr Eichmann angeordnet hat, daß in Hinkunft kein Amt den Juden eine amtliche Bestätigung über bezahlte Steuern und Gebühren, ein Wohlverhaltenszeugnis, einen Reisepaß u. dgl. ausstellen darf. Alle diese Belege erhält der Jude nur durch Vermittlung der Zentralstelle und nur wenn er auswandern will. Dieses Verbot führt schon an sich zu zahlreichen Schwierigkeiten, denn in vielen Fällen brauchen Juden polizeiliche und Steuerbelege auch für andere als Auswanderungszwecke und haben praktisch keine Möglichkeit, sie sich zu beschaffen. Die Zuständigkeit der Zentralstelle ist eine ausschließliche, das bedeutet, daß nur sie die Bewilligung zur Auswanderung erteilen kann. Zweigstellen wurden und werden nicht errichtet. Infolgedessen muß jeder Jude, der auswandern will, zunächst nach Prag übersiedeln, da gleichzeitig angeordnet wurde, daß die Zentralstelle nur den in Prag zum Aufenthalt polizeilich gemeldeten Personen Bewilligungen erteilen darf. Diese Anordnung hängt aber schon mit einer weiteren Frage zusammen, nämlich mit der Verfügung der Konzentration aller Juden des Protektorats in Prag, mit der wir uns weiter unten beschäftigen werden.

Der auswandernde Jude muß aber außer der Vermögensabgabe von $\frac{1}{2}$ bis 20 % noch eine weitere Abgabe von denjenigen Sachen entrichten, die er in die Fremde mitnimmt. Diese Abgabe beträgt 20 % des Wertes der genannten Sachen; sie wird bei vor dem 1. September 1938 erworbenen Sachen vom Schätzwert, bei den später erworbenen Sachen vom Einkaufspreis berechnet. Im allgemeinen gilt der Grundsatz, daß man ins Ausland nur Sachen mitnehmen kann, die vor dem 1. September 1938 erworben wurden, sonst nur Gegenstände, die als Ersatz für gebrauchte Kleider und Wäschestücke angeschafft wurden,

9 Franz Kahn (1895–1944), Jurist, Verbandsfunktionär; 1921–1938 Generalsekretär der Zionistischen Organisationen der Tschechoslowakei, eröffnete 1933 den 18. Zionistischen Weltkongress in Prag; am 28. 1. 1943 wurde er nach Theresienstadt, am 4. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

10 Jakob Edelstein.

11 Hans Günther.

und schließlich Gegenstände, die vom Auswanderer im Rahmen des Bedarfes für die Auswanderung erworben wurden (Einrichtung, Ausrüstung usw.). Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin, Edelsteine und Perlen können nur in folgendem Umfange mitgenommen werden: der eigene Ehering und der Ehering des verstorbenen Ehegatten, eine silberne Armband- oder Taschenuhr, gebrauchtes silbernes Tischgerät, und zwar für jede Person zwei vierteilige Bestecke, bestehend aus Messer, Gabel, Suppen- und Teelöffel, ferner silberne Gegenstände im Höchstgewicht von 40 g per Stück und im Gesamtgewicht von höchstens 200 g pro Person. Schließlich können ins Ausland auch vor dem 1. September 1938 erworbene Wertgegenstände wie optische Geräte, Rundfunkgeräte, Eisschränke, Schreibmaschinen, Musikinstrumente usw. mitgenommen werden. Soviel in formaler Hinsicht.

Die Israelitische Kultusgemeinde in Prag trägt aber darüber hinaus noch eine weitere Verantwortung. Sie bürgt Herrn Eichmann dafür, daß sich bei der Zentralstelle täglich 250 Juden mit dem Gesuch um Auswanderungsbewilligung einfinden und diese Zahl soll später auf 300 Personen täglich erhöht werden. Mit großen Anstrengungen kann heute erreicht werden, daß die Auswanderungsabteilung der Kultusgemeinde täglich 220 Personen zur Auswanderung vorbereitet. Das ist zum großen Teil auch nur dank dem Umstande möglich, daß eine große Zahl von Personen die Zeit dazu benützt hat, sich Einreisevisa anderer Länder zu besorgen, und dann nicht in der Lage war, abzureisen, weil die Gestapo die Bewilligung hiezu versagte. Es steht aber fest, daß die Zahl dieser Personen bald erschöpft sein wird. Da es heute fast ausgeschlossen ist, Auswanderungsmöglichkeiten zu finden, droht den Juden eine wahre Katastrophe, denn Herr Eichmann ist sich bewußt, daß jeder Jude auf irgendeine Art auswandert, wenn er erst zwei- oder dreimal verhaftet war. Herr Eichmann hat nämlich die Absicht, unter den Juden eine Stimmung zu verbreiten, in der sie schon glücklich sind, wenn er ihnen nur überhaupt erlaubt, auszuwandern, sei es auch fast nackt. Deshalb werden Personen und „Reisebüros“ unterstützt, die sich mit der Ausfuhr von Juden im großen befassen. Herr Eichmann hat zugelassen, daß sich in Prag verschiedene verdächtige Persönlichkeiten niederlassen, die für teures Geld Transporte ins Ausland organisieren. Es sind dies die zu trauriger Berühmtheit gelangten illegalen Transporte nach Palästina, Südamerika usw. Durch die Weltpresse sind eingehende Berichte über die Leiden der Juden auf dem nach Kuba abgefertigten Dampfer St. Louis gegangen¹² oder über jene Expedition, die während dreier Monate im Mittelmeer kreuzte, ohne landen zu können.¹³ Die Briefe der Teilnehmer sprechen von endlosen Leiden. Es ist sicherlich bezeichnend, daß sie mitteilen, sie hätten während der ganzen Dauer der Reise Mangel an Trink- und Waschwasser und an Nahrungsmitteln gelitten, so daß einige von ihnen in den drei Monaten bis zu 16 kg an Gewicht verloren hätten. Auf dem Schiff waren zwei Kabinen für 8 Personen, und insgesamt wurden etwa 800 Leute befördert. Heute befindet sich diese Expedition, welche vom Reisebüro im Haus Zur Schwarzen Rose in Prag organisiert wurde, in Quarantäne im Hafen von Beirut,

¹² Zur „St. Louis“ siehe Dok. 233 vom Herbst 1941, Anm. 6.

¹³ Das Flüchtlingssschiff „Frossoula“ stach Ende Mai 1939 mit etwa 650 jüdischen Flüchtlingen, v. a. aus dem Protektorat, von Sulina aus Richtung Palästina in See. Nach einer langen Odyssee und dem Ausbruch einer Epidemie an Bord wurde das Schiff im Juli 1939 in Beirut unter Quarantäne gestellt. Die Flüchtlinge übernahm Ende August 1939 die „Tiger Hill“, die am 1.9. 1939 vor Tel Aviv auf Grund lief. Beim Durchbrechen der brit. Seeblockade wurden zwei Passagiere getötet. Nach der Landung wurde ein Großteil der Flüchtlinge kurzzeitig interniert.

und ihr weiteres Schicksal ist ungewiß. Eine weitere solche Expedition startet jetzt Herr Hendlar in der Lützowstraße, ein besonderer Schützling des Herrn Eichmann. Der hat etwa 800 Leute vorbereitet, und wenn jemand von der Absicht, mit seiner Expedition zu reisen, Abstand nehmen will, droht er ihm mit Verhaftung durch die Gestapo.¹⁴

Jüdischen Ärzten, die jünger sind als 45 Jahre, ist die Auswanderung verboten.

Bezüglich der Einhebung einer Judenabgabe bei der Auswanderung ist noch hinzuzufügen, daß diese Abgabe dem Namen nach zu Gunsten der mittellosen Juden eingehoben wird, um Mittel für die Finanzierung ihrer Auswanderung bereitzustellen, daß aber in Wirklichkeit die Gestapo sie einkassierte und über ihre weitere Verwendung nichts zu erfahren ist.

Gleichzeitig mit der Organisierung der Auswanderung tut Herr Eichmann alles übrige, was nötig ist, um das Protektorat von Juden zu säubern. Es wird bei den Juden eine Stimmung erzeugt, in der sie wirklich „auswanderungslustig“ sind.

Zunächst hat er angeordnet, daß alle Juden nach Prag übersiedeln müssen. Das heißt, daß alle Juden aus dem Protektorat, mögen sie wo immer leben und womit immer sich beschäftigen, in Prag konzentriert werden sollen. Schätzt man die Zahl aller Juden auf etwa 100 000 und nimmt man an, daß zwei Drittel davon außerhalb Prags leben, so sollen also etwa 80 000 Juden nach Prag gebracht werden, eher noch mehr, denn wenn man den Rassenmaßstab anlegt und die Mischehen in Rechnung stellt, so erhöht sich diese Zahl noch ganz wesentlich. Die Existenz dieser Leute wird vernichtet. Herr Eichmann vertritt die Ansicht, daß es nicht seine Sache sei, sich darum zu kümmern, wovon diese Leute leben und wo sie wohnen werden. Wenn in Prag in einem Raum 10 bis 15 Juden leben werden, so werden sie sich kräftiger um die Auswanderung bemühen. Diese Entjudung der Provinz soll sofort beginnen, und wenigstens 200 Personen sollen täglich nach Prag übersiedeln. Es muß wohl nicht besonders hervorgehoben werden, um welche menschliche Katastrophe es sich hier handelt.

Herr Eichmann wendet hier für das Protektorat jenes Verfahren an, daß er in der Ostmark eingeführt hat: Dort sind von 15000 Juden, die über die Provinz verteilt waren, soweit unsere Informationen reichen, etwa 500 verblieben; die übrigen sind entweder in Wien oder in den Kerkern oder im Ausland oder tot. Es ist ganz gleichgültig, daß es sich nun um eine mehrfach größere Zahl handelt.

Alle Interventionen, alle Vorstellungen und Erklärungen sind wirkungslos, geltendes Recht ist das, was Herr Eichmann anordnet. Und die Durchführung beginnt schon. Die einzelnen deutschen Behörden in der Provinz laden die Rabbiner oder die Funktionäre der Israelitischen Kultusgemeinden vor und setzen kurze Fristen für die Liquidierung der jüdischen Vermögen und die Übersiedlung der Juden nach Prag.¹⁵ Es sind Fälle bekannt geworden, in denen die Juden aus ihren eigenen Häusern binnen 24 Stunden ausziehen mußten, ohne daß es ihnen erlaubt worden wäre, auch nur alle Sachen mitzunehmen, die ihr Eigentum waren. Ihr Vermögen, ihre Ersparnisse usw. wurden beschlagnahmt. Namentlich in Böhmisches Budweis wurde mit großer Energie vorgegangen.

14 Vermutlich: Arie Händler (1915–2011), Funktionär der Jugendbewegung Bachad; im Hauptbüro des Bachad in Berlin tätig, durfte mit Sondergenehmigung der Gestapo mehrfach ausreisen, um Möglichkeiten der Auslands-Hachschara und damit der Auswanderung auszuloten; 1938 in Palästina, ging er später für den Bachad nach London.

15 Da sich rasch herausstellte, dass der Umzug sämtlicher Juden nach Prag nicht durchführbar war, wurden diese Maßnahmen nicht umgesetzt.

Die Juden im Protektorat gelangen nach und nach zur Überzeugung, daß sie vielleicht weniger Schwierigkeiten haben werden, wenn sie kein Vermögen mehr haben, so daß man ihnen nichts mehr wegnehmen kann. Wohl aus dieser Einstellung heraus erklärt sich das Prager deutsch-jüdische Bonmot: „Dalles ist in Prag Millionen wert.“ (Dalles ist der jüdische Ausdruck für Mittellosigkeit.) Das ist blutigste Ironie.

IV. Die Tschechen und der Antisemitismus.

Trotz all dieses Druckes von oben bleiben die Tschechen in ihren besten Schichten vom Antisemitismus unberührt. Man kann sogar sagen, daß sie heute besser als je zuvor sehen, wie das Vorgehen gegen die Juden nur ein Vorwand zur Verfolgung großer und kleiner persönlicher Ziele ist. Sie verhalten sich deshalb dem Antisemitismus gegenüber ablehnend und bekämpfen im wahrsten Sinne des Wortes diejenigen tschechischen Individuen, welche sich in ihrem eigennützigen Streben in deutsche Dienste stellen und einen schlagkräftigen Antisemitismus pflegen wollen. Dazu geben sich nur diejenigen Schichten her, welche im entscheidenden Moment gezögert haben, sich aus der Nationalen Einheitspartei auszuschließen und fremden Interessen zu dienen. Es sind dies die faschistischen Grüppchen, die Gruppen der Organisation Vlasta und die Herren von der „Arischen Kulturgemeinschaft“.¹⁶ Das sind zahlenmäßig ganz unbedeutende Grüppchen, die vom Geld und der Presse der Deutschen unterstützt werden, die Unruhen hervorrufen wollen, um dann mit deutscher Hilfe zur Macht zu gelangen, mittels derer sie ihr Volk nach deutschen Befehlen und nach den Grundsätzen des Hitlerschen Nationalsozialismus beherrschen könnten.

Sie sind es, die die jüdenfeindlichen Aktionen in den Kaffeehäusern hervorrufen, indem sie ihre Vertreter gegen ein Honorar von 30 bis 100 Kronen für den Abend dorthin entsenden, sie sind es, die die Demonstrationen in den Schwimmbädern hervorrufen, sie sind es, die den deutschen Behörden die Möglichkeit geben, von den Behörden des Protektorats das Judenverbot für die Badeanstalten, Parks, öffentlichen Lokale usw. zu verlangen.¹⁷

Dabei nehmen diese Leute überhaupt keine Rücksicht darauf, welche Schäden sie ihrem eigenen Volke zufügen.

V. Die wirtschaftlichen und nationalen Folgen des Antisemitismus im Protektorat.

Zweck aller angeführten deutschen Aktionen ist es, das Vermögen der Juden in deutsche Hände überzuführen. Dies geht schon daraus hervor, daß die Juden ihr Eigentum nicht ohne Bewilligung der deutschen Behörden veräußern dürfen. Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn der Käufer ein arischer Deutscher ist. Daher ist die schnelle und gewaltsame Liquidierung der Juden in der Provinz und im Protektorat überhaupt nur ein Mittel, um das jüdische Vermögen in deutsche Hände gelangen zu lassen und um an die Stelle der Juden auch in bisher ganz tschechischen Gegenden Deutsche zu setzen. Das wird wirklich schon durchgeführt. Am klarsten ist dieser Vorgang beim landwirtschaftlichen Grundbesitz. Das ehemalige staatliche Bodenamt, seine Gebietsstellen und Zuteilungskommissariate stehen heute wirklich unter deutscher Führung, nämlich unter der Lei-

¹⁶ Die Nationalarische Kulturvereinigung in Prag (Národní arijská kulturní jednota v Praze) konstituierte sich im Juni 1939 mit dem Ziel, die kulturellen Verhältnisse im Protektorat unter „arischen“ Gesichtspunkten zu verändern, unter dem Vorsitz von Dr. Stanislav Babický. Die Vereinigung war praktisch bis 1942 tätig, die offizielle Auflösung erfolgte am 25.7. 1945.

¹⁷ Siehe Dok. 258 vom 12.8. 1939.

tung des Arisierungsinstitutes für Einsetzung deutscher Kommissare in jüdische Objekte und für – größtenteils unentgeltliche – Überführung dieses Besitzes in deutsche Hände.¹⁸

Ebenso wird auch bei bedeutenden Industrieunternehmungen vorgegangen. Die Bezirksbehörden führen Konskriptionen des jüdischen Besitzes und der jüdischen Geschäfte durch und geben Kundmachungen mit den Namen und Adressen dieser Unternehmungen heraus, wobei sie gleichzeitig Arier auffordern, sich um die Übernahme zu bewerben.¹⁹ In den Kundmachungen wird ausdrücklich angeführt, daß die Interessenten mit den jüdischen Besitzern direkt verhandeln sollen, im Falle aber, das diese Schwierigkeiten machen sollten, mögen sie sich an die Behörde wenden, die schon Abhilfe schaffen werde.

VI. Schlußfolgerungen:

Das Judentum des Protektorats befindet sich in seiner heutigen katastrophalen Lage ohne seine Schuld und ohne daß das tschechische Volk an seiner Tragödie schuldig oder mit-schuldig wäre. Das tschechische Volk, seiner menschlichen und sittlichen Tradition treu, und obwohl es selbst schwer betroffen ist, hilft im Gegenteil noch seinen jüdischen Mitbürgern, die schwere Zeit zu überstehen.

Trotzdem ist aber das Judentum gezwungen, heute besonders dringlich nach fremder Hilfe zu rufen, denn mit jedem Tag und mit jeder Stunde verschlimmert sich seine Lage. Beraubt und vernichtet, hat es keinen Zufluchtsort mehr. Während die Juden aus Österreich und Deutschland noch nach der Tschechoslowakei fliehen konnten, hat der Jude aus dem Protektorat keine Möglichkeit zu fliehen, er befindet sich in einer Falle, in einem großen Konzentrationslager, aus dem es ohne fremde Hilfe keinen Ausweg gibt.

Der Jude aus dem Protektorat braucht vor allem Auswanderungsmöglichkeiten, einen Ort, wo er wenigstens seine menschliche Existenz bewahren kann. Mehr als bisher wird so die Judenfrage zu einer allgemeinmenschlichen mitteleuropäischen Frage. Durch die Opferung der Tschechoslowakei ist der letzte Raum in Mitteleuropa gefallen, wo auch der Jude ein Mensch war, derselbe, der heute um Hilfe ruft, um sich wenigstens sein nacktes Leben zu erhalten. Und er hält an dem Glauben fest, daß weder ihm noch dem tschechischen Volk, mit dem er Freud und Leid geteilt hat, vergessen werden wird, welche Opfer sie beide gebracht haben.

Und mit dem tschechischen Volk und als dessen Bestandteil bewahrt er sein Vertrauen in die Zukunft.

18 Das Bodenamt war zunächst eine Abt. des tschech. Landwirtschaftsministeriums, wurde aber vom Chef der Sipo kontrolliert und sollte dafür Sorge tragen, dass der gesamte Boden im Protektorat in deutsche Hände übergang. Mit „Arisierungsinstitut“ ist vermutlich das Referat VIIa („Entjudung“) im Amt des Reichsprotektors gemeint. Die „Arisierung“ wurde im Protektorat Böhmen und Mähren systematisch als Mittel der Germanisierung genutzt, so dass überwiegend Deutsche davon profitierten; siehe Einleitung, S. 25.

19 Derartige Besitzstandswechsel wurden regelmäßig in den Tageszeitungen angezeigt; siehe etwa Dok. 294 vom 4. 1. 1941.

DOK. 261

**Staatssekretär Frank versucht am 15. September 1939,
antijüdische Gewalt seitens Volksdeutscher zu unterbinden¹**

Schreiben des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren (vertraulich!), Nr. I 1a-7520, i.V. gez. Staatssekretär K. H. Frank, Prag, an a) die Gauleitung Niederdonau z.Hd. Gauleiter Dr. Jury² o.V.i.A., Wien, b) die Gauleitung Oberdonau z. Hd. Gauleiter Eigruher³ o.V.i.A., Linz, c) die Gauleitung Bayrische Ostmark z. Hd. Gauleiter Wächtler⁴ o.V.i.A., Bayreuth, d) die Gauleitung Sudetenland z. Hd. Gauleiter Henlein o.V.i.A., Reichenberg, vom 15.9. 1939⁵

Im Gebiete des Protektorats ist es nicht nur in den vergangenen Monaten, sondern vor allem auch nach dem 1. September 1939 zu Ausschreitungen gegen Juden gekommen, an denen keineswegs allein tschechische Elemente beteiligt waren, sondern vorzugsweise gerade auch Volksdeutsche. Zum Teil sind die Volksdeutschen dabei sogar in der Uniform der Gliederungen der Partei aufgetreten und haben sich nicht nur Sachbeschädigungen durch Einwerfen von Schaufenstern und Personenverletzungen zuschulden kommen lassen, sondern auch Übergriffe auf Polizeimannschaften der Protektoratsverwaltung, indem diese am Einschreiten gewaltsam gehindert worden sind.

So wenig würdig dieses Verhalten der deutschen Bevölkerung im Protektorat genannt werden muß, hat es gerade seit dem Eintritt des Kriegszustandes die überaus verhängnisvolle Wirkung nach sich gezogen, daß es der französischen und englischen Rundfunkpropaganda neue und bedeutungsvolle Nahrung gegeben hat. Es dürfte bekannt sein, daß sogleich nach Eintritt des Kriegszustandes gerade die englischen und französischen Sender sich mit besonderer Energie darangemacht haben, der tschechischen Bevölkerung des Protektorats in verstärktem Maße das baldige Herannahen des Tages der „Befreiung vom deutschen Joch“ vorauszusagen und sie gegen das Deutsche Reich und die reichsdeutschen Behörden aufzuwiegeln. Vor allem am 8. und 9. September 1939 ist diese Propaganda auf die vorgekommenen Ausschreitungen Volksdeutscher gestützt worden.⁶ Ich wiederhole daher aufs eindringlichste meine Bitte, auf dem Wege über die Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen der volksdeutschen Bevölkerung das Verhängnisvolle der Teilnahme an derartigen Ausschreitungen nahezubringen und auf sie dahin einwirken zu lassen, daß solche Ausschreitungen in Zukunft unterbleiben.⁷

1 MZAB, B 251, Inv.Nr. 522, Sign. 4080, Karton 45.

2 Dr. Hugo Jury (1887–1945), Arzt; 1913–1919 Arzt in Frankenfels; 1931 NSDAP-Eintritt; 1936–1938 stellv. Landesleiter der illegalen NSDAP in Österreich, mehrmals verhaftet, 1938 SS-Eintritt; von 1938 an MdR und Gauleiter, seit 1940 auch Reichsstatthalter von Niederdonau; nahm sich kurz vor Ankunft der Alliierten das Leben.

3 August Eigruher (1907–1946), Mechaniker, Hilfsarbeiter; 1928 NSDAP-Eintritt; 1936–1938 Gauleiter von Oberösterreich, mehrmals verhaftet; 1938 SA- und SS-Eintritt; von 1938 an MdR und Gauleiter, seit 1940 auch Reichsstatthalter von Oberdonau; 1945 verhaftet, 1946 im Mauthausen-Prozess angeklagt und zum Tode verurteilt.

4 Fritz Wächtler (1891–1945), Volksschullehrer; 1926 NSDAP- und SA-Eintritt; 1932–1935 stellv. Gauleiter von Thüringen, 1933–1936 thüring. Staatsminister des Innern und stellv. Ministerpräsident; seit 1933 MdR; von 1935 an Gauleiter des Gaus Bayerische Ostmark, vor Kriegsende wegen Verlassens seines Amtes durch ein SS-Kommando auf Befehl Bormanns erschossen.

5 Im Original Dienststempel: Der Reichsprotector in Böhmen und Mähren.

6 Nicht ermittelt.

7 Abschriften übersandte Frank an die Oberlandräte, die Gruppe Mähren in Brünn und den Befehls-

DOK. 262

**Die Landesheilanstalt für Geistes- und Nervenranke in Iglau
macht am 27. September 1939 Mitteilung über ihre Maßnahmen gegen
jüdische Patienten¹**

Schreiben der Landesheilanstalt für Geistes- und Nervenranke, Iglau (Nr. 282), Unterschrift unleserlich, an das Landesamt, Abt. IV/9, Brünn (Eing. 28. 9. 1939), vom 27. 9. 1939²

Betreff: Die Absonderung der Pfleglinge – Juden von den Ariern

Zur Nummer: 33. Ø2/IV/9 vom 14. September 1939.³

Anlagen: 2⁴

Auf die Zuschrift Nr. 33. Ø2/IV/9 vom 14. September 1939 teilt das zeichnende Direktorium mit, dass die nichtarischen Pfleglinge separiert werden konnten.

Es handelte sich um 10 Männer und 9 Frauen. Für die Männer wurden 2 Isolierungsräume in der Abt. II des Siechenhauses, für die Frauen zwei Isolierungsräume in der Abt. V des Siechenhauses eingerichtet. Sie sind von anderen Kranken streng abgesondert. Sie benutzen spezielle Waschbecken, die sich direkt in den Räumen befinden. Ihr Geschirr (Teller, Tassen und Becher) wird gesondert aufbewahrt und gespült. Kranke Nichtarier benutzen auch ein spezielles Klosett. Eine vollständige Separierung mit eigenem Personal in einer Sonderabteilung konnte wegen der Überfüllung der Anstalt und der geringfügigen Anzahl kranker Nichtarier nicht durchgeführt werden. Grundsätzlich ist gegen den Vorschlag des Brünner Direktoriums, die kranken Juden in der Landesheilanstalt in Kremsier zu konzentrieren, nichts einzuwenden, es sei hier jedoch der Hinweis erlaubt, dass die Frage der event. Evakuierung der Iglauer Heilanstalt immer noch aktuell ist; es wäre daher zweckmäßig, in Kremsier einen Pavillon zur Isolierung der Juden von den event. zu evakuierenden Kranken der Iglauer Heilanstalt zu reservieren.⁵

haber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotektor „mit der Bitte um Kenntnissnahme“. Er fügte hinzu, dass reichsdeutsche Polizei nur eingreifen dürfe, „wenn Eigentum oder Leben reichsdeutscher Personen in Gefahr geraten oder Betriebe in Mitleidenschaft gezogen werden, deren Existenz und ungestörte Arbeit von kriegs- und lebenswichtiger Bedeutung sind“.

1 MZAB, ZÚ Brno, B 40 III, Karton 6.972. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke, Dienststempel sowie handschriftl. Ergänzung: „Der Transfer der kranken nichtarischen Patienten in die Kremsierer Heilanstalt ist so, wie er gedacht war, erst einmal nicht möglich, denn die Kremsierer Heilanstalt muss 460 Betten für militärische Zwecke reservieren.“

3 Liegt nicht in der Akte.

4 Liegen nicht in der Akte.

5 Im Original handschriftl. ergänzt: „Frist 10. 1. 1940.“ Darunter handschriftl. hinzugefügt: „Der Eintrag der Frist wurde infolge der Vergabe der ganzen Iglauer Heilanstalt gestrichen. Die Akte endgültig ablegen. 17. 1. 1940.“

DOK. 263

**Eine in die Niederlande emigrierte Jüdin schildert die Situation im Protektorat
bis Anfang Oktober 1939¹**

Bericht einer unbekannten Verfasserin vom 6. 12. 1939 (Abschrift)²

Die Lage im Protektorat Böhmen und Mähren Anfang Oktober 1939.

I. Wirtschaft.

1. Lebensmittel: Als ich nach Holland kam, fragten mich alle Leute ganz erstaunt: Aber Sie sehen doch ganz gut aus? Man hat Vorstellungen von richtiger Hungersnot. Man muß aber berücksichtigen, was für ein unglaublich reiches Land die ehemalige Tschechoslowakische Republik war, und dann wird man verstehen, daß es schon eine Leistung ersten Ranges ist, es in einem halben Jahre so weit zu bringen, daß es an fast allen Lebensmitteln fehlt und alles rationiert ist. Die Lebensmittelverhältnisse sind im Protektorat nach wie vor viel günstiger als im Altreich und in den Sudeten und unvergleichlich günstiger als im ehemaligen Österreich. Das erste, das gefehlt hat, war Zucker und Butter. Dann kam[en] gleich Kaffee und Tee, heute fehlt bereits alles. Nach den Karten bekommt man z. B. 1 dkg Butter pro Tag pro Kopf. Für Kleinkinder etwas mehr, 30 dkg Fleisch pro Woche, dazu 20 dkg Selchfleisch oder Schinken etc. Wer Prag früher kannte, wird sich kaum vorstellen können, daß es da leere Selchläden gibt und daß schon lange vor der Rationierung oft um 6 Uhr Abend kein Stückchen Schinken mehr zu haben war. In der letzten Zeit vor der Rationierung wurde natürlich sehr viel gehamstert, die erste Rationierungsmaßnahme war die Einführung der Stammkarten, die jeden Käufer an ein bestimmtes Geschäft banden. So sollte das Hamstern von einem Geschäft zum anderen unmöglich gemacht werden, und außerdem sollte jedes Geschäft dann genau die Lebensmittelmenge für die Kundenanzahl zugeteilt bekommen.³ Die Vorschriften werden umgangen, wo es nur irgend geht, die [Ver]käufer verkaufen mit Vorliebe an Tschechen und Juden größere Rationen und erklären den Deutschen, daß es einfach nichts mehr gibt. Am Land wird die größte Menge von Butter und Eiern auch in den kleinen, nicht auf Verkauf eingestellten Wirtschaften requiriert. Einfuhr von Lebensmitteln vom Land in die Stadt ist verboten.⁴ Schlagsahne darf es nicht mehr geben. In der ersten Kriegswoche trat plötzlich Zigarettennot ein. Ein großer Teil der Trafiken⁵ war den ganzen Tag ausverkauft, der Rest gab nur 2 – 3 Zigaretten pro Kopf ab. Offenbar waren die Vorräte für das Heer requiriert worden. Einige Tage später besserte sich das, aber mehr als 10 Zigaretten bekommt man nicht, und der Verkauf an Frauen und Kinder ist behördlich verboten.

2. Textilindustrie. Die Textilgeschäfte dürfen im Monat nur 60 % des Umsatzes des gleichen Monats des Jahres 1937 (ein elendes Jahr) verkaufen. Das sieht praktisch so aus, daß schon

¹ NAP, Hubert Ripka 50–44, Bl. 122–129.

² Im Original handschriftl. Anmerkungen und Hinweis auf Tschechisch: „Abschrift eines von einer Prager Emigrantin geschickten Briefs, die Mitte Oktober aus dem Protektorat nach Holland geflohen ist.“ Der Bericht fand teilweise Eingang in den Deutschland-Bericht der Sopade vom 7. 4. 1940; siehe Dok. 64 vom 7. 4. 1940, Anm. 15.

³ Nicht ermittelt.

⁴ Diese Anordnung wurde jeweils auf lokaler Ebene erlassen. Zur unterschiedlichen Lebensmittelversorgung in städtischen und ländlichen Gebieten siehe auch Dok. 288 vom 4. 10. 1940.

⁵ Trafik (österreich.): Verkaufsstand oder kleiner Laden für Zigaretten, Zeitschriften etc.

um 9 Uhr früh alle Geschäfte die Zettel draußen hängen haben: heutiges Quantum ausverkauft. Dabei durften keine Angestellten entlassen werden, es darf nicht gesperrt werden, es muß Licht gebrannt werden,⁶ kurz, gleiche Regie bei nicht vorhandenem Umsatz. Leute, die nicht vor 9 Uhr einkaufen gehen können, haben überhaupt keine Möglichkeit, ein Paar Strümpfe zu kaufen. Die Erzeugung von Frauenstoffen, feiner Tisch- und Bettwäsche ist überhaupt behördlich eingestellt, weitere Industriezweige dürften in kürzester Zeit folgen.

3. Rüstungsindustrie. Alle Rüstungsbetriebe und damit zusammenhängende Industriezweige arbeiten mit Hochdruck unter deutscher Leitung. Die Škodawerke stehen unter Aufsicht eines Bruders von Göring.⁷ Vor der Českomoravská Kolben-Daněk⁸ steht Tag und Nacht SS Wache. Von allen größeren Betrieben hat nur Baťa⁹ sich eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Auf ihn bezieht sich aber zum größten Teil das Textilgesetz, und der Betrieb leidet furchtbar unter Mangel an Rohmaterialien.

4. Banken. Die 3 großen deutschen Banken: Unionbank, Böhmische Escomptebank und Creditanstalt und Länderbank wurden dem Dresdner Bankkonzern angeschlossen.¹⁰ Die Länderbank z. B. hat am 1. September alle Juden entlassen, am 1. Oktober alle Tschechen. Ein Geldtransfer aus einem Teil des großdeutschen Reiches in einen anderen ist vollkommen ausgeschlossen. Leute, die im September des vorigen Jahres ihr Vermögen in den Sudeten gelassen haben und nach Prag gezogen sind, haben keine Möglichkeit, von ihrem Besitz etwas zu bekommen. Dagegen müssen sie diesen Besitz abliefern oder hoch besteuern, wenn sie auswandern wollen.

In der ersten Kriegswoche stiegen die Preise von Zigaretten und Bier um 20 %, und überall wurden Zettel ausgehängt, daß die Preisdifferenz zugunsten des Deutschen Reiches verwendet wird. Sofort ist der Bierkonsum rapid gesunken.

II. Politik.

Die einzige erlaubte Tschechische Partei, das Národní souručenství, hat ihren Charakter vollständig verändert. Ganz abgesehen von der Politik, die die Führer dieser Bewegung machen oder machen müssen, tragen die Mitglieder (und das sind praktisch alle Arier, da der Druck so stark ist, daß einfach jeder beitreten muß) die Abzeichen vor allem als Demonstration gegen die deutschen Abzeichen. Ein anderes Abzeichen kann man nicht tragen, nur noch die alte tschechische Fahne, und die sieht man auch sehr viel, und so demonstriert man, daß Prag eine tschechische Stadt ist und bleibt. Die Gajdagruppe¹¹ und die Vlaljka leiten, bezahlt von den Deutschen, die antisemitische Propaganda. Es erscheint jede Weile eine neue Zeitung, weil jede nach kürzester Zeit eingeht. Etwas Neues kaufen

⁶ So im Original.

⁷ Albert Günther Göring (1895–1966), Ingenieur; Bruder von Hermann Göring, Exportchef der Škodawerke in Pilsen; nach 1945 in München als Autor und Übersetzer tätig.

⁸ Das tschech.-deutsche Industriesyndikat, 1926 gegründet, gehörte zu den führenden Unternehmen der tschech. Schwerindustrie und produzierte Turbinen, Lokomotiven sowie Kraftfahrzeuge. Nach 1945 wurde es verstaatlicht.

⁹ Die 1894 von Tomáš Baťa in Zlín gegründete tschech. Schuhfirma verlegte ihren Sitz 1939 nach Kanada, der in Tschechien verbliebene Teil des Unternehmens wurde nach 1945 verstaatlicht.

¹⁰ Die Böhmische Union-Bank und die Escomptebank gelangten bereits 1938 in den Besitz der Deutschen bzw. Dresdner Bank, nachdem sie durch den Wegfall der Filialen im Sudetenland an die Deutsche Bank in wirtschaftliche Not geraten waren. Die Escomptebank wurde von der Dresdner Bank reorganisiert. Die Länderbank wurde im Juli 1939 von der Escomptebank erworben und im Dez. 1939 mit ihr zusammengeführt.

¹¹ Siehe Dok. 241 vom 31.3.1939, Anm. 20.

doch immer wieder einige Leute. Nach 2, 3 Nummern liest es kein Mensch mehr. Diese beiden Gruppen werden, als von den Deutschen bezahlt, so verachtet, daß der gewünschte Erfolg, nämlich die Beeinflussung der tschechischen Bevölkerung, gänzlich ausbleibt. Heute, nach einem halben Jahr Protektorat, müssen die Deutschen sehen, daß sie in der Gewinnung der Tschechen nicht um einen Schritt weitergekommen sind. Im Gegenteil, der Teil der Tschechen, die vielleicht vor dem März eine prinzipielle Verständigung mit den Deutschen für möglich gehalten hat, hat sich durch den lebendigen Anschauungsunterricht ihrer Methoden bald vom Gegenteil überzeugt. Die Deutschen unternehmen allerdings mit unglaublicher Treffsicherheit alles, was psychologisch auf die Tschechen den schlechtesten Eindruck machen muß. Dazu gehört z. B. die Einführung deutscher Aufschriften auf allen öffentlichen Gebäuden, das Ausrufen der Stationen in der Elektrischen in deutscher Sprache. Gegen diese Zwangsverdeutschung und gegen Teuerung und vieles andere wurde von Mann zu Mann ein Passagierstreik für die Elektrische für einen bestimmten Tag proklamiert. Die Verständigung war so 100%[ig], daß man schon Tage vorher niemanden mehr davon verständigen konnte, weil es einfach jeder gleich wußte. Zur Zeit, als die Arbeiter in die Betriebe gehen, klappte es auch tadellos, die Arbeiter gingen die weitesten Strecken zu Fuß, die Elektrischen waren leer. Daraufhin verkündete der deutsche Rundfunk um 8 Uhr: Die Tschechen treten heute in einen Streik, um zu demonstrieren, daß sie nicht mit Juden in der Elektrischen fahren wollen. Das hat selbstverständlich verwirrt, man wußte nicht mehr, ob der Streik abgeblasen werden soll oder nicht, und es hat nur mehr sehr unregelmäßig geklappt.¹² Die Nachrichtenverbreitung klappt wunderbar. Trotz der Androhung von Zuchthaus für das Hören von ausländischen Sendern und sogar Todesstrafe für das Weiterverbreiten von ausländischen Nachrichten¹³ wird überall, wo es Radio gibt oder noch gibt (den Juden wurden die Apparate konfisziert),¹⁴ eifrig zugehört. Meist Paris und London, vor allem die tschechischen Meldungen und die Reden von Beneš,¹⁵ Jan Masaryk¹⁶ etc. Um so wichtiger ist es, daß unbedingt seriöse und verlässliche Meldungen in der ausländischen Berichterstattung gebracht werden. Die Nachrichten von den großen Aufständen im Protektorat, die nicht den Tatsachen entsprochen haben, haben da z. B. viel geschadet, weil solche Berichte geeignet sind, das Vertrauen der ausländischen Berichterstattung überhaupt zu erschüttern.¹⁷ Sabotage und passive Resistenz sind an der Tagesordnung. Etwa eine Woche vor Kriegsbeginn

12 Der von den Widerstandsgruppen Politische Zentrale (Politické ústředí) und Petitionsausschuss „Wir bleiben treu“ (Petiční výbor „Věrní zůstaneme“) organisierte Streik fand am 30. 9. 1939 in Prag anlässlich des Jahrestags des Münchener Abkommens statt.

13 Nicht ermittelt. Allerdings verschärfte sich der antitschech. Kurs der deutschen Regierung im Protektorat seit Kriegsbeginn deutlich, und es wurden auch Tschechen für widerständiges Verhalten erschossen.

14 Am 22. 9. 1939 wurden die Prager Juden angewiesen, ihre Rundfunkempfänger abzugeben. Etwa 12000 Apparate wurden innerhalb von zwei Tagen abgeliefert.

15 Edvard Beneš (1884 – 1948), Politiker; 1918– 1935 Außenminister, 1935 – 1938 Staatspräsident der Tschechoslowakei; 1938 floh er nach London; nach Kriegsende bis zu seinem Tod erneut Staatspräsident.

16 Jan Masaryk (1886 – 1948), Sohn des tschechoslowak. Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk, 1925 bis 1938 tschechoslowak. Botschafter in Großbritannien, 1938 Amtsniederlegung aus Protest gegen das Münchener Abkommen, verblieb während des Zweiten Weltkriegs als Mitglied der Exilregierung in London; nach 1945 Außenminister der Tschechoslowakei, kam 1948 beim Sturz aus einem Fenster des Außenministeriums unter ungeklärten Umständen ums Leben.

17 Siehe Anm. 47.

erschieden an allen Straßenecken große rote Anschläge mit Warnungen vor Sabotage unter schwerer Strafandrohung. In den Vorstädten wurden diese Warnungen immer wieder heruntergerissen, bis schließlich in einzelnen Fällen Wachen bei Tag und Nacht vor diese Anschläge gestellt wurden. Am 1. September wurden viele 100 Menschen verhaftet.¹⁸ Es waren das Angehörige der ehemaligen Regierungen, Beneschanhänger, Legionärskreise, Persönlichkeiten aus Presse, Rundfunk und sämtlichen Vereinigungen der ehemaligen Republik, fast die gesamte Redaktion des *České slovo* [und] des ehem. čechosl. Pressebüros, deren ehem. Leiter inzwischen wegen Sabotage erschossen wurde.¹⁹ Alle, die bereits im März verhaftet gewesen waren, wurden wieder verhaftet, und viele darüber hinaus. Von den vielen Verhafteten wurde nur ein kleiner Teil gleich wieder freigelassen, sukzessive erfolgen auch jetzt noch vereinzelte Freilassungen, der größte Teil aber wird, wie man Angehörigen direkt gesagt hat: für [die] Kriegsdauer in Schutzhaft gelassen. Die prominenteren Persönlichkeiten wurden meist in das Konzentrationslager in Buchenwald eingeliefert. So z. B. der ehemalige Primator²⁰ von Prag, Dr. Zenkl, Sektionschef des Außenministeriums Hájek (von dem weiß man aber nicht, wo er ist),²¹ Senatorin Plamínková (Pankrác),²² Kurt Sitte,²³ Dr. Matoušek,²⁴ Přikryl²⁵ und viele andere. Die Gleichschaltung der tschechischen Presse wurde selbstverständlich gleich im März durchgeführt. In der ersten Zeit wetteiferte auch tatsächlich die tschechische Presse mit der deutschen, um ein für allemal die Aufmerksamkeit der Zensur von sich abzulenken. Seither hat sich das ziemlich verändert. Die tschechische Presse kann wohl nichts anderes bringen, als sie vom Pressedienst bekommt, aber sie beschränkt sich absolut auf die amtlichen Mitteilungen und enthält sich jeder Kommentare und aller Kraftausdrücke, wie sie in den deutschen Zeitungen zu finden sind. Am hervorragendsten haben es die *Lidové Noviny* verstanden, sich sogar in dieser Situation ein gewisses Niveau zu bewahren.²⁶ Die Nach-

18 Bei Kriegsbeginn verhaftete die Gestapo in der „Aktion Albrecht I“ etwa 2000 bis 3000 Vertreter der tschech. Führungsschicht.

19 Nicht ermittelt. Die Tageszeitung *České Slovo* erschien seit 1908. Hauptschriftleiter waren Dr. Václav Crha (Prag) und Karel Režný (Mährisch-Ostau). Das Tschechoslowakische Pressebüro ČTK arbeitete im Protektorat unter deutscher Leitung weiter. Viele der ehemaligen Mitarbeiter waren im tschech. Untergrund aktiv.

20 Oberbürgermeister.

21 Jan Hájek (1888–1969), Journalist, Politiker; 1919 Mitglied der tschechoslowak. Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen, leitete von 1919 an die Presse- und Informationsabt. des Außenministeriums, im März 1939 verhaftet und bis Kriegsende in verschiedenen Konzentrationslagern interniert; von 1956 an wegen angeblicher Umsturzversuche in Haft, 1960 amnestiert.

22 Františka Plamínková (1875–1942), Frauenrechtlerin, Autorin; 1905 Mitbegründerin des tschech. Komitees für Frauenwahlrecht, von 1925 an Senatorin der tschechoslowak. Nationalversammlung, im Zuge der „Aktion Albrecht I“ festgenommen und nach wenigen Wochen wieder freigelassen, 1942 erneut verhaftet und am 30. 6. 1942 im berühmten Prager Gefängnis Pankrác ermordet.

23 Dr. Kurt Sitte (1910–1961), Physiker; 1935 Dozent an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Universität Prag, emigrierte 1939 in die USA, später nach Israel.

24 Dr. Josef Matoušek (1906–1939), Historiker, Archivar, Publizist; aufgrund seiner angeblichen Miturheberschaft an den Prager Studentenprotesten im Herbst 1939 hingerichtet.

25 Möglicherweise ist der Ingenieur und Vorsitzende der Tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte Bohumil Přikryl gemeint.

26 Die älteste noch existierende Tageszeitung Tschechiens wurde 1893 in Brünn gegründet und war in den 1920er- und 1930er-Jahren das liberal-demokratische Sprachrohr der Anhänger von Präsident Masaryk. 1952 wurde die Zeitung eingestellt, 1988 als Untergrundblatt reaktiviert, seit 1990 erscheint sie wieder täglich.

richten des Pressedienstes müssen wörtlich übersetzt werden. Dabei kommt es oft zu den lustigsten Situationen, wenn Dinge übersetzt werden, die im tschechischen Sprachgebrauch einfach unmöglich sind. Ob das Deutsche machen, die nicht genug Tschechisch können, oder ob das die Tschechen absichtlich machen, um die Presse ad absurdum zu führen, weiß ich nicht. So erschien z. B. in einer Zeitung der Satz: *moje jméno je zajíc a já o ničem nevím*, eine wörtliche Übersetzung von „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“. In einem Artikel des *České Slovo* über England ist von der Teuerung der Lebensmittel in England die Rede, und der Schreiber spricht von Unzufriedenheit des Publikums deswegen, der letzte Satz heißt: „a lze očekávat, že stížnosti ze strany obecnstva přinesou nějaké ovoce“ (und es ist zu erwarten, daß die Beschwerden des Publikums Früchte tragen werden, wörtlich aber Obst tragen werden). Am Vorabend des 28. September, des Wenzelstages, war in der ganzen inneren Stadt starkes Polizeiaufgebot, das Wenzelsdenkmal war schon [am] Abend mit Blumen überhäuft und stark bewacht. Am Morgen drängte sich eine ungeheure Menschenmenge um das Denkmal, wurde aber nur schrittweise zugelassen, am ganzen Denkmal konnte man nurmehr mit Mühe ein Blümchen unterbringen, gegen Mittag kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, so daß am Nachmittag der Zugang zum Denkmal vollkommen abgesperrt wurde. Am nächsten Morgen waren sämtliche Blumen fortgeräumt, bis auf 4 Blumentöpfe.

Am gleichen Tage, als in England und Frankreich erklärt wurde, daß Tschechen keine feindlichen Ausländer sind, erließ die Protektoratsregierung eine Verordnung, daß tschechische Pässe und Protektoratspässe nicht mehr zur Reise ins Ausland reisen will, um einen reichsdeutschen Paß ansuchen muß. Das trägt nebenbei auch pro Paß 180 K.²⁷

III. Juden.²⁸

Weder die Nürnberger Gesetze noch irgendwelche anderen Judengesetze des Reiches wurden bisher offiziell im Protektorat eingeführt.²⁹ Praktisch allerdings werden die gleichen Sachen angeordnet, nur mit weit geringerem Erfolg, da die Mitwirkung des Publikums vollkommen fehlt. Einer der Grundsätze ist: Juden sollen auswandern. Daß man so lange Zeit absolut keine Ausreisebewilligung bekommen hat, lag daran, daß erst ein Reglement ausgearbeitet werden mußte, auf welche Art und Weise man am meisten Geld auf „legale“ Weise von den Auswanderern bekommen kann. Nun gibt es also einen ausgearbeiteten Weg. Die Sache beginnt bei der Kultusgemeinde, die überhaupt zur legislativen jüdischen Behörde ernannt wurde.³⁰ Man bekommt eine Mappe mit etwa 30 verschiedenen Formularen, die man sorgfältigst ausfüllen muß, kein Blatt darf gekrümmt sein, kein Wort mit der Hand geschrieben werden (da die Mappe eine schöne braune Farbe hat, wird sie auch häufig „Mein Kampf“ genannt), dann gehen die verschiedenen Formulare an die verschiedenen Ämter, Steuer- etc. Beim Finanzministerium muß man

27 So im Original. Wie das Jüdische Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 3, S. 1, am 19. 1. 1940 berichtete, waren diese neu beantragten reichsdeutschen Pässe mit dem Zusatz „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu versehen.

28 Der folgende Abschnitt fand 1940 Eingang in die Deutschland-Berichte der Sopade; wie Dok. 64, Anm. 1, S. A48 – A50.

29 Mit der Verordnung des Reichsprotektors vom 21.6. 1939 wurde der in den Nürnberger Gesetzen definierte Judenbegriff im Protektorat eingeführt; siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

30 Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung übertrug der JKG Prag zahlreiche Aufgaben in Zusammenhang mit der Kontrolle der Juden im Protektorat; siehe Einleitung, S. 25f., Dok. 259 vom 19.8. 1939 und Dok. 260 vom 21.8. 1939.

für jedes Stück Umzugsgut, das man mitnehmen will, bezahlen, und nachdem möglichst viele Ämter möglichst große Summen vorgeschrieben haben, wird man zum zweiten Mal in das Auswanderungsamt gerufen, um dort die Dokumente und die Ausreisebewilligung abzuholen. Hat man Steuerschulden, kommt man überhaupt nicht hinaus. Besonders schwer ist es in vielen Fällen, die Wirtschaftliche Unbedenklichkeit zu bekommen. Ärzte, Chemiker, Krankenschwestern etc. werden überhaupt nicht hinausgelassen. Es gibt eine Uniform der Reichswehr, die am Erkennungstreifen stehen hat: Jüdischer Arzt. Im letzten Moment wird in vielen Fällen noch bei der Gestapo eine meist sehr hohe Umlage vorgeschrieben, die sich in keiner Weise nach einer Berechnung des Vermögens richtet, sondern willkürlich festgesetzt wird. Das ist der Ersatz für die noch nicht gesetzlich festgesetzte Reichsfluchtsteuer.³¹

Keine Verordnung für die Juden wird amtlich verlautbart oder in der Presse veröffentlicht. Alles wird durch die Kultusgemeinde gemacht, und die muß eben als Behörde angesehen werden, dabei darf diese nicht sagen, woher die Anordnungen kommen, auch darf sie sie nicht durch Telephon oder Post verbreiten, sondern nur von Mann zu Mann. Ob das allerdings jetzt nach dem ohnehin mißglückten Liebeswerben um Amerika nicht anders wird, weiß man nicht. Am Versöhnungstage, dem größten jüdischen Feiertage, mußte binnen 24 Stunden eine Kartothek sämtlicher Juden mit genauen Angaben über Vermögen, Alter etc. fertiggestellt werden und sämtliche jüdischen Radioapparate abgeliefert werden.³² Das hieß, daß nicht nur die gesamte Kultusgemeinde, sondern alle jüdischen Organisationen, Waisenhäuser etc. und ein großer Teil der privaten jüdischen Bevölkerung an diesem Feiertag von früh bis in die Nacht von Haus zu Haus laufen mußte, um diese Anordnung durchzuführen. Über die abgelieferten Apparate bekam man nicht einmal eine Bestätigung. Eines Tages wurde ein Ausgehverbot für alle Juden nach 8 Uhr abends erlassen.³³ Das wurde aber nicht weiter eingehalten, und auch die jüdischen Kaffeehäuser schließen nicht um 8 Uhr, in Prag ist kein Fall von einer Anhaltung oder Bestrafung wegen Übertretung des Verbotes bekannt. In der Provinz allerdings soll es viel schlimmer sein und verschiedene Zwischenfälle gegeben haben (Pilsen z. B.). Mitte August kam das Verbot der gemeinsamen Restaurants, Kaffeehäuser und aller öffentlichen Institutionen.³⁴ Mit Kaffeehäusern sah es anfangs so aus, daß die meisten großen Wenzelsplatzkaffeehäuser sich zu jüdischen Unternehmungen erklärten und es in den ersten Tagen tatsächlich für die deutschen Arier keine Möglichkeit gab, in ein Kaffeehaus zu gehen. Die Tschechen boykottierten die arischen Unternehmungen und gingen ostentativ in die jüdischen. Das wurde dann behördlich verändert, aber jetzt haben die meisten Kaffeehäuser jüdische Abteilungen, und täglich werden neue eröffnet, da das ein besonders gutes Geschäft ist. Razzien in jüdischen Kaffeehäusern gab es in Prag bisher nicht. Der Besuch der Kinos ist Juden vollständig untersagt. Öffentliche Bäder und Bibliotheken dürfen sie nur an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden

31 Am 23.11.1939 erließ die Regierung die VO über die Auswanderungssteuer. Diese betrug 25% des Vermögens für diejenigen Auswanderer, deren Vermögen 200 000 Kronen überstieg oder die im Steuerjahr 1938 über ein steuerpflichtiges Einkommen von 140 000 Kronen verfügten; Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 235.

32 Jom Kippur fiel 1939 auf den 23. Sept. Zum Entzug der Rundfunkgeräte siehe auch Anm. 14.

33 Das Ausgehverbot erließ die Gestapo im Sept. 1939; Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 262.

34 Siehe Dok. 259 vom 19. 8. 1939, Anm. 5.

betreten.³⁵ Man befürchtet für die nächste Zeit die Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, Kleidern, Schreibmaschinen etc. zugunsten der „Winterhilfe“, aber das sind bisher unbestätigte Gerüchte. Wenn eine Wohnung einem Deutschen gefällt, werden die jüdischen Mieter auf die Stunde gekündigt.³⁶ Jüdische Geschäfte müssen das angeschrieben haben, aber das Publikum kauft ostentativ in jüdischen Geschäften, nur die jüdischen Lebensmittelgeschäfte bekommen viel weniger Lebensmittel zugeteilt als die arischen, und so ist es selbstverständlich allmählich bei allen Waren, die selten werden. So sollen die jüdischen Geschäftsleute gezwungen werden, Bankrott anzuzugeben. Aber auch mit den tschechischen ist es nicht anders geplant, daher z. B. das Textilgesetz. Kurz, in jeder Hinsicht jüdischer Boykott von oben, ohne die geringste Mitwirkung des tschechischen Publikums, die gelernt haben,³⁷ in der jüdischen Bevölkerung Leidensgefährten zu sehen.

IV. Tschechen.

Der Optimismus der tschechischen Bevölkerung ist unbesiegbar. Oft geht er weit über sachliche Möglichkeiten hinaus. Von Zeit zu Zeit denkt man sich ein Datum aus, an dem „alles wieder in Ordnung sein wird“, und wenn das Datum vorbei ist, denkt man sich eben wieder ein anderes aus. Ein solches Datum war der 28. Oktober.³⁸ Aber auch die sachliche Einstellung zur allgemeinen Lage ist ruhig und vernünftig. Man kann sich allgemein dem Gedanken nicht ganz verschließen, daß ein Krieg im Vorjahre für Prag ein Schicksal hätte bedeuten können, wie es Warschau erlitten hat, und das versöhnt etwas mit dem traurigen Gedanken, heute im Feindesland sein zu müssen. Und man vertraut, daß es nicht lange so bleiben wird. Aber man hat die Ereignisse des Vorjahres nicht vergessen, das Mitleid mit Polen war nicht sehr groß, man hat ihre Einstellung im Konflikt des Vorjahres noch zu sehr in Erinnerung,³⁹ die Russen haben an Popularität absolut nichts eingebüßt, im Gegenteil. Man spürt und weiß, daß die Deutschen letzten Endes die Hineingelegten sein werden. Beneš ist und bleibt Präsident unserer Republik, und seine Reden im Rundfunk und die Reden Masaryks werden von Tausenden zugehört und gelten als maßgebende politische Informationen. Sabotage und passive Resistenz sind das wesentliche Kampfmittel. Aber zur Sabotage gehört auch eine Lächerlichmachung aller Verordnungen etc., die in einem unüberwindlichen Humor zum Ausdruck kommt. Das deutsche Ausrufen der Stationen hat dafür ein unendliches Feld geboten. Ein paar Beispiele: Man übersetzt nur privat die verschiedenen Straßennamen, und das wird vom Publikum laut in der Elektrischen gerufen: z. B. nám. Petra Osvoboditele: Platz Peters des Gefreiten, Hitlerplatz: hlídej prázdne náměstí (hüt-leer-Platz), Myslíková: Spekuliergasse, Střešovice: Dachau (střecha-Dach und außerdem ist dort das Auswanderungsamt der Gestapo), Na Zbořenci: Siegfriedlinie u.v.a. Oder ein Schaffner ruft aus: Lange Gasse,

35 Diese Maßnahmen wurden lokal unterschiedlich umgesetzt, auf Protektoratsebene eingeleitet durch den Erlass des tschech. Innenministeriums vom 3.8. 1939; siehe Dok. 256 vom 3.8. 1939.

36 So im Original.

37 So im Original.

38 Am 28. 10. 1939, dem tschechoslowak. Unabhängigkeitstag, demonstrierten mit Bändchen in den Nationalfarben geschmückte Tschechen in der Prager Innenstadt. Karl Hermann Frank warf der Protektoratspolizei Untätigkeit vor, ließ deutsche SS und Polizei einschreiten und beteiligte sich offenbar auch selbst an Gewalttätigkeiten gegenüber Passanten.

39 Unmittelbar nach dem Abschluss des Münchener Abkommens stellte Polen der Tschecho-Slowakei am 30. 9. 1938 ein Ultimatum und besetzte kurze Zeit später das Teschener Gebiet; siehe Dok. 244 vom 26./27. 4. 1939, Anm. 3.

Dlouhá třída, lange Gasse aby měli radost!⁴⁰ In einer Station, wo sehr viele Leute in einen ohnehin vollen Wagen einsteigen wollen, ruft der Schaffner: Pánové, nenastupujte, vždyt vidíte, že tu nemáme žádný životní prostor. (Aber meine Herren, steigen Sie doch nicht ein, Sie sehen doch, daß wir hier keinen Lebensraum haben.) Oder die Passagiere sagen: eine Fahrkarte, jízdenku prosím⁴¹ etc. etc. Es genügt, daß der Schaffner dem Lenker statt dále: waiterr zuruft, um die ganze Straßenbahn zum Lachen zu bringen. Ein wunderbares Beispiel an Sabotage hat die tschechische Polizei selbst geliefert. Eines Tages wurde angeordnet, daß jeder Bürger eine Bürgerlegitimation bei sich tragen muß (um bei Verhaftungen schneller identifiziert werden zu können, wie man annimmt).⁴² Wenige Leute besitzen solche Legitimationen, der Andrang auf den Polizeiamtern war sehr groß, es mußten viele neue gedruckt werden. Als der erste Teil der Leute die fertigen Legitimationen abholen wollte, wurden sie auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet, da alle bereits fertigen Legitimationen eingestampft werden mußten, da sie nur tschechisch gedruckt worden waren anstatt deutsch-tschechisch. Und das in einer Zeit, wo bereits alle öffentlichen Gebäude an erster Stelle deutsche Aufschriften haben mußten! Jeder hatte sich ausrechnen können, daß auch die Ausweise zweisprachig sein würden, aber da man das der Polizei nicht ausdrücklich gesagt hatte, hat sie sich lieber die doppelte Arbeit gemacht und so dem Staat etlichen Schaden zugefügt. Ein Deutscher erkundigte sich auf der Straße nach dem Weg zur Burg: Der Tscheche: Das wissen Sie nicht? Und dabei leben Sie doch schon seit 1000 Jahren hier? Monatelang gab es in Prag kein Buchgeschäft, das nicht an deutlich sichtbarer Stelle in der Auslage ein Buch hatte mit der Aufschrift: Geschichte der Maffia.⁴³

Für unseriöse Nachrichten haben die Tschechen schon lange das Witzwort geprägt: J.P.P., d. h. jedna paní povídala (eine Frau hat mir erzählt). Jetzt heißt es aber: D.P.P.: druhá paní povídala, protože ta jedna už sedí (die andere Frau hat mir erzählt, weil die eine schon eingesperrt ist). In einer tschechischen Mittelschule fragte ein Lehrer am ersten Tag, ob nichtarische Schüler da sind. 2 Jungen standen auf. Der Lehrer erklärte daraufhin, daß es für die Tschechen keinen Unterschied in der Behandlung von Ariern oder Nichtariern geben kann und wird und forderte die Schüler auf, sich zu den beiden Jungen absolut so zu verhalten, wie es früher der Fall gewesen wäre. Dann bat er die Kinder, nicht über das Gesagte zu sprechen, nicht einmal zu den Eltern, da es in der heutigen Situation schlimme Folgen für ihn haben könnte. Vor 14jährigen Kindern ein kolossaler Mut. Im Autoteil der Národní politika erschien ein Bericht über eine Probefahrt des neuen Tatrawagens nach Italien, und nun kamen die Ansichten der Italiener über die neue Schwungachse des Wagens. Und dann heißt es: Die Italiener, die bisher unbedingte Anhänger der festen Achse waren, haben sich in der letzten Zeit doch davon überzeugen lassen, daß eine Schwungachse, die man beliebig nach allen Seiten drehen kann, doch vorzuziehen ist. Diese Notiz entging aber den Augen der Zensur nicht, und die Zeitung wurde für 2 Tage eingestellt.⁴⁴ Die neuen Protektoratsmarken sind ein ganz eigenes Kapitel. Ohne Zweifel ist das Markenbild ganz deutlich die Form des ehemaligen Landes Böhmen und die

40 Tschech.: „Lange Gasse, lange Gasse, lange Gasse, damit sie Freude haben.“

41 Tschech.: „Eine Fahrkarte, bitte.“

42 Das Jüdische Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 29 vom 19. 7. 1940, S. 1, erinnerte daran, dass jeder Jude eine „Bürgerlegitimation“ besitzen müsse.

43 Maffia: während des Ersten Weltkriegs unter der Führung von Edvard Beneš entstandene Geheimorganisation, welche die Schaffung eines souveränen tschech. Staats zum Ziel hatte.

44 Nicht aufgefunden.

Wolke rechts oben in der Ecke die Form der ehemaligen Republik (50.-H.-Marke),⁴⁵ aber die verschiedenen Köpfe von Masaryk, Beneš und anderen Führenden des tschechischen Volkes sind wohl mehr Phantasie als Tatsache. Im ganzen ist die Widerstandskraft der Tschechen ungebrochen, und die Abwehr gegen die Nazis wird täglich stärker, trotz aller Propaganda und Abspernung gegen das Ausland.

VI. Nazis.

In den ersten Kriegstagen war von Begeisterung unter den Deutschen nichts zu merken. Die jüngeren Jahrgänge des Militärs haben Prag verlassen, ältere Reservisten kamen, Menschen, die den letzten Krieg mitgemacht haben und die wußten, was sie erwartet. Der SA und SS und den verschiedenen Formationen hat man deutlich angesehen, daß sie fürchten, an die Front geschickt zu werden, kurz, die Stimmung war gedrückt, die Gesichter [waren] lang und freudlos. Nach dem Sieg in Polen (die Einnahme Warschaus wurde über eine Woche lang täglich als Tatsache berichtet) hat sich die Stimmung etwas gebessert. Über das Bündnis mit Rußland herrscht große Ratlosigkeit, es ist doch nicht so einfach, einem Volk, das man jahrelang gegen den Bolschewismus erzogen hat, plötzlich diesen Umschwung zu servieren, nur in einem Staat wie Deutschland, wo eben alles auf blindes Vertrauen in die Führung beruht, wo der Führer jedem Anhänger die Mühe des Denkens erspart, ist es möglich, daß so etwas nicht sofort zur offenen Revolte führt, aber es gärt im Inneren und wird sich eines Tages schwer rächen. Der Gegensatz zwischen Partei und Reichswehr ist kaum mehr zu verheimlichen. Die Reichswehr hat z. B. durchgesetzt, daß die Klausel des Militärgesetzes, die besagt, daß im Kriegsfall auch Juden zum aktiven Dienst einberufen werden können, so weit durchgeführt wird, daß alle reichsdeutschen, österreichischen und sudetendeutschen Juden bereits in die Stammrollen eingetragen sind.⁴⁶ Bei der Gelegenheit wurden die Juden mit Kamerad angesprochen, es gab keinen Unterschied zwischen Juden und Arieren. Als einer nach dem Namen gefragt, antwortete: Karl Israel X (alle Juden müssen in ihrem Paß als Ergänzung den Namen Israel haben, alle Jüdinnen den Namen Sara), antwortete ihm der Beamte: Sie heißen Karl X., Sie sind hier nicht bei der Gestapo. Die ganze Assentierung von Juden wird gegen den Willen der Gestapo durchgeführt. Offenbar um die Stimmung gegen SS etc. nicht zu stark werden zu lassen, trägt die gesamte SS seit Kriegsausbruch die Uniform der Verfügungstruppe, die abgesehen von den Achselklappen nicht von der Reichswehruniform zu unterscheiden ist. Über die Behandlung in den deutschen Gefängnissen kann man nicht sehr viel erfahren. Leute, die herauskommen, antworten auf Fragen nur: ich habe an einem Mal genug, ich erzähl nichts. Trotzdem erfährt man dann von einzelnen, daß sie geschlagen wurden. Bleich und haßerfüllt kommen alle heraus, Arier wie Juden. Soweit die Gefangenen unter Aufsicht der tschechischen Polizei stehen, geht es ihnen gut, Aufseher und Gefangene sind ja Leidensgefährten und stehen gegen einen gemeinsamen Gegner. Abgesehen von psychologischen Fehlern und kleinen Schikanen hat man im allgemeinen das Gefühl, daß die Nazis das Protektorat nach Möglichkeit in guter Laune erhalten wollen. Als die Nachrichten von den angeblichen Aufständen im Rundfunk gemeldet wurden, lud die Protektoratsregierung, wie bekannt, eine Gruppe ausländischer Journalisten zu einer Reise in das Protektorat ein. Diese Reise war eine Komödie ersten Ranges. Bis zu diesem Tage war überall im großdeutschen Reich Tanzverbot gewesen. An

45 H: Heller (halér), 1 Tschech. Krone = 100 Heller.

46 Stammrolle: Verzeichnis aller Einwohner einer Ortschaft im wehrpflichtigen Alter.

dem Tag eilten Beamte der Gestapo von einem Lokal zum anderen, um mitzuteilen, daß heute getanzt werden dürfe, beim Verlassen des Hotels erwartete die Journalisten auf der Straße eine Platzmusik, so „unterhielt“ man die Berichtersteller der ausländischen Presse und bewies ihnen auf diese Weise, wie ruhig und vergnügt das Protektorat ist.⁴⁷

Alle diese Tatsachen sind hauptsächlich für Prag richtig, denn ich war in einem anderen Teil des Protektorats und habe nur vereinzelt authentische Berichte gehört. Tatsache ist, daß in der Provinz alles viel schlimmer und krasser ist, z. B. sollten eine Zeitlang sämtliche Juden aus der Provinz nach Prag und Brünn übersiedelt werden und hier „auswanderungsreif“ gemacht werden. Die Zwangsübersiedlungen hatten auch tatsächlich bereits begonnen, wurden aber eines Tages ganz plötzlich gestoppt, wahrscheinlich als der Plan der Zwangsübersiedlung nach Polen auftauchte, zu der Zeit, als dies begann, war ich nicht mehr im Protektorat.⁴⁸ Wirtschaftlich dürfte der Unterschied zwischen Prag und dem übrigen Teil des Protektorats nicht sehr groß sein.

Nachtrag zu 1.

Seit Kriegsausbruch gab es selbstverständlich Bezugscheine für Benzin. Vor einigen Wochen mußten aber sämtliche Autobesitzer ansuchen, ob sie weiter fahren dürften, und nur in wenigen Fällen (Ärzte, Wagen für kriegswichtige Betriebe gebraucht) wurde es bewilligt. Die anderen Wagen mußten eingestellt werden, unbeschränkt fahren nur die Wagen der Reichswehr und Gestapo. Taxis dürfen nur jeden 2. Tag fahren, also die Taxizahl ist damit praktisch auf 50 % herabgesetzt, Autobusse sind stark eingeschränkt, Gesellschaften mit mehr als einem Taxi dürfen nur eines laufen lassen. Taxifahrten über Land sind vollkommen verboten.⁴⁹

DOK. 264

Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts diskutieren am 9. Oktober 1939 in Mährisch-Ostrau über die Deportation der jüdischen Bevölkerung¹

Vermerk (Dan/Pr.), Dannecker, Mährisch-Ostrau, vom 11.10.1939²

Betrifft: Arbeit in M.-Ostrau.

1. Vermerk:

Am 9. 10. 39 fand im Zimmer des Leiters der Stapoaußenstelle M.-Ostrau, K. K. Wagner,³ in dessen Anwesenheit eine Besprechung statt, an der SS-Hauptsturmführer Eichmann, SS-Hauptsturmführer Günther, SS-Oberscharführer Dannecker u. P. G. Brunner teilnahmen.

⁴⁷ Um Berichte im brit. Rundfunk und der brit. Presse über Demonstrationen und Straßenkämpfe zu dementieren, wurden 27 Pressevertreter der neutralen Länder im Sept. 1939 ins Protektorat eingeladen.

⁴⁸ Zu den Deportationen nach Nisko im Distrikt Lublin siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

⁴⁹ Nicht ermittelt.

¹ NAP, 101-653-1a.

² Im Original handschriftl. Korrekturen und Ergänzungen.

³ Gerhard Wagner (* 1906), 1931 NSDAP- und SA-, 1935 SS-Eintritt; seit 1936 Kriminalkommissar, von 1939 an Leiter der Stapo-Außenstelle Mährisch-Ostrau, 1941 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, da er Kraftfahrzeuge aus jüdischem Besitz unter der Hand weiterverkauft.

Dabei legte SS-Hauptsturmführer Eichmann Sinn und Zweck der Aufgabenstellung sowie Wege zur Lösung klar:⁴

Es ist gemäß einem Befehl des SS-Oberführers Müller vom Geheimen Staatspolizeiamt Berlin baldigst je ein Judentransport aus M.-Ostrau und Kattowitz zusammenzustellen, u.zw. so, daß diese Transporte gewissermaßen als Vorkommando in dem zur Aufnahme der ersten Transporte vorgesehenen Gebiete, etwa im Raume Rozwadow – Annopol – Krasinik, südwestlich Lublin, eingesetzt werden können.⁵ Dieses jüdische Vorkommando hat die Aufgabe, ein Barackendorf zu errichten, das als Durchgangslager für alle nachfolgenden Transporte gedacht ist. Der genaue Standort des Lagers wird noch an Ort und Stelle festgelegt werden, er wird sich aber wahrscheinlich in der Nähe des Eisenbahnknotenpunktes Rozwadow befinden.⁶

Im Gegensatz zu den später durchzuführenden Transporten, bei denen auf Alter oder Geschlecht der zur Umsiedlung gelangenden Juden keine Rücksicht genommen wird, werden sich die Judentransporte ausschließlich aus minderbemittelten, männlichen, voll arbeitsfähigen Juden zusammensetzen. Dabei ist ferner wichtig, daß jüdische Ingenieure, Baumeister, Handwerker aller Art sowie mindestens 10 jüdische Ärzte, die mit vollständigen Ambulatorien versehen sind, sich in dem Transport befinden.

K. K. Wagner erklärte in der Besprechung vom 9. 10. 39, daß es zweifellos möglich sei, einen Großteil des für den Barackenbau usw. notwendigen Materials über die Witkowitz Eisenwerke bzw. seinen dortigen V-Mann zu beschaffen.

Vorausmaßnahmen: a) erledigte:

Der Stapoaußenstelle M.-Ostrau liegen die Vermögenserklärungen sämtlicher in ihrem Bereich lebenden Juden vor. Den Juden ist die generelle Verfügungsberechtigung über ihre Vermögen genommen. Sie können jetzt ohne besondere Genehmigung wöchentlich RM 150,- von ihren Kt. abheben.

Die jüd. Kultusgemeinde M.-Ostrau reichte nach hiesiger Anordnung eine Liste von Juden im Alter von 17 bis 55 Jahren ein. Diese enthält nur sogenannte unbemittelte, voll arbeitsfähige Juden und vermerkt Name und Vorname, Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit sowie Angabe, ob ledig oder verheiratet. Unter den 1030 aufgeführten Juden befinden sich nur 19 slowakischer, 7 ungarischer und 1 russischer Staatsangehörigkeit. Eine Aufgliederung dieser Liste nach Berufssparten werde z. Zt. durch die jüd. Kultusgemeinde vorgenommen.

Die jüd. Kultusgemeinde M.-Ostrau reichte ferner nach hiesigem Befehl Baupläne samt Materialaufstellung für den Barackenbau ein. Es wird bemerkt, daß diese Vorschläge sehr umfangreich gehalten sind. Da jedoch von hier aus beabsichtigt ist, grundsätzlich die Juden in den Baracken zweischichtig unterzubringen, kann von den jüdischen Vorschlägen von vornherein 50 % gestrichen werden.⁷

Seitens der Juden in M.-Ostrau wurde der jüd. Kultusgemeinde in M.-Ostrau – nach vorangegangener entsprechender Anweisung der jüd. Kultusgemeinde durch P. G. Brunner – bereits der Betrag von 300 000 RM, zweckbestimmt für die Errichtung von Umschulungslagern zur Erleichterung der Auswanderung, aus den Sperrkonten geschenkt.

⁴ So im Original.

⁵ Zu Müllers Anordnung siehe Einleitung, S. 37.

⁶ Das Lager wurde in Zarzecze in der Nähe von Nisko am San errichtet; zu den Deportationen siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9, und Einleitung, S. 37.

⁷ So im Original.

Weiter liegen hier Aufstellungen des bei den hier vorhandenen 10 jüd. Baumeistern lagernden Materials, das mit als Baustoff u. Werkzeug für die Barackenerrichtung verwendet werden kann.

Die Israelitische Kultusgemeinde hat ab sofort gemäß hiesiger Weisung einen Tag und Nacht erreichbaren Dauerdienst eingerichtet. Eine Gesamterfassung aller Juden über 14 Jahre unter Verwendung der Fragebogen der Zentralstelle für jüd. Auswanderung, Prag, ist im Gange und wird bis zum 14. 10. 39 abgeschlossen sein. Die Juden haben jeweils zwei Lichtbilder einzureichen und die freiwillige Erklärung abzugeben, daß sie sich zum Zwecke ihrer Auswanderung freiwillig für die Umschulung melden.

Bezüglich der technischen Durchführung des Transportes wurde der jüd. Kultusgemeinde in M.-Ostrau die Auflage erteilt, sofort eine jüdische Transportleitung zu bestimmen, die ihrerseits für jeden Waggon einen jüdischen Ordner einsetzt. Die Aufteilung der Juden auf die Waggonen hat so zu erfolgen, daß die einzelnen Handwerkergruppen bzw. die ungelernten Arbeiter von Anfang an nach Möglichkeit geschlossen fahren. Dadurch ist es am Zielpunkt reibungslos möglich, sofort die für das Entladen benötigten Kräfte geschlossen einzusetzen und die anderen Juden sofort mit dem Aufbau beginnen zu lassen.

Vor Abfahrt der Transporte ist vor jedem Waggon eine zwei Meter lange Holzlatte aufzustellen, an der sich – mit Reißnägeln befestigt – kleine Nummerntafeln entsprechend der Zahl der zum Abtransport gelangenden Juden, durchnummeriert, von der Lokomotive nach rückwärts, befinden. Hinter den Holzlatten, an die die entsprechende Anzahl der Nummerntafeln angeheftet ist, müssen die für den Wagen bestimmten Juden in drei Gliedern antreten. Jeder Ordner hat eine Liste (ein Original, 3 Durchschläge) in einem Hefter in Händen, aus der die Namen der in seinem Wagen befindlichen Juden ersichtlich sind. Die Transportleitung hat eine Gesamtliste mit sich zu führen und außerdem Listen (gleichfalls in vierfacher Ausfertigung) über den Inhalt der einzelnen Material-Transportwagen.

Wegen der Barackenplanung und des zu beschaffenden Bau- und sonst. Materials wurde der V-Mann der Außenstelle M.-Ostrau, Ing. Mach, zugezogen. Ing. Mach verfertigte Pläne für die Baracken bzw. für das Blockhaus der Wachbesatzung. Er wird sich zusammen mit seinem Bruder auch um die Beschaffung der anderen notwendigen Gegenstände wie Werkzeuge, Öfen, Kochkessel usw. kümmern. Wegen der Holzbeschaffung hat Ing. Mach mit zwei in der Slowakei befindlichen Firmen Fühlung genommen.

Die Transportfragen sind ebenfalls geklärt: Durch die Transportkommandantur Oppeln, Transportoff. Hauptm. Wiehle, wurde bereits am 9. 10. 39 die Gestellung des nötigen Zugmaterials zugesagt. Eine telef. Rücksprache mit dem Vertreter des Hptm. Wiehle am 10. 10. 39 ergab ferner, daß die Bahnstrecken Krakau – Tarnowitz – Mielec – Rozwanow befahrbar sind.

Gemäß telef. Mitteilung von SS-Obf. Dr. Stahlecker vom 10. 10. 39 hat auch der Reichsprotektor erneut seine Zustimmung zur Umsiedlung der Protektoratsjuden gegeben. Er hat lediglich zur Bedingung gemacht, daß die in Polen arbeitende Auffang- bzw. Verteilerorganisation einwandfrei funktionieren müsse.

Wegen der Gestellung der Bewachungsmannschaften wurde SS-Ustf. Tröstel⁸ angewiesen, sofort bei den Zentralstellen für jüdische Auswanderung Prag und Wien eine Wache in

⁸ Vermutlich: Wilhelm Tröstl (1906 – 1972), Tischler; 1925 – 1931 beim österr. Bundesheer; 1932 NSDAP-,

Stärke 1:10 zusammenzustellen. Er wurde weiter angewiesen, eine Aufstellung zu fertigen, die das gesamte zu beschaffende Material bzw. Lebensmittel beinhaltet. SS-UStf. Grävenig hat bereits Wien mit der Beschaffung dieser Dinge beauftragt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, vom Grenzpolizeikommissariat M.-Ostrau auch eine Wache in Stärke 1:10 zu erhalten. Ihre Ausrüstung würde zum Großteil in M.-Ostrau besorgt werden.

b) unerledigte:

Um die termingerechte Fertigstellung dieses ersten „Mustertransportes“ zu gewährleisten, ist es notwendig, daß sofort eine größere Anzahl Güterwagen auf einem Werksgeleise der Witkowitz Eisenwerke abgestellt werden. So könnte eine Doppelarbeit, die zunächst durch das Einlagern des [...] Materials in Schuppen o. dgl. und das erst im zweiten Arbeitsgang mögliche Beladen vermieden werden.¹⁰

Wichtig ist weiter die intensive Bearbeitung der Holzbeschaffung aus der Slowakei. Die auftauchenden Schwierigkeiten devisenrechtlicher Art können zweifellos durch K. K. Wagner beseitigt werden. Hinzu kommt aber noch in diesem Falle die Gestellung von Güterwagen, die dem Transportzug angeschlossen werden können, so daß hier ein Umladen entfallen könnte.

Ein weiteres Problem ist die Beschaffung des nötigen Heizmaterials, sowohl für die Wachbaracke als auch für die Juden selbst.

Wegen der Mitnahme der hier einsitzenden 60 Juden polnischer Staatsangehörigkeit mit dem ersten Transport muß noch die Entscheidung des Befehlshabers herbeigeführt werden. Es ist zu bedenken, daß diese Juden durch die Haft geschwächt sein werden und daher tunlichst vielleicht erst mit einem der nächsten Transporte abgehen werden. Die Beschaffung eines Großteils der für die Wachmannschaften notwendigen Materialien und Lebensmittel erfolgt, in Anbetracht der hier günstiger gelagerten Verhältnisse, in M.-Ostrau selbst. SS-Stubaf. Post wird in dieser Beziehung an die Hand gehen.

Die Umwechslung des Mitnahmebetrages von pro Kopf RM 300,- muß auf alle Fälle schon spätestens am 14. 10. 39 bei der Reichsbank in Kattowitz vorgenommen werden, wo genügende Mengen Zloty vorhanden sind.

Den Juden ist gleichzeitig ein genauer Plan für den Antransport zur Einwaggonierung (zeitliche Aufteilung) und für die Einwaggonierung selbst zu übergeben. Dieser Plan dient dazu, den Antransport möglichst unauffällig zu gestalten, und soll zunächst hauptsächlich die Juden selbst für die ordnungsgemäße Durchführung verantwortlich machen. Das ist im Interesse der Wahrung eines gewissen „freiwilligen Charakters“ und auch zur Erreichung eines möglichst unauffälligen Abganges des Transportes notwendig. Die Juden sind anzuweisen, ohne jeden Anhang zur Einwaggonierung zu erscheinen.

Die jüd. Kultusgemeinde hat für jeden zum Transport kommenden Juden 50 K zu bezahlen. Wie sie die Einhebung vornimmt, ist ihre Sache.

SA- und 1933SS-Eintritt, 1938 SS-Untersturmführer; Angestellter bei der Vermögensverkehrsstelle Wien, später zur Wehrmacht, 1944 Oberleutnant; 1948 vom Volksgericht zu zweieinhalb Jahren Kerkerhaft und Vermögensverfall verurteilt.

⁹ Ein Wort unleserlich.

¹⁰ So im Original.

DOK. 265

RČS: Artikel vom 23. Oktober 1939 über die getarnte Deportation der Juden aus Mährisch-Ostrau¹*Deutsche Methoden.*

Die jüdische Kultusgemeinde in Mähr.-Ostrau veröffentlichte am 11. Oktober ds. Js. im Ceske Slovo und in der Mähr. Landeszeitung² eine Aufforderung, daß sich alle Juden-Männer vom 14. bis zum 70. Lebensjahr bei der Kultusgemeinde zu melden haben. Dort erhielten sie Auswanderungsfragebögen zum Ausfüllen, die sie den nächsten Tag ausgefüllt abzugeben hatten. Beim Abgeben dieser Fragebögen mußten sie eine Erklärung unterschreiben, in der sie um Zulassung zur freiwilligen Umschulung in einem Lager ansuchen. Gleichzeitig wurden alle jüdischen Ärzte und jüdischen Gewerbetreibenden aufgefordert, sofort am 11. Oktober ds. Js. eine Aufstellung ihres Inventars abzugeben. Die Ärzte mußten dann ihr gesamtes Ärzteinventar abgeben, das über den allernotwendigsten Bedarf hinausging. Hierauf wurde eine Kundmachung erlassen, daß sich alle Männer am Dienstag, den 18. 10. 1939, in der Reitschule zu melden und die Sachen mitzubringen haben, die in einem gleichzeitig veröffentlichtem Verzeichnis enthalten waren.³ Hierbei fiel jegliche Altersgrenze weg. Es wurde nur bestimmt, daß sich die Jahrgänge von 17 bis 70 Jahren in der Reitschule und die Jahrgänge unter 17 und über 70 direkt in der Kultusgemeinde zu melden haben. Außer diesen Daten enthielt die Verlautbarung eine Reihe von Richtlinien, wie sich die Juden beim Antreten an den bezeichneten Plätzen zu verhalten haben.

Gleichzeitig mit dieser Verlautbarung kam es zur Beschlagnahme aller Vorräte in jüdischen Lebensmittelgeschäften und auch in einem Teil der übrigen Geschäfte mit der Begründung, daß diese nicht mehr notwendig sein werden, da die Juden abreisen.

Den so betroffenen Juden wird außer den in dem Verzeichnis angeführten Fährnissen, wie dies von der Gestapo festgesetzt ist, 300 RM oder 3000 Kronen gelassen, das übrige Vermögen wird konfisziert. Diese Aktion wurde dann auf – Frydek Mistek – ausgedehnt, wo die Kultusgemeinde am Montag, dem 16. 10. 1939, um 12 Uhr mittags den Befehl erhielt, daß sich alle Männer vom 14. Jahre aufwärts schon am Dienstag, dem 17. Oktober, 8 Uhr morgens, in der Reitschule in Mähr.-Ostrau zum Zwecke der Einreihung in das Umschulungslager einzufinden haben.

Nach außen hin wird diese Aktion so durchgeführt, daß sie den Eindruck erweckt, als ob sie nur von der Kultusgemeinde allein organisiert würde und daß die Gestapo hierzu nur ihre freundliche Einwilligung gebe. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um von der Gestapo selbst durchgeführte Aktionen, und die Kultusgemeinden sind nur die Vollzugs-

1 RČS, Nr. 3: Německé metody, BArch, R 55/20966, Bl. 48–50. Die Übersetzung wurde im RMfVuP angefertigt. Sie wurde anhand des tschech. Originals überprüft, das in der Akte liegt. RČS war eine der zahlreichen tschech. Untergrundzeitungen, allein in Prag gab es 47 konspirative Zeitungen und Zeitschriften.

2 Die 1939 gegründete Mährisch-Schlesische Landeszeitung erschien als Nachfolgerin der Tageszeitungen Ostrauer Zeitung und Morgenzeitung. Hauptschriftleiter war Robert Keßler. Die Auflage betrug 1944 rund 23000 Exemplare.

3 Mährisch-Schlesische Landeszeitung vom 16. 10. 1939, Folge 108, S. 4; České Slovo (Ostrauer Ausg.), Nr. 283 vom 16. 10. 1939, S. 1.

organe, die unter dem Druck der Drohung arbeiten, daß, falls sie den Anordnungen nicht nachkommen, diese Fragen von der Gestapo selbst gelöst werden und daß die Funktionäre selbst verhaftet und hingerichtet werden.

All diese gegen Juden gerichteten Aktionen verfolgen nur das eine Ziel, und zwar sich ihres Vermögens zu bemächtigen, soweit ihnen noch irgendein Vermögen verblieb, und an die Stelle der zwangsweise ausgesiedelten Juden Deutsche aus dem Reich zu setzen. So dringt das deutsche Element auch in rein tschechische Gebiete. Die Juden sind den deutschen Behörden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, denn ihre Vorgesetzten erhielten den strengen Befehl, sich nicht an tschechische oder andere Ämter zu wenden, ausgenommen an die Zentralstelle für die jüdische Auswanderung. Nach den aus Kreisen der Prager Gestapo gewonnenen Informationen wird die oben geschilderte Aktion allmählich auf das Gebiet des gesamten Protektorats ausgedehnt und mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden.

DOK. 266

Heimann Stapler berichtet nach seiner Emigration im Oktober 1939, wie sich die Lage der Juden im Protektorat seit Kriegsbeginn verschärft hat¹

Bericht Heimann Stapplers² vom Oktober 1939³

Situationsbericht aus Prag.

Einleitend soll bemerkt werden, daß gerade im Zeitpunkte unserer Abreise, d. i. vom 13. – 15. 10. 1939, sich die Lage der Juden im Protektorat ganz wesentlich verschärft hat und die bereits vorher schwere Situation sich zu einer wahren Katastrophe auszuweiten droht. Über die Verhältnisse vor dem Kriegsausbruche wurden die maßgebenden Faktoren durch unsere Vertreter beim Kongreß⁴ sicherlich informiert, weshalb nur über die Maßnahmen nach dem ersten September die Rede sein soll.

Die eingetretenen Kriegsereignisse haben sich für die Juden im Protektorat katastrophal ausgewirkt, und es besteht die Gefahr der völligen Vernichtung und Versklavung dieses sicherlich wertvollen Teiles des Judentums. Es handelt sich da um etwa 82 000 Menschen, die bei der Registrierung der Nichtarier als Volljuden erfaßt worden sind, davon etwa 16 000 im Alter [von] 6 – 24 Jahren, neben 15 000 bis 20 000 Nichtariern nach den Nürnberger Gesetzen, deren Betreuung gleichfalls der Kultusgemeinde anbefohlen wurde.

Das Charakteristische bei den gegen die Juden angeordneten Beschränkungen liegt darin, daß sie weder durch Verordnungen der Deutschen noch der tschechischen Behörden eingeführt wurden, sondern über mündlichen Auftrag der *Gestapo* an die Kultusgemeinde in

¹ YVA, 07/CZ/367.

² Richtig: Heimann Stapler (1880–1956), Ingenieur; war nach seinem Studium für die Staatsbahnen der k.u.k.-Monarchie als Baukommissar, von 1918 an für die Direktion der Tschechoslowak. Staatsbahn als technischer Rat tätig; 1925 Repräsentant der Tschechoslowakei beim Zionistischen Weltkongress in Wien; emigrierte im März 1939 auf der „Galiläa“ zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Palästina; arbeitete dort als Buchhalter.

³ Im Original handschriftl. Korrekturen.

⁴ Gemeint ist der Jüdische Weltkongress.

Prag, die ihrerseits alle anderen Kultusgemeinden zur Durchführung der Beschränkungen auffordern mußte.

Seit dem 1. September 1939 sind den Kultusgemeinden nachstehende Maßnahmen zur Durchführung angeordnet worden:

1. Registrierung aller polnischen bez. in Polen geborenen Juden innerhalb von 24 Stunden.⁵
2. Ausgehverbot für Juden nach 8 Uhr abends. Angeordnete Zeitdauer für die Durchführung dieses Verbotes 4 Stunden.⁶

3. Abgabe der Radioapparate, angeordnet am 22. 9., d. i. Erev Jom Kippur, 4 Uhr Nachmittag mit der Weisung, am Jom Kippur selbst die Radioapparate an die Kultusgemeinden abzuführen. Ausnahmen, die Radioapparate auch noch am Tage nach Jom Kippur bis 10 Uhr Vorm. abzuführen, waren nur in besonders zu begründenden Fällen zugelassen. In Prag, wo etwa 7000 Radioapparate abgeführt wurden, dauerte die Abgabe bei den Kultusgemeinden von 8 Uhr früh am Jom Kippur bis ununterbrochen 10 Uhr früh des nächsten Tages. Die ganze Nacht hindurch standen viele Hunderte von Menschen vor der Kultusgemeinde mit ihren Radioapparaten Schlange. Bestätigungen über die abgeführten Apparate durften den Besitzern nicht ausgefolgt werden, sondern sie wurden bei der Übernahme numeriert, registriert und hierauf mit Möbelwagen in den von der Gestapo bezeichneten Lagern deponiert.⁷ In einer ganzen Reihe von Städten wurden auch gleichzeitig den Juden die Schreibmaschinen abgenommen.

4. In der gleichen Zeit wurde auch die Vermögensregistrierung sämtlicher Juden und Nichtarier nach den Nürnberger Gesetzen angeordnet.⁸ Die bezüglichlichen von der Kultusgemeinde Prag herausgegebenen Informationsblätter mußten am Jom Kippur sämtlichen Juden zugestellt und am nächsten Tag wieder abgeholt werden. Den Kultusgemeinden in der Provinz wurde der Termin so gestellt, daß sie die ausgefüllten Drucksorten spätestens am zweitnächsten Tage nach Prag durch einen Boten senden mußten, woselbst die Gesamtregistrierung vorgenommen werden mußte, für die der Termin bis zum 25. 9., 12 Uhr nachts, d. i. 2 Tage nach Jom Kippur, gestellt war.

Für die Durchführung all dieser mündlich durch die Gestapo angeordneten Beschränkungen mußte in Prag jedesmal ein Stab von etwa 1000 Menschen zur Verfügung gestellt werden, denn für den Fall der nicht rechtzeitigen Durchführung wurde mit den schärfsten Repressalien gegen die Juden und mit Massenverhaftungen gedroht. Das Oberrabbinat hat daher mit Rücksicht auf diese Umstände die Verletzung der Heiligkeit des Jom Kippur gestattet.

Am ersten Tage Rosch Haschanah⁹ erschien die Polizei vor den Tempeln, wo alle, die sich nicht legitimieren konnten, daß sie nicht nach Polen zuständig sind, verhaftet wurden. Alle nach Polen Zuständigen befinden sich noch heute in Haft. Besonders tragisch gestaltete sich das Schicksal der Juden in den Städten mit einer großen Anzahl deutscher Bewohner, wie Mähr. Ostrau, Brünn, Olmütz, Iglau, Pilsen. Abgesehen davon, daß in diesen Städten sämtliche Tempel niedergebrannt wurden, gab es dort Massenverhaftungen von

5 Mitte Sept. 1939 mussten die Mitarbeiter der JKG Prag sämtliche Häuser und Wohnungen aufsuchen, um Juden poln. Staatsangehörigkeit zu erfassen; Jüdische Kultusgemeinde Prag, Sonderaktionen, in: *Židé v Protektorátu* (wie Dok. 241, Anm. 12) S. 226 – 229, hier S. 226.

6 Siehe Dok. 263 bis Anfang Okt. 1939, Anm. 33.

7 Siehe ebd., Anm. 14.

8 Siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

9 Das jüdische Neujahr Rosch Haschana fiel 1939 auf den 14. Sept.

Juden. Ein Großteil wurde zwar nach einiger Zeit wieder freigelassen, doch nach Kriegsausbruch wieder verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald verschickt. Darunter eine ganze Reihe von Menschen, denen Zertifikate zugeteilt wurden, und auch 2 Kinder, die für die Jugendalijah bestimmt waren. In einer ganzen Reihe von Städten, wie z. B. Mähr. Ostrau und Friedek, wurde von der Gestapo den Juden das Bargeld beschlagnahmt und in vielen Fällen ganz einfach ohne Bestätigung weggenommen, ebenso der Schmuck. In Friedek wurden sämtliche Juden zur Gestapo vorgeladen, woselbst sie das Bargeld und den Schmuck ohne Bestätigung abliefern und eine Deklaration unterfertigen mußten, daß sie ihre Häuser in Treuhandverwaltung eines Ariers übergeben. Gleichzeitig wurde ihnen die Übersiedlung nach Prag angeordnet. Der schwerste Schlag erfolgte jedoch im Zeitpunkte unserer Abreise. Es wurde nämlich von der Gestapo bekanntgegeben, daß die Juden aus dem *Protektorat* nach Polen übersiedelt werden sollen, wo Reservationen errichtet werden sollen. Diese Maßnahme wurde in Mähr. Ostrau bereits durchgeführt, welche Stadt 1000 Männer im Alter von 17–55 Jahren zur Verfügung stellen mußte, die schon am 18. Oktober verschickt worden sind.¹⁰ Zur Durchführung des ganzen Planes der Übersiedlung der Juden wurde Edelstein¹¹ von der Gestapo nach M. Ostrau abdirigiert mit dem Auftrage, sich für 3–4 Wochen Wäsche mitzunehmen. Gleichzeitig mit ihm wurde auch Friedmann¹² aus Wien nach Ostrau dirigiert und dabei angedeutet, daß eventuell auch noch weitere Vertreter des Palästinaamtes nach Ostrau versetzt werden sollen. Die nach Polen verschickten Juden werden zum Bau von Baracken verwendet werden, nach deren Vollendung mit der Verschickung der Familienmitglieder begonnen werden soll.

Zentralstelle der Gestapo f. d. Auswanderung der Juden.

Die Zentralstelle wurde Ende Juli mit der Absicht errichtet, die zur Auswanderung erforderlichen Formalitäten zu erleichtern.¹³ In Wahrheit ist dieses Amt zu einer wahren Hölle für diejenigen geworden, die mit ihren sogenannten Mappen dortselbst persönlich erscheinen müssen. Diese Mappen enthalten 17 Fragebogen mit etwa 600 Fragen, die zu beantworten sind. Zweigstellen dieser Auswanderungsstelle sind das Palästinaamt für die Auswanderung nach Erez und die Kultusgemeinde Prag für die Auswanderung nach der übrigen Welt. Sämtliche Menschen, die für die Auswanderung in Frage kommen, müssen vor Überreichen der Mappen nach Prag übersiedeln.¹⁴ Die vorhergenannten Zweigstellen für die Auswanderung sind heute die wichtigsten Apparate der Gesamtorganisation und beschäftigen einen ganzen Stab von Menschen, die dazu bestimmt sind, teils Informationen für die Ausfüllung der Fragebogen zu erteilen, teils zur Ausfertigung der Fragebogen selbst, denn sie müssen in duplo mit Maschine geschrieben sein und dürfen weder gefaltet noch sonst irgendwie zerdrückt sein, weil ansonsten für die Überreicher die Gefahr besteht, bei der Zentralstelle geohrfeigt zu werden. Doch sind diese technischen

¹⁰ Im Okt. 1939 wurden etwa 1300 Juden aus Mährisch-Ostrau nach Nisko im Distrikt Lublin deportiert, von denen ca. 190 den Krieg überlebten. Zu den Deportationen von Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz siehe Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9, zu den Plänen eines „Judenreservats“ siehe Dok. 39 vom 19. 12. 1939.

¹¹ Gemeint ist der Leiter des Palästina-Amtes in Prag Jakob Edelstein.

¹² Richard Friedmann (1906–1944), Verbandsfunktionär; von 1929 an als Beamter in der IKG Wien tätig, 1939 zur Jüdischen Kultusgemeinde in Prag versetzt; 1943 nach Theresienstadt, 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort erschossen.

¹³ Siehe Dok. 252 vom 15. 7. 1939.

¹⁴ Diese Vorschrift wurde, da sie praktisch undurchführbar war, nach kurzer Zeit wieder aufgehoben.

Schwierigkeiten eine Kleinigkeit gegenüber den sachlichen Schwierigkeiten, die sich bei der Beantwortung der in den Fragebogen enthaltenen Fragen ergeben.

Diese Fragebogen sind in erster Reihe dazu bestimmt, das Gesamtvermögen des Auswanderers zu erfassen, wobei das Steuerbekenntnis der letzten drei Jahre zur Grundlage genommen wird. Als Gesamtvermögen wird nicht nur das wirkliche steuermäßig erfaßte Vermögen angesehen, sondern dazu gehören auch Lebensversicherungen, Einrichtungsgegenstände, zurückzulassendes und mitzunehmendes Umzugsgut, Schmuck, Forderungen im Auslande, auch wenn sie nachweisbar uneinbringlich sind, vor allem auch Vermögenswerte im heutigen deutschen Gebiet, über das der Auswanderer gar nicht mehr Verfügungsberechtigt ist, weil es sich ja ohnedies in Treuhandverwaltung befindet. All diese auch fiktiven Werte werden für die Bemessung der Abgaben als Vermögensstand zugrunde gelegt. Wer Immobilien, Unternehmungen oder ein Geschäft besitzt, kann schon durch die Zweigstellen, d.i. durch das Palästinaamt und durch die Kultusgemeinde, zur Ausfüllung der Mappen nicht zugelassen werden, auch wenn er ein Zertifikat zugesichert hat, bevor er nicht sein Unternehmen liquidiert oder in Treuhandverwaltung übergeben hat. Daraus allein kann schon entnommen werden, welch ungewöhnlich große Opfer von den Auszuwandernden verlangt werden, die angesichts der Schwierigkeiten, jetzt das palästinensische Visum zu erhalten,¹⁵ gar nicht davon überzeugt sind, daß sie auch wirklich herauskommen werden, wobei bemerkt werden muß, daß diejenigen, welche die Mappe überreicht haben und den sogenannten Durchlaßschein erhalten, innerhalb der Gültigkeit dieser Scheine auswandern müssen, weil sie ansonsten Gefahr laufen, in Konzentrationslager verschickt zu werden. Aber nicht nur das allein ist die Schwierigkeit, sondern auch das finanzielle Risiko (oftmals handelt es sich um die letzte Reserve der Auszuwandernden) ist sehr groß, denn die Petenten für die Zertifikate müssen vor Erhalt des Durchlaßscheines alle Abgaben geleistet haben, die, falls sie das Visum nicht erhalten, 100%ig verloren sind. Diese Abgaben sind bei einem Vermögensstand, zu dem alles, wie schon vorerwähnt, gezählt wird, sogar das Taschentuch, das der Emigrant mitnimmt, und die Schuhe, die er an seinen Füßen anhat,

bis K	10000	½ %	Judensteuer
	50 000	2 %	
	200 000	4 %	
	500 000	5 %	
	1000 000	10 %	und über
	1000 000	20 %	

Diese Judensteuer wird von der Kultusgemeinde Prag vorgeschrieben und von der Gestapo beim Ausfolgen des Durchlaßscheines und des Passes (die Auswanderer erhalten jetzt deutsche Pässe, da die alten tschechischen Pässe [für] ungültig erklärt worden sind) einkassiert wird. Neben dieser Steuer wird vom tschechischen Finanzministerium eine Abgabe für das Umzugsamt eingehoben, und zwar 20 % für Gegenstände, die vor dem 1. 9. 1938 angeschafft worden sind und 100 % für alle nach dem 1. 9. 1938 angeschafften Gegenstände, laut Einkaufspreis. Dazu gehören auch alle Gegenstände, die zur Auswanderung selbst angeschafft worden sind, wie Werkzeuge, Koffer, Kisten usw., für die also 100% des Einkaufspreises eingehoben werden. Der gleiche Satz gilt auch für Bilder, Teppiche, Pelze und Silber, das jedoch nur in beschränktem Ausmaße mitgenommen werden

¹⁵ Im Mai 1939 hatte die brit. Mandatsregierung die Einwanderung nach Palästina strikt begrenzt.

darf (2 Paar Bestecke und 200 g anderer silberner Gegenstände per Person, Eheringe in Gold und eine silberne Uhr). Der ganze übrige Schmuck als auch Effekten und Wertpapiere müssen in Safes oder Depots von Banken übergeben werden, und zwar noch vor Überreichung der Mappen. Dabei sind die Auszuwandernden gezwungen, die Depot- und Safegebühren im voraus für 2 Jahre zu bezahlen.

Besonders große Schwierigkeiten ergeben sich für die aus dem Sudetenland stammenden Flüchtlinge, die dortselbst ein größeres Vermögen zurückgelassen haben. Selbst wenn sie über die zur Erlangung eines A/1/Zertifikates¹⁶ erforderlichen Mittel in Prag verfügen, können sie infolge der hohen Abgaben für die im Sudetenland zurückgebliebenen Werte nicht zur Auswanderung kommen, weil diese Abgaben oftmals ihren Vermögensstand in Prag, der allein zur Zahlung der Abgaben verwendet werden darf, überschreiten und keine Mittel für den Transfer übrigbleiben. Es ist daher eine ganz wesentliche Anzahl von Leuten entfallen, denen bereits Zertifikate zugesichert waren, die aber infolge der oben erwähnten Umstände nicht mehr zur Alijah gelangen können. Man war daher gezwungen, auf andere, für eine spätere Zeit vorhergesehene Petenten um A/1/Zertifikate [zurück]zugreifen, wobei Menschen bevorzugt werden, die bereits liquidiert haben und daher für die Überreichung der Mappen „reif“ sind. Bei der Beurteilung für die Zuweisung wird nicht nur auf die zionistische Vergangenheit Rücksicht genommen, sondern auch auf die Einordnungsfähigkeit der betreffenden Personen, wobei Menschen, die für Spezialindustrie in Frage kommen oder für die Ansiedlung im Lande, durch Abschluß von Verträgen mit Jachin oder RASSCO¹⁷ unter sonst gleichen Umständen bevorzugt werden.

Nun noch einiges über die Praxis bei Überreichung der Mappen. Das Pal[ästina]-Amt und die Kultusgemeinde sind gezwungen, eine bestimmte Anzahl von Auswandernden der Zentralstelle täglich zu „liefern“. In der ersten Zeit waren es 200, dann 100, später 80 und jetzt 40 täglich. Wenn diese Zahlen nicht eingehalten wurden, gab es für Edelstein und den Vertreter der Kultusgemeinde den größten Krach. Die zu wenig abgelieferte Anzahl von Auswandernden mußte am nächsten Tage „nachgetragen“ werden, weil die Gestapo ansonsten mit der Sperrung der Zentralstelle für die Auswanderung und mit schweren Repressalien für die maßgebenden Personen drohte. Übrigens wurde gerade zum Zeitpunkt unserer Abreise Edelstein von der Gestapo mitgeteilt, daß die neueste Bestimmung, die die Gestapo von ihrer vorgesetzten Behörde erhielt, dahin lautet, die Auswanderung der Juden nicht zu stören, aber auch nicht zu fördern. Was darunter in der Praxis zu verstehen sein wird, kann heute nicht gesagt werden.

Zur Frage der Alijah aus der letzten Schedule.

Aus der letzten Schedule kommen bei uns etwa 1200 Menschen zur Alijah, von denen bis nun etwa 212 bereits ausgewandert sind, so daß noch ca. 1000 Auswanderer abgefertigt werden müssen. Die A/1/Zertifikate besitzt das Pal[ästina]amt vollständig, bis auf die 5 Zertifikate, die von der Sochnuth¹⁸ direkt zugeteilt werden sollten. Von den B III Zerti-

¹⁶ Voraussetzung für ein solches Zertifikat war ein Eigenkapital von mindestens 1000 brit. Pfund, weswegen die A1-Zertifikate auch Kapitalistenzertifikate genannt wurden.

¹⁷ Die Siedlungsgesellschaft Jachin kaufte landwirtschaftliche Nutzflächen auf und verteilte sie an Siedler, die 1934 gegründete Baugesellschaft RASSCO (Rural and Suburban Settlement Company) baute insbesondere Häuser für deutsche Immigranten in Palästina und war später allgemein in der Baubranche tätig.

¹⁸ Ha-Sochnut ha-jehudit, hebr. für „Jewish Agency“. Gemeint ist die Jewish Agency for Palestine, die die jüdische Bevölkerung gegenüber der brit. Mandatsregierung in Palästina vertrat.

fikaten fehlen 50 und 18, welch letztere beim Englischen Konsulat in Berlin versperrt sind. Weiter fehlen 60 D-Zertifikate und 20 Studentenzertifikate.¹⁹

Zur raschen Abwicklung der Alijah ist es unerlässlich, daß die Schwierigkeiten bei der Erteilung des palästinensischen Visums in Triest so rasch als möglich beseitigt werden, damit die Auswanderer nicht in Gefahr kommen, in Triest durch den englischen Konsul nicht bestätigt zu werden, wie es diesmal bei einem A/1/Zertifikat der Fall war und bei 3 D-Zertifikaten, die deshalb abgewiesen wurden, weil ihr palästinensisches Visum bereits abgelaufen war. Es wäre die Frage zu ventilieren, ob es nicht möglich ist, einen Beamten der Schiffahrtsgesellschaft in Prag mit den Pässen nach Triest zu senden, um sie dort selbst zur Vidierung vorzulegen und sie wieder nach Prag zurückzubringen, oder [ob] es nicht möglich wäre, Sammelfisa zu erhalten, mit Ausnahme von Visa für A/1/Zertifikatisten. Auch wäre das Pal[ästina]amt in Triest anzuweisen, für eine präzisere Festlegung der Termine für die Abfahrt der Schiffe zu sorgen, damit die zur Abreise bestimmten Auswanderer rechtzeitig ohne Vorkehrungen eintreffen können.²⁰

DOK. 267

Der Generaldirektor von Villeroy & Boch bekundet am 26. Januar 1940 sein Interesse an zwei jüdischen Malzfabriken in Olmütz¹

Schreiben von v. Boch-Galhau,² Generaldirektor der Firma Villeroy & Boch (B/R 1/152), Dresden N 6, Leipziger Straße 6, an den Oberlandrat zu Olmütz,³ Protektorat Böhmen und Mähren (Eing. 28. I. 1940), vom 26. I. 1940⁴

Betr.: Arisierung von Malzfabriken

Wieder nach Dresden zurückgekehrt, erlaube ich mir, meinen verbindlichsten Dank abzustatten für die ausführliche Unterredung, welche zu führen Sie mir und Herrn Roscher⁵ Gelegenheit gegeben haben.

19 B-III-Zertifikate wurden an Schüler vergeben, deren Lebensunterhalt bis zur Berufsausübung gesichert war. D-Zertifikate erhielten in der Regel Ehefrauen, Eltern oder Kinder, die ein in Palästina lebender Angehöriger „angefordert“ hatte, der auch ihren Unterhalt garantieren musste. Ein Studentenzertifikat bekam, wer nachweisen konnte, dass die Aufnahme an einer von der palästinensischen Regierung anerkannten Hochschule (z. B. der Universität Jerusalem) sowie die Lebenshaltungs- und Studienkosten für mindestens zwei Jahre gewährleistet waren.

20 Am Ende folgende Ergänzung: „Zur sofortigen Intervention bei der Machleket [hebr.: Abteilung] Alijah in Jerusalem. Die D-Zertifikatsinhaber Pohl/2 Köpfe/, Löwit/1 Kopf/ haben Visa, die am 16. September 1939 abgelaufen sind!“

1 NAP, NSMPO, Karton 286.

2 Dr. Luitwin v. Boch-Galhau (1906 – 1988), Ingenieur; von 1932 an Generaldirektor und Hauptgesellschafter der Firma Villeroy & Boch, Ehrenbürger von Mettlach a.d. Saar.

3 Marius Molsen (1899 – 1971), Jurist; von 1923 an Regierungsreferendar in Schleswig, seit 1926 im Landratsamt Wetzlar; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1933 an Reg. Rat im Polizeipräsidium Stettin, 1933 bis 1935 OB von Stettin, von 1939 an Oberlandrat in Olmütz, 1943 MinR. im RMdI; lebte nach 1945 in Flensburg.

4 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

5 Michael Roscher, 1932 Vorstand der Villeroy & Boch AG in Dresden, nach Auflösung der AG in Dresden 1935 Direktor der Generaldirektion in Mettlach; trat 1954 in den Ruhestand. Die Ge-

Ich erkläre hierdurch auch schriftlich, daß ich mich als alleiniger persönlich haftender Gesellschafter der Familiengesellschaft Villeroy & Boch⁶ für den Erwerb der in der Arierisierung begriffenen

Malzfabrik Hermann Brach in Olmütz

und Malzfabrik Ed. Hamburger & Sohn in Olmütz

interessiere.⁷

Da für die beiden Unternehmungen die Buchführungsberichte noch nicht vorliegen, haben wir vorgeschlagen, die Erstattung dieser Buchprüfungsberichte abzuwarten, sie dann den ernstlichen Interessenten für den Erwerb dieser beiden Fabriken zu übermitteln und die Interessenten zu einer Angebotsabgabe aufzufordern. Ich danke Ihnen verbindlichst, daß Sie diesen Vorschlag angenommen haben, weil wir auf diese Weise Gelegenheit haben, alle Einzelheiten in den zum Teil sehr schwierigen Fragen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit dem Erwerb solch bedeutender Unternehmungen zusammenhängen, eingehend zu prüfen. Ich sehe den Buchprüfungsberichten nach deren Vorliegen bei Ihnen gern entgegen.

Wie ich bereits persönlich darlegte, interessiere ich mich in erster Linie für die *Malzfabrik Hermann Brach*. In dieser Fabrik sind zwar die Baulichkeiten nicht besonders gut, und auch die Anordnung der Bauten läßt zu wünschen übrig, weil ersichtlich ist, daß die Bauten nach und nach durch Vergrößerung des Betriebes entstanden, wodurch die Einhaltung einer Zielklarheit, wie man sie bei der Neuerrichtung von Fabriken ins Auge fassen würde, unmöglich gemacht wurde. Die Fabrik Brach verfügt aber über neuzeitliche Verarbeitungsmaschinen und über gute Transportmittel in Form von Becherwerken, Elevatoren und Schnecken, so daß nach meiner Ansicht im Betriebe Brach ein rationelleres Arbeiten möglich sein wird.

In der *Malzfabrik Hamburger & Sohn* ist nach meinen Eindrücken der bauliche Zustand ein besserer und das Organische in der Anlage besser gewahrt, aber dafür sind die Maschinen weniger neuzeitlich und leistungsfähig und die Transporteinrichtungen bei weitem nicht so vollkommen wie in der Fabrik Brach.

Ich habe Ihnen eingehend die Gründe geschildert, die das auf den ersten Blick gewiß befremdlich erscheinende Interesse meiner Firma für den Erwerb einer Malzfabrik verständlich machen. Ein Gesellschafter unserer Firma (Familienmitglied), Freiherr Georg von Zedlitz und Leipe⁸ in Prinsnig Post, Groß Tinz bei Liegnitz, hat außerdem maßgebliche Brauerei-Interessen und verfügt sowohl über eine entsprechende Ausbildung wie auch über entsprechende Kenntnisse im Brau- und Malzfach, und da Baron Zedlitz die

neraldirektion wurde 1939 erneut nach Dresden und im Juli 1940 wieder nach Mettlach zurückverlegt.

⁶ 1748 von François Boch als Porzellanmanufaktur in Lothringen gegründet, 1836 mit der Firma Nicolas Villeroy zu Villeroy & Boch Keramische Werke zusammengelegt; nach 1945 wurden die Produktionsstätten in Breslau, Dresden und Torgau enteignet, und die Firma übernahm mehrere Betriebe in Westdeutschland, Kanada, Argentinien, Frankreich, Portugal, Italien und der Schweiz; 1987 Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

⁷ Die Malzfabrik Hermann Brach in Olmütz wurde 1872 gegründet, die Firma Eduard Hamburger & Sohn 1884. Sie gehörte dem nach Belgien geflüchteten Otto Erich Heynau. Das Vermögen der Firma verwaltete Hans Swrschek. Neben Villeroy & Boch bekundeten auch die Malzfabriken Langensalza und Wolff Söhne, Erfurt, Interesse an der Firma Eduard Hamburger & Sohn.

⁸ Georg Freiherr von Zedlitz und Leipe (1891–1966), Gutsbesitzer in Schlesien; lebte nach dem Krieg in Wiesbaden.

Aufsicht über eine von uns erworbene Olmützer Malzfabrik übertragen würde, wären somit auch die Voraussetzungen für eine nicht nur unternehmerisch richtige, sondern auch fachlich einwandfreie Führung dieser Fabrik gegeben.

Bei unserer Erwerbsabsicht verfolgen wir eine Daueranlage und nicht nur eine vorübergehende Kapitalanlage, keineswegs aber eine Spekulation. Ausreichende Eigenmittel sowohl für den Erwerb einer solchen Fabrik als auch für allfällig erforderlich werdende Investitionen sowie ferner für die Finanzierung des Gersteneinkaufes, der Malzlagerung und des Verkaufsgeschäftes sind vorhanden. Daß eine Fabrik im Protektorat von unserer Firma sowohl unter nationalen als auch volkspolitischen Gesichtspunkten des Reiches geführt würde, halten wir für eine selbstverständliche nationale Pflicht.

Ich erwarte gern weitere Nachrichten.⁹

Heil Hitler!

DOK. 268

Der Oberlandrat in Iglau informiert am 1. Februar 1940 über ausbleibende Erfolge bei der „Arisierung“¹

Bericht des Oberlandrats in Iglau² (geheim, Akt. Z.: R V 41/40 g.), ungez., an den Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag durch die Dienststelle für das Land Mähren in Brünn vom 1. 2. 1940 (Auszug)³

Betrifft: Verwaltungsbericht über den Monat Januar 1940.

Beilagen: 3 Mehrfertigungen

[...] ⁴

c) *Arisierung.*

Die Arisierung stockt zur Zeit fast vollkommen. Dieser Zustand ist jedoch nicht mehr nur allein auf den Mangel an Kaufinteressenten zurückzuführen, sondern auf eine nicht zu verkennende Zurückhaltung der jüdischen Inhaber. Ein großer Teil der jüdischen Besitzer von gewerblichen Betrieben ist in dem Glauben befangen, daß sich das Blatt nochmals wenden könnte. Sie versuchen deshalb, nach Möglichkeit ihren Besitz noch festzuhalten.

⁹ Anfang April 1940 teilte der zuständige Beamte Dr. Diehler der Direktion von Villeroy & Boch mit, dass gegen die Aufnahme von Verkaufsverhandlungen keine Bedenken bestünden; allerdings liege der gebotene Preis erheblich unter dem geschätzten Wert. Den Zuschlag für die Firma Ed. Hamburger & Sohn erhielten die Unternehmer Göhler und Weiß, nachdem die Firma Villeroy & Boch ihr Angebot zurückgezogen hatte. Die Firma Brach wurde an die Hamburger Reederei Horn & Stinnes verkauft; wie Anm. 1.

¹ NAP, ÚŘP, I-1a 1803, Karton 280, Bl. 1 f.

² Eugen Fiechtner (1908 – 1988), Jurist; 1930 NSDAP-Eintritt, 1932 Referendar am Amtsgericht Waiblingen, von 1937 an im Dienst der württemberg. inneren Verwaltung, seit 1939 Oberlandrat in Iglau, 1942 wegen Amtsmissbrauchs versetzt, 1944 Fronteinsatz; kehrte 1946 aus sowjet. Kriegsgefangenschaft nach Stuttgart zurück.

³ Im Original handschriftl. hinzugefügt: „Tgb. – B 152/40 g“.

⁴ Im ersten Teil des Berichts geht es um die allgemeine politische Lage im Jan. 1940 im Bezirk Iglau.

Trotz dieser Zurückhaltung der Juden halte ich eine terminmäßige festgelegte allgemeine Zwangsarisierung nicht für angebracht. Bei der nach wie vor anhaltenden Schwierigkeit, geeignete Interessenten zu finden, würde durch die allgemeine Zwangsarisierung die Wirtschaft erheblich gestört.

Eine *allgemeine* Einsetzung von Treuhändern scheitert an geeignetem Personal. Wirtschaftlich gesehen ist diese Einsetzung auch nur dann vertretbar, wenn tüchtige selbstverantwortliche Treuhänder für jeden einzelnen Betrieb zur Verfügung stehen.

Dagegen sollte unbedingt die Möglichkeit gegeben sein, in arisierungsreifen Betrieben von Fall zu Fall Treuhänder mit Verkaufsbefugnis einzusetzen, wobei ich unter arisierungsreifen Betrieben in diesem Zusammenhang einen Betrieb verstehe, für den sich bereits ein geeigneter Bewerber gefunden hat. Dabei ist die Gewähr gegeben, Schritt für Schritt, den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragend, ohne Schädigung der allgemeinen Wirtschaft die Arisierung durchzuführen. Die Betriebe, die heute in einem Bezirk noch nicht arisiert sind und nicht von Treuhändern geleitet werden, werden von Vertrauensleuten, die meist Angestellte dieser Firmen sind, überwacht. Der Jude kann hier kaum noch schädigend wirken.

Das grundsätzliche Verbot der Einsetzung von Veräußerungstreuhändern verschließt aber äußerst diesen mir allein z. Zt. geeignet erscheinenden Weg, die weitere Durchführung einer Arisierung beschleunigen zu können. Heute kann ich jedenfalls nicht damit rechnen, daß in absehbarer Zeit bedeutende Fortschritte in der Überführung jüdischen gewerblichen Vermögens in arische Hände gemacht werden. Auch selbst die Reichswirtschaftshilfe⁵ wird nicht zu ihrer Bedeutung kommen, wenn man nicht die Möglichkeit hat, im Einzelfall zur gegebenen Zeit zwangsweise zu arisieren. Außerdem sind zwei der bedeutendsten jüdischen Textilfabriken in meinem Bezirk, die Firma Münch & Sohn in Triesch⁶ und die Firma Gabriel Kärger in Iglau,⁷ staatspolizeilich beschlagnahmt, so daß bei diesen Firmen grundsätzlich Arisierungsverhandlungen überhaupt nicht geführt werden können. Bei der Firma Kärger ist allerdings die endgültige Beschlagnahme noch nicht ausgesprochen.

Arisierungen landwirtschaftlicher Grundstücke und Besitzungen wurden grundsätzlich nicht durchgeführt. Die Zwangsverwaltungen wurden, wo es möglich war, auch auf kleinere Betriebe und Gewerbe ausgedehnt (Fleischer, Gastwirte, Mühlen und dgl.).

[...] ⁸

⁵ Die Reichswirtschaftshilfe sollte durch Bürgschaften schnelle Kredithilfe bei der Übernahme von Betrieben in den besetzten Gebieten gewährleisten.

⁶ Adolf Münch (1805–1877) gründete 1860 eine Textilfabrik in Hodice bei Triesch. Rudolf Münch (1884–1939) übernahm 1909 die Firmenleitung und verlagerte 1926 die Produktion von Anzugstoffen und Perserteppichen nach Triesch. Kurz nach dem deutschen Einmarsch wurde er von der Gestapo verhaftet und ermordet. Die Behörden beschlagnahmten den Betrieb und setzten als Treuhänder Alois Felker aus Iglau ein.

⁷ Die Strickwarenfabrik Gabriel Kärger in Iglau wurde 1901 gegründet. Am 1.2. 1939 emigrierte Gabriel Kärger mit seiner Familie nach Großbritannien. Das Firmenvermögen wurde beschlagnahmt und die Firma von Paul Witter aus Düsseldorf weitergeführt.

⁸ Es folgt der Abschnitt „d: Preisüberwachung“.

DOK. 269

**Der Reichsprotektor erläutert am 9. Februar 1940 das weitere Vorgehen
bei der Enteignung jüdischer Unternehmer¹**

Schnellbrief (streng vertraulich) des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren (II/1/Jd 3452/40), i. A. gez. Dr. Bertsch,² Prag, an a) die Oberlandräte und b) die Gruppe Mähren³ vom 9. 2. 1940⁴

*Richtlinien zur Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats vom 26. Januar 1940.*⁵

I. Allgemeines

Die Verordnung ist für den Fortschritt der Entjudung im Protektorat von entscheidender Bedeutung. Sie ermöglicht die Entjudung der Protektoratswirtschaft und die Überführung bisher jüdischer Betriebe in nichtjüdische Hände im Wege des gesetzlichen Zwanges. Ansätze hierzu waren schon in § 9 der Verordnung über das jüdische Vermögen vom 21. 6. 1939 vorhanden, indem § 15 des Zweiten Durchführungserlasses ausdrücklich bestimmte, daß Treuhänder auch zum Verkauf oder zur Abwicklung des Unternehmens eingesetzt werden konnten.⁶ Von dieser Möglichkeit, die nur als Ausnahme gedacht war, ist bisher nur wenig Gebrauch gemacht worden. Auch von dieser Verordnung soll nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn der Übergang eines jüdischen Unternehmens auf einen Nichtjuden aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist und im Wege des Vertrages nicht oder nicht in der gewünschten Form erreicht werden kann und besondere Gründe den beschleunigten Übergang des Unternehmens auf einen nicht-jüdischen Eigentümer rechtfertigen.

Nach der neuen Verordnung ergeben sich folgende Möglichkeiten:

- 1.) Juden die Führung wirtschaftlicher Betriebe zu verbieten. Das Verbot gilt
 - a) allgemein für Wirtschaftszweige, wie dies in dem zu gleicher Zeit mit der Verordnung veröffentlichten Ersten Durchführungserlaß⁷ hinsichtlich des Textil-, Schuhwaren- und Lederwarenhandels, hinsichtlich des Hausierhandels und aller Wandergewerbe mit Wirkung vom 30. 4. 1940 geschehen ist,
 - b) für einzelne Betriebe laut besonderer Verbotsverfügung, deren Erlaß ich mir vorbehalte.

1 NAP, ÜRP, II.-I-ref4, Karton 578/1, Bl. 608 f., Kopie: USHMM, RG-48.008M, reel 43.

2 Dr. Walter Bertsch (1900 – 1952), Verwaltungsbeamter, Jurist; 1933 NSDAP- und 1938 SS-Eintritt; Leiter der Abt. II (Wirtschaft und Finanzen) im Reichsprotektorat, 1942–1945 Min. für Wirtschaft und Arbeit im Protektorat; 1944 SS-Brigadeführer; 1945 inhaftiert und 1948 vom tschechoslowak. Nationalgericht zu lebenslanger Haft verurteilt, im Gefängnis in Brünn gestorben.

3 Die „Gruppe Mähren“ war aus der Behörde des Chefs der Zivilverwaltung hervorgegangen, stand zwischen der Behörde des Reichsprotektors und den Oberlandräten und vermittelte zwischen diesen.

4 Im Original Dienststempel des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren.

5 Vbl. RProt., 1940, Nr. 7, S. 41–43.

6 Nach § 9 der VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 21. 6. 1939 hatte der Reichsprotektor das Recht, Treuhänder für jüdische Unternehmen zu bestellen; siehe Dok. 247 vom 21. 6. 1939 sowie Zweiter Durchführungserlass des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren zur VO über das jüdische Vermögen, Art. VII (Rechtsstellung der Treuhänder), § 15 (Inhalt und Ausübung der Rechte), Vbl. RProt., 1939, Nr. 39, S. 318–323.

7 Erster Durchführungserlass zur VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats vom 26. 1. 1940, wie Anm. 5, S. 43.

2.) im Wege des Zwanges jüdische Betriebe in nichtjüdisches Eigentum überzuleiten. Ein wichtiges Hilfsmittel zur Beschaffung der erforderlichen Unterlagen ist die im Vierten Durchführungserlaß zur Verordnung über das jüdische Vermögen vom 21.6. 1939 angeordnete Vermögensanmeldung für jüdische Betriebe und die Anmeldung des jüdischen Aktienbesitzes.⁸

Die durch die neue Verordnung gegebenen Vollmachten sind erschöpfend. In welchem Maße und in welchem Tempo von ihnen Gebrauch zu machen ist, richtet sich – von Einzelfällen abgesehen – nach den jeweils von mir zu treffenden Anordnungen.

II. Verfahren

- 1.) a) Ob ein Betrieb abzuwickeln oder in nichtjüdisches Eigentum zu überführen ist, richtet sich danach, ob ein Bedürfnis am Fortbestehen des Betriebes vorhanden ist. Volkstumspolitische Gesichtspunkte können hierfür eine ausschlaggebende Rolle spielen. So kann in deutschen Interessengebieten trotz bestehender Übersetzung in dem betreffenden Wirtschaftszweig die Überführung des Betriebes in deutsche Hände im Interesse des deutschen Volkstums wichtig sein. Andererseits können es volkstumspolitische Gründe erforderlich machen, einen gutgehenden Betrieb im Interesse anderer deutscher Betriebe stillzulegen.
- b) Den von der Zwangsentjudung betroffenen Betrieben ist mitzuteilen, ob der Betrieb abzuwickeln oder zu veräußern ist. Die Mitteilungen sind sämtlichen Inhabern des jüdischen Gewerbebetriebes zuzustellen. Bei Aktiengesellschaften sind die Mitteilungen an die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften m.b.H. an die Geschäftsführer zu richten. Bei Abwesenden ist die Zustellung durch Bekanntmachung in den Zeitungen „Der Neue Tag“ und „Národní Politika“ zu bewirken.⁹
- c) Soll der Betrieb abgewickelt werden, so ist der Inhaber aufzufordern, am Tage des Verbotes mit der Abwicklung zu beginnen. Ihm ist bekanntzugeben, daß Verfügungen nach §§ 1 und 5 meiner Verordnung über das jüdische Vermögen vom 21.6. 1939 gleichwohl genehmigungspflichtig sind. Der Fortschritt der Abwicklung ist von Ihnen zu überwachen. Vom Tage der Wirksamkeit des Verbotes an dürfen Waren nicht mehr verkauft werden. Sie sind nach § 6 Abs. 1 der Verordnung zu verwerten. Vor diesem Tage hat ein Ausverkauf zu unterbleiben. Die Verwertungsstelle gebe ich noch bekannt.
- d) Soll der Betrieb in nichtjüdische Hände überführt werden, so ist dem Inhaber aufzugeben, bis zu einer bestimmten Frist den Betrieb zu veräußern. Hierbei können Auflagen hinsichtlich der Person des gewünschten Erwerbers gemacht werden. Er ist darauf hinzuweisen, daß die Veräußerung gleichwohl der Genehmigung nach §§ 1 oder 5 meiner Verordnung über das jüdische Vermögen vom 21.6. 1939 bedarf.
- e) Die Einsetzung von Veräußerungs- und Abwicklungstreuhändern ist vorzunehmen, wenn begründete Zweifel an der ordnungsgemäßen Durchführung der angeordneten Maßnahmen durch den jüdischen Inhaber bestehen. Es ist dafür zu sorgen, daß den eingesetzten und noch einzusetzenden Treuhändern jederzeit die Richtlinien für die Treuhänder und etwaige Ergänzungen bekannt sind. Den Abwicklungs- und Veräußerungstreuhändern sind die für sie bestimmten Sonderrichtlinien *neben* den allgemeinen Richtlinien auszuhändigen.

⁸ Vierter Durchführungserlass zur VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 7.2. 1940, VBl. RProt., 1940, Nr. 7, S. 45–47.

⁹ Die konservative Národní politika erschien 1883–1945 und war eine der führenden tschechischsprachigen Tageszeitungen. Hauptschriftleiter war Dr. Jan Scheinost.

Es ist darauf zu achten, daß der Treuhänder als Erwerber grundsätzlich ausscheidet, das selbe gilt, wenn ein Angestellter des Erwerbers Treuhänder war oder ist.

f) Von der Verordnung betroffen sind auch jüdische Betriebe, die sich im Konkursverfahren befinden. In diesen Fällen sind die Mitteilungen und Auflagen an den Konkursverwalter zu richten. Er ist darauf hinzuweisen, daß im Konkursverfahren meine Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats zu beachten ist. Ist die Veräußerung des Betriebes beabsichtigt, so ist ein Veräußerungstreuhänder einzusetzen.

g) Die Entjudung und Einsetzung von Treuhändern aller Art in Betrieben, deren Inhaber eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, behalte ich mir in jedem Falle vor.

2.) Hinsichtlich der Genehmigung der Veräußerungsanträge verweise ich auf meine Richtlinien zur Verordnung über das jüdische Vermögen.

Es ist darauf zu achten, daß das dem Juden zufließende Entgelt auf ein Sperrkonto gezahlt wird. Ich stelle hiermit ausdrücklich klar, daß die Genehmigung auch unter Auflage erteilt werden kann. Die Auflage kann auch in einer Herabsetzung des Kaufpreises und in einer Ausgleichsabgabe an eine noch zu bestimmende Stelle bestehen. Zuwendungen aller Art an andere Stellen sind ausnahmslos verboten. Bei Versagung der Genehmigung und bei Genehmigung unter einer Auflage hat der Bescheid die Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.

Da der jüdische Eigentümer grundsätzlich das Unternehmen abzuwickeln hat, darf das ihm zu gewährende Entgelt grundsätzlich nicht höher sein als der Liquidationswert. War in das Unternehmen ein Treuhänder eingesetzt, so ist der Liquidationswert im Zeitpunkt der Treuhändereinsetzung maßgebend, falls dieser niedriger ist als der Liquidationswert im Zeitpunkt des Verkaufes. Entnahmen des Inhabers in der Zwischenzeit sind, soweit sie über den üblichen Zinssatz hinausgehen, in Anrechnung zu bringen.

Es würde in den meisten Fällen eine Bereicherung des Erwerbers bedeuten, wenn dieser lediglich den Liquidationswert zahlen müßte. In solchen Fällen ist regelmäßig von dem Erwerber eine Ausgleichsabgabe zu erheben, die im allgemeinen 70 % des Unterschiedes zwischen Liquidationswert und dem Verkehrswert am Tage der Veräußerung betragen soll. Besondere Umstände rechtfertigen Abweichungen nach oben und unten. Bei der Ermittlung des Verkehrswertes bleibt ein Firmenwert (Goodwill) regelmäßig außer Ansatz.¹⁰

Zur Ermittlung der Werte ist regelmäßig ein Sachverständiger heranzuziehen. Die Kosten tragen die Veräußerer und Erwerber anteilig.

3) In Fällen, in denen Veräußerungstreuhänder eingesetzt sind oder in denen der jüdische Inhaber um Vermittlung eines Bewerbers nachgesucht hat, ist dafür Sorge zu tragen, daß jeweils nur *ein* Bewerber auftritt. Unter mehreren Bewerbern ist der geeigneteste herauszusuchen und ihm eine Einwilligung zum Führen der Verhandlungen mit dem Verkaufstreuhänder zu erteilen. Die Einwilligung ist im allgemeinen auf 4 Wochen zu befristen. Der Treuhänder ist nur befugt, mit Personen zu verhandeln, die im Besitz einer derartigen Bescheinigung sind. Eine Bescheinigung an einen anderen Bewerber ist erst dann zu erteilen, wenn die Verhandlungen mit dem früheren gescheitert sind. Die alte Bescheinigung ist dann einzuziehen.

¹⁰ Der Firmenwert (Goodwill) bezeichnet die immateriellen Vermögensposten eines Unternehmens wie Gewinnaussichten, Kundenpotenzial, Qualität des Managements, Branchenbedeutung etc.

DOK. 270

**Washington Post: Artikel vom 11. Februar 1940 über die Verschärfung
der antijüdischen Politik im Protektorat¹**

Nazis erhöhen Druck zur Vertreibung mährischer Juden. Erlass zur „Arisierung“ der Geschäfte bis April. Auswanderung empfohlen.

Prag, 10. Februar. Die Juden im Protektorat Böhmen und Mähren, die bisher noch nicht das ganze Ausmaß der deutschen antijüdischen Gesetze zu spüren bekamen, wurden heute über Maßnahmen informiert, die sie in denselben Zustand verarmter Hilflosigkeit versetzen werden, unter dem ihre Brüder in Deutschland leiden. (Vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten lebten 126 310 Juden in der Tschechoslowakei.)²

Ihnen wurde mitgeteilt, dass bis zum 1. April alle jüdischen Geschäfte „arisiert“ oder von der Regierung geschlossen und alle Waren beschlagnahmt werden müssen, während alle anderen jüdischen Unternehmen, sofern kein dringender Grund für ihr Fortbestehen glaubhaft nachgewiesen werden kann, aufgelöst werden.³

Schmuck muss verkauft werden

Es wird den Juden untersagt, sich ihren Lebensunterhalt als Hausierer zu verdienen. Schmuck, Gold, Silber, Platin und andere Wertgegenstände in ihrem Besitz müssen an einen Staatsbetrieb verkauft werden, und sie selbst haben so schnell wie möglich auszuwandern, wenn sie einer Verhaftung entgehen wollen.

Diese Verordnung wurde heute von Reichsprotektor Freiherr von Neurath erlassen, der bereits in seinen Verordnungen vom vergangenen Juni darauf hingewiesen hatte, dass die Juden im Protektorat das gleiche Schicksal wie diejenigen in Deutschland erwarte. Deutsche Behörden sprachen davon, dass die Juden den Wink nicht verstanden hätten, dass sie ihr Hab und Gut nehmen und fortgehen sollten. „Hier sind immer noch zu viele von denen, also müssen andere Methoden eingesetzt werden, um sie zur Auswanderung zu zwingen“, hieß es.

Der Erlass zur Schließung jüdischer Geschäfte schließt alle Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwarengeschäfte mit ein. Beschlagnahmte Waren werden vermutlich an die Hadega Handelsgesellschaft gehen,⁴ die zum „Arisierungsunternehmen“ ernannt worden ist. Sie wird auch den Schmuck der Juden kaufen.

Druck zur Auswanderung wird auch noch mit anderen Mitteln ausgeübt, vor allem durch ein im Reich wohl bekanntes: Verhöre durch die Gestapo. In den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Personen in die Gestapozentrale zitiert und darüber befragt, weshalb sie sich immer noch im Protektorat aufhielten. Alle Verhöre endeten mit der Mahnung zu verschwinden. Wenn nötig auf illegalem Weg.

1 Washington Post, Nr. 23250 vom 11.2. 1940, S. 11: Nazis Extend Drive to Oust Moravia Jews. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Rund 118000 Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, kamen beim Einmarsch der Wehrmacht unter deutsche Herrschaft.

3 Siehe Dok. 269 vom 9. 2. 1940.

4 Die Hadega wurde 1928 als Tochter der Gesellschaft Kredit- und Wirtschaftsgemeinschaft Wige GmbH als Handelsgesellschaft für Rohstoffe und Kolonialwaren gegründet; 1940 – 1945 oblag ihr der Einkauf von Edelmetallen, Edelsteinen und Münzen aus dem Besitz von Juden. Das Kapital für den Einkauf stammte aus Mitteln der Kreditanstalt der Deutschen, wohin auch der Gewinn abgeführt wurde.

DOK. 271

**Die Jewish Agency in Jerusalem erfährt im Frühjahr 1940
von der Verzweiflung der Juden in Mährisch-Ostrau und ihrer
Angehörigen im Lager Zarzecze¹**

Bericht, ungez., o. D.²

1. Die Situation der Juden in Mährisch-Ostrau

Mährisch-Ostrau hatte Anfang 1939 ca. 8000 jüdische Einwohner. Heute beträgt die Zahl nur mehr etwa 2200. Davon sind nur rund 400 männlichen Geschlechtes. Ein Großteil der jüdischen Bevölkerung ist überaltert, die anderen sind Frauen und Kinder, deren Familienoberhäupter im Herbst vorigen Jahres abtransportiert worden sind.

Die jüdische Gemeinde Mährisch-Ostraus hat in einer Weise gelitten, wie keine andere Gemeinde im Protektorat und im Großdeutschen Reich. Die Juden in Mährisch-Ostrau haben ihr Vermögen eingebüßt, indem ihnen Schmuck, Bargeld, Bankbücher, Schreibmaschinen, Fotoapparate, Radios, Autos usw. abgenommen wurden. Sie sind auch nicht im Genuß ihres immobilien Eigentums, da dieses zwangsverwaltet wird. Die Geschäfte sind fast alle arisiert oder kommissarisch geleitet.

Die Juden Mährisch-Ostraus stehen nicht mehr im Erwerbsleben, von den genannten 2200 Menschen leben 1500 von der sozialen Unterstützung der Kultusgemeinde. Diese hat unter schwersten Verhältnissen Institutionen geschaffen, wie sie beispielgebend für andere Gemeinden des Protektorates geworden sind: 2 Küchen, 2 Altersheime, 1 Ambulatorium, Umschulungskurse, Soziale und Jugendfürsorge. Derzeit wird auch ein jüdisches Spital eingerichtet, ohne das nicht auskommen werden kann.

Die Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau hat aber auch aus eigenen Mitteln die ganzen Polen-Transporte mit Sanitäts- und Baumaterial, mit Nahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen versehen, obwohl von den aus Wien, Teschen usw. abtransportierten ca. 20 000 Menschen nur ca. 1400 aus Mährisch-Ostrau selbst, ohne Witkowitz und die umliegenden Orte waren.³ Die finanzielle Situation der Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau ist dadurch katastrophal und zum Großteil von Prag abhängig.

Die Verzweiflung der Frauen und die Demoralisierung der Kinder schreiten von Tag zu Tag fort, da die Familienoberhäupter fehlen, von denen noch teilweise gar keine Nachricht vorhanden ist.

Täglich wächst die Zahl derjenigen, welche auf die Unterstützung der Kultusgemeinde angewiesen sind.

2. Die Polen-Transporte.

Im Herbst vorigen Jahres gingen von und durch Mährisch-Ostrau 3 Transporte „freiwillig“ in das Umschulungslager nach Polen. Davon waren rund 1400 jüdische Männer aus Mährisch-Ostrau.

Im Lager Zarzecze bei Nisko am San haben die ungeschulten und unvorbereiteten Ostrauer Pioniere aus nichts – als sie ankamen, war nur eine bloße Wiese vorhanden, ohne

¹ CZA, S 26/1546, Bl. 23 If. Der Bestand enthält Berichte und Korrespondenz der Jewish Agency.

² Der Bericht muss vor der Auflösung des Lagers in Zarzecze im April 1940 verfasst worden sein.

³ Die angegebene Zahl ist zu hoch. Im Herbst 1939 wurden über 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in die Nähe von Nisko am San im Distrikt Lublin deportiert; siehe Einleitung, S. 37 und Dok. 16 vom 2. 10. 1939, Anm. 9.

jedes Dach – unter den schwersten Verhältnissen ein Lager [errichtet], wie es als Muster hingestellt werden kann.

In der Zwischenzeit hat ein Großteil das Lager teils freiwillig, teils unfreiwillig verlassen, und viele Hunderte befinden sich im heutigen Rußland, ohne Verbindung mit ihren Angehörigen und ohne Hoffnung. Im Lager selbst und in der Umgebung verblieben noch ca. 310 Ostrauer Juden, zusammen mit Wienern und Teschnern usw. Alle diese Menschen werden früher oder später das Lager verlassen müssen, wie dies auch in Sosnowitz der Fall war.

3. Die Lösung des Ostrauer Niskoproblems.

Eine Rückkehr der Männer ins Protektorat ist verboten, auch dann, wenn dieselben mit ihrer Familie auswandern wollen. Für die Protektoratsbehörden gelten die abtransportierten Juden als ausgewandert, und es ist allen jüdischen Stellen in Prag untersagt worden, für Nisko irgend etwas zu unternehmen. Aus diesem Grunde ist es für die Protektoratsjuden schwer, wenn nicht unmöglich, dieses Problem im Ausland anzuschneiden und Hilfe zu geben oder zu erflehen.

Tatsächlich ist das Problem der Ostrauer Lagerinsassen von Nisko und Umgebung das dringendste momentan überhaupt. Dies wird von allen informierten Stellen, sogar von den Vertretern der polnischen Judenschaft, die doch auch schwer leidet, anerkannt.

Die Slowakische Republik ist bereit, die 310 Ostrauer Lagerinsassen von Nisko und Umgebung in die Slowakei zu lassen, wenn unter anderem der Lebensunterhalt für 3 Monate im voraus vom *Ausland* bereitgestellt wird und wenn die Weiterreise innerhalb dieser Zeit garantiert wird. Da beides meist finanzielle Fragen sind, konnte bisher keine Erledigung erfolgen.⁴

Das Aufbauen des Lagers in Nisko hat bewiesen, daß die Männer in der Lage wären, landwirtschaftliche Tätigkeit in San Domingo auszuüben.⁵ Die Familienmitglieder, Frauen und Kinder im Protektorat, wären ebenfalls hiezu bereit. Nur ein geringer Teil besitzt reale Auswanderungsmöglichkeiten.⁶

4 Im Original handschriftl. gestrichen: „Die Mährisch-Ostrauer Kultusgemeinde bemüht sich, einen Transfer von ½ Million Kronen in die Slowakei durchzuführen. Ob dieser zustande kommt, ist fraglich, erstens wegen Bereitstellung der Mittel, zweitens wegen der Clearingspitze des Protektorates mit der Slowakei und drittens infolge des Verbotes, für Nisko etwas zu tun.“

5 In der Dominikanischen Republik begann der Joint im Frühjahr 1940 mit dem Aufbau einer Siedlung für jüdische Flüchtlinge aus Europa.

6 Als das Lager in Zarzecze aufgelöst wurde, konnten die überlebenden Juden aus Wien und Mährisch-Ostrau in ihre Heimat zurückkehren.

DOK. 272

**Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei lehnt am 5. März 1940
die Kennzeichnung der Juden im Protektorat ab¹**

Schreiben des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, Befehlshaber der Sicherheitspolizei (Nr. II-635/40- BdS), i. A. gez. Suhr,² Prag, an die Gruppe I/3³ beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag, vom 5.3.1940⁴

Nr. II – 635/40 – BdS –

Betrifft: Einführung eines besonderen Abzeichens für Juden.

Vorgang: Schreiben v. 21.2.40 – I 3 b 1376/40- 3040⁵

Die Einführung eines besonderen Abzeichens, das von den Juden öffentlich sichtbar zu tragen ist, halte ich für durchaus unerwünscht. Im übrigen Gebiet des Großdeutschen Reiches ist eine derartige Regelung bisher auf ausdrückliche höhere Anweisung unterblieben. Lediglich im Generalgouvernement war eine solche Maßnahme infolge der besonderen Lage notwendig. Die gleichen Voraussetzungen wie im Generalgouvernement liegen jedoch im Protektorat Böhmen und Mähren in keiner Weise vor. Solange daher nicht eine allgemeine Regelung für das gesamte Reichsgebiet getroffen wird, halte ich die Einführung eines Judenabzeichens im Protektorat für unangebracht.⁶

DOK. 273

**Jüdisches Nachrichtenblatt vom 8. März 1940: Interview mit Franz Weidmann
über die Aufgaben der Jüdischen Kultusgemeinde Prag¹**

Erhöhte Aktivität der Prager Kultusgemeinde. Vor neuen Aufgaben. Gespräch mit dem leitenden Sekretär Dr. F. Weidmann

Das jüdische Hilfswerk und seine Leistungen. – Lösung der Auswanderungsfrage. – Die Sorge um die Kinder und die Alten. – Engste Zusammenarbeit mit dem Zionistischen Zentralverband.² – Ungeheure finanzielle Anforderungen.

1 NAP, ÚŘP, I-3b 5851, Bl. 579.

2 Friedrich Suhr (1907–1946), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; leitete von 1940 an das Referat II A 3 (Justizangelegenheiten) im RSHA, 1941/42 im „Judenreferat“ des RSHA, 1942/43 Führer der Sonderkommandos 4b (Einsatzgruppe C) und 6, von 1943 an Befehlshaber der Sipo und des SD in Toulouse, von 1943 an Befehlshaber der Sipo und des SD in Frankreich, 1944 ORR; nahm sich im Gefängnis das Leben.

3 Die Gruppe I/3 war u. a. zuständig für Fragen der Staatsangehörigkeit und Rasse- und für sog. Blutschutz-Angelegenheiten.

4 Im Original handschriftl. Anmerkungen, Unterstreichungen und Dienststempel.

5 Am 21.2.1940 war ein Vermerk des Reichsprotektorats darüber, dass im Reichsgebiet keine Kennzeichnungspflicht für Juden bestehe und auch nicht für sinnvoll gehalten werde, mit der Bitte um Stellungnahme an den Befehlshaber der Sipo beim Reichsprotektor geschickt worden; wie Anm. 1.

6 Siehe auch Dok. 316 vom 14. 8. 1941 und Dok. 315 vom 20. 8. 1941. Die Kennzeichnung der Juden im Protektorat erfolgte erst mit der reichsweiten Regelung im Sept. 1941; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

1 Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 10 vom 8. 3. 1940, S. 1f. Die Prager Ausgabe des Jüdi-

Prag, 5. März 1940.

Die umwälzenden Ereignisse der letzten Zeit haben die ausgedehnte Tätigkeit der Prager Kultusgemeinde in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Das dem Wirkungsbereich dieser Körperschaft entgegengebrachte Interesse ist durchaus willkommen, denn wie jede dem Gemeinwohl gewidmete Anstrengung bedarf auch die Aktivität der Kultusgemeinde einer lebhaften Anteilnahme der breitesten jüdischen Kreise. Die Funktionäre tragen in diesen Zeiten eine besondere Verantwortung. Ihre Aufgabe ist nicht leicht und auch nicht dankbar. Da es aber nicht nur darauf ankommt, sich der Aufgaben zu entledigen,³ sondern auch auf die Art, in der es geschieht, haben wir den leitenden Sekretär, Herrn Dr. F. Weidmann, ersucht, unserem H.K.-Mitarbeiter einige Fragen zu beantworten. Wir geben im nachstehenden die uns erteilten Auskünfte wieder.

Wie ist heute die Struktur der Kultusgemeinde?

„Die ganze Organisation der Kultusgemeinde ist auf dem Prinzip der persönlichen Verantwortung aufgebaut. Jeder Leiter eines Referates ist dem Zentralsekretariat für die Leistungen und Tätigkeit seiner Abteilung voll verantwortlich: Mit dem Zionistischen Zentralverband Palästinaamt wird engste Zusammenarbeit gepflogen. Täglich finden Beratungen statt, bei denen die laufenden Tagesfragen ausführlich besprochen und alle wichtigen Richtlinien gegeben werden.“

Wie stellen Sie sich die Lösung der jüdischen Auswanderungsfrage im Protektorat vor?

„Die Auswanderung der Juden aus dem Protektorat hat bereits in der zweiten Republik ihren Anfang genommen. Sie stieg nach den Ereignissen im März 1939 beträchtlich,⁴ insbesondere nach der Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Prag.⁵ Vom März bis Dezember 1939 sind mehr als 19 000 Juden aus dem Protektorat ausgewandert. Der Kriegsausbruch brachte die große Auswanderungswelle nicht zum Stehen. Sie wurde allerdings durch den Ausfall der Auswanderungsmöglichkeiten nach England und den englischen Dominien stark gehemmt, so daß wir unser Augenmerk auf alle Überseeländer richten mußten. Dies ist uns zum großen Teil gelungen, so daß das Hauptkontingent in den Transporten nach Übersee lag. Die Durchführung selbst ist nur mit Hilfe der jüdischen Komitees in neutralen Ländern und durch die große Unterstützung des Joint möglich gewesen. Der Joint insbesondere war und ist es, der die notwendigen Subventionen zur Verfügung stellt. Im Jänner 1940 sind etwa 1000 Personen ausgewandert, so daß in knapp sieben Monaten bereits 25% der Juden das Protektorat verlassen haben.⁶

In diesem Zusammenhang haben wir große Aufgaben zu lösen. Insbesondere haben wir alte Leute unterzubringen, deren Kinder bereits ausgewandert sind, ferner übernehmen

schen Nachrichtenblatts erschien 1939 – 1945 als offizielles Organ der JKG in Prag unter deutscher Zensur. Die Zeitung wurde in deutscher und tschech. Sprache herausgegeben, die letzte Ausgabe erschien am 26. 1. 1945.

2 Im Zionistischen Zentralverband wurden 1939 die verschiedenen zionistischen Einzelvereine und Institutionen zusammengefasst. Er organisierte die Auswanderung von Juden aus dem Protektorat und wurde am 10. 5. 1941 aufgelöst.

3 Gemeint ist vermutlich: die Aufgaben zu erledigen.

4 Am 15. 3. 1939 besetzte die Wehrmacht die Tschecho-Slowakei, die Hitler daraufhin zum Protektorat erklärte.

5 Siehe Dok. 252 vom 15. 7. 1939 und Dok. 255 vom 28. 7. 1939.

6 1940 wanderten rund 6000 Juden aus dem Protektorat aus. Insgesamt gelang es 26 093 Juden, bis zum 15. 7. 1943 das Protektorat zu verlassen, allein 1939 waren es 19 016.

wir die Obhut für die Kinder, deren Eltern das Protektorat bereits verlassen haben oder ohne ihre Kinder auswandern müssen. Die Kinder selbst bleiben so lange in Kinderheimen, bis die Eltern sie von ihrem neuen Heimatort anfordern können. Es sind daher ebenso Kinderheime, wie auch Altersheime eröffnet worden, um diese wichtige Frage zu lösen. Allein in der Zeit vom 10. bis 16. Feber 1940 haben nicht weniger als 3471 Personen, in der Abteilung ‚Förderung der Auswanderung‘ Informationen über Auswanderungsmöglichkeiten eingeholt.“

Welche Erfahrungen haben Sie durch die Errichtung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Prag“ gesammelt?

„Die Errichtung dieser Stelle hat eine große Vereinfachung in allen Auswanderungsmöglichkeiten mit sich gebracht. Sie bedeutet, daß es nunmehr möglich ist, sich alle notwendigen Dokumente zu beschaffen. Der Auswanderer hat es nicht notwendig, von einem Amt zum andern zu laufen, sondern es werden hier alle seine Dokumente, die er zur Auswanderung benötigt, besorgt und erledigt. Beginnend vom Tage der Einreichung der Mappe bis zur Ausgabe des Durchlaßscheines vergehen heute höchstens 14 Tage.⁷ Die Kultusgemeinde und das Palästinaamt sind in die Organisation der ‚Zentralstelle‘ eingeschaltet. Sie bereiten alle Auswanderungsangelegenheiten vor und haben durch die Errichtung der ‚Zentralstelle‘ auch die Möglichkeit, alle Auswanderer zu erfassen. Der erweiterte Erlaß des Herrn Reichsprotectors, daß nunmehr die ‚Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Prag‘ für das gesamte Gebiet des Protektorates zuständig ist,⁸ ist von der Kultusgemeinde begrüßt worden, da dadurch eine einheitliche Erfassung aller jüdischen Auswanderer erst ermöglicht und eine glatte Abwicklung aller Fälle erzielt wurde.“

Wie ist es Ihnen gelungen, in so kurzer Zeit das gesamte jüdische Hilfswerk zu organisieren?

„Vor dem 15. März 1939 lag das jüdische Hilfswerk in Händen des jüdischen Sozialinstitutes. In den vergangenen Monaten mußten ungeheure Summen aufgebracht werden. Die Kultusgemeinde Prag gibt heute in *einer Woche* mehr für soziale Zwecke aus, als früher alle sieben Prager Kultusgemeinden in *einem Jahr* zusammen. Das bedeutet eine 50fache Vermehrung der laufenden Ausgaben. Heute ist das gesamte Hilfswerk im Sozialinstitut etappenweise zentralisiert. Geschulte Beamte arbeiten nach genauen Richtlinien, die so gehalten sind, daß niemand mehr das Gefühl hat, daß er ein Almosen empfängt. Die Grundsätze haben sich gegen früher geändert: die produktive Hilfe ist heute nicht mehr die Einschaltung in den Wirtschaftsprozeß, sondern sie muß in der Beschaffung einer Auswanderungsmöglichkeit liegen. Aus diesem Grunde verhilft das jüdische Sozialinstitut allen armen Glaubensgenossen zur Auswanderung. Das Hilfswerk selbst nimmt täglich größere Formen an. Bisher wurde 10 000 armen Personen diese Unterstützung zuteil. Aber auch andere dringende Aufgaben wurden gelöst. Es wurde eine große Volksküche eingerichtet, die täglich 2000 Personen verköstigt. Alle sozialen Institutionen und Wohlfahrtsorganisationen wurden von der Kultusgemeinde in eigener Regie übernommen. In Altersheimen, Kinder- und Lehrlingsheimen sind ca. 1000 Personen untergebracht. Das Ambulatorium nehmen mehr als 1000 Personen wöchentlich in Anspruch. Ein Kranken-

⁷ Zu den Mappen, in denen die Formblätter für die Einreichung der zur Auswanderung notwendigen Dokumente zusammengefasst waren, und Durchlassscheinen siehe Dok. 263 von Anfang Okt. 1939 und Dok. 266 vom Okt. 1939.

⁸ VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und der jüdischen Organisationen vom 5.3.1940, in: VBl. RProt., 1940, Nr. 11, S. 77.

haus wurde errichtet, an der Errichtung eines zweiten wird gearbeitet. In kurzer Zeit wird eine Lungenheilstation errichtet werden. Schließlich wurde ein ambulatorischer Dienst für bettlägerige Personen organisiert.“⁹

Wie ist es heute möglich, alle notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen?

„Die Aufbringung der finanziellen Mittel ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden. Hauptsächlich rekrutieren sich die Mittel aus der Kultussteuer, Sammlungen und durch finanzielle Hilfe des Joint, deren Sicherung nur mit allergrößten Schwierigkeiten möglich ist. Alle Ausgaben der Kultusgemeinde werden aber voll gedeckt. Die Reserven brauchen daher nicht angetastet zu werden.“

Haben Sie neue Pläne in bezug auf die erhöhte Aktivität der Kultusgemeinde?

„Nach Beendigung des Winters beginnt die Auswanderungsabteilung voraussichtlich im Rahmen der Möglichkeiten mit der Organisation der Arbeitertransporte nach Übersee, und die damit verbundenen Arbeiten werden in beschleunigtem Tempo aufgenommen werden. Die Umschulungskurse werden durch spezielle landwirtschaftliche Kurse, die den Auswanderer auf seine Tätigkeit in der neuen Heimat vorbereiten sollen, erweitert.“

Welches sind die nächsten Aufgaben der Prager Kultusgemeinde?

„Wir befassen uns augenblicklich mit der Reorganisation aller Provinzgemeinden, insbesondere was die finanzielle und soziale Gebarung betrifft. Gleichzeitig wird an der Zentralisierung der Auswanderung aus dem ganzen Protektorat unter Einbeziehung aller Provinzgemeinden gearbeitet.“

Hat die Zusammenarbeit mit dem Palästinaamt besondere Resultate gezeitigt?

„Die Zusammenarbeit mit dem Zionistischen Zentralverband hat sehr viel zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Wir arbeiten brüderlich zusammen, und das herzliche Verhältnis wird auch in der Zukunft weiter ausgebaut werden. Alle aktuellen Fragen werden von uns gemeinsam durchberaten und alle Entscheidungen gemeinsam getroffen.“

Nach welchen Richtlinien wird die Auswahl der Mitarbeiter der Kultusgemeinde getroffen?

„Es hat sich gezeigt, daß große Aufgaben nicht durch ehrenamtliche Personen, sondern fast ausschließlich durch Berufsbeamte gelöst werden müssen. Die Arbeiten müssen Tag und Nacht bewältigt werden. Aus diesem Grunde mußte bei der Auswahl des beschäftigten Beamtenstabes mit größter Rigorosität vorgegangen werden. Ausgehend vom Prinzip der persönlichen Verantwortung, kommen nicht nur für die wichtigsten Posten, sondern auch für die letzte kleinste Beamtenstelle strenge Auswahl-Grundsätze zur Geltung. Fachliche Qualitäten, Energie und Umsicht, nicht zuletzt aber auch Verbundenheit mit dem jüdischen Problem sind maßgebend. Trotz einer verhältnismäßig kleinen Personalregie sind daher unerhörte Leistungen erzielt worden. Hat sich der Arbeitsbereich der Kultusgemeinde um ca. 20- bis 25mal vergrößert, so beträgt die Vermehrung der Beamtenzahl demgegenüber nur ein 12-faches.“

⁹ Das Ambulatorium befand sich zunächst in der Karlsgasse und wurde aufgrund steigender Patientenzahlen am 15.9.1940 in die Kellegasse verlegt. Das Ambulatorium für Lungenkranke blieb in der Karlsgasse, als einzige Tuberkulose-Fürsorgestelle für Juden im Protektorat. In der Katharinen-gasse unterhielt die JKG Prag ein Jüdisches Krankenhaus mit 37 Betten, das am 1.12.1939 eröffnet wurde. Im ehemaligen Waisenhaus in der Laibachgasse wurde im Juni 1940 ein weiteres Krankenhaus mit 50 Betten errichtet.

DOK. 274

**Robert Weinberger bittet Richard Schindler am 17. März 1940,
seine Alija voranzutreiben¹**

Handschriftl. Brief von Dr. Robert Weinberger,² Pířerov, an Richard Schindler³ vom 17.3.1940

Lieber Richard,

vor allem herzlichste GrüÙe! Ich muß vor allem zur Frage meiner Alijah Stellung nehmen, und es fällt mir sehr schwer, darüber zu schreiben.⁴ Muß ich überhaupt vorausschicken, daß ich sehr gerne alijieren würde, so bald wie möglich und zusammen mit dem größeren Teil der Plugah?⁵ Ich glaube kaum. Und ich bin auch davon überzeugt, daß unter anderen Umständen meine Alijah eine Selbstverständlichkeit wäre.

Die Kontinuität des Bundes muß aufrechterhalten werden. Sicherlich. Aber kann ich der geeignete Mann dafür sein, der ich seit keinem Jahr Mitglied des MH⁶ bin und seit nicht viel mehr als zwei Monaten Bundesarbeit leiste? Stell Dir meine Situation vor, ich komme im November auf Alijah-Chofesch⁷ nach Brünn, die versprochene Alijah kommt nicht, und wie andere Chawerim Umschulungskurse machen, stelle ich mich zur Bundesarbeit zur Verfügung. Ich führe eine Kwuzah,⁸ ich beteilige mich an der Herausgabe von Kulturmaterial, ich bin seit einigen Tagen Madrich⁹ einer Klasse der Jual-Schule.¹⁰

Ich geb gern zu, daß ich diese Arbeit nicht schlecht mache. Aber es bedeutete für mich doch nur ein Provisorium, und der Gedanke an meine Alijah als nächstes Ziel verliert sich nie.

Wie gesagt, ich leiste seit zwei Monaten Bundesarbeit und soll heute unentbehrlich sein? Ich kann es nicht glauben.

Was es für mich bedeuten würde, nicht zusammen mit den Chawerim des Baderech,¹¹ mit denen ich gemeinsam auf Hachscharah war, zu alijieren, brauche ich Dir vielleicht nicht näher auszuführen. Daß es auch für die Plugah nicht gleichgültig ist, hat Georg Lustig¹² Dir geschrieben, und ich muß auch darauf hinweisen, daß Gert erklärt hat, daß

1 JMP, DP 35.

2 Dr. Robert Weinberger (1913–1977), Jurist; als Anwalt in Brünn tätig; am 4.12.1941 nach Theresienstadt deportiert, dort in der Arbeitszentrale tätig, 1944/45 Mitglied des Ältestenrats in Theresienstadt, 1945 an der durch den tschechoslowak. Hechaluz ausgerufenen „Dokumentationsaktion“ beteiligt, um im Getto gesammelte Dokumente aus Theresienstadt zu sichern; emigrierte 1949 nach Israel, dort als Buchhalter und Finanzmanager tätig.

3 Richard Schindler (1916–2008), Jurist; Mitglied der Makkabi Hazair; am 13.7.1943 nach Theresienstadt und am 1.10.1944 nach Auschwitz deportiert, erlebte das Kriegsende im Lager Meuschwitz; arbeitete nach 1945 in der Glasindustrie in der Tschechoslowakei, emigrierte später nach Israel, Oberst in der israel. Armee.

4 Richard Schindler hatte Robert Weinberger in einem Brief vom 14.3.1940 gebeten, seine Alija angesichts seiner Verantwortung für die Gruppe aufzuschieben; wie Anm. 1.

5 Hebr.: Kompanie, hier im Sinne von Gruppe.

6 Makkabi Hazair (hebr.): Junge Makkabäer, jüdischer Pfadfinderbund.

7 Chofesch (hebr.): Freizeit, Ferien.

8 Hebr.: Gesellschaft, Gruppe; hier: Gruppe zionistischer Pioniere, die sich auf die Alija vorbereiten.

9 Hebr.: Ausbilder, Leiter einer zionistischen Jugendgruppe.

10 Jugend-Alijah-Schule.

11 Hebr.: Auf dem Weg; hier als Name einer Gruppe.

12 Möglicherweise Jiří Lustig (1912–1944), Student; 1940 als Landwirtschaftsarbeiter tätig; wurde am

der Bund mich eben mit Rücksicht auf das Interesse der Plugah zur Alijah freigeben wird.

Ich will hier keine endgültige Entscheidung fällen, ich bitte Dich vorläufig nur, die Sache noch mit den Chawerim zu erwägen, und hoffe, in Verměřovice mit Gert, der ja zur Eröffnung des Lagers hinkommen soll, die Sache eingehend zu erörtern.

Zum Lager¹³ will ich Dir sagen, daß ich gestern in Kojetín mit Fricěk gesprochen habe, er ist heute nach Verměřovice gefahren, um alles vorzubereiten.

Ich habe eine Bitte an Dich: im Lager werden 11 Chaweroth (außer den 10 im Verzeichnis angeführten noch Lilly Hirsch¹⁴ aus Brünn) sein. Ich würde es für sehr wichtig halten, wenn im Lager eine Madrichah¹⁵ wäre. Eine Chawerah, die schon auf Hachscharah war, könnte dort eine sehr wichtige Funktion ausüben, und ich habe an Máňa Steinová gedacht, die für diesen Posten sicher sehr geeignet wäre. Ich glaube, daß finanzielle Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein können, zumal da es meiner Ansicht [nach] *unbedingt notwendig* ist, daß eine Chawerah mit Hachscharah-Erfahrung und zionistischer und bündischer Bildung im Lager ist. Also schick mir bestimmt Máňa oder eine andere geeignete Chawerah hinaus!

Hoffentlich wird im Lager sonst alles klappen.

Ich grüße Dich herzlichst

Viele Grüße von

DOK. 275

Ilse Weber schildert in einem Brief vom 7. April 1940 an Gertrude von Löwenadler die Einschränkungen ihres Prager Alltags¹

Brief von Ilse Weber, Prag, an Gertrude von Löwenadler,² vom 7. 4. 1940

Liebe Tante Gertrude,

ich danke Dir *sehr* für Deinen lieben Brief vom 28. v.M., den ich heute erhielt. Ich glaube, Du wirst mit mir noch allerhand Arbeit haben, wenn Lilian erst fort ist, aber ich bin überzeugt, Du wirst es gerne tun, denn Du hattest Deine Jungen ja auch in der Fremde und warst froh, von ihnen zu hören. Und *mir* bedeutet „Post aus Schweden“ alles: Freude, Ablenkung, Trost; sogar Kino, Radio und Theater müssen mir diese Briefe ersetzen. Du erinnerst Dich vielleicht noch, welche Vorliebe ich für Musik habe. Musik ist zu meinem

8. 4. 1942 nach Theresienstadt, von dort am 28. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert, kam dort ums Leben.

¹³ Gemeint ist ein Hachschara-Lager.

¹⁴ Lilly Hirschová (1921–1942), Schülerin; war 1940 als Haushaltshelferin tätig, im selben Jahr auf Hachschara in Myslibořice; am 5. 12. 1941 aus Brünn nach Theresienstadt, von dort am 15. 1. 1942 nach Riga deportiert, kam dort ums Leben.

¹⁵ Hebr.: Ausbilderin, Leiterin einer zionistischen Jugendgruppe.

¹ Original in Privatbesitz, Kopie: IfZ/A, F 601. Abdruck in: Weber, Leid (wie Dok. 242, Anm. 1), S. 1 B bis 1 E.

² Gertrude von Löwenadler, Mutter von Ilse Webers Freundin Lilian. Nach Lilian von Löwenadlers Tod nahm sie Ilse Webers Sohn Hanuš bei sich in Schweden auf.

Leben ebenso notwendig wie Essen und Trinken. (Hast Du übrigens Deine Mandoline noch?) Und nun kann ich zu keinem Konzert, kann nicht Radio hören, meine einzige Freundin ist meine Gitarre, und da ich nicht oft zum Singen aufgelegt bin, ist sie auch nicht das Richtige. Nach acht Uhr darf ich nicht mehr auf die Straße, jetzt im Sommer ist das bitter.³ Willi⁴ ist doch den ganzen Tag auf Arbeit; es war unsere einzige Gelegenheit, nach dem Abendbrot während eines kurzen Spazierganges miteinander ungestört plaudern zu können. Das entfällt jetzt. Es ist uns wenig geblieben, woran wir uns noch freuen können. Wäre ich nicht aus meiner alten Heimat fort, dann hätte ich umkommen müssen vor Verzweiflung, Demütigung und Hoffnungslosigkeit. *Hier* ist es aber noch besser. Die Stadt ist wunderbar schön, besonders der Stadtteil, in welchem wir wohnen, die „Weinberge“. Schmale Gassen und Gäßchen, mit schönen Villen und herrlichen Gärten, die, da die Straßen alle bergauf und bergab gehen, in Terrassen angelegt sind. Alles ist ruhig und friedlich – und alles so merkwürdig vertraut, auch wenn man es zum ersten Male sieht! *Heimat*. Ich fühle immer wieder, wie tief verwurzelt ich hier bin, entgegen allen Behauptungen, daß wir nicht hergehören. Mama⁵ sehnt sich sogar nach der „Erbrichterei“,⁶ trotzdem sie dort so unerhört Bitteres und Schweres durchlebt hat. Gerade vorhin weinte sie vor Heimweh.

Gestern, Sonntag, war ich auf unserem Friedhof, das Grab meiner Schwiegermutter⁷ besuchen, die im Januar hier gestorben ist. Ich hatte sie sehr gerne, sie war eine wunderbare Frau. Sie konnte nur jüdisch schreiben und lesen und hatte überhaupt keine Schulbildung; dafür übertraf sie an Herzensbildung eine Königin. Sie hatte neun Kinder, fünf davon sind auf der Flucht, und die Trennung von ihnen konnte sie nicht überleben. Sie hat es nun sehr schön auf dem Olšaner Friedhof. Und ich liebe Friedhöfe über alles. Ich gehe an den fremden Gräbern vorüber und träume die Schicksale derer, die darinnen liegen. Auf einem verwitterten Grabstein sang gestern eine Amsel so schön, wie ich es noch nie gehört hatte. Ich trat ganz nahe heran, aber sie beachtete mich gar nicht und sang ungestört weiter. Der Mann, der in dem Grabe lag, war schon 35 Jahre tot und hatte einen grotesk jüdischen Namen. Es war so tröstlich, daß die Amsel trotzdem ihr Lied auf seinem Grabe sang. Schlimm war es nur auf dem neuen Trakt, wo auf frisch aufgeworfenen Hügeln zwei, drei und häufig auch *vier* Namen mit dem gleichen Sterbedatum stehen. Da ahnt man auch ohne Phantasie das schwere Schicksal.

Ist Carl-Axels Frau nett? Sie ist doch Ungarin, gelt, und *die* leiden doch besonders an Heimweh. Es wird schwer für sie sein, wenn Acki so lange fort ist von ihr. Aber ihr Junge sieht so aus, als ob er ihr nicht viel Zeit zur Selbstbeschäftigung lassen würde. Er ist sehr schön! Sieht er Acki oder seiner Frau ähnlich? Und wie sind Ockis Kinder? Diese Fragen kommen mir selbst so komisch vor, weil ich doch die „Jungen“ zuletzt sah, als sie neun bzw. dreizehn Jahre alt waren und sie immer noch so vor mir sehe.⁸

³ Siehe Dok. 241 vom 31.3.1939, Anm. 19, und Dok. 263 von Anfang Okt. 1939, Anm. 33.

⁴ Willi Weber.

⁵ Ilse Webers Mutter Therese Herlinger, auch Herlingerová, geb. Bellak (1866 – 1942), Sängerin; heiratete 1895 den Witwer Moritz Herlinger, arbeitete danach im Gasthof ihres Mannes mit; am 12.5.1942 nach Theresienstadt, am 19.10.1942 nach Treblinka deportiert und dort ermordet.

⁶ Ilse Webers Großvater hatte dem Haus, in dem die Herlingers wohnten, diesen Namen gegeben, nachdem es in das Familienerbe übergegangen war.

⁷ Jetty Weber (1870 – 1940).

⁸ Carl-Axel und Oscar von Löwenadler, die Söhne Gertrude von Löwenadlers.

Was für einen Beruf hat Acki? Geht es ihm gut? Du mußt sehr froh und dankbar sein für Deine Kinder, stell Dir doch einmal vor, wie grauenhaft es den jüdischen Müttern geht, die Mann und alle Kinder so weit weg haben, meist ohne die leiseste Hoffnung, sie noch einmal wiederzusehen. Nimm z. B. meine Mama: Ernst⁹ ist irgendwo in russischer Gefangenschaft, Oscar¹⁰ in Palästina, *wir* sollen nach San Domingo. Und Mutzi,¹¹ die vorläufig noch das Altersheim in Ostrau leitet, hat ein Affidavit nach Amerika. Und was aus Mama werden soll, das ist noch schleierhaft. Dabei ist ihr Schicksal das alltägliche jüdische Mütterschicksal.

Du schreibst, Du hättest die eine Babygarnitur so oft kopiert. Schade, daß all die niedlichen Sachen, die ich zu Alistairs Geburt nach Schweden sandte, zurückgekommen sind. Es waren ganz reizende Sachen, die meine Schwägerin gestrickt hatte. Nun liegen sie in meinem Schrank, und Alistair wächst aus ihnen heraus.

Hanuš schrieb mir Samstag. Ich bin – ungeachtet aller Sehnsucht nach ihm – so glücklich, daß er dieses herrliche Jahr in Schweden gehabt hat, das seiner Gesundheit und vielleicht auch seinem Charakter so überaus günstig war. Er liebt seine „Geschwister“ sehr, besonders aber den kleinen Jungen. Du mußt mir noch viel von ihm erzählen, liebe Tante Gertrude, wenn Du ihn bei der Abreise noch einmal siehst. Es bedrückt mich nur, daß Lilian, die es doch ohnehin knapp hat mit dem Geld, durch ihn gesteigerte Ausgaben hat. Ich weiß gar nicht, wie wir ihr das jemals werden vergelten können.

Mein kleiner Räuber¹² kommt eben zum Mittagessen heim. Da er infolge fehlenden Ariernachweises nicht in den Kindergarten gehen darf und ich wenig Zeit für ihn habe, sucht er sich seine Zerstreuung auf der Straße. Zum Glück wohnen wir in einer guten Gegend, und er spielt mit lauter netten Kindern. Natürlich ist er aber sehr selbständig und erwachsen, ganz anders wie das „Hannerle“. Er ist überhaupt ganz anders. Aber drollig.

Ich habe eine feine Stunde mit Dir geplaudert und will den Brief nachmittags per Luftpost fortsenden. Nächstens schreibst Du mir dann, wie lange er unterwegs war, ja? Ich grüße Dich herzlichst und auch Deine Jungen!

Deine

9 Ilse Webers Bruder Ernst Herlinger (1900 – 1995), Destillateur; arbeitete 1921 – 1933 in Berlin, kehrte 1933 nach Mährisch-Ostrau zurück; 1939 kurzzeitig inhaftiert, floh nach Polen, kämpfte in der tschechoslowak. Exil-Armee, in der franz. Fremdenlegion und in der brit. Armee; kehrte nach dem Krieg in die Tschechoslowakei zurück; emigrierte 1948 nach Großbritannien.

10 Ilse Webers Bruder Oscar Mareni, geb. als Herlinger (*1907), Buchhalter; Studium in Wien; emigrierte 1935 nach Palästina, diente im Afrikakorps der Royal Air Force; war im Büro des Bürgermeisters von Jerusalem tätig, lebt heute in Jerusalem.

11 Ilse Webers Halbschwester Bettina (Mutzi) Herlinger (*1892) wurde am 30. 9. 1942 aus Ostrau nach Theresienstadt und am 26. 10. 1942 nach Auschwitz deportiert, wo sie vermutlich umkam.

12 Ilse Webers jüngerer Sohn Tommy Weber.

DOK. 276

**Die Staatspolizeileitstelle Brünn informiert den Reichsprotektor am 31. Mai 1940
über die Juden im Internierungslager in Eibenschitz¹**

Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Brünn (B.-Nr. II B 2 – 7465/40), i.V. Unterschrift unleserlich,² Brünn, Mozartgasse 3, an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren – Dienststelle für das Land Mähren, vom 31.5.1940

Betr.: Judenlager in Eibenschitz.³

Vorg.: Schreiben vom 24.5.40 – Akt. Z. II – 4082.⁴

Das in Eibenschitz befindliche Judenlager in der ehemaligen jüdischen Lederfabrik Sinaiberger⁵ wurde seinerzeit mit der Besetzung von Böhmen und Mähren unter staatspolizeiliche Aufsicht genommen. Es handelt sich um ein Judenlager, in dem vorwiegend arme und kranke Juden beiderlei Geschlechts untergebracht sind, die der Öffentlichkeit zur Last fallen würden. Auf Grund der Regelung durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag ist u. a. das Judenlager in Eibenschitz fernerhin als sogenanntes Siechenlager vorgesehen.

Mit einer Auflösung des Judenlagers in Eibenschitz ist in allernächster Zeit nicht zu rechnen. Das Lager wird staatspolizeilich laufend kontrolliert. Zu Beanstandungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen.–

DOK. 277

Alice Henzler bittet am 4. Juni 1940 um Anerkennung als „Mischling“¹

Protoll (II-3-2079/40) , v. g. u.² Alice Henzler,³ Prag, vom 4. 6. 1940

Auf Vorladung⁴ erscheint die gesch. Ehefrau Alice *Henzler*, geb. Eichner, wohnhaft in Prag II., In der Grube 7, und erklärt auf Befragen:

„Ich wurde am 22. September 1907 als Tochter des Leo Eichner und seiner Ehefrau Erna, geb. Wechsberg, in Lazy geboren. Obwohl beide Elternteile dem jüdischen Glauben an-

1 MZAB, B 251/523/4082, Karton 46.

2 Leiter der Stapoleitstelle Brünn war von Juli 1939 bis April 1941 Günther Herrmann (1908 – 2004).

3 Das Flüchtlingslager in Eibenschitz (Eibenschütz) entstand im Okt. 1938. Nach der Besetzung Tschechiens wurde es in ein Internierungslager für Juden umgewandelt. Im März 1942 wurden die Juden aus Eibenschitz ins Sammellager in Brünn deportiert.

4 In dem Schreiben wird die Staatspolizeileitstelle Brünn gebeten, eine Auflösung des Lagers zu prüfen; wie Anm. 1.

5 Der Betrieb der Firma Max Sinaiberger und Söhne war 1930 wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt worden.

1 NAP, 101-653-6.

2 Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

3 Alice Henzlerová, geb. Eichner (1907 – 1942), im Sept. 1942 nach Theresienstadt, einen Monat später nach Treblinka deportiert und dort ermordet.

4 Am 12.5.1940 hatte die Gestapo Brünn, Dienststelle Mährisch-Ostrau, die Gestapo Prag in diesem Fall um Ermittlungen gebeten; wie Anm. 1.

gehörten und auch ich in die jüdische Matrik⁵ eingetragen wurde, war meine Erziehung eine rein deutsche. Von meinen Eltern wurde ich in eine deutsche Schule geschickt, und ich absolvierte die deutsche kath. Klosterschule in Orlau und das deutsche Mädchen-Lyzeum bzw. das deutsche Vereins-Mädchen-Reform-Realgymnasium in Mährisch-Ostrau. Infolge dieser Erziehung habe ich mich in meiner geistigen Einstellung immer nur als Deutsche gefühlt und auch betätigt. Unter anderem war ich Mitglied des Deutschen Kulturverbandes⁶ und des deutschen Beskidenvereines.⁷ Noch während meiner Ehe wurde ich am 30. 5. 35 nach evangelischem Ritus getauft. Als Kind habe ich überhaupt nicht gewußt, daß in meinen Adern jüdisches Blut fließt, und hatte zum jüdischen Glauben niemals die geringsten Beziehungen. Durch die Erziehung in der Klosterschule war ich im christlichen Sinne tief religiös geworden, so daß die spätere Entgegennahme der Taufe nur ein Ausdruck meines inneren Empfindens war. Erst vor kurzer Zeit erfuhr ich, daß meine Zuneigung zum deutschen Volk und zur christlichen Weltanschauung einen tieferen Grund als die rein gefühlsmäßige Einstellung hat. Als meine Mutter bemerkte, wie tief ich getroffen und unglücklich war, daß ich nun als Jüdin gelte, eröffnete sie mir, daß ich in Wirklichkeit die uneheliche Tochter des Ariers Dr. Franz *Pokorny* sei. Sie habe mit ihm ein Liebesverhältnis unterhalten. In der Matrik sei ich aber als eheliche Tochter des Leo Eichner eingetragen. Meine Mutter hat in Prag am 13. Februar d. J. vor dem Notar Dr. Alois Frenzl eine diesbezügliche verbindliche Erklärung notariell niedergelegt, daß ich vom Dr. Pokorny sei.

Ich bin somit in Wirklichkeit keine Volljüdin, sondern ein Mischling I. Grades. Im Sinne der Verordnungen vom 21. Juni 39 bin ich nicht mehr als Angehörige der jüdischen Rasse anzusehen.⁸ Mein Wunsch und mein ganzes Seh[n]en geht dahin, mich wieder als Deutsche zu fühlen und bekennen zu dürfen.

Im Mai 1936 verheiratete ich mich mit dem Volksdeutschen Ferdinand Henzler⁹ in Mährisch-Ostrau, und ich trat vor meiner Ehe aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus. Mein Mann war immer an hervorragender Stelle völkisch tätig. Mit Rücksicht auf seine völkische Tätigkeit und seine Stelle als einziger deutscher leitender Beamter der Grube in Mährisch-Ostrau ergab sich die Notwendigkeit, die Ehe aufzuheben. Die Entscheidung wurde vom deutschen Amtsgericht in Mährisch Ostrau am 14. Dez. 39 rechtskräftig ausgesprochen.¹⁰

Im Oktober 39 richtete ich ein Gesuch an die Reichskanzlei mit der Bitte um Zuerkennung als Mischling I. Grades. Von dort erhielt ich die Nachricht, daß ich mich als Protektorsangehörige an den Herrn Reichsprotektor in Prag wenden möge. Ich habe auch sofort ein entsprechendes Gesuch an den Herrn Reichsprotektor in Prag gerichtet, und

⁵ Österr.: Personenstandsregister.

⁶ Die 1919 als Verband der Deutschen in Böhmen und Mähren gegründete Organisation hatte sich die Stärkung des deutschen Volkstums in den böhmischen und mährischen Siedlungsgebieten zum Ziel gesetzt.

⁷ Der 1893 mit Sitz in Mährisch-Ostrau gegründete Verein, von 1923 an Mitglied des Hauptverbands deutscher Gebirgs- und Wandervereine in der Tschechoslowakischen Republik (HDGW), war deutsch geprägt. 1926 zählte er rund 3500 Mitglieder.

⁸ Siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

⁹ Ferdinand Henzler (*1892), Ingenieur; SDP- und NSDAP-Mitglied; zog 1940 nach Polen, arbeitete in Kattowitz als Betriebsleiter der Firma Satura; im Juni 1943 wurde er wegen seiner Heirat mit einer Jüdin vom Kreisgericht der NSDAP in Teschen aus der Partei ausgeschlossen.

¹⁰ Liegt nicht in der Akte.

nach kurzer Zeit erhielt ich vom Oberlandrat aus Mährisch-Ostrau 3 Fragebogen zuge-
stellt, die ich am 23. April beantwortet zurückgesandt habe. Bislang habe ich noch keine
weiteren Nachrichten vom Herrn Oberlandrat aus Mährisch Ostrau erhalten.“¹¹

DOK. 278

Der Oberlandrat in Jitschin möchte am 10. Juni 1940 Juden aus ihren Wohnungen vertreiben und in gesonderten Wohngebieten konzentrieren¹

Schreiben (Gesch. Nr. 5-8-0) des Oberlandrats Jitschin,² ungez., an die Bezirkshauptmänner im Ober-
landratsbezirk Jitschin³ vom 10.6. 1940 (Abschrift)

Betrifft: Freimachung der Judenwohnungen.

Bei Besichtigung jüdischer Betriebe und jüdischer Wohnungen habe ich festgestellt, daß
die Juden, insbesondere in den Bezirksstädten, meist die größten und besten Wohnungen
im Ort innehaben. Demgegenüber lebt die nichtjüdische Bevölkerung, vor allem auch die
deutsche Bevölkerung, vielfach in Wohnungen, die für ihre Familienverhältnisse viel zu
klein und im Zustand oft unwürdig sind.

Mit Rücksicht auf diese ungerechte Verteilung des Wohnraumes ist es gerechtfertigt und
notwendig, die Wohnungen der Juden zusammenzulegen, um hierdurch Wohnraum für
die nichtjüdische Bevölkerung freizumachen. Ebenso sind Doppelwohnungen der Juden
rücksichtslos zu beseitigen. Es muß dies in der Weise geschehen, daß mehrere jüdische
Familien, die bisher je eine Wohnung innehaben, in einer einzigen Wohnung unterge-
bracht werden. Dabei können vielfach auch leerstehende und anderweitig nicht verwend-
bare Gebäude, z. B. Fabrikgebäude oder landwirtschaftliche Gebäude, Lagerräume u. dgl.,
an Stelle von Wohnungen verwendet werden. Rechtsgrundlage für diese Maßnahmen ist
das Staatsverteidigungsgesetz.⁴

11 Unter dem Gesuch ist vermerkt: „Der angebliche Erzeuger der Henzler, Dr. Franz *Pokorny*, geb.
20. 11.70 in Srch. bei Pardubitz, wohnhaft gewesen in Lazy, ist im Jahre 1932 im Sanatorium Prag
gestorben. Hüssel, Krim.Sekr.“ Das Gesuch wurde mit der Begründung abgelehnt, dass an den An-
gaben grundsätzliche Zweifel bestünden; wie Anm. 1.

1 NAP, ÚŘP, AMV 14-184-5, Karton 182.

2 Adolf Möller (*1901), Verwaltungsbeamter; von 1925 an im preuß. Verwaltungsdienst; 1933 NSDAP-
und SS-Eintritt; 1933 komm. Bürgermeister von Beuel am Rhein, 1933– 1935 politischer Dezernent
bei der Regierung Köln; 1935 Reg.Rat; 1935– 1937 in der Regierung Merseburg, 1937/38 in der Re-
gierung Arnsberg, Okt. 1938 bis März 1939 Leiter der Wirtschaftsabt. der Regierung Karlsbad, von
März 1939 an Oberlandrat von Jitschin.

3 Das Schreiben ging in Abschrift zur Kenntnisnahme an die Gestapo Jungbunzlau und Jitschin, an
die Kreisleitungen der NSDAP in Prag und Königgrätz sowie an die Ortsgruppenleiter im Ober-
landratsbezirk Jitschin. Diese wurden um „Kenntnisnahme und Beachtung“ gebeten: „Bei der
Verwertung des freiwerdenden Wohnraumes sind in erster Linie die anerkannten Volksdeutschen
zu berücksichtigen. Übergroße Judenwohnungen können erforderlichenfalls mehreren volksdeut-
schen Familien oder auch im Tausch gegen kleinere Wohnungen den deutschen Wohninteressen
nutzbar werden. Soweit Volksdeutsche nicht oder nicht mehr in Betracht kommen, bitte ich, mit
den am Ort befindlichen reichsdeutschen Dienststellen zwecks Unterbringung ihrer Bediensteten
in Verbindung zu treten.“

4 Das Staatsverteidigungsgesetz vom Mai 1936 diente der Abwehr der Bedrohung durch das natio-

Bei der Zusammenlegung jüdischer Familienwohnungen ist möglichst darauf zu achten, daß alle jüdischen Familien einheitlich in bestimmten Straßen oder Häusern untergebracht werden. Es soll auf diese Weise vermieden werden, daß die Judenwohnungen über das ganze Stadtgebiet verstreut sind.

Verfahrensmäßig ist bei diesen Maßnahmen so vorzugehen, daß die Herren Bezirkshauptleute sich zunächst mit den Vorstehern der örtlichen jüdischen Kultusgemeinden in Verbindung setzen und es diesen Vorstehern überlassen, zunächst von sich aus Vorschläge einzureichen. Wenn diese Vorschläge den Anforderungen nicht entsprechen, sind den Vorstehern der jüdischen Kultusgemeinden weitere Auflagen zu machen. Es ist selbstverständlich, daß in erster Linie die besten und schönsten Wohnungen freigemacht werden müssen. Auch bei der Durchführung der Wohnungszusammenlegung sind die Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinden entsprechend unter behördlicher Aufsicht zu beteiligen.

Auf diese Weise freiwerdende Wohnungen sind in erster Linie für die am Ort befindlichen Deutschen bestimmt, die im Besitz unzureichender oder schlechter Wohnungen sind. Zu diesem Zwecke haben sich die Herren Bezirkshauptleute mit den zuständigen Ortsgruppenleitern der NSDAP und mit den deutschen Bezirks- oder Gemeindevertretern in Verbindung zu setzen, damit ihnen von deutscher Seite Wohnungsreflektanten namhaft gemacht werden. Die Verwertung der freigewordenen Wohnungen darf nur mit schriftlicher Zustimmung des zuständigen Ortsgruppenleiters der NSDAP erfolgen. Der von deutscher Seite nicht beanspruchte Wohnraum ist der tschechischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Die vorstehend dargelegten Maßnahmen sind in erster Linie für die Bezirksstädte gedacht. Es muß jedoch unter allen Umständen vermieden werden, daß sich im Verfolge dieser Maßnahmen die Juden aus den Bezirksstädten in die Landgemeinden verziehen. Demzufolge müssen erforderlichenfalls die gleichen Maßnahmen auch für diejenigen Städte mit Landgemeinden durchgeführt werden, in denen jüdische Wohnungen vorhanden sind, auch wenn am Ort keine Deutschen wohnen.

Über das Ergebnis Ihrer Maßnahmen wollen Sie mir bis zum 30. 6. berichten und dabei angeben, wieviel bisher jüdische Wohnungen freigemacht werden konnten und wem diese Wohnungen zugewiesen wurden. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie sich bei den von mir angeordneten Maßnahmen nicht von falschen Sentimentalitäten beeinflussen lassen, sondern sich die sachliche Notwendigkeit zur Beseitigung des allgemeinen Wohnungselendes vor Augen halten.

Zusatz für Herren Bezirkshauptleute in Jungbunzlau und Jitschin:

Vor Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist auch mit der Geheimen Staatspolizei Verbindung aufzunehmen.⁵

nalsozialistische Deutschland. Die darin eingeführte Kategorie einer „staatlich unzuverlässigen Person“ wurde oft gegen Sudetendeutsche verwendet; Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Čecho-Slovakischen Staates 1936, Nr. 131/1936 Sb.

⁵ Am 29. 6. 1940 unterrichtete der Reichsprotektor den Oberlandrat in Jitschin, dass er sich zunächst mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag in Verbindung zu setzen habe und vorerst keine derartigen Maßnahmen mehr ergreifen dürfe, am 4. 7. 1940 informierte Möller den BdS in Prag über bisher durchgeführte Maßnahmen; wie Anm. 1.

DOK. 279

**Die Jüdische Kultusgemeinde in Deutsch Brod bittet
ihre Mitglieder am 12. Juni 1940 um Textilspenden für das Jüdische Krankenhaus
in Prag und gibt Benutzungsverbote bekannt¹**

Rundschreiben (5/40) der Israelitischen Kultusgemeinde Deutsch Brod² (Z. 356/40), gez. Willy Mahler,³ vom 12.6. 1940

Wir teilen Ihnen folgende Informationen mit:

Die Benutzung der Bahnhofrestaurants.

Laut der Verordnung des Herrn Reichsprotektors dürfen Juden die Bahnhofrestaurants nur benutzen, wenn sie auf Reisen sind.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass kontrolliert werden soll, ob die Bahnhofsrestaurants tatsächlich nur von Reisenden besucht werden.⁴

Die Hilfsaktion für die Errichtung eines Krankenhauses.

Unsere Prager Zentralstelle fordert uns auf, eine Sammlung verschiedener Textilwaren für das in Prag zu errichtende Krankenhaus durchzuführen.

Wir haben Kissen, Bettbezüge, Bettlaken, Bettdecken, Handtücher, Decken, Matratzen u. Ä. zu besorgen. Melden Sie uns Sachen, die Sie nicht brauchen und zu diesem Zweck bereitstellen können.

Wir lassen sie bei Ihnen gegen eine schriftliche Bestätigung abholen.

Wir erwarten, dass Sie der freiwilligen Sammlung der Textilwaren für unser Kranken- und Siechenhaus Ihr volles Verständnis entgegenbringen.

Das Verbot der Benutzung der Schwimmhalle in Nëm[ecký] Brod.

Das Stadtamt in Nëm[ecký] Brod teilte uns mit, dass die Benutzung der Schwimmhalle in Nëm[ecký] Brod den Juden mit sofortiger Geltung verboten wird.

Nehmen Sie unsere Mitteilung zur Kenntnis.

Für die Israel. Kultusgemeinde in Nëm[ecký] Brod:

Willy Mahler

z. Z. Beauftragter.

1 JMP, DP 78 Pokorna. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 1945 wurde Deutsch Brod in Havlíčkův Brod (nach Karel Havlíček Borovský, einem der Hauptakteure der tschech. Nationalbewegung im 19. Jh.) umbenannt.

3 Willy Otto Mahler (1909 – 1945), Kaufmann; war im Mehlhandel seiner Eltern in Deutsch Brod tätig; Bevollmächtigter der Jüdischen Kultusgemeinde in Deutsch Brod, wurde am 13.6. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er in der Post- und Wirtschaftsverwaltung arbeitete, im Sept. 1944 nach Auschwitz deportiert; er starb in Dachau.

4 Am 30. 4. 1940 gab das tschech. Verkehrsministerium bekannt, für Juden wie für andere gelte, dass sich nur Reisende in Bahnhofsrestaurants aufhalten dürften; NAP, PMR 1590, Karton 588.

DOK. 280

**Der Oberlandrat in Olmütz bittet den Reichsprotektor am 13. Juni 1940
um eine Entscheidung über antijüdische Vorstöße der Kreisleitung¹**

Schreiben (Gesch.-Z. Pol. IV/5) des Oberlandrats in Olmütz, gez. Molsen, an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag (Eing. 17.6. 1940), durch die Dienststelle für das Land Mähren in Brünn (Eing. 15.6. 1940), vom 13.6. 1940²

Betrifft: Judenfrage.

Die Kreisleitung Olmütz hat mir folgende Vorschläge zu weiteren Maßnahmen gegen die Juden gemacht:

- 1) Festsetzung von bestimmten Einkaufsstunden,
- 2) Kennzeichnung der Juden durch Armbinden,
- 3) Einrichtung eines Ghettos.

Ich habe dem Kreisleiter mitgeteilt, daß ich bestimmte Einkaufsstunden deshalb nicht festsetzen kann, weil es nicht möglich ist, die Einhaltung dieser Maßnahme durch die geringen Kräfte der Stapo und Polizei zu kontrollieren. Die anderen vorgeschlagenen Maßnahmen gehen über meine Zuständigkeit hinaus. Ich lege sie deshalb zur Entscheidung vor.³

DOK. 281

**Die Judenfrage: Artikel vom 1. Juli 1940 über die Ausgrenzung der Juden
aus Wirtschaft und Gesellschaft im Protektorat¹**

Die Judenfrage im Protektorat Böhmen und Mähren.

Die Juden in der ehemaligen Tschechoslowakei

Vor dem Jahre 1933 belief sich in der damaligen Tschechoslowakei die Zahl der Juden auf rund 200 000. Seitdem vergrößerte sich ihr Bestand um etwa ein Drittel durch die starke Einwanderung von Juden aus dem Reich. Durch Auswanderung, Umzug und Emigration nach der Zerschlagung des tschechoslowakischen Gebildes haben sich Verschiebungen ergeben, so daß wir bezüglich der Judenanzahl in den einzelnen Teilgebieten der ehemaligen Tschechei heute noch auf Schätzungen angewiesen sind, zumal ein nicht unbeträcht-

¹ NAP, ÚŘP, I-3b 5851, Bl. 580.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

³ Die Regelung der Einkaufszeiten wurde per Erlass der Landesbehörde in Prag vom 23.7. 1940 den Bezirksbehörden überlassen. Vorgeschlagen wurde die Zeit von 10.30 bis 13.00 Uhr sowie von 15.00 bis 17.00 Uhr; NAP, ÚŘP, AMV 1H-184-5. Die Kennzeichnung der Juden im Protektorat erfolgte erst mit der reichsweiten Regelung im Sept. 1941; siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941. Das erste Getto im Protektorat wurde im Nov. 1941 mit Theresienstadt errichtet.

¹ Die Judenfrage, Nr. 15/16 vom 1.7. 1940, S. 76–78. Die von der Antisemitischen Aktion seit 1937 herausgegebene Zeitschrift erschien zunächst unter dem Titel Mitteilungen über die Judenfrage, 1940 als Die Judenfrage und von 1941 an unter dem Titel Die Judenfrage in Politik – Recht – Kultur und Wirtschaft in meist zweiwöchigem Turnus. 1943 wurde ihr Erscheinen überraschend eingestellt.

licher Teil der Rassejuden die bekannte Neigung hatte, sich völkisch und konfessionell zu tarnen. Nach tschechischen Quellen sollen in der Zeit vom Oktober 1938 bis März 1939 21000 Juden aus der durch die Münchener Beschlüsse² verkleinerten Tschechoslowakei ausgewandert sein. In den Grenzen des heutigen Protektorats Böhmen und Mähren mögen gegenwärtig noch über 150 000 Juden wohnen.³

Die Judenfrage in dem von den Tschechen beherrschten Vielvölkerstaat war nicht so sehr ein Problem der Zahl als des *politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gewichts*. Unabhängig davon, ob sich ein Teil der Juden zionistisch, ein anderer assimilatorisch gebärdete, genossen sie alle die Gunst des freimaurerisch verseuchten Masaryk- und Benesch-Regimes. Noch 1938 gab es kaum eine tschechische *Tageszeitung*, die nicht wenigstens mittelbar jüdisch beeinflusst war. Und im *Buch- und Filmwesen* stand es nicht viel anders. Mit dem Scheitern der westmächte-orientierten tschechischen Außenpolitik, der Auflösung des alten Unstaates und der Begründung des Protektorats Böhmen und Mähren im Rahmen des Großdeutschen Reichs ergab sich nun für das tschechische Volk auch in der Judenfrage eine völlig neue Sachlage. Die Ausschaltung des Judentums im Reich mußte zwangsläufig die jüdische Stellung im umgestalteten tschechoslowakischen Raum erschüttern. Aber auch die Erkenntnis der Tschechen selbst bewirkte, nach allen Erfahrungen und Enttäuschungen der jüngsten Vergangenheit, eine *Abkehr von der bisherigen Duldsamkeit gegenüber der Judenschaft*, die sich in den breiten Massen des tschechischen Volkes, wie allenthalben, ohnehin nie sonderlicher Beliebtheit erfreute.

Jüdische Tarnungsversuche im Protektorat

Die Haltung der Juden nach der Errichtung des Protektorats am 15. März 1939 war ungemein kennzeichnend: Zunächst brach unter ihnen eine Panik aus. Als sie aber merkten, daß es ihnen nicht an Leib und Leben ging, wurden sie wieder vorlaut und versuchten auf jede Weise durch die zunächst noch recht weiten Maschen zu schlüpfen. Die Arisierungsaktionen vor allem im Geschäftsleben, die auf die täglich *wachsende antisemitische Stimmung der Bevölkerung* hin von den Behörden eingeleitet wurden, waren nicht folgerichtig und durchgreifend genug, so daß prompt die üblichen *Tarnungsmanöver der Juden* einsetzten. So mancher Laden eines Taufscheinjuden wurde als arisch erklärt, in anderen Fällen wurde die Strohmännpraxis angewandt, die ein tschechisches Blatt (*Praszký list*, Ende März 1939) schreiben läßt: „Geändert hat sich also höchstens, daß hinter der Ladentheke ein bezahlter Arier steht, daß die alte Sarah an der Kasse verschwunden ist und der jüdische Chef erst nach Geschäftsschluß den Laden betritt, um die Gelder einzukassieren.“⁴ Selbstverständlich wurde anfangs auch hier der alte jüdische Brauch geübt, arische Frauen zu heiraten und das Geschäft auf deren Namen umschreiben zu lassen.

In den tschechischen politischen Stellen und Organisationen waren die Auffassungen über die gegenüber den Juden anzuwendenden Maßnahmen und namentlich über die *Abgrenzung des Begriffs „Jude“ keineswegs einheitlich*. Man war zunächst vielfach geneigt,

2 Gemeint ist das Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938, in dem Hitler die Eingliederung des Sudetenlands in das Deutsche Reich zugestanden wurde.

3 Laut einer Übersicht der Jüdischen Kultusgemeinde Prag vom Juni 1942 lebten am 30. 6. 1940 noch 91995 Juden im Protektorat Böhmen und Mähren; Abdruck in: Židé v Protektorátu (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 51–66, hier S. 51.

4 Pražský list, Nr. 64 vom 30. 3. 1939, S. 1: Bráníme se potupě být spoluvinníky židovských rejdů. Hier heißt es allerdings „alte Jüdin“ statt „alte Sara“.

das Problem allzu einseitig als wirtschaftliches und konfessionelles, weniger als rassisches anzusehen.

Der Reichsprotektor klärt

Nachdem die tschechischen Erörterungen durch Monate ohne eindeutiges Ergebnis blieben, schuf darin die *Verordnung des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen* (vom 21. Juni 1939)⁵ eine erfreuliche Klarheit. Sie bezieht sich zwar auch vornehmlich auf wirtschaftliche Fragen, stellt aber zugleich erstmalig eindeutig heraus, wer im Protektorat als Jude zu gelten hat. Die Begriffsbestimmung entspricht den *Nürnberger Gesetzen* und bildet in unverrückbarer Weise den Ausgangspunkt für alle die Anordnungen und Maßnahmen, die die Judenschaft des tschechischen Volksraumes in der Folgezeit betreffen. Die Verordnung schuf eine solide Rechtsgrundlage für die im jüdischen Besitz befindlichen Vermögen: *Jüdischer Besitz* darf nur mit besonderer Genehmigung des Reichsprotektors übertragen werden. Ferner ist Juden, jüdischen Unternehmen und Personenvereinigungen der *Erwerb von Grundstücken*, die *Übernahme und Neuerrichtung wirtschaftlicher Betriebe* und die *Beteiligung an solchen Neuerrichteten*⁶ verboten. *Edelmetall* und *Edelsteine* im jüdischen Besitz müssen bei der Nationalbank angemeldet werden. Die Bestimmungen der Verordnung gelten rückwirkend vom 17. März 1939. In der Zwischenzeit abgeschlossene *genehmigungspflichtige Geschäfte* wurden rechtsunwirksam, es sei denn, daß nachträgliche Genehmigung erfolgte. Die Veröffentlichung der Verordnung fand in der tschechischen Presse lebhaften Widerhall: „Das Gesetz ist gründlich und klar und bedeutet die lang erwartete wirtschaftliche Regelung der Judenfrage im Protektorat. In der tschechischen Öffentlichkeit hat die Verordnung eine günstige Aufnahme gefunden. Sowohl in Wirtschaftskreisen wie auch in den breiten Schichten des tschechischen Volkes wird die Änderung eines Zustandes, der von der Bevölkerung seit langem kritisiert wurde, als Erleichterung empfunden („Expres“ vom 22. Juni 1939).“⁷ „Die Verordnung über die Reinigung des Wirtschaftslebens von jüdischen Elementen kam wirklich zur höchsten Zeit („Pražský list“ vom selben Datum).“⁸ Die Bedeutung der neuen Regelung wird auch dadurch unterstrichen, daß sich nach niedrigen Schätzungen der Umfang des jüdischen Besitzes im Protektorat 1939 auf 17 Milliarden Kronen belief. Inzwischen sind noch mehrere *Durchführungserlasse* zu dieser Verordnung erfolgt, aus denen hervorgehoben sei die Verpflichtung zur Deponierung der *Wertpapiere* und – mit einigen besonderen Ausnahmen – der Gegenstände aus *Edelmetallen* und *Edelsteinen* auf Namensdepot bei einer Devisenbank;⁹ außerdem die Verpflichtung zur behördlichen Anmeldung des *jüdischen Grundeigentums*, der Rechte an Grundstücken, der *Aktien*, *Anteilsrechte* und *Beteiligungen* jeglicher Art. Schließlich haben jüdische Unternehmen, einschließlich der Handwerksbetriebe, ihr gesamtes *in- und ausländisches Vermögen* nach dem Stande vom 31. Dezember 1939 anzumelden.¹⁰

5 Siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939.

6 So im Original.

7 Expres, Nr. 141 vom 22.6. 1939, S. 1: Protizidovská nařízení v našem hospodářství.

8 Pražský list, Nr. 120 vom 22.6. 1939, S. 1: Židi nebudou vyhazovat naše lidi na dlažbu.

9 Laut 5. Durchführungserlass zur VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 2.3.1940 mussten Juden binnen zwei Wochen die in ihrem Eigentum befindlichen Aktien und Wertpapiere in ein auf ihren Namen laufendes Depot bei einer Devisenbank einzahlen; Vbl. RProt., 1940, Nr. 12, S. 81.

10 Vierter Durchführungserlass zur VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 7.2. 1940, Vbl. RProt., 1940, Nr. 7, S. 45.

Ausscheidung aus dem Wirtschaftsleben

Ermöglichen alle diese Bestimmungen in Verbindung mit strengen Strafbestimmungen in erster Linie Kontrolle und Überblick über die tatsächlich noch verbliebene materielle Kapazität der Protektoratsjuden, so wird auf das Ziel ihrer *wirtschaftlichen Ausschaltung* besonders intensiv durch die *Verordnung des Reichsprotectors vom 26. Januar d. J.* und die entsprechenden Zusatzerlasse hingearbeitet.¹¹ Hiernach kann jüdischen Unternehmen die *Führung wirtschaftlicher Betriebe* jeder Art verboten werden. Sie sind in diesem Fall aufzulösen und abzuwickeln. Auf den besonderen Gebieten des *Textil-, Schuhwaren- und Lederwareneinzelhandels* sind die Juden mit Wirkung vom 30. April 1940 vollständig ausgeschaltet; ebenso ist ihnen von demselben Datum an der Betrieb des *Hausierhandels* und aller *Wandergewerbe* verboten. Auch das *Filmwesen* wurde judenfrei – eine Tatsache von kultureller Bedeutung ersten Ranges: „Jüdischen Unternehmen auf dem Gebiete des Filmwesens wird die wirtschaftliche Betätigung jeder Art ... mit dem 15. April 1940 verboten“, heißt es in lapidarer Form im Durchführungserlaß vom 19. März d. J.¹² *Filmproduktion* und *Filmverleih* waren bereits im Laufe des vorigen Jahres fast völlig arisiert worden; das bezog sich auch auf die zu 92 Prozent (!)¹³ jüdische Angestelltenschaft dieser Filmgebiete, die nun für tschechische arbeitslose Beamte frei wurden. Der stark überbesetzte Filmverleih im Protektorat (es gab in Prag 57 Anstalten – mehr als im Altreich – und davon 18 jüdische) wurde nunmehr stark vereinfacht und straff zusammengefaßt.

Absonderung im öffentlichen Leben

Die Absonderung der Juden von der übrigen Bevölkerung im öffentlichen Leben des Protektorats war schon im Hochsommer des vorigen Jahres recht weit fortgeschritten. Die lokalen Verwaltungsbehörden sind in dieser Richtung scharf vorgegangen. Die *Prager* Regelung wurde am 14. August verlaublich.¹⁴ Die Kundmachung des Polizeipräsidenten der Protektoratshauptstadt bedeutete gleichsam ein Muster für die anderen örtlichen Behörden im Lande. Die in denselben Tagen veröffentlichten *Brünner* Anordnungen¹⁵ gingen teilweise noch weiter als die Prager, die im einzelnen folgendes besagten: Verbot für Juden, eine Reihe namentlich aufgeführter öffentlicher *Lokale bzw. Gaststätten* aufzusuchen, die verpflichtet werden, die Aufschrift „Für Juden nicht zugänglich“ zu führen. Dasselbe gilt für andere öffentliche Lokale in arischem Besitz, sofern es nicht möglich ist, jüdische Besucher räumlich zu trennen, und zwar in augenfälliger und unmißverständlicher Weise. Die jüdischen Lokale müssen an sichtbarer Stelle mit der Aufschrift „*Jüdisches Unternehmen*“ versehen sein. Ähnlich sind die Verhältnisse in den *öffentlichen Bädern* geregelt; auch im *Gesundheitswesen*, der *Siechen- und Armenpflege* sollen die Berührungsmöglichkeiten zwischen Ariern und Juden durch zweckmäßige Vorkehrungen verhindert werden. Endlich wurden die jüdischen Geschäftsinhaber allgemein beauftragt, ihre Betriebe mit der Aufschrift „*Jüdisches Geschäft*“ zu versehen.

11 Dritter Durchführungserlass zur VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über das jüdische Vermögen vom 26. 1. 1940, VBl. RProt., 1940, Nr. 7, S. 44.

12 Zweiter Durchführungserlass zur VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats vom 19. 3. 1940, VBl. RProt., 1940, Nr. 14, S. 89.

13 So im Original.

14 Siehe Dok. 259 vom 19. 8. 1939, Anm. 5.

15 Siehe Dok. 258 vom 12. 8. 1939.

Aus Prag wurde am 25. April über die Veröffentlichung einer *neuerlichen Regierungsverordnung* berichtet, die die Rechtsstellung der Juden des weiteren regelt.¹⁶ Demnach sind sie aus *öffentlichen Diensten, freien Berufen* und aus dem *politischen Leben* auszuschneiden. Die Verabschiedung aus öffentlichen Diensten hat binnen 3 Monaten zu erfolgen. Die in freien Berufen tätigen Juden sind aus den Berufslisten zu streichen. 2 v. H. der jüdischen *Rechtsanwälte* und *Ärzte*, die zur Zeit eingetragen sind, können, soweit hierfür Bedarf besteht, zugelassen bleiben.

DOK. 282

**Josef Lichtenstern informiert den Hechaluz in Genf am 12. Juli 1940,
wie Juden im Protektorat auf die Auswanderung vorbereitet werden¹**

Schreiben von Josef Lichtenstern,² c/o Hechaluz, Prag I., Dlouhá 41/I., an das Hechaluz Geneva Office, Genf, 125, rue de Lausanne, vom 12.7. 1940

Liebe Chaverim,

ich bestätige Euren Brief vom 2. d. M. und beeile mich, Euch zu antworten.³ Das Ausbleiben unserer Briefe führt bitte darauf zurück, daß wir nicht genau wußten, ob ihr auch weiterhin dort bleiben werdet oder nicht.

Selbstverständlich entstehen durch das momentane Stocken der Auswanderung bei uns ganz große neue Probleme. Wir haben hier eine organisatorisch starke und gut geführte Bewegung. Interessant ist besonders, daß die Mitglieder des Hechaluz ca. 28 % der gesamten Mitgliedschaft des Zionistischen Zentralverbandes ausmachen. Trotzdem fehlt unserer Bewegung heute noch die innere Festigkeit und das kulturelle Niveau. Unsere Umschichtungsarbeit ist folgendermaßen organisiert: Wir haben bei einzelnen Bauern mit größerem Grundbesitz Gruppen von je 10 – 25 Menschen untergebracht. Die Zusammensetzung der Gruppen ist abgesehen von der bewegungsmäßigen Zugehörigkeit sehr sorgfältig gemacht worden, trotzdem ergeben sich in den Gruppen auch jetzt noch häufig gesellschaftliche Konflikte, so daß wir oft umdisponieren müssen. Auf diese Weise haben wir in 56 Gruppen ca. 720 Menschen untergebracht. Im Laufe der nächsten Woche wird von uns ein sog. Schulgut besetzt. Es ist das ein großes, ausgezeichnet geführtes Gut, auf dem alle bisher beschäftigten Arbeiter weiterhin beschäftigt bleiben. Zusätzlich zu diesen werden 100 Arbeiter von uns eingeordnet, die in Baracken wohnen werden und die zu-

¹⁶ Am 24. 4. 1940 wurde die Regierungsverordnung Nr. 136 vom 4. 7. 1939 über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben veröffentlicht; siehe Dok. 257 vom 10.8. 1939, Anm. 7.

¹ Lavon Institute, Labour Archives, III-37 A-I-36, Bl. 112.

² Josef (Sepl) Lichtenstern (1915–1945), Beamter; Mitglied der – deutschsprachigen – zionistischen Bewegung Tchelet Lavan, nach deren Zusammenschluss mit der – tschechischen – El Al im Febr. 1939 in der gemeinsamen Führung tätig, wollte im Mai auswandern; am 13.7. 1943 nach Theresienstadt und am 18.12.1943 nach Auschwitz deportiert, an der Entstehung der sog. Kinderbaracke in Birkenau beteiligt, wurde am 1.7. 1944 nach Schwarzheide/Brandenburg deportiert, starb während eines Todesmarsches.

³ M. Orenstein, Hechaluz, Geneva Office, an die Stelle für Berufsvorbereitung und Palästina-Auswanderung in Prag vom 2.7. 1941; wie Anm. 1, Bl. 110.

sätzliche Feldarbeit zu leisten haben. Diese 100 Menschen können jeweils nach 3 Monaten ausgewechselt werden. Das Gut wurde uns für Umschulungszwecke von den zuständigen deutschen Behörden zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß dieser neue Versuch glücken wird und uns für den Winter eine Sicherheit bei unserem Umschulungswerk bieten wird. Wir rechnen, daß während der Zeit der Ernte ca. 1200 Menschen samt dem Schulgut eingeordnet sein werden.

Für unsere intensive Kulturarbeit fehlt uns jedoch, abgesehen von den fähigen Mitarbeitern, hauptsächlich der rege Kontakt mit dem Lande. Leider läßt sich momentan in dieser Beziehung nichts ändern.

Ich erwarte wieder Eure Nachrichten und begrüße Euch herzlich

P.S.: Der Anwärter für eine Studentenauswanderung, Jakob Wurzel,⁴ stammt nicht aus der Jugendbewegung Schomer, sondern aus der Jugendbewegung Blau-Weiß.⁵ Diese Aufklärung scheint mir für Euch wichtig zu sein, damit Ihr wißt, wie die Verteilung event. Zertifikate zu erfolgen hat.

DOK. 283

Jüdisches Nachrichtenblatt: Oskar Singer schreibt am 26. Juli 1940 über die Bedeutung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag¹

Ein Jahr der Neuordnung und Wanderung

Juli 1939 – Juli 1940

O. S.² Nur in der Retrospektive sehen wir die Möglichkeit einer sachlichen und gerechten Würdigung von Ereignissen. Gewiß, man kann im Augenblicke ihres Eintretens wohl eine bestimmte Stellung beziehen, aber man wird immer gefühlsmäßig reagieren, und in diesem Stadium hat eine Bewertung alle Nachteile der Überstürztheit. Nur allmählich, wenn das Gefühl dem Verstande weicht, kommt die Logik zu ihrem Recht. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir heute nach Ablauf eines Jahres ein Ereignis betrachten, das für die Juden in Böhmen und Mähren eine entscheidende Bedeutung hatte, nämlich die Schaffung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag“.³

⁴ Jakob (Jacques) Wurzel (1919 – 1945), Beamter, Elektrotechniker; aktives Mitglied der zionistischen Bewegung, Mitglied des Tchelet Lavan; 1939 Auswanderungsversuche, von 1940 an zunächst in Prag, dann in Mährisch-Ostau als Lehrer tätig; am 29. 3. 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er Hebräisch-Kurse organisierte, am 28. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert; 1945 in Augsburg befreit, heiratete im Sept. 1945 in Prag, starb wenig später an Tuberkulose.

⁵ Schomer: Kurzform für Haschomer Hazair; aus der Pfadfinderbewegung Blau-Weiß ging die El Al hervor.

¹ Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 30 vom 26. 7. 1940, S. 3.

² Dr. Oskar Singer (1893 – 1944), Jurist, Journalist, Schriftsteller; Rechtsanwalt in Neu-Oderberg, Mitinhaber einer Speditionsfirma, zog 1933 nach Prag; Autor u. a. der jüdischen Zeitschrift Selbstwehr, 1939 – 1941 Hauptschriftleiter des Jüdischen Nachrichtenblatts Prag; am 26. 10. 1941 ins Getto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, dort im Archiv des Judenältesten tätig und Mitautor der Ghettochronik, im August 1944 über Auschwitz und Sachsenhausen nach Dachau deportiert, kam dort im Außenlager Kaufering ums Leben.

³ Siehe Dok. 252 vom 15. 7. 1939.

Wir wollen nur trockene Tatsachen verzeichnen, denn nur so können wir ein klares Bild erhalten. Um ein richtiges Bild über die Aufgaben der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu erhalten, müssen wir auf den jüdischen Status vor Errichtung der Zentralstelle zurückblicken.

Der 15. März 1939 fand die Juden in Böhmen und Mähren psychisch völlig unvorbereitet vor.⁴ Wohl befanden sie sich in bezug auf die politischen Fehldiagnosen in sehr zahlreicher Gesellschaft, aber die sich daraus ergebenden Konsequenzen wurden vor der Errichtung des Protektorates nicht von der jüdischen *Masse* gezogen. Der Wille zur Auswanderung, die Erkenntnis, auf verlorenem Posten zu stehen, war noch nicht jüdisches Allgemeingut. Immerhin strebten sehr viele Juden hinaus, und man darf heute sagen, daß sich die mit der Beaufsichtigung der jüdischen Auswanderung beauftragten tschechischen Behörden durchaus bemüht haben, der neuartigen Aufgabe gerecht zu werden. Ein Teil der Juden in Böhmen und Mähren konnte schon in diesem Stadium der historischen Entwicklung die Folgerungen aus der geänderten Lage ziehen und das Land verlassen.

Der 15. März bedeutete aber nicht nur weltpolitisch, sondern auch für die Juden einen Wendepunkt, denn erst von diesem Tage an standen sie Aug in Auge der Kompromißlosigkeit in jüdischen Fragen gegenüber. Diese kannte der Jude in Böhmen und Mähren bisher nur als mehr oder weniger bewegter Zuschauer eines spannenden Dramas. Durch den Einmarsch der deutschen Truppen wandelte sich jähe die Szene zur Wirklichkeit. Ein regelrechter Schock war unausbleiblich. Die Juden waren nicht so vorbereitet, um diese Wendung gefaßt aufzunehmen.

Die Struktur des Judentums in diesem Raume war seit jeher eine sehr lose. Es gab Kultusgemeinden im ganzen Lande, die zwar im „Obersten Rat“ eine Art Spitzenorganisation besaßen, aber doch im wesentlichen autonom waren. Es gab die Zionistische Organisation, die zwar straffer organisiert war, doch nur einen Bruchteil der Juden umfaßte, und es gab eine Unzahl von kleineren und größeren jüdischen Zweckverbänden – alles dies ohne einheitliche Führung. Die Kultusgemeinden beschränkten sich auf die Pflege des religiösen Lebens und lösten in ihrem bescheidenen Rahmen die lokalen Wohlfahrtsaufgaben. Politisch und weltanschaulich herrschte innerhalb des Judentums Zersplitterung und Indifferenz.

Die Prager Gemeinde erkannte sofort die Gefahr der Lage. Zunächst versuchte sie einen Zusammenschluß der Kräfte, um die nun für die Allgemeinheit akut gewordenen Sozial- und Wanderungsprobleme zu meistern. Es rächte sich aber der völlige Mangel jeglicher Autorität. Was das angesichts des autoritären Staatsprinzips bedeuten mußte, bedarf keiner weiteren Erörterung. Die verfügbaren Institutionen erwiesen sich als zu schwach. Sie konnten notfalls nur das Gerüst für einen Neubau abgeben. Hinzu trat die Tatsache, daß sich die in Bildung begriffene jüdische Führung plötzlich von den Hilfsorganisationen des Auslands nahezu ganz abgeschnitten sah. Mit der weltpolitischen Spannung steigerte sich die Gefahr eines Versagens der jüdischen Selbsthilfe. Noch war Frieden, aber die Juden mußten vor dem Kommenden bangen.

Die Frage: auswandern oder nicht war unter diesen Umständen noch immer etwas wie Gegenstand einer partiellen Diskussion. Privatsache, Ansichtssache, sozusagen. Es herrschten vage Vorstellungen von der Einstellung der deutschen Behörden zum besonders ge-

⁴ An diesem Tag marschierte die Wehrmacht in Prag ein, einen Tag später wurde das Protektorat Böhmen und Mähren ausgerufen. Siehe auch die Dok. 235 und 236 vom 15.3.1939.

steigerten Judenproblem in diesem Raume, und man hegte unbestimmte und falsche Hoffnungen auf eine regionale Lösung. Der Mangel an einer ausgerichteten Presse machte die Lage nur noch verworrener. In diesem Stadium der Entwicklung erfolgte Ende Juli die Schaffung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag“. Mit einem Schlage klärte sich die Gesamtlage. Die Frage der Auswanderung aller Juden trat sofort in den Vordergrund, aber nicht mehr als Diskussionsgegenstand, sondern als kategorischer Imperativ. Diese Lösung wurde in eindeutiger Formulierung aktualisiert und zur allein gültigen Maxime erhoben. Bald darauf konnte die Zeitung erscheinen, der die Aufgabe zufiel, den Gedanken der Auswanderungspflicht und die Erörterung aller damit verbundenen Teilprobleme wirksam in die jüdischen Massen zu tragen. Die generelle Auswanderungspflicht wurde umso schneller popularisiert, als die nun folgenden Judenverordnungen den entsprechenden Auftrieb brachten. Mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wuchsen die sozialen Aufgaben der Gemeinde in ungeahnte Höhe.

Die Zentralstelle war allein befugt und in der Lage, die Voraussetzungen für eine Bewältigung dieser Aufgaben zu schaffen. Daher war ein entscheidender Schritt die Zentralisierung der Arbeiten und die autoritative Umgestaltung der Kultusgemeinde in Prag. Diese wurde für den täglich sich erweiternden Aufgabenkreis reorganisiert. Sie wurde Vorbild für alle anderen Gemeinden und funktionierte sehr bald als beratende Instanz. Nunmehr konnte mit Unterstützung und unter Aufsicht der Zentralstelle der so wichtige Beistand der jüdischen Hilfsorganisationen im neutralen Ausland wirksam gemacht werden. Die Beistellung von Barmitteln, Devisen, Fahrkarten (Passagen nach Übersee), Arbeitskontrakten, die Herstellung des Kontaktes mit Verwandten des Auswanderers in Übersee, Regulierung des Telegrammverkehrs – das und vieles andere mehr wurde jetzt methodisch ermöglicht. Die Meisterung des gewaltigen Problems des sozialen Hilfswerkes war dann der nächste Sektor dieses großen Problemkreises der Auswanderung. Nunmehr nahm die Entwicklung einen raschen Verlauf. Es war nur eine logische Folgerung aus den Begebenheiten, wenn der Prager Kultusgemeinde noch mehr Aufgaben, damit noch höhere Verantwortung übertragen wurde. Das geschah durch Erweiterung der Befugnisse der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“.

Die Bedeutung der Verordnung des Reichsprotectors vom 5. März 1940 über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen gipfelt in der Statuierung des *Aufsichtsrechtes der Zentralstelle für das Gesamtjudentum* in Böhmen und Mähren – und in der Übertragung des Weisungsrechtes an die Prager Kultusgemeinde. Hiemit gibt es seit dieser Verordnung nur *eine* kompetente Instanz in allen jüdischen Angelegenheiten: die Zentralstelle.⁵ Aus dieser Rechtslage ergaben sich teils neue organisatorische Maßnahmen für alle Gemeinden, teils erfuhren bereits in der Praxis bestehende ihre Legalisierung.

Die Prager Kultusgemeinde erhielt nun durch Dekret eine Leitung, der im Sinne des Weisungsrechtes auch alle Provinzgemeinden untergeordnet sind. Die von ihr ausgeübte Autorität erfließt aus der Kompetenz der Zentralstelle. Daß diese Autorität besteht, ist in der Geschichte des Diaspora-Judentums neu. Daß sie sich nur zum Wohle der Gemeinschaft auswirken soll, ist der tiefe Wunsch und die feste Hoffnung der Leitung.

⁵ Nach § 2 der VO des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5.3.1940 unterstanden sämtliche jüdischen Organisationen, Stiftungen und Fonds – mit Ausnahme der im § 7 der VO des Reichsprotectors über das jüdische Vermögen vom 21.6.1939 genannten Rechtsgebilde – der Aufsicht der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag; VBl. RProt., 1940, Nr. 11, S. 77 – 79.

DOK. 284

**Der SD-Leitabschnitt Prag berichtet am 8. August 1940
über das Betätigungsverbot der Nationalen Gemeinschaft und die
Freundlichkeit gegenüber Juden in Pilsen¹**

Tagesbericht des SD-RFSS, SD-Leitabschnitt Prag, Nummer: 182/40, i. A. Wolf,² Prag, vom 8. 8. 1940

Tagesbericht

(Streng vertraulich, nur zum persönlichen Dienstgebrauch des Empfängers)

I. Allgemeine Lage und Stimmung.

Das über den Kreis Groß-Prag der *Nationalen Gemeinschaft* verhängte Betätigungsverbot³ wurde von der großen Masse der tschechischen Bevölkerung ziemlich teilnahmslos aufgenommen und hat lediglich in Intelligenzkreisen und bei den NG-Funktionären selbst größere Aufregung hervorgerufen. In diesen Kreisen wurde das Betätigungsverbot als neuer Beweis der deutschen Willkür und Beginn der Auflösung der NG überhaupt hingestellt. Stellenweise wurde von Intellektuellen hierzu geäußert, daß man, wenn die NG zu bestehen aufhören sollte, dann eben in die Vljaka eintreten werde, um den Deutschen die tschechische „Unbezwinglichkeit“ zu zeigen.

Von der Vljaka selbst und den anderen Rechtsoppositionellen wurde die Nachricht von dieser Maßnahme natürlich mit großer Freude aufgenommen. Zum Teil sieht man jetzt die große Chance für sich selbst gekommen. Rys⁴ ist nunmehr froh, die Verhandlungen mit der NG bereits vor einiger Zeit abgebrochen zu haben. Als unmittelbare Folge der staatspolizeilichen Aktion war in Prag eine sofortige auffallende Abnahme des Tragens der NG-Abzeichen zu beobachten.

Aber auch außerhalb der rechtsoppositionellen Kreise war die Bekanntgabe des Betätigungsverbotes der NG Groß-Prag Anlaß zu verstärkter Kritik an der Nationalen Gemeinschaft überhaupt. So wird aus Prag und Budweis übereinstimmend gemeldet, daß das Vorgehen gegen die NG in tschechischen Arbeiterkreisen mit Genugtuung aufgenommen worden sei, weil man mit der NG unzufrieden ist, da sie auf sozialem Gebiet nichts geleistet habe. Vielfach wird auch darauf hingewiesen, daß die NG-Sekretariate bereits seit längerer Zeit fast überhaupt keine Tätigkeit mehr entwickelten und der Einfluß der NG auf die tschechische Öffentlichkeit ständig zurückging. Die Schriftleitungen einiger großer Prager Tageszeitungen (*Večer*, *Národní práce*, *Venkov*, *A-Zet* sowie die Kleinbauernzeitung *Lidový deník*) stellten, als das Betätigungsverbot bekannt wurde, sofort den Antrag, den Untertitel „Blatt der Nationalen Gemeinschaft“ weglassen und

1 NAP, ÚŘP, AMV 14-312/1-3.

2 Martin Wolf (*1908), Studienassessor; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; Leiter der Abt. II 121 (Linksbewegung) im SD-Hauptamt, von 1939 an SS-Sturmabführer im SD-Leitabschnitt Prag; 1952 vom Amtsgericht Rendsburg für tot erklärt.

3 Am 7.8. 1940 erschien in mehreren Prager Zeitungen die Mitteilung, dass die Prager Kreisorganisation der Nationalen Gemeinschaft aufgrund reichsfeindlicher Umtriebe und der Verhaftung des Kreisleiters Dr. Josef Nestával (1900 – 1976) ihre Tätigkeit einstellen müsse.

4 Jan, auch Josef Rys-Rozsévác (1901 – 1946), Journalist, Politiker; schloss sich 1936 der Vljaka an, unter seiner Führung verband sie sich im Protektorat am 11. 10. 1939 mit zahlreichen ähnlichen Gruppen zum Tschechischen nationalsozialistischen Lager – Vljaka (*Český národně socialistický tábor – Vljaka*); 1942 nach Auflösung der Vljaka als „Ehrenhäftling“ nach Dachau deportiert; 1945 Auslieferung nach Prag, dort gehängt.

durch einen anderen Untertitel ersetzen zu dürfen.⁵ Auch im Verwaltungsrat der Národní Politika wurde ein entsprechender Beschluß beantragt. Von Regierungsseite bemüht man sich, diese Entwicklung zu bremsen. Ministerpräsident Eliáš erklärte zwei Schriftleitern, welche behaupteten, daß die NG niemals zu einer wirklichen tschechischen Volksgemeinschaft führen und das deutsche Vertrauen gewinnen könne, daß sie im Irrtum seien. Zu der Ablegung des Untertitels „Blatt der NG“ bemerkte Eliáš, daß das Betätigungsverbot für den NG-Kreis Groß-Prag nur eine Episode darstelle und daß man sogar hoffe, daß das Betätigungsverbot für den NG-Kreis Olmütz demnächst wieder aufgehoben werde. Bemerkenswert ist, daß der Hauptschriftleiter des A-Zet⁶ seinen Antrag auf Streichung des Untertitels „Blatt der NG“ mit folgenden Worten begründet: „Das Blatt vertritt die Linie des Staatspräsidenten und kann daher nicht einer Institution dienen, die gegen diese Linie gesündigt hat.“

II. Einzelvorgänge.

Die NG-Organisation „Freude am Leben“⁷ in *Pilsen* bereitet für den Monat September ein Trachtenfest vor, an dem Trachtengruppen aus dem Chodenland,⁸ der Hanna,⁹ dem Ostrauer und dem Strakonitzer Gebiet teilnehmen sollen.

Vom Stadttamt *Pilsen* wurde der am 1. 9. 39 festgenommene und vor kurzem aus dem Konzentrationslager entlassene Dr. Pilz¹⁰ zum Vorstand des städtischen Versorgungsamtes ernannt. Pilz war Legionär, sozialdemokratischer Funktionär und als gefährlicher Marxist allgemein bekannt.

Ein tschechischer Hausbesitzer (ehem. Legionär) in *Pilsen* kündigte vor kurzem 3 tschechischen Familien mit der Begründung, daß sie ständig Streitigkeiten hätten. Der wirkliche Grund war aber offenbar die deutschfreundliche Haltung dieser 3 Familien.

Aus *Pilsen* wird berichtet, daß bei der tschechischen Bevölkerung nicht nur keine Judenegnerschaft, sondern eine ständig wachsende Judenfreundlichkeit zu beobachten ist. So wird der den Juden zugewiesene Park¹¹ im Gegensatz zu früher von zahlreichen Tschechen aufgesucht, die sich mit den Juden häufig lebhaft und in geselliger Weise unterhalten.

Die Garnison *Moldautein* der Regierungstruppe setzte für Erntehilfsdienst in den Bezirken *Moldautein* und *Pisek* 73 Mann ein.

Dem Stadtrat von *Olmütz* ging aus Prag am 7. 8. eine anonyme Hetzpostkarte mit Beschimpfungen gegen das Deutschtum wegen der verschärften Maßnahmen gegen die Juden zu.

5 Vom 8. 8. 1940 an erschienen die meisten tschech. Zeitungen ohne den Untertitel, der am 31. 3. 1939 auf Beschluss der Nationalen Gemeinschaft eingeführt worden war.

6 Gemeint ist vermutlich Dr. Jaroslav Křemen. Die Zeitung A-Zet erschien seit 1928 zwei Mal täglich. 1944 betrug die Auflage ca. 100000 Exemplare.

7 Der NG-nahe Verein Radost ze života gab die Zeitschrift Pestrý týden (Bunte Woche) heraus und hatte sich soziale Gleichheit auf die Fahne geschrieben.

8 Region um die Stadt Taus im Südwesten Böhmens, deren Bewohner als Choden bezeichnet wurden.

9 Region in Mähren, zwischen den Städten Olmütz, Kremsier, Proßnitz und Wischau gelegen.

10 Dr. Josef Pilz (1897–1970/71), Jurist, sozialdemokratischer Politiker; 1917–1920 Mitglied der tschechoslowak. Legion in Russland, Abgeordneter und Senator in der Tschechoslowakei, von 1938 an im Stadttamt von Pilsen tätig; nach 1945 Direktor des Westböhmisches Museums in Pilsen.

11 Laut Bekanntmachung der Polizeidirektion Pilsen vom 30. 4. 1941 durften Juden sich lediglich in der Grünanlage Obcizna (heute Štruncovy sady) aufhalten; Ivan Martinovský u. a., Dějiny Plzně v datech od prvních stop osídlení až po současnost, Praha 2004, S. 334.

Die für den 11. 8. in *Taus* (OLB Klattau) angesagte Chodenwallfahrt wurde vom Oberlandrat nicht genehmigt.

In *Pschestitz* (OLB Klattau) wurden anlässlich der neuen Straßenbeschilderung die alten Straßenschilder von einer mit Blumen geschmückten alten Dampfwalze weggebracht. Die tschechische Bevölkerung grüßte angeblich vielfach die alten Tafeln mit Zdar-Rufen.¹²

In *Bresnitz* (OLB Klattau) auf Urlaub weilende tschechische Arbeiter aus dem Altreich äußerten sich sehr günstig über die Arbeitsverhältnisse im Altreich und erklärten, daß sie nicht daran dächten, wieder eine Arbeit in der Heimat anzunehmen. Die Arbeiter grüßen in Bresnitz nur noch mit dem Deutschen Gruß.

In *Wsetin* und *Wal. Meseritsch* (OLB M.-Ostrau) herrscht seit einigen Tagen erheblicher Mangel an Fleisch, Kartoffeln und Milch. Auch in *Pardubitz* sind seit Anfang dieser Woche Kartoffeln nicht mehr zu erhalten, was die Flüsterpropaganda fälschlich auf Aufkäufe durch die deutsche Wehrmacht zurückführt.

DOK. 285

Norbert Meissner aus Triesch schildert seinem Sohn Franz am 17. August 1940, wie die Familie zusammenrückt¹

Handschriftl. Brief von Norbert Meissner,² Triesch, an Franz Meissner,³ Dänemark, vom 17. 8. 1940⁴

81. Brief

Mein theuerstes Kind! Wie angenehm das Gefühl, von Dir zwei Briefe diese Woche, u. z. vom 2. und 8. August, zu erhalten, erübrigt sich der weiteren Schilderung. Hingegen trifft uns Dein Vorwurf ungerecht, da, wie Du aus der Numerierung siehst, noch zwei Briefe vom 5. und 8. August unterwegs sind, von denen Du sicherlich inzwischen einen erhalten hast. Wohl sind wir infolge Deiner Mitteilungen nicht mehr so häufig beim Schreiben gewesen, da wir immer annehmen mußten, daß Dich unsere Zeilen nicht mehr erreichen, wo die Laufzeit eines Briefes 8 – 12 Tage ausmacht. Du siehst aber doch, daß wir selbst dieses Risiko auf uns genommen haben, um Dich ja nicht sorgen zu lassen. Im übrigen weißt Du, wie man jetzt besonders auf Nachrichten, ob von Dir, Ossi oder Otto,⁵ sei 's von

¹² Tschech.: Erfolg, Heil.

¹ USHMM, Acc. 2004.692.1 – The Frank Meissner Papers, Brief Nr. 81.

² Norbert Meissner (1884 – 1944), Fabrikant; lebte bis 1903 in Wien, besaß eine Maschinenfabrik in Triesch; 1925–1930 Vorsteher der Jüdischen Kultusgemeinde in Triesch, von 1939 an Mitarbeiter der JKG in Iglau und hier zuständig für Triesch; wurde am 18.5.1942 von Trebitsch nach Theresienstadt, im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

³ Dr. Franz, auch Frank Meissner (1923–1990), Agrarökonom; von 1937 an in zionistischer Jugendbewegung aktiv; emigrierte im Okt. 1939 nach Dänemark, floh Ende 1943 vor der Gestapo nach Schweden, gelangte im Sept. 1944 nach Großbritannien; kehrte 1946 kurzzeitig nach Jihlava zurück, emigrierte 1949 in die USA, war u. a. als Dozent an der San José State University und für die UN in Argentinien tätig.

⁴ Sprachliche Eigenarten wurden beibehalten.

⁵ Vermutlich die Zwillinge Otto und Julius Grünberger, Cousins von Franz Meissner: Otto Grünberger (1900 – 1945), Drogist, wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert und ist am 9.5.1945 in Dachau gestorben. Julius Grünberger (1900 – 1944), Ingenieur, wurde am 24. 11.1941 von Prag nach Theresienstadt deportiert, wo er im Ältestenrat tätig war, von dort weiter nach Auschwitz.

wem immer, wartet, um etwas Definitives zu hören. So schrieb Ossi am 4., daß in vier Tagen die Abreise der ersten Gruppe, der auch Du angehörst, abgeht, u. dabei gibt er schon den Ort des Endzieles an. Darauf kommt von Dir Nachricht über die Verzögerung wegen des schwedischen Visums u. 100 % Sicherheit u. heute wieder ein weiterer Aufschub von 3 Wochen durch die türkische Zurückhaltung. Nach anderen Versionen soll die Abreise für unbestimmt verschoben sein, womit für uns der feste Entschluß besiegelt ist, wieder fleißig zu schreiben, um Dich am laufenden zu halten. Vor allem berichte ich Dir, daß unser lieber Leo⁶ gestern überrascht auf einige Tage zu uns kam, da er, Sonja,⁷ Erne⁸ u. Gustl Drechsler⁹ und zwei Brünnner¹⁰ vom Grundbesitzer beurlaubt wurden. Korn, Gerste und Weizen sind eingeheimst, ausgedroschen u. sogar teilweise verkauft. Hingegen ist der Hafer noch draußen in Kuppen, sogar auf welchen Feldern noch stehend u. kann infolge der mindest übertäglichen Regenperiode nicht eingeführt werden. Im Hofe gibt es für 13 Leute nicht zu tun, u. so kam's zur Beurlaubung. Wenn vorzeitig schönes Wetter eintritt, werden sie telegraphisch einberufen. Weiteres Interesse hat für Dich die getroffenen Vorbereitungen, die Familie Onkel Hilbert¹¹ bei uns in der vorderen Wohnung unterzubringen, weil er wegen der laufenden Verkaufsverhandlungen der Fabrik auch mit der Aufgabe der Wohnung rechnen muß. Wann die Übersiedlung erfolgen soll, ist noch sehr unbestimmt, aber die Wohnung muß, ins solange das Wetter noch halbwegs sommerlich ist, in Stand gesetzt werden. Uns bleibt die rückwärtige Wohnung sozusagen als Möbelmagazin, da wir bis auf die Klubgarnitur alles von vorne nach rückwärts siedeln. Gestern ließen wir Speisezimmer und Küche malen u. heute gibt es große Reinemacherei, damit wir schon Morgen Nachmittag die Möbel aufstellen können. Du kannst Dir vorstellen, in welcher schöner Wirtschaft wir herumgehen. Und deshalb haben wir Großvater zu Grünbergers und Leo nach Höditz ausquartiert. Sobald wir umgezogen sind, wird Onkel mit dem Umbau beginnen. Aus dem Vorzimmer wird die Küche mit elektrischem Sparherd gemacht, der eingebaute Vorzimmerkasten wird wie Skizze zeigt teilweise demontiert – dicke Striche bedeuten bleibt, gestrichen bedeutet entfernt. *Skizze gestrichen*,¹²

6 Leo Meissner (1920 – 1944), Maschinentechniker; Sohn von Norbert und Charlotte Meissner; wurde am 18.5.1942 nach Theresienstadt, von dort im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

7 Sofie (Sonja) Meissner, geb. Pick (1922 – 1944), Haushälterin, Hebamme; zusammen mit ihrem Ehemann Leo Meissner am 18.5.1942 nach Theresienstadt, am 16. 10.1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

8 Fritz, auch Bedřich Drechsler (*1915); studierte Medizin; seine Familie zog nach 1939 von Iglau nach Prag um, er wurde von dort am 16. 10.1941 ins Getto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, wo er als Hilfsarzt tätig war; wurde in Dachau befreit.

9 Gustav Drechsler (1918– 1944), Bruder von Fritz Drechsler; zog mit der Familie nach 1939 von Iglau nach Prag um, wurde von dort am 16. 10.1941 ins Getto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, wo er umkam.

10 Moses Brünnner (*1869) lebte mit seinem Bruder Gustav in Iglau, zog später nach Wien, weiteres Schicksal unbekannt. Gustav Brünnner (*1866), Inhaber eines Unternehmens in Iglau; zog Anfang 1941 zwangsweise nach Triesch und dann nach Trebič um, wurde von dort am 18.5.1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er kurz darauf starb.

11 Hilbert Grünberger (1896 – 1945), Fabrikant; war finanziell an der Firma seines Schwagers Norbert Meissner beteiligt, nach dem deutschen Einmarsch im März 1939 dort als Hilfsarbeiter beschäftigt; am 18.5.1942 nach Theresienstadt und am 1.10.1944 nach Auschwitz deportiert, am 6. 2. 1945 in Dachau ermordet.

12 So im Original. Die an dieser Stelle gefertigte Skizze ist durchgestrichen.

lieber die Abteilung zum Fenster bleibt, so auch die oberen Teile mit den Schubfächern ganz, und im Mittel und einfachen Teil zum Eingang wird der Sparherd eingesetzt. Ins große Zimmer wird das Wohnzimmer kombiniert mit dem Herrenzimmer untergebracht u. aus dem kleinen Zimmer das Schlafzimmer gemacht. Alles andere Möbel wird eingelagert. Hoffentlich wird das Zusammensein gut tun. Aus der kommenden Nummer der jüd. Nachrichten wirst Du erfahren, daß Peter nicht mehr in die Schule gehen kann.¹³ Gestern war ich mit Dr. Singer¹⁴ in Telč, um mit den dortigen Herren Vorbereitungen zu besprechen, damit wir gemeinsam 1 oder 2 Lehrkräfte für die Jugend uns sichern, müssen natürlich Anordnungen und Richtlinien von Prag abwarten. Jedenfalls wieder eine große Sorge für uns und besonders für Eltern mit schulpflichtigen Kindern. Weil ich die Zeitung erwähne, erhältst Du dieselbe wöchentlich eingeschickt? Schreibe bitte darüber und auch, ob Frau Nielsen den Polster erhielt. Dein Brief vom 8. August hat uns ob des uns so schön geschilderten Ausfluges mit allem, was damit zusammenhing, sehr gefreut und wünschen weiter Gutes zu hören.

Viele Grüße an Familie Nielsen.

Gruß u. Kuß Dein Vater Norbert.

Mutti hilft sehr fleißig und bittet um Entschuldigung, warum sie nicht selbst schreibt.¹⁵ Großvater und Leo sind nicht anwesend.

DOK. 286

Staatssekretär Frank erteilt dem Wunsch einiger Oberlandräte nach Kennzeichnung und Gettoisierung der Juden im Protektorat am 17. August 1940 eine Absage¹

Schreiben des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren (BdS. II – 1305-6/40), i. V. gez. Frank, Prag, an a) alle Oberlandräte, nachrichtlich an a) die Abteilungen I (Gruppe 3) und II, b) die Dienststelle Mähren (Eing. 19. 8. 1940), c) die Parteiverbindungsstelle, d) die Stapoleitstellen Prag und Brünn und e) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, vom 17. 8. 1940²

In letzter Zeit sind in einer Reihe von Bezirken von verschiedenen örtlichen Dienststellen Anordnungen ergangen, die teilweise die Beschränkung der Freizügigkeit der Juden, z. T. wohnpolitische Ziele im Zusammenhang mit dem Judenproblem verfolgten.³ Dadurch,

¹³ Am 7. 8. 1940 hatte die Protektoratsregierung den Ausschluss jüdischer Kinder aus öffentlichen Schulen zum Beginn des nächsten Schuljahres angeordnet; Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 261f.

¹⁴ Vermutlich: Dr. Alfred Singer (1897 – 1944), Arzt; Rot-Kreuz-Vorsitzender in Triesch; nach 1939 Berufsverbot, 1942 musste er mit seiner Familie nach Prag umziehen, wurde am 22. 12. 1942 nach Theresienstadt deportiert, dort in der jüdischen Selbstverwaltung tätig, am 23. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam.

¹⁵ Charlotte, auch Karolina Meissner, geb. Grünberger (1894 – 1944), Beamtin, Buchhalterin; heiratete 1918 Norbert Meissner; sie wurde am 18. 5. 1942 nach Theresienstadt, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

¹ MZAB, B 251/523/4082, Karton 46.

² Im Original handschriftl. Unterstreichungen, Dienststempel.

³ Siehe Dok. 258 vom 12. 8. 1939 und Dok. 278 vom 10. 6. 1940.

daß solche Anordnungen oft nur rein örtliche Interessen berücksichtigen und nicht auf die Belange des übrigen Reichsgebietes abgestimmt sind, leidet nicht nur die einheitliche Ausrichtung solcher Maßnahmen, sondern sie bringen auch vielfach erhöhte Ausgaben für die Befürsorgung der betroffenen Juden und damit eine starke Belastung der Mittel des Auswanderungsfonds mit sich.

Ich ersuche neuerlich, Maßnahmen gegen Juden, die grundsätzliche Bedeutung haben, erst nach vorherigem Einvernehmen mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei (Zentralstelle für jüdische Auswanderung) in Angriff zu nehmen. Eine zentrale Behandlung aller Judenfragen ist auch zur Überwachung der getroffenen Anordnungen notwendig. Da der deutschen Polizei im Protektorat unter den gegebenen Verhältnissen kein hinreichendes Personal zur Verfügung steht, muß die Überwachung solcher Judenmaßnahmen der Protektoratspolizei überlassen werden. Auch dieser Umstand spricht für eine zentrale Regelung derartiger Anordnungen.

Zur Orientierung teile ich mit, daß auf meine Anregung von der Protektoratsregierung folgende Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit der Juden angeordnet worden sind bzw. deren Anordnung im Zuge ist.

- 1.) Verbot des Aufenthaltes in verschiedenen öffentlichen Parkanlagen,⁴
- 2.) Verbot des Besuches von Sportveranstaltungen,⁵
- 3.) Verbot des Aufenthaltes in Speise- und Schlafwagen,⁶
- 4.) Regelung der Beförderung von Juden auf den Straßenbahnen,⁷
- 5.) Regelung der Einkaufszeiten,⁸
- 6.) Auflassung der gemischten Gaststättenbetriebe (abgesonderte Restaurationsräume von Juden).⁹

Ich werde den Inhalt der von der Protektoratsregierung getroffenen Anordnungen jeweils zur Kenntnis bringen. Ausnahmen für Einzelpersonen von der Einhaltung solcher Anordnungen sind grundsätzlich nicht zu erteilen.

Die von einzelnen Oberlandräten zur Erörterung gestellte Kennzeichnung der Juden durch Armbinden oder Abzeichen sowie die Einrichtung von Gettos oder die sonstige Zusammenfassung in bestimmten Wohnungen oder Wohnvierteln kann derzeit nicht in Erwägung gezogen werden.

4 Mit Kundmachung vom 17.5.1940 wurde Juden der Zutritt zu sämtlichen öffentlich zugänglichen Parkanlagen verboten; Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12), S. 246.

5 Der Ausschluss von Juden aus „arischen“ Vereinen und das Verbot des Besuchs von Sportveranstaltungen waren bereits 1939 erlassen worden; ebd.

6 Am 7.8.1940 untersagte die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen in den Reichs- und Protektoratsbahnen; ebd., S. 247.

7 Die Polizeidirektion Prag beschränkte am 12.9.1940 die Beförderung von Juden in Straßenbahnen auf den letzten Waggon. Hatte die Straßenbahn keinen Beiwagen, so war Juden der Zutritt verboten; ebd.

8 Am 23.7.1940 legte die Landesbehörde in Prag die Einkaufszeiten für Juden in einem Runderlass auf die Zeiten 10.30 – 13 Uhr und 15 – 17 Uhr fest; NAP, 1 H-184-5, Bl. 36 + RS.

9 Siehe auch Dok. 258 vom 12.8.1939.

DOK. 287
**In Holleschau fordert der Stadtrat
am 30. August 1940 die Einführung der Arbeitspflicht und
weitere Maßnahmen gegen Juden¹**

Schreiben des Oberlandrats, (Nr. Pol-) gez. Bayerl,² Zlin, an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag (Eing. 3.9.1940), durch die Dienststelle Mähren, Brünn (Eing. 31.8.1940), vom 30.8.1940³

Betr.: Maßnahmen gegen die Juden in Holleschau.

Bezug: Erlaß vom 10.7.40 Nr. I 3 b – 5498.⁴

Das Stadtamt in Holleschau hat beschlossen:

1. Die Kultusgemeinde aufzufordern, das Gitter, das den Tempel umfriedet, für die Alt-eisensammlung abzuführen.
2. Das Städtische Schwimmbad mit der Anschrift „Juden ist der Eintritt verboten“ zu versehen.

Die Aufforderungen wurden auch gleichzeitig durchgeführt. Betreffs der Arbeitspflicht der Juden in Holleschau hat der Stadtrat beschlossen, bei der Bezirksbehörde um die Bewilligung zur Einführung der Arbeitspflicht für die Juden und um die Genehmigung des Verbotes, daß die Juden arische Dienstmädchen halten, anzusuchen. Weil es sich aber um normative Regelung[en] der Judenverhältnisse handelt, hat die Bezirksbehörde in Holleschau diese Angelegenheit der Landesbehörde in Brünn zur Begutachtung vorzulegen.

Ich habe von Schritten gegen die Stadtgemeinde Holleschau, die grundlegende Fragen des Judentums im öffentlichen Leben auf eigene Faust zu lösen versucht, vorläufig abgesehen und bitte, im Interesse einer gleichen Regelung solcher Fragen im gesamten Gebiete des Protektorats Weisungen, die die Unzulässigkeit der Behandlung solcher Fragen für örtliche Dienststellen des Protektorates aussprechen, zu veranlassen.⁵

1 NAP, ÚŘP, I-3b 5850, Kopie: USHMM, RG-48.005M, reel 4.

2 Dr. Josef Bayerl (*1894), Verwaltungsbeamter; von 1922 an im bayer. Verwaltungsdienst, 1923 Reg. Rat, 1925 im Bayer. Staatsministerium des Innern, 1926 – 1933 Bezirksamtsmann in Hammelburg, 1933– 1938 beim Bezirksamt Freising; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 Landrat in Parsberg, April bis Nov. 1939 Kreishauptmann in Brünn, seit Nov. 1939 Oberlandrat in Proßnitz, später in Zlin und von 1942 an in Brünn.

3 Im Original handschriftl. Anstreichungen und Bearbeitungsvermerke.

4 Im Schreiben vom 10.7.1940 hatte der Reichsprotektor den Oberlandrat in Zlin um eingehenden Bericht bezüglich der Maßnahmen gegen die Juden in Holleschau gebeten; wie Anm. 1.

5 Derartige Weisungen waren bereits ergangen; siehe etwa Dok. 286 vom 17.8.1940.

DOK. 288

**Alžběta Salačová in Prag bekommt am 4. Oktober 1940
einen anonymen antisemitischen Brief¹**

Anonymer Brief von Frauen aus Mscheno an Alžběta Salačová,² Prag, vom 4. 10. 1940³

Ihr stinkenden Jüdinnen!

Ihr kommt hierher, um uns Fleisch, Eier, Obst und Geflügel zu klauen. Das lassen wir uns nicht gefallen!!⁴ Ihr wohnt im Hotel, wo die Juden nichts zu suchen haben. Solltet ihr noch einmal hierherkommen, werden wir die Gestapo rufen, die euch aus dem arischen Hotel rausschmeißen wird, und wir werden dann die Gestapo in Prag auffordern, bei euch Hausdurchsuchungen durchzuführen.

Wir erteilen euch diese Warnung zum letzten Mal!!

Die armen Frauen aus Mscheno,⁵ die ihr beklaut.

DOK. 289

**Der Jugendliche Jiří Münzer beschreibt am 6. Oktober 1940 in seinem Tagebuch,
wie seine Hinwendung zum Zionismus verlief¹**

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer,² Eintrag vom 6. 10. 1940

Sonntag, den 6. Oktober 1940.

Nach langer Zeit habe ich mich wieder entschlossen, einige Notizen in mein Tagebuch einzutragen. Ich sage Notizen, denn sollte ich alles aufschreiben, was in letzter Zeit mir persönlich oder allgemein passiert ist, müsste ich ganze Bücher verfassen. Da ich jedoch über keinerlei schriftstellerische Begabung verfüge, weiß ich nicht, wie das aussehen würde. Es geht nämlich vor allem um meinen inneren Wandel.

Von einem gleichgültigen Menschen habe ich mich zum Juden gewandelt – dieses Bewusstsein gibt meinem ganzen Leben eine neue Richtung und wird es auch in Zukunft

1 Kopie: JMP, DP 45d. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Alžběta Salačová (1909 – 1973); heiratete 1936 den „arischen“ Juristen Vladimír Salač in Prag; um Probleme einer „Mischehe“ zu vermeiden, trennten sie sich 1939 offiziell. Nach der Geburt ihres Sohnes Ivan Martin im Juli 1942 ließ Salač das Scheidungsurteil aufheben. Am 25.1.1943 wurden Alžběta Salačová und ihr Sohn nach Theresienstadt deportiert, wo sie bis zu ihrer Befreiung im Mai 1945 vom nachgereisten Ehemann mit Kleidung, Lebensmitteln und Zigaretten versorgt wurden.

3 Im tschech. Original zahlreiche Rechtschreibfehler.

4 Die Stadtbevölkerung versuchte sich auf dem Land mit Lebensmitteln zu versorgen; siehe Dok. 263 von Anfang Okt. 1939.

5 Mscheno bei Melnik in Mittelböhmen.

1 JMP, DP 79. Abdruck in: Dospívání nad propastí. Deník Jiřího Münzera 1936 – 1942, Praha 2002, S. 44 – 49. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Jiří Münzer (1923 – 1943), Schüler; wohnte in Hohenbruck, Mitglied der zionistischen Organisation El Al in Königgrätz, Fabrikarbeit; am 21.12.1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert, meldete sich freiwillig für den Transport am 6. 9. 1943 nach Auschwitz, um seine Freundin Ilsa Poláková begleiten zu können, und wurde dort ermordet.

tun. Mein Zionismus ist ein wahrhaftiger, und ich werde ihm immer treu bleiben, davon bin ich fest überzeugt. Ich habe ein stolzes, selbstbewusstes Judentum kennengelernt, ich widme diesem jetzt meine ganze Zeit und will dafür leben und arbeiten. Ich glaube, ich werde mir dieses Tagebuch einmal in meiner Heimat, in Palästina, anschauen.

Bis Februar vergangenen Jahres hatte ich vom Zionismus eigentlich keine Ahnung, meinem Judentum gegenüber war ich völlig gleichgültig, und überhaupt war mir mein nationales Judentum gar nicht bewusst. Meine Mutter war in der WIZO, und auch mein Onkel Milan Kollmann, der nun mit Žanka und Jona in Eretz [Israel], in Kfar Ata ist,³ war schon immer ein Zionist, das hatte aber auf mich keinen Einfluss. Erst dieses Jahr, als mir der Boden unter den Füßen zu wanken begann, lernte ich mein Volk kennen.

An einem Sonntag Ende Februar blieb ich in Königgrätz. Jirka Fränkl⁴ und Míla Frischmannová⁵ meinten zu meinem Vater,⁶ dass sie am Nachmittag zu einer Versammlung gehen würden und ob ich nicht mitkommen wolle. Ich wusste zwar, dass es in Königgrätz die El Al gibt und war auch schon früher mittwochs zu Versammlungen eingeladen worden, es interessierte mich aber kaum. An jenem Sonntag hatte ich allerdings nichts zu tun, und da meine Mutter mich schon mehrmals aufgefordert hatte hinzugehen, bin ich also gegangen. Ich lief zur Synagoge und dort ins Sekretariat, wo ich Ilsa Polláková⁷ und Bibi Peters traf. Nach einer Weile kamen auch die anderen. Es wurde gerade die Woche der Organisation – šavna irgup⁸ – feierlich beendet, und alle trugen weiße Khultzot.⁹ Jirka F[ränkl] führte die Sichot, und zwar im Necach,¹⁰ wovon ich natürlich wenig hatte. Im El Al waren damals folgende Leute: Jirka Fränkl und Ilsa Polláková als Rosch gdud und Madricha,¹¹ Bibi Peters, Míla Fuchsová, Rutka Fürthová,¹² Jirka Brod¹³ als mehr oder

3 Milan Kollmann (1897–1975), Arzt; als Kinderarzt in Königgrätz tätig, emigrierte 1939 mit seiner Frau Žanka, auch Jeanne Kollmann, geb. Klepetářová (gest. 1985), Lehrerin, als Gymnastiklehrerin in Königgrätz tätig, und seinem Sohn Jona (*1929), Grafiker, nach Palästina, wo er in Kfar Ata (Kyriat Atta) als Kinderarzt praktizierte.

4 Jiří (Jirka) Fränkl (1921–1994), Lehrer, Schriftsteller; am 21.12.1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt und am 18.12.1943 nach Auschwitz deportiert, wo er im Kinderblock arbeitete, am 1.7.1944 nach Schwarzheide zur Zwangsarbeit verschleppt, auf dem Todesmarsch nach Lübeck von der Roten Armee befreit; nach 1945 als Lehrer tätig; nach 1968 Emigration der Familie nach Großbritannien; verfasste u. a. Erinnerungen an Jiří Münzer und dessen Freundin Ilsa Polláková.

5 Kamila (Míla) Frischmannová (*1925); Lehrerin; aktiv in der zionistischen Bewegung; am 21.12.1942 nach Theresienstadt und am 15.12.1943 nach Auschwitz deportiert, in Bergen-Belsen befreit; studierte Sprachen und arbeitete als Lehrerin.

6 Dr. Leo Münzer (*1885), Jurist; arbeitete für die tschechoslowak. Staatsbahn; wurde am 21.12.1942 zusammen mit seiner Frau Ida Münzerová nach Theresienstadt, am 6.9.1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

7 Ilsa Polláková, geb. Töpfer (*1917), Studentin; aktiv in der zionistischen Bewegung; am 21.12.1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt, am 6.9.1943 mit ihrer Mutter weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet; nach dem Krieg für tot erklärt.

8 Richtig: šavua irgun, tschech. Umschrift für „schawua ha-irgun“, die Woche der Organisation.

9 Hebr.: Hemden.

10 Hebr.: Ewigkeit. Es ist unklar, was die Organisation damit gemeint hat, evtl. Bezeichnung für einen Raum.

11 Rosch gdud (hebr.): Vorsitzender; Madricha (hebr.): Leiterin.

12 Ruth, auch Rutka Fürthová, auch Fuerthová (1921–1943), Schülerin; wohnte in Stěžery, aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde am 21.12.1942 nach Theresienstadt, am 20.1.1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

13 Jiří (Jirka) Brod (1922–1943), Schüler; wohnte in Kratonohy; aktiv in der zionistischen Bewegung; zunächst nach Theresienstadt, am 29.1.1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

wenige aktive Chaverim. Als Gäste kamen eine Zeit lang Herbert Pechs und später auch Hela Kantůrková. Dann kamen Karel Rosenbach¹⁴ und ich.

Nicht alle von ihnen waren damals zum Ausklang der Woche der Organisation erschienen. Die Sichot haben mir zwar gefallen, vor allem der Gesang, und doch beeindruckte mich das Ganze nicht sonderlich. Einige Tage danach brachte mich Jirka dazu, in die Jugendalijah einzutreten. Ich hatte mich also zunächst entschlossen, nach Palästina zu gehen, und erst später kam dann das wahre Bewusstsein, und es setzte eine geistige Verwandlung ein, wie ich sie noch nie zuvor durchgemacht habe. Erst sie machte aus mir einen Menschen.

Seither ging ich regelmäßig zu den Sichot und nahm immer aktiver an all unseren Unternehmungen teil. Die Sichot wurden meistens von Ilša vorgelesen, einige Male kamen Herr Ing. Nohel und Herr Ing. Lüftschitz¹⁵ als Gastvorleser. Jirka bereitete sich schon aufs Abitur vor und hatte nicht so viel Zeit für die Vereinstätigkeit.

Am 24. März ging ich nach Stéblová zur ersten Pegischa,¹⁶ die auf mich einen starken Eindruck machte, vor allem fand ich Ota Klein aus Prag beeindruckend. Zur Pegischa kamen auch Beda Kraus¹⁷ aus Nachod und Viki Feder mit Jenda Parkus¹⁸ aus Kolin. Wir blieben über Nacht in Stéblová, und wie ich schon sagte, diese Pegischa hat mich sehr beeindruckt. Wir hatten dann noch mehrere Pegischot in Stéblová, von denen vor allem die letzte vom 24. Juni d.J. sehr gelungen war. Am Sonnabend (dem 23.) gab es bei uns (die Eltern waren auf der Böhmisches-Mährischen Höhe)¹⁹ ein gemeinsames Abendessen. Auch Avi Fischer aus Prag war da.

Am 14. Juli fand wiederum bei uns die Bechinat ha-bagrut²⁰ statt, und an diesem Tag übernahm ich eigentlich schon von Jirka die Funktion des Rosch gdud. Drei Tage später fand in der Turnhalle des Prager Makkabi die veida²¹ statt. Die deutsche Polizei erschien, nahm uns die Ausweise ab und verbot unsere Tätigkeit. Seitdem ist nur noch erlaubt, Iwrith zu lernen. Unsere Arbeit ist daher erheblich eingeschränkt und erschwert, wir werden dennoch durchhalten.

Ich will nicht länger über meinen Zionismus schreiben, der mein Leben erfüllt, und gehe zum Alltag über, der sich seit meinen letzten Einträgen ins Tagebuch so sehr verändert hat. Fast alle Veränderungen haben mit der jetzigen politischen Situation zu tun.

Letztes Mal bin ich bis zur Bildung des Protektorats gekommen. Ende August 1939 schloss Deutschland mit Russland einen Nichtangriffspakt, und am 1. September 1939 brach der

14 Karel Rosenbach (*1923); Schüler; wohnte in Libníkovice; aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde zunächst nach Theresienstadt und am 1.9. 1942 nach Raasiku deportiert, umgekommen.

15 Vermutlich: Edvard Lüftschitz (1884 – 1944), Ingenieur; Mitarbeiter der Tschechischen Bahn, zog 1921 mit seiner Frau und seiner Tochter aus Prag nach Königgrätz um; wurde zunächst nach Theresienstadt, am 28. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

16 Hebr.: Versammlung (Plur.: Pegischot).

17 Bedřich (Beda) Kraus (1920 – 1943), Schüler; wohnte in Nachod, aktiv in der zionistischen Bewegung; arbeitete nach Kriegsbeginn auf verschiedenen Bauernhöfen; wurde am 17. 12. 1942 nach Theresienstadt, am 6. 9. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

18 Jan (Jenda) Parkus (1921 – 1942); wohnte in Kolin; aktiv in der zionistischen Bewegung; wurde am 13. 6. 1942 nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam.

19 Landstrich in Ostböhmen.

20 Hebr.: Reifeprüfung.

21 Jahresversammlung der Föderation der zionistischen Jugend, eines Zusammenschlusses von Mac-cabi Hazair, Haschomer Hazair, Bnei Akiva, Tchelet Lavan und El Al.

Krieg aus; Deutschland stand auf der einen Seite, Polen, Frankreich und England auf der anderen. Polen unterlag nach kurzer Zeit und wurde zwischen Deutschland und Russland aufgeteilt. Danach war es lange verhältnismäßig ruhig, und der Krieg beschränkte sich auf lokale Kämpfe an der Westfront und der Maginot-Linie und auf die Versenkung von Schiffen. In diesem Frühjahr besetzte Deutschland Dänemark und Norwegen, wo man längere Zeit gekämpft hat. Später wurden Belgien, Holland und Luxemburg bezwungen, woraufhin die deutschen Armeen nach Frankreich vorgedrungen sind und bald danach Paris besetzten. Die Maginot-Linie wurde an mehreren Stellen durchbrochen, und Frankreich kapitulierte.

Zuvor trat Italien an der Seite Deutschlands in den Krieg ein. Nach der Kapitulation Frankreichs gibt es in Europa keine Front mehr, nur in Afrika wird an den Grenzen Ägyptens und Abessinien gekämpft. Vor kurzem eroberte Italien Britisch-Somalia. Über Europa wüten Luftkämpfe, und London wird täglich bombardiert. Viele Angriffe richten sich auch gegen Gibraltar. Hierbei kommt es zu paradoxen Erscheinungen, wenn etwa die Franzosen Gibraltar bombardieren.²²

Russland kämpfte im Winter in Finnland und besetzte einen Teil des Landes. Auch Litauen, Lettland und Estland fielen an Russland. Vor einem Monat wurde Rumänien geteilt. Die UdSSR hatte schon früher Bessarabien besetzt, nun bekam Ungarn Siebenbürgen und Bulgarien die südliche Dobrudscha. In Rumänien selbst kam die Eiserne Garde an die Macht, und der ehemalige König Carol floh in die Schweiz.²³

Das ist in groben Zügen die politische Entwicklung in Europa.

Die innere Entwicklung im Protektorat hängt von dieser gesamten Lage ab. Es verschwand alles, was an den [Ersten] Weltkrieg und die Republik erinnerte, alles ist nun zweisprachig. Die wichtigsten Änderungen betreffen allerdings die Juden. Ansonsten herrscht eine große Not, alles ist rationiert und nur gegen Bezugscheine erhältlich.

Die Einschränkungen für Juden nehmen ständig zu. Mein Vater ist natürlich schon längst pensioniert. Wir dürfen keine Gasthäuser, Cafés, Hotels, Kinos, Theater, Parks, Imbisse, Schwimmhallen, Freibäder, Spielplätze usw. betreten, mancherorts darf man nicht mehr in den Wald gehen (hier darf man es noch), unsere Einkaufszeit ist von halb elf bis eins und von drei bis fünf festgelegt, nach acht dürfen wir uns nicht mehr draußen aufhalten, wir dürfen kein Taxi nehmen, in Prag darf man nur im hinteren Wagen der Straßenbahn fahren. Wir dürfen nicht mehr als 1500 K pro Woche abheben (bis jetzt bekam ich meinen Lohn von 36,45 K wöchentlich aufs Bankkonto, weil den Juden kein Bargeld ausgezahlt werden darf), wir bekamen keine Bezugscheine für Bekleidung, und letztes Jahr zu Jom Kippur mussten wir das Radio abgeben. In einigen Städten mussten die Juden aus ihren Wohnungen ausziehen, und auch wir leben ständig in der Unsicherheit, wie lange wir hier wohnen bleiben dürfen und wie lange wir die Rente bekommen. Wir mussten den Schmuck in der Bank abgeben, und es gibt noch viele, viele weitere Einschränkungen, und jede Woche werden neue Verordnungen veröffentlicht. Alle jüdischen Unternehmen werden entweder arisiert oder unter kommissarische Verwaltung gestellt, die Ärzte müssen entweder ihre Praxis schließen oder dürfen nur Juden behandeln. Unsere Stellung wird

22 Dies stand vermutlich im Zusammenhang mit den Planungen des Deutschen Reichs im Aug. 1940, den Stützpunkt Gibraltar zu erobern; siehe Dok. 206 vom 19. 8. 1941, Anm. 9.

23 Am 4. 9. 1940 wurde der rumän. König Carol II. zur Abdankung gezwungen und ging ins Exil. Daraufhin übernahm die faschistische Eiserne Garde die Macht in Rumänien.

immer schlechter. Jüdische Kinder dürfen von keiner Schule angenommen werden, nicht einmal von der Volksschule. (Vor kurzem fand ein Seminar für Lehrer an jüdischen Schulen in Prag statt; von hier nahmen Ilsa und Jirka F.[ränk]l daran teil.)²⁴

Nun zur Arbeit. Als ich zum letzten Mal schrieb, besuchte ich noch die Quinta. Danach hatte ich einen Monat Ferien, und am 31. Juli 1939 trat ich bei den Kauders in Hohenbruck eine Lehre als Dekorateur an. Die Arbeit macht mir Spaß, und ich bin nicht ungeschickt. Ich arbeitete²⁵ am Tisch in einer Gruppe, Gruppenleiter war Herr Hampl, Näherin Frau Konečná und Schmiererin Ema Charvátová. Nebenan arbeitet Gruppenleiter Hajn, auf der anderen Seite arbeiten Cás und Barvíř. Ich ging in die erste Klasse einer Fortbildungsschule in Hohenbruck, in die zweite darf ich jetzt allerdings nicht mehr, was mich nicht stört, denn der Unterricht findet samstagnachmittags statt. In diesem Frühjahr kam ein Kommissar in die Fabrik, er verwehrte Kauders den Zutritt und entließ Meister Diamant und seinen Stellvertreter, beide Juden. Herr Hampl wurde zum Meister, und unser Gruppenleiter ist jetzt Pultr. Diese Woche kam ein neuer Kommissar. Die Arbeit halte ich jetzt für eine Nebensache, denn in Palästina werde ich auf dem Feld arbeiten, wenngleich es für einen Chaluz auch gut ist, wenn er ein Handwerk beherrscht.

Ich lerne Iwrith bei Emil Müller, vier Stunden war ich allein, nun werde ich zusammen mit Míla, Zuza und Herrn Verner²⁶ Iwrith lernen. Ich lerne auch Englisch bei Herrn Munk, und auf meine alten Tage habe ich jetzt angefangen, Klavierspielen zu lernen, wofür ich meiner Mutter wiederum Iwrithstunden erteile. Ich habe außerdem gelernt, etwas auf meiner Schreibmaschine zu schreiben, die ich mir letztes Jahr im August gekauft habe. Ich lese jetzt viel, meistens zionistische und jüdische Sachen. Dafür kaum Zeitschriften, obwohl ich Leiter der Jüdischen Lese- und Redehalle in Hohenbruck bin und sie jede Woche in der dortigen Jeschiwa verteile.

Ich mache zurzeit ziemlich selten Ausflüge, da es kein Essen gibt und ich fast nirgendwo wohnen darf. Die letzte große Reise habe ich 1937 mit Mutter nach Paris gemacht; die Aufzeichnungen darüber habe ich woanders. Im Sommer 1938 war ich für vierzehn Tage in Reichenberg, um bei den Königsteins Deutsch zu lernen. In diesem Winter war ich einige Male (immer sonntags) Ski laufen in Tabor bei Lomnitz, in der Regel mit Zbyněk Petřík (der jetzt regelmäßig samstagabends zu mir kommt) und Jirka Vosmek. Zu Beginn der diesjährigen Ferien machten Bibika und ich einen schönen Fahrradausflug (fünf Tage): zunächst nach Seč und dann nach Swratka auf der Böhmischemährischen Höhe. Wir haben es sehr genossen. Dann war ich noch vier Tage bei den Peters in Prag. Für heute mache ich Schluss und hoffe, dass ich [mein Tagebuch] so bald wie möglich fortsetzen werde.

24 Siehe etwa Dok. 247 vom 21.6. 1939, Dok. 259 vom 19. 8. 1939, Anm. 5, Dok. 263 von Anfang Okt. 1939 sowie Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 4, 7 und 8.

25 Tempuswechsel wie im Original.

26 Vermutlich: Rudolf Werner (1897–1944), Kaufmann; wohnte in Königgrätz und besaß dort ein Geschäft; wurde zunächst nach Theresienstadt, am 29. 9. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

DOK. 290

**Der Schriftsteller Jiří Orten zählt am 27. Oktober 1940 auf,
welchen Einschränkungen Juden unterliegen¹**

Text von Jiří Orten² vom 27. 10. 1940

Verbote

Ich konnte gestern Nacht nicht einschlafen und dachte nach und reihte mir in Gedanken alle Verbote auf, die mich irgendwie, wenn auch nur ein wenig, betreffen. Und weil Sonntagvormittag ist, es draußen schon den zweiten Tag schneit und ich erst in einigen Stunden nach Košiče³ fahren soll, schreibe ich mir hier alle Verbote auf, die mir einfallen, und wenn ich sie aufschreibe, lasse ich unter ihnen noch sehr viel Platz für diejenigen, die nach dem heutigen Tag dazukommen. Ich habe leider keine Quelle bei der Hand, nach der ich mich richten könnte, und so sind die Zusammenstellung sowie auch die Reihenfolge mehr oder weniger zufällig. Es sind also diese Verbote:

Ich darf nicht nach acht Uhr abends aus dem Haus gehen.⁴

Ich darf keine eigene Wohnung mieten.⁵

Ich darf nirgendwohin übersiedeln außer nach Prag I oder Prag V, und dann nur als Untermieter.⁶

Ich darf keine Weinstuben, Kaffeehäuser, Wirtshäuser, Kinos, Theater und Konzerte besuchen, außer solchen, die für mich reserviert sind.⁷

Ich darf nicht in Parks und Gärten gehen.⁸

Ich darf nicht in die städtischen Wälder gehen.⁹

Ich darf mich nicht aus dem Raum Prag entfernen.

Ich darf also nicht nach Hause fahren, nach Kuttenberg oder anderswohin, außer mit einer besonderen Bewilligung der Gestapo.¹⁰

Ich darf nicht in den Motorwaggons der Straßenbahn fahren, nur im letzten Anhänger, und wenn der einen mittleren Eingang hat, dann nur in der hinteren Hälfte.¹¹

1 Literární archiv Památníku národního písemnictví, Bestand Jiří Orten, př. č. 30/79, inv. č. 1, Žihaná kniha, 13. 12. 1939 – 9. 12. 1940. Abdruck in: Deníky Jiřího Ortena. Poesie – Myšlenky – Zápisky, hrsg. von Jan Grossman, Praha 1958; Übersetzung in Anlehnung an: Wilma Iggers, Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch, München 1986, S. 353f.

2 Jiří Orten, auch Ohrenstein (1919 – 1941), Schriftsteller, Literaturkritiker; wichtiger Vertreter der sog. Kriegsgeneration tschechoslowak. Literaten; studierte 1937 – 1940 am staatl. Konservatorium Schauspiel, 1940 wegen seiner jüdischen Herkunft vom Studium ausgeschlossen, an den Folgen eines Verkehrsunfalls gestorben.

3 Vorort von Prag.

4 Siehe Dok. 263 von Anfang Okt. 1939, Anm. 33.

5 Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 37 vom 13. 9. 1940, S. 1.

6 Am 25. 10. 1940 verbot das Prager Polizeidirektorium Juden, umzuziehen und sich aus dem Bezirk Groß-Prag zu entfernen, wenn sie dort ihren Wohnsitz hatten. Eine Ausnahmegenehmigung konnte nur die Zentralstelle für jüdische Auswanderung durch die JKG Prag erteilen; Kundmachung des Polizeidirektoriums in Prag, zit. nach: Helena Petrův, Právní postavení židů v Protektorátu Čechy a Morava (1939 – 1941), Praha 2000, S. 109.

7 Siehe Dok. 241 bis Ende März 1939, Anm. 19.

8 Siehe Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 4.

9 Jüdisches Nachrichtenblatt (Prager Ausg.), Nr. 36 vom 6. 9. 1940, S. 3.

10 Siehe Anm. 6.

11 Zum Verbot siehe Dok. 286 vom 17. 8. 1940, Anm. 7.

Ich darf nicht in Geschäften einkaufen außer zwischen 11 und 13 und zwischen 15 und 17 Uhr.¹²

Ich darf nicht Theater spielen oder sonst irgendwie öffentlich aktiv sein.¹³

Ich darf nicht Mitglied eines Vereins sein.¹⁴

Ich darf in keine Schule gehen.¹⁵

Ich darf nicht mit Mitgliedern der Nationalen Gemeinschaft gesellschaftlich verkehren und diese auch nicht mit mir, sie dürfen mich nicht grüßen oder bei mir stehen bleiben und mit mir über andere als notwendige Dinge sprechen (z. B. beim Einkauf).¹⁶

DOK. 291

Der SD-Leitabschnitt Prag warnt Staatssekretär Frank am 25. November 1940, der deutsche Einfluss in Triesch sei durch den Zuzug von Juden gefährdet¹

Schreiben des SD-Leitabschnitts Prag, B SA 63, gez. Böhme,² Prag-Bubentsch, an den Staatssekretär beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, SS-Gruppenführer Frank, Prag, vom 25.11.1940 (Abschrift von Abschrift)

Betr.: Volkspolitische Lage in Triesch.

Vorg.: Ohne.

Triesch, eine am Südrand der Iglauer Volksinsel gelegene Stadt von über 6000 Einwohnern, entwickelte sich in den Jahren der Tschechoslowakei immer stärker durch das schon von jeher in dieser Stadt stark vertretene Judentum. Mitte des 17. Jahrhunderts war Triesch sogar nach tschechischen Angaben noch zur Hälfte deutsch. Es ist bekannt, daß die untere Kirche in Triesch früher „die deutsche Kirche“ genannt wurde. Bis Weltkriegsende gab es in Triesch noch eine deutsch-jüdische Volksschule. Triesch war damals ein unbedeutendes Landstädtchen, das erst kurz vor dem Weltkrieg durch Erklärung zur Gerichtsbezirksstadt etwas herausgehoben wurde (der nördliche Teil des jetzigen Gerichtsbezirks Triesch unterstand vorher dem Bezirk Iglau, der südliche dem Bezirk Teltsch).

¹² Siehe ebd., Anm. 8.

¹³ Möglicherweise handelt es sich hier um ein mündlich weitergegebenes Verbot. Wenig später, am 7.12.1940, erließ das tschech. Innenministerium eine VO mit der Aufforderung an die Landesämter in Prag und Brünn, Vorkehrungen zum Ausschluss der Juden aus dem Kulturleben zu treffen. So bekamen nur noch die Theater eine Konzession, die keine Juden als Regisseure, Schauspieler etc. anstellten; NAP, PMR 1590, Karton 588.

¹⁴ Siehe Dok. 286 vom 17.8.1940, Anm. 5.

¹⁵ Durch den Erlass des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur vom 12.7.1939 wurden Juden vom Besuch deutscher Volks- und Mittelschulen ausgeschlossen, per VO vom 7.8.1940 untersagte das Ministerium ihnen den Besuch von Schulen mit Tschechisch als Unterrichtssprache. Jüdische Schulen wurden erst im Juli 1942 geschlossen; siehe Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok. 241, Anm. 12).

¹⁶ Siehe Dok. 256 vom 3.8.1939.

¹ ABS, 14-187-6, Bl. 126f.

² Horst Böhme (1909 – 1945?), Kaufmann; 1930 NSDAP- und SS-Eintritt; 1939 – 1942 Befehlshaber der Sipo und des SD Prag, 1942 verantwortlich für das Massaker in Lidice, 1942 Polizeiatnaché in Bukarest, 1943 Chef der Einsatzgruppe B in Weißrussland, 1944 SS-Oberführer; im April 1945 in Königsberg verschollen.

Nach Neugliederung des Oberlandratsbezirkes Iglau wurde jetzt der Gerichtsbezirk Triesch von dem politischen Bezirk Iglau getrennt und dem politischen Bezirk Teltsch zugeteilt. Nach Errichtung der Tschecho-Slowakei wuchs die Bevölkerung beträchtlich; die Stadt wurde ein Zentrum des Kommunismus, der offensichtlich von dem hier ansässigen Judentum stark gefördert wurde. Wie stark der Kommunismus in Triesch noch heute ist, beweisen die Verhaftungen der Stapo im Zuge der Aufrollung der illegalen KPČ in den letzten Wochen. Umso gefährlicher erscheint die heutige Tendenz, Triesch zum Sammelpunkt aller im Iglauer Gebiet noch ansässigen und unliebsamen Juden zu machen. Von den Triescher Deutschen wurde in letzter Zeit lebhaft darüber geklagt, daß sie dauernd neue Judengesichter beobachten können, die sich in Triesch offensichtlich sehr wohl fühlten und ein reges Leben entfalteten. Diese Juden besuchen viel die Triescher Synagoge und haben auch einen eigenen jüdischen Unterricht für ihre Kinder eingerichtet, den der Triescher Rabbiner Strauss leitet und dem neuerdings sogar ein jüdischer Lehrer zur Seite stehen soll. Der Unterricht findet in der Wohnung des Juden Norbert Meissner in Triesch statt.³

Die Zusammenballung der Juden in Triesch wird auch von deutschen Behörden gefördert, wie z. B. die Auflage seitens des Oberlandratsamtes an den einzigen im Iglauer Gebiet zugelassenen jüdischen Arzt, Dr. Kürschner in Iglau,⁴ beweist, seine Praxis nach Triesch zu verlegen. Gefördert wird der Zuzug der Juden nach Triesch auch dadurch, daß viele dort ihre Heimatzuständigkeit haben, zwar schon vor oft vielen Jahren Triesch verließen, nun aber wieder auf Grund der Heimatzuständigkeit nach dort zurückkehren. Diese Entwicklung erscheint aus volkspolitischen Gründen unzweckmäßig, da hiermit am Rande der Iglauer Volksinsel ein Judenzentrum erstehen würde in einer Stadt, die dazu noch eine bekannte kommunistische Hochburg ist. Schon heute zeigt sich bei der tschechischen Bevölkerung von Triesch eine starke Passivität deutschen Anordnungen gegenüber, z. B. in der zweisprachigen Beschriftung der Geschäfte, die vorwiegend nur den Firmeninhaber, nicht aber die Art anzeigen.

Als Ansatzpunkte für eine aktive Deutschtumsarbeit bestehen in Triesch, das an der Straße Iglau – Triesch – Teltsch – Datschitz – Zlabings (Niederdonau) liegt, der Großgrundbesitz des Barons Wenzel Sternbach,⁵ die unter deutscher Treuhänderschaft stehende jüdische Firma Norbert Meissner (Emaille-Werk),⁶ die von dem Alexander-Werk in Remscheid gekauft werden soll, sowie einige wenige kleinere Geschäfte. Heute gibt es in Triesch etwas über 50 deutsche Volkszugehörige, darunter verhältnismäßig viele Mischehen; es ist Sitz eines Blockes der NSDAP. Die deutschen Kinder besuchen die deutschen Schulen in Iglau; z. T. wohnen sie in Iglau, z. T. fahren sie jeden Tag mit der Eisenbahn hin und zurück. Die

3 An dem Unterricht, den vermutlich Dr. Anna Spitzerová (1909 – 1942) oder Dr. Evžen Ornstein (1897 – 1942?) leitete, nahmen meist vier Kinder teil.

4 Dr. Milan Kürschner (*1899), Arzt; als jüdischer Arzt für Iglau, Triesch und Teltsch zugelassen, am 31.1.1945 von Prag nach Theresienstadt zum geschlossenen Arbeitseinsatz deportiert; nach 1945 kehrte er nach Iglau zurück und war dort wieder als Arzt tätig.

5 Gemeint ist hier und im Folgenden: Sternberg. Die Familie der Grafen von Sternberg verfügte seit dem Mittelalter über ausgedehnten Grundbesitz in Böhmen und Mähren und zählte zu den führenden Adelsgeschlechtern Böhmens. Die Stadt Triesch war seit 1831 im Besitz der Familie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Besitz verstaatlicht, nachdem die Familie nach Österreich geflohen war.

6 Siehe Dok. 297 vom 1.2. 1941.

kleineren Kinder beherrschen zumeist die deutsche Sprache nur mangelhaft oder gar nicht; ein von der Baronin Sternbach privat eingerichteter Kindergarten ist inzwischen wieder eingeschlafen. Die allgemeine soziale Lage der Deutschen in Triesch ist schlecht, da sie weitgehend unteren Berufsgruppen angehören. Auch die Wohnverhältnisse sind dementsprechend. Die wenigen Deutschen sind häufig zugleich Mitglieder der Partei, des BDO, der DAF usw.⁷ Die Formationen sind in Triesch nur schwach vertreten. Für ein positives Gemeinschaftsleben fehlt es den Deutschen an geeigneten Räumlichkeiten; dazu kommt der starke Boykott der Tschechen, der bis heute ein selbstbewußteres Auftreten der Deutschen weitgehend verhindert. So kommt es auch, daß die Deutschen bei tschechischen Ämtern zumeist die tschechische Sprache gebrauchen. Bei einer Ausweitung des deutschen Einflusses entlang der Böhmisches-Mährische Höhe zum Gau Niederdonau hin wäre Triesch als eines der wichtigsten Zentren in diesem Gebiet vordringlich zu berücksichtigen.

DOK. 292

Unterstaatssekretär von Burgsdorff fordert am 12. Dezember 1940 die endgültige Entfernung der Juden aus dem Groß- und Einzelhandel bis zum 31. März 1941¹

Schnellbrief (geheim) des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren (II/1 Jd – 107/40 g), i. A. gez. Dr. von Burgsdorff, an a) die Oberlandräte und b) die Dienststelle für das Land Mähren vom 12. 12. 1940

Betr.: Fortgang der Entjudung.

Die Entjudung des Groß- und Einzelhandels ist deshalb besonders dringlich, weil der Wert des Unternehmens entscheidend durch das persönliche Geschick und die Arbeitsleistung des Inhabers beeinflußt wird. Bei allzulanger treuhänderischer Verwaltung besteht naturgemäß die Gefahr, daß die Aktiven² des Unternehmens, insbesondere wegen der Schwierigkeit der Neubeschaffung des Warenlagers, aufgezehrt werden, die Kundschaft sich verläuft und das Geschäft dadurch wertlos wird. Es bietet damit für einen Bewerber keinen Anreiz mehr. Außerdem hat sich gezeigt, daß in treuhänderisch geleiteten Unternehmungen besonders häufige Verstöße gegen die Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften vorkommen. Die Gefahren können nur dadurch beseitigt werden, daß für Handelsbetriebe schnellstens geeignete Bewerber gefunden und ihnen die Betriebe übergeben werden. Dort wo dies vor allem infolge des Krieges nicht möglich erscheint, liegt es aus den angeführten Gründen meistens nicht im Interesse des späteren Bewerbers, die Betriebe weiter für ihn offenzuhalten. Vielmehr erscheint es in der Regel angebrachter, die Betriebe zu schließen und dafür Sorge zu tragen, daß einem späteren geeigneten Erwerber die erloschene Gewerbeberechtigung sofort wiedererteilt werden kann. Damit wird den volkspolitischen Belangen vollauf Rechnung getragen.

7 BDO: Bund Deutscher Osten; der 1933 gegründete Verein zählte zu den Säulen der NS-Volkstumspolitik.

1 JMP, DP 22/7.

2 Gemeint sind Aktiva, die Vermögensteile eines Unternehmens, die auf der Aktivseite einer Bilanz erfasst werden.

Die Entjudung des Groß- und Einzelhandels muß daher bis zum 31. März 1941 beendet sein. Zur Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats vom 26. Januar 1940³ wird ein dritter Durchführungserlaß ergehen, in dem mit Wirkung vom 31. März 1941 Juden und jüdischen Unternehmen die Führung wirtschaftlicher Betriebe folgender Art verboten sein wird:⁴

- a) Groß- und Einzelhandel für eigene oder fremde Rechnung,
- b) Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe,
- c) Versicherungsunternehmungen,
- d) Schifffahrt,
- e) Spedition und Lagerei,
- f) Veranstaltung und Vermittlung von Reisen,
- g) Fremdenführergewerbe,
- h) Verkehrs- und Fuhrunternehmen jeder Art einschließlich der Vermietung von Kraftwagen und Fuhrwerken,
- i) Banken und Geldwechsler,
- j) Pfandleihgewerbe,
- k) Auskunfts- und Inkassogewerbe,
- l) Bewachungsgewerbe,
- m) Automatenaufstellgewerbe,
- n) Anzeigenvermittlungsgewerbe,
- o) Wohnungs-, Grundstücks- und Hypothekenvermittlungsgewerbe,
- p) Ehevermittlung.

Bei der Entjudung ist auf der Grundlage der bei den jüdischen Textil- und Ledereinzelhandelsgeschäften (I.D.E.) gemachten Erfahrungen vorzugehen. Um eine reibungslose Durchführung zu gewährleisten, sind in diejenigen Betriebe, in denen Verschiebungen von Waren zu befürchten sind, bis spätestens dem 15. Januar 1941 Treuhänder einzusetzen. Der Treuhänder hat insbesondere die Aufgabe, den Betrieb zu überwachen, um zu verhindern, daß Warenverschickungen oder sonstige Unstimmigkeiten vorkommen. Wegen der geringen Zahl geeigneter Treuhänder bin ich damit einverstanden, daß ein Treuhänder zugleich für mehrere Geschäfte eingesetzt wird. Sofort bei der Einsetzung hat der Treuhänder eine Bestandsaufnahme des Warenlagers zu fertigen. Bis zu ihrem Abschluß ist das Geschäft unter Verschuß zu halten. Die Schließung des Geschäftes darf keinesfalls länger als einige Tage dauern. Der Betrieb ist sodann bis zum 31. März 1941 unter Aufsicht des Treuhänders weiterzuführen. Von dieser Entjudungsaktion ist der gesamte Groß- und Einzelhandel betroffen. Ein handelsmäßiger Verkauf aus derartigen Betrieben darf nach dem 31. März 1941 nicht mehr stattfinden. Soweit (z. B. bei Schneidergeschäften) der auf den Handel entfallende Teil des Betriebes überwiegt, ist der gesamte Betrieb zu schließen.

Eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 5 Abt. 2 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats ist nur in folgenden Fällen zu erteilen:

- 1.) Wenn am 31. März 1941 ein geeigneter Bewerber vorhanden ist und der Übergang des Unternehmens an diesen Kaufinteressenten demnächst zu erwarten ist;
- 2.) wenn noch kein geeigneter Bewerber vorhanden ist, aber die Fortführung des Unternehmens zur Versorgung der Bevölkerung unbedingt notwendig und die ordnungsge-

³ Vbl. RProt., 1940, Nr. 7, S. 41.

⁴ Der dritte Durchführungserlass erging am 10.1.1941; Vbl. RProt., 1941, Nr. 2, S. 13f.

mäße Weiterführung des Unternehmens in der Hand eines Treuhänders unbedingt gewährleistet sind.

In den vorigen Fällen ist darauf zu achten, daß die erlöschende Gewerbeberechtigung für abgewickelte Unternehmen nicht wieder neu ausgegeben wird, damit volkstumpolitisch kein Schaden entsteht. Hiefür sind bei den die Gewerbeberechtigung erteilenden Bezirksbehörden entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Dasselbe gilt für die Verlegung eines anderen Unternehmens in die Geschäftsräume eines geschlossenen Unternehmens (vergleiche Kundmachungen des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe vom 30. Oktober 1940, Nr. 757 über die Beschränkung der Errichtung und Erweiterung von Unternehmungen des Großhandels, Nr. 768 über die Beschränkung der Errichtung und Erweiterung von Unternehmungen des Einzelhandels, Amtsblatt Nr. 255 von 31. 10. 1940). Melden sich in der Folgezeit geeignete, insbesondere aus dem Wehrdienst entlassene Bewerber, so ist dafür zu sorgen, daß diesen die erloschenen Gewerbeberechtigungen sofort erteilt werden können.

Ich bin ausnahmsweise damit einverstanden, daß auch Treuhänder als Bewerber für Unternehmen des Groß- und Einzelhandels zugelassen werden. Dies ist den Treuhändern aber nicht vor Aufstellung der Betriebsinventur bekanntzugeben. In Fällen, in denen ein Treuhänder zum Erwerb des von ihm geleiteten Unternehmens zugelassen wird, ist die Prüfung des Kaufvertrages durch einen Wirtschaftsprüfer unerlässlich.

Bei allen übrigen Unternehmen ist die Entjudung mit größter Beschleunigung durchzuführen. Es muß angestrebt werden, auch hier die Entjudung bis zum 31. März 1941 zu beenden.

Hinsichtlich der Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit verweise ich auf einen Erlaß vom 31. Oktober 1940 (II/1 Jd 37432/40).⁵ Meine vorherige Zustimmung ist daher nur noch bei Juden italienischer, russischer und amerikanischer (USA) Staatsangehörigkeit erforderlich.

Bei den aufgrund dieses Erlasses vorzunehmenden Zwangsentjudungen ist die Einholung meiner vorherigen Zustimmung nicht erforderlich.

Ich bitte bis zum 30. April 1941 um Bericht, wieviel jüdische Unternehmen

1) aufgrund dieses Erlasses geschlossen worden und

a) bereits abgewickelt

b) in der Abwicklung begriffen sind

2) in nichtjüdisches Eigentum übergegangen sind

3) durch einen Treuhänder fortgeführt werden und

a) ein Bewerber vorhanden

b) kein Bewerber vorhanden ist.

Dieser Erlaß gilt auch für Unternehmen der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Forst- und Holzwirtschaft.

⁵ Nicht aufgefunden.

DOK. 293

**Bedřich Kolín verfasst im Jahr 1940 ein ironisches Gedicht über die Vorzüge,
ein Jude im Protektorat zu sein¹**

Gedicht von Bedřich Kolín, Prag, aus dem Jahr 1940

1940 F.R.²

Selig, o selig, ein Jude zu sein.

Einst mußte der Jud als Beamter sich plagen,
dem Chef, diesem Ekel, „Guten Morgen“ sagen,
Jetzt geht er spazieren, er muß sich nicht giften,
was scheren ihn Zahlen, Bilanzen und Schriften,
er muß sich dazu nicht auf den Urlaub erst freuen,
o selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Und auch der Jude als Unternehmer,
lebt sorgenfreier und viel bequemer,
er hat kein Risiko und keine Gefahr,
denn alles besorgt jetzt der Kommissar.
Er selbst mischt sich einfach nicht mehr hinein.
O selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Einst mußte der Jude erst lang spekulieren,
um sich beim Einkauf nicht anzuschmieren,
Heut kann ihn kein Schuster, kein Schneider betrügen,
vom Händler die Schuhe, den Mist läßt er liegen.
Er hat keine „body“,³ er fällt nicht herein,
selig, o selig, ein Jude zu sein.

Einst war das Kino dem Juden ein Graus,
ihm hing der Clark Gable zum Halse heraus,
und ewig die Garbo – der Film war ein Mist,
wenn man nur alles nicht zuschauen müßt.
Heut hängt bei der Kasse ein Zettel,⁴ ganz klein.
Selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Einst frug der Jude: Zu Weihnachten wohin?
Karlovy Vary oder Špindlerův Mlýn?⁵
Heut bleibt er mit der Gattin, sie sitzen zu Haus,
machen höchstens 'nen Ausflug nach Střešovice⁶ raus.

1 JMP, DP 79, Bedřich Kolín.

2 Handschriftl. Anmerkung.

3 „Punkte“, die Übersetzung des tschech. Worts „body“, wurde handschriftl. ergänzt. Möglicherweise sind damit Zuteilungen gemeint.

4 Handschriftl. Ergänzung: „Juden nicht zugänglich“.

5 Karlsbad und Spindlermühle.

6 Ein Stadtteil von Prag.

Ist das nicht herrlich, ist das nicht fein?
Ach, selig, o selig, ein Jude zu sein.

Einst mußte der Jud schaffen bei Tag und bei Nacht,
eh er als Künstler 'nen Namen sich macht.
Heut braucht er sich nicht um den Namen bemühen,
er heißt Israel, ist das nicht fein?
o selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Was tat zu Sylvester der Jud vor nem Jahr?
Erst Kino, dann Šroubek, dann Sekt in der Bar,
heut hat er's besser, ist froh, wie ein Kind,
denn Stätten wie jene „nicht zugänglich sind.“
Bei Freunden geladen, kanns herrlicher sein?
Selig, o selig, ein Jude zu sein.

Kam früher ein Jude des Nachts spät nach Haus,
Gab's Krach mit der Gattin, wie zankt die ihn aus.
Heut braucht er nicht mühevoll Ausreden ersinnen,
womit in der Nacht die Stunden verrinnen.
Er ist jetzt solide ab acht Uhr, wie fein
o selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Das frühe Aufstehen war wirklich nicht schön,
wenn man zu Markte sollt einkaufen gehn.
Jetzt hat man Zeit und kann hübsch lang träumen
ohne die Einkaufszeit zu versäumen.
Gibt es denn freilich mehr keine Waren,
kann man sich freuen, Geld zu ersparen.
Früher gabs Auslagen, o welche Pein,
selig, o selig, ein Jude zu sein.

Schön ist es im letzten Straßenbahnwagen,
im ersten, der Andrang war nicht zu ertragen.
Im Judensalon ist's gar nicht so schlimm,
da trifft man Bekannte, wie niemals vorhin,
Herrn Kohn, Frau Pick, Herrn Schwarzkopf, Frau Stein
o selig, o selig, ein Jud jetzt zu sein.

Was braucht ein Jud in den Park zu gehen,
was gibt's schon am Sportplatz besonderes zu sehen?
Muß man sich, um sich im Bad zu erfrischen,
unter das Volk in den Schwimmbädern mischen?
Das alte Sprichwort sich trefflich bewährt,
daß der Jude nur ins Kaffeehaus gehört.
Drum laßt uns singen, rufen und schrein,
selig, o selig, ein Jude zu sein.

DOK. 294

**Der Neue Tag: Am 4. Januar 1941 wird die „Arisierung“ des
Unternehmens Salomon Trau in Proßnitz angezeigt¹**

Anzeige des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, i. A. gez. Pritzel, mit Datum vom 27.12.1940, erschienen am 4.1.1941

Faksimile²



1 Der Neue Tag, Nr. 4 vom 4.1.1941, S. 12. Die Tageszeitung Der Neue Tag erschien 1939 – 1945 als amtliches Veröffentlichungsorgan der deutschen Verwaltung im Protektorat Böhmen und Mähren in Prag.

2 Salomon Trau (*1879), Unternehmer; poln. Staatsbürger, bis 1918 Teilhaber des Konfektionsbetriebs Süsskind und Trau in Proßnitz, von 1918 an Besitzer einer Damen- und Mädchenmantelfabrik, die zeitweise 273 Arbeiter beschäftigte; im April 1939 Flucht nach Polen. Die Firma wurde seit Nov. 1939 treuhänderisch verwaltet und schließlich 1941 von Robert Hanisch gekauft.

DOK. 295

**Der Oberlandrat fordert den Leiter des Arbeitsamts in Pardubitz
am 13. Januar 1941 auf, Juden zur Zwangsarbeit einzuteilen¹**

Schreiben des Oberlandrats für die politischen Bezirke Pardubitz, Chrudim, Hohenmauth, Leitomischl u. Politschka, Chotieborsch,² Abt. für Arbeits- u. Sozialangelegenheiten (Tgb. Nr. 0550 Ha/W), i. A. gez. Unterschrift unleserlich, Pardubitz, an den Leiter des Arbeitsamts in Pardubitz (Eing. 13.1.1941) vom 13.1.1941

Gegenstand: Vermittlung von Juden.

Bezug:

Es ist weder erwünscht noch vertretbar, daß arbeitsfähige Juden aus Mitteln der Arbeitslosenhilfe unterstützt werden, da anzunehmen ist, daß sie Dauerunterstützungsempfänger werden und daher das Sondervermögen der Arbeitslosenhilfe in starkem Maße in Anspruch nehmen. Der in verschiedenen Gegenden des Protektorates nicht zu deckende Bedarf an Arbeitskräften hat es erforderlich gemacht, daß bereits Notdienstverpflichtungen vorgenommen wurden. Es kann daher nicht länger geduldet werden, daß arbeitsfähige Juden aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, vielmehr muß Sorge getragen werden, daß für alle arbeitslos gemeldeten Juden baldmöglichst eine Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird. Hierfür kommen in erster Linie Straßenbauten, Erdarbeiten, Anlage von Grünflächen u. ä. in Frage, da bei diesen Arbeiten Angehörige aller Berufe beschäftigt werden können und körperliche Arbeit für die Juden durchaus zu begrüßen ist. Grundsätzlich sollen sie aber nicht mit Ariern zusammenarbeiten, sondern möglichst in Kolonnen zusammengefaßt und getrennt von den Ariern auf den Baustellen eingesetzt werden. Falls eine Unterbringung in Baracken oder Lagern notwendig ist, muß Sorge getragen werden, daß diese Baracken abgesondert von denen der Arier errichtet werden und daß keinerlei Verkehr der Juden mit den Ariern möglich ist. Der Einsatz der Juden in landwirtschaftlichen Betrieben ist zunächst zu unterbleiben, falls in Einzelfällen ihre Beschäftigung als wünschenswert angesehen wird, ist meine vorherige Genehmigung einzuholen. Ich bitte, sofort für den Einsatz von Juden geeignete Bauvorhaben ausfindig zu machen und die arbeitsfähigen Juden dort einzusetzen. Bei der Prüfung der Arbeitsfähigkeit ist strenger Maßstab anzulegen.

Bis zum 27.1.1941 bitte ich mir mitzuteilen, wieviel Juden bei Bauvorhaben eingesetzt werden können bzw. eingesetzt sind und wie viele am 10.1.1941 noch in Unterstützung standen.³

¹ JMP, DP 49/4.

² Oberlandrat in Pardubitz war 1940 – 1943 Dr. Rudolf Schultz von Dratzig (*1897).

³ Am Ende des Dokuments auf Tschechisch hinzugefügt: „Die Abschrift dieser Zuschrift allen Zweig- und Vermittlungsstellen zum Berichten laut dem letzten Absatz bekannt gegeben. 20. 1.1941.“ Am 27.1.1941 meldete das Arbeitsamt Pardubitz dem Oberlandrat, in seinem Bereich seien bisher elf Juden zu Erd- und Bauarbeiten vermittelt worden; wie Anm. 1.

DOK. 296

**Unterstaatssekretär von Burgsdorff weist am 14. Januar 1941
die Bitte der Protektoratsregierung zurück, 41 ausgewählte Personen
von den antijüdischen Bestimmungen auszunehmen¹**

Schreiben des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren (Nr. 13 b – 10711), i. A. gez. Dr. von Burgsdorff, Prag IV, an den Ministerpräsidenten,² Prag (Eing. 16. 1. 1941), vom 14. 1. 1941³

Betrifft: Antrag auf Ausnahme von den Rechtswirkungen der Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben gemäß § 3 der Regierungsverordnung, SdGuV. Nr. 136/40.⁴

Auf das Schreiben vom 21. Dezember 1940, Zl. 3978/1590/7/40 S. M. R.⁵

Ihre Darlegungen haben mich nicht davon überzeugen können, daß ein allgemeines Interesse daran besteht, die von Ihnen näher bezeichneten Personen⁶ von den Rechtswirkungen der Verordnung über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben freizustellen. Bevor ich Ihren Anregungen näher trete, bitte ich, mir in den Einzelfällen mitzuteilen, welche besonderen Tatbestände dafür sprechen, eine Ausnahmegenehmigung in den von Ihnen genannten Fällen zu erwägen. Insbesondere bitte ich anzugeben, auf welchen Lebensgebieten, von denen Juden auf Grund der eben bezeichneten Regierungsverordnung, § 4 Abs. 1 und Abs. 3,⁷ ausgeschaltet werden, die namhaft gemachten Personen eine weitere Betätigung anstreben. Hierbei bitte ich zu berücksichtigen, daß nur besonders schwerwiegende Gründe vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit eine Abweichung von der in der Regierungsverordnung aufgestellten Regelung rechtfertigen. Allgemeine Erwägung an sich, wie etwa die, daß bei den in der Wirtschaft tätigen Personen vom Standpunkte des öffentlichen Interesses keine Einwendungen dagegen bestanden und bestehen, daß sie an Vereinigungen und Körperschaften des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens teilnehmen können, zumal sie durch ihre Familienverbindungen mit der übrigen Bevölkerung verwachsen sind, vermag ich ebensowenig als maßgeblich anzuerkennen, wie die Tatsache allein, daß aus einer rassischen Mischehe Kinder vorhanden sind, die eine Freistellung der Ehefrau von der Teilnahme an Körperschaften des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens (§ 4, Abs. 3, a. a. O.) rechtfertigen.⁸

1 NAP, PMR-S, 1590/7, Karton 589.

2 Alois Eliáš.

3 Im Original verschiedene Dienstempel.

4 Die Regierungsverordnung sah vor, Juden durch Berufsverbote und andere Maßnahmen aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Nach § 3 konnten Juden auf Antrag der Protektoratsregierung und nach Billigung des Reichsprotektors durch den Staatspräsidenten davon ausgenommen werden; Regierungsverordnung vom 4. 7. 1939 über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben, in: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorates Böhmen und Mähren vom 24. 4. 1940, Nr. 136, 1940, S. 395–403.

5 Am 21. 12. 1940 hatte die tschech. Regierung in Reaktion auf eine ablehnende Antwort gebeten, Ausnahmen nicht prinzipiell abzulehnen, sondern jeweils die Einzelfälle zu prüfen; wie Anm. 1.

6 Bis Mitte Okt. 1940 waren etwa 1000 Anträge auf Ausnahmeregelungen eingegangen. Die Regierung hatte 41 Gesuche ausgewählt und an den Reichsprotektor weitergeleitet; wie Anm. 1.

7 Laut § 4 Abs. 1 der Regierungsverordnung waren Juden aus dem Gerichtswesen und der öffentlichen Verwaltung, laut Abs. 3 von der Teilnahme am politischen Leben sowie aus allen Vereinen und anderen Körperschaften ausgeschlossen; siehe Anm. 4.

8 So im Original. In mehreren Folgebriefen lehnte das Amt des Reichsprotektors Ausnahmerege-

DOK. 297

**Charlotte und Norbert Meissner aus Triesch berichten ihrem Sohn Franz
am 1. Februar 1941 von der „Arisierung“ des Familienunternehmens¹**

Briefe von Charlotte und Norbert Meissner, Triesch, an Franz Meissner, Danmark, St. Taaroje, Pr. Fakse, Gribsbjerg, vom 1.2. 1941²

121. Brief

Mein liebster Franzi!

Vorgestern kam Dein Schreiben vom 20. d. M. und heute ein ganz alter Brief vom 3. ds. [Monats] an den l. Leo³ gerichtet. Letzteren haben [wir] gleich nach Höditz geschickt, nachdem heute, Samstag, der l. Leo beim Dr. Singer keine Beschäftigung hat und nicht nach Triesch kommt. Gottlob, Du befindest Dich wohl und geht alles seinen gewohnten Gang bei Euch. Auch wir sind gesund, und haben dieser Tage die Herren aus Remscheid die Fabrik übernommen, u. so sind meine Tage gezählt, die ich noch dort sein werde.⁴ Ich bekomme wahrscheinlich am 15. 2. die Kündigung, u.z., wie es gesetzlich ist, auf 6 Wochen und werde am 1.4. den Posten verlassen. Nun, ich habe ja schon damit gerechnet, und so bin ich nicht überrascht worden. Der l. Onkel⁵ bleibt noch als Berater für eine Zeit oben, nur muß er am 15. 2. die Wohnung für den Ing. räumen, der das Werk führen wird. Nun sind wir wieder um einige Schritte weitergekommen. Wenn nur das Wetter für die Übersiedlung besser wäre, seit gestern ist das fürchterlichste Wetter, das wir hier zu haben pflegen. Es ist ein schrecklicher Sturm, und die Straßen sind alle mit Schnee ganz verweht. Auch die Züge kommen sehr verspätet an, und fürchte ich, daß auch bei Euch der Winter wieder strenger sein wird. Nun wollen wir doch hoffen, daß es nicht mehr so lange anhalten wird, da doch der strengste aller Monate bereits hinter uns ist. Hoffentlich werden wir morgen in Höditz bereits erfahren, ob die Bücher an Dich aus Prag bereits abgegangen sind, damit Du wieder eine kleine Freude mit diesen hast. Heute hast [Du] auch im Brief an Leo geschrieben, daß Dich das Lesen so freut, und ist es nur lobenswert, wenn Du jede freie Zeit damit verbringst. Auch Dein Vetter Peter ist so ein Lesewurm und bleibt immer am liebsten allein zu Hause bei einem Buch.⁶ Wenn die Tante wie gewöhnlich zu ihm nach Hause eilt, findet sie ihn bei einem Buche, und [er] hat gar keine Seh-

lungen für einzelne Berufsgruppen ab, am 4. 10. 1941 teilte es schließlich mit, dass keinem auf der Liste die Freistellung von den Auswirkungen der Regierungsverordnung vom 4. 7. 1939 über die Rechtsstellung der Juden im öffentlichen Leben gewährt werden könne; Miroslav Kárný, Die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats und die Geschichte des „Ehrentums“, in: TSD, 5 (1998), S. 4 – 40, hier S. 27f.

1 USHMM, Acc. 2004.692.1 – The Frank Meissner Papers, Brief Nr. 121.

2 Sprachliche Eigenarten wurden beibehalten, die Interpunktion behutsam korrigiert.

3 Leo Meissner.

4 Gemeint ist das Familienunternehmen im Besitz von Norbert Meissner. 1939 beschäftigte die 1923 gegründete Maschinenfabrik 79 Mitarbeiter. Zur „Arisierung“ der Firma siehe auch Dok. 291 vom 25.11.1940.

5 Hilbert Grünberger.

6 Peter, auch Petr Grünberger (1932 – 1944) wurde zusammen mit seinen Eltern Hilbert und Eleonora (Elly) Grünberger am 18.5.1942 nach Theresienstadt, am 1.10.1944 weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Die Familie Grünberger war zu den Meissners gezogen; siehe Dok. 285 vom 17.8.1940.

sucht nach ihr. Nur wenn er lesen kann, nicht einmal lernen und Aufgaben machen freut ihn so. No, hab ich recht, wenn ich behaupte, daß er ganz wie Franz ist? Er ist ein sehr kluger Junge, und möchtest Du eine große Freude haben, wenn Du Dich mit ihm unterhalten könntest. Ich freue mich, bis er bei uns sein wird, nur wird er manchmal so übermütig, daß er nicht zu bändigen ist. Au das hast Du szt. getroffen, nun ist das alles schon vorüber.⁷ Du bist inzwischen sehr ernst geworden und hast ja in Deinem jungen Leben schon genug des Ernstes durchgemacht. Nur gesund sollst Du immer sein und den Mut nicht verlieren.

Ich muß heute noch zum Begräbnis vom Herrn Leirich,⁸ Vater meines Bürokollegen, gehen, Du wirst Dich sicher noch an ihn auch zu erinnern wissen, mit Anna warst Du recht häufig als Kind bei ihnen. Nun bleibe weiter recht gesund und sei herzlich begrüßt und innig geküßt von Deiner Mutti.

Vom l. Großvater viele Grüße und Küsse. Auch an Familie Nielsen die besten Grüße.

Mein liebes Kind!

In Deinem Brief v. 20. d. M. äußerst Du wieder welche Wünsche, welche wir insoweit gerne zur Ausführung bringen werden, als sich keine Hindernisse in den Weg stellen werden. Natürlich werden wir uns vorerst erkundigen, um sicherzugehen. Das Messer und Brieftasche kommen in Betracht, wogegen dem drittverlangten Wunsche nicht nachgekommen werden kann, da, wie Du vielleicht weißt, solche Gegenstände nicht mehr in unserem Besitze sind. Wenn Dir der Gegenstand fehlt und Du Ersparnisse hast, so kaufe Dir ihn dort, wo nicht, würden wir trachten, Dir ihn in einer minderen Ausführung zu ersetzen. Wie Dir Mutti bereits erwähnt, ist Dein Bücherauftrag bereits vorige Woche weitergeleitet worden, und wir sind neugierig zu hören, ob er auch schon ausgeführt ist. Diesfalls wirst Du ja bald im Besitze der Sendung sein. Heute ist es der dritte Brief, den wir Dir diese Woche schreiben, und daher nicht zu verwundern, wenn es an Stoff mangelt. Warum Euer Abtransport durch die Verweigerung des Visums aufgehalten ist, begreife ich nicht recht, wo doch der erste Transport den gleichen Weg gegangen ist.⁹ Es sind eben die Verhältnisse so, daß jeder Tag neue Verordnungen bringt. Da muß man sich in Geduld fassen und abwarten. Nur nicht ungeduldig werden. Im letzten Brief machte ich Dir den Vorschlag, deine Briefe auch zu numerieren, und wie Du aus der Bestätigung des heutigen Einlaufes siehst, trifft der Brief v. 3.I. heute nach dem v. 20. I. ein. Wenn Du einmal fort bist, will ich Dir jetzt schon sagen, daß man von kurz ab übers deutsche Rote Kreuz mit 25 Worten auch schon aus Palästina schreiben kann. Erkundige Dich rechtzeitig bei der Liga in Kopenhagen.¹⁰

Morgen sind wir wie gewohnt in Höditz, wo uns die Zeit immer zu sehr vergeht, weil es sich so angenehm plauschen läßt.

Bleibe weiter recht gesund und sei innigst begrüßt und geküßt von Deinem treuen Vater

⁷ So im Original.

⁸ František Leirich (1864 – 1941), Fabrikarbeiter in der Fa. Meissner.

⁹ Franz Meissner wartete auf die Ausreise nach Palästina.

¹⁰ Die Dänische Abt. der Women's International League for Peace and Freedom hatte die Jugendalija-Gruppe in Dänemark unterstützt.

DOK. 298

Gert Körbel aus Prag informiert am 4. Februar 1941
Nathan Schwalb in Genf über die Vorbereitungskurse zur Auswanderung
aus dem Protektorat¹

Brief von Gert Körbel,² Prag II, Na Zderaze 14, an Nathan Schwalb,³ Genf, Boulevard des Philosophes 12, vom 4. 2. 1941

Lieber Nathan,

ich bestätige Deine Schreiben vom 6. u. 20. v.M.⁴ Besten Dank dafür. Ich bin also vor einigen Tagen von meiner Reise zurückgekommen und habe nun einen ganz guten Überblick gewonnen. Die wenigen Umschichtungsgruppen entwickeln sich trotz der ziemlich schweren Bedingungen im Winter gut. Ich bin auch in bezug auf den älteren Kreis wieder optimistischer geworden. Es ist natürlich sehr, sehr schwer, aber es wird uns doch gelingen, einen Kern dieser Menschen wirklich zu erfassen. In der leider im Augenblick einzigen Gruppe des jüngeren Kreises hielt ich mich etwas länger auf, die Menschen sind erst kurze Zeit in dieser Zusammensetzung beisammen, und daher ist es schwer, ein Urteil abzugeben. Jedenfalls ist die Gruppe aber, was Arbeitseinstellung, Kulturarbeit (insbesondere hebräisch) [angeht], recht gut, selbstverständlich sind die menschlichen Beziehungen der einzelnen zueinander noch nicht so vertraut und herzlich, wie es sein sollte. Da sich aber alle ehrlich bemühen, werden wir auch hier gewiß manchen Fortschritt machen.

Ansonsten beginnen wir bereits jetzt, uns auf den Aufbau des Umschichtungswerkes im Frühjahr vorzubereiten. Unser Hauptgrundsatz dabei wird Verteilung der Verantwortung, Dezentralisation sein. Wir wollen dieses Prinzip soweit als möglich bereits beim Aufbau der Gruppen anwenden. Wir werden bestrebt sein, die Gruppen eines Gesellschaftskreises möglichst nahe beieinander zu errichten. Die Entwicklung weist heute auf die Entstehung von zwei Kernen für neue Siedlungen hin. Der jüngere Kreis ist bereits heute schon sehr aktiv, sie diskutieren über die Pläne der Umschichtung, machen Pläne für die Zukunft und lernen. Überhaupt ist unter den Menschen unserer Umschichtung so manche Freundschaft entstanden, auch jetzt, wo so viele nicht auf Umschichtung sind, haben sie den Kontakt miteinander aufrechterhalten, teils schriftlich, teils persönlich. – Auch wir stehen mit allen Leuten in einem mehr oder weniger engen Kontakt, was schon im Hinblick auf den Aufbau des nächsten Umschichtungswerkes sehr wichtig ist. Vor allem halten wir die Menschen zu eifrigem Hebräischlernen, zum Lesen guter Bücher u. dgl. an. Wir haben

1 Lavon Institute, Labour Archives, III-37A-1-B8B, Bl. 133+RS.

2 Jifi, auch Gert Körbel (* 1919), Student; zog 1939 von Brünn nach Prag, bemühte sich Ende 1939 um Emigration nach Peru; wurde am 10.8. 1942 nach Theresienstadt deportiert und war dort als Erzieher tätig und Mitglied des Hechaluz, am 19. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert, starb vermutlich im Arbeitslager in Leitmeritz.

3 Nathan Schwalb (1908 – 2004), Gewerkschaftler; Jurastudium in Lemberg; 1929 Auswanderung nach Palästina, 1938/39 Mitarbeiter des Hechaluz in Prag und Wien, baute danach die Weltzentrale des Hechaluz in Genf mit auf, organisierte zusammen mit Joint, Jüdischem Weltkongress und Schweizerischem Roten Kreuz Hilfsaktionen für die Juden im deutschen Machtbereich; 1945 Rückkehr nach Palästina, von 1946 an Mitarbeiter des gewerkschaftlichen Dachverbands Histadrut.

4 Der Brief vom 20. 1. 1941 liegt in der Akte; wie Anm. 1, Bl. 131.

bereits einen ganz guten Überblick über die Hebräischkenntnisse unserer Leute, und ich werde Dir das nächste Mal darüber noch Näheres berichten können. Jedenfalls kann man jetzt schon sagen, daß sich das allgemeine Niveau ziemlich gehoben hat und daß es bereits jetzt eine ziemliche Anzahl verhältnismäßig weit fortgeschrittener Menschen bei uns gibt (schon jetzt über 50) und daß berechtigte Hoffnung besteht, daß der Aufschwung anhalten wird. Für alle Umschichtler wird jetzt ein Monat des Hebräischen durchgeführt werden, hier in Prag wird ein Intensivkurs stattfinden, man wird Prüfungen abhalten u.s.w.

Ein gewisses Problem waren schon im Vorjahre die Mädchen in der Umschichtung. Wir kümmern uns nun mehr um diese, haben vor allem auch darauf geschaut, daß die meisten ordentlich kochen und wirtschaften lernen.

Heute will ich Dir auch noch einiges über den Nachwuchs, über die Jüngerer mitteilen. Die Umschichtungskurse der Jugendhilfe⁵ weisen ziemliche Erfolge auf. In Prag und Ostrau sind sie wirklich ganz in unserem Sinn, es sind dort lauter jugendliche Instruktoren. In Brünn und Olmütz sind teils Jugendliche, teils Professoren. In Brünn, wo die Kurse nun schon das zweite Jahr bestehen, haben wir uns ziemlich durchgesetzt, in Olmütz, wo die Kurse erst seit kurzem bestehen, ist uns das bisher nur teilweise gelungen. Ich hatte bei meinem Aufenthalt dort Gelegenheit, an einer Lehrerkonferenz teilzunehmen, und habe bei dieser Gelegenheit einige Vorschläge zur Umgestaltung in unserem Sinne gemacht. Auch sonst schauen wir darauf, daß die Jugendlichen für ihr künftiges Leben vorbereitet werden, daß sie vor allem Hebräisch lernen und produktive Berufe wählen.

Nun zum Schluß noch zur Auswanderung: wie es mit den Jugendlichen steht, hat Dir ja Erich⁶ bereits geschrieben.

Meine eigene Sache ist noch immer nicht entschieden. Es ist doch klar, daß wir alles unternehmen, damit die Zertifikate nicht verlorengehen.

Ich glaube, daß Du Dir aus diesem Brief ein Bild machen kannst, und hoffe, daß Du bald wieder schreibst.

Übrigens wird es Dich vielleicht interessieren, daß ich vor kurzem auch von Willi Smulovits Nachricht erhalten habe.

Sei recht herzlich begrüßt

Dein

⁵ Die Jüdische Jugendhilfe, eine Abt. des zionistischen Zentralverbands, erfasste Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren, bereitete sie in Prag und Brünn auf die Auswanderung vor und richtete gemeinsam mit der JKG in Prag und Brünn Jugendlila-Schulen ein.

⁶ Vermutlich: Dr. Erich Oesterreicher (1910–1944), Jurist; war in Olmütz als Anwalt tätig; Mitglied der Hechaluz-Leitung; im Dez. 1941 nach Theresienstadt deportiert, Leiter der Arbeitszentrale, im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

DOK. 299

**Olga Keller schildert Walter Jacob am 12. Februar 1941
ihre Emigration und ihr neues Leben in Bolivien¹**

Brief von Olga Keller,² La Paz, Bolivien, Casilla de Correo 334, an Walter Jacob,³ bis 14. 2. Florida (F.C.C.A.), General Roca 1654, ab 15. 2. Argentinien, Buenos Aires, Montevideo 1306, dep. 22, vom 12.2. 1941

Lieber Herr Walter Jacob,

Ihr Brief war mir eine wirklich ganz große Freude. Ich weiß natürlich schon längst, daß Sie der Leiter des deutschen Theaters sind – ich verfolge Ihre Arbeit im Arg[entinischen] Tagebl[att] – und ich ersah daraus auch, daß Sie Frau Lotte Reger⁴ geheiratet haben. (Bitte grüßen Sie sie herzlich, jede ihrer Rollen ist mir von Teplitz her noch in Erinnerung.) Aber in dem allgemeinen Pessimismus, der jeden manchmal überkommt, habe ich nichts unternommen, die Verbindung zu Ihnen wieder aufzunehmen. Daher die große Freude, daß es noch so etwas wie menschliches Interesse gibt. Ich habe dasselbe übrigens vor nicht allzu langer Zeit schon einmal erfahren: Erinnern Sie sich noch an Arne Laurin,⁵ den Chefredakteur der „Prager Presse“? Eines schönen Tages liegt ein Brief von ihm, der im tschechoslowakischen Generalkonsulat in New York arbeitet, hier postlagernd für mich – durch Zufall kam er in meine Hände. Irgend jemand hatte diesem Freunde erzählt, daß ich in Bolivien bin, und er hat es ohne Adresse versucht, mich zu finden. Seither stehen wir in regem Briefwechsel, der wirklich zeitweise sehr interessant ist.

Ich nehme an, daß Sie nicht wissen, wie sich unser Kreis, oder doch die Reste davon, auflöste. Also: Am Abend des 14. September 38 saßen wir wie gewöhnlich bei Dr. Neubauer⁶ beisammen, Hurrel,⁷ Dr. Knöpfmacher⁸ – seine Frau war mit dem Kleinen schon

1 Archiv der Berendsohn Forschungsstelle für deutsche Exilliteratur, PWK Korr. 1941, Mappe I, J, K. Abdruck in: Reunion der Überlebenden. P. Walter Jacobs Korrespondenz mit Freunden und Kollegen 1939 – 1949, hrsg. von der Walter A. Berendsohn-Forschungsstelle für deutsche Exilliteratur, Hamburg 2005, S. 74 – 79.

2 Olga Keller, Schauspielerin; flüchtete im Sept. 1938 von Teplitz-Schönau nach Prag, emigrierte 1939 über Italien nach Bolivien und lebte später in Oruro/Bolivien.

3 Paul Walter Jacob, Pseud. Paul Walter (1905 – 1977), Schauspieler, Dramaturg, Schriftsteller; 1929 bis 1933 an Theatern in Koblenz, Lübeck, Köln und Essen tätig, 1933 entlassen; emigrierte 1933 nach Paris und 1936 nach Prag; 1936 – 1938 an Theatern in Teplitz-Schönau und Prag tätig; emigrierte 1939 nach Argentinien; in Buenos Aires 1939 Mitbegründer und Direktor der Freien Deutschen Bühne, 1950 Rückkehr nach Deutschland, bis 1962 Intendant der Städtischen Bühnen Dortmund.

4 Liselott (Lotte) Reger (1899 – 1972), Schauspielerin; 1928 – 1938 am Stadttheater Teplitz-Schönau tätig; emigrierte 1939 nach Argentinien, heiratete dort 1939 in zweiter Ehe Paul Walter Jacob; Mitbegründerin der Freien Deutschen Bühne in Buenos Aires, von 1949 an als Schauspielerin in der Bundesrepublik tätig.

5 Arne Laurin, geb. als Arnošt Lustig (1889 – 1945), Journalist, Politiker; 1921 – 1938 Hauptschriftleiter der Prager Presse, Gründer und Leiter eines Pressearchivs zur deutschen Frage; 1938 Emigration in die USA, im tschechoslowak. Generalkonsulat in New York tätig, gab den Pressedienst des tschechoslowak. Nationalrats in Paris heraus.

6 Dr. Bernard Neubauer (*1889), Chirurg.

7 Curth Hurrel (1907 – 1974), Dramaturg, Dirigent; 1933 NSDAP-Eintritt; bei den Kammerspielen in München und beim Rundfunk in Stuttgart tätig, Direktor des Stadttheater in Teplitz-Schönau und Brüx, wo er viele Emigranten beschäftigte, 1940 Intendant in Neißa, später in Gleiwitz; nach 1945 Intendant der Bayerischen Staatsoperette in München.

8 Vermutlich: Dr. Friedrich (Fritz) Knöpfmacher (1886 – 1957), Jurist.

bei früheren Unruhen nach Prag geflüchtet – und noch ein Ehepaar, das aber sonst nicht zu unserem Kreis gehörte. In der Straße war die übliche Aufregung, seit Tagen war Gebrüll und „Kundgebung“.⁹ Einmal hatte Dr. Riethof¹⁰ uns an einem Abend mit dem Wagen nach Hause gefahren, da wurde das Auto vor dem Theater von der Menge umringt – keinen Schritt konnten wir vorwärts oder zurück, die Leute drohten mit den Fäusten und riefen: „Nach Palästina mit Euch, verrecken sollt Ihr.“ Ich bin eine gute Hasserin geworden seit damals, aber an jenem Abend konnte ich nur immer völlig ohne Haß in die verzerrten Gesichter sehen. Das waren ja Kinder, alle kaum 17 Jahre alt. An dem Abend bei Neubauers gingen wir immer einmal auf den Balkon hinaus, um zu beraten, wie wir wohl nach Hause kommen könnten. Sie werden vielleicht sagen, warum wir an solchen Abenden nicht überhaupt zu Hause geblieben waren; aber man hatte mehr als sonst in diesen Tagen das Bedürfnis, zusammen zu sein. Übrigens waren wir beinahe die einzigen jüdischen Familien, die noch geblieben waren, unsere Männer fanden es feige zu fliehen – bis zu diesem Abend. Erlassen Sie es mir, unsere Stimmung zu schildern. Das Radio war fast die einzige Stimme im Zimmer. Plötzlich läutete das Telefon, und Hurrle wurde gerufen. Was er damals erfuhr, weiß ich nicht, er kam jedenfalls leichenblaß ins Zimmer zurück und sagte: „Ihr müsst augenblicklich nach Prag. Neubauers fahre ich, Ihr anderen sehet zu, daß Ihr einen Wagen bekommt.“ Es war aus ihm nicht mehr herauszubekommen, und da seine kaum verhüllte Aufregung uns wirkliche Gefahr erkennen ließ, eilten wir jeder, seine Sachen zu packen. Es war 11 Uhr nachts. Soll ich Ihnen schildern, wie wir daheim einen Koffer packten mit dem aus dem Schlaf geweckten Mädchen, so ein bißchen Wäsche und ein paar Kleider? Das Kind ließen wir schlafen, bis Dr. Knöpfmacher mit einem Auto uns holen kam. Da war es ein Uhr nachts. Koffer, Kind und Hund unter dem Arm, verließen wir die Wohnung, wie sie stand – Erinnern Sie sich noch? – und gingen hinunter. Zwei tschechische Polizisten standen am Haustor mit aufgepflanztem Gewehr: „Wohin wollen Sie jetzt in der Nacht?“ „Nach Prag, wir sind Juden.“ „Aber gehen Sie doch schlafen, es wird nichts passieren, wir schützen Sie schon“, sagten diese Braven, und wir schüttelten ihnen tief ergriffen die Hände. Sie hatten übrigens ihre Kinder und Frauen auch nach Prag gebracht – vorsichtshalber! Diese Fahrt durch die Nacht – es war neblig, keiner sprach ein Wort, hier und da tauchte der Schatten eines Tankes¹¹ auf – es war gespenstig. Aber, lieber Jacob, niemand von uns hatte damals das Gefühl der Unwiderruflichkeit. Dann kam eine kleine Groteske: In Prag war kein Zimmer zu bekommen, wörtlich zu nehmen, und das Bürgertum der Sudetenstädte, soweit es jüdisch war, saß in dieser Nacht auf den Stufen vor dem Bahnhof, denn die Lokalitäten waren um diese Stunde geschlossen.

Nebenbei bemerkt, mein Mann fuhr noch in dieser Nacht zurück, weil er es unter seiner Würde fand, seinen Posten zu verlassen, weil dies lebensgefährlich geworden war. Komische männliche Ehrbegriffe! Übrigens auch Dr. Knöpfmacher fuhr zurück, und sein 17jähriger Sohn war dann einige Monate im Lager in Oranienburg, ohne daß die Eltern ein Wort von ihm erlangen konnten.

9 Angestachelt von der SdP unter Konrad Henlein, verlangten Demonstranten im Sept. 1938 immer lauter nach Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Deutsche Reich. Dabei kam es vermehrt zu antisemitischen Übergriffen. Tausende Juden flohen aus den tschech. Randgebieten in das böhmische Landesinnere.

10 Vermutlich: Dr. Georg Riethof, Fabrikant.

11 Tank (engl.): Panzer.

Direktor Hurrle benahm sich weiter sehr freundschaftlich. Er brachte für Neubauers in seinem Wagen Teppiche und andere Wertgegenstände aus ihrer Wohnung, und diese Fahrten konnten ihn jedes Mal mehr als nur seine Stellung kosten. Darum sei ihm auch verziehen, daß er seine Lili hie und da „betrog“, ich weiß eine entzückende Geschichte davon, die ich Ihnen gern einmal erzähle, wenn es Sie freut – Diskretion ist ein Unding geworden, wenn der eine in Palästina und der andere in Teplitz Theaterdirektor ist. Und die Geschichte ist so amüsant, daß sie über die Personen hinausreicht. Was aus den anderen Bekannten geworden ist, weiß ich nicht.

Wir sind hier gelandet. Es ist uns nicht gelungen, unsere Möbel nach Prag zu schaffen, und was aus ihnen geworden ist, weiß ich nicht. Unser Kind ging mit einem Kindertransport nach England.¹² Dann brach der Krieg aus, jede Möglichkeit der Verständigung und des Wiedersehens riß ab. So ein Satz schreibt sich leicht, versuchen Sie zu sehen, was dahinter ist. Dann das Visum nach Bolivien. Dann ein interessantes Intermezzo mit den deutschen Behörden – ich will Ihnen gerne auch das einmal schildern – und dann wurde unser ganzes Gepäck am Bahnhof beschlagnahmt, weil „zu geringe Abgaben dafür bezahlt worden waren“. Es enthielt alles, was wir uns mit unserem letzten Gelde zur Auswanderung angeschafft hatten, aus Teplitz hatten wir nur die paar Sachen aus der Fluchtnacht. Wir fuhren ohne Gepäck, in einem kleinen Handkoffer nur zwei Pyjamas, einmal Wäsche zum Wechseln, ich ein Kleid und mein Mann noch einen Anzug, außer dem einen, den er am Leibe trug, was man halt so für drei Tage Genua ins Handgepäck genommen hatte, bevor man am Schiff seine großen Koffer auspacken kann. Und das ist auch das einzige, was wir bis heute besitzen! Unsere Koffer wurden später freigegeben, nachdem unsere Verwandten unter großen Opfern viel dafür gezahlt hatten, um auf dem „Orazio“¹³ verladen zu werden und unversichert mit ihm unterzugehen. (Versicherung mußte in Dollars bezahlt werden, und das war unseren Leuten unmöglich.) Lieber Herr Jacob, Sie dürfen mir glauben, als ich diese Nachricht erfuhr, habe ich zum ersten Mal seit meiner Emigration von Herzen gelacht. Ich hatte mich schon damit abgefunden, ein armer Schlucker zu sein, und das Mißgeschick mit unserer letzten Habe entbehrte nicht einer großen Komik.

Wir haben auch Glück gehabt in anderer Beziehung. Unser Kind kam mit dem letzten italienischen Schiff hierher – durch halb Europa und über zwei Meere war das Mädel allein gefahren, und ich nahm sie in Arica selig in Empfang.

Hier – von hier müßte ich Ihnen seitenlang erzählen, es ist ein sehr interessantes Land. Ein Land der Gegensätze, der socialen, der landschaftlichen, der kulturellen. Indianer in Urtracht und Stromlinienautos, Tropen und Gletscher. Es wird Sie vielleicht interessieren, daß ich an einem Bolivienbuch schreibe, das von einem nordamerikanischen Verlag bestellt ist. Was wir sonst tun? Es ist uns noch nicht gelungen, unseren Lebensunterhalt zu verdienen, wir rühren den ganzen Tag in schmierigen Overalls Schmierseife und Soda und wohnen in einem Zimmer, von dem ich Ihnen auch gerne einmal berichten möchte. Das einzige, das nicht gelitten hat, ist der Humor – immerhin habe ich zwei Paar Strümpfe, die ganz sind, und wenn ich mein Reisekostüm anziehe, sehe ich noch immer wie eine elegante Frau aus. Am meisten entbehrt man hier – außer Geld natürlich – Men-

¹² Sonja Keller.

¹³ So im Original. Das italienische Passagierschiff „Orazio“ der Linie Genua – Valparaíso (Chile) sank im Jan. 1940 mit über 100 Passagieren, darunter zahlreiche jüdische Flüchtlinge.

schen, mit denen man reden könnte. Hierher ist der größte Powel¹⁴ der Emigration gegangen, Kleinbürger und Kleinstädter im Leben und in der Seele. Und Krämer – wir sind schon ein mieses Völkchen, unter uns gesagt! Daher tat es so gut, einen Ruf von Ihnen zu bekommen. Ich stehe übrigens mit vielen Freunden von einst in Verbindung, zum Beispiel mit Dr. Keller¹⁵ vom Prager Tagblatt, der eine wahre Odyssee hinter sich hat, mit einem Hemd in der Aktentasche über die polnische Grenze geflüchtet, momentan in England, mehrere Berufungen an Universitäten in der Tasche und nach nirgends die Einreise. Nach Ihrem jugendlichen Liebhaber sehe ich mich um. Einem Menschen diese Chance geben zu können, wäre mir eine Freude, wieder in seinem Berufe arbeiten zu können und in einer kultivierten Stadt zu leben. Ich bin auch schon einem auf der Spur. Er lebt in Santa Cruz als Lehrer und gehörte zu dem Kreis der Leute, die die „Mausefalle“ in Berlin spielten.¹⁶ Sie hören von ihm. Eventuell gebe ich sogar eine Annonce in der Zeitung [auf].

Zur Zeitung: Dr. Schück ist ganz reizend zu mir, er ist mir wirklich freundschaftlich behilflich bei meiner journalistischen Arbeit. Er hilft mir auch, für Amerika zu schreiben, und Sie können sich denken, was ein paar Dollar hier bedeuten, wo einer dieser Dinger 60 Bolivianos wert ist und das Leben für eine Person mit 10 Dollar monatlich zu bestreiten ist. Bitte sagen Sie etwas Nettes über mich dort, wenn Sie es noch nicht getan haben. Ich kenne Dr. Schück nicht persönlich, und er ist zu mir wie ein Freund.

Nun versinken Sie aber nicht wieder irgendwo in der Welt für mich, sondern lassen Sie mich wissen, wie Sie und Frau Reger leben und arbeiten, wie es ist, in Buenos [Aires] zu sein, was Sie, die Arbeit betreffend, für Pläne haben. Die Liste der Premieren haben Sie leider vergessen, Ihrem Brief beizulegen, aber ich weiß sie alle aus dem Arg[entinischen] Tagebl[att], Sie glauben gar nicht, wie unsereiner so etwas verfolgt.

Ich schreibe heute zum ersten Mal auf einer neuen Maschine, die mir ein Bekannter geliehen hat, meine liegt bekanntlich auf dem Meeresboden, daher verzeihen Sie die Tippfehler. Wenn Sie mir eine Anregung geben können, wie ich mit ihr Geld verdienen könnte, wäre ich Ihnen sehr dankbar; es scheint die einzige Arbeit zu sein, zu der ich wirklich befähigt bin.

Von meinem Mann und mir allerherzlichste Grüße Ihnen beiden, und lassen Sie bald wieder etwas von sich hören!

Ihre

Wurmser¹⁷ ist in Cochabamba u. hat dort eine Leihbücherei.

14 Aus dem deutschen Wort „Pöbel“ abgewandelter Begriff.

15 Dr. Rudolf Keller (1875–1964), Journalist, Biochemiker; Hrsg. der Zeitungen Prager Tagblatt und Aussiger Tagblatt, 1925–1938 Leiter eines Naturlaboratoriums in Prag, Ehrendoktor der Universität Basel; 1939 über Großbritannien in die USA emigriert, dort bei der Madison Foundation in New York tätig.

16 Die Theatertruppe 1931 in der Künstlerkolonie Berlin hatte 1931/32 das Stück „Die Mausefalle“ von Gustav von Wangenheim (1895–1975) aufgeführt.

17 Ernst Wurmser (1882–1950), Schauspieler, Regisseur; 1917–1933 Engagements in Prag, Berlin, Wien, Breslau, Troppau und Brünn, Mitwirkung an ca. 30 Stumm- und 90 Tonfilmen, 1937/38 Regisseur und Schauspieler in Teplitz-Schönau; 1939 Emigration nach Bolivien, von 1941 an Engagement an der Freien Deutschen Bühne in Buenos Aires.

DOK. 300

**Wilhelm Wrbka bekräftigt am 13. Februar 1941 seinen Wunsch,
das Modenhaus Rix in Mährisch-Ostrau zu kaufen¹**

Schreiben von Wilhelm Wrbka,² Mähr.-Ostrau, an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Prag, vom 13.2. 1941 (Abschrift)

*Betr.: Entjudung des Modenhauses Rix in Mähr.-Ostrau.*³

Aktenzeichen Nr. II/1 Jd. 40.204/40.

Die Kreisleitung der NSDAP in Mähr.-Ostrau hat mich aufgefordert, der Dienststelle des Herrn Reichsprotektors einen Vorschlag zu unterbreiten, der die Übernahme des Modenhauses Rix durch hiesige Bewerber ermöglicht.

Ich bewerbe mich, wie Ihnen bekannt ist, selbst um das Modenhaus Rix, erhielt jedoch am 16. November 1940, Aktenzeichen Nr. II/1 Jd. 40.204, den Bescheid, daß als alleiniger Kaufbewerber Herr Alfred Wieland, Halle/Saale, zugelassen worden sei.⁴ Mündlich wurden mir für die Zurückstellung meines Kaufinteresses von dem zuständigen Referenten Ihres Amtes folgende Gründe genannt:

1.) Herr Alfred Wieland habe sein Erwerbinteresse zeitlich vor mir geltend gemacht.
2.) Die Finanzierung sei im Falle einer Arisierung nach meinem Plane nicht gesichert.
Zu Ziffer 1.) gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, daß ich mich um den Erwerb des Modenhauses Rix bereits seit Mai 1939 bemühe und zwar unter ausdrücklicher Billigung der zuständigen Stellen, d. h. des Oberlandratsamtes und der Kreisleitung der NSDAP. Wenn die Böhmisches Union-Bank⁵ in meinem Auftrage am 11. Oktober 1940 an Ihre Dienststelle wegen meines Kaufinteresses geschrieben hat, so bedeutet dies nicht, daß mein Kaufinteresse erst damals entstanden ist. Der Brief der Böhmisches Union-Bank hatte vielmehr, wie sich aus seinem Inhalt ergibt, insbesondere den Zweck, Ihnen anzuzeigen, daß mit Rücksicht auf die Haltung des Juden Rix⁶ ein Verkauf auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht möglich ist, daß vielmehr eine Arisierung nur durch Einsetzung eines Verkaufstreuhänders durchgeführt werden kann. Die Richtigkeit meiner Angaben, daß ich meine Erwerbsidee den amtlichen Stellen in M.-Ostrau bereits im Mai 1939 vorgetragen habe, ohne daß dort Einwendungen erhoben wurden, wird durch eine Anfrage bei der Kreisleitung der NSDAP und dem Oberlandratsamte bestätigt werden.

Zu Ziffer 2) Was den dort entstandenen Eindruck anbelangt, daß die Finanzierung bei einer Übernahme durch mich nicht gesichert sei, so erlaube ich mir darauf hinzuweisen,

1 NAP, ÜRP-ST, 109-6-62, Karton 1 B, Bl. 21f.

2 Wilhelm Wrbka (1896 – 1945), Kaufmann, Warenhausbesitzer; 1939 NSDAP-Eintritt; Treuhänder der Firma Rix.

3 Das Modenhaus wurde 1906 von Firmengründer Julius Rix an Adolf Lüftschitz verkauft. Das Unternehmen gehörte zu den größten und angesehensten Modehäusern in der Tschechoslowakei und unterhielt mehrere Filialen. In den 1930er-Jahren beschäftigte das Unternehmen etwa 250 Mitarbeiter.

4 Liegt nicht in der Akte.

5 Die Böhmisches Union-Bank war an der „Arisierung“ zahlreicher Firmen im Protektorat führend beteiligt; siehe auch Dok. 263 von Anfang Okt. 1939, Anm. 10.

6 Gemeint ist Adolf Lüftschitz (1874 – 1943), der seinen Namen aus geschäftlichen Gründen zu Rix änderte, nachdem er das Modenhaus gekauft hatte. Er wurde am 26. 9. 1942 von Mährisch-Ostrau nach Theresienstadt und am 18.12.1943 weiter nach Auschwitz deportiert.

daß die Ablehnung meiner Bewerbung ausgesprochen wurde, noch bevor die Beibringung eines Kapitalnachweises von mir verlangt wurde. Ich gestatte mir zu bemerken, daß ich selbst in der Lage bin, K 1 Millionen an eigenen Mitteln flüssig zu machen. Darüber hinaus hat sich der Fabrikant Emmerich Machold⁷ in Freudenthal bindend bereit erklärt, mir für die Arisierung des Modenhauses Rix einen Betrag von 5 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen. Abschrift meiner diesbezüglichen Vereinbarung mit Herrn Emmerich Machold füge ich in der Anlage bei.⁸ Daraus ergibt sich, daß ein Betrag von 6 Millionen Kronen, der zur Sicherung der Finanzierung ausreichend ist, sofort zur Verfügung steht. Auch einen eventuellen erforderlichen Mehrbetrag würde ich in Form eines Verwandtendarlehens meines Onkels, des Freiherrn Karl von Baillou,⁹ aufbringen können. Unter diesen Umständen und im Hinblick darauf, daß ich seit 20 Jahren in der Firma tätig bin, bitte ich, meinem Antrag stattzugeben und mich als Bewerber für das Modenhaus Rix zuzulassen.

Heil Hitler!¹⁰

DOK. 301

Die Jüdische Kultusgemeinde Prag muss Juden am 26. Februar 1941 zum Schneeräumen verpflichten¹

Vorladung der Jüdischen Kultusgemeinde Prag vom 26. 2. 1941²

Diese Vorladung ist mitzubringen.

P.T.

Unter Berufung auf die Regierungsverordnung vom 23. I. 1941³ und auf die Verordnung des Herrn Reichsprotektors vom 5. 3. 1940⁴ werden Sie im Auftrage der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag (Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei beim Amt des Herrn Reichsprotektors in Böhmen und Mähren) aufgefordert, sich Freitag, den 28. Feber 1941, *pünktlich* um 8.05 Uhr vor der Militärwachstube beim Eingang in den

⁷ Emmerich Machold (*1894), Betriebsführer; 1938 NSDAP-Eintritt; besaß einen Textilbetrieb und ein landwirtschaftliches Gut in Freudenthal in Mährisch-Schlesien. Der Betrieb beschäftigte während des Kriegs zunächst 200, später 300 Jüdinnen aus dem KZ Auschwitz.

⁸ Liegt nicht in der Akte.

⁹ Richtig: Carl Freiherr von Baillou (1882–1953), Gutsbesitzer und Besitzer einer Privatbibliothek in Hustopetsch und Kolleschowitz. Wilhelm Wrška war mit seiner Nichte, Irene Sophie Antonine Freifrau von Baillou (*1902), verheiratet.

¹⁰ Wrškas Bemühungen blieben erfolglos. Treuhänder sollten, wie der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren in einem Schnellbrief vom 9. 2. 1940 festgelegt hatte, bei „Arisierungen“ grundsätzlich nicht zum Zuge kommen; siehe Dok. 269 vom 9. 2. 1940.

¹ JMP, DP 78 Jachnin, Mappe 4.

² Die Vorladung wurde auf Deutsch und Tschechisch verfasst.

³ Regierungsverordnung vom 23. I. 1941 über Maßnahmen zur Lenkung der Arbeitskräfte, Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorates Böhmen und Mähren vom 3. 2. 1941, Nr. 46, 1941, S. 111–123.

⁴ VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen, VBl. RProt., 1940, Nr. 11, S. 77–79.

Fliegerhorst Prag-Ruzin einzufinden. Sie werden auf dem Flugfelde Ruzin an diesem Tage *acht* Stunden bei Schnee-Aufräumungsarbeiten beschäftigt sein. Richten Sie sich daher dementsprechend ein (warm anziehen, Essen mitnehmen).

Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jeder Empfänger dieses *Schreibens der Aufforderung unbedingt Folge zu leisten hat*, ansonsten er schwere gesetzliche Folgen zu gewärtigen hätte. Tag und Stunde sind genau einzuhalten.

Zum Flugplatz gelangen Sie mit der Linie 11, Endstation Wokowitz, und von dort aus zu Fuß. Die Fahrzeit aus der Stadtmitte bis Wokowitz beträgt ungefähr 45 Minuten, die Dauer des Weges von Wokowitz bis Ruzin 30 – 40 Minuten. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß von einer Benützung des Autobusses sowohl beim Hinweg als auch beim Rückweg Abstand genommen werden soll.

DOK. 302

Rudolf Stier und Helmut Schmidt unterstreichen im Februar 1941, dass Juden in der Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren keine Rolle mehr spielen dürfen¹

Vorwort zum Buch „Die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren“ von Rudolf Stier² und Helmut Schmidt³

Die Lebenskraft und damit die Lebensberechtigung eines Volkes als eines lebenden Organismus zeigt sich am klarsten in der Erkenntnis aller volksschädigenden Einflüsse und des Einsatzes seines Willens, diese Schäden zu beseitigen. Das deutsche Volk hat das Glück gehabt, in den Zeiten seiner bittersten Not einen Mann gehabt zu haben, der in voller Klarheit die Krankheitssymptome des deutschen Volkes erkannt hat und dem es gelungen ist, diese Erkenntnis dem gesamten deutschen Volk zu vermitteln und seine Widerstandskraft zur Beseitigung dieser Schäden aufzurufen. Mit dieser Erkenntnis hat der Gesundungsprozeß des deutschen Volkes auf allen Gebieten eingesetzt und damit das Volk vor dem Untergang bewahrt. Im Jahre 1933 sind die weltanschaulichen Grundsätze des Nationalsozialismus die Grundsätze des deutschen Volkes geworden. Acht Jahre nationalsozialistischer Herrschaft haben die Richtigkeit der nationalsozialistischen Grundsätze bewiesen und damit die Lebenskraft des deutschen Volkes in nie geahnter Größe aufgezeigt. Als einen Hauptschaden hat der Nationalsozialismus von jeher den Einfluß der Juden auf das deutsche Volk betrachtet und damit sofort nach der Machtergreifung die restlose Beseitigung jüdischen Einflusses auf das deutsche Volk sich zum Ziele gemacht. Nachdem die Juden aus dem Staats- und Kulturleben des deutschen Volkes beseitigt waren, folgte ihre Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben.

1 Rudolf Stier/Helmut Schmidt, Die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren. Kommentar zu den Verordnungen des Reichsprotektors über das jüdische Vermögen und zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats. Zusammenstellung der übrigen ergangenen Verordnungen nach dem Stande vom 15. März 1941, Prag 1941.

2 Dr. Rudolf Stier (*1907); 1931 NSDAP-Eintritt, SA-Obersturmführer; Reg. Rat im RWM, leitete von Herbst 1939 an das Referat VIIa („Entjudung“) im Amt des Reichsprotektors.

3 Helmut Schmidt war Assessor im Amt des Reichsprotektors.

Durch den Erlass der Nürnberger Gesetze⁴ brachte der nationalsozialistische Staat seine Einstellung gegenüber dem Judentum klar zum Ausdruck. Das damals unter völlig beherrschendem jüdischem Einfluß stehende deutsche Wirtschaftsleben konnte diesen Einfluß nur durch Ausscheiden der Juden beseitigen. Da die Juden nicht freiwillig aus der Wirtschaft ausscheiden wollten, mußte ihre Beseitigung durch behördliche Maßnahmen erfolgen.

In dem Gebiete des Altreichs, in der Ostmark und in dem Sudetenland kann die Entjudung der Wirtschaft als abgeschlossen angesehen werden.

Als nach dem Zerfall der tschechoslowakischen Republik der gegenwärtige Staatspräsident Hácha die Länder Böhmen und Mähren unter den Schutz des Deutschen Reiches stellte,⁵ zeigte es sich, daß diese Gebiete noch in stärkerem Maße als im Altreich von dem jüdischen Einfluß befallen waren. Das gesamte Geistes- und Wirtschaftsleben war völlig dem Judentum hörig. Wie stark der Einfluß allein in der Wirtschaft war, zeigt sich darin, daß der Wert des jüdischen Vermögens allein in den Ländern Böhmen und Mähren nahezu dem Werte des ehemaligen jüdischen Vermögens in dem Altreich gleichkam. Das Großdeutsche Reich hat deshalb in dem Augenblick, in dem es die Verantwortung für die Länder Böhmen und Mähren mitübernahm, seinen Willen zur Beseitigung des volkschädigenden Einflusses des Judentums auch auf diese Länder erstreckt. Die Entjudung der gewerblichen Wirtschaft setzt daher mit dem Augenblick der Eingliederung der Länder Böhmen und Mähren in das Großdeutsche Reich ein.

In zahlreichen, den Gesetzen und Erlassen des Reichs angeglichenen Vorschriften hat der Reichsprotector die Grundlagen zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft festgelegt.⁶ Ihrer Erläuterung dient der vorliegende Kommentar. In dem Augenblick des Erscheinens der vorliegenden Arbeit ist für fast alle jüdischen Unternehmungen ein Bewerber gefunden. Die Übernahme jüdischer gewerblicher Unternehmungen wirft aber eine Fülle von Problemen für den Erwerber auf, zu denen in dem Kommentar Stellung genommen wird. Dabei ist auf die Erläuterung entscheidender Wert darauf gelegt,⁷ den Kommentar nicht mit juristischen Erörterungen zu belasten. Er soll vielmehr jedem Erwerber ein praktischer Helfer sein. Das ist um so notwendiger, als die Übernahme des gewerblichen Betriebes in einem Zeitpunkt erfolgt, da das Großdeutsche Reich in einem ihm aufgezwungenen Kriege um seine Existenz kämpfen muß und zahlreiche Verordnungen der Kriegswirtschaft und der Rohstoffbewirtschaftung die Übernahme eines gewerblichen Betriebes und insbesondere seinen Wert maßgeblich beeinflussen.

Die Erläuterungen zu den Verordnungen und Erlassen des Reichsprotectors nehmen ferner eingehend zu der Entjudung des Grundbesitzes und der Ausschaltung der Juden aus dem Vertreterberufe Stellung.

Endlich sind auch die Rechte und Pflichten der Treuhänder jüdischer Unternehmungen eingehend erläutert.

4 Siehe VEJ 1/Ø8, 199, 201, 212 und 223.

5 Siehe Einleitung, S. 14.

6 Am 21.6. 1939 ordnete der Reichsprotector mit der VO über das jüdische Vermögen die Erfassung des jüdischen Vermögens an, verbot den Erwerb von Grundstücken sowie wirtschaftlichen Unternehmungen und Wertpapieren durch Juden und bestimmte, dass Treuhänder zur Verwaltung jüdischer Vermögenswerte eingesetzt werden sollten; siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939. Es folgten neun Durchführungserlasse und weitere Verordnungen; siehe Dok. 269 vom 9. 2. 1940.

7 So im Original.

Möge diese Arbeit dazu dienen, daß auch die Länder Böhmen und Mähren in kürzester Frist restlos vom jüdischen Einfluß befreit werden und damit völlig in das Großdeutsche Reich und seine Wirtschaft hineinwachsen.

DOK. 303

Die Arische Gesellschaft in Böhmen und Mähren macht Ministerpräsident Eliáš am 10. April 1941 Vorschläge zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung¹

Schreiben (Einschreiben) der Arischen Gesellschaft in Böhmen und Mähren,² Tschechisches Institut für Judentum – Studium in Böhmen und Mähren, gez. Kočí-Rmen,³ Prag II, 525, an die Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren, Amt des Ministerpräsidenten, z. Hd. Regierungschef Ing. Eliáš, Prag, vom 10.4. 1941⁴

Betreff: Amtliche Erfassung der Juden im Protektorat, jüdische Ausweise, Führung von Statistiken, Kennzeichnung der Juden

Seit Menschengedenken war die tschechische Nation in allen böhmischen Ländern stark antijüdisch eingestellt. Ihre klare Einstellung den Juden gegenüber war jedoch nicht durch irgendwelche Theorien hervorgerufen worden, sondern die einzig mögliche Reaktion auf die zerstörerische und zersetzende Tätigkeit dieser entarteten Rasse. Jeder nicht korruptierte Historiker kann hierfür Belege vorlegen – angefangen mit den Abwehrmaßnahmen unserer Nation seitens der Fürsten und späteren Könige aus dem Geschlecht der Přemysliden bis hin zur Zeit der Habsburgermonarchie. Die jüdische Rasse ist auf der ganzen Welt auch die einzige, die in allen Epochen der durch direkte Quellen belegbaren Menschheitsgeschichte von etwa fünftausend Jahren *immer und bei jedem einen blinden Hass erzeugte*. Dieser Hass wurzelt in ihrer uralten, immer wieder praktisch unter Beweis gestellten wie wissenschaftlich nachgewiesenen *Destruktivität* im kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich, die den unveränderlichen erblichen Eigenschaften dieser Rasse entspringt – der verbrecherischen Natur, der Bössartigkeit ihrer streng bewahrten, versteinerten Religion, ihrer sozialen und rassischen Exklusivität und mangelnden Fruchtbarkeit, ihrem schöpferischen Unvermögen und anpassungsfähigen Schmarotzertum, ihrer physischen Degeneration und monströsen Sexualität, ihrer pathologischen Krankhaftigkeit und verrückten Mystik, ihrer Feigheit vor dem Kampf und der Arbeit usw., usf.

Das Judentum wird nie mit seiner Umwelt verschmelzen, es wird nirgendwo zum Mitarbeiter seines Wirtsvolks, ja nicht einmal zum Diener seines Eroberers. Bereits aus der biblischen Zeit ist überliefert, dass die Herrscher von Ägypten und Babylonien sie [die

1 Kopie: JMP, DP 59. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

2 Die Arische Gesellschaft in Böhmen und Mähren (Arijská společnost v Čechách a na Moravě), die jeglichen Einfluss von Juden auf das Leben in Böhmen und Mähren verhindern wollte, bemühte sich mehrfach sowohl beim tschech. Innenministerium als auch beim Reichsprotektorat um die Genehmigung, offiziell einen Verein zu gründen, erlangte diese jedoch nicht.

3 B. Kočí-Rmen, Redakteur und Schriftsteller.

4 Der Briefkopf ist zweisprachig.

Juden] aus der Gefangenschaft entlassen, besser gesagt: vertrieben haben, da sie wegen ihrer Unvereinbarkeit mit sämtlichen damaligen und heutigen Rassen auf Dauer nicht einmal als Sklaven taugen. Seitdem stellt die Geschichte ihrer Wanderung ein ständiges Hin und Her dar – sie gehen als Höllensaat unter den Völkern auf und sind dennoch dem Fluch unterworfen, den das Schicksal aufgrund ihrer antihumanen Eigenschaften gegen sie ausgestoßen hat. Alle anderen Rassen legten einen langen Weg zurück, machten eine eigene schöpferische und würdige Entwicklung zur Gewissensfreiheit und zum Sittengesetz durch, nur das Judentum nicht. Seit mehr als zehn Jahren beschäftige ich mich mit der Judäologie. In dieser Zeit habe ich die Geheimnisse gelüftet, die die beiden Präsidenten der ehemaligen Republik⁵ hinter ihrer Fassade verbargen, denn in der ehemaligen Tschechoslowakei herrschte nicht das tschechische Volk, sondern das Welt- und Inlandsjudentum. Dadurch gewann ich die Überzeugung, dass auch das Judentum – einer Reihe von lebenden oder in jüngster Zeit ausgestorbenen Kreaturen aus dem Tierreich durchaus vergleichbar – eine *fossilierte Rasse* ist, die sich in ihren Lebensbedingungen grundsätzlich von ihrer Umwelt unterscheidet und nicht zu deren Vor-, sondern Nachteil wirkt: Da sie sich nicht an ihre Umwelt anzupassen vermag, versucht sie, *die Lebensbedingungen mit Gewalt ihren eigenen Bedürfnissen anzugleichen*. Unter dem Einfluss ihrer Religion sind die Juden dabei mit einem krankhaften Größenwahn ausgestattet, der sie in ihrer utopischen Vorstellung bestärkt, dass 45 Millionen Juden – ungeachtet all ihrer negativen Eigenschaften und der typisch jüdischen Faulheit – die Herrschaft über 2500 Millionen der übrigen Menschheit erlangen würden!

Diese Utopie konnte jedoch Wirklichkeit werden, nicht weil die Juden als „auserwähltes Volk“ unter dem Schutz der göttlichen Vorsehung stehen würden, sondern weil ihnen die leichtsinnige, von ihren besten Führern vergeblich aufgerüttelte Menschheit erlaubte, über viele Jahrhunderte hinweg in allen Ländern an diesem Ziel zu arbeiten, das ihre Religion schon vor Jahrtausenden abgesteckt hatte. Ihr größtes Hindernis waren die eigenständigen Nationen. Die Juden zerschlugen daher überall die Wurzeln von Tradition, Kunst und Nationalbewusstsein und etablierten stattdessen in allen Bereichen und Manifestationen des nationalen Seins bis hin zur Wissenschaft einen grauen, uniformierenden Internationalismus. Sie selbst pflegten so energisch und ausschließlich ihre nationale Eigenständigkeit, dass sie uns bis heute in vielerlei Hinsicht unbekannt geblieben sind und sich, ungeachtet ihrer jeweiligen Umwelt, in Europa, Asien und Amerika, in West und Ost als ein abgesonderter Rassestamm erhalten haben. Sie lenkten die Kunst, Politik, Soziologie, Wirtschaft usw. auf Abwege und führten sie dermaßen in die Irre, dass alle außer ihnen selbst die Missdeutungen für wahr halten, die sie der Menschheit eingepflichtet haben. Anstelle von Tausenden sei hier nur ein Beispiel angeführt: Eine ganze Reihe verjudeter europäisch-amerikanischer Biologen, verblendet durch jüdisches Gold und Karrierestreben, behauptet auch heute noch, dass die Rassenkunde „nicht bewiesen“ sei – trotz des Beweises für ihre Gültigkeit, wie ihn die bloße Existenz des Judentums bietet, trotz Mendels Entdeckungen,⁶ trotz der sich jeden Tag in der Tier- und Pflanzenwelt bestätigenden Gültigkeit der Erblehre, trotz der nachgewiesenen Verwandtschaft des Menschen mit den

5 Gemeint sind die Präsidenten der Tschechoslowakei Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš (1884 – 1948).

6 Gemeint sind die nach ihrem Entdecker Gregor Mendel (1822–1884) benannten Regeln der Vererbung von Merkmalen.

Tieren, trotz der Möglichkeit, sich über die Gültigkeit der Vererbungsgesetze bereits beim Zuchtvieh zu überzeugen.

Diesen wissenschaftlichen Taugenichtsen jedoch zum Trotz – wissenschaftlich, weil von geistiger Beschränktheit bei Universitätsprofessoren keine Rede sein kann, und Taugenichtse, weil sie, um ihres persönlichen Vorteils willen, ihre Nation nicht ins Licht, sondern in den jüdischen Sumpf, in die Irre führen – wird die Entwicklung der wahren Wissenschaft fortgesetzt, wie der Marsch des deutschen Militärs ohne Rücksicht auf die jüdische „Armee“ in Palästina fortgesetzt wird.

Der Genialität Adolf Hitlers ist es zu verdanken, dass die Gefahr, die der europäischen Menschheit von seiten der Juden in einer oder zwei Generationen gedroht hätte, endgültig abgewandt wurde. Das Rassefossil wird aussterben, so viel steht fest. Unser tschechisches Problem im Protektorat besteht darin, wie unsere eigene tschechische Nation von ihm zu trennen ist, ohne dass sie dadurch Schaden nimmt, sowie im Umgang [mit den Juden], *den die bisher unvollkommenen, lediglich auf dem Papier stehenden Maßnahmen nicht verhindern konnten.* Nach dem Krieg wird es sicherlich zu einer gesamteuropäischen Lösung der jüdischen Auswanderung kommen. Nun geht es um augenblickliche Maßnahmen, *sofort!* Und das ist das Recht und die Pflicht der tschechischen Protektoratsregierung.

Indem wir uns, wie bei allen vorangegangenen Eingaben, das Recht für weitere Vorschläge vorbehalten, verlangen wir:

I. *Ab sofort ist die vollständige Erfassung der Juden im gesamten Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren anzuordnen und in kürzester Zeit durchzuführen.* Arische Personen, die in einer Ehe oder einem Haushalt mit einem Juden oder einer Jüdin leben, sind ebenfalls als Juden anzusehen. Arische Bedienstete oder Zöglinge usw. werden überhaupt nicht geduldet.

II. *Partielle Verzeichnisse der registrierten Juden, sowohl alphabetisch als auch nach dem Wohnort geordnet, sind außer in der vom Innenministerium zu bestimmenden zentralen Erfassungsstelle in einem Raum der politischen Behörde der I. Instanz Ariern, die sich ausweisen können, zur freien Einsicht zur Verfügung zu stellen.* Diese Verzeichnisse werden sich auf den Amtsbezirk beziehen. Die Behörde hat auf schnellstem Weg ein Ermittlungsverfahren einzurichten, mit dessen Hilfe sie den schriftlichen, ungestempelten Eingaben von Ariern nachgehen wird, die Unvollständigkeiten in den Verzeichnissen feststellen oder Mutmaßungen darüber äußern, ob nicht noch andere Personen in die Verzeichnisse aufzunehmen sind. Die Verheimlichung des Judentums ist zu bestrafen, und die neu ermittelten Juden sind für die zentrale Erfassung anzumelden.

III. *Allen jüdischen Personen sowie deren Ehemännern und Ehefrauen, desgleichen den mit ihnen im Haushalt lebenden Personen sind, ohne Rücksicht auf die Rassezugehörigkeit, gegen ein festgesetztes Entgelt mit einem Bild versehene „jüdische Ausweise“ auszustellen, die sie stets auf Aufforderung vorzuweisen haben, auch bei nichtamtlichen Gelegenheiten.*

IV. *Jüdische Ausweise werden durchgehend nummeriert, so dass der zuletzt ausgegebene Ausweis mit einer Nummer versehen wird, die zugleich über die Gesamtzahl der bis dahin ausgegebenen Ausweise Auskunft gibt. Dies wird die zentrale Erfassungsstelle durchführen. Jeder Jude und jede als jüdisch geltende Person muss bei allen Eingaben die Nummer des Ausweises angeben.*

V. *Damit auch der übrigen arischen Bevölkerung – zunächst wenigstens im schriftlichen Verkehr – bewusst wird, dass es sich um einen Juden handelt, hat dieser in all seinen Schrift-*

stücken, desgleichen an den Namensschildern an der Wohnungstür, vor seinen eigentlichen Namen ein großes, mit einem Punkt versehenes und unterstrichenes – Ž⁷ – zu setzen. Die Türen von Räumen, in denen beispielsweise nur ein einziger Jude lebt, sind entweder auf die beschriebene Weise oder mit einem Davidstern zu kennzeichnen.

VI. Änderungen jüdischer Namen sind den Juden von den zuständigen Behörden mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Juden, denen seinerzeit die Änderung des jüdischen oder jüdisch klingenden Namens erlaubt wurde, sind von Gesetz wegen zur Verwendung ihrer beiden Namen – damit Irrtümer seitens der Arier verhindert werden können – und zum Hinzufügen des besagten Ž. anzuhalten. Nach der Durchführung der vollständigen Erfassung ist denjenigen Ariern die Annahme eines arischen Namens zu gestatten, die ihr Ariertum vollständig belegen können, durch Dokumente sowie durch eine Bestätigung der zentralen Erfassungsbehörde, dass sie nicht in den Judenverzeichnissen geführt werden oder höchstens mit einem Sechzehntel jüdischen Blutanteils.

VII. Die Veränderungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung in allen den Staat und das öffentliche Interesse betreffenden Aspekten sind vom Statistischen Staatsamt zu erfassen und systematisch zu verfolgen. Es handelt sich insbesondere um die genaue Erfassung der Juden in den einzelnen Tätigkeitsbereichen der [ehemaligen] Republik und zum jetzigen Zeitpunkt – bezüglich Auswanderung, Krankenstand und aller anderen Bereiche, die wirtschaftlich, politisch, soziologisch, rassenbiologisch usw. von Bedeutung sind. Als Unterlagen sind anstatt der früheren, ungenauen Angaben seitens der Juden selbst die Ermittlungen der zuständigen Behörden und der zentralen Erfassung heranzuziehen. Die Einsicht der Daten ist allen Interessierten zu erlauben.

VIII. Der infolge der Taufe von Juden aufgetretenen Unstimmigkeit ist dadurch entgegenzutreten, dass den Juden der Übertritt zu arischen Religionsgemeinschaften verboten wird. Der Jude darf nur der jüdischen Religion angehören oder konfessionslos sein. Der Eintritt der Juden in die arischen Religionsgemeinschaften widerspricht dem Staatsinteresse und dem Verbot für Arier, mit Juden zu verkehren, sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass der Jude mit dem Übertritt seinen Glauben nicht verliert, für den er weiter arbeitet, indem er das Milieu zersetzt, in das er als Gleichberechtigter eintrat.

IX. Die Juden haben sich kraft Gesetzes von allen Orten fernzuhalten, wo ihre, wenngleich zeitlich begrenzte, Gegenwart Widerwillen bei Ariern hervorufen oder Gefahr für diese bedeuten kann, so vor allem in Kurorten, Friseurbetrieben und bei arischen Ärzten, und zwar durch ein direktes Verbot.⁸ Bisher ist in diesem wichtigen Punkt nichts geschehen. Bei einer ausreichenden Anzahl von zugelassenen jüdischen Ärzten ist es widersinnig, den Juden zu erlauben, arische Ärzte, gleich welcher Nationalität, aufzusuchen. Die übrigen Verbote sind infolge einer beträchtlichen Verbreitung von venerischen und anderen Krankheiten bei den Juden ebenfalls voll begründet.

Da ohne Sanktionen die an die Juden ergangenen Verordnungen und Verbote bloß auf dem Papier stehen, verlangen wir bei Übertretung eines der oben angeführten Verbote Strafen festzusetzen, und zwar zugleich Geld- und Haftstrafen, wobei angesichts des Übels, das

7 Für Žid (tschech.): Jude.

8 Am 26. 6. 1941 wurde laut VO der Polizeidirektion Prag der Friseurbesuch von Juden auf die Zeit von 8 bis 10 Uhr beschränkt. Am 13. 6. 1942 verbot das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit jüdischen Krankenversicherten sowie ihren Familienangehörigen per Erlass, „arische“ Ärzte aufzusuchen; Friedmann, Rechtsstellung (wie Dok 241, Anm. 12), S. 249, 256.

das Judentum darstellt, vom Bewährungsprinzip grundsätzlich abzusehen ist. Die Juden müssen alle bei der Durchsetzung [der Verbote] anfallenden Kosten tragen.

Wir bitten, einen Befehl an die zuständigen Behörden ergehen zu lassen, die Räumung des Stadtzentrums in der Hauptstadt Prag und anderen großen Städten und die Umsiedlung in Wohnbezirke vorzubereiten, deren Kosten der jüdischen Gemeinschaft in Rechnung zu stellen sind. Eine ganze Reihe der oben genannten Vorschläge wurde bereits in vielen europäischen Ländern umgesetzt.⁹

Mit einem tschechischen Gruß

Ich schicke die Originaldurchschrift zur Einsicht dem Reichsprotektoramt, Abt. f. d. Politik, und jüdische.¹⁰

DOK. 304

Staatssekretär Frank klärt am 16. April 1941, unter welchen Voraussetzungen Liegenschaften von Juden verkauft werden sollen, um die Auswanderung von Juden zu finanzieren¹

Schreiben (vertraulich) des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren (Tgb. Nr. B.d.S. I 189/41), i.V. gez. Frank, an a) die Abteilungen I und II, b) die Gruppen I/1, I/2, I/3, II/1 d, c) die Dienststelle Mähren, d) alle Oberlandräte und e) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Prag, vom 16. 4. 1941²

Betrifft: Sicherung der Geldmittel für die jüdische Auswanderung; Liegenschaftserwerb durch den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren.³

Bezug: Erl. v. 20. 6. 1940 – Tgb. B.d.S. I 1282/40.⁴

Über Zweck und Ziel der vom Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren in Durchführung meines oben erwähnten Runderlasses getätigten Liegenschaftserwerbung scheint bei einzelnen Oberlandräten keine klare Vorstellung zu bestehen, und wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß durch die Einschaltung des Auswanderungsfonds bei der Überführung des jüdischen Haus- und Grundbesitzes in arische Hände eine Hemmung in der Erfüllung der volkspolitischen Aufgaben der Oberlandräte eintreten könnte. Zur Gewährleistung einer vollständigen Übereinstimmung der beiderseitigen Aufgaben wird folgendes festgestellt:

9 Das erste Getto im besetzten Polen wurde im Okt. 1939 in Piotrków Trybunalski eingerichtet. Das Getto Litzmannstadt (Lodz) wurde am 30. 4. 1940 abgeriegelt, das Getto in Warschau im Nov. 1940 eingezäunt; siehe VEJ 4, S. 46 – 48, sowie beispielsweise VEJ 4/54, 180, 183 und 193.

10 Abteilungsname im Original deutsch und unvollständig.

1 NAP, ÚŘP, I-3b 5810.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Stempel des Reichsprotektors. Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

3 Den Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren hatte der Reichsprotektor mit der VO über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen vom 5.3.1940 ins Leben gerufen. Die Aufsicht über den Fonds führte der Befehlshaber der Sipo und des SD Walter Stahlecker. Die Geldmittel des Fonds (über 11Mio. Kronen Anfangskapital) befanden sich auf dem Konto der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bei der Böhmisches Unions-Bank Prag; VBl. RProt., 1940, Nr. 11.S. 77 – 79.

4 Nicht aufgefunden. Möglicherweise ist der Erlass vom 14. 6. 1940 über Sicherung der Geldmittel für jüdische Auswanderung gemeint.

Der Grundgedanke meiner Verordnung vom 5. 3. 1940 über die Betreuung der Juden und jüdischen Organisationen ist die Förderung der jüdischen Auswanderung und die Sicherstellung der hierzu notwendigen Geldmittel. Die Mittel, die der Zentralstelle auf Grund dieser Verordnung zufließen, bilden jedoch nur einen Teil der Summen, die zur Befürsorgung und Ermöglichung der Auswanderung vermögensloser Juden erforderlich sind. Erhebliche Mittel gingen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung aus dem Auslande zu. Diese Quellen sind aber seit Beginn des Krieges vollständig versiegt. Um auch während des Krieges die Aufgaben im bisherigen Ausmaß fortsetzen zu können und, was noch bedeutend wichtiger ist, schon jetzt das Grundkapital für eine nach dem Kriege in verstärktem Ausmaße einsetzende Auswanderung zu schaffen, mußte der Befehlshaber der Sicherheitspolizei als Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung darauf bedacht sein, *daß rechtzeitig neue Geldquellen erschlossen werden, da ansonsten erhebliche Reichsmittel in Anspruch genommen werden müßten.*

Es war nun naheliegend, die Geldmittel nach Möglichkeit durch die Juden selbst, d. h. aus dem jüdischen Besitz, aufbringen zu lassen. Das führte zu dem Gedanken, nicht nur das Vermögen der Kultusgemeinden und sonstigen jüdischen Organisationen, Stiftungen und Fonds der Sache dienstbar zu machen, sondern auch den jüdischen Haus- und Grundbesitz für diese Zwecke heranzuziehen. *Aber auch noch eine andere Erfahrung drängte zu einer grundlegenden Lösung in der Überführung des jüdischen Liegenschaftsbesitzes in arische Hände.* Die Vorteile aus dem zumeist billigen Abverkauf des jüdischen Haus- und Grundbesitzes – wegen der bevorstehenden Auswanderung bezw. wegen Entfalls eines geregelten Arbeitseinkommens befindet sich der jüdische Eigentümer vielfach unter Druck und gibt seinen Besitz auch unter dem wirklichen Realwert ab – flossen nicht der Allgemeinheit, sondern Einzelpersonen und dabei nicht einmal immer den Würdigsten zu. Nutznießer dieser Notlage der Juden waren vielfach auch Tschechen.

Die Schaffung einer Art Auffanggesellschaft für den jüdischen Liegenschaftsbesitz war daher auch aus volkstumspolitischen Gründen dringend geboten, zumal infolge des Kriegszustandes derzeit weder deutsches Kapital noch entsprechend befähigte deutsche Käufer in hinreichender Anzahl herangebracht werden können. Der zentrale Erwerb der im jüdischen Eigentum befindlichen Liegenschaften durch den Auswanderungsfonds hat inzwischen nicht nur jeden spekulativen An- und Verkauf ausgeschaltet, *sondern ermöglicht für die Zukunft auch eine den jeweiligen öffentlichen und volkspolitischen Interessen anpassungsfähige Abstoßung unter Ausschaltung der Vermittlergewinne etc.*

Bei entsprechend abgestimmter Zusammenarbeit zwischen Oberlandräten und Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist dabei eine Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und volkspolitischen Erfordernisse durchaus möglich. Der Auswanderungsfonds ist angewiesen, bei Objekten, für die schon jetzt ein wirtschaftlich befähigter und volkspolitisch einwandfreier deutscher Bewerber auftritt, mit einem Verkauf vorzugehen. Er hat sich hierbei an die vorgeschriebenen Richtlinien für die Weiterveräußerung zu halten. Als solche haben im wesentlichen zu gelten:

1.) Die Veräußerung ehemals jüdischer Liegenschaften ist einstweilen nicht zu forcieren, da die Preisentwicklung nach dem Kriege noch nicht klar ist, und außerdem auf den späteren Wettbewerb der im Kriegsdienst stehenden Anwärter Bedacht genommen werden muß.

2.) Veräußerungen sind schon jetzt vorzunehmen, wenn:

a) ein öffentliches Interesse,

b) ein volkspolitisches Interesse an dem Erwerb der Liegenschaft durch den konkreten Kaufwerber besteht.

3.) Die Beurteilung des Kaufwerbers erfolgt durch den zuständigen Oberlandrat. Sie hat folgende Punkte zu berücksichtigen:

- a) Der Erwerber muß Arier, Inländer und in der Regel Reichsangehöriger sein.
 - b) Der Erwerber hat einen dem wahren Werte der Liegenschaft angemessenen Preis zu bezahlen.
 - c) Um zu verhindern, daß die Liegenschaften zu unerwünschten (spekulativen) Zwecken verwendet werden, ist der Grund des Ankaufes und die Befähigung zur wirtschaftlichen Betreuung zu prüfen.
 - d) Der deutsche Erwerber soll mit seiner Familie und seinem Betrieb womöglich seinen Sitz im Protektorat nehmen. Es muß vermieden werden, daß der Ankauf lediglich zur Kapitalanlage dient und die Verwaltung etwa in tschechischen Händen verbleibt.
- Diese Richtlinien erlauben die Berücksichtigung berechtigter Wünsche deutscher Volksgenossen, ohne daß die allgemeinen Interessen, die auch hier unbedingt zu wahren sind, beeinträchtigt werden.

Dieser Erlaß ist als vertraulich anzusehen und für die Weitergabe nicht bestimmt.

DOK. 305

Der Reichsprotektor erläutert dem Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung am 17. April 1941 das Verfahren beim Arbeitseinsatz von Juden¹

Schreiben des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren (Nr. II 4a – 5431/41), i. A. gez. Dr. Bertsch,² Prag, an das Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung, Prag, vom 17.4. 1941 (Abschrift)³

Betrifft: Arbeitseinsatz von Juden; hier: Verfahren.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 13.II. 1941 – E 4120-13/24

Ich habe die jüdische Kultusgemeinde angewiesen, zur Vorbereitung des Arbeitseinsatzes sämtliche Juden auf ihre Arbeitsfähigkeit untersuchen zu lassen. Diese Untersuchungen werden voraussichtlich bis zum 25.IV. 1941 beendet sein, so daß dann ein Gesamtüberblick über die für einen Einsatz zur Verfügung stehenden Juden vorhanden ist.⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt soll eine Vermittlung von Juden nicht erfolgen, es sei denn, daß es sich

¹ NAP, ÚŘP, I-3b 58B.

² Dr. Walter Bertsch (1900 – 1952), Jurist; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1942 an Minister für Arbeit und Wirtschaft im Protektorat Böhmen und Mähren; 1944 SS-Brigadeführer; 1948 in der Tschechoslowakei zu lebenslanger Haft verurteilt, in der er verstarb.

³ Die Abschrift ging „zur gefl. Kenntnisnahme“ an die Herren Oberlandräte in Böhmen und in Mähren (über die Gruppe Mähren in Brünn) sowie an die Gruppe I 3 B (u. a. Rasse- und Blutschutz, Personenstandswesen). Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

⁴ Liegt nicht in der Akte.

⁵ Die Untersuchung ergab, daß 4173 Juden für schwere Arbeiten, 3960 Juden für mittelschwere Arbeiten und 3398 Juden für leichte Arbeiten herangezogen werden konnten. 1087 Juden wurden von der Kultusgemeinde als arbeitsunfähig eingestuft; Schreiben des Leiters der Gruppe II/4 (Arbeits- und Sozialangelegenheiten) an die Gruppe I 1 a (u. a. Volkstum, Organisation) vom 31.7. 1941, wie Anm. 1.

um solche Juden handelt, die bereits im Vorjahr bei Unternehmern gearbeitet haben und von diesen wieder eingestellt werden sollen.

Damit der planmäßige Arbeitseinsatz der Juden nicht durch Sondermaßnahmen gestört wird, bitte ich, die Arbeitsämter anzuweisen, nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

1) Die Auswahl der für Juden geeigneten Arbeitsplätze erfolgt nur durch die Arbeitsämter. Der jüdischen Kultusgemeinde bzw. dem jüdischen Arbeitsamt ist es nicht gestattet, mit Arbeitgebern unmittelbar in Verbindung zu treten. Sämtliche offenen Stellen für Juden sind Ihnen zu melden und dürfen ohne Ihre Zustimmung nicht mit Juden besetzt werden.

2) Sämtliche männlichen Juden dürfen nur in Gruppen eingesetzt werden, die abgesondert von arischen Arbeitskräften unterzubringen sind. Während ihrer Beschäftigung dürfen sie nicht mit arischen Arbeitskräften zusammenarbeiten. Die Arbeitgeber sind dafür verantwortlich zu machen, daß diese Bestimmungen eingehalten werden. Bei Verstößen ist dem Arbeitgeber die Genehmigung zur Beschäftigung von Juden zu versagen. Die Arbeitsämter haben laufend durch Betriebskontrollen die Innehaltung dieser Bestimmungen zu überwachen.

3) Männliche Juden dürfen beim Vorliegen der Voraussetzungen des Punktes 2 in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt werden, wenn einheimische Arbeitskräfte nicht zu beschaffen sind. Ein Einzeleinsatz von Juden in landwirtschaftlichen Betrieben ist nicht zulässig; eine Gruppe soll mindestens 10 Juden umfassen.

4) Jüdische Mädchen sollen möglichst in jüdischen Haushaltungen als Hausgehilfinnen oder in der Landwirtschaft als Landarbeiterinnen eingesetzt werden, in letzterem Falle aber nur im Gruppeneinsatz unter Beachtung der Vorschriften des Punktes 2. Eine Tätigkeit als Hausgehilfin oder eine Mithilfe im Haushalt und bei Gartenarbeiten in bäuerlichen Betrieben ist unzulässig. Bevor der Einsatz von jüdischen Mädchen in gewerbliche Arbeit erfolgt, ist meine Zustimmung einzuholen.

5) Die Vermittlung der Juden ist ausschließlich Aufgabe der zuständigen Arbeitsämter. Das jüdische Arbeitsamt wird Ihnen die Anzahl der für den Arbeitseinsatz zur Verfügung stehenden Juden bekanntgeben und Sie bei der Verteilung der Juden auf die einzelnen Arbeitsvorhaben unterstützen. Dem jüdischen Arbeitsamt kann von Ihnen die Auflage erteilt werden, für bestimmte Arbeitsvorhaben eine bestimmte Anzahl von arbeitsfähigen Juden namhaft zu machen, die dann vom örtlich zuständigen Arbeitsamt zu vermitteln sind. Ohne Ihre vorherige Zustimmung sollen Juden nicht vermittelt werden.

6) Die jüdischen Arbeitsgruppen werden von jüdischen Partieführern geführt, die von der jüdischen Kultusgemeinde ausgewählt werden. Von dieser wird auch durch besondere Beauftragte die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsgruppen überwacht.

Ich bitte, bis zum 30. 6. 1941 um Bericht über die Zahl der in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken eingesetzten Juden.⁶

⁶ Liegt nicht in der Akte.

DOK. 306

**Charlotte und Norbert Meissner berichten ihrem Sohn Franz am 7. Mai 1941
vom bevorstehenden Arbeitsdienst der Juden in Triesch¹**

Brief von Charlotte und Norbert Meissner, Triesch, an Franz Meissner, c/o Reinhold Nielsen, Danmark, St. Taaroje, Pr. Fakse, Gribsbjerg, vom 7. 5. 1941²

139. Brief

Liebster Franz. Wir sind wohl nicht so besorgt, als die Sehnsucht nach einem Schreiben von Dir so groß ist, nachdem wir schon sehr neugierig sind zu erfahren, wie es mit Deiner Übersiedlung aussieht.³ Gerade diesmal muß die Postverbindung so langsam sein, weil wir auf Nachricht warten, und so finden wir uns in der sicheren Hoffnung Deines besten Wohls ab, was wir von uns Gottlob auch berichten können. Vor zwei Tagen habe ich Dir eine Karte geschrieben, damit Du nicht ganz ohne Nachricht von uns bist, da wir diesmal eben, durch Nichteintreffen Deiner Post, auch mit dem Schreiben zurückgeblieben sind. Hoffentlich wird's doch nicht mehr so lange dauern.

Diese Woche ist Leo⁴ als Schreiber bei Dr. Böhm⁵ beschäftigt. Es finden nämlich ärztliche Untersuchungen aller Männer von 18–50 für den Arbeitsdienst statt (hierüber dürftest Du ja in den Nachrichten gelesen haben). Die meisten Leute sind mit I klassifiziert und sollen zu Straßen- und Bahnbauten im Protektorat verwendet werden.⁶ Unsere Kinder haben gestern definitiv Bescheid erhalten, auf den Gutshof Obora bei Pilsen zu kommen, und dürften in 8 bis 14 Tagen abberufen werden.⁷ Es werden in dieser Gruppe 7 Burschen und 3 Mädchen sein. Demselben Besitzer gehören noch zwei weitere Höfe, die nur eine Stunde voneinander entfernt sind, und auf allen drei Höfen werden Kameraden untergebracht sein. Wir sind natürlich sehr froh über diese Lösung, da die Kinder wieder mit einem Teil ihrer alten guten Kameraden zusammensein werden und diesmal Berta Steiner⁸ als gute Köchin mithaben werden. Aber natürlich wird uns sehr bange sein, da wir uns schon so an die Kinder gewöhnt haben und jetzt wieder alleine sein werden. Zum Glück wird die Übersiedlung aus Höditz nicht mehr so lange dauern, da endlich die Abtretung der unteren Räume durch Pospicha⁹ feststehend ist und nurmehr seine Übersiedlung von den Reparaturarbeiten bei Pokorný abhängig ist. Angeblich soll dies noch diese Woche durchgeführt sein. Dann heißt es erst bei uns, alle Arbeiten vornehmen, da trotz der seinerzeitigen gründlichen Instandsetzung doch noch vieles, wie neue elektrische

1 USHMM, Acc. 2004.692.1 – The Frank Meissner Papers.

2 Sprachliche Eigenarten wurden beibehalten.

3 Franz Meissner wollte nach Palästina übersiedeln.

4 Leo Meissner.

5 Dr. Ernst, auch Arnolt Böhm (1903–1944), Arzt in Teltsch; wurde am 22.5.1942 aus Trebitsch nach Theresienstadt, von dort am 23.10.1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet.

6 Die Untersuchten wurden je nach Gesundheitszustand in vier Gruppen eingeteilt; siehe Dok. 305 vom 17.4.1941.

7 Nicht ermittelt.

8 Berta Steiner (1920–1942), Köchin; stellte am 1.4.1939 einen Ausreiseantrag in die USA. Im Sommer 1941 wurde ihre Familie nach Mährisch-Budwitz zwangsumgesiedelt, am 22.5.1942 aus Trebitsch nach Theresienstadt und drei Tage später weiter nach Lublin deportiert, kam dort ums Leben.

9 Ein Arbeiter in der Fa. Meissner.

Leitung, Ofensetzen u.s.w., durchzuführen ist. Wenn das Wetter sich bis dahin wärmer und günstiger gestalten sollte, dürfte alles rasch erledigt sein. Mit den Gartenarbeiten mußten wir aufhören, da das Wetter regnerisch und kalt ist, und bei den täglichen Frühfrösten wäre es unsinnig, Pflanzen zu setzen. Wir müssen eben warten, bis nach den drei Eismännern. Zum Glück habe ich welche Holzvorräte, so daß ich täglich einige Stunden mit Holzspalten beschäftigt bin.

Bleibe immer recht gesund u. sei begrüßt u. geküßt von Deinem treuen Vater.

Mein liebes Kind. Immer erwarten wir mit Sehnsucht den Briefträger, doch werden es am Samstag schon 14 Tage, daß der letzte Brief von Dir angekommen ist. Hoffentlich ist bei Dir alles in bester Ordnung und nur die Post daran schuld, daß wir solange warten müssen. Wir möchten schon so gerne wissen, ob die Liga¹⁰ deine Übersiedlung erlaubt hat, und habe am 1.ten Mai viel an Dich gedacht, ob Du nicht bereits von Niensens weg bist. Ich will mir keine überflüssigen Sorgen machen, denn es hat nicht viel Zweck, auf so eine Entfernung sorgt man ja nichts aus. Nun will ich mich weiter in Geduld fassen und bin überzeugt, daß wieder mindestens 2 Briefe auf einmal ankommen werden.

Ich habe mich schon so daran gewöhnt, nicht ins Bureau zu gehen, und habe den ganzen Tag ganz fein mit Arbeit ausgefüllt. Leider ist wieder so kalt geworden, daß wir mit der Arbeit im Garten bei Hauser aufhören mußten, und fürchte ich, daß uns die Pflanzen erfrieren werden, denn es ist fast jede Nacht großer Frost hier. Auch auf den Feldern geht es mit dem Anbau sehr langsam vorwärts, denn es regnet häufig, und die Erde ist noch immer sehr feucht. Ich hoffe, daß es bei Euch doch schon besser ist und Ihr gewiß schon mit der Arbeit weiter seid als die Landwirte bei uns. Gustl Stransky,¹¹ der bei Foitl arbeitet, unterrichtet uns, wie sie am Felde arbeiten. Nun werden die 1. Kinder auch bald ihre Sommerarbeit antreten, und hoffen wir, daß es ihnen gut gehen wird und sie wieder von der Landwirtschaft zulernen werden.

Heute erhielten wir wieder einen Brief von Onkel Friedl und Ernst und freuen uns, daß es ihnen beiden recht gut geht und Ernst auch von seinen Eltern und Geschwistern gute Nachricht hat. Hast Du in letzter Zeit wieder an den Onkel geschrieben? Falls nicht, so tue es, damit Du mit ihm in Kontakt bleibst. Auch kam heute eine Karte von Mella Eckstein,¹² die Mutter von Fritz Eckstein,¹³ wir korrespondieren mit ihr jetzt recht häufig, da wir an ihren Bruder Oswald Päckchen in das Gouvernement Polen schicken, wo er jetzt mit seiner Frau ist. Auch erhielten wir aus Wien von Tante Rose und Onkel Emil¹⁴ gestern

¹⁰ Siehe Dok. 297 vom 1.2. 1941, Anm. 10.

¹¹ Gustav (Gustl) Stránský (1899 – 1942) arbeitete während des Kriegs in der Wirtschaft von Herrn Foitl in Triesch, zog dann zwangsweise zur Familie Meissner. Stránský wurde am 18.5.1942 aus Trebitsch nach Theresienstadt und eine Woche später weiter nach Lublin deportiert, dort umgekommen.

¹² Amálie Ecksteinová, geb. Schwarz (1874 – 1942), Modistin; besaß vor 1920 in Marienbad einen Miederwarenladen, wohnte dann in Prag; am 7.5.1942 aus Prag nach Theresienstadt und am 9.5.1942 weiter nach Sobibór oder Ossowa deportiert, umgekommen.

¹³ Fritz, auch Bedřich Eckstein (1917 – 1942), Beamter; heiratete im Nov. 1941 und wurde wenig später, am 10.12.1941, aus Prag nach Theresienstadt und am 9.5.1942 weiter nach Sobibór oder Ossowa deportiert, kam ums Leben.

¹⁴ Emil Meissner (1881– 1944), Bruder von Norbert Meissner; nach dem Ersten Weltkrieg in russ. Gefangenschaft, aus der er 1920 zurückkehrte; lebte später in Wien; am 24. 9. 1942 nach Theresienstadt, am 12.10.1944 weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

und heute Briefe. Leider ist der 1. Onkel gar nicht beisammen, sein Herz macht ihm große Beschwerden, und ist die Tante um ihn sehr besorgt. Er kann gar nichts arbeiten, sogar das wenige in der Hauswirtschaft, womit er der Tante geholfen hat, ist ihm zu schwer. Das ist der größte Jammer, wenn man nicht gesund ist. Wir haben ihm zu Ostern ein Zickel geschickt, und kann er uns nicht genug dafür danken, der Arme ist noch immer so überspannt, daß er nicht alles ißt. Die Tante hat es nicht leicht, heute für ihn was aufzutreiben. Nun geht er zweimal [in] der Woche ins Spital und bekommt Injektionen, hoffentlich wird sich damit sein Zustand bessern.

Eben ist die 1. Sonja gekommen, und so will ich für heute schließen. Wir sind Gottlob gesund und hoffen, nun doch recht bald von Dir Nachricht zu bekommen, und werden Deinen Brief dann gleich beantworten. Ich glaube, daß die Ausreise von Dir fast ganz aussichtslos ist, wie die Dinge heute stehen. Nun man darf aber nicht verzagen, vielleicht ist es nur zum Guten. Bleibe recht gesund und sei innig geküßt von Deiner treuen Mutti.

DOK. 307

Die Bezirksbehörde in Ungarisch Brod ordnet am 31. Mai 1941 an, Juden zu isolieren und ihre Wohnungen zu kennzeichnen¹

Bekanntmachung (Nr. 458/2-präs.) der Bezirksbehörde Ungarisch Brod vom 31.5.1941

Kundmachung.

Auf Grund des Artikels 2 u. 3 des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung vom 14. 7. 1927, Nr. 127 S.d.G.u.V.,² wird für die Stadt Ung. Brod folgendes angeordnet:

1) Sämtliche jüdischen Häuser müssen mit deutlicher und leserlicher Anschrift „Jüdisches Haus“ bezeichnet werden. Sämtliche jüdischen Wohnungen müssen mit deutlicher Anschrift „Jüdische Wohnung“ bezeichnet werden. Diese Anschrift muß an der Haustür und an den anderen in die jüdische Wohnung führenden Türen befestigt werden. Die Aushängetafeln müssen im Ausmaße von 30 x 20 cm ausgefertigt werden. Die Schrift muß 3 cm hoch sein. Die Anschrift ist schwarz auf weißem Papier durchzuführen.

2) Die Juden dürfen ihre Wohnungen nur in notwendigsten Fällen verlassen und müssen sich immer mit persönlichen Dokumenten ausweisen. Die Juden müssen unbedingt immer nachweisen, warum sie die Wohnung verlassen.

3) Es wird angeordnet, daß die Juden immer und ständig auf der linken Hand die hellgelbe Binde in der Breite von 10 cm tragen müssen.

4) In die jüdischen Wohnungen dürfen nur solche Personen eintreten, welche nachweisen können, daß sie aus Amtsgründen handeln oder eine andere wichtige Arbeit für Bau, Gesundheits-, Feuerwehr- oder Sicherheitspolizei ausüben. Ein anderer Besuch von Juden ist ganz und gar unzulässig.

5) Die Juden sind verpflichtet, vor ihren Häusern und in ihren Wohnungen die sorgfältigste Ordnung und Reinlichkeit zu erhalten. Für die gründliche Ausreinigung der jüdischen Wohnungen ist die Frist bis zum 15. Juni 1941 festgestellt.

¹ MZAB, B 251, Inv. Nr. 522, Sign. 4080, Karton 45.

² Siehe Dok. 256 vom 3.8.1939, Anm. 2.

6) Weil über die Reinlichkeit der Judenwohnungen Aufsicht geführt wird, wird angeordnet, daß die Juden immer die Wohnungsbesichtigung gestatten müssen.

7) Den Juden wird beauftragt, die völlige persönliche Reinlichkeit zu erhalten. Die Männer müssen immer geschoren und glatt rasiert sein. Die Frauen müssen auch geschoren werden, wenn eine ansteckende Krankheit oder Unreinlichkeit festgestellt wird.

8) Weil es im öffentlichen Interesse ist, daß die Arier für die Juden die persönlichen Arbeiten nicht ausüben, wird angeordnet, daß ab 1. Juli 1941 die Juden keinen Arier beschäftigen dürfen. Die entlassenen Arier, welche bis jetzt in den jüdischen Haushaltung[en] beschäftigt werden, müssen sich dem Arbeitsamte in Ung. Brod. zur Verfügung stellen.

9) Sämtliche Post können die Juden nur durch Vermittlung der jüdischen Kultusgemeinde in Ung. Brod ein- und abnehmen. Die jüdische Kultusgemeinde bürgt für den anstandslosen Inhalt.

10) Was die jüdischen Ehegattinnen der arischen Personen anbelangt, gelten alle diese Vorschriften auch für diese jüdischen Ehegattinnen.

Die Nichteinhaltung dieser Kundmachung wird nach Artikel 3 des obzitierten Gesetzes mit einer Geldstrafe von 10 – 5000 K oder mit einer Arrestenstrafe von 12 Stunden bis 14 Tagen bestraft. Für die Geldstrafen bürgt immer die ganze jüdische Gemeinde. Die Kundmachung tritt am Tage der Veröffentlichung in Wirksamkeit.

DOK. 308

Eva Roubíčková hofft am 22. Juni 1941 auf eine deutsche Niederlage nach dem Einmarsch in die Sowjetunion¹

Tagebuch von Eva Roubíčková,² Eintrag vom 22.6. 1941

Sonntag, 22. Juni 1941

Rußland mit Deutschland im Krieg! Seit vier Uhr früh, Hitler gab den Befehl an seine Soldaten, und sie marschieren in Rußland ein. Es kam ganz überraschend, wir hatten keine Ahnung. Noch vorgestern große Freundschaft in allen Zeitungen. Mit Eva,³ Vera und Peter rudern. Wir sind guter Laune, das ist ein Schlag für die Deutschen. Jetzt schimpfen sie auf die Bolschewiken und die Juden zusammen. Der Kommunismus muß ausgerottet werden. Nachmittags bei Peter, er hat uns seine Erzeugnisse aus Kosmetik und Essenzen gezeigt, sehr interessant. Ich habe Mama versprochen, noch vorbeizukommen. Alle sind hoffnungsvoll.

¹ Abdruck in: Eva Mändl Roubíčková, „Langsam gewöhnen wir uns an das Ghettoleben“. Ein Tagebuch aus Theresienstadt, hrsg. von Veronika Springmann unter Mitarbeit von Wolfgang Schellenbacher, Hamburg 2007, S. 37f.

² Eva Mändl Roubíčková (*1921), Sekretärin, Übersetzerin; flüchtete im Sept. 1938 mit ihrer Familie aus ihrer Heimatstadt Saaz nach Prag und wurde am 17.12.1941 nach Theresienstadt deportiert; traf nach dem Krieg in Prag ihren Verlobten wieder, sie heirateten und bekamen zwei Kinder; 1957–1973 Arbeit als Sekretärin und Übersetzerin, danach verschiedene Tätigkeiten; lebt heute in Prag.

³ Eva Glauber (1922–1944), Schülerin aus Dresden, war eine Freundin von Eva Roubíčková; sie wurde am 30. 7. 1942 aus Prag nach Theresienstadt, im Dez. 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

DOK. 309

**Im Protektorat werden am 5. Juli 1941 die Vorschriften des „Blutschutzgesetzes“
rückwirkend eingeführt¹**

Dritte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 5. Juli 1941.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 146)² und des Artikels 13 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 485)³ wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren folgendes verordnet:

§ 1

Im Protektorat Böhmen und Mähren gelten die Vorschriften des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 146) und der Ersten Ausführungsverordnung hierzu vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1334)⁴ seit dem Inkrafttreten des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 485). Ebenso gilt die Verordnung zur Ergänzung der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz vom 16. Februar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 394).⁵

§ 2

(1) Wer Jude und wer jüdischer Mischling ist, bestimmt sich auch im Protektorat Böhmen und Mähren nach § 2 Abs. 2 und § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1333)⁶

(2) Als Jude gilt vom Inkrafttreten dieser Verordnung an auch der protektoratsangehörige jüdische Mischling mit zwei vorjüdischen Großelternteilen unter den Voraussetzungen des § 5 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

§ 3

Bei Eheschließungen zwischen deutschen Staatsangehörigen und Protektoratsangehörigen sind für die Anwendung der Vorschriften über Eheverbote wegen jüdischen Blutein-schlags (§ 1 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre,

¹ RGBL., 1941 I, S. 384 f.

² Laut § 6 des Gesetzes erließ der RmDI im Einvernehmen mit dem StdF und dem RJM die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften; siehe VEJ 1/99.

³ Laut § 13 des Erlasses ordnete der RmDI im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die entsprechenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Protektorat Böhmen und Mähren an; RGBL., 1939 I, S. 488.

⁴ Die Erste VO zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14. 11. 1935 ergänzte die Vorschriften des „Blutschutzgesetzes“ vom 15. 9. 1935 unter anderem im Hinblick auf die Eheschließung zwischen jüdischen „Mischlingen“ und „Ariern“, auch war darin definiert, wann ein Haushalt im Sinne des Gesetzes als jüdisch zu gelten hatte; RGBL., 1935 I, S. 1334 – 1336.

⁵ Die VO vom 16. 2. 1940 ergänzte § 11 der 1. VO vom 14. 11. 1935 um Abs. 2, nach dem für das Verbrechen der sog. Rassenschande nur der Mann belangt werden sollte; RGBL., 1940 I, S. 394.

⁶ Siehe VEJ 1/210.

§§ 2 bis 4 und § 6 der Ersten Ausführungsverordnung hierzu) Protektoratsangehörige wie deutsche Staatsangehörige zu behandeln.

§ 4

Unter die nach § 15 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der Deutschen Ehre auf Staatenlose anzuwendenden Vorschriften fallen auch diejenigen Staatenlosen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, wenn sie früher die Protektoratsangehörigkeit besessen haben.

§ 5

Protektoratsangehörige sind nicht fremde Staatsangehörige im Sinne der im § 1 genannten Vorschriften.

Berlin, den 5. Juli 1941.

*Der Reichsminister des Innern*⁷

In Vertretung Dr. Stuckart

Der Leiter der Partei-Kanzlei

M. Bormann

Der Reichsminister der Justiz

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt:

Dr. Schlegelberger⁸

DOK. 310

Večerní České Slovo: In einem Artikel vom 5. Juli 1941 werden mehr Beschränkungen für Juden gefordert¹

Beschwerden über die Dreistigkeit der Juden. Juden heimlich in Führungspositionen arischer Unternehmen. Juden, die das Fahrradfahren für sich entdeckt haben, verletzen das Anstandsgefühl.

Im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wurden die Juden durch entsprechende Verordnungen in die ihnen gebührenden Schranken verwiesen. Zunächst verkrochen sie sich; jetzt häufen sich jedoch schon wieder die Beschwerden, dass viele Juden die Verordnungen missachten und umgehen, wobei sie von manchen Ariern Hilfe bekommen. Der „Arische Kampf“ veröffentlicht mehrere solche Fälle.² So gibt es einen Speditionsbetrieb auf der Letná in Prag, der zwar arisch ist, in dem jedoch nach wie vor der Jude Popovský,

⁷ Dr. Wilhelm Frick.

⁸ Dr. Franz Schlegelberger (1876 – 1970), Jurist; von 1901 an im Justizdienst, von 1931 an StS im RJM; 1938 NSDAP-Eintritt; 1941 bis Aug. 1942 Wahrnehmung der Geschäfte als RJM; 1947 in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt, 1950 entlassen, lebte danach in Flensburg.

¹ Večerní České Slovo, Nr. 156 vom 5.7. 1941, S. 3: Stížnosti na troufalost Židů. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt. Die Zeitung Večerní České Slovo (Tschechisches Abendwort) erschien 1919 – 1945 in einer Auflage von 400 000 Exemplaren in Prag, Hauptschriftleiter waren Emanuel Vajtauer, V. Brejtník und von 1944 an K. Werner.

² Árijský boj, das Zentralblatt der antijüdischen Liga, war das Nachfolgeblatt der Zeitschrift Štít národa (Schild der Nation). Die Hauptschriftleitung hatte 1940 – 1945 Rudolf Novák inne.

ein ehemaliger Tänzer, das Sagen hat.³ Der Jude Popovský verhandelt mit Geschäftspartnern, die Löhne werden gemäß seinen Ratschlägen an die Angestellten ausgezahlt, er unterschreibt die Geschäftskorrespondenz und bekommt das Gehalt auf die Hand, obwohl er laut Gesetz ein Sperrkonto haben müsste.⁴ Eine Reihe von Juden ist in Führungspositionen des Kohlehandels beschäftigt, viele Juden betreiben weiterhin ihre Geschäfte mit Hilfe von Ariern, die ihnen ihre Dienste anbieten, sowie mit Hilfe des Telefons. Vom Lande kommen Beschwerden darüber, dass das Verhalten von Juden und insbesondere Jüdinnen, die neuerdings mit dem Rad fahren, provozierend sei und den Anstand verletze, und dass Juden mit Vorliebe der Jugend, natürlich vor allem den Mädchen, bei Spiel und Sport zusähen usw. Manche Juden und Jüdinnen verlassen sich darauf, dass sie nicht erkannt werden, da keine Kennzeichnungspflicht für Juden besteht, sie gehen zu verbotenen Zeiten einkaufen, besuchen Parks, Freibäder u. Ä. Der jüdischen Dreistigkeit muss entschieden Einhalt geboten werden.

DOK. 311

Der Oberlandrat in Tabor klagt am 28. Juli 1941 über die jüdische Bevölkerung und fordert strenge Maßnahmen¹

Schreiben (vertraulich!) des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, I 1 a,² i. A. gez. Dr. Strobl,³ an die Gruppe I 3⁴ im Hause, Prag, vom 28. 7. 1941⁵

Betrifft: Verwaltungsberichte der Oberlandräte für Juli 1941

Beigefügt erhalten Sie den sich auf Ihr Arbeitsgebiet beziehenden Ausschnitt aus dem Verwaltungsbericht des Oberlandrats in Tabor vom 21. Juli 1941, Nr. I/218⁶ zur gefälligen Kenntnisnahme und weiteren Bearbeitung.

Die Meldungen zum Deutschtum haben im Berichtsmonat um 50 v. H. nachgelassen. Ob es sich hierbei um eine vorübergehende oder dauernde Erscheinung handelt, muß noch abgewartet werden.

3 Vermutlich Bedřich Popovský (1908 – 1942), Tänzer, Tanzlehrer; gehörte vor dem Krieg zu den erfolgreichsten Tänzern in der Tschechoslowakei, gewann 1934 mit seiner Partnerin Božena Vandasová in Prag den Weltmeistertitel im Standardtanz der Amateure; am 28. 4. 1942 nach Theresienstadt, am 9. 5. 1942 nach Sobibór deportiert und dort ermordet.

4 Siehe Dok 269 vom 9. 2. 1940.

1 NAP, ÚŘP, I-3b 5850, Bl. 521–523.

2 Die Gruppe I/1 war u. a. zuständig für allgemeine politische und Volkstums-Angelegenheiten.

3 Dr. Guido Strobl (*1910), Jurist; 1936 als Anwalt in Iglau; 1938 SdP-, dann NSDAP-Eintritt; Nov. 1938 bis März 1939 in der Preisbildungsstelle für die sudetendeutschen Gebiete, von März 1939 an in der Behörde des Reichsprotektors tätig, 1942 Bezirkshauptmann von Budweis, leitete von Nov. 1942 an vertretungsweise die Bezirksbehörde Wittingau, 1944 in der Behörde des Staatsministers für Böhmen und Mähren; Nov. 1944 zur Waffen-SS.

4 Die Gruppe I/3 war u. a. zuständig für Fragen der Staatsangehörigkeit, für Rasse- und sog. Blutschutz-Angelegenheiten.

5 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

6 In der Akte liegt nur dieser Auszug.

Besondere Klagen wurden in der letzten Zeit über das Verhalten der Juden laut. Von überall gehen Berichte ein, wonach sie ständig die Ausgehverbote übertreten, ohne daß die tschechischen Organe dagegen einzuschreiten wagen. Eine Reihe von Juden wurde zwar schon von der Geheimen Staatspolizei festgenommen, aber diese kann auch nicht überall sein. Die Juden sind wieder äußerst frech und betätigen sich wie immer als Unruhestifter. Ich halte baldige durchgreifende Maßnahmen für unbedingt notwendig. Insbesondere müßten die Juden auf dem Lande zum Verlassen der Dörfer und kleinen Städte veranlaßt werden. Die ländliche Bevölkerung läßt sich bekanntlich von den Juden besonders leicht beeinflussen, da die Bauern meist irgendwie finanziell von den Juden abhängig sind. Trotz aller Unterbringungsschwierigkeiten muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sich nur auf diese Weise ein wirklicher Anfang politischer Befriedung erreichen läßt. Jede Nachsicht dagegen wird von Juden und Tschechen als Schwäche ausgelegt. Die Maßnahmen der Arbeitsämter zur Einschaltung der männlichen Juden in den Arbeitsprozeß können nicht die vollständige Lösung des Problems bringen. Sie sind immerhin sehr erfreulich.

DOK. 312

Der Oberlandrat in Brünn regt am 29. Juli 1941 an, Juden das Fahrradfahren zu verbieten¹

Schreiben des Oberlandrats in Brünn, für die Bezirke Brünn Stadt und Land, (einschl. Seelowitz) Boskowitz, Tischnowitz, Wischau,² i.V. gez. Unterschrift unleserlich, an den Reichsprotektor in Böhmen u. Mähren, Prag, durch die Dienststelle für das Land Mähren, Brünn (Eing. 31. 7. 1941), vom 29. 7. 1941

Betrifft: Benützung von Fahrrädern durch Juden.

Die NSDAP-Kreisleitung Brünn ist an mich wiederholt mit der Anregung herangegangen, den Juden die Benützung von Fahrrädern zu untersagen. Anlaß hiezu waren verschiedene Meldungen, daß sich die jüdische Bevölkerung seit einiger Zeit stark der Benützung von Fahrrädern bedient. Vielfach wurde beobachtet, daß Juden das Radfahren erlernen und sich darin üben.

Bei denjenigen Schichten der Bevölkerung, die aus finanziellen wie auch beruflichen Gründen früher Fahrräder benutzten, jetzt sie aber wegen fehlender Reifen vermissen müssen, hat sich Unwille darüber gezeigt, daß untätige Juden für Sport und vielleicht auch für Hamsterfahrten Fahrräder zur Verfügung haben.

Ich bitte hiernach in Erwägung zu ziehen, ob Juden nicht die Benützung von Fahrrädern überhaupt untersagt werden kann.³

¹ MZAB, B 251, Inv.Nr. 522, Sign. 4080, Karton 45.

² Dr. Oskar Hofmann (*1900), Verwaltungsbeamter; von 1921 an in der NSDAP aktiv, 1933 SA-Eintritt; von 1934 an im bayer. MdI; 1937 erneuter NSDAP-Eintritt; 1939 ORR in der Dienststelle des Reichsprotektors tätig, von Juni 1940 an Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Oberlandrats in Brünn, 1942 in der Landesbehörde Brünn, von 1943 an Präsidialchef des Kuratoriums für Jugend-erziehung in Böhmen und Mähren.

³ Siehe Dok. 316 vom 14. 9. 1941.

DOK. 3B

**Unterstaatssekretär von Burgsdorff untersagt
am 31. Juli 1941 Einzelmaßnahmen lokaler Dienststellen
gegen Juden im Protektorat¹**

Schreiben des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren (B. Nr. BdS – I – 2256/41), i.V. gez. Dr. von Burgsdorff, Prag, an alle Oberlandräte vom 31.7. 1941²

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden.

Bezug: Erlaß vom 17.8. 1940 – B.d.S. – II – 1305-6/40³

Obwohl mit oben angeführtem Erlaß im allgemeinen und in vielen Einzelanweisungen im besonderen auf die Unzulässigkeit, aber auch auf die Wertlosigkeit örtlicher Judenmaßnahmen eindringlich hingewiesen und gefordert wurde, daß Maßnahmen gegen Juden erst nach vorher gepflogenen Einvernehmen mit dem BdS durchgeführt werden dürfen, werden in letzter Zeit wieder von einzelnen Oberlandräten oder mit Billigung derselben von deutschen Regierungskommissaren, Parteidienststellen und selbst von tschechischen Bezirksbehörden Judenmaßnahmen vermögensrechtlicher bzw. persönlicher Natur getroffen. So wurde die Abnahme von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Einrichtungsgegenständen verfügt, Verbote des jedweden Verlassens der Wohnung, des Öffnens der Fenster, der Auslüftung von Pölstern in offenen Fenstern und über verschiedene andere Handlungen des täglichen Lebens erlassen, deren Einhaltung weder hinreichend sichergestellt, noch auch immer möglich ist.⁴

Es wird dabei vollständig außer acht gelassen, daß für die Überwachung der Einhaltung in der Hauptsache nur die Protektoratsexekutive zur Verfügung steht und auf eine Unterstützung seitens der Bevölkerung mit Rücksicht auf die judenfreundliche Einstellung eines großen Teiles der Tschechen nicht gerechnet werden kann. Solche Verbote sind nicht nur wirkungslos, sondern kehren sich oft schon ins Lächerliche. Ich verweise z. B. auf eine Verlautbarung im „Neuen Tag“ vom 31.7. 1941 über Judenmaßnahmen in Klattau, die sich sogar mit der Aufbewahrung von Rasierpinseln beschäftigt.⁵

Außerdem werden durch ungeschickte Publikationen in den Tagesblättern immer wieder gewisse Elemente auf den Plan gerufen, die unter dem Schein einer aktiven Judenbekämpfung persönliche, zum Teil sogar strafbare Interessen verfolgen (Plünderungen, Zerstörungen von jüdischem Eigentum). So sehr die verstärkte Ablehnung alles Jüdischen

1 MZAB, B 251, Inv.Nr. 522, Sign. 4080, Karton 45. Abdruck in: Jaroslava Milotová/Miroslav Kárný, *Od Neuratha k Heydrichovi. Na rozhraní okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“*, in: *Sborník archivních prací*, 39 (1989), H. 2, S. 281–394, Dok. 20, S. 322–324.

2 Das Schreiben ging nachrichtlich an die Abteilungen I, II und IV, die Dienststelle Mähren, die Gruppen I/1 und I/3, die Parteiverbindungsstelle, die Staatspolizeileitstelle Prag, die Staatspolizeileitstelle Brünn und die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag. Im Original handschriftl. Unterstreichungen und Bearbeitungsvermerke.

3 Siehe Dok. 286 vom 17.8. 1940.

4 Siehe auch Dok. 307 vom 31.5. 1941.

5 Der Neue Tag vom 31.7. 1941, Nr. 210, S. 3. Judenmaßnahmen in Klattau: Einer Anordnung der Bezirksbehörde Klattau zufolge sollte neben zahlreichen anderen Einschränkungen das für Juden bestimmte Rasierzeug beim Barbier von dem für Arier verwendeten Rasierzeug abgesondert werden; die Übertretung dieses und anderer Verbote sei mit einer Geldbuße oder Gefängnis zu ahnden.

gerade durch die Ereignisse im östlichen Kriegsschauplatz verständlich ist, so muß doch hintangehalten werden, daß die Lösung des Judenproblems in mehr oder minder scharfen örtlichen Einzelaktionen gesucht wird.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei⁶ hat in Übereinstimmung mit dem Vorgehen gegenüber den Juden im übrigen Reichsgebiet eine ganze Reihe von einschränkenden Judenmaßnahmen entweder selbst verfügt oder im Wege der Protektoratsregierung zur Anordnung gebracht. Eine scharfe Handhabung derselben würde die gebotene Zurückdrängung des jüdischen Elementes durchaus gewährleisten. Solange jedoch keine äußere Kennzeichnung der Juden durchgeführt ist, werden alle Verbote mit den bereits geschilderten Mängeln behaftet sein. Seitens des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und meiner sonstigen mit Judenfragen befaßten Dienststellen wird dem Judenproblem andauernd das schärfste Augenmerk zugewandt und das Einvernehmen mit den Zentralstellen im Reich aufrechterhalten, damit die nach Abschluß des Ostfeldzuges bevorstehenden einschneidenden Entscheidungen auf diesem Gebiet bereits einen vorbereiteten Boden finden. Bis dahin müssen aber die allgemeinen politischen Belange des Reichs berücksichtigt werden. Ich verlange auch hierin strengste Disziplin.

Ich verweise daher nochmals eindringlichst darauf und mache die Herren Oberlandräte persönlich dafür verantwortlich, daß meinen Weisungen entsprochen wird. Insbesondere sind

- 1.) irgendwelche vermögensrechtliche Maßnahmen (Sicherstellung und Beschlagnahme jüdischen Vermögens) allein den Dienststellen der Geheimen Staatspolizei bzw. dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei auf Grund der bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsanordnungen vorbehalten,⁷
- 2.) irgendwelche sonstigen einschränkenden Anordnungen gegenüber Juden vor deren Inkraftsetzung bzw. Verlautbarung im Wortlaut dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei zur Entscheidung vorzulegen.

*Zusatz für die Parteiverbindungsstelle:*⁸

Ich bitte für eine entsprechende Unterrichtung der Führer der Gliederungen besorgt zu sein, da Ende Juni, insbesondere in Mähren, von der SA Einzelaktionen, zum Teil sogar gemeinsam mit Tschechen, zur Durchführung gelangten, bei denen es auch zu Plünderungen und Diebstählen gekommen ist.⁹

⁶ Horst Böhme.

⁷ Gemeint sind hier vor allem die VO des Reichsprotektors über das jüdische Vermögen vom 21.6. 1939; die VO des Reichsprotektors zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft des Protektorats vom 26. 1.1940 und deren Durchführungserlasse; siehe Dok. 247 vom 21.6. 1939 und Dok. 269 vom 9. 2. 1940.

⁸ Im Protektorat schuf die NSDAP keine eigene Gauleitung, sondern schlug die Regionen den Parteigliederungen in den anliegenden Gauen Sudetenland, Bayrische Ostmark, Oberdonau und Niederdonau zu, so dass deren Gauleiter ein Mitspracherecht in Angelegenheiten des Protektorats hatten. Um die Maßnahmen der vier Gaue zu koordinieren, wurde am 30. 1.1940 eine Parteiverbindungsstelle beim Reichsprotektor geschaffen.

⁹ Nicht ermittelt.

DOK. 314

**Reichsinnenminister Frick erklärt dem Chef der Reichskanzlei
am 14. August 1941, gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat
bestünden keine Einwände mehr¹**

Schreiben des RMdI² (Ie 163 I-III/41/50 12), Berlin, an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei,³ Berlin, vom 14. 8. 1941 (Abschrift)⁴

Betr.: Kennzeichnung der Juden im Protektorat.

Auf das Schreiben vom 18. Juli 1941 – Rk. 10588 B –.⁵

Zu der Frage der Kennzeichnung der Juden hat der Herr Reichsmarschall in der Gauleiterbesprechung vom 6. 12. 1938 unter Mitteilung der Gründe eine ablehnende Entscheidung des Führers bekanntgegeben.⁶ Wegen der erneuten Prüfung der Frage im Vorjahre darf ich auf mein Schreiben von 24. 7. 1940 – I 1401 VII/VIII/40g – 50 12 – verweisen.⁷ Diese Entscheidung des Führers ist für das damalige Reichsgebiet ergangen.

Inzwischen ist eine völlige Änderung der politischen Lage eingetreten. Angesichts der Klärung der außenpolitischen Fronten scheinen mir – vorbehaltlich der wohl von Ihnen eingeforderten Stellungnahme des Auswärtigen Amts – außenpolitische Rücksichtnahmen nicht mehr geboten zu sein. Insbesondere bestehen ferner im Protektorat Böhmen und Mähren gänzlich andere Verhältnisse als im Altreich. Auch erscheint mir die Tatsache nicht unbeachtlich, daß im Generalgouvernement sowie in kleinen Teilen der eingegliederten Ostgebiete die Kennzeichnung der Juden bereits seit Beendigung des Polenfeldzuges durchgeführt ist.⁸

Ich habe deshalb gegen die Kennzeichnung der Juden im Protektorat Böhmen und Mähren keine Einwendungen zu erheben, halte es aber für erforderlich, noch zu prüfen, ob etwa infolge der Judenkennezeichnung ein stärkerer Abgang jüdischer Arbeitskräfte aus Wirtschaftsbetrieben im Protektorat zu erwarten ist, der durch andere Arbeitskräfte angesichts des beträchtlichen Arbeitsmangels nicht ausgeglichen werden könnte.⁹

1 NAP, ÚŘP, I-3b 5851, Karton 389, Bl. 596f. Abdruck in: Milotová/Kárný, Od Neuratha k Heydrichovi (wie Dok. 3B, Anm. 1), Dok. 31, S. 346 f.

2 Dr. Wilhelm Frick.

3 Dr. Hans Lammers.

4 Hier weitergeleitet an den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Eing. 24. 8. 1941). Am Ende des Dokuments: „Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme auf das an Herrn Reichsminister Dr. Lammers gerichtete Fernschreiben L.S.D. L.A. Prag Nr. 1375 vom 16. Juli 1941. In Vertretung gez. Dr. Stuckart. Beglaubigt: Unterschrift unleserlich, Ministerialregistratur.“ Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke. Das hier genannte Schreiben von Karl Hermann Frank an Lammers vom 16. 7. 1941 ist abgedruckt in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Dok. 39, Anm. 1), S. 294.

5 Liegt nicht in der Akte.

6 Göring erläuterte am 6. 12. 1938, dass Hitler Einwände gegen eine Kennzeichnung habe. Er lehne sie u. a. wegen außenpolitischer Rücksichtnahmen ab; Götz Aly/Susanne Heim, Staatliche Ordnung und organische Lösung. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 2 (1993), S. 378 – 404.

7 Liegt nicht in der Akte. Zu den Diskussionen um eine Kennzeichnung der Juden im Reich siehe Einleitung, S. 60 f.

8 VO über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement vom 23. 11. 1939, VOBl. GG, 1939, Nr. 8 vom 30. 11. 1939, S. 61; siehe auch VEJ 4/49.

9 Die Regelung für das gesamte Deutsche Reich inklusive Protektorat kam einer separaten Regelung zuvor; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

DOK. 315

**Staatssekretär Frank bittet Reichsprotektor von Neurath
am 20. August 1941, ihm telefonisch die Kennzeichnung der
jüdischen Bevölkerung zu genehmigen¹**

Fernschreiben Nr. 952/41 (geheim), gez. Frank, an den Reichsprotektor Freiherr von Neurath, Leinfelden über SD-Leitabschnitt Stuttgart, vom 20. 8. 1941 (Abschrift)²

Exzellenz. Ich bitte um Zustimmung, die Juden im Protektorat nunmehr sofort durch Armbinden kennzeichnen zu lassen. Die Frechheit der Juden nimmt täglich zu. Ständige Übertretungen unserer Judenverordnungen sind an der Tagesordnung. Von allen Seiten gehen Meldungen ein, daß die reichsfeindliche Tätigkeit der Juden stündlich wächst. Sie bilden in öffentlichen Lokalen, Restaurants, Kaffeehäusern trotz Eintrittsverbot Cercle, besprechen mit tschechischen Kreisen Feindfunknachrichten und hetzen die Bevölkerung auf. Jüdische Schieber und Schleichhandelsgeschäfte blühen in aller Öffentlichkeit. Oberlandräte, andere Reichsdienststellen, Parteistellen, Gliederungen auch tschechischer Kreise fordern dringendst Judenkennzeichnung. Luxemburg hat Judenkennzeichnung eben eingeführt.³ Besprechung bei U.St.S. und Abteilungsleitern ergab einstimmige Zustimmung.⁴ Wir versprechen uns günstige Auswirkung. Erbitte telefonische Zustimmung.⁵

Heil Hitler!

DOK. 316

**Jiří Münzer schreibt am 14. September 1941
über die bevorstehende Kennzeichnung und das Verbot,
den Wohnort zu verlassen¹**

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer, Eintrag vom 14. 9. 1941

Dies war eine der traurigsten Wochen, die ich je erlebt habe. Es wurde nämlich bekannt gegeben, dass wir mit Sternen gekennzeichnet werden und uns nicht von unserem Aufenthaltsort entfernen dürfen.² Die Abzeichen würde ich gutheißen – warum sollte ich nicht

¹ YVA, O7Cz/4. Abdruck in: Milotová/Kárný, Od Neuratha k Heydrichovi (wie Dok. 315, Anm. 1), Dok. 34, S. 350.

² Im Original handschriftl. Anmerkungen und Bearbeitungsvermerke.

³ Mit der VO betr. Ordnung des jüdischen Lebens in Luxemburg vom 29. 7. 1941 wurde, früher als im Altreich, ein auf der Kleidung zu tragendes gelbes Kennzeichen eingeführt.

⁴ U.St.S.: Unterstaatssekretär.

⁵ Neurath stimmte Franks Vorschlag noch am selben Tag telefonisch zu; wie Anm. 1, S. 350 f. Die Kennzeichnung wurde im Protektorat zusammen mit der reichsweiten Regelung eingeführt; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941.

¹ JMP, DP 79. Abdruck in: Deník Jiřího Münzera (wie Dok. 289, Anm. 1), S. 87 f. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

² Die Kennzeichnungspflicht war mit VO vom 1. 9. 1941 auch im Protektorat eingeführt worden; siehe Dok. 212 vom 1. 9. 1941. Am 15. 9. 1941 ergänzte der RMDI in einem Schnellbrief die Kennzeichnung um das Verbot, den Wohnort zu verlassen; siehe Dok. 222 vom 15. 9. 1941.

allen zeigen, dass ich ein Jude bin und stolz darauf –, wenn wir nur in Königgrätz blieben. So bedeutet das aber, dass ich Hohenbruck nicht verlassen darf, und da von dort auch niemand nach Hohenbruck darf, sind wir völlig eingesperrt. Ich denke ständig daran, dies ist das erste Verbot, das mich richtig getroffen hat, und zwar in meinen innersten Gefühlen.

Ich sehe jetzt, wie wenig mir an materiellen Dingen liegt, wenn ich nur mit Menschen zusammen sein kann, die ich mag. Es überfällt mich hilflose Wut, weil ich daran nichts ändern kann und weil das alles kein Ende nimmt.

Ich bin kein neidischer Mensch, dieses Mal aber doch: Den Mahlers³ gönne ich es wirklich aufrichtig, dass sie eine Wohnung gefunden haben, trotzdem beneide ich sie sehr. Sie werden bei Dr. Neu⁴ wohnen, etwa hundert Schritte vom Haus entfernt, in dem Ilša⁵ wohnt, während ich dreizehn Kilometer von Königgrätz entfernt wohne und nicht hingehen darf.

Es war so schon [schlimm] genug, und als ich mich damit einigermaßen abgefunden und mir gesagt hatte, dass die Woche immer schnell vorbei ist und ich Samstag und Sonntag in Königgrätz sein kann, kam nun dies.

Die Oma fühlt sich auch immer noch nicht gut, und man hilft ihr nicht.

Während der Woche war ich jeden Tag zu Hause, und abends war ich viermal bei Ilša.

Gestern hatten wir die Sichot bei den Frischmanns – Jirka⁶ sprach über die Zeit vor Christus. Es tut mir auch leid, dass ich jetzt nicht mehr zu den Sichot gehen kann, aber mit der Arbeit werde ich nicht aufhören.

Heute hatten wir kein Iwrith, denn Herr Doktor ist schon umgezogen – vormittags war ich bei der Oma im Krankenhaus, es kam auch Onkel Otta,⁷ mit dem wir dann Opa entgegengingen.

Am Nachmittag war ich kurz bei den Müllers, bei Bertík und dann bis Abend bei Ilša. In besonders fröhlicher Stimmung waren wir nicht.

Diese Woche wurde außerdem die Konskription der jüdischen Fahrräder und Schreibmaschinen befohlen – meine Schreibmaschine und mein Fahrrad habe ich gemeldet.⁸

Im Krieg nichts Neues.

3 Vermutlich: Maximilian Mahler (1886 – 1944), Ingenieur; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert. Otylie Mahlerová, geb. Nohel (1889 – 1944), Hausfrau; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt, am 16. 10. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Vermutlich: Dr. Julius Neu (1887 – 1943), Jurist, Anwalt; wurde am 21. 12. 1942 aus Königgrätz nach Theresienstadt deportiert, wo er zweieinhalb Monate später starb.

5 Ilša Polláková.

6 Vermutlich Jiří (Jirka) Fränkl oder Jiří (Jirka) Brod.

7 Ota Klepetář (*1900), Zahnarzt; wurde am 9. 12. 1942 aus Pardubitz nach Theresienstadt, von dort am 23. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er umkam.

8 Nicht ermittelt.

DOK. 317

**Staatssekretär Hubert Ripka von der
tschechischen Exil-Regierung in London stellt sich am 18. September 1941
auf die Seite der Juden im Protektorat¹**

BBC – Tschechoslowakische Nachrichten

Donnerstag, 18. September 1941, 9.45 Uhr. Von Dr. Hubert Ripka,² Staatssekretär im Außenministerium

Nun hat Hitler auch die Juden in unserem Land dazu gezwungen, in der Öffentlichkeit immer und überall ein spezielles Kennzeichen zu tragen, anhand dessen man sie ganz einfach von allen anderen Menschen unterscheiden kann. Dadurch wird es dem Nazi-Mob wie dem Pöbel der Vljaka³ und den Tuka- und Mach-Anhängern⁴ noch leichter gemacht, sich – wann immer es ihnen passt – auf die bemitleidenswerten und wehrlosen Juden zu stürzen. Diesen Barbaren reichte es offensichtlich nicht, die Juden auf das Gemeinste zu berauben und auszuplündern, sie zu verfolgen und auf sadistische Weise zu foltern. Nein, darüber hinaus werden diese nun tagtäglich, indem man sie öffentlich und sichtbar von der übrigen Bevölkerung unterscheidet, Anfeindungen und brutaler Willkür ausgesetzt.

Die deutsche Nation wird immer mit der schrecklichen Schande leben müssen, dass sie sich von dieser teuflischen Rassenlehre hat verführen lassen und dass ein Großteil der Bevölkerung einem bestialischen Antisemitismus verfallen ist. Dies ist allerdings nur der offensichtlichste Ausdruck ihres Minderwertigkeitsgefühls; denn nur derjenige, der sich seiner selbst nicht sicher ist, nur derjenige, der über zu wenig Selbstvertrauen verfügt, muss sich über alle anderen Menschen stellen, um sich selbst und den anderen etwas zu beweisen.

Der Antisemitismus der Deutschen, den Hitler dazu benutzt hat, niedrigste, oftmals kranke und perverse Instinkte zu schüren, ist ein typischer Ausdruck von Persönlichkeitsstörungen und dem Bemühen, diesen Defiziten mit Prahlucht, aber auch mit roher Gewalt anderen Menschen gegenüber beizukommen. Diese widerliche Schande der Deutschen, für die sie bitter werden büßen müssen, ist übrigens eine Auszeichnung für die Juden.

Denn es gibt nur einen Grund, warum die Nazis die Juden verfolgen, foltern, vertreiben, ausrauben und ermorden sollten: Deren Intelligenz, Klugheit und Begabung machen ihnen Angst.

1 CZA, C2/96 – 15.9. 1941. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Es handelt sich um die Aufzeichnung einer Radiosendung.

2 Dr. Hubert Ripka (1895–1958), Journalist, Politiker; 1925–1930 Redakteur des Legionärsblatts *Národní osvobození* (Nationale Befreiung), 1930–1938 Redakteur der Zeitung *Lidové noviny* (Volkszeitung); emigrierte 1940 nach Großbritannien, 1940–1945 StS der tschechoslowak. Exil-Regierung in London; 1945 Rückkehr nach Prag und bis 1948 Außenhandelsminister, dann erneute Emigration nach Großbritannien.

3 Siehe Dok. 254 vom 28. 7. 1939 und Dok. 284 vom 8. 8. 1940.

4 Vojtěch Tuka (1880–1946), 1939–1944 Ministerpräsident und ab 1940 Außenminister der Slowakischen Republik, 1946 in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt und hingerichtet. Aleksander (Šaňo) Mach (1902–1980), 1940–1945 Innenminister und stellv. Ministerpräsident der Slowakischen Republik.

Nun, nachdem auch in unseren Ländern die Kennzeichnung der Juden eingeführt wurde,⁵ möchten wir euch, unsere tschechischen und slowakischen Freunde, wissen lassen: Wir glauben fest daran, dass ihr nichts tun werdet, wofür ihr euch eines Tages werdet schämen müssen. Wir sind überzeugt davon, dass ihr keinen Moment lang vergessen werdet, welches ehrenvolle Privileg es ist, der Nation von Masaryk anzugehören, der uns alle gelehrt hat, sich gegen entwürdigenden Antisemitismus aufzulehnen. Damit hat er einen wichtigen Beitrag geleistet, unsere Nation zu einer geistig hochentwickelten Nation zu machen, deren Bürger jüdischer Rasse ausgezeichnete Patrioten und anständige Menschen sein können oder eben auch nicht, genau wie alle anderen Bürger auch.

Hier im Ausland sind wir über alles, was sich in unserer Heimat ereignet, gut informiert. Daher wissen wir auch, wie sich dort alle in der Vergangenheit gegenüber den Juden verhalten haben und wie sie im Moment mit ihnen umgehen.

Es erfüllt uns mit begründetem Stolz, gegenüber der zivilisierten Welt behaupten zu können, dass unser Volk den verfolgten Juden mit christlicher Nächstenliebe begegnet und mit tiefem menschlichem Mitgefühl angesichts ihres grausamen Schicksals. Und wir sind froh, dass die deutschen Antisemiten nur bei einer kleinen radikalen Minderheit Anhänger finden, die zwar die tschechische und slowakische Sprache sprechen, aber ansonsten ihre Seele an ihre Sklaventreiber verkauft haben.

Tschechoslowakische Juden, in diesen Tagen denken wir mit aufrichtiger Anteilnahme an euch. Wir wissen von eurem Leid, und wir tragen sorgfältig alle Kenntnisse über eure Verfolgung sowie über eure Peiniger zusammen. Wir wissen, dass sie euch aus den Städten treiben, dass sie wieder Gettos errichten, dass sie euch in Konzentrationslager sperren und euch dort zu Tode quälen; wir wissen, was in den sogenannten Arbeitslagern in Deutsch Brod, Theresienstadt bei Chotzen⁶ oder an anderen Orten passiert, wohin sie selbst die älteren und gebrechlichen Juden bringen und wo diese elf Stunden am Tag arbeiten und unter den schlimmsten Versorgungs- und Wohnbedingungen leben müssen; wir wissen, welche furchtbaren Verbrechen die kriminelle Mach-Bande verübt, dass Mach die Juden aus Pressburg und aus den anderen, auch den kleineren Städten vertreiben lässt, dass er ihr Eigentum stiehlt und sie dazu zwingt, wie Tiere in erbärmlichen Baracken zu hausen, wo sie unter Kälte, Schmutz und Hunger leiden.⁷ Wir haben von allem Kenntnis, selbst von den Details. Vorerst können wir euch nicht helfen. Aber wir werden der Welt Zeugnis ablegen über eure Qualen, und wir versichern euch, dass man euer Leiden nicht vergessen wird.

Heute wollen sie [die Deutschen] euch mit dem Zeichen der Schande öffentlich bloßstellen. Aber der gelbe Davidstern ist ein Zeichen der Ehre, was alle anständigen Menschen erkennen und respektieren werden. Ich erinnere an die Worte des überaus gläubigen

5 Die Kennzeichnungspflicht war mit VO vom 1.9. 1941 im Reich und im Protektorat eingeführt worden; siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

6 Mit Deutsch Brod ist wahrscheinlich das nahe gelegene Umschulungsgut Linden gemeint, in das die jüdischen Gemeinden ein bestimmtes Kontingent von Männern schicken mussten. Bei Theresienstadt handelt es sich offenbar um einen Fehler, da es dort zu diesem Zeitpunkt kein Lager oder Getto gab. Es kursierten aber bereits Gerüchte über die Errichtung eines Gettos.

7 Seit 1940 wurden unter Vojtech Tuka und Šaňo Mach zahlreiche antijüdische Gesetze in der Slowakei erlassen. Den Höhepunkt bildete die Verkündung des Židovský kodex (Judengesetzes) am 9.9. 1941, der sich eng an die Nürnberger Gesetze anlehnte.

Katholiken und Schriftstellers Alfred Fuchs,⁸ der jüdischer Herkunft war und von den Nazis zu Tode gefoltert wurde. Für seinen vorbildlichen katholischen Glauben hat er eine päpstliche Auszeichnung erhalten. Er hat gesagt: „Wenn die Deutschen in unserem Land ein Judenabzeichen einführen, werde ich es mit demonstrativem Stolz direkt neben meiner päpstlichen Auszeichnung tragen.“⁹

Unsere jüdischen Freunde: Zieht Kraft aus dem Glauben an den Sieg der Gerechtigkeit. Dieser Sieg ist unausweichlich und liegt nicht länger in einer fernen, unbekannten Zukunft.

Ihr werdet den Tag der Befreiung und der gerechten Vergeltung erleben.

DOK. 318

Eva Roubíčková hält am 19. September 1941 die Reaktionen auf ihre Kennzeichnung mit dem „Judenstern“ in ihrem Tagebuch fest¹

Tagebuch von Eva Roubíčková, Eintrag vom 19. 9. 1941

Freitag, 19. September 1941

Um halb acht mit dem Stern zur Arbeit.²

Die Leute haben es entweder ignoriert oder gelächelt, jedenfalls haben sie sich anständiger benommen, als ich es erwartet hätte.

In der Werkstatt haben sich alle gewundert, daß ich Jüdin bin, und waren sehr anständig. Nach der Arbeit bei Mama,³ Lotte⁴ zu Hause. Dann Benny⁵ getroffen, mit ihm bei Eva.⁶

Ernst und Danny⁷ waren auch dort.

Man hört überall, wie anständig sich die Leute benommen haben.

⁸ Dr. Alfred Fuchs (1892–1941), Dichter, Journalist, Übersetzer, Literaturkritiker; Schriftleiter beim Prager Abendblatt, Oberrat der Presseabt. des Ministerratspräsidiums, beschäftigte sich mit religiösen Problemen, insbesondere mit dem Judentum und dem Katholizismus; er wurde im KZ Dachau ermordet.

⁹ Nicht ermittelt.

¹ Abdruck in: Roubíčková, „Langsam“ (wie Dok. 308, Anm. 1), S. 47.

² Die Kennzeichnungspflicht war mit Verordnung vom 1.9. 1941 auch im Protektorat eingeführt worden; siehe Dok. 212 vom 1.9. 1941.

³ Die Verfasserin meint die Mutter ihres damaligen Verlobten Richard Roubíček, Marie Roubíčková, geb. Gibian (1889–1943), Hausfrau, Ehefrau eines Anwalts; im Sept. 1942 aus Prag nach Theresienstadt und im Dez. 1943 nach Auschwitz deportiert.

⁴ Lotte, auch Lota Singerová, geb. Roubíčková (1913–1943), Studentin, Hausfrau; Schwester von Richard Roubíček, lebte in Wisowitz bei Zlin, war dort mit einem Geschäftsmann und Fabrikbesitzer verheiratet und hatte zwei Kinder; am 8.9. 1942 aus Prag nach Theresienstadt und am 15.12.1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie ums Leben kam.

⁵ Benny Grünberger (1922–1942), am 22.10.1942 von Theresienstadt nach Treblinka deportiert und ermordet.

⁶ Eva Glauber.

⁷ Benny Grünbergers Bruder Danny wurde auf der Flucht nach Ungarn 1943 von der Gestapo gefasst und zusammen mit den Eltern hingerichtet; wie Anm. 1, S. 139–142, Eintrag vom 22.7. 1943.

Von England kam die Aufforderung, daß die Tschechen jetzt besonders freundlich zu ihren jüdischen Mitbürgern sein sollen und daß sie ihnen diese Erniedrigung möglichst erleichtern sollen.⁸

Viele grüßen Juden auf der Straße, sprechen sie an, gehen absichtlich ein Stück mit ihnen, das ist natürlich eine Provokation gegen die Deutschen.

DOK. 319

Jiří Münzer schildert am 21. September 1941, wie die Tschechen sich zur Kennzeichnung verhalten¹

Handschriftl. Tagebuch von Jiří Münzer, Eintrag vom 21.9. 1941

Heute ist also der letzte Sonntag in unserer Wohnung – danach ist Schluss. Jetzt habe ich mich wieder mit allem einigermaßen abgefunden.

Diese Woche war ich jeden Tag zu Hause und jeden Abend bei Ilša.²

Gestern haben wir die Sichot bei den Pollaks abgehalten – wir haben nur gelesen und erzählt.

Heute Vormittag war ich bei der Oma – es geht ihr ein wenig besser –, dann bei Ilša. Den Nachmittag verbrachte ich auch mit Ilša, und wir waren im Tempel – es war der Vorabend des Neujahrstags.³

Seit Freitag tragen wir die Sterne,⁴ und die Reaktion der tschechischen Seite fiel besser aus als erwartet. Wir beobachten die ganze Zeit das Verhalten der Leute, und man muss sagen, dass sich bis jetzt die tschechische Bürgerschaft, der ständigen Zeitungshetze und den mordbrennerischen Artikeln zum Trotz, vortrefflich benimmt. Selbstverständlich mustern uns alle, und wir ziehen in diesen Tagen die Aufmerksamkeit auf uns, aber ich habe in den drei Tagen noch keine Schmährufe vernommen, ganz im Gegenteil – die Leute zeigen ihre Anteilnahme, und Unbekannte grüßen uns jetzt. Nur heute, als wir aus dem Tempel kamen, riefen ein paar Jungs von der Hitlerjugend⁵ mir und Ilša etwas hinterher. Das Verbot, den Wohnort zu verlassen, wurde bislang noch nicht veröffentlicht, nur in Pardubitz haben sie es schon [schriftlich].⁶

Wir alle bekamen jeweils nur einen Stern, einen schönen orangefarbenen mit der schwarzen Aufschrift *Jude*.⁷ Er muss auf der linken Mantelseite in Höhe der Brust getragen werden. Wer als Arbeiter tätig ist, bekam zwei, auch ich habe daher zwei.

⁸ Siehe Dok. 317 vom 18.9. 1941.

¹ JMP, DP 79. Abdruck in: Deník Jiřího Münzera (wie Dok. 289, Anm. 1), S. 88f. Das Dokument wurde aus dem Tschechischen übersetzt.

² Ilša Polláková.

³ Im Original wird der hebr. Ausdruck Erev für Vorabend benutzt, der Neujahrstag (Rosch Haschana) dagegen auf Tschechisch geschrieben.

⁴ Siehe Dok. 318 vom 19. 9. 1941, Anm. 2.

⁵ Im Original deutsch.

⁶ Am 15.9. 1941 sprach das RMdI ein generelles Verbot für Juden aus, den Wohnort zu verlassen; siehe Dok. 222 vom 15.9. 1941.

⁷ Im Original deutsch.

Juden, die mit Ariern verheiratet sind, müssen keinen Stern tragen, Otta⁸ hat daher keinen.

Am Mittwoch ziehen wir um, aber in die Fabrik⁹ werde ich dann nicht gehen, erst am Donnerstag wieder.

In Russland haben die Deutschen Kiew und Poltawa besetzt.

DOK. 320

**Eva Roubíčková berichtet am 28. September 1941
von der Ankunft Heydrichs im Protektorat¹**

Handschriftl. Tagebuch von Eva Roubíčková, Eintrag vom 28.9.1941

Sonntag, 28. September 1941

Mit Käthe² getroffen, in der Stadt, auf einmal wurde gemeldet: Ausnahmezustand in allen größeren Städten des Protektorats.

Niemand weiß den Grund, es müssen Dinge vorgehen, von denen man nichts erfährt. Sabotage.

Ein neuer Reichsprotektor, Heydrich, ist gekommen, Stellvertreter Himmlers.³ Der wird viel schärfer vorgehen. Das bedeutet, daß nicht alles so klappt, wie die Deutschen behaupten.

Am Friedhof in der Altstadt, im jüdischen Museum, dann Käthe bei uns, dann mit Eva und Benny⁴ bei Peter.

Sehr gut unterhalten.

⁸ Ota Klepetář.

⁹ Münzer arbeitete in der Fabrik von Stanislav Kauder.

¹ Abdruck in: Roubíčková, „Langsam“ (wie Dok. 308, Anm. 1), S. 49.

² Vermutlich: Käthe Fuchs, geb. Neumann (*1921), Beamtin; eine Bekannte aus Wien, die nach Prag emigriert war; war verheiratet und hatte zwei Kinder; sie überlebte und kehrte nach dem Krieg nach Prag zurück.

³ Konstantin von Neurath wurde im Sept. 1941 beurlaubt, da ihm mangelnde Härte vorgeworfen wurde. Seinen formellen Rücktritt reichte er erst im Aug. 1943 ein. Nachfolger wurde als stellv. Reichsprotektor Reinhard Heydrich.

⁴ Eva Glauber und Benny Grünberger.

Glossar

AC-Bescheinigung

Abk. für: Accreditiv/Akkreditiv. Bescheinigung über die nachgewiesene Liquidität eines zukünftigen Einwanderers in die USA.

Affidavit

Bürgschaft, die in den USA als Voraussetzung für ein Visum verlangt wurde.

Alija(h) (hebr.)

Aufstieg. Jüdische Einwanderung nach Palästina. 1933 rief die Jewish Agency unter ihrem Dach außerdem die Jugendalija ins Leben, um gezielt jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland zu retten. Nach dem Zweiten Weltkrieg betreute die Abteilung Kinder, die überlebt hatten.

Altreu

Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH, Berlin. Sie wurde neben der Paltreu-Haavara, die für Palästina zuständig war, am 24.5.1937 eingerichtet. Emigranten zahlten ihr Vermögen in Reichsmark auf ein Altreu-Konto ein und erhielten bei starken Kursverlusten Devisen zugeteilt. Die Reichsmarküberschüsse stellte die Altreu der Reichsvertretung zur Verfügung, die aus dem Fonds Darlehen an unbemittelte Juden für deren Emigration gewährte.

Bachad

Aus dem Hebräischen abgeleitete Kurzform für Brith Chaluzim Datiim; 1929 als Gegenbewegung zum Hechalutz gegründete religiös-zionistische Jugendbewegung.

Chaluz, Plur: Chaluzim (hebr.)

Pionier. Angehöriger der zionistischen Jugendbewegung.

Chawer/Chawera, Plur.: Chawerim/Chaweroth (hebr.)

Genosse/Genossin.

Einwanderungsquote

Durch ein 1921 verabschiedetes Gesetz wurde die Einwanderung in die USA nach einem Quotensystem geregelt. Demnach durften aus einem Land jährlich maximal 3% der im Jahr 1910 von dort stammenden Einwohner der USA einwandern. 1924 wurde das Gesetz verschärft: Nur noch 2% der 1890 in den USA lebenden jeweiligen Bevölkerung durften einreisen.

El Al (hebr.)

Tschechoslowakische zionistische Jugendorganisation. 1938 gegründet, schloss sie sich im Februar 1939 mit der zionistischen Jugendorganisation Tchelet Lavan zur Tchelet Lavan El Al zusammen.

Erez (hebr.)

Land. „Erez Israel“: Land Israel, das Gelobte Land, Palästina.

Fluchtsteuer

siehe Reichsfluchtsteuer

Hachschara(h) (hebr.)

Vorbereitung. Gemeint ist die landwirtschaftliche oder handwerkliche Ausbildung als Vorbereitung zur Emigration, meist in Form befristeter Schulungen.

Hagana(h) (hebr.)

Schutz, Verteidigung. 1920 gegründete militärische Untergrundorganisation in Palästina, die der zionistischen Arbeitnehmerorganisation Histadrut unterstand. Vorläuferorganisation der israelischen Armee, in der sie 1948 aufging.

Haschomer Hazair (hebr.)

Junge Wächter. Ziele der vor dem Ersten Weltkrieg gegründeten, ältesten jüdischen, sozialistisch-zionistischen Jugendorganisation waren die Auswanderung nach Palästina und die Gründung von Kibbuzim. Die Bewegung war von der Pfadfinder- und Wanderbewegung beeinflusst und propagierte einen kollektiven Lebensstil.

Hechaluz

Zionistische Jugendorganisation, gegründet 1917 mit dem Ziel, junge Juden auf die Einwanderung nach Palästina vorzubereiten.

Jeschiwa (hebr.)

Höhere jüdische theologische Lehranstalt (Talmudschule) zur Ausbildung von Rabbinern und jüdischen Religionsgelehrten.

Jischuw (hebr.)

Bezeichnung für die jüdische Bevölkerung Palästinas vor der Staatsgründung Israels.

Joint

American Jewish Joint Distribution Committee (JDC). US-amerikanische Hilfsorganisation, die Juden in Europa bis zum Beginn des Kriegs zwischen Deutschland und den USA finanziell und materiell unterstützte.

Jom Kippur

Versöhnungsfest, höchster jüdischer Feiertag. Mit ihm enden die zehn Tage der Reue und Umkehr, die am Neujahrstag, an Rosch Haschana, beginnen.

Jugendalija(h)

siehe Alija(h)

Lift

Auch Liftvans, Container, in denen das Umzugsgut von Auswanderern gelagert wurde.

Palästina-Amt

Das Palästina-Amt der Jewish Agency förderte die Auswanderung nach Palästina, u. a. mittels Verteilung von Einwanderungszertifikaten. 1918 in Wien gegründet, hatte das Amt seinen Hauptsitz in Berlin und unterhielt zahlreiche Zweigstellen; im April 1941 wurde es aufgelöst und in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert.

Permit (engl.)

Einreisegenehmigung

Quote

siehe Einwanderungsquote

Reichsfluchtsteuer

Von 1931 an mussten alle Auswanderer, deren Vermögen 200 000 RM oder deren Jahreseinkommen 20 000 RM überstieg, 25% des Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen. 1934 wurde die Freigrenze auf 50 000 RM herabgesetzt.

Schedule (engl.)

Liste für die Verteilung der Zertifikate zur Palästina-Einwanderung.

Sichot (hebr.)

Gespräche

Tchelet Lavan (hebr.)

Zionistische Jugendbewegung in Böhmen und Mähren, die vor allem unter der deutschsprachigen Jugend populär war. Schloss sich im Februar 1939 mit der El Al zusammen.

Umschichtung

Handwerkliche oder landwirtschaftliche Ausbildung bzw. Umschulung von Juden zur Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten und vor allem der Auswanderungschancen.

Watikim (hebr.)

Ältere, Altgediente. Zionistische Funktionäre, die bereits seit vielen Jahren in der zionistischen Bewegung aktiv waren.

Zertifikat

Um die Einwanderung von Juden nach Palästina zu beschränken, gab die britische Mandatsregierung Zertifikate aus. Die Empfänger mussten über Kapital oder eine Qualifikation verfügen, die im Land gebraucht wurde.

Abkürzungsverzeichnis

Die Archivkürzel finden sich im Archivverzeichnis.

AA	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
AC	Accreditiv/Akkreditiv
a.D.	außer Dienst
AdR	Archiv der Republik
a.o.	außerordentlich(e/r)
AP	Associated Press
Ausg.	Ausgabe
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
BADV	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
BdE	Befehlshaber des Ersatzheeres
BdE-Ic	Befehlshaber des Ersatzheeres/Aufklärungsabteilung
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
BVP	Beauftragter für den Vierjahresplan
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
ChdDtPol.	Chef der Deutschen Polizei
ČSR, ČSSR	Tschechoslowakische Republik
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DBG	Deutsches Beamten-gesetz
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
DGT	Deutscher Gemeindetag
d.J.	des Jahres
dkg	Dekagramm (10 Gramm)
d.M.	dieses Monats
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
do.	dito
dort.	dortig
d.R.	des Ruhestandes
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei
ds. Js.	dieses Jahres
DVO	Durchführungsverordnung
DVP	Deutsche Volkspartei
Eing.	Eingang
Ek	Einsatzkommando
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland

Emigdirect	Emigrations-Direktorium
ERR	Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg
Ew.	Ehrwürdig (b. Titeln)
Fa.	Firma
fr.	frame
Frhr.	Freiherr
FS	Fernschreiben
gefl.	geflissentlich
geh.	geheim
Gend.	Gendarmerie
Ges.	Gesandter
Gestapa/Gestapo	Geheimes Staatspolizeiamt/Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
GG	Generalgouvernement
g. Kdos.	geheime Kommandosache
HA	Hauptamt/Hauptabteilung
Hauptm./Hptm.	Hauptmann
Hias	Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society of America
HICEM	Kombination aus HIAS, ICA und Emigdirect
HJ/H.J.	Hitler-Jugend
H Rüst	Heeresrüstungsamt
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HSTF	Hauptsturmführer
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
i.A.	im Auftrag
ICA	Jewish Colonization Agency
IdS	Inspekteur der Sicherheitspolizei
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKG/I.K.G.	Israelitische Kultusgemeinde
i.V.	in Vertretung
JKG	Jüdische Kultusgemeinde
K./Kr	Kronen
Kdos.	Kommandosache
KdS	Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
K.K.	Kriminalkommissar
KL.	Konzentrationslager
komm.	kommissarisch
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPČ/KSČ	Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
Krim.Sekr.	Kriminal-Sekretär
Kt.	Konto
k.u.k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
l.	liebe/r/s
LA	Landesarchiv
Leg. Rat	Legationsrat

Leg. Sekretär	Legationssekretär
Lic.	licenciatus (lat.): Lizenziat (akademischer Grad)
l.J.	laufenden Jahrs
lt.	laut
MdB	Mitglied des Bundestags
MdI	Ministerium des Innern
MdR	Mitglied des Reichstags
Mill./Mio.	Millionen
MinDir.	Ministerialdirektor
MinR./Min Rat	Ministerialrat
Mk	Mark
NG	Nationale Gemeinschaft
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrbund
NSV/N.S.V.	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NYT	New York Times
OA	Oberabschnitt
OB	Oberbürgermeister
o.D.	ohne Datum
Off.	Offizier
OKH	Oberkommando des Heeres
OKH-O Qu V	Oberkommando des Heeres, Oberquartiermeister V
OKW/OKdo WE	Oberkommando der Wehrmacht
OKW-L	Oberkommando der Wehrmacht – Landesverteidigung
OLB	Oberlandratsbezirk
OLG	Oberlandesgericht
OLR	Oberlandrat
OPB	Ortspolizeibehörde
O Qu	Oberquartiermeister
ORR/Ob.Reg.Rat	Oberregierungsrat
OSE	Œuvre des Secours aux Enfants
OSTF	Obersturmführer
o.Vi.A.	oder Vertreter im Amt
Pg.	Parteigenosse
Pol.	Polizei
PrMdI	Preußisches Ministerium des Innern
RA	Rechtsanwalt
RAM	Reichsaußenminister/-ium
RArbM	Reichsarbeitsminister/-ium
RdErl.	Runderlass
Reg. Med. Rat	Regierungsmedizinalrat
Reg.-Präs.	Regierungspräsident
Reg.Rat	Regierungsrat
REM	Reichserziehungsminister/-ium/Reichsminister/-ium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Rep.	Repositor
RFM	Reichsfinanzministerium

RFSS/RF SS/RF-SS	Reichsführer-SS
RFSSuChdDtPol	Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
RG	Register Group
RGBL	Reichsgesetzblatt
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e.V.
RJM	Reichsjustizminister/-ium
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RLM	Reichsluftfahrtministerium
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsminister/-ium des Innern
RMEuL/REM	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RMfbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RMfRuK	Reichsminister/-ium für Rüstung- und Kriegsproduktion
RMfVuP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RMin.	Reichsminister
RPM	Reichspostminister/-ium
RS	Rückseite
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVM	Reichsverkehrsminister/-ium
RWiM./RWM	Reichswirtschaftsminister/-ium
SA/SA.	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
S.d.G.u.V.	Sammlung der Gesetze und Verordnungen
SdP	Sudetendeutsche Partei
S.H.	Sonderhachschara
Sipo	Sicherheitspolizei
Slg.	Sammlung
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exil-SPD)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS-H'Stuf	SS-Hauptsturmführer
SS-OA	SS-Oberabschnitt
SS-Obf.	SS-Oberführer
SS-Stubaf.	SS-Sturmbannführer
SS-Ustf.	SS-Untersturmführer
Stapo	Staatspolizei
StdF	Stellvertreter des Führers
stellv.	stellvertretend
StGB.	Strafgesetzbuch
Stl.	Stapoleitstelle
StPo	Strafprozessordnung
StS/St.	Staatssekretär
s.Z./szt.	seinerzeit
Tgb.	Tagebuch
TSD	Theresienstädter Studien und Dokumente
UA	Unterabschnitt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

ungez.	ungezeichnet
VB	Völkischer Beobachter
VBl. RProt.	Verordnungsblatt des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren
VEJ	Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden
VfZ	Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte
VLR	Vortragender Legationsrat
v.H.	von Hundert
v.M.	vorigen Monats
VO	Verordnung
VOBl. GG	Verordnungsblatt Generalgouvernement
Vorg.	Vorgang
WIZO	Women's International Zionist Organisation
Wwe.	Witwe
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
ZK	Zentralkomitee
Zl	Złoty
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive

Akademie der Künste (AdK), Berlin	Centre de Documentation Juive Contemporaine (CDJC), Paris
Alte Synagoge Essen	Deutsches Literaturarchiv Marbach
Archiv der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Universität Gießen	Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Frankfurt a.M.
Archiv der Berendsohn Forschungsstelle für deutsche Exilliteratur, Hamburg	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien
Archiv bezpečnostních složek (ABS, Archiv der Sicherheitsdienste), Prag	Evangelisches Zentralarchiv (EZA), Berlin
Archiv der Gedenkstätte Buchenwald (BwA)	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), Berlin
Archiv der IKG Wien	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
Archives d'Etat de Genève	Historisches Archiv Krupp, Essen
Archivio Segreto Vaticano (ASV, Vatikanisches Geheimarchiv)	Holocaust Memorial Center Farmington Hills
Archiwum Państwowe w Gdańsku (APG, Staatsarchiv Danzig)	Institut für Stadtgeschichte (IfS), Frankfurt a.M.
Archiwum Państwowe we Wrocławiu (APW, Staatsarchiv Breslau)	Institut für Zeitgeschichte, Archiv (IfZ/A), München
Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego (AŻIH, Archiv des Jüdischen Historischen Instituts), Warschau	Instytut Pamięci Narodowej (IPN, Institut des Nationalen Gedenkens), Warschau
Bestände des Leo Baeck Institute im Jüdischen Museum Berlin (LBI JMB)	Joint Distribution Committee (JDC), New York
Biblioteka Uniwersytecka we Wrocławiu (Universitätsbibliothek in Breslau)	Jüdisches Museum Berlin (JMB)
Bistumsarchiv Münster (BAM)	Jüdisches Museum Prag (JMP), Archiv der Abteilung für die Geschichte der Schoah
Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Potsdam	Jüdisches Museum Wien (JMW)
Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), Berlin	Landesarchiv Berlin (LAB)
Bundesarchiv (BArch), Berlin/Freiburg/Ludwigsburg	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (LAV NRW R), Düsseldorf
Central Archives for the History of Jewish Peoples (CAHJP), Jerusalem	Lavon Institute, Labour Archives, Tel Aviv
Central Zionist Archives (CZA), Jerusalem	Leo Baeck Institute (LBI), New York

Literární archiv Památníku národního písemnictví (Archiv des Museums der tschechischen Literatur), Prag	Stadtarchiv Bonn (StA Bonn)
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf	Stadtarchiv Leipzig (StA Leipzig)
Moravský zemský archiv Brno (MZAB, Mährisches Landesarchiv Brünn)	Stadtarchiv München (StA Mü)
Moreshet, Givat Haviva	Stadtarchiv Würzburg (StA Wü)
Nationalarchiv Prag (NAP)	Státní oblastní archiv Litoměřice, pobočka Most (SOAL pobočka Most, Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, Außenstelle Brück)
NS-Dokumentationszentrum Köln	Steiermärkisches LA Graz
Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Wien	Tagebucharchiv in Emmendingen
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Berlin	Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ThHStA), Weimar
Princeton University Library	United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), Washington, D.C.
Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI, Russisches Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte), Moskau	US National Archives and Records Administration (NARA), College Park, Maryland
Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv (RGVA, Russisches staatliches Militärarchiv), Moskau	Vojenskyj historikyj ustav (VHU Prag, Militärhistorisches Institut)
Staatsarchiv Hamburg (StAHH)	Wiener Library, London
	Yad Vashem Archive (YVA), Jerusalem

Systematischer Dokumentenindex

Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Nummern der Dokumente.

- antisemitische Propaganda 3, 64, 69, 103, 116, 119, 124, 129, 135, 142, 146, 161, 175, 185, 187, 193, 204, 218, 232
- Ausland/Reaktionen/Berichte 3, 11, 38, 41, 42, 48, 53, 56, 64, 90, 97, 152, 244, 248, 270, 271, 317
- Christen, „nichtarische“ 7, 38, 47, 81, 136, 140, 219, 242, 255, 277
- Denunziationen 10, 34, 49, 58, 106, 129, 143, 288, 311
- Deportationen/Vertreibungspläne 4, 16, 18, 19, 23, 24, 27, 30, 39, 40, 48, 52, 53, 56, 57, 81, 89, 92, 94, 98, 99, 101, 103, 110, 111, 112, 113, 115, 123, 125, 126, 134, 144, 145, 150, 151, 154, 157, 167, 168, 223, 264, 265, 271
- deutsche Verwaltung im Protektorat 237, 238, 240, 245, 247, 252, 269, 280, 286, 292, 296, 305, 313, 315
- Emigration/Flucht
 - Auswanderungsversuche 1, 37, 45, 59, 63, 65, 73, 86, 105, 134, 139, 147, 155, 178, 186, 191, 192, 194, 199, 207, 211, 230, 242, 243, 250, 259, 273, 274
 - Flucht, Einwanderung nach Palästina 120, 121, 241
 - Flüchtlingspolitik 29, 74, 100, 107, 121, 250
 - Maßnahmen/Berichte 12, 71, 79, 84, 87, 91, 182, 198, 233, 234, 252, 255, 260, 266, 283, 304
 - Selbstzeugnisse 1, 35, 37, 65, 73, 86, 105, 120, 121, 139, 147, 155, 162, 186, 192, 207, 211, 230, 243, 299
- Enteignung/„Arisierung“
 - Devisen 17, 25, 80, 129, 149, 156, 174, 188
 - Gewerbebetriebe 4, 51, 77, 133, 237, 248, 249, 267, 268, 269, 281, 285, 291, 292, 294, 297, 300
 - (Privat-)Eigentum 4, 75, 118, 132, 137, 160, 169, 179, 244, 265, 266, 305
 - Selbstzeugnisse 17, 260, 285, 297
 - Verordnungen 25, 241, 247
- Entrechtung
 - Einschränkungen in der Versorgung 2, 26, 36, 42, 64, 88, 129, 189, 199
 - Erfassung/Kennzeichnung 83, 165, 176, 203, 204, 206, 208, 212, 217, 219, 220, 221, 225, 226, 229, 238, 272, 286, 307, 314, 315, 316, 318, 319
 - ökonomische Ausgrenzung 78, 82, 93, 146, 241, 269, 270, 281, 292, 302
 - polizeiliche Maßnahmen 32, 212, 258
 - rechtliche Maßnahmen 4, 5, 60, 62, 64, 78, 82, 95, 96, 109, 158, 166, 222, 307
 - Selbstzeugnisse 2, 15, 36, 61, 78, 88, 93, 129, 131, 148, 165, 197, 199, 217, 220, 224, 225, 229, 234, 242, 260, 263, 275, 285, 289, 290, 293, 316, 318, 319
 - soziale Ausgrenzung 15, 16, 41, 42, 43, 50, 60, 64, 93, 95, 96, 97, 117, 120, 129, 148, 172, 181, 183, 188, 189, 199, 204, 213, 215, 228, 234, 241, 242, 256, 263, 266, 275, 278, 279, 285, 286, 289, 290, 296, 312, 316
- Entscheidungsprozess/„Lösung der Judenfrage“ 89, 98, 125, 138, 142, 167, 174, 182, 184, 196, 206, 210, 223, 227
- „Euthanasie“, jüdische Anstaltsinsassen 85, 127, 129, 140, 173, 201, 214, 216, 262
- Fürsorge 54, 74, 83, 122, 129, 140, 153, 209, 273, 279
- Gewalt 1, 9, 41, 68, 130, 141, 235, 239, 241, 254, 261
- Haltung zur Judenverfolgung
 - deutsche Bevölkerung 8, 22, 43, 129, 143, 152, 163, 183, 189, 195, 200, 216, 221, 229, 242
 - tschechische Bevölkerung und Organisationen 249, 253, 254, 260, 263, 284, 288, 303, 310, 318, 319
- Hilfe für Juden 61, 195
- Inhaftierung 6, 8, 20, 128, 197, 241, 263, 266
- Juden ausländischer Staatsangehörigkeit 159, 205, 208
- „Judenforschung“ 170, 171

-
- jüdische Verwaltung/Gemeinden 26, 31, 33,
 45, 54, 62, 63, 72, 74, 83, 91, 111, 122, 128, 140, 144,
 153, 157, 164, 178, 181, 194, 198, 201, 209, 215, 233,
 250, 259, 260, 267, 273, 279, 283, 301
- Justiz 28, 70, 163, 200, 240
- Kinder/Jugendliche 72, 111, 115, 164, 225, 236, 274,
 289, 298, 306
- Kirchen 7, 47, 58, 136, 219, 224
- kulturelles Leben/Alltag 14, 54, 65, 86, 105, 129,
 188, 192, 195, 209, 289, 299
- Lager 4, 6, 9, 33, 41, 46, 59, 67, 68, 130, 141, 213,
 214, 276
- Massenmorde, Nachrichten über 195
- „Mischlinge“/„Mischehe“ 26, 47, 55, 66, 104, 112,
 122, 150, 202, 231, 277, 309
- Polizei (und SD) 1, 10, 20, 31, 32, 50, 71, 87, 99,
 114, 117, 119, 138, 174, 241, 260, 264, 265, 272, 276,
 284, 291
- Schulen/Umschulung 72, 145, 164, 274, 282, 289,
 298
- soziale Lage 1, 2, 15, 36, 41, 42, 43, 54, 61, 78, 86,
 120, 131, 148, 188, 189, 289
- Suizid 21, 130, 235, 241, 244
- tschechische Widerstandsbewegung 239, 265
- Wehrmacht 1, 235, 236, 239, 240, 241, 244, 251
- Wirtschaftsunternehmen 51, 77, 133, 180, 267
- Wissenschaft 7, 94, 102, 171, 172
- Zwangsarbeit/Arbeitseinsatz 4, 5, 12, 46, 74, 76,
 79, 83, 93, 95, 108, 114, 129, 152, 188, 189, 190,
 203, 287, 295, 301, 305, 306

Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften

Firmen werden unter ihrem Namen aufgeführt, wenn sie als Unternehmen erkennbar sind, sonst durch den Zusatz „Fa.“ als solche kenntlich gemacht. Zeitungen und Zeitschriften sind ins Register nur aufgenommen, wenn der Text Informationen über die Zeitung/Zeitschrift als Institution enthält (z.B. Erscheinungszeitraum, Herausgeber), nicht, wenn sie lediglich erwähnt oder aber als Quelle genannt werden.

- AEG 401
Ältestenrat siehe Judenrat
Alexander-Werk, Remscheid 699
Alija 35, 50, 312–314, 317, 653f., 668 f., 694
Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge 125
Allgemeines Krankenhaus Wien 175
Altersheim Bergstraße, Potsdam-Babelsberg 241
Altersheim Mährisch-Ostrau 671
Ambulatorium für Lungenkranke, Prag 667
American Express Company 388, 483
American Jewish Joint Distribution Committee (Joint) 44, 130 f., 136, 148 – 151, 288 f., 296, 316, 318, 320, 398 – 401, 455, 485, 491, 521, 558f., 663, 665, 667
Amt Rosenberg siehe Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg
Amt zur Förderung des Wohnungsbaus Leipzig – Zentrale für Judensachen 477
Amtsgericht 102, 113, 298, 362, 673
Anti-Komintern siehe Gesamtverband Deutscher antikommunistischer Vereinigungen e. V.
Antisemitische Aktion 275f., 677
Apostolischer Nuntius in Berlin 532f.
Arbeitsamt
– Berlin 236, 399f.
– Bielefeld 301
– Essen 458f.
– Frankfurt a.M. 214
– Leipzig 261
– München 332
– Pardubitz 706
– Ungarisch Brod 731
– Wien 92, 159 f., 424, 482
Arbeitsgericht Köln 414
Argentinisches Tageblatt 712
Arische Gesellschaft in Böhmen und Mähren (Arijská společnost v Čechách a na Moravě) 720 – 724
Aufbau 103 – 105
Auslandsvertretungen
– Deutschlands 60, 265, 287, 312, 572, 604
– Frankreichs 286 f., 290 f.
– Großbritanniens 314, 318, 583, 587, 654
– Haitis 367
– Japans 274
– Kubas 521
– der Niederlande 581
– Paraguays 318
– Schwedens 412
– der Schweiz 226, 286 – 292
– der Sowjetunion 412
– der Tschechoslowakei 712
– der USA 61, 103, 130 f., 140 f., 176 – 180, 213, 241f., 377, 388 f., 397, 404, 467, 483, 490 f., 514, 521, 582
Ausschuss für jüdische Überseetransporte 249, 314, 316, 320, 326
Außenministerium
– Frankreichs 286
– der tschechoslowakischen Exilregierung 741
– der USA 176 – 180, 484
Auswanderer-Umschulungslager für Nichtarier, Wien 158 – 160
Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren 271, 690, 724 – 726
Auswanderungsfonds Wien 271
Auswärtiges Amt 39, 44 f., 223, 232 – 234, 251 – 253, 265 f., 275 f., 287, 298, 367 f., 411 f., 429, 450, 509, 515 f., 519 f., 548, 574, 738
A-Zet 685f.

- Bachad 317
 Badische Anilin- und Sodafabrik, Mannheim 348
 Bankhaus M.A. Rothschild & Söhne, Frankfurt a.M. 369
 Barbican Mission 587
 Basler Nachrichten 597
 Bayerisches Statistisches Landesamt 255–259, 276
 BBC 741–743
 Beauftragter für den Vierjahresplan 41, 105f., 275, 308 f., 408, 429
 Beauftragter zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung 235
 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Krakau 270
 Bekennende Kirche 50, 161
 Ben Shemen 603f.
 Bergakademie Freiberg 276
 Beskidenverein 673
 Bethelanstalten siehe v. Bodelschwinghsche Anstalten
 Bezalel-Schule 603f.
 Bezirksbehörde (Protektorat)
 – Beneschau 611
 – Holleschau 691
 – Mühlhausen 611
 – Pibrans 611
 – Pisek 611
 – Seltshan 611
 – Tabor 611
 – Ungarisch Brod 730 f.
 Bezirkshauptmannschaft (Protektorat)
 – Jitschin 675
 – Jungbunzlau 675
 – Hrottowitz 571
 – Mährisch-Budwitz 571
 – Pibrans 611f.
 – Trebitsch 611
 B'nai B'rith/ Bne-Briss 298, 310
 Böhmisches Escomptebank 25, 636
 Böhmisches Union-Bank 636, 716
 Böhmisches-Mährische Eisenbahn 575
 Braunkohlenbesitz Hubertus 223, 226
 Britische Mandatsregierung von Palästina 35, 49, 207, 209, 310, 314, 327, 329, 652, 653
 British Committee for Refugees from Czechoslovakia 588
 Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn 364
 Bund deutscher Osten (BDO) 700
 Bürgermeister der Stadt Wien 91
 Büro Pfarrer Grüber 50, 161, 233, 250, 370, 379
 Bureau des Asyls 230
 Café Union, Mährisch-Ostrau 584
 České slovo 638 f., 648, 733f.
 Českomoravská Kolben-Daněk 636
 Chasebank Shanghai 273
 Chef der Sicherheitspolizei und des SD 25, 106, 109, 119, 123, 207, 269–271, 368–370, 375, 430, 450, 503, 519 f., 538, 610
 Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Paris 52, 373
 Chef der Zivilverwaltung Böhmen und Mähren 20, 580
 Chemiewerke E. Merck, Darmstadt 254
 Comité de Secours aux Réfugiés, Athen 328
 Commerzbank 517
 Committee for the Assistance of European Jewish Refugees Shanghai 273f.
 Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei 436
 Damen- und Mädchenmantelfabrik Salomon Trau 705f.
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) 159, 161, 168, 192, 282, 350 f., 457–459, 476, 552 f., 700
 Deutsche Bank 636
 Deutsche Christen 95
 Deutsche Industrie-AG (DIAG) 224 f., 228
 Deutsche Kohlenbergbau GmbH 226 f.
 Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft mbH 220, 222, 224 f.
 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) 168
 Deutsche Revisions- und Treuhand AG 297
 Deutsche Partei (DP) 175
 Deutsche Polizei 20, 27, 85, 119, 160, 171, 178, 231, 252, 273, 285, 299, 309 f., 350, 413, 425 f., 463, 522, 533, 584, 609, 634, 641, 677, 690, 694
 Deutsche Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft mbH 337
 Deutscher Flottenverein 282

- Deutscher Gemeindetag 285
 Deutscher Kulturverband 673
 Deutsches Museum 451
 Deutsches Theater Prag 598
 Devisenstelle 14 f., 213, 223, 238, 354, 367, 402, 405 f., 472, 480, 490, 517, 559, 614
 Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg 279
 Dienststelle des Vierjahresplans siehe
 Beauftragter für den Vierjahresplan
 Dombibliothek Breslau 493
 Dominican Republic Settlement Association 289
 Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft 320
 Donauländische Treuhand- und Organisationsgesellschaft mbH 365
 Dresdner Bank 494, 636
 Druckerei des Israelitischen Familienblattes 284

 Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg siehe
 Dienststelle des Reichsleiters Rosenberg
 Eisenbahnbaufirma Dudek 399 f.
 Eiserne Garde 280, 695
 El Al 682, 693 f.
 Elisabethgymnasium Breslau 495
 Elisabethinerinnenkloster Breslau 495
 Ernährungsamt 215, 518
 Erzbistum Wien 370 f.
 Evangelische Kirche 50, 161 f., 182, 233, 379, 535
 Evangelische Kirche altpreußischer Union 161
 Evangelischer Oberkirchenrat Berlin 160 – 162

 Fa. Baťa 636
 Fa. Grass 400
 Fa. Heinemann 405 f.
 Fa. Kärger 657
 Fa. Kauder 696, 745
 Fa. Meissner 699, 708 f., 728
 Fa. Münch & Sohn 657
 Fernsprechamt Wien 382
 Fernsprechbuchstelle Berlin 184
 Finanzministerium
 – preußisches 434 f.
 – tschechisches 652
 Finanzverwaltung 367, 406, 434, 480, 517, 519, 559
 Flämische Erneuerungsbewegung 436
 Flick-Konzern 227 f.

 Föderation der zionistischen Jugend 694
 Forstverwaltung Frankfurt a.M. 215
 Frankfurter Sparkasse 1822 – Sparkasse der
 Polytechnischen Gesellschaft 435
 Frankfurter Zeitung 349
 Freude am Leben (Radost ze životu) 686
 Front populaire (Volksfront) 451
 Fürsorgeamt Frankfurt a.M. 216

 Garnison Moldautain 686
 Geheimpolizei Griechenlands 328
 Geheime Staatspolizei (Gestapo) 19 f., 22 – 24, 26, 29 f., 33 – 39, 46, 50, 52, 55, 85, 92 – 94, 98, 102 f., 106, 112, 14, 19, 123 – 126, 128, 132 – 134, 148, 150, 153, 165, 168 f., 181, 188, 195, 207 f., 216 – 218, 223, 236 – 239, 243 f., 246, 254 f., 263, 267, 269, 273, 284, 287, 295 – 299, 307, 312, 34 f., 317 – 320, 336, 341 f., 347, 350, 352, 354 – 357, 373, 375, 382 – 384, 393, 410, 413, 434, 459 – 461, 472 f., 476, 478 f., 495 f., 501 f., 508, 537 f., 541, 567, 572, 579, 581 – 585, 591 f., 598, 609 f., 613 f., 616, 622, 627 – 630, 638, 640 f., 643 – 645, 648 – 653, 661, 664, 672, 675, 677, 690, 692, 697, 699, 717, 725, 730, 735, 737
 – Inspekteur der Sicherheitspolizei, Wien 133
 – Staatspolizeiaußenstelle Mährisch-Ostrau 123 f., 644
 – Staatspolizeileitstelle Aachen 208
 – Staatspolizeileitstelle Berlin 188
 – Staatspolizeileitstelle Breslau 238
 – Staatspolizeileitstelle Brünn 123, 672
 – Staatspolizeileitstelle Frankfurt a.M. 208
 – Staatspolizeileitstelle Hamburg 208
 – Staatspolizeileitstelle Köln 19
 – Staatspolizeileitstelle München 102 f., 208
 – Staatspolizeileitstelle Stettin 169
 – Staatspolizeileitstelle Wien 93, 124, 393
 – Staatspolizeistelle Bielefeld 301
 – Staatspolizeistelle Innsbruck 132
 – Staatspolizeistelle Nürnberg 518
 Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapo) 92 – 94, 132 f., 236, 295, 341, 429, 645
 Gemeinde Wien 159
 Generalkommissariat für Judenfragen
 (Commissariat Général aux Questions Juives) 375
 Germania Judaica 494

- Gesamtverband Deutscher antikommunistischer Vereinigungen e. V. 465, 468 f.
 Gesandter des Protektorats Böhmen und Mähren in Berlin 574
 Gildemeester-Aktion 613
 Glanzstoff-Courtaulds GmbH 236
 Golddiskontbank 157
 Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau 647
 Gruppe Mähren 658
- Hachschara 187, 208 – 212, 237, 314, 668 f.
 Haganah 49, 209, 319, 321 – 323
 Handelsgesellschaft für Rohstoffe und Kolonialwaren (Hadega) 661
 Handelsvertretung der Sowjetunion 412
 Handwerkskammer 538
 Hapag 315 f., 473, 484 f., 559
 Hashavua 322
 Haupternährungsamt Wien 491 f.
 Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge 557
 Haupttreuhandstelle Ost 308 f.
 Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittel-Wirtschaft 215
 Hebräische Lehranstalt Berlin 378
 Hebrew Immigrant Aid Society (Hias) 485, 490
 Hebrew Union College Cincinnati 140 f.
 Hechaluz 210 f., 314 – 317, 319, 330, 681 f.
 Heil- und Pflgeanstalt siehe auch Landesheilanstalt
 – Bendorf-Sayn 32, 340 f., 379
 – Branitz 449
 – Eglfing-Haar 32
 – Grafeneck 32, 240
 Helimont AG 223 – 225, 228
 Herold-Verlag, Berlin 364
 Hilfsverein der Juden in Deutschland 183, 187 f., 388, 454 f., 467, 471, 473 f., 484 f., 514, 551, 557
 Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin 50
 Hitachduth Olej Bohemia ve-Moravia, Palästina (Vereinigung der Einwanderer aus dem Protektoratsgebieten) 604
 Hitlerjugend 161, 339, 744
 Hlinka-Garde 320
 Hochschule für Bodenkultur Wien 425
- Hotel Bayrischer Hof, München 525, 527
 Hotel Excelsior, Berlin 475
 Hotel Rheinischer Hof, München 526
 Hotel Schottenhamel, München 525
- I.G. Farben-Werke, Frankfurt a.M. 254
 Illustrierte Koralle 531
 Ilse Bergbau AG 226 f.
 Industrie- und Handelskammer 538, 581
 – Südwestfälische Industrie- und Handelskammer, Hagen 363
 – Innenministerium
 – Badisches Ministerium des Innern 353
 – Bayerisches Staatsministerium des Innern 341
 – Frankreichs 291
 Institut zur Erforschung der Judenfrage, Frankfurt a.M. 46, 277, 435 – 438
 Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben Eisenach 94 – 97
 Intergovernmental Committee on Refugees (IGC) 106, 288
 Irgun Zva'i Le'umi (Militärische Untergrundorganisation in Palästina) 209
 Israelitische Kultusgemeinde (IKG) siehe auch Jüdische Kultusgemeinde, Jüdische Kultusvereinigung
 – Darmstadt 174
 – Deutsch Brod 676
 – Innsbruck 132 f.
 – München 330 – 332, 523 f.
 – Nürnberg 517 – 519
 – Wien 13, 33 – 35, 37, 49, 53, 112, 128, 131, 133 f., 136, 149, 186, 208 – 212, 239, 248 – 251, 269 f., 272 – 274, 296, 319 f., 370, 382 – 384, 393, 403, 407, 417, 422 – 425, 454 f., 490 – 492, 498, 537, 544
 Israelitisches Krankenhaus zu Leipzig 191
- Jewish Agency for Palestine (Sochnut) 209, 557, 601 f., 653, 662 f.
 Jewish Central Information Office siehe Wiener Library
 Joint siehe American Jewish Joint Distribution Committee
 Judenfrage, Die 677 – 681

- Judenrat 34, 397
- Jüdische Gemeinde siehe auch Israelitische Kultusgemeinde, Jüdische Kultusgemeinde, Jüdische Kultusvereinigung
- Berlin 42, 143, 187, 237, 298, 378, 399, 432, 508
 - Frankfurt a.M. 214 – 216, 254, 520
 - Hamburg 185
 - Hannover 527 – 529
 - Stettin 38, 188, 282
 - Teschen 146
- Jüdische Jugendhilfe 711
- Jüdische Krankenhäuser und Altenheime 85, 215f., 242, 522, 529, 662, 676
- Jüdische Kultusgemeinde (JKG)
- Holleschau 691
 - Mährisch-Ostrau 145, 645 – 649, 662
 - Prag 13, 25f., 33, 35, 42, 250 f., 270, 272, 454f., 537, 601, 622f., 623 – 632, 639f., 649 – 654, 664 – 667, 678, 683f., 697, 711, 717f., 726 f.
 - Ungarisch Brod 731
- Jüdische Kultusvereinigung
- Breslau 85, 238, 463, 473f., 495f.
 - Köln 127f., 459f.
 - Mainz 402
- Jüdische Lese- und Redehalle Hohenbruck 696
- Jüdische Mittelstelle Stuttgart 230 f.
- Jüdische Nationalpartei (Židovská národní strana) 18
- Jüdische Pflicht 517
- Jüdische Wirtschaftshilfe 130 f.
- Jüdische Wirtschaftspartei (Židovská hospodářská strana) 18
- Jüdische Winterhilfe 157, 215, 517
- Jüdische Wohlfahrtspflege Frankfurt a.M. 214 f., 520
- Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V. 36, 107f., 251, 283f., 295, 311, 355, 474
- Jüdischer Religionsverband Hamburg 378
- Jüdischer Weltkongress 247, 274 – 278, 649
- Jüdisches Gemeindeblatt Berlin 283f.
- Jüdisches Hilfswerk Prag 664, 666, 684
- Jüdisches Kinderheim München 302f.
- Jüdisches Kurhospital Warmbrunn 239
- Jüdisches Nachrichtenblatt 40
- Berliner Ausgabe 107, 143, 183, 239, 283f., 341, 355f., 399, 449, 550
 - Prager Ausgabe 664, 682
 - Wiener Ausgabe 550
- Jüdisches Sozialinstitut Prag 622, 666
- Jüdisches Wohlfahrtsamt Köln 128
- Jüdisch-Theologisches Seminar Fraenckel'scher Stiftung 474
- Jugendalija siehe Alija
- Jugendbewegung Schomer (Haschomer Hazair) 682
- Jugoslawische Nationalbank 386
- Jungdeutscher Orden 419
- Jungtschechen 16
- Justiz- und Polizeidepartement
- des Kantons Genf 286
 - der Schweiz 286 – 292
- Kanzlei des Führers der NSDAP 31f., 53, 276, 532f., 543f.
- Katholische Kirche 16, 50, 97, 174, 370 f.
- Katholische Klosterschule Orlau 673
- Kaufmannsschule Hagen 363
- Keren Hajessod 212
- Keren Kajemet Le'Israel 212
- Kirchliche Hilfsstelle für evangelische Nichtarier siehe Büro Pfarrer Grüber
- Kölner Messe 553
- Kommission zur Bekämpfung der Korruption, Prag 611
- Koninklijke Luchtvaart Maatschappij (KLM) 584
- KPČ 699
- KPdSU 469
- Kredit- und Wirtschaftsgemeinschaft „Wige“ GmbH 661
- Kreis-Propagandaamt Wien 164
- Kreiszeitung für die Ost-Prignitz 333
- Kriminalpolizei 29, 123, 542
- Krupp AG 457 – 459
- Länderbank 636
- Landesarbeitsamt 231, 261, 292
- Landesbehörde (Protektorat)
- Brünn 616 – 618, 620, 634, 691
 - Prag 585, 616 – 618, 677, 690
- Landeshauptmann von Tirol 132
- Landesheilanstalt
- Iglau 33, 634
 - Kremsier 33, 634
 - Prag-Bochnitz 33

- Landgericht 418–422, 577
 Lang'sche Maschinenfabrik, Mannheim 348
 Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums 140–143
 Lehrlingskrankenkasse der Kleidermacher-genossenschaft Wien 175
 Leipziger Neueste Nachrichten 191
 Leitmeritzer Tagblatt 206
 Lidové noviny 638
 Lidový deník 685
 Linke-Hofmann-Werke AG, Breslau 471
 Lufthansa 539
- Mädchen-Lyzeum, Mährisch-Ostrau 673
 Mährisch-Schlesische Landeszeitung 648
 Maffia 642
 Makkabi Hazair (Junge Makkabäer) 668
 Makkabi Prag 694
 Malzfabrik Ed. Hamburger & Sohn, Olmütz 654–656
 Malzfabrik Hermann Brach, Olmütz 654–656
 Malzfabrik Langensalza 656
 Malzfabrik Wolff Söhne, Erfurt 655
 Mansfelder Zeitung 129
 Manufaktur Doulton 454
 Manufaktur Kopenhagen 454
 Manufaktur Sèvres 454
 Manufaktur Wedgewood 454
 Masvara Ltd., Tel Aviv 558
 Meldungen aus dem Reich 368
 Miederwarengeschäft Kalasiris 86–88
 Mikweh Israel, Tel Aviv 603
 Militärbefehlshaber in Frankreich 53, 374, 412
 Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Wien 186
 Ministerrat für die Reichsverteidigung 117, 496
 Mitteldeutsches Braunkohlesyndikat 221
 Modenhaus Rix, Mährisch-Ostrau 716 f.
 Musikkonservatorium Bielefeld 419
- Národní politika 642, 659, 686
 Národní práce 685
 Nasjonal Samling 436
 Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) 436
 Nationalarische Kulturvereinigung Prag (Národní arijská kulturní jednota v Praze) 631
- Nationalbank des Protektorats Böhmen-Mähren 582, 594, 627, 679
 Nationale Gemeinschaft (Národní souručenství) 21, 573, 626, 631, 636, 685, 686, 698
 Nationalsozialistische Parteikorrespondenz (NSK, Pressedienst) 333, 638 f.
 Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 169, 240, 478
 Naturhistorisches Museum Wien 30
 Neue Tag, Der 626, 659, 705
 Neue Zürcher Zeitung 7, 172, 294
 New Yorker Staats-Zeitung und Herold 356
 New York Times, The 62, 247, 264
 Nibelungen-Verlag, Berlin 465, 468
 Niederösterreichische Gebär- und Findelanstalt 175
 NKWD 57, 489
 Norddeutscher Lloyd 539
 NS-Bauernschaft 159, 231, 351, 480
 NSDAP 86, 95, 102, 173, 178, 192, 206, 211, 231, 281, 303–307, 349 f., 352 f., 358, 408, 420 f., 436, 503, 510, 530 f., 537, 579, 598, 633, 643, 674 f., 699 f.
 – Gauleitung Baden/Baden-Elsass 45, 299 f.
 – Gauleitung Bayrische Ostmark 633, 737
 – Gauleitung Berlin 337, 475
 – Gauleitung Köln 553
 – Gauleitung Mainfranken 100
 – Gauleitung München 523 f.
 – Gauleitung Niederdonau 737
 – Gauleitung Oberdonau 633, 737
 – Gauleitung Ostpreußen 541, 547
 – Gauleitung Saarpfalz 45, 299 f.
 – Gauleitung Sachsen 260
 – Gauleitung Stettin 179
 – Gauleitung Sudetenland 217, 633, 737
 – Gauleitung Wartheland 63
 – Gauleitung Wien 90, 109, 124, 366
 – Kreisleitung Brünn 735
 – Kreisleitung Essen 458 f.
 – Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen 100 f.
 – Kreisleitung Leipzig 260, 477
 – Kreisleitung Mährisch-Ostrau 716
 – Kreisleitung Olmütz 677
 – Kreisleitung Prag 674
 – Kreisleitung Stettin 169
 – Kreisleitung Wien 109–114, 164
 – Landesgruppe in Madrid 294

- Ortsgruppe Frankfurt a.M. 436
- Ortsgruppe Rheydt 381
- Ortsgruppe Wien-Alserbach 109–114
- Ortsgruppe Wien-Hainburgerstraße 164
- Ortsgruppe Wiesenbronn 100
- NS-Frauenschaft 182, 350
- Oberbefehlshaber des Heeres 116
- Oberbefehlshaber der Luftwaffe 281
- Oberbürgermeister der Stadt Leipzig 259–262
- Oberbürgermeister der Stadt München 330–332
- Oberfinanzpräsident
 - Berlin 229, 430
 - Danzig-Westpreußen 234
 - Karlsbad 168, 217
 - Stettin 238
 - Thüringen 114 f., 405 f.
 - Troppau 217
- Oberkommando der Wehrmacht 55, 117, 194, 281, 375, 436, 466, 520
- Oberlandesgericht 462, 574, 577
- Oberlandrat 594, 627, 724
 - Brünn 735
 - Iglau 656
 - Jitschin 674 f.
 - Klattau 687
 - Mährisch-Budwitz 571
 - Mährisch-Ostrau 674
 - Olmütz 267, 677
 - Pardubitz 706
 - Prag 25
 - Tabor 611, 734
 - Ungarisch Hradisch 573
 - Zlin 691
- Oberpräsident für die Provinz Hannover 341
- Oberste Preisbehörde 22
- Oehringen Bergbau AG 222, 227 f.
- Öffentliche Auswandererberatungsstelle Köln 243
- Ostelbisches Braunkohlesyndikat 221 f., 224
- Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 219
- Ostmärkischer Zeitungsverlag K.G., Wien 364 f.
- Pädagogium Beuggen 419
- Palast-Hotel, Prag 582, 585
- Palästina-Amt 187, 313–320, 601–604, 613
- Palästina-Treuhand-Stelle 558
- Panamerikanischer Jüdischer Kongress 247
- Papierfabrik Pötschmühle 367
- Papierfabrik und Verlagsgesellschaft Steyrermühl 364–367
- Park Trust Company 224
- Partei-Kanzlei siehe Stab des Stellvertreters des Führers
- Petitionsausschuss „Wir bleiben treu“ (Petiční výbor „Věrní zůstaneme“) 637
- Petschek-Konzern 220–229, 582, 584, 607
- Pfadfinderbewegung Blau-Weiß 682
- Piaristen-Collegium Wien 175
- Politische Union der Tschechojuden (Politická jednota českožidovská) 15
- Politische Zentrale (Politické ústředí) 637
- Polizei
 - bulgarische 322
 - deutsche siehe Deutsche Polizei
 - englische, Shanghai 417
 - tschechische 20, 573, 628, 633, 639, 641–643, 713
 - tschechische Geheimpolizei 592
- Polizeidirektion (-präsidium)
 - Berlin 138, 199, 308, 318, 432 f., 453, 532, 537
 - Brünn 615, 620–622
 - München 311
 - Pilsen 686
 - Prag 612, 615–617, 623, 680, 690, 723
 - Stettin 181, 282
 - Wien 614
- Polizeipräfektur Paris 374
- Präparandenanstalt Schildesche 419
- Prager Presse 712
- Prager Tagblatt 583, 626
- Pražský list 583, 678 f.
- Pressedienst siehe Nationalsozialistische Parteikorrespondenz
- Preußengrube AG 222, 226–228
- Preußische Zeitung 451
- Preußisches Staatshochbauamt, Bad Homburg 434 f.
- Protektoratsregierung, tschechische 21–25, 42, 577–580, 593, 597, 609 f., 616, 618–620, 627, 633, 639, 643, 689 f., 707, 722, 736 f.
 - Finanzministerium 652
 - Fürsorgeministerium 584

- Gruppe Kulturpolitische Angelegenheiten 610
- Innenministerium 578, 612, 615–618, 620, 641, 698, 722
- Landwirtschaftsministerium 632
- Ministerpräsident 22, 610, 720–724
- Ministerrat 593
- Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe 702
- Ministerium für Schulwesen und Volkskultur 698
- Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung 613, 726 f.
- Verkehrsministerium 676
- Provinzialheilanstalt Gütersloh 420
- Psychiatrische Anstalt Cholm 32, 449–501

- Royal Air Force 253, 348, 497, 607
- Rasse- und Siedlungshauptamt 27
- Rat der Volkskommissare der UdSSR (RVK) 163
- RČS (tschechische Untergrundzeitung) 648
- Reederei Horn & Stinnes 656
- Regierung
 - Bulgariens 436, 516
 - Frankreichs (Vichy) 45, 286–292, 298–300, 374 f., 461 f., 516, 607
 - des Generalgouvernements 36, 45, 53, 333
 - Griechenlands 316, 318
 - Großbritanniens 47, 155, 511, 553, 607
 - Italiens 436, 516
 - Jugoslawiens 54
 - Palästinas siehe Britische Mandatsregierung von Palästina
 - Polens 28, 334
 - Schwedens 516, 546
 - der Schweiz 289, 516
 - der Slowakei 14, 516, 569
 - Tschechiens siehe Protektoratsregierung
 - der Tschecho-Slowakei 14, 19, 569, 582
 - der Türkei 327
 - Ungarns 436, 516
 - der UdSSR 511
 - der USA 48, 61, 429, 511, 536
- Regierungspräsident/-präsidium 217, 298, 541
 - Arnberg 363
 - Breslau 462 f., 471
 - Karlsbad 167 f.
 - Stettin 297
 - Wiesbaden 34 f.
- Reich, Das 486
- Reichsarbeitsministerium 236, 410, 427, 575 f.
- Reichsanwaltskammer 583
- Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden 31
- Reichsaußenministerium siehe Auswärtiges Amt
- Reichsbahn 381, 409 f., 434 f., 507, 539, 575
- Reichsbank 318, 383, 647
- Reichsbeauftragter für jüdische Angelegenheiten beim Reichsministerium des Innern 298
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 473
- Reichsfinanzhof 499
- Reichsfinanzministerium 41, 105 f., 126, 167, 217, 220, 222 f., 227, 429, 431, 576
- Reichsfinanzverwaltung 229
- Reichsfluchtsteuerstelle Wien 390–392
- Reichsforstamt 576
- Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei 36, 38, 115–117, 119, 148, 195, 218, 231, 252, 273, 309, 336, 338, 368, 375, 410, 429, 448, 572, 685
- Reichsgruppe Industrie 552 f.
- Reichsjustizministerium 223, 408, 421, 429, 453, 501, 733
- Reichskammer der bildenden Künste 474, 518
- Reichskanzlei 117, 543, 547, 673
- Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums 38, 336
- Reichskommissar für die Westmark 537, 541
- Reichskommissar im Sudetenland 25
- Reichskommissariat Ostland 547
- Reichskulturkammer 503
- Reichsluftfahrtministerium 293, 408, 458, 537, 541
- Reichsministerium des Innern 20 f., 24, 31 f., 61, 148, 252, 287, 298, 332, 340, 354, 408, 427, 464, 480, 496, 522, 532 f., 537, 541, 547, 618, 732 f., 738 f., 744
- Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete 53, 502, 547, 548
- Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 40, 116, 161, 178, 260 f., 372
- Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten 94

- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 448, 575
- Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 40, 53, 57, 61, 223, 251, 275, 280, 431, 465, 489, 503–508, 546
- Reichsnährstand siehe NS-Bauernschaft
- Reichsparteitag 369
- Reichspost 184, 262 f., 409, 539
- Reichspostministerium 262 f., 408 f., 537, 541
- Reichspressechef siehe Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
- Reichspressekammer 97, 365, 550
- Reichspropagandaamt
- Danzig-Westpreußen 234
 - Mainfranken 101
- Reichsprotector für Böhmen und Mähren 20 f., 24 f., 42, 522 f., 541, 572, 575 f., 578–580, 592–597, 605, 609–611, 618, 621, 626, 632, 634, 639, 646, 656, 658 f., 664, 666, 673, 675–677, 679 f., 684, 689 f., 698, 705, 707, 716, 716–720, 724–727, 732, 734, 736 f., 738
- Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren 610, 664, 725, 736 f.
 - Dienststelle für das Land Mähren 672, 677, 689, 691, 700, 724, 726, 735
 - Parteiverbindungsstelle beim Reichsprotector 737
- Reichsregierung 102 f., 354, 450, 626
- Reichssender Wien 573
- Reichssicherheitshauptamt 26 f., 29, 33, 35, 38–41, 45, 49, 53, 133, 135, 147 f., 150, 173, 195, 207, 218, 220, 248–251, 282, 266–273, 275, 307, 378, 413, 431, 461 f., 501 f., 508, 516, 542, 550, 601, 644
- Reichsstatthalter 299, 340, 537, 541
- Danzig-Westpreußen 234 f., 340
 - Oberdonau 364–367
 - Saarpfalz/Baden 340
 - Steiermark 292, 372
 - Sudetengau 217, 340
 - Wartheland 340
 - Wien 91
- Reichsstelle für das Auswanderungswesen 243 f.
- Reichsstelle für Landbeschaffung 17
- Reichsstelle für Sippenforschung 174–176, 279
- Reichstag 36, 61, 86, 153, 189, 380, 512
- Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Steiermark-Kärnten 292 f.
- Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger 549 f.
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 13, 32–35, 39, 45 f., 48 f., 106, 138, 157 f., 173, 177–180, 183 f., 187 f., 191, 208, 216, 237 f., 251, 262 f., 269–272, 285, 295–298, 308, 316, 318–320, 340–342, 354, 357, 378 f., 402, 432, 454 f., 472, 476, 498, 500 f., 506–509, 518, 527–529, 537 f., 556–560
- Bezirksstelle Breslau 494
 - Bezirksstelle Gleiwitz 157 f.
 - Bezirksstelle Köln 237
 - Bezirksstelle Hamburg 188
 - Bezirksstelle Hannover 528
 - Zweigstelle München 331
- Reichsverkehrsgruppe Hilfsgewerbe des Verkehrs 207
- Reichsverkehrsministerium 355, 408–411, 480, 537, 541, 575
- Reichsverteidigungskommissar 240
- Reichswehr 640, 643 f.
- Reichswerke AG „Hermann Göring“ 220 f., 226–228
- Reichswirtschaftsministerium 23, 106, 138, 161 f., 222–228, 235, 238, 264, 363, 411, 552 f., 558, 570, 575 f., 581
- Reichszentrale für jüdische Auswanderung Berlin 38, 163, 187 f., 244, 250, 269, 341 f., 496–498, 537 f., 559
- Restaurant Grün, Mährisch-Ostrau 584
- Rheinisches Braunkohlesyndikat 221
- Robert-Hamerling-Realgymnasium, Wien 175
- Rosenthal-Porzellan AG 453 f.
- Rot-Kreuz-Organisationen
- Frankreichs 290
 - Deutschlands 402, 450, 514, 709
 - Polens 297
 - der Schweiz 287, 291
- Rothschild-Spital Wien 393
- Rothschild'sches Hospital Frankfurt a.M. 216
- Rural and Suburban Settlement Company (RASSCO) 603, 653

- SA 14, 149, 169 f., 173, 357, 643, 737
- Sächsisches Wirtschaftsministerium 259 – 262
- Säuglings- und Kleinkinderheim Berlin-Niederschönhausen 237
- Schiffahrtsgesellschaft Prag 654
- Schulverein für Beamtentöchter Wien 175
- Schwarze Korps, Das 414
- Schwedische Israelmission (Schwedische Mission) 370 f.
- Schweizer Fremdenpolizei 139, 286 – 292
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für kriegsgeschädigte Kinder 290 f.
- Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund 288
- Selbsthilfegruppe der jüdischen Blinden Wien 407
- Selbstwehr 19
- Sender Pressburg 573
- Service du Contrôle des Administrateurs Provisoires (SCAP) 375
- Sicherheitsdienst der SS (SD) 20, 25, 29, 33, 45, 55, 57, 59, 123, 133, 135, 138, 148, 165, 207, 218, 243, 253, 269 – 271, 301, 307, 336, 368, 373, 375, 430, 453, 508, 520, 541, 601, 609, 685, 698
- SD-Abschnitt Donau 123f.
 - SD-Abschnitt Leipzig 133
 - SD-Leitabschnitt Stuttgart 230 f.
 - SD-Leitabschnitt Prag 685 – 687, 698 – 700
 - SD-Zentralstelle Prag 601 – 604
- Sicherheitspolizei siehe Geheime Staatspolizei (Gestapo), Kriminalpolizei
- Siedlungsgesellschaft Jachin 653
- Škodawerke 636
- Slowakischer Landtag 14
- Sochnut siehe Jewish Agency for Palestine
- Society of Friends 370
- Sondergerichte 29, 206, 420 – 422
- Sowjetische Umsiedlungskommission 39
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Sopade/Exil-SPD) 189 – 192
- Spiritusfabrik Angern 159
- Spital der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 211, 383
- SS 27, 29, 31, 45, 54, 57, 59, 63, 145 f., 149, 173, 310, 338, 357, 401, 448, 476, 495, 508, 526, 582, 585, 636, 641, 643
- Einsatzgruppe C 59
 - Stabskompanie des HSSPF Russland-Süd 59
 - Waffen-SS 31
- St. Raphaelsverein 50, 370 f.
- Staatliche Verwaltung des Reichsgaus Wien 186
- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Sachsen 260 f.
- Staatsanwaltschaft
- Bielefeld 419
 - Hagen 363
- Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters in Wien 90
- Staatspolizei siehe Geheime Staatspolizei
- Stab des Stellvertreters des Führers 161 f., 293, 411, 429, 431, 452 f., 464, 501 f., 537, 547, 553, 673, 733
- Stabsamt des Ministerpräsidenten Göring 90
- Stadtamt
- Deutsch Brod 676
 - Holleschau 691
 - Pilsen 686
- Stadtforstamt Leipzig 261
- Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin 542
- Stadtverwaltung
- Breisach 295
 - Breslau 471, 493
 - Frankfurt a.M. 215 f., 436
 - Leipzig 260 f., 477
 - Pilsen 686
 - Prag 583
- Städtische Arbeitsanstalt Leipzig 261
- Städtisches Opern- und Museums-Orchester Frankfurt a.M. 437
- Statistisches Reichsamt 256 f.
- Stelle für Berufsvorbereitung und Palästina-Auswanderung Prag 681
- Stettiner Turnverein 282
- Steyrermühl AG 364 – 367
- Strana národní jednoty (Partei der nationalen Einheit) 573
- Straßen- und Tiefbau Unternehmung AG 293
- Stürmer, Der 189
- Sudetendeutsche Partei (SdP) 18, 20, 168, 582 f., 713
- Synagogengemeinde siehe Jüdische Kultusvereinigung

- Technion (Technische Hochschule Haifa) 603f.
- Theater in der Josefstadt, Wien 175
- Theologische Literaturzeitung 97
- Times, The 38, 143
- Tischlerei Henke, Gütersloh 420
- Transportkommandantur Oppeln 646
- Transsibirische Eisenbahn 560
- Tschechisches Exilparlament (Státní rada) 62
- Tschechisches nationalsozialistisches Lager – Vlastka (Český národně socialistický tábor, ČNST) 21, 612, 631, 636, 685, 741
- Tschechoslowakische Exilregierung, London 22, 62, 607, 741
- Tschechoslowakisches Nationalkomitee im Exil, Paris 607
- Tschechoslowakisches Pressebüro (Česká tisková kancelář, ČTK) 638
- Umwandererzentralstelle Posen 59
- Union Générale des Israélites de France 375
- Unabhängiger Orden B'nai B'rith/Bne Briss e.V. siehe B'nai B'rith
- Universität
- Deutsche Universität in Prag 15, 18, 598
 - Heidelberg 284
 - Jerusalem 603
 - Karls-Universität Prag 15f., 18, 23
 - Königsberg 141
 - Wien 448
- Universitätssternwarte Potsdam 241
- Ursulinenkloster Schweidnitz 494
- US-State Department siehe Außenministerium der USA
- v. Bodelschwingsche Anstalten 419
- Vatikan 50, 156, 370 f., 532f.
- Večer 685
- Večerní České slovo 733
- Venkov 573, 685
- Verband der Deutschen in Böhmen und Mähren siehe Deutscher Kulturverband
- Verband der kämpfenden Gottlosen 488
- Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG) 227f.
- Vereinigte Stahlwerke AG 219
- Vereins-Mädchen-Reform-Realgymnasium, Mährisch-Ostrau 673
- Vermögensverkehrsstelle Wien 366
- Verteidigungsministerium der Tschechoslowakei 19
- Verwaltungschef Ober-Ost 16
- Villeroy & Boch AG 654–656
- Vlastka siehe Tschechisches nationalsozialistisches Lager
- Völkerbund 22
- Völkischer Beobachter 57, 303, 380, 385, 435
- VUGESTA/VUGESTAP 456f.
- Waad Leumi (Jüdischer Nationalrat) 601f.
- Wäscherei Kegel, München 102f.
- Washington Post 151, 661
- Waffenstillstandskommission Wiesbaden 299
- Warschauer Zeitung 265
- Watikim 316f.
- Weltkampf 46, 438
- Wehrmacht 14, 23, 27f., 43f., 48, 54–56, 60, 101, 16–18, 194, 294, 298, 300, 305, 375, 436, 458, 466, 470, 487, 511f., 530, 535, 544, 546, 548, 555, 568, 579, 605–608, 665, 687, 695
- 17. Armee 548
 - VI. Armeekorps 529f.
 - Heer 20, 168, 338, 344–346, 356, 452, 458, 466, 479, 573, 576, 580
 - Heeresgruppe Mitte 548
 - Luftwaffe 269, 281, 293, 466, 493, 494, 590
 - Marine 252, 269, 466, 546
 - Truppenbetreuung Ost 506
 - Wehrbezirkskommando VII 233
- Wiener Library (Jewish Central Information Office) 245
- Witkowitz Eisenwerke 645, 647
- WIZO 603f., 693
- Wochenschau 57, 489
- Wohnungsamt der Gemeinde Wien 112–114, 125, 148, 393
- Women's International League for Peace and Freedom 709, 729
- Zeiss-Ikon AG 476
- Zeitschriften-Dienst 468
- Zentralblatt der antijüdischen Liga (Arischer Kampf – Árijský boj) 733

-
Zentralstelle für Böhmen und Mähren	20	Zionistischer Zentralverband	
Zentralstelle für jüdische Auswanderung		664 f., 667, 681	
– Prag	25 f., 37, 48, 250 f., 269, 537, 609 f., 615 f., 622 f., 627–629, 639 f., 646, 649, 651, 653, 665 f., 672, 675 f., 682–684, 690, 697, 717, 725	– Jüdische Jugendhilfe	711
– Wien	25 f., 37, 53, 124–126, 149, 163, 211, 248 f., 269, 382–384, 393 f., 407, 490–492, 537 f., 612–616, 646	Zivilverwaltung	
Zentralverband der Zionisten		– Kattowitz	118 f.
(Ústřední svaz sionistů) Mährisch-Ostrau	18	– Luxemburg	541
Ziegelei Wilhelm Salz und Söhne	167 f.	– Marburg	541
Zionistische Organisation	312, 683	– Metz	541
Zionistische Schule Berlin	312	– Protektorat Böhmen und Mähren	20, 573, 576, 580, 596
		– Straßburg	541
		– Veldes	541
		Zollverwaltung	229, 579
		Zuchthaus Untermaßfeld	480

Ortsregister

Orte, Regionen und Länder sind i.d.R. nur verzeichnet, wenn sie Schauplatz historischen Geschehens sind, jedoch nicht, wenn sie nur als Wohnort erwähnt werden.

- Aachen 369
Abessinien 695
Afghanistan 546
Ägypten 258, 695
Annapol 645
Apolda 144
Argentinien 490, 559
Arica 714
Athen 54
Atlith 49, 310, 326, 330
Auschwitz 19, 30, 35, 49, 64, 542
Aussig (Ústí nad Labem) 217, 223
Australien 258
- Babij Jar siehe auch Kiew
Bad Warmbrunn (Cieplice Śląskie Zdrój) 239
Baden 295 f., 298 – 300, 302, 338, 353, 357, 544
Banat 338
Barcelona 520, 560
Bardia 548
Bartha 440
Basel 288, 313, 472
Będzin siehe Bendzin
Beirut 629
Belgien 48, 53, 60, 253, 256, 267, 269 f., 288, 313, 375, 387, 461, 560, 695
Belgrad 321, 326
Belzec (Bełżec) 64
Bełżyce 38
Bendzin (Będzin) 439
Bendorf-Sayn 32, 340, 379
Bengasi 548
Berlin 14, 19, 29, 32 – 34, 38, 40, 42, 50, 52 f., 59, 61, 105, 107 f., 117, 130, 135, 138 f., 151 f., 154, 160, 165, 176 f., 180, 184, 187 f., 190 f., 199, 220, 222, 224, 227, 232, 237 f., 240, 245, 248, 251, 264 f., 281, 283 f., 308, 311 – 313, 316, 333, 337, 342 – 349, 353 – 358, 361, 368, 378, 380, 388 f., 398 f., 401, 431 f., 450, 452 – 455, 461, 470, 472, 475 – 478, 483, 489, 497 f., 503, 506, 508 f., 518, 520 f., 526, 537 f., 541, 549, 551, 563, 582, 592, 597
- Bern 286
Berg am Laim 524
Bernburg an der Saale 32
Bessarabien 257 f., 294, 695
Biała 178
Białystok 58, 538, 541, 547
Bielefeld 301, 364, 419
Bielitz (Bielsko) 146
Birobidžan 163
Böhmen 15 – 17, 23, 147, 149, 153, 461, 520, 522 f., 533, 541 f., 567, 578, 605, 610, 624 f.
Böhmisch Budweis (České Budějovice) 624, 630
Bohumín siehe Oderberg
Bolivien 136, 559 f., 712
Bonn
Bosnien 338
Brăila 326, 440
Brandenburg an der Havel 32
Branitz (Branice) 449
Brasilien 371, 559, 586
Braşov siehe Kronstadt
Bratislava siehe Pressburg
Braunschweig 477
Breisach am Rhein 295
Bremen 237
Brennik siehe Prinsnig
Breslau 40, 62, 64, 85, 98 f., 190, 238, 246, 265, 369, 448, 461, 470 – 472, 493 – 496, 544
Bresnitz (Břežnice) 687
Britisch-Somaliland 695
Brno siehe Brünn
Bruck an der Mur 372
Brumow (Brumov) 573
Brünn (Brno) 38, 571 f., 578, 591, 596, 615 f., 620, 622, 624, 644, 650, 672, 711, 735
Bruntál siehe Freudenthal
Buchenwald 30, 134, 149, 183, 312, 353, 379, 480, 494, 638, 651
Budapest 321, 326, 440
Budenburg 372
Budweis siehe auch Böhmisches Budweis 685

- Buenos Aires 715
 Bukarest 440
 Bukowina 257 f., 294
 Bulgarien 54, 257, 387, 417, 685

 Charkow 548
 Čadca siehe Tschadsa
 Český Těšín siehe Teschen
 Chełmno siehe Kulmhof
 Chemnitz 237
 Chile 59 f.
 Cholm (Chełm) 32, 449 – 501
 Chomutov siehe Komotau
 Chotieborsch (Chotěboř) 706
 Ciechanów siehe Zichenau
 Cieplice Śląskie Zdrój siehe Bad Warmbrunn
 Cieszyn siehe Teschen
 Cincinnati 140
 Cosel 470
 Cyrenaica 512
 Częstochowa siehe Tschenstochau
 Czeremcha 547

 Dąbrowa Górnicza siehe Dombrowa
 Dachau 19, 54, 149, 311, 353, 526, 651
 Dänemark 44, 205, 267, 269 f., 344
 Danzig 28, 178, 234 f., 256, 258, 323, 368, 387, 695
 Danzig-Westpreußen 31, 36, 234
 Darmstadt 174, 254
 Deutsch Brod (Německý Brod) siehe auch
 Linden 676
 Deutschendorf (Poprad) 440
 Dobrudscha 695
 Domašov siehe Thomasdorf
 Domažlice siehe Taus
 Dombrowa (Dąbrowa Górnicza) 439
 Dominikanische Republik siehe auch
 San Domingo 289 f., 491, 584
 Donji Dobrić 55
 Dorohoi 440
 Dortmund 369
 Dresden 43, 472, 493, 582, 654
 Düsseldorf 182, 388

 Ecuador 560
 Edinburgh 495
 Eglfing-Haar 32

 Eibenschitz (Ivančice) 672
 Eisenerz 218 f., 292
 Elsass 45, 298 f.
 Elsass-Lothringen 45, 338
 England siehe Vereinigtes Königreich von
 Großbritannien und Nordirland
 Essen 457
 Estland 156, 695
 Esztergom (Ostříhom, Gran) 326
 Eupen-Malmedy 237
 Évian 288, 59

 Feldbach 372
 Finnland 560, 695
 Flossenbürg 30
 Frankfurt a.M. 36, 86 – 88, 213 f., 216, 253 f., 357,
 364, 434 – 436, 438, 472, 477, 499, 519 f.
 Frankreich 35, 44 – 46, 48, 53, 89, 245, 252 – 254,
 256 f., 265, 267, 269 f., 287 – 291, 298 – 300, 302,
 316, 360, 372 – 375, 387, 412, 439, 451, 461 f., 520,
 560, 607, 639, 695
 Freudenthal (Bruntál) 717
 Friedeck-Mistek (Frýdek-Místek) 567, 648,
 651
 Fürstenfeld 372
 Fürth 535

 Galizien 333, 441
 Gänserndorf 159 f.
 Genf 248, 286
 Generalgouvernement 32, 37 f., 45, 53, 59, 64, 173,
 179 f., 206, 256, 258, 267, 269 f., 294, 333, 335,
 348, 368, 379, 382 f., 392, 412, 428, 431 – 433, 439,
 442, 446 f., 738
 Gibraltar 511, 695
 Glarus 224 f.
 Gleiwitz (Gliwice) 157, 470
 Glusk 38
 Gnesen (Gniezno) 526
 Göding (Hodonín) 573
 Görlitz 496
 Grafeneck 32, 240
 Graz 372
 Griechenland 60, 257, 387, 560
 Grodno 547
 Großbritannien siehe Vereinigtes Königreich
 von Großbritannien und Nordirland

- Großlangheim 100
 Groß-Rosen 30
 Groß Tinz 655
 Grottkau 470
 Gurs 45, 295, 300, 342, 353, 402, 450
 Gütersloh 420

 Hadamar 32
 Hagen 363
 Haifa 49, 325, 329, 494, 604
 Haiti 367, 562
 Halle an der Saale 129, 368
 Hamburg 34, 62, 158, 188, 192, 254, 311, 367 f., 378, 425, 545, 559
 Hannover 62, 183, 237, 527 f.
 Hartheim bei Linz 32
 Harz 159
 Havanna 47, 560
 Heidelberg 86, 284
 Heilbronn 549
 Heppenheim an der Bergstraße 448
 Hessen 357
 Hodonín siehe Göding
 Höditz (Hodice) 688, 708 f.
 Hohenbruck (Třebechovice pod Orebem) 696, 740
 Hohenmauth 706
 Holešov siehe Holleschau
 Holland siehe Niederlande
 Holleschau (Holešov) 691
 Hongkew siehe Shanghai
 Hradec Králové siehe Königgrätz
 Hrottowitz (Hrotovice) 571

 Iași siehe Jassy
 Iglau (Jihlava) 33, 578, 634, 650, 656 f., 698 f.
 Innsbruck 132, 369
 Iran 258
 Irak 258
 Istanbul 327
 Italien 54, 89, 252, 257, 316, 387, 511, 536, 560, 695
 Ivančice siehe Eibenschitz

 Japan 54, 122, 253, 455, 536, 560
 Jassy (Iași) 440
 Jena 94, 475

 Jerusalem 19, 450
 Jihlava siehe Iglau
 Jitschin (Jičín) 674 f.
 Jugoslawien 50, 54, 60, 257, 281, 315, 382, 387, 449, 585
 Jungbunzlau (Mladá Boleslav) 674 f.

 Kamenec-Podolskij/ Kamieniec-Podolsk 59
 Karlsbad (Karlovy Vary) 18, 20, 167 f., 217, 368 f., 585
 Karlsruhe 299 f., 364
 Kärnten 292
 Karpato-Ukraine 16 f., 59, 439, 624 – 626
 Kaschau (Košice) 440
 Kattowitz (Katowice) 37, 118 f., 123, 144 f., 228, 237, 541, 645, 647, 662
 Kaunas (Kovno) 64, 523
 Kfar Ata 693
 Kiel 368
 Kielce 396
 Kiew 57, 548
 Kitzingen 100 f.
 Kladovo 315
 Klattau 736
 Kleinlangheim 100
 Koblenz 340, 368
 Kojetein (Kojetín) 669
 Köln 62, 119, 127, 212, 229, 236 f., 243, 376, 414, 459, 521 f., 550, 553– 556
 Kolumbien 559
 Komotau (Chomutov) 206
 Königgrätz (Hradec Králové) 693, 740
 Königsberg 368, 451 f.
 Košice siehe Kaschau
 Kovno siehe Kausnas
 Krakau (Kraków) 53, 59, 246, 334
 Krašník 645
 Krasnograd 548
 Kremsier (Kroměříž) 33, 634
 Kreta 328
 Kroatien 338
 Kronstadt (Braşov) 548
 Kuba 485, 490, 521, 551, 559 f., 629
 Kulmhof (Chełmno) 64, 542
 Kuttenberg (Kutná Hora) 697

- La Paz 712
 Lavrion 328
 Leibnitz 372
 Leipzig 133, 191, 237, 259 f., 368 f., 475, 477
 Leitmeritz (Litoměřice) 206
 Leitomischl (Litomyšl) 146
 Lemberg (Lwów) 63, 489, 495
 Leningrad siehe St. Petersburg
 Leoben 372
 Lettland 156, 257 f., 695.
 Liberec siehe Reichenberg
 Limassol 329
 Linden (Lípa) 742
 Lissabon 35, 249, 389, 455, 491, 521, 560
 Litauen 257 f., 544
 Litoměřice siehe Leitmeritz
 Litomyšl siehe Leitomischl
 Litzmannstadt (Łódź, Lodz) 63, 99, 179, 334, 439, 445, 542, 724
 London 22, 62, 225, 248, 288, 488 f., 511, 561 f., 588, 623, 741
 Lothringen 298 f.
 Lublin 32, 37–39, 143–146, 150, 153, 172, 178 f., 266–268, 297, 353, 367, 398, 446 f., 449
 Ludwigshafen 300
 Luxemburg 60, 222, 267, 269 f., 360, 541, 695, 739
 Lwów/Lwów siehe Lemberg

 Madagaskar 27, 44, 52, 60, 251–253, 255, 258 f., 266–268, 275 f., 300
 Madrid 287, 294
 Magdeburg 237
 Mähren 15–17, 23, 147, 149, 153, 461, 520, 522, 533, 541 f., 567, 571 f., 578, 585, 596, 605, 610, 624
 Mährisch-Budwitz (Moravské Budějovice) 571
 Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava) 14, 18, 37, 118 f., 123 f., 144 f., 150, 153, 179, 567, 578, 582, 584, 589–591, 624, 644 f., 647 f., 657, 662 f., 673 f., 711, 716
 Mährisch-Schlesien (Slezsko) 16 f., 625
 Mainz 402
 Mandschukuo 229, 417, 560
 Mannheim 34, 300, 348, 519, 541
 Marktbreit 100
 Marseille 359 f., 491
 Mauritius 49, 323, 325, 330
 Mauthausen 30, 49, 54, 433
 Meiningen 405 f., 515
 Melitopol (Melitopol') 548
 Memel 256, 258
 Metz 299, 541, 547
 Milbertshofen 302, 523 f.
 Milevsko siehe Mühlhausen
 Mindanao 491
 Misdroy 285, 548
 Mladá Boleslav siehe Jungbunzlau
 Moldau/Moldawien 440 f.
 Moldautein (Týn nad Vltavou) 686
 Monte Carlo 224
 Moravská Ostrava siehe Mährisch-Ostrau
 Moravské Budějovice siehe Mährisch-Budwitz
 Moresnet 541
 Moskau 56, 64, 466, 495, 511
 Mscheno (Mšeno) 692
 Mühlhausen (Milevsko) 611
 München 40, 61, 102, 245 f., 255, 303, 311, 330, 368 f., 451 f., 526 f.
 Munkacz 439
 Münster 51, 494, 510, 542 f.
 Münsterberg 470

 Natzweiler 30
 Německý Brod siehe Deutsch Brod
 Neuendorf 39, 179, 237
 Neuengamme 30
 Neufundland 63
 Neustadt an der Weinstraße 368 f.
 Neutra 440
 New York 136, 212, 247, 289, 360, 483, 491, 498, 558
 Niederdonau 572, 699 f.
 Niederlande 44, 47, 60, 213, 222, 253, 257, 267, 269 f., 288, 313, 344, 347, 387, 439, 500, 584, 635, 695
 Nikolajew 548
 Nisko 37 f., 128, 145, 150, 645, 651, 662 f.
 Norwegen 26, 44, 60, 205, 267, 269 f., 387, 695
 Nürnberg 517

 Oberschlesien 227 f., 246, 449, 470
 Oberwart 372
 Oderberg (Bohumín) 590 f.

- Odessa 136
 Oels 470
 Offenburg 302
 Olmütz (Olomouc) 572, 578, 590 f., 650,
 654–656, 677, 686, 711
 Opava siehe Troppau
 Opole Lubelskie 394
 Oporto 520
 Oppeln 552, 646
 Orlau 673
 Osel 548
 Österreich 14 f., 17, 27, 40, 43, 47–49, 1 **D**, 129, 132,
 144, 147 f., 150, 172, 176–178, 180, 186,
 248, 251, 256, 258, 266, 300, 311, 336, 364, 382,
 455, 558, 560, 569 f., 604, 613, 624 f., 627, 630,
 635
 Ostmark siehe Österreich
 Ostpreußen 28, 36, 179, 541
 Ostrau siehe Mährisch-Ostrau
 Ostřihom siehe Esztergom
 Ostrava siehe Mährisch-Ostrau

 Palästina 35, 47, 49, 105, 136, 188, 207, 249 f., 253,
 258, 313, 317, 323, 325, 330, 376, 389, 448, 484, 551,
 557–559, 601 f., 604, 629, 652 f., 693
 Panama 320
 Paraguay 318
 Pardubitz (Pardubice) 687, 706, 744
 Parana 586
 Paris 52, 60, 248, 265, 312, 360, 373, 623, 695
 Peiskretscham (Pyskowice) 236
 Petersburg siehe St. Petersburg
 Petsamo 560
 Pfalz 295, 298, 338, 357
 Piaski 38, 178, 181, 367
 Pibrans (Příbram) 611 f., 624
 Pilsen (Plzeň) 582, 591, 624, 640, 650, 685 f.
 Piotrków Tribunalski 724
 Piräus 328
 Pirna 32
 Pisek (Písek) 686
 Plauen 199
 Plötz 129
 Plzeň siehe Pilsen
 Polen 13, 27–29, 37, 44, 52, 86, 93, 98, 104 f., 111,
 125 f., 128, 131, 143–145, 147, 149–151, 153, 155,
 172 f., 176, 178–180, 188, 191, 222 f., 253, 257, 265,
 311, 387, 398, 441, 447, 471, 544, 567, 574, 584,
 590, 643 f., 651, 662, 695, 724
 Polna (Polná) 16, 624
 Poltawa 745
 Pommern 39
 Poprad siehe Deutschendorf
 Portugal 47 f., 461, 498, 520, 560
 Posen (Poznań) 179
 Potsdam 241 f., 368, 477, 531
 Prag (Praha) 14–19, 21, 23, 26, 33–35, 37, 40, 42,
 61, 153, 167, 248, 250 f., 326, 454 f., 537, 567 f., 574,
 576 f., 581–585, 588, 590, 593, 596, 598–601,
 607, 609–613, 615–617, 620, 622–624,
 627–631, 635–644, 649–651, 653 f., 663, 672 f.,
 676, 680–685, 689, 695–698, 703, 707, 710 f.,
 713, 717 f., 720, 724, 726, 733, 744 f.
 Pressburg (Bratislava) 320, 326
 Prebichl 292
 Přeštice siehe Pschestitz
 Preußen 541
 Prinsnig 655
 Proßnitz (Prostějov) 705
 Příbram siehe Pibrans
 Pružany 547
 Pschestitz (Přeštice) 687
 Pyskowice siehe Peiskretscham
 Pysznica 145

 Radinkendorf 39, 179
 Radom 396
 Ravensbrück 195–197, 200, 202–204
 Reichenberg (Liberec) 696
 Reiz 372
 Remscheid 708
 Rheinland 357
 Rheinpfalz 353
 Rheydt 381
 Rhodos 322
 Richborough 559
 Riga 528
 Rivesaltes 45, 300
 Rödelsee 100
 Roman 540
 Rozwadów 645
 Rufach 295
 Rumänien 54, 257, 280, 326, 338, 386 f., 439, 493,
 496, 548, 695

- Russland siehe auch Sowjetunion 153, 156, 466,
 474, 503, 535, 643, 694 f., 731
 Rustchuk 322

 Saargebiet 177, 295
 Šabac 50
 Sachsen 192, 493
 Sachsenhausen 29, 46, 311, 320
 Salamis 328
 Salzburg 204
 Salzgitter 575
 San Domingo siehe auch Dominikanische
 Republik 491, 562, 663
 Sathmar (Satu Mare) 338
 Schlesien 36
 Schneidemühl 38, 179, 237, 295
 Schweden 387, 490, 547
 Schweidnitz 494
 Schweiz 139, 222–224, 247, 257, 286–291, 313,
 490, 560, 695
 Schwerin 368 f.
 Serbien 60, 64, 338
 Shanghai 151, 273 f., 368, 415 f., 418, 473, 539, 562
 Sibirien 61, 253, 255, 274, 536
 Siebenbürgen 338
 Skandinavien 412, 438
 Slezsko siehe Mährisch-Schlesien
 Slowakei 14, 16 f., 54, 257, 267, 269, 338, 439–441,
 466, 569, 573 f., 607, 624–626, 646 f., 663, 742
 Slowenien 338
 Sonnenstein 32
 Sosnowitz (Sosnowiec) 439, 663
 Sowjetunion 27 f., 36, 39, 52–58, 63 f., 163,
 257–259, 439, 468–470, 487–489, 493, 511,
 541, 557, 695
 Spanien 257, 286, 461, 483, 491, 498, 511, 560
 St. Petersburg (Leningrad) 535, 548
 Staab (Stod) 167
 Starnberg 526
 Steblowa (Stěblová) 694
 Steiermark 292, 372
 Stettin 34, 38, 169, 172 f., 178–181, 186, 237 f., 246,
 282, 295, 297, 353, 367, 544
 Steyermühl 364, 366
 Stod siehe Staab
 Stolp 237
 Straßburg 547

 Stubachtal 159
 Stuttgart 213, 230, 388, 467
 Stutthof 30
 Südafrikanische Union 258
 Sudetenland 14, 18 f., 25, 43, 168, 217, 222 f., 256,
 269, 344, 370, 439, 569 f., 582, 607 f., 635 f., 653,
 713
 Südtirol 36

 Tabor (Tábor) 696, 734
 Tarnowitz (Tarnowskie Góry) 449
 Taus (Domažlice) 687
 Tel Aviv 629
 Teltsch (Telč) 689
 Teplitz (Teplice) 712, 714
 Terespol 178
 Teschen (Český Těšín, Cieszyn) 144, 146, 590,
 662
 Theresienstadt (Terezín) 19, 49, 51, 528
 Thomasdorf (Domašov) 496
 Tirol 132 f.
 Tomaszów Lubelski 146
 Transjordanien 250
 Transnistrien 548
 Třebechovice pod Orebem siehe Hohenbruck
 Trebitsch (Třebíč) 571
 Trebnitz 495
 Triesch (Třešť) 657, 687–700, 708, 728
 Triest 654
 Tripolis 548
 Troppau (Opava) 217
 Tschadsa (Čadca) 590
 Tschechoslowakei 14, 16, 18, 26, 111, 222 f., 257,
 323, 568 f., 574, 581, 585, 590, 599, 623 f., 632, 661,
 665, 677, 699, 721
 Tschenstochau 585
 Tulcea 316, 323, 326 f.
 Türkei 89, 257 f., 327, 386 f., 547
 Týn nad Vltavou siehe Moldautein

 UdSSR siehe Sowjetunion
 Uherské Hradiště siehe Ungarisch Hradisch
 Uherský Brod siehe Ungarisch Brod
 Ukraine 17, 59
 Ulanow am San 146
 Ungarisch Brod (Uherský Brod) 573, 730
 Ungarisch Hradisch (Uherské Hradiště) 573

- Ungarn 14, 17, 54, 257, 338, 386 f., 439 f., 443, 466, 645
- USA 35, 48, 56 f., 63, 130 f., 140, 173, 212, 214, 242, 244, 247 f., 253, 256, 258, 289, 376 f., 388, 416 f., 439 f., 455, 483, 485, 490, 498 f., 510 f., 518, 521, 531, 536, 560
- Uschgorod (Užgorod) 439
- Ústí nad Labem siehe Aussig
- Valašské Meziříčí siehe Wallachisch Meseritsch
- Vaslui 440
- Veldes 541
- Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland 44 – 45, 47, 54, 57, 63, 85, 89, 222, 256 f., 288, 387, 401, 439, 466, 510 f., 535, 560, 585, 607, 639, 665, 695
- Verměřovice siehe Wernhersdorf
- Vichy 45, 286, 291
- Vitkovice siehe Witkowitz
- Vorarlberg 133
- Vsetín siehe Wsetin
- Vysoké Mýto siehe Hohenmauth
- Wallachisch Meseritsch (Valašské Meziříčí) 687
- Warmbrunn siehe Bad Warmbrunn
- Warschau 265, 439, 445, 527, 643, 723
- Wartberg 372
- Wartheland 31, 36, 59, 64, 432
- Washington 48, 61, 176, 288, 484, 488, 521
- Weißrussland 26
- Wels 159
- Wernhersdorf (Verměřovice) 669
- Westfalen 494
- Westmark 541
- Wetzdorf
- Wien 16, 23, 30, 33, 35, 37, 40, 43, 52 f., 62, 90 – 92, 109 – 112, 114, 123 – 125, 128, 131, 133 f., 136, 144 – 146, 148, 150, 153, 158 – 160, 174 f., 186, 196, 199, 201, 203 – 205, 208 f., 212, 239, 248 f., 251, 281, 315 f., 319 f., 326, 332, 364, 366, 370 f., 382 – 384, 392 – 394, 396, 403, 407, 415 – 417, 422, 432 f., 448, 454 – 456, 490 – 492, 498, 537 f., 544, 609 f., 612 f., 627 f., 630, 662 f.
- Wiezen 372
- Wilna 257
- Witkowitz (Vitkovice) 567, 586 f., 662
- Wittstock/Dosse 333
- Worms 353
- Wsetin (Vsetín) 572, 687
- Württemberg 357
- Würzzuschlag 372
- Wuppertal 192
- Zarzeczce 145, 150, 645, 662 f.
- Zichenau (Ciechanów) 36, 541
- Zlin (Zlín) 691
- Zürich 316 f.
- Zypern 329

Personenregister

In Fällen, in denen der Vorname unbekannt ist, folgt in Klammern eine Angabe zu Beruf bzw. Funktion oder Rang, wenn diese nicht bekannt sind, eine Ortsangabe.

- Abetz, Otto 265
Ackermann (Großlangheim) 100f.
Adelberg, Helene, geb. Gewitsch 394 – 397
Adler, Hans Günther 51
Adler, Karl 230
Adler, Rosa, geb. Metzger 120
Albrecht, Erich 412
Alexander, Ludwig 32
Amann, Max 549
Antonescu, Ion 280, 466
Apfel (Ravensbrück) 201f.
Apt, Ellen, siehe Cohn, Ellen
Apt, Hede, siehe Orgler, Hede
Apt, Margarete, siehe Korant, Margarete
Augustin, Theodor 392
d'Alquen, Gunter 414

Babický, Stanislav 631
Backe, Herbert 343
Backfisch, Robert, siehe Wagner, Robert
Baeck, Leo 142f., 187, 378
Baer, Bernhard 109
Baillou, Carl Freiherr von 717
Baillou, Irene Sophie Antonine Freifrau von 717
Baláz (Sektionsrat) 612
Bannert, Emilie, siehe Cassel, Emilie
Bannert, Johannes 282
Barnitz, A. (Stettin) 181
Barth, Karl 90, 389
Baruch, Hans 326 – 330
Baťa, Tomáš 636
Bauer, Irma 520
Bauer, Werner 519f.
Baum (Berlin) 378
Baur-Steffen (Helimont AG) 223
Bayerl, Josef 691
Beamish, Henry Hamilton 275
Becker, Eugen 124f.
Beermann (Karlsbad) 585
Behrend, Magda, siehe Goebbels, Magda
Behrend-Rosenfeld, Else 61
Bellak, Therese, siehe Herlinger, Therese
Ben Gurion, David 49
Bendix, Alice 302
Beneš, Edvard 637, 641 – 643, 721
Benesch, Suse 202, 205
Benjamin, Karl 174
Beran, Christine, geb. Denner 482
Beran, Rudolf 19, 22
Beranek, Karl 125
Bergmann, Franz 529
Berliner, Cora 378
Berndorff, Emil 195
Berner, Hans 109
Berney, Arnold 88 – 90
Bernhard, Siegfried 459f.
Bernheim (Basel) 290f.
Bernstein Namierowski, Ludwig, siehe Namier, Sir Lewis B.
Bertram, Georg 96
Bertram, Kardinal Adolf 533f.
Bertsch, Walter 658 – 660, 726f.
Best, Werner 53, 374
Bilfinger, Rudolf 231f., 413, 429
Biller (Arzt) 383
Billitzer, Flora 416
Billitzer, Helene, siehe Fischer, Helene
Billitzer, Sigmund 416
Birthelmer, Heinz Adolf 572
Blaskowitz, Johannes Albrecht 116
Blessinger, Karl 278
Blum, Léon 451
Blumenfeld, Charlotte, geb. Samter 284, 531
Blumenfeld, Paul 284, 531
Boch, François 655
Boch-Galhau, Luitwin von 654 – 656
Boetticher, Wolfgang 279
Bogdanow (sowjet. Botschaft) 412
Böhm, Ernst (Arnolt) 728
Böhme, Horst 26, 698, 737
Boris von Bulgarien 417

- Bormann, Hans-Heinrich 465
 Bormann, Martin 156, 332, 464, 505, 510
 Borowitz (Ravensbrück) 204
 Boschwitz, Else 198
 Bouhler, Philipp 31, 53, 276
 Braach, Bergit, siehe Forchhammer, Bergit
 Braach, Emilie, geb. Hirschfeld 86 – 88
 Brack, Viktor 276
 Brandau, Friedrich 418f.
 Brandt, Karl 31
 Brasch, Arno 135
 Brasch, Bianca, geb. Lazarus 135
 Brasch, Leonhard 135
 Brasch, Martin (Sohn von Bianca und Leonard Brasch) 135
 Brasch, Martin (geschäftsführender Vorsitzender des Jüdischen Kulturbunds) 187 f., 378
 Brauchitsch, Walter von 16
 Braun, Rudolf 390
 Brehm, Alfred Edmund 335
 Brejnik, V. 733
 Brender, Naftali Hirsch 33f.
 Breuer, Margarete, siehe Grumach, Margarete
 Brienitzer, Günther 495
 Brienitzer, Stefan 495
 Brod, Jiří 693, 740
 Brod, Max 17 – 19
 Brunner, Alois 53, 124, 163, 211, 382, 392, 394, 433, 644 f.
 Brünner, Gustav 688
 Brunner, Hans Joachim 421
 Brünner, Moses 688
 Buber, Martin 448
 Buchsbaum, Madeleine Anna, geb. Rosenberg 396
 Buchthal, Albert 185
 Bühler, Kurt 431
 Bürckel, Josef 20, 23, 37, 43, 45, 91, 125, 158, 160, 299, 571, 573
 Burgdörfer, Friedrich 45, 255, 276
 Burgsdorff, Curt von 20, 24, 571 – 573, 592, 700, 707, 736 f.
 Burin, Karl 132
 Butenberg, Elisabeth, geb. Gelling 381
 Butenberg, Franz 381
 Butenberg, Ingeborg 381
 Büttner, Ernst 410
 Čapek, Karel 600
 Caro, Klara 62
 Carol II. 280, 695
 Cassel, Alexander 282
 Cassel, Emilie, geb. Bannert 282
 Čekmenev, Evgenij M. 163
 Černý, Václav 23
 Chadwick, Trevor 589
 Chamberlain, Arthur Neville 89, 355
 Charvátová, Ema 696
 Christaller, Helene, geb. Heyer 185
 Churchill, Winston 63, 111, 305, 488, 510f., 513, 554
 Chvalkovský, František 14, 19, 581f.
 Clara, Ludwig 362
 Clifton, Eugene, siehe Cohen, Eugen
 Clifton, Gerald, siehe Cohen, Gerd
 Clifton, Lotte, siehe Cohen, Lotte
 Cohen, Alfred 520 – 522
 Cohen, Arthur 388 f., 520 – 522
 Cohen, Christine, geb. Monschan 520 – 522
 Cohen, Eugen 521
 Cohen, Gerd 521
 Cohen, Henriette 522
 Cohen, Isaac 521f.
 Cohen, Johanna (Aenne), geb. Goldschmidt 388 f., 520 – 522
 Cohen, Leopold 522
 Cohen, Lotte, geb. Rosenthal 521
 Cohen, Margot 388 f.
 Cohen, Siegmund 522
 Cohen, Walter 388 f.
 Cohn, Conrad 32 f., 187 f., 378, 500
 Cohn, Eduard 302
 Cohn, Ellen, geb. Apt 155
 Cohn, Emil, siehe Ludwig, Emil
 Cohn, Ernst Abraham 99, 450
 Cohn, Esther Lore 302 f.
 Cohn, Eva 302
 Cohn, Gertrud Karoline, geb. Rothmann 98 f., 449, 494, 496
 Cohn, Karoline, geb. Neumann 212f.
 Cohn, Manfred Georg, siehe George, Manfred
 Cohn, Myriam 302
 Cohn, Susanna 99, 449
 Cohn, Sylvia, geb. Oberbrunner 302
 Cohn, Tamara 99

- Cohn, Wilhelm (Willy) 63f., 98 f., 448 f.,
493–496
- Cohn, Wolfgang 99, 450
- Coulondre, Robert 290
- Crha, Václav 638
- Cuza (Minister) 436
- Dadieu, Armin 572
- Daladier, Édouard 607
- Daluege, Kurt 20
- Damm, Leo 407
- Dannecker, Theodor 52, 250 f., 266, 341, 373–375,
644
- Dannenbaum, Sophie, siehe Rathenau, Sophie
- Danziger, Sally 298
- Darré, Richard Walther 1 B, 372f.
- David, Franz 392
- Degen, Hans 529
- Déléaval, Eugène 286
- Demal, Hans 167f.
- Denner, Christine, siehe Beran, Christine
- Denner, Elsa 482
- Deppe, Hans 108
- Dieckhoff, Hans 412
- Diehler (Beamter) 656
- Dobkin, Eliahu 603
- Dobmeier, Rosa, siehe Kegel, Rosa
- Döhle, Walter 604
- Dombrowsky, Gertrud, siehe Striem, Gertrud
- Dombrowsky, Leo 109
- Donner, Blanka 404, 416, 418
- Donner, Ilka, geb. Fischer 404, 416, 418
- Dorpmüller, Julius 537
- Döscher, Karl 147
- Drechsler, Fritz (Bedřich) 688
- Drechsler, Gustav 688
- Dreyfus, Alfred 451f.
- Dub, Hannah, siehe Steiner, Hannah
- Dubiel (Architekt) 495
- Dudek, Michael 400
- Duncan, Sir Oliver 223, 225
- Dürrfeld, Ernst 158
- Durych, Jaroslav 280
- Ebner, Karl 124–126, 382, 392
- Eckstein, Fritz (Bedřich) 729
- Ecksteinová, Amálie, geb. Schwarz 729
- Edelstein, Jakob 38, 49, 248, 601–604, 628, 651,
653
- Eden, Anthony 104, 488, 511
- Eder, Luise, geb. Rebl 102f.
- Edzards, Hermann 138
- Eggeling, Joachim 436
- Ehrlich, Hedwig, geb. Pels 376
- Ehrlich, Max, siehe Striem, Martin
- Eichenauer, Richard 278
- Eichmann, Adolf 25f., 33f., 37–39, 48 f., 52 f., 59,
92, 94, 118f., 123–125, 131, 147, 163, 187, 207, 237,
248–250, 336, 341f., 379, 431f., 496, 501–503,
515f., 519 f., 609, 613–616, 623, 627–630, 644 f.
- Eichner, Alice, siehe Henzlerová, Alice
- Eichner, Erna, geb. Wechsberg 672f.
- Eichner, Leo 672f.
- Eigruber, August 633
- Einstein, Alfred 278f.
- Einstein, Carl 360
- Eisel, Werner 182
- Eisenberger, Erna, siehe Stein, Erna
- Eisner, Marie, siehe Schmolka, Marie
- Eliáš, Alois 22, 24, 593, 609, 686, 707, 720
- Elisabeth II. 588
- Elser, (Johann) Georg 150, 190
- Emanuel, Edgar 498f.
- Engelmann, Heinz-Günther 448
- Engels (Ortsgruppenleiter) 381
- Eppstein, Hedwig 34f., 49
- Eppstein, Lothar 35
- Eppstein, Paul 33–35, 46, 49, 187, 236, 248, 296,
319, 341f., 378, 498
- Eppstein, Paula 35
- Eschhaus, Alfred 399
- Etzel, Gertrud 205
- Euler, Karl Friedrich 96
- Fabian, Hans-Erich 142
- Fabisch, Hans 241
- Feder, Viki 694
- Feierabend, Ladislav 22
- Feist, Liesel 283
- Feldscher, Werner 501
- Feldschuh, Celia, geb. Wildmann 242
- Feldschuh, Karl 242
- Felker, Alois 657
- Fenner, Erwin 515

- Fenner, Josef 515
 Fenner, Mary, geb. Katz 515
 Fiechtner, Eugen 656 f.
 Fiehler, Karl 330
 Fischer, Albin 404, 415–418
 Fischer, Avi 694
 Fischer, Erich 280
 Fischer, Eugen 436
 Fischer, Eva 417
 Fischer, Helene, geb. Billitzer 415–418
 Fischer, Ilka, siehe Donner, Ilka
 Fischer, Johann 164
 Fischer, Leopold 404, 415–418
 Fischer, Malvine, geb. Schlesinger 403–405, 415–418
 Fischer, Marie, geb. Zwiefelhofer 164
 Fischer, Miriam 417
 Fischer, Viktor 417 f.
 Fischer, Wilhelmine, siehe Weisz, Wilhelmine
 Fitzner, Otto 118 f.
 Flamm, Hanna T., siehe Scheftel, Hanna T.
 Fleischer, Ferdinand 240
 Fleischer, Moritz 240
 Fleischmann, Moritz 34
 Flesch, Hans 422
 Flick, Friedrich 221, 227 f.
 Flieger, Siegmund 37
 Florian (Gauleiter) 436
 Foerder, David 495
 Forchhammer, Bergit, geb. Braach 86–88
 Förder, Herbert 603
 Franco, Francisco 511
 Frangeš, Otto 441
 Frank, Emil 520
 Frank, Erich (Ephraim) 319
 Frank, Hans 36, 39, 45, 52 f., 59, 116, 180, 332, 397
 Frank, Karl Hermann 20 f., 24, 60 f., 575, 592, 633, 641, 689 f., 698, 724, 738 f.
 Fränkl, Jiří 693 f., 696, 740
 František, Daniel 588
 Freeden, Hermann von 586
 Freisinger, Kurt 584
 Frenzl, Alois 673
 Freud, Sigmund 561
 Freund, Elisabeth 42, 47 f.
 Frey, Erich 61
 Freyberg, Alfred 259–262, 477
 Freytag, Reinold 412
 Frick, Wilhelm 340, 408, 431, 464, 512, 733, 738
 Frída, Emil Bohuslav, siehe Vrchlický, Jaroslav
 Friderici, Erich 605
 Friebe, Kurt 408–410
 Friedländer, Anna, siehe Samuel, Anna
 Friedländer, Salomo 390
 Friedländer, Saul 17
 Friedländer, Siegfried 462
 Friedmann, Richard 651
 Frischmannová, Kamila 693, 696
 Fritzsche, Hans 465
 Fröhlich, Georg (Ortsgruppenleiter) 100
 Fröhlich, Georg (Vorsitzender der Synagogengemeinde Köln) 127
 Fuchs, Alfred 743
 Fuchs, Irena, siehe Weiss, Irena
 Fuchs, Käthe, geb. Neumann 745
 Fuchs, Walther Kurt 618 f.
 Fuchsová, Míla 693
 Funk, Walther 235, 353, 363, 558, 570
 Fürst, Luise, siehe Spielmann, Luise
 Fürst, Paula 187
 Fürthová, Ruth 693
 Gaede (Oberzollinspektor) 229
 Gaisa (Ravensbrück) 204
 Gajda, Radola 21, 585
 Galen, Clemens August Graf von 50 f., 510, 529, 543 f.
 Garben, Manfred 519 f.
 Garvens, Erwin 545 f.
 Gazel, Armand 287
 Gebhardt, Felix 477
 Gebhardt, Joseph 229
 Geidl, Rudolf, siehe Gajda, Radola
 Geist, Raymond Herman 130
 Gelling, Elisabeth, siehe Butenberg, Elisabeth
 Genest (MinRat/RVM) 408, 410
 Genina, Augusto 512
 George, Manfred, geb. als Cohn, Manfred Georg 103–105
 Gerigk, Herbert 277
 Gerstel, Johanna, siehe Klepper, Johanna
 Gewitsch, Helene, siehe Adelberg, Helene
 Gewitsch, Paula, siehe Rosenberg, Paula
 Gheel Gildemeester, Frank van 613

- Gibian, Marie, siehe Roubícková, Marie
 Ginsburg, Beatrice Alice Gertrud,
 siehe Günsburg, Gerdrut
 Ginsburg, Heinz Friedrich, siehe Günsburg,
 Heinz Friedrich
 Ginsburg, Liesbeth, siehe Günsburg, Liesbeth
 Ginsburg, Salomon, siehe Günsburg, Salomon
 Glauber, Eva 731,743,745
 Godehardt, Lisa, geb. Stadermann 497,531
 Goebbels, Joseph 40, 52, 56 f., 60 – 62, 150, 280 f.,
 343,352,381,431f., 451 – 453,465,474,486 – 489,
 503f., 509 – 513,516
 Goebbels, Magda, geb. Behrend 512
 Goldfarb, Chaim Leib 308 f.
 Goldmann, Max 473
 Goldmann, Nahum 247 f.
 Goldschmidt, Johanna, siehe Cohen, Johanna
 Göllner, Gerhard 434
 Göring, Albert Günther 636
 Göring, Hermann 23,39,44,53,55,60,62,
 86,91f.,105,117,207,220,226,228,235,244,
 246,269,281,293,366,373,408,427f.,461,496,
 501,505,537,547,569 f.,572,575f.,636,738
 Goerlitz, Theodor 493
 Gosser, Siegmund 519
 Gottschalk, Dagobert 363
 Gottschalk, Walter 141
 Graef, Walther 408,410
 Graßmann, Curt 234
 Granitzer, Amalia, siehe Munk, Amalia
 Grass, M. 400
 Grau, Wilhelm 437
 Grävening (SS-Untersturmführer) 647
 Grazer, Oskar 571
 Greiser, Arthur 63,432,542
 Gritzbach, Erich 90 – 92
 Grohé, Josef 553–557
 Gross, Alice, geb. Tobias 588
 Gross, Manfred 142
 Großkreutz, Hans 293
 Grüber, Heinrich 50,160 – 162,233,250,379
 Grumach, Ernst 140 – 143
 Grumach, Margarete, geb. Breuer 142
 Grünberger, Benny 743,745
 Grünberger, Charlotte, siehe Meissner, Charlotte
 Grünberger, Danny 743
 Grünberger, Eleonora 708
 Grünberger, Hilbert 688,708
 Grünberger, Julius 687 f.
 Grünberger, Otto 687 f.
 Grünberger, Peter (Petr) 708
 Grundherr zu Altenthann und Weiterhaus,
 Werner von 412
 Grundmann, Walter 94 – 97
 Grüschow, Hugo 420
 Grynszpan, Herschel 312
 Guillermet, Arthur 286
 Günsburg, Gerdrut, geb. Halbauer 14 f.
 Günsburg, Heinz Friedrich 15
 Günsburg, Liesbeth 15
 Günsburg, Salomon 14 f.
 Günther, Hans 26,123,125,609,628
 Günther, Hans f. K. 436
 Günther, Rolf 118,123,613
 Gürtner, Franz 577
 Gutterer, Leopold 431,503
 Guttmann, Alexander 141
 Hácha, Emil 14,19,21f.,567,592
 Hahn (Ravensbrück) 204
 Hahn, Klothilde 482
 Hahn, Richard 482
 Hahn, Roszi 482
 Hahn, Toni 202,205
 Hahn-Beer, Edith 481 f.
 Hájek, Jan 638
 Hájek, Jiří 567
 Halík, Rudolf 573
 Halbauer, Gerdrut, siehe Günsburg, Gerdrut
 Hamburger, Bernhard 473
 Hamburger, Felizi, siehe Weill, Felizi
 Hamburger, Nathan 102
 Hamburger, Pauline, geb. Wimmelsbacher 102
 Hamilton, Duke of 156
 Händler, Arie 630
 Hänggi, Paul 223
 Hanifle, Rudolf 462 f.
 Hanisch, Robert 705
 Hanke, Karl 62
 Hardraht, Johannes 261
 Harlan, Veit 309
 Harlev, Margalit 192 f.
 Hartwich, Werner 421 f.
 Hase (Inspektor) 462

- Hasenclever, Walter 360
 Havlíček Borovský, Karel 676
 Hayn, Gustav 133
 Hebbel, Friedrich 398
 Heckmüller, Heinrich 218 – 220
 Heer, Wilhelm 100 f.
 Hefermehl, Wolfgang 453
 Heiden, Konrad 583
 Heimann, Heinz 405
 Heimann, Hermann 405 f.
 Heinburg, Curt 412
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 308
 Hellmuth, Otto 100
 Hempel, Johannes 96
 Henlein, Konrad 20, 23, 569, 582, 599, 633, 713
 Henschel, Moritz 187, 378
 Henzlerová, Alice, geb. Eichner 672 – 674
 Henzler, Ferdinand 673
 Hering (MinDir.) 427
 Herlinger, Bettina 671
 Herlinger, Ernst 671
 Herlinger, Moritz 670
 Herlinger, Oscar, siehe Mareni, Oscar
 Herlinger, Therese, geb. Bellak 670 f.
 Herr, Karel 612
 Herrmann, Günther 672
 Herskovits, Samuel 527
 Hertel, Gottfried 611
 Hertl (Ravensbrück) 197 f.
 Herz, Richard 517
 Herzl, Theodor 16
 Heß, Rudolf 86, 156, 293, 431, 464, 529
 Hesterberg, Alex 363
 Heurich, Franz 405 f.
 Heyde, Werner 526
 Heydrich, Reinhard 20, 25, 29, 36, 38, 44, 53,
 55, 58, 60, 93 f., 1 D, 134, 147, 207, 243 f., 246 f.,
 266, 269, 276, 298, 308, 373, 397, 431, 450, 496 f.,
 503, 505, 515 f., 523, 537, 541 f., 627, 745
 Heyer, Helene, siehe Christaller, Helene
 Heynau, Otto Erich 655
 Hildebrandt, Richard 234
 Hillmer, Theodor 405
 Hilsner, Leopold 16, 624
 Himmler, Heinrich 20, 29, 30 f., 36, 38, 44,
 52 – 56, 58 f., 63, 109, 1 B – 1 D, 148, 156,
 195, 294 f. 309 f., 336 f., 433, 530, 542, 572, 627
 Hinkel, Hans 280 f., 503
 Hippler, Fritz 333
 Hirohito 536
 Hirsch (USA) 376 – 378
 Hirsch, Hirsch 414
 Hirsch, Otto 45 f., 49, 187, 295 f., 378
 Hirschfeld, Emilie, siehe Braach, Emilie
 Hirschfeld, Erna, siehe Werkhäuser, Erna
 Hirschfeld, Marianne, geb. Könitzer 87
 Hirschfeld, Otto 87
 Hirschfeld, Paul 188
 Hirschová, Lilly 669
 Hitler, Adolf 14, 19 – 21, 24, 28 f., 31, 36 f.,
 43 – 45, 51 – 63, 85 f., 104 f., 106, 109, 1 B, 1 D,
 1 D, 150, 153, 155 f., 189 – 191, 194, 206, 235,
 246, 264 f., 282, 298, 303 – 307, 3 D, 332 f., 335,
 347, 352, 369, 373, 380 f., 431 f., 464 f., 472,
 503 – 505, 509 – 513, 515 f., 532, 542, 546 – 548,
 554, 557, 567 f., 569, 574, 577 – 580, 582 f., 585,
 590 – 593, 626, 665, 678, 722, 731 f., 738, 741
 Hlinka, Andrej 320
 Hochfeld, Hanna, geb. Norden 185
 Hochfeld, Josef 185
 Hofer, Franz 132
 Höfflinger, Heinrich 112 f.
 Hoffmann, Camill 567, 598
 Hoffmann, Edith 598
 Hoffmann, Hermann 63, 495
 Hoffschild, Fritz 420
 Hofmann, Oskar 735
 Holland, Ernst 213, 216
 Homann, Fritz (Friedrich) 552 f.
 Hoppenrath, Julius 234
 Höppner, Rolf-Heinz 59
 Hora, Josef 280
 Hornung, Leo 588
 Horváth, Ödön von 360
 Hošková, Helga, geb. Weiss 568 f.
 Hossenfelder, Joachim 95
 Hostovský, Egon 600
 Hötzel, Hugo Karl Gottfried 182
 Hoven, Waldemar 379
 Hülff, Wilhelm 92 f.
 Hull, Cordell 176
 Hunke, Heinrich 386
 Huntziger, Charles Léon Clément General
 299

- Hurre, Curth 712–714
Hütgens, Peter 459
Huth, Wilhelm 234
Hymmen, Johannes 160 – 162
- Ihn, Max 457
Innitzer, Kardinal Theodor 370 f., 533
Inow, Alfred 193
Inow, Beatrice, geb. Michels 192 f.
Inow, Grete, siehe Harlev, Margalit
Inow, Maximilian 192 f.
Inow, Renate 193
Isselhorst, Erich 19
Itzkewitsch, Ferdinand (Feibusch) 188
Itzkewitsch, Horst 188
- Jablonski, Leo 283
Jablonski, Lora, geb. Reis 283
Jacob, Paul Walter 712–715
Jacoby, Julius 527, 556
Jagus, Walter 236 – 239, 295 – 298, 341 f.,
410, 450
Jahn, Wilhelm 282
Jaksch, Wenzel 583
Jantzen, Erika, geb. Köhler 197
Jeckeln, Friedrich 59
Joachim, Richard 296
Jodl, Alfred 546
Jonak, Gustav 601
Joseph, Peter 142
Jury, Hugo 633
- Kadletz, Wilhelm 218 f., 292
Kafka, Emil 248, 623, 627
Kafka, Franz 17, 19
Kaganovič, Lazar M. 469
Kahn, Franz 628
Kaim, Emil 473, 495
Kaiser (Ravensbrück) 198, 202 f.
Kalischer, Moritz 494
Kaltenbrunner, Ernst 433
Kamp, Betty, geb. Pollag 521
Kamp, Ewald 388, 521
Kamp, Leo 388, 521
Kamp, Rudolf 521
Kantůrková, Hela 694
Kapp, Franz 421
- Karbe, Hans 139
Kärger, Gabriel 657
Karminski, Hannah 35, 187
Kastenbaum (Ravensbrück) 198
Katz, Mary, siehe Fenner, Mary
Kauder, Stanislav 696, 745
Kaufman, Theodore N. 57
Kaufmann (Ravensbrück) 198
Kaufmann, Erna, siehe Schönenberg, Erna
Kaufmann, Julius 229 f., 550 f.
Kaufmann, Karl 62
Kaufmann, Leopold 434
Kaufmann, Sali 434
Kaun, Hugo 278 f.
Kegel, Rosa, geb. Dobmeier 103
Kehrl, Hans 23, 570
Keitel, Hans-Georg 512
Keitel, Wilhelm 55, 117, 436, 512
Keller, Olga 712–715
Keller, Rudolf 715
Keller, Sonja 714
Kellner, Friedrich 50, 121 f., 499 f.
Kemmelmayer, Paula 197 f.
Kennan, George F. 589 – 592
Kerrl, Hanns 94, 97
Kefßler, Robert 648
Kestenbaum, Leontine 204
Kiefer, Erwin Oskar 96 f.
Killer, Hermann 279
Kirk, Alexander 176
Kirschstein, Johanna 185
Kisch, Bruno Zacharias 212 f.
Klaas, Paul 453
Klapka, Otakar 21
Klein, Ota 694
Kleinmann, Wilhelm 575
Klemperer, Victor 13, 43
Klepetář, Ota 740, 745
Klepetářová, Jeanne (Žanka), siehe Kollmann,
Jeanne (Žanka)
Klepper, Jochen 138 f.
Klepper, Johanna, geb. Gerstel, verw. Stein
138 f.
Klinke, Karl 99
Klüger, Ruth 43
Kluger, Siegfried 467
Knobelsdorff, Otto von 118 f.

- Knöpfmacher, Friedrich (Fritz) 712f.
 Kobler, Marianne, siehe Wachstein, Marianne
 Köbbing (Justizsekretär) 419
 Kobylinski, Hanna 283f.
 Kobylinski, Richard 283f.
 Koch, Erich 547
 Koch, Robert 58
 Köcher, Otto 287
 Kochmann, Arthur Adolph 157
 Kočí-Rmen, B. 720, 724
 Koegel, Max 198 f.
 Koeppen, Werner 546–548
 Koffka, Johannes 408 f.
 Kogan, Lazar M., siehe Kaganovič, Lazar M.
 Köhler, Erika, siehe Jantzen, Erika
 Kohn, Georg 473
 Kohn, Hans 17
 Kohut, Adolf (Adolph) 278 f.
 Kolb, Katharina 203
 Kolín, Bedřich 703f
 Kollmann, Jeanne (Žanka), geb. Klepetářová 693
 Kollmann, Jona 693
 Kollmann, Milan 693
 Konečná (Schneiderin) 696
 Könitzer, Marianne, siehe Hirschfeld, Marianne
 Konwitschny, Franz 437
 Koppe, Wilhelm 542
 Koppelhuber, Pepi 202
 Korant, Georg 154
 Korant, Ilse, siehe Schwalbe, Ilse
 Korant, Margarete, geb. Apt 154f., 498 f., 551f.
 Körbel, Gert (Jiří) 710f.
 Körner, Paul 576
 Kort, Matilde, geb. Fischer 404
 Kovacs 436
 Kozower, Philipp 187, 378
 Krahmer-Möllenberg, Erich 308 f.
 Kramer, Albert 127, 459 f.
 Kramer, Clara, geb. Maison 484
 Kraus, Bedřich 694
 Krause, Friedrich 229
 Kraushaar, Anny 202
 Krebs, Friedrich 213f., 436
 Kreindler, Leonhard 355f.
 Křemen, Jaroslav 686
 Kronenberg, Isaak (Hermann) 458f.
 Krüger, Friedrich Wilhelm 542
 Krüger, Kurt 186
 Krupp, Alfried 457
 Krupp, Friedrich 457
 Kuchinka, Franz 164
 Kugel, Chaim 18
 Kugel, Hermine, siehe Munk, Hermine
 Kühne, Paul 133
 Kultsar (Sektionschef) 436
 Kunzig, Robert 484–486
 Küppers, Hans 429
 Kürschner, Milan 699
 Kurzweil, Edith, geb. Weisz 405, 417
 Kvaternik, Slavko 60
 Lagarde, Paul de 275
 Lamm, Fritz 239
 Lammers, Hans Heinrich 60 f., 1 I, 156, 332 f., 464, 543, 547, 738
 Lampe (Landgerichtsrat) 408, 411
 Landauer, Georg 603
 Landfried, Friedrich Walter 575
 Landsberger, Franz 140
 Landsberger, Lili, siehe Samter, Lili
 Lang, Georg 101
 Lang, Georg Friedrich 101
 Lang, Georg Heinrich 101
 Langefeld, Johanna, geb. May 196, 198 f.
 Langer, František 600
 Langer (Aufseherin) 204
 Lappat, Wenzel 167f.
 Laube, Heinrich 392f., 433
 Laurin, Arne, geb. als Lustig, Arnošt 712
 Lauterbacher, Hartmann 527
 Laval, Pierre 516
 Lazarus, Bianca, siehe Brasch, Bianca
 Lebmann, Georg 362
 Lehmann, Berthold 378
 Leibbrandt, Georg 547
 Leichtentritt, Bruno 99
 Leirich, František 709
 Leiser, Eva 376 f.
 Leiser, Jacob 376 f.
 Leist, Ludwig 265
 Leitersdorf, Bianka 390
 Leitersdorf, Moritz 390
 Lemm, Hannah 449

- Lenk, Georg Robert 259, 261f.
 Leonhardt, Herbert 372f.
 Leont (Ravensbrück) 198
 Less, Georg 473
 Lessing, Theodor 360
 Letsch, Walter 236
 Lewin, Cäcilie, siehe Schenk, Cäcilie
 Lewin, Ernst 237
 Lewin, Reinhold 473, 496
 Lewkowitz, Albert 141
 Lewy, Rosette, siehe Ruf, Rosette
 L'Herbier, Henriette, siehe Thausig, Henriette
 Lichtenstern, Josef 681f.
 Lichtwitz, Hans 19
 Liebknecht, Karl 419, 452
 Lilienthal, Arthur (Artur) 187, 296, 378
 Linden, Herbert 32, 340
 Lindheimer, Josef 521
 Lindheimer, Pauline, geb. Reis(s) 521
 Litvinov, Maksim M., geb. als Wallach-Finkelstein, Meir (Max) Henoch Mojszewicz 469
 Lloyd George, David 155
 Lochner, Louis P. (Ludwig Paul) 151
 Lock (Ravensbrück) 204
 Lonauer, Rudolf 526
 Lösener, Bernhard 408, 410, 503
 Lotter, Johann Daniel 535f.
 Lowe, Marie A. 484
 Löwenadler, Carl-Axel 670
 Löwenadler, Gertrude von 669 – 671
 Löwenadler, Lilian von 586 – 588, 669 – 671
 Löwenadler, Oscar 670
 Löwenherz, Josef 33f., 111, 125, 131, 134, 186, 208, 248f., 296, 382, 407, 422, 490, 498
 Löwenherz, Sofie, geb. Schönhof 407
 Löwensberg, Fritz 402
 Löwenstein, Victor 187, 378, 454
 Ludwig, Emil, geb. als Cohn, Emil 583
 Ludwig, Siegfried 25
 Lüftschitz, Adolf 716
 Lüftschitz, Edvard 694
 Lupescu, Magda-Elena 280
 Lustig, Arnošt, siehe Laurin, Arne
 Lustig, Georg 668f.
 Lustig, Walter 556
 Luther, Martin 44, 265f., 275f., 298, 412, 450, 516
 Luxemburg, Rosa 419
 Luzzato, Samuel David 142
 Lyro, Ernst 364
 Mach (Ingenieur) 646
 Mach, Aleksander (Šaňo) 436, 741f.
 Machold, Emmerich 717
 Maelicke, Alfred 387
 Maglione, Luigi 371, 533
 Mahler, Maximilian 740
 Mahler, Willy Otto 676
 Mahlerová, Otylie, geb. Nohel 740
 Maison, Clara, siehe Kramer, Clara
 Maison, Friederike Johanna, siehe Neuber, Friederike Johanna
 Maison, Hermann 484
 Maison, Robert 484
 Makkabäus, Judas 534
 Malsch, Amalie, geb. Samuel 48, 467f.
 Malsch, Paul 48, 467f., 514
 Malsh/Malsch, Trude 48, 467f., 514f.
 Malsh/Malsch, William R. (Wilhelm) 48, 467f., 514f.
 Mandl, Maria 198, 203
 Mann (ORR) 408
 Mannerheim, Carl Gustav von 466
 Mannheimer, Max 19, 40
 Marení, Oscar, geb. als Herlinger, Oscar 671
 Markus, Doris, siehe Seelig, Doris
 Marten, Charlotte, siehe Wollermann, Charlotte
 Martin, Hans-Leo 280
 Masaryk, Jan 637
 Masaryk, Tomáš Garrigue 16, 598, 624, 637, 641, 643, 721
 Massfeller, Franz 501
 Matoušek, Josef 638
 May, Johanna, siehe Langefeld, Johanna
 Mayer (Oberaufseherin) 204
 Mayer, Friedrich 552f.
 Mayer, Gerda, geb. Stein 588f.
 Mayer, Saly 288
 Mehring, Walter 359
 Meier, Moses 100
 Meissner, Charlotte (Karolina), geb. Grünberger 688f., 708f., 728 – 730
 Meissner, Emil 729f.

- Meissner, Franz (Frank) 687–689, 708 f., 728–730
- Meissner, Leo 688 f., 708, 728
- Meissner, Norbert 687–689, 699, 708 f., 728–730
- Meissner, Sofie, geb. Pick 688, 730
- Menczer, Aron 208 f.
- Mendel, Gregor 721
- Mennecke, Eva, geb. Wehlan 54, 525–527
- Mennecke, Friedrich (Fritz) 54, 525–527
- Metzger, Rica, siehe Neuburger, Rica
- Metzger, Rosa, siehe Adler, Rosa
- Meyer (Landgerichtsdirektor) 419
- Meyer, Konrad 56
- Meyer, Michael 310–325
- Meyer, Rudolf 96
- Meyerheim, Paul 187, 378
- Meyring, Else 173
- Mezei, Ilse 384, 545
- Mezei, Kurt 384, 544 f.
- Mezei, Margarete 544
- Mezei, Moritz (Maurus) 544
- Michaelis, Alfred 367
- Michaelis, Else 367 f.
- Michaelis, Gerhard 367 f.
- Michaelis, Paula, geb. Perlinsky 367 f.
- Michels, Beatrice, siehe Inow, Beatrice
- Mihai I. 280
- Milch, Erhard 575
- Modlmayr, Martin 526
- Mollenhofer (Ravensbrück) 204
- Möller, Adolf 674 f.
- Moller, Hans 603
- Molotov, Vjačeslav M. 28, 163, 468
- Molsen, Marius 654, 677
- Moltke, Gertrud von 139
- Moltke, Wilhelm von 139
- Monschan, Christine, siehe Cohen, Christine
- Mühsam, Erich 359
- Müller, Adolf 243
- Müller, Emil 696
- Müller, Grete, siehe Wagschal, Grete
- Müller, Heinrich 37 f., 148, 165, 207 f., 243, 307, 508 f.
- Müller, Herbert 392–394
- Müller, Paul 128, 403
- Müller, Sara 403
- Müller-Haccius, Otto 372 f.
- Münch, Adolf 657
- Münch, Rudolf 657
- Munk, Amalia, geb. Granitzer 175
- Munk, Hermine, geb. Kugel 175
- Munk, Johann Wilhelm 175
- Munk, Julius 174–176
- Münzer, Jiří 692–696, 739 f., 744 f.
- Münzer, Leo 693–696
- Münzerová, Ida 692–696
- Murmelstein, Benjamin 544 f.
- Murray, George Gilbert Aimé 140
- Mussert (NSB-Leiter) 436
- Mussolini, Benito 36, 54, 51 ff., 536
- Mussolini, Bruno 512
- Mutschmann, Martin 260
- Mynona, My, siehe Friedländer, Salomo
- Myslbek, Josef Václav 600
- Nachmann, Leontine, geb. Zinner 519
- Namier, Sir Lewis B. 143
- Naruhn, David 129
- Navrátil, Josef 571
- Nebe, Arthur 123
- Nečas, Jaromír 22
- Nestával, Josef 685
- Neter, Eugen 300
- Neu, Julius 740
- Neubacher, Hermann 43, 91
- Neubauer, Bernard 712–714
- Neuber, Friederike Johanna, geb. Maison 484–486
- Neuburger, Rica, geb. Metzger 120
- Neufeld, Josefa (Sophie), siehe Newfeld/Neweld, Josie
- Neugebauer, Martin 418–422
- Neumann, Käthe, siehe Fuchs, Käthe
- Neumann, Karoline, siehe Cohn, Karoline
- Neurath, Konstantin Hermann Karl Freiherr von 20, 25, 592 f., 596, 609 f., 626, 661, 739, 745
- Neuwirth, Marianne 544
- Newfeld/Neweld, Josie, geb. Spielmann 136 f.
- Nielsen, Reinhold 689, 709, 728 f.
- Nitsche, Paul 525 f.
- Nixdorf, Oswald 586
- Nohel (Ingenieur) 694

- Nohel, Otylie, siehe Mahlerová, Otylie
 Norden, Hanna, siehe Hochfeld, Hanna
 Norden, Joseph 186
 Normann, Hans-Henning von 429
 Noske, Gustav Adolf 218–220
 Novák, Rudolf 733
 Novotný, Antonín 586
- Oberbrunner, Sylvia, siehe Cohn, Sylvia
 Oberländer, Theodor 441
 Oesterreicher, Erich 711
 Ogutsch, Edith 390
 Ogutsch, Erna 390
 Ogutsch, Wilhelm 390
 Ohlendorf, Otto 368
 Ohnesorge, Wilhelm 262, 537, 549
 Ohrenstein, Jiří, siehe Orten, Jiří
 Olden, Rudolf 360
 Olischewski, Berta 462 f.
 Olschewsky, Luise 202
 Opitz, Hans-Georg 97
 Opitz, Walter 292
 Orenstein, M. 681 f.
 Orgler, Alfred 552
 Orgler, Hede, geb. Apt 552
 Ornstein, Evžen 699
 Orsenigo, Cesare 533 f.
 Orten, Jiří 697 f.
 Ortner, Karl Wilhelm 330 f.
 Ossietzky, Carl von 359 f.
 Österreicher, Adalbert, siehe Rakous, Vojtěch
 Ottmann, Karl 408, 411
- Pacelli, Eugenio, siehe Pius XII.
 Panz, Alfred 167
 Parisius, Hans Ludolf 554
 Parkus, Jan 694
 Pechs, Herbert 694
 Peine, Wilhelm 405
 Pels, Hedwig, siehe Ehrlich, Hedwig
 Perlinsky, Paula, siehe Michaelis, Paula
 Peter, Else von, siehe Rathenau, Else
 Peter, Hedwig 203
 Peters, Bibi 693, 696
 Petersam (Ravensbrück) 204
 Petřík, Zbyněk 696
 Petschek, Ernst Friedrich 222
- Petschek, Franz 222
 Petschek, Ignaz 220 – 229
 Petschek, Julius 220 – 229
 Petschek, Karl (Charles) 222
 Petschek, Wilhelm (William) 222
 Pfeffer, Fritz von, geb. als Pfeffer von Salomon,
 Fritz 434 f.
 Pfitzner, Josef 21
 Pfitzner, Walter 197
 Pfundtner, Johannes (Hans) 574, 576
 Pick, Marie 206
 Pick, Oswald 551
 Pick, Sofie, siehe Meissner, Sofie
 Picková, Marie, siehe Pick, Marie
 Pieper, Ewald 420 f.
 Pieper, Hans 307 f.
 Pilz, Josef 686
 Pinner, Ludwig 603
 Piontek (Berlin) 400
 Pius XII. 370 f.
 Plamínková, Františka 638
 Plaut, Max 39, 188, 378
 Plessner, Hanna 519
 Pogorschelsky, Herbert 99
 Pokorný, Franz 673 f.
 Poláček, Karel 600
 Polke, Max Moses 494
 Pollack, Max 473
 Pollag, Betty, siehe Kamp, Betty
 Pollak, Günter 303
 Polláková, Ilsa, geb. Töpfer 693 f., 696, 740,
 744
 Polte, Friedrich 124
 Popitz, Johannes 434
 Popovský, Bedřich 733 f.
 Post (SS-Sturmabführer) 647
 Preisker, Herbert 96
 Přikryl, Bohumil 638
 Prochnik, Robert 452 f.
 Prohasel, Gerhard 434 f.
 Pückler-Burghauss, Carl Friedrich Graf von
 118
- Quandt, Harald 512
 Quandt, Magda, siehe Goebbels, Magda
 Quisling, Vidkun 436

- Rademacher, Franz 44, 251, 265f., 275f., 429, 515f.
- Radetzky, Josef Graf 175
- Rafelsberger, Walter Viktor Ludwig 90 – 92
- Railing, Hugo 524
- Railing, Siegfried 524
- Rakous, Vojtěch, geb. als Österreicher, Adalbert 600
- Rath, Ernst Eduard vom 312
- Rathenau, Else, geb. von Peter 362
- Rathenau, Fritz 361f.
- Rathenau, Kurt 361f.
- Rathenau, Sophie, geb. Dannenbaum 362
- Ratka, Viktor 526
- Rebl, Luise, siehe Eder, Luise
- Redeker, Martin 96
- Reger, Liselott 712, 715
- Reichelt (OLR) 573
- Reinecke (Generalleutnant) 436
- Reinhardt, Fritz 106
- Reis, Lora, siehe Jablonski, Lora
- Reis(s), Pauline, siehe Lindheimer, Pauline
- Reischauer, Herbert 429, 501f.
- Reiser (RVM) 410
- Režný, Karel 638
- Ribbentrop, Joachim von 19, 28, 1 *II*, 246, 252, 266, 275f., 468, 516, 567, 582
- Richter, Wolfgang 217
- Riethof, Georg 713
- Říha, Alois 21
- Rike (Ravensbrück) 198
- Ripka, Hubert 62, 741
- Risch, Friedrich 262
- Riskal, Käthe 202
- Rittenberg, Pavel (Paul) 585
- Rix, Julius 716
- Rommel, Erwin 435
- Roosevelt, Franklin Delano 57, 63, 173, 288, 510, 513, 536, 554
- Roscher, Michael 654
- Rosenbach, Karel 694
- Rosenberg (Ravensbrück) 203
- Rosenberg, Alfred 46, 53, 155f., 435 – 438, 546
- Rosenberg, Ernestine Rosner 396
- Rosenberg, Hans August 394, 396
- Rosenberg, Heinrich (Heinz) Salomon 394 – 398
- Rosenberg, Madeleine Anna, siehe Buchsbaum, Madeleine Anna
- Rosenberg, Paula, geb. Gewitsch 394 – 398
- Rosenfeld, Josef 481f.
- Rosenthal, Franz 141
- Rosenthal, Lotte, siehe Cohen, Lotte
- Rosenthal, Philipp 453f.
- Roth, Joseph 360
- Rothleitner, Emil 109 – 114
- Rothmann, Gertrud Karoline, siehe Cohn, Gertrud Karoline
- Rothmund, Heinrich 286
- Rothschild (Lehrerin) 519
- Rothschild, James 109
- Roubíček, Richard 743
- Roubíčková, Eva Mändl 731, 743, 745
- Roubíčková, Lotte (Lota), siehe Singerová, Lotte (Lota)
- Roubíčková, Marie, geb. Gibian 743
- Rubens (Lehrerin) 303
- Ruest, Anselm, geb. als Samuel, Ernst 390
- Ruf, Leon 99
- Ruf, Rosette, geb. Lewy 99
- Runte, Ludwig 363
- Ruppert, Fritz 429
- Rust, Bernhard 448
- Rys-Rozsévač, Jan (Josef) 612, 685
- Salač, Ivan Martin 692
- Salač, Vladimír 692
- Salačová, Alžběta 692
- Samter, Charlotte, siehe Blumenfeld, Charlotte
- Samter, Cläre 283
- Samter, Hermann 283f., 497, 531
- Samter, Lili, geb. Landsberger 283
- Samter, Max 283
- Samuel, Anna, geb. Friedländer 389f.
- Samuel, Edith 390
- Samuel, Edwin 2nd Viscount 602
- Samuel, Ernst, siehe Ruest, Anselm
- Samuel, Eva 390
- Samuel, Hans 389f.
- Samuel, Ludwig 390
- Samuel, Salomon 184 – 186, 389f.
- Sauerbrey, Ludwig 200
- Savoyen, Amedeo von, Herzog von Aosta 536

- Schachno, Joseph 534
 Schapira, Jeshaiahu 602 f.
 Scharizer, Karl 433
 Scheftel, Hanna T., geb. Flamm 241 f.
 Scheftel, Valerie (Valy) 240 – 243
 Scheinost, Jan 659
 Schellenberg, Walter 461
 Schenk, Cäcilie, geb. Lewin 198
 Schicklgruber, Alois 85
 Schindler, Richard 668 f.
 Schipferling, Georg 102
 Schirach, Baldur von 52, 62, 332, 392 – 394, 433
 Schlageter, Albert Leo 419
 Schlegelberger, Franz 574, 733
 Schleicher, Rüdiger 408 f.
 Schleisner, Max 527, 529
 Schlesinger, Malvine, siehe Fischer, Malvine
 Schlüssel, Lonka 242
 Schmauser, Anny 202, 205
 Schmidt, Ernst 420
 Schmidt, Helmut 718
 Schmidt, Herbert 462 f.
 Schmolka/Schmolková, Marie, geb. Eisner 584, 623
 Schmollny, Hanna 449
 Schneider, Carl 96
 Schneider, Karl Alfred 203
 Schoetensack, Hermann 299
 Schönenberg, Erna, geb. Kaufmann 229 f., 377 f.
 Schönenberg, Leopold (Reuwen) 376, 551
 Schönenberg, Max 229 f., 376 – 378, 550 f.
 Schönfeld, Sofie, siehe Löwenherz, Sofie
 Schopenhauer, Arthur 486, 554
 Schragenheim, Felice 483
 Schubbe, Fritz 285
 Schubert, Armgard 185, 390
 Schubert, Hedwig 185, 390
 Schubert, Konrad 185
 Schubert, Martin 184 – 186, 390
 Schubert-Christaller, Else 184 – 186, 389 f.
 Schück 715
 Schultz von Dratzig, Rudolf 706
 Schulze, Alma, geb. Waldmann 203
 Schumacher, Friedrich 45, 276
 Schuster, Fritz 408 f.
 Schütte, Carl 185 f.
 Schwabe, Karl 572, 620, 622
 Schwabedissen, Rudolf Meyer zu 418
 Schwaibold, Heinz 335
 Schwalb, Jakob 381
 Schwalb, Nathan 710 f.
 Schwalbe, Herbert 109, 154
 Schwalbe, Ilse, geb. Korant 154 f., 498 f., 551 f.
 Schwalbe, Reiner 154
 Schwalbe, Stephanie, siehe Wells, Stephanie
 Schwarz, Amálie, siehe Ecksteinová, Amálie
 Schwarz, Oswald 729
 Schwede-Coburg, Franz 31, 179
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig Graf 106, 117, 126, 167 f., 217, 231, 428, 431
 Sebenka, Stefanie, siehe Walther, Stefanie
 Sebekovsky, Wilhelm 167 f.
 Seelig, Doris, geb. Markus 181
 Seelig, Edith 181
 Seelig, Margot 181
 Seelig, Max 181
 Seelig, Ursula 181
 Segitz, Franz 535
 Seldte, Franz 427
 Seligsohn, Julius Ludwig 46, 48, 187, 251, 341 f., 357, 378
 Senator, Werner 603
 Senger, Ruth, siehe Stephan, Ruth
 Seraphim, Peter-Heinz 256 f., 438
 Simon, Heinrich Veit 362
 Simon, Johanna 174
 Simonsohn, Berthold 34
 Singer, Alfred 689, 708
 Singer, Kurt 107
 Singer, Ludvík 18
 Singer, Oskar 682 – 684
 Singerová, Lotte (Lota), geb. Roubíčková 743
 Sitte, Kurt 638
 Six, Franz Alfred 147, 254
 Šlapák, Kamil 613
 Smulovits, Willi 711
 Solgom, Henrika 394
 Solmitz, Friedrich Wilhelm 425 f.
 Solmitz, Gisela 426
 Solmitz, Luise, geb. Stephan 425 f.
 Sonne, Isaiah 140 f.
 Souček, Viktor 571

- Spanier, Arthur 141
 Speer, Albert 307 f., 431
 Spielhagen, Wolfgang 493
 Spielmann, Friedrich 136
 Spielmann, Hilda 136
 Spielmann, Jolan, siehe Thorn, Jolan
 Spielmann, Josefa, siehe Newfeld/Neweld, Josie
 Spielmann, Luise, geb. Fürst 136 f.
 Spina, Franz 599
 Spitz, Erich 473
 Spitzerová, Anna 699
 Sprenger, Jakob 436 f.
 Springel, Jan 379
 Stadermann, Karolina 497, 531
 Stadermann, Lisa, siehe Godehardt, Lisa
 Stahl, Karl 535
 Stahlecker, Franz Walther 24 – 26, 39, 132, 572, 610, 613, 616, 646, 724
 Stalin, Josef 58, 62, 469, 488, 511, 513, 536
 Stapel, Wilhelm 97
 Stapler, Heimann 649 – 654
 Starrach, Walter 164
 Steengracht van Moyland, Gustav Adolf Freiherr 548
 Stefan, Alois 249
 Steimle, Eugen 230
 Stein (Darmstadt) 313
 Stein, Arnold 588 f.
 Stein, Brigitte 138
 Stein, Erna, geb. Eisenberger 588 f.
 Stein, Gerda, siehe Mayer, Gerda
 Stein, Johanna, siehe Klepper, Johanna
 Stein, Renate 138 f.
 Stein, Rudolf 493
 Steiner, Berta 728
 Steiner, Hannah, geb. Dub 584
 Steinhardt, Ida 198
 Steinmeyer, Theodor 525 f.
 Steinová, Máňa 669
 Stell, Franz 167 f.
 Stengel, Karl Theophil 279
 Stephan, Luise, siehe Solmitz, Luise
 Stephan, Ruth, geb. Senger 107
 Sternberg, Wenzel 699 f.
 Stettner, Siegfried 395, 397
 Stier, Rudolf 25, 718
 Storfer, Berthold 49, 249, 326 f.
 Stránský, Gustav 729
 Strauss (Rabbiner) 699
 Strauss, Herbert Arthur 143
 Streccius, Alfred 374
 Streicher, Julius 189
 Stricker, Flora 394 – 397
 Stricker-Barolin, Oskar 394 – 397
 Striem, Gertrud, geb. Dombrowsky 108 f.
 Striem, Martin, geb. als Striem, Amadaeus H. 108 f.
 Striem, Rolf 108 f.
 Strobl, Guido 734 f.
 Strümpler, Paul 418 f.
 Stuckart, Wilhelm 19 – 21, 61, 427, 574 f., 618 – 20, 733, 738
 Stucki, Walter 286
 Stülpnagel, Carl Heinrich von 299
 Stülpnagel, Otto von 374
 Stutterheim, Hermann von 547 f.
 Suhr, Friedrich 664
 Sündermann, Helmut 465
 Süß, Josef 167 f.
 Svoboda, Martha 128, 205 f., 403
 Swrschek, Hans 655
 Syrup, Friedrich 575
 Szalet, Leon 29 f.
 Szold, Henrietta 315
 Szpitter, Helmut 285
 Tappolet, Walter 139
 Taubert, Eberhard 275, 333–335, 504
 Täubler, Eugen 141
 Tausk, Walter 85 f.
 Thausig, Henriette, geb. L'Herbier 1 B
 Thausig, Paul 1 B
 Thorn, Erich Paul 136
 Thorn, Jolan, geb. Spielmann 136 f.
 Thorn, Siegfried 136 f.
 Tiecke, Anni 139
 Tießler, Walter 452
 Tiso, Jozef 14, 569
 Tobias, Alice, siehe Gross, Alice
 Toller, Ernst 359
 Töpfer, Ilse, siehe Polláková, Ilse
 Töpfer, Rudolf 433
 Trapp (Ministerialdirigent) 429

- Trau, Salomon 705
 Travník (Travnitschek), Johanna 589
 Treibe, Paul 408
 Tremesberger, Georg 292
 Trone, Florence 290
 Trone, Solomon 289 f., 292
 Proper, Maurice 296, 491
 Troplowitz, Emmy, geb. Wenzel 232
 Troplowitz, Günther 232 – 234
 Troplowitz, Wilhelm 232
 Tröstl, Wilhelm 646
 Tucholsky, Kurt 359, 452
 Tuka, Vojtěch 741f.
- Uebelhoer, Friedrich 445
 Uiberreither, Siegfried 292f.
 Ullmann, Willi 519
 Unger, Walter 1B
 Urdáreanu, Ernest 280
- Vainatic, Annemarie, siehe Vancotic, Annemarie
 Vajtauer, Emanuel 733
 Vallat, Xavier 375
 Vancotic (Vankotic), Annemarie 200, 202, 205
 Vandasová, Božena 734
 Venter (Düsseldorf) 461
 Verhoeven, Paul 108
 Vietig-Michaelis, Lily 279
 Villsen (Anwalt) 183
 Vollheim, Friedrich 124
 Vosmek, Jiří 696
 Vrchlický, Jaroslav, geb. als Frída, Emil Bohuslav 600
- Wachstein, Marianne, geb. Kobler 195 – 205
 Wächtler, Fritz 633
 Wagner, Eduard 55
 Wagner, Erich 379
 Wagner, Gerhard 644 f., 647
 Wagner, Hermann 234
 Wagner, Richard 278
 Wagner, Robert 45, 299
 Wagschal, Grete, geb. Müller 403
 Walcher, Rudolf 218
 Waldmann, Alma, siehe Schulze, Alma
 Walker Smith, Sir Jonah 223
- Wallach-Finkelstein, Meir (Max) Henoch Mojszewicz, siehe Litvinov, Maksim M.
 Walter, Paul, siehe Jacob, Paul Walter
 Walther, Friedrich 164
 Walther, Stefanie, geb. Sebenka 164
 Wangenheim, Gustav von 715
 Weber, Hanuš 586, 669, 671
 Weber, Ilse, geb. Herlinger 586 – 588, 669 – 671
 Weber, Jetty 670
 Weber, Tomáš 587, 671
 Weber, Willi 586, 670
 Wechsberg, Erna, siehe Eichner, Erna
 Wegner, Johann 523
 Wehlan, Eva, siehe Mennecke, Eva
 Weichs, Maximilian von 55
 Weidmann, Franz (František) 248, 622, 627f., 664 – 667
 Weigert, Richard 99
 Weil, Jiří 23
 Weill, Eugen 102f.
 Weill, Felizi, geb. Hamburger 102f.
 Weinberg, Hilde 212f.
 Weinberg, Marie Luise 212f.
 Weinberg, Moritz 212f.
 Weinberger, Robert 668 f.
 Weinheber, Ludwig 519
 Weinheber, Sophie 519
 Weiss, Edith 198
 Weiss, Ernst 360
 Weiss, Helga, siehe Hošková, Helga
 Weiss, Irena, geb. Fuchs 568 f.
 Weiss, Otto 568
 Weiß-Bollandt, Anton 216
 Weisz, Edith, siehe Kurzweil, Edith
 Weisz, Ernst 403 – 405, 417 f.
 Weisz, Hans 405, 417
 Weisz, Wilhelmine, geb. Fischer 403 – 405, 415 – 418
 Weizmann, Chaim 49
 Weizsäcker, Ernst Freiherr von 39, 574
 Wells, Stephanie, geb. Schwalbe 154
 Weltsch, Felix 19
 Weltsch, Robert 17, 545
 Wendland, Elli 586 f.
 Wenzel, Emmy, siehe Troplowitz, Emmy
 Werkhäuser, Erna, geb. Hirschfeld 87
 Werkhäuser, Imogen 87

- Werner, Eric 140
Werner, Friedrich 162
Werner, K. 733
Werner, Rudolf 696
Wessel, Horst 86
Wiehl, Emil 412
Wiehle (Hauptmann) 646
Wieland, Alfred 716
Wiener, Alfred 245, 398
Wiener, Max 140 – 143
Wildmann, Celia, siehe Feldschuh, Celia
Wildmann, Karl 240 – 243
Wilhelm (Hofrat) 195
Willi, Anton 550
Wimmelsbacher, Pauline, siehe Hamburger, Pauline
Wilson, Woodrow 305
Winkler, Leopold 364 f.
Winton, Nicholas George Sir 588f.
Wischer, Gerhard 525
Witter, Paul 657
Wittkowski, Erwin 603
Woermann, Ernst 41 f.
Wohler, Walter 234
Wohlthat, Helmuth 105f., 220, 225, 229, 276
Wöhrer, Albert 292
Wolf, Martin 685
Wolf, Otto 458f.
Wolff, Karl 543
Wollermann, Charlotte, geb. Marten 182
Wollermann, Hans 182
Wrbka, Wilhelm 716 f.
Wrobel, Ignaz, siehe Tucholsky, Kurt
Wurmser, Ernst 715
Wurzel, Jakob 682
Zavřel, František 613
Zebisch, Karl 206
Zedlitz und Leipe, Georg Freiherr von 655
Zeeland, Paul van 288
Zeitschel, Carltheo 60
Zenkl, Petr 583, 638
Zeyer, Julius 600
Zill, Egon 200 f.
Zille, Karl 426
Zimmer, Emma 198 – 203
Zimmermann, Carl 139
Zinner, Leontine, siehe Nachmann, Leontine
Zobel, Johanna 285
Zöllner, Otto 453
Zschintzsch, Werner 575
Zweig, Stefan 561 – 563
Zwiefelhofer, Marie, siehe Fischer, Marie

Reihenübersicht

Die Edition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das national-sozialistische Deutschland 1933 – 1945« (VEJ) umfasst 16 zeitlich und territorial gegliederte Bände:

- 1 Deutsches Reich
1933 – 1937
- 2 Deutsches Reich
1938 – August 1939
- 3 Deutsches Reich und Protektorat
September 1939 – September 1941
- 4 Polen
September 1939 – Juli 1941
- 5 West- und Nordeuropa
1940 – Juni 1942
- 6 Deutsches Reich und Protektorat
Oktober 1941 – Juni 1943
- 7 Sowjetunion mit annektierten Gebieten I
- 8 Sowjetunion mit annektierten Gebieten II
- 9 Polen: Generalgouvernement
August 1941 – 1945
- 10 Polen: Eingegliederte Gebiete
August 1941 – 1945
- 11 Deutsches Reich und Protektorat
Juli 1943 – 1945
- 12 West- und Nordeuropa
Juli 1942 – 1945
- 13 Slowakei, Rumänien, Bulgarien
1939 – 1945
- 14 Südost- und Südeuropa
1941 – 1945
- 15 Ungarn
1944 – 1945
- 16 Das KZ Auschwitz 1942 – 1945
und die Zeit der Todesmärsche 1944 /45

Nachfolgende Seiten:
Nachsatz der Printausgabe

Protektorat Böhmen und Mähren

